Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 96. Freitag den 1. Dezember 1916. Jahrgang XXV.

Bezugspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
„ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367 **Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.**

Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1, Stock, Stiege IV.

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Schulerstraße 11.

Bezirksvertretungen

(XI. Gemeindebezirk, Simmering.)

Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Simmering vom **29. September 1916.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Georg Albin Hirsch.**

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Konzipist Dr. Hermann Kasparek.

Der **Vorsitzende** begrüßt die Erschienenen, stellt die Beschlußfähigkeit fest und erklärt die Sitzung für eröffnet.

Die Verhandlungsschrift der Sitzung vom 2. Juni 1916 wird verlesen und genehmigt.

Einlauf.

(2062.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV, daß in der Rinnböckstraße drei halbnächtige und zwei ganznächtige Auergasflammen errichtet, sowie einzelne Gasflammen versetzt werden.

Zur Kenntnis.

(1722.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung X, daß der Stadtrat den Beschluß gefaßt habe, dem Gärtner Karl Hochleitner für die Räumung seines Pachtgrundes anläßlich der im Zuge befindlichen neuerlichen Erweiterung des Simmeringer Ortsfriedhofes gnadenweise eine Entschädigung von 700 K zu gewähren und das Ansuchen der beiden Gärtner Hackenberg und Tell um Gewährung einer Entschädigung aus demselben Anlasse abzuweisen.

Zur Kenntnis.

(2099.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung XV, worin sie mitteilt, daß sich der Herr Bürgermeister in einem dringlichen Schreiben an den Kriegsminister gewendet habe, um in Anbetracht der mißlichen Schülerverhältnisse in jedem Bezirke noch einige Schulen von der militärischen Einquartierung frei zu bekommen.

Zur Kenntnis.

Hiezu bemerkt der **Vorsitzende**, daß er den Antrag gestellt habe, es solle in der Pachmayer-Schule, wo eine vollständig eingerichtete Schulküche vorhanden sei, eine Kriegsküche errichtet werden; denn die Schule sei lange Zeit bloß mit Militärpolizei belegt gewesen, welche in der zu Einquartierungszwecken verwendeten Herder-Schule hinreichend Platz gefunden hätte. Jedoch gleich nach Abhaltung des kommissionellen Lokalaugenscheines sei die Schule mit 800 bis 900 Mann belegt worden, wodurch die Ausführung dieses Planes unmöglich gemacht wurde. Damit aber Simmering doch eine Kriegsküche bekomme, werden nunmehr im neuen Amtsgebäude Souterrainräume für die Zwecke einer Kriegsküche hergerichtet.

(2163.) Rund-Antrag der Bezirksvertretung Josefstadt mit dem Ansuchen, in entschiedener Weise gegen den Erlaß des niederösterreichischen Landesschulrates vom 10. September 1915 Stellung zu nehmen, welcher eine gewaltsame Eindämmung des Zuströmens deutscher Schüler an unseren deutschen Mittelschulen verfügt und die Direktion der niederösterreichischen Mittelschulen anweist, den minderbemittelten Schülern durch Entziehung der Schulgeldbefreiung den Schulbesuch zu erschweren.

Nachdem die **V.-R. Edlhofer, Maresch** und **Schmölzer** an dem Erlasse Kritik geübt hatten, wird der Rund-Antrag einstimmig angenommen.

Anträge und Anfragen.

B.-R. Kopelent stellt die Anfrage an den Vorsitzenden, ob er die vor kurzem in der Leberstraße aufgeführten Baumaterialienhütten nebst Platzwächterhäuschen des Moritz Neumann gesehen habe. Der Anstandsort sei auf die Straße herausgebaut. Eine solche Bauart passe nicht in eine Stadt. Man müsse darauf dringen, daß mit dem Hüttensystem in Simmering gebrochen und nach der Bauordnung gebaut werde.

B.-R. Maresch bemerkt hiezu aufklärend, er sei beim kommissionellen Lokalaugenscheine als Bezirksvertreter anwesend gewesen. Es handle sich um vorübergehende Riegelwandbauten zur Einlagerung von Korkplatten und anderen Baumaterialien, welche Moritz Neumann für das Ärar liefere und wozu er notwendig im Bezirke eine Niederlage haben müsse. Er habe nur infolge der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse die Baubewilligung erhalten.

B.-R. Kopelent macht darauf aufmerksam, daß der neue Kontumazmarkt bereits gebaut werde und es dringend nötig sei, zu verlangen, daß die Döblerstraße die entsprechende Breite erhalte.

Der **Vorsitzende** erklärt, er werde nach Einsicht in den Regulierungsplan in der nächsten Sitzung darüber berichten.

B.-R. Kopelent bringt die Beschwerde vor, daß in Simmering die Straßenreinigung nicht so gründlich durchgeführt werde wie in anderen Bezirken. Die Bezirksvertretung müsse verlangen, daß die Straßenreinigung mit Kehrmaschinen in größerem Maßstabe durchgeführt werde.

Der **Vorsitzende** erklärt, er habe den Leiter des Fuhrwerksdepots wiederholt darauf aufmerksam gemacht, anschließend an den III. Bezirk die Simmeringer Hauptstraße mit der Kehrmaschine zu kehren. Es sei dies aber immer mit dem Hinweis auf den Personalmangel unterblieben.

Ebenso beschwert sich **B.-R. Schmölzer** über die mangelhafte Reinigung der sehr begangenen Kopalgasse.

B.-R. Kopelent weist auch darauf hin, daß die Straßenbespritzung sehr unzureichend sei, worauf der **Vorsitzende** erwidert, daß bereits Vorkehrungen getroffen werden, die Simmeringer Hauptstraße in Zukunft mit Schlauchtrommelwagen zu bespritzen.

B.-R. Schmölzer stellt den Antrag, daß von den drei halbnächtigen Gasflammen längs des Brauhausgasthofes an der Simmeringer Hauptstraße eine in eine ganznächtige umgewandelt werde.

Angenommen.

B.-R. Sturny verlangt, daß der Straßenkehrichthaufen in der Rinnböckstraße entfernt werde und bemängelt, daß die Hausparteien nach Übernahme des Hauskehrichtes durch den Kehrichtsammelwagen ihre Kistchen und sonstigen Sammelgefäße auf der Straße ausklopfen und dadurch diese verunreinigen.

Derselbe spricht ferner den Wunsch aus, daß die Amtsdiener des magistratischen Bezirksamtes Simmering eine Straßenbahnfreikarte für Dienstfahrten nach Kaiser-Ebersdorf erhalten und daß die Parkwächter Simmerings hier im Bezirke ihren Lohn ausbezahlt erhalten sollen, damit sie nicht gezwungen seien, zur Auszahlung nach Favoriten zu gehen.

Ferner solle eine dritte Kartoffelverkaufsstelle errichtet werden, damit die Leute sich nicht so lange anzustellen brauchen.

B.-R. Marx gibt der Meinung Ausdruck, daß das Anstellen um Kartoffeln aufhören würde, wenn dieselben an alle Lebensmittelhändler, die sich mit dem Verkaufe von Kartoffeln befassen, abgegeben würden.

Der **Vorsitzende** bemerkt, daß neue Maßregeln, betreffend die Lebensmittelversorgung, im Zuge seien. Er sei bestrebt, daß neben den zwei bestehenden Kartoffelverkaufsstellen noch mehrere im Bezirke errichtet werden.

B.-R. Grötz wünscht, daß auch in Kaiser-Ebersdorf eine Verkaufsstelle errichtet werde, weil dort keine Kartoffeln zu erhalten seien.

B.-R. Fuchshofer bemerkt, daß die Leute, die tagsüber in Arbeit stehen und niemanden haben, der sich für sie anstellen würde, keine Kartoffeln bekommen können. Das wäre anders, wenn die Kleinhändler Kartoffeln zugeteilt erhielten.

Ferner wäre es für die Gemeinde von großem Vorteile, Kartoffeln nicht selbst einzulagern, sondern dieselben zur Einlagerung den Kleinhändlern zu geben, weil dadurch die Gemeinde Lagerräume erspare.

Der **Vorsitzende** erwidert hierauf, daß in Wien täglich 25 bis 30 Waggons Erdäpfel einlangen, aber mehr als 60 gebraucht würden. Da könne von einem Einlagern noch keine Rede sein. Er werde sich mit der Magistrats-Abteilung III ins Einvernehmen setzen, daß die Verkaufsstellen vermehrt werden.

B.-R. Schmölzer fragt an, in welchem Stadium die Angelegenheit, betreffend die Verlegung des Bezirksgerichtes, sich befinde.

Der **Vorsitzende** erklärt, er werde sich erkundigen und in der nächsten Sitzung berichten.

B.-R. Maresch: Das Geleise der n.-ö. Landesbahn Wien—Preßburg führt unmittelbar am rechten Ufer des Donaukanales durch einen Durchlaß der Ostbahn. Durch diesen Durchlaß führt gleichzeitig auch ein Fahrweg für Fuhrwerke aller Art, der vielfach benützt wird. Dieser Durchlaß ist aber nur 5·45 m breit, die beiderseitigen Gehwege nehmen einen Raum von zusammen 1·58 m ein, so daß für die Fahrbahn nur ein Raum von kaum 4 m übrigbleibt.

Mitten in der Fahrbahn dieser Straße läuft nun das Geleise der n.-ö. Landesbahn. Die Wagen der Züge sind zirka 2·60 m breit und füllen den Durchlaß derart aus, daß die gleichzeitige Durchfahrt eines anderen noch so kleinen Fuhrwerkes gänzlich ausgeschlossen ist. Zudem macht die Fahrstraße an der oberen Seite einen großen Bogen, wodurch den von dieser Seite kommenden Wagenlenkern es unmöglich wird, die Einfahrt eines Zuges in den Durchlaß zu sehen. Auch hat das Geleise von der Haltestelle „Elektrizitätswerk Simmering" gegen den Durchlaß ein ziemlich starkes Gefälle. Ein gleichzeitiges Zusammentreffen eines Zuges der elektrischen Bahn mit einem Fuhrwerke ist bei den angeführten Verhältnissen leicht möglich und mit beiderseitigen großen Gefahren verbunden. Um nun dieser Gefahr vorzubeugen, wäre die Ausbauung dieser Enge auf eine entsprechende Breite das beste Mittel.

Da aber die Ausführung derartiger Arbeiten nicht in Kürze zu erhoffen sei, stelle er folgenden Antrag:

1. Der Magistrat sei zu ersuchen, die Direktion der n.-ö. Landesbahn auf diese gefährliche Stelle des Strecke Wien—Preßburg aufmerksam zu machen und die Durchführung von geeigneten Sicherheitsvorkehrungen zu verlangen. Es sei die Errichtung eines automatischen Läutewerkes von genügender Stärke in bestimmter Entfernung beiderseits des Durchlasses oder eines anderen wirksamen Signalwerkes durchzuführen, durch welches die Fuhrwerke jenseits des Ostbahndammes die Anfahrt des Zuges rechtzeitig erfahren können.

2. Da der erste Zug der elektrischen Bahn Wien—Preßburg den Durchlaß der Ostbahn um 3 Uhr 43 Minuten früh und der letzte um 11 Uhr 58 Minuten nachts passiert, sei die Auergasflamme Nr. 1536, die den ganzen Durchlaß zu beleuchten hat und früher eine Doppelflamme war, wieder doppelflammig für ganznächtige Beleuchtung einzurichten.

Angenommen.

Derselbe stellt folgenden Antrag:

Die Gemeinde Wien hat im Jahre 1914 ein Anlehen von 875 Millionen aufgenommen. Unter den festgesetzten Zwecken dieses Anlehens befindet sich auch eine Post von 2½ Millionen Kronen für die Errichtung von Spiel- und Sportplätzen für die Jugend. Solche Sport- und Spielplätze sind in einzelnen Bezirken schon teils errichtet, teils sind Grundflächen dafür in Aussicht genommen. So in den Bezirken IX, X, XIII, XVI, XVII und XIX. Auf einzelnen Spielplätzen werden die Kinder auch mit Suppe, Milch und Brot beteilt. Für diesen Zweck der Jugendfürsorge sind im XI. Bezirke noch keine Schritte unternommen worden. Um auch der Jugend des XI. Bezirkes Gelegenheit zur körperlichen Entwicklung und Ertüchtigung zu bieten, stelle er folgenden Antrag:

Der Stadtrat wolle das städtische Jugendamt beauftragen, im XI. Bezirke geeignete Grundflächen für die Jugendspielplätze ausfindig zu machen und die notwendigen Vorkehrungen für den Betrieb des Spieles zu veranlassen.

Angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

(V. Gemeindebezirk, Margareten.)

Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Margareten vom **6. November 1916.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Thomas Porzer.**

Schriftführer: Kanzleileiter Direktions-Adjunkt Karl Reder.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit und kurzer Begrüßung der Anwesenden erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Einläufe.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung VI, Z. 2386, betreffend Neupflasterung der Siebenbrunnengasse von der Johannagasse bis zur Diehlgasse.

Zur Kenntnis.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung V, Z. 2272, betreffend Stockgeleiseanlage für den Marktgüterverkehr bei der Kettenbrückengasse.

Zur Kenntnis.

B.-R. Zorn spricht anknüpfend an vorstehende Zuschrift sein Bedauern darüber aus, daß man bei der Anlage des neuen Naschmarktes nicht auf die Zufuhr der Lebensmittel durch die Stadtbahn Rücksicht genommen hat, weil dadurch die Zufuhrspesen wesentlich verbilligt worden wären.

B.-R. Löderer meint, daß wegen Platzmangel die Anlage eines eigenen Marktgeleises kaum möglich sein dürfte, welcher Ansicht auch **B.-R. Deutscher** beistimmt.

Der **Vorsitzende** verweist darauf, daß die Stadtbahn in erster Linie für strategische Zwecke gebaut worden ist, daß sie vornehmlich der Personenbeförderung dient und daß ihre Heranziehung für den Marktgütertransport bauliche Umgestaltungen, insbesondere Errichtung von Verladerampen erfordern würde, die, abgesehen von den großen Kosten, wegen Platzmangel nicht hergestellt werden können.

Bedauerlich bleibt es gewiß, daß eine direkte Zuführung der Marktzüge zur neuen Marktanlage nicht möglich ist.

Allseitige Zustimmung.

Derselbe gibt ferner bekannt, daß nunmehr auch im V. Bezirke eine Kriegsküche, und zwar in der Schule Margaretenstraße 103, errichtet wird, daß aber mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die sich bei der Beschaffung der notwendigen Manometerkessel ergeben, die Fertigstellung der Küche kaum vor Ende Dezember 1916 erfolgen dürfte.

Als Leiterin der Küche wurde Frau Gabriele Wortner berufen.

Mit Beifall zur Kenntnis.

B.-R. Petz verweist darauf, daß es sich empfehlen würde, die vielen herrenlosen Tauben einzufangen und zur Bereitung kräftiger Suppe für die Armen zu verwenden.

Der **Vorsitzende** erwidert, daß diese Anregung volle Beachtung verdient.

Derselbe teilt schließlich mit, daß er auch im heurigen Jahre an Stelle des Bürgerballes eine Spendensammlung eingeleitet hat,

die voraussichtlich ein ebenso günstiges Ergebnis zeitigen dürfte wie die im Vorjahre.

Zustimmung.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

(III. Gemeindebezirk, Landstraße.)

Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom **16. November 1916.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Paul Spitaler.**

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Josef Fischer.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Die Aufnahmeschrift der am 12. Oktober 1916 abgehaltenen Sitzung, welche zur Einsichtnahme aufliegt, wird genehmigt.

Der Geschäftsausweis für den Monat Oktober 1916 wird von der Versammlung zur Kenntnis genommen.

Mitteilungen.

B.-V. Spitaler berichtet, daß er infolge Dringlichkeit der Angelegenheit im Namen der Bezirksvertretung die Zustimmung zur Benennung der neu entstehenden Straßenzüge auf der Modena-Realität gegeben habe und ersucht um nachträgliche Genehmigung. Die Bezeichnungen der neuen Straßenzüge lauten: „Am Modenapark", „Adelgundegasse", „Luitpoldgasse" und „Bayerngasse".

Zustimmung.

Einlauf.

(3022.) Die Magistrats-Direktion gibt bekannt, daß der Herr Bürgermeister zufolge Stadtrats-Beschlusses ermächtigt wurde, insoweit als geeignete männliche Bewerber um Aushilfsdienerstellen nicht vorhanden sind, Aushilfsdienerinnen längstens auf Kriegsdauer aufzunehmen. Dieselben erhalten ein Taggeld von 3 K, ferner monatlich 20 K als Mietzinsbeitrag und die festgesetzte Kriegszulage.

(3012.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung III, betreffend die Erwerbung der dem Robert und der Marie Lenz gehörenden Liegenschaften Einl.-Z. 2281 und 2282 Landstraße, im Ausmaße von zirka 2465 m² zu dem Einheitspreise von 9 K per Quadratmeter für den Bürgerspitalfonds.

(2904.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung V, betreffend die Errichtung einer Bedürfnisanstalt im Modenapark.

(2964.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung V, betreffend die Kabelherausnahme durch das städtische Elektrizitätswerk.

(3017.) Zuschrift der Magistrats-Abteilung VI, betreffend die Einteilung der Schneepflugarbeit der städtischen Straßenbahnen.

(2990.) Die Magistrats-Abteilung IX übermittelt die Kundmachung, betreffend die Höchstpreise für Verbrauchszucker im Kleinhandelsverkehre.

(2925, 2943, 3001.) Zuschriften der Magistrats-Abteilung XIV, Bau-Angelegenheiten betreffend.

(2899, 2967 bis 2973, 2976, 2977, 2991.) Zuschriften der Magistrats-Abteilung XVI in Militär-Angelegenheiten.

(3195.) Die Magistrats-Abteilung XVII a gibt bekannt, daß ab 4. November 1916 der beschränkte Stellwagenverkehr durch die Stadt wieder aufgenommen wurde.

(2978.) Die Kriegsauskunftsstelle „Rotes Kreuz" dankt für die Namhaftmachung von Räumlichkeiten für die Unterbringung von Landsturmmännern.

(3092.) Der Landstraßer Männergesangverein übermittelt den Bericht über seine Tätigkeit im Dienste der Kriegsfürsorge in den Jahren 1914 bis 1916.

(3088.) Ausweis der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien für den Monat Oktober 1916.

Sämtliche Zuschriften werden zur Kenntnis genommen.

(3054.) Laut Zuschrift des k. k. Bezirksschulrates Wien ist die Ergänzungswahl von sieben Ersatzmännern des Ortsschulrates Landstraße erforderlich.

Es wird beschlossen, die Wahl in der nächsten Sitzung vorzunehmen.

Armenratswahl.

(3041, 3042, 3043, 3091.) Laut den Zuschriften der Magistrats-Abteilung XI (Z. 89815, 89816, 91910, 94533) sind vier Armenratsstellen erledigt, weshalb eine Ergänzungswahl vorzunehmen ist.

B.-V. Spitaler stellt fest, daß die gesetzlichen Voraussetzungen zu dieser Wahl gegeben sind und ersucht um Abgabe der Stimmzettel.

Sämtliche abgegebenen Stimmzettel lauten auf:

Anfobsky Josef, Seilerwaren-Verschleißer, III., Erdbergstraße 67;

Kerschbauer Karl, Molkerei-Inspektor, III., Erdbergstraße 65;

Marschall Josef, k. k. Amtsdiener, III., Am Heumarkt 1;

Schilling Franz, Schlossermeister, III., Marokkanergasse 3.

Die Genannten erscheinen daher mit Stimmeneinhelligkeit zu Mitgliedern des Armeninstitutes Landstraße gewählt.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

(VII. Gemeindebezirk, Neubau.)

Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Neubau vom **16. November 1916.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Heinrich E. Ohrfandl.**

Schriftführer: Kanzleileiter Direktions-Adjunkt Franz Prem.

Der **Vorsitzende** begrüßt die Erschienenen und erklärt die Sitzung nach festgestellter Beschlußfähigkeit für eröffnet.

Hierauf verliest der Schriftführer die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung. Dieselbe wird genehmigt.

Mitteilungen.

B.-V. Ohrfandl teilt mit, daß laut einer Zuschrift der Direktion der Straßenbahnen das Offenhalten der Tür zur vorderen Plattform des Triebwagens nach den bezüglichen Bestimmungen des Eisenbahnministeriums unzulässig sei.

Derselbe bringt ferner zur Kenntnis, daß laut einer Mitteilung des Ober-Inspektors Moser der städtischen Elektrizitätswerke den Beschwerden des Publikums über Störung aus Anlaß des Kabelwechsels, nach Tunlichkeit Rechnung getragen wurde und auch weiterhin Rechnung getragen werden wird.

Derselbe teilt ferner mit, daß es den Bemühungen Sr. Exzellenz des Herrn Bürgermeisters gelungen sei, durch das Entgegenkommen des General-Stabsarztes Dr. Johann Frisch die Auflassung des Trachomspitales im VII. Bezirke, Neubaugasse 42, durchzusetzen.

Die Bezirksvertretung nimmt dies mit Genugtuung zur Kenntnis und wird einstimmig beschlossen, dem Herrn Bürgermeister, sowie auch dem General-Stabsarzt Dr. Frisch den Dank auszusprechen.

Anträge und Anfragen.

B.-V.-St. Ebeling führt Beschwerde über das Überhandnehmen des Hausierunwesens in der Mariahilferstraße an der Ecke der Neubaugasse, sowie bei der Markthalle des VII. Bezirkes, wo durch Blumen-, beziehungsweise Grünwarenhausierer der Verkehr für Fußgeher in arger Weise beeinträchtigt wird.

An das Polizei-Kommissariat Neubau und an das magistratische Bezirksamt.

Derselbe macht darauf aufmerksam, daß die Anlage in der Neustiftgasse beim Augustinbrunnen von der Straßenjugend in arger Weise beschädigt werde und ersucht um Abhilfe durch die Organe der k. k. Sicherheitswache.

An das Polizei-Kommissariat Neubau.

Derselbe bemängelt ferner, daß der Verkehr und das Straßenbild im unteren Teile der Kirchengasse durch Ablagerung von Schlacke für die Straßenbestreuung stark beeinträchtigt werde.

An den städtischen Fuhrwerksbetrieb.

B.-R. Zuleger findet, daß die Dreifaltigkeitssäule bei der Ullrichskirche einer gründlichen Renovierung bedürfe und ersucht den Vorsitzenden, diesbezüglich beim Magistrate vorstellig zu werden.

An die Magistrats-Abteilung III.

B.-R. Zuleger wünscht ferner die Entfernung der zwei Postkästen beim Postamt in der Neustiftgasse, welche den Personenverkehr auf dem ohnehin schmalen Gehsteig umsomehr behindern, als gewöhnlich vor dem Postamte, knapp am Randstein Möbeltransportwagen zur Abfuhr der Postgüter stehen.

An die k. k. Post-Direktion.

B.-R. Pechaczek macht auf die mangelhafte Beleuchtung der öffentlichen Uhr im Turm der Schottenfelder Kirche aufmerksam und ersucht um Abhilfe.

An die Magistrats-Abteilung VI.

Derselbe führt ferner Beschwerde über das Überhandnehmen der Einkaufstellen für Wollabfälle, Lumpen und Fetzen, welche eine arge Sanitätsgefahr für den Bezirk bilden, und wünscht, daß bei Gewerbeanmeldungen dieser Stand von der politischen Behörde ins Auge gefaßt werde.

An das magistratische Bezirksamt VII.

B.-R. Haßliger führt Beschwerde über das Schnellfahren der Lastautomobile der Guntramsdorfer Gutsverwaltuug durch die Gardegasse.

An das magistratische Bezirksamt VII.

B.-R. Pittner urgiert seinen Antrag, betreffend Umnumerierung des Hauses Westbahnstraße 32/34, welches eine Doppelnummer trägt, während das nächstfolgende Haus ohne Nummer ist.

Desgleichen wünscht **Derselbe,** daß die fehlende Orientierungsnummer 22 in der Neubaugasse an der richtigen Stelle ersichtlich gemacht werde.

B.-R. Kiesl ersucht um Abhilfe des beim Hause Seidengasse 30 durch Senkung des Rinnsals entstandenen Übelstandes.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Gemeindevermittlungsämter.

Die Gemeindevermittlungsämter Innere Stadt, Josefstadt und Hietzing werden im Monate Dezember 1916 am 6., 13., 20. und 27. Sühne- und Vergleichsverhandlungen vornehmen. Das Gemeindevermittlungsamt Landstraße hat hiefür den 6., 14., 20. und 27., das Gemeindevermittlungsamt Fünfhaus den 1., 15., 22. und 29., das Gemeindevermittlungsamt Floridsdorf den 5., 12., 19. und 27. Dezember bestimmt.

Lebensmittelverkehr.

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 28. November 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	38 K	— h
Roggen	„ 100 „	31 „	— „
Braugerste	„ 100 „	36 „	— „
Futtergerste	„ 100 „	32 „	— „
Hafer	„ 100 „	30 „	— „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.)

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	80 K	— h	per 100 kg
Backmehl	110 „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	90 „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	58 „	— „	„ 100 „
Brotmehl (Weizenbrot- und Roggenmehl)	42 „	— „	„ 100 „

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 29. November 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	38 K	— h
Roggen	„ 100 „	31 „	— „
Braugerste	„ 100 „	36 „	— „
Futtergerste	„ 100 „	32 „	— „
Hafer	„ 100 „	30 „	— „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.)

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	80 K	— h	per 100 kg
Backmehl	110 „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	90 „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	58 „	— „	„ 100 „
Brotmehl (Weizenbrot- und Roggenmehl)	42 „	— „	„ 100 „

* * *

Pferdemarkt vom 28. November 1916.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 495 Stück.

160 Gebrauchspferde, 335 Schlachtpferde.*)

Preis: für Gebrauchspferde . . . 1000 bis 3600 K per Stück

„ Schlachtpferde . . . . 340 „ 600 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Kundmachungen, betreffend den Viehverkehr.

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 7. September 1916, Z. Vt.-16/9, betreffend den für das III. Quartal 1916 festgesetzten Werttarif für lebende Nutzschweine und den für den Monat September 1916 geltenden Entschädigungspreis für Schlachtschweine in Niederösterreich. — Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 10. September 1916, Nr. 207. (M. Abt. IX, 4965.)

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 29. September 1916, Z. Vt.-31/7, betreffend die Einfuhr von Tieren aus Bosnien und der Herzegowina nach Niederösterreich. — Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 30. September 1916, Nr. 224. (M. Abt. IX, 5450.)

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 7. Oktober 1916, Z. Vt.-16/11, betreffend den für das IV. Quartal 1916 festgesetzten Werttarif für lebende Nutzschweine und den für den Monat Oktober 1916 geltenden Entschädigungspreis für Schlachtschweine in Niederösterreich. — Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 8. Oktober 1916, Nr. 231. (M. Abt. IX, 5764.)

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 27. Oktober 1916, Z. Vt.-31/8, betreffend die Einfuhr von Tieren aus Bosnien und der Herzegowina nach Niederösterreich. — Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 27. Oktober 1916, Nr. 247. (M. Abt. IX, 6288.)

— Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 7. November 1916, Z. Vt.-16/12, betreffend den für das IV. Quartal 1916 festgesetzten Werttarif für lebende Nutzschweine und den für den Monat November 1916 geltenden Entschädigungspreis für Schlachtschweine in Niederösterreich. — Enthalten im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 8. November 1916, Nr. 256. (M. Abt. IX, 6597.)

---

*) Hievon ab 128 am Markte und 207 im Pferdeschlachthofe.

Baubewegung

vom 28. bis 30. November 1916.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen.

III. Bezirk: Rennweg 50, von G. Roth, A.-G., ebenda, Bauführer J. Kotschi (3794).

V. Bezirk: Rechte Wienzeile 85, von Suschnik & Wächter, Rechte Wienzeile 38, Bauführer O. Slama (3790).

Diverse geringere Bauten.

III. Bezirk: Schilder(Wächter)häuschen, Rennweg, Ecke Kleistgasse, von G. Roth, A.-G. (3793).

IX. Bezirk: Abort, Wiesengasse 26, von E. F. Teich, Badgasse 21, Bauführer E. Frauenfeld (3787).

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

31. Oktober 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Nodale Karl — Verschleiß von Viktualien, Kanditen und Zuckerbäckerwaren — X., Favoritenstraße 135.

Rubinstein Hersch — Handel mit Abfällen von altem und neuem Tuch — X., Quellenstraße 133.

Zuja Franz — Gemischtwarenhandel beschränkt — X., Buchengasse 66.

Schneider Rudolf — Fabriksmäßige Erzeugung von Kisten — XX., Kaiserplatz 6.

Locker Marjem — Fischhandel — XX., Johnstraße 19.

Piller Anton — Mehl- und Kanditen-Verschleiß — XX., Treustraße 17.

Berka Max — Zahntechnikerkonzession — X., Eugengasse 20.

Pilat Maximilian — Schuhmachergewerbe — XVIII., Gymnasiumstraße 13.

Spielmann Ferrmann — Fabriksmäßige Erzeugung von Leder- und Taschnerwaren — VI., Mariahilferstraße 117

Seitz Helene — Viktualienhandel — X., Favoritenstraße 196.

Blaschka Rosa — Betrieb einer elektrischen Wäscherolle — XVIII., Karl Beck-Gasse 4.

Rosenzweig Regine — Fragnergewerbe — XVIII., Gymnasiumstraße 19.

Schnabel Charlotte — Marktvitualienhandel — XVIII., Kutschkergasse, Markt.

Reisz Antonia — Handel mit Parfümerien — XIII., Matznergasse 18.

Domnosil Marie — Viktualienhandel — XX., Hannovergasse, Markt.

Fuchs Johanna — Zuckerwaren-, Kanditen- und Sodawasser-Verschleiß — XX., Hellwagstraße 1.

Benzin- und Ölwerke, Gerson Böhm & Rosenthal, Ges. m. b. H. — Handel mit Mineralölen und chemischen Produkten aller Art — XX., Donaueschingenstraße 20.

Tetzyl Justine — Kanditen-, Zuckerwaren- u. Sodawasser-Verschleiß — XX., Treustraße 11.

Bauer Karoline — Geflügelhändler — XX., Wallensteinstraße 14.

L. Strakosch & J. Boner Nachfolger — Fabriksmäßige Waschmaschinen-Erzeugung — XX., Brigittaplatz 1.

Janecek Marie — Gemischtwarenhandel (Witwenfortbetrteb nach dem verstorbenen Gatten Hubert Janecek) — VII., Neustiftgasse 50.

Kohl Eduard Franz — Ausübung des österreichischen Patentes „Schlüsselloses Schloß" im Sinne des § 2 der Ministerial-Verordnung vom 15. September 1898, R.-G.-Bl. Nr. 162 — IX., Nußdorferstraße 20.

Rosenzweig Israel — Handel mit Kurz- und Galanteriewaren — II., Ybbsstraße 7.

Karpen Feibisch — Handel mit Manufaktur- und Wirkwaren — I., Tiefer Graben 36.

Halpern Isaak — Gemischtwarenhandel — II., Wolfgang Schmälzl-Gasse 4.

Fenz Ferdinand — Handel mit Lebensmitteln — I., Sterngasse 13.

Achaz Franz — Handel mit Streichkäse, Butter — I., Hoher Markt, Stand Nr. 88.

Bosel Siegmund — Gemischtwarenhandel im Großen — I., Fischhof 1.

Bühringer Franz — Handel mit Parfümerie-, Toilette-, Haushaltungsartikeln und Zündwaren — I., Operngasse 12.

Nathan Beer-Neuwelt rekte Neuwald — Gemischtwarenhandel im Großen — I., Dorotheergasse 7.

Tannenbaum Berl — Handel mit Eisenwaren — II., Obere Donaustraße 43.

Frühbauer Thomas — Handel mit Kanditen und Zuckerbäckerwaren — II., Praterstraße 58.

Apter Meilich Feiwisch — Ein- und Verkauf von Tuchabfällen und Schneiderzugehör — XVI., Reinhartgasse 1.

Üblacker Alois — Kommissionshandel mit in- und ausländischen Waren — XIX., Goltzgasse 7.

Schauer Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Braunhirschengasse 49.

Eisenbach Rudolf Ignaz — Erzeugung von chemisch-technischen Produkten — III., Hießgasse 12.

Allmeder Julie — Frauen- und Kinderkleidermachergewerbe — III., Oelzeltgasse 10.

Satzinger Emilie — Handel mit Lebens- und Genußmitteln — XIV., Sechshauserstraße 51.

Dokoupil Anna — Marktviktualienhandel — IV., Naschmarkt.

Glaser Anna, Inhaberin der Firma Franziska Grün — Handel mit Möbeln, Bildern, Teppichen ꝛc. — IV., Wiedner Hauptstraße 39.

Soffer Fanni — Handel mit Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — II., Kleine Sperlgasse 4.

Speditions-Gesellschaft Wilhelm Löb & Benedikt Schwarz Nachfolger — Spediteursgewerbe — II., Gredlerstraße 4.

J. Feldmann's Nachfolger Heller & Klein — Handel mit Kanditen und Zuckerbäckerwaren — II., Zirkusgasse 35.

Reich Rückel — Handel mit Wirkwaren — II., Negerlegasse 6.

Schützenberger Aloisia — Schuhwarenhandel — V., Schönbrunnerstraße 64.

Batovec Rosa — Erzeugung von Zeltblättern und Rucksäcken — V., Zentagasse 18.

Marincovich Marie — Kurzwarenhandel — I., Hoher Markt 4.

Rosanelli Leopoldine — Damenkleidermachergewerbe — V., Reinprechtsdorferstraße 56.

Zivkovich Branko — Handelsagentur — IV., Favoritenstraße 72.

Neumann Katharina (Witwenfortbetrieb des Gemischtwaren-Verschleißes des verstorbenen Gatten Emanuel Neumann) — X., Neusetzgasse 5.

* * *

2. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Firma Anna Gerstl Sohn — Handel mit Kunstblumen und Schmuckfedern — VII., Kirchengasse 3.

Czertner Rudolf — Handelsagentur — XIV., Wieningerplatz 6.

Weingartner Franz — Kleinfuhrwerk — XVI., Lambertgasse 12.

Wagner Dominik — Gemischtwarenhandel — II., Blumauergasse 9.

Tilles Simon — Handelsagentur — II., Taborstraße 44.

Tilles Simon — Handel mit Seifen und Parfümerien — II., Taborstraße 44.

Herrmann Samuel — Gemischtwaren-Großhandel — II., Praterstraße 50.

Mandl Julius — Handelsagentie — VII., Burggasse 12.

Graf Siegfried (Inhaber der Firma Siegfried Graf) — Gemischtwarenhandel — VI., Gumpendorferstraße 40.

Spiel Jacques (Alleininhaber der Firma Jakob Spiel) — I., Wollzeile 24.

Walkowitz David (Alleininhaber der Firma Barth & Walkowitz) — Schuhwarenhandel — I., Franz Josefs-Kai 43.

Fehl Berta — Wäsche-Erzeugung — XIII., Wattmanngasse 7.

Mülli Marie — Betrieb einer elektrischen Wäscherolle — XIV., Hüglgasse 7.

Pölzl Marie — Marktviktualienhandel — XIV., Grimmgasse, Markt.

Borcic Anna — Handel mit Manufaktur- und Wirkwaren — II., Erzherzog Karl-Platz 11.

Riebl Rosalia — Gemischtwarenhandel — II., Taborstraße 100a.

* * *

3. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Pendl Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Währingergürtel 102.
Jelinek Sophie — Viktualienhandel — XV., Mariahilfergürtel 1.
Josef Adamek's Nachf. — Erzeugung von Fruchtsäften und Likören auf kaltem Wege — I., Postgasse 11.
Offene Handelsgesellschaft Kurz & Komp. — Herrenkleidermacher — I., Franz Josefs-Kai 39.
Roth Artur (Inhaber der Firma Artur Roth) — Fabriksmäßige Erzeugung von Militärbekleidungsgegenständen — I., Biberstraße 9.
Brüder Berger — Gemischtwarenhandel — XXI., Langobardenstraße 3.
Seiberler Leopold — Wäscheputzerei — XIX., Pfarrwiesengasse 11.
Oskar Mautner, Ges. m. b. H. — Fabriksmäßige Erzeugung von Maschinen — XV., Tannengasse 22.
Hodik Anton — Herrenkleidermachergewerbe — XV., Stutterheimstraße 8.
Chudacsek Johann — Herrenkleidermachergewerbe — XV., Sperrgasse 2.
Weidlich Josef — Musikergewerbe — XV., Goldschlagstraße 30.
Steffel Wilhelm — Handelsagentur — I., Tegetthoffstraße 2.
Pilzer Karl — Handel mit Automobilen und Zubehörteilen — IX., Porzellangasse 13.
Czagagi Boda Ludwig — Handel mit Erdöl im Großen — IX., Widerhofergasse 8.
Bettelheim Anna — Lebensmittel-Verschleiß (beschränkt) — XX., Karl Meißl-Straße 6.
Lenzberg Josef — Handel mit Butter und Käse, Salami und Wurstwaren — VI., Wallgasse 26.
Liebschütz Josef — Geflügelhandel — XX., Bäuerlegasse 9.
Storch Heinrich — Handel mit Tuch- und Lederabfällen — XX., Jägerstraße 26.
Kozor Wenzel — Lastentransport mittels eines Kraftwagens — XX., Traunfelsgasse 5.
Lebloch Ottokar — Handel mit Altmetallen — XX., Vorgartenstraße 87.
Reich Ludwig — Handelsagentie — VI., Linke Wienzeile 168.
Glaser Hermann — Gemischtwarenhandel — IX., Althanplatz 4.
Redl Karl — Gemischtwarenhandel — IX., Währingergürtel 146.
Nigl Therese — Gemischtwarenhandel — IX., Lustkandlgasse 51.
Kubelka Karl — Zuckerbäckergewerbe (Filiale) — XXI., Floridsdorfer Hauptstraße 37.
Cabla Amalia — Zuckerbäckergewerbe (Filiale) — XXI., Floridsdorfer Hauptstraße 39.
Kempny Franziska — Witwensortbetrieb des Verschleißes von Uniformierungsgegenständen — VII., Siebensterngasse 3.
Szekely Friederike — Selcherwaren-Verschleiß — XV., Robert Hamerling-Gasse 11.
Roznak Fanni — Wäscheputzerei — IX., Eisengasse 11.
Nigl Therese — Verschleiß von Bier und Wein — IX., Lustkandlgasse 51.

* * *

4. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Oskar Huffzky' Nachf. — Handel mit Schreibmaschinen und Zubehör — VI., Mariahilferstraße 67.
Oskar Huffzky's Nachf. — Mechanikergewerbe — VI., Mariahilferstraße 67.
Bauer Israel, rekte Körner — Lebensmittelhandel beschränkt — IX., Grünetorgasse 19a.
Stern Moritz Adolf — Gemischtwarenhadel im Großen — III., Weißgärberlände 20.
Hoffmann Sußie, Johaber der Firma S. Hoffmann — Groß- und Kleinhandel mit Eisenwaren — II., Schönngasse 13.
Amtmann Heinrich — Geflügelhandel — II., Volkertmarkt.
Fischer Wilhem — Gast- und Schankgewerbe — XXI., Schloßhoferstraße 12.
Kuttner Simon — Erzeugung von Sohlenschonern — II., Pillersdorfgasse 3.
Flach Josef — Grobschmiedgewerbe — XIX., Billrothstraße 9.
Herman Josef — Wäschewaren-Erzeugung — IX., Schultz-Straßnitzky-Gasse 12.
Hohenberg Franz — Handel mit landwirtschaftlichen Produkten — IX., Glasergasse 7.
Sax Oskar — Uhrmachergewerbe — IX., Alserbachstraße 5.
Meisels Moses — Handel mit Säcken und technischen Artikeln — IX., Latschkagasse 4.
Figdor Robert — Handel mit Wirk- und Strickwaren — IX., Pramergasse 6.
Asderball Josef — Gemischtwarenhandel — IX., Mosergasse 3.
Bader Julius, Dr. — Erzeugung von Pneumatikersatz — IX., Severingasse 3.
Ebner Max — Handelsagentie — IX., Nußdorferstraße 5.
Roßner Wowe — Handelsagentur — II., Große Schiffgasse 7.
Szüsz Helene — Kommissionshandel mit Kurz- und Schnittwaren — IX., Lustkandlgasse 12.
Blutreich Emma — Handel mit Woll- und Tuchabfällen — IX., Alserstraße 40.
Halm Anni — Wirkwaren-Erzeugung — IX., Mariannengasse 32.
Leingärtner Aloisia — Fragnergewerbe — IX., Bleichergasse 8.
Kaufmann Walpurga — Viktualienhandel — IX., Hahngasse 6.
Pyra Anna — Handel mit Papier, Schreib- und Zeichenwaren — IX., Nußdorferstraße (Bahnhof).
Metzger Olga — Handel mit Papier und Schreibrequisiten — IX., Liechtensteinstraße 90.
Friedmann Sabine — Pfeidlergewerbe — VIII., Neubaugasse 51.
Glanz Betty — Handel mit Papierspagat im Großen — IX., Latschkagasse 1.
Schmidt Franziska — Damenkleidermachergewerbe — VI., Engelgasse 10.

* * *

6. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Glattauer Moritz — Fleisch-Verschleiß — XX., Rauscherstraße 8.
Schwarz Philipp — Fabriksmäßige Erzeugung von Posamentierwaren — XIII., Mitisgasse 5.
Wohlmeyer Heinrich — Gast- und Schankgewerbe — XIII., Linzerstraße 403.
Schrieber Johann — Mühlenbaugewerbe — XVII., Jörgerstraße 14.
Seile Aron — Großhandel mit Galanteriewaren — II., Hammer-Purgstall-Gasse 1.
Svehla Franz — Schuhmachergewerbe — II., Springergasse 11.
Bortstieber Josef — Handel mit Werkzeugen — II., Kaiser Josef-Straße 11.
Stein Josef — Hangelsagentie — V., Schönbrunnerstraße 29.
Neubauer Georg — Kleinfuhrwerksgewerbe — V., Reinprechtsdorferstraße 35/37.
Wewerka Anton — Herrenkleidermacher — XVI., Krausgasse 38.
Scholz Olga — Modistengewerbe — II., Große Mohrengasse 20.
Kriczekel Angela — Handel mit Papier, Kurz- und Galanteriewaren — XVII., Ottakringerstraße 70.
Czecher Ella, geb. Rosler — Damen-Stroh- und Filzhut-Erzeugung (Filiale) — XX., Jägerstraße 23.
Landau Ephreum Salomon — Versandgeschäft von Papier, Suppenwürfel, Parfümerie — XX., Klosterneubnrgerstraße 62.
Firm Josef Grazer, Gesellschafter: Josef Bivaldelli, August Komarek — Gemischtwarenhandel (Filiale) — I., Bräunerstraße 10.

Inhalt.

Seite
Bezirksvertretungen:
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Simmering vom 29. November 1916 2505
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Margareten vom 6. November 1916 2507
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom 16. November 1916 2508
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Neubau vom 16. November 1916 2509
Allgemeine Nachrichten:
Gemeindevermittlungsämter 2509
Lebensmittelverkehr:
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 28. November 1916 2510
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 29. November 1916 2510
Pferdemarkt vom 28. November 1916 2510
Kundmachungen, betreffend den Viehverkehr 2510
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 28. bis 30. November 1916 . . 2511
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 2511
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm J. B. Wallishausser.

Arbeiten und Lieferungen.

Vorbemerkung zu folgenden Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1916.

Tag und Stunde der Verhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
5. Dezember 11 Uhr	Abteilung VI (Mag.-Rat Dr. Jamöck, Neues Rathaus, VIII. Stiege, 1. Stock)	3127	Umpflasterung der Arbeitergasse von der Reinprechtsdorferstraße bis zur Spengergasse und des Bacherplatzes im Zuge der Arbeitergasse im V. Bezirke.	A. Städtische Straßenverwaltung. 1. Erd- und Pflasterungsarbeiten 2. Stein-Zu- und -Abfuhr . . . 3. Asphaltfugenvergußarbeiten . B. Straßenbahnen. Pflasterungsarbeiten und Asphaltfugenverguß	 7800 K — h 8543 „ 90 „ 3245 „ — „ 6700 „ — „
				Die Arbeiten werden nur an einen und denselben Unternehmer vergeben. Hiebei wird darauf hingewiesen, daß im Kostenanschlage des Stadtbauamtes die Preisansätze für die Erd- und Pflasterungsarbeiten, sowie für das Steinfuhrwerk bereits um die derzeit geltenden „kurrenten Kriegsaufzahlungen" erhöht erscheinen. Die am Schlusse des Kostenanschlages der städtischen Straßenbahnen festgelegten Bestimmungen sind zu beachten!	Vorbemerkung: Bedingnisse rc. erliegen im Stadtbauamte, Fach-Abteilung IV b, zur Einsicht.

2—2

M. Abt. XVI, 40675/16.

Aufforderung.

Im Sinne des § 80 : 6 der Wehrvorschriften I. Teil von 1889 werden die nachbenannten, nach Wien zuständigen Personen, welche im Jahre 1880 geboren sind, somit im Jahre 1916 das 36. Lebensjahr vollstrecken und ihrer Stellungspflicht bisher entweder gar nicht oder nur teilweise entsprochen haben, neuerlich aufgefordert, bei Vermeidung der nachteiligen Folgen der §§ 65, 66 und 70 des Wehrgesetzes vom 5. Juli 1912 vor der Stellungs-Kommission zu erscheinen und sich zu diesem Zwecke unverzüglich im Konskriptionsamte des Wiener Magistrates (I., Neues Rathaus, Friedrich Schmidt-Platz, ebener Erde) einzufinden.

Richard Altmann, Karl Bartes, Franz Bauer, Meier, Bayer vel. Moritz Gustav Behal, Karl Bittner, Karl Blechinger, Josef Braun, Josef David, Rudolf Dobesch, Eduard Duschnak, Emmerich Franz Elias, Franz Erlenwein, Ludwig Fischer, Hans Freund, Johann Geißler, Karl Goldmann, Julius Großmann, Otto Gschladt, Maximilian Gregor Hoffmann, Eduard Höger, Franz Wilhelm Hornung, Ludwig Huber, Adalbert Josef Jächer, Alois Jascha, Josef Kainz, Max Kaufmann, Rudolf Klofacz, Robert Kloiber, Abraham Wolf Kluger (fälschlich Rothmann), Otto Paul Kohn, Franz Kominek, Josef Kraus, Karl Krauß, Adolf Emil Kremling, Franz Lesny, Richard Löwinger, Johann Mader, Alois Marx, Karl Micheu, Franz Miedinger, Johann Müller, Julius Ostler, Leopold Pfisterer, Heinrich Pokorny, Leopold Prägler, Alfred Prantl, Leopold Rauchenzauner, Alexander Ignaz Riedling, Gustav Rothweiler, Johann Rüdenauer, Franz Swoboda, Friedrich Johann Swoboda, Karl Leopold Scheer, Johann Schimpf, Franz Schönthal, Leonhard Schweyda, Otto Karl Josef Stagl, Josef Stilling, Jakob Leopold Stribl recte Ströbel, Rudolf Anton Vasa, Alexander Zehentner, Franz Zubaty.

Vom Wiener Magistrate,
als politischer Behörde I. Instanz,
im November 1916. 1—1

M. Abt. XVI, 39929.

Kundmachung.

(Meldung der Militärtaxpflichtigen im Jänner 1917.)

Auf Grund des Gesetzes vom 10. Februar 1907, R.-G.-Bl. Nr. 30, haben sich alle Militärtaxpflichtigen bis zum Erlöschen ihrer Militärtaxpflicht alljährlich im Monate Jänner bei jener Gemeinde zu melden, in welcher sie am 1. Jänner des betreffenden Jahres ihren Wohnsitz haben.

Es haben sich sonach alle in Wien wohnhaften Militärtaxpflichtigen im Monate Jänner 1917 an Wochentagen während der gewöhnlichen Amtsstunden von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags bei dem magistratischen Bezirksamte (Konskriptionsamts-Abteilung) ihres Wohnortes zu melden.

Die im XXI. Gemeindebezirke wohnhaften Militärtaxpflichtigen können die Meldung beim magistratischen Bezirksamte, allenfalls je nach dem Wohnorte in der Expositur des magistratischen Bezirksamtes in Stadlau, beziehungsweise bei den Bezirksaufsichtsräten in Aspern, Kagran und Leopoldau, die im Bezirksteile Strebersdorf wohnhaften Militärtaxpflichtigen beim allfälligen Amtstage daselbst erstatten.

Die wegen eines 1600 K nicht übersteigenden Einkommens oder aus anderen Gründen zu gewärtigende oder im Vorjahre eingetretene Befreiung von der Einkommensteuer oder von der Diensterfatztaxe enthebt nicht von der Verpflichtung zur Meldung.

Die Meldung kann entweder schriftlich oder mündlich geschehen.

Zur mündlichen Meldung ist der letzterflossene Militärtax- und Einkommensteuer-Zahlungsauftrag oder ein Heimatdokument (Arbeitsbuch rc.) mitzubringen; in der schriftlichen Meldung wolle in der Rubrik „Raum für Bemerkungen des Meldepflichtigen" auf solche Dokumente Bezug genommen werden.

Schriftliche Meldungen haben durch Einsendung zweier, in allen Rubriken mit leserlicher Schrift vollständig und wahrheitsgetreu ausgefüllten Meldeformulare zu erfolgen, und sind diese Formulare von den im Gebiete der Stadt Wien wohnhaften Militärtaxpflichtigen je nach dem Wohnsitze an eine der oben angeführten Meldestellen, seitens der in Wien heimatberechtigten Meldepflichtigen, welche in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern einen ordentlichen Wohnsitz nicht haben, an den Magistrat in Wien (Konskriptionsamt, Militärtaxabteilung) einzusenden. Meldeformulare sind bei sämtlichen Meldestellen unentgeltlich erhältlich. Die Einsendung der Meldungen genießt in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern die Portofreiheit, wenn die Adresse den Vermerk „Über amtliche Aufforderung" trägt.

Die Meldeformulare sind derart eingerichtet, daß sie zusammengefaltet und adressiert ohne Verwendung eines besonderen Umschlages der Post übergeben werden können.

Meldungen, welche durch eine Mittelsperson erstattet werden, entheben den Meldepflichtigen nicht von der Verantwortung für die Erfüllung der ihm obliegenden Verpflichtung.

Meldepflichtige, welche die vorgeschriebene Meldung nicht rechtzeitig oder in wesentlichen Punkten unvollständig erstatten, können mit Geldstrafe bis zu 50 K belegt werden. Militärtaxpflichtige, welche sich in ihren Meldungen wissentlich Verschweigungen oder unwahrer Angaben schuldig machen, verfallen — insofern die Handlung nicht den Tatbestand einer nach dem allgemeinen Strafgesetze zu ahndenden strafbaren Handlung begründet — in Geldstrafen bis 500 K, bei Vorhandensein besonders erschwerender Umstände bis 1000 K. Die verhängten Geldstrafen werden im Falle ihrer Uneinbringlichkeit in Arreststrafen verwandelt.

Überdies steht es im Falle nicht rechtzeitig oder unvollständig erstatteter Meldungen der politischen Behörde frei, auf Grund der bekannten oder von Amts wegen zu erhebenden Daten die Veranlagung der Militärtaxe ohneweiters vorzunehmen.

Auf Angehörige der Länder der ungarischen Krone finden die Bestimmungen des obigen Gesetzes keine Anwendung.

Da mit Rücksicht auf die große Anzahl der Militärtaxpflichtigen im Monat Jänner bei den Meldestellen ein starker Parteiandrang zu gewärtigen ist, so erscheint es zur Erzielung einer möglichst gleichmäßigen Abwicklung des Meldegeschäftes geboten, für die Meldepflichtigen der einzelnen Geburtsjahrgänge spezielle Meldungstage zu bestimmen.

Es wollen daher die Militärtaxpflichtigen, welche ihre Meldung mündlich zu erstatten beabsichtigen, an den nachstehenden Tagen, und zwar:

Jene des Geburtsjahrganges 1882 **am 2. oder 3. Jänner 1917,**
" " " 1883 **am 4. oder 5. Jänner 1917,**
" " " 1884 **am 8. oder 9. Jänner 1917,**
" " " 1885 **am 10. oder 11. Jänner 1917,**
" " " 1886 **am 12. oder 13. Jänner 1917,**
" " " 1887 **am 15. oder 16. Jänner 1917,**
" " " 1888 **am 17. oder 18. Jänner 1917,**
" " " 1889 **am 19. oder 20. Jänner 1917,**
" " " 1890 **am 22. oder 23. Jänner 1917,**
" " " 1891 **am 24. oder 25. Jänner 1917,**
" " " 1892 **am 26. oder 27. Jänner 1917,**
" " " 1893 **am 29., 30. oder 31. Jänner 1917**

bei den betreffenden Meldestellen erscheinen.

Taxpflichtige, welche einem früheren Geburtsjahrgange angehören, können ihrer Meldepflicht an einem beliebigen Wochentage des Monates Jänner 1917 bei der Meldestelle ihres Wohnortes entsprechen.

Die Erstattung der mündlichen Meldung im Sinne vorstehender Einteilung empfiehlt sich im eigenen Interesse der Meldepflichtigen, da sonst eine rasche Abfertigung der Parteien unmöglich wäre.

Vom Wiener Magistrate,
als politischer Behörde I. Instanz,
im November 1916. 1—1

K. k. n.-ö. Statth.-Z. IX-2096.

Kundmachung.

(Franziska Schwarz'sche Stipendiumstiftung).

Vom I. Semester des Studienjahres 1916/17 ab gelangt ein Franziska Schwarz'sches Stipendium jährlicher 600 K zur Verleihung.

Zum Genusse dieses Stipendiums ist ein aus der Freundschaft der im Jahre 1762 in Wien verstorbenen Fleischhauerswitwe Franziska Schwarz, geb. Appel, stammender, der männlichen oder weiblichen Linie der Familie Appel angehöriger, studierender Knabe, dessen Eltern einigermaßen einen Beitrag nötig haben, berufen. Bewerber um dieses Stipendium haben ihre mit dem Geburts-(Tauf-) und Heimatscheine, dem Impfzeugnisse, dem Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, den beiden letzten Semestralzeugnissen, sowie mit dem Nachweise der Verwandtschaft belegten Gesuche **bis längstens 31. Jänner 1917** bei dem Wiener Magistrate (Abteilung XIII) zu überreichen.

Hiebei wird bemerkt, daß der Nachweis der Verwandtschaft mit der Stifterin nur durch amtliche, den Inhalt der Ehe- und Tauf-(Geburts-)Matriken wortgetreu wiedergebende Auszüge, Ehekontrakte, Testamentsabschriften u. dgl. erbracht werden kann.

In dem Gesuche ist, abgesehen von den Angaben im Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, auch ausdrücklich anzuführen, ob der Stipendienwerber oder eines seiner Geschwister bereits im Genusse eines Stipendiums steht oder nicht, bejahendenfalls sind der Jahresbetrag und die Daten des Verleihungs-Dekretes anzugeben. Diese Angaben sind vom Studienvorstande nebst der Würdigkeit eigens zu bestätigen.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.
Wien, am 28. Oktober 1916. 2—3

M. Abt. XIII, 6041/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Invalidenstiftung

der Gemeinden des ehemaligen Gerichtsbezirkes Hietzing mit Ausschluß von Inzersdorf.

Zur Besetzung gelangen zwei Stiftplätze im Betrage von je 200 K jährlich.

Zur Bewerbung sind berufen: Gewesene Soldaten im Range vom Feldwebel abwärts, welche nach Wien zuständig sind, im Gebiete des XIII. Bezirkes oder der gegenwärtig dem XII. Bezirke einverleibten ehemaligen Gemeinden Hetzendorf und Altmannsdorf wohnen oder gewohnt haben und während eines Krieges oder infolge desselben krüppelhaft und dadurch arbeitsunfähig geworden oder überhaupt arbeitsunfähig der Versorgung bedürftig sind.

Der Beteilte hat den ihm verliehenen Stiftplatz lebenslänglich zu genießen, insolange die oben genannten Bedingungen der Verleihung vorhanden sind.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein und Nachweis über die Eigenschaft als Militärinvalide.

Einreichungsfrist: **Bis 30. Dezember 1916.**

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 11. Oktober 1916.

**

M. Abt. XIII, 5017/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Stipendium

am k. k. Staats-Realgymnasium im XXI. Bezirke.

Verliehen wird: Ein Stipendium im Betrage von jährlich 200 K vom Beginne des Schuljahres 1916/17 angefangen an einen Schüler des k. k. Staats-Realgymnasiums im XXI. Wiener Gemeindebezirke (Floridsdorf) für die Dauer des Studiums an diesem Gymnasium.

Zur Bewerbung sind berufen: Dürftige und würdige Schüler dieses Realgymnasiums, welche in der bestandenen Gemeinde Floridsdorf das Heimatrecht besaßen und dermalen nach Wien zuständig sind, in deren Ermanglung solche Schüler, welche in Niederösterreich heimatberechtigt jedoch bereits seit fünf Jahren im ehemaligen Gemeindegebiete Floridsdorf wohnhaft sind, endlich in letzter Linie solche Schüler, die in Niederösterreich zuständig sind, und zwar ohne Rücksicht auf Ort und Dauer des Wohnsitzes.

Dem Gesuche sind beizuschließen: Tauf(Geburt)schein, Impfzeugnis aus den letzten 6 Jahren, Heimatschein, allenfalls Nachweis über die frühere Zuständigkeit und den Wohnsitz im ehemaligen Gemeindegebiete Floridsdorf, letztes Semestralzeugnis, legales Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis.

Einreichstelle: Direktion des k. k. Staats-Realgymnasiums im XXI. Bezirke.

Einreichungsfrist: **Bis 14. Dezember 1916.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 25. Oktober 1916.

M. Abt. XIII, 5952/16. Selbständiger Wirkungskreis.

August Zang'sche Stiftung

für Kleingewerbetreibende.

Verteilt werden: 3580 K.

Zur Bewerbung sind berufen: In Wien wohnhafte Kleingewerbetreibende, welche ohne ihr Verschulden in eine Notlage geraten sind und ihr Gewerbe noch betreiben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein oder Konzessions-Dekret, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer und Impfungsnachweis aus den letzten sechs Jahren.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. Dezember 1916.**

Verleihungstag: 3. März 1917.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 17. Oktober 1916.

M. Abt. XIII, 5599/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Georg Ertl'sche Stiftung.

Zur Verteilung gelangen: 690 K in Beträgen von mindestens 50 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, in Wien wohnhafte Familien, deren Familienoberhaupt oder von denen eines oder mehrere der im gemeinschaftlichen Haushalte lebenden Familienmitglieder von Krankheit betroffen sind.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Trauungsschein, Tauf(Geburt)zettel der Kinder, eventuell Totenschein des verstorbenen Gattenteiles, armenärztliches Zeugnis über die Krankheit und Impfungsnachweis aus den letzten sechs Jahren.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. Dezember 1916.**

Verleihungstag: 26. Februar 1917.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 14. Oktober 1916.

M. Abt. XIII, 5947/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Dr. Karl Lueger-Stiftung.

Im Laufe eines jeden Jahres gelangen die verfügbaren Interessen der Dr. Karl Lueger-Stiftung zur Verteilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben hilfsbedürftige christliche Wiener Kleingewerbetreibende, **welche ihr Gewerbe noch betreiben,** ferner hilfsbedürftige christliche Arbeiter christlicher Wiener Kleingewerbetreibender, **welche noch in Arbeit stehen,** endlich Witwen und Waisen der Genannten.

Die Auszahlung der verliehenen Beträge ist an einen bestimmten Tag nicht gebunden und erfolgt die Zuwendung der Stiftung nach Maßgabe des Stiftungserträgnisses, so oft stiftbrieflich geeignete Bewerber vorhanden sind.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Taufschein, allenfalls auch den Trauschein und die Taufzettel der Kinder, ferner den Heimatschein, den Gewerbeschein oder das Konzessions-Dekret, den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer, beziehungsweise den Nachweis des Arbeitsverhältnisses (Arbeitsbestätigung des derzeitigen Arbeitgebers) und den Impfungsnachweis aus den letzten 6 Jahren, Witwen und Waisen außerdem den Totenschein des Gatten, beziehungsweise der Eltern und den Nachweis beizulegen, daß ihr verstorbener Gatte, beziehungsweise ihre Eltern ein selbständiges Gewerbe betrieben haben oder bei einem christlichen Wiener Kleingewerbetreibenden in Arbeit gestanden sind.

Die in solcher Weise belegten Gesuche können jederzeit in der Magistrats-Abteilung XIII (I., Neues Rathaus, 2. Stock) überreicht werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 24. Oktober 1916.

M. Abt. XIII, 6586/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef Kopetzky'sche Stiftung

für einen Kanzlisten oder Diurnisten des Wiener Magistrates.

Verliehen wird: Ein Betrag von 80 K als Kurkostenbeitrag oder als Unterstützung für den Fall der Rekonvaleszenz.

Zur Bewerbung sind berufen: Kanzlisten und Diurnisten des Wiener Magistrates.

Dem Gesuche sind beizulegen: Eine armenärztliche Bestätigung über die Kurbedürftigkeit oder Rekonvaleszenz und Mittellosigkeitszeugnis.

Einreichungsfrist: Bis 30. Dezember 1916.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, am 5. November 1916. 3—3

ZENTRALHEIZUNGS-
u. Ventilations-Anlagen aller Systeme
J. L. Bacon
Telegramm: Bacon Wien. Wien, V., Schönbrunnerstraße Nr. 34 Telephon 590 und 7788.
Budapest Graz

JULIUS KRAICSOWITS
Wien, V., Nikolsdorferg. 31.
Fabikslager von: Schrauben, Nieten, Muttern, Drahtstiften, Draht, Maschin- und geschmiedete Nägel, :-: Stahlblechschaufeln und diverse Werkzeuge. :-:
TELEPHON Nr. 53.361, 53.362 und 53.368.

HUGO SCHOLZ
Tuchfabriksniederlage für Lieferungszweoke
Wien, I., Bäckerstrasse Nr. 3.
Lieferant der Kommune Wien, diverser Institute und Klöster empfiehlt sein reichhaltiges Lager aller Tuchsorten. sowie feiner Militärware und ärarischer Kommisstoffe,
Telephon 16.826

Aktiengesellschaft der vereingten Asphalt- und Baumaterialien-Werke
Wien-Floridsdorf-Wopfing
Wien, I., Singerstrasse 27. — Telephon 10.390, 11.666.
Dachpappe und Dachlack. **Anduro, teerfrei, geruchlos. Xerotikon** und **Grafolin.** „Lotos", zur Herstellung von wasserdichtem Mörtel. **Pflasterungen mit Asphaltcoulé** u. **Comprimé** sowie mit **Asphaltpflasterplatten. Dachdeckungen** mit Steindachpappe, **Anduro** und Holzzement. — Holzstöckelpflasterungen. Asphalt-Makadam-Strassen. Asbest-Magnolith-Fussböden. Eichen- u. Buchenbrettelböden. Kunststeinstiegenstufen, pat. synthetische **Waldegger Marmorplatten.** Bleihütte und Metallwerk.
Spezialität: **„Tecto"-Wagen-** und **Waggonplachen.**

Bau-, Werk- und Tischlerholz-Handlung
Grassl, Schenk & Co.
Best assortiertes Lager aller Gattungen trockener, weicher u. harter Hölzer.
Spezialität: Eichenholz.
Wien, X., Gudrunstraße 194 gegenüber dem evangel. Friedhofe
Telephon Nr 10022-5259.

BÖHLER-STAHL

Alte und neue **Baumaterialien** in Holz, Stein u. Eisen.
Tonrohre ausser Kartell.
Karl Kraus
Wien, XXI. Floridsdorf, Hauptstrasse 5.
Telephon: Automat Nr. 98.305.

M. Esterlus,
Wien, IX., Marianneng. 2.
Sanitätsgerätschaften.

Krankenfahrstühle. Krankenmöbel.

Asphaltunternehmung
FRANZ KLETZANDER
Kontrahent der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien
Wien, XX/19, Innstrasse 11
empfiehlt sich für alle Asphalt- und Dacharbeiten.
Telephon Nr. A 41.305 und A 98.207.

Königshofer Cement-Fabrik
Actiengesellschaft
Zentraldirektion: Wien, III., Am Heumarkt 10.
Telephon: Nr. 1461.
Kommerzielle Direktion: Wien, III., Am Heumarkt Nr. 10. Telephon: 8564, 9244, 9425.
Verkaufsbureau für Böhmen: Prag, II., Mariengasse Nr. 55 neu. Telephon: 1019 interurban 4974.
Zementwerke: Königshof in Böhmen. Waldmühle-Rodaun in Nied.-Oest.
Kalkwerke: Königshof in Böhmen.
Schlackenziegeleien: Königshof in Böhmen. Kladno in Böhmen.
Depôts in Wien: IX., Franz-Josef-Bahnhof. X., Matzleinsdorfer-Bahnhof.
Produktionsfähigkeit pro Jahr:
2,100.000 q Portlandzement, 400.000 q Schlackenzement, 200.000 q Romanzement, 780.000 q Kalk, 60,000.000 Stück Schlackenziegel.
Weisszement Marke Königshof als Ersatz für alle ausländischen hellen Zemente.

Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik LEIPZIG „Grosser Preis 1914"
F. ROLLINGER
Geschäftsbücher-Fabrik, Buchbinderei u. Rastrier-Anstalt, Kontor-Requisiten-Verlag, Buch-, Stein- u. Kunstdruckerei
Hauptbureau u. Fabrik: Wien, XII/1, Niederhofstrasse 37—39
NIEDERLAGEN IN WIEN: I., Rotenturmstrasse 19, XII/1, Niederhofstrasse 39, Filialen in Triest, Linz u. Prag
GESCHÄFTSBÜCHER Rastrier- und Buchbinderei- :-: Arbeiten, Kopier-, Notiz- u. Durchschreibbücher :-:
ALLE DRUCKSORTEN für Kunst-, Buch- u. Steindruck
SCHREIBREQUISITEN Schreibpapiere, Papierwaren usw.
KONTOR-EINRICHTUNGS-GEGENSTÄNDE. — Ganz flaches Aufliegen der Geschäftsbücher ermöglicht nur die EPOCA-HEFTUNG (österreich.-ungarisch. Patent.)

Zur kulanten Besorgung aller im Kursblatte notierten Effekten und Valuten bestens empfohlen.
Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.
WIEN I. Bezirk, Stephansplatz Nr. 11. Parterre:

WIENER EISENBAU A.-G.

Wien, X., Knöllgasse Nr. 35—39

Lieferantin der k. k. Heeresverwaltung, der k. k. Staatsbahnen, sämtlicher Unternehmungen der Gemeinde Wien u. vieler grosser industrieller Etablissements, liefert:
Brückentragwerke, Eisenkonstruktionen, Eiserne Dächer, Krane, Reservoire, Behälter, Glashäuser, Wintergärten, Eiserne Fenster, Eiserne Türen, Gitterfenster. Tel. 59.160 u. 59.209.

Gas- u. Wasserleitungen sowie Badeeinrichtungen, Klosetts und Pissoirs.

Maluschek & Cie., Wien,
Kontrahent der Kommune Wien.
IX., Glasergasse Nr. 11, Filiale: I., Operngasse Nr. 6
Im eigenen Hause.
Zentrale: Telephon Nr. 12840. Filiale: Telephon Nr. 5216.
Kostenvoranschläge, Prospekte gratis und franko.

K. u. k. Hof- lieferanten
C. Schember & Söhne
Wien-Atzgersdorf
Wägemittel für jeden Zweck. | Spezialität: Automatische Wagen

HOLZIMPRÄGNIERUNG
Guido Rütgers
WIEN, IX.,
Liechtensteinstrasse 20.
HOLZPFLASTERUNG

K. und k. Hof- Wagenfabrik
J. ROHRBACHER
WIEN, XIII/7.
Kontrahenten der Gemeinde Wien.

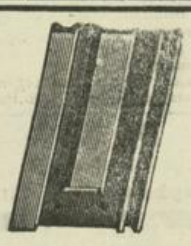
Österreichische
Mannesmannröhren-Werke
Gesellschaft m. b. H.
Wien, IX., Währingerstrasse 6—8
liefern:
Nahtlose Mannesmannstahlrohre aller Art, besonders **Maste** für elektrische Beleuchtung und Stromzuführung, **Kandelaber** für stehendes und hängendes Gasglühlicht, u. a. auch **Gaslichtmaste** mit Herablassvorrichtung nach System „Wunderlich", **Blitzableiter-** und **Fahnenstangen, Wegweisersäulen, Bausäulen** als Ersatz für gusseiserne, **Kanalstempel** zum Abspreizen von Kanalwänden, **Deckenstützen** zum Einschalen von Betondecken, **Stahlmuffenrohre,** asphaltiert und jutiert, für Wasserleitungszwecke etc.
Telephon Nr.: 22830, 22834, 22840, 13066, 14034.
Drahtanschrift: Mannesrohr.

Österreichische
Wasserwerks-Baugesellschaft
Flegel, Karl & Stark, Ingenieure.
Telephon Nr. 284 und 7408 **WIEN, VI., Kasernengasse Nr. 15.** Telegramme: Wasserbau Wien
Projektierung und Ausführung von **Wasserversorgungs-, Kanalisations-** und anderen **gesundheitstechnischen Anlagen. Ingenieurbesuche u. Ratschläge kostenlos. — Prima Referenzen.**

Schrauben- und Schmiedewaarenfabriks-Actiengesellschaft
Brevillier & Co. und A. Urban & Söhne
Zentralbureau, Kassa u. Niederlage:
Wien, VI., Linke Wienzeile 18.
Fabriken: Neunkirchen a. d. Südbahn, Wien-Floridsdorf, Ustron (Schlesien), Sporysz bei Zywiec (Galizien).
Erzeugung: Schraubenwaren aller Art, Preß- u. Schmiedeteile aller Art, Waggonbestandteile, Kleinmaterialien für den Eisenbahn-Oberbau, Pflugbleche, Flansehen, Achsen, Eisen- u. Metallguß, Schraubstöcke, patentierte Schmiede-, Glüh- und Härte-Öfen; ferner Metallstangen und -Röhren (Messing, Kupfer, Zink, Deltametall, Aluminium etc.).

Gebrüder Thonet
Fabriken massiv gebogener Holzarbeiten
empfehlen ihre erstklassigen Fabrikate
für jeden Bedarf.

Kais. kön. priv.
Kotzen-, Halina-, Bett- und Pferdedecken-Fabriken
Josef Koch
Wien XI. und Ebreichsdorf.
Zentrale: Wien, XI., Simmeringer Hauptstrasse 35.
Telephon 99219.



Doppelfalzziegel und Strangfalzziegel
sowie Patent-Dachfalzziegel mit Dichtungsfuge, neues Modell in Naturbrand oder imprägniert, mit sehr einfacher praktischer Anhängevorrichtung versehen,
erzeugt
Aktiengesellschaft der Wiener Ziegelwerke
Direktion und Zentrale: **Wien, I., Schottenbastei 16.** — Telephon 14185.



REIMER & SEIDEL

XVIII. Gentzgasse 34. **Wien** und Rieglergasse 4.

Elektrizitätszähler-Fabrik

Sans & Peschka

Industrielle aller Sanitäts-Erfordernisse

Kontrahent der Kommune Wien, der niederösterr. Landes-Wohltätigkeits-Anstalten.

Wien

Comptoir: IX./3, Garnisongasse 22.
Fabrik: XVII./3, Albrechtskreithgasse 24.

Kollektiv-Ausstellung der österreichischen Leinen-Industrie.

Leinenwaren-Fabrik, Bleich- und Appretur-Anstalt

J. A. KLUGE

Hermannseifen (Böhmen)

Niederlage: Wien, I., Werdertorgasse 12.
Flachsspinnerei in Oberaltstadt und Marschendorf bei Trautenau.
Telegramm-Adresse: Leinenkluge, Wien.

REMINGTON

die billigste nicht bei der Anschaffung – aber im Gebrauch



Die rechnende Remington schreibt, addiert, subtrahiert

Remington Schreibmaschinen Gesellschaft m. b. H.

WIEN, I., Franz Josefs-Kai Nr. 17.
Telephon Nr. 15510, 17606.

Granit

Anton Poschacher

Telephon 9219. **Wien** Telephon 9219.

Lieferungen aller Steinmetzarbeiten aus Granit, :: Pflastersteine etc. ::

Bureau: IV., Margaretenstrasse Nr. 30.
Lagerplatz: XX. (Brigittenau), Treustr. 35.

Granitwerke:
Mauthausen, Neuhaus u. Aschach in O.-Ö.

Gegen Luftzug

bei Fenstern und Türen

übernimmt Abdichtungsarbeiten Luftzugverschliesser-Erzeugung

FERDINAND PACHHOFER

Wien, III., Hauptstrasse 36

Telephon: Stelle 4 von 709

Die Arbeiten werden durch **geschulte Monteure fachgemäss** ausgeführt.

Erstklassige Empfehlungen!

HOLZMANN & Co.

Architekt und Stadtbaumeister

Kunststeinerzeugung

WIEN, III., Landstrasser Gürtel Nr. 9.

Über 150 Häuser in Wien projektiert und ausgeführt.

Holzkonstruktions- u. Sägewerkstätten

Joh. Tröster

WIEN

II/5, Wagramerstrasse Nr. 46. — Fernsprecher Nr. 41.035.
Sägewerk: XXI/4, Kagraner-Platz Nr. 8. — Fernsprecher Nr. 98.389.

Moderner Grossbetrieb für sämtliche Zimmermeister- und Tischlerarbeiten. Anlagen für Holztrocknung und Holzdämpfung. Sägewerk und Bauholzhandlung. Spezialausführung: Moderne Hallenbauten. Badeanlagen und Weichholztischlerarbeiten. Aufstellung von Gerüstungen für alle Zwecke.



Schutzmarke für Alpacca-Silber I.

Schutzmarke für Alpacca-Silber I.

BERNDORFER ALPACCA-SILBER-Essbestecke u. Tafelgeräte

zeichnen sich aus durch Formenschönheit und gediegene Ausführung. Preislisten kostenlos.

Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp A. G.

Berndorf, Nied.-Österr.

Niederlagen in Wien: I., Wollzeile 12, I., Graben 12, VI., Mariahilferstrasse 19/21

G. WINIWARTER

Blech- und Bleiwaren-Fabrik

Wien, I., Getreidemarkt 8.

Verzinktes Eisenblech in allen Dimensionen. **Wellenblech** und **Trägerwellblech** zu Dächern, Plafonds, Balkons, Feuerschutzvorhängen etc.

Erzeugung von Bleiröhren, Bleiplatten, Hartbleiarmaturen, Bleisyphone etc. Verzinkte, verbleite und verzinnte Eisenbleche. Wellbleche schwarz und verzinkt etc. Spezialität: Bleiwolle, bestes Muffendichtungsmaterial. Preislisten und Prospekte auf Verlangen gratis und franko.

Schrabetz & Co. A.-G.

Unternehmung für Schwellen- und Holzimprägnierung, Holzstöckelpflaster.

Holzstöckelpflaster für Strassen, Brücken, Höfe, Einfahrten, Stallungen, Magazine, Werkstätten u. dgl.

Langjährige Kontrahenten der Gemeinde Wien, der k. k. Staatsbahnen u. s. w.

WERK: GERASDORF a. d. St.-E.-G. WIEN I. Elisabethstr. 22.

Fernsprechanschluss Nr. 6376. Gegründet 1869.

Gerüst- und Betonbauhölzer en gros

F. Zimmermann's Nachfolger

Telephon 12.773. **Anton Niklasch** Telephon 12.773.

Wien, XIX./6, Heiligenstädterlände 13, 15 und 17. — Filiale: **Kagran,** Telephon F 155.

Grösstes Lager von Schalbretter, Staffel, Trägerpfosten etc. — Spezialgeschäft für **Gerüstpfosten, Köhrbäumen, Langtännen, Rost-Träme** u. Kantholz, ausschließlich nur **prima** oberösterr. Gebirgsware, 10-fache Tragweite und 10-fache Dauerhaftigkeit gegen jede andere Provenienz



Julius Meinl

Kaffee-Import

Wien

„Austria" Petroleumindustrie A. G.

Wien, I., Renngasse 6

Telephone: 15.840, 18.280, 22.760, 22.862, 23.414

Petroleum, Paraffin, Auto-Benzin, Motoren-Benzin, Lösungs-Benzin, Schmier-Öle, Gas-Öle, Dieselmotoren-Treiböl, Heizöl, Asphalt, Koks.

Telegramme: Senkero Wien

Zentral-Verkaufsbureau für die Erzeugnisse der Raffinerien in: **Trzebinia, Drohobycz („Austria"), Mährisch-Schönberg und Peczenizyn.**

Julius Juhos & Komp.

Kontor u. Magazine: II., Nordbahnstr. 42

Träger-Lager u. Werkplatz: X., Sonnwendgasse 1–3

liefern sofort vom Vorrat und zu billigsten Preisen:

Gewalzte Bauträger und U-Eisen

best inländ. Fabrikat nach den Normaltypen des Österr. Ingen.- u. Archit.-Vereines.

Gewalzte Träger, Gusseiserne Säulen u. Schlänche Stab-, Façoneisen und Universal-Flacheisen

Schwere Bleche u. Feinbleche

für alle Zwecke in den erreichbar grössten Dimensionen.

Schmiedeeiserne Röhren jeder Art

stumpf und überlappt geschweisst, sowie in nahtloser Erzeugung ferner mit Wassergas maschinell geschweisste Röhren und Hohlkörper

Stahlfassonguss, Eisengusswaren, Halbfabrikate u. Roheisen.

Gebrüder Brünner

Gasapparate-Fabrik u. Eisengiesserei

Ges. m. b. H.

Wien, I. Bez., Getreidemarkt Nr. 10.

GAS-KOCHER, GAS-HERDE, GAS-ÖFEN, GAS-BÜGEL-EINRICHTUNGEN, GAS-RADIATOREN, GAS-KAMINE.

Maschinenbau-Aktiengesellschaft

vormals **Breitfeld, Daněk & Co.** früher **Fürst Salm'sche**

Blanskoer Eisenniederlage

Wien, III., Marxergasse 36

liefert Geländerstäbe und Säulen, Einfriedungs- und Grabgitter, Kandelaber, Regenlampenständer, Tragsäulen, Balkone, Wendeltreppen, Brunnengegenstände, Wasserleitungs-, Abfall- und Abortrohre, Einsteigschachte, Kanalgitter, Fenster, gusseiserne Kessel und Pfannen, Dauerbrandöfen, Regulierfüll-, Zentralheiz- und gewöhnliche Kohlen- und Holzöfen, sowie Kochherde, Radiatoren, Rippenrohre, gusseiserne, emaillierte Badewannen, Kunst- und Figurenguss, Stallefurichtungen, Kommerzguss etc. etc. Ferner jede Art Guss nach fremden Modellen und Zeichnungen. Daselbst auch technisches Bureau der Maschinenfabrik.

CENTRA

Vereinigte Seifen-, Stearin-, Kerzen- u. Fettwaren-Werke Aktien-Gesellschaft

Wien, II., Taborstr. 24a

empfiehlt ihre Erzeugnisse.

R. ULLRICH

Spezial-Fabrikation moderner Armaturen

derzeit Munitionsfabrik

Gesellschaft m. b. H.

Telephon 11587. Wien, III., Aspangstrasse 39.

DIE HAUPTVERKAUFSSTELLE OESTERR. ZEMENTFABRIKEN

Gesellschaft m. b. H.

WIEN III/2, Ditscheinergasse 2

offeriert

Portland- u. Schlacken-Zement

Telegrammadresse: „Zementverkauf Wien"

von, die Normen des Österr. Ingenieur- und Architektenvereines weit übertreffender Qualität aus ihren in allen Kronländern der Monarchie gelegenen Zementfabriken. Die Hauptverkaufsstelle ist in der Lage, selbst den größten Bedarf nach allen Relationen stets promptest zu decken.

Telefon Nr. 8760 und 6443



Wienerberger

Ziegelfabriks- und Baugesellschaft

WIEN, I., Karlsplatz Nr. 1

Zentralheizung u. Ventilation

Gas- und Wasserleitungen, Pumpenanlagen, Closets, Bäder und gesundheitstechnische Einrichtungen jeder Art.

Hans Hable, Wien

Beeideter Schätzmeister und Sachverständiger des k. k. Handelsgerichtes in Wien.

Telephon Nr. 53320. **Prima Referenzen.** IV., Phorusgasse 14.

Seidenstoffe, Samt, Plüsch, Wollstoffe, Waschkleiderstoffe, Bänder, Aufputz, Spitzen, Stickereien. Fertige Damenkleider, Blusen, Mäntel, Jacken, Hauskleider, Unterröcke, Teppiche, Vorhänge, Decken.

FÜR

Weihnachten

Fertige Wäsche, Wischtücher, Tischzeuge, Handtücher, Taschentücher, Strümpfe, Socken, Handschuhe, Reisekoffer, Reisekörbe, Schirme, Lederwaren.

A. HERZMANSKY

Mariahilferstr. 26. WIEN VII., Stiftg. 1, 3, 5, 7.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 97. Dienstag den 5. Dezember 1916. Jahrgang XXV.

Bezugspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
„ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367 **Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.**

Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1, Stock, Stiege IV.

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Schulerstraße 11.

Empfang der Abordnung der Stadt Wien bei Ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin.

Am 2. Dezember 1916 nachmittags wurde die Huldigungsabordnung des Wiener Gemeinderates von Ihren Majestäten Kaiser Karl I. und Kaiserin Zita in besonderer Audienz empfangen.

Der Abordnung gehörten an: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Vize-Bürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain, die Schriftführer Leitner, Obrist, Philp und Stangelberger, sowie die Gemeinderäte Steiner, Schmid, Dr. Hein und Dr. Ritter v. Dorn.

Die Herren wurden von dem General-Adjutanten Prinzen v. Lobkowitz in die Alexander-Gemächer geleitet, wo sie Aufstellung nahmen.

Se. Majestät der Kaiser erschien, begleitet vom General-Adjutanten Prinzen v. Lobkowitz, Ihre Majestät die Kaiserin in Begleitung der Hofdamen Gräfin Nostitz und Baronin v. Kállay.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hielt folgende Ansprache:

„Der Gemeinderat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien hat in seiner außerordentlichen Sitzung am 27. November in feierlichster Form und mit heller Begeisterung Euer Majestät als unserem Kaiser und Ihrer Majestät unserer Kaiserin die tiefstergebene Huldigung dargebracht. Die Botschaft Euer Majestät an die Völker unseres Reiches ist Trost und Hoffnung, unsere feste Zuversicht und zukunftsfrohe Verheißung. Die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien nimmt diese Botschaft Euer Majestät ehrfurchtsvoll und mit dem tiefsten Dank entgegen. In der Bevölkerung hat es begeisterten Widerhall gefunden, daß Euer Majestät die verfassungsmäßigen Freiheiten der Völker und sonstige Gerechtsame hochhalten, ihr sittliches und geistiges Wohl fördern, Freiheit und Ordnung beschirmen und allen erwerbstätigen Gliedern der Gesellschaft die Früchte redlicher Arbeit zu sichern gewillt sind.

In froher Zuversicht grüßt die Stadt Wien Euer Majestät als ihren Herrscher, ihren Schutz- und Schirmherrn. Unsere alte Kaiserstadt, in welcher der Pulsschlag des Reiches pocht, ist gewohnt, mit ihrem Kaiser Leid und Freud zu teilen, und nimmt in der Zeiten Sturm und Drang als ihre ureigene Bestimmung auf, was immer dem erlauchten Kaiserhause beschieden ist.

Als kostbares Erbe der Vorfahren übernehmen Euer Majestät diese Anhänglichkeit und das innige Vertrauen, das Volk und Krone umschließt. Dieses Vermächtnis möge Euer Majestät die Kraft verleihen, den Pflichten des hohen und

schweren Herrscheramtes gerecht zu werden! Eine neue Zeit bricht an mit drängenden, neuen Aufgaben sozialen und ökonomischen Wesens. In tiefster Ehrfurcht unterbreiten wir Euer Majestät die untertänigste Bitte, der Stadt Wien bei ihren großen Aufgaben die kaiserliche Fürsorge zuteil werden zu lassen, damit ein reiches kulturelles und wirtschaftliches Leben die Stadt durchflute und ihre Entwicklung Fortschritte mache zum Heil und Segen des Vaterlandes.

Ihre Majestät, unsere erhabene Kaiserin, bitten wir, alle charitativen Werke, Einrichtungen und Bestrebungen in Ihren hohen gnädigen Schutz zu nehmen.

Möge es Euer Majestät gelingen, die Schrecknisse und Opfer des Krieges bald zu bannen und den Völkern einen ehrenvollen Frieden zurückzugewinnen, und möge dann Gottes Sonne strahlen auf ein glücklich Österreich, in welchem ein Band der Liebe Kaiser und Volk umschlingt!

In tiefster Ergebenheit unterbreitet die Abordnung der Wiener Bürgerschaft Euer Majestät, unserem allergnädigsten Kaiser und Herrn, und Ihrer Majestät, unserer jungen Kaiserin, den ehrfurchtsvollsten Gruß!"

Kaiser Karl erwiderte:

„Bewegten Herzens nehme Ich die Huldigung Meiner geliebten Reichshaupt- und Residenzstadt Wien entgegen.

In diesen schicksalsvollen Tagen gereicht es Mir zur Befriedigung, daß die Bevölkerung in der bei Meiner Thronbesteigung erlassenen Botschaft eine sichere Gewähr für die Entwicklung ihres geistigen und wirtschaftlichen Wohles erblickt und der Zukunft vertrauensvoll entgegensieht. Diese Zuversicht bildet eine wesentliche Unterstützung Meiner braven Krieger im Felde, an deren Ruhmestaten die Söhne Wiens hervorragenden Anteil haben.

Die rührenden Beweise der Liebe und Anhänglichkeit, die Ich schon seit Meinem Regierungsantritt erfahren habe, bestärken Mich in der Überzeugung, daß die Bewohner Wiens die Geschicke Meines Hauses wie ihre eigenen empfinden und daß Ich bei ihnen jederzeit auf jene treue Gesinnung werde zählen können, die Meine Vorfahren auf dem Throne umgab.

Ebenso kann sich auch Wien Meiner vollen Huld und landesväterlichen Liebe versichert halten. Gern werde Ich die patriotischen Aufgaben fördern, die dem kulturellen und ökonomischen Fortschritte des Ihrer bewährten Führung anvertrauten Gemeinwesens und dem Gedeihen der Stadt gelten, deren Schönheit Mich mit stolzer Freude erfüllt.

Die gleiche Zuneigung und innige Anteilnahme bringt die Kaiserin der Haupt- und Residenzstadt entgegen. Die Kaiserin betrachtet die Betätigung hilfsbereiter Nächstenliebe als eine der vornehmsten Aufgaben ihres Lebens, und deshalb findet auch der immer und namentlich in diesem Kriege rühmenswerte Wohltätigkeitssinn der Wiener Bevölkerung in ihrem Herzen lebhaften Widerhall.

Indem Wir den reichsten Segen des Himmels für Wien und seine Bewohner erbitten, danken Ich und die Kaiserin der Vertretung der Stadt herzlichst für die warme Begrüßung. Überbringen Sie diesen Dank auch Unseren lieben Wienern, in deren Mitte Wir so gern weilen.

Ich hoffe, daß es mit Gottes Hilfe bald gelingen wird, einen den Leistungen Meiner heldenmütigen Armee würdigen Frieden zu erlangen."

Ihre Majestäten zeichneten jedes Mitglied der Abordnung mit huldvollen Ansprachen aus und verabschiedeten sich in gnädigster Weise vom Bürgermeister und von der gesamten Abordnung.

Bezirksvertretungen

Trauerkundgebungen anläßlich des Ablebens Sr. Majestät des Kaisers Franz Josef I.

(I. Gemeindebezirk, Innere Stadt.)

Bericht

über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt vom **23. November 1916.**

Bezirksvorsteher kais. Rat **Josef Wieninger** erklärte die Sitzung für eröffnet und hielt an die versammelten Bezirksräte folgende Ansprache:

„Meine sehr geehrten Herren!

Seine Majestät unser allgeliebter und hochverehrter Kaiser Franz Josef I. ist nicht mehr. Er ist eingegangen zur ewigen Ruhe, wo ihm der Lohn für seine Taten im reichsten Maße beschieden sein wird.

Was wir Österreicher an ihm verloren haben, wissen wir noch nicht einzuschätzen, das wird späteren Zeiten vorbehalten sein. Ein Lob zu sprechen ist wohl meinem armseligen Können nicht möglich, berufene Geistesheroen werden es einstens verkünden.

Namens des Bezirkes, in welchem sich die kaiserliche Burg befindet, können wir an seinem Sarge nur geloben, daß wir stets treu seinem Vorbilde nachstreben wollen.

Für die Ehre und Größe unseres Vaterlandes werden wir einstehen, werden alle Leiden dieses Weltkrieges, dessen Ende unser guter Kaiser nicht mehr erleben konnte, geduldig ertragen und alles daran setzen, daß wir glücklichen Zeiten entgegengehen.

An der Bahre des toten Herrschers geloben wir dem neuen Herrscher ewige unverbrüchliche Treue und damit hoffen wir, den Absichten des Verewigten zu entsprechen und dadurch sein Andenken zu heiligen."

Die Versammlung hatte zum Zeichen der Trauer die Ansprache stehend angehört.

Schluß der Sitzung.

(III. Gemeindebezirk, Landstraße.)

Bericht

über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom **27. November 1916.**

Bezirksvorsteher **Paul Spitaler** erklärte die Sitzung für eröffnet und hielt folgende Ansprache:

„Ein tiefschmerzlicher Anlaß hat uns heute hier versammelt. Kaiser Franz Josef I., der mit Recht Vater seiner Völker genannt wurde, der mehrere Generationen an sich vorüberziehen sah, ist nach 68 Jahren sorgenreicher, aber ruhmvoller Regierung dahingeschieden. Ein bedeutender Abschnitt der Geschichte und Entwicklung Österreichs ist mit seiner Person verknüpft und viele Bände wird die Schilderung seiner Regierungszeit füllen.

Als absoluter Herrscher übernahm er im Jahre 1848 die Regierung. Mehr und mehr zog er die Vertreter des Volkes zur Mitarbeit an der Gesetzgebung heran, bis endlich das Abgeordnetenhaus des Reichsrates auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes gewählt werden konnte. Die Gemeindeautonomie wurde nach dem Grundsatze: „Die freie Gemeinde ist die Grundlage des freien Staates" ausgestaltet. Die Freiheit und Gleichheit aller Staatsbürger wurde durch das Staatsgrundgesetz verbürgt.

Kunst und Wissenschaft, Gewerbe und Handel erfuhren durch Kaiser Franz Josef die mächtigste Förderung. Wir brauchen nur in unserer Vaterstadt um uns zu blicken und überall sehen wir die Denkmale seiner Tätigkeit. Die Ringstraße verdanken wir einem Gnadenakte unseres Kaisers und die herrlichen Monumentalbauten, die da stehen, wie die Universität, das Reichsratsgebäude, die Theater und Museen — darunter auch das österreichische Museum für Kunst und Industrie — verkünden dauernd seinen Ruhm.

Die Schaffung der ersten Hochquellenleitung dankt Wien dem Kaiser.

Seine Fürsorge umfaßte alle Schichten der Bevölkerung in gleicher Weise. Bei zahlreichen Anlässen gab er dem Wunsche Ausdruck, die Bevölkerung möge ihre Treue und Anhänglichkeit durch Akte der Wohltätigkeit bezeugen und er selbst ging in der Sorge für Arme und Kranke stets beispielgebend voran. Das Krankenhaus „Rudolf-Siftung" in unserem Bezirke ist sein Werk. Wenn jemand die Mahnung Goethe's: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!" voll und ganz erfüllt hat, so war es Kaiser Franz Josef I.

Stand er zufolge seiner Herrscherwürde über seinen Untertanen, so stand er doch dem Herzen jedes einzelnen nicht nur durch seine Güte, sondern auch durch die schweren Schicksalsschläge, die ihn trafen, menschlich nahe. Kein Schmerz war ihm erspart geblieben und das Ausmaß seines Leidens übertraf wohl das der meisten seiner Untertanen. Den Bruder, den Sohn, die Gemahlin und den Neffen, der zum Thronfolger bestimmt war, mußte er auf die fürchterlichste Weise verlieren. Jeder Schlag, der ihn traf, wurde jedoch von seinen Völkern mitgefühlt und erhöhte ihre Liebe und Hingebung für den Kaiser. Und in seinem Testamente bekennt er es selbst: „Das Bewußtsein dieser Anhänglichkeit tat Meinem Herzen wohl und stärkte Mich in der Erfüllung schwerer Regentenpflicht." Diese Regentenpflicht erfüllte er treulich bis zu seinem letzten Atemzuge und als Held der Pflicht ist er von uns geschieden. Tiefe Trauer lagert über dem weiten Reiche und ganz besonders über des Reiches Haupt- und Residenzstadt. An der Tiefe der allgemeinen Trauer läßt sich die Größe des Verlustes ermessen.

Während der schwerste aller Kriege noch tobt, ist unser Heldenkaiser in den ewigen Frieden eingegangen. Tränenden Auges stehen wir an seiner Bahre. Sein Bild aber wollen wir in unserem Herzen bewahren und seine Taten Kindern und Kindeskindern erzählen, auf daß er so unter uns weiter lebe.

Im Hinblicke auf ihn wollen wir auch weiterkämpfen und Opfer bringen, bis wir den Sieg, den er nicht mehr erleben sollte, errungen und dem Reiche einen ehrenvollen Frieden gesichert haben."

Die Anwesenden hatten sich zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen erhoben.

Schluß der Sitzung.

(V. Gemeindebezirk, Margareten.)

Bericht

über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Margareten vom **25. November 1916.**

Bezirksvorsteher kais. Rat **Thomas Porzer** ergriff das Wort zu folgender Trauerkundgebung:

„Meine sehr geehrten Kollegen!

Das lange Gefürchtete, Unabwendbare ist geschehen: Unser allgeliebter Kaiser Franz Josef I. hat seine Augen für immer geschlossen.

Mitten in dem furchtbarsten aller Kriege, den die Weltgeschichte kennt, hat der unerbittliche Tod ihn seinen Völkern entrissen.

Ihm, den ehrwürdigen Apostel des Friedens, war es nicht vergönnt, seine Völker vor den schweren Opfern und Lasten des Krieges zu bewahren. Ihm ist wahrlich nichts erspart geblieben! Alle Schläge des Schicksales, die einen Sterblichen überhaupt treffen können, mußte er über sich ergehen lassen, ein Übermaß von Leid war ihm beschieden.

Aber Volk und Kaiser teilen Leid und Freud und umso tiefer erschüttert stehen wir heute vor dem so überaus schmerzlichen Ereignisse.

Düstere Klage erfüllt alle Lande der Monarchie und unermeßliche Trauer vereinigt das Allerhöchste Kaiserhaus mit seinen Völkern. Harte Prüfungen hat die Vorsehung uns auferlegt, die schmerzvollste ist uns nun beschieden, da Kaiser Franz Josef I. von hinnen gegangen ist.

Sein Andenken aber wird geehrt werden und fortleben bis in die fernsten Zeiten, in jedem Hause sowie im Herzen jedes guten Österreichers. Die getreuen Völker aber, denen er all seine große Liebe und sein arbeitsreiches Leben geweiht, scharen sich in dieser schweren Schicksalsstunde fester denn je um den Thron und erneuern tiefbewegten Herzens, in angestammter Treue den alten Schwur für das erlauchte Erzhaus.

Fest geeint wollen wir heute und alle Zeit einstehen für den Bestand und die Sicherheit der Monarchie, für den Ruhm und die Größe unseres geliebten Vaterlandes!"

Die Versammlung hatte zum Zeichen der Trauer die Ansprache stehend angehört.

Schluß der Sitzung.

(VI. Gemeindebezirk, Mariahilf.)

Bericht

über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf vom **25. November 1916.**

Bezirksvorsteher **Wolfgang Dirnbacher** eröffnete die Sitzung und hielt folgende Ansprache an die Versammlung:

„Ganz Wien steht im Zeichen der Trauer! Unser ehrwürdiger Kaiser, unser geliebter Monarch ist nicht mehr! Dieses Bewußtsein in seiner ganzen Wucht und Tragik lastet auf den Gemütern der Wiener und spiegelt sich in dem gesamten öffentlichen und privaten Leben. Es hat auch uns heute zusammen berufen, in stummer Ergriffenheit dessen zu gedenken. Mitten in den Wirren des 48er-Jahres bestieg der Verewigte den sturmumbrandeten Thron, mitten im Kriegsgetöse und Waffenlärm des Weltbrandes verließ er ihn wieder, er, der den Frieden so liebte und suchte — unser Friedenskaiser — welch harte Prüfung hat ihm das Geschick auferlegt!

Umstrahlt von dem Nimbus des reifsten und geklärtesten Alters, der alles fürsorgenden Weisheit, ist und bleibt er in unser aller Herzen als stets wohlwollender Herrscher, als gütiger Vater und als erster Wiener unauslöschlich eingeprägt. Der Hand, welche durch fast 68 Jahre das Staatsschiff mit Festigkeit und gewohnter Sicherheit gelenkt hat, ist nun das Steuer sanft entglitten, leider zu früh für seine Völker.

So stehen wir denn, meine Herren, eines Sinnes und einer Empfindung, gebeugt vor Gottes ewigem Ratschlusse, und können wir auch nicht rufen:

Gott erhalte, Gott beschütze unsern Kaiser, so wollen wir dafür in tiefgefühltem Empfinden sprechen:

Gott segne das Andenken unseres wahrhaft geliebten Kaisers Franz Josef."

Die Versammlung hatte zum Zeichen der Trauer die Ansprache stehend angehört.

Schluß der Sitzung.

(VII. Gemeindebezirk Neubau.)

Bericht

über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Neubau vom **22. November 1916.**

Bezirksvorsteher **Heinrich Ohrfandl** eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache an die Versammlung, in welcher er des Hinscheidens Sr. Majestät gedachte.

Mit tiefbewegten Worten entrollte er ein kurzes Bild des Lebens und Wirkens unseres geliebten Kaisers, der den Namen „Vater unserer Völker" mit vollstem Recht verdient habe. Ein wirklicher Fürst des Friedens, sei er in kriegerischen Zeiten auf den Thron geleitet worden und habe seinen Lebenslauf beschlossen, ohne das Ende dieses grauenhaften Krieges ersehen zu können. Wie selten ein Fürst, habe er die Liebe seiner Völker im reichsten Maße besessen, eine Liebe, die ihm die Völker wegen seiner Herzensgüte auch überall entgegenbrachten.

Neben den Regierungsgeschäften, denen unser Kaiser in unermüdlichem Fleiße oblag, sei ihm jederzeit das Wohl der Völker und insbesondere das Wohl der Stadt Wien am Herzen gelegen.

Der Fall der Basteien im Jahre 1857, die Eröffnung der Ringstraße 1865, der Beginn des Baues der Ersten Hochquellenleitung 1872, die Regulierung des Donaustromes 1868 bis 1875, die Einbeziehung der 34 Vorstädte zu den 9 Wiener Bezirken und schließlich die Vereinigung der Vororte, seien einige von den vielen Werken, die ihr Entstehen den hochherzigen Entschlüssen des geliebten Monarchen verdanken.

Wie der Kaiser die Wiener, so haben die Wiener ihren guten Kaiser geliebt und jedes Fest und jeder Schmerz, der unser geliebtes Kaiserhaus betraf, hat im Herzen unseres Volkes lauten Widerhall und Anteilnahme gefunden. Das Volk wird seine Liebe und Dankbarkeit weit über das Grab hinaus bewahren und auch dadurch beweisen, daß es dem erlauchten Stammhaus und dem Nachfolger unseres lieben Kaisers stets Treue und unbedingte Folgschaft leisten wird.

Die Versammlung hatte zum Zeichen der Trauer die Ansprache stehend angehört.

Schluß der Sitzung.

(VIII. Gemeindebezirk, Josefstadt.)

Bericht

über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Josefstadt vom **25. November 1916.**

Bezirksvorsteher **Johann Bergauer** hielt an die Versammelten, welche sich zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen erhoben haben, nachstehende Ansprache:

„Werte Kollegen!

Mitten im größten Weltkriege hat Gottes unerforschlicher Ratschluß das Leben unseres geliebten Kaisers geschlossen. 68 Jahre lenkte der gute Kaiser die Geschicke seiner Völker. Er war bestrebt, für alle zu sorgen, wie ein Vater für seine Kinder, er war ein Friedensfürst im eigentlichen Sinne des Wortes, er wollte die Segnungen des Friedens seinen Völkern erhalten. Er gab uns die Selbstverwaltung, und so konnte Wien sich zu der heutigen Größe und Schönheit entwickeln.

Umso niederschmetternder traf uns die Todesnachricht. Noch während des Krieges wurde er uns entrissen, es war ihm nicht gegönnt, die Früchte, welche seine Helden im Felde erkämpfen, reifen zu sehen.

Als Jüngling mit 18 Jahren bestieg er in sturmbewegter Zeit den Thron seiner Väter. Es war ein arbeitsreiches Leben! Unermüdlich arbeitete er pflichtgetreu bis in die letzten Stunden seines Lebens, beispielgebend für jeden Staatsbürger.

Wien und der gute Kaiser teilten jede Freude und jeden Schmerz, und es kam bei allen Anlässen, welche die Familie des Kaisers betrafen, immer zum Ausdrucke. Leider waren es nicht immer freudige Ereignisse, an denen wir Anteil nehmen konnten. Das Schicksal hatte dem pflichtgetreuen Kaiser harte Proben auferlegt.

Alles, was einen Sterblichen überhaupt treffen kann, mußte der edle Dulder über sich ergehen lassen. Durch ein tragisches Geschick verlor er seinen Bruder Max, den einzigen Sohn in der Blüte seiner Jahre, sah seine Gemahlin ins Grab sinken, und zuletzt fiel durch Mörderhand sein Neffe, der Erzherzog Thronfolger Franz Ferdinand samt Gemahlin.

Es war ein Übermaß von Leid, das dem Kaiser beschieden war. Der Krieg, der Hunderttausende seiner treuesten Söhne zum Opfer fordert und allen Bürgern die schwersten Entbehrungen auferlegt, war für den Friedensfürsten gewiß ein schwerer Schlag.

In dem Augenblicke, wo er sein müdes Haupt zur Ruhe legte, erfüllt uns tiefe Trauer, und sorgenvoll blicken wir in die Zukunft.

Wir wollen aber an des Kaisers Bahre geloben, im selben pflichtgetreuen Geiste, der ihn stets erfüllte, weiter zu wirken.

Er ruhe in Frieden!"

Schluß der Sitzung.

(X. Gemeindebezirk, Favoriten.)

Bericht

über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten vom **25. November 1916.**

Bezirksvorsteher **Leopold Hruza** hielt folgende Ansprache, welche von der Versammlung stehend angehört wird:

„Meine sehr verehrten Herren!

Unser guter, alter Kaiser ist nicht mehr!

Kaiser Franz Josef I., dem es vom Schicksal beschieden war, die Geschicke unseres Vaterlandes durch fast sieben Jahrzehnte zu lenken, entglitten nach einem Leben voll von Arbeit, Sorgen und Bitternissen die Zügel, welche das Habsburgerreich länger, als es je einem Herrscher vor ihm gegönnt war, und sicher durch all' die Gefahren führten, welche unserem geliebten Österreich sowohl im Innern wie von äußeren Feinden her gedroht haben.

Wir alle wissen, welche schier unüberwindlichen Hindernisse sich Kaiser Franz Josef in den Weg stellten von dem Tage an, wo er als Jüngling nach einem entsagungsvollen Abschied von der Jugend den Thron seiner Väter bestiegen hat, bis in die Tage seines höchsten Greisenalters, wo ihm, der nach seinen eigenen Worten seinen Lebensabend ausschließlich Werken des Friedens zu widmen gedachte, durch den Ausbruch des fürchterlichen Weltkrieges, die herbste Enttäuschung seines Lebens widerfahren ist.

Wir alle wissen, welch schweren Prüfungen ihn ein hartes Schicksal durch den tragischen Tod all' seiner Lieben, zuerst seines Sohnes, dann seiner jedem Österreicher unvergeßlichen Gemahlin und zuletzt durch den grausamen Mord an dem Anwärter seines Thrones unterworfen hat; es gehörte fürwahr die eiserne Willenskraft und Selbstsucht sowie das beispiellose Pflichtbewußtsein unseres heimgegangenen Monarchen dazu, um unter all' dieser unmenschlich schweren Last nicht zusammenzubrechen; still und gottergeben suchte er Vergessen in unermüdlicher Arbeit für seine Völker. Wenn ihm in allen diesen Bitternissen des Lebens etwas Trost gewähren konnte, so war es die innige, treue Liebe seiner Völker und insbesondere seiner Wiener; mit ganz Wien und Österreich steht weinend und trauernd auch die Bevölkerung des X. Bezirkes an dem Sarge ihres unvergeßlichen, guten Kaisers.

Die Liebe und Ehrfurcht, welche wir jederzeit unserem über alles geliebten Kaiser Franz Josef entgegengebracht haben, wollen wir aber aus innigstem Herzen auf seinen Thronfolger Kaiser Karl übertragen.

Stolz und hoffnungsfroh wollen wir uns der Führung dieses edlen Sprossen des Hauses Habsburg in der gegenwärtigen, ernsten Zeit anvertrauen; möge der allmächtige Gott ihm Kraft und Weisheit leihen, damit es ihm gelinge, seine Völker hinüberzuführen in die schöne Zeit eines dauernden, segensreichen Friedens. Die Bevölkerung Favoritens gelobt, ihm auf diesem Wege treue Gefolgschaft zu leisten."

Schluß der Sitzung.

(XII. Gemeindebezirk, Meidling.)

Bericht

über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Meidling vom **25. November 1916.**

Bezirksvorsteher **Matthias Adlersflügel** hielt folgende Ansprache:

„Sehr geehrte Herren!

Zu all dem tiefen Leid, das diese ernste Zeit uns und unseren getreuen Verbündeten gemeinsam gebracht hat, ist jetzt uns Österreichern noch ein besonderes Leid auferlegt worden.

Unser inniggeliebter Monarch, Kaiser Franz Josef I. ist nicht mehr!

Inmitten dieses furchtbaren Krieges und inmitten der herrlichen Siege über die Rumänen wurde der greise Herrscher aus dem Leben abberufen.

Er, der weit über ein halbes Jahrhundert lang mit mächtiger Hand und äußerster Selbstverleugnung Österreichs Völkern den Frieden kraftvoll gewahrt hat, stirbt, umgeben vom Lärme der Waffen und der marschierenden Truppen!

Was der Kaiser für Österreich gewesen, ohne den man sich Österreich schon gar nicht mehr denken kann, das auszusprechen fehlen in diesen Tagen des Schmerzes die Worte; und wir brauchen es nicht auszusprechen, was wir mit ihm verloren haben, weil alle bei sich im Herzen es wissen.

Nur dem einen großen Schmerze wollen wir tiefbewegt Ausdruck verleihen, daß es ihm nicht vergönnt war, die Wiederkehr des Friedens zu erleben, jenen Tag, an welchem nach so un-

endlichen, jahrelangen Mühsalen und Entbehrungen unsere braven Truppen, so Gott will, siegreich aus dem Felde zurückkehren werden.

Ein Monarch ist von uns geschieden, der als Mensch alles nur erdenkliche schwerste Leid, das Menschen treffen kann, erduldet hat, und der als Kaiser voll der herrlichsten und größten Herrschertugenden war.

In den Herzen seiner Österreicher wird er ewig lebend bleiben."

Die Anwesenden hatten zum Zeichen der Trauer die Ansprache stehend angehört.

Schluß der Sitzung.

(XV. Gemeindebezirk, Fünfhaus.)

Bericht

über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Fünfhaus vom **25. November 1916.**

Bezirksvorsteher **Dr. Josef Mattis** ergriff zu nachstehender Trauerkundgebung das Wort:

„Hochverehrte Herren!

Tief ergriffen stehen wir am Sarge unseres vielgeliebten Kaisers, weiland Majestät Franz Josef I. Wir alle wissen wie schwer es ihm wurde, den ihm aufgezwungenen Krieg seinen Völkern bekanntzugeben, ihm, der ja ein Friedensfürst im eminentesten Sinne war. Er sprach damals die ergreifenden Worte: „Mit ruhigem Gewissen betrete ich den Weg, den die Pflicht mir weist. Ich habe alles geprüft und erwogen."

Se. Majestät Franz Josef I. ist hochbetagt aus seinem glorreichen und segensreichen Leben geschieden. Die deutschen Städte, darunter auch unsere Vaterstadt Wien, betrauern in ihn den Schöpfer der freien Gemeinde und den gütigen Förderer städtischer Entwicklung.

Er war aber nicht bloß ein weiser und gerechter Regent. Wir betrauern in ihm unseren gemeinsamen Vater. Se. Majestät selbst sagte einst zum verstorbenen Dr. Lueger: „Es ist Mir eine aufrichtige Genugtuung, daß es sich immer zeigt, daß die Bevölkerung Wiens was Mich und Meine Familie betrifft, als eine uns alle berührende Angelegenheit empfindet und daß wir alle zusammen in der Tat nur eine Familie bilden."

Und so haben wir Wiener, weil wir mit der kaiserlichen Familie zusammen eine Familie bilden, auch alle freudigen und traurigen Ereignisse mitgefühlt, welche die kaiserliche Familie getroffen hat.

Wir haben mit dem großen Verblichenen gemeinsam betrauert den furchtbaren Tod seines Bruders Max, Kaisers von Mexiko — den plötzlichen Tod seines einzigen Sohnes Kronprinz Rudolf — den an seiner erlauchten Gemahlin Elisabeth verübten abscheulichen Meuchelmord und zuletzt die gewaltsame Ermordung des Thronanwärters Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Gemahlin. Aber trotz aller dieser Schicksalsschläge und trotz des schmählichen Verrates seiner einstigen Bundesgenossen in der neuesten Zeit blieb unser Kaiser immer aufrecht im Gottvertrauen und im Bewußtsein der strengen Erfüllung der Arbeiten, die ihm seine Herrscherpflichten auferlegten.

Noch vor seinem Hinscheiden hat er seiner Völker in seinem Testamente gedacht mit den Worten:

„Meinen geliebten Völkern sage ich vollen Dank für die treue Liebe, welche sie Mir und Meinem Hause in glücklichen Tagen, wie in bedrängten Zeiten betätigten. Das Bewußtsein dieser Anhänglichkeit tat Meinem Herzen wohl und stärkte Mich in der Erfüllung schwerer Regentenpflicht. Mögen sie dieselben patriotischen Gesinnungen Meinem Regierungsnachfolger bewahren."

Diesen letzten Willen unseres vielgeliebten Kaisers wollen wir auch gewiß erfüllen und seinem Nachfolger Kaiser Karl, welcher in seinem Manifeste versprochen hat, „seinen Völkern ein gerechter und liebevoller Fürst zu sein", in Liebe und Treue Gefolgschaft leisten."

Nach dieser Rede, welche die Versammelten zum Zeichen ihrer Trauer stehend angehört haben, wird die Sitzung geschlossen.

(XVII. Gemeindebezirk, Hernals.)

Bericht

über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Hernals vom **25. November 1916.**

Bezirksvorsteher **Karl Kretschek** hielt an die versammelten Bezirksräte, welche sich von den Sitzen erhoben hatten, folgende Ansprache:

„Mitten in den Ereignissen des großen Weltkrieges trauern Österreichs Völker um ihren innigstgeliebten Kaiser. Sein Herz hat aufgehört zu schlagen. Seine Augen sind geschlossen für immerdar; Gott hat ihn zu sich berufen.

In einer selten langen, 68jährigen Regierungszeit hat unser geliebter Monarch sein Szepter über Österreichs Völker geführt und stets seine ganzen Kräfte zum Wohle der Untertanen in aufopferndster Betätigung eingesetzt.

Er war trotz aller Mißgeschicke, die schon in seiner Jugend wie auch wiederholt im Mannesalter sein Herz erschütterten, stets seiner höchsten Sendung eingedenk und allzeit auf die Reichsinteressen auf das Hervorragendste bedacht.

Er war es, der im Jahre 1859 die Bastionen der alten Stadt beseitigen und die Verbindung mit den Vorstädten herstellen ließ. Durch sein Machtwort wurden die Selbstverwaltung und im Interesse des Gewerbestandes auch die Gewerbefreiheit gewährt.

Er war es auch, der dem Schulwesen, als der Quelle der Bildung, sein besonderes Augenmerk zuwendete und das Reichs-Volksschulgesetz im Jahre 1869 sanktionierte. Er gab zum Zwecke der abermaligen Vergrößerung und vorteilhaften Erweiterung der Stadt im Jahre 1889, beziehungsweise 1891 seine Einwilligung zur Einbeziehung der Vororte und Schaffung von Groß-Wien.

Während seiner langen Regierung zeigte er ein ganz außerordentliches Wohlwollen, ein tiefes Fühlen und Empfinden für die Jugend des Reiches, wofür diese durch den im Jahre 1898 veranstalteten Kinder-Huldigungsfestzug den Dank abstattete.

So wie Seine Majestät in der Friedenszeit stets im Interesse des Gedeihens des Staatswesens das vorgesteckte Ziel unbeirrt verfolgte, so hat auch der große Krieg und dessen trauriger Anlaß

den greisen Herrscher in seiner Standhaftigkeit und seinen zielbewußten Plänen nicht erschüttern können.

Eingedenk dieser übermenschlichen und von den herrlichsten Erfolgen gekrönten Regierungstätigkeit, zu der wir mit unseren Kindern und Kindeskindern allzeit mit Bewunderung aufblicken, der wir bis in die fernsten Zeiten von Geschlecht zu Geschlecht das ehrfurchtsvollste Andenken bewahren werden, geben wir unserer tiefgefühlten Trauer über den Dahingang unseres verklärten Kaisers und Herrn vom innersten Herzen Ausdruck und erbitten von Gott Schutz und Schirm für unser geliebtes Vaterland, auf daß es aufs Neue erstarke, blühe und gedeihe."

Schluß der Sitzung.

(XVIII. Gemeindebezirk, Währing.)

Bericht

über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Währing vom **25. November 1916.**

Bezirksvorsteher **Anton Baumann** eröffnete die Sitzung und verlieh der Trauer der Bezirksvertretung um den dahingeschiedenen Monarchen in folgendem tiefempfundenen Nachrufe Ausdruck, welchen die Versammlung stehend anhörte:

„Eine tiefe Trauer hat unser Reich ergriffen, mitten in dem schweren Kriege, wie ihn die Welt noch nicht erlebt hat.

Unser guter Kaiser ist aus dem Leben geschieden.

Wie Se. Majestät Kaiser Franz Josef während einer Regierungszeit von fast 70 Jahren die Geschicke seiner Völker und seines Reiches mit fester und väterlicher Hand geleitet hat, gehört zum Teile schon der Geschichte an.

Mit welcher Treue jedoch die Völker Österreichs zu ihrem angestammten Kaiser standen, dies hat die Mitwelt staunend bei Ausbruch dieses schrecklichen Krieges erlebt, und furchtbar enttäuscht müssen dies jetzt unsere Feinde wahrnehmen.

Wenn die väterliche Huld des gütigen Monarchen auch dem ganzen Reiche nie versiegend zuteil wurde, so können wir Wiener doch sagen, daß er mit vollster Liebe bestimmend die Geschicke seiner Reichshaupt- und Residenzstadt leitete — vom Regierungsantritt bis zum Grabe.

Was der Kaiser für unser Wien während seiner langen Regierungszeit war, dies wurde von berufeneren Munde geschildert.

Seiner Huld ist es zu danken, daß wir als freie Bürger mitbestimmend an der Umwandlung des alten Wien in die herrlich schöne Weltstadt mitwirken konnten.

Oftmals konnte sich auch der XVIII. Bezirk der Auszeichnung rühmen, Sr. Majestät in seinen Gemarkungen zu huldigen.

Ich will jedoch nur der Freude gedenken, welche die Bevölkerung bei der Kunde ergriff: „der Kaiser kommt zur Eröffnung des Türkenschanzparkes".

Es war am 30. September 1888.

Alt und Jung, Hoch und Nieder ließ es sich nicht nehmen, dem Kaiser zuzujubeln und schon von früher Morgenstunde an standen dicht gedrängt — Kopf an Kopf — die Währinger, Spalier bildend, von der Währingerlinie bis zur Türkenschanze, um ihren Kaiser zu begrüßen; als ob sie in Vorahnung gewesen wären, wie bedeutsam gerade dieser Besuch des Monarchen für die Entwicklung Wiens werden sollte.

Denn damals auf der historischen Stätte, angesichts des zu Füßen der Türkenschanze sich ausbreitenden Wien fielen die bedeutungsvollen Worte:

„Seit mehreren Jahren schon verfolge Ich mit Aufmerksamkeit und wahrer Freude die mächtige Entwicklung und den Aufschwung dieser Vororte der uns Allen teuren Stadt Wien, sowie die vielen wohltätigen und nützlichen Anstalten, welche hier dem eifrigen Streben und Gemeinsinne ihre Entstehung verdanken.

Diesen nützlichen Schöpfungen wurde mit den schönen Anlagen, welche Ich nun mit wahrem Vergnügen zum erstenmale betrete, durch hingebungsvolles und opferwilliges Zusammenwirken eine neue, zugleich angenehme hinzugefügt, für deren Zustandekommen Allen, die sich daran beteiligten, Meine volle Anerkennung und der wärmste Dank der Bevölkerung gebührt.

Ich wünsche herzlichst, daß mit dem Blühen und Gedeihen dieses jungen Gartens auch der erfreuliche Aufschwung der Vororte, welche, sobald dies möglich sein wird auch keine physische Grenze von der alten Mutterstadt scheiden soll, stets zunehme und daß der Anblick Wiens und der Vororte, welcher sich von hier aus bietet, den echten Bürgersinn, den wahren Patriotismus und die Liebe zur Heimat unter dem Schutze des Allmächtigen stets neu beleben möge."

Ich will nur noch der Eröffnung der Wiener Stadtbahn gedenken, die am 9. Mai 1898 in der Station Michelbeuern in Anwesenheit Sr. Majestät statt fand.

Se. Majestät geruhte bei diesem Anlasse die zu seinem Empfange erschienenen Spitzen der staatlichen Behörden und der Gemeindeverwaltung in huldvoller Weise mit nachfolgenden gedenkenswerten Worten, welche von dem hohen Interesse Sr. Majestät für das Wohl der Bevölkerung Zeugnis geben, auszuzeichnen.

„Gerne bin Ich der Einladung der Kommission für Verkehrsanlagen gefolgt, an der feierlichen Eröffnung der ersten vollendeten Strecke der Wiener Stadtbahn teilzunehmen.

Durch das einträchtige Zusammenwirken der autonomen Kurien und des Staates geschaffen, wird dieser Bahnbau — wie Ich zuversichtlich hoffe — der Bevölkerung mannigfache Vorteile bringen und die Mir am Herzen liegen gedeihliche Entwicklung wirksam fördern.

Ich danke den Herren für die kundgegebenen loyalen und patriotischen Gesinnungen und spreche den bauführenden Organen für ihre der österreichischen Technik zur Ehre gereichenden Leistungen, deren künstlerische Ausgestaltung wohltuend hervortritt, Meine volle Anerkennung aus."

Viele Male ist es gewesen, daß Se. Majestät — so anläßlich der im Jahre 1908 erfolgten Grundsteinlegung und der am 20. April 1910 erfolgten Eröffnung der Kinderschutzstation in der Lacknergasse und vieler anderer wohltätiger Anstalten des XVIII. Bezirkes — die Feier durch seine Anwesenheit auszeichnete.

Viele und viele Erinnerungen werden wach und tiefe Wehmut ergreift uns bei dem Gedanken Franz Josef I., unser gütiger Kaiser, weilt nicht mehr unter den Lebenden.

Wir geloben, angesichts der Bahre die Treue auch übers Grab zu bewahren."

Schluß der Sitzung.

(XIX. Gemeindebezirk Döbling.)

Bericht

über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Döbling vom **27. November 1916.**

Bezirksvorsteher **W. Kuhn** eröffnete die Sitzung mit folgender Ansprache:

„Tief erschüttert über das unerwartete Ableben unseres gütigen Monarchen haben wir uns heute versammelt, um unserem tiefen Schmerz und unserer aufrichtigsten Trauer Ausdruck zu geben.

Mitten in den schicksalsschweren Tagen des größten Weltkrieges ist unser gütiger Kaiser aus dem Leben abberufen worden; unzweifelhaft hat die schwere Sorge um Volk und Reich das edle Leben dadurch verkürzt.

Unser Kaiser als Friedensfürst konnte den Ausgang des ungeheuerlichen Kampfes und die Wiederkehr des Friedens nicht erleben, was gewiß sein einziger Herzenswunsch gewesen wäre.

Wir Wiener können jetzt, in diesen für uns so wehmutsvollen Tagen hoch erhobenen Hauptes mit reinem Gewissen behaupten, daß wir in allen Ereignissen seines Hauses, ob diese freudige oder traurige waren, mit allen Fasern unseres Handelns und Denkens mit unserem Kaiser verbunden waren, wovon er auch voll und ganz überzeugt war. Sagte er doch selbst, daß er und die Wiener wie eine Familie zusammen gehören.

Der Tod hat uns unseren Kaiser genommen. Was er uns aber nicht nehmen kann, das ist die Ehrfurcht vor diesem edelsten aller Monarchen, welche wir ihm fortab rein zu erhalten geloben.

Großer Schmerz und tiefe Trauer ist über unser Reich hereingebrochen, schwer lastet dieser unerwartet jähe Tod unseres Kaisers auf unserem Gemüte, aber wir dürfen in dieser schwersten aller Zeiten den Mut nicht sinken lassen. Die Pflicht ruft: Weiter! Vorwärts im Kampfe für das Haus Habsburg und damit werden wir das Andenken unseres heimgegangenen, unvergeßlichen guten Kaisers am besten bewahren."

Die Versammlung hatte die Rede des Vorsitzenden zum Zeichen der Trauer stehend angehört.

Schluß der Sitzung.

(XXI. Gemeindebezirk, Floridsdorf.)

Bericht

über die außerordentliche Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf vom **25. November 1916.**

Bezirksvorsteher **Anton Anderer** hielt folgende Ansprache, die die Versammelten stehend anhörten:

„Meine sehr verehrten Herren!

In dieser so schweren Zeit konnte wohl nichts schmerzlicher, nichts erschütternder die Völker Österreichs berühren, als die Kunde von dem Hinscheiden unseres geliebten Kaisers.

In jungen Jahren und in sturmbewegter Zeit hatte er die Zügel der Regierung ergriffen und durch Gottes Fügung war es ihm beschieden, durch fast 68 Jahre die Geschicke seiner Reiche und damit seiner Völker zu leiten. Viel Freudiges, aber auch viel Trauriges hat sich während dieser langen Regierungszeit ergeben, und wir, wir haben stets Anteil genommen, was immer unser Kaiserhaus betroffen. Ob es nun freudige, ernste oder traurige Ereignisse waren, welche das Reich durchlebte, immer und immer standen die Völker Österreichs treu zu ihrem Kaiser.

Und so war es auch in den schwersten Tagen, die wir erlebten, jenen Tagen, wo unser Friedenskaiser zur Wahrung der Reichsgrenzen das Schwert ziehen mußte. Und in dieser ernsten Zeit hat der Allmächtige den Völkern Österreichs eine neue Prüfung auferlegt, indem er unseren geliebten Monarchen zu sich berief. In tiefer Trauer stehen die Wiener und die gesamte Bevölkerung der Monarchie. Soviel Schönes und Gutes sich auch während der Regierungszeit Franz Josef in unserem Reiche ereignete, so müssen wir immer daran denken, daß es stets unser Landesfürst war, der immer dabei gewesen ist, wenn es galt, Nützliches für das Volk zu vollbringen.

Wir wissen aber auch, wie viel Trauriges unseren Kaiser getroffen. Zuerst der Verlust des Bruders in Mexiko, dann der Tod des Kronprinzen und der Meuchelmord an der Kaiserin; er, der Friedensfürst, mußte es noch erleben, daß der Thronfolger einem ruchlosen Attentate zum Opfer fiel. Als es dann zum Krieg kam und Österreich von Verrat und Trug umlauert war, da waren es immer unsere treuen Verbündeten, die in ritterlicher Weise mit den Soldaten Österreichs für das kämpften, was uns heilig ist, diese Bundesbrüderschaft wird mit Gottes Hilfe das erreichen, was uns unser gütiger Landesfürst erhalten wollte, den Frieden.

Dann wird das eingelöst werden, was dem toten Friedensfürsten nicht mehr beschieden war, selbst zu lösen. Er, der den Ausgang dieses schrecklichen Krieges nicht mehr erleben konnte, der seine Augen für immer schloß, er wird über uns wachen, wird Österreich von jenen lichten Höhen, in welche er eingezogen ist, segnen und bei dem Allmächtigen einen günstigen Ausgang des Krieges erflehen.

Wir Bewohner des XXI. Bezirkes müssen uns daran erinnern, daß wir durch seine Gnade etwas ganz besonderes erfahren haben und dies war die Bestätigung des Vereinigungsgesetzes. Mit dieser Bestätigung wurden wir mit der Reichshauptstadt vereinigt, wurden damit auch seine Wiener. Durch die Sanktionierung des Vereinigungsgesetzes wurde dem XXI. Bezirke neues Emporblühen gesichert. Für uns wird Kaiser Franz Josef unvergänglich, unvergeßlich bleiben."

Schluß der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Frauen-Hilfsaktion im Kriege.

Trauerkundgebung.

Am Mittwoch den 29. November d. J. fand unter dem Vorsitze Ihrer Exzellenz der Frau Berta Weiskirchner in außerordentlicher Sitzung eine Trauerkundgebung anläßlich des Ablebens des Kaisers Franz Josef I. statt.

An derselben nahmen teil: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Ober-Magistratsrat Dr. Dont, die Mitglieder des Zentralbeirates, die Leiterinnen und deren Stellvertreterinnen der Frauenarbeits-Komitees, der Näh- und Strickstuben und der Ausspeisestellen sämtlicher Gemeindebezirke Wiens.

Ihre Exzellenz die Frau Vorsitzende hielt nachstehende Ansprache:

„Seine Majestät unser innigstgeliebter Kaiser Franz Josef I. ist nicht mehr. Gott hat ihn abberufen und trauernd und tieferschüttert stehen die Frauen Wiens an seiner Bahre. Das Wirken unseres über alles geliebten Kaisers war ein so großes, so erhabenes, daß die Völker Österreichs vertrauensvoll zu ihm aufblickten und ihr Lebensschiff ruhig von ihm lenken ließen. Die Liebe zu seinen Völkern überstrahlte aber noch sein Wirken und Liebe wurde ihm nicht nur aus allen Teilen des Reiches, sondern auch von der ganzen Welt zuteil. Und diese Liebe haben besonders wir Frauen im reichen Maße zu vergelten gesucht. Wir liebten ihn nicht nur selbst, wir lehrten auch unsere Kinder, den Kaiser zu lieben und zu verehren und in dieser Liebe, welche von den Müttern in die Herzen unserer Kleinen gepflanzt wurde, wuchsen dieselben heran zu tüchtigen Männern und Frauen des Reiches, zu treuen Untertanen des Kaisers Franz Josef I.

Und wie liebte unser Kaiser diese Kinder! Sie galten ihm alles, und als zu seinem sechzigjährigen Regierungsjubiläum die Kinder Wiens in hellen Scharen nach Schönbrunn strömten, um ihrem lieben Kaiser zu huldigen, da war es ein herzerquickendes rührendes Bild, den geliebten Monarchen mitten unter der fröhlichen Kinderschar zu sehen, wie er liebevoll und gütigen Blickes mit ihnen plauderte und für viele ein liebes Wort hatte. Diesen Tag werden Tausende von Kindern, welche heute bereits erwachsen sind, zu den schönsten ihres Lebens rechnen.

Die große Liebe zu den Kindern veranlaßte auch unseren Kaiser für das Kind besondere Werke zu schaffen und zu bitten, man möge zur Erinnerung an diesen Tag der Kinder gedenken. Und so wurden große Fürsorge-Aktionen ins Leben gerufen, die alle den Kindern zugute kamen.

Unermüdlich arbeitete unser geliebter Monarch, so daß man ruhig sagen konnte, er war der fleißigste Arbeiter seines Staates. Der frühe Morgen fand ihn schon beim Schreibtische und nicht der Morgen erwartete den Kaiser, sondern der Kaiser erwartete den Morgen.

Dann kam die schicksalsschwere Zeit, wo das ganze Reich in Empörung aufflammte, als es das Verbrechen erfuhr, das an unserem erlauchten Thronfolger und seiner Gemalin verübt wurde. Alle Völker waren erschüttert und trauerten mit ihrem Monarchen. Die Huld des Kaisers wendete sich aber auch hier den Kindern des Thronfolgers zu und gütige Worte des Trostes fand er für dieselben. Dann kam der Krieg.

Schweren Herzens griff unser Friedenskaiser zu den Waffen und nun hatten wieder die Frauen ihre Liebe zu beweisen. Ihr Liebstes gaben sie freudigen Herzens dem Kaiser und mutvoll zogen Söhne und Väter hinaus in den Kampf. Heimlich zerdrückten wir manche Träne, wenn's zum Scheiden kam, doch mit Stolz waren unsere Herzen erfüllt, daß unsere Söhne mitkämpfen konnten an den Grenzen unseres Reiches, mitbeteiligt waren an dem größten Werke dieser großen Zeit.

Wie muß unser lieber Kaiser da gezittert haben für das Leben seiner Söhne, und uns war es ein Trost, zu wissen, daß er teilnimmt an unserem Leid, wenn traurige Kunde kam. Und wieder ihn nahmen wir uns zum Vorbild. Ihm blieb nichts erspart, was menschliches Leid bringen konnte, ihm war es beschieden und er hat alles getragen ohne zu murren, ergeben in Gott.

So haben auch wir zu tragen versucht, was Schreckliches dieser Krieg über uns gebracht hat und wir Frauen Wiens haben uns vereinigt, um auch anderen Trost und Hilfe in dieser schweren Zeit zu bringen. Unser gütiger Kaiser hat in unser Wirken Einsicht genommen und am 26. Juni 1916 den Frauen Wiens seine besondere Allerhöchste Anerkennung auszusprechen geruht.

Schwere Sorgen und schwere Lasten brachte dieser unselige Krieg auch über unseren Kaiser. Tiefgebeugt saß er bei seinem Schreibtische und immer tiefer und schwerer legte sich die Last auf seine Schultern.

Eines Tages legte er seine Arbeit hin und mit den Worten: „Ich bin müde", begab er sich zum Schlummer, aus dem er nicht mehr erwachen sollte. Ich glaube, es war das erstemal in seinem Leben, daß der Kaiser diese Worte gebrauchte. Obwohl wir alle gewußt haben, daß die Tage unseres Monarchen gezählt sind, so kam diese Stunde doch zu früh und können wir es nicht glauben, daß diese Augen, die immer in Güte und Liebe seinen Völkern entgegenstrahlten, für immer geschlossen bleiben sollen.

Noch weilt sein Leib unter uns, seine Seele aber ist schon emporgestiegen zu den lichten Höhen und ich bin überzeugt, daß unseres Kaisers erste Bitte bei Gott dem Allmächtigen, die Bitte um den Frieden für seine Völker war. Und so wollen auch wir vertrauensvoll hinaufblicken, wo segnend über unseren Häupten die Hand unseres verewigten Monarchen schwebt, wollen ergeben einer schöneren Zukunft warten und geloben hier feierlich, als Mitglieder der Frauen-Hilfsaktion auszuharren in dem schweren Kampfe, Not und Elend zu lindern, die Armen zu schützen, bis Gott der Allmächtige die Bitte unseres verstorbenen Kaisers erfüllt. Und wenn sich auch morgen die Gruft seiner Väter über die irdische Hülle unseres geliebten Kaisers schließt, in unseren Herzen und in den Herzen unserer Kinder wird er weiterleben jetzt und immerdar!"

Die Anwesenden hatten sich während dieser Ansprache von den Sitzen erhoben.

Zentralstelle der Fürsorge

für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich.

DLXXI. Spendenausweis.

27732.	Firma Emanuel Blumenthal	800 K — h
27733.	Firma Julius Siegmeth & Sohn . .	400 „ — „
27734.	Redaktion des „Neuen Wiener Tagblatt" für die Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder" (X. Spendenabfuhr)	17.757 „ 56 „

27735. Frauen-Arbeits-Komitee für den III. Bezirk, Freitischablösungen für November 202 K — h

1prozentiger freiwilliger Gehaltsabzug der Lehrpersonen, und zwar:

27736. Volksschule f. Knaben IX., Liechtensteinstraße 137 . . . . . 15 K — h
Hievon ab 25 Prozent für das „Rote Kreuz" . . . . . 3 „ 75 „ 11 „ 25 „

Monatliche Beiträge für Ausspeisungszwecke, und zwar:

27737. Anna Eder . . . . 18 K — h
27738. Karl Mendl . . . . 6 „ — „
27739. Irma Müller . . . 6 „ — „
27740. Wiener Baugesellschaft 200 „ — „ 230 „ — „

27741. Administration der „Neuen Freien Presse" 3. Spendenabfuhr für die Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder" . . . . . 5.000 „ — „

27742. Beamte und Diener des k. k. Hauptpostamtes in Wien, Sammlung pro November 1916 . . . . . 20 „ — „

27743. Paula Hinterwirth durch die Leitung der Schule für Knaben XVI., Odoakergasse 48 für Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder" . . . . . 6 „ — „

27744. Arbeiterschaft der k. k. Tabakfabrik Wien-Ottakring (59. Spende) . . . . . 184 „ 10 „

Monatsbeiträge für Ausspeisezwecke, und zwar:

27745. Prof. Ernst Bischoff . 6 K — h
27746. Marie v. Kralik . . 6 „ — h
27747. Sid. Littmann . . . 36 „ — „ 48 „ — „

27748. Franz Gabler, für die Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder" . . . . . 5.000 „ — „
27749. N. Neumann . . . . . 2 „ 20 „
27750. Hugo Schmidl, für Ausspeisezwecke . . 18 „ — „
27751. Bezirks-Komitee Fünfhaus, Freitischablösungen . . . . . 96 „ „

Monatliche Beiträge für Ausspeisungszwecke:

27752. Dr. Josef K. Friedjung 6 K — h
27753. Dr. H. v. Frisch . . 10 „ — „
27754. Emil Spitzer . . . . 6 „ — „ 22 „ — „

27755. Heinrich Schönauer, für die Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder" . 20 K — h

27756. Franz Wilhelm Poppenwimmer durch die Bezirksvorstehung XXI. Bezirk für die Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder" . . . . . 100 „ — „

27757. Verband der Landstraßer Wohltätigkeitsvereine, Wien, III., für die Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder" . 200 „ — „

27758. Dr. Hermann Höfinger, Hof- und Gerichtsdvokat, für Ausspeisungszwecke . . 200 K — h

27759. Verein „Christliche Familie in Hernals" 20 „ — „

1prozentige freiwillige Gehaltsabzüge von Lehrpersonen, und zwar:

27760. Volksschule f. Knaben XIV., Kauergasse 3 . 10 K — h
Hievon ab 25 Prozent für das „Rote Kreuz" 2 „ 50 „ 7 „ 50 „

Monatsbeiträge für Ausspeisezwecke:

27761. Dr. Jenny Halbmayr 12 K — h
27762. Emanuel Lauschmann 12 „ — „
27763. Albert Lederer . . . 6 „ — „
27764. Moritz Rochel . . . 12 „ — „ 42 „ — „

27765. Exzellenz Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner, für Ausspeisungszwecke pro Dezember . . . . . 120 „ — „

27766. Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer, für Ausspeisezwecke pro Dezember . . 60 „ — „

27767. Vize-Bürgermeister Franz Hoß, für Ausspeisezwecke pro Dezember . . . . 60 „ — „

27768. Beamte des Präsidialbureaus, freiwilliger Gehaltsabzug für Dezember . 21 „ 16 „

27769. Magistratsrat Dr. Held, freiwilliger Gehaltsabzug für Dezember . . . . . 6 „ — „

27770. Frauen-Hilfsaktion XXI (Freitischablösungen) . . . . . 138 „ — „

1prozentige freiwillige Gehaltsabzüge der Lehrpersonen an den städtischen Schulen, und zwar:

27771. Volksschule XIX., Mannagettagasse 1 . 3 K 48 h
Hievon ab 25 Prozent für das „Rote Kreuz" . . . . . — „ 87 „ 2 „ 51 „

27772. Freiwillige Gehaltsabzüge der Angestellten des Kaiserjubiläums-Spitales . 48 „ 50 „

Monatliche Beiträge für Ausspeisungszwecke, und zwar:

27773. Ida Kurauda . . . . 30 K — h
27774. Alfred Neu . . . . 60 „ — „ 90 „ — „

27775. Magistratsrat Dr. Karl Schenk für Ausspeisungszwecke . . . . . 6 „ — „

27776. Ober-Magistratsrat Dr. Jakob Dont, freiwilliger Gehaltsabzug . . . . . 10 „ — „

27777. Ober-Magistratsrat Karl Pawelka, freiwilliger Gehaltsabzug . . . . . 10 „ — „

27778. Beamte der Stadtbuchhaltung, freiwillige Gehaltsabzüge für Dezember 1916 82 „ — „

27779. Langjährige Tarock-Gesellschaft im Café Thury (durch Bezirksvorstehung IX) für Ausspeisezwecke . . . . . 6 „ — „

27780. Rosa Frankl für Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder" . . . . . 3 „ 40 „

Gemeindevermittlungsämter.

Die Gemeindevermittlungsämter Mariahilf und Neubau werden im Monate Dezember 1916 am 6., 13., 20. und 27. Sühne- und Vergleichsverhandlungen vornehmen.

Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien.

November 1916.

Im abgelaufenen Monat November 1916 wurden bei der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien in der Hauptanstalt und den Zweiganstalten von 23.606 Parteien 11,514.980 K 90 h eingelegt und an 14.799 Parteien 8,228.725 K 86 h rückbezahlt. Der Einlagenstand betrug Ende November 1916 211,442.301 K 07 h.

Im Hypothekardarlehensgeschäfte wurden 192.000 K — h zugezählt und 196.926 K 24 h rückbezahlt, so daß sich der Stand der Hypothekardarlehen am 30. November 1916 auf 96,171.565 K 75 h belief.

Der Stand der Wertpapiere betrug am 30. November 1916 79,579.200 K — h, an Wechseln und Salinenscheinen besaß die Anstalt am 30. November 1916 11,215.010 K — h.

* * *

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Rudolfsheim.

November 1916.

Eingelegt von 5793 Parteien	7,185.640 K 92 h
Rückgezahlt an 5104 Parteien	2,414.038 „ 99 „

Mit 30. November 1916 betrug der Stand:

der Gesamteinlagen auf 62.261 Kontos .	83,866.637 K 84 h
„ Hypothekardarlehen	57,876.263 „ 15 „
„ Gemeindedarlehen	3,505.578 „ 44 „
„ Gesamt-Werteffekten	23,643.156 „ 95 „
„ Reservefonds	2,524.657 „ 75 „

* * *

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Hernals.

November 1916.

Einlagen im Oktober von 4611 Parteien .	2,821.284 K 62 h
Rückzahlungen an 5065 Parteien	2,514.744 „ 68 „

Stand am 30. November 1916.

Gesamteinlagen auf 52.096 Konti	63,930.195 K 67 h
Hypothekardarlehen	45,949.166 „ 36 „

* * *

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Währing.

In der Zeit vom 1. bis 30. November 1916.

Gesamt-Einlagestand am Ende des Vormonates	48,173.363 K 72 h
Eingezahlt wurden von 4333 Parteien . .	3,745.259 „ 09 „
zusammen .	51,918.622 K 81 h
Rückgezahlt wurden an 3851 Parteien . .	2,614.670 „ 57 „
Gesamt-Einlagestand am 30. November 1916 .	49,303.952 K 24 h
verteilt auf 36.871 Konten	
Zuwachs	1,130.588 K 52 h
Stand der Einlagen im Scheckverkehr . .	640.807 „ 67 „
„ „ aushaft. Hypothekar-Darlehen .	31,898.934 „ 98 „
„ „ Darlehen auf Wertpapiere . .	542.140 „ — „
„ „ eskomptierten Wechsel	101.970 „ — „
„ „ Wertpapiere (Nominale) . . .	19,382.600 „ — „

* * *

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Döbling.

November 1916.

Eingelegt von 1090 Parteien	569.628 K 15 h
Behoben von 970 Parteien	457.277 „ 73 „
(inkl. 5. österr. Kriegsanleihe per 25.445 K 92 h).	
Es ergibt sich daher ein Plus von	112.350 K 42 h
Dieses zugerechnet zum Stande mit Ende Oktober 1916 per	12,356.611 „ 05 „
gibt mit Ende November 1916 bei 12.332 offenen Konti einen Einlagenstand von	12,468.961 K 47 h
Der Stand der Hypothekardarlehen beträgt mit Ende November 1916	8,433.418 K 82 h

* * *

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Floridsdorf.

Ausweis für den Monat November 1916.

Stand des Vormonates	20,298.359 K 95 h
Eingelegt wurden von 998 Parteien . . .	679.017 „ 09 „
Zusammen .	20,977.377 K 04 h
Rückgezahlt wurden an 948 Parteien . .	348.973 „ — „
Stand mit Ende November 1916 bei 13.494 Konti	20,628.404 K 04 h

Heimsparkassen:

Stand des Vormonates	195.537 K 95 h
Eingelegt wurden von 96 Parteien . . .	8.154 „ 18 „
Zusammen .	203.692 K 13 h
Rückgezahlt wurden an 43 Parteien . . .	4.354 „ — „
Stand mit Ende Oktober 1916 bei 1062 Konti	199.338 K 13 h

---

360 Millionen Kronen-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1908 (I. Emission).

Verzeichnis der am 1. Dezember 1916 ausgelosten und am 1. Juni 1917 zur Einlösung gelangenden Obligationen des 360 Millionen Kronen-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1908 (I. Emission), und zwar:

Serie	37	Nr.	1—100	à 200 K.
„	467	„	1—100	
„	582	„	1—100	
Serie	852	Nr.	1—40	à 500 K.
„	862	„	1—40	
„	1532	„	1—40	
Serie	2107	Nr.	1—20	à 1000 K.
„	2676	„	1—20	
„	3185	„	1—20	
Serie	4264	Nr.	1—10	à 2000 K.
„	4656	„	1—10	
„	5986	„	1—10	
Serie	7882	Nr.	1—2	à 10.000 K.
„	8398	„	1—2	
„	8848	„	1—2	
„	9777	„	1—2	

Die nächste Ziehung findet am 1. Dezember 1917 statt.

Aus früheren Verlosungen sind noch ausständig:

Serie	8	Nr. 1—100.
„	9	„ 1—10, 14—100.
„	22	„ 1—100.
„	508	„ 15, 41—100.
„	663	„ 8—9, 16—64, 70, 73—96.
„	755	„ 23—26, 34, 36, 43—49, 85, 98, 99.
„	879	„ 13.
„	1561	„ 1—40.
„	1954	„ 1—20.
„	2043	„ 1, 3—20.
„	2151	„ 15.
„	2602	„ 1—10.
„	2678	„ 19, 20.
„	2967	„ 20.
„	4680	„ 1—9.
„	5054	„ 1—10.
„	5327	„ 1—10.
„	5372	„ 1—3, 9—10.
„	5918	„ 1—10.
„	6678	„ 1—2.
„	7416	„ 1—4.
„	8173	„ 1—2.

Lebensmittelverkehr.

Borstenviehmarkt vom 28. November und 1. Dezember 1916.

1. Auftrieb auf dem freien Markt.

Fleischschweine (Jungschweine) . . . . — Stück
Fettschweine . . . . . — „
Summe . — Stück
Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche — Stück.

Angekauft wurden:

für Wien . . . . . — Stück
für das Land . . . . . — „
unverkauft blieben . . . . — „

2. Preisbewegung.

(Preis 1 kg Lebendgewicht.)

Fleischschweine (Jungschweine):

I. Qualität . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Fettschweine:

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Auf den dieswöchentlichen Borstenviemärkten fand kein Auftrieb statt.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 27. November und 1. Dezember 1916.

1. Auftrieb bzw. Zufuhr.

Kälber lebend	—	Schafe lebend	2645
Kälber ausgeweidet .	2010	Schafe ausgeweidet . .	550
Lämmer lebend	—	Schweine ausgeweidet .	530
Lämmer ausgeweidet . .	7	Spanferkel	—

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von 450 bis 480 h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ 420 „ 440 „
III. „ . . . . „ 300 „ 400 „

Lämmer lebend (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Lämmer ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis 600 h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von 540 bis 650 h*) (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ 440 „ 500 „
III. „ . . . . „ 300 „ 420 „

Fleischschweine ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis 780 h*) (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Fettschweine ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis 780 h*) (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

*) Einige Stücke besonderer Qualität wurden zu extrem hohen Preisen abverkauft.

Schafe lebend (per Paar):

I.	Qualität	von	— bis	— K	(extrem bis — h)
II.	„	„	— „	— „	
III.	„	„	— „	— „	

Schafe lebend (per 1 kg):

I.	Qualität	von 400	bis	— h	(extrem bis — h)
II.	„	„ 380	„	390 „	
III.	„	„ 200	„	360 „	

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 214 Stück Kälber mehr zugeführt als in der Vorwoche.

Auf dem Schafmarkte wurden um 1023 Stück Schafe weniger aufgetrieben als in der Vorwoche.

Die Preislage ist gegen die Vorwoche gleich.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 1. Dezember 1916 473 Stück Mast- und 665 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Bei lebhaftem Geschäftsverkehre wurden alle Kälberqualitäten um 20 h per Kilogramm billiger als in der Vorwoche abgegeben.

Die für ausgeweidete Schafe blieben im Vergleiche zur Vorwoche völlig unverändert.

Ausgeweidete Schweine wurden auf Basis der gesetzlichen Höchstpreise abgegeben.

Das Lämmergeschäft war bedeutungslos.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 1. Dezember 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	38 K	— h
Roggen	„ 100 „	31 „	— „
Braugerste . . .	„ 100 „	36 „	— „
Futtergerste . . .	„ 100 „	32 „	— „
Hafer	„ 100 „	30 „	— „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.)

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	80 K	— h	per 100 kg
Backmehl	110 „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	90 „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	58 „	— „	„ 100 „
Brotmehl (Weizenbrot- und Roggenmehl)	42 „	— „	„ 100 „

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 2. Dezember 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	38 K	— h
Roggen	„ 100 „	31 „	— „
Braugerste . . .	„ 100 „	36 „	— „
Futtergerste . . .	„ 100 „	32 „	— „
Hafer	„ 100 „	30 „	— „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.)

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	80 K	— h	per 100 kg
Backmehl	110 „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	90 „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	58 „	— „	„ 100 „
Brotmehl (Weizenbrot- und Roggenmehl)	42 „	— „	„ 100 „

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 4. Dezember 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	38 K	— h
Roggen	„ 100 „	31 „	— „
Braugerste . . .	„ 100 „	36 „	— „
Futtergerste . . .	„ 100 „	32 „	— „
Hafer	„ 100 „	30 „	— „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.)

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	80 K	— h	per 100 kg
Backmehl	110 „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	90 „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	58 „	— „	„ 100 „
Brotmehl Weizenbrot- und Roggenmehl)	42 „	— „	„ 100 „

* * *

Pferdemarkt vom 1. Dezember 1916.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 396 Stück.

185 Gebrauchspferde, 211 Schlachtpferde.*)

Preis: für Gebrauchspferde . . . 1000 bis 3600 K per Stück

„ Schlachtpferde . . . . 400 „ 640 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

*) Hievon ab 99 am Markte und 112 im Pferdeschlachthause.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 26. November bis 2. Dezember 1916.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . .	164.904 kg	Und zwar aus:	
		Wien	92.310 kg
		dem sonst. Niederösterreich	10.274 „
		Oberösterreich	83 „
		Steiermark	2.596 „
		Mähren	7.142 „
		Ungarn	15.338 „
		Dänemark	7.161 „
Kalbfleisch . . .	351 kg	Und zwar aus:	
		Wien	259 kg
		dem sonst. Niederösterreich	33 „
		Oberösterreich	47 „
		Steiermark	12 „
Schaffleisch . . .	312 kg	Und zwar aus:	
		Wien	236 kg
		Mähren	76 „
Schweinefleisch .	24.940 kg	Und zwar aus:	
		Wien	1 .026 kg
		dem sonst. Niederösterreich	601 „
		Oberösterreich	1.290 „
		Böhmen	1.834 „
		Mähren	5.923 „
		Ungarn	3.266 „
Kälber	693 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	383 St.
		dem sonst. Niederösterreich	67 „
		Oberösterreich	150 „
		Salzburg	40 „
		Steiermark	2 „
		Mähren	50 „
		Ungarn	1 „
Schafe	3.618 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	1.993 St.
		dem sonst. Niederösterreich	12 „
		Oberösterreich	53 „
		Steiermark	4 „
		Mähren	11 „
		Ungarn	1.545 „
Schweine . . .	1.454 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	71 St.
		dem sonst. Niederösterreich	60 „
		Oberösterreich	106 „
		Steiermark	12 „
		Böhmen	1 „
		Mähren	445 „
		Ungarn	759 „
Lämmer . . .	100 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	1 St.
		Oberösterreich	26 „
		Steiermark	64 „
		Mähren	9 „

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	Siedfleisch	von K	5·—	bis	8·70	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ „	9·—	„	9·60	„ „
Kalbfleisch		„ „	5·60	„	6·80	„ „
Lammfleisch		„ „	—·—	„	6·60	„ „
Schweinefleisch		„ „	7·80	„	8·60	„ „
Kälber		„ „	4·80	„	5·10	„ „
Schafe		„ „	4·—	„	6·60	„ „
Schweine		„ „	7·30	„	7·80	„ „
Lämmer		„ „	4·20	„	5·—	„ „
Kitze		„ „	—·—	„	—·—	„ „

Per Bahn langten ein 60 Waggons mit 169·1 t.

Die Zufuhren waren geringer als in der Vorwoche.

Der Marktverkehr wickelte sich anfangs flau, gegen Wochenende lebhafter ab. Konstant stark gefragt waren Kalb- und Schweinefleischsorten, dagegen blieben mittlere und mindere Sorten Rindfleisch sowie Schaffleisch stark vernachlässigt.

In Übereinstimmung mit der Tendenz auf den dieswöchigen Märkten in St. Marx ermäßigten sich die Preise für Kalbfleisch und Kalbsinnereien um 30 h per Kilogramm.

Rindfleischsorten erlitten infolge der anhaltenden Absatzstockung Preiseinbußen bis zu 1 K, Schaffleisch solche bis über 2 K.

Sonstiges Rindfleisch notierte zu unveränderten Vorwochenpreisen.

Von der Ersten Wiener Großschlächterei-Aktiengesellschaft wurden 1100 Rindfleisch und 10.000 Stück Schweinefleisch zugeführt.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 4. Dezember 1916.

(Einschließlich des Kontumazmarktes vom 2. Dezember 1916.)

1. Gesamtauftrieb: 1647 Stück, und zwar:

Mastvieh	1016 Stück
Weidevieh	— „
Beinlvieh	631 „
Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche	421 „

Dieser Gesamtauftrteb zerfällt in:

Ochsen	526 Stück	Kühe	900 Stück
Stiere	221 „	Büffel	— „

Provenienz des Gesamtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone	— Stück
„ Galizien und der Bukowina	— „
„ dem sonstigen Österreich	1362 „
„ dem Auslande	285 „

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebensgewicht.

Aus und über Ungarn graue Ochsen:

I. Qualität	von	—	bis	— K	(extrem bis — K)
II.	„	—	„	— „	
III.	„	340	„	— „	

Färbige Ochsen aus und über Ungarn:

Ochsen	I. Qualität . .	von	— bis	— K	(extrem bis — K)
„	II. „ . .	„	— „	— „	
„	III. „ . .	„	— „	— „	

Ochsen aus anderen Ländern:

	I. Qualität . .	von	— bis	440 K*)	(extrem bis — K)
	II. „ . .	„	— „	400 „	
	III. „ . .	„	340 „	360 „	
Stiere	I. Qualität . .	von	— bis	410 K*)	(extrem bis — K)
„	II. „ . .	„	— „	370 „	
„	III. „ . .	„	320 „	330 „	
Kühe	I. Qualität . .	von	380 bis	410 K*)	(extrem bis — K)
„	II. „ . .	„	340 „	370 „	
„	III. „ . .	„	370 „	330 „	

Aus und über Ungarn:

Weidevieh		von	— bis	— K	(extrem bis — K)

Aus und über Galizien:

Weidevieh		von	— bis	— K	(extrem bis — K)
Büffel	„	— „	— „	(„ „	— „)
Beinlvieh	„	260 „	339 „	(„ „	— „)

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien . . . . . — Stück
„ „ „ auswärts . . . . . — „
Unverkauft blieben . . . . . — „

Außer dem Markte, jedoch mit Berührung desselben, wurden in der Woche vom 26. November bis 2. Dezember 1916 für Wien angekauft . . . . . 3559 Stück.

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 118 Stück mehr aufgetrieben.

Alle Rinderqualitäten und -Gattungen wurden zu unveränderten Vorwochenpreisen abgegeben.

*) Einige Stücke besonderer Qualität wurden zu extrem hohen Preisen verkauft.

Baubewegung

vom 1. bis 4. Dezember 1916.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen.

IV. Bezirk: Belvederegasse 9, von der Wiener Bau-Gesellschaft (3822).
„ „ Wiedner Hauptstraße 75, von Wenzel Skedl (3858).
V. Bezirk: Hundsturmplatz 2, von Josef Podlogar, Bauführer Eduard Smetana (3808).
VI. Bezirk: Webgasse 7, von Henriette Neu, Bauführer Rudolf Graf (3803).
VII. Bezirk: Neubaugasse 23, von Ignaz Fuchs, Bauführer Lechner & Komp. (3804).
„ „ Schottenfeldgasse 71, vom Filmvertrieb Feiger-Baudisch & Komp. (3812).
„ „ Neubaugasse 25, von Wilhelm u. Else Neumann (3825).
VIII. Bezirk: Piaristengasse 17, von der Ortobroban G. m. b. H. (3859).
IX. Bezirk: Badgasse 21, von Richard u. Ernst Teich, ebenda (3837).
XII. Bezirk: Meidlinger Hauptstraße 5, von Alois Duschek, XVII., Kürnbergergasse 1, Bauführer Josef Peschel (35850).
XVII. Bezirk: Horneckgasse 12, von Franz Ludwig, ebenda, Bauführer W. Hules (29822).

Diverse geringere Bauten.

I. Bezirk: Feuermauertüre, Stoß-im-Himmel 1, von der Wiener Bau-Gesellschaft A.-G., Wallnerstraße 2 (3816).
II. Bezirk: Schuppen, Vorgartenstraße 140, von Josef Czoupek, Ybbsstraße 6 (3818).
„ „ Mahlräume, Großer Säulenhaufen 180, von Hermann Weiffenbach (3820).
VI. Bezirk: Schuppen, Esterhazygasse 22, von Rudolf Eichhorn, Bauführer W. Tröster (3832).
IX. Bezirk: Herstellung, Marktgasse 36, von der Wiener Freiwilligen Rettungs-Gesellschaft durch Dr. H. u. J. Brüch (3839).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

Offertverhandlungs-Ergebnisse.

M. Abt. III, 6049.
30. November 1916.

Abtragung der alten Bestände auf den Liegenschaften XII., Wilhelmstraße Nr. 20 und Rauchgasse Nr. 15.

Georg Träger — 50 K Aufzahlung an die Gemeinde Wien.

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

7. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Lederer Robert — Handel mit Leder- und Lederwaren — I., Dominikanerbastei 24.
Langer Karl — Mechaniker — XII., Schönbrunnerstraße 190.
Machainz Johann — Glasergewerbe — XII., Oswaldgasse 13.
Cupak Georg — Tischlergewerbe — XII., Sechtergasse 7.
Taussig Alfred — Fabriksmäßige Erzeugung von Seifen, Kerzen und Parfümeriewaren — XII., Schönbrunnerstraße 213.
Fröhlich Julius Michael — Handelsagentie — XII., Schönbrunner Schloßstraße 21.
Ehrenberger Josef — Gemischtwarenhandel und Flaschenbier-Verschleiß — XII., Tivoligasse 41.
Brandel Ludwig — Pferdehandel — XII., Erlgasse 22.
Ingeritsch Wilhelm — Handel mit alten Tuchresten — XII., Rosaliagasse 16.
Segel Michael — Handel mit pharmazeutischen Präparaten — IX., Van Switengasse 6.
Tomaschek Josef — Erzeugung von Musterregister — IX., Sobieskigasse 4 a.
Rosengarten Mayer — Manufakturwarenhandel — II., Große Sperlgasse 37 a.
Endres Karoline, geb. Schmidle, Witwen-Fortbetrieb des Gemischtwarenhandels des verstorbenen Gatten Eduard Endres — III., Hauptstraße 51.
Kirsch Rosalia — Witwen-Fortbetrieb des Gast- und Schankgewerbes des verstorbenen Gatten Anton Kirsch — III., Rennweg 65.
Marle Betti — Lebensmittelhandel, beschränkt — IX., Liechtensteinstraße 58.
Sedlacek Theresia — Fragnergewerbe — IX., Wasagasse 32.
Damboritz Therese — Modistengewerbe — II., Große Mohrengasse 3.
„Matador", Papierwarenhandel, G. m. b. H. — Handel mit Papierwaren, einschließlich des Handels mit Papierspagat — II., Franz Josefs-Kai 7/9.
Boigner Therese — Handel mit Schuhwaren — XVI., Thaliastraße 140.
Abdela Pauline — Wäschewaren-Erzeugung — XV., Kannegasse 10.
Neufeld Josef — Handel mit alten Fässern — XV., Herklotzgasse 33.
Entler Heinrich Richard — Tischlergewerbe — XVI., Habichergasse 32.

Keh Nathan Leib — Manufaktur und Wirkwarenhandel — II., Stephaniestraße 2.
J. Maitzen, Alleininhaber: Josef Maitzen — Handel mit Mineralöl — I., Wollzeile 22.
Schicker Katharina — Pachtbetrieb des dem Johann Zemann gehörenden Branntweinschank — XV., Hasnerstraße 55.
Gutmensch Karl — Handel mit Frauenkleidern — III., Landstraßer Hauptstraße 50.
Barak Franz — Gemischtwarenhandel — XIV., Märzstraße 69.
Nittner Johann — Handelsagentur — XVIII., Staudgasse 5.
Ornstein Schulim — Eisenwarenhandel — XVIII., Währingerstraße 182.
Breinbauer Marie — Konditoreiwaren und Gefrornes-Verschleiß — XIX., Pyrkergasse 1.
Jokl Adele — Lebensmittelhandel, beschränkt — XIV., Grenzgasse 3.
Schricker Katharina — Handel mit Kanditen und Galanteriewaren — XIV., Benedikt Schellinger-Gasse 4.
Schnürch Marie — Kunststickerei — XIV., Preysinggasse 18.
Pfeiler Marie — Handel mit Lebensmitteln und Genußmitteln — XIII., Anschützgasse 22.
Gebhard Barbara — Kleidermachergewerbe — XVIII., Ladenburggasse 18.

* * *

8. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Firma Josef Pellers Witwe — Bäckergewerbe — XXI., Angerestraße 13.
Offene Handelsgesellschaft M. Harpner, Schwarz & Komp., — Damenkleidermacher-Gewerbe — I., Rotenturmstraße 17.
Storchheim Fanni, Pachtbetrieb des der Karoline Pitzl gehörenden Gast- und Schankgewerbes — III., Löwengasse 45.
Jellinek Julius — Handelsagentur — III., Reisnerstraße 6.
Jellinek Siegmund — Handelsagentur — III., Hetzgasse 13.
Perko Wilhelm von — Kurzwarenhandel — I., Schottenbastei 2.
Floh Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — III., Baumgasse 48.
Kommandit-Gesellschaft Vacuum Cleaner Siegmund und Sandor Jaray — Handel mit Vacuumreinigungsmaschinen und den dazu gehörigen Bestandteilen — III., Pfefferhofgasse 2.
Kührer Georg — Ausführung von Gasrohrleitungen und von Wassereinleitungen — XXI., Floridsdorf, Hauptstraße 26.
Offene Handelsgesellschaft J. Bettenhausen — Buch-, Kunst- und Musikalienhandel — I., Kärntnerring 1, Hotel Bristol, in der Halle.
Touzimsky Josef — Tischlergewerbe — VI., Bürgerspitalgasse 2.
Dobner Amalia — Kleinfuhrwerksgewerbe — III., Paulusgasse 5.
Skrabek Leopoldine — Handel mit Glas- und Beleuchtungsgegenständen — VI., Sandwirtgasse 8.
Meinecke Elisabeth — Übernahme zum chemisch Putzen, Appretieren, Färben und Wäscheputzen — VI., Gumpendorferstraße 21.
Schilling Therese — Handel mit Viktualien, Flaschenbier, Kanditen und Zuckerbäckerwaren — III., Oetzeltgasse 5.

* * *

9. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Edelbacher Barbara — Kleinfuhrwerksgewerbe — XIX., Krottenbachstraße 8.
Weiß & Pollitzer — Konzession zum Betriebe des Buchdruckergewerbes — II., Ferdinandsstraße 29.
Wagner de Cerda Johann — Naturblumenhandel — XIX., Döblinger Hauptstraße 23.
Kauftheil Frieda — Handel mit Kleidern, Wäsche, Leinenwaren ꝛc. — XX., Rafaelgasse 6.
Singer Adele — Lebensmittel-Verschleiß beschränkt — XX., Klosterneuburgerstraße 49.
Klinghofer f. Weisz Esther — Handel mit Hadern und Säcken — XX., Karajangasse 22.
Simunit Josefine — Kanditen und Zuckerbäckerwaren — XX., Pappenheimgasse 25.
Bienstock Feige — Erzeugung von Spiritus, Likören und Essig — XX., Klosterneuburgerstraße 127.
Snasel Marie — Lebensmittel-Verschleiß beschränkt — XX., Universumstraße 44.
Pfaffstetter Marie — Kaffeeschenkergewerbe — VI., Kaserngasse 5.
Ebner Anna — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren — XIX., Cumberlandstraße 8 a.
Görloff Leopoldine — Handel mit Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — XIX., Döblinger Hauptstraße 57.
Lorit-Gesellschaft Becker & Komp., G. m. b. H. — Gemischtwarenhandel im Großen — III., Keilgasse 8.
Schwabe Alois — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — XVIII., Martinsstraße 46.
Munteau Stephan — Fleisch-Verschleiß — XVII., Hormayrgasse 11.
Kothanek Josef — Handel mit Alteisen und Altmetall — XVII., Haslingergasse 56.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Empfang der Abordnung der Stadt Wien bei Ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin 2513
Bezirksvertretungen:
Trauerkundgebungen:
Bericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt vom 23. November 1916 2514
Bericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom 27. November 1916 2515
Bericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Margareten vom 25. November 1916 2515
Bericht über die oußerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf vom 25. November 1916 2516
Bericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Neubau vom 22. November 1916 2516
Bericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Josefstadt vom 25. November 1916 2516
Bericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten vom 25. November 1916 2517
Bericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Meidling vom 25. November 1916 2517
Bericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Fünfhaus vom 25. November 1916 2518
Bericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Hernals vom 25. November 1916 2518
Bericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Währing vom 25. November 1916 2519
Bericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Währing vom 27. November 1916 2520
Bericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf vom 25. November 1916 2520
Allgemeine Nachrichten:
Frauen-Hilfsaktion im Kriege (Trauerkundgebung) 2520
Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich 2521
Gemeindevermittlungsämter 2523
Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien 2523
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Rudolfsheim 2523
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Hernals 2523
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Währing 2523
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Döbling 2523
Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Floridsdorf 2523
360 Millionen Kronen-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1908 (Investitions-Anlehen) 2524
Lebensmittelverkehr:
Borstenviehmarkt vom 28. November und 1. Dezember 1916 2524
Jung- und Stechviehmarkt vom 27. November und 1. Dezember 1916 2524
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 1. Dezember 1916 2525
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 2. Dezember 1916 2525
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 4. Dezember 1916 2525
Pferdemarkt vom 1. Dezember 1916 2525
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 26. November bis 2. Dezember 1916 2526
Schlachtviehmarkt vom 4. Dezember 1916 2526
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 1. bis 4. Dezember 1916 2527
Städtische Arbeiten und Lieferungen:
Offertverhandlungs-Ergebnisse 2527
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 2527
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Wittener Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm J. B. Wallishausser.

Kundmachungen.

M. Abt. X, 9496.

Kundmachung.

(Ober-St. Veiter Friedhof. — Wiederbelegung heimgefallener eigener Gräber.)

Vom 1. März 1917 an werden heimgefallene eigene Gräber der Gruppen A, B, C, D, E und F des Ober-St. Veiter Friedhofes wiederbelegt.

Das Verzeichnis dieser Gräber kann in der Konskriptionsamts-Abteilung des magistratischen Bezirksamtes für den XIII. Bezirk und beim Totengräber eingesehen werden.

Parteien, denen das Benützungsrecht an den Grabstellen zustand, können vor dem 1. März 1917 um die abermalige Überlassung der Grabstelle bei dem Wiener Magistrate, Abteilung X (I., Neues Rathaus), oder bei dem magistratischen Bezirksamte für den XIII. Bezirk schriftlich einschreiten.

Verspätet überreichte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Leichenaushebungen aus diesen Grabstellen sind nur vor deren Wiederbelegung zulässig.

Die bezüglichen Gesuche sind vor dem 1. März 1917 bei dem Wiener Magistrate, Abteilung X, einzubringen.

Vom 1. März 1917 an werden die Grabsteine und Kreuze nach Erfordernis von den Grabstellen auf Kosten und Gefahr der Eigentümer entfernt und an geeigneter Stelle im Friedhofe hinterlegt.

Sie werden denjenigen Parteien, welche binnen Jahresfrist ihr Eigentum entsprechend dartun, ausgefolgt. Über den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung X,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 17. November 1916. 1—3

M. Abt. IX, 6341.

Kundmachung.

(Anmeldung von Rohfetten, Fettprodukten und Speiseölen in Wien.)

Auf Grund der Ministerialverordnung vom 30. August 1916, R.-G.-Bl. Nr. 276, des Rund-Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 5. September 1916, Z.-W. 3877/1, und des Statthalterei-Erlasses vom 28. Oktober 1916, Z.-W. 4847, wird verordnet:

I. Erzeuger von Rohfetten, Fettprodukten und Speiseölen einschließlich der Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe sowie Händler mit solchen Waren und andere Gewerbetreibende haben ihre Vorräte an diesen Erzeugnissen **nach dem Stande vom Sonntag den 10. Dezember 1916, 12 Uhr mittags,** bei dem Wiener Magistrate, Abt. IX (I., Neues Rathaus, 2. Stock, V. Stiege), bis spätestens **Montag den 11. Dezember 1916** schriftlich, und zwar ausschließlich unter Verwendung der vorgeschriebenen amtlichen Anmeldebogen, anzuzeigen.

Die amtlichen Anmeldebogen sind von den Anmeldepflichtigen vom Montag den 4. Dezember 1916 an bei den zuständigen magistratischen Bezirksämtern während der üblichen Amtsstunden zu beheben.

In der Anmeldung, welche bei der Übersendung durch die k. k. Post mit der Aufschrift „Fettvorratsanmeldung. Über amtliche Aufforderung portofrei" versehen werden kann, sind sämtliche vorhandenen, auch die bereits verschlossenen Vorräte anzugeben, sohin alle Vorräte, welche der Anmeldepflichtige am 10. Dezember 1916 mittags in eigenen oder fremden Räumen lagern hat.

In der Anzeige sind auch jene Mengen bekanntzugeben, welche zwar von der Militärverwaltung in Anspruch genommen, jedoch am 10. Dezember 1916 mittags noch nicht abgeführt sind.

Die von der Militärverwaltung in Anspruch genommenen Mengen sind in der Rubrik „Anmerkung" genau anzugeben.

Fehlanzeigen (Nichtvorhandensein eines Vorrates an den genannten Bedarfsgegenständen) sind von den Anmeldepflichtigen ebenfalls zu erstatten.

II. Ausgenommen von dieser Anmeldepflicht sind der Kriegsverband der Öl- und Fettindustrie und die diesem Verbande angehörigen Unternehmungen.

III. Übertretungen dieser Kundmachung, insbesondere die Unterlassung oder nicht rechtzeitige Erstattung der Anmeldung oder die Erstattung einer unrichtigen Anmeldung sowie jede Mitwirkung bei der Vereitlung der in dieser Kundmachung festgesetzten Verpflichtungen werden, sofern sie nicht einer strengeren Strafe unterliegen, von den politischen Bezirksbehörden gemäß § 15 der bezogenen Ministerialverordnung mit Geldstrafen bis zu 5000 K oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft.

Wird die Übertretung bei Ausübung eines Gewerbes begangen, kann außerdem, sofern die Voraussetzungen des § 133 b, Absatz 1, lit. a, der Gewerbeordnung zutreffen, die Entziehung der Gewerbeberechtigung für immer oder auf bestimmte Zeit verfügt werden.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung IX,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 24. November 1916. 1—1

---

*

M. Abt. XVI, 39929.

Kundmachung.

(Meldung der Militärtaxpflichtigen im Jänner 1917.)

Auf Grund des Gesetzes vom 10. Februar 1907, R.-G.-Bl. Nr. 30, haben sich alle Militärtaxpflichtigen bis zum Erlöschen ihrer Militärtaxpflicht alljährlich im Monate Jänner bei jener Gemeinde zu melden, in welcher sie am 1. Jänner des betreffenden Jahres ihren Wohnsitz haben.

Es haben sich sonach alle in Wien wohnhaften Militärtaxpflichtigen im Monate Jänner 1917 an Wochentagen während der gewöhnlichen Amtsstunden von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags bei dem magistratischen Bezirksamte (Konskriptionsamts-Abteilung) ihres Wohnortes zu melden.

Die im XXI. Gemeindebezirke wohnhaften Militärtaxpflichtigen können die Meldung beim magistratischen Bezirksamte, allenfalls je nach dem Wohnorte in der Expositur des magistratischen Bezirksamtes in Stadlau, beziehungsweise bei den Bezirksaufsichtsräten in Aspern, Kagran und Leopoldau, die im Bezirksteile Strebersdorf wohnhaften Militärtaxpflichtigen beim allfälligen Amtstage daselbst erstatten.

Die wegen eines 1600 K nicht übersteigenden Einkommens oder aus anderen Gründen zu gewärtigende oder im Vorjahre eingetretene Befreiung von der Einkommensteuer oder von der Diensterssatztaxe enthebt nicht von der Verpflichtung zur Meldung.

Die Meldung kann entweder schriftlich oder mündlich geschehen.

Zur mündlichen Meldung ist der letzterflossene Militärtax- und Einkommensteuer-Zahlungsauftrag oder ein Heimatdokument (Arbeitsbuch ꝛc.) mitzubringen; in der schriftlichen Meldung wolle in der Rubrik „Raum für Bemerkungen des Meldepflichtigen" auf solche Dokumente Bezug genommen werden.

Schriftliche Meldungen haben durch Einsendung zweier, in allen Rubriken mit leserlicher Schrift vollständig und wahrheitsgetreu ausgefüllten Meldeformulare zu erfolgen, und sind diese Formulare von den im Gebiete der Stadt Wien wohnhaften Militärtaxpflichtigen je nach dem Wohnsitze an eine der oben angeführten Meldestellen, seitens der in Wien heimatberechtigten Meldepflichtigen, welche in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern einen ordentlichen Wohnsitz nicht haben, an den Magistrat in Wien (Konskriptionsamt, Militärtaxabteilung) einzusenden. Meldeformulare sind bei sämtlichen Meldestellen unentgeltlich erhältlich. Die Einsendung der Meldungen genießt in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern die Portofreiheit, wenn die Adresse den Vermerk „Über amtliche Aufforderung" trägt.

Die Meldeformulare sind derart eingerichtet, daß sie zusammengefaltet und adressiert ohne Verwendung eines besonderen Umschlages der Post übergeben werden können.

Meldungen, welche durch eine Mittelsperson erstattet werden, entheben den Meldepflichtigen nicht von der Verantwortung für die Erfüllung der ihm obliegenden Verpflichtung.

Meldepflichtige, welche die vorgeschriebene Meldung nicht rechtzeitig oder in wesentlichen Punkten unvollständig erstatten, können mit Geldstrafe bis zu 50 K belegt werden. Militärtaxpflichtige, welche sich in ihren Meldungen wissentlich Verschweigungen oder unwahrer Angaben schuldig machen, verfallen — insofern die Handlung nicht den Tatbestand einer nach dem allgemeinen Strafgesetze zu ahndenden strafbaren Handlung begründet — in Geldstrafen bis 500 K, bei Vorhandensein besonders erschwerender Umstände bis 1000 K. Die verhängten Geldstrafen werden im Falle ihrer Uneinbringlichkeit in Arreststrafen verwandelt.

Überdies steht es im Falle nicht rechtzeitig oder unvollständig erstatteter Meldungen der politischen Behörde frei, auf Grund der bekannten oder von Amts wegen zu erhebenden Daten die Veranlagung der Militärtaxe ohneweiters vorzunehmen.

Auf Angehörige der Länder der ungarischen Krone finden die Bestimmungen des obigen Gesetzes keine Anwendung.

Da mit Rücksicht auf die große Anzahl der Militärtaxpflichtigen im Monat Jänner bei den Meldestellen ein starker Parteiandrang zu gewärtigen ist, so erscheint es zur Erzielung einer möglichst gleichmäßigen Abwicklung des Meldegeschäftes geboten, für die Meldepflichtigen der einzelnen Geburtsjahrgänge spezielle Meldungstage zu bestimmen.

Es wollen daher die Militärtaxpflichtigen, welche ihre Meldung mündlich zu erstatten beabsichtigen, an den nachstehenden Tagen, und zwar:

Jene des Geburtsjahrganges	1882	**am 2. oder 3. Jänner 1917,**
„ „ „	1883	**am 4. oder 5. Jänner 1917,**
„ „ „	1884	**am 8. oder 9. Jänner 1917,**
„ „ „	1885	**am 10. oder 11. Jänner 1917,**
„ „ „	1886	**am 12. oder 13. Jänner 1917,**
„ „ „	1887	**am 15. oder 16. Jänner 1917,**
„ „ „	1888	**am 17. oder 18. Jänner 1917,**
„ „ „	1889	**am 19. oder 20. Jänner 1917,**
„ „ „	1890	**am 22. oder 23. Jänner 1917,**
„ „ „	1891	**am 24. oder 25. Jänner 1917,**
„ „ „	1892	**am 26. oder 27. Jänner 1917,**
„ „ „	1893	**am 29., 30. oder 31. Jänner 1917**

bei den betreffenden Meldestellen erscheinen.

Taxpflichtige, welche einem früheren Geburtsjahrgange angehören, können ihrer Meldepflicht an einem beliebigen Wochentage des Monates Jänner 1917 bei der Meldestelle ihres Wohnortes entsprechen.

Die Erstattung der mündlichen Meldung im Sinne vorstehender Einteilung empfiehlt sich im eigenen Interesse der Meldepflichtigen, da sonst eine rasche Abfertigung der Parteien unmöglich wäre.

Vom Wiener Magistrate,
als politischer Behörde I. Instanz,
im November 1916.

M. Abt. XIII, 5017/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Stipendium

am k. k. Staats-Realgymnasium im XXI. Bezirke.

Verliehen wird: Ein Stipendium im Betrage von jährlich 200 K vom Beginne des Schuljahres 1916/17 angefangen an einen Schüler des k. k. Staats-Realgymnasiums im XXI. Wiener Gemeindebezirke (Floridsdorf) für die Dauer des Studiums an diesem Gymnasium.

Zur Bewerbung sind berufen: Dürftige und würdige Schüler dieses Realgymnasiums, welche in der bestandenen Gemeinde Floridsdorf das Heimatrecht besaßen und dermalen nach Wien zuständig sind, in deren Ermanglung solche Schüler, welche in Niederösterreich heimatberechtigt jedoch bereits seit fünf Jahren im ehemaligen Gemeindegebiete Floridsdorf wohnhaft sind, endlich in letzter Linie solche Schüler, die in Niederösterreich zuständig sind, und zwar ohne Rücksicht auf Ort und Dauer des Wohnsitzes.

Dem Gesuche sind beizuschließen: Tauf(Geburt)schein, Impfzeugnis aus den letzten 6 Jahren, Heimatschein, allenfalls Nachweis über die frühere Zuständigkeit und den Wohnsitz im ehemaligen Gemeindegebiete Floridsdorf, letztes Semestralzeugnis, legales Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis.

Einreichstelle: Direktion des k. k. Staats-Realgymnasiums im XXI. Bezirke.

Einreichungsfrist: **Bis 14. Dezember 1916.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 25. Oktober 1916.

M. Abt. XIII, 6586/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef Kopetzky'sche Stiftung

für einen Kanzlisten oder Diurnisten des Wiener Magistrates.

Verliehen wird: Ein Betrag von 80 K als Kurkostenbeitrag oder als Unterstützung für den Fall der Rekonvaleszenz.

Zur Bewerbung sind berufen: Kanzlisten und Diurnisten des Wiener Magistrates.

Dem Gesuche sind beizulegen: Eine armenärztliche Bestätigung über die Kurbedürftigkeit oder Rekonvaleszenz und Mittellosigkeitszeugnis.

Einreichungsfrist: **Bis 30. Dezember 1916.**
Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 5. November 1916.

M. Abt. XIII, 5952/16. Selbständiger Wirkungskreis.

August Zang'sche Stiftung

für Kleingewerbetreibende.

Verteilt werden: 3580 K.

Zur Bewerbung sind berufen: In Wien wohnhafte Kleingewerbetreibende, welche ohne ihr Verschulden in eine Notlage geraten sind und ihr Gewerbe noch betreiben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein oder Konzessions-Dekret, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer und Impfungsnachweis aus den letzten sechs Jahren.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 15. Dezember 1916.**
Verleihungstag: 3. März 1917.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 17. Oktober 1916.

M. Abt. XIII, 5947/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Dr. Karl Lueger-Stiftung.

Im Laufe eines jeden Jahres gelangen die verfügbaren Interessen der Dr. Karl Lueger-Stiftung zur Verteilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben hilfsbedürftige christliche Wiener Kleingewerbetreibende, **welche ihr Gewerbe noch betreiben,** ferner hilfsbedürftige christliche Arbeiter christlicher Wiener Kleingewerbetreibender, **welche noch in Arbeit stehen,** endlich Witwen und Waisen der Genannten.

Die Auszahlung der verliehenen Beträge ist an einen bestimmten Tag nicht gebunden und erfolgt die Zuwendung der Stiftung nach Maßgabe des Stiftungserträgnisses, so oft stiftbrieflich geeignete Bewerber vorhanden sind.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Taufschein, allenfalls auch den Trauschein und die Taufzettel der Kinder, ferner den Heimatschein, den Gewerbeschein oder das Konzessions-Dekret, den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer, beziehungsweise den Nachweis des Arbeitsverhältnisses (Arbeitsbestätigung des derzeitigen Arbeitgebers) und den Impfungsnachweis aus den letzten 6 Jahren, Witwen und Waisen außerdem den Totenschein des Gatten, beziehungsweise der Eltern und den Nachweis beizulegen, daß ihr verstorbener Gatte, beziehungsweise ihre Eltern ein selbständiges Gewerbe betrieben haben oder bei einem christlichen Wiener Kleingewerbetreibenden in Arbeit gestanden sind.

Die in solcher Weise belegten Gesuche können jederzeit in der Magistrats-Abteilung XIII (I., Neues Rathaus, 2. Stock) überreicht werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 24. Oktober 1916.

**

M. Abt. XIII, 6942/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Anton Hupp'sche Stiftung
für arme, alte Bewohner des X. Bezirkes.

Verliehen wird: Ein Betrag von 400 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, alte Bewohner des X. Gemeindebezirkes in Wien.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armutszeugnis.

Einreichstelle: Kanzlei der Bezirksvertretung des X. Bezirkes (Keplerplatz 5).

Einreichungsfrist: **Bis 15. Dezember 1916.**

Verleihungstag: 26. Februar 1917.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 13. November 1916. 3—3

K. k. n.-ö. Statth.-Z. IX-2096.

Kundmachung.
(Franziska Schwarz'sche Stipendiumstiftung).

Vom I. Semester des Studienjahres 1916/17 ab gelangt ein Franziska Schwarz'sches Stipendium jährlicher 600 K zur Verleihung.

Zum Genusse dieses Stipendiums ist ein aus der Freundschaft der im Jahre 1762 in Wien verstorbenen Fleischhauerswitwe Franziska Schwarz, geb. Appel, stammender, der männlichen oder weiblichen Linie der Familie Appel angehöriger, studierender Knabe, dessen Eltern einigermaßen einen Beitrag nötig haben, berufen. Bewerber um dieses Stipendium haben ihre mit dem Geburts-(Tauf-) und Heimatscheine, dem Impfzeugnisse, dem Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, den beiden letzten Semestralzeugnissen, sowie mit dem Nachweise der Verwandtschaft belegten Gesuche **bis längstens 31. Jänner 1917** bei dem Wiener Magistrate (Abteilung XIII) zu überreichen.

Hiebei wird bemerkt, daß der Nachweis der Verwandtschaft mit der Stifterin nur durch amtliche, den Inhalt der Ehe- und Tauf-(Geburts-)Matriken wortgetreu wiedergebende Auszüge, Ehekontrakte, Testamentsabschriften u. dgl. erbracht werden kann.

In dem Gesuche ist, abgesehen von den Angaben im Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, auch ausdrücklich anzuführen, ob der Stipendienwerber oder eines seiner Geschwister bereits im Genusse eines Stipendiums steht oder nicht, bejahendenfalls sind der Jahresbetrag und die Daten des Verleihungs-Dekretes anzugeben. Diese Angaben sind vom Studienvorstande nebst der Würdigkeit eigens zu bestätigen.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.
Wien, am 28. Oktober 1916. 3—3

G. Z. 3401.

Karl und Theresia Göschl-Stiftung.

Von der Vorstehung des III. Wiener Gemeindebezirkes gelangen die Interessen der Karl und Theresia Göschl-Stiftung im Betrage von je 80 K an vier würdige Geschäftsleute des III. Bezirkes Landstraße ohne Unterschied des Geschlechtes und der Konfession, welche ohne ihr Verschulden verarmt sind, zur Verteilung.

Bei sonst ganz gleichen Verhältnissen haben nach dem Willen der Stifter Wiener Bürger den Vorzug.

Die diesfälligen Gesuche sind mit den Tauf-, respektive Wohnungs- und Mittellosigkeits-Zeugnissen, eventuell mit dem Nachweise über den Besitz des Wiener Bürgerrechtes **bis 30. Dezember 1916** in der Kanzlei der Bezirksvertretung des III. Wiener Gemeindebezirkes, III., Karl Borromäus-Platz 3, im 1. Stock, zu überreichen.

Später einlangende Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Wien, im Dezember 1916. 1—3

Der Vorsteher des III. Wiener Gemeindebezirkes:
Paul Spitaler.

M. Abt. XIII, 5599/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Georg Ertl'sche Stiftung.

Zur Verteilung gelangen: 690 K in Beträgen von mindestens 50 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, in Wien wohnhafte Familien, deren Familienoberhaupt oder von denen eines oder mehrere der im gemeinschaftlichen Haushalte lebenden Familienmitglieder von Krankheit betroffen sind.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Trauungsschein, Tauf(Geburt)zettel der Kinder, eventuell Totenschein des verstorbenen Gattenteiles, armenärztliches Zeugnis über die Krankheit und Impfungsnachweis aus den letzten sechs Jahren.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. Dezember 1916.**

Verleihungstag: 26. Februar 1917.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 14. Oktober 1916.

Zur kulanten Besorgung aller im Kursblatte notierten Effekten und Valuten bestens empfohlen.

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera.
Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz Nr. 11.
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 98. Freitag den 8. Dezember 1916. Jahrgang XXV.

Bezugspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
„ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367 **Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.**

Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1, Stock, Stiege IV.

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Schulerstraße 11.

Eine fünfte Kriegsanleihe

ist notwendig geworden

zur Abwehr der Feinde und Erringung des Friedens.

Helfen wir denen, die für uns kämpfen, durch Zeichnung von

Kriegsanleihe!

Wien, im Dezember 1916.

Der Bürgermeister:
Dr. Richard Weiskirchner.

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 56. Sitzung der Obmänner-Konferenz vom

10. Oktober 1916.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Weiskirchner und die Vize-Bürgermeister Hierhammer und Rain.

Anwesende: Vize-Bürgermeister Hoß, die Gem.-Räte Steiner, Schmid, Leitner, Dr. Schwarz-Hiller, Dr. Hein, Dr. v. Dorn, Reumann und Skaret; ferner: Magistrats-Direktor Dr. Nüchtern, die Ober-Magistratsräte Dr. Mayr und Pawelka, die Magistratsräte Dr. Jamöck und Dr. Ehrenberg die Magistrats-Sekretäre Dr. Roßkopf und Dr. Wanschura, Marktamts-Vize-Direktor Spring.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und gibt die nachstehende Nachweisung der bei der Zentralstelle eingegangenen Spenden und den hievon bestrittenen Ausgaben bis 9. Oktober 1916 bekannt und teilt mit, daß die Vorarbeiten für die Verabreichung eines warmen Frühstückes an arme Schulkinder im vollen Gange seien. Nach einer ungefähren Berechnung dürften die monatlichen Kosten dieser Aktion zirka 90.000 K im Jahre, somit eine Million Kronen betragen.

Weiters gibt der Bürgermeister die nachstehende Tabelle über den Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 9. Oktober 1916, die nachstehende Tabelle über die Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und wichtiger Approvisionierungsartikel in der Woche vom 1. bis 7. Oktober, den nachstehenden Ausweis über die Schlachtviehauftriebe auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx am 2. und 9. Oktober und endlich den nachstehenden Sanitätsbericht über die Zeit vom 3. bis 9. Oktober 1916 bekannt.

Nachweisung

der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis 9. Oktober 1916.

Empfang	Betrag K	h	Ausgabe	Betrag K	h
Spenden:					
Für allgemeine Zwecke:					
a) von verschiedenen Parteien	[1]) 3,159.871	33	Fortlaufende Unterstützungen	2,335.182	19
b) vom Kriegshilfsbureau	1,396.000	—	Einmalige Unterstützungen	1,017.229	36
Für Ausspeisungszwecke:			Ausspeisung	7,824.737	20
a) von verschiedenen Parteien	[2]) 1,047.331	90	Näh- und Strickstuben	2,066.401	96
b) durch Exz. Gräfin Bienerth-Schmerling überdies in Wertpapieren 132.000 K (Nennwert).	[3]) 3,146.213	41	Subventionen	711.194	03
			Auslagen für Porto, Drucksorten u. dgl. .	40.093	57
Für warmes Frühstück für arme Schulkinder	93.586	41	Noch nicht rückersetzte Verläge	30.642	34
Für allgemeine und Ausspeisungszwecke durch Exzellenz Frau Berta Weiskirchner als Vorsitzende der Frauen-Hilfsaktion	4,436.440	27			
Zinsen der Wertpapiere	82.209	30			
Ersatz für von den Nähstuben geleistete Arbeiten	1,624.865	41			
Summe .	14,986.518	37	Summe .	14,025.480	65
Ab die Ausgaben .	14,025.480	65	**Anmerkung:**		
Daher noch verfügbar .	961.037	72	An laufenden Unterstützungen für 4153 Personen sind bisher bewilligt pro Monat . . . . . 91.605 K 60 h		

Wien, am 9. Oktober 1916.

Männhalter m. p.,
Rechnungs-Ober-Revident.

[1]) Darunter als Erlös für abgegebene 806.760 K 60 h Nominale Wertpapiere — K — h
[2]) „ „ „ „ „ „ 5.800 „ — „ „ „ — „ — „
[3]) „ „ „ „ „ „ 22.276 „ — „ „ „ — „ — „
334.836 K 60 h — K — h.

Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 9. Oktober 1916.

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der: Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimatortes	Zentralstelle im Neuen Rathause	In Behandlung sind noch	Anmerkung giro.	Anmerkung a. a.
I.	1861	1630	—	4	44	183	—
II.	24060	22398	110	106	28	1418	—
III.	19140	18100	350	164	68	458	—
IV.	4533	4042	138	19	74	124	136
V.	16553	15908	25	Abt. XI: 74 20	212	314	—
VI.	6243	6222	—	—	21	—	—
VII.	6550	6268	—	85	23	174	—
VIII.	5829	4797	48	10	14	809	151
IX.	10914	10404	—	—	75	435	—
X.	27486	26933	18	234	61	49	191
XI.	6876	6621	—	26	64	165	—
XII.	18265	17839	—	75	76	—	275
XIII.	20658	18895	—	506	195	1062	—
XIV.	18004	17228	—	123	14	640	—
XV.	9519	9009	—	53	7	450	—
XVI.	36209	35576	143	371	119	—	—
XVII.	20152	19657	124	40	29	222	76
XVIII.	8726	8571	5	30	18	102	—
XIX.	6878	6613	54	45	46	120	—
XX.	23508	22611	111	256	210	320	—
XXI.	11010	10552	100	165	60	133	—
Summe	302974	289874	1226	2409	1458	7178 + 829	
ab	8007					8007	
	294967						

Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete. I. bis XXI. Bezirk.

Artikel		Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 3. bis 9. Oktober 1915 Preise in Hellern von	bis	25. Juli 1914 von	bis	Woche vom 1. bis 7. Oktober 1916 von	bis
Rindfleisch mit Zuwage	inländisches	vorderes	1 kg	440	620	160	220	840	1040
	ausländisches		„	450	500			—	—
	inländisches	hinteres	„	500	680	180	260	930	1140
	ausländisches		„	480	600			—	—
Schweinefleisch		abgezogenes	„	580	720	160	280	770	950
		junges	„	600	700	160	280	Höchstpreise	
Pferdefleisch		vorderes	„	260	340	88	112	420	560
		hinteres	„	300	360	96	120	480	600
Kartoffel		runde	„	—	15	20	26	16	18
Zwiebel			„	46	80	32	40	68	100
Zucker			„	92	104	80	92	102	106

Artikel	Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 3. bis 9. Oktober 1915		25. Juli 1914		Woche vom 1. bis 7. Oktober 1916	
			Preise in Hellern					
			von	bis	von	bis	von	bis
Weizenmehl	Auszugmehl	1 kg	70	* 78	42	48	** —	120
	Mundmehl	„	64	* 67	40	44	** 67	99
Brot	weißgemischt	„	57	64	27·8	42·7	*** 50	57·5
	schwarzgemischt	„	—	—	25·5	39·7		
Sauerkraut	einheimisches	„	38	40	—	—	48	50
Fisolen		„	88	140	36	40	90	220
Erbsen	ganz	„	104	160	32	48	—	—
	gespalten	„	132	200	48	64	—	—
Reis		„	180	260	42	82	—	—
Schweineschmalz		„	760	800	176	200	—	960
Speck geräuchert	ohne Paprika	„	760	800	154	200	930	1000
Butter inländische	Tee-	„	630	736	320	400	980	1100
Butter ausländische		„	740	800	220	300	912	1000
	Koch	„	—	—	—	—	—	—
Margarine		„	460	540	160	200	960	1100
Eier	frische	1 Stück	18	21	7	10	29	40
	konservierte	„	14	17	—	—	—	—
Milch im Ausschank	Voll-	1 l	40	46	26	32	48	56
	Mager-	„	—	—	20	26	—	—
Petroleum		„	54	70	26	36	44	48
Kohle	Stein-	50 kg	254	288	186	204	280	300
	Braun-	„	160	210	107	119	172	240

*) Mischmehl (Weizen- und Gerstenmehl). — **) Backmehl, Kochmehl. — ***) Brot aus der vorgeschriebenen Mehlmischung.

Ausweis über die Schlachtviehauftriebe auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx am 2. und 9. Oktober 1916.

Schlachtviehauftrieb am 2. Oktober: 826 Stück Mastvieh, 480 Stück Beinlvieh, zusammen 1306 Stück.

Darunter befanden sich: 352 Stück Ochsen, 219 Stück Stiere, 735 Stück Kühe, zusammen 1306 Stück.

Schlachtviehauftrieb am 9. Oktober: 476 Stück Mastvieh, 146 Stück Beinlvieh, zusammen 622 Stück.

Darunter befanden sich: 219 Stück Ochsen, 71 Stück Stiere, 332 Stück Kühe, zusammen 622 Stück.

Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens in der Zeit vom 3. bis 9. Oktober 1916.

Seit Mitte September ist der Krankenstand und die Sterblichkeit in allmählicher Zunahme begriffen. Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekannten Wohnortes betrug in der 39. Jahreswoche 12·1 gegen 11·9 in der Vorwoche und 11·7 in der entsprechenden Woche des Vorjahres.

Eine Erkrankung an einer der Kriegsseuchen ist in Wien nicht vorgekommen. Mit dem Schulbeginn hat auch die Zahl der infektiösen Kinderkrankheiten zugenommen. Es wurden 67 Erkrankungen an Scharlach und 86 an Diphtherie gemeldet, gegen 43 beziehungsweise 77 in der Vorwoche.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner führt aus, daß die vom Magistrate erlassene Kundmachung, die die Beschränkung des Verkaufes von Lebensmitteln auf bestimmte Stunden untersagt, in der Bevölkerung Mißverständnisse hervorgerufen habe. Wie aus den heutigen Tagesblättern zu entnehmen sei, habe daher Ober-Magistratsrat Langthaler eine Interpretation dieser Kundmachung veröffentlicht.

Magistrats-Sekretär Dr. Roßkopf berichtet über die Mehlversorgung der Stadt Wien und führt aus, daß am 18. September in Wien ein Brotrummel entstanden sei, dessen Gründe nicht ganz klargestellt sind. Es sei hingewiesen worden, zur Begründung auf den Beginn der neuen Brotkartenwoche, auf den herrschenden Kartoffelmangel, auf die spätere Dotierung der Brotfabriken, auf die Rückkehr der Sommerfrischler, auf das Eintreffen von Flüchtlingen und weiters auf das Gerücht der Einführung eines brotlosen Tages. Diese Gerüchte gaben Anlaß zu Angstkäufen. Für die Gemeinde sei jedoch die Ursache des Brotrummels rätselhaft, da die Kleinbäcker voll dotiert wurden. Die Gemeinde habe bei den maßgebenden Regierungsstellen Vorstellung erhoben und dieselbe über den Ernst der Situation informiert.

Der Herr Bürgermeister habe beim Leiter des Ministeriums des Innern und beim Ministerpräsidenten vorgesprochen und die Zusage erhalten, es sei bereits mit der ungarischen Regierung vereinbart worden, daß täglich 30 Waggons Kochmehl an Österreich, hievon 20 Waggons für Wien abgegeben werden.

Weiters sei dem Herrn Bürgermeister mitgeteilt worden, daß aus Böhmen und Mähren Mehlanlieferungen zu erwarten seien. Die Gersteanlieferung habe sich seit 14 Tagen günstiger gestaltet. Die unter dem Kriegsleistungsgesetz stehenden Betriebe haben Vorstellung erhoben, daß ihre Arbeiter verspätet ihren Dienst antreten mit der Begründung, sie müßten sich vor Antritt des Dienstes ihre Tagesbrotration durch Anstellen verschaffen; dadurch sei die Leistungsfähigkeit der Kriegsindustrie gefährdet. Das Ministerium des Innern habe darauf verfügt, daß eine direkte Belieferung dieser Betriebe durch die Brotfabriken zu erfolgen habe, wodurch eine Reduktion des für Wien bestimmten Kontingentes um 26 Waggons wöchentlich eingetreten sei. Die Regierung habe erklärt, dies sei eine unpräjudizierliche Notstandsmaßnahme. Am 21. September habe der Statthalter im Verordnungswege die Abgabe von Brot in Gast- und Speisewirtschaften untersagt. Zahlreiche Bäcker in den inneren Bezirken hätten hauptsächlich Gastwirtschaften zu versorgen und diese hätten daher weniger Mehl zugewiesen bekommen, welches den peripher gelegenen Bezirken überwiesen wurde. Dadurch sei aber das Manko von 26 Waggons wöchentlich nicht eingebracht worden. Mit Erlaß vom 21. September habe der Statthalter die Einstellung der Abgabe von Verschleißmehl an die Bäcker mit der Begründung veranlaßt, daß diese größere Mengen des ihnen zu Brotbackzwecken zugewiesenen Mehles als Verschleißmehl an die Kunden abgeben.

In diesem Erlasse wird weiters darauf hingewiesen, daß die Brotkartenvorschriften nicht strenge gehandhabt würden und darüber Beschwerde geführt, daß sich die Mehlabgabe durch die Vonwiller'sche Mühle schleppend abwickle und die das Mehl abholenden Bäcker genötigt werden, oft stundenlang mit ihren Fuhrwerken auf die Mehlzuweisung zu warten. Mit Statthalterei-Erlaß vom 24. September sei angeordnet worden, daß die Abgabe von Verschleißmehl durch die Bäcker künftighin ganz einzustellen sei.

Weiters werde in dem Erlaß darauf hingewiesen, daß den Zuckerbäckern und den Gastwirten größere Mengen Weizenmehles überwiesen werden, die einer allzu sorglosen Berechnung des Bedarfes entsprächen und bei der Erzeugung von Mehlspeisen zur Verschwendung führen. Auf diesen Erlaß sei durch eine Zuschrift an den Ministerpräsidenten und dem Minister des Innern erwidert und festgestellt worden, daß seitens der Gemeinde Wien auch nicht ein Kilogramm Edelmehl an die Genossenschaft der Zuckerbäcker abgegeben worden sei.

Was die in dem zitierten Erlasse aufgestellte Behauptung anlange, daß die Vonwiller'sche Mühle die Säcke nicht zurücknehme und einen Preis von vier Kronen dafür fordere, müsse diese Behauptung als vollkommen unrichtig bezeichnet werden. Die Mühle habe nicht in einem einzigen Falle vier Kronen für einen Sack genommen, da sie bei jeder Mehlabgabe an die Bäcker die Säcke zurückgenommen habe. Insoferne es sich um Mehlmengen handelte, welche aus Getreidezuweisungen an die Mühlen stammten, nur dann, wenn der Magistrat im Wege der Ersten Wiener Walzmühle den Bäckern Subanweisungen auf auswärtige Mehlmengen, welche der Gemeinde von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt im Lagerhause der Stadt Wien zur Verfügung gestellt wurden, ausfertigte, mußte das Mehl einschließlich Sack verkauft werden, und zwar deshalb, weil die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt sich weigerte, diese Säcke zurückzunehmen.

Die peinlichen Szenen, die sich am 5. Oktober am Rudolfsheimer Markte abspielten, veranlaßten den Herrn Bürgermeister, noch am selben Tage an den Ministerpräsidenten folgendes Schreiben zu richten:

Euer Exzellenz!

Die Brot- und Mehlknappheit im Wiener Gemeindegebiete hat in den letzten Stunden Dimensionen angenommeu, welche die schlimmsten Befürchtungen für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auslösen, trotzdem die Gemeinde Wien bei allen in Betracht kommenden Faktoren unter Hinweis auf die zu befürchtenden Ausschreitungen eine ausreichende Dotierung mit Mehl sowohl für die Brot-Erzeugung als auch für den Kochmehlbedarf erbeten und hierüber auch beruhigende Zusicherungen der Verhältnisse auf dem Mehlmarkte eingetreten sind.

Was die Zuweisungen an Brotmehl betrifft, so ist die Dotierung eine durchaus unzulängliche, niemals rechtzeitige und auf kleine Einzelmengen von Mehl zersplitterte. Da trotz eindringlichster Vorstellungen der Gemeinde nicht einmal eine einwöchentliche Reserve an Mehl zur Verfügung steht, ist auch jede planmäßige Verteilung auf 600 Bäckereibetriebe unmöglich. Dazu kommt, daß sich das hohe Ministerium entschlossen hat, die unter Kriegsdienstleistung stehenden Betriebe vorzugsweise mit Brot aus den Fabriksbetrieben zu versorgen und daß auch verschiedene Konsumentenorganisationen Verschleißmehl in direktem Wege durch die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt erhalten. Alle diese Vorzugsdotierungen gehen auf das Mehlkontingent der Gemeinde Wien und gewährleisten nur einem Bruchteil der Konsumenten den vollen Bezug der Brot- und Mehlration, während der Großteil der Bevölkerung Mehl und Brot in vermindertem Maße oder auch überhaupt nicht beziehen kann. Diese Zustände führen, wie die Erfahrungen der letzten Tage

lehren, zu einer Verschärfung der Situation, welche nur dann unterdrückt werden kann, wenn der Gemeinde Wien ohne Verzug ein dem ausgewiesenen Wochenbedarfe entsprechendes Mehlquantum — prompt, greifbar — zur Verfügung gestellt wird und jede vorzugsweise Dotierung bestimmter Konsumentenkreise zum Nachteile der Allgemeinheit unterbleibt.

Ich appelliere an Euer Exzellenz Einsicht und bitte dringendst, die nötigen Aufträge im Sinne meiner Vorschläge zu erteilen, damit endlich in beruhigendem Sinne auf die tieferregte Volkspsyche eingewirkt werden kann.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung, mit welcher ich zu zeichnen die Ehre habe . . . ."

Auf dieses Schreiben sei bis heute keine Antwort eingelangt.

Magistrats-Sekretär Dr. Roßkopf bespricht hierauf die Verordnung des Handelsministeriums vom 29. September über die Regelung des Verkehres mit Rübenzucker, R.-G.-Bl. Nr. 335 und führt aus, daß der in der letzten Zeit eingetretene Zuckermangel hauptsächlich auf Transportschwierigkeiten zurückzuführen sei.

Das Handelsministerium habe nach Eintritt des Zuckermangels der Gemeinde den Auftrag erteilt, aus ihren Vorräten Zucker auf den Markt zu bringen. In der Zeit vom 13. bis 30. September 1916 habe die Gemeinde 133 Waggons Zucker dem allgemeinen Konsum und zehn Waggons der Zentralstelle übergeben. In der Zeit vom 11. bis 23. September 1916 seien durch die Zuckerzentrale 305 Waggons Zucker und vom 23. September bis 6. Oktober 1916 100 Waggons Zucker in Wien eingelangt. Hiezu gerechnet die 143 Waggous, die die Gemeinde Wien in den Konsum brachte, gelange man zu einer Summe von 548 Waggons. Der Bedarf im Frieden habe zehn Waggons pro Tag, das sei im Monat 300 Waggons betragen. Infolge der Zuckerkarte betrage der Monatsbedarf 200 Waggons, sohin wäre eigentlich ein Bedarf für zwei Monate gedeckt gewesen.

Magistrats-Sekretär Dr. Roßkopf berichtet über den Ankauf von holländischen Kühen und führt aus, daß die von der Gemeinde Wien bei der holländischen Regierung durchgeführte Einfuhrsaktion über 400 Kühe nnd 20 Stiere günstig erledigt sei.

Ein Teil dieser Kühe sei von der Gemeinde selbst übernommen und auf dem Gute Sachsengang und der Gutsverwaltung Wallhof und Cobenzl eingestellt, ein Teil an die Milchmeier und Milchlieferanten abgegeben worden. Bei rationeller Pflege und Wirtschaft könne die Gemeinde aus ihren Kühbeständen auf einen Milchertrag von 3600 l täglich hoffen. Die Gemeinde beabsichtige, noch weitere 1000 Stück zu erwerben.

Magistrats-Sekretär Dr. Roßkopf berichtet weiters über die Einfuhr von serbischen Rindern und führt aus, daß die Gemeinde schon vor längerer Zeit an das Armee-Ober-Kommando das Ersuchen gerichtet hätte, den Überschuß an Rind aus Serbien an Wien abzugeben. Diesem Ersuchen habe sich auch der Bürgermeister von Budapest angeschlossen und es seien für Wien 330, und für Budapest 170 serbische Ochsen freigegeben worden. außerdem sei vom österreichischen Generalgouvernement in Serbien die Zusage auf weitere Lieferungen eingelangt. Nach einer Vereinbarung mit der Heeresverwaltung und dem Ackerbauministerium werde das Fleisch unter Aufsicht der Gemeinde zu billigen, von der Heeresverwaltung bestimmten Preisen an die Bevölkerung abgegeben. (5 K 20 h bis 5 K 60 h per Kilogramm samt Zuwage, ohne Qualitätsunterschied.) Letzten Samstag sei mit diesem Verkaufe begonnen worden und er werde auch in dieser Woche fortgesetzt.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller fragt an, worauf der in der letzten Zeit aufgetretene Salzmangel zurückzuführen sei.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß diese Erscheinung unerklärlich sei, da sowohl Wiliczka als auch die Werke im Salzkammergut in vollem Betriebe seien. Sie sei wiederum nur auf das Hamstern zurückzuführen und die Nachschübe könnten nicht rasch genug erfolgen.

Magistrats-Direktor Dr. Nüchtern teilt mit, daß er telegraphisch an die Zentral-Transportleitung das Ersuchen gerichtet habe, die Salzwaggons aus Ebensee sofort nach Wien zu leiten.

Gem.-Rat Leitner bespricht ebenfalls den herrschenden Salzmangel sowie die Übelstände, die sich beim Anstellen um den Bezug von Lebensmitteln ergeben. Die Zustände beim Mehlverkauf seien unhaltbar und es müsse so rasch als möglich eine Verfügung getroffen werden, um diesen Übelständen abzuhelfen. Er verweist darauf, daß die Petroleumvorräte zu Ende gehen und regt an, mit Rücksicht auf die herrschende Kerzennot zu Allerseelen das Brennen von Kerzen auf den Friedhöfen zu untersagen; in Salzburg sei diese Verfügung bereits getroffen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer der während der Rede des Gem.-Rates Leitner den Vorsitz übernommen hat, spricht sich gegen diese letztere Anregung aus; der Pietät für die Verstorbenen solle man keine Schranken setzen. Ein solches Verbot solle eventuell die Regierung erlassen.

Magistrats-Direktor Dr. Nüchtern teilt mit, daß er in dieser Frage bereits mit dem Statthalter Rücksprache gepflogen habe und dieser erklärte, er werde die Angelegenheit von Regierungswegen behandeln.

Gem.-Rat Steiner teilt mit, daß Verhandlungen der ungarischen und der österreichischen Regierung im Gange seien, wegen Abgabe deutschen Mehles an Österreich im Wege der Kompensation; als Gegenleistung hätte Österreich Petroleum zu stellen.

Hierauf schildert Gem.-Rat Steiner die Lebensmittelverhältnisse in Berlin und kommt zu dem Schlusse, daß die dortigen Verhältnisse weit schlechter seien als in Wien. In Deutschland habe sich der Viehstand während des Krieges gehoben. Er sei der Meinung, daß es an der Zeit wäre, die an die Regierung gerichtete Eingabe wegen Einfuhr von argentinischem Fleische zu urgieren. Nach Friedensschluß werden die Agrarier erklären, daß der österreichische Viehstand bereits wieder in Ordnung sei und dann werde die Einfuhr von überseeischem Fleische nicht mehr zu erreichen sein. Er mache weiters darauf aufmerksam, daß im XX. Bezirke Reibereien mit Flüchtlingen beim Lebensmittelankaufe stattgefunden haben sollen und es stehe fest, daß in Wien gekaufte Ware nach Galizien weitergeschickt werde. Der Magistrat solle vom Marktamte hierüber einen Bericht verlangen. In der Eierfrage könne er mitteilen, daß das letzte Offert auf 510 K per Kiste lautet. Galizische Eier kämen überhaupt nicht nach Wien und ein großer Teil der Eier werde aus den Grenzländern per Achse nach Deutschland gebracht. In Wien wären zirka $3^1/_2$ Millionen Eier eingekalkt. Er richte die

Anfrage, ob die an das Ministerium des Innern gerichtete Eingabe, daß die Gemeinde diese Eier auch beziehen dürfe, eine Erledigung erfahren habe.

Gem.-Rat Skaret gibt ebenfalls seiner Verwunderung über den Brotrummel Ausdruck; es sei doch nirgends weniger Brot erzeugt worden. Die Bäckerei des Konsumvereines „Vorwärts" habe am gestrigen Abend für die Produktion des heutigen Tages von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt noch kein Mehl zugewiesen erhalten. Die Zuweisungen durch die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt seien sehr unregelmäßig, einmal 10, einmal 15 Säcke, daher auch die Brotproduktion unregelmäßig.

Weiters führt Gem.-Rat Skaret darüber Beschwerde, daß die Verkaufsstunden für verschiedene Artikel äußerst ungünstig angesetzt seien und der Arbeiterschaft den Bezug dieser Artikel direkt unmöglich machen. Vor 9 Uhr früh sei kein Fett zu bekommen und abends seien die Vorräte ausverkauft.

Der Konsumverein „Vorwärts" bekomme für seine 56 Filialen einmal in der Woche 70 bis höchstens 100 Säcke Mehl, auf eine Filiale entfallen sohin nicht einmal zwei Säcke. Bezüglich des Zuckermangels gebe er zu, daß die Ursache teilweise in Transportschwierigkeiten liege, doch spiele gewiß ein starkes Manöver der Zuckerbarone mit. Es wäre zu erwägen, ob nicht doch die Einführuug des Saccharins gefordert werden sollte.

Während der Ausführungen des Gem.-Rates Skaret hat Vize-Bürgermeister Rain den Vorsitz übernommen.

Gem.-Rat Dr. v. Dorn regt an, daß in der Obmänner-Konferenz eine fachmännische Darstellung über das Ernteergebnis veranlaßt werde. Weiters verweist er auf die in Amerika zur Herstellung gelangenden Mehlziegel; der Magistrat solle sich informieren, ob dieser Vorgang nicht auch bei uns eingeführt werden könnte und spricht sich dafür aus, daß die Frage der Saccharinfreigabe mit der größten Energie betrieben werde.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller erklärt, daß die Begründung des Salzmangels mit Transportschwierigkeiten unstichhältig sei, denn es könnte auch auf dem Donauwege Salz gebracht werden. Auch die Begründung des Brotrummels mit dem Zuzuge von Flüchtlingen sei unrichtig, da im September höchstens 500 bis 600 Flüchtlinge nach Wien gekommen seien. Es sei ihm bekannt, daß zwischen der Bevölkerung und den Flüchtlingen Reibereien bestünden, doch seien diese mit Flüchtlingen aus dem Süden weitaus häufiger als mit Flüchtlingen aus dem Norden. Im Oktober oder November werde eine Lebensmittelversorgungsstelle für Flüchtlinge ins Leben treten; diese Organisation werde diesen Übelständen abhelfen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat während der Ausführungen des Gem.-Rates Dr. Schwarz-Hiller den Vorsitz wieder übernommen.

Magistrats-Sekretär Dr. Roßkopf teilt mit, daß im Plenum des Beirates der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt angekündigt worden sei, daß Ende September die erste Ernteschätzung erfolgen werde, die auf Probedruschen beruhe, die definitive Schätzung erfolge nicht vor Dezember, im Vorjahre sei sie erst im Jänner erfolgt.

Die Berichte des Magistrats-Sekretärs Dr. Roßkopf werden zur Kenntnis genommen.

Magistratsrat Dr. Jamöck erstattet über die Schaffung einer Mehleinkaufskarte nachstehenden Bericht:

Um die durch verschiedene Verhältnisse hervorgerufenen Übelstände bei der Mehlverteilung gerechterweise hintanzuhalten, sowie gleichzeitig das Anstellen für diesen Bedarfsartikel zu beseitigen, ersucht der Magistrat um die Genehmigung folgender Maßnahmen:

1. Für jeden Sprengel der bestehenden Brot- und Mehl-Kommissionen wird eine entsprechende Anzahl „städtischer Mehlabgabestellen" errichtet. Hiezu werden räumlich größere Geschäfte leistungsfähiger, mit genügend Personal versehener, gewerblich befugter Händler in Aussicht genommen, welche die exakte Durchführung und die strengste Einhaltung der Abgabevorschriften gewährleisten.

2. Jeder amtlichen Mehlabgabestelle wird eine entsprechende Anzahl Haushaltungen, beziehungsweise Einzelpersonen des Kommissionssprengels zugewiesen, und zwar der Zahl nach entsprechend dem Betriebsumfange des Geschäftes.

Die Zuweisung erfolgt nach den Buchstaben des Alphabetes.

Als Verkaufstage sind vier Wochentage in Aussicht genommen, die übrigen Tage dienen der Zufuhr, Verrechnung und Kontrolle, sowie der Vorpaketierung. Die Verkaufstage selbst werden wieder durch die zugewiesenen Buchstaben für die Einkäufer reguliert.

3. In den zuständigen Brot-Kommissionen werden Mehleinkaufskarten für die Haushaltungen, beziehungsweise für in der Haushaltung des Wohnortes nicht verköstigte Einzelpersonen, mit Ausnahme der bloß zum Brotbezuge berechtigten Besitzer von Junggesellenbrotkarten abgegeben, welche den Namen und die Adresse des Haushaltungsvorstandes enthalten; ferner ist daraus ersichtlich die Zahl der verköstigten Mitglieder und die Anzahl der zustehenden vollen oder geminderten Mehlbezugskartenteile, weiters die Adresse der zustehenden städtischen Abgabestellen und schließlich der Mehlabgabetag. Bei Einzelpersonen werden auf der Karte die Worte „die Haushaltung" gestrichen.

Auf der linken Seite dieser jeweils für die Dauer von acht eventuell sechzehn Wochen geplanten Mehleinkaufskarten befinden sich 8, eventuell 16 Abteilungen. welche entsprechend den laufenden Brotkartenwochen numeriert sind. Die geraden Wochen enthalten den Aufdruck „$^1/_2$", die ungeraden Wochen den Aufdruck „Rest" und außerdem die Daten der laufenden Woche.

4. Die Mehlabgabe, welche während der ganzen Geschäftsstunden stattzufinden hat, spielt sich in folgender Weise ab:

Die Bezugsberechtigten haben mit der Mehleinkaufskarte und sämtlichen ihnen zustehenden Brot- und Mehlkarten an dem für sie bestimmten Tage zu erscheinen und erhalten in den geraden Wochen gegen vom Verkäufer vorzunehmende Abtrennung der entsprechenden Mehlkartenabschnitte von den Brotkarten je $^1/_2$ kg Mehl für jede volle Bezugskarte. In den ungeraden Wochen erhalten sie, falls genügend Mehl vorhanden ist, beziehungsweise abgegeben werden kann, über Verlangen die zweite Hälfte der Mehlkartenabschnitte in Mehl ausgefolgt. Ist die Möglichkeit nicht vorhanden, sämtliche noch restierenden Mehlkartenabschnitte einzulösen, so wird bereits im Laufe der Vorwoche bekanntgegeben, bis zu welchem Höchstausmaße die Einlösung in ganz Wien gleichmäßig stattfinden kann. Der erfolgte Verkauf wird auf der Mehleinkaufskarte durch den Verkäufer mittels Durchlochung des entsprechenden Wochenabteiles ersichtlich gemacht.

Für geminderte Brot- und Mehlkarten werden im Laufe der Gültigkeitsperiode der Karte höchstens 30 dkg per Karte bei gleichzeitiger Durchlochung beider Wochenabteile der Mehleinkaufskarte und gegen Abtrennung der entsprechenden Mehlabschnitte abgegeben.

Es ist selbstverständlich, daß, wenn sich die Notwendigkeit ergeben sollte, in der Anfangszeit eine Familie vor ihrem Abgabetage Mehl dringend benötigt, dieselbe in ihrer zuständigen Mehlabgabe befriedigt werden wird.

5. Mitglieder der Konsumvereine, welche den Mehlbezug bei ihrem Vereine dem durch die zuständige städtische Mehlabgabestelle vorziehen, erhalten ähnliche Karten, jedoch in einer anderen Farbe.

Die Abmeldung eines Mitgliedes eines Konsumvereines, das sich den Mehlbezug beim Vereine vorbehalten hat, zur zuständigen städtischen Mehlabgabestelle kann nur mit Ablauf der Karte gegen vorherige Anmeldung bei der zuständigen Brot-Kommission erfolgen. Dasselbe gilt für Mitglieder eines Konsumvereines, die von der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle zum Bezuge bei ihrem Vereine überzugehen beabsichtigen.

Die Konsumvereine, denen die Lebensmittelmagazine der Eisenbahnen gleichzuhalten sind, sind zur Einhaltung desselben Vorganges wie die städtischen Mehlabgabestellen verpflichtet.

6. Bezüglich der Abgabe von Mehl an Gewerbetreibende, Anstalten und dergleichen wird an dem bisherigen Vorgange keine Änderung getroffen.

Voraussetzung der Durchführung dieser Vorschriften ist eine erstmalige reichere Dotierung der Abgabestellen, um keine Stockungen hervorzurufen. Bereits nach Ablauf der ersten Woche wird es klar sein, mit welchen Quantitäten jede einzelne Abgabestelle (städtische Abgabestelle oder Konsumverein) zu rechnen hat.

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß Magistrat und Marktamt in voller Erkennung der unbedingten Notwendigkeit und Nützlichkeit der Schaffung eines klaglosen Apparates alles aufbieten werden, denselben so zu gestalten, um damit den ersten mächtigen Wegweiser aufzustellen, nach welchem, falls er sich, wie dies zu hoffen steht, bewährt, ein weiterer Schritt zum Ausbau der Lebensmittelabgabe in Wien erfolgen kann. Der Magistrat hofft, daß die Durchführung befriedigen wird, da die Vorschläge nach seiner Meinung dem Empfinden und Gehaben der Wiener Bevölkerung weit besser entsprechen als das Kundenbuch in den Städten Deutschlands und weil das Schreibgeschäft für den Geschäftsmann hiebei auf ein Minimum reduziert wird.

Durch Schaffung der städtischen Mehlabgabestellen und der Konsumvereine ist auch die Möglichkeit einer leichten und scharfen Kontrolle gegeben; auch sollen die Geschäftsleute und Konsumvereinsleiter ein Angelöbnis leisten.

Als Einwendung gegen die gemachten Vorschläge kann der Umstand geltend gemacht werden, daß hiedurch die Honorierung der bisher in Wien und für ganz Niederösterreich geltenden „Brot- und Mehlkartenabschnitte" für Nichtbewohner Wiens in Wien entfällt. Demgegenüber muß bemerkt werden, daß die politischen Bezirksbehörden berechtigt sind, aus Zweckmäßigkeitsgründen die Verfügung zu treffen, daß in einzelnen Gemeinden ihres Bezirkes, beziehungsweise im ganzen Bezirke die Brotkarten auf die Gemeinde, beziehungsweise auf den Bezirk abgestempelt werden können und die „Brot- oder Mehlabschnitte" zum Bezuge für Mehl dadurch nur auf Bewohner der bezüglichen Gemeinde, beziehungsweise des Bezirkes beschränkt werden können.

Nachdem Wien auf Grund der daselbst ausgegebenen Brot- und Mehlkarten nur ein bestimmtes Quantum Mehl zugewiesen erhält, von welchem unbekannte Quantitäten als Brot und Mehl nach auswärts tatsächlich abgeführt werden, erscheint die Verhinderung wenigstens der Verschleißmehlabgabe aus den Zuweisungen für Wien an auswärts Wohnende gerechtfertigt und geboten.

Als weitere Einwendung gegen die vorgenannten Vorschläge könnte geltend gemacht werden, daß durch die buchstabenweise Zuweisung der einzelnen Parteien, die eine Partei desselben Hauses bei dieser, die andere bei jener Mehleinkaufsstelle ihren Bedarf decken muß.

Er gebe ohneweiters diese Anomalie zu, doch sei die territoriale Durchführung der Unterteilung der 401 Kommissionssprengel mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden, die Erfassung der Zuteilung an die Abgabestellen viel schwieriger, zumal die Abgabestellen nach dem Umfange des Geschäftsbetriebes und nicht gleichmäßig zu bewerten sind.

Da die Lage der Abgabestellen voneinander nicht an eine bestimmte Entfernung gebunden werden kann, dieselben für jeden Sprengel geschaffen werden, aber nicht unbedingt in demselben liegen müssen, in manchem Sprengel eine Abgabestelle vielleicht genügend und die Qualität des Verkaufsgegenstandes dieselbe ist, so spielt diese Frage bei dem gleichzeitigen Hinwegfalle so vieler Mißhelligkeiten für die Hausfrau und Einzelperson keine, oder doch nur eine höchst untergeordnete Rolle.

Übrigens kann die territoriale Unterteilung eventuell in einem späteren Zeitpunkte stattfinden.

Aber noch eine weitere Funktion ist der Mehleinkaufskarte zugedacht.

Es häufen sich sehr die Klagen, daß sich verschiedene Mitglieder der Haushaltungen mit einzelnen Brotkarten anstellen und hiedurch die Möglichkeit der gleichmäßigen Brotabgabe wesentlich beeinflussen, wodurch große Mißstände erzeugt werden.

Es könnte deshalb zum Beispiele verfügt werden, daß der Broteinkauf auf mehr als eine Brotkarte an die gleichzeitige Vorweisung der Mehleinkaufskarte gebunden wird und sohin diese die Stelle der von Herrn Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller angeregten Familieneinkaufskarte zu vertreten hat. Bei Vorweisung einer einzelnen Brotkarte wäre nur die Abgabe des Tagesbedarfes zu gestatten.

Nachdem die Mehleinkaufskarte für den Mehlbezug wöchentlich nur einmal, bei geminderten Karten sogar innerhalb eines Zeitraumes von zwei Wochen nur einmal, und zwar, da ein Anstellen nicht mehr nötig ist, nur für kürzere Dauer benötigt wird, so kann sie ohneweiters diese zweite Funktion als Familieneinkaufskarte übernehmen.

Das vorliegende Muster der Mehleinkaufskarte weist auf der rechten Seite mit den Nummern 1 bis 32 bezeichnete Abteile auf. Dieselben könnten vorläufig wegbleiben. Es soll im Muster nur dadurch angedeutet werden, daß diese Karte auch noch anderen Zwecken vorbehalten werden kann, zum Beispiel: es würde die Gemeinde Reis oder andere Lebensmittel, oder Bedarfsartikel wie zum Beispiel Seife ausgeben, so könnte gesagt werden: auf den mit Ziffern bezeichneten Abschnitten der Mehl-

einkaufskarte erhält der Personenanzahl entsprechend gegen Abtrennung dieser Abschnitte jeder Haushalt eine bestimmte Menge dieses oder jenes Artikels.

Es wäre damit jeder Doppelbezug ausgeschlossen. Wie gesagt, soll eben durch diese Abteilungen am Muster nur die Erweiterungsfähigkeit der Karte angedeutet werden.

Schließlich erachtet es der Magistrat als zweckmäßig, einen schematischen Überblick über die Ausdehnung seiner Vorschläge zu geben.

Wir haben in Wien mit rund 2,160.000 Mehl- und Brotkarten zu rechnen, nachdem Junggesellenkarten vom Mehlbezuge ausgeschlossen sind.

Wien ist eingeteilt in 401, rund 400 Kommissionssprengel; auf jeden Kommissionssprengel entfallen daher durchschnittlich 5400 Karten, für welche zwei städtische Abgabestellen zur Errichtung geplant sind. Es entfallen daher auf eine Abgabestelle 2700 Karten. Davon entfallen etwa 2600 auf 625 Haushaltungen und zirka 100 auf Einzelpersonen. Man hat also mit rund 725 Parteien zu rechnen. Bei buchstabenweiser Zuweisung der Parteien auf vier Abgabetage entfallen auf eine Abgabestelle nicht einmal 180 Parteien — es kommen auch noch die Mitglieder der Konsumvereine in Abschlag — täglich, welche, nachdem die Abgabe ganztägig stattfindet, wohl ohne Drängen und leicht zu befriedigen sein werden, selbst wenn nur zwei gleichzeitig tätige Verkäufer vorhanden wären, nachdem die Vorpaketierung in Kilogramm-, Halbkilogramm- und Viertelkilogramm-Pakete bereits früher erfolgt ist, die Abtrennung der entsprechenden Brotkartenabschnitte und die Durchlochung der Mehleinkaufskartenteile nicht viel Zeit in Anspruch nimmt und der gleichzeitige Einkauf auf Mehleinkaufskarten für einen Haushalt und für die durch demselben angehörigen nicht verköstigten Einzelpersonen gestattet werden kann. Von Geschäften mit großem Betriebsumfange und genügendem Personal dürfte in manchen Kommissionssprengel eines vollkommen ausreichen.

Ein einfaches Beispiel.

Ein Haushalt hat fünf verköstigte Personen. Zwei davon stehen im Genusse von Brotkarten für Schwerarbeiter. Der Haushalt verfügt daher über sieben rechte Brotkartenhälften, welche für 14 Tage zusammen für 7 kg „Brot- oder Mehl"-Abschnitte enthalten.

Die Hausfrau kommt mit der Einkaufskarte und den Karten, auf welche sie schon Brot bezogen haben kann, zur zuständigrn Mehlabgabestelle und weist dieselben samt der Mehleinkaufskarte vor.

Sie erhält $3^1/_2$ kg vorpaketiertes Mehl. Der Verkäufer, der die Karten abgezählt hat, legt sie übereinander, schneidet mit zwei Schnitten die entsprechenden „Brot- und Mehl"-Kartenabschnitte ab, verwahrt sie, kupiert die Einkaufskarte und gibt dieselbe nächst den Brotkarten der Käuferin zurück.

In der zweiten, ungeraden Woche, erscheint sie wieder, verlangt, obwohl gerade die Ganzeinlösung gestattet ist, nur zwei Kilo Mehl und erhält sie in gleicher Weise.

Die weiteren Brot- und Mehlkartenabschnitte setzt sie in Brot um, da sie stärkere Brotesser sind.

Der Magistrat bringt sohin seine Vorschläge zur Beratung und wird im Genehmigungsfalle ungesäumt das Erforderliche veranlassen, damit dieselben ehemöglichst zur Durchführung gebracht werden können.

Magistrats-Sekretär Dr. Roßkopf führt aus, daß in Bezug auf die technische Durchführung Voraussetzung für die Einführung dieser Karte und die Rayonierung sei, daß für die erstmalige Dotiernng genügend Mehl bereitgestellt werde. Sektionschef v. Keller habe sich bereit erklärt, der Gemeinde vor Einführung der Karte ein Quantum, das zwei Wochen entspricht, zur Verfügung zu stellen. Eine weitere Voraussetzung sei, daß jede preferentere Behandlung von Konsumentenorganisationen hinwegfalle, denn die vorzugsweise Dotierung dieser Organisationen falle auf das Kontingent der Gemeinde. Sektionschef v. Keller erklärte, er wolle diese Organisationen vorläufig nicht ausgeschaltet wissen, werde aber den vollen Bedarf zur Verfügung stellen.

Der Verteilungsapparat werde höchst schwierig sein, während gegenwärtig die Mehlaufteilung auf den Konzern, das sind 50 Geschäftsleute erfolge, wäre nunmehr mit 1000 Stellen zu rechnen. Die Aufteilung des Mehles werde bezirksweise vor sich gehen, es werde ein Ausschuß, der in Betracht kommenden Geschäftsleute ins Leben gerufen werden, der über die planmäßige Verteilung und deren Durchführung zu beraten hat. Sektionschef v. Keller habe sich über die Einführung dieser Karte sehr zuversichtlich geäußert. Die Karte werde auch bei anderen Lebensmitteln der Gemeinde dieselben Dienste leisten.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller begrüßt die Einführung dieser Karte und regt an, die Karten bezirksweise mit verschiedenen Farben zu versehen.

Magistratsrat Dr. Jamöck spricht sich dagegen aus, weil die Abgrenzung der Bezirke oftmals eine derartige sei, daß die gegenüberliegende Straßenseite, wo sich zufällig ein für die Mehlabgabe geeignetes Geschäft befinde, in einen anderen Bezirk falle, sohin bei strenger Bezirksabgrenzung der Besitzer der Mehleinkaufskarte im gegenüberliegenden Lokale dann nicht einkaufen dürfe.

Gem.-Rat Leitner begrüßt ebenfalls die Einführung dieser Karte, denn durch dieselbe werde tatsächlich eine Regelung des Mehlverkaufes eintreten. Doch sei die Festsetzung von zwei bis drei Verschleißstellen bei der Annahme von vier Verkaufstagen zu gering. Auf die Frage, wann die Karte in Kraft treten werde, und wie die Anmeldung der Geschäftsleute für die Verschleißstellen erfolge, erklärt Magistratsrat Dr. Jamöck, daß nach dem Beschlusse in der Obmänner-Konferenz sofort mit der Durchführung begonnen werden könnte. Die Verschleißstellen würden nach Einvernahme des Marktamtes durch den Magistrat festgesetzt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner stellt fest, daß die Einführung dieser Karte auch zwei Schattenseiten besitze. Erstens kämen statt 6000 nur mehr 1000 Verschleißstellen in Betracht, und zweitens seien alle nicht in Wien Wohnenden vom Kaufe in Wien ausgeschlossen.

Gem.-Rat Skaret führt aus, daß in Teplitz bereits die Rayonierung durchgeführt sei, in Wien jedoch nicht. Er sei immer ein Gegner der Rayonierung gewesen, solange nicht genügend Lebensmittel vorhanden seien. Es sei nicht so einfach, über das Referat sofort schlüssig zu werden; er ersuche, es möge die Beratung abgebrochen und das Referat den Mitgliedern der Obmänner-Konferrnz vor der Beschlußfassung zum Studium zugesendet werden.

Der Bürgermeister erklärt sich bereit, diesem Wunsche zu entsprechen und ordnet an, daß das Referat vervielfältigt und den Mitgiedern der Obmänner-Konferenz übermittelt werde.

Gem.-Rat Skaret fragt an, wie die Lebensmittelorganisationen der Bahnen und industriellen Betriebe behandelt werden sollen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner richtet an den Gem.-Rat Skaret die Anfrage, ob sich die Mitglieder der Arbeiter-Konsumvereine ausschließlich auf das Wiener Gemeindegebiet beschränken und ob bei den Lebensmittelmagazinen auch außerhalb Wiens wohnende Personen einkaufen.

Gem.-Rat Skaret bejaht diese Anfrage und erklärt, daß die Arbeiter-Konsumvereine auswärts zwölf Filialen besitzen, die jedoch vollständig getrennt behandelt werden.

Gem.-Rat Neumann äußert Bedenken gegen die Karte, weil der Gültigkeitstermin derselben ihm zu lange erscheine. Dadurch, daß die Karte 16 Wochen gültig sein soll, werden den Kommissionen viele Schwierigkeiten entstehen. Die Karte erfordere, daß die Rayonierung nicht bloß in Wien, sondern im ganzen Reiche durchgeführt werde. Vom Standpunkte des Wieners könnte es begrüßt werden, daß das Zuströmen von Einkäufern nach Wien aufhören würde. Das Übersiedeln von einen Bezirk in den andern wird mit Beschwerden verbunden sein.

Während der Ausführungen des Gem.-Rates Neumann hat Vize-Bürgermeister Rain den Vorsitz übernommen.

Gem.-Rat Dr. Hein führt aus, daß er schon vor einem Jahre für den Versuch der Rayonierung eingetreten sei. Das Projekt sei gewiß wohldurchdacht, doch würden sich in der Praxis manche Schwierigkeiten ergeben. Darin, daß die Bevölkerung gezwungen wird, in einer bestimmten Verschleißstelle daß Mehl zu beziehen, liege eine Bevorzugung dieses Kaufmannes, da die zugewiesenen Käufer auch andere Artikel bei diesem einkaufen werden. Trotzdem glaube er, daß der Versuch mit der Karte gemacht werden müsse, und er werde derselben zustimmen. Die Praxis wurde lehren, was an dem Projekte nicht günstig sei.

Gem.-Rat Skaret fragt an, was in jenen Fällen geschehen wird, wenn die Partei erklärt, sie habe die Mehleinkaufskarte verloren.

Gem.-Rat Schmid beantragt, die Debatte abzubrechen, mit Rücksicht darauf, daß erst nach dem Studium des zugesandten Referates in der nächsten Sitzung ein Beschluß gefaßt werden solle.

Magistratsrat Dr. Jamöck beantwortet die beiden Anfragen des Gem.-Rates Skaret dahin, daß die Lebensmittelorganisationen der Bahnen genau so wie die Konsumvereine behandelt werden, und daß im Falle des Verlustes einer Karte, der gleiche Vorgang wie beim Verlust einer Brotkarte eingehalten wird. Um den Bedenken des Gem.-Rates Neumann Rechnung zu tragen, könnte die Gültigkeitsdauer der Karte ohne weiters auch auf acht Wochen beschränkt werden.

Die Beratung über diesen Gegenstand wird hierauf abgebrochen.

Magistratsrat Dr. Jamöck erstattet hierauf über die Schaffung einer behördlichen Lebensmittel-Zentral-Abgabestelle nachstehenden Bericht:

Am 3. Oktober 1916 fand im Ministerium des Innern eine Sitzung unter dem Vorsitze des Sektionschefs v. Keller und dessen Stellvertreter Baron Fries statt, welcher Vertreter der Ministerien, der Kriegsgetreide-Gesellschaft, der Zucker-, Kaffee- und Fett-Zentrale sowie andere Ministerialvertreter beiwohnten.

Gegenstand der Besprechung war der Wunsch der Gemeinde Wien, eine Einrichtung zu schaffen, welche es ermöglicht, über die behufs Versorgung der Bevölkerung der Stadt Wien durch die bestehenden Warenzentralen zur Verteilung gelangenden Lebensmittel eine Evidenz zu schaffen.

Baron Fries, der die Sitzung eröffnete, erklärte, daß in der letzten interministeriellen Approvisiorungs-Kommission, der die Herren Gem.-Räte Dr. Hein, Neumann und Steiner als Vertreter der Gemeinde Wien beigewohnt hatten, dieselben als Vorbedingung jeglicher Regelung des Lebensmittelverkehres die Schaffung einer Stelle verlangt hätten, wodurch die Gemeinde Wien jeweilig Kenntnis erlange, wer beteilt wird, wie viel Vorrat vorhanden ist und wie groß das Zuteilungsquantum für jeden einzelnen sich stellt.

Man habe sich dahin geeinigt, daß der Staat eine solche Organisation zu schaffen hätte, welche in gewissen Zeiträumen sich zusammenfindet, in welcher die Gemeinde Wien vertreten ist und wo sie die gewünschten Aufklärungen erhält. Die staatlichen Behörden haben dieses Verlangen erwogen und berechtigt gefunden und es soll jetzt besprochen werden, in welcher Weise dasselbe erfüllt werden kann.

Vor allem müsse er bekanntgeben, daß der Staat sich eine direkte Beteilung bestimmter Vereinigungen vorbehalten habe, und ist darin keineswegs eine Bevorzugung zu erblicken, sondern erscheint nur einem Gebote der Gerechtigkeit und der Notwendigkeit hiedurch Rechnung getragen. Anderseits liegt dieser Vorgang auch im Interesse der Gemeinde Wien, da hiedurch das Anstellen wesentlich beeinträchtigt wird. Wenn auch den verschiedenen Zentralen eine große Mehrarbeit erwächst, so muß sie doch geschehen, und es muß alles aufgeboten werden, um Doppelbeteilungen hintanzuhalten.

Vorläufig werden direkt beteilt:

1. Die k. k. militärischen Industrien,
2. die Großeinkaufs-Gesellschaft der Industriellen Österreichs,
3. die Lebensmittelvereinigung der Angestellten des Handelsministeriums,
4. die Lebensmittelvereinigung der Angestellten des Ministeriums des Äußern,
5. die Lebensmittelvereinigung der Angestellten des gemeinsamen Finanzministeriums,
6. die Lebensmittelvereinigung der Angestellten des Arbeitsministeriums,
7. die Lebensmittelvereinigung der Angestellten des österreichischen Finanzministeriums,
8. die Lebensmittelvereinigung der Justizbeamten,
9. die Lebensmittelvereinigung der Angestellten der Finanz-Landes-Direktion,
10. der Reichsverband der Fixbesoldeten,
11. der Verband der Bankangestellten,
12. der Verband der Landesbeamten,
13. der Verband der Angestellten des Kriegsministeriums und
14. der im Werden begriffene Verband der Wiener Presse.

Die Beteilung erfolgt mit Mahlprodukten, Hülsenfrüchten, Kartoffeln, Zucker, Kaffee und Fett.

Wenn auch nur die Fett-Verordnung ausdrücklich die Bestimmung enthält, daß Lebensmittellagern Bezugscheine auszustellen sind, so müssen doch die anderen Artikel auch auf Anweisungen, eventuell über Auftrag des Ministeriums angeliefert werden.

Er kann nur sagen, daß Vorsorge getroffen ist, daß die Menge des Mehles künftighin in genügendem Maße vorhanden sein wird. Anders ist es beim Fett und bei den Hülsenfrüchten. Hülsenfrüchte habe übrigens nur die Kriegsgetreide-Gesellschaft zu liefern, insoweit ihr von dem für das Heer zu liefernden Quantum etwas erübrigt.

Wir haben in Niederösterreich sohin zu denken auf die Beteilung der direkt beziehenden Organisationen, auf die übrige Wiener Bevölkerung und auf die Provinzbevölkeung.

Die Regierung denkt daran, eine Kommission zu bilden, an deren Spitze ein Ministerialvertreter des Ernährungsamtes, der für Wien eingesetzt wird, steht; ferner entsenden die Statthalterei, die Polizei und die Gemeinde Wien je einen oder zwei Vertreter.

Weiters wären vielleicht je ein oder zwei Vertreter der direkt Belieferten und der übrigen Konsumenten beizuziehen, und hätten auch die Vertreter der Zentralen (Kriegsgetreide-Gesellschaft, Kaffee-, Zucker- und Fett-Zentrale) anwesend zu sein.

Der Gemeinde Wien wären von allen Abgaben, die direkt gemacht werden, regelmäßig schriftliche Verständigungen von den Zentralen zu übermitteln, aus welchen der Artikel, die Menge sowie der Name des Beziehenden hervorgeht.

Wenn ein Artikel voll und ganz, soweit die Karte zum Bezuge berechtigt, abgegeben werden kann, so ist die Sache einfach. Anders ist es, wenn die Menge zu bestimmten Zeiten nicht ausreicht. In diesem Falle wäre eben der Zusammentritt der Kommission notwendig, um diesbezüglich Beratungen zu pflegen.

Es entspann sich nun eine längere Debatte, in welcher sich die Mehrzahl für die Schaffung einer solchen Kommission aussprach. Er selbst erklärte, eine bindende Erklärung nicht abgeben zu können, sondern lediglich alles ad referendum zur Kenntnis zu nehmen, jedoch sei er der Meinung, daß die Gemeinde Wien absolut nicht damit einverstanden sein kann, daß es in ihrem Weichbilde zweierlei Bürger gebe: solche, welche direkt dotiert werden und dadurch in den Besitz des vollen Quantums auf leichtere Weise kämen, und andere, denen trotz Anstellen und Mühen es nicht gelingen könnte, auch nur einen Teil ihrer Karten in Ware umzusetzen. Es müsse unbedingt die Garantie vorhanden sein, daß jeder Einwohner gleich viel erhalten kann.

Baron Fries erklärte, daß die Regierung diese Ansicht voll und ganz teilt, und daher auch nur daran gedacht ist, den direkt Beteilten so viel zu geben, als nach der gegebenen Sachlage alle anderen erhalten können. Eben zu diesem Zwecke solle ja dem Wunsche der Gemeinde Wien gemäß die Kommission gebildet werden. Es wird die abgebbare Menge bezeichnet werden, und dann auf Grund der vorhandenen Daten zur Verteilung an die direkt Beteilten, an die übrige Wiener Bevölkerung und an die Einwohner der Provinz geschritten werden.

Hofrat Baron Eger sprach die Ansicht aus, daß die Kommission nicht Beschlüsse fassen könne, sondern die Entscheidung dem Ministerium vorbehalten ist. Es könnte nur den einzelnen Kommissions-Mitgliedern ein Beschwerdeweg zustehen. Auch Sektionschef v. Keller erklärte, daß natürlicherweise durch Schaffung dieser Kommission nicht der Regierungsgewalt Abbruch getan werden solle, jedoch diese Kommission der Regierung eben als wichtiger Faktor zur Seite zu stehen habe.

Der Vertreter der Kriegsgetreide-Gesellschaft, Dr. Rizzi, sprach die Ansicht aus, daß es am zweckmäßigsten sei, die gesamte Beteilung der Gemeinde Wien, welche geschulte Kräfte und einen großen Apparat besitzt, zu übertragen.

Es sprachen dann noch mehrere andere Anwesende und ein Vertreter einer staatlichen Beamtenorganisation erklärte, daß die Beamten, deren Lage in dieser Zeit gewiß eine beklagenswerte sei, sicherlich nicht mehr wollen, als jeder andere bekommen kann, nur daß sie ihre Artikel im direkten Beteilungswege zu erhalten wünschen.

Schließlich erklärte Baron Fries, daß die Regierung das Gehörte zur Kenntnis nehme und annehmen könne, daß durch die Schaffung der gedachten Kommission allen Wünschen Rechnung getragen werde. Die Gemeinde möge mit größtmöglichster Beschleunigung allfällige Bedenken, welche sie gegen die Schaffung dieser Kommission hegt, der Regierung zur Kenntnis bringen.

Sektionschef v. Keller erklärte, daß die Kommission eventuell eine territoriale Erweiterung erfahren dürfte, indem diejenigen Gemeinden, welche um Wien herum liegen, und deren Warenbezug vielfach von Wien abhängig ist, allenfalls einbezogen werden sollen.

Er ersucht um größtmögliche Beschleunigung in dieser Angelegenheit und um baldige Bekanntmachung der Namen der zu entsendenden Vertreter.

Die Obmänner-Konferenz möge diesen Bricht zur Kenntnis nehmen und darüber schlüssig werden, welche Stellung die Gemeinde Wien der geplanten Schaffung der Kommission gegenüber einnimmt.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller ersucht auch in diesem Falle um die Vertagung und Zusendung des Berichtes an die Mitglieder der Obmänner-Konferenz.

Der Vorsitzende vertagt die Angelegenheit und verfügt die Aussendung des vervielfältigten Berichtes an die Mitglieder der Konferenz.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg berichtet über die Kartoffelversorgung und führt aus, daß sich seit der letzten Sitzung der Obmänner-Konferenz die Zuschübe wesentlich gebessert hätten. In der Zeit vom 29. September bis 8., beziehungsweise 9. Oktober seien 725 Waggons Kartoffel, seit Beginn 1082 Waggons angeliefert worden. Insgesamt seien auf die Märkte, Konsumvereine, Fabriken, städtische Anstalten, Wirte, Genossenschaften und Private 695 Waggons Kartoffel abgegeben worden. Die Vorräte seien jedoch noch sehr gering. In den letzten Tagen sei die Anlieferung überreich gewesen, so daß dieselben nicht bewältigt werden konnten und sich eine Verstopfung der Bahnhöfe bemerkbar machte.

Ober-Magistratsrat Pawelka berichtet über die Milchversorgung und führt aus, daß in der Anlieferung keine bedeutende Änderung eingetreten sei.

Im Durchschnitte seien um zirka 8000 l weniger Milch als im letzten September eingelaufen, was jedoch keine Rolle spielte, es seien bereits die entsprechenden Schritte eingeleitet worden, um die nach Wien einlaufende Milch zu erfassen. Auch habe die Statthalterei eine Änderung der Höchstpreisbestimmungen, jedoch nur bezüglich der ungarischen Milch in Aussicht gestellt. Die Statthalterei habe die Milchversorgungsstelle beauftragt, sich zu äußern, ob nicht gewissen Lieferanten, die an Spitäler liefern, für Milch ein höherer Preis bewilligt werden könnte.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat während der Ausführungen des Ober-Magistratsrates Pawelka den Vorsitz übernommen.

Vize-Bürgermeister Rain berichtet, daß das Festhalten an dem niederen Bierpreise im Brauhause der Stadt Wien nicht dem konsumierenden Publikum zugute komme und daher der damit beabsichtigte Zweck nicht erreicht werde.

Er beantragt demnach eine Erhöhung der Preise beim Abzugbier um 20 K, beim Lagerbier um 24 K per Hektoliter.

Gem.-Rat Dr. Hein spricht sich für diesen Antrag aus.

Gem.-Rat Neumann erklärt, daß die Gemeinde in einer Zwangslage sei und nicht anders könne, als den Bierpreis zu erhöhen.

Die Obmänner-Konferenz stimmt dem Antrage des Vize-Bürgermeisters Rain einmütig zu.

Der Bürgermeister schließt hierauf die Sitzung.

Der Bürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.

Für den Bürgerklub:
Steiner m. p.

Für den Verband der freiheitlich-bürgerlichen Partei:
Dr. Hein m. p.

Für die sozialdemokratische Partei:
Skaret m. p.

Der Schriftführer:
Böttger m. p.,
Magistrats-Sekretär.

Stadtrat.

Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom **28. November 1916.**

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.
Vize-Bürgermeister Franz Hoß.
Vize-Bürgermeister Josef Rain.

Anwesende: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner.

Angermayer,	Brauneiß,
Baron,	Dechant,
Braun,	Fraß,
Grünbeck Sebastian,	Schmid,
Dr. Haas,	Schneider,
Heindl,	Schwer,
Hermann,	Tomola,
Knoll,	Wessely,
Dr. Mataja,	Wippel,
Nemetz,	Zatzka.
Poyer,	

Entschuldigt: St.-R. Götz.
Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär Jiresch.
Zugezogen: Gemeinderat Steiner.

Vize-Bürgermeister Hierhammer eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilungen:

Die kaiserlich deutsche Botschaft in Wien ersucht den Herrn Bürgermeister, für die Teilnahme der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien anläßlich des Hinscheidens des kaiserlich deutschen Botschafters v. Tschirschky den wärmsten Dank entgegenzunehmen. (Zur Kenntnis.)

Der königlich bayrische a. o. Gesandte und bevollmächtigte Minister Heinrich Freiherr v. Tucher übermittelt den Dank der königlich bayrischen Staatsregierung für die durch den Stadtrats-Beschluß vom 3. November 1916 anläßlich der Benennung der Verkehrswege, die durch die Parzellierung der Modena-Realität entstanden sind, erwiesene Aufmerksamkeit. (Zur Kenntnis.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Baron** wird beschlossen:

(P. Z. 11115, M. A. IV, 5815.) Die Errichtung einer ganznächtigen und zweier halbnächtiger Auergasflammen in der Kahlenbergerstraße im XIX. Bezirke wird nach dem vom Magistrate vorgelegten Entwurfe genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Fraß** wird beschlossen:

(P. Z. 11093, M. B. A. VIII, 312.) Dem Ansuchen der Baronin Christine Villebois, VII., Kirchengasse 13, um Übernahme der Verpflegskosten von 89 K 60 h für die bei ihr im Dienste gestandene Katharina Golda auf die Wiener städtische Dienstbotenkrankenkassa wird keine Folge gegeben.

(P. Z. 10989, M. B. A. VII, 616.) Dem Josef Lackner wird ausnahmsweise die Bewilligung zur Aufstellung eines Ofens zum Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln im VII. Bezirke, Mariahilferstraße, Ecke Neubaugürtel bei der Parkanlage Laterne Nr. 839, für die Betriebszeit 1916/17 erteilt.

(P. Z. 10990, M. B. A. VII, 615/IV.) Der Marie Briski wird ausnahmsweise die Bewilligung zur Aufstellung eines Ofens zum Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln im VII. Bezirke, Neubaugürtel, gegenüber der Realität Or.-Nr. 2 neben dem Sandbehälter der Gemeinde Wien, für die Betriebszeit 1916/17 erteilt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Wessely** wird beschlossen:

(P. Z. 11069, M. A. VI, 3123.) Der Kostenanschlag über die Zufuhr alter, unbrauchbarer Pflastersteine zur Kleinpflasterspaltanlage auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx im III. und XI. Bezirke wird mit dem bedeckten Erfordernisse von 6000 K genehmigt.

(P. Z. 11072, M. A. VII, 1046.) Die beim Baue der Erweiterung der Regenauslaßanlage in der Linken Wienzeile im Zuge der Joanelligasse im VI. Bezirke aufgelaufenen und bedeckten Mehrkosten im Betrage von 1300 K werden genehmigt.

(P. Z. 11076, M. A. XV, 8007.) Die Einleitung des Leuchtgases in die Naturalwohnung des Schuldieners der Mädchen-Volksschule VI., Sonnenuhrgasse 3, Karl Kotschny, wird genehmigt und dem Genannten als Vergütung für die Kosten des Gasverbrauches einer im Vorzimmer der Dienstwohnung bereits vorhandenen Gasflamme, welche bisher von der Gemeinde getragen wurden und dadurch auflaufen, daß auch diese Flamme an den Gasmesser des Schuldieners angeschlossen werden muß, ein Pauschale von 60 K jährlich bewilligt.

(P. Z. 11200, M. A. II, 6912.) Dem Ansuchen des Österreichischen Tierschutz- und Tierasylvereines um Überlassung einer größeren Anzahl von Hundesteuerfreimarken wird aus grundsätzlichen Rücksichten keine Folge gegeben.

(P. Z. 11080, M. A. VI, 3049.) Folgender Verfügung des Herrn Bürgermeisters wird nachträglich zugestimmt:

Der Ankauf eines Waggon Petrol-Asphalt von der Firma Heinrich Eber, IV., Paulanergasse 12, zum Preise von 49 K 50 h per 100 kg wird nachträglich genehmigt und der für diese Anschaffung angesprochene bedeckte Kredit von rund 5000 K (einschließlich der Fuhrspesen) wird bewilligt.

(P. Z. 11119, M. A. VI, 3152.) Der Verfügung des Herrn Bürgermeisters, betreffend das Anbot des Sebastian Zinser in Oberweidern auf Lieferung von 10 bis 12 Waggons Futterrüben, wird nachträglich zugestimmt.

(P. Z. 11172, M. A. XV, 10052.) Zur Teilung der II. Klasse an der Sammelstation für die Erteilung des israelitischen Religionsunterrichtes VI., Loquaiplatz 4, in zwei Abteilungen wird die Zustimmung erteilt.

(Vize-Bürgermeister Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Hermann** wird beschlossen:

(P. Z. 11116, M. A. VI, 4826.) Die Brenndauer der auf der Elisabethpromenade im IX. Bezirke bestehenden halbnächtigen Auergasflamme Nr. 1497 ist durch die städtischen Gaswerke derart abzuändern, daß diese Flamme von nun an ganznächtig betrieben wird.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Poyer** wird beschlossen:

(P. Z. 11007, M. A. X, 10505.) Dem Fabrikanten Moritz Reithoffer, VI., Dreihufeisengasse 9/11, werden die zwei Gartengrüfte in der Gruppe III, Nr. 2 u. 3 oder Nr. 3 u. 4 im Hütteldorfer Friedhofe um den Preis von 15.000 K auf Friedhofsdauer überlassen.

Wenn an den Grüften die Vornahme baulicher Veränderungen oder der Errichtung eines Gruftüberbaues beabsichtigt wird, ist vor der Ausführung eine Planskizze der Magistrats-Abteilung X zur Genehmigung vorzulegen und die Baubewilligung beim magistratischen Bezirksamte für den XIII. Bezirk zu erwirken.

(P. Z. 11154, M. A. X, 10682.) Das eigene Grab Grupp F, Reihe VIII, Nr. 21 des Ober-St. Veiter Friedhofes wird gegen Erlag der tarifmäßigen Gebühr und eines Zuschlages von 100 K auf Friedhofsdauer an Amalia Gräfin Lichtenberg-Mordaxt überlassen.

(P. Z. 11030, M. A. X, 10899.) Der Elsa Klein, Hauptmannsgattin, derzeit in Salzburg, wird das heimgefallene eigene Grab Gruppe V, Nr. 110 im Hietzinger Friedhofe um 1200 K auf die Dauer des Friedhofbestandes überlassen.

(P. Z. 11177, M. B. A. XIII, 37950.) Die Beschwerde der Agnes Pohs gegen den Erlaß des magistratischen Bezirksamtes für den XIII. Bezirk vom 17. Oktober 1916, M. B. A. XIII, Z. 30603, womit ihr Ansuchen um die Bewilligung zur Aufstellung einer Verkaufshütte in der Felbigergasse im XIII. Bezirke an der Planke nächst der Schule Felbigergasse 47 abgelehnt wurde, wird, als verspätet eingebracht, zurückgewiesen.

(P. Z. 11156, M. A. XI, 83082.) Die Wahl des Vergolders und Bilderhändlers Franz Mrasek, Schönbrunnerstraße 239 und des Friseurs Heinrich Zinke, Gierstergasse 8, zu Armenräten des XII. Bezirkes mit der Funktionsdauer bis 31. Dezember 1919 wird bestätigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **Bürgermeisters Dr. Weiskirchner** wird zur Erinnerung an die Thronbesteigung Kaiser Karls I. beschlossen:

1. Die Gemeinde Wien läßt eine Huldigungs-Medaille für Kaiser Karl und Kaiserin Zita prägen.

Zur Erlangung dieser Medaille ist eine auf höchstens vier Künstler beschränkte Konkurrenz auszuschreiben. Jeder Künstler ist für sein Projekt zu entschädigen.

Die Medaille ist für einen beschränkten Kreis von Personen bestimmt und hat nicht in den geschäftlichen Verkehr zu treten.

2. Das Erscheinen der Huldigungs-Deputation der Stadt Wien vor Sr. Majestät Kaiser Karl I. ist in einem Kunstwerke festzuhalten, welches im Rathause anzubringen ist.

Es wird ein Komitee eingesetzt, welches über ein solches Kunstwerk (Relief oder Bild) Vorschläge zu erstatten hat, und werden in das Komitee gewählt die Herren Vize-Bürgermeister Hierhammer und die St.-R. Schmid, Schneider, Schwer, Tomola, Zatzka.

3. Aus Anlaß der Thronbesteigung Kaiser Karls I genehmigt der Gemeinderat den Betrag von 200.000 K, welcher über Vorschlag der Bezirksvorsteher an Gewerbetreibende und deren Witwen und Waisen, die durch den Krieg in Not geraten sind, zu verteilen ist.

4. Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt, an Se. Majestät die Bitte zu richten, allergnädigst zu gestatten, daß die Kriegerheimstätte I den Namen „Kaiser Karl-Kriegerheimstätte Aspern" erhalten dürfe.

5. Die Gemeinde Wien widmet den Betrag von 1 Million Kronen zur Errichtung einer Tuberkulosenheimstätte im Anschlusse an das Jubiläums-Spital der Gemeinde Wien und Benennung desselben als „Kaiser Karl-Tuberkulosenheimstätte".

6. Die Gemeinde Wien gibt ein Erinnerungsbüchlein an Kaiser Franz Josef I für die Schuljugend heraus.

Schließlich wird der Herr Bürgermeister ermächtigt, sich wegen Errichtung eines Monumentes für den verewigten Kaiser mit der Regierung ins Einvernehmen zu setzen.

(An den Gemeinderat.)

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Rain** wird beschlossen:

(P. Z. 10997, M. B. A. XVII, 10942.) Die Ansuchen des Tischlergehilfen Johann Jakob, sowie

(P. Z. 11297, M. B. A. VII, 2724) des Hauptmannes Emanuel Martin Stern um Herabsetzung der Taxe für die Aufnahme in den Wiener Heimatverband werden abgewiesen.

Gegen Erlag einer Taxe von 40 K wird nachstehenden Bewerbern die Aufnahme in den Wiener Heimatverband zugesichert:

(P. Z. 11300, M. B. A. III, 13236.) Der Buchhalterin Emma Johanna Anna Voß;

(P. Z. 11301, M. B. A. VII, 2666) der Hausbesorgerin Amalia Hild;

(P. Z. 11299, M. B. A. II, 1008) der Privatbeamtin Margarete Anna Uhlich.

Gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Taxe werden in den Wiener Heimatverband aufgenommen:

(P. Z. 11311, M. B. A. VII, 2889.) Agenturinhaber Franz Johann Helmer;

(P. Z. 11307, M. B. A. II, 513) Privatbeamter Israel Julius Haber;

(P. Z. 11017, M. B. A. IX, 72) Privatier Josef Axelrad;

(P. Z. 11038, M. B. A. I, 20138) Kaufmann Elio Wolf Feuermann;

(P. Z. 11039, M. B. A. VI, 13298) Geschäftsleiterin Leopoldine Breinreich;

(P. Z. 11306, M. B. A. I, 26916) Köchin Rosina Anna Gruber;

(P. Z. 11309, M. B. A. VI, 22508) Advokaturskandidat Dr. Ernst Schüsz.

(P. Z. 11293, 11294, M. B. A. XI a, 9727, 9728.) Die seinerzeit gefaßten Beschlüsse, mit welchen den in dem vom Magistrate vorgelegten Verzeichnisse angeführten 9, beziehungsweise 2 Ausländern die Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband zugesichert wurde, werden widerrufen.

(P. Z. 11292, 11036, M. A. XI a, 6462, 9661.) Die Beschlüsse, mit welchen der Lehrerin Marie Kosch und dem Privatbeamten Edmund Fischer das Heimatrecht in Wien zugesichert wurde, werden widerrufen.

(P. Z. 11295, M. A. XI a, 9769.) Der auf Grund der §§ 2, 3, beziehungsweise 5 der Heimatgesetznovelle von 135 in dem vom Magistrate vorgelegten Verzeichnisse angeführten Bewerbern aus den Bezirken I bis XXI erhobene Anspruch auf Aufnahme, beziehungsweise auf Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband wird anerkannt.

(P. Z. 11236 10996, M. A. XI a, 9770, 9317.) Dagegen wird der auf Grund der von 20, beziehungsweise 14 in den Bezirken I bis XXI, sowie außerhalb Wiens wohnhaften, in den beiden vorgelegten Verzeichnissen angeführten Bewerbern erhobene Anspruch auf Aufnahme in den Wiener Heimatverband im Sinne des Magistrats-Antrages abgewiesen.

(P. Z. 11243, M. A. III. 4921.) Die Gemeinde Wien gibt ihre Zustimmung, daß in Abänderung des Absatzes II des Gemeinderats-Beschlusses vom 22. September 1914, P. Z. 13058, die der Kabelfabrik und Drahtindustrie-Aktiengesellschaft überlassenen Ergänzungsflächen, und zwar die Teile der Kat.-Parz. 233/77 und 233/78 der Einl.-Z. 206 Grundbuch Altmannsdorf, die Kat.-Parz. 451/2 und 283/48 der Einl.-Z. 816 des Grundbuches Altmannsdorf und die Kat.-Parz. 279/36 der Einl.-Z. 741 desselben Grundbuches, alle diese Grundbuchskörper Eigentum der genannten Aktiengesellschaft, zugeschrieben werden.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11252, M. A. XI, 93261.) Gegen die Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern vom 29. September 1916, Z. 48605, betreffend den Rückersatz von Transportkosten für den Johann Biener, wird die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof ergriffen. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11191, St. Stellw. Unt., 1035.) 1. Die Bedienstete der städtischen Stellwagen-Unternehmung Marie Sipos wird mit 19. November 1916 in den dauernden Ruhestand versetzt.

2. Der Genannten wird ab 19. November 1916 eine jährliche Gnadengabe in der Höhe von 400 K vorläufig auf die Dauer von drei Jahren gewährt.

(Punkt 2 an den Gemeinderat.)

(P. Z. 11021, St. Stellw. Unt., 893.) Der Schaffner der städtischen Stellwagen-Unternehmung Theodor Steiner wird mit 16. November 1916 unter Zuerkennung einer jährlichen Pension von 602 K 33 h in den dauernden Ruhestand versetzt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11192, St. Stellw. Unt., 508.) Der Nachtragsbericht über das Ergebnis der Verhandlung mit dem k. u. k. Militär-Kommando, betreffend die neuen Preise für die Verwundeten- und Gefangenentransporte rückwirkend ab 1. Juli 1916, nach welchem somit pro Jahr mit einer Einnahmeerhöhung von rund 1200 K zu rechnen sein wird, wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 11006, M. A. V, 2789.) Die Verfügung des Herrn Bürgermeisters, mit der der Magistrat ermächtigt wurde, bei der Firma Julius Rütgers zwei Zisternen Benzol auf Grund ihres Offertes zu bestellen, wird nachträglich genehmigt.

(P. Z. 11097, St. Brauh., 1353.) Für die Herstellung eines Fuhrwerksschupfens im Brauhause der Stadt Wien wird ein Kostenbetrag von 4450 K zu Lasten der Betriebseinnahmen bewilligt.

Die Herstellung dieser Arbeit wird dem Zimmermeister Johann Knür, Schwechat, auf Grund seines Angebotes vom 21. Oktober 1916 übertragen.

(P. Z. 10994, Gutsverwaltung Wallhof der Stadt Wien, 1285.) Die Herstellung eines Einfahrtstores und einer Gartenabfriedung im Gute Wallhof wird der Firma Hutter & Schrantz auf Grund ihres Angebotes vom 8. November 1916 nach dem Entwurfe A übertragen.

Die notwendigen Maurerarbeiten sind von der Gutsverwaltung im kurzen Wege zu vergeben.

Für die Gesamtkosten wird ein Betrag von 2000 K gegen nachträgliche Verrechnung bewilligt.

Die Kosten sind aus den Wirtschaftseinnahmen zu bestreiten.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hoß** wird bei Anwesenheit von mehr als 16 Stadträten beschlossen:

(P. Z. 11182, St. Buchh., 511.) Dem Rechnungs-Praktikanten Johann Klein werden bei Aufrechthaltung seiner gegenwärtigen Diensteigenschaft die Grundbezüge der XI. Rangsklasse, das ist dermalen ein Jahresgehalt von 1800 K und ein Jahresquartiergeld von 1000 K ab 1. November 1916 längstens bis zum Ablaufe eines Jahres vom Tage seines Dienstantrittes nach der Rückkehr von der gegenwärtigen aktiven Militärdienstleistung an gerechnet unter Einstellung seines bisherigen Adjutums und unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des Anhanges II zur Dienstpragmatik, betreffend die Mobilisierungsgebühren, bewilligt.

(P. Z. 10993, St. G. W., 2857.) Der Praktikant Adolf Hofmann wird im Wege der Zeitbeförderung zum Kanzleibeamten der IV. Gehaltsklasse, 3. Stufe (Gehalt 1700 K, Quartiergeld 1000 K), mit dem Range vom 11. November 1916, ernannt.

Es werden folgende Witwenpensionen zuerkannt:

(P. Z. 11104, M. A. II, 7623.) Der Straßenarbeiterswitwe Anna Mundl 389 K 33 h jährlich;

(P. Z. 10981, M. A. II, 7401) der Totengräbergehilfenswitwe Karoline Panholzer 572 K sowie ein Erziehungsbeitrag von 114 K 40 h jährlich;

(P. Z. 11106, M. A. II, 7912) der Straßenarbeiterswitwe Julianne Leithner 383 K 77 h sowie ein Erziehungsbeitrag von je 76 K 75 h jährlich für die beiden Kinder.

(P. Z. 11003, M. A. II, 7890.) Der Straßenarbeitersdoppelwaise Josefa Netolitzka wird ein Erziehungsbeitrag von 116 K 80 h jährlich zuerkannt.

Es werden nachstehende Abfertigungen bewilligt:

(P. Z. 11199, M. A. II, 8173.) Der Straßenarbeiterswitwe Maria Krejci 780 K,

(P. Z. 11108, M. A. II, 7387) der Zentral-Viehmarkts-Kühlanlagehilfsarbeiterswitwe Marie Dienst 657 K,

(P. Z. 11107, M. A. II, 8175) der Straßenarbeiterswitwe Franziska Katzmayer 1095 K,

(P. Z. 11188, M. A. II, St. G. W., 3034) der Hilfsarbeiterswitwe Theresia Berki 894 K 25 h und ein Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 447 K 13 h.

(P. Z. 11319, St. Buchh., 496.) Im Personalstande der Stadtbuchhaltung werden im Wege der Zeitbeförderung ernannt zu Rechnungs-Revidenten mit dem Range vom 12. November 1916 die Rechnungs-Offiziale:

Heinrich Sykora, Karl Simmerl, Anton Pish, Edmund Wendl, Andreas Setzer, Ignaz Stricz, Franz Barta, Theodor Skopek, Jakob Mathe, Josef Tagwerker, Friedrich Koppensteiner, Franz Klotz, Franz Weidlich, Viktor Bibl und Richard Kasper;

zu Rechnungs-Assistenten die Rechnungs-Praktikanten Johann Schödl mit dem Range vom 14. November 1915 und Leopold Sokel mit dem Range vom 20. Jänner 1916.

(P. Z. 11318, St. Buchh., 524.) Für die Stadtbuchhaltung werden als Ersatz für zur militärischen Dienstleistung eingerückte Beamte auf Kriegsdauer, spätestens bis deren Rückkehr in den städtischen Dienst, weitere zehn Ersatzkräfte, die nach Maßgabe des Bedarfes aufzunehmen sind, bewilligt.

(P. Z. 11027, M. A. IV, 3387.) Vom 1. Dezember 1916 an sind die Gebühren für die Beistellung der Feuerwache und für den Inspektionsdienst des Stadtbauamtsbeamten, deren Entrichtung den Theatern zufolge Gemeinderats-Beschlusses vom 22. September 1914, Z. 12526, bis auf Widerruf erlassen wurde, von den Theaterleitungen wieder in der früher vorgeschriebenen Höhe zu entrichten.

(P. Z. 11270, M. A. II, 8900.) Das Anbot der k. k. priv. österr. Länderbank, die verfügbaren städtischen Gelder zu den bisherigen Bedingungen auch im Jahre 1917 zu verzinsen, wird angenommen.

(P. Z. 11288, M. D., 9210.) Die mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 30. Dezember 1915, P. Z. 13800, bewilligte Stundung der mit Ende 1915 noch aushaftenden Gehaltsvorschüsse der Gemeindeangestellten einschließlich der Angestellten der städtischen Unternehmungen und der im Wiener Schulbezirke an öffentlichen Volksschulen angestellten Lehrpersonen wird auf das Jahr 1917 erstreckt, so daß die monatlichen Einbringungsraten erst wieder mit 1. Jänner 1918 zu laufen beginnen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11181, St.Buchh., 490.) Das Ansuchen des Rechnungs-Revidenten Wilhelm Niedenfuhr und des Rechnungs-Offizials Rudolf Thürmer um Fortbezug des Quartiergeldes während ihrer Landsturmdienstleistung werden gemäß 6, Absatz 4 des Anhanges II zur Dienstpragmatik abgewiesen.

(P. Z. 11198, M. A. II, 4548.) Der Heizergehilfenswitwe Barbara Ruhnai,

(P. Z. 11197. M. A. II a, 5994) sowie der Forstarbeiterswitwe Cäcilia Pehofer wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 400, beziehungsweise 240 K vom 1. Jänner 1917 bewilligt.

(P. Z. 11002, M. A. II, 4985.) Der Straßenarbeiterswitwe Antonia Siegmund wird eine Gnadengabe von jährlich 300 K vom 1. November 1916 an bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11020, St. G. W., 3120.) Dem Kanzleibeamten Thomas Döpfher werden anläßlich seiner Einberufung zum Landsturmdienste die ihm — wenn die Einberufung unterblieben wäre — bis 30. April 1917 zukommenden Bezüge sofort ausbezahlt.

(P. Z. 11141, M. A. VII, 1016.) Dem Ansuchen der Königshofer Zementfabriks-Aktiengesellschaft, Wien, III., Am Heumarkt 10, um Zuerkennung des Preises von 4·665 K per 100 kg Schlackenzement für die im Monate Jänner 1916 zu dem Bau des II. Sammelkanales im XXI. Bezirke gelieferte Menge von 325 q Schlackenzement wird Folge gegeben und das hiedurch auflaufende und bedeckte Mehrerfordernis von 134 K 88 h genehmigt.

(P. Z. 11180, Zentralstelle der Fürsorge, 73.) Die zum Ankaufe von Kinderkleidern für Zwecke der Zentralstelle der Kriegsfürsorge im Rathause benötigten Beträge werden jeweils vorschußweise aus den eigenen Geldern bestritten. Diese Vorschüsse sind von der Zentralstelle in halbjähriger laufender Rechnung zu verweisen wobei als Grundlage jener Zinsfuß zu gelten hat, zu dem die eigenen Gelder der Gemeinde Wien bei der k. k. priv. österr. Länderbank fruchtbringend angelegt sind.

(P. Z. 10992, St. Lagerh., 695.) Die Anschaffung von Eichen-Extrahölzern für die Bahnanlagen des Lagerhauses der Stadt Wien auf Grund des Anbotes der Firma Hermann Wanner & Komp. vom 13. November 1916 wird mit dem aus dem Betriebsergebnisse des Lagerhauses zu deckenden Erfordernisse von 6621 K 5 h genehmigt.

(P. Z. 11112, M. A. II, 8444.) Der Bericht der Stadtbuchhaltung über die Drucklegung der neuen Kuponbogen für das Gasanlehen vom Jahre 1898 und das Investitionsanlehen vom Jahre 1902 wird zur Kenntnis genommen.

Die von den Direktoren der Stadtbuchhaltung und Hauptkassa für die Tätigkeit bei der Herstellung und Übernahme der Kuponbogen vorgeschlagenen Remunerationen von zusammen 7484 K werden bewilligt.

(Vize-Bürgermeister Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hierhammer** wird beschlossen:

(P. Z. 11322, M. A. V, 2798.) Der im Entwurf vorgelegte Vertrag mit dem k. u. k. Reservespital Nr. 11 wegen Übernahme, Verwahrung und Beförderung von Kohle und Koks wird genehmigt.

(P. Z. 11032, Zentr. Spark., 859.) Dem Liquidator Franz Schadek wird der Titel „Inspektor der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien" verliehen. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11033, Zentr. Spark., 856.) Dem Liquidator Karl Schlerka wird der Titel „Kontrollor", dem Rechnungsbeamten Karl Neumann der Titel „Kassier" und dem Rechnungsbeamten Johann Pichler der Titel „Liquidator" verliehen.
(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11091, M. A. XXII, 1006.) Die Gemeinde Wien überläßt geschenkweise dem technischen Museum für Industrie und Gewerbe in Wien eine der in der städtischen Hauptkassa befindlichen Geldabzählwagen, System Kromar.

(P. Z. 11063, M. A. XXII, 3894.) Die einstweilige Aufbewahrung der Sterbezimmereinrichtung des verstorbenen Bürgermeisters Dr. Karl Lueger in dem oberhalb der Zweiganstalt Meidling der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien gelegenen Eckraume in der Unterteilung des Amtshauses für den XII. Bezirk wird genehmigt.

Vize-Bürgermeister Hierhammer stellt folgenden Antrag:

Der Witwe des Volksschriftstellers Anton Nikolowsky, namens Karoline Nikolowsky, wird der dem Verblichenen seinerzeit bewilligte Ehrengehalt von jährlich 1500 K auf Lebensdauer zuerkannt.

(Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Wippel** wird beschlossen:

(P. Z. 11164, M. A. XV, 9733.) Dem Obmanne der Bezirks-Sektion X des k. k. Bezirksschulrates in Wien wird das derzeit unbenützte Lehrzimmer top. Nr. 73 in der Knaben- und Mädchen-Volksschule X., Quellenstraße 31, an allen Wochentagen in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags gegen jederzeit möglichen Widerruf unter den üblichen Bedingungen zur Aussweisung von Lehrpersonen des X. Bezirkes unentgeltlich zur Mitbenützung überlassen.

Gleichzeitig werden dem Obmanne zu diesem Zwecke auch die nötige Anzahl Zeichentische und Zeichenstockerl, soweit sie nicht für den Unterricht benötigt werden, unter der Bedingung zur Mitbenützung überlassen, daß die Gemeinde Wien für jeden Schaden an denselben oder jeden etwaigen Abgang schadlos gehalten wird.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dechant** wird beschlossen:

(P. Z. 11155, M. A. X, 9792.) Dem Kaufmanne Karl Rusleitner, IX., Währingerstraße 27, wird der Gruftplatz, Gruppe VIII, Nummer 2 im Döblinger Friedhofe im Ausmaße von rund 22·5 m² gegen Erlag einer Grabstellgebühr von 20.000 K auf die Dauer des Friedhofbestandes überlassen.

In der Mitte dieses Platzes ist auf Kosten des Benützungsberechtigten eine einfache Gruft zu errichten, die Seitenflächen sind gärtnerisch auszuschmücken.

Zur Erbauung dieser Gruft ist seinerzeit die Baubewilligung zu erwirken.

(P. Z. 11151, M. A. X, 10636.) Die Anlage von eigenen Gräbern im Gersthofer Friedhofe nach dem Plane des Stadtbauamtes vom November 1916, Bauamts-Fach-Abteilung II b, 1182, wird genehmigt.

(P. Z. 11026, M. A. VIII, 3008.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 14 Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des XVIII. Bezirkes werden genehmigt.

(P. Z. 11298, M. B. A. XII, 45099.) Dem Eisendrehergehilfen Josef Peschitz wird die Taxe für die Zusicherung in den Wiener Gemeindeverband auf 40 K herabgesetzt.

(P. Z. 11298, M. B. A. XI a, 9902.) Dem Fuhrwerksbesitzer Johann Rehula wird die Gebühr für die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband auf 40 K herabgesetzt.

Gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Taxe wird nachstehenden Bewerbern die Aufnahme in den Wiener Heimatverband zugesichert:

(P. Z. 10998, M. B. A. II, 955.) Der Komptoiristin Marie Franziska Horvath;

(P. Z. 11037, M. B. A. XXI, 45380.) dem Unfallsrentner Matthias Horinek;

(P. Z. 11305, M. B. A. XVIII, 701.) der Näherin Emilia Maria Nachtnebel;

(P. Z. 11304, M. B. A. XII, 22143.) der Handelsschülerin Elisabeth Weszelovsky;

(P. Z. 11303, M. B. A. XVIII, 842.) dem k. k. Militär-Rechnungsrat Anton Michalek;

(P. Z. 11290, M. A. XI a, 8232.) dem Buchhalter Anton Franz Candiago;

(P. Z. 11302, M. B. A. XV, 11663.) der Manipulantin Pauline Janke.

Gegen Erlag der entsprechenden Taxe werden in den Wiener Heimatverband aufgenommen:

(P. Z. 11330, M. A. XI a, 9373.) Der Gutsbesitzer Benno Gülcher;

(P. Z. 10995, M. A. XI a, 9483.) der Disponent Emil Lichtblau;

(P. Z. 11312, M. B. A. XV, 7445.) der Magazineur Ignaz Franz Hollmann;

(P. Z. 11313, M. B. A. XVIII, 438.) der k. u. k. Ratstürhüter Alois Syrovatka.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Dr. Haas wird beschlossen:

(P. Z. 11153, M. A. X, 10967.) Den Angestellten und Bediensteten des Kaiserjubiläums-Spitales wird der Bezug von Brennstoffen aus den Vorräten der Anstalt in der gleichen Weise gestattet, daß dieser Bezug für die Angestellten der städtischen Versorgungsanstalten durch den Stadtrats-Beschluß vom 3. November 1916, P. Z. 10471, geregelt worden ist

(P. Z. 11113, M. A. II, 3170.) Dem Vereine „Distrikts-Krankenpflege" wird für 1916 eine Subvention von 2000 K, und zwar 100 K als ordentliche und 1900 K als außerordentliche Subvention bewilligt.

Die Ausgabe ist auf Ausgabs-Rubrik XXXVIII 6 c bedeckt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11152, M. A. X, 10452.) Dem Assistenzarzte im Kaiserjubiläums-Spitale Dr. Johann Kreibich wird gestattet, außerhalb der Anstalt zu wohnen; vom Zeitpunkte des Verlassens seiner bisherigen Wohnung im Spitale wird ihm auf die Dauer seiner Dienstleistung als Assistenzarzt das Quartiergeld von 1000 K jährlich zuerkannt.

(P. Z. 11986, M. A. XIV, 3520.) Der Martha Löwenbach wird die durch Dr. Alfred Rie angesuchte Baubewilligung für III., Stammgasse 10, unter der Bedingung bestätigt, daß sich die Baubewerberin für sich und ihre Rechtsnachfolger verpflichtet, das Vordach über jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien zu beseitigen, für die Dauer des Bestandes des Vordaches einen jährlichen Platzzins von 48 K 72 h (5 Prozent von 140 K für den Quadratmeter), vom Tage der Benützungsbewilligung angefangen alljährlich im vorhinein an die städtische Hauptkasse entrichtet und vor Hinausgabe der Baubewilligung den üblichen, einverleibungsfähigen Revers auf ihre Kosten ausstellt.

(P. Z. 11105, M. A. II, 8508.) Der städtischen Ober-Arztenswitwe Anna Richter wird eine Witwenpension von 2680 K jährlich zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11142, M. A. VIII, 3058.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend zwei Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des III. Bezirkes, werden genehmigt.

(P. Z. 11008, M. A. XI b, 13002.) 1. Der vorgelegte Entwurf für die Errichtung der Heiz- und Warmwasserbereitungsanlage im Pavillon II des Versorgungsheimes, mit einem veranschlagten Kostenerfordernisse von 134.500 K wird genehmigt.

2. Die Vergrößerung des projektierten Brennstoffkellers mit einem veranschlagten Mehrerfordernisse von 22.003 K 43 h wird genehmigt und zur Kenntnis genommen, daß sich hiedurch die bereits genehmigte Baukostensumme um 16.503 K 43 h erhöht.

3. Die Ausführung der Heiz- und der Kesselanlage ist auf Grund der vorgelegten Behelfe zum öffentlichen Wettbewerbe auszuschreiben Die übrigen Arbeiten und Lieferungen sind, soweit sie nicht durch die für den Bau bestellten Unternehmer ausgeführt werden können, nach den aus den Kostenanschlägen ersichtlichen Angaben teils im Verhandlungswege, teils im Handeinkaufe zu besorgen. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11028, M. A. IV, 1998.) Die Herstellung der öffentlichen Beleuchtung in den durch Parzellierung des ehemaligen Modenagrundbesitzes und der der Gemeinde Wien gehörigen Liegenschaft Einl.-Z. 1155 des Grundbuches Landstraße im III. Bezirke entstehenden Straßenstrecken und Gartenanlagen wird nach dem vom Magistrate vorgelegten Entwurfe genehmigt.

(P. Z. 10982, M. A. X, 9523.) Die Reinigung der Küchen-Personal- und Schwesternwäsche des Kaiser-Jubiläumsspitales wird auf Grund der der Offertverhandlung vom 17. Juli 1914, M. A. X, 391/14 zugrunde gelegenen Bedingnisse der Theresia Karner in Maria-Enzersdorf vom 1. Oktober an bis auf weiteres gegen beide Teile zustehende vierwöchentliche Kündigung übertragen; die Gemeinde Wien zahlt von dem bezeichneten Tage an für das „große" Wäschestück 14 h, für das „kleine" 8 h und ersetzt der Theresia Karner die Auslagen für die Zu- und Abfuhr der Wäsche im Betrage von 90 K wöchentlich insolange, als die Zu- und Abfuhr von der Genannten besorgt wird. Für die Zeit vom 1. April 1916 bis 30. September 1916 wird der Theresia Karner eine Aufzahlung von 2 h auf das „große" und 1 h auf das „kleine" Wäschestück gewährt.

(P. Z. 11157, M. A. XII, 22705.) Dem Dienstpersonale der städtischen Waisenhäuser werden bis auf weiteres folgende Zulagen gewährt, und zwar:

Anstaltsköchinnen eine Zulage von 10 K monatlich;

Näherinnen mit mehr als 5 Dienstjahren eine Zulage von 10 K monatlich;

Näherinnen mit weniger als 5 Dienstjahren eine Zulage von 7 K monatlich;

Krankenpflegerinnen eine Zulage von 7 K monatlich;

Stubenmädchen eine Zulage von 7 K monatlich;

Küchenmädchen eine Zulage von 6 K monatlich;

Hausdiener eine Zulage von 10 K monatlich;

Heizer eine Zulage von 50 h täglich;

Diese Bestimmung hat rückwirkend vom 1. September 1916 in Kraft zu treten.

(P. Z. 11176, M. A. XXII, 2234.) Der Bezirks-Sektion III des k. k. Bezirksschulrates wird zur Erweiterung ihrer Amtsräume der angrenzende derzeitige Amtsraum der Kanzlei des Ortsschulrates des III. Bezirkes im 1. Stock des Amtshauses des III. Bezirkes zugewiesen und die Kanzlei des Ortsschulrates in den bisherigen Sitzungssaal des Ortsschulrates verlegt.

(P. Z. 11009, M. A. XII, 16206.) Das mit dem Stadtrats-Beschluß vom 28. Juni 1910, P. Z. 2441, mit der Akkumulatorenfabrik-Aktien-Gesellschaft geschlossene Übereinkommen wegen Erhaltung der Akkumulatorenbatterie im Seehospize San Pelaggio wird vom 1. Mai 1915 an als unterbrochen erklärt und sohin das Anbot der obigen Firma vom 20. Juni 1916 Alternative II angenommen.

(P. Z. 10853, M. A. XIV, 3522.) Der Magistrat wird beauftragt, mit dem Besitzer, beziehungsweise Bevollmächtigten des Hauses III., Marxergasse 30 in Verhandlung zu treten, daß der bereits bestehende Personendurchgang zwischen Este- und Marxergasse 30 bis zur Demolierung des Hauses während der Tageszeit (6 Uhr morgens bis 10 Uhr abends) sichergestellt werde.

(P. Z. 11175, M. A. XV, 5643.) Die Herstellung eines Petrusstandbildes für die Knaben- und Mädchen-Volksschule III., Petrusgasse 10 wird auf Grund des eingereichten Modelles dem akademischen Bildhauer Alexius Swoboda im Sinne des Stadtrats-Beschlusses vom 27. Juli 1916, P. Z. 7554 übertragen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Tomola wird beschlossen:

(P. Z. 11272, M. A. III, 11287.) 1. Für die Fortsetzung des Anbaues von Nahrungsmitteln durch Schulkinder in den Bezirken III und X bis XXI wird für die Anbauperiode 1916/17 ein Pauschalbetrag von 6000 K zur Beschaffung von Werkzeugen u. dgl. bewilligt.

Dieses Pauschale ist auf die einzelnen Bezirke nach der Größe der in der verflossenen Anbauperiode angebauten Flächen gegen Verrechnung aufzuteilen.

5 bis 10 Prozent der den Schulkindern zugewiesenen Anbauflächen können nach den Weisungen des zuständigen k. k. Bezirksschul-Inspektors den mit der Aufsicht der Anbauarbeiten betrauten Lehrpersonen zum Selbstanbau unentgeltlich überlassen werden.

Samen, Setzpflanzen und Saatkartoffeln werden den Schulkindern und Lehrpersonen unentgeltlich überlassen.

2. Für die Beschaffung des zur Fortsetzung des Anbaues auf Kriegsgemüsegärten der Schulen und Einzelpersonen und im eigenen Betriebe nötigen Pflanzensamen werden 1000 K bewilligt.

3. Die Auslagen werden auf Ausgabs-Rubrik LII 29 verwiesen.

(P. Z. 11159, M. A. XII a, 512.) Der Verzicht des Volksschul-Direktors Josef Pfail auf die pädagogische Leitung des öffentlichen Kindergartens der Gemeinde Wien, XIX., Kindergartengasse 17, wird zur Kenntnis genommen und ihm für sein verdienstvolles Wirken in diesem Ehrenamte Dank und Anerkennung ausgesprochen.

(P. Z. 11165, M. A. XV, 8656.) Dem Kuratorium zur Ausspeisung bedürftiger Kinder wird zur Entlastung des jetzigen Austeilungsraumes der Ausspeisestelle im Schulgebäude II., Schönngasse 2, noch der gegenüber dem Stiegenabgange im Schulgebäude II., Feuerbachstraße 1, gelegene Kellerraum gegen jederzeitigen Widerruf und unter der Bedingung zur Benützung überlassen, daß allfällige aus diesem Anlasse auflaufende Beleuchtungs- und Beheizungskosten vom Kuratorium getragen werden. Auch wird die Bewilligung zur Anbringung eines Warmwasserapparates in diesem Kellerraume durch das genannte Kuratorium gegen Widerruf und Tragung der Kosten durch dasselbe erteilt.

(P. Z. 11079, M. A. XV, 10088.) Zur Beurlaubung des katholischen Religionslehrers Rudolf Grafen Mels-Coloredo für die Zeit vom 16. November 1916 bis 15. Juli 1917 gegen Ersatz der Substitutionskosten (auch der nach § 19 des erwachsenden Substitutionsnormales) und Einstellung allfälliger Remunerationen wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11158, A. M. XII a, 438.) Der geprüften Kindergärtnerin Mathilde Läufer wird die Bewilligung erteilt, bis auf weiteres an dem öffentlichen Kindergarten der Gemeinde Wien, XVIII., Staudgasse 78, zu hospitieren und zu praktizieren.

(P. Z. 11081, M. A. XV, 8778.) Dem Oberlehrer Wilhelm Hälkisch wird die Augustquartalsrate des Oberlehrerquartiergeldes abzüglich der auf das Augustquartal entfallenden Quote der Beleuchtungs- und Beheizungsentschädigung, sowie der Wohnungszulage flüssig gemacht.

(P. Z. 11013, M. A. XV, 9798.) Dem Vereine Pestalozzi werden zur Gründung und Erhaltung von Knaben- und Mädchenbeschäftigungsanstalten in Wien, XVIII., Cottagegasse 17, gegen jederzeit möglichen Widerruf unter den üblichen Bedingungen das Lehrzimmer top. Nr. 79 in der Knaben- und Mädchen-Volksschule XVIII., Haizingergasse 37, an allen Wochentagen in der Zeit von 5 Uhr bis halb 8 Uhr abends und die beiden Zeichensäle top. Nr. 22, 23 und top Nr. 33 und 34 der Knaben-Bürgerschule XVIII., Cottagegasse 17, wöchentlich am Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag in der Zeit von 5 Uhr bis halb 8 Uhr abends zur Mitbenützung für die Zöglinge der Anstalt überlassen.

Bedungen wird, daß der genannte Verein für den Fall von Beschädigungen oder etwaigen Abgängen des in diesen Schulräumen befindlichen Inventares Ersatz leistet.

(P. Z. 11012, M. A. XV, 10055.) Dem Ansuchen der Lehrerin der französischen Sprache Paula Bergheuer um die gnadenweise Zuerkennung der fixen Jahresremuneration für die Erteilung des Unterrichtes in der französischen Sprache wird grund-

sätzlich (zur Vermeidung der Schaffung eines Berufungsfalles) keine Folge gegeben.

(P. Z. 11074, M. A. XV, 9910.) Die Bewerbung um die erledigten Schulleiterstellen an der Mädchen-Bürgerschule XX., Staudingergasse 6, an der Mädchen-Bürgerschule X., Herzgasse 27, an der Mädchen-Volksschule III., Paulusplatz 4, und XIII., Felbigergasse 97, sowie an den unter gemeinsamer Leitung stehenden Mädchen-Volksschulen V., Bräuhausgasse 50, und Margaretenstraße 101, wird nur männlichen Personen eingeräumt.

(P. Z. 11077, M. A. XV, 4401.) Dem Schuldiener Alois Nemluwil wird die Benützung der in der Küche seiner Naturalwohnung bereits bestehenden Gasflamme gegen ein an die Gemeinde Wien zu entrichtendes Pauschale von 24 K jährlich bewilligt.

(P. Z. 11078, M. A. XV, 10212) Zur Beurlaubung des Bürgerschullehrers Dr. Ernst Hampel für die Zeit vom 10. November 1916 bis 10. Mai 1917 gegen Karenz der Bezüge, jedoch termingemäße Einzahlung der Pensionsfondsbeiträge wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11073, M. A. XV, 8640) Dem Bezirksaushilfslehrer Karl Schlösinger ist der Gehalt vom 1. September 1916 an flüssig zu machen, obwohl der Dienst erst am 11. September 1916 angetreten wurde.

(P. Z. 11178, M. B. A. XVIII, 15/2/I.) Die beiden Räume top. Nr. 38 und 39 im 1. Stocke der städtischen Liegenschaft Nr. 177 Währingerstraße (Czartoryski-Realität) werden der Österreichischen Lehrer-Sportvereinigung ab 1. Dezember 1916 gegen jederzeitigen Widerruf und unentgeltlich für Sportzwecke überlassen.

(P. Z. 11167, B. Sch. R., 6757.) Zur Anrechnung der von der Volksschullehrerin I. Klasse Marie Bezecny an Privat-Volksschulen nach Ablegung der Lehrerbefähigungsprüfung, das ist vom 28. November 1893 bis 26. Juni 1894, zurückgelegten Dienstzeit bei Bemessung der künftig anfallenden Dienstalterszulagen wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11080, M. A. XV, 9864.) Zur Anrechnung der von der Bürgerschullehrerin Marie Gutmann vom 7. Dezember 1903 bis 15. Juli 1909 an Privatschulen zurückgelegten Dienstzeit für den Anfall von Dienstalterszulagen wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11166, M. A. XV, 10215.) Das Ansuchen der Handarbeitslehrerin Marie Diehr um Anrechnung ihrer an Privatschulen nach Ablegung der Lehrbefähigungsprüfung zurückgelegten Dienstzeit im Ausmaße von drei Jahren für die Erlangung der höheren Remuneration wird abgelehnt.

(P. Z. 11168, M. A. XV, 10198.) Zur Verminderung der Lehrverpflichtung des definitiven katholischen Religionslehrers Josef Richter von 21 auf 16 wöchentliche Unterrichtsstunden für die Dauer des Schuljahres 1916/17 wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11019, B. Sch. R., 4202.) Zur definitiven Versetzung des Bürgerschullehrers Emil Witschel aus Dienstesrücksichten von der Bürgerschule für Knaben XVIII., Cottagegasse 17, an die Bürgerschule für Knaben XVIII., Schopenhauerstraße 79, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11034, B. Sch. R., 6566.) Zur definitiven Versetzung der Volksschullehrerin I. Klasse Helene v. Küttel aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Mädchen III., Erdbergstraße 76, an die allgemeine Volksschule für Mädchen III., Hainburgerstraße 40, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11035, B. Sch. R., 13688.) Zur definitiven Versetzung des Volksschullehrers I. Klasse Johann Reif aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Knaben XX., Leipzigerplatz 1, an die allgemeine Volksschule für Knaben XX., Leystraße 34, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11018, B. Sch. R., 11591.) Zur definitiven Versetzung der Volksschullehrerin I. Klasse Olga Fischer aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Mädchen III., Paulusplatz 4, an die allgemeine Volksschule für Mädchen III., Reisnerstraße 43, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11196, B. Sch. R., 13938.) Zur definitiven Versetzung des Volksschullehrers Johann Osinger aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Knaben XVIII., Klettenhofergasse 3, an die allgemeine Volksschule für Knaben XVIII., Schulgasse 19, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11163, M. A. XV, 8504.) Das Ansuchen der Antonie Depisch um Belassung des Quartiergeldes ihres Sohnes, des Volksschullehrers II. Klasse August Depisch während der Dauer der militärischen Dienstzeit wird abgelehnt.

(P. Z. 11162, M. A. XV, 9997.) Das Ansuchen des Bezirksaushilfslehres Otto Thiele um gnadenweise Belassung des Quartiergeldes während der Zeit vom 1. August 1914 bis 1. August 1916 wird abgelehnt.

(P. Z. 11082, M. A. XV, 8227.) Das Ansuchen des Volksschullehrers Josef Schramke um gnadenweise Belassung des Quartiergeldes während der Militärdienstzeit wird abgelehnt.

(P. Z. 11086, M. A. XV, 9680.) Dem Ansuchen des derzeit zur Kriegsdienstleistung eingerückten provisorischen Lehrers II. Klasse Robert Fessl um die Zuerkennung des Fortbezuges der halben Jahresremuneration während der Ableistung seines einjährig-freiwilligen Präsenzdienstjahres wird auf Grund der gepflogenen Erhebungen keine Folge gegeben.

(P. Z. 11085, M. A. XV, 8809.) Dem Ansuchen des derzeit zur Kriegsdienstleistung eingerückten provisorischen Lehrers II. Klasse Raimund Schmidtmayer um Zuerkennung der halben Jahresremuneration während der Dauer seines Einjährig-Freiwilligen-Präsenzdienstes wird wegen der zu kurzen Schuldienstzeit von dem Tage der Einrückung grundsätzlich keine Folge gegeben.

(P. Z. 11083, M. A. XV, 6704.) Dem Oberlehrer Ludwig v. Balajthy wird das gesetzliche Quartiergeld vom 1. August 1914 zuerkannt.

(P. Z. 11011, M. A. XV, 6162.) Dem derzeit zur Ableistung seines Einjährig-Freiwilligen-Präsenzdienstes eingerückten provisorischen Lehrers II Klasse Hugo Hahn wird gnadenweise der Fortbezug der halben Jahresremuneration für die Zeit vom 16. September 1916 bis 28. August 1917 zuerkannt.

(P. Z. 11087, M. A. XV, 8505.) Dem derzeit zur Kriegsdienstleistung eingerückten provisorischen Lehrer II. Klasse Alois Jerabek wird gnadenweise während der Dauer der Ableistung nes Einjährig-Freiwilligen-Präsenzdienstjahres, das ist vom 16. September 1916 bis 27. August 1917, der Fortbezug der halben Jahresremuneration zuerkannt.

(P. Z. 11084, M. A. XV, 6790.) Dem derzeit zur Kriegsdienstleistung eingerückten provisorischen Lehrer II. Klasse Albert Pertl wird gnadenweise während der Dauer des Einjährig-Freiwilligen-Präsenzdienstjahres, das ist vom 16. September 1916 bis 27. August 1917, der Fortbezug der halben Jahresremuneration zuerkannt.

(P. Z. 11089, M. A. XV, 9915.) Dem Bürgerschullehrer Robert Förster werden die Bezüge während der sechsmonatigen Probepraxis für den Truppenrechnungs- und Verwaltungsdienst belassen.

(P. Z. 11085, M. A. XV, 11088.) Dem Ansuchen des derzeit zur Kriegsdienstleistung eingerückten provisorischen Lehrers II. Klasse Viktor Faltis um die gnadenweise Zuerkennung des Fortbezuges der halben Jahresremuneration während der Zeit seiner Militärdienstleistung wird auf Grund der gepflogenen Erhebungen keine Folge gegeben.

(P. Z. 11170, M. A. XV, 1780.) Das Ansuchen des Anton Wittek um gnadenweise Bewilligung eines Leichenkostenbeitrages nach der Handarbeitslehrerin Paula Kirchner wird abgelehnt.

(P. Z. 11031, M. A. III, 7055.) Den Schülern der k. k. Fachschule für Textilindustrie in Wien Josef Komzak und Josef Kropfberger wird je eines der von der Gemeinde Wien gewidmeten Stipendien für Schüler dieser Anstalt im Betrage von 200 K für das Schuljahr 1916/17 verliehen.

(P. Z. 11280, M. A. XIII, 7334.) Der vom Studienjahre 1916/17 an erledigte Freiplatz der Stadt Wien an der Wiener Handelsakademie wird dem Schüler des dritten Jahrganges dieser Lehranstalt Rudolf Gramiller unter der Bedingung eines andauernd guten Studienerfolges auf die restliche Studiendauer verliehen.

(P. Z. 11161, M. A. XIII, 5531.) Die Freiplätze der Gemeinde Wien an der Akademie für Musik und darstellende Kunst werden verliehen:

I. Franz Bahner, Alois Becker, Andreas Hrouda und Othmar Wunderer bleiben im Genusse des Freiplatzes.

II. Die 6 Freiplätze auf Studiendauer, und zwar:

a) für Kirchenmusikschüler an Karl Bartoš und Franz Ritter und für

b) Schüler der Hauptanstalt an Josef Wukitz, Adolf Pešta, Hermine Mößl und Antonia Kern.

III. Alfons Hainzl wird auf ein später einzubringendes, tunlichst zu berücksichtigendes Ansuchen verwiesen und die Musikakademie wird verständigt, daß für die Unterbringung der vier zum Militärdienste eingerückten Schüler nach ihrer Rückkehr vom Militärdienste über ein von ihnen zu stellendes Ansuchen tunlichst gesorgt werden wird.

(P. Z 11173, M. A. XV, 9882.) Gemäß § 86 des Gesetzes vom 26. August 1910, L.-G.-Bl. Nr. 189, wird die Zustimmung erteilt, daß den Oberlehrern Albert Nemetzek, Josef Sinner und Karl Seidam, die Volksschullehrerin I. Klasse Eugenie Struschka die Pension und Quartiergeldpension im Ausmaße des zuletzt bezogenen anrechenbaren Jahresbezuges gewährt.

(P. Z. 11174, M. A. XV, 8964.) Gemäß § 86 des Gesetzes vom 26. August 1910, L.-G.-Bl. Nr. 189, wird die Zustimmung erteilt, daß den Oberlehrern Johann Frauengruber und Kornelius Werich, dem Volksschullehrer I., Klasse Theodor Weiß und den Volksschullehrerinnen I. Klasse Amalia Ihra und Anna Mayr-Spolz die Pension und Quartiergeldpensioni m Ausmaße des zuletzt bezogenen anrechenbaren Jahresbezuges gewährt werde.

(P. Z. 11185, B. Sch. R., 10275.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im IX. Bezirke, Galileigasse 5, Rudolf Bruckmüller, zuletzt zugewiesen der Bürgerschule für Knaben VII., Neubaugasse 42, wird mit Rechtswirksamkeit vom 4. Mai 1916 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im IX. Bezirke, Galileigasse 5, gemäß § 46 des n.-ö. Landesgesetzes vom 29. März 1912, L.-G.-Bl. Nr. 60, ernannt.

(P. Z. 11186, B. Sch. R., 10252.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im II. Bezirke, Wittelsbachstraße 6, Anton Widhalm, wird mit Rechtswirksamkeit vom 16. November 1916 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im II. Bezirke, Wittelsbachstraße 6, gemäß § 46 des n.-ö. Landesgesetzes vom 29. März 1912, L.-G.-Bl. Nr. 60, ernannt.

(P. Z. 11187, B. Sch. R., 11719.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im X. Bezirke, Keplergasse 11, Franz Wöber (derzeit zugewiesen der allgemeinen Volksschule für Knaben im XIII. Bezirke, Ruckergasse 44), wird mit Rechtswirksamkeit vom 12. Februar 1916 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im X. Bezirke, Keplergasse 11, gemäß § 46 des n.-ö. Landesgesetzes vom 29. März 1912, L.-G.-Bl. Nr. 60, ernannt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schwer wird beschlossen:

(P. Z. 11000, M. A. XXII, 200/15.) Dem städtischen Exekutionsamte wird zur Aufbewahrung gepfändeter Effekten ein Raum im städtischen Hause VIII., Schlesingerplatz, zugewiesen.

(P. Z. 11016, M. A. VIII, 3016.) Die im Hause VIII, Laudongasse 67, für das IV. Viertel 1915 mit 79 K 66 h bemessene Wassermehrverbrauchsgebühr wird auf 43 K herabgesetzt.

(P. Z. 5689, St. S., 377.) Zur Verfügung des Herrn Bürgermeisters, betreffend die Anschaffung eines Ölgemäldes von Alois Hänisch, darstellend das Arbeitszimmer der Baronin Marie Ebner-Eschenbach, um den Betrag von 1000 K wird nachträglich die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11183, St. S., 1082.) Dem akademischen Maler Alois Hänisch, III., Landstraßer Hauptstraße 112, wird die Genehmigung erteilt, eine Kopie seines Gemäldes, darstellend das Arbeitszimmer der verstorbenen Dichterin Marie Ebner-Eschenbach, anfertigen zu dürfen und das Bildnis zu diesem Zwecke unter den üblichen Bedingungen aus dem historischen Museum zu entlehnen.

(P. Z. 11103, M. A. IV, 3493.) Folgender Verfügung des Herrn Bürgermeisters wird nachträglich zugestimmt:

Dem zur militärischen Dienstleistung eingerückten Heizer der städtischen Feuerwehr Karl Rendl wird ausnahmsweise die Bewilligung zur Eheschließung vor Ablauf der festgesetzten Dienstzeit erteilt.

(P. Z. 11064, St. S., 994.) Der Ankauf der beiden Originalmodelle der Schubert-Medaille von Hans Schaefer um den Betrag von 500 K aus dem Notstandskredite von 10.000 K für Maler und Bildhauer (P. Z. 239/15) wird genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Braun wird beschlossen:

(P. Z., 11102, M. A. 7885.) Den Kustoden der städtischen Sammlungen Dr. Wilhelm Englmann und Ludwig Böck wird ad personam unter Verleihung des Titels „Vize-Direktor des historischen Museums der Stadt Wien", beziehungsweise „Vize-Direktor der Stadtbibliothek" eine in die Pension einrechenbare Funktionszulage von je 800 K jährlich bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 10991, M. B. A. XI, 14716.) Die vom magistratischen Bezirksamte für den XI. Bezirk zu erteilende Baubewilligung für den Bau einer Zeremonienhalle auf der neuen israelitischen Friedhofsrealität im XI. Bezirke, Kat.-Parz. 938/1 und 938/4, Grundb.-Einl.-Z. 835 Kaiser-Ebersdorf wird unter den Bedingungen der Verhandlungsschrift vom 16. August 1916 bestätigt, jedoch wird von der Ausstellung eines Reverses Umgang genommen.

(P. Z. 11320, M. A. X, 11082.) Dem Friedrich Friedrich, Beamter der Glasfabriksfirma S. Reich & Komp. in Wien, V., Schloßgasse 16, wird ausnahmsweise die Bewilligung zur Beerdigung seines vor dem Feinde gefallenen Sohnes Karl Friedrich, Hauptmann im k. u. k. Gebirgsartillerie-Regiment Nr. 7, in einem Gagistengrabe in der Kriegergrabstätte erteilt.

(P. Z. 11321, M. A. X, 11106.) Dem Generalmajor Ferdinand Blechinger, Festungskommandanten in Sarajewo, wird ausnahmsweise die Bewilligung zur Beerdigung seines vor dem Feinde gefallenen Sohnes, des k. u. k. Oberleutnants Ferdinaud Blechinger, in einem Gagistengrabe der Kriegergrabstätte des Wiener Zentral-Friedhofes erteilt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Schneider wird beschlossen:

(P. Z. 11118, M. A. V, 2676.) Der Bericht des Magistrates über die Herstellung von neuen Bahnanlagen zur Umleitung des Güterverkehres wird zur Kenntnis genommen.

Für die ersprießliche und besonders verdienstvolle Tätigkeit bei der Behandlung der Bauentwürfe der neuen Bahnanlagen zur Umleitung des Güterverkehres wird dem Magistrats-Sekretär Dr. Hans Fastenbauer, dem Baurate Ingenieur Anton Kuchelbacher und dem Bau-Inspektor Ingenieur Richard Brabec die vollste Anerkennung des Gemeinderates ausgesprochen.

Weiters wird dem Referenten Magistratsrat Dr. Müller die vollste Anerkennung und dem Stadtbau-Direktor Dank und vollste Anerkennung ausgesprochen. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11194, St. Str. B., 3389/Rt.) Den in Wien wohnhaften Schülerinnen der hiesigen Lehrkurse des Czernowitzer Privat-Mädchenlyzeums mit deutscher Unterrichtssprache werden Anweisungen zur Straßenbahnfahrt zwischen Wohnung und Schule zum Kindertarif ausgestellt, wenn für diese Anweisungen die Befreiung von der Stempelgebühr nach § 12 des Fahrkartensteuergesetzes bewilligt wird.

(P. Z. 11193, St. Str. B., 2941.) Der Ober-Offizial Karl Lasar und der Titular-Vize-Inspektor Josef Gierster der städtischen Straßenbahnen werden im Wege der Zeitbeförderung mit 1. November 1916 zu Vize-Inspektoren mit den Bezügen der Gehaltsklasse III, Gehaltsstufe 3 des Bezugsschemas, d. i. mit 3600 K Jahresgehalt mit einem jährlichen Quartiergelde von 1900 K befördert. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 10112, St. Str. B., 3113.) Die Verlängerung der Straßenbahnlinie in der Laudongasse von der Lederergasse bis Skodagasse wird auf Grund des vorgelegten Projektes und Kostenanschlages im Betrage von 120.000 K genehmigt.

Von den Gesamtkosten per 120.000 K sind 80.000 K in dem mit Gemeinderats-Beschluß vom 19. Juni 1914, P. Z. 7154, genehmigten Investitionsvoranschlag, 19.000 K in den Ersparnissen beim Bau der Linie Flötzersteig auf 21.000 K in den Ersparnissen beim Bau der Unterleitungseinbindung Lothringerstraße—Schwarzenbergplatz bedeckt.

Das Gesamterfordernis von 120.000 K wird auf die Rubrik XIV $^{1}/_{II}$ 5 des Hauptvoranschlages pro 1916/17 verwiesen.

Die Führung der Linie 5 über Spitalgasse—Laudongasse nach Fertigstellung der vorstehend angegebenen Anlage wird genehmigt.

Die Umlegung und teilweise Erneuerung der bestehenden Gleisanlage in der Skodagasse, sowie des Verbindungsbogens Alserstraße—Kochgasse werden auf Grund des vorgelegten Projektes und des Kostenvoranschlages mit dem Betrage von 62.000 K, der aus dem Erneuerungsfonds zu bedecken ist, genehmigt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11067, St. Str. B., 3774/Rt.) Die Direktion der städtischen Straßenbahnen wird ermächtigt, dem Wiener Hilfs-Komitee zur Unterstützung reichsdeutscher Staatsangehöriger und deren Familien Einzelfahrscheine bis zu 10.000 Stück monatlich nach Bedarf während des gegenwärtigen Krieges für die in Wiener Kriegsspitälern untergebrachten verwundeten reichsdeutschen Soldaten zur Verfügung zu stellen.

(P. Z. 11023, St. Str. B., 3900.) Es werden bewilligt: Dem Josef Peter, Straßenbahnschaffner, für seine Tochter Josefine 1 Freikarte zur Fahrt zwischen Wohnung und Schule, gültig an Werktagen für die Dauer des Unterrichtskurses;

den Salvatorianerinnen im Grundarmenhaus Leopoldstadt 1 Freikarte für 1 Schwester, gültig im Tarifgebiet I an allen Tagen des Jahres 1917;

der Armenanstalt der israelitischen Kultusgemeinde für Isidor Pollak 1 Netzkarte mit halbjähriger Gültigkeit, ausschließlich der Aufzahlungsstrecken, zum halben Preise für das Jahr 1917;

der Kinderschutz- und Rettungs-Gesellschaft je 1 Freikarte für Rosa Edle v. Manussi, Katharina Seeber und für ein Organ der Gesellschaft, gültig im Tarifgebiet I an allen Tagen des Jahres 1917;

der Kongregation der armen Schulschwestern für Luise Krieger, Botin, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an allen Tagen des Jahres 1917;

dem Max Appe, Beamter, Kriegsinvalide, 1 Kinderkartenanweisung für die Strecke zwischen Wohnung und Dienststelle, gültig an Werktagen für den Rest des Jahres 1916 und für das Jahr 917 (Abweisung des weitergehenden Ansuchens);

dem St. Annen-Kinderheim 1 Kinderkartenanweisung für 1 Schwester mit Begleitperson, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Verein Distriktskrankenpflege (Hauspflege) für Emilie Huber, Beamtin, 1 Freikarte gültig im Tarifgebiet I an allen Tagen des Jahres 1917;

den Barmherzigen Schwestern von der schwerzhaften Mutter 12 Kinderkartenanweisungen, davon 8 Stück für je 1 Schwester und 4 Stück für je 1 Schwester mit Begleitperson, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Katholischen Wohltätigkeitsverband 4 Kinderkartenanweisungen für je 1 Organ, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Pestalozziverein für Baronin Sophie Neuenstein, Paula Reinhold, Madeleine Tomyska und Anna Kunt je 1 Freikarte, sowie eine Kinderkartenanweisung für Anna Kunt, sämtlich gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917 (Abweisung des Ansuchens im übrigen);

dem Verein zur Fürsorge für Blinde für Karl Rosenmayer, Verwalter, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

der Hilfsschule für schwach befähigte, schulpflichtige Kinder für Rudolf Vecere mit Begleitperson je 1 Freikarte zur Fahrt zwischen Wohnung und Schule, gultig auch für je 1 Begleitperson an den Werktagen des laufenden Schuljahres;

der Hilfsschule für schwach befähigte, schulpflichtige Kinder für Johanna Stiasny und Anna Nueber mit je 1 Begleitperson je 1 Freikarte zur Fahrt zwischen Wohnung und Schule, gültig auch für je 1 Begleitperson an den Werktagen des laufenden Schuljahres;

der Taubstummen-Fortbildungsschule für Rudolf Vyhnalek, Albert Köck, Adolf Schubert, Wilhelm Citron, Karl Bäcker je 1 Freikarte zur Fahrt zwischen Wohnung oder Lehrstelle und Schule, gültig an den Werktagen des laufenden Schuljahres;

dem Verein für die evangelische Diakonissensache je 1 Freikarte für Nanny Kremeir und Marie Sestak sowie 23 Kinderkartenanweisungen für die auf dem Ansuchen namhaft gemachten Krankenschwestern, sämtliche Fahrpreisbegünstigungen gültig im Tarifgebiet I an allen Tagen des Jahres 1917;

dem Karl Kutter, Klavierstimmer, blind, 1 Freikarte für Tarifgebiet I gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917

der Marie Welleck, Klavierlehrerin, blind, 1 Freikarte für Tarifgebiet I gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Adolf Hebenstreit, Klavierstimmer, blind, 1 Freikarte für Tarifgebiet I gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

der Adele Groß, Handarbeiterin, blind, 1 Freikarte für Tarifgebiet I gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Leopold Prochaska, Klavierstimmer, blind, 1 Freikarte für Tarifgebiet I gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

der Marie Funk, Straßenbahnschaffnerin, für ihren fußleidenden Sohn Erwin 1 Freikarte zur Fahrt zwischen Wohnung und Schule gültig an den Werktagen des laufenden Schuljahres;

(P. Z. 11195, St. Str. B., 3960.) dem Karl Hauptmann, Klavierstimmer, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Josef Stauber, Musikant, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Franz Wratny, Bürstenbinder, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Josef Winter, Klavierstimmer, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Karl Herejk, Klavierstimmer, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Karl Kupka, Klavierstimmer, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Emil Liebesny, Klavierstimmer, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Josef Prausberger, Bürstenbindergehilfe, blind, eine Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

der Anna Stefl, Handarbeiterin, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Franz Fröhlich, Bürstenbinder, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Josef Dittmayer, Bürstenbinder, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

der Anna Dilles, Handarbeiterin, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

der Magdalena Richter, Maschinstrickerin, blind, 1 Freikarte für das Tarifgebiet I, gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

der Josefine Scholz, Handarbeiterin, blind, 1 Freikarte für das Tarifgebiet I gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Karl Lindner, Musiker, blind, 1 Freikarte für das Tarifgebiet I gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917

dem Andreas Telser, Klavierstimmer, blind, 1 Freikarte für das Tarifgebiet I, gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Johann Müller, Musiker, blind, 1 Freikarte für das Tarifgebiet I, gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Karl Satzenhofer, Buchdrucker, blind, 1 Freikarte für das Tarifgebiet I, gültig auch für eine Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Verein „Volkslesehalle" für den Sekretär und den Diener des Vereines je 1 auf Namen lautende Freikarte für den Sekretär und den Diener des Vereines, gültig im Tarifgebiet I an allen Tagen des Jahres 1917;

der Antonia Kopschitz, Näherin, hüftgelenksleidend, 1 Kinderkartenanweisung, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem „Roten Kreuz"-Spital Rudolfinerhaus 4 Freikarten und 4 Kinderkartenanweisungen, nicht auf Namen lautend, für die im Rudolfinerhaus tätigen Schwestern und Bediensteten, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917 (Abweisung des Ansuchens im übrigen);

dem Wiener Schutzverein zur Rettung verwahrloster Kinder für Franz Kluger, Vereinsdiener, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

den Schwestern im Kaiserjubiläums-Spital 1 Freikarte für eine Ordensschwester mit Begleitperson, gültig im Tarifgebiet I an allen Tagen des Jahres 1917;

dem Rudolf Gürtelschmied, Werkstättenarbeiter, arm- und beinlos, 1 Freikarte zur Fahrt zwischen Wohnung und Dienststelle, gültig an Werktagen für den Rest des Jahres 1916 und für das Jahr 1917;

der Paula Sebesta für ihre halbseitig gelähmte Tochter Angela mit Begleitperson 1 Freikarte zur Fahrt zwischen Wohnung und Allgemeinem Krankenhause, gültig auch für eine Begleitperson an allen Tagen für die Dauer der Behandlung an genannter Anstalt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Heindl** wird beschlossen:

(P. Z. 11332, M. A. III, 15788.) Die im Wiener Versorgungsfondszinshause I., Helferstorferstraße 6, im zweiten Stock unter Nr. 7 und 8 gelegenen Wohnungen mit den Räumen top. Nr. 7, 8, 69 bis 82, 108 und 109 werden vom Februartermin 1917, allenfalls auch früher um den Jahreszins von 4250 K einschließlich aller Nebengebühren gegen halbjährige, im vorhinein zu leistende Zinszahlung und gesetzliche halbjährige Kündigung an Paul Flandrak, k. u. k. Regierungs-Sekretär, I., Wallnerstraße 1 a, vermietet.

Die im Berichte des Stadtbauamtes vom 30. Oktober 1916 angeführten Herstellungsarbeiten mit Ausnahme der vom Anbotsteller in der Aufnahmeschrift vom 3. November 1916 aufgezählten Herstellungen mit dem Betrage von rund 5800 K werden genehmigt und hiefür zur Ausgabs-Rubrik II 3 a ein Zuschußkredit von 4800 K bewilligt.

Für die baulichen Veränderungen, bestehend in der Einrichtung eines Badezimmers im derzeitigen Vorzimmer, der Abtragung einer Wand, einer Türöffnung nach dem vorgelegten Plane wird vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung die Baubewilligung erteilt.

(P. Z. 11324, M. A. XI, 69588.) Im Winter 1916/17 werden zur Beteilung von Armen durch die Herren Gemeinderäte und durch die Magistrats-Abteilung XI anstatt harten Brennholzes 250.000 kg Braunkohlen angekauft.

Diese Menge ist in folgender Weise aufzuteilen: Für die Herren Gemeinderäte 240.000 kg (4800 Anweisungen à 50 kg), für die Magistrats-Abteilung XI 10.000 kg (200 Anweisungen à 50 kg).

Die Anweisungen sind auf eine Menge von je 50 kg auszustellen.

Jede Anweisung hat vier Teilanweisungen auf je 12½ kg zu enthalten.

(P. Z. 11090, M. A. XXII, 1248) Folgender Verfügung des Herrn Bürgermeisters wird nachträglich zugestimmt:

Die Adaptierung und Instandsetzung der künftigen Amtsräume der Magistrats-Abteilung XII a städtisches Jugendamt im Bürgerspitalfondshause I., Zelinkagasse 5, wird mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 4689 K 53 h genehmigt.

(P. Z. 10988, M. A. XIV, 3252.) Dem Albert Frankl, Eigentümer des Hauses I., Wallnerstraße 2, Kohlmarkt 8, wird die Baubewilligung unter der Bedingung bestätigt, daß für die Zustimmung der Gemeinde Wien zur Anlage der Portalrisalite mit einer Ausladefläche von 0·816 m² ein Betrag von 1000 K per Quadratmeter, somit 816 K vor Hinausgabe dieser Bewilligung zu den eigenen Geldern der Gemeinde Wien bei der städtischen Hauptkassa erlegt werde.

(P. Z. 11160, M. A. XIII, 7303.) Nachbenannten Personen werden aus der Menschenfreundstiftung Beträge verliehen, und zwar:

1. Hermine Vitovec 150 K;
2. Leopoldine Rudolph 100 K;
3. Ludwig Wastl 100 K;
4. Moritz Widder 50 K
5. Franz Jarosch 50 K;
6. Marie Blocher 50 K;
7. Adam Frank 50 K und
8. Josefa Wejbora 50 K.

Den beiden Bittstellern Franz Sotka und Ida Buchholzer wird je ein Betrag von 100 K aus der Menschenfreundstiftung verliehen.

(Vize-Bürgermeister Rain übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schmid** wird beschlossen:

(P. Z. 11071, M. A. VI, 3144.) Die Anschaffung von 12 Sandkisten (acht kleinen und vier großen) für den neuen Naschmarkt wird mit dem bedeckten Erfordernisse von 4200 K genehmigt.

Die Lieferung der Sandkisten wird dem Zimmermeister Josef Mayer, X., Laxenburgerstraße 100, zum Preise von 310 K für eine kleine und von 335 K für eine große Kiste und die Ausführung des Anstriches der Kisten dem Alois Kolb, VII., Linden-

gasse 12, auf Grund seines Offertes vom 6. November 1916 übertragen.

(P. Z. 11005, M. A. V, 2664.) Der Stadtrat genehmigt nachträglich, daß die Lieferung der Ständer und Konsolen für die Orientierungstafeln auf dem neuen Naschmarkt mit dem Kostenerfordernisse von 9880 K an die Firmen R. Ph. Waagner, L. & J. Biró & A. Kurz, Anton Schwarz und Franz Bidla vergeben werde.

(P. Z. 11160, St. E. W., 2959.) Die Ausstellung einer Erklärung an die Donauregulierungs-Kommission für die Benützung von Donauregulierungsfondsgründen, und zwar der Kat.-Parz. 3842/1 und 3842/14 Katastralgemeinde Wien, XX. Bezirk, zur Legung einer Kabelleitung behufs Herstellung eines Anschlusses am Rangierbahnhof Brigittenau der k. k. Staatsbahn (Donauuferbahn), XX., Handelskai, wird genehmigt.

(P. Z. 11095, St. E. W., 2467.) Der Witwe des seit 22. November 1914 als vermißt bezeichneten, am 1. Juli 1914 von der Allgemeinen Österreichischen Elektrizitäts-Gesellschaft übernommenen Elektromonteurs Leopold Steinmüller, namens Karoline Steinmüller wird eine Witwenpension von jährlich 239 K 20 h, jedem der drei ehelichen Kinder, und zwar Leopoldine, Eugenie und Karl Steinmüller ein Erziehungsbeitrag von jährlich 47 K 84 h, allseits mit der Fälligkeit vom 23. November 1914 zuerkannt und von der Rückerstattung des in der Zeit vom 23. November 1914 bis 16. November 1916 zuviel empfangenen Unterhaltsbeitrages in der Höhe des halben Lohnes von zusammen 1715 K 14 h wird die gnadenweise Nachsicht gewährt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11094, St. E. W., 2893.) Der Witwe des am 31. August 1916 verstorbenen Heizers II. Klasse der städtischen Elektrizitätswerke Franz Lisa, namens Franziska Lisa, wird eine Witwenpension von jährlich 470 K 32 h mit der Fälligkeit vom 1. September 1916, ein Leichenkostenbeitrag von 481 K und jedem der vier ehelichen Kinder namens Josef, Ludmilla, Marie und Franz Lisa gleichfalls mit der Wirksamkeit vom 1. September 1916 ein Erziehungsbeitrag von jährlich 94 K 6 h zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11022, St. E. W., 3202.) Die Gebühren für die Kabel- und Beleuchtungs-Aufseher für die Nachtarbeiten werden ab 1. November 1916 auf 4 K für die halbe Nacht und 8 K für die ganze Nacht erhöht.

(P. Z. 11244, M. A. III, 1852.) Das Ansuchen der Union-Baugesellschaft, die Gemeinde wolle unter Verzichtleistung auf das ihr gemäß Artikel I, Punkt H des Freihausübereinkommens eingeräumte Recht, Schalt- und Transformatorenstation der städtischen Elektrizitätswerke auf ihre Kosten vom Naschmarkte in den Resselpark verlegen, wird abgelehnt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Wessely wird beschlossen:

(P. Z. 11323, M. A. VI, 2787.) Das Anbot des Stiftes Schotten auf Abgabe des in Breitenlee auf den stiftlichen Gründen eingeernteten Strohes der letzten Fechsung an die Gemeinde Wien zum Preise von 15 K per Meterzentner ab Breitenlee, beziehungsweise von 17 K 50 h bei Zustellung in das Depot, wird angenommen.

(P. Z. 11317, M. A. VI, 2985.) Der Bauunternehmung Leopold Wolf & Komp., XVIII., Anastasius Grün-Gasse 16, werden über ihr Ansuchen die nächst der Karlskirche im IV. Bezirke lagernden 300 bis 400 Stück alter Randsteinplatten zum Preise von 50 h per Stück (loko Lagerplatz) überlassen.

Das Ansuchen derselben Firma um Überlassung alter, städtischer Granitsteine wird abgelehnt.

(P. Z. 11254, M. A. XXII, 2306.) Als Vergütung für den vom Gute Cobenzl im heurigen Jahre übernommenen Most werden 3 K per Liter bestimmt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Braun wird beschlossen:

(P. Z. 11171, M. A. XV, 10089.) Zu der mit Beginn des Schuljahres 1916/17 erfolgten provisorischen Eröffnung der I. Parallele zu der IV. Klasse an der Hilfsschule für schwachbefähigte, schulpflichtige Kinder, XIX., Dadlergasse 16, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11117, M. A. IV, 5405.) Auf dem Brückenkopfe der Schmelzbrücke im Zuge der Grenzgasse im XV. Bezirke sind nach dem vom Magistrate vorgelegten Entwurfe zwei Auergas-Doppelflammen mit je einer ganznächtigen und einer halbnächtigen Gasflamme durch die städtischen Gaswerke zu errichten.

Bei beiden Auergas-Doppelflammen sind vorläufig im Sinne des Stadtrats-Beschlusses vom 27. August 1914, Z. 12358, M. Abt. IV, 4348/15, nur die ganznächtigen Flammen in Betrieb zu setzen.

(P. Z. 11179, M. B. A. XV, 19020.) Dem Ansuchen des Andreas Dittrich um die Bewilligung, den ihm zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 6. April 1899, Z. 3279, zum Zwecke der Errichtung eines Schul- und Übungsplatzes für Radfahrer pachtweise überlassenen städtischen Grund Grundb.-Einl.-Z. 801, 802 und 804 zwischen Geyschlägergasse und Sorbaitgasse im XV. Bezirke während der Winterszeit 1916/17 als Eislaufplatz unter gleichen Bedingungen wie bisher benützen zu dürfen, wird Folge gegeben.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Knoll wird beschlossen:

(P. Z. 11169, M. A. XV, 8343.) Der Kongregation der Brüder der christlichen Schulen in Wien, XXI., Strebersdorf, wird für die Besorgung des Orgelspieles während des Schulgottesdienstes der Schule XXI., Dr. Albert Geßmann-Gasse 187, ein jährlicher Betrag von 50 K, solange diese Leistung dauert, bewilligt und weiters genehmigt, daß für die Jahre 1911 bis 1916 ein Betrag von 300 K der genannten Kongregation flüssig gemacht wird.

(P. Z. 11273, M. A. III, 14915.) Folgender Verfügung des Herrn Bürgermeisters wird nachträglich zugestimmt:

Von der Ergreifung des Rekurses gegen den Erlaß der k. k. Bezirkshauptmannschaft Floridsdorf Umgebung vom 3. November 1916, Z. 612/9/L, mit welchem der Firma Schaffler &

Komp. auf Grund des Ergebnisses der kommissionellen Verhandlung vom 20. Oktober 1916 Breitenlee die prinzipielle gewerbepolizeiliche Genehmigung der Errichtung einer elektrischen Minenzündefabrik in Breitenlee auf den Parz. 724/1 bis 724/12 unter Einhaltung der Bedingungen des Verhandlungs-Protokolles vom 20. Oktober 1916 und unter dem ausdrücklichen Hinweise darauf, daß in dieser Anlage Sprengkapseln und adjustierte Zünder mit dem Höchstmaße von 50 kg Knallsatz untergebracht sein dürfen, erteilt worden ist, wird Abstand genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Poyer wird beschlossen:

(P. Z. 9880, M. A. XII a, 195.) Die Gemeinde Wien erklärt sich prinzipiell als bereit, die vom Vereine „Kinderfreunde" im XIII. Bezirke, Breitensee, unterhaltene Kinderbewahranstalt und Arbeitsschule, XIII., Hägelingasse 11 — Tendlerstraße 10, unter folgenden Bedingungen in ihr Eigentum und ihre freie Verwaltung zu übernehmen:

1. Der Verein hat die Genehmigung zur notwendigen Abänderung des § 18 der Vereinsstatuten bei der Statthalterei zu erwirken.

2. Der Verein hat sodann eine Erklärung des Inhaltes abzugeben, daß er sein gesamtes bewegliches und unbewegliches Vermögen sowie auch seine Schulden an die Gemeinde Wien überträgt.

3. Dagegen verpflichtet sich die Gemeinde, dem Vereine „Kinderschutzstationen" zwecks Herstellung eines Zubaues längs der Muthsamgasse auf der der Gemeinde Wien gehörigen und dem Vereine „Kinderschutzstationen" für Vereinszwecke zur Benützung überlassenen Realität Grundbuch Breitensee Einl.-Z. 69 einen Beitrag von 50.000 K unter der Bedingung zu leisten, daß der projektierte Zubau nach dessen Fertigstellung in das Eigentum der Gemeinde Wien übergeht. Dieser Betrag ist nach Vollendung des Zubaues fällig. (An den Gemeinderat.)

(Stadtrat Zatzka hat während der Beratung über diesen Gegenstand den Saal verlassen.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Dr. Mataja wird beschlossen:

(P. Z. 11024, M. A. VIII, 3023.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend zehn Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des II. Bezirkes, werden genehmigt.

(P. Z. 11025, M. A. VIII, 3024.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend sieben Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des II. Bezirkes, werden genehmigt.

(P. Z. 11120, M. A. VII, 996.) Dem Ansuchen des k. k. Kriegsministeriums, Kriegsfürsorgeamt, um Ermäßigung des für die Senkgrubenräumung im „Schützengraben" beiderseits der Lagerhausstraße im k. k. Prater, II., für die Zeit vom 21. April bis 26. September 1916 mit 482 K 83 h ermittelten Vergütungsbetrages auf die Hälfte wird dahin teilweise Folge gegeben, daß diese Vergütung um 10 Prozent, das ist auf den Betrag von 434 K 55 h ermäßigt wird.

(P. Z. 10882, M. B. A. XIX, 13/II.) Die Beschwerde des Dr. Michael Zehetmayer als Eigentümer des Hauses XIX., Rodlergasse 8, gegen den Bescheid des magistratischen Bezirksamtes für den XIX. Bezirk vom 19. Oktober 1916, Z. 12/II, betreffend Nichtkompetenz des Bezirksamtes in der Bestandstreitigkeit mit dem Mieter Anton Hofbauer, wird als unbegründet abgewiesen.

(P. Z. 10983, M. A. XIV, 5030.) Die von der Firma Hermann Weiffenbach, Pyrotechnische Fabriken, G. m. b. H., II., Großer Säulenhaufen 180, angesuchte Bewilligung zur Errichtung mehrerer Objekte auf dem stiftlichen Grunde Kat.-Parz. 2525/2, L.-J.-Einl.-Z. 2630, II., Großer Säulenhaufen, wird unter der Bedingung bestätigt, daß diese Objekte über jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien, der k. k. Wasserstraßenbau-Direktion oder des an deren Stelle tretenden Amtes wieder entfernt werden und daß zur Sicherstellung dieser Verpflichtung eine Kaution im Betrage von 300 K vor Hinausgabe der Baubewilligung bei der städtischen Hauptkassa erlegt werde.

(P. Z. 10985, M. A. XIV, 3201.) Die von Georg Adlerfeld angesuchte Baubewilligung zur Kanalauswechslung beim Hause II., Praterstraße 15, wird unter der Bedingung bestätigt, daß für die Inanspruchnahme städtischen Straßengrundes durch den Putzschacht ein jährlicher Platzzins von 10 K, vom Tage der Baubewilligung angefangen, an die städtische Hauptkassa entrichtet, der Schacht über jeweiliges Verlangen der Gemeinde entfernt und zur Sicherstellung dieser Verbindlichkeiten der übliche einverleibungsfähige Revers vor Hinausgabe der Baubewilligung ausgestellt werde.

(P. Z. 10984, M. A. XIV, 2110.) Die von Eduard Pribyl, Kanzleigehilfen, II., Hillerstraße 6/16, angesuchte Baubewilligung für ein Wächterhaus zum Betriebe einer Geflügelzucht auf der dem Donau-Regulierungsfonds gehörigen Kat.-Parz. 4277/1 der Katastral-Gemeinde Leopoldstadt, Einl.-Z. 341, wird unter der Bedingung bestätigt, daß diese Objekte über jeweiliges Verlangen der Gemeiade Wien, der k. k. Wasserstraßenbau-Direktion oder des an deren Stelle tretenden Amtes wieder entfernt werden und daß zur Sicherstellung dieser Verpflichtung eine Kaution im Betrage von 200 K vor Hinausgabe der Baubewilligung bei der städtischen Hauptkassa erlegt werde.

(P. Z. 10870, M. A. XVIII, 2497.) Von der Einbringung einer Schadenersatzklage gegen Franz Köberl anläßlich des dem städtischen Arbeiter Heinrich Dujka am 13. Februar 1916 zugestoßenen Unfalles, wodurch der Gemeinde Wien in Bezug auf die Krankenfürsorge Auslagen im Betrage von 283 K 50 h erwachsen sind, wird auf Grund des Ergebnisses der gepflogenen Erhebungen abgesehen.

(P. Z. 10871, M. A. XVIII, 1998.) Der Witwe nach dem am 20. Juni 1916 infolge eines Verkehrsunfalles verstorbenen Schaffner der städtischen Straßenbahnen Karl Stöger, namens Barbara Stöger, geb. Hörmann, wird auf die Dauer des Witwenstandes eine mit $33^1/_3$ Prozent vom Jahresarbeitsverdienste des Verstorbenen per 2331 K 37 h berechnete Witwenrente im Betrage von 777 K 24 h jährlich, das ist 64 K 77 h monatlich, dem ehelichen Kinde Anna Stöger, geboren am 2. Oktober 1905, bis zum erreichten 15. Lebensjahre eine 25prozentige Kinder-

rente im Betrage von 582 K 84 h jährlich, das ist 48 K 57 h monatlich bewilligt.

(P. Z. 10488, M. A. XI, 1906.) Die Schuldverpflichtung der Helene Back an den Wiener allgemeinen Versorgungsfonds per 20.000 K wird gemäß dem Magistrats-Antrage auf 6000 K ermäßigt.

(P. Z. 11284, M. A. XIX, 1363.) Von der Ergreifung des Rekurses gegen die mit der Note der k. k. Steueradministration für den I. Bezirk vom 26. Juli 1916, Z. II a—B/868, mitgeteilte Erwerbsteueraufteilung bezüglich der Allgemeinen österreichischen Viehverwertungsgesellschaft in Wien für die Jahre 1913/14 wird Umgang genommen.

(P. Z. 10746, M. A. XI, 91616, 73272, 51839, 52410.) Der Magistrat wird ermächtigt, auf die zur Verlassenschaft der Dorothea Märzroth angemeldete Pfründenrückersatzforderung per 3908 K zugunsten der erblasserischen Nichte Pauline Märzroth bis zum Betrage von 100 K zu verzichten.

(P. Z. 11325, M. A. XVII, 2713.) Von der Ergreifung eines Rekurses gegen die Entscheidung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 7. November 1916, Z. I a-2618, bezüglich der Betriebsbewilligung der Metallschmelzerei der Vereinigten Asphalt- und Baumaterialienwerke A.-G. Otto Grafe's Nachf. N. Schefftel im XXI. Bezirke wird vom ortspolizeilichen Standpunkte aus gleichfalls abgesehen.

(P. Z. 11242, M. A. III, 15505.) Von der Ergreifung des Rekurses gegen die Entscheidung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 7. November 1916, Z. I a-2618, mit welcher die in der Genehmigung des magistratischen Bezirksamtes vom 2. September 1916, Z. 13884, für die geplante Änderung der Betriebsanlage für Metallschmelzerei in der Fabrik XXI., Donaufelderstraße 52, gesetzte Beschränkung, daß diese Genehmigung nur vorübergehend und bis auf Widerruf, längstens aber für die Dauer des Kriegszustandes Geltung habe, behoben und das Projekt endgültig genehmigt worden ist, wird Abstand genommen.

(P. Z. 10872, M. A. XIX, 1284.) Von der Ergreifung des Rekurses gegen die mit der Note der k. k. Bezirkshauptmannschaft Korneuburg vom 16. Oktober 1916, Z. II-375, mitgeteilte Erwerbsteuer-Aufteilung bezüglich der Spiritus- und Preßhefefabrik L. Harmer & Komp., G. m. b. H. in Spillern, für die Jahre 1913/14 wird Umgang genommen. (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Zatzka** wird beschlossen:

(P. Z. 10987, M. A. XIV, 941.) Die von der Eigentümerin Josefa Bayer, XVI., Ottakringerstraße 185, angesuchte Abteilung der Liegenschaft Einl.-Z. 45 des Grundbuches Ottakring im XVI. Bezirke, nächst der Roterdstraße, wird unter den richtiggestellten Bedingungen des Abteilungs-Dekretes vom 11. Jänner 1911, M. A. XIV, 9456/10, genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hoß** wird beschlossen:

(P. Z. 11331, M. A. XXV, 846) 1. Dem mit der einstweiligen Hausaufsicht für das neue Amtshaus, I., Felderstraße, bis zur endgültigen Besetzung der Hausaufseherstelle betrauten Hausdiener wird für die Dauer dieser Verwendung eine monatliche Zulage von 45 K bewilligt.

2. Dem Hausaufseher des Neuen Rathauses August Hanke wird für die Zeit, während welcher er die Aufsicht über das zur Reinigung und zu sonstigen Diensten im neuen Amtshause I., Felderstraße, zugewiesene Personal führt, für diese Mehrleistung eine monatliche Zulage von 20 K bewilligt.

(Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom **4. Dezember 1916.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner.
Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.

Anwesende: Vize-Bürgermeister Franz Hoß.
Vize-Bürgermeister Josef Rain.

Angermayer,	Knoll,
Baron,	Poyer,
Braun,	Schneider,
Brauneiß,	Schwer,
Dechant,	Tomola,
Fraß,	Wessely,
Grünbeck Sebastian,	Wippel,
Dr. Haas,	Zatzka.
Heindl,	

Entschuldigt: St.-R. Hermann, Dr. Mataja, Nemetz, Schmid.

Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär Jiresch.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Rain** wird beschlossen:

I. Die Gemeinde begrüßt die Errichtung des Amtes für Volksernährung und gibt der Erwartung Ausdruck, daß dieses Amt endlich der Desorganisation im Lebensmittelverkehre ein Ende bereitet, das Verhältnis zwischen Militär- und Zivilverwaltung in der Beschaffung von Bedarfsartikeln planmäßig ordnet, die Transportorganisation für rechtzeitige und ausreichende Zuschübe zweckmäßig und verläßlich sicherstellt und in vollem Maße den berechtigten Interessen der Stadt Wien Rechnung trägt.

II. Die Gemeinde Wien ist von dem im § 3 der Kundmachung des Ministerpräsidenten vom 30. November 1916, R.-G.-Bl. Nr. 401 und 402, dem Ernährungsrate zugewiesenen Wirkungskreise nicht befriedigt und verlangt in Festhaltung bereits gefaßter Beschlüsse, daß demselben volle Einsicht in die Aufzeichnungen der vorhandenen Vorräte und die Art ihrer Verteilung eingeräumt werde.

Die Gemeinde Wien verlangt eine stärkere Vertretung im Ernährungsrate.

III. Mit Rücksicht auf die Knappheit an den wichtigsten und unentbehrlichsten Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen verlangt die Gemeinde Wien ehestens Maßnahmen, welche eine planmäßige und gerechte Verteilung der Vorräte und Zuschübe gewährleisten, insbesondere ist ein gerechtes Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn hinsichtlich der Aufbringung der Lebensmittel, der Festsetzung gleichmäßiger Rationen für die Bevölkerung diesseits und jenseits der Leitha zu vereinbaren und das gemeinsame Wirtschafts- und Versorgungsgebiet endlich zu verwirklichen.

IV. Die Gemeinde Wien verlangt endlich energische Maßnahmen gegen Lebensmittelwucher jeder Art und gegen spekulative Ausschreitungen, welche auf Zurückhaltung von Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln und künstliche Steigerung der Preise abzielen.

V. Die Regierung wird neuerlich aufgefordert, alles zu veranlassen, daß die in Wien bestehende Kartoffelnot raschestens behoben wird und zu diesem Zwecke:

a) bei den k. u. k. Militärbehörden dahin zu wirken, daß zur Besorgung der Kartoffelzufuhren zu den Verladestationen die erforderliche Militärmannschaft und militär-ärarische Fuhrwerke beigestellt werden;

b) die Ministerial-Verordnung vom 30. September 1916, R.-G.-Bl. Nr. 336, mit welcher in Abänderung des § 20 der Ministerial-Verordnung vom 4. August 1916, R.-G.-Bl. Nr. 224, auch Kartoffelsendungen in Mengen bis zu 100 kg einer Transportbescheinigung unterworfen wurden, sofort außer Wirksamkeit zu setzen;

c) neuerliche Verhandlungen über die Einfuhr von Kartoffeln aus Ungarn und Deutschland einzuleiten.

(An den Gemeinderat.)

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Bürgermeisters Dr. Weiskirchner** wird beschlossen:

(P. Z. 11361, M. A. II, 8843.) Der Vorschlag des Magistrates, nach welchem die Gemeinde Wien mit ihren Anstalten und Fonds auf die 5. österreichische Kriegsanleihe 50 Millionen Kronen zeichnet, wird genehmigt.

(Schluß der Sitzung.)

Bezirksvertretungen

Trauerkundgebungen anläßlich des Ablebens Sr. Majestät des Kaisers Franz Josef I.

(II. Gemeindebezirk, Leopoldstadt.)

Bericht

über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt vom **23. November 1916.**

Der Bezirksvorsteher-Stellvertreter **Artur v. Roll** hielt folgende Ansprache:

„Meine sehr geehrten Herren!

Eine traurige Kunde durcheilte Dienstag abends die Straßen der Residenzstadt: Unser Kaiser tot, unser Kaiser, der durch nahezu sieben Jahrzehnte die Geschicke unseres Staates mit sicherer Hand gelenkt hat.

Eine gütige Fügung hat ihm zum Heile seiner Völker ein ungewöhnlich langes Leben beschieden und doch wollte niemand die schmerzliche erschütternde Nachricht glauben.

Wie die lange Bahn seines Lebens gar reich mit Dornen bestreut war — ist ihm doch kaum ein Mißgeschick erspart geblieben im Kreise seiner Familie sowie auch als Herrscher — so war ihm selbst in den letzten Tagen seines mühevollen Erdenwallens die Erfüllung des heißesten Wunsches, die Völker seines Reiches nach einem ehrenvollen Frieden einer glücklichen segensreichen Zukunft entgegenzuführen, versagt geblieben.

Und gerade jetzt, wo hartnäckige Feinde in unerbittlichem Hasse unseres Reiches Bestand bedrohen, wie schwer mußte das Herz unseres allgütigen Kaisers vom Schmerze erfüllt sein, da solches Unglück über seine Getreuen gekommen!

Nun ist sein Auge geschlossen, sein Vaterherz, es schlägt nicht mehr und all seine Untertanen stehen in namenlosem Schmerze an der Bahre des inniggeliebten Kaisers.

Gerade wir, die berufen sind, im öffentlichen Leben zu wirken, fühlen besonders, was Franz Josef I. für Österreich war, und schmerzbewegt leisten wir das unverbrüchliche Gelöbnis, in seinem Geiste unermüdlich dem Wohle unserer Mitbürger zu dienen, sein Angedenken stets heilig zu halten und Habsburgs Herrscherhause Treue zu bewahren jetzt und immerdar.

Ich setze Ihre Einwilligung voraus, daß ich an die Allerhöchste Kabinettskanzlei nachfolgende Depesche namens der Bezirksvertretung absende:

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt hat in ihrer heutigen Trauersitzung ihrem tiefsten Schmerz darüber Ausdruck gegeben, daß unser allgütiger Kaiser Franz Josef seinen Völkern entrissen wurde.

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt hat in dieser ernsten Stunde das feierliche Gelöbnis geleistet, Habsburgs Herrscherhause stets unwandelbare Treue zu bewahren.

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen."

Die Versammlung hatte die Trauerkundgebung stehend angehört.

(IV. Gemeindebezirk, Wieden.)

Bericht

über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden vom **25. November 1916.**

Bezirksvorsteher **Maximilian Charwat** hielt dem dahingeschiedenen Kaiser einen längeren Nachruf, in welchem er die lange Regierungszeit, sowie die politischen Ereignisse im Inneren des Reiches und das Verhältnis der Monarchie zu den übrigen europäischen Staaten während dieser langen Regierungszeit des verstorbenen Kaisers hervorhob.

Er besprach sodann die Entwicklung Wiens unter der Regierung des dahingeschiedenen Monarchen und dessen rege Förderung des Aufblühens der Reichshaupt- und Residenzstadt.

Zum Schlusse hob der **Vorsitzende** die Friedensliebe des verblichenen Kaisers, seinen Schmerz infolge des Weltkrieges, sowie sein Vertrauen auf den endlichen Sieg der gerechten Sache der Zentralmächte hervor und fordert die Anwesenden auf, ihre Liebe und Verehrung für den dahingeschiedenen Kaiser dadurch zu beweisen, daß sie durch Einigkeit und getreue Pflichterfüllung die Siegeszuversicht des verblichenen Monarchen verwirklichen helfen.

Die Anwesenden hatten sich zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen erhoben.

Schluß der Sitzung.

(IX. Gemeindebezirk, Alsergrund.)

Bericht

über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund vom **25. November 1916.**

Bezirksvorsteher **Josef Stary** hielt folgende Ansprache:

„Meine sehr geehrten Herren!

Mitten im schwersten Ringen um die Machtstellung der Monarchie ist Kaiser Franz Josef geschieden.

An ihm, dem Friedensfürsten, der nur gezwungenermaßen zum Schwerte griff, verlieren seine Völker viel.

Er war ihnen wie ein Vater und es ist ihnen, als wenn der Tod aus der Mitte ihrer Familie ein Opfer geholt hätte.

Dem toten Kaiser ist während seines langen Lebenslaufes nur allzu deutlich gemacht worden, daß das Schicksalswalten keinen Unterschied zwischen dem Höchsten und dem Niedrigsten macht.

Nichts, was einem Menschen an hartem Leid und grausamem Schmerz beschieden sein kann, ist diesem Fürsten erspart geblieben. Der Sohn und Erbe starb ihm unter den tragischesten Umständen in der Blüte des Mannesalters, die Gattin hauchte fern von der Heimat ihr Leben unter den Dolchstichen eines Meuchelmörders aus; der Thronfolger fiel einem ruchlosen Attentate zum Opfer. Jeder andere wäre unter der Wucht solch furchtbarer Ereignisse zusammengebrochen. Doch der Kaiser, damals schon in hohen Jahren, hielt sich aufrecht, denn er wußte, daß er nicht das Recht hatte, sich von nun an nur mehr der Trauer um die, die ihm entrissen worden waren, hinzugeben, daß seine Persönlichkeit und sein Leben nicht nur seiner Familie, sondern dem Staate und seinen Völkern gehörten.

Als er trotz der Schicksalsschläge, die ihn fast in ununterbrochener Folge trafen, mit Selbstverleugnung sein hohes Amt weiter verwaltete, ohne sich auch nur einen einzigen Tag der Ruhe zu gönnen, da erfuhr die ganze Welt, daß das Herz eines wahren Helden in der Brust unseres edlen Monarchen schlug, der keine Rücksicht gegen sich selbst kannte, wenn es zum Wohle seiner Völker war.

Seine Liebe für Wien war sprichwörtlich, bezeichnete er sich doch selbst als den ersten Bürger seiner Vaterstadt. Was er für Wien getan, wissen wir alle und der Nachwelt wird es vorbehalten bleiben, dauernd zu erkennen, was Wien unter Kaiser Franz Josef geworden ist.

Er hat den Völkern Österreichs die Verfassung gegeben und aus Untertanen freie Staatsbürger gemacht.

Groß ist der Fortschritt, den das Schulwesen unter seiner Regierung durch die neue Schulgesetzgebung erfahren hat. Unablässig wirkte er für den Ausbau von Heer und Flotte. Gewerbe, Handel, Industrie und Landwirtschaft erfreuten sich seiner steten Fürsorge.

Was er in der langen Zeit seiner Regierung für die Stadt Wien getan hat, läßt sich nicht in wenigen Worten ausdrücken.

Die Auflassung der Umwallung und Befestigungen der Inneren Stadt, der Abbruch der Basteien und die Ausfüllung des Stadtgrabens, die Anlage der Ringstraße mit ihren herrlichen Bauten sind Werke, die wir der unmittelbaren Einflußnahme des Kaisers verdanken.

Unter seinem besonderen Schutze gelangten — um nur einiges zu nennen — die Regulierung der großen Donau, die beiden Kaiser Franz Josef-Wasserleitungen und die Einreihung der Vorstädte und Vororte in das Gemeindegebiet von Wien zur Durchführung.

Zahllose reichliche Beträge für Arme und Bedürftige sind im Laufe der Jahre, insbesondere bei Elementarereignissen, von dem Verewigten gespendet worden.

Bis zum letzten Atemzuge hat er seines Amtes unermüdlich gewaltet und der schönste Lohn, der ihm zuteil wurde, war die Liebe und Anhänglichkeit seiner Völker.

Tiefe Trauer hat das Reich ergriffen und mit ihm die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, und wir hier im IX. Bezirke als ein Bruchteil der von ihm geliebten Vaterstadt sind uns ganz und voll bewußt, was wir an ihm verlieren.

Doch die tiefste Trauer soll uns nicht vergessen machen, mit Mut und Zuversicht der Zukunft entgegenzublicken. Das unvergängliche Andenken an ihn soll uns stärken in dem Bewußtsein, in dem gegenwärtigrn großen Kampfe auszuharren bis der reiche Friede gesichert ist, wie ihn unser verstorbener unvergeßlicher Kaiser seinem Reiche ersehnt hat.

Erschüttert stehen wir an der Leiche des geliebten Herrschers und erneuern an ihr das Gelöbnis, Gut und Blut hinzugeben für Kaiser und Reich, das wir in Ehren gehalten haben, seitdem uns unsere Feinde das Schwert in die Faust zwangen. Wir wollen durchhalten wie bisher und der heimgegangene greise Fürst wird unser Ringen segnen und uns zum Siege führen.

Zum Schlusse bieten wir in treuer Anhänglichkeit an das Erzhaus dem jugendlichen Sprossen und Erben der Kaiserwürde unseren huldigenden Gruß:

Der Kaiser ist tot,
Es lebe der Kaiser!"

Die Anwesenden hatten sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen erhoben.

Schluß der Sitzung.

(XI. Gemeindebezirk, Simmering)

Bericht

über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Simmering vom **25. November 1916.**

Der Vorsitzende, Bezirksvorsteher **Georg Albin Hirsch** hielt nachfolgende Gedenkrede:

„Sehr geehrte Herren!

Die Völker Österreichs haben einen schweren und schmerzlichen Verlust erlitten. Das Ableben unseres gütigen Kaisers Franz Josef I., welcher diese Woche das Zeitliche gesegnet hat, veranlaßt die Bezirksvertretung, ihrer tiefen Trauer und Gefühle Ausdruck zu geben.

Es ist unsere Pflicht, unseres guten Kaisers in Dankbarkeit zu gedenken, der mit seinem ganzen Herzen an Wien gehangen.

Der unersetzliche Verlust trifft uns in dieser schweren Zeit umso schmerzlicher und wir Alle wissen und empfinden, was wir an unse em Kaiser verloren.

Während seiner fast sieben Jahrzehnte langen Regierung hat er alle Freuden, aber auch alle Leiden mit seinen Wienern geteilt. In seiner Familie ist ihm keine Heimsuchung erspart geblieben, er mußte die schwersten Prüfungen über sich ergehen lassen.

Gerade in dieser schweren Zeit müssen wir nun seiner hohen Weisheit entbehren.

Hoffen wir zu Gott, daß es uns gelingen wird, unsere Feinde, die es auf Zerreißung unseres geliebten Vaterlandes abgesehen, niederzuwerfen, daß von uns ein ehrenvoller Friede geschlossen werden kann, wie es der sehnlichste Wunsch unseres verewigten Kaisers gewesen.

Wir wollen stets mit Ehrfurcht unseres Kaisers gedenken, der mit weiser Fürsorge das Geschick seiner Völker gelenkt, und innig bleibt verknüpft das Gefühl der Treue der Stadt Wien mit dem Andenken an den heimgegangenen Monarchen und seinem segensreichen Wirken."

Die Rede wurde von den Anwesenden stehend angehört.

Schluß der Sitzung.

(XIII. Gemeindebezirk, Hietzing.)

Bericht

über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing vom **24. November 1916.**

Der Vorsitzende, Bezirksvorsteher **Leopold Karlinger** eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und hielt weiland Seiner Majestät folgenden Nachruf:

„Tiefste Trauer ist in Österreichs Lande eingezogen. Unser einziggeliebter Kaiser ist entschlafen. Die erschütternde Empfindung, daß sich Unerhörtes ereignet, ist in der bangen Stunde, da Gott ihn zu sich nahm, riesenhaft an uns herangestürmt. In gigantischen Zügen hat der eherne Griffel Klios in die Annalen der Geschichte dieses erhabene Leben eingetragen. Die Zukunft wird von der Verehrung seiner Landeskinder, von dem einzigartigen Bande Kunde geben, die Volk und Herrscher verbunden.

Wie der Soldat auf dem Schlachtfelde mit dem letzten Atemzug die teure Fahne hält, die ihm anvertraut worden, so ist der Kaiser dahingegangen, in Pflichterfüllung bis in den Tod. Kaiser Franz Josef ist hochbetagt gestorben. Versöhnlich mußten wir uns zum Ablauf eines Lebens stellen, das sich der äußersten, den Menschen erreichbaren Grenze so stark genähert. Aber unser Herzensfühlen lehnt sich auf gegen solchen Trost und wir rechten mit der Fügung der Natur, die in sturmbewegten Tagen dieses erlauchte Leben erlöschen ließ, da der Weltkrieg der Entscheidung entgegenreift. Entsagend und sich selbst überwindend ist Kaiser Franz Josef gestorben, der den schönsten Traum, der ihm sein Leben verschönte, den segensreichen Frieden, hingegeben hat um des Rechtes, der Ehre, der Wahrheit willen und der Treue.

Möge Kaiser Franz Josef, wenn er in der altehrwürdigen Kapuzinergruft zu den Vätern versammelt wird, die Ruhe finden, nach welcher er sich im hohen Greisenalter gesehnt und die ihm zu Lebzeiten versagt blieb!

Menschenalter hat unser Kaiser kommen und gehen gesehen. Eine neue Wienerstadt ist unter seinem Schutze erstanden.

Sein Wien war der treue Kamerad, der in Freude und Leid zu ihm stand. Den Schmerz für den so früh heimgegangenen Sohn, für die ermordete Frau hat Wien mit seinem Kaiser geteilt, die Trauer über das Schicksal seines Bruders Max und des Neffen Franz Ferdinand hat Wien mitempfunden. So fühlte Wien, weil es zu ihm gehörte, wie er zu Wien.

Innerhalb der Marken unseres Bezirkes, der durch seinen Wohnsitz geadelt wurde, hat unser geliebter Kaiser sein Leben ausgehaucht; das Lainzer Jagdschloß, der Schönbrunner Schloßpark rufen ihm den letzten Gruß zu auf der letzten Fahrt und die Gedanken seiner Wiener geben ihm das Geleite.

Die Welt verlor den größten Zeitgenossen des Jahrhunderts.

Unser Kaiser ist tot!

Das Zeitalter des Kaisers Franz Josef I. ist beendigt."

Die Versammelten hatten sich zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen erhoben.

Schluß der Sitzung.

(XIV. Gemeindebezirk, Rudolfsheim.)

Bericht

über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim vom **23. November 1916.**

Bezirksvorsteher **Eduard Kunz** eröffnet die Sitzung und widmet Seiner Majestät dem Kaiser folgenden Nachruf, der von den Versammelten stehend angehört wird:

„Meine sehr geehrten Herren!

Eine tieftraurige Nachricht hat am 23. November ganz Wien und alle Völker Österreichs erschüttert.

Unser geliebter Monarch, Kaiser Franz Josef I., ist tot!

In jeder Hütte und jedem Palaste des großen Reiches ist tiefe Trauer eingezogen. Die Habsburger-Monarchie hat einen der größten Regenten und den besten, gütigsten Monarchen verloren, der je das Szepter des altehrwürdigen Kaiserstaates geführt hat. Mit Dank wollen wir in diesem Momente auf die lange, taten- und ruhmreiche Regierung Seiner Majestät zurückblicken; in der Jahrtausende alten Weltgeschichte ist es bisher äußerst selten vorgekommen, daß ein Herrscher länger seine Herrscherpflicht ausgeübt und in so langem Zeitraume vom ersten Regierungsjahre bis zu seinem letzten Lebenstage die unwandelbare Liebe seiner Untertanen genossen hätte.

Seit dem Jahre 1848, in dem die Wogen der Revolution über Europa hinwegfluteten und das Antlitz fast sämtlicher Staaten

veränderte, hat Kaiser Franz Josef trotz aller Stürme, trotz aller Wirnisse und Unglücksfälle bis auf den letzten Tag seines Lebens in Freud und Leid ausgeharrt.

Die Zeitereignisse, welche seit seinem Regierungsantritte aus dem alten ein neues Österreich geschaffen, und die in der Hast des modernen Lebens so vielfache Veränderungen mit sich gebracht haben, haben eines unverändert und unberührt gelassen: Die Liebe und Anhänglichkeit seiner Völker an das Herrscherhaus und an den regierenden Monarchen.

Wir haben alle Schicksalsschläge mit ihm empfunden, wie Kinder ihre Teilnahme an dem Schicksale ihrer Eltern empfinden. Wir haben es mit ganzem Herzen mitgefühlt, wie Österreich durch die unglücklichen Kriegsjahre von 1859 und 1866 die ursprüngliche Machtfülle einbüßte, wir haben mit lebhaftem Empfinden an dem Wiederaufbau derselben teilgenommen.

Kaiser Franz Josef I. war der erste konstitutionelle Herrscher Österreichs.

Unser Kaiser war Soldat mit Leib und Seele.

Noch als Erzherzog empfing er unter den Augen Radetzky's die Feuertaufe bei St. Lucia.

Bei Solferino 1859 ermunterte er selbst seine tapferen Soldaten mit den Worten: „Vorwärts, ihr Braven, auch ich habe Weib und Kind zu verlieren!"

Doch niemals hat Kaiser Franz Josef das Schwert aus bloßer Ruhmbegierde oder Eroberungslust gezogen.

Seinen Völkern den Frieden zu erhalten, war seine unablässige Sorge. Als ältester unter den Herrschern Europas war er so recht der Schirmherr des Weltfriedens, und mit Ehrfurcht blickten alle Monarchen auf ihn und schätzten sein weises und geläutertes Urteil.

Nicht bloß das Herrscherwalten Franz Josef's I. war es, das ihm die Herzen seiner Völker nahegerückt hat, vor allem seine persönlichen Eigenschaften, sein großer und edler Charakter waren es, die ihm die Liebe seiner Untertanen im Sturme gewonnen, und diese trotz aller Wandlungen der Zeiten nur immer fester und fester gestaltet haben. Rastlos war des Monarchen Pflichteifer, unermüdlich seine Arbeitslust, unerschöpflich seine Großmut und Mildtätigkeit. Niemand war pünktlicher als der Kaiser, niemand eifriger in der Erfüllung seiner Pflichten, niemand strenger gegen sich selbst, milder und nachsichtiger in der Beurteilung anderer. Keiner, der sich bittend den Stufen des Thrones nahte, wurde ungetröstet vom Kaiser entlassen. Es verging kaum ein Tag, an dem der Kaiser nicht zum Bau eines Kirchleins oder einer Schule, und mag es noch so ein kleines Gebirgsdorf gewesen sein, welches um eine gütige Spende gebeten, gewiß einen namhaften Betrag gegeben hat.

Wenn irgendwo in einem Teile des Reiches die Bewohner von einem schweren Unglücke betroffen wurden, sofort eilte der gütige Herrscher an die Stätte des Elends, suchte Hilfe und Linderung zu spenden, soweit es in seinen Kräften stand.

Schwere Prüfungen hat während der langen Zeit seiner Regierung der unerforschliche Ratschluß der göttlichen Vorsehung unserem geliebten Kaiser auferlegt. In der Blüte der Jahre raffte der Tod seinen geliebten Sohn hinweg; sein erlauchter Oheim, der sieggewohnte Erzherzog Albrecht, ward von seiner Seite gerissen. Auch seine innigstgeliebten Brüder, den unglücklichen Kaiser Max von Mexiko und Erzherzog Karl Ludwig sah er hinscheiden. Am tiefsten erschütterte ihn wohl der Tod seiner edlen Gemahlin, der Kaiserin und Königin Elisabeth, die am 10. September 1898 von ruchloser Mörderhand getötet wurde.

„Es bleibt Mir nichts in dieser Welt erspart", sagte damals schluchzend der Kaiser.

Aber immer wieder fand Kaiser Franz Josef I. Trost in seiner tiefen Religiosität, in seiner unermüdlichen Tätigkeit für die Wohlfahrt seiner Völker, die er alle mit gleicher Liebe umschloß und die er so gerne alle glücklich gesehen hätte. Es war noch nicht genug des sorgen- und kummervollen Lebens Seiner Majestät.

Es war am 28. Juni 1914, als in der ganzen Welt eine Schreckenskunde die Herzen erstarren ließ! — Der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Gemahlin wurden in der Hauptstadt von Bosnien, in Sarajevo, ermordet.

Diese ruchlose Mordtat veranlaßte die österreichische Regierung zu einer strengen Untersuchung, die bald das schreckliche Ergebnis zeitigte, daß der Mord seit langem von den Feinden Österreichs vorbereitet war, um Grund und Ursache zu finden, einen Vernichtungskrieg gegen Österreich-Ungarn zu führen — und so entstand der furchtbare Weltkrieg.

Auch dieses große Unglück mußte unser Kaiser erleben und sehen, wie seine tapferen Landeskinder am Schlachtfelde zur Verteidigung unseres Vaterlandes bluteten.

Das war wohl der letzte Schlag, den seine mordgierigen Feinde gegen sein edles, taten- und ruhmreiches Leben führten.

Den Ausgang, das Ende des fürchterlichen Weltkrieges und den mit Sehnsucht erwünschten Frieden hat unser Kaiser nicht mehr erlebt.

Sie, meine Herren, haben meiner Einladung zu einer Trauerkundgebung Folge geleistet, ich glaube, wir alle sind einig in dem Gedanken, Seine k. u. k. Apostolische Majestät Kaiser Franz Josef I. ruhe sanft, tief betrauert von dem treuen Volke Österreichs!"

Schluß der Sitzung.

(XVI. Gemeindebezirk, Ottakring.)

Bericht

über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring vom **27. November 1916.**

Bezirksvorsteher **Franz Priedl** ergreift das Wort zu folgender Ansprache an die Versammelten, die sich von ihren Sitzen erhoben haben:

„In tiefe Bestürzung und Trauer hat die erschütternde Kunde vom Tode unseres erhabenen Monarchen seine Völker versetzt; inmitten der schweren Tage des Weltkrieges wurde durch Gottes Willen dem Reiche sein Lenker entrissen.

Über sechseinhalb Jahrzehnte hat unser geliebter Kaiser rastlos und unbeugsam der strengsten Erfüllung der Pflichten seines hohen Amtes gelebt und als erster Bürger des Staates seinen Untertanen ein leuchtendes Vorbild gegeben.

Wenn es auch dem verblichenen Monarchen, dem die Welt den Ehrennamen eines Friedensfürsten verliehen hatte, nicht vergönnt war, das Ende des Weltkrieges zu erleben und darin den höchsten Lohn seines Wirkens zu empfangen, so war ihm doch vergönnt, die ungeahnte großartige Kraftentfaltung der von den

Feinden erschüttert geglaubten Monarchie zu erleben und einen neuerlichen Beweis der Treue seiner Völker zu erhalten.

Gleichwie er die anhängliche Verehrung und Treue der Wiener stets anerkannte, war und ist ihm auch die Stadt zu ganz besonderer Dankbarkeit verpflichtet.

Er ermöglichte der alten Kaiserstadt die Vergrößerung, bauliche Entwicklung und Verschönerung, sowie die selbständige Regelung ihrer Verwaltung.

An der Bahre des geliebten Kaisers aber wollen wir das Versprechen erneuern, dem angestammten Herrscherhause in alter Treue weiter zu dienen und für dessen Bestand mit aller unserer Kraft einzustehen jetzt und allezeit."

Schluß der Sitzung.

(XX. Gemeindebezirk, Brigittenau.)

Bericht

über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau vom **27. November 1916.**

Bezirksvorsteher **Lorenz Müller** hält folgende Ansprache:

„Franz Josef I., unser Kaiser und Herr, weilt nicht mehr unter den Lebenden. Tieferschüttert versammeln wir uns heute, um unserer Trauer und unserem Schmerze im Namen der gesamten Bewohner des XX. Bezirkes Ausdruck zu verleihen. Was er uns allen gewesen ist und ewig sein wird, was seine große Monarchie, unser aller blühendes Vaterland, was seine Völker während seiner langen, segensreichen Regierung ihm zu danken haben, das fühlen wir alle so recht im Augenblick, da wir sagen müssen: Er ist nicht mehr.

Er war nicht nur der große Herrscher, der die Monarchie zu einer Macht ausbaute, welche dem trotzigsten Ansturm des Feindes siegreich Halt gebietet, nein, er war auch, und das ist die Größe dieses Herrschers, ein milder und gütiger Fürst, dessen hilfreiche Vaterhände alle Gebiete seines weiten Reiches, und seien sie noch so eng umgrenzt, in segensvollem Wirken gefühlt haben. Wie klein im Vergleiche zum Gesamtstaate ist unsere Brigittenau, und doch ist kein Ereignis, sei es voll Leid, sei es voll Freude, vorübergezogen, an welchem nicht unser geliebter Kaiser wie ein fürsorglicher Vater Anteil genommen hätte.

Als im Jahre 1862 eine furchtbare Überschwemmung die Brigittenau verheerte, da scheute er nicht, in einer schwachen Zille die Unglücksstätte selbst aufzusuchen, um an Ort und Stelle hilfreich einzugreifen und Trost zu spenden. Später aber waren mit dem unter den Auspizien seiner glorreichen Regierung errichteten großartigen Schleusenbau bei Nußdorf solche Gefahren ein- für allemal gebannt und der Bezirk konnte sich ungestört und rasch entwickeln. Wiederholt bekundete er sein freudiges Interesse am Aufblühen des Bezirkes und manchem festlichen Anlasse hat er durch seine Anwesenheit die volle Würde und Weihe gegeben. Wir erinnern uns alle, um nur einiges zu nennen, an die herrliche Feier der Einweihung der Brigitta-Kapelle, an die Grundsteinlegung der für die Zukunft unseres Bezirkes so außerordentlich wichtigen Erweiterungsbauten der Kaiser Franz Josefs-Brücke, die ja zu dauerndem Andenken an ihn den Namen trägt, weiters an die Grundsteinlegung der Eucharistischen Gedächtniskirche, alles Festlichkeiten, bei denen er unter uns erschienen ist.

Wir erinnern uns auch mit innigstem Gefühle, wie er durch hochherzige Spende aus eigenen Mitteln uns den Bau der Notkirche auf dem Allerheiligenplatze ermöglicht, wodurch das tiefe und langjährige Verlangen der so zahlreichen Einwohnerschaft des Bezirkes nach einer zweiten Kirche erfüllt werden konnte. So wird er durch all dieses im Bezirke unvergeßlich bleiben und die Dankbarkeit für seine auszeichnende Huld und Güte nie verlöschen. In diesem Sinne können wir mit Recht sagen: Unser Kaiser ist gestorben, aber er ist nicht tot. Wir können das Bild, das er durch sein liebevolles Wirken in unvergänglichen Zügen in unsere Herzen eingezeichnet hat, nicht besser schmücken, sein Andenken nicht höher ehren als dadurch, daß wir all das Gute und Fruchtbringende, das wir ihm zu danken haben, unentwegt weiter entwickeln zu Nutz und Frommen unseres Bezirkes und damit der Allgemeinheit."

Die Anwesenden hatten sich zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen erhoben.

Schluß der Sitzung.

Lebensmittelverkehr.

Pferdemarkt vom 5. Dezember 1916.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 471 Stück
175 Gebrauchspferde, 296 Schlachtpferde.*)

Preis für Gebrauchspferde . . . 900 bis 3600 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . 380 „ 880 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 5. Dezember 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	38 K	— h
Roggen	„ 100 „	31 „	— „
Braugerste . . .	„ 100 „	36 „	— „
Futtergerste . . .	„ 100 „	32 „	— „
Hafer	„ 100 „	30 „	— „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.)

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	— K	— h	per	100 kg
Backmehl	— „	— „	„	100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	— „	— „	„	100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	— „	— „	„	100 „
Brotmehl (Weizenbrot- und Roggenmehl)	— „	— „	„	100 „

*) Hievon ab 187 am Markte und 109 im Pferdeschlachthause.

Baubewegung

vom 5. bis 7. Dezember 1916.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen.

II. Bezirk: Taborstraße 17, von E. Spielmann und Dr. A. Teller, I., Tuchlauben 3, Hof. Verkehrsbank (3861).

IX. Bezirk: Prechtlgasse-Tendlergasse, von Dücker und Olbricht (3877).

Diverse geringere Bauten.

V. Bezirk: Rohrkanal, Wehrgasse 18, von Hedwig Neumann, Bauführer Rudolf Hartl (3875).

VII. Bezirk: Rohrkanal, Neustiftgasse 105, von Heinrich Abranowicz, IX., Wasagasse 54, Bauführer Josef Peschel (3874).

XX. Bezirk: Barackenbau, Wehlistraße, von der Metall-Zentrale, A.-G., VI., Mariahilferstraße 70, Bauführer E. Melcher (3866).

Gesuche um Parzellierungen.

XXI. Bezirk: Donaufeld, Einl.-Z. 856, 179, von der Aktiengesellschaft der Vereinigten Asphalt- und Baumaterialienwerke Wien-Floridsdorf-Wopfing (3865).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

Offertverhandlungs-Ergebnisse.

M. Abt. VI, 3127.

5. Dezember 1916.

Umpflasterung der Arbeitergasse von der Reinprechtsdorferstraße bis zur Spengergasse und des Bacherplatzes im Zuge der Arbeitergasse im V. Bezirke.

Erd- und Pflasterungsarbeiten, Steinfuhrwerk und Asphaltiererarbeiten.

Wolf Leopold & Komp. — a) Städtische Straßenverwaltung:
Aufzahlung 75% für Erd- und Pflasterungsarbeiten.
Aufzahlung 50% für Steinfuhrwerk.
Aufzahlung 170% für Asphaltiererarbeiten.
b) Städtische Straßenbahnen:
Aufzahlung 100% für Erd- und Pflasterungsarbeiten.
Aufzahlung 180% für Steinfuhrwerk.
Aufzahlung 170% für Asphaltiererarbeiten.
Die Asphaltiererarbeiten werden entweder durch die Firma C. Haumann's Witwe & Söhne oder durch die Firma Cooper & Komp. ausgeführt.

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

9. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Fößleitner Johann — Stadtlohnfuhrwerksgewerbe — XIX., Pyrkergasse 32.

Fassel Richard — Verabreichung von Kaffee, Tee und Schokolade — IV., Margaretenstraße 32.

Holzer Johann — Kaffeeschenkergewerbe — VII., Mariahilferstraße 128.

Fleischner Richard — Erzeugung von Holzsohlen und Holzabsätzen — XIV., Benedikt Schellinger-Gasse 8.

Schwarz Abraham — Einkauf von Tuchabfällen — XV., Grenzgasse 20.

Kozen Karl — Zimmer- und Fensterreinigung — I., Wildpretmarkt 10.

Goldberger Gaspar — Handelsagentur — II., Obere Donaustraße 61.

Karp Samuel — Kurzwarenhandel — II., Krumbaumgasse 2.

Kubat Franz — Schuhmachergewerbe — II., Schüttelstraße 87.

Baß David — Einkauf von Tuchabfällen und Hadern — XV., Neubaugürtel 37.

Siegmann Isaak Leib — Handel mit Bürsten und Holzpantoffeln — II., Odeongasse 11.

Goldberg Benjamin — Handel mit Manufakturwaren — II., Ausstellungsstraße 5.

Kloß Heinrich — Holzhandel — II., Schüttelstraße 101.

Klapholz Adolf — Handel mit Textilwaren — II., Kleine Pfarrgasse 28.

Soukup Pauline — Übernahme von Wäsche und Kleidern zum Putzen — II., Untere Augartenstraße 29.

Ratz Bernhard — Handel mit Papier, Schreibrequisiten und Galanteriewaren — II., Vorgartenstraße 195

Secausky Jovan B. — Handelsagentur — IV., Margaretenstraße 34.

Pollak Heinrich — Gemischtwarenhandel — II., Untere Donaustraße 25.

Steiner Julius — Gemischwaren-Verschleiß — II., Venedigerau 2.

Perl Jakob — Handelsagentur — II., Praterstraße 43.

Horowitz Isaak — Handel mit Eisenwaren — II., Zirkusgasse 21.

Fuchs Heinrich — Handelsagentie — VII., Schottenfeldgasse 89.

Amon Alois — Verschleiß von Kanditen und Zuckerbäckerwaren — VII., Siebensterngasse 50.

Halpern Regine — Einkauf von Tuch-, Leinen- und Baumwollabfällen — XV., Kranzgasse 4.

Kreipl-Reichhart Ludmilla — Einkauf von Tuchabfällen und Hadern — XV., Hackengasse 14.

Wyhart Theresia — Gast- und Schankgewerbe — IV., Neumanngasse 12.

Winischhofer Josefine — Wäschewaren-Erzeugung — IV., Kolschitzkygasse 4.

Beer Gertrude — Porträtphotographie — I., Rudolfsplatz 6.

Biel Lina — Geflügelhandel — II., Rueppgasse 7.

Drucker Antoniette — Kanditen-Verschleiß — II., Praterstraße (Nestroy-Kino).

Kaiser Pauline — Handel mit Obst, Gemüse und Viktualien — II., Schmelzgasse 9.

Peller Faine — Handel mit Schuhen — II., Obere Donaustraße 15/17.

Lustig Charlotte — Geflügelhandel — II., Taborstraße 54.

Teller Theresia — Viktualienhandel — II., Fugbachgasse 5.

Steiner Rosa — Handel mit Holz, Kohlen und Koks — II., Große Mohrengasse 40.

Bondy & Mayer — Manufakturwarenhandel — I., Eßlinggasse 13.

Inhalt.

Seite

Fünfte Kriegsanleihe 2529
Bericht der 56. Obmänner-Konferenz (10. Oktober 1916) 2530
Stadtrat:
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 28. November 1916 . 2540
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 4. Dezember 1916 . . 2553
Bezirksvertretungen:
Trauerkundgebungen:
Bericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt vom 23. November 1916 2555
Bericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden vom 25. November 1916 2555
Bericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund vom 25. November 1916 2556
Bericht über die oußerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Simmering vom 25. November 1916 2556
Bericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing vom 24. November 1916 2557
Bericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim vom 23. November 1916 2557
Bericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring vom 27. November 1916 2558
Bericht über die außerordentliche öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau vom 27. November 1916 2559
Lebensmittelverkehr:
Pferdemarkt vom 5. Dezember 1916 2559
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 5. Dezember 1916 2559
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 5. bis 7. Dezember 1916 2560
Städtische Arbeiten und Lieferungen:
Offertverhandlungs-Ergebnisse 2560
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 2560
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm J. B. Wallishausser.

Arbeiten und Lieferungen.

Vorbemerkung zu folgenden Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1916.

Tag und Stunde der Verhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
13. Dez. 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, IV. Stiege, Mezzanin)	1062	Neubau eines Hauptunratskanales in der Haidestraße von der I. Haidequerstraße bis zur neuen k. u. k. Automörsergarage im XI. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten** (einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel) .	18.176 K 83 h Vorbemerkung: Profile, Kostenanschläge und Bedingnisse sind im Stadtbauamte, Fach-Abteilung III, Neues Rathaus, Mezzanin, einzusehen. 1—2

M. Abt. X, 9496.

Kundmachung.

Ober-St. Veiter Friedhof. — Wiederbelegung heimgefallener eigener Gräber.)

Vom 1. März 1917 an werden heimgefallene eigene Gräber der Gruppen A, B, C, D, E und F des Ober-St. Veiter Friedhofes wiederbelegt.

Das Verzeichnis dieser Gräber kann in der Konskriptionsamts-Abteilung des magistratischen Bezirksamtes für den XIII. Bezirk und beim Totengräber eingesehen werden.

Parteien, denen das Benützungsrecht an den Grabstellen zustand, können vor dem 1. März 1917 um die abermalige Überlassung der Grabstelle bei dem Wiener Magistrate, Abteilung X (I., Neues Rathaus), oder bei dem magistratischen Bezirksamte für den XIII. Bezirk schriftlich einschreiten.

Verspätet überreichte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Leichenaushebungen aus diesen Grabstellen sind nur vor deren Wiederbelegung zulässig.

Die bezüglichen Gesuche sind vor dem 1. März 1917 bei dem Wiener Magistrate, Abteilung X, einzubringen.

Vom 1. März 1917 an werden die Grabsteine und Kreuze nach Erfordernis von den Grabstellen auf Kosten und Gefahr der Eigentümer entfernt und an geeigneter Stelle im Friedhofe hinterlegt.

Sie werden denjenigen Parteien, welche binnen Jahresfrist ihr Eigentum entsprechend dartun, ausgefolgt. Über den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung X,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 17. November 1916. 2—3

M. Abt. XIII, 5017/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Stipendium
am k. k. Staats-Realgymnasium im XXI. Bezirke.

Verliehen wird: Ein Stipendium im Betrage von jährlich 200 K vom Beginne des Schuljahres 1916/17 angefangen an einen Schüler des k. k. Staats-Realgymnasiums im XXI. Wiener Gemeindebezirke (Floridsdorf) für die Dauer des Studiums an diesem Gymnasium.

Zur Bewerbung sind berufen: Dürftige und würdige Schüler dieses Realgymnasiums, welche in der bestandenen Gemeinde Floridsdorf das Heimatrecht besaßen und dermalen nach Wien zuständig sind, in deren Ermanglung solche Schüler, welche in Niederösterreich heimatberechtigt jedoch bereits seit fünf Jahren im ehemaligen Gemeindegebiete Floridsdorf wohnhaft sind, endlich in letzter Linie solche Schüler, die in Niederösterreich zuständig sind, und zwar ohne Rücksicht auf Ort und Dauer des Wohnsitzes.

Dem Gesuche sind beizuschließen: Tauf(Geburt)schein, Impfzeugnis aus den letzten 6 Jahren, Heimatschein, allenfalls Nachweis über die frühere Zuständigkeit und den Wohnsitz im ehemaligen Gemeindegebiete Floridsdorf, letztes Semestralzeugnis, legales Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis.

Einreichstelle: Direktion des k. k. Staats-Realgymnasiums im XXI. Bezirke.

Einreichungsfrist: **Bis 14. Dezember 1916.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 25. Oktober 1916.

M. Abt. XIII, 6586/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef Kopetzky'sche Stiftung
für einen Kanzlisten oder Diurnisten des Wiener Magistrates.

Verliehen wird: Ein Betrag von 80 K als Kurkostenbeitrag oder als Unterstützung für den Fall der Rekonvaleszenz.

Zur Bewerbung sind berufen: Kanzlisten und Diurnisten des Wiener Magistrates.

Dem Gesuche sind beizulegen: Eine armenärztliche Bestätigung über die Kurbedürftigkeit oder Rekonvaleszenz und Mittellosigkeitszeugnis.

Einreichungsfrist: **Bis 30. Dezember 1916.**
Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 5. November 1916.

M. Abt. XIII, 5952/16. Selbständiger Wirkungskreis.

August Zang'sche Stiftung
für Kleingewerbetreibende.

Verteilt werden: 3580 K.

Zur Bewerbung sind berufen: In Wien wohnhafte Kleingewerbetreibende, welche ohne ihr Verschulden in eine Notlage geraten sind und ihr Gewerbe noch betreiben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein oder Konzessions-Dekret, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer und Impfungsnachweis aus den letzten sechs Jahren.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: **Bis 15. Dezember 1916.**
Verleihungstag: 3. März 1917.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 17. Oktober 1916.

M. Abt. XIII, 5947/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Dr. Karl Lueger-Stiftung.

Im Laufe eines jeden Jahres gelangen die verfügbaren Interessen der Dr. Karl Lueger-Stiftung zur Verteilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben hilfsbedürftige christliche Wiener Kleingewerbetreibende, **welche ihr Gewerbe noch betreiben,** ferner hilfsbedürftige christliche Arbeiter christlicher Wiener Kleingewerbetreibender, **welche noch in Arbeit stehen,** endlich Witwen und Waisen der Genannten.

Die Auszahlung der verliehenen Beträge ist an einen bestimmten Tag nicht gebunden und erfolgt die Zuwendung der Stiftung nach Maßgabe des Stiftungserträgnisses, so oft stiftbrieflich geeignete Bewerber vorhanden sind.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Taufschein, allenfalls auch den Trauschein und die Taufzettel der Kinder, ferner den Heimatschein, den Gewerbeschein oder das Konzessions-Dekret, den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer, beziehungsweise den Nachweis des Arbeitsverhältnisses (Arbeitsbestätigung des derzeitigen Arbeitgebers) und den Impfungsnachweis aus den letzten 6 Jahren, Witwen und Waisen außerdem den Totenschein des Gatten, beziehungsweise der Eltern und den Nachweis beizulegen, daß ihr verstorbener Gatte, beziehungsweise ihre Eltern ein selbständiges Gewerbe betrieben haben oder bei einem christlichen Wiener Kleingewerbetreibenden in Arbeit gestanden sind.

Die in solcher Weise belegten Gesuche können jederzeit in der Magistrats-Abteilung XIII (I., Neues Rathaus, 2. Stock) überreicht werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 24. Oktober 1916.

M. Abt. XIII, 6942/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Anton Hupp'sche Stiftung
für arme, alte Bewohner des X. Bezirkes.

Verliehen wird: Ein Betrag von 400 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, alte Bewohner des X. Gemeindebezirkes in Wien.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armutszeugnis.

Einreichstelle: Kanzlei der Bezirksvertretung des X. Bezirkes (Keplerplatz 5).

Einreichungsfrist: **Bis 15. Dezember 1916.**

Verleihungstag: 26. Februar 1917.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 13. November 1916.

K. k. n.-ö. Statth.-Z. IX-2096.

Kundmachung.
(Franziska Schwarz'sche Stipendiumstiftung).

Vom I. Semester des Studienjahres 1916/17 ab gelangt ein Franziska Schwarz'sches Stipendium jährlicher 600 K zur Verleihung.

Zum Genusse dieses Stipendiums ist ein aus der Freundschaft der im Jahre 1762 in Wien verstorbenen Fleischhauerswitwe Franziska Schwarz, geb. Appel, stammender, der männlichen oder weiblichen Linie der Familie Appel angehöriger, studierender Knabe, dessen Eltern einigermaßen einen Beitrag nötig haben, berufen. Bewerber um dieses Stipendium haben ihre mit dem Geburts-(Tauf-) und Heimatscheine, dem Impfzeugnisse, dem Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, den beiden letzten Semestralzeugnissen, sowie mit dem Nachweise der Verwandtschaft belegten Gesuche **bis längstens 31. Jänner 1917** bei dem Wiener Magistrate (Abteilung XIII) zu überreichen.

Hiebei wird bemerkt, daß der Nachweis der Verwandtschaft mit der Stifterin nur durch amtliche, den Inhalt der Ehe- und Tauf-(Geburts-)Matriken wortgetreu wiedergebende Auszüge, Ehekontrakte, Testamentsabschriften u. dgl. erbracht werden kann.

In dem Gesuche ist, abgesehen von den Angaben im Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, auch ausdrücklich anzuführen, ob der Stipendienwerber oder eines seiner Geschwister bereits im Genusse eines Stipendiums steht oder nicht, bejahendenfalls sind der Jahresbetrag und die Daten des Verleihungs-Dekretes anzugeben. Diese Angaben sind vom Studienvorstande nebst der Würdigkeit eigens zu bestätigen.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.
Wien, am 28. Oktober 1916.

G. Z. 3401.

Karl und Theresia Göschl-Stiftung.

Von der Vorstehung des III. Wiener Gemeindebezirkes gelangen die Interessen der Karl und Theresia Göschl-Stiftung im Betrage von je 80 K an vier würdige Geschäftsleute des III. Bezirkes Landstraße ohne Unterschied des Geschlechtes und der Konfession, welche ohne ihr Verschulden verarmt sind, zur Verteilung.

Bei sonst ganz gleichen Verhältnissen haben nach dem Willen der Stifter Wiener Bürger den Vorzug.

Die diesfälligen Gesuche sind mit den Tauf-, respektive Wohnungs- und Mittellosigkeits-Zeugnissen, eventuell mit dem Nachweise über den Besitz des Wiener Bürgerrechtes **bis 30. Dezember 1916** in der Kanzlei der Bezirksvertretung des III. Wiener Gemeindebezirkes, III., Karl Borromäus-Platz 3, im 1. Stock, zu überreichen.

Später einlangende Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Wien, im Dezember 1916.

Der Vorsteher des III. Wiener Gemeindebezirkes:
Paul Spitaler. 2—3

M. Abt. XIII, 5599/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Johann Georg Ertl'sche Stiftung.

Zur Verteilung gelangen: 690 K in Beträgen von mindestens 50 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, in Wien wohnhafte Familien, deren Familienoberhaupt oder von denen eines oder mehrere der im gemeinschaftlichen Haushalte lebenden Familienmitglieder von Krankheit betroffen sind.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Trauungsschein, Tauf(Geburt)zettel der Kinder, eventuell Totenschein des verstorbenen Gattenteiles, armenärztliches Zeugnis über die Krankheit und Impfungsnachweis aus den letzten sechs Jahren.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 15. Dezember 1916.**

Verleihungstag: 26. Februar 1917.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 14. Oktober 1916.

Zur kulanten Besorgung aller im Kursblatte notierten Effekten und Valuten bestens empfohlen.

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz Nr. 11.
Parterre.

„Austria" Petroleumindustrie A. G.

Wien, I., Renngasse 6

Telephone: 15.840, 18.280, 22.760, 22.862, 23.414

Petroleum, Paraffin, Auto-Benzin, Motoren-Benzin, Lösungs-Benzin, Schmier-Öle, Gas-Öle, Dieselmotoren-Treiböl, Heizöl, Asphalt, Koks.

Telegramme: Senkero Wien

Zentral-Verkaufsbureau für die Erzeugnisse der Raffinerien in: **Trzebinia, Drohobycz („Austria"), Mährisch-Schönberg und Peczenizyn.**

AUFZÜGE und KRANE

A. FREISSLER, Ingenieur,

Maschinen- und Aufzüge-Fabrik,

Gesellschaft m. b. H.

Wien, X., Erlachplatz 4. — Budapest, VI., Davidgasse 2.

Befasst sich seit 42 Jahren ausschliesslich mit der Erzeugung aller Arten von Aufzügen und Kranen nach eigener, bewährter Konstruktion.

Gegen Luftzug bei Fenstern und Türen

übernimmt Abdichtungsarbeiten Luftzugverschliesser-Erzeugung.

FERDINAND PACHHOFER

Wien, III., Hauptstrasse 36

Telephon: Stelle 4 von 709

Die Arbeiten werden durch geschulte Monteure fachgemäss ausgeführt.

Erstklassige Empfehlungen!

Internationale **Handelsbank** in Oesterreich

Wien, I., Schottenring 21

EINLAGEN

in laufender Rechnung zu kulantesten Bedingungen, jederzeit rückzahlbar ohne Kündigung. Förderung von Gewerbe, Handel, Industrie, Export und Import.

Tel. 12009, 16216, 16158.

übernimmt Zeichnungen für die 5. österreichische **Kriegsanleihe** zu den Original-Bedingungen

Union-Bank.

In Gemäßheit des § 29 der Statuten werden die Aktionäre der Union-Bank zu einer **ausserordentlichen Generalversammlung** eingeladen, welche am **20. Dezember 1916,** vormittags 11 Uhr, im Anstaltsgebäude, I., Renngasse 1, stattfindet.

TAGESORDNUNG:

Anträge des Verwaltungsrates:

a) auf Erhöhung des Aktienkapitals,

b) auf Abänderung der bezüglichen Statutenbestimmungen.

Die stimmberechtigten Herren Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilzunehmen wünschen, wollen ihre Aktien in Gemäßheit des § 27 der Statuten **spätestens am 12. Dezember 1916** erlegen, und zwar:

in **Wien** bei der Liquidatur der Union-Bank,
in **Triest** bei der Filiale der Union-Bank,
in **Lemberg** bei der Union-Bank, Filiale Lemberg,
in **Berlin** bei der Dresdner Bank,
in **Frankfurt a. M.** bei der Deutschen Effekten- & Wechsel-Bank oder bei der Dresdner Bank in Frankfurt a. M.,
in **München** bei der Bayrischen Hypotheken- und Wechsel-Bank oder bei der Dresdner Bank, Filiale München,
in **Nürnberg** bei der Dresdner Bank, Filiale Nürnberg,
in **Basel, Genf, St. Gallen** und **Zürich** bei dem Schweizerischen Bankverein oder bei der Eidgenössischen Bank (A. G.).

Wien, 2. Dezember 1916.

UNION-BANK.



ART. KRUPP BERNDORF

Schutzmarke für Alpacca-Silber I.

ART. KRUPP BERNDORF

Schutzmarke für Alpacca-Silber I.

BERNDORFER ALPACCA-SILBER-Essbestecke u. Tafelgeräte

zeichnen sich aus durch Formenschönheit und gediegene Ausführung. Preislisten kostenlos.

Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp A. G.

Berndorf, Nied.-Österr.

Niederlagen in Wien: I., Wollzeile 12, I., Graben 12, VI., Mariahilferstrasse 19/21

Seidenstoffe, Samt, Plüsch, Wollstoffe, Waschkleiderstoffe, Bänder, Aufputz, Spitzen, Stickereien. Fertige Damenkleider, Blusen, Mäntel, Jacken, Hauskleider, Unterröcke, Teppiche, Vorhänge, Decken.

FÜR

Weihnachten

Fertige Wäsche, Wischtücher, Tischzeuge, Handtücher, Taschentücher, Strümpfe, Socken, Handschuhe, Reisekoffer, Reisekörbe, Schirme, Lederwaren.

A. HERZMANSKY

Mariahilferstr. 26. WIEN VII., Stiftg. 1, 3, 5, 7.

Beilage Nr. 111 ex 1916.

Referenten-Antrag

(Pr.-Z. 10956 ex 1916. / M.-A. III—15141 ex 1916.)

Bericht über das Kartoffelgeschäft der Gemeinde Wien.

Bericht.

Als sofort nach Ausbruch des Krieges die Wiener Gemeindeverwaltung an die Beschaffung größerer Mengen von Lebensmitteln schritt, hat sie auch, um allfälligen Schwierigkeiten in der Versorgung mit Kartoffeln rechtzeitig begegnen zu können, im Herbste 1914 und im Frühjahre 1915 zusammen 305 Bahnwagen Kartoffeln angekauft. Diese Vorräte wurden während dieses Zeitraumes allmählich in den Verkehr gesetzt, ohne daß sich jedoch in irgend einem Zeitpunkte eine drängendere Nachfrage oder gar eine Knappheit an dieser Ware bemerkbar machte.

Wesentlich anders gestalteten sich die Verhältnisse im Herbste 1915. Bereits in den ersten Wochen des September waren auf dem Wiener Kartoffelmarkte Erscheinungen zu beobachten, welche die Besorgnis erwecken mußten, daß die genügende Versorgung der Bevölkerung mit diesem unentbehrlichen Lebensmittel für die kommende Winterszeit in den Formen des bisherigen Verkehres im Frieden (Anlieferung durch die Wirtschaftsbesitzer der Umgebung auf die Märkte und Beschaffung der Ware und Abgabe durch den Handel) nicht gewährleistet sei. Die Zufuhren vom Lande blieben auffallend schwach, die Anlieferungen der Händler waren gleichfalls nicht genügend, die Preise stiegen bedenklich in die Höhe. Sobald sich die ersten Anzeichen der Knappheit und der drängenden Nachfrage des Publikums zeigten, griff die Gemeindeverwaltung sofort ein. Über Intervention des Magistrates veranlaßte die Regierung im Wege der Bezirkshauptmannschaften die Kartoffelbau treibenden Gemeinden Niederösterreichs zur Lieferung für Wien; von dem festgesetzten Kontingent von 2000 Bahnwagen wurden 1285 Bahnwagen angeliefert. Weiters war die Gemeinde Wien bestrebt, sich durch entsprechende Schlüsse große Vorräte zu sichern und auf diese Weise nicht nur für den laufenden Bedarf, sondern auch für jenen der Wintermonate vorzusorgen.

Die ersten großen Schwierigkeiten erwuchsen ihr hiebei durch die Ministerialverordnung vom 22. September 1915, R.-G.-Bl. Nr. 276, mit welcher Höchstpreise für Kartoffeln festgesetzt

wurden. Sofort nach dem Erscheinen dieser Verordnung konnte festgestellt werden, daß die Wirtschaftsbesitzer mit der Abgabe ihrer Ware zurückhielten und nur schwer zu Geschäftsabschlüssen zu bewegen waren. Da somit die Gemeinde Wien Kartoffeln österreichischer Herkunft nicht in genügender Menge erhalten konnte, war sie gezwungen, sich Vorräte aus Ungarn zu beschaffen, die aber nur zu höheren, als zu österreichischen Preisen erhältlich waren. Im allgemeinen war jedoch, dank des schnellen Eingreifens der Gemeindeverwaltung die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Kartoffeln bis gegen Ende Februar 1916 zufriedenstellend, zumal auch der freie Handel nicht ganz ausgeschaltet war und nicht unerhebliche Mengen dem Verbrauche zuführte; auch die Versorgung im Wege des Stückgüterverkehres war nicht unbedeutend.

Bedenklich wurde die Lage erst in der zweiten Hälfte Februar d. J., als die Vorräte der Gemeinde Wien zur Neige gingen und die auswärtigen Zufuhren so gering waren, daß an manchen Tagen selbst für den Verkauf auf den Wiener Marktplätzen nur einige wenige Bahnwagen zur Verfügung gestellt werden konnten.

Die Zuschubverhältnisse blieben während der ganzen folgenden Monate sehr wechselnd und es traten mehrmals Stockungen in solchem Umfange ein, daß sie die lebhaftesten Befürchtungen wachrufen mußten; nur den unausgesetzten, angestrengtesten Bemühungen des Bürgermeisters und des Magistrates durch fortwährende Interventionen bei allen in Frage kommenden zivilen und militärischen Amtsstellen gelang es, oft erst im letzten Augenblicke, Wien vor dem Verhängnis zu bewahren, überhaupt ohne Kartoffeln zu sein.

Die Ursachen dieser unregelmäßigen Versorgung waren mannigfacher Natur. Als im Frühjahre in allen Kronländern eine starke Kartoffelknappheit fühlbar wurde, schritten mehrere Landesstellen hauptsächlich in den Kartoffeln erzeugenden Ländern in der Befürchtung, daß der Kartoffelmangel in den großen Verbrauchszentren und in den Alpenländern eine den Verbrauch ihrer eigenen Gebiete gefährdende Ausfuhr bewirken werde, zur Selbsthilfe, indem sie durch verschiedene Verfügungen die Ausfuhr beschränkten und in mehr oder weniger durchgreifender Weise die Verteilung der Vorräte in ihrem Verwaltungsgebiete selbst in die Hand nahmen. Es wurden Transportbescheinigungen eingeführt, die gesamten überschüssigen Vorräte wurden von den Landesstellen angefordert und ihre Verteilung durch kaufmännisch eingerichtete Stellen durchgeführt. Bei dieser Sachlage erwuchsen der Gemeinde Wien oft die größten Schwierigkeiten, die von ihr bereits im verflossenen Herbste in Böhmen und Mähren für das Frühjahr 1916 sichergestellten Kartoffeln nach Wien zu bringen. Selbstverständlich war die Beschaffung von Kartoffeln aus den österreichischen Kronländern im Wege des freien Handels vermöge der oberwähnten staatlichen Verfügungen unmöglich gemacht worden. Auch die Beschaffung der von der Gemeinde Wien in Ungarn gekauften Kartoffeln begegnete großen Hindernissen, da die zu ihrer Ausfuhr erforderlichen Bescheinigungen nur nach wiederholten Interventionen bei der ungarischen Regierung zu erhalten waren. Die Gemeinde hat in Ungarn 1215 Bahnwagen sichergestellt, während ihr tatsächlich nur 452 Bahnwagen geliefert wurden.

Mangel an Transportmitteln, Mangel an Arbeitskräften und Fuhrwerk, die Wochen hindurch für die Anbauarbeiten verwendet wurden, trugen weiters zu wiederholten Stockungen in den Zufuhren bei. Dazu kam, daß die Wirtschaftsbesitzer in der Umgebung Wiens die Wiener Märkte in nennenswerter Weise nicht mehr beschickten, teils weil sie die noch vorhandenen Vorräte für den eigenen Gebrauch benötigten, vielfach auch mit Rücksicht auf die Teuerung der Futtermittel verfütterten, teils weil die Verbraucher selbst sie an Ort und Stelle aufsuchten, ihnen die verfügbaren Vorräte förmlich aus der Hand rissen und ihnen willig die Höchstpreise weit übersteigende Preise anboten und bezahlten. Sehr stark in der Kartoffelversorgung machte sich auch der Umstand geltend, daß heuer in den ersten Frühlingsmonaten die in normalen Zeiten reichlichen Zufuhren von Frühkartoffeln aus Italien, Görz und Südungarn ganz unterbunden waren.

Daß die Kartoffelknappheit, die zeitweise bedenkliche Formen annahm, doch immer überwunden werden konnte, ist hauptsächlich auf die bedeutenden Zufuhren aus Russisch-Polen, Galizien und der Bukowina zurückzuführen. Auch zur Einfuhr holländischer Kartoffeln mußte vorübergehend im April die Zuflucht genommen werden. Bezeichnend für die jetzigen ganz ungewöhnlichen Ver-

hältnisse ist es, daß die Anlieferung von Kartoffeln vorjähriger Fechsung bis tief in den August hinein andauerte, während sie in früheren Jahren mit dem Erscheinen der Frühkartoffeln aus Niederösterreich und Ungarn aus dem Verkehre schwanden.

Die Beschaffung der Frühkartoffeln erfolgte nicht durch die Gemeinde Wien selbst, sondern wurde dem legitimen Handel überlassen, und hat der Magistrat nur die Vermittlung zwischen der Kartoffeleinkaufsstelle Budapest und den Wiener Händlern bei dem Ankaufe dieser Ware übernommen und weiterhin nur insoweit eingegriffen, als es galt, die allerdings oft auftauchenden Schwierigkeiten des Bezuges zu beseitigen. Stockungen in diesen Zufuhren kamen wiederholt vor.

Ein übersichtliches Bild des Kartoffelgeschäftes der Gemeinde in der Zeit von Mitte September 1915 bis Ende August 1916 gibt folgende Zusammenstellung:

I. An eigener Fechsung standen zur Verfügung:

Aus der Lobau	186.119 kg
von den der Gemeinde zur Bewirtschaftung überlassenen Gründen der Bodenkreditanstalt in Leopoldau	1,349.205 „

II. Angeliefert wurden:

a) Auf Grund von eigenen Schlüssen:	
in österreichischen Kronländern	16,634.789 „
in Ungarn	4,520.551 „
b) durch das Militärverpflegsmagazin Wien	283.990 „
c) durch die Regierung, und zwar:	
im Wege der Requisition aus Niederösterreich	12,852.878 „
durch die Futtermittelzentrale aus Russisch-Polen	876.860 „
durch die Miles aus Russisch-Polen, Galizien und der Bukowina	29,750.599 „
d) aus Holland im Wege der Miles	2,273.829 „
	68,728.820 kg = **6872·9**

Bahnwagen.

In den Verkehr gebracht wurden: In der Zeit von Mitte September 1915 bis Ende August 1916 62,878.045 kg, gleich rund **6288 Bahnwagen,** gegenüber dem oberwähnten Einlauf von 6872 Bahnwagen ergibt sich somit ein Abgang von 584 Bahnwagen gleich 9·15%. Dieser Schwund umfaßt den Verlust durch Diebstähle und Verderben infolge schlechter Beschaffenheit der Ware, die fremden Beimengungen und das Risiko, das die Gemeinde bei den durch die Miles gelieferten Bahnwagen in der Richtung übernehmen mußte, daß sie das Aufgabsgewicht der Bahnwagen zu zahlen hatte, während das Ankunftsgewicht in Wien in vielen Fällen bedeutend geringer war. Immerhin kann dieses nicht einmal 10% Schwund aufweisende Ergebnis in Anbetracht der nicht immer einwandfreien Beschaffenheit der Ware und der Schwierigkeiten des Transportes und der Einlagerung als sehr erfreulich bezeichnet werden.

Bekanntlich hatte sich die Gemeinde mangels entsprechender anderweitiger Lagerräume in größerer Zahl entschlossen, Kartoffelmieten nächst dem Bahnhofe Klein-Schwechat anzulegen. Gegenüber verschiedenen in der Öffentlichkeit wiederholt vorgebrachten unrichtigen Anschauungen dürfte es nicht unangebracht sein, an dieser Stelle nochmals das Ergebnis dieser Einmietung festzulegen.

Eingemietet wurden	8,378.738 kg
abgegeben wurden aus diesem Lager	7,688.423 „
hieraus ergibt sich ein **Schwund** von	690.315 kg = **69 Bahnwagen** = 8½%.

Ein gewiß vollkommen befriedigendes Ergebnis. Es sei nur darauf hingewiesen, daß in manchen Kreisen die Ansicht laut wurde, daß die Gemeinde mit einem Schwund bis zu 25% werde rechnen müssen.

* * *

Die Erfahrungen, welche mit der Kartoffelversorgung im Zeitraume 1915/16 gemacht wurden, veranlaßten die Regierung, für den Zeitraum 1916/17 eine behördliche Regelung ins Auge zu fassen, die in der Ministerialverordnung vom 4. August 1916, R.-G.-Bl. Nr. 244, enthalten ist. Die Regierung ging nicht so weit, wie bei dem Getreide und den Mahlprodukten eine allgemeine Beschlagnahme und staatliche Bewirtschaftung durchzuführen. Im Sinne der angeführten Ministerialverordnung wurde von der Regierung ein Aufbringungsplan ausgearbeitet, auf Grund dessen in allen Gemeinden, welche eine ihren Eigenbedarf überschreitende Erzeugung aufweisen, die überschüssigen Vorräte von den politischen Behörden anzufordern waren. Das Anforderungserkenntnis hat die Wirkung, daß die angeforderten Kartoffelmengen gesperrt sind, weder verarbeitet, verbraucht, verfüttert, noch veräußert werden dürfen und nur durch die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt in den Verkehr gebracht werden können. Die Wirkung dieser Verfügung für die Versorgung des Wiener Marktes bestand zunächst darin, daß der freie Handel vollkommen ausgeschaltet war, und auch für die Wiener Gemeindeverwaltung der Bezug nur im Wege der erwähnten Anstalt erfolgen kann.

Ausnahmen waren nur für Sendungen auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen bis zu Mengen unter 100 kg festgesetzt; auch diese Begünstigung ist jedoch bedauerlicherweise durch die Ministerialverordnung vom 30. September 1916, R.-G.-Bl. Nr. 336, wieder aufgehoben worden.

Der Magistrat hat bereits Mitte Juli dem Ministerium des Innern ein Versorgungsprogramm vorgelegt, das nach eingehenden Besprechungen mit den in Betracht kommenden zivilen und militärischen Stellen den erforderlichen Abänderungen unterzogen wurde; unter Berücksichtigung der Deckung des Bedarfes der Truppen der Wiener Garnison, der militärischen Anstalten und Spitäler, ferners der staatlichen Kranken- und der Landeswohltätigkeitsanstalten, sowie der Eisenbahn-Lebensmittelmagazine wurde schließlich für die Zeit bis Ende April 1917 eine Gesamtmenge von 12.000 Waggons für Wien angefordert. — Nach dem von der Regierung für Wien ausgearbeiteten Versorgungsplane soll dieser Bedarf durch Aufbringung von je 5000 Waggons in Böhmen und Mähren und von 2000 Waggons in Westgalizien gedeckt werden, während die Kartoffelüberschüsse aufweisenden Bezirke Niederösterreichs, die in früheren Zeiten in erheblichem Maße zur Versorgung Wiens beitrugen, ihre Überschüsse an jene Gemeinden Niederösterreichs abzugeben haben, in denen Kartoffeln entweder überhaupt nicht gefechst werden oder nicht in einem den Bedarf deckenden Umfange.

Bei der Aufstellung des Programms für die Aufbringung, Beförderung und Verteilung der für Wien bestimmten Vorräte waren folgende Gesichtspunkte maßgebend:

a) bereits im Herbste d. J. soviel Kartoffeln nach Wien zu bringen und daselbst einzulagern, daß das Auslangen bis April kommenden Jahres gefunden werden kann, um Stockungen in der Versorgung, wie sie im heurigen Frühjahre vorkamen, zu vermeiden;

b) die Beförderung mit Rücksicht auf die Möglichkeit des Eintrittes von Frostwetter in der zweiten Hälfte November derart zu regeln, daß die 12.000 Bahnwagen in längstens 42 Tagen in Wien angeliefert und untergebracht sind.

ad a) 3000 Bahnwagen sollten in Mieten nächst den Bahnhöfen Klein-Schwechat und Stadlau, ungefähr 2000 Bahnwagen in anderen der Gemeinde zur Verfügung stehenden Räumen untergebracht werden, für die Unterbringung von 1200 Bahnwagen hatte die Militärverwaltung zu sorgen, der restliche Teil sollte teils von Lebensmittelmagazinen, Konsumvereinen und von Wiederverkäufern, die über entsprechende Lagerräume verfügen, übernommen, teils von Ende September bis Ende November in den Verkehr und Verbrauch überführt werden. Hiebei war auch daran gedacht, daß die Privatwirtschaften, soweit sie geeignete Lagerräume ihr Eigen nennen, sich ihren Winterbedarf eindecken.

ad b) Die Beförderung der Kartoffeln nach Wien sollte in durch die Zentraltransportleitung instradierten Zügen, und zwar derart vor sich gehen, daß täglich eine bestimmte Anzahl von Bahnwagen, aufgeteilt auf fünfzehn Wiener Bahnhöfe, angeliefert werden. Das von der Zentraltransportleitung ausgearbeitete Programm hatte vorgesehen, daß täglich 283 Waggons in Wien anrollen, wovon 100 zur Einlagerung in den Mieten bestimmt waren.

Die folgenden Erörterungen werden zeigen, daß die tatsächlichen Verhältnisse auf dem Kartoffelmarkte leider ein ganz anderes Bild aufweisen. Vorerst muß jedoch noch der Verhältnisse im Monat September Erwähnung getan werden. Es war dem Magistrate von vorneherein klar, daß die geplante Herbstversorgung im größeren Umfange erst Ende September einsetzen könne, da größere Anlieferungen früher einerseits mit Rücksicht auf die erst in der zweiten Hälfte September eintretende Vollreife der Kartoffeln, andererseits durch die Inanspruchnahme der Grundbesitzer mit landwirtschaftlichen Arbeiten unmöglich sein würden. Dazu kam, daß die Händler in Unkenntnis der von der Regierung festzusetzenden Kleinhandels-Höchstpreise behufs Vermeidung finanzieller Verluste ihre durch die Gemeinde Wien vermittelten Anlieferungen aus Ungarn einstellten und der freie Verkehr mit Ungarn, das in normalen Zeiten den Kartoffelbedarf Wiens in den ersten Wochen des September zum großen Teile deckte, unterbunden war. Zur Behebung des aus dieser Lage drohenden Notstandes wurden über Intervention des Magistrates durch Verfügung der Statthalterei ähnlich wie im Herbst 1915 den Gemeinden mehrerer politischer Bezirke Niederösterreichs die Lieferung von 130 Bahnwagen aufgetragen. Infolge wiederholter Interventionen bei dem Ministerium des Innern und dem Armee-Oberkommando gelang es, aus den besetzten Gebieten Russisch-Polens über 300 Bahnwagen zu erhalten. Hingegen waren die Bemühungen, Kartoffeln aus Ungarn zu beschaffen, fruchtlos. Vielmehr erklärte der ungarische Ackerbauminister in einem Schreiben an den Herrn Bürgermeister, daß er mit Rücksicht auf die schwache Ernte in Ungarn und den hieraus unbedingt zu befriedigenden Bedarf voraussichtlich kaum in der Lage sein werde, die Ausfuhr von Kartoffeln aus Ungarn bewilligen zu können. — Es wurde zwar später die Ausfuhrerlaubnis für 150 Bahnwagen erteilt, mit Rücksicht auf die dem Bezuge entgegenstehenden Schwierigkeiten konnten jedoch nur 11 Bahnwagen nach Wien gebracht werden.

Auf Grund einer dem Magistrate erteilten Ermächtigung der Statthalterei wurden schließlich, um die Beschickung der Märkte zu verbessern, und eine möglichst gleichmäßige Verteilung durchzuführen, eine größere Anzahl von an Wiener Händler einlangenden Bahnwagen beschlagnahmt. Durch die oberwähnten Maßnahmen gelang es, die Kartoffelversorgung im September, wenn auch unter den größten Schwierigkeiten, so doch halbwegs ohne größere Anstände durchzuführen, wozu wesentlich die Möglichkeit der Selbstversorgung vieler Haushaltungen und Gastwirtschaften im Wege des Stückgutverkehres beitrug.

Wie anders gestaltete sich das Bild im Oktober! Mit ungefähr 6. Oktober 1916 setzte der Kartoffelzuschub durch die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt ein und hielt sich bis 16. Oktober auf einer Höhe, welche zwar nicht die Ansammlung großer Vorräte durch die Gemeinde, aber immerhin die Befriedigung des laufenden Bedarfes der Bevölkerung sicherte. Am 17. Oktober begann sich ein Abflauen bemerkbar zu machen, und verminderte sich in weiterer Folge die Zufuhr in besorgniserregender Weise. Der Tiefstand war im Oktober am 26. mit einem Einlauf von nur 33 Bahnwagen und im November am 23. mit einem Einlauf von nur 2 Wagen. In der Zeit vom 17. Oktober bis einschließlich 25. November sind im ganzen 3812 Bahnwagen in Wien eingelangt, was einen täglichen Durchschnitt von rund 95 Bahnwagen ergibt, während sich nach dem oberwähnten Programm der tägliche Einlauf auf 283 Bahnwagen stellen soll.

Es war ja von vorneherein klar, daß bei den derzeitigen schwierigen Verhältnissen auf allen Gebieten eine genaue Einhaltung dieses Programms ein Ding der Unmöglichkeit sei; daß aber ein derartiges vollständiges Versagen der Aufbringung und der Anlieferung dieses Volksnahrungsmittels eintreten würde, konnte doch nicht vorausgesehen werden. In der Zeit von Ende August bis 25. November betrug der Gesamteinlauf 5954 Bahnwagen, darunter 5245 Bahnwagen im Wege der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt angeliefert. Demgegenüber muß hervorgehoben werden, daß, wenn die Einhaltung des Anlieferungsplanes möglich gewesen wäre, in Anbetracht der im heurigen Herbste ausnehmend günstigen Witterung die Deckung des Winterbedarfes schon zur Gänze durchgeführt sein müßte. Tatsächlich sind bis zum 25. d. M. in den Kartoffelmieten erst 1353 Bahnwagen eingelagert. Eine Ansammlung größerer Vorräte in den übrigen Lagern konnte bei den ungenügenden Zufuhren nicht vorgenommen werden, und waren diese Vorräte gerade ausreichend, um an Tagen schwächeren Einlaufes die Zuweisung an die Märkte ergänzen und sonstige dringende Anforderungen befriedigen zu können.

Wie groß die Nachfrage nach Kartoffeln ist, wird deutlich, wenn angeführt wird, daß von den in der Zeit vom 1. Oktober bis 8. November angelieferten 4872 Bahnwagen nicht weniger als 3763 Bahnwagen, also täglich durchschnittlich über 80 Bahnwagen in Verkehr gebracht wurden.

Die Ursachen der ungenügenden Zuschübe sind teilweise dieselben Umstände, welche bereits im Frühjahre wiederholte Stockungen hervorriefen und jetzt in verstärktem Maße auftreten. Aus Äußerungen maßgebender Regierungsstellen und aus sonstigen dem Magistrate zugekommenen Mitteilungen geht hervor, daß eine rasche Aufbringung der Kartoffeln durch den jetzt noch verschärften Mangel an Arbeitskräften und Fuhrwerk verzögert wird. Eine rasche Verladung verhindert der Waggonmangel, der in Verbindung mit verschiedenen Ereignissen der letzten Zeit auf den Kriegsschauplätzen steht und noch dadurch vergrößert wird, daß dermalen auch eine bedeutende Anzahl von Bahnwagen für die Anlieferung von Zuckerrüben an die Fabriken benötigt wird.

Teilweise dürfte die Knappheit in den Kartoffelzufuhren nach Wien auch darin begründet sein, daß die Regierung genötigt ist, an andere Verbrauchsorte, in denen der Bedarf ein besonders dringender ist, Kartoffeln abzugeben, die eigentlich für Wien bestimmt sind. Ob nicht auch Mängel in der Organisation und Durchführung der Aufbringung der Kartoffeln bestehen, soll unerörtert bleiben.

Insolange die Regierung nicht die umfassendsten Vorkehrungen für die Heranziehung von militärischen Arbeitsmannschaften und Fuhrwerken für das Herausnehmen der Kartoffeln und ihre Beförderung zu den Verladestationen trifft, insolange sie nicht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln alle Kartoffel erzeugenden Wirtschaften gleichmäßig zur Ablieferung, nötigenfalls im Zwangswege veranlaßt und darüber wacht, daß nur die unumgänglich notwendigen Mengen für die Viehfütterung verwendet werden und die Verarbeitung von Kartoffeln in den landwirtschaftlichen Brennereien und in Gewerbebetrieben möglichst eingeschränkt, allfällig ganz eingestellt wird, insolange nicht für die Beschaffung eines genügenden Bahnwagenstandes vorgesorgt wird, insolange endlich nicht eine planmäßigere Verteilung der Vorräte aus den Überschüsse besitzenden Gebieten an die Verbrauchsorte vorgenommen wird, ist eine durchgreifende Wandlung zum Besseren nicht zu erhoffen. Eine weitere Voraussetzung einer wesentlichen Besserung der Versorgungsverhältnisse Wiens muß auch in der beschleunigten Anlieferung großer Mengen aus Russisch-Polen und Galizien, sowie in der Beschaffung von Kartoffeln aus Ungarn im Wege eines Übereinkommens zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung erblickt werden.

Seit Wochen herrscht in Wien ein Kartoffelnotstand; bei dem ungenügenden Zuschub ist der Magistrat kaum in der Lage, eine halbwegs entsprechende Versorgung der Märkte durchzuführen und den allerdringendsten sonstigen Anforderungen zu entsprechen. Hunderte von Ansuchen industrieller Betriebe, von Konsumvereinen usw. müssen ganz oder teilweise unbefriedigt bleiben. Auch die Abgabe an die Gemischtwarenverschleißer mußte eingeschränkt werden, wodurch die so wünschenswerte Dezentralisierung in der Verteilung gehindert wird. Es muß leider festgestellt werden, daß die Kartoffelversorgung der Wiener Bevölkerung derzeit eine vollständig ungenügende ist. Der Bedarf an diesem unentbehrlichen Nahrungsmittel hat sich eben mit Rücksicht auf die Knappheit und die Teuerung nahezu aller übrigen Lebensmitteln gegenüber dem Vorjahre erheblich gesteigert; dazu kommt, daß weite Bevölkerungskreise nach den Erfahrungen, die sie mit anderen Lebensmitteln machten, mit allen Kräften bestrebt sind, nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen Kräfte sich auf möglichst lange Zeit zu bevorrätigen. Die vollständige Sperrung der Einfuhr der Kartoffeln als Stückgüter machte die früher in ausgedehntem Maße durchgeführte Selbstversorgung eines nicht unerheblichen Teiles der Wiener Bevölkerung unmöglich.

Wenn schon die jetzige Lage auf dem Wiener Kartoffelmarkte als kritisch bezeichnet werden muß, so sind die Aussichten für die Wintermonate geradezu besorgniserregend. Wenn die Zufuhren sich nicht wesentlich heben, so kann der Magistrat eine entsprechende Bevorrätigung für den Winter nicht durchführen. Wie verlautet, beabsichtigt die Regierung, die Anlieferung der Kartoffeln nach Wien auch während der Wintermonate vorzunehmen, ob und mit welchem Erfolge, hängt von soviel unbestimmbaren Faktoren ab, daß das Ergebnis dieser Aktion nicht vorausgesehen werden kann.

Selbstverständlich werden die maßgebenden amtlichen Stellen über den jeweiligen Stand des Kartoffelverkehres fortwährend auf dem laufenden erhalten, und wurden wiederholt dring-

liche Bitten um Abhilfe gestellt, ohne daß bisher eine Besserung festzustellen ist. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse hat auch die Obmännerkonferenz in ihrer Sitzung vom 7. d. M. sich bestimmt gefunden, folgenden Beschlüsse zu fassen:

1. An die Regierung ist das Ersuchen zu richten, zur Besorgung der Kartoffelzufuhren zu den Bahnen und zur Verladung der Kartoffeln Militärautos, bzw. Mannschaft beizustellen.

2. An die Regierung ist das Ersuchen zu richten, die Ausstellung von Transportbewilligungen für die Sendungen von Kartoffeln als Stückgüter nach Wien aufzuheben.

3. Die Regierung ist aufzufordern, neuerliche Verhandlungen wegen Einfuhr von Kartoffeln aus Ungarn einzuleiten.

4. Die Obmännerkonferenz ist nicht in der Lage, die Einführung einer Kartoffelkarte zu empfehlen, da die in Aussicht genommene Kopfquote zu gering bemessen und trotz dieser geringen Zumessung der entsprechende Vorrat nicht vorhanden sei, abgesehen davon, daß es nicht angehe, ein Lebensmittel zu proportionieren, welches allein geeignet ist, die herrschende Knappheit der anderen Konsumartikel auszugleichen.

5. Die Obmännerkonferenz richtet an die Regierung das Ersuchen, mit Rücksicht darauf, daß Böhmen und Mähren das im Regierungsprogramm vorgesehene Kontingent von je 5000 Waggons Kartoffeln nicht aufbringen, vorzusorgen, daß das auf Galizien entfallende Reservekontingent von 2000 Bahnwagen herangezogen werde.

In der am 17. d. M. abgehaltenen Obmännerkonferenz wurden die Resolutionen betreffend die Aufhebung der Sperre des Stückgüterverkehres und die Beschaffung von Kartoffeln aus Ungarn erneuert und weiters der Wunsch ausgedrückt, daß an die Regierung mit der Aufforderung heranzutreten sei, Verhandlungen wegen Beschaffung von Kartoffeln aus Deutschland einzuleiten.

Die Einführung einer Kartoffelkarte wäre geradezu ein verhängnisvoller Schritt. Selbst wenn genügende Vorräte während der ganzen Versorgungszeit dauernd vorhanden wären und sohin die Gewähr bestünde, daß jeder Besitzer einer Karte auch jederzeit jene Menge erhalten kann, zu deren Bezug ihn die Karte berechtigt, so würde es nicht volkswirtschaftlichen Grundsätzen entsprechen, für alle Verbraucher eine einheitliche Bezugsmenge festzusetzen. Denn die wirtschaftlich bessergestellten Haushaltungen sind leichter in der Lage, den Genuß an Kartoffeln einzuschränken und ihn durch andere, wenn auch teuere Lebensmittel zu ersetzen, als die ärmeren Volksschichten. Für wieviel ungezählte Tausende bilden heutzutage Brot und Kartoffeln fast nur mehr die einzige Nahrung. Es müßte also eine Differenzierung der Bezugsmengen stattfinden, und hier die richtige Grenze zu finden, sowohl was die Kopfquote selbst als auch was den Kreis der zum Bezuge der höheren Kopfquote Berechtigten betrifft, wäre außerordentlich schwierig. Die Unterscheidung zwischen Schwerarbeitern und sonstigen bezugsberechtigten Personen würde hier wohl nicht genügen. Selbst die von der Regierung ihrem Versorgungsplane zugrunde gelegte Tagesquote von 500 g für erstere und von 300 g für alle übrigen Bewohner der Stadt setzt aber die fortlaufende monatliche Beistellung von mindestens 2000 bis 2200 Waggons voraus; so große Mengen dauernd sicherzustellen, ist aber die Regierung unter den obwaltenden Verhältnissen außerstande.

Um schließlich ein Bild der umfassenden Organisation des Kartoffelgeschäftes der Gemeinde zu geben, sei angeführt, daß bei dem Entladungsgeschäfte auf den Bahnhöfen und bei dem Transporte der Kartoffeln in die Lager 1270 Landsturmarbeitsleute, bei den Einmietungsarbeiten in Stadlau und im XI. Bezirke 1050 und bei den Arbeiten in der Lobau 150 Kriegsgefangene, zusammen somit 2470 Militärpersonen und außerdem noch eine größere Anzahl von Zivilarbeitern, die von der Stadtgartendirektion für die landwirtschaftlichen Arbeiten fallweise aufgenommen werden, tätig sind. Für die Unterbringung und Verpflegung der Kriegsgefangenen wurden mit nicht unerheblichem Kostenaufwand 10 Baracken erbaut. An Fuhrwerk stehen für das Kartoffelgeschäft 80 Bespannungen und Autozüge bis zu 20 Tonnen (von der Militärverwaltung beigestellt) zur Verfügung. Außerdem befördern die Straßenbahnen derzeit mit 43 Loris täglich durchschnittlich 28 Bahnwagen.

Die Gemeinde hat sohin alle Vorsorgen getroffen, um die tägliche Entladung von 283 Bahnwagen und die Abfuhr der entladenen Vorräte zu bewirken. Welche finanzielle Einbuße es für sie bedeutet, daß sie die vorerwähnte Arbeitsmannschaft, die natürlich bei dem geringen täglichen Wageneinlauf weitaus nicht entsprechend beschäftigt ist, voll entlohnen muß, ist leicht zu ermessen.

Es werden folgende

Anträge

gestellt:

I. Die Gemeinde begrüßt die Errichtung des Amtes für Volksernährung und gibt der Erwartung Ausdruck, daß dieses Amt endlich der Desorganisation im Lebensmittelverkehre ein Ende bereitet, das Verhältnis zwischen Militär- und Zivilverwaltung in der Beschaffung von Bedarfsartikeln planmäßig ordnet, die Transportorganisation für rechtzeitige und ausreichende Zuschübe zweckmäßig und verläßlich sicherstellt und in vollen Maße den berechtigten Interessen der Stadt Wien Rechnung trägt.

II. Die Gemeinde Wien ist von dem im § 3 der Kundmachung des Minister-Präsidenten vom 30. November 1916, R.-G.-Bl. Nr. 401 und 402, dem Ernährungsrate zugewiesenen Wirkungskreise nicht befriedigt und verlangt in Festhaltung bereits gefaßter Beschlüsse, daß demselben volle Einsicht in die Aufzeichnungen der vorhandenen Vorräte und die Art ihrer Verteilung eingeräumt werde.

Die Gemeinde Wien verlangt eine stärkere Vertretung im Ernährungsrate.

III. Mit Rücksicht auf die Knappheit an den wichtigsten und unentbehrlichsten Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen verlangt die Gemeinde Wien ehestens Maßnahmen, welche eine planmäßige und gerechte Verteilung der Vorräte und Zuschübe, gewährleisten insbesondere ist ein gerechtes Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn hinsichtlich der Aufbringung der Lebensmittel, der Festsetzung gleichmäßiger Rationen für die Bevölkerung diesseits und jenseits der Leitha zu vereinbaren und das gemeinsame Wirtschafts- und Versorgungsgebiet endlich zu verwirklichen.

IV. Die Gemeinde Wien verlangt endlich energische Maßnahmen gegen Lebensmittelwucher jeder Art und gegen spekulative Ausschreitungen, welche auf Zurückhaltung von Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln und künstliche Steigerung der Preise abzielen.

V. Die Regierung wird neuerlich aufgefordert, alles zu veranlassen, daß die in Wien bestehende Kartoffelnot raschestens behoben wird und zu diesem Zwecke:

a) bei den k. u. k. Militärbehörden dahin zu wirken, daß zur Besorgung der Kartoffelzufuhren zu den Verladestationen die erforderliche Militärmannschaft und militär-ärarische Fuhrwerke beigestellt werden;

b) die Min.-Vdg. vom 30. September 1916, R.-G.-Bl. Nr. 336, mit welcher in Abänderung des § 20 der Min.-Vdg. vom 4. August 1916, R.-G.-Bl. Nr. 224, auch Kartoffelsendungen in Mengen bis zu 100 kg einer Transportbescheinigung unterworfen wurden, sofort außer Wirksamkeit zu setzen;

c) neuerliche Verhandlungen über die Einfuhr von Kartoffeln aus Ungarn und Deutschland einzuleiten.

Verlag des Gemeinderats-Präsidiums. — Druck von Paul Gerin, Wien.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 99. Dienstag den 12. Dezember 1916. Jahrgang XXV.

Bezugspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
„ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367 **Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.**

Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1, Stock, Stiege IV.

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Schulerstraße 11.

Gemeinderat.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **5. Dezember 1916,** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Richard Weiskirchner und des Vize-Bürgermeisters Heinrich Hierhammer.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Der Wiener Gemeinderat ist beschlußfähig, die Sitzung ist eröffnet.

1. Entschuldigt sind die Herren Gem.-Räte Alois Eder, Eglauer, Dobek und Goltz.

2. Ich habe von der Kabinettskanzlei Sr. k. u. k. Apostolischen Majestät folgende Zuschrift erhalten (liest):

„Se. k. u. k. Apostolische Majestät haben tiefbewegt von den Trauerveranstaltungen des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien und des k. k. Bezirksschulrates anläßlich des Ablebens Sr. Majestät des Kaisers und Königs Franz Josef I. Kenntnis zu nehmen geruht und danken herzlichst für die in diesen beiden Kundgebungen zum Ausdrucke gebrachten Gefühle unbegrenzter Dankbarkeit für Weiland Se. Majestät, sowie tiefen Schmerzes und inniger Anteilnahme.

Im Allerhöchsten Auftrage beehre ich mich Euere Exzellenz hievon unter Bezugnahme auf die sehr geschätzten Zuschriften vom 25. und 26. November 1916 in Kenntnis zu setzen.

Wien, am 30. November 1916.

Der Kabinetts-Direktor
Schießl."

3. Die Huldigungsabordnung, welche der Wiener Gemeinderat in seiner Sitzung vom 27. November 1916 zum Allerhöchsten Throne entsandt hat, wurde von Ihren Majestäten Kaiser Karl I. und Kaiserin Zita am 2. Dezember 1916, halb 3 Uhr nachmittags, in der Hofburg aufs allergnädigste empfangen.

In der Antwort auf meine Ansprache geruhte Se. Majestät die Stadt Wien seiner vollen Huld und landesväterlichen Liebe zu versichern. Er werde gerne die patriotischen Aufgaben fördern, die dem kulturellen und ökonomischen Fortschritte und dem Gedeihen der Stadt Wien gelten, deren Schönheit ihn mit stolzer Freude erfülle. Die Kaiserin betrachte die Betätigung hilfsbereiter Nächstenliebe als eine der vornehmsten Aufgaben ihres Lebens und deshalb finde auch der immer und namentlich in diesem Kriege rühmenswerte Wohltätigkeitssinn der Wiener Bevölkerung in ihrem Herzen lebhaften Widerhall. Der Kaiser hoffe, daß es mit Gottes Hilfe bald gelingen werde, einen den Leistungen unserer heldenmütigen Armee würdigen Frieden zu erlangen.

Mit Stolz und Freude dürfen wir in die Geschichte der Stadt Wien diesen huldvollen Empfang aufnehmen, den unser geliebter Kaiser und unsere junge Kaiserin bei ihrem Regierungsantritte den Vertretern der Wiener Bevölkerung bereitet haben. Möge das Band der Liebe, das Fürst und Volk umschlingt, der Stadt zum dauernden Segen gereichen!

4. Anläßlich der Thronbesteigung Sr. Majestät Kaiser Karl's I. hat der Stadtrat in seiner Sitzung vom 28. November 1916 folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Prägung einer Huldigungsmedaille mit den Bildnissen Ihrer Majestäten.

2. Herstellung eines Reliefs oder Gemäldes, die Huldigung der Wiener Gemeindevertretung vor Sr. Majestät Karl I. darstellend.

3. Widmung eines Betrages von 200.000 K zur Verteilung an durch den Krieg in Not geratene Gewerbetreibende, deren Witwen und Waisen.

4. Errichtung einer Tuberkulosenheimstätte im Anschluß an das Jubiläumsspital der Gemeinde Wien und Benennung derselben mit „Kaiser Karl-Tuberkulosenheimstätte".

5. Herausgabe eines Erinnerungsbüchleins an Se. Majestät Franz Josef I. für die Schuljugend.

6. Benennung der von der Gemeinde zur Errichtung gelangenden Kriegerheimstätte mit „Kaiser Karl-Kriegerheimstätte Aspern".

Ich bitte, diese Beschlüsse zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Entsprechende Vorlagen werden dem Gemeinderate unterbreitet werden.

5. Das Fürsorge-Komitee des „Roten Kreuz" für Kriegsgefangene dankt für die ihm vom Gemeinderate gespendeten 3000 K für die auf der Insel Man befindlichen, nach Wien zuständigen Internierten.

6. Spenden:

Die Direktion der Ersten Österreichischen Sparkassa hat in ihrer vollen Versammlung beschlossen, wie alljährlich zur Anschaffung und Verteilung von Winterkleidern an die in Privatpflege befindlichen Waisenkinder Wiens 6000 K;

zur Anschaffung und Verteilung von Brennmateriale an die Armen Wiens 2000 K;

zur Verteilung von Speisemarken an die Armen Wiens 2000 K;

insgesamt daher 10.000 K gewidmet.

Die am 6. Jänner 1916 verstorbene Lehrerin Frl. Marie Jank hat testamentarisch vermacht:

200 K zur Bekleidung der ärmsten Schulkinder ihrer Klasse;

500 K zur Ausspeisung armer Schulkinder.

Für die Frühstückaktion für arme Schulkinder sind der Bezirksvorstehung des IV. Bezirkes nachstehende Spenden zugekommen:

Frau Adele Benedikt 30 K;

Frau Hanny Muke 5 K;

J. v. H. 3 K;

Dr. Hans Graf Hoyos 300 K;

Akademischer Maler Ernst Hochschartner 10 K.

Die am 6. November 1916 verstorbene Private Franziska Schmidt hat testamentarisch zur Verteilung unter die in Wien zuständigen Armen des Bezirkes Wieden in Wien, deutscher Nationalität, ein Legat von 1000 K bestimmt.

Mit Allerhöchster Genehmigung hat Herr Dr. Max Ritter Schneider v. Ernstheim für die städtischen Sammlungen eine Urkunde vom 26. Juni 1777 bezüglich auf die Einweihung der ehemaligen Kapelle im Modenapalais gewidmet.

Der Gemeinderat spricht für diese Spenden und Widmungen seinen verbindlichsten Dank aus.

Es sind Interpellationen überreicht worden, um deren Verlesung ich bitte.

Schriftführer Gem.-Rat Philp (liest):

7. Anfrage des **Gem.-Rates Spalowsky:**

Mit Rücksicht auf die fortschreitende Teuerung hat der Gemeinderat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien mit Beschluß vom 16. Mai 1916 den städtischen Beamten und Angestellten Kriegszulagen bewilligt. Seither ist nicht nur keine Erleichterung in der Lebenshaltung zu verspüren, vielmehr ist die Teuerung seitdem noch drückender und dadurch auch die Lebenshaltung für alle städtischen Angestellten bedeutend schwieriger geworden. Besonders unter den unteren Kategorien derselben ist der Zustand der Not unverkennbar.

Unter diesen Umständen erscheint es als eine hervorragende soziale Pflicht der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, ihren Angestellten durch die Gewährung einer höheren Teuerungszulage das Durchhalten zu ermöglichen.

Der Gefertigte stellt deshalb an Seine Exzellenz den Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Ist Seine Exzellenz geneigt zu veranlassen, daß den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Gemeinde sowie der städtischen Unternehmungen eine höhere Teuerungszulage innerhalb kürzester Zeit bewilligt werden kann?

Bürgermeister: Meine Herren! Schon seit geraumer Zeit befaßt sich der Magistrat über meinen Auftrag mit dieser Frage und es sind schon diesbezügliche Elaborate im Schoße des Magistrates fertiggestellt.

Ich habe diese Vorlagen dem Gemeinderate bisher nicht unterbreiten können, weil ich abwarten muß, in welcher Form die Regierung den Staatsbeamten und Staatsangestellten neuerliche, eventuell erhöhte Kriegszulagen bewilligt, und ich werde rechtzeitig, sobald ich vom Finanzministerium die diesbezügliche Mitteilung erhalte, den Gemeinderat einberufen, damit auch den städtischen Beamten und Angestellten die ja gewiß sehr notwendige Kriegszulage in entsprechender Höhe bewilligt werde.

Schriftführer Gem.-Rat Philp (liest):

8. Anfrage des **Gem.-Rates Hohenstinner:**

Wie oft kann man in der Bevölkerung die Worte hören: „Es geht uns allen schlecht, wie aber die Fixbesoldeten durchhalten können, ist geradezu ein Rätsel." Nun kann aber von einem Durchhalten in den meisten Fällen nicht mehr die Rede sein, höchstens von einem Durchhungern.

Die Lage der Fixangestellten ist tatsächlich eine trostlose, immer weitere Kreise derselben versinken ins Proletariat.

Die Regierung geht daher daran, den Staatsangestellten zu der bereits bewilligten gegebenen Kriegszulage eine weitere Zulage zu gewähren, die Staatsbahnbediensteten sind schon am 1. Dezember 1916 in deren Besitz gelangt.

Was wird nun die Wiener Gemeindevertretung tun, um die Not ihrer Angestellten zu lindern, von denen insbesondere die Lehrer einen harten wirtschaftlichen Kampf führen, da sie eigentlich noch gar keine Kriegszulage erhalten haben? Was dem Lehrstande als Teuerungszulage gegeben wurde, war die schon im Jahre 1914, also noch vor dem Kriege, beschlossene, den damaligen Teuerungsverhältnissen angepaßte Gehaltserhöhung.

Die Bezüge der meisten Festbesoldaten reichen kaum zum Ankaufe der Lebensmittel hin, wo bleiben dann die Erfordernisse für Wohnung, Kleider, Schuhe und andere Bedürfnisse?

Der Unterzeichnete erlaubt sich, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

Ob er geneigt ist, den Angestellten der Gemeinde und den Lehrpersonen der städtischen Volks- und Bürgerschulen schon in nächster Zeit durch den Gemeinderat eine Kriegszulage bewilligen zu lassen?

Bürgermeister: Diese Anfrage ist durch die von mir soeben über die Interpellation Spalowsky erteilte Antwort erledigt.

Schriftführer Gem.-Rat Philp (liest):

9. Interpellation des **Gem.-Rates Bretschneider:**

Am 20. September 1916 sprach eine Deputation von Frauen aus dem XXI. Bezirke bei dem Herrn Bürgermeister vor, um die Errichtung von Kriegsküchen in Floridsdorf zu betreiben.

Der Herr Bürgermeister versprach, daß in kürzester Zeit im Bezirksteile Floridsdorf die Küche eröffnet wird.

Seither sind 2½ Monate verstrichen, ohne daß die für den Bezirksteil so dringliche Inbetriebsetzung einer Kriegsküche erfolgte.

Der gefertigte Gemeinderat stellt daher die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister in der Lage, über den derzeitigen Stand dieser Angelegenheit Auskunft zu geben, insbesondere auch darüber, was die Ursache dieser Verzögerung ist?

Will der Herr Bürgermeister veranlassen, daß die Inbetriebsetzung in kürzester Zeit erfolgt?

Bürgermeister: Was die Anfrage anbelangt, so erlaube ich mir, zu bemerken, daß

1. die baulichen Herstellungen in diesem Hause bereits seit längerer Zeit fertig sind,

2. daß die Eröffnung der Kriegsküche sich dadurch verzögert hat, daß es unmöglich war, die nötigen Kessel und Kochapparate zu beschaffen, da alle Versuche, Schlosser hiefür vom Militär frei zu bekommen, bisher fehlschlugen, und

3. daß die Eröffnung dieser Kriegsküche, und zwar als der 34., für den 28. Dezember 1916 in Aussicht genommen ist, und unter der Voraussetzung, daß die Kessel und Apparate bis dahin beschafft werden konnten, auch eingehalten werden wird.

Herr Kollege Bretschneider dürfte wohl wissen, mit welchen Schwierigkeiten heutzutage solche Institutionen, was die Materialbeschaffung und Personenfrage anbelangt, verbunden sind.

Schriftführer Gem.-Rat Philp (liest):

10. Anfrage des Gem.-Rates Hohensinner:

Das Weihnachtsgeschäft ist für die Wiener Geschäftswelt von der größten Bedeutung:

Die Armeeverwaltung gewährt den Landwirten die zur Verrichtung ihrer Arbeiten notwendigen Urlaube, wäre es nicht recht und billig, auch den Gewerbetreibenden, deren Stand gewiß auch ein staatserhaltender ist, die gleiche Berücksichtigung zuteil werden zu lassen und ihnen für das Weihnachtsgeschäft, das in vielen Fällen für sie eine Existenzfrage bedeutet, einen längeren Urlaub zu gewähren?

Der Unterzeichnete erlaubt sich, die Anfrage zu stellen

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, an zuständiger Stelle seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die eingerückten Wiener Gewerbetreibenden zur Führung des Weihnachtsgeschäftes nach Tunlichkeit einen längeren Urlaub erhalten?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation dem Herrn Kriegsminister und dem Herrn Landesverteidigungsministr übereichen.

Die Herren werden sich erinnern, daß ich bereits vor längerer Zeit sowohl beim Kriegsminister als beim Landesverteidigungsminister Schritte getan habe, welche dahin zielten, den älteren Wiener Gewerbetreibenden im Falle ihrer Einberufung die Ausübung ihrer Militärpflicht zu erleichtern. Ich werde gewiß keinen Schritt versäumen, um diesem Ziele näher zu kommen. (Beifall.)

Schriftführer Gem.-Rat Philp (liest):

11. Anfrage des Gem.-Rates Kunschak:

Weihnachten steht vor der Türe für unsere wackeren Soldaten, leider zum dritten Male Weihnachten im Felde. Wohl kaum eine Familie dürfte es geben, die nicht einen lieben Angehörigen im Soldatendienste hat. Gerne wollen auch die Ärmsten ihren Soldaten eine kleine Weihnachtsfreude bereiten. Von den Soldaten am meisten begrüßt werden Spenden, die in Rauchzeug bestehen. Leider ist aber die Beschaffung von Tabak, Zigarren und Zigaretten äußerst schwer oder besser gesagt, geradezu unmöglich. Soll den Soldaten im Felde die Freude, die sie an dem Besitz von Rauchzeug empfinden, zu Weihnachten nicht vorenthalten bleiben, dann ist es hohe Zeit, daß ausreichende Mengen zum Verkaufe gebracht werden.

Ich stelle daher an Seine Exzellenz den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, bei der General-Direktion der k. k. Tabak-Regie mit allem Nachdrucke dahin vorstellig zu werden, daß ungesäumt größere Mengen Tabak, Zigarren und Zigaretten für den Verkauf bereitgestellt werden?

Bürgermeister: Ich werde gewiß den Inhalt dieser Interpellation des Kollegen Kunschak der General-Direktion der k. k. Tabak-Regie übermitteln, weil ich glaube, daß auch die gesamte Bevölkerung unter diesem Mangel und dieser Knappheit leidet und weil ich jetzt schon Anstellungen bei Tabak-Trafiken wahrgenommen habe. Es ist mir nicht bewußt, ob derartige Vorräte vorhanden sind, um einem solchen Tabakbedürfnis der Bevölkerung zu steuern. Tabak wird man immer noch eher entbehren können als Milch, Fett, Brot und andere Gegenstände. (Gem.-Rat Kunschak: Aber die Soldaten draußen, die wollen ein Weihnachtsgeschenk haben!)

Schriftführer Gem.-Rat Philp (liest):

12. Interpellation des Gem.-Rates Skaret und Genossen:

Auf Grund des vorwöchentlichen Schlachtviehmarktes stellten sich die Viehpreise genau so wie in der vorvergangenen Woche, und zwar:

Ochsen Prima von 401 bis 440 K, Hochprima von 441 bis 530 K, Sekunda von 361 bis 400 K, Tertia von 340 bis 360 K.

Für Stiere und Kühe stellten sich die Preise wie folgt:

Prima von 371 bis 410 K, Hochprima 411 bis 500 K, Sekunda von 331 bis 370 K, Tertia von 315 bis 330 K. Dies im Einkaufe für 100 kg Lebendgewicht, ausschließlich der Verzehrungssteuer.

In den Fleischbänken wurde das bei diesem Einkauf im Detail verkaufte Fleisch wie folgt abgegeben

Vorderes Rindfleisch zum Mindestpreis von 9 K 50 h bis 13 K 50 h. Für Hinteres Mindestpreis 10 K 50 h bis 15 K. Wenn wir beim Einkauf ohne Rücksicht auf die Qualität einen Durchschnittspreis von 4 K ermitteln, beim Verkauf im Detail einen solchen von 12 K per Kilo, so ergibt sich ein Bruttonutzen von 200 Prozent, der, wenn wir selbst die erhöhten Produktionskosten in Betracht ziehen, durch gar nichts gerechtfertigt werden kann.

Angesichts dieser enormen Spannung zwischen Ein- und Verkauf und den derzeit bestehenden Phantasiepreisen bei Rindfleisch, stellen wir an den Herrn Bürgermeister die Anfragen

1. Ist er bereit, durch seine Organe zu untersuchen, womit solche geradezu wucherisch zu nennende Detailfleischpreise begründet werden?

2. Ist der Herr Bürgermeister bereit, in Hinkunft mit seinen Organen einem solchen Vorgehen auf das Entschiedenste entgegenzuarbeiten?

Bürgermeister: Wie ich schon in der Beantwortung der in der letzten Gemeinderats-Sitzung vom Herrn Gem.-Rate Ullreich gestellten, den gleichen Gegenstand betreffenden Interpellation erklärt habe, ist die Lösung der Frage der Rindfleischpreise im Wiener Kleinhandel abhängig von der Festsetzung von Höchstpreisen für Schlachtrinder aller Provenienzen auf dem Wiener Zentral-Viehmarkte.

Die vor mir in dieser Interpellationsbeantwortung als „unmittelbar bevorstehend" bezeichnete Regelung der Marktverhältnisse auf dem Wiener Zentral-Viehmarkte ist mittlerweile verfügt worden; am 1. Dezember 1916 sind die bezüglichen Verordnungen in Kraft getreten. Die in diesen Verordnungen vorgesehenen Körperschaften (Markt-Kommission und Marktkonsortium) haben sich bereits konstituiert und gestern ihre Tätigkeit begonnen. Die Markt-Kommission wird voraussichtlich noch in dieser Woche gemäß Artikel 7, Punkt d der Ministerial-Verordnung vom 21. November 1916 die für einen längeren Zeitraum geltenden Verkaufspreise für Schlachtrinder auf dem Wiener Viehmarkte festsetzen. Sobald diese Preise feststehen, wird sodann die k. k. n.-ö. Statthalterei Richtpreise für den Kleinverkauf von Rindfleisch für Wien und Wiener-Neustadt in derselben Weise festsetzen, wie sie dies bereits für das flache Land Niederösterreich getan hat.

Auf diesem Wege dürfte endlich auch die so strittige Frage der Wiener Rindfleischpreise gelöst und die so oft beklagte hohe Spannung zwischen Lebendviehpreisen und Fleischpreisen in das richtige Verhältnis gebracht werden.

Im übrigen darf ich wohl die Herren Kollegen darauf aufmerksam machen, daß das serbische Rindfleisch um 5 K per Kilogramm ohne Unterschied der Qualität verkauft wird und beim Publikum großen Anklang findet.

Auch das Gefrierfleisch, das die Gemeinde Wien in Verkehr bringt, ist bedeutend billiger als die bestehenden Kleinhandelspreise.

Schriftführer Gem.-Rat Obrist (liest):

13. Anfrage des **Gem.-Rates Dr. Neumayer**:

In der Gemeinde Beinhöfen (Bezirkshauptmannschaft Gmünd) wurde vor kurzem an den Gemeindevorstand vom k. k. Bezirkshauptmann die Anfrage gerichtet, wie hoch sich die Gesamtmenge des Kartoffelvorrates aller dortigen Grundbesitzer beziffert.

Nachdem vom Gemeindevorstand die genauen Erhebungen durchgeführt wurden, lautete dessen amtlicher Bericht dahin, daß die Gesamtmenge der bei den verschiedenen Grundbesitzern eingelagerten Kartoffelvorräte nicht mehr als 450 kg, also kaum so viel beträgt, um den eigenen Bedarf der Gemeindeinsassen für diesen Winter zu befriedigen.

Über die sohin von der k. k. Bezirkshauptmannschaft zufolge der Ministerial-Verordnungen vom 4. August 1916, R.-G.-Bl. Nr. 244, gepflogenen Erhebungen wurde amtlich festgestellt, daß der Gesamtvorrat aller dortigen Grundbesitzer soviel beträgt, daß denselben eine weit größere Menge von Kartoffeln für die Haushaltungen, für die Viehfütterung und für den nächstjährigen Anbau zur freien Verfügung gestellt werden konnte und außerdem noch acht Bahnwagenladungen von der politischen Behörde für den Bedarf der Allgemeinheit abgeliefert werden konnten und tatsächlich auch gesperrt wurden.

Da dieser Vorfall nicht vereinzelt dastehen dürfte, frage ich an:

1. Ist dem Herrn Bürgermeister dieses offenbar auf Preistreiberei abzielende Vorgehen des Gemeindevorstandes in Beinhöfen bekannt?

2. Sollte nicht an die hohe Regierung nochmals die Aufforderung gestellt werden, daß in Festhaltung bereits gefaßter Beschlüsse solchem Treiben ein Ziel gesetzt werde?

Bürgermeister: Mir ist von diesem Vorgang selbstverständlich nichts bekannt und ich werde diese Interpellation Sr. Exzellenz dem Hern Statthalter überreichen.

Schriftführer Gem.-Rat Philp (liest):

14. Interpellation des **Gem.-Rates Steiner** und Genossen:

In der Bevölkerung Wiens ist das Gerücht verbreitet, daß die Gasabgabe, insbesondere für Kochzwecke, in nächster Zeit eingeschränkt, ja sogar ganz eingestellt werden wird. Da bei dem außerordentlichen Mangel an Kohle, Petroleum und Spiritus das Gas weniger denn je entbehrt werden kann, verursacht dieses Gerücht begreiflicherweise eine sehr tiefgehende Beunruhigung.

Ich erlaube mir daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Ob tatsächlich eine derartige Maßnahme, durch die viele Hunderttausende von Bewohnern Wiens auf das Empfindlichste getroffen würden, zu gewärtigen ist.

Bürgermeister: Es besteht derzeit für die Gemeindeverwaltung kein Anlaß, an eine Einschränkung der Gasabgabe, durch die zweifellos die Lebens- und Erwerbsverhältnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung der Reichshaupt- und Residenzstadt in der empfindlichsten Weise in Mitleidenschaft gezogen würden, zu denken.

Jede Einschränkung der Gasabgabe würde aber auch unmittelbar das Heeresinteresse schädigen. Denn in den Gaswerken wird nicht ein Kilogramm Kohle verbrannt, sondern es werden aus der Kohle neben Gas und Koks Stoffe gewonnen, die von größter Wichtigkeit für die Landesverteidigung sind und von denen gar nicht genug erzeugt werden kann.

Ich bin daher auch aus diesem Grunde überzeugt, daß die berufenen Ministerien der Gaskohlenzufuhr — und auf die allein kommt es an — nach wie vor ihr vollstes Augenmerk zuwenden und dadurch die Notwendigkeit einer Beschränkung der Gasabgabe und ihre schwerwiegenden Folgen ausschließen werden.

Ich kann nur dem Herrn Kollegen Leopold Steiner für diese Interpellation sehr dankbar sein, denn es ist, wie ich glaube, meine und Ihre aller Pflicht, allen diesen Gerüchten, die beunruhigend auf die Bevölkerung wirken, entgegenzutreten. Was in diesem Krieg an Gerüchten schon verbreitet worden ist und leider immer und immer wieder von der Bevölkerung geglaubt wird, ist unerhört. Bezüglich des Gaskonsums kann die Wiener Bevölkerung beruhigt sein.

Es ist ein Antrag überreicht worden, um dessen Verlesung ich bitte.

Schriftführer Gem.-Rat Philp (liest):

15. Antrag des **Gem.-Rates Rummelhardt**:

Die Unterzeichneten beantragen

Dem Hilfsvereine für Lehrmädchen und jugendliche Arbeiterinnen in Wien, VI., Gumpendorferstraße 139, der sich seit Jahren unermüdlich und erfolgreich die Fürsorge der weiblichen gewerblichen Jugend angelegen sein läßt und seit 13 Jahren ein Lehrmädchenheim und einen Sonntagshort für Lehrmädchen und jugendliche Arbeiterinnen unterhält, eine entsprechende Subvention aus Gemeindemitteln zu gewähren, damit derselbe in die Lage versetzt wird, auch unter den derzeitigen schwierigen Verhältnissen den Betrieb seines Lehrmädchenheimes anrecht zu erhalten.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Wir gehen nunmehr zur Erledigung der Tagesordnung. Ich bitte Herrn Vize-Bürgermeister Hoß zum Referate.

16. Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 11288, Post 3. Weitere Ausdehnung des Beschlusses, betreffend die Stundung der Rückzahlung von Gehaltsvorschüssen bis 1. Jänner 1918.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 30. Dezember 1915 bewilligt, daß die Gehaltsvorschußreste der Gemeindeangestellten bis Ende 1916 gestundet werden. Es wird nunmehr der Antrag gestellt, daß alle Gehaltsvorschüsse auch weiterhin bis Ende 1917 gestundet werden.

Ich bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Wird eine Einwendung erhoben? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Die mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 30. Dezember 1915, P. Z. 13800, bewilligte Stundung der mit Ende 1915 noch aushaftenden Gehaltsvorschüsse der Gemeindeangestellten einschließlich der Angestellten der städtischen Unternehmungen und der im Wiener Schulbezirke an öffentlichen Volksschulen angestellten Lehrpersonen wird auf das Jahr 1917 erstreckt, so daß die monatlichen Einbringungsraten erst wieder mit 1. Jänner 1918 zu laufen beginnen. Dasselbe gilt auch für die im Jahre 1916 mit Stundung bereits bewilligten und noch zu bewilligenden Vorschüsse.

Bürgermeister: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Dr. Haas.

17. Referent Gem.-Rat Dr. Haas: Zahl 10919, Post 4. Bewilligung von Zuschußkrediten für das Kaiserjubiläums-Spital der Stadt Wien.

Der Betrag, der hier verlangt wird, ist außerordentlich hoch, aber in den jetzigen Verhältnissen begründet. Einerseits ist der

Spitalsbelag weit über dem normalen, anderseits muß bei dem Personale überall eine Erhöhung vorgenommen werden und drittens war es dringend notwendig, um die Sicherheit des Betriebes aufrecht zu erhalten, daß bei vielen Lebensmitteln und Artikeln des Verbandes, sowie bei Medikamenten große Vorräte angeschafft wurden, damit nicht auf einmal durch den Ausgang eines oder des anderen Artikels der Betrieb vollständig gestört werde.

Wir sehen, daß die wichtigsten Artikel ausgehen, was seinen Grund in der Unzulänglichkeit der Zufuhren hat. Das darf aber bei einem Spitalsbetrieb nicht vorkommen und deshalb mußte man große Summen darauf verwenden, damit der Betrieb des Spitales gesichert ist.

Ich bitte um die Annahme der Anträge.

Bürgermeister: Ich eröffne die Debatte Herr Gem.-Rat Reumann hat das Wort.

Gem.-Rat Reumann: Die Begründung des im Drucke vorliegenden Antrages lautet etwas anders, als wie es der Herr Referent jetzt ausführt. Der Herr Referent meint, daß Vorräte angeschafft werden mußten; das macht natürlich große Auslagen, und er meint weiters, daß infolgedessen der angeforderte Betrag von 2,707.000 K gerechtfertigt erscheint.

Nun rechnet man aber gewöhnlich bei einem Spital die ganzen Auslagen zusammen und sagt dann, wie hoch die Verpflegskosten des Spitales sind. Es ist bisher noch niemals in der Weise kalkuliert worden, daß man gesagt hat, daß man nur so und so viel Vorräte einkauft. Für uns ist das Wichtigste, wie hoch sich gegenwärtig die Verpflegskosten belaufen, welche im Durchschnitt erwachsen. Wir wissen, daß für das Jahr 1915/16 die Ausgaben für das Spital mit 1,475.980 K präliminiert worden sind. Dieser Zuschußkredit, welcher in Anspruch genommen wird, zeigt, daß das Präliminare in einer geradezu außerordentlichen Weise überschritten worden ist.

Es ist nun selbstverständlich, daß sich dadurch die Verpflegskosten verteuert haben, aber man soll alle Details wissen, damit man beurteilen kann, ob man dem vorliegenden Antrage die Zustimmung geben soll oder nicht.

Wie heißt es nun in der Begründung? Es heißt da im Punkte 5 „Küchenauslagen 2,086.000" K und dann im Punkt 4 „Steigerung der Verpflegstage um rund 100 Prozent, Preiserhöhung für die Lebensmittel und Sicherstellung von solchen."

Die Steigerung der Verpflegstage um rund 100 Prozent, d. h. wohl, daß sich der Belag aller Wahrscheinlichkeit nach bedeutend erhöht hat. Da der normale Belag 991 Betten ist, so müßte gegenwärtig ein Belag von 1982 Betten vorhanden sein und dadurch steigt selbstverständlich die Zahl der Verpflegstage, dadurch werden selbstverständlich bedeutende Mehrkosten erwachsen.

Hiebei bemerke ich noch, daß ein Teil des Belages aufgebraucht worden ist für kranke, verletzte oder verwundete Militärpersonen.

Für Militärpersonen ist in den übrigen Spitälern ein Verpflegsbetrag von 5 K 50 h ab 1. Mai bezahlt worden. Ich weiß nicht, ob das Jubiläums-Spital auch für Militärpersonen denselben Verpflegsbetrag erhalten hat. Außerdem sind ja vom 1. Juli an die Verpflegsgebühren überhaupt auf 4 K 30 h erhöht worden, während sie früher 3 K 20 h betragen haben. Wenn wir solche Zuschußkredite bewilligen, müssen wir doch gleichzeitig hören, welche Rolle die erhöhten Verpflegsgebühren eigentlich in den Ausgaben und Einnahmen spielen, wie sich das in den Ausgaben wiederspiegelt und ob diese erhöhten Verpflegskosten in der Tat zu erwarten waren. Für das Jahr 1916/17 ist ebenfalls viel zu niedrig präliminiert worden, denn für das Verwaltungsjahr 1916/17 wurden 1,862.960 K präliminiert. Man müßte auch dafür Vorsorge treffen, daß nicht die Kosten, die das Spital verursacht, himmelhoch steigen. Man müßte sich fragen, ob es nicht in irgend einer Weise möglich wäre, die Verpflegskosten etwas herabzudrücken.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß beispielsweise die Krankenkassen, welche einen ziemlichen Teil der Kranken für den Belag liefern, die erhöhten Gebühren von 4 K 30 h nicht bezahlen wollen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil in den übrigen öffentlichen Krankenanstalten auch nicht 4 K 30 h bezahlt werden, denn es wird eine Refundierung von 60 h geleistet; wir haben auch beim Jubiläums-Spital die Refundierung beansprucht; nun heißt es in der Erledigung, die den Krankenkassen zuteil geworden, das Jubiläums-Spital gewähre vorläufig diese Refundierung, aber es wird sie vom Krankenanstaltenfonds zurückverlangen. Wenn die Refundierung an das Jubiläums-Spital nicht rückersetzt wird, müssen also die Krankenkassen die betreffenden Beträge nachzahlen. Darauf können sich die Krankenkassen nicht einlassen. Ich muß bei dieser Gelegenheit aussprechen, daß es sehr bedauerlich gewesen ist, daß damals, als in der k. k. Statthalterei die Erhöhung der Verpflegskosten besprochen wurde, vom Vertreter der Gemeinde Wien nicht geltend gemacht worden ist, ob für das Jubiläums-Spital ebenfalls dieser Betrag von 60 h refundiert werden wird oder nicht. Der Vertreter der Gemeinde Wien in dieser Konferenz bei der Statthalterei hat aber absolut keine Äußerung abgegeben und infolgedessen haben die Krankenkassen gemeint, daß ein stillschweigendes Einvernehmen mit der Kommune Wien getroffen worden sei, daß die Refundierung jedenfalls erstattet werde.

Ich sage das deshalb, weil bei der Erhöhung der Verpflegsgebühren bei den Krankenkassen nicht mit 4 K 30 h gerechnet werden kann, sondern nur mit 3 K 70 h, was ebenfalls in der Berechnung zum Ausdrucke kommt.

Ich meine also, daß dieses Referat in einer bedeutend ausführlicheren Weise hätte erstattet werden sollen; dem Gemeinderat hätte gesagt werden sollen, daß gegenwärtig die Verpflegskosten auf 8 oder 9 K kommen. Nach meiner Berechnung dürften die Verpflegskosten im Jubiläums-Spital gegen 9 K betragen.

Es müßte auch gesagt werden, ob in der nächsten Zeit eine weitere Steigerung zu erwarten sei oder ob es dadurch, daß größere Vorräte für das Jubiläums-Spital angeschafft worden sind, möglich sein wird, die Kosten einigermaßen herabzudrücken. Ich weiß auch nicht, wie es jetzt mit der Direktion der Jubiläumsanstalt beschaffen ist; ich glaube, daß auch bezüglich der Direktion ein gewisser stabiler Charakter endlich einmal eintreten müßte.

Ich weiß nicht, wer der gegenwärtige Leiter des Jubiläums-Spitales ist. Ein so großes Institut muß aber doch von einer Persönlichkeit geleitet werden, die einen sehr weitgehenden Überblick über alle Verhältnisse hat, die bei Erhaltung eines Spitales in Rechnung gezogen werden müssen. Es muß dafür gesorgt werden, daß jemand in der Direktion ist, welcher auch in Bezug auf die Versorgung mit Lebensmitteln mit der entsprechenden Energie und Umsicht vorgeht, denn sonst werden ganz gewaltige

Steigerungen der Verpflegskosten eintreten, die absolut nicht etwa ihre Wirkung darin ausüben, daß eine besonders vorzügliche Verpflegung der Kranken der betreffenden Anstalt stattfindet, sondern möglicherweise dazu führen können, daß sehr ungünstige Verpflegsverhältnisse trotz der großen Auslagen im betreffenden Spitale eintreten.

Ich hätte also gewünscht, daß uns in dieser Beziehung eine sehr weitgehende Aufklärung gegeben wird. Wir selbst können diesem ganz kolossalen Zuschußkredit von 2,700.000 K mit Rücksicht auf die Dürftigkeit dieser Darstellung unsere Zustimmung nicht geben.

Bürgermeister: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent zum Schlußworte.

Referent Gem.-Rat Dr. Haas: Der Herr Gemeinderat hat gefragt, wie hoch uns eigentlich ein Kranker im Spitale zu stehen kommt. Ich kann ihm darauf erwidern, daß die Kosten 8 K 57 h betragen. Das ist ein unerhört hoher Betrag, aber wir können während des Krieges dagegen nichts machen. Eine große Anzahl von Ärzten ist eingerückt, sie beziehen aber das Gehalt weiter und wir müssen Hilfsärzte aufnehmen und jedem 400 bis 500 K monatlich bezahlen. Auch die Pflegerinnen müssen wir jetzt höher entlohnen. Weiters hat der Herr Kollege gefragt, wieso die ungeheuren Kosten bei der Küche im Betrage von 2 Millionen herauskommen. Darauf kann ich ihm mitteilen, daß das Mehrerfordernis hauptsächlich auf die höheren Auslagen für die Beschaffung der Lebensmittel zurückzuführen ist. Die detaillierten Ansätze sind erfolgt auf eine normale Zahl von 300.000 Verpflegstagen. Im Verwaltungsjahre 1915/16 sind aber 602.700 Verpflegstage aufgelaufen. Daraus resultiert ein Betrag von 650.000 K als Mehrerfordernis, das aber durch die unbedingt notwendige Sicherstellung gewisser Vorräte an Lebensmitteln eine weitere außerordentliche Erhöhung erfahren hat.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Preissteigerungen bei Fleisch und Fett zirka 200 Prozent betragen. Wenn man schon bei 300.000 Verpflegstagen täglich zirka 4 K 50 h draufzahlen muß, um wieviel höher ist die Summe bei 600.000 Verpflegstagen! Es ist eben absolut unmöglich, jetzt in die Sache Ordnung zu bringen, weil Krieg ist. Nach dem Kriege werden genaue Erhebungen gepflogen werden, damit wir Ersparungen erzielen können.

Von dem von der Statthalterei festgesetzten Betrage von 4 K 30 h pro Tag werden 60 h an verschiedene Korporationen refundiert, so an den Landes-Ausschuß und an die Krankenkassen, so daß wir nur 3 K 70 h, aber auch erst seit kurzer Zeit bezahlt bekommen. Infolgedessen müssen wir diesen unerhört hohen Betrag daraufzahlen.

Dazu kommt noch, daß wir fortwährend ohne sichere Budgetierung arbeiten müssen, weil wir nicht wissen, wie sich die Verhältnisse schon in den nächsten 14 Tagen in diesem oder jenem Belange gestalten werden.

Ich bitte die Herren, die Anträge anzunehmen. Sobald Ordnung geschaffen werden kann, wird auch in dieser Beziehung von uns das Möglichste veranlaßt werden.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche für den Referenten-Antrag stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist genehmigt.

Beschluß:

A.

Zu folgenden Ausgabs-Rubriken des Voranschlages des Kaiserjubiläums-Spitales für das Verwaltungsjahr 1915/16 werden folgende Zuschußkredite bewilligt:

1. Zur Ausgabs-Rubrik I 8 „Bezüge des Krankenpflegepersonales" . . .	184.000 K
(Begründung: Erhöhung des Standes der Ordens-Schwestern, Verwendung von Hilfspflegerinnen für die Militärkrankenfürsorge, Steigerung der Kosten der Naturalverpflegung des Pflegepersonales.)	
2. Zur Ausgabs-Rubrik VII „Beheizung"	140.000 „
(Begründung: Erhöhter Verbrauch an Brennstoffen, erhöhte Preise für diese, Herstellungen und Instandsetzungen in der Heizanlage.)	
3. Zur Ausgabs-Rubrik IX „Reinigung"	55.000 „
(Begründung: Personalvermehrung und Mehrverbrauch an Reinigungsmaterialien und Geräten infolge Angliederung der Versorgungsheimgebäude I und III, Steigerung der Preise für Reinigungsmittel.)	
4. Zur Ausgabs-Rubrik X 2 „Reinigung der Wäsche und Bettdecken"	106.000 „
(Begründung: Erhöhung des Belages um rund 100 Prozent.)	
5. Zur Ausgabs-Rubrik XI „Küchenauslagen"	2,086.000 „
(Begründung: Steigerung der Verpflegstage um rund 100 Prozent, Preiserhöhung für die Lebensmittel und Sicherstellung von solchen.)	
6. Zur Ausgabs-Rubrik XII „Medikamente, Verbandstoffe und sonstige ärztliche Erfordernisse"	63.000 „
(Begründung: Steigerung des Belages um rund 100 Prozent, Preissteigerung und Sicherstellung von Vorräten.)	
7. Zur Ausgabs-Rubrik XVI „Sonstige Auslagen"	70.000 „
(Begründung: Verköstigung der dem Kaiserjubiläums-Spitale [Verwundeten-Pavillon] zugewiesenen Landsturmleute.)	
	2,707.000 K

B.

Der Zuschuß der Gemeinde Wien zur Deckung des Betriebsaufwandes des Kaiserjubiläums-Spitales im Verwaltungsjahre 1915/16 wird um 310.000 K erhöht und es wird ein Zuschußkredit in gleicher Höhe zur Ausgabs-Rubrik XXXV 1 des Hauptvoranschlages der Gemeinde Wien für dasselbe Verwaltungsjahr bewilligt.

Bürgermeister: Ich bitte, fortzufahren.

18. Referent Gem.-Rat Dr. Haas: Zahl 11113, Post 5. Verein Distrikts-Krankenpflege (Hauspflege) in Wien um Subvention für das Jahr 1916.

Es wird wie im Vorjahre eine normale Subvention von 100 K und in Anbetracht des außerordentlich wohltätigen Wirkens dieser Korporation eine außerordentliche Subvention von 1900 K, im ganzen 2000 K, beantragt.

Ich bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Zum Worte ist niemand vorgemerkt, eine Einwendung wird nicht erhoben, der Antrag des Herrn Referenten erscheint daher genehmigt.

Beschluß: Dem Verein Distrikts-Krankenpflege wird für 1916 eine Subvention von 2000 K, und zwar 100 K als ordentliche und 1900 K als außerordentliche Subvention bewilligt.

Die Ausgabe ist auf Ausg.-Rubr. XXXVIII 6 e bedeckt.

Bürgermeister: Ich bitte, fortzufahren.

19. Referent Gem.-Rat Dr. Haas: Zahl 11008, Post 6. Projekt für eine Heiz- und Warmwasserbereitungsanlage, sowie Vergrößerung des Brennstoffkellers im Pavillon II des Wiener Versorgungsheimes.

Die eigentliche Anlage ist dieselbe wie im Pavillon I, nur sind Vergrößerungen bezüglich des Kellers vorgesehen, die zur Aufnahme und Aufbewahrung von Brennmaterial geschaffen werden.

Die Fachleute haben nämlich erklärt, daß mit dem im Pavillon I vorhandenen Raume bei einem größeren Zwischenfall, wenn zum Beispiel kein Brennmaterial geliefert werden kann, das Auslangen nicht gefunden werden könnte. Aus diesen Gründen ist diese größere Kelleranlage geschaffen worden.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß diese Souterrainlokalitäten auch zu Arbeitszwecken dienen sollen und daß sich dort Arbeiterinnen verschiedener Kategorien, die eben für die Versorgung arbeiten, aufhalten müssen. Diese Räume dienen daher für Wohnzwecke und müssen daher auch zu diesen Zwecken hergerichtet werden und dadurch erklären sich die höheren Kosten.

Bürgermeister: Ich eröffne die Debatte. Zum Worte pro gelangt Herr Gem.-Rat Melcher.

Gem.-Rat Melcher: Ich kann selbstverständlich nicht beurteilen, ob diese Anlage zur Durchführung kommt, weil ich das Referat nicht genau studieren konnte. Es wäre sehr gut, wenn derartige Referate, beziehungsweise die gesamten Referate wenigstens eine Viertelstunde vor der Sitzung auf den Tisch des Referenten gelegt würden, damit die einzelnen Gemeinderäte, wenn sie etwas in den Referaten nachsehen wollen, in der Lage sind, dieselben studieren zu können. Das, was ich vorbringen will, ist folgendes:

Soweit ich informiert bin, ist dieses Referat bereits am 16. Juli 1916 an den Stadtrat gelangt und die Preise, die in den einzelnen Kostenüberschlägen niedergelegt sind, sind mit Rücksicht auf die Preise eingesetzt worden, die damals galten, als das Referat an den Stadtrat gelangte.

Ich habe nun in aller Eile den Überschlag der einzelnen Preise, soweit es die Zeit zugelassen hat, angesehen und kann sagen, daß die hier angegebenen Preise überhaupt nicht mehr gelten. In diesem Überschlag ist der Kubikmeter Mauerwerk mit 32 K festgesetzt, heute kosten aber die Ziegeln per Kubikmeter bereits soviel, wie der Kubikmeter Mauerwerk. Dieser Preis gilt heute nicht mehr. Wenn diese Arbeit zur Ausführung kommt, müssen Sie einer Überschreitung von 30 bis 40 Prozent gewärtig sein.

Ich bin der Meinung, daß, wenn hier eine Ausschreibung stattfindet, es für die Bevölkerung nicht sehr angenehm ist und speziell nicht für die Fachleute, wenn es in unserem Blatte bei den Ausschreibungen heißt: Es sind Offerte eingelangt und auf diese ist eine Aufzahlung von 40 Prozent auf die Kostenanschläge verlangt worden. Das könnte doch unterbleiben und daher glaube ich, daß es gut wäre, wenn dieser Kostenanschlag, der vom Juli ist, heute einer Revision unterzogen würde, bevor die Vergebung stattfindet, damit wir genau wissen, was diese Arbeiten heute kosten werden und was sie im Juli gekostet haben. Da sind zum Beispiel für eine Arbeit 134.500 K, für eine andere 22.000 K ausgeworfen. Ob etwas 156.000 K oder 256.000 K ausmacht, ist doch ein großer Unterschied.

Ich bitte daher den Herrn Bürgermeister, vielleicht zu veranlassen, daß, bevor die Arbeiten ausgeschrieben werden, dieser Kostenanschlag neuerdings rektifiziert wird, und zwar mit Rücksicht auf die heutigen in Wien usuellen Arbeitspreise.

Bürgermeister: Herr Kollege Melcher scheint sich in einem Irrtum zu befinden. Der Akt ist erst am 10. November 1916 an den Stadtrat gekommen und wurde am 28. November 1916 referiert. (Gem.-Rat Melcher: Der Kostenanschlag wurde am 16. Juni 1916 ausgearbeitet!)

Die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent zum Schlußworte.

Referent Gem.-Rat Dr. Haas: Ich konstatiere ebenfalls, daß, wie schon der Herr Bürgermeister richtiggestellt hat, der Akt nicht am 16. Juli 1916 an den Stadtrat gegangen ist, sondern der Bericht des Magistrates datiert vom 10. November 1916, an den Stadtrat wurde er am 20. November 1916 geleitet und am 28. November 1916 dort referiert, er wurde also mit größtmöglicher Beschleunigung behandelt. Daß der Kostenanschlag vom Juli datiert, ist richtig. Der Kostenanschlag muß eben von der Buchhaltung und den anderen Organen geprüft werden, und bis die Sache dann an den Stadtrat kommt, vergeht immerhin längere Zeit. Wenn Sie gestatten, werde ich dem Herrn Kollegen Melcher auch insofern antworten können, als es in dem Berichte heißt (liest):

„Im Genehmigungsfalle würde mit der Ausschreibung der Heizanlage noch zugewartet werden, bis der Bau entsprechend weit vorgeschritten ist. Da dieser aber nach Fertigstellung der Fundierung möglicherweise auf unbestimmte Zeit eingestellt werden wird, läßt sich der Zeitpunkt der Ausschreibung heute noch nicht feststellen. Dagegen hat das Stadtbauamt ein Interesse daran, jetzt schon in den Besitz einer Entscheidung über die Gestaltung des Brennmaterialienkellers zu gelangen."

Es ist eben bei den heutigen Verhältnissen nur eine prinzipielle Genehmigung möglich. Sollte bis zur Ausführung des Projektes noch ein längerer Zeitraum verstreichen, so muß natürlich ein neuer Kostenvoranschlag gemacht werden, denn bei den heutigen Verhältnissen ist es eben nicht möglich, alles vorher zu sehen.

Bürgermeister: Es handelt sich nun um eine prinzipielle Genehmigung, ich kann also abstimmen lassen und bitte die Herren, die für den Referenten-Antrag sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: 1. Der vorgelegte Entwurf für die Errichtung der Heiz- und Warmwasserbereitungsanlage im Pavillon II des Versorgungsheimes mit einem veranschlagten Kostenerfordernisse von 134.500 K wird genehmigt.

2. Die Vergrößerung des projektierten Brennstoffkellers mit einem veranschlagten Mehrerfordernisse von 22.003 K 43 h wird genehmigt und zur Kenntnis genommen, daß sich hiedurch die bereits genehmigte Baukostensumme um 16.503 K 43 h erhöht.

Bürgermeister: Die Herren Schriftführer konstatieren die Anwesenheit von mehr als 100 Gemeinderäten. Ich bitte Herrn Vize-Bürgermeister Rain, zu Punkt 10 zu referieren.

20. Referent Vize-Bürgermeister Rain: Ich habe die Ehre, zu berichten zur Zahl 10 über die Abänderung eines Übereinkommens mit der Kabelfabriks- und Drahtindustrie-Aktien-Gesellschaft. Es liegt der Antrag vor, eine Änderung des seinerzeitigen Beschlusses vom 22. September 1914 insofern vorzunehmen, als der Gesellschaft das Recht zustehen soll, die ihr überlassenen Ergänzungsflächen, und zwar die Teile der Kat.-Parz. 233/77 und 233/78 der Einlagezahl 206 des Grundbuches Altmannsdorf und die Kat.-Parz. 279/36 der Einl.-Z. 741 desselben Grundbuches sich ins Eigentum zuschreiben zu lassen. Es ist eine rein formelle Sache, eine Zusammenlegung von Bauflächen und ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, die diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluß: Die Gemeinde Wien gibt ihre Zustimmung, daß in Abänderung des Absatzes II des Gemeinderats-Beschlusses vom 22. September 1914, P. Z. 13058, die der Kabelfabriks- und Drahtindustrie-Aktiengesellschaft überlassenen Ergänzungsflächen, und zwar die Teile der Kat.-Parz. 233/77 und 233/78 der Einl.-Z. 206 Grundbuch Altmannsdorf, die Kat.-Parz. 451/2 und 283/48 der Einl.-Z. 816 des Grundbuches Altmannsdorf und die Kat.-Parz. 279/36 der Einl.-Z. 741 desselben Grundbuches, alle diese Grundbuchskörper Eigentum der genannten Aktiengesellschaft, zugeschrieben werden.

21. Referent Vize-Bürgermeister Rain: Zahl 11252, Post 1. Es handelt sich um eine Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof, betreffend den Rückersatz von Transportkosten. Das Polizei-Kommissariat für den X. Bezirk hat im Jahre 1914 den Johann Biener wegen Arbeits- und Obdachlosigkeit dem Magistrate zur Heimbeförderung überstellt. Die Kosten per 20 K 20 h wurden von der Gemeinde Wien bei der Heimatsgemeinde angesprochen, da der § 28 des Heimatsgesetzes der Gemeinde das Recht des Rückersatzes gibt.

Die Bezirkshauptmannschaft Gablonz hat dem Ansuchen der Gemeinde Wien stattgegeben, aber die Statthalterei in Prag hat entschieden, daß die Heimatsgemeinde nicht verpflichtet ist, den Betrag zu bezahlen, aus dem ganz ungerechtfertigten Grunde, weil die Heimbeförderung eine in das der Heimatsgemeinde gesetzlich zustehende Dispositionsrecht einschneidende Verfügung der Aufenthaltsgemeinde darstelle.

Nachdem aber der Verwaltungsgerichtshof in allen anderen Fällen im Sinne der Gemeinde Wien entschieden hat, wird aus prinzipiellen Gründen beantragt, die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Zum Worte ist niemand gemeldet, ich bitte die Herren, die diesem Antrag zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Gegen die Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern vom 29. September 1916, Z. 48605, betreffend den Rückersatz von Transportkosten für Johann Biener, wird die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof ergriffen.

Bürgermeister: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Knoll.

22. Referent Gem.-Rat Knoll: Zahl 10911, Punkt 7, betrifft das Anbot des Rudolf und der Magdalena Reichl auf Verkauf der Kat.-Parz. 922 in Stammersdorf an die Gemeinde Wien.

Es handelt sich um die Grundfläche im Ausmaße von 4140 m² zum Einheitspreise zu 1 K 50 h für 1 m². Nach langwierigen Verhandlungen wurde dieser Preis festgesetzt und der Magistrat schlägt diesen Preis vor. Auch ich stimme diesem Antrage zu und bitte um dessen Annahme.

Bürgermeister: Zum Worte ist niemand gemeldet. Wird eine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich erkläre den Antrag des Herrn Referenten für genehmigt.

Beschluß: I. Die Gemeinde Wien kauft von den Eheleuten Rudolf und Magdalena Reichl die im Grundbuche Stammersdorf unter Einl.-Z. 89 inneliegende Kat.-Parz. 922 Acker im Ausmaße von ungefähr 4140 m² um den Einheitspreis von 1 K 50 h für 1 m² unter folgenden Bedingungen:

1. Der auf Grund einer einverständlichen Vermessung zu ermittelnde Kaufpreis ist binnen acht Tagen nach Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde und Übergabe des Grundes in ihren Besitz fällig.

2. Der Grund wird gekauft und verkauft, wie er liegt und steht, ist der Käuferin vollständig lastenfrei zu übertragen und in ausgesteintem Zustande zu übergeben.

3. Die mit der Errichtung des Vertrages und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten sowie die Übertragungsgebühren trägt die Käuferin.

4. Die Verkäufer sind verpflichtet, auf Verlangen der Gemeinde Wien binnen acht Tagen nach Aufforderung bei der Einl.-Z. 89 des Grundbuches Stammersdorf auf ihre Kosten die Rangordnung der Veräußerung für obbezeichnete Parzelle anmerken zu lassen.

5. Der Grund wird dem Rudolf Reichl um einen Zins von 85 K für das Joch und Jahr, gleich ungefähr 147 K für 1 ha und unter den für die Verpachtung städtischer Gründe üblichen Bedingungen in Bestand gegeben.

II. Zur Deckung des Kaufschillings samt Nebengebühren wird zur Ausgabs-Rubrik XII 13 ein Zuschußkredit in der Höhe des Erfordernisses, das ist von annähernd 6462 K 72 h bewilligt.

Bürgermeister: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Poyer.

23. Referent Gem.-Rat Poyer: Zahl 9880, Post 8. Der Verein „Elisabethinum" in Breitensee unterhält seit 30 Jahren in der Kendlerstraße 10 und Hägelingasse 11 eine Kinderbewahranstalt und Arbeitsschule. Auch ist der Verein Besitzer des Hauses Kendlerstraße 10 und Hägelingasse 11, ferner von Gründen im Ausmaße von 1018 m² in der Hägelingasse. Das Vereinsvermögen wird nach Schätzung des Magistrates mit 100.000 K angenommen.

Was eine solche Anstalt in dem Bezirksteile Breitensee und bei einer Einwohnerzahl von nahezu 31.000 Bewohnern, die zumeist aus den unbemittelten Bevölkerungsschichten sich rekrutieren, bedeutet, das brauche ich Ihnen wohl nicht näher auseinanderzusetzen und näher zu begründen. Ich verweise nur darauf, daß täglich zirka 200 Kinder von Leuten, die tagtäglich ihrem Erwerbe nachgehen müssen, in dieser Anstalt beaufsichtigt werden und dort ihr Unterkommen finden, wobei auch für den ganz minimalen Betrag von 14 h ihnen ein warmes Mittagessen verabfolgt wird. Die Mittel zum Betriebe dieser Anstalt wurden durch öffentliche Sammlungen aufgebracht, welche von der Statthalterei genehmigt waren, ferner durch Beiträge der Mitglieder und Subventionen. Nun ist aber seit Beginn des Krieges die Sammlungstätigkeit eingestellt worden, weil sie nicht mehr bewilligt wird und auch die Mitgliedsbeiträge fließen infolge der massenhaften Einberufungen und infolge der Teuerung nur sehr spärlich ein.

Der Verein sieht sich also vor die traurige Eventualität gestellt, die Anstalt schließen zu müssen. Daß aber die Anstalt ein Bedürfnis für die arme Bevölkerung des Bezirksteiles ist, werden Sie mir wohl zugeben müssen und es ist deshalb zu begrüßen, daß der Verein der Gemeinde Wien sein ganzes Vermögen mit der Widmung zur Fortführung dieser Anstalt anbietet.

Ich bemerke, daß der Stadtrat das Angebot des „Elisabethinums" unter den im Referate zu Punkt 1 und 2 gestellten Bedingungen angenommen und sich bereit erklärt hat, die vom Vereine „Elisabethinum" gestellten Bedingungen, die unter Punkt 3 festgelegt sind, gleichfalls anzunehmen, wobei sich die Gemeinde verpflichtet, dem Vereine „Kinderschutzstationen" zwecks Herstellung eines Zubaues längs der Muthsamgasse und Zennerstraße auf der der Gemeinde Wien gehörigen und dem Vereine „Kinderschutzstationen" für Vereinszwecke zur Benützung überlassenen Realität, Grundbuch Breitensee Einl.-Z. 669, einen Beitrag von 50.000 K unter der Bedingung zu leisten, daß der projektierte Zubau nach dessen Fertigstellung in das Eigentum der Gemeinde Wien übergeht.

Ich bitte, dem Referate, wie es vorliegt, Ihre Zustimmung zu geben. Es wird dadurch eine für den Bezirk sehr notwendige Institution erhalten.

Bürgermeister: Bevor ich die Debatte eröffne, konstatiere ich, daß der Herr Gem.-Rat Zatzka als Obmann des Vereines der Kinderfreunde im XIII. Bezirke und der Herr Gem.-Rat Huber im Saale nicht anwesend sind. Ich erteile nunmehr das Wort dem Herrn Gem.-Rat David.

Gem.-Rat David: Meine sehr geehrten Herren! Wir haben selbstverständlich gegen die Genehmigung des vorliegenden Antrages absolut nichts einzuwenden, schon mit Rücksicht auf die unbedingt notwendige Erhaltung dieser Anstalt bei den gegenwärtigen schweren Zeiten. Wir müssen uns aber die Aufklärung erbitten über folgenden Punkt. Die Gemeinde übernimmt das Anstaltsvermögen samt dem Schuldenstande der Organisation; wir wissen nun nach dem Referate, wie hoch das Vereinsvermögen ist, sind aber nicht orientiert über den Schuldenstand, und darüber erbitten wir uns Aufklärung.

Bürgermeister: Zum Worte ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlußwort,

Referent Gem.-Rat Poyer: Ich kann den Herren mitteilen, daß das reine Vermögen des Vereines mit beiläufig 100.000 K bezeichnet wird; nach den Angaben des Magistrates beträgt das gesamte Vermögen 118.000 K, dem gegenüber 20.000 K als Passiven stehen. Es ergibt sich somit ein Reinvermögen von 98.000 K. Die Schätzung ist gewissenhaft und sehr genau und es kann somit das Gesamtvermögen mit rund 100.000 K angenommen werden.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Antrage des Referenten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich erkläre den Antrag als angenommen.

Beschluß: Die Gemeinde Wien erklärt sich prinzipiell als bereit, die vom Verein die Kinderfreunde im XIII. Bezirke, Breitensee, unterhaltene Kinderbewahranstalt und Arbeitsschule, XIII., Hägelingasse 11—Kendlerstraße 10, unter folgenden Bedingungen in ihr Eigentum und ihre freie Verwaltung zu übernehmen:

1. Der Verein hat die Genehmigung zur notwendigen Abänderung des § 18 der Vereinsstatuten bei der k. k. n.-ö. Statthalterei zu erwirken;

2. der Verein hat sodann eine Erklärung des Inhaltes abzugeben, daß er sein gesamtes bewegliches und unbewegliches Vermögen sowie auch seine Schulden an die Gemeinde Wien überträgt;

3. dagegen verpflichtet sich die Gemeinde, dem Verein „Kinderschutzstationen" zwecks Herstellung eines Zubaues längs der Mutsamgasse auf der der Gemeinde Wien gehörigen und dem Vereine Kinderschutzstationen für Vereinszwecke zur Benützung überlassenen Realität, Grundbuch Breitensee Einl.-Z. 669, einen Beitrag von 50.000 K unter der Bedingung zu leisten, daß der projektierte Zubau nach dessen Fertigstellung in das Eigentum der Gemeinde Wien übergeht. Dieser Betrag ist nach Vollendung des Zubaues fällig.

Bürgermeister: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Schneider.

24. Referent Gem.-Rat Schneider: Zahl 10112, Post 9. Ich habe die Ehre, das Projekt über die Verlängerung der Straßenbahnlinie in der Laudongasse vorzulegen. Die Straßenbahnlinie 5 befährt die Alserstraße, und zwar an einer Stelle, die zu der frequentesten des Straßenbahnnetzes von Wien gehören. Es ist nur eine teilweise Ablenkung der Linie bereits gemacht worden, aber die Ablenkung ist noch nicht vollständig fertiggestellt, weil der Entlastungskanal des Alserbaches noch nicht vollendet war. Die Arbeiten mußten hinausgeschoben werden und nachdem sie nunmehr fertig sind, soll diese Linie durch die Skodagasse geleitet werden und neben dem Theater in die andere Linie einbiegen. Die Linie in der Skodagasse soll nur als Notlinie betrachtet werden, die für Theaterzwecke verwendet wird. Die Linie 5 wird abgelenkt von der Spitalgasse durch die Langegasse, Laudongasse in die Skodagasse, so daß die Alserstraße entlastet wird. Sie durchschneidet die Alserstraße senkrecht beim Allgemeinen Krankenhaus. Auch die Verkehrsverhältnisse bei der Kochgasse werden dadurch wesentlich günstiger gestellt. Die Arbeiten werden im Frühjahre ausgeführt werden und erfordern einen Kostenbetrag von 120.000 K.

Ich bitte um Ihre Genehmigung.

Bürgermeister: Ich eröffne die Debatte. Zum Worte pro gelangt Herr Gem.-Rat Rotter.

Gem.-Rat Rotter: Ich habe bereits am 16. April 1914 auf die gefährliche Passage bei der Kochgasse hingewiesen; durch den heutigen Antrag werden wohl die Verkehrsverhältnisse gebessert, aber der untere Teil der Kochgasse bleibt nach wie vor gefährlich. Ich möchte bitten, daß in dieser Hinsicht Ordnung geschaffen werde.

Ich habe schon am 16. Anpril 1914 folgendes beantragt (liest):

„1. Die Linie 5 ist auf dem Geleise der ohnehin schwach befahrenen Linie 15 zu führen.

2. Die Geleiseanlagen in den zwischen der Laudongasse und Alserstraße gelegenen Teilen der Koch-, Lederer- und Skodagasse werden entfernt.

3. Die Linie 13 verkehrt anstatt bis zur Alserstraße bis zum Bürgerversorgungshaus.

4. Die Linie C, die heute bei Laudongasse 25 abzweigt, wird anderweitig instradiert."

Ich will bei dieser Gelegenheit gleich auch meine Interpellation urgieren, die ich seinerzeit gestellt habe. Die Linie C ist die teuerste Linie; man kann auf ihr von der Augartenbrücke nur bis zur Langegasse um 16 h fahren und wenn man weiter bis zur Laudongasse fahren will, muß man 22 h zahlen. Ich habe schon einigemale interpelliert, weil die Bevölkerung in der Josefstadt darüber aufgebracht ist, daß diese Linie so teuer ist. Wenn man bedenkt, daß man vom Gürtel bis Prater Hauptallee um 16 h fahren kann und dann dieses kurze Stück entgegenstellt, so muß man wohl sagen, daß die Strecke viel zu teuer ist. Es wäre auch eine Umänderung der Bezeichnung „C"-Linie, wünschenswert, weil häufig Verwechslungen mit der „G"-Linie vorkommen und die Leute erst dann, wenn der Wagen in die Langegasse einbiegt, merken, daß sie nicht in einem G-Wagen eingestiegen sind. Außerdem möchte ich hervorheben, daß in der Josefstadt der Straßenbahnverkehr äußerst mangelhaft ist; er war es schon vor dem Kriege und ist jetzt noch mangelhafter geworden.

Durch die Josefstädterstraße führen zwei Linien: die Linie 46 und die Linie J nach Ottakring. Bei der einen wie bei der anderen vergehen oft 10 bis 12 Minuten bis ein Wagen kommt, der ist dann natürlich überfüllt.

Weiter mache ich aufmerksam, daß die 3er- und 13er-Wagen, die durch die Laudon- und Kochgasse fahren, etwas langsamer fahren sollten; sie fahren mit der größten Geschwindigkeit und da die Schienen auch nicht mehr sehr gut sind, so pumpern und scheppern an der Kreuzung der Koch- und Laudongasse die Fenster aller Häuser, so daß man glaubt, es sei ein Erdbeben; mir sind darüber schon zahlreiche Beschwerden zugekommen.

Ich mache ferner darauf aufmerksam, daß jetzt sehr viele Beiwagen schlecht beleuchtet oder ganz unbeleuchtet sind, so daß es den Schaffnerinnen oft unmöglich ist, die Karten zu zwicken.

Endlich will ich auch den Antrag stellen, daß jeder Bezirk im Straßenbahn-Ausschuß vertreten sein soll und ich bitte um die Unterstützung dieses meines Antrages.

Bürgermeister: Zum Worte ist niemand gemeldet. Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Gem.-Rat Schneider: Gegen das Projekt ist vom Herrn Redner keine Einwendung erhoben worden. Was seine sonstigen Einwendungen betrifft, so bin ich natürlich nicht in der Lage, den Verkehr von einer Linie auf eine andere und umgekehrt einzuleiten. Der Antrag wird der Betriebs-Direktion zugemittelt werden und dann werde ich dem Herrn Kollegen Rotter Aufschluß geben können. Ich kann nicht gleich versprechen, daß dies oder jenes geschieht, denn es handelt sich doch hier um betriebstechnische Sachen.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche dem Referenten-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Referenten-Antrag ist angenommen.

Ich bitte jene Herren, welche den Antrag des Herrn Gem.-Rates Rotter unterstützen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist genügend unterstützt und geht an den Stadtrat.

Beschluß: 1. Die Verlängerung der Straßenbahnlinie in der Laudongasse von der Lederergasse bis Skodagasse wird auf Grund des vorliegenden Projektes A und Kostenvoranschlages A mit dem Betrage von 120.000 K genehmigt.

Von den Gesamtkosten per 120.000 K sind 80.000 K in dem mit Gemeinderats-Beschluß vom 19. Juni 1914, P. Z. 7154, genehmigten Investitionsvoranschlag, 19.000 K in den Ersparnissen beim Bau der Linie Flötzersteig und 21.000 K in den Ersparnissen beim Bau der Unterleitungseinbindung Lothringerstraße—Schwarzenbergplatz bedeckt.

Das Gesamterfordernis von 120.000 K wird auf die Rubrik XIV I/II 5 des Hauptvoranschlages 1916/17 verwiesen.

2. Die Führung der Linie 5 über Spitalgasse—Laudongasse nach Fertigstellung der vorstehend angegebenen Anlage wird genehmigt.

Bürgermeister: Ich bitte den Herrn Vize-Bürgermeister Rain, sein Referat zu erstatten.

25. Referent Vize-Bürgermeister Rain: Zahl 10956, Post 2. Bericht über das Kartoffelgeschäft der Gemeinde Wien.*)

Bei Ausbrnch des Krieges im Jahre 1914 traten an die Gemeindeverwaltung Anforderungen auf allen Gebieten, insbesondere auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung heran. Wohl eine der wichtigsten Fragen war die Kartoffelfrage. Schon in frühester Zeit, gleich nach Kriegsbeginn, war die Gemeindeverwaltung bedacht, dafür zu sorgen, daß dieses Volksnahrungsmittel in genügendem Maße nach Wien befördert werde.

Während im ersten Kriegsjahre der freie Handel sich vollkommen unbehindert betätigen konnte und sich infolgedessen die Marktverhältnisse nicht wesentlich verschlechterten, war die Gemeinde überdies bedacht, durch den Ankauf von Vorräten, insbesondere von 305 Waggons Kartoffel, der Knappheit, die eine Zeitlang bestand, entgegenzuwirken.

So ist es gelungen, daß das erste Kriegsjahr am Kartoffelmarkte ziemlich spurlos vorüberging.

Im zweiten Kriegsjahre gestalteten sich die Verhältnisse schon weitaus schwieriger. Durch die allgemeinen Einberufungen waren sowohl die Arbeitskräfte als auch das Fuhrwerk selten geworden. Infolgedessen war die Zufuhr auf die öffentlichen Märkte geringer und gleichzeitig machte sich auch eine Preissteigerung geltend. Das hat die Regierung veranlaßt, zu dem unglücklichen Mittel der Höchstpreisbestimmung zu greifen, was die vollkommene Unterbindung des freien Handels zur Folge hatte.

Vom Tag der Einführung der Höchstpreise an war die Zufuhr nach Wien wie abgeschnitten und es traten die traurigsten Erscheinungen ein. Die Gemeinde sah sich daher im Herbste 1915 veranlaßt, an die hohe Regierung heranzutreten, damit durch die Bezirkshauptmannschaften eine Beschlagnahme von Kartoffeln für Wien erfolge.

Dem Einschreiten des Herrn Bürgermeisters und der Gemeindeverwaltung sowie den Bemühungen der Obmänner-Konferenz ist es gelungen, die Zusage zu erhalten, daß 2000 Waggons nach Wien kommen. Leider erfolgte nur die Anlieferung von 1285 Waggons.

Die Gemeinde hat weiters große Schlüsse in Böhmen und Mähren machen lassen und das Ergebnis war äußerst zufriedenstellend. Nur war leider der Ankauf durch die Höchstpreisbestimmung unterbunden.

In der zweiten Hälfte 1915 trat das erstemal eine allgemeine Kartoffelnot in Wien auf. Der freie Verkehr hatte aufgehört und es war nur durch wiederholte Eingaben der Obmänner-Konferenz und infolge der Bemühungen des Herrn Bürgermeisters möglich, eine Zusage von den militärischen Zentralstellen zu erhalten, daß die Einfuhr von 2000 Waggons aus Russisch-Polen durchgeführt werde. Nicht genug aber, daß die Kartoffelknappheit schon im Februar einsetzte, wurde sie noch weiter dadurch verschärft, daß die Länder und Bezirkshauptmannschaften Transportbescheinigungen einführten. Dies geschah einerseits, um der Knappheit in den eigenen Ländern und Bezirken entgegenzuarbeiten, anderseits vielfach aber auch aus übergroßer Vorsicht, so daß schließlich ein großer Teil der aufgespeicherten Kartoffeln verfaulte, anstatt der großstädtischen Bevölkerung, die dieses wichtige Nahrungsmittel braucht, in genügendem Maße zugeführt zu werden.

Die Schwierigkeiten der Ausfuhr der Kartoffeln aus Böhmen und Mähren, welche durch die Transportbescheinigungen verursacht wurden, werden Sie mir zu schildern erlassen. Jeder Bezirkshauptmann hat sich eben als Herr gefühlt; hat die Ausfuhr aus seinem Bezirke verboten und so der Zufuhr der Kartoffeln nach Wien die größten Schwierigkeiten bereitet.

Nun will ich zur Frage der Einfuhr überhaupt übergehen. Ein großer Teil wurde früher aus Ungarn eingeführt und es wäre naturgemäß Pflicht der ungarischen Regierung gewesen, der Reichshaupt- und Residenzstadt auch jetzt so entgegenzukommen, wie es zwischen zwei Kaufleuten, die schon lange in Geschäftsverbindung sind, üblich ist.

Seit Jahrzehnten war das Absatzgebiet Ungarns in Österreich zu finden und es hätte die ungarische Regierung uns schon im Jahre 1915 mehr Entgegenkommen beweisen müssen. Wir haben die Ausfuhrbewilligung für 1215 Waggons gehabt. Tatsächlich haben wir nur 425 Waggons aus Ungarn beziehen können (Rufe: Hört! Hört!), weil durch Hindernisse jeder Art, durch Verkehrsschwierigkeiten und durch Willkürakte der ungarischen Behörden es eben unmöglich gemacht wurde, die Transportbescheinigungen auszunützen. (Rufe: Hört!)

Wenn wir das zweite Kriegsjahr betrachten, so können wir sehen, daß die Gemeindeverwaltung gegenüber dem ersten, mit einem Ausstoß von 305 Waggons, eine kolossale Leistung vollbracht hat, denn die angekauften Mengen betrugen 6872 Waggons.

Und zwar betrug die eigene Fechsung der Gemeinde Wien 153 Waggons, die Schlüsse, welche die Gemeindeverwaltung in Österreich machte, 1664 Waggons, von Ungarn bekamen wir statt 1200 nur 452 Waggons, von den Militärverpflegsmagazinen 23 Waggons, von Seite der Regierung aus Requisitionen in Niederösterreich 1285 Waggons, aus Russisch-Polen 87, aus Galizien 2975, aus Holland 227 Waggons. Es wurden also 6288 Waggons in Verkehr gebracht.

Der Abgang, der teilweise durch Diebstahl, teilweise durch Vermengung mit Erde u. s. w. entstand — jene Herren, welche infolge ihres Berufes damit zu tun haben, werden wissen, daß Verluste unvermeidlich sind — betrug 584 Waggons, in Prozenten 9·15.

Und wer von den verehrten Herren weiß nicht, daß beim Kartoffelgeschäft naturgemäß durch die Einwinterung ein Verlust entsteht! Es sind also alle jene unsinnigen Gerüchte, daß ungeheure Vorräte, Tausende von Waggons, vollkommen unbrauchbar geworden sind, eine boshafte Schädigung des Ansehens der Gemeindeverwaltung von Wien.

Ich kann hier offen anerkennen, daß alle Gemeindevertreter ohne Unterschied der Partei in dieser Ernährungsfrage gewiß ihre Pflicht erfüllt haben. Hätten die anderen Faktoren in derselben Zeit ihre Pflicht erfüllt, dann würde manche Knappheit an Lebensmitteln in Wien nicht eingetreten sein.

Nun kommen wir zum dritten Kriegsjahr. Alle Herren, welche in diesem Saale sind, hätten geglaubt, daß man im ersten und zweiten Kriegsjahre genügend Gelegenheit gehabt hätte, praktische Erfahrungen zu sammeln, so daß im dritten Kriegsjahre Erscheinungen von Knappheit bei diesen Lebensmitteln nicht mehr hätten eintreten brauchen. Wer aber das glaubt, hat falsche Hoffnungen aufgebaut.

*) Der dem Gemeinderate vom Referenten vorgelegte Bericht und Antrag wurde dieser Nummer des Amtsblattes als Beilage angeschlossen.

Die Knappheit wurde im Gegenteil im dritten Kriegsjahre bedeutend größer, weil die Ansprüche der Armen bedeutend höhere geworden sind, da die Preise der anderen Lebensmittel eben einstweilen unerschwinglich wurden. Was hilft es, wenn Gemüse vorhanden ist, der Hausfrau aber das Fett und das Mehl fehlt, um das Gemüse zuzubereiten! Es haben sich die Verhältnisse im dritten Kriegsjahre also zu einer Schwierigkeit ersten Grades herausgebildet.

Die Erfahrungen, welche im Jahre 1915/16 gemacht worden sind, hat die Regierung veranlaßt, eine Regelung durch die Ministerial-Verordnung vom 4. August 1916 herbeizuführen, womit die politischen Behörden ermächtigt worden sind, alle jene Kartoffelmengen, welche überschüssig sind und in der eigenen Wirtschaft nicht verbraucht werden können, für die großen Städte mit der Sperre zu belegen. Naturgemäß kann der eigene Bedarf des Bauern nur sehr schwer bemessen werden und ich gebe gern zu, daß der Bauer zuerst daran denken muß, für seine eigene Familie und sein Vieh vorzusorgen.

Die Sperre muß eben in vernünftiger Form angewendet werden und es muß die Möglichkeit gegeben sein, jene Überschüsse zu befördern, welche die großen Städte in die Lage versetzen, sich über den Winter genügend zu versorgen.

Die Gemeindeverwaltung hat durch diese Ministerial-Verordnung das Recht des freien Ankaufes vollkommen verloren und sie ist nur durch die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt in der Lage, ihren Bedarf an Kartoffeln zu decken. Die in der Öffentlichkeit verbreitete Meinung, daß die Gemeindeverwaltung in Bezug auf die Kartoffeln nicht genügend Vorsorge getroffen hat, ist daher unrichtig.

Der Wiener Magistrat hat im Verein mit dem Referenten schon im Juli einen Versorgungsplan für Wien ausgearbeitet, und zwar aufgebaut auf einem höheren Konsum durch die natürlicherweise erhöhten Ansprüche. Während wir im ersten Jahre mit 8000 Waggons rechneten, haben wir für 1916/17 12.000 Waggons beansprucht, welche nicht etwa ein zu hohes, sondern ein nur knapp bemessenes Quantum darstellen.

Inzwischen erschien aber auch am 30. September 1916 noch eine schwerwiegende Verordnung, welche die Versorgung von Tausenden von Familien hinfällig machte, nämlich die Sperrung von Stückgütern. Es war wenigstens bis zum 30. September 1916 noch gestattet, Sendungen bis 100 kg nach Wien zu befördern. Mit 30. September aber trat die oberwähnte Verordnung in Kraft, was gleichbedeutend damit war, daß Tausende und Tausende von Familien, welche früher alljährlich von ihren auf dem Lande wohnhaften Familienangehörigen mit Kartoffeln versorgt worden sind, nunmehr nicht mehr versorgt werden konnten.

Sie wissen, daß die Kartoffelreife erst im Oktober eintritt, und wenn man uns sagt, wir hätten die Zeit vor dem 30. September benützen können, um inzwischen die Kartoffeln zu bekommen, so muß ich sagen, mit unreifen Kartoffeln wäre den Bewohnern Wiens nicht geholfen gewesen. (Zustimmung.)

Man hat uns die Kartoffeln sozusagen vor den Toren Wiens abgesperrt. Die Kartoffeln durften nicht nach Wien befördert werden. Die Kartoffeln Niederösterreichs waren in erster Linie für jene Gemeinden Niederösterreichs bestimmt, welche eine Unterbilanz an Kartoffeln haben und nicht genügend Kartoffeln produzieren. Ganz recht, meine Herren! Wer war aber seit Jahrzehnten der natürliche Abnehmer für diese Kartoffeln? Die Stadt Wien! Und mit welcher Berechtigung kommt man dazu, daß man der Stadt Wien diese Kartoffeln wegnimmt? Wer ist da Schuld an solchen Zuständen? Die Gemeindeverwaltung? Was kann da die Gemeindeverwaltung tun?

Es ist aber so gewesen, daß man die Kartoffeln von Niederösterreich der Gemeinde Wien nicht zugewiesen hat, weil man, wie gesagt wurde, Waggonmangel hatte. Bei diesem Mangel war es daher logisch, daß wir, die Gemeinde Wien, die Kartoffel aus Galizien u. s. w. beziehen müssen. (Heiterkeit.) Dadurch sollte wohl dem Waggonmangel abgeholfen werden! Bei unserer Eigentümlichkeit des Bureaukratismus ist es erklärlich, daß man für Wien so nahe gelegene Gebiete für die Kartoffelversorgung Wiens ausgesucht hat. (Heiterkeit.)

So würde die Angelegenheit betreffs der Kartoffelversorgung liegen. Was ist uns aber zugesagt worden? Der Versorgungsplan wurde eingereicht und das Ministerium sagte 5000 Waggons Kartoffeln aus Böhmen, 5000 aus Mähren und 2000 aus Galizien zu und bemerkte: Du Gemeindeverwaltung mußt dementsprechend Fürsorge treffen; und ich glaube, daß auf diesem Gebiete alles rechtzeitig vorgesorgt wurde. Um auf diesem Gebiete rechtzeitig Vorsorge zu treffen, hat sich die Gemeindeverwaltung mit der Frage der Unterbringung der Kartoffeln beschäftigt. Sie gestatten mir die Bemerkung, daß die Unterbringung einer so großen Menge von Kartoffeln keine leichte Aufgabe ist. Die Obmänner-Konferenz hat sich mit der Frage der Unterbringung der Kartoffeln wiederholt und eingehend beschäftigt und auch eingehend mit der Frage der Beistellung der Arbeiterschaft, Fuhrwerke, sowie mit der Frage der Einbringung der Kartoffelmieten, Erbauung von Baracken u. s. w.

Der Plan war also ausgebaut und 3000 Waggons sollten in den Mieten von Schwechat und Stadlau untergebracht werden. Es wurde sogar ein eigenes Industriegeleise zur bestehenden Verbindungsbahn mit einem schweren Kostenaufwande gebaut, es wurden auch zehn Baracken errichtet, um die Mannschaft unterzubringen. Lagerräume wurden in dankenswerter Weise von den Brauereien und Kellereibesitzern zur Verfügung gestellt, um 2000 Waggons unterzubringen. 1200 Waggons waren für die Militärverwaltung und für die Spitäler bestimmt, um den Wiener Markt zu entlasten.

Eine Hauptaufgabe hat die Gemeindeverwaltung darin erblickt, die bestehenden Erwerbsgenossenschaften, Konsumvereine, Lebensmittelmagazine, Wiederverkäufer und Privathaushaltungen darauf aufmerksam zu machen, sich für den Winter zu bevorräten. Es wurden sogar diesbezügliche Aufrufe erlassen. Der Plan war also ausgearbeitet und das Programm ist festgestanden und es wurde dem Ministerium unterbreitet, um diesbezüglich Dispositionen zu treffen.

Es muß dankbar anerkannt werden, daß die Zentral-Transportleitung in achtenswerter Weise der Gemeindeverwaltung entgegengekommen ist. Die Sache war so eingeteilt, daß wir sagen konnten, es wäre nahezu möglich gewesen, auch bei der ganzen Anlieferung der Zufuhren den vollen Tagesbedarf von 283 Waggons klaglos von den Bahnhöfen abzuführen. Nicht weniger als 15 Bahnhöfe waren uns zur Verfügung gestellt, um die Entladung vorzunehmen. Es war geplant, täglich 283 Waggons Kartoffeln zu bekommen, von diesen wären 100 Waggons in den Mieten unterzubringen gewesen. Die

Möglichkeit wäre vorhanden gewesen, es war heuer ein selten günstiges Herbstwetter, aber leider haben wir die schöne Zeit vorübergehen lassen müssen, ohne daß sie ausgenützt worden ist.

Leider haben sich eben die Verhältnisse anders gestaltet, als im Programme und den Berechnungen vorgesehen war. Schon im September sind Erscheinungen eingetreten, welche wir nicht erwartet hätten.

Sie wurden darauf zurückgeführt, daß heuer vielleicht durch den kalten Sommer die Kartoffelreife etwas später eingetreten ist. Es war auch richtig, daß trotz der übermenschlichen Anstrengungen der landwirtschaftlichen Kräfte es für den Produzenten schwer war, die Kartoffeln rechtzeitig herauszubringen und dem Markte zuzuführen.

Als aber dann auch nichts kam, ist es lediglich dem Herrn Bürgermeister zu danken, daß die n.-ö. Statthalterei endlich die Einfuhr von 130 Waggons gestattet hat. Es scheint das eine ganz schöne Ziffer zu sein, aber bei einem täglichen Bedarfe von 40 bis 50 Waggons reicht dieser Vorrat nur für einige Tage und ist keine ausgiebige Aushilfe.

Es wurden alle möglichen Bittgänge unternommen, die Herren Obmänner der verschiedenen Klubs wissen ja davon, und endlich ist es uns wieder gelungen, durch die Vorsprache bei den militärischen Zentralstellen 300 Waggons zu bekommen. Also 300 und 130 Waggons sind erst 430 Waggons, der Herr Bürgermeister mußte daher, ob er wollte oder nicht, wieder sich diesen Bittgängen und Telegrammwechseln unterziehen und bei der ungarischen Regierung vorstellig werden. Endlich hat die ungarische Regierung die Einfuhr von 150 Waggons angewiesen. Aber von diesen 150 Waggons — freuen Sie sich nicht zu sehr darüber — sind in Wirklichkeit nur 11 Waggons geliefert worden. (Rufe: Hört! Hört!)

Wir haben noch dazu Bezirke angewiesen bekommen, wo es aus verkehrstechnischen und anderen Gründen überhaupt nicht möglich war, Kartoffeln nach Wien zu bringen, ja, es wurde uns sogar zugemutet, uns die Kartoffeln aus dem Kriegsgebiete zu holen. (Bürgermeister: Beinahe aus der Feuerlinie!)

Es war daher diese Zusage nicht ernst zu nehmen. Wenn man in der Not jemandem etwas verspricht, so ist es Ehrenpflicht des Betreffenden, dieses Versprechen vollinhaltlich zu erfüllen. (Zwischenrufe und lebhafte Zustimmung.)

Endlich, am 6. Oktober 1916, setzte erfreulicherweise die Zufuhr durch die Kriegsgetreide-Gesellschaft ein. Wir konnten uns von Tag zu Tag einer Kartoffelzufuhr in ausgiebiger Weise erfreuen. Leider aber dauerte diese Freude nur zehn Tage und von diesem Tage an wurde jeden Tag weniger zugeführt, so daß wir am 23. Oktober nur mehr eine Zufuhr von zwei Waggons hatten. (Rufe: Hört! Hört!)

Ich führe noch an, daß sowohl die Obmänner-Konferenz als auch der Stadtrat zugestimmt hat, daß der Stellwagenverkehr ganz eingestellt werde, um genügend Pferde zu haben, so daß seit Wochen die Pferde zur Disposition auf den Bahnhöfen stehen. Wir haben uns Fuhrwerk von der Militärverwaltung ausgeliehen, wir haben 28 Lowries von der städtischen Straßenbahn zur Verfügung gestellt, von Tag zu Tag hat die Gemeindeverwaltung horrende Ausgaben gehabt, aber es war an manchen Tagen der Einlauf an Kartoffeln in Stadlau ein derart geringer, daß die Kartoffeln von der dort befindlichen Mannschaft aufgegessen wurden.

Vom 17. Oktober bis 25. November sind im ganzen 3812 Waggons eingelangt, durchschnittlich 95 pro Tag, gegen 283 Waggons, welche zugesagt waren, so daß der Ausfall am 25. November effektiv 7225 Waggons gegenüber dem Programm betragen hat. Es ist uns ja schon von vornherein klar gewesen, daß das Programm nicht ganz eingehalten werden kann, weil ja überall Mängel eintreten können; aber so ein vollständiges Versagen des ganzen Apparates hat man sich nicht vorstellen können. Seit Ende August 1916 waren 5954 Waggons abgeliefert; es wäre doch die Möglichkeit vorhanden gewesen, eine größere Menge hieher zu schaffen, denn auch das Wetter war so günstig, als man es sich nur wünschen konnte. Nun wird gesagt, daß die Gemeindeverwaltung überaus große Mengen eingemietet hat. Ja, meine Herren, die Gemeinde ist ja verpflichtet, für den Eintritt von Frost- und Schneewetter vorzusorgen. Es sind darüber viele Gerüchte im Umlauf und ich möchte bei dieser Gelegenheit, insbesondere an alle verehrten Herren Kollegen ohne Unterschied der Parteirichtung die Bitte richten, da aufklärend zu wirken. Was haben wir eingemietet? 1353 Waggons sind in den Kartoffelmieten eingelagert. Das ist der Bedarf für 25 bis 30 Tage. Was wäre es nun, wenn wirklich ein Schneefall oder Frostwetter einträte? Dann ist die Gemeinde verpflichtet, insbesondere die äußeren Bezirke, die Arbeiterbezirke mit Kartoffeln zu versorgen und deswegen sage ich, mit Recht haben wir dieses Quantum eingemietet und es ist nicht wahr, daß Tausende von Waggons eingemietet sind, während sich die Bevölkerung anstellen muß. Wer dieses Bild täglich sieht, dem krampft sich das Herz zusammen, wenn er bemerkt, wie Frauen und Kinder stundenlang da stehen und ihre Gesundheit zu Markte tragen. Wie tausendfach werden sich Frauen Krankheiten geholt haben, wie viele Todesopfer wird das Anstellen gekostet haben, und da wäre die Gemeindeverwaltung schuld! Nein, da sind andere Faktoren schuld und man muß es einmal offen sagen, die Gemeindeverwaltung hat in dieser Beziehung ihre Verpflichtung erfüllt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Was haben wir vorgesorgt, um die Kartoffeln unterzubringen? Wir haben 1270 Mann Landsturmleute für das Ausladen in Stadlau und in Schwechat haben wir 1050 Kriegsgefangene; in der Lobau 150, zusammen daher 2470 Mann. Das sind riesige Opfer, welche die Gemeinde Wien zu tragen hat, denn seit Wochen stehen diese Leute draußen nnd haben nichts zu tun, denn wir haben keine Kartoffeln bekommen. Wir haben zehn Baracken gebaut, worin diese Leute untergebracht sind. Wir haben 80 Fuhrwerke und Autos bereitgestellt, wir haben 43 Lowries der Straßenbahn beigestellt, um sie beim Transport der Kartoffel zu verwenden. Alle Vorsorgen waren getroffen, aber Kartoffeln sind nicht gekommen. Es ist zu wiederholtenmalen, insbesondere in gewissen Kreisen der Gedanke an die Einführung der Kartoffelkarte aufgetaucht. So verlockend dieser Gedanke erscheinen würde, so ist er unausführbar. Eine Bezugskarte kann man nur dann einführen, wenn das betreffende Lebensmittel in genügender Menge vorhanden ist, wenn jedermann weiß, er muß, wenn auch wenig, aber doch dieses Wenige gewiß bekommen.

Es sollten nach der Meinung der Regierung 300 g Kartoffeln per Kopf und Tag zur Ausgabe kommen. Nun frage ich Sie, wie soll ein Schwerarbeiter mit 300 g Kartoffeln auskommen,

der nicht genügend Brot und Mehl hat und seine Nahrung naturgemäß durch Kartoffeln ergänzen muß?

Den Mann müßte man eigentlich mit 500 g beteilen und dann kommen wir auf 100 Waggons! Da soll ich nun Versprechungen machen, wo ich weiß, daß wir vielleicht in vier oder fünf Tagen fertig sind, da sollen wir die Bevölkerung mit Karten beteilen, wenn wir im vorhinein wissen, daß wir sie nicht werden honorieren können? Das halte ich nicht für möglich! Eine solche Enttäuschung dürfen wir den armen Leuten nicht auferlegen, daß sie eine Karte bekommen, aber nichts dafür erhalten. Ich mache aufmerksam, es wäre auch vollkommen unberechtigt, wenn man diese Karten so gleichmäßig einteilen würde wie die anderen. Es sind doch Zehntausende in Wien, welche noch nicht auf die Kartoffel angewiesen sind, sondern sich teuere Ersatzartikel verschaffen können, was aber soll die arme Frau oder der arme Mann tun, der vielleicht fünf bis sechs Kinder hat und ihren Magen mit Kartoffel füllen muß? Darum haben ich und die ganze Obmänner-Konferenz uns dagegen ausgesprochen.

Gestatten Sie, daß ich auch die bisherigen Verhältnisse auf dem Markt bespreche. Vom 1. Oktober bis 8. November 1916 wurden 3763 Waggons in Verkehr gebracht, also täglich 80 Waggons. Ich muß nun öffentlich sagen, daß es tief bedauerlich wäre, wenn in der jetzigen Zeit einzelne Leute kolossale Vorräte anhäufen und hamstern würden, während Tausende sich nicht satt essen können. (Rufe: Sehr richtig!) Es ist wirklich zu wundern, wo diese 80 Waggons pro Tag hingekommen sind. Wir konnten den Ansprüchen der Konsumvereine nicht ganz genügen, auch nicht denen der Gemischtwaren-Verschleißer und Genossenschaften und anderseits sehen wir, was täglich in den Verkehr gekommen ist. Über das Anstellen zu sprechen, unterlasse ich jetzt, weil ich davon schon gesprochen habe.

Die Obmänner-Konferenz hat sich schon am 7. Oktober 1916 veranlaßt gesehen, und auch der Stadtrat hat in wiederholten Sitzungen sich mit den Anträgen befaßt, die heute dem verehrlichen Gemeinderate vorliegen und welche der Regierung vorgelegt werden sollen, um sie auf die große Gefahr aufmerksam zu machen, die droht, und daß rasch Abhilfe notwendig ist. Wir alle, glaube ich, ohne Unterschied, können nur sagen, wir stellen diese Anträge in dem Bewußtsein, die Interessen der Gesamtheit gewissenhaft zu vertreten (Beifall), und die Regierung tunlichst auf die Mängel der bestehenden Organisationen aufmerksam zu machen. Wir haben daher in Punkt 5 gesagt (liest):

„Die Regierung wird neuerlich aufgefordert, alles zu veranlassen, daß die in Wien bestehende Kartoffelnot raschestens behoben wird und zu diesem Zwecke:

a) Bei den k. u. k. Miliärbehörden dahin zu wirken, daß zur Besorgung der Kartoffelzufuhren zu den Verladestationen die erforderliche Militärmannschaft und militär-ärarische Fuhrwerke beigestellt werden;

b) die Ministerial-Verordnung vom 30. September 1916, R.-G.-Bl. Nr. 336, mit welcher in Abänderung des § 20 der Ministerial-Verordnung vom 4. August 1916, R.-G.-Bl. Nr. 224, auch Kartoffelsendungen in Mengen bis zu 100 kg einer Transportbescheinigung unterworfen wurden, sofort außer Wirksamkeit zu setzen;"

Wenn die Regierung uns in diesem Punkte entgegenkommt, wird für Tausende Familien gesorgt sein und eine wesentliche Entlastung eintreten.

„c) neuerliche Verhandlungen über die Einfuhr von Kartoffeln aus Ungarn und Deutschland einzuleiten."

Ich glaube, es wird nicht schaden, wenn die Regierung sich nochmals bemüht, mit Ungarn Verhandlungen zu pflegen, das gewiß Überschüsse hat. Die Herren werden ja gelesen haben, 1 Kilo bekommt dort der Einzelne per Kopf und Tag, man wäre also doch in der Lage, uns einen Teil davon abzutreten.

Die vorgelegten Anträge führen unmittelbar darauf, über die Ernährungsverhältnisse im allgemeinen zu sprechen. Wir alle begrüßen die Errichtung des Amtes für Volksernährung freudigst. Ich glaube, es war eine Forderung des Gemeinderates schon im Jahre 1914, daß dieses Amt geschaffen werde, welches der bestehenden Desorganisation auf dem Lebensmittelmarkte endlich abhelfen sollte. Das Verhältnis zwischen den Zivil- und Militärbehörden muß endlich geregelt werden, so daß nicht die Militärbehörden Vorräte, die für den Zivilbedarf bestimmt sind, um einen höheren Preis selbst übernehmen. Das kann im Interesse geordneter Zustände nicht gutgeheißen werden. (Rufe: Sehr richtig!)

Auch die Transportorganisation muß geregelt werden. Es geht nicht an, aus nichtigen Gründen Züge mit wichtigen Lebensmitteln bei Seite zu schieben, und nicht einmal durch Berufspersonen, sondern durch andere Organe, obwohl eine Dringlichkeit nicht vorhanden ist, Züge mit 30 bis 40 Waggons mit wichtigen Lebensmitteln, insbesondere Kartoffeln, beiseite schieben zu lassen und so die Vorräte dem Verderben auszusetzen.

Der zweite Antrag lautet (liest):

„II. Die Gemeinde Wien ist von dem im § 3 der Kundmachung des Ministerpräsidenten vom 30. November 1916, R.-G.-Bl. Nr. 401 und 402, dem Ernährungsrate zugewiesenen Wirkungskreise nicht befriedigt und verlangt in Festhaltung bereits gefaßter Beschlüsse, daß demselben volle Einsicht in die Aufzeichnungen der vorhandenen Vorräte und die Art ihrer Verteilung eingeräumt werde.

Die Gemeinde Wien verlangt eine stärkere Vertretung im Ernährungsrate."

Wie die Herren sehen, ist das Ernährungsamt geschaffen worden, aber mit einem engumschriebenen Wirkungskreise, was höchst bedauerlich ist. Man hat den bestehenden Approvisionierungsrat sofort in ein Ernährungsamt umgewandelt und die bestehende Geschäftsordnung belassen; es werden nur so und so viele Mitglieder mehr einbezogen, welche sich aus Konsumentenkreisen rekrutieren. Das Wichtigste aber hat man unterlassen, daß der Ernährungsrat das Recht habe, Einsicht zu nehmen in die bestehenden Vorräte und die Art der Verteilung. Wenn ich im Ernährungsrat bin und nur Kenntnis von dem bekomme, was geschehen ist, werde ich mich schönstens bedanken. Es muß Einfluß genommen werden auf eine gerechte Verteilung ohne Unterschied der sozialen Stände. (Beifall.)

Es geht nicht an, daß in der Kriegszeit sich Organisationen bilden, die ein Vorrecht gegenüber der Arbeiterschaft und der Bevölkerung genießen. In der Kriegszeit, wo jeder zu den Lasten und Opfern beiträgt, dürfen nicht auf Kosten der einen andere bevorzugt werden. (Lebhafter Beifall.)

Ich bitte, auch den Antrag II, daß die Gemeinde eine stärkere Vertretung im Ernährungsrate erhält, anzunehmen. Bisher haben wir nur drei Mitglieder im Approvisionierungs-Ausschusse gehabt. Sie werden zugeben, daß in einem so wichtigen Verwaltungsapparate mit 40 Mitgliedern die Gemeinde Wien eine entsprechende Vertretung haben muß. (Rufe: Sehr richtig!)

Man kann nicht über eine Zweimillionenstadt einfach hinweggehen. Die ländliche Bevölkerung hat nicht dasselbe Interesse wie die städtische, weil wir nicht produzieren, sondern konsumieren, und es wird daher unsere Aufgabe sein, dahin zu wirken, daß auch diesbezüglich unsere Wünsche erfüllt werden.

Weiters ist notwendig, daß Maßnahmen zur gerechten Verteilung getroffen werden. Es scheint, daß in diesem Belange sehr viel fehlt, insbesondere müssen wir verlangen, daß mindestens während der Kriegszeit ein einheitliches Wirtschaftsgebiet mit Ungarn hergestellt werde. Es geht nicht an, daß die Rationen in Österreich bedeutend kleiner sind, während man in Ungarn Überfluß hat. Wir in Wien haben wöchentlich $^1/_2$ kg Mehl, während in Ungarn jeder im Monat 10 kg, der Arbeiter 15 kg hat, so daß sich die Leute auf 10 Monate bevorrätigen konnten. Es geht nicht an, wenn Österreich dieselben Blutopfer bringt wie Ungarn, daß wir schlechter dran sein sollen. Wir verlangen gleiches Recht für alle! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Aber noch eine Pflicht hat das Ernährungsamt: endlich energisch gegen den Lebensmittelwucher einzuschreiten. (Rufe: Sehr richtig!) Es geht nicht an, daß Großbanken und andere Unternehmer, die sich nie mit dem Lebensmittelgeschäfte befaßt haben, jetzt plötzlich auf diesem wichtigen Gebiete Wucher treiben. (Beifall.) Bei allen wichtigen Bedarfsartikeln muß dieses wucherische Treiben ohne Unterschied von Stellung und Rang hintertrieben werden, es muß endlich diese Mißwirtschaft aufhören Es geht nicht länger an, daß während der Kriegszeit einzelne Leute vielfache Millionäre werden, während andere zum Bettelstabe heruntersinken.

Darum bitte ich Sie, die Anträge, die ich Ihnen gestellt habe, anzunehmen. Wir alle sind fest überzeugt, daß die Wiener Gemeindeverwaltung in ihnen das Mittel erblickt, die Teuerung zu vermindern und die trostlosen Verhältnisse zu beseitigen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Bürgermeister: Ich eröffne die Debatte. Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Dr. Hein.

Gem.-Rat Dr. Hein: Die vorliegenden Anträge entsprechen der Vereinbarung der Obmänner-Konferenz und unser Verband wird für die vorliegenden Anträge stimmen.

Wir alle begrüßen die Errichtung des Amtes für Volksernährung, weil dieses Amt geeignet ist, ein österreichisches Erbübel, die negativen Kompetenzkonflikte auf dem wichtigen Gebiete der Volksernährung zu beseitigen. Wir wissen, daß in Österreich sehr häufig ein Amt dem anderen die Kompetenz und die Verantwortung zuschiebt und daß sehr viel unterlassen wird, was auf diesem Gebiete geschehen soll.

Wir haben es erlebt, daß ein Ministerium für einen Artikel kompetent war, insoweit er für die menschliche Ernährung bestimmt war, das andere Ministerium für denselben Artikel, soweit er für das Futter für Vieh bestimmt war. Es haben sich dadurch die schwersten Kompetenzkonflikte ergeben und durch diese Kompetenzkonflikte sind wichtige Maßregeln, die hätten ergriffen werden sollen, von vornherein unterlassen worden. Vor allem ist dieses Amt für Volksernährung als ein wichtiger Fortschritt zu begrüßen.

Wir alle haben die Errichtung dieses Amtes und die Zentralisierung der Volksernährung gleich zu Kriegsbeginn gefordert und bedauern, daß es so lange gedauert hat, bis die Zentralisierung erfolgt ist, weil die Errichtung des Amtes heute zu einer Zeit erfolgt, wo über die Ernte eigentlich schon verfügt ist. Dieses Amt soll auch berufen sein, der Desorganisation im Lebensmittelverkehr ein Ende zu bereiten. Diese Desorganisation hat sich auf allen Gebieten gezeigt. Wir haben in der Richtung gesehen, daß länderweise oder bezirksweise über die Lebensmittel verfügt wurde und dadurch ist die Gemeinde Wien als Großkonsument außerordentlich geschädigt worden. Es haben sich die Länder abgesperrt, in letzterer Zeit auch die Bezirke, es wurden die Transportbescheinigungen für den Transport wichtiger Lebensmittel nach Wien versagt, zuerst von den Landeschefs, dann auch von den Bezirkshauptleuten. Man hat keine Übersicht über die Vorräte, über die Überschußbezirke und keine über diejenigen, welche Mangel an Lebensmitteln haben.

Die letzten Verordnungen haben sogar eine Verschlechterung gezeitigt, indem die Transportbescheinigungen der Kompetenz der Bezirkshauptmannschaften überwiesen wurden, so daß wir noch weniger in der Lage sind, auf diese einzuwirken. Die Landesstellen stehen uns eher zur Verfügung, auf sie können wir eher einwirken als auf die Bezirke. Es zeigte sich, daß die länderweise Organisation bei der Kriegsgetreide-Verkehrsgesellschaft und der Viehverwertungsstelle für die großen Orte schädlich war. Wir sahen, daß die länderweise Organisation der Viehverwertung zum Teil mit Schuld ist, daß die Fleischpreise in Wien und auf dem flachen Lande horrende Unterschiede aufweisen. In einzelnen Kronländern sind billige Fleischpreise, in Wien sehr hohe. Es herrscht auch gar keine Klarheit darüber, wie die Überschüsse verwendet werden, die die Viehverwertungsstelle erzielt. Auf eine diesbezügliche Anfrage, die ich bei einer Besprechung an den Herrn Ministerpräsidenten stellte, hat er eigentlich keine Antwort zu geben gewußt.

Dieser Gewinn wird zum Teil zu Lasten der Kriegsverwaltung, zum Teil zu Lasten der Steuerträger erzielt, teils auch direkt zu Lasten der Wiener Bevölkerung. Verwendet wird der Überschuß im günstigsten Falle für einzelne Länderzwecke, denn sie werden den Landesstellen überwiesen und es werden somit auf Kosten der Wiener Bevölkerung Gewinne erzielt, die nicht für die Wiener Bevölkerung verwendet werden. Überhaupt sind Thesaurierungen im gegenwärtigen Momente nicht am Platze und viel eher wäre eine Verbilligung des Fleisches notwendig. Ebenso zeigt es sich bei der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt, daß die länderweise Organisation für Wien als Konsumtionsort schädlich sei. Gegen die Absperrung der Länder und Bezirke zum Schaden Wiens müssen wir auf das Entschiedenste Einspruch erheben.

Dieses Ernährungsamt soll auch das Verhältnis zwischen der Militär- und Zivilverwaltung in Bezug auf die Beschaffung von Nahrungsartikeln ordnen; es ist deshalb auch ein Vertreter der Militärbehörde im Ernährungsamte. Wir haben wiederholt gesehen, daß sich die Verfügungen der Militär- und Zivilverwaltung und die beiderseitigen Requisitionen oft durchkreuzt haben.

So haben wir Schonung des Wiener Viehmarktes verlangt, das ist uns auch zugesagt worden, aber es wurde der Auftrag nicht planmäßig in Angriff genommen, sondern die Tiere oft in einem Schub für Militärzwecke requiriert. Es ist vorgekommen, daß in demselben Amtsblatte, in dem Höchstpreise der Zivilverwaltung veröffentlicht wurden, Requisitionspreise für Militärzwecke erschienen sind, die aber einen ganz anderen Satz enthielten. (Rufe: Sie waren höher!) Damals waren sie zufällig niedriger.

Das hat aber sehr unliebsame Folgen nach sich gezogen, weil es ganz unmöglich war, daß irgend jemand Ware nach Wien bringen ließ, weil er der Gefahr ausgesetzt war, daß, wenn er dieselbe zum Höchstpreise erworben hatte, diese von der Militärverwaltung wieder billiger requiriert wurde. Es ist das katastrophal für die Zufuhr nach Wien. Dieses Einvernehmen zwischen Militär- und Zivilverwaltung, welches auch die Obmänner-Konferenz verlangt hat, ist also sehr notwendig. Wir haben ferner gemischte Einkaufs-Kommissionen verlangt, die zur Folge hätten, daß die Einkäufe der Militär- und Zivilbehörden sich nicht mehr durchkreuzen könnten.

So haben wir beispielsweise für die Sicherung des Viehstandes verlangt, daß die Verkäufe von trächtigen Tieren nicht erfolgen dürfen. Wir konnten aber nicht hindern, daß von militärischer Seite trächtige Tiere requiriert wurden. Sie sehen daraus, wie notwendig das Einvernehmen zwischen Zivil- und Militärbehörden ist und ich habe erst in der letzten längeren Konferenz einer Zuschrift der Militärbehörde entnommen, daß sie von gewissen Verfügungen der Zivilverwaltung überhaupt nichts gewußt hat. Es ist mit einem Worte gar keine Fühlungnahme vorhanden, die doch die unbedingte Voraussetzung für eine richtige Gebarung ist.

Auch bei den Ankäufen im Auslande ist das Einvernehmen zwischen der Zivil- und Militärverwaltung unbedingt notwendig. Daß den berechtigten Interessen der Stadt Wien auf diese Weise keine Rechnung getragen wurde, ist wohl selbstverständlich.

Wenn ich mich nun dem Punkte II zuwende, so stehe ich gleichfalls auf dem Standpunkte, daß wir von den Funktionen, die dem Ernährungsamte zugewiesen sind, nicht befriedigt sein können. Vor allem verlangen wir, daß diesem Ernährungsamte volle Einsicht auch in die Tätigkeit der einzelnen Zentralstellen gegeben werde. An und für sich ist der Gedanke, daß für die einzelnen Artikel Zentralstellen errichtet werden, nicht von der Hand zu weisen. Es läßt sich nicht leugnen, daß diese Zentralstellen sehr wichtige Funktionen erfüllen. Aber die Art, wie diese Zentralstellen gebildet wurden, kann mit Recht der schärfsten Kritik unterzogen werden. Die Zentralstellen hätten auf gemeinschaftlicher Grundlage aufgebaut werden müssen. Sie müssen von dem Vertrauen der ganzen Bevölkerung getragen sein und es muß wenigstens dem Ernährungsamte volle Einsicht in die ganze Gestion dieser Zentralstellen, sowie auch eine Kritik an der Gestion dieser Zentralstellen gestattet sein. Wir haben schon gesehen, daß der Gedanke der Zentralstelle viel für sich hat und wir haben aber auch gesehen, daß die Zentralstelle unter dem Eindrucke von Mißständen steht, die dort herrschen und die zu bekämpfen und ausschalten zu wollen, bedeuten würde, den Teufel durch den Belzebub auszutreiben.

Wir haben ja ein derartiges Beispiel bei den Eiern gesehen. Ich selbst habe mitgewirkt und habe entsprechend der Stimmung in der Bevölkerung die „Miles" bekämpft. Ich muß aber gestehen, daß es vielleicht besser gewesen wäre, sie auszugestalten und zu verbessern, dadurch, daß wir als Vertreter in die „Miles" eingetreten wären und diese Organisation ausgestaltet hätten. Denn ob „Miles" oder „Ovum" bleibt sich gleich, wir haben heute doch einen ganz und gar nicht befriedigenden Zustand.

Diese Zentralstellen haben auch zur Folge gehabt, daß sie den Handel vollständig ausgeschaltet haben; statt daß sie die Händler herangezogen, den Handel nutzbar gemacht und beaufsichtigt hätten. Es hätten aber von einer Zentralstelle aus die Kräfte, die ja im legitimen Handel schlummern und vorhanden sind, nutzbar gemacht werden sollen, man hätte sie aber nicht vollständig ausschließen dürfen; man hätte sich zu diesem Zwecke mit Fachmännern umgeben sollen und nach dieser Richtung hin sind zweifellos bei den einzelnen Zentralstellen schwere Fehler begangen worden.

Es ist dringend notwendig, daß der Ernährungsbeirat diese Zentralstellen überwacht und daß ihm vollständige Einsicht gewährt werde. Es wäre auch notwendig, daß periodische Berichte über diese Zentralstellen erstattet werden.

Wir verlangen auch eine größere Vertretung im Ernährungsbeirate. Der Ernährungsbeirat ist naturgemäß, da er für ganz Österreich bestimmt ist, in seiner Zusammensetzung überwiegend agrarisch, und wir müssen verlangen, daß die Gemeinde Wien in diesem Ernährungsbeirate stärker vertreten ist und daß auch die großen Konsumentenorganisationen eine Vertretung erlangen, weil diese Vertreter naturgemäß auch den Standpunkt der Konsumenten, welcher im wesentlichen auch unser Standpunkt sein muß, vertreten werden.

Wenn hier seitens des Herrn Referenten gegen diese Konsumentenorganisationen eine Bemerkung gemacht wurde, welche vielleicht als gegen diese Konsumentenorganisationen gerichtet aufgefaßt werden könnte, so möchte ich in dieser Beziehung folgendes sagen: Daß diese Konsumentenorganisationen eine Mehrbeteilung der Organisierten zur Folge haben, mag richtig sein; wenn aber einmal die Ernährung geregelt ist, so muß sie so geregelt sein, daß die Verteilung gleichmäßig ist. Die Konsumentenorganisationen aber an und für sich verdienen vom Standpunkte der Gemeindeverwaltung, insbesondere während des Krieges, die weitestgehende Unterstützung.

Denn ich muß vor allem das Eine betonen, daß sich die Fixangestellten in der allerschwierigsten Situation befinden. Die Fixangestellten haben feste Bezüge und können die Teuerung in keiner Weise einbringen. Sie haben für die Teuerung gar keine finanzielle Entlastung, denn wenn wir eine Kriegszulage, zum Beispiel den Gemeindebeamten gewährt haben, so ist sie, weil sie nach den finanziellen Verhältnissen der Gemeinde nicht erhöht werden kann, außer jedem Verhältnis zur stets zunehmenden Teuerung und ich muß deshalb meine Verwunderung über folgendes aussprechen: Es wird behauptet, daß den Gemeindebeamten der Anschluß an die Reichswirtschaftsorganisationen der Fixangestellten nicht gestattet oder ihnen zumindest abgewinkt wurde, dieser Organisation beizutreten. Ich glaube, daß das kein richtiger Vorgang ist, weil wir den Gemeindebeamten eine entsprechende Zulage nicht gewähren können, und wenn sie den Anschluß an eine solche Organisation suchen, die ihnen gewisse Vorteile des Großeinkaufes bietet und es möglich macht, daß sie sich nicht

anstellen müssen, so sehe ich nicht ein, warum wir sie, namentlich während des Krieges, in dieser schweren Zeit daran hindern sollten.

Ich bin also der Ansicht, daß den Konsumentenorganisationen gleichfalls eine weitgehende Vertretung im Ernährungsbeirate eingeräumt werden soll, weil diese unsere naturgemäßen Genossen im Ehrnährungsbeirate wären.

Es wird auch eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der Ernährungsmittelvorräte verlangt. Die Vertreter unseres Verbandes in der Obmänner-Konferenz haben seit Jahresfrist für die Rayonierung gewirkt. Ich habe auch in der letzten interministeriellen Konferenz, die sich mit diesem Gegenstande befaßt hat, für die Rayonierung gesprochen und gestimmt und wir sind gottlob in diesem Belange auf gutem Wege.

Wir haben die Mehlrayonierung klaglos durchgeführt und werden auch die Brotrayonierung durchführen. Wir werden dann zwei Systeme haben. Über meinen Antrag wurde in der Obmänner-Konferenz beschlossen, an die Brotbezugskarte ein Annex zu geben, wie bei den Mehlbezugskarten, auf dem dann auch andere Lebensmittel bezogen worden können. Wenn wir eine weitere Beteilung haben, können wir entweder das System der Mehl- oder das der Brotrayonierung wählen, und somit die Wahl eines einzelnen Gewerbetreibenden oder das System der allgemeinen Verteilung im Wege der Kundenliste.

Es ist geplant, die Eier nach dem Mehlrayonierungssysteme zu verteilen. Die planmäßige gerechte Verteilung muß natürlich auch die Absperrung der Länder und Bezirke und auch die länderweise Organisation der einzelnen Anstalten beseitigen.

Der wichtigste Punkt aber für uns ist das Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn. Als in der Handelspolitischen Kommission die Aufgaben des Ernährungsamtes besprochen wurden, habe ich sofort den Antrag gestellt, daß in Abänderung der damaligen Referenten-Anträge das Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn an die Spitze des ganzen Systems kommen muß. Der Getreideüberschuß Ungarns ist im Frieden zu 93 Prozent an Österreich gegangen, und zwar vorwiegend nach Wien und den Alpenländern.

Es ist selbstverständlich, daß es insbesondere in einer Zeit der Not von geradezu katastrophaler Wirkung sein muß, wenn diese Zufuhr auf einmal aufhört. Ich habe gleich zu Beginn des Krieges in einem Artikel in der „Neuen Freien Presse" den Standpunkt vertreten, daß der gemeinsame Krieg auch auf wirtschaftlichem Boden gemeinsam geführt werden muß. Selbstverständlich wurde dieser Artikel sofort konfisziert, weil man es nicht duldete, daß solche „hochverräterische" Theorien irgendwie zum Ausdrucke gebracht wurden. Als wir beim Ministerpräsidenten waren, habe ich es direkt gesagt, daß das Verhalten Ungarns in dieser Ernährungsfrage eigentlich auf eine indirekte Unterstützung des Aushungerungsplanes der Entente hinausläuft. Wenn es uns nicht gelingt, dieses Verhältnis einigermaßen zu ändern, dann ist allerdings die Aufgabe des Ernährungsamtes außerordentlich erschwert. Es sagt freilich der Ministerpräsident v. Koerber in diesem Motivenberichte, der die Aufgabe des Ernährungsamtes enthält, daß das Ernährungsamt nicht in der Lage sei, die Vorräte zu vermehren. Das ist richtig, wenn man von dem Verhältnisse zu Ungarn vollständig absieht, aber das Ernährungsamt muß dem Ministerpräsidenten bei seinen Verhandlungen mit Ungarn das nötige Material zur Verfügung stellen, es muß ihn hart machen bei diesen Verhandlungen, wir müssen verlangen, daß die wirtschaftliche Seite des Krieges nicht als weniger wichtig als die militärische betrachtet wird; es müssen somit nach dieser Richtung beide Staaten gemeinsam vorgehen, deshalb ist das Verlangen nach gleichmäßigen Rationen und nach einem gemeinsamen Wirtschafts- und Versorgungsgebiete vollständig berechtigt.

Der Punkt 4, daß die Gemeinde energische Maßnahmen gegen den Lebensmittelwucher jeder Art und spekulative Ausschreitungen, welche auf Zurückhaltung von Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln und künstliche Steigerung der Preise abzielen, verlangt, findet unsere volle Zustimmung. Ich selbst war es, der in der Obmänner-Konferenz diesen Antrag gestellt hat, weil unser Verband gegen jede Art von Lebensmittelwucherer ohne Unterschied des Standes und der Konfession mit der größten Entschiedenheit auftritt, ebenso wie die anderen Verbände und weil ich ein Gewicht darauf legte, daß dieser Teil der Anträge aus unserer Initiative entstand. Wir sind auch der Ansicht, daß wir gegen jede Art von Lebensmittelwucher, mag er von großagrarischer Seite oder von Großbanken oder von wem immer ausgehen, auftreten müssen; wir sind der Ansicht, daß dem Ministerpräsidenten Koerber, welcher erklärt hat, daß er imstande sein wird, alle Widerstände zu brechen, nach dieser Richtung eine Kraftprobe bevorsteht.

Wir verlangen also insbesondere, daß auch der Widerstand jener Großagrarier gebrochen werde, welche die Vorräte zurückhalten. Ich komme noch mit einem Worte darauf zurück. Wir müssen aber auch bei diesem Anlaß verlangen, daß der Preisbildung besondere Aufmerksamkeit geschenkt werde. Es ist zwar das Höchstpreissystem vielfach dadurch diskreditiert worden, daß die Höchstpreise in einer Weise eingeführt wurden, wie es allen Erfahrungen widersprach. Lokale Höchstpreise sind von vornherein zu verwerfen. Nur Höchstpreise für das ganze Reich mit entsprechenden Abstufungen der Transportspesen haben einen Sinn. Höchstpreise für einzelne Artikel sind höchst gefährlich, wenn nicht für die verwandten Artikel gleichfalls Höchstpreise bestimmt werden.

Aber ich möchte doch das System der Höchstpreise an sich nicht verdammen. So wie im Deutschen Reiche Preisbildungs-Kommissionen verlangt wurden, sollen auch wir verlangen, daß die Detailpreise mit den Großhandelspreisen in Einklang gebracht werden. Höchstpreise müssen vom Produzenten bis zum Detailhändler erlassen werden. Einseitige Bestimmung von Höchstpreisen hat keinen Sinn. Wir sehen ein klassisches Beispiel für die Richtigkeit dieser Forderung in der letzten Zeit an den Preisen für Rindfleisch, wo die Besserung der Zufuhr noch immer keine entsprechende Änderung an den Detailpreisen beim Fleischhauer und Gastwirte herbeigeführt hat. Vielleicht wäre es auch gut, wenn bei der marktamtlichen Kontrolle den Konsumentenorganisationen eine gewisse Mitwirkung eingeräumt werden würde. Es würde sich empfehlen, daß das Höchstpreissystem, welches zum Beispiel beim Getreide- und Mehlhandel eine gewisse Wirkung gehabt hat, nicht vollständig fallen gelassen wird, sondern daß hiedurch ein Abbau der Preise herbeigeführt werde.

Wir sehen in diesen Dingen absolut kein System. Die Zuckerpreise werden erhöht, die Leute werden aber bestraft, wenn sie Saccharin verkaufen! Der Antrag des Kollegen Dr. v.

Dorn auf Gestattung des Verkaufes von Saccharin, den die Obmänner-Konferenz zum Beschlusse erhoben hat, hat gar keinen Erfolg gehabt. Wir haben auf mindestens zehn Eingaben noch keine Antwort bekommen.

Auch in Bezug auf Obst und Gemüse — in Deutschland besteht eine Reichsstelle für Obst und Gemüse — könnten bei systematischer Behandlung der Angelegenheit gewiß Erfolge erzielt werden.

Das Allerärgste aber ist die Kartoffelfrage, die ja bereits der Herr Referent ausführlich behandelt hat. Die Gemeinde ist bei den Kartoffeln wiederholt auf das Schwerste geschädigt worden. Auch hier hat man den Mangel an Zusammenwirken gesehen.

Die Gemeinde hat Kartoffeln angekauft und einige Tage später wurden im vorigen Jahre die Höchstpreise erlassen. Das war eine sehr schwere Schädigung der Gemeinde und heuer sind wir wieder außerordentlich schwer geschädigt worden, weil das Programm, welches zugesichert war, absolut nicht eingehalten wurde.

Als dieses Programm vorgelegt wurde und man sich auf die Zentral-Transportleitung berief, welche die Einhaltung des Programmes für den Fall zugesagt hat, als keine außerordentlichen militärischen Ereignisse eintreten, da habe ich sofort beim Ministerpräsidenten gesagt, daß dies bedeute, daß das Programm eben nicht eingehalten wird, denn man kann nicht annehmen, daß in der Zeit, die dem Winter vorangeht, keine außerordentlichen militärischen Ereignisse eintreten werden.

Wir sind im Weltkriege und wenn keine außerordentlichen militärischen Ereignisse eintreten würden, dann wären wir überhaupt in die ganze Situation nicht gekommen. Wir sehen, daß das Programm in keiner Richtung eingehalten wurde und die Einzelnen sogar behindert werden, sich Kartoffel zu beschaffen. Die Nichtgestattung des Bezuges von Stückgütern hätte ja etwas für sich, wenn das System klappen würde und das Programm durchgeführt wäre. Aber das Programm nicht einzuhalten, keine Kartoffeln nach Wien zu führen und es dann den Einzelnen zu untersagen, sich selbst zu versorgen, das ist ein Widersinn. Ausspeiseanstalten sind direkt in der Gefahr, sperren zu müssen, weil sie keine Kartoffel haben.

Sie kommen und sagen, sie würden sich selbst Kartoffel in der Nähe beschaffen, bekommen aber keine Transportscheine. Welche Bedeutung die Gestattung der Zufuhr von Stückgütern hat, geht daraus hervor, daß in der Zeit vom 1. bis 20. September 1916, während die größte Kartoffelnot bestand, 260 Waggons als Stückgüter nach Wien gekommen sind. Diese 260 Waggons Kartoffel haben uns tatsächlich einigermaßen über die größte Not hinweg geholfen. Die Zufuhr einzelner Stückgüter zu untersagen und zu unterbinden und dabei das Programm nicht einzuhalten, ist eine Frivolität. (Rufe: Die größte Dummheit!) Was will man den Leuten sagen? Kartoffel und Brot müssen vorhanden sein, sonst kann die Wiener Gemeindevertretung die Verantwortung für die Ruhe und Ordnung nicht übernehmen. (Rufe: Wir lehnen es ab!) Brot und Getreide werden uns vielleicht durch den Siegeszug, welchen unsere heldenmütigen Armeen und die der Verbündeten in Rumänien angetreten haben, verschafft werden können. Wir richten in dieser Beziehung ein dringendes Ersuchen an unsere Regierung, den nötigen Einfluß walten zu lassen. Der frühere ungarische Ministerpräsident Wekerle hat einmal gesagt, daß es ein ganz richtiger Gedanke ist, daß Österreich und Ungarn gemeinsam den wirtschaftlichen Kampf führen sollen. Wenn man von vornherein die Länge des Krieges geahnt hätte, dann wäre es wohl richtig gewesen, daß alle Bundesgenossen gemeinsam den Krieg auch auf wirtschaftlichem Gebiete führen.

Ich glaube, daß es auch jetzt dazu noch nicht zu spät ist. Österreich ist, glaube ich, ohne Ungarn, das stärkste Einfuhrland in Bezug auf Getreide in Europa. Wir sind auf die Einfuhr angewiesen. In Deutschland beispielsweise ist es in Bezug auf Brot verhältnismäßig besser. Deutschland hat niemals so schlechtes Brot gehabt als wir in Österreich. In Deutschland, in Berlin, ist eine höhere Brotration und es gibt dort Zusatzkarten nicht nur für Schwerarbeiter, sondern auch für Jugendliche. Deutschland hat auch von allen kriegführenden Staaten die billigsten Brotpreise. Wir können daher verlangen, daß der größte Anteil an dem Getreide, das in Rumänien erbeutet wird, uns zukommt, weil wir dessen am meisten bedürftig sind. Im vorigen Jahre sind 992 t Getreide und Futtermittel aus Rumänien nach Österreich gelangt und dieses Quantum ist unbedingt notwendig und wir können von der Einsicht unserer deutschen Verbündeten verlangen, daß in dieser Richtung Österreich — und Wien ist in allererster Linie interessiert — einen gewissen Vorzug bekommt, welcher den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht, denn nur dann, wenn für Brot und für Kartoffeln gesorgt wird, kann die Bevölkerung durchhalten. Die Wiener Bevölkerung hat ja nach jeder Richtung ihre Pflicht erfüllt. Der Wohltätigkeitssinn der Wiener Bevölkerung, der ja erst in jüngster Zeit von berufener Stelle gerühmt wurde, hat sich in allen Fragen gezeigt. Die Sammlungen, welche die Presse gemacht hat, haben ein glänzendes Ergebnis gehabt. Erst jüngst hat eine Anregung des „Neuen Wiener Tagblatt" „Frühstück für die Schulkinder" Widerhall bei den Besitzenden gefunden. Noch viel größer sind aber die schweren Aufgaben, welche den Nichtbesitzern erwachsen, diesen muß man es allen erleichtern. Wir verlangen für die Wiener Bevölkerung vor allem Brot und Kartoffeln. (Beifall.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer (welcher mittlerweile den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte pro gelangt Herr Gem.-Rat Skaret.

Gem.-Rat Skaret: Ich möchte meine Ausführungen mit einem Satze beginnen, den jüngst der Herr Bürgermeister in einer Versammlung auf der Landstraße ausgesprochen hat. Er hat in dieser Versammlung folgendes gesagt:

„Wenn einmal die Wirtschaftsgeschichte dieses großen Krieges geschrieben werden wird, wird die Darstellung dieser vielen vergeblichen Gänge und dieser zahlreichen zu Boden gefallenen Vorschläge und Anregungen eines der unerfreulichsten aber auch eines der interessantesten Kapitel sein."

In einem ähnlichen, wenn auch im Wortlaute nicht ganz gleichlautenden Sinne hat sich unlängst auch Dr. Horowitz in einer Versammlung über die Ernährungsfrage ausgesprochen.

Ich möchte diese beiden letzten Worte in den Ausführungen dieser beiden Herren, daß dies ein unerfreuliches, aber interessantes Kapitel sein wird, etwas konkreter ausdrücken, und zwar möchte ich die Sache auf die Form gebracht haben, daß das, was die verflossene Regierung im Punkte der Ernährungsfragen in Österreich gesündigt und verbrochen hat, für alle Zeiten ein Denkmal ihrer Schande bleiben wird.

Wenn irgend jemand, so können wohl die Sozialdemokraten das Recht in Anspruch nehmen, zu sagen, daß sie es an Vorschlägen und Anregungen nicht haben fehlen lassen und daß sie es außerordentlich beklagen, daß alle diese Forderungen, Anregungen und Vorschläge von der verflossenen Regierung einfach in den Wind geschlagen worden sind.

Wenn von diesen Anregungen irgend etwas in Angriff genommen worden ist oder sich zu irgend einer Verfügung geformt hat, dann war es gewöhnlich immer zu einer Zeit, wo es für die betreffende Sache schon zu spät war, wo nichts mehr zu machen oder wie man zu sagen pflegt, die Kuh aus dem Stalle war. Und so, meine Herren, verhält es sich heute mit dem Ernährungsamt. Wir haben dies am 28. Oktober 1914 der Regierung in einer Denkschrift — ich will Sie hier nur mit den wichtigsten konkreten Punkten vertraut machen — niedergelegt. Das war am 20. Oktober 1914 und die Punkte lauten (liest):

„1. Sofortige Organisierung der Einfuhr von Brotfrüchten und Futtermitteln durch die Regierung unter Mithilfe der diplomatischen und kommerziellen Vertretung, insbesondere, wenn tunlich, die Erschließung Rumäniens für unsere Einfuhr und die Sicherstellung eines Teiles der Übersee-Einfuhr vermittels des neutralen Handels.

2. Normierung von Höchstpreisen und Einführung des Großhandelsmonopols für Getreide, allenfalls einer kartellähnlichen Verkaufsorganisation mit Verkaufszwang.

3. Verbot, Roggen, Mais und genießbare Kartoffel der Brennerei zuzuführen; Verbot der Verfütterung von Brotfrucht; Einschränkung des Rübenanbaues in dem Maße, als der Ausfall an Zuckerexport Boden frei werden läßt.

4. Feststellung weniger Einheitstypen für die Vermahlung und Brot-Erzeugung; Verbot der Weizenbeimischung zu Brotmehl, Ersatz derselben durch Mischung mit Gersten-, Mais- oder Kartoffelmehl."

Im weiteren verlangen wir die Einsetzung einer Kommission für Volksernährung, unmittelbar dem Ministerpräsidenten unterstellt. Es sind nunmehr zwei Jahre ins Land gegangen und wir haben kaum etwas in Österreich aufzubringen. Wo aber nichts aufzubringen ist, da ist nichts zu verteilen, und nunmehr wird erst ein Ernährungsamt eingesetzt mit jenen Exekutiven, daß, wenn es vor der diesjährigen Ernte geschaffen und eingesetzt worden wäre, vielleicht noch außerordentliche Erfolge auf dem Gebiete der österreichischen Ernährungsfragen hätten erzielt werden können. Ich sage mit Absicht Ernährungsamt, mit aller Exekutivgewalt ausgestattet Wie war es jetzt? Wir haben so, wie man sagt, einen Ernährungsbeirat, wir haben verschiedene Kommissionen gehabt, aber was das eine Ministerium verordnet hat, hat das andere Ministerium durch Gegenverordnungen wieder durchkreuzt und unwirksam gemacht, so daß die vier Ministerien, die eigentlich hätten zusammenarbeiten und sich in die Hände arbeiten sollen, gegeneinander gearbeitet haben, indem die Verordnung des einen Ministeriums durch eine Verordnung des anderen Ministeriums unwirksam gemacht wurde.

Außer diesen vier Ministerien, ich möchte sagen, über diesen vier Ministerien, sind dann die Landesregierungen mit ihren Bezirkshauptleuten gewesen, die wieder getan haben, was sie tun wollten, mit einem Wort, diese Verordnungswirtschaft, wie wir sie seit Beginn des Krieges auf dem Gebiete der Ernährungsfragen gesehen haben, hat eine beispiellose Verwirrung geschaffen, die uns in eine geradezu fürchterliche Situation gebracht hat. Jetzt haben wir ein neues Ernährungsamt mit einer Fülle von Kompetenzen, die Ressortministerien sind vollständig ausgeschaltet, es verfügt unmittelbar und der Vorgesetzte ist nur der derzeitige Ministerpräsident.

Aber das ist, wie ich bereits früher gesagt habe, in einer Zeit geschehen, wo man geradezu, ich möchte sagen, vor einer Katastrophe steht, wo man kaum heute zu ahnen vermag, was die nächste Zeit auf diesem Gebiete der Bevölkerung bringen wird. Das kommt wohl davon, daß der ganze Ernährungsdienst in Österreich in vollständig falsche Bahnen von allem Anfang an gelenkt worden ist. Die ungerechtfertigte und total verkehrte Rücksichtnahme auf die Selbstversorgung hat sich auf dem Gebiete der Ernährung der Bevölkerung Österreichs außerordentlich schädlich gezeigt. Es wurde der Erntearbeiter mit seiner Verpflegung ungleich höher angesetzt als der Schwerarbeiter. Es wurde den landwirtschaftlichen Arbeitern und der Bevölkerung kein Surrogierungszwang auferlegt, sie haben Edelmehl, sie haben Edelbrot. Wenn ich sage, sie haben Edelmehl und Edelbrot, so rede ich von jener Schichte der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die den kleinen Bauer vollständig aus dem Spiele läßt. Wenn der kleine Bauer nicht so viel fechst, als er zu seiner Selbstversorgung braucht, so hat er naturgemäß schlechtes Brot und schlechtes Mehl kaufen müssen, wo er es eben zu kaufen bekommen hat. Aber während man von der Mittelschichte der landwirtschaftlichen Bevölkerung angefangen noch Edelmehl und Edelbrot gegessen hat, haben wir in der Stadt längst schon Gerste, Mais und in letzter Zeit Haferbrot genossen, während wir die Bürger und die Arbeiter in den Städten in dem Sinne für die Opfergleichheit aufzuklären gesucht haben, während wir immer zu beruhigen gesucht haben, während wir immer versucht haben, dem Bürger und dem Arbeiter auseinanderzusetzen, jetzt ist Krieg, es geht nicht anders, wir müssen uns in die Verhältnisse, die uns durch die Begleiterscheinungen des Krieges aufgezwungen wurden, fügen, da nutzt kein Murren und kein Räsonnieren, hier heißt es einfach das als Kriegsopfer in den Kauf zu nehmen; währenddem wir also in den Städten diese Aufklärungsarbeit im Sinne der Opfergleichheit geführt haben, währenddem haben die Agrarier die Devise ausgegeben „Kriegszeit ist Bauernzeit" und anstatt das Gewissen der Agrarier und der ländlichen Bevölkerung zu schärfen, anstatt dessen hat man dieses Gewissen abgestumpft und hat die Agitation nicht auf die Opfergleichheit mit den Städten, sondern hat vielmehr diese Bevölkerung auf die Zurückhaltung der Feldfrüchte und auf Preistreibereien gedrillt. Wenn die Zeit dazu wäre, so könnte ich Ihnen merkwürdige Dokumente auf diesem Gebiete zur Verfügung stellen.

Und wenn man dann gefragt hat, ja, wie können Sie derartige Dinge rechtfertigen, dann haben sie die Antwort gegeben: ein Keil treibt den anderen, ergo müssen wir uns auch in der Sache schadlos halten.

Die Folge dieser Art des Vorgehens der Agrarier ist natürlich, daß die ländlichen Spar- und Raiffeisen-Kassen mit Geldeinlagen überschwemmt worden sind und daß der früher so verschuldete bäuerliche Boden nunmehr entschuldet worden ist, und zwar in sehr hohem Maße. Mit einem Worte: Kriegszeit ist Bauernzeit! So haben sie sich verhalten, so haben sie gearbeitet und wir in den Städten, wir haben natürlich die ganzen Opfer

dieser Preistreibereien zu tragen, wir haben die Not der Zurückhaltungen am eigenen Körper die ganze Zeit zu spüren gehabt. Die Ernährungsfrage Österreichs hat sich also, wie bereits betont, durch die Art und Weise, wie hier von vornweg das ganze Ernährungs-System von Grund aus falsch aufgezäumt und angefaßt worden ist, so zugespitzt.

Vielleicht kann man den Herren, die Österreich zu regieren hatten, nicht einmal so sehr einen Vorwurf machen; denn haben sich die Herren jemals träumen lassen, daß ihnen solche Fragen überhaupt zur Lösung unterbreitet werden würden? Aber selbst dann, wenn sie dessen unfähig gewesen wären, wenn ihnen das alles Neuland gewesen wäre, hätten sie zumindest die Vorschläge die ihnen gemacht worden sind, gründlich prüfen und sich dementsprechend verhalten müssen.

Wir in Österreich waren aber durch den Krieg noch dadurch schlecht gestellt, daß im ersten Kriegsjahre fast ganz Galizien von den Russen besetzt war; im zweiten Kriegsjahre waren es Galizien und südliche Teile Österreichs. Den Ausfall an Getreide, Eiern, kurz und gut was immer da gewesen ist, haben wir außerordentlich und empfindlich zu spüren und zu tragen gehabt, weil diese Länder, die vom Feind im ersten und zweiten Kriegsjahre besetzt waren und zum Teil noch sind, vielfach zur Deckung des Bedarfes in Österreich beigetragen haben.

Gestatten Sie mir die Frage: Wo ist im Zeitpunkt der größten Not, des größten Elendes in Österreich, wo wir nicht mehr wußten, wie die Bedürfnisse zu decken sind, Ungarn geblieben? Ungarn ist nach unserem Ausgleich ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet mit uns, als solches ist es im Ausgleich vorgesehen. Es hätte, wenn wir eine voraussehende Regierung bei Beginn des Krieges gehabt hätten — und regieren heißt doch voraussehen — die Regierung den Aufbringungsdienst und auch den Verteilungsdienst gemeinsam und einheitlich mit Ungarn regeln müssen. Denn es geht natürlich nicht an, immer nur im Ausgleich ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet herzustellen, während in einer Zeit, wo dieses gemeinsame Wirtschaftsgebiet zur Geltung zu kommen hätte, Ungarn sich auf denselben Standpunkt stellt wie das feindliche Ausland gegenüber Österreich. (Rufe: Hört! Hört!)

Aber selbst Fragen, die zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung zu lösen gewesen wären, punkto Ernährung und Aufbringung, waren nicht zu lösen, weil die ungarische Staatsgewalt in den ungarischen Komitaten nicht zur Geltung kommen konnte. Die ungarischen Komitate konnten Weisungen erhalten, welche Quantitäten sie abzuliefern haben, sie haben aber diesen Weisungen kein Gehör geschenkt. Und es kommen mir diese ungarischen Komitate ungefähr so vor, wie unsere österreichischen Kronländer, die Kronlandsregierungen und Bezirkshauptmannschaften sich zu den österreichischen Regierungsverordnungen punkto Ernährung gestellt haben.

Ein Eindringen in diese behördlichen Gewalten wird nur sehr schwer zu erreichen sein und nur an einzelnen Stellen durchgeführt werden können. Mit einem Worte, Ungarn nützt die wirtschaftliche Gunst seines Landes ausschließlich nur für das eigene Land aus und läßt uns in allen Fragen, die jetzt in der Not der Zeit gemeinsam zu lösen wären, ebenso im Stich, wie die anderen, mit denen wir uns heute im Kriege befinden. Ja, Ungarn geht sogar so weit, daß es selbst um den Preis, seine eigenen Großstädte hungern zu lassen, nicht imstande ist, bei den Komitaten die geringste Regelung durchsetzen zu können.

Es wird eine der ersten und ich darf wohl sagen, keine leichte Aufgabe des neuen Ernährungsamtes sein, vor allem diese Fragen mit Ungarn in vernünftigem Sinne zu lösen und das Problem der Aufbringung und einheitlichen Verteilung der Lebensmittel mit Ungarn in die Hand zu nehmen. (Gem.-Rat Stein: Sie werden es als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten betrachten!) Sehr richtig! Sie sollen aber machen, was sie wollen, sie sollen auslegen, wie sie wollen, Tatsache ist, daß, wenn die Regelung des Problems der gemeinsamen Aufbringung zwischen Österreich und Ungarn nicht in dieser Weise erfolgt, wahrscheinlich der Wirkungskreis des Ernährungsamtes nur sehr enge Grenzen haben wird. Wir sind bei dem Ernteausfall in Österreich unmöglich imstande, das Ernährungsproblem allein zu lösen, umsoweniger, als wir ja immer nicht nur auf Ungarn, sondern auch auf das neutrale Ausland und den Überseehandel angewiesen waren. Es darf aber nicht nur der gemeinsame einheitliche Aufbringungsdienst mit Ungarn allein bleiben, er muß auch mit den Okkupationsländern gesucht werden. Es geht auch hier nicht an, daß die Militärverwaltung die Okkupationsländer als ihre ureigenste Domäne betrachtet, die bezüglich der Ernährung Österreichs gar nicht in Frage kommt.

Tatsache ist, daß der Krieg durch zwei Jahre fast ausschließlich auf österreichischem Boden geführt worden ist, daß wir alle Opfer, die dieser Krieg auf österreichischem Boden gefordert hat, auf uns haben nehmen müssen, während Ungarn von der Kriegsfurie auf seinem Boden bisher verschont geblieben ist, wenn wir die letzte Periode von Siebenbürgen ausschließen. Die Ungarn machen sich aber auch nach einer anderen Richtung gegenüber Österreich sehr unangenehm bemerkbar, ich möchte sagen, außerordentlich schuldig.

Nicht genug, daß sie sich, respektive ihre Komitate von der Ausfuhr der notwendigsten Lebensmittel nach Österreich absperren, hören wir jetzt auch, daß sie unsere Waggons zurückbehalten.

Sie werden zugeben, wir haben in Österreich keinen Überfluß an Wagen und Eisenbahntransportmitteln, Ungarn hält aber Tausende österreichische Wagen zurück, versieht damit seine Transporte und wir in Österreich haben oft eine ungeheuere Notlage, nicht bloß deshalb, weil kein Zucker, keine Kartoffeln und keine anderen Waren vorhanden sind, sondern auch weil die Wagen mangeln, die Ungarn widerrechtlich zurückhält. (Gem.-Rat: Ignaz Fischer: Die Kriegsverwaltung ist es, die sie zurückhält!) Geehrter Herr Kollege Fischer, Sie haben von der Kriegsverwaltung vielleicht eine zu hohe Meinung. Über der Kriegsverwaltung, über der Zentral-Transportleitung steht Tisza und der entscheidet und nicht die Kriegsverwaltung. (Sehr richtig!) Tisza und seinem Lande wird man seitens der Militärgewalt gewiß nichts tun, was nicht mit seinen Intentionen und denen der ungarischen Magnaten, der hohen und höchsten Herrschaften, übereinstimmt. Es ist festgestellt, daß eine Unzahl Wagen — über Tausend — in Ungarn zurückbehalten werden, auch deutsche Wagen. Dort hat man genügend Transportmittel und bei uns fehlen oft die notwendigsten Waggons zur Zufuhr von Zucker- oder Kartoffelmengen, um sie rechtzeitig zum Verkauf zu stellen.

Auch das ist eine Aufgabe des Ernährungsamtes. Sie sehen, es sind schwere und große Aufgaben zu lösen, bei denen ich nicht recht begreife, wie das Ernährungsamt, selbst wenn es mit aller Exekutivgewalt ausgestattet ist, die Lösung vornehmen könnte. Aber nicht genug an dem, die Dinge liegen heute in der Tat so schlimm, daß wir keine Kohlen- und Kartoffelzufuhr vornehmen können, da überall, wo die Frage der Zufuhr auftaucht, immer wieder der Waggonmangel eingewendet wird. Wenn Rußland in verschiedenen Zeiten des Jahres in einzelnen Gouvernements Hungersnot hat, so ist dies eben deshalb, weil das Bahnnetz ungenügend ist; bei uns würde es nicht am Bahnnetz liegen, bei uns liegt es am Mangel an Waggons. Wir haben immer, als noch kein Krieg war, im Parlament auf diesen Übelstand hingewiesen.

Ich erinnere an unseren seinerzeitigen Antrag, in dem wir die Milchversorgung Wiens verlangt haben; es hätten deshalb vom Eisenbahnministerium Milchtransportwagen angeschafft und ein einheitliches Milchporto eingeführt werden sollen; ferner sollte von bestimmten Milchrayonen die Milch nach Wien geführt werden.

Was ist nun in der ganzen Zeit geschehen? Man hat nur soviel Waggons gebaut, als der einsichtslose Finanzminister Geld hergegeben hat. Das Eisenbahnministerium ist eben dem Finanzministerium gegenüber vollkommen machtlos, und welche Fragen immer in dieser Beziehung aufgeworfen wurden, immer sind sie daran gescheitert. Es ist dies eine fürchterliche Anklage, jetzt während des Krieges, gegen diese Regierung, die in einer solchen Weise die Interessen Österreichs und seiner Bevölkerung vernachlässigt hat. Ich frage aber, was geschieht denn mit den vorhandenen Waggons?

Gestatten Sie meine Herren, daß ich nur einige solcher Blüten verlese, die beweisen, wie diese Waggons instradiert und spazieren geführt werden.

Ich war jetzt in Steiermark und da hat man mir folgende Geschichte über den Bürokratismus in den diversen Zentralstellen erzählt. Die Sachen sind durchaus nicht erfunden, sie beruhen auf Tatsachen, und wenn die Zentralstellen einen Funken Ehre im Leibe haben, so sollen sie sich dagegen wehren.

Die Rinderhäute, die von der Isonzofront geliefert werden, müssen in Wien an die Häute-Zentrale gesendet werden. Sie machen also den ungeheueren Transport vom Etappenraume im südlichen Kriegsgebiete bis nach Wien. In Wien werden sie dann abgeladen, aufgespeichert, dann aber werden sie wieder in den Waggon verladen und in die südliche Steiermark nach Pettau zur Verarbeitung geschickt. Man glaubt es nicht und es ist doch so. Kann denn ein Mensch, der in Wien in einem Bureau bei einem Schreibtisch sitzt, nicht wissen, daß unten ein großer Häutetransport ist, der vom Etappenraume weggeht und kann denn dieser Mensch nicht über diesen Häutetransport disponieren, indem er sagt: Die Häute sind in Pettau in Südsteiermark bei dem oder jenem Gerber abzuliefern? Nein, sie müssen nach Wien geführt werden, müssen viele Wochen lang in den Stationen stehen, denn sie kommen nur sehr schwer durch, verbreiten möglichst übelriechende und unter Umständen ansteckende Miasmen, aber das alles schadet nichts, es besteht offenbar dafür eine Instruktion, wonach eine jede Haut und ein jedes Häutchen nach Wien kommen muß. Hier muß es verbucht und verwaltet werden, sodann wieder verladen und auf die Bahn geführt, um dann von Wien dem betreffenden Gerber zur Verarbeitung geschickt zu werden.

Noch folgenden interessanten Fall: In demselben Orte, von dem ich so eben geredet habe, sind ungefähr 3000 Soldaten in Baracken untergebracht. Das Stroh in den Baracken ist bereits unbrauchbar, es ist verfault, zermürbt und zerrieben. Es ist nur mehr ein Häcksel und muß nunmehr eine Neufüllung kommen. Die Militärverwaltung in Pettau spricht eine neue Strohlieferung an, das Stroh wird auch im Pettauer Bezirke in Südsteiermark requiriert, das heißt aufgekauft, wird hierauf nach Marburg geführt, den dort ist der Stapelplatz für Stroh, wird dort abgeladen, es werden schöne große Haufen gemacht, registriert und verbucht, dann erst wird es wieder aufgeladen und im Waggon nach Pettau für die betreffenden Soldaten geschickt.

Soll ich Ihnen noch viele solche ergötzliche Geschichten erzählen, wie man die wenigen Waggons, die wir haben, auf unseren Eisenbahnstrecken spazieren führt und in der unsinnigsten Weise wochenlang stehen läßt.

Der Vize-Bürgermeister für Wiener-Neustadt hat das letztemal auf unserem Arbeitertage folgende Geschichte erzählt: Die Gemeinde Wiener-Neustadt hat von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt einen Waggon Mehl angesprochen, derselbe ist aber niemals gekommen. Nun ist aber endlich einmal ein Waggon Mehl im Bahnhofe von Wiener-Neustadt eingelangt, also gewiß eine Sensation. Sie haben sich nun an die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt gewendet und gefragt, ob sie nicht mit Rücksicht auf die vorhandene Not diesen Waggon Mehl bekommen könnten. Da hat man ihnen gesagt: O, nein, dieser Waggon in Wiener-Neustadt ist für Mariazell bestimmt, sie bekommen ihren Waggon von Wilhelmsburg in den nächsten Tagen geschickt. Bei solchen Umständen greift man sich wirklich an den Kopf und fragt sich, ob es denn möglich ist, daß diese Leute überhaupt eine Befähigung zu derartigen Stellen und Verwaltungen haben.

Nun komme ich zu dieser Kartoffelgeschichte. Diese Kartoffelzufuhr, wie sie sich abspielt, ist ein Skandal. Wir haben ja jetzt ein günstiges Wetter, aber wir können über Nacht schweres Frostwetter bekommen und alle Kartoffeln in Russisch-Polen, Galizien und Mähren oder Böhmen, die draußen auf den Bahnhöfen stehen, sind der Gefahr des Erfrierens ausgesetzt. Gewiß kann da die Gemeinde nichts dafür und es fällt auch niemandem ein, ihr einen Vorwurf zu machen.

Ich selbst bin bereit, zuzugeben, daß von Seite der Gemeinde in der Frage der Kartoffelversorgung alles geschehen ist und alles aufgeboten wurde, um die Sache auf ein vernünftiges Geleise zu bringen; aber diese Instanzen, diese Stellen, die bei einer solchen Kartoffelzufuhr vorgeschrieben sind, die sind noch Überbleibsel aus der ersten Zeit des Krieges und sie haben in den zwei Jahren der Kriegführung nicht das geringste zugelernt. (Gem.-Rat Fischer: Und alles vergessen!) Die österreichische Regierung trifft ein arges Verschulden in dieser Hinsicht.

Ich will ja nicht sagen, sie hätte den Krieg voraussehen müssen, obwohl man an den berufenen Stellen diese aufsteigenden Gewitter und die Kriegswolken schon ziemlich lange Zeit sehen mußte, denn es ist nicht wahr, daß nur die Schüsse in Sarajevo am Kriege schuld waren, das ist nicht richtig. Aber wenn die Regierung rechtzeitig Vorsorge getroffen und in den Kartoffelgebieten Trockenanlagen errichtet hätte, so wären die Kartoffel auf ein Siebentel der Frachtspesen heruntergebracht

worden — denn die getrocknete Kartoffel hat nur ein Siebentel ihres früheren Gewichtes — und wir hätten diese getrockneten, Kartoffel, so oft wir wollten, auch beim größten Frostwetter liefern können, weil getrocknete Kartoffel ganz unempfindlich gegen Frost sind. Heute stehen wir mit Rücksicht auf die außerordentlich vorgeschrittene Zeit, wie schon der Herr Referent gesagt, vor einer Katastrophe.

Ich kenne eine ganze Reihe von Arbeitern, die in der Früh in die Arbeit gehen müssen und noch kein Brot im Hause haben. Diese Arbeiter stecken sich einige gebratene oder gesottene Kartoffel in die Tasche. (Gem.-Rat Reumann: Wenn sie sie haben!) Ja, sehr richtig, wenn sie sie haben, dann stecken sie sich einige gebratene und gesottene Kartoffel in die Tasche und das ist ihr Brot, das sie zu den Mahlzeiten genießen. Diese Kartoffel sind in den ärmeren Familien Ersatz für die geringe Brotration und es ist nicht wahr, daß die Leute nach stundenlangem Anstellen etwas bekommen; bei halbtagelangem Anstellen ist es oft unmöglich zwei oder drei Kilo von dieser Frucht zu bekommen, und darum ist diese Unterlassungssünde, welche die Regierung auf diesem Gebiete begangen hat, eines der schwersten Verschulden, das wir ihr wohl nicht mehr vergessen können und werden.

Wie die Dinge heute liegen, wird es notwendig sein, daß dafür gesorgt wird, daß mit Ungarn eine Vereinbarung erfolgt und daß alle Organe, bis zum Bezirkshauptmann hinunter zum Klappen gebracht werden und daß eine gewisse Einheitlichkeit Platz greift, wenn wir für die nächste Zeit auch nur über Wasser uns halten wollen. Es können keine Reserven angeschafft werden, wir leben heute von der Hand in den Mund, was sie heute aufbringen, wird morgen verteilt und übermorgen weiß man nicht, woher irgend ein Waggon Getreide oder Mehl hergenommen werden soll.

Die Regierung hat zweifellos schwere Sünden in der Frage der Ernährung begangen, aber gestatten Sie mir eines: Die Gemeinde ist nicht ganz freizusprechen von einzelnen Vorwürfen, die auch sie sich in dieser Frage zuschulden kommen ließ. Ich habe heute in einer Interpellation festzustellen versucht, daß wir heute Detailfleischpreise haben, die in gar keinem Verhältnisse zum Einkaufspreis des Fleisches stehen. Ist auch der Einkaufspreis ein exorbitant hoher und durch nichts gerechtfertigter Preis, so braucht der Bruttogewinn zwischen Einkauf und Verkauf doch nicht 200 Prozent zu betragen. Wir wissen wohl, daß jetzt im Kriege die Produktionskosten höhere sind. Gewiß; aber selbst wenn wir erhöhte Produktionskosten gelten lassen, so steht die Spannung zu denselben in gar keinem Verhältnisse. Wer will beispielsweise sagen, daß die hohen Preise gerechtfertigt sind, die man für Gemüse fordert? Denn mit Ausnahme der Kosten der Arbeitskräfte und der zur Erhaltung der Arbeitskräfte nötigen Aufwendungen ist nichts im Preise gestiegen. Wir stellen daher die Forderung: Es müssen die Gestehungskosten untersucht werden und es muß dann eine Relation zwischen den Gestehungskosten und den Verkaufspreisen festgestellt werden; wir können nicht schutz- und wehrlos jedem ausgeliefert sein, der jetzt in der Kriegszeit einen enormen Kriegsgewinn für sich in Anspruch nimmt und einheimst. Es wird also, wie gesagt, dringende Aufgabe des Ernährungsamtes sein, mit Ungarn ein ernstes Wort zu reden, die Transportfrage zu regeln, die Aufbringung der Lebensmittel und den Abbau der Preise mit allen Kräften zu betreiben. Wenn Sie mir so zwischen durch ein Wort zu sagen gestatten, so meine ich, daß wir wohl alle zusammen dem wirklich ernsten Wunsche Ausdruck geben können, daß diesem kulturschänderischen Morden ein Ende gesetzt werde und der Friede für alle Völker bald wiederkehren möge. (Lebhafter Beifall.) Wie die Dinge heute liegen, werden sie eigentlich mit jedem Tage komplizierter. Wenn noch Mitte des Sommers 1916 eine schwache Möglichkeit schien, bald zu einem vernünftigen Frieden zu gelangen, so scheint jetzt diese Möglichkeit vollständig verwischt zu sein; es wird alle Tage komplizierter, alle Tage wird der Knoten, der hier geschürzt wurde, unlösbarer, und es schaut immer mehr so aus, als ob der Krieg nicht mit der Waffe, sondern im Hinterlande durch eine beispiellose Not entschieden werden wird. Ich weiß, wir alle zusammen sind ja schwach und unfähig, in dieser Frage auch nur das Geringste zum Vorwärtsschieben der ganzen Friedensfrage irgendwie unternehmen zu können, aber ich will die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um hier zu sagen, daß es hoch an der Zeit wäre, daß diesem kulturschänderischen Morden ein Ziel, ein Ende gesetzt wird. Nicht so sehr die Gefahr, daß im Hinterlande der Krieg entschieden werden könnte, ist zu befürchten. Aber jedes Viertel- und Halbjahr Krieg länger, schlägt Wunden, die wir nach Jahrzehnten, ja nach Jahrhunderten kaum imstande sein werden, heilen zu können.

Ich möchte noch mit einigen Worten bezüglich der Milch etwas sagen. Die Regelung der Milchfrage ist so recht typisch für die Denkweise und ganze Art des Arbeitens der verflossenen österreichischen Regierung. Von der jetzigen weiß man ja vorläufig noch nichts zu sagen.

Am 11. September 1916, als die Milchzufuhr nach Wien schon außerordentlich eingeschränkt war und die Bauern eher geneigt waren, ihre Milch als Schweinefutter zu verwenden, als sie den Städtern zur Nahrung zukommen zu lassen, erschien eine Ministerial-Verordnung, welche die Regelung des Verkehres mit Milch anordnete. Mit Statthalterei-Verordnung vom 26. November 1916 wurde dann die Errichtung einer Milchverteilungsstelle für Wien angeordnet. Das geschah am 26. September 1916, also zu einer Zeit, wo es natürlich schon wieder viel zu spät war, um in dieser Frage noch irgend etwas unternehmen zu können.

Mittlerweile war der Milchpreis in Budapest auf 56 h gestiegen und überall in Ungarn sind längst höhere Milchpreise gewesen, um die Milch nicht nach Österreich, sondern in die ungarischen Städte leiten zu können. In einer Zeit also, da die Milchlieferung für Wien von 800.000 auf 400.000 l herabgesunken war, kam man mit einer solchen Verordnung!

Alle Vorstellungen in dieser Richtung haben nichts genützt, die Regierung fühlte sich nicht veranlaßt, irgend etwas an ihrem Beschlusse zu ändern. Das ist doch Beweis genug dafür, wie sie es in solchen Sachen gehalten hat.

Was mir nun bei der Gründung dieser Milchversorgungsstelle und bei den Beratungen in den diversen Kommissionen aufgefallen ist, war, daß die Leute gekommen sind und für die Milch ab Stall 50 h verlangt haben. Das war vor allem die Güter-Direktion des Erzherzogs Friedrich! Während das Handelsministerium einen Richtpreis von 34 oder 35 h hinausgegeben hat, kommen die Güter-Direktionen dieser Herrschaften und verlangen ab Stall 50 h! Wenn man nun bedenkt, daß dazu die Spesen der Aufbringung, der Versendung, der molkerei-

technischen Manipulation und des Ausschänkens im Detail kommen, na, da wird sich wohl der Liter Milch auf 1 K stellen!

Ja, ich muß schon sagen, Patriotismus predigen ist vielleicht eine sehr hübsche Sache. Patriotismus ist aber ein Gewächs, das eigentlich nur auf dem mit guten und hohen Kriegsgewinnen gedüngten Boden gewisser Leute gedeiht. Kommen Sie doch einmal unseren Kriegerfrauen, die oft mit ein bis zwei Kindern unter acht Jahren mit 2 K 50 h bis 3 K Unterhaltsbeitrag bei dieser Teuerung ihr Auslangen finden müssen, mit Patriotismus. Kommen Sie hinaus in die peripheren Bezirke, schauen Sie sich die Kinder an, wie sie auf der Straße spielen, nur Haut und Knochen sind sie, der Tod ist ihnen förmlich von der Wange herunterzulesen, sie sind alle unterernährt. Die Frauen können den Kindern nicht einmal Brot genug geben, von Gemüse und anderen Dingen gar nicht zu reden, weil sie das Fett zur Zubereitung nicht bekommen. Und da kommen nun solche Leute und wollen dem armen Volke predigen, es soll und muß durchgehalten werden!

Da können wir ihnen wohl mit Recht entgegensetzen: Zuerst beweist ihr euere Opferwilligkeit im Kriege, zuerst verlangt ihr für euere Produkte nur soviel, als die Gestehungskosten betragen, tragt selbst auch Opfer und zieht nicht unverschämte Kriegsgewinne ein! Dann könnt ihr den anderen mit Patriotismus kommen und dann könnt ihr den anderen Opferwilligkeit und Durchhalten predigen!

Schauen Sie sich diese Familien da draußen an. Ich brauche nicht von den ärmsten der Armen, von den Reservistenfrauen mit ihren Kinderscharen zu reden, die von ½5 Uhr abends an in der finsteren Stube sitzen, weil sie nicht einmal ¼ l Petroleum haben, um sich das Zimmer notdürftig beleuchten zu können, die keine Kohle, kein Holz haben, weil sie nicht das Geld besitzen, um sich von diesen Artikeln, wenn sie etwas davon wirklich gerade erreichen könnten, ein größeres Quantum anzukaufen, um für die Zeit der Not eine kleine Reserve zu haben.

Auch unser Mittelstand, der früher ein ganz hübsches und immer noch verhältnismäßig gutes Auskommen gehabt hat, spürt diese böse Zeit. Über die kleinen Beamten brauche ich nicht zu reden, denn sie wie überhaupt die Fixangestellten gehören wirklich mit in die Kategorie der allerärmsten Schichten.

Ich kann also nur erklären, wir stimmen hier für die uns vorliegenden Anträge und ich hoffe, daß, wenn auch heute nicht mehr viel zu retten ist, wir doch imstande sein werden, durch ein entsprechend energisches Auftreten das Wenige, was noch zu machen ist, im Interesse der Gesamtheit der Bevölkerung tatsächlich noch zu erreichen. (Beifall.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte pro ist Herr Gem.-Rat Steiner gemeldet. Ich erteile es ihm.

Gem.-Rat Steiner: Der Gemeinderat der Stadt Wien empfindet es als eine Erlösung, daß durch das heldenmütige Kämpfen der verbündeten Heere solche militärische Erfolge gezeitigt wurden, daß wir ruhig und freimütig unsere wirtschaftlichen Verhältnisse erörtern können, ohne daß die verbündeten Feinde durch Entstellung wahrer Tatsachen in ihren Ländern die Völker irreführen könnten.

Meine verehrten Herren! Es ist deshalb gut, daß wir uns aussprechen können, damit endlich die Angriffe, welche gegen die Vertretung und gegen die Verwaltung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien erhoben wurden, klargelegt, kritisiert und der Wahrheit gemäß besprochen werden können.

Sehr kurze Zeit nach Ausbruch des Krieges, als eine Knappheit verschiedener Lebensmittel und täglicher Bedarfsartikel eintrat, war man sofort bereit — und leider taten es auch Kreise, welche die Verhältnisse genau kannten — die Vertretung und Verwaltung der Reichshaupt- und Residenzstadt hiefür verantwortlich zu machen, obwohl sie genau wußten, daß eine statutarische Verpflichtung der Gemeinde nur in der Handhabung der Marktpolizei und Überwachung der Märkte besteht.

Alle die Kritiker haben ja vergessen, daß dadurch Vorräte durch die Stadt Wien nicht aufgehäuft worden sind. Sie wußten genau, daß der Krieg plötzlich ausgebrochen ist, daß niemand daran gedacht hat, daß dieser entsetzliche Weltkrieg, der jetzt schon 2½ Jahre dauert und dessen Ende man noch gar nicht absehen kann, und daß durch die Wirkungen des Kriegsleistungsgesetzes und dessen Handhabung seitens der Militärverwaltung die Zivil- und autonome Verwaltung förmlich ausgeschaltet wurde. Es wußte niemand, daß die Statthaltereien, Landespräsidien und die Bezirkshauptleute ohne gesetzliche Begründung im eigenen Wirkungskreise Maßnahmen ergreifen werden, welche natürlich die Beschaffung von Lebensmitteln für eine Zweimillionenstadt ungünstig beeinflussen mußten.

Als durch die Knappheit dieser Lebensmittel die Preise stiegen, wurde ja von Seite der hohen Regierung, um dem zu steuern, die kaiserliche Verordnung vom 7. August 1915 erlassen. Das Ministerium des Innern hat, gestützt darauf, am 27. Juli 1915, Z. 39507, und am 22. August 1915, Z. 45521, einen Erlaß gegen die Preistreiberei mit unentbehrlichen Bedarfsartikeln an die Statthaltereien und Landespräsidien herausgegeben, in welchen Erlässen die Handhabung der Marktpolizei und Überwachung der Märkte ausgesprochen wurden.

Nun war selbstverständlich der Magistrat und das Wiener Marktamt in Ausübung seiner Pflicht gezwungen, amtszuhandeln. Wir wissen, das Hunderte und Hunderte von Anzeigen erstattet worden sind; zum Teile haben dieselben jeder Grundlage entbehrt, zum großen Teile sind sie sehr oft aus Rachsucht gegenüber dem betreffenden Geschäftsmann entstanden. Aber wenn einmal die Anzeige erstattet worden ist, mußte die Amtshandlung eingreifen, und das wurde alles der Gemeindeverwaltung in die Schuhe geschoben. Ja, selbst die Geschäftsleute glaubten eine zeitlang, daß diese Verfügungen von Seite des Wiener Magistrates herrühren. Selbstverständlich mußten diese Akten den ordentlichen Gerichten abgetreten und der Judikatur unterzogen werden.

Die Gerichte mußten ja ihres Amtes walten, aber bei dem ausgeprägten Gerechtigkeitssinn und der Objektivität der österreichischen Richter dürfte sich so mancher Richter heute fragen: Ich mußte zu Beginn des Krieges kleine Geschäftsleute, die schwer um ihre Existenz ringen, einiger Heller wegen verurteilen und um Freiheit und Ehre bringen, und wie sich die Verhältnisse heute entwickelt haben, darf ich diejenigen, die Millionen und Millionen täglich geräuschlos aus den Taschen der Bevölkerung ziehen, nicht einmal kennen, geschweige denn, daß ich die Akten hierüber zur Anzeige gerichtsmäßig auf meinem Tisch hätte.

Nun wurde von den gerhrten Herren Vorrednern bereits die Tätigkeit der Zentralstellen gestreift. Ich glaube, es wird

die erste Pflicht des Direktoriums des neuen Ernährungsamtes sein, sich über die Gestion dieser Zentralstellen genau Bericht erstatten zu lassen, eventuell Erhebungen zu pflegen. Es macht aber bis jetzt den Eindruck, daß die österreichische Regierung schon zufrieden ist, wenn ein Bedarfsartikel, ein Nahrungsmittel in bankmäßiger Verwaltung gestanden ist, sie ist der Meinung, sie braucht nicht mehr einzugreifen, weil diese Dividenden unter dem Schutz und der Macht des Großkapitales stehen, und es scheint, daß man weder den Willen, noch den Mut hat, dort zuzufassen, wo das Grundübel liegt. Nun möchte ich, nachdem das Ernährungsamt eingesetzt ist, über die Zusammensetzung der Direktion heute vorweg nicht aburteilen, weil ich die Tätigkeit noch nicht kenne. Ich verspreche mir aber nicht besonders viel. Ich hätte gewünscht, daß eine Zweimillionen-Stadt, das größte Konsumzentrum Österreichs, auch in der Direktion vertreten sei, weil man schon weiß, daß die Direktion dem Beirat nur das sagen wird, was ihr beliebt und von dem, was ihr nicht beliebt zu sagen, nicht Bericht erstatten wird.

Ich werde mir erlauben, der Direktion einige Mitteilungen zu machen, damit sie in die Lage kommt, im Interesse der Bevölkerung einzugreifen. Bevor ich über die Tätigkeit der Kriegsgetreideanstalt spreche, erachte ich es für meine Pflicht, der Tätigkeit des Präsidenten Schonka zu gedenken. Derselbe hat sich, das muß anerkannt werden, durch seine unermüdliche und selbstlose Tätigkeit den wärmsten Dank nicht nur der Bevölkerung der Stadt Wien, sondern der ganzen Bevölkerung Österreichs erworben.

Weiters gebührt der wärmste Dank der von ihm geleiteten Transportunternehmung der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, welche durch eine zielbewußte Organisation im vergangenen Jahre durch den Import der Bodenproduktion Rumäniens uns über die schwersten Zeiten hinüber geholfen hat. Ich schicke dies aus dem Grunde voraus, damit man nicht glaubt, daß Angriffe gegen die Leitung hier im Gemeinderate erhoben würden.

Nun erlauben Sie mir aber Tatsachen zur Kenntnis zu bringen, die im Gemeinderate einer Aufkärung bedürfen. Die am Neujahrsmorgen 1916 erschienene Regierungs-Verordnung hat bekanntlich eine Erhöhung der Mehlpreise beabsichtigt. Die berufene Vertretung der Gemeinde Wien hat in energischer Weise gegen die Absicht der Regierung und gegen die ungerechtfertigte Mehlverteuerung Stellung genommen und es ist diese Aktion von allen Völkern unseres Vaterlandes unterstützt worden. Die aber verlangt kurz und bündig die Aufhebung dieser Verordnung und es hat die Obmänner-Konferenz unter Führung des Bürgermeisters bei Sr. Exzellenz dem Ministerpräsidenten und dem damaligen Minister des Innern vorgesprochen und die Regierung fand sich bemüssigt, eine Preisermäßigung bei einzelnen Qualitäten von Mehl eintreten zu lassen. Bei dieser Unterredung hat uns der gewesene Minister des Innern mitgeteilt, daß eine Preiserhöhung deshalb eintreten müsse, weil die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt an einer Differenz von 130 bis 150 Millionen Kronen laboriere, weshalb diese Preissteigerung notwendig ist, um die Differenz, die infolge der Einfuhr des rumänischen Mehles entstanden ist, zu decken. Am nächsten Tage fand eine Unterredung bei Sr. Exzellenz dem Ministerpräsidenten statt und dieser erklärte gar, nachdem er die Akten vor sich hatte, daß die Differenz ungefähr 180 Millionen betrage und daher der Antrag auf eine bedeutende Mehlpreissteigerung gerechtfertigt erscheine. Wir haben energisch remonstriert und erklärt, wenn diese Preise eine solche Höhe erreicht haben, so ist dies eine Folge des Krieges und es soll lieber der Staat die Differenz auf sich nehmen, als den breiten Massen der Bevölkerung in so schwerer Zeit die Erwerbung des wichtigsten Ernährungsmittels unmöglich zu machen.

Es ist aber etwas merkwürdiges gekommen. Vor einigen Tagen lasen wir in den Blättern den Verwaltungsbericht der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt und da wird uns mitgeteilt, daß das Jahr mit einem Überschuß von etwas mehr als einer Million Kronen geschlossen hat. Man sollte nun doch glauben, nachdem die Preissteigerung für Mehl, wie sie in Aussicht genommen worden ist, nicht durchgeführt werden konnte, daß das Defizit noch größer sein sollte. Es bedarf daher diese Gebarung dringend einer Aufklärung. (Rufe: Sehr richtig!)

Es wird die Direktion des Ernährungsamtes die Pflicht haben, die Öffentlichkeit aufzuklären, wieso das kommt. Die Landwirte können nicht begreifen, warum die Preise für Mehl und Futtermittel für die städtischen Konsumenten so hoch sind und sie behaupten, daß, wenn das Korn oder der Weizen im Lagerhause eingelagert werden, bis zur Abtransportierung schon einige Kronen Differenz entstehen. Dagegen hat uns aber der Ministerpräsident erklärt, daß die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt nur einen Nutzen von 2 h per Meterzentner nimmt. Diese Differenz muß auch aufgeklärt werden. Es sind die Kommissionsgebühren verschieden, es wurden Mahlgebühren von 3 K per Meterzentner festgesetzt.

All dies ist bekannt. Wir wollen aber wissen, wie sich die Zukunft gestalten wird, nachdem wir im letzten Halbjahr gar keinen Import mehr von Rumänien hatten und daher der hohe Preis des Mehles nicht gerechtfertigt sein kann.

Nun, meine Herren, was die öffentliche Rechnungslegung anbelangt, so müssen wir eine solche von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt schon darum fordern, weil das Schwesterinstitut in Budapest einen Reingewinn von 12 Millionen ausgewiesen hat. (Rufe: Hört! Hört!)

Weiters muß im Gemeinderate schon jetzt die Forderung erhoben werden, daß von den in Rumänien erbeuteten Vorräten — es wird mir mitgeteilt, diese sollen vorderhand auf 36.000 Waggons geschätzt sein und soll eine Dreiteilung erfolgen — die österreichische Regierung der Stadt Wien einen entsprechenden Reservevorrat zuweist, damit, wenn Verkehrsstörungen eintreten, Wien nicht eines schönen Tages im Winter ohne Mehl für den Konsum dasteht.

Ich bringe das zur Sprache, weil ich glaube, daß die Tätigkeit des Ernährungsamtes hier gleich eine direkte Beschäftigung findet. (Zustimmung.)

Nehmen wir die Zuckerfrage. Österreich hat doch immer Zucker in solcher Menge erzeugt, daß derselbe noch exportiert wurde. Auf einmal trat die Zuckerknappheit ein. Man erkundigte sich und hörte: der Höchstpreis sei 89 h gewesen, der Höchstpreis für die diesjährige Kampagne 111 h, es wären noch große Vorräte in den Zuckerfabriken vorhanden, man will aber den Schein einer Preissteigerung auf 111 h erwecken, weil man sagen will, das ist der Zucker aus der neuen Kampagne. In einer Sitzung im Ministerium des Innern haben wir den Vertreter der Zucker-Zentrale gefragt, wieso dies käme? Er erklärt: Ja, richtig, in den Fabriken lagern noch 3000 Waggons, aber wir

haben keine Waggons zur Verfrachtung, um den Zucker nach Wien zu bringen. Die Sache dürfte etwas tiefer liegen. Ich habe mich für die Berichte über die Bilanzen der einzelnen Zuckerfabriken interessiert und gelesen, daß von einzelnen Fabriken an den Verwaltungsrat dahingehende Berichte erstattet wurden, daß die Dividende von 32 auf 48 K erhöht worden ist. (Rufe: Hört! Hört!)

Ich habe bei mehreren Geschäftsleuten erfahren, daß die Richter bei ihren Amtshandlungen 6 Prozent Reingewinn zur Grundlage genommen haben. Man sollte doch glauben, daß die hohe Regierung bei den zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Aktiengesellschaften Vertreter hat, die auch mitrechnen können, daß hier eine Steigerung der Dividende um 50 Prozent eingetreten ist. (Gem.-Rat Kunschak: 100 Prozent!) In der Dividende! (Rufe: Auch in der Dividende!) Ich will nur das sagen, was ich gelesen und in den Berichten habe verfolgen können.

Man sagt heute, der Zuckerproduktion muß die Konzession gemacht werden, Vorräte anzuhäufen, um bis Friedensschluß mit dem Exporte beginnen zu können, um unsere Valuta zu bessern. Da bin ich der Meinung, daß auch hier die Direktion des Ernährungsamtes in dem Sinne einschreiten soll, daß sie die Regierung auf die Devisen-Zentrale aufmerksam macht und auch darauf hinweist, daß unwidersprochen in den letzten sechs Monaten allmonatlich um 20 Millionen Brillanten und Edelsteine nach Österreich eingeführt worden sind. (Rufe: Hört! Hört!) Da wäre es besser, unsere Goldreserven zu sparen und nicht zu dulden, daß um solche Summen Brillanten und Edelsteine eingeführt werden, während notwendige Nahrungsmittel, wie Zucker, dem Volke verteuert werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Nun komme ich auf die Bierfrage. Ich zitiere diese Fälle wegen des Ernährungsamtes. Als die Gerste knapp wurde und zur Brot-Erzeugung verwendet werden mußte, schnellten die Bierpreise schwunghaft in die Höhe und ebenso verschlechterte sich die Qualität des Bieres sprunghaft. Da bin ich nun der Meinung, daß man doch die Qualität des Bieres vergleichen solle. Denn es werden Biergattungen in den Verkehr gebracht, bei deren Erzeugung Hopfen und Malz der Vergangenheit angehören sollen. Ich glaube, daß heute der Mittelstand nicht mehr in der Lage ist, sich dem Genusse des Bieres hinzugeben, so hoch sind die Preise gestiegen. (Rufe: Und der Wein!) Richtig, auch der Wein!

Im Sommer erschien nun auf dem Wiener Markte auf einmal das sogenannte Fünfkirchner Salonbier, das frei in militärischen Autos verfrachtet wurde, während man behauptet, zum Transporte von Kartoffeln und Mehl dieses Verkehrsmittel nicht zu besitzen. Dieses Bier wurde mit 1 K 12 h in den Verkehr gebracht. Ich habe hier Bilanzen von ungarischen Brauereien, welche einen Reingewinn von 108 Prozent ausweisen. (Rufe: Hört! Hört!) Ja, da muß das Ernährungsamt mit Ungarn vielleicht einen Sonderfrieden schließen und dort vorstellig werden, damit auch die ungarischen Behörden pflichtgemäß ihres Amtes walten. (Beifall.) Aber unserer Regierung und den Marktbehörden machen wir es zur Pflicht, die Qualität der Biere zu untersuchen, die mit diesen hohen Preisen in keinem Einklange steht. (Lebhafter Beifall.)

Eine weitere Frage ist die Kaffeefrage und die ist nicht uninteressant. Im Spätherbste 1914 wurde der Regierung durch den Großkaufmann Arnstein ein Quantum von 130.000 Ballen Kaffee um den Gestehungspreis inklusive Lagerzins und Interkalarien zusammen um 107 K per Meterzentner überlassen. Dieser Kaffee war Eigentum brasilianischer, englischer und deutscher Kapitalisten.

Die Übergabe erfolgte unter der Bedingung, daß der Kaffee um den gleichen Preis der Bevölkerung zugänglich gemacht werde. Man wußte nun nicht, wie es kam — eines schönen Tages beginnen die Anstellungen bei den Kaffeegeschäften. Der Kaffee ist knapp, heißt es. Früher haben wir aber erfahren, daß ein Konsortium der Regierung den Antrag gestellt hat, sie möge ihm diesen Valorisationskaffee zu einer sehr hohen Summe überlassen. Das geschah nicht, aber es wurde die Kaffee-Zentrale errichtet und dort wird dieser Valorisationskaffee um einen Preis verkauft, der so hoch ist, daß jeder andere Kaufmann und Kaffeehändler wegen Preistreiberei mit dem Gerichte zu tun hätte. Da wollen wir wissen, wo diese Differenz hingekommen ist. Man hat uns mitgeteilt, daß sie zum Ankaufe und zum Ersatze verwendet werde. Wir lesen aber neuerdings in den Blättern, daß die Kaffeerationen gestreckt werden müssen, daß kein Kaffee da ist. Es kann also auch keiner gekauft worden sein und es kann auch dieser Reingewinn — man spricht von zirka 40 Millionen — auch nicht dazu verwendet worden sein.

Interessant ist dabei auch folgendes. Die Gemeinde hat pflichtgemäß beansprucht, man möge ihr eine große Partie von diesem Kaffee überlassen, was auch geschehen ist, und mit Rücksicht auf die Knappheit und Not hat der Herr Bürgermeister neuerdings bei der Regierung um weitere Überlassung von Kaffee angesucht. Es wurde mir mitgeteilt, daß im Ministerrat ein anderer Minister dagegen remonstriert hat und der Gemeinde Wien wurde dieses Quantum nicht mehr bewilligt. (Rufe: Hört! Hört!)

Nun kommen wir zu anderen Zentralen; es wurde die Vieh-Zentrale mit Recht schon gestreift. Die Vieh-Zentrale verdient enorm viel Geld, die Viehverwertungs-Genossenschaften auf dem Lande verdienen sehr viel Geld, aber die Bauern in den einzelnen Königreichen und Ländern sagen mit Recht, die Differenz zwischen dem Gestehungspreis und dem Preise für das Fleisch, das dem Konsum zugeführt wird, ist zu hoch. Die Spannung ist eine viel zu hohe. Es wird daher dringend notwendig sein, daß die Direktion des Ernährungsamtes hier schleunigst eingreift, bevor es zu spät wird.

Was sagen Sie zur Tätigkeit der Spiritus-Zentrale? Die Millionen, die dort verdient werden, sind ungezählte, der Industrie und dem Gewerbe fehlt es an Spiritus. (Gem.-Rat Kunschak: Sie hat dafür eine Million hergeschenkt!)

Es wurde ein ausgezeichneter Artikel publiziert, auf den noch niemand reagiert hat und in dem die Gebarung der Spiritus-Zentrale einer vernichtenden Kritik unterzogen wird. Es wird dringend notwendig sein, daß sich die Direktion des Ernährungsamtes damit beschäftigt, und zwar ganz unbekümmert um alle Personen, die an der Spitze dieser Zentrale stehen (Rufe: Sehr richtig!), denn es ist der Bevölkerung ganz gleichgiltig, ob die betreffenden Persönlichkeiten, die ihr angehören, den Hofratsfrack oder den Kaftan tragen, sie will endlich einmal Ordnung haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Bei der

Leder-Zentrale scheinen die Verhältnisse auch noch nicht geklärt zu sein. (Gem.-Rat Kunschak: Die hat am meisten verdient!) Ich höre, daß es dort dringendst notwendig wäre, Ordnung zu machen, weil man von der Gebarung gar nichts hört; nur das eine wissen wir daß das Leder im Preise um Tausende Prozent gestiegen ist und daß ein Vater, der mehrere Kinder hat, auch wenn er den besseren Ständen angehört, kaum in der Lage ist, die Kinder mit Schuhen aus ordentlichem Leder versorgen zu können.

Nun komme ich auf die groben Fehler, die bei allen diesen Organisationen gemacht worden sind.

Schauen Sie, man hat die „Miles" errichtet und es wird so hinter den Kulissen mitgeteilt, daß die Errichtung der „Miles" und die Statuten, nach denen sie arbeitet, den Ministerrat nicht passiert haben. Das ist ja möglich (Rufe: Hört! Hört!), aber daß die „Miles" eine auf Gewinn berechnete Genossenschaft m. b. H. ist, das wissen wir. (Gem.-Rat Kunschak: Mit beschränktem Gewissen!)

Als sich in allen Gauen Österreichs ein Sturm gegen diese Unternehmung erhob, wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß durch Änderung des Statutes durch das Ministerium des Innern die Gemeinnützigkeit dieser Zentralstelle festgestellt wurde. Aber die „Miles" arbeitet unheimlich weiter und ich möchte da einige Daten aus der letzten Zeit mitteilen. Der Ankauf von dicker, sogenannter Kondensmilch ist heute aus dem Auslande nur durch die „Miles" möglich. Dadurch wird die Möglichkeit, die noch vorhandenen Vorräte durch neue zu ergänzen, beeinträchtigt und besonders diejenigen Stellen, welche größere Einkäufe machen, sind geschädigt, denn Zuweisungen sind von der „Miles" schwer zu erhalten. Es gibt Leute, die behaupten, daß die „Miles" Kondensmilch liegen habe, die sie zu sehr niedrigen Preise erworben hat, die Kondensmilch ist aber im Laufe von drei Monaten um Hunderte von Prozenten gestiegen, so daß wir ein Interesse haben, zu erfahren, was mit diesem Gelde geschieht, wenn die „Miles" gemeinnützig wird, und da wird es wieder eine sehr dankenswerte Tätigkeit der Direktion des Ernährungsamtes sein, sich zu erkundigen und Abhilfe zu schaffen.

Meine Herren, noch ein weiterer Fall. Es wird mitgeteilt, daß der Ankauf von 20 Waggons Reis in Holland durchgeführt worden ist, die Ausfuhrbescheinigung wird beigebracht, die Durchfuhr durch Deutschland wird gestattet, die Einfuhr nach Österreich darf jedoch nicht erfolgen, infolge von Schwierigkeiten, welche die „Miles" gemacht hat, und nun wird es wohl dringend notwendig, daß die Direktion des Ernährungsamtes eingreift und Wandel schafft.

Noch ein dritter Fall. Es wurde ein großes Quantum — man spricht von 15 Waggons guten Olivenöles im Auslande gekauft, die Ausfuhr wird bewilligt, die Bescheinigung beigebracht, dagegen wird aber Einspruch erhoben und das Öl kann nicht eingeführt werden, trotzdem wir es doch sehr notwendig brauchen und sehr teuer bezahlen müssen. Das Interessanteste ist aber, daß das Öl derselben Provenienz in Ungarn glatt eingeführt wird, und da, sage ich nochmals, ist es dringend notwendig, daß die Direktion des Ernährungsamtes dagegen Stellung nimmt.

Nun komme ich zu einem anderen Artikel. Das sind die Eier. Ich gebe zu, daß die Organisation bei der „Miles" eine verfehlte war, aber die Organisation, wie sie jetzt besteht, ist ebenso schlecht oder man kann sagen, noch schlechter. (Zustimmung.) Man hat der „Miles" das Privilegium genommen, man hat dann eine neue Gesellschaft, die „Ovum", gegründet, welche das alleinige Recht hat, Eier einzuführen, aber die Regierung hat gleichzeitig eine Ausnahme gemacht. Dem legitimen Handel ist die Einfuhr von Eiern aus Galizien verboten, der „Rohö" wurde aber das Gebiet in Russisch-Polen zugewiesen, wo sie Eier nach Belieben kaufen kann. Hier wird doch wahrlich mit zweierlei Maßen gemessen und das muß mit aller Entschiedenheit bekämpft werden.

Es ist doch ein Skandal, daß die „Rohö" annoncieren kann, daß sie Rahm verkauft, während er allen anderen strenge verboten ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Das sind doch Zustände, die nicht geduldet werden dürfen (Gem.-Rat Leitner: Wo ist denn das Marktamt?) und es ist sehr notwendig, daß die Direktion des Ernährungsamtes sich um diese Mißstände bekümmert und energisch hier eingreift.

Auch der Eiermarkt ist sehr schlecht bestellt. Es ist aber bekannt, daß in den Monaten Februar, März, April und Mai die Eier aus Böhmen, Mähren und Niederösterreich geliefert werden.

In den Monaten Mai und Oktober werden große Quantitäten Eier aus Rußland, Bulgarien, Türkei und Rumänien eingeführt. In den Monaten Dezember und Jänner kommen Eier aus Ägypten nach Wien. In Wien werden in normalen Zeiten 10.000 Kisten zu 1440 Stück in Kühlhäusern, und 30.000 Kisten in Kellern als Kalkeier konserviert. Im Herbste des Jahres 1914 zehrten wir von diesen Vorräten. Als die Überflutung Galiziens durch die Russen kam, trat eine Stockung ein; wir zehrten weiter von den Vorräten und erhielten aus Ungarn Eier. Derzeit ist das mit Schwierigkeiten verbunden, weil eine Kiste ungarischer Eier 600 K kostet, indem der Preis durch die Konkurrenz Deutschlands gestiegen ist. Noch im Jahre 1914 hatten die Eier aus Galizien 335 bis 340 K gekostet, während jetzt von der vom Ministerium mit einem Privilegium ausgestatteten „Ovum" die Eier mit 360 K bezahlt werden. Diese Gesellschaft soll auch ein bestimmtes Quantum nach Wien zuweisen. Seit 14 Tagen stockt aber die Eierzufuhr vollständig, und zwar deshalb, weil die galizischen Händler erklärten, wenn die ungarischen Eier 600 K kosten, so geben wir die galizischen Eier um 360 K nicht her und so wird ein Teil der ungarischen Eier nach Deutschland geschmuggelt oder auch durch Ungarn in andere Königreiche und Länder der Monarchie, wo sie dann um einen weitaus höheren Preis weiterverkauft werden. Ich glaube, daß das Ernährungsamt hier einschreiten muß, um unbekümmert um die polnische Schlachta oder um die Protektion, welche diese „Ovum" bisher im Ministerium des Innern genossen hat, aufzuräumen. Wir sind der Meinung, daß die legitimen Händler das gleiche Recht haben sollen wie die „Rohö", welche eine Privatorganisation ist und daß in dieser Beziehung ganz entschieden Wandel geschaffen werden muß. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die Kartoffelfrage ist schon eingehend erörtert worden und und ich will zu derselben nur noch einzelne Illustrationsfakten bringen. Es wurde bereits mitgeteilt, daß wir 100 Waggons Kartoffel täglich brauchen, weil wir einen bedeutenden Mangel an den einzelnen Lebensmitteln haben. Nun hat sich die österreichische Regierung an die deutsche gewendet und sie ersucht, sie möge uns Österreichern 190 Waggons Kartoffeln überlassen. Die deutsche Regierung schrieb zurück, sie wäre bereit dazu, aber

es wäre doch einfacher, diese Kartoffel aus Ungarn zu beziehen, weil die ungarischen Kartoffel in Deutschland offeriert worden sind. (Stürmische Zwischenrufe.)

Unser Herr Bürgermeister hat schon im Monate September einen festen Kauf von 100 Waggons Kartoffeln in Ungarn abgeschlossen. Als nun die Okkupation Siebenbürgens durch Rumänien erfolgte, schrieb der ungarische Handelsminister Ghillanyi dem Bürgermeister, er sei nicht mehr imstande, auch nur einen Waggon Kartoffel aus Ungarn ausführen zu lassen, jetzt aber hören wir, daß Ungarn ein Kartoffeloffert nach Deutschland gestellt hat. Man muß daher die Erklärung der ungarischen Regierung mit sehr großer Vorsicht beurteilen, und ich glaube, es wird Pflicht des Ernährungsamtes sein, entweder einen Sonderfrieden mit Ungarn zu schließen oder zu fordern, daß, wenn wir schon ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet sind, Österreich durch solche Machinationen nicht benachteiligt werden darf. (Stürmische Zustimmung.)

Was soll ich noch sagen über die Verhältnisse auf dem Fettmarkte? Hier herrschen Preise, die von dem kleinen Mann nicht erschwungen werden können. Man weiß aber dabei, welche Mengen Fett in Ungarn aufgehäuft sind. Auch das ist ein Illustrationsfaktum.

In der Obmänner-Konferenz wurde die Mitteilung gemacht, daß im September ein Offert aus Ungarn über 50 Waggons eingelangt ist und es wurde beschlossen, um einen genügenden Vorrat zu haben, selbst zu einem höheren Preise dieses Fett anzukaufen, und zwar wäre die Gemeinde bereit gewesen, die Differenz gegenüber den Höchstpreisen aus eigenem zu bezahlen. Leider wurde die Einfuhrbewilligung nicht erteilt, die 50 Waggons konnten nicht hereingebracht werden.

In späterer Zeit wurde ein ungarisches Offert gestellt, in dem der Preis schon um 4 K höher war als im ersten Offerte und da frägt man sich: Ist denn das eine geordnete Wirtschaft oder hätte da die Regierung nicht die Pflicht, die Vertretung der Gemeinde Wien, welche schon so enorme Lasten auf sich genommen hat, in der Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln zu unterstützen? (Lebhafter Beifall.) Statt dem aber erschwert sie uns nur die Lebensmittelversorgung.

Ich teile das hier absichtlich mit, weil in den geschäftlichen, bürgerlichen und Arbeiterkreisen wir immer als die Verantwortlichen bezeichnet werden, aber die Protokolle der Obmänner-Konferenz weisen nach, daß wir seit Beginn des Krieges unermüdlich tätig waren, daß wir eine Menge von Vorschlägen erstattet haben und daß unsererseits Maßregeln getroffen wurden und eine Unzahl von Anträgen an die staatlichen und Militärbehörden gestellt wurden, um Abhilfe zu schaffen. Es wird ja nach dem Kriege Gelegenheit sein, manches noch zu besprechen, was dermalen nicht mitgeteilt werden kann.

Aber eines haben wir wohl das Recht, zu verlangen. Die Bevölkerung Wiens hat sich bis zum heutigen Tage in patriotischer Weise gegen den Staat verhalten. Sie trägt willig alle Opfer an Gut und Blut, sie zeichnet die Kriegsanleihe und sie hat daher das Recht, von der Regierung zu verlangen, daß die Verwaltung der Gemeinde Wien in ihren Bestrebungen in Bezug auf die Lebensmittelversorgung hinreichend unterstützt werde. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben oft genug Gelegenheit gehabt, bei Ministerbesprechungen diese Fragen vorzulegen und stets wurde uns gesagt: Es sind Schwierigkeiten vorhanden, wir müssen aber durchhalten. Wir wollen ja durchhalten, aber es muß uns Gelegenheit gegeben werden, durchzuhalten und es darf uns das Durchhalten nicht erschwert werden. Die Bevölkerung Wiens weiß sich eins mit der Armee im Felde und wir im Hinterlande wollen getreulich unsere Pflicht erfüllen, damit die Wiener, wenn die Krieger heimkommen, sagen können: Wir haben alles getan, was unsere Pflicht war, damit für Euere Zukunft und die Zukunft Euerer Familien vorgesorgt werde. Deshalb werde ich für den Antrag des Referenten stimmen und bitte die Herren, auch für denselben zu stimmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Bürgermeister (der während der Rede des Gem.-Rates Steiner wieder den Vorsitz übernommen hat): Das Wort hat Herr Gem.-Rat kais. Rat Ignaz Fischer.

Gem.-Rat Ignaz Fischer: Wäre die Zeit nicht so weit vorgeschritten, dann wäre es für mich sehr interessant gewesen, auch einige Worte über die Approvisionierungsgeschichte vorzubringen, aber mein ausgezeichneter Vorredner hat mir das Beste schon weggenommen und auch die anderen Herren sind nicht zurückgeblieben. Ich werde mich daher nur mit der Kartoffelfrage befassen, und zwar aus dem Grunde, weil ich glaube, vielleicht etwas beitragen zu können, damit wir genügend Kartoffel nach Wien bekommen und das ist die Hauptsache. Die Kartoffeln sind als Volksnahrungsmittel gewiß das Allerwichtigste und so wie ich mir da diesen Antrag ansehe, so glaube ich, daß wir mit diesem Antrage nicht zum richtigen Ziele gelangen werden; umsoweniger, als wir so wenig Verständnis und Unterstützung bei der Regierung, wie es bis jetzt der Fall war, gefunden haben. Die Hauptkalamität — das ist nicht abzuleugnen — liegt in den äußerst ungünstigen Bahnverhältnissen.

Die Eisenbahnen lehnen jede Verantwortung ab, weil sie mit Recht behaupten, daß seit Beginn des Krieges die Militärverwaltung das ausschließliche Verfügungsrecht hat und daß sie lediglich ausführende Organe sind. Wenn sie nun nur ausführende Organe sind, dann ist es die Kriegsverwaltung, welche hier Abhilfe schaffen kann. Man sagt allerdings, es bestehe Waggonmangel. Das ist aber nichts neues; zu jener Zeit, wo die Bahnen noch nicht verstaatlicht waren, haben wir im Herbste immer Waggonmangel gehabt, weil bei Einsetzung der Rübenkampagne die Waggons vollständig absorbiert waren und für Rücktransporte verwendet wurden, für Schnitt- und sonstige Hilfsstoffe, welche die Zuckerfabriken in Österreich unbedingt haben müssen. Diese Kampagne besteht selbstverständlich im Kriege auch, allerdings ist sie nunmehr sehr vorgeschritten, denn sie dauert bei uns in Österreich bloß 6 bis 8 Wochen hindurch. Wenn ich diesen Bericht lese, so bin ich mir eigentlich in vielen Belangen nicht im Klaren.

Man hat der Kommune Wien eine Menge von Kartoffeln verkauft. Nun wäre es interessant, zu wissen, sind die Kartoffel vorhanden oder bestehen diese Kartoffel nur auf dem Papiere? Das wäre einmal das Wichtigste zu erfahren, um dann zu erwägen, ob man mit diesen Kartoffelmengen noch rechnen kann oder nicht, oder von wo sie beschafft werden sollen. Ich bin aber der Anschauung, daß die Kartoffeln tatsächlich noch vorhanden sind, wenn auch nicht in jenen Mengen wie in normalen Zeiten, jedenfalls aber so viel, daß man Wien damit versorgen könnte.

Doch glaube ich, daß wir mit diesen Theorien eigentlich nicht weit kommen. Man müßte sich energisch an die Arbeit machen, und zwar stelle ich mir das derart vor, daß die Kartoffeln in den Stationen, insbesondere wenn kein Frost ist, zugeführt dort gesammelt werden und daß die betreffende Station auch ermächtigt wird, die Waggons zu bestellen, die ihr sogleich zugerollt werden müßten. Wenn wir uns wieder darauf einlassen, daß die Zentral-Einkaufsstelle die sogenannte Instradierung von der Zentral-Transportleitung und von der Militärbehörde verlangt, dann erfrieren die Kartoffeln, bevor sie verladen werden können, und wir werden das angenehme Bewußtsein haben, auf irgend einer böhmischen Station Kartoffeln zu haben, welche nicht nach Wien gebracht werden, weil sie erfroren sind, bevor die Waggons ankamen.

Es ist daher unbedingt notwendig, daß dieser Antrag, der von uns formuliert wurde, ergänzt werde, und zwar müßte Absatz d) lauten: „Die für den Abtransport erforderlichen Wagen über Ansuchen der Verladestation sofort beizustellen." Wenn dies geschieht, dann ist die Station in der Lage, Waggons zu bestellen und mit der Verladung zu beginnen, wenn man ihr 1 bis 2 Tage vorher sagt, daß Kartoffel zugeführt werden. Gegenwärtig ist das nicht der Fall, weil erst durch die Zentral-Transportleitung die sogenannte Instradierung verlangt wird und das dauert viele Tage.

Das ist eine Prozedur, die so langweilig ist, daß jeder Verkehr stockt. Ferner müßte uns die Kriegsverwaltung die Zusicherung geben, daß diese Kartoffel, welche dem Verderben durch Frost unterliegen, nicht auf irgend ein Nebengeleise gestellt, sondern unter die Güter der Gruppe A eingereiht werden und tatsächlich raschestens nach Wien kommen, denn was nützt es, wenn sie rasch von der Station abgeschoben werden, dann aber in Korneuburg 3 bis 4 Tage stehen und man weiß eigentlich nicht, warum.

Ich glaube, Sie werden sich akkommodieren und dem zustimmen, daß man den Antrag an die Regierung ergänzt, indem man ersucht, daß die Stationen ermächtigt werden, für die Ausladung nach Wien sofort Waggons selbst zu bestellen und die militärische Stelle, das Linien-Kommando, die Genehmigung gibt, daß diese Kartoffeln tatsächlich nach Wien gebracht werden. Wenn wir diesen Modus nicht wählen und durchsetzen, so werden wir in Wien ohne Kartoffeln dastehen, denn ich weiß nicht, wie man in dieser vorgerückten Jahreszeit die Erdäpfel nach Wien bringen kann. Ich stand viel zu lange Jahre im Verkehrsdienst und weiß, wie schwierig es ist, im Winter, wo sich die Güter häufen, den Anforderungen gerecht zu werden.

Die Kalamität, die wir bei den Erdäpfeln erleben, werden wir auch bei den Kohlen erleben. Wie haben jetzt schon eine Kohlennot und wenn es so weiter geht, wird sie noch größer werden. Und zwar hat die Regierung selbst dazu beigetragen, daß viele Güter so schwerfällig befördert werden. Sie hat sich nämlich erlaubt, den betreffenden Paragraphen des Betriebsreglements derart zu ändern, daß der direkte Tarif nicht angewendet werden könne, wenn Hilfswege benützt werden. Diese Maßnahme hat erstens außerordentlich zur Verteuerung beigetragen und außerdem werden die Hilfswege nunmehr gemieden.

Wenn wir in Wien keinen Kohlenmangel haben sollen, so muß man eben wieder zu jenen Hilfswegen greifen, wie dies schon vor vielen Jahren der Fall war, wo man der Nordbahn ausgewichen ist und andere Strecken ausgesucht hat, Nebenlinien, so daß man tatsächlich Kohlen nach Wien gebracht hat. Damals ist in Ungarn eine große Kohlennot gewesen. Die Kaschau-Oderbergerbahn konnte keine Kohle führen. Man hat sie über die österreichischen Linien geführt und dadurch Ungarn gut mit Kohlen versorgen können. Die Kohlennot bei uns ist nicht darauf zurückzuführen, daß wir wenig Kohlen haben oder daß wir nicht die geeigneten Waggons haben, sondern nur darauf, daß die Verkehrsverhältnisse im argen liegen, daß den Eisenbahnen das Heft aus der Hand genommen und der Kriegsverwaltung überantwortet wurde, die ja gar kein Interesse daran hat, den privaten Konsum zu versorgen.

Wenn nun schon heute so viel über die Mißstände gesprochen wurde, so will auch ich mit einigen Beispielen dienen. Es wäre manches Interessante zu erzählen. Es wird zum Beispiel auch Ihnen nicht unbekannt sein, daß im Laufe des heurigen Jahres durch sechs Monate 93 Waggons mit Holz beladen zwischen Wien und Purkersdorf gestanden sind. Jeden Tag habe ich diese 93 Waggons gesehen. Ob sie entladen wurden oder ob sie heute noch irgendwo stehen, weiß ich nicht. Im Laufe des Jahres 1915 standen 34 mit Mehl beladene Waggons zwischen Wien und Hütteldorf. Wohin schließlich das Mehl gekommen ist, weiß ich nicht. In der allerletzten Zeit standen 40 kohlenbeladene Wagen durch 14 Tage auf der Strecke. Wenn man die Zirkulation der Wagen derart hemmt, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, daß wir Wagenmangel haben. Das ist doch gar nicht anders möglich. Wir haben in normalen Jahren zum Prinzip gehabt, daß die Wagen binnen sechs Stunden geladen und entladen werden müssen, damit eben die Güterbeförderung ermöglicht wird. Bei der Art wie das heute gehandhabt wird, ist freilich eine rasche Güterbeförderung nicht möglich. Wir haben allerdings nicht die Macht, der Kriegsverwaltung zu sagen, wie sie zu manipulieren hat. Aber, nachdem nie ein Wort umsonst gesprochen wurde, glaube ich, daß von unserer heutigen Debatte vielleicht denn doch etwas übrig bleibt und vielleicht doch oben irgend jemand aufmerksam und sich die Frage vorlegen wird, könnte man denn die Wagen nicht rascher zirkulieren lassen? Es ist Ihnen außerdem nicht unbekannt, daß die Kriegsverwaltung mit ihren langen Fahrzeiten selbst Hemmungen herbeiführt. Nach Eröffnung des Krieges hat ein Zug von Weidlingau nach Wien, welche Strecke er sonst in 18 Minuten zurückgelegt hat, 1 Stunde 5 Minuten gebraucht. Dieser Zug ist auf allen Stationen ganz ungerechtfertigt lange gestanden; das war die sogenannte Kriegsfahrordnung. Dies hat sich nun gebessert; die Kriegsverwaltung hat nachgegeben und ebenso wie sie hier nachgegeben hat, glaube ich, wird sie auch nachgeben, wenn man ihr in vernünftiger Weise vor Augen führt, wohin es kommt, wenn sie die Wagen in ihrer Zirkulation ganz ungerechtfertigterweise hemmt. Wenn uns die Kriegsverwaltung dieses Zugeständnis macht, so bin ich überzeugt, daß wir trotz der vorgerückten Jahreszeit den Frösten ausweichen, da wir dann die Kartoffel in zwei bis drei Tagen in Wien haben. Allerdings muß man den Verfrachtern den Auftrag geben, daß sie die Wagen mit Stroh decken. Denn gedeckte Wagen werden wir wahrscheinlich gar nicht bekommen, wie wohl sie auch zu bekommen wären, weil ich Gelegenheit gehabt habe, zu bemerken, daß man solche gedeckte deutsche Wagen 600 km weit leer zurückführt. Könnte man denn diese

deutschen Wagen nicht auch ausnützen? Aber weil die Kriegsverwaltung einmal vorschreibt, daß der Zug leer zu befördern ist, muß er leer befördert werden. Wenn man den von mir vorgeschlagenen Weg einschlagen würde, könnte man eine Menge Kartoffel nach Wien bringen. Man könnte es doch wagen, der Kriegsverwaltung etwas darüber zu sagen und dann wäre bald Abhilfe geschehen.

Wir können doch nicht in Wien verhungern, weil die Eisenbahn die Konsummittel nicht zuführen kann! Ich habe dies in der Meinung vorgebracht, daß sich vielleicht eine Gelegenheit bietet, daß man diesen Übelstand beseitigt.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir mitzuteilen, daß in der Bevölkerung vielfach der Glaube herrscht, daß die Beamten der Stadt Wien weiß Gott wie gut versorgt werden. Das, was die Beamten während des ganzen Herbstes bekommen haben, ist aber wenig genug. Ich habe mir darüber Aufschreibungen gemacht, es ist so minimal, daß es sich wirklich nicht verlohnt, davon zu reden. Ich spreche davon nur, weil in einem großen Teil der Bevölkerung die Meinung besteht, die Gemeinde sorge wohl für die Beamten, aber für das Volk sorge sie nicht.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf aufmerksam machen, daß, soviel mir bekannt ist, die Gemeinde von den Beamten der Stadt und auch von den Lehrern und Lehrerinnen Geld für die Kartoffeln genommen hat, allerdings unter der Voraussetzung, daß man die Kartoffeln auch wirklich und zu billigeren Preisen an die Angestellten wird abgeben können. Es ist bis heute nicht geschehen. (Bürgermeister: Weil wir keine haben!) Ich weiß es mir zu erklären. Es ist nicht geschehen, weil keine da sind. Ich sage das offen, damit man nicht glaubt, man habe sie ihnen vorenthalten. Ich bin überzeugt, daß, wenn in der nächsten Zeit Kartoffel nach Wien kommen sollten, man die Beamten und Angestellten damit gewiß auch versorgen wird.

Ich werde mich nicht weiter mit Approvisionierungsfragen befassen und komme nur noch auf den von mir gestellten Antrag zurück, den ich anzunehmen bitte. Ich verspreche mir von dem Antrage sehr viel, denn wenn das nicht unter d dastehen wird, daß man für den Abtransport sorgt, werden dieselben wieder wie andere Güter behandelt und wir sind auf die Wohltaten der Zentral-Transportleitung angewiesen.

Ich bitte daher, meinen Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Zur formalen Geschäftsbehandlung hat sich Herr Gem.-Rat Rotter zum Worte gemeldet, ich erteile ihm dasselbe.

Gem.-Rat Rotter: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Bürgermeister: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Ich bitte die Herren, welche für den Schluß der Debatte sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zur weiteren formalen Behandlung hat sich Herr Gem.-Rat Breuer zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm dasselbe.

Gem.-Rat Breuer: Ich beantrage die Wahl eines General-Redners.

Bürgermeister: Es ist die Wahl eines General-Redners beantragt.

Zum Worte pro sind folgende Herren vorgemerkt: Die Herren Gem.-Räte Wippel, Angeli, Roth, Rotter, Panosch, Partik, Lux, Knoll, Ploner, Stein, Rykl, Reininger, Komorowsky, Spalovsky.

Ich bitte die Herren, sich auf einen General-Redner zu einigen. (Nach einer Pause:) Zum General-Redner erscheint Herr Gem.-Rat Kunschak gewählt. Ich erteile ihm das Wort.

Gem.-Rat Kunschak: Meine Herren! Gleich dem Herrn Ober-Kurator Steiner erlaube ich mir auch den Dank dafür auszusprechen, daß uns die Gelegenheit geboten worden ist, in so umfassender und tiefgehender Weise alle jene Fragen zur Behandlung zu bringen, die uns schon seit langer Zeit wie ein schwerer Alpdruck die Brust belastet haben. Ich glaube, es ist auch von dieser Möglichkeit ausgiebig Gebrauch gemacht worden. Wenn ich Ihre Aufmerksamkeit noch für einige Zeit in Anspruch zu nehmen mir erlaube, so bitte ich, es mit dem Umstande zu erklären, daß ich, wie ich glaube, alldem, was gesagt worden ist, noch sehr vieles hinzuzufügen habe, so viel, daß ich nicht den Mut habe, auch nur daran zu denken, in erschöpfender Weise alle die noch übrig gebliebenen Felder und Gebiete zu behandeln und nur auf einige Momente, die nicht erwähnt worden sind, verweisen will.

Die großen Schwierigkeiten, denen wir während der Kriegszeit in der Ernährungsfrage an allen Ecken und Enden begegneten, sind zunächst einmal auf die vollständige Unorientiertheit, die bis zur Kopflosigkeit sich steigert, seitens der Regierung und ihrer unterstellten Organe zurückzuführen. (Rufe: Sehr richtig!)

Es hat sich in diesem Kriege die vollständige Auflösung des sonst so besonders straffen Verbandes der Staatsverwaltung gezeigt. An Stelle der Ordnung in dieser Staatsverwaltung ist die Anarchie getreten, und wie ein Herr Vorredner bereits erwähnt hat, stand der einzelne Minister über dem Ministerrat, dann wurde er entthront von den Statthaltern; schließlich wurden auch die Statthalter enthront von den einzelnen Bezirkshauptmännern, ja, es kamen auch Fälle vor, wo selbst ein Konzeptspraktikant oder unter Umständen auch ein Wachtmeister von der Gendarmerie über dem Herrn Bezirkshauptmann gewesen ist. So hat es sich in überraschend kurzer Zeit geändert; man hätte es früher nicht gedacht, daß es möglich sei, daß sich der Verwaltungsapparat des Staates so rasch umstülpen läßt. Wir haben gesehen, daß eine Kommission höchst ernster Männer jahrelang beieinandergesessen ist, um Reformen zu studieren und zu keinem Ende gekommen ist. Hier ist an einem praktischen Beispiel gezeigt worden, wie sich über Nacht die ganze österreichische Verwaltung in ihr Gegenteil verkehren kann. Wir sind in Zustände hineingekommen, welche einerseits eine vollständige Rechtsunsicherheit erzeugt und anderseits dem ehrlichen Handel und Gewerbe jede Kalkulationsbasis entzogen haben. Wo es keine Rechtssicherheit und keine feste Kalkulationsbasis für den anständigen Geschäftsmann gibt, da beginnt die Herrschaft des gewissen-, skrupel und ehrlosen Wuchers, da beginnt die Herrschaft der unehrlichen Volksausbeuter. Dieser Zustand wurde durch die Rechtsunsicherheit bei uns herbeigeführt und ich nehme an, daß dies im besten Glauben, der guten Sache zu dienen, geschehen ist. Unsere Gerichte sind zu Beginn des Krieges förmlich mit einer Verfolgungswut vorgegangen. Wo immer wer entdeckt wurde, ein Marktweib, eine Bäuerin, ein Greißler, ein kleiner Kohlenhändler, er wurde vor die Schranken des Gerichtes geschleppt und geradezu in drakonischer Weise verurteilt. Dem kam noch eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes entgegen, welche besagt, daß nicht der Höchstpreis allein maßgebend ist,

sondern die sogenannten Gestehungskosten. So wurde jede Rechtsprechung von der festen Basis der Höchstpreise, welche die Regierung unter gewissen Voraussetzungen feststellen mußte, auf ein anderes Gebiet verlegt, auf das unsichere Gebiet der Bestimmung des Preises nach den Gestehungskosten, und der einzelne Richter kam dann oft in die unglaublichste Verlegenheit, diesen Preis festzustellen. Es wurden ihm zwar Sachverständige beigegeben, aber man weiß ja, was Sachverständigen-Urteile heißen, namentlich in einer Zeit, wo die Sachverständigen nicht immer zur Hand sind. So kam es, daß in einem niederösterreichischen Bezirke die Bauern Schmalz um 6 K per Kilogramm verkauften, sie wurden angezeigt und der Bezirksrichter verurteilte sie. Nun haben sie das Schmalz um 5 K verkauft, sie wurden angezeigt und verurteilt. Nun verkauften sie das Schmalz um 4 K, also um 100 Prozent tiefer als der Höchstpreis, sie wurden angezeigt und verurteilt, und zwar auf Grund der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes bezüglich der Gestehungskosten. Im Gehirne dieses Richters hat sich die Idee festgesetzt, daß im Preise von 4 K — also der Gewinn plus Gestehungskosten mehr als ein bürgerlicher Gewinn enthalten ist. Jetzt haben die Bauern den Richter gefragt: Wie sollen wir denn das Schmalz verkaufen, und nun folgte ein salomonischer Ausspruch: zu einem solchen Preise, der mir nicht die Möglichkeit bietet, Sie zu verurteilen.

Darauf war Amtstag, Bürgermeistertag und da wurde der Bezirkshauptmann gefragt: Wie dürfen wir das Schmalz verkaufen? Der Bezirkshauptmann sagte: Ich denke mir um 6 K. Darauf sagte ein Bürgermeister als Wortführer — ich könnte Ihnen Namen nennen, aber es ist nicht notwendig, Namen anzuführen — so jetzt wissen wir es. Der Bezirkshauptmann geriet in furchtbare Aufregung, denn er erinnerte sich des richterlichen Urteiles und sagte, ich habe gar nichts erklärt, das war nur rein meine private Meinung.

Die Folge davon war, daß die Bauern nicht mehr Schmalz verkaufen konnten, weil sie nicht wußten, um welchen Preis sie es verkaufen dürfen.

Es wurde daher überhaupt kein Schmalz verkauft und während wir Fettnot hatten, wurde in diesem Bezirke Schmalz an die Agenten der Öl- und Fett-Zentrale verkauft als technisches Fett, zu einem doppelten Preis gegen den, wegen dessen die Verurteilung erfolgt ist. Im übrigen wurde von den Bauern im Hinblicke darauf, daß Wagenschmiere und Fette zum Einfetten der Geschirre bereits einen Preis von 80 K erreicht hatten, das Schmalz zum Wagenschmieren und Einfetten von Riemenzeug verwendet.

Diese Konfusion ist verursacht worden durch solche unglaubliche Zustände, wie ich sie geschildert habe. Das ist aber nicht etwa ein Bezirk, wo sich das ereignet hat, man kann fast ganz Österreich durchwandern und wird solche Fälle überall finden. Diese Pedanterie in der Anwendung des Gesetzes, um den Kriegswucher zu verfolgen, steht aber im schreiendsten Gegensatze zu der vom Ober-Kurator Steiner angeführten Tatsache, daß Millionengewinne gemacht worden sind, ohne daß der Staatsanwalt oder die Gerichte sich irgendwie mit dieser Frage beschäftigt hätten. Freilich die ganz Vorsichtigen haben dies viel schlauer gemacht als die Marktweiber oder Greißler, indem sie sich außer Strafsanktion stellten.

Die Bierbrauer haben nicht aus eigenem erklärt, wir können zu dem Preise nicht mehr Bier liefern, jetzt hat das Bier den und den Preis, sie sind zur Regierung gegangen, haben ihr bedrücktes Herz dort ausgeschüttet und diese aufgefordert, den Preis zu bestimmen. Die Regierung hat den Preis bestimmt und sich dadurch außerhalb der Möglichkeit gesetzt, einzuschreiten. Ähnliches haben die Zuckerfabrikanten gemacht. Die Regierung hat die Preise festgesetzt und die haben die Gewinne gemacht. Wenn Ober-Kurator Steiner die Erhöhung der Dividende mit 50 Prozent bezifferte, so bin ich in der Lage, nachzuweisen, daß eine Reihe von Fabriken in der letzten Kampagne die Dividenden bis zu 128 Prozent erhöht haben.

Das sind Wuchergewinne, die einem das Blut durch die Adern jagen. Und jetzt kommt die Rückwirkung auf die öffentliche Moral. Wenn ein großer Teil der Bevölkerung sieht und empfindet, wie er verfolgt wird, wenn auch nur wegen vermeintlicher Preistreiberei, die sich zudem oft nur in wenigen Hellern äußert, und daneben sieht, daß andere jetzt Millionen gewinnen und ungestraft durch die Lande gehen, als ob sie Ehrenmänner wären und noch dazu die Knopflöcher weit offen halten, um sie zu gelegener Zeit vielleicht gefüllt zu bekommen, dann ist das Gift für die öffentliche Moral, dann zeitigt das jene Zustände, in denen wir uns jetzt befinden, den Zustand der Unaufrichtigkeit in Handel und Wandel, den Zustand der vollen Anarchie, den schrankenlosen Egoismus, der neben seinem höchst persönlichen Interesse andere Interessen absolut nicht mehr kennen will, ein Zustand, der bis tief in die Massen unseres Volkes eingedrungen ist, der in Stadt und Land in gleicher Weise konstatiert werden kann, der aber förmlich systematisch und planmäßig von oben aus hervorgerufen worden ist. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Wenn wir Ernährungschwierigkeiten haben, so ist das vielfach auch deswegen, weil wir von einer Ernährungspolitik in Österreich überhaupt nicht reden können. (Rufe: Sehr gut!) Denn eine Ernährungspolitik beschäftigt sich nicht allein mit der Erlassung von Verordnungen, sondern hat zwei Aufgaben. Erstens: Die vorhandenen Mengen zu entsprechenden Preisen in gerechter Weise zu verteilen und zweitens: die vorhandenen Mengen nach Möglichkeit zu ergänzen. Aber auch das ist bei uns nicht geschehen und das reicht weit zurück.

Ich habe an anderer Stelle Gelegenheit genommen, Anträge zu formulieren, welche der Hebung der Produktion dienen sollen. Unsere Vieh- sowie unsere Milch- und Fettproduktion leidet an nichts so sehr als an Futtermangel. Immer und überall hören Sie dieselben Klagen: Gebt uns Futter und ihr werdet Fett, Milch und Fleisch erhalten.

Übrigens braucht es auch nicht begründet zu werden, das versteht schließlich jeder A-B-C-Schütze, daß das Vieh ohne Futter keine Milch und kein Fett geben kann. Man hat kein Futter und zur gleichen Zeit werden Unmengen von Futter in gewissenlosester, vielleicht auch gedankenlosester Weise vergeudet, nicht für Zwecke, die dem menschlichen Konsum zugute kommen, denn das wäre keine Vergeudung, sondern nur für Vergnügen, für Sport! Nur zu dem Zwecke, um sagen zu können, man ist ein großer Mann.

Es wurde vom Abg. Schreiner vor einigen Tagen festgestellt, daß auf einem niederösterreichischen Jagdgebiete allein 120 Waggons Heu erwirtschaftet worden sind und diese 120

Waggons Heu wurden nicht als Viehfutter verwendet, sie wurden reserviert, um jetzt bei der schlechten Jahreszeit die Hirsche und Rehe in dem betreffenden Jagdgebiete vor Hunger zu bewahren. (Rufe: Hört!)

Bei den Bauern wird seitens der Heeresverwaltung oft rücksichtslos Heu angefordert, da wird der Weg bis ins entlegenste Gebirgsdorf gefunden und das Heu requiriert, unbekümmert darum, welche Folgen sich daraus für die Ernährung ergeben. Das traurigste Beispiel ist Tirol. Tirol hat jetzt einen fleischlosen Tag aufheben müssen, weil dort so viel Jungvieh vorhanden ist, für das es kein Futter gibt, und warum? Weil das Futter von der Heeresverwaltung requiriert wurde. Aber auf der anderen Seite liegen 120 Waggons Heu auf einem einzelnen Jagdgut, das den Hirschen zur Verfügung steht. (Rufe: Hört! Hört!)

In der gleichen Lage wie Tirol befindet sich auch Vorarlberg. Dort hat man, wie mir Landes-Ausschuß Fink mitgeteilt hat, über 54.000 Stück Jungvieh, das man nicht ernähren kann, zur Schlachtung bringen müssen. Das sind Viehbestände, die wir während des Krieges, aber jedenfalls auch nach dem Kriege, notwendig brauchen würden. Aber die werden geopfert, weil man kein Futter hat, und niemand den Weg dorthin findet, wo das Futter ist. Niemand findet sich auch, der die Leute beauftragt hätte, ihre produktionsfähigen Gründe der Produktion zuzuführen. Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister hat zu Beginn des Krieges einen Aufruf an die Wiener erlassen, es möge jedes Fleckchen Erde, jeder freie Platz in Wien zum Anbau benützt werden. Die Bevölkerung hat dem in großartigster Weise entsprochen.

Nicht immer war der Erfolg mit dem guten Willen im Einklange, viele große Opfer wurden gebracht, aber es ist geschehen. Und vor den Toren der Stadt Wien und in unseren ganzen Alpenländern haben wir ungeheure Länderstriche, die ohneweiters für die Produktion geeignet wären, aber in die Produktion nicht einbezogen werden. Da hat mir ein solcher Herr gesagt, da ist leicht reden, wie soll das in die Produktion einbezogen werden, da muß man ja auch Leute dazu haben! Leute genug gibt es, wenn die Herrschaften wollen! Die Herrschaften wissen sich ja sogar zu den Treibjagden die notwendigen Personen zu verschaffen. Es werden halt Kriegsgefangene hergenommen, die das Geschäft besorgen.

Es gibt viele Bauernwirtschaften mit Kriegsgefangenen, oft unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen, um wie viel leichter könnten die großen Jagdherren einen Teil ihrer Güter der Bewirtschaftung zuführen, wenn sie nur wollten. (Rufe: Sehr richtig!)

Was das zu bedeuten hat, können Sie am besten erfahren, wenn Sie sich einmal in das Ybbstal begeben. Da können Sie Ihre blauen Wunder sehen, wie ein Land, in dem einst Tausende Viehbestände waren, in dem eine wohlhabende Bevölkerung lebte, heute ausgefüllt ist mit armen, hungernden Holzknechten, die nichts zu leben haben, die förmlich prozessionsweise nach Wien kommen, um bei den verschiedenen öffentlichen Funktionären um Lebensmittel zu betteln. Ich weise da nur auf einen einzigen Herrn hin, den Herausgeber einer Wiener Tageszeitung, der sehr schöne Konsumentenretterartikel zu schreiben vermag, der in der Gemeinde Groß-Hollenstein allein 36 Häuser niederlegte und den Grundbesitz seinem Jagdgebiete einverleibte.

In Steiermark ist festgestellt, daß in den letzten zehn Jahren nicht weniger als 35 ha Land zu Jagdgründen umgewandelt wurden. Wenn das im Frieden möglich war, bei der Kurzsichtigkeit, die immer unsere Friedenspolitik ausgezeichnet hat, so sollte man doch meinen, daß wenigstens jetzt im Kriege, wo man um jeden Quadratmeter anbaufähige Fläche besorgt sein muß, Wandel geschaffen wird, und daß durch einen Eingriff in die Hoheitsrechte der Herren Jagdbesitzer unsere anbaufähigen Flächen bedeutend vermehrt werden.

Es ist heute gesprochen worden von dem Wucher der Agrarier und der Landwirte.

Wir wollen die Sache auch von einem anderen Gesichtspunkte beleuchten, der sie vielleicht in einem anderen Lichte erscheinen läßt. Was der Bauer abgibt, hat festgesetzte Preise: Für den Hafer 28 K, für den Weizen 32 K, für das Korn auch, für Kukuruz 26 K. Die Viehpreise sind jetzt auch endlich einmal reguliert worden und auch für die Milch sind Höchstpreise festgesetzt. Das alles ist reguliert. Wie wollen Sie es aber dem Bauern, dem man jeden Preis vorschreibt, verständlich machen, daß er die Abfallprodukte, die er als Futter braucht, zu horrenden Preisen bezahlen soll?

Wie wollen Sie dem Bauer gegenübertreten, ihn als Wucherer bezeichnen, wenn er den Hafer um 28 K hergeben und ihn dann, wenn er ihn benötigt, um 120 K zurückkaufen muß? Wie wollen Sie ihm sagen, daß es Wucher ist, wenn er 28 K bekommt, und wenn der Hafer in Wien vor den Augen und unter Mitwirkung der Behörden, ja von den Behörden selbst um 120 K verkauft wird? (Rufe: Hört! Hört!)

Für den Mais, den der Bauer um 26 K abgibt, muß er 80 K bezahlen, wenn er damit seine Schweine füttern will. Wie wollen Sie ihm das begreiflich machen? Um 28 K wird dem Bauern der Hafer abgenommen, dieser Hafer wird zu 50 Prozent in Mehl umgesetzt und der Mist, der übrig bleibt — es ist nichts anderes — kostet nicht etwa auch 28 K, sondern 40 K. (Rufe: Hört! Hört!)

Kann da ein Städter, wenn er hundertmal die Preise der Bauern hoch findet, mit gutem Gewissen zum Bauer sagen, du bist ein Wucherer? Das sind Erscheinungen, die uns Städtern förmlich das Recht der Kritik der Zustände auf dem flachen Lande aus der Hand nehmen. Wir klagen hier, daß die Landwirte Wucher treiben und die Landwirte draußen sind förmlich von Wut gegen uns erfüllt, weil sie sagen, der ärgste Wucher ist in der Stadt.

Was kostet das Getreide und Mehl in Wien, was kostet das Brot, was kosten die anderen Produkte, die in den Handel gebracht werden? Das sind Verhältnisse, die dringend der Aufklärung und Remedur bedürfen.

Ich will nur noch eines beifügen.

Die Kartoffeln kosten für den Konsum 9 K. Die Futterkartoffeln, die der Bauer kauft, um seine Schweine zu füttern, der Mist, der absolut nicht mehr zum menschlichen Konsum geeignet ist, wenn wir auch heute mit unserem Magen und Geschmack wahre Wunder verrichten, kostet 13 K. Diese Differenzen in den Preisen sind ja lauter Prämien für die Hinterziehung der Edelprodukte. (Sehr richtig!) Wenn der Bauer 28 K für den Hafer bekommt und ihn dann um 140 K zurückkaufen soll, dann gibt man ihm eine Prämie von 110 K dafür, daß

er ihn nicht verkauft, sondern verheimlicht und verbirgt und für sein Vieh zu Hause verfüttert.

Wenn man ihm elende Futterkartoffeln um 13 K verkauft, so ist dies eine Prämie von 4 K dafür, daß er die guten Kartoffeln, die viel mehr Nährwert haben, verfüttert und nicht hergibt und dann den Mist um solchen Preis kauft. Das ist, möchte ich sagen, eine systematische Erziehung und Verleitung unserer ganzen Landwirtschaft zur Übertretung der Gesetze und Verordnungen, die gegeben worden sind.

Bei solcher Hirnrissigkeit des Vorgehens, bei solcher Planlosigkeit und Gedankenlosigkeit braucht man sich nicht zu wundern, daß unsere ganze Ernährungsfrage durcheinandergekommen und heute in einem Zustande ist, aus dem sie auch stärkere Hände nicht leicht herauszuführen vermögen werden. Nun kommt bei der Aufbringung noch ein anderer Gesichtspunkt in Betracht. Es ist mir ein Brief gezeigt worden von einem unserer ruhigsten und leidenschaftslosesten niederösterreichischen Abgeordneten, von einem Waldviertler-Abgeordneten. Da schildert er, wie im Waldviertel über Auftrag der Statthalterei requiriert wird. In einem Gebiete, von dem ein jeder von uns weiß, daß es wiederholt n Friedenszeiten zu Hungersnöten gekommen ist, wobei auch die Gemeinde Wien einmal eine große Menge Kartoffeln angekauft und zur Linderung des Hungers hingeschickt hat, werden Kartoffeln requiriert.

Man geht dort von Haus zu Haus und nimmt Visitationen vom Keller bis zum Dachboden vor, und zwar durch Gendarmen mit russischen Kriegsgefangenen. Wenn da die Bauern rebellisch werden und lästern und wenn sie jetzt aussprechen, unter solchen Umständen bauen wir überhaupt nichts mehr im nächsten Jahre an, dann sollen sie sich selber anbauen, wenn dann die Bauern von der Qualität unserer Waldviertler Bauern dagegen Stellung nehmen, so ist das wahrlich begreiflich.

Hoffentlich klagt mich keiner von ihnen wegen Ehrenbeleidigung, denn dann müßte ich den Wahrheitsbeweis antreten, wenn ich sage, daß die Waldviertler Bauern Hungerleider sind und die Frauen müssen nun zusehen, wie in ihrer Gegend, während der Mann an der Front steht, die Gendarmen mit russischen Kriegsgefangenen das Haus durchstöbern. Was müssen sich die Leute denken, können sie ein anderes Gefühl, als das der Empörung wegen dieser unerhörten Zustände haben? Russische Kriegsgefangene als Hilfsorgane der Staatsverwaltung, losgelassen gegen eine Bevölkerung, die an Patriotismus das Menschenmöglichste geleistet hat. Das also schreibt man mir aus dem Waldviertel und derselbe Abgeordnete schreibt über die Grenze herüber aus Böhmen, wie es dort zugeht. Er sieht dort reichen Überfluß, er sieht, wie die Bauern weißes, reines Weizenbrot essen und daß sie alle Lebensmittel in Hülle und Fülle haben. Aber dort greift niemand ein. Dort traut sich die Regierung nicht einzugreifen, denn in Prag sitzt ein mächtiger Statthalter, der eigentlich der Vizekönig in Böhmen ist. So wird aber keine Produktionsmehrung, sondern Produktionsverdrossenheit und Produktionsdrosselung durchgeführt. Wir stehen vor einem Zustande, der uns den absoluten Untergang durch Hunger und Not herbeiführen wird, wenn der Krieg nicht früher zu Ende geht.

Ich komme nun zu einem anderen lieben Freunde, von dem heute auch schon vorübergehend gesprochen wurde, zu unserem lieben Ungarn. Als der Herr Bürgermeister im vergangenen Jahre sich beklagt hat über die Unzulänglichkeit der Zufuhr aus Ungarn und das als eine Rücksichtslosigkeit Ungarns gegenüber Österreich bezeichnet hat, hat der ungarische Ministerpräsident sich veranlaßt gesehen, darauf zu antworten und hat erklärt, es sei allerdings richtig, daß Ungarn eine höhere Kopfquote als Österreich habe, das sei aber vollständig gerechtfertigt, denn die Ungarn haben auch im Friedensjahr mehr Mehl konsumiert als die Österreicher, weil sie von Mehl und Brot leben, während die Österreicher sich mehr mit Fleisch nähren. Woher der ungarische Ministerpräsident diese Weisheit hat, weiß ich wohl nicht. Aber ich weiß das eine, daß er die Unwahrheit gesprochen hat und ich kann das ziffernmäßig nachweisen.

Aus dem ungarischen amtlichen Ausweise geht folgendes hervor: Wenn man von der ungarischen Ernte die Abfuhr abrechnet, ergibt sich für das Jahr 1913, das ist das letzte Jahr, über welches die statistischen Ausweise vorliegen, eine Kopfquote von 280 kg pro Jahr. Wenn man zur österreichischen Ernte die Einfuhr hinzurechnet, ergibt sich für Österreich eine Kopfquote von 250 kg. Im ganze entfällt also auf Ungarn nur 30 kg mehr als auf die Österreicher und es ergibt sich mithin, daß die Ungarn schon in Friedenszeiten eine nahezu gleiche Kopfquote hatten als die Österreicher. Es ist das eine ganz natürliche Folge, weil Ungarn viel mehr Fleisch konsumiert als wir, zweifellos aber viel mehr hochwertiges Fett, als wie es in Österreich der Fall ist. Trotz alledem haben wir während des Krieges diesen Riesenunterschied in der Kopfquote.

Wir haben in Ungarn heute eine Kopfquote von 194 kg, in Österreich haben wir jedoch nach der Brot- und Mehlkarte nur eine solche von 91 kg. Der ungarische Staatsbürger, nicht etwa der Schwerarbeiter, auch nicht der Bauer, hat auf Grund der Ministerialverordnung vom Juni 1916 einen Bezug von 120 kg Mehl pro Jahr. Außerdem lautet die Brotkarte auf 74·88 kg, zusammen also auf 194·88 kg und wir haben 91·52 kg nach der Brot- und Mehlkarte. Die Ungarn haben also um 103 kg mehr zugemessen an Brot und Mehl, als es bei uns der Fall ist.

Ein solcher Unterschied ist durch nichts gerechtfertigt, selbst wenn es wahr wäre, daß in Ungarn früher mehr Brot und Mehl gegessen wurde als bei uns, wobei bei uns der Fleischkonsum jetzt vollständig wegfällt, während er in Ungarn lustig weiterblüht. So sieht also das Freundschaftsverhältnis der Ungarn aus. Wir müssen aber bei dieser Gelegenheit nicht nur mit den gegebenen Tatsachen rechnen, sondern auch mit dem, was nach dem Kriege kommt. Derzeit finden die Verhandlungen statt über den österreichisch-ungarischen Ausgleich

Kein Mensch weiß, was geplant ist. Es heißt, daß die Verhandlungen abgeschlossen sind. Mag das nun wahr sein oder nicht, jedenfalls in Kürze muß die Entscheidung über den österreichisch-ungarischen Ausgleich fallen. Es verlautet, daß Ungarn in diesem Ausgleiche gegen die Zustimmung einer kleinen Erhöhung der Quote eine Erhöhung der Getreidezölle und eine Erhöhung der Fleisch- und Viehzölle erreicht hat. Dagegen kann nicht rechtzeitig und scharf genug Stellung genommen werden, weil eine solche Tatsache uns nicht nur in eine wehrlose Knechtschaft zu Ungarn bringen würde, sondern sie wäre auch die Stabilisierung des Hungers über die Zeit des Krieges. Der Zoll, den wir bisher gezahlt haben, mag noch erträglich gewesen sein. Man kann darüber unterschiedlicher Meinung sein,

ob die dadurch erzielte Erhöhung der Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft im Einklang steht mit dem Mehr, das wir an Zöllen bezahlen müssen; wir haben ihn aber ertragen. Nach dem Kriege können wir aber diese Zölle nicht mehr ertragen, geschweige denn eine Erhöhung, denn darüber gibt sich wohl niemand einer Täuschung hin, daß auch die Weltmarktverhältnisse nach dem Kriege wesentlich ungünstigere sein werden, als sie es bis jetzt sind.

Schon die Ankündigung des Ausfuhrverbotes aus Argentinien zeigt uns, mit welchen Erscheinungen wir werden rechnen müssen. Es werden die Preise auf dem Weltmarkte eine enorme Höhe erreichen und überdies dadurch verteuert werden, daß auch die Transportspesen, die eine ungeheure Erhöhung schon erfahren haben, nach dem Kriege noch eine weitere Erhöhung erfahren werden. Wir werden also vom Weltmarkte abgeschlossen und angewiesen sein auf unsere nächste Umgebung, auf unser Vaterland, um dort Fleisch und Getreide zu bekommen.

Sollen wir dann wieder dasselbe Schauspiel erleben wie im Jahre 1904 mit dem Verbote der rumänischen Einfuhr von Getreide und Vieh nach Österreich, sollen wir wieder gesperrte Grenzen haben, die unübersteiglich gemacht werden, nur damit die ungarischen Agrarier ihr Getreide und Fleisch zu noch höheren Preisen verkaufen können? So weit kann das beste Verständnis und der ehrlichste Wille und die tiefste Liebe für Gemeinsamkeit der Monarchie nicht gehen, daß wir sie erkaufen mit dem Preis unserer wirtschaftlichen und physischen Existenz gegenüber Ungarn. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Wenn die Dinge so liegen, dann möge es heute in öffentlicher Gemeinderats-Sitzung ausgesprochen werden. Einem Ausgleiche unter solchen Bedingungen wie die jetzigen sind, oder unter noch schlechteren als es die gegenwärtigen sind, ziehen wir die wirtschaftliche Trennung von Ungarn unter allen Umständen vor. (Neuerlicher stürmischer Beifall.) Wenn Ungarn uns droht mit dem Schlagworte: „Los von Österreich" so möge aus diesem Saale ihnen das Schlagwort entgegentönen: „Los von Ungarn!"

Wir haben in diesem Kriege erfahren, was Ungarns Egoismus und Übermut für Verbrechen an dem bisherigen treuesten Verbündeten zu begehen sich unterstanden haben, wir haben Not nnd Elend hier und in unserem Lande, weil uns Ungarn seine Korn- und Fleischkammern nicht erschließen will, und wir haben diesen Zustand in einem Augenblick zu konstatieren, wo unsere Soldaten ihre Brust dem Feinde zum Ziel bieten, um ihn vom Einbruch in Ungarn abzuhalten.

Das ist der Lohn, den Ungarn für unsere treue Freundschaft jetzt im Kriege schon bezahlt und das läßt den Schluß zu, wessen wir uns zu versehen haben, wenn dieser Krieg vorbei sein wird. Wir wollen in derartige ungarische Verhältnisse nicht eingehen und darum möge, wenn auch nicht in Form eines Antrages laut und vernehmlich unserer und der Regierung jenseits der Leitha gesagt werden: einen Hunger-Ausgleich gibt es und darf es in Österreich nicht mehr geben! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Bürgermeister: Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Vize-Bürgermeister Rain: Ich habe nur mehr wenige Worte zu sagen, nachdem sämtliche Herren für die Anträge waren und möchte nur auf eine Einwendung erwidern. Die Bemerkung des Herrn Gem.-Rates Fischer, daß die städtischen Beamten und Lehrer nicht genügend mit Kartoffeln versorgt worden sind, möchte ich dahin richtigstellen, daß es ein Hauptpunkt in unserem Programme ist und daß ich als Referent auch dafür eingetreten bin, die Beamten- und Lehrerorganisationen zu beteilen. Unsere Aufgabe wäre es aber auch gewesen, die Gewerbetreibenden, welche mit Lebensmitteln handeln und die Konsumentenvereinigungen genügend mit Kartoffeln zu versorgen. Leider ist die Einfuhr um 7600 Waggons als im Versorgungsprogramme vorgesehen war, geringer gewesen, das heißt, es ist ein Ausfall von 64 Prozent zu verzeichnen. Sollten die Verhältnisse sich bessern, dann wird es unsere Aufgabe sein, allen Anforderungen vollkommen Rechnung zu tragen.

Wenn ich schließe, will ich der sicheren Erwartung Ausdruck geben, daß das neue Ernährungsamt, welches berufen ist, in der Lebensmittelversorgung Ordnung zu schaffen, auch wirklich Abhilfe schafft, nachdem es ja an seiner Spitze Männer hat, die ob ihrer Energie bekannt sind.

Ich bitte um Annahme der Anträge. (Lebhafter Beifall.)

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen-Anträge sind nicht gestellt; ich darf daher Ihre Zustimmung voraussetzen und die Anträge von I bis V unter einem zur Abstimmung bringen.

Ich bitte jene Herren, welche für diese Anträge sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

Ich bitte jene Herren, welche den Zusatz-Antrag des Herrn Gem.-Rates Fischer annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist ebenfalls angenommen.

Beschluß: I. Die Gemeinde begrüßt die Errichtung des Amtes für Volksernährung und gibt der Erwartung Ausdruck, daß dieses Amt endlich der Desorganisation im Lebensmittelverkehre ein Ende bereitet, das Verhältnis zwischen Militär- und Zivilverwaltung in der Beschaffung von Bedarfsartikeln planmäßig ordnet, die Transportorganisation für rechtzeitige und ausreichende Zuschübe zweckmäßig und verläßlich sicherstellt und im vollen Maße den berechtigten Interessen der Stadt Wien Rechnung trägt.

II. Die Gemeinde Wien ist von dem im § 3 der Kundmachung des Ministerpräsidenten vom 30. November 1916, R.-G.-Bl. Nr. 401 und 402, dem Ernährungsrate zugewiesenen Wirkungskreise nicht befriedigt und verlangt in Festhaltung bereits gefaßter Beschlüsse, daß demselben volle Einsicht in die Aufzeichnungen der vorhandenen Vorräte und die Art ihrer Verteilung eingeräumt werde.

Die Gemeinde Wien verlangt eine stärkere Vertretung im Ernährungsrate.

III. Mit Rücksicht auf die Knappheit an den wichtigsten und unentbehrlichsten Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen verlangt die Gemeinde Wien ehestens Maßnahmen, welche eine planmäßige und gerechte Verteilung der Vorräte und Zuschübe gewährleisten, insbesondere ist ein gerechtes Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn hinsichtlich der Aufbringung der Lebensmittel, der Festsetzung gleichmäßiger Rationen für die Bevölkerung diesseits und jenseits der Leitha zu vereinbaren und das gemein-

same Wirtschafts- und Versorgungsgebiet endlich zu verwirklichen.

IV. Die Gemeinde Wien verlangt endlich energische Maßnahmen gegen Lebensmittelwucher jeder Art und gegen spekulative Ausschreitungen, welche auf Zurückhaltung von Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln und künstliche Steigerung der Preise abzielen.

V. Die Regierung wird neuerlich aufgefordert, alles zu veranlassen, daß die in Wien bestehende Kartoffelnot raschestens behoben wird und zu diesem Zwecke:

a) bei den k. u. k. Militärbehörden dahin zu wirken, daß zur Besorgung der Kartoffelzufuhren zu den Verladestationen die erforderliche Militärmannschaft und militär-ärarische Fuhrwerke beigestellt werden;

b) die Ministerial-Verordnung vom 30. September 1916, R.-G.-Bl. Nr. 336, mit welcher in Abänderung des § 20 der Ministerial-Verordnung vom 4. August 1916, R.-G.-Bl. Nr. 224, auch Kartoffelsendungen in Mengen bis zu 100 kg einer Transportbescheinigung unterworfen wurden, sofort außer Wirksamkeit zu setzen;

c) neuerliche Verhandlungen über die Einfuhr von Kartoffeln aus Ungarn und Deutschland einzuleiten;

d) die für den Abtransport erforderlichen Wagen über Ansuchen der Verladestation sofort beizustellen.

Bürgermeister: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen. Es folgt noch eine kurze vertrauliche Sitzung.

(Schluß der öffentlichen Sitzung um 10 Uhr abends.)

Beschluß-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **5. Dezember 1916.**

Vorsitz: **Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner.**

1. (11032.) **Vize-Bürgermeister Hierhammer** referiert über die Verleihung des Titels „Inspektor" an den Liquidator der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien Franz Schadek und stellt den Antrag:

Dem Liquidator Franz Schadek wird der Titel „Inspektor der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien" verliehen.

(Angenommen.)

2. (11033.) **Derselbe** referiert über die Titelverleihung für Beamte der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien und stellt den Antrag:

Dem Liquidator Karl Schlerka wird der Titel „Kontrollor", dem Rechnungsbeamten Karl Neumann der Titel „Kassier" und dem Rechnungsbeamten Johann Pichler der Titel „Liquidator" verliehen. (Angenommen.)

3. (11002.) **Vize-Bürgermeister Hoß** referiert über das Ansuchen der Antonia Siegmund, Straßenarbeiterswitwe, um Gnadengabe und stellt den Antrag:

Der Straßenarbeiterswitwe Antonia Siegmund wird anstatt der ihr zufolge § 14 der Pensionsvorschrift für die provisorischen Bediensteten der Gemeinde Wien gebührenden Abfertigung von 1095 K eine Gnadengabe von jährlich 300 K vom 1. November 1916 bis Ende des Jahres 1919, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt. (Angenommen.)

4. (11111.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen eines städtischen Beamten um Gehaltsvorschuß und stellt den Antrag:

Demselben wird ein neunmonatlicher Gehaltsvorschuß im Betrage von 1500 K gegen Rückzahlung in 60 gleichen, ununterbrochenen monatlichen Raten ab 1. Jänner 1917, abzüglich des aushaftenden Vorschußrestes per 975 K, bewilligt. (Angenommen.)

5. (11197.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Cäcilia Pehofer, Forstarbeiterswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe und stellt den Antrag:

Der städtischen Forstarbeiterswitwe Cäcilia Pehofer wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 240 K, vom 1. Jänner 1917 bis Ende des Jahres 1919, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt. (Angenommen.)

6. (11198.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Barbara Rudnai, Heizergehilfenswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe und stellt den Antrag:

Der städtischen Heizergehilfenswitwe Barbara Rudnai wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 400 K vom 1. Jänner 1917 bis Ende des Jahres 1918, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt. (Angenommen.)

7. (11315.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen eines städtischen Beamten um Gehaltsvorschuß und stellt den Antrag:

Demselben wird ausnahmsweise der angesuchte 12monatliche Gehaltsvorschuß im Betrage von 2400 K gegen Rückzahlung in 24 gleichen, ununterbrochenen Vierteljahrsraten ab 1. Februar 1917, abzüglich des Gehaltsvorschußrückstandes von 875 K, bewilligt. (Angenommen.)

8. (11328.) **Derselbe** referiert über den Antrag eines städtischen Beamten um Gehaltsvorschuß und stellt den Antrag:

Demselben wird ausnahmsweise der sechsmonatliche Gehaltsvorschuß im Betrage von 1800 K gegen Rückzahlung in 40 gleichen, ununterbrochenen Raten ab 1. Jänner 1917 abzüglich des Gehaltsvorschußrückstandes von 720 K, bewilligt. (Angenommen.)

9. (11102.) **Derselbe** referiert über die Verleihung des Titels „Vize-Direktor des historischen Museums der Stadt Wien", beziehungsweise „Vize-Direktor der Stadtbibliothek" und Zuerkennung einer Funktionszulage an die Kustoden der städtischen Sammlungen

Dr. Wilhelm Englmann und Ludwig Böck und stellt den Antrag:

Den Kustoden der städtischen Sammlungen Dr. Wilhelm Englmann und Ludwig Böck wird ad personam unter Verleihung des Titels „Vize-Direktor des historischen Museums der Stadt Wien", beziehungsweise „Vize-Direktor der Stadtbibliothek" eine in die Pension einrechenbare Funktionszulage von je 800 K jährlich bewilligt. (Angenommen.)

10. (11191.) **Vize-Bürgermeister Rain** referiert über das Ansuchen der Marie Sipos, Wagenputzerin, um Gnadengabe und stellt den Antrag:

Der Marie Sipos, Wagenputzerin der städtischen Stellwagenunternehmung, wird ab 19. November 1916 eine jährliche Gnadengabe von 400 K vorläufig auf die Dauer von drei Jahren gewährt. (Angenommen.)

11. (9300.) **Gem.-Rat Dr. Mataja** referiert über die Übertragung des Hauses II., Untere Augartenstraße 9, an die Gemeinde Wien durch Franz Hochedlinger und stellt den Antrag:

Zwischen Franz Hochedlinger und der Gemeinde Wien wird folgendes Übereinkommen geschlossen:

Franz Hochedlinger widmet und überläßt die ihm bücherlich zugeschriebene lastenfreie Liegenschaft II., Untere Augartenstraße 9, Einl.-Z. 68 Grundbuch Leopoldstadt, mit den Parzellen 500 Bauarea im Katastralausmaße von 866·11 m² und 501 Garten im Katastralausmaße von 578·44 m², wie sie liegt und steht, der Gemeinde Wien gegen Leistung einer jährlichen Rente von 15.000 K und unter folgenden Bedingungen als Eigentum:

1. Die Gemeinde Wien verpflichtet sich, die vereinbarte jährliche Rente von 15.000 K dem Franz Hochedlinger auf seine Lebensdauer in ¼jährigen, zu den Zinsterminen fälligen Raten zu bezahlen. Die erste dieser Raten ist am ersten auf den Tag der Übergabe folgenden Zinsquartale zu berichtigen.

2. Die Übergabe, beziehungsweise Übernahme der oberwähnten Liegenschaft in den Besitz und Genuß der Gemeinde Wien hat binnen acht Tagen nach Unterfertigung des schriftlichen Vertrages zu erfolgen. Vom Tage der Übergabe trifft die Gemeinde Wien Last und Gefahr und kommen ihr dagegen auch alle Besitzvorteile zu.

3. Die Gemeinde Wien ist in der Verfügung über die Liegenschaft nicht beschränkt, verpflichtet sich aber, dieselbe, sofern sie überhaupt eine Veräußerung beabsichtigen sollte, nur an einen oder mehrere Bekenner einer christlichen Religion hintanzugeben.

4. Das der Gemeinde Wien aus der Liegenschaft oder ihrem Erlöse zugehende Reinerträgnis hat sie zu gemeinnützigen oder wohltätigen Zwecken zu verwenden.

5. Die Gemeinde Wien verpflichtet sich, dafür zu sorgen, daß durch eine Tafel an dem Hause das Andenken an die Hochedlinger'sche Widmung für gemeinnützige oder wohltätige Zwecke bewahrt bleibt.

6. Die Gemeinde sichert dem Franz Hochedlinger zu, daß nach seinem Ableben die Kleine Schiffgasse im II. Bezirke seinen Namen erhalten werde.

7. Nach dem wann immer erfolgenden Ableben des Franz Hochedlinger hört die Verpflichtung der Gemeinde Wien zur Zahlung obiger Rente von 15.000 K sofort und gänzlich auf und ist diese Gemeinde zu keiner weiteren Leistung an die Erben verpflichtet.

8. Auf eine pfandrechtliche und grundbücherliche Sicherstellung der lebenslänglichen Rente wird verzichtet.

9. Beide Teile verzichten auf das Rechtsmittel, diesen Vertrag wegen Verletzung über die Hälfte des wahren Wertes anzufechten.

10. Die mit dem Vertrage und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren trägt die Gemeinde Wien.

11. Franz Hochedlinger bewilligt ausdrücklich, daß auf der Liegenschaft Einl.-Z. 68 des Grundbuches Leopoldstadt, Or.-Nr. 9 Untere Augartenstraße im II. Bezirke sogleich das Eigentumsrecht für die Gemeinde einverleibt werde.

(Angenommen.)

12. (10913.) **Derselbe** referiert über die Vertragsverlängerung mit der Firma Ranschburg & Goldstein, Wien, bezüglich der Räume im städtischen Hause II., Kleine Sperlgasse 10, und stellt den Antrag:

Die mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 13. November 1913, P. Z. 17459, für die von der Firma Ranschburg & Goldstein gemieteten Räume top. Nr. 4 (Keller), 25, 26, 37, 40 bis 45, 113 bis 117 im Parterre, 57, 58, 59, 64 bis 83 im 1. Stocke, 84 bis 102 im 2. Stocke und 106 und 110 (Dachboden) des Hauses II., Kleine Sperlgasse 10, festgesetzte einjährige Kündigungsfrist wird dahin abgeändert, daß der Mietvertrag von beiden Vertragsteilen ab Novembertermin 1917 halbjährig, und zwar für Mai, beziehungsweise November jedes Jahres aufgekündigt werden kann. (Angenommen.)

13. (11066.) **Gem.-Rat Schneider** referiert über das Stromlieferungsübereinkommen mit der Gemeinde Lajta-Ujfalu und stellt den Antrag:

Das vorgelegte, mit der Gemeinde Lajta-Ujfalu (Neufeld) getroffene Stromlieferungsübereinkommen wird genehmigt.

(Angenommen.)

14. (11018.) **Derselbe** referiert und stellt den Antrag:

Für die ersprießliche und besonders verdienstvolle Tätigkeit bei der Behandlung der Bau-Entwürfe der neuen Bahnanlagen zur Umleitung des Güterverkehres wird dem Stadtbau-Direktor Ingenieur Heinrich Goldemund der Dank und die vollste Anerkennung des Gemeinderates, dem Referenten Magistratsrat Dr. Josef Müller, dem Magistrats-Sekretär Dr. Hans Fastenbauer, dem Baurate Ingenieur Anton Kuchlbacher, dem Bau-Inspektor Ingenieur Richard Brabbée die vollste Anerkennung des Gemeinderates ausgesprochen.

(Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

* * *

(Richtigstellung.) Im Amtsblatte Nr. 94 auf Seite 2451, 1. Spalte, Zeile 1 bis 3 von unten hat es in der Rede des Gem.-Rates Josef Müller **richtig** zu heißen:

„In Meidling sind 1200 Schrebergärtner; ein Verein hat von der Firma Frankl vor dem Kriege Gründe um 520 K gepachtet."

Stadtrat.

Sitzungen des Stadtrates.

Donnerstag den 14. Dezember 1916, 10 Uhr vormittags.
Freitag den 15. Dezember 1916, 10 Uhr vormittags.

Allgemeine Nachrichten.

Zentralstelle der Fürsorge

für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich.

DLXXII. Spendenausweis.

	Monatliche Zahlungen für Ausspeisungszwecke, und zwar:		
27781.	Josi Becker	6 K — h	
27782.	Etelka Braun	24 „ — „	
27783.	Herma Detz	6 „ — „	
27784.	Hugo Schwitzer . . .	6 „ — „	42 K — h
27785.	Komitee „Schwarz-gelbes Kreuz" (öffentliche Ausspeisung)		50.000 „ — „
27786.	Mathilde Backhaus (für Ausspeisung pro November und Dezember) . . .		20 „ — „
27787.	Arbeiter- und Beamtenschaft der Firma Siemens & Halske pro Dezember 1916		642 „ 70 „
27788.	Albin Voglsang, k. k. Oberstleutnant, in Eggenburg		50 „ — „
27789.	Ober-Magistratsrat Dr. August Mayr freiwilliger Gehaltsabzug für Dezember 1916		10 „ — „
27790.	Wiener Wach- und Schließgesellschaft .		50 „ — „
	Freiwillige Gehaltsabzüge der städtischen Beamten, und zwar:		
27791.	Konzeptsbeamte der Mag.-Abt. III a . .	7 K — h	
27792.	Mag.-Abt. X	7 „ 50 „	
27793.	Mag.-Abt. XI a . .	8 „ 50 „	
27794.	Bezirksvorstehung Alsergrund	8 „ — „	
27795.	Magistratsrat Dr. Franz Fattinger . .	6 „ — „	
27796.	Magistratsrat Dr. Franz Jamöck . . .	6 „ — „	
27797.	Feuerwehr (Offiziere und Beamte)	37 „ — „	
27798.	Wasserbezugs-Revisorat	6 „ — „	
27799.	Kommunal-Sparkassa Rudolfsheim	68 „ 19 „	
27800.	Rosegger-Kindergarten	6 „ — „	160 „ 19 „
	Monatliche Zahlungen für Ausspeisungszwecke:		
27801.	Josef J. Bachmayr .	6 K — h	
27802.	G. Borckenstein & Sohn	60 „ — „	
27803.	Marie Calligaris . .	6 K — h	
27804.	Sid. Hoffmann . .	6 „ — „	
27805.	Hildegarde und Rosa Lueger	120 „ — „	
27806.	Anton Schima . . .	6 „ — „	
27807.	Dr. Arthur Schnitzler	90 „ — „	
27808.	Emmerich Szakato .	12 „ — „	
27809.	Karoline Marburg .	12 „ — „	
27810.	Hermine Mayer für Dezember, Jänner, Februar	18 „ — „	
27811.	Julius Mraczek für Oktober, November .	12 „ — „	
27812.	Christine Mraczek für Oktober, November .	12 „ — „	
27813.	Elise Raabe	10 „ — „	
27814.	Exz. Cecile Schreiber	12 „ — „	
27815.	Durchlaucht Fürstin Therese Schwarzenberg	60 K — h	
27816.	Durchlaucht Prinzessin Ida Schwarzenberg	6 „ — „	
27817.	Durchlaucht Prinzessin Josefine Schwarzenberg	6 „ — „	454 K — h
27818.	Frauen-Arbeits-Komitee für den XX. Bezirk, Spendensammlung		200 „ — „
	1prozentiger freiwilliger Gehaltsabzug von Lehrpersonen an städtischen Volks- und Bürgerschulen, und zwar:		
27819.	Bürgerschule f. Knaben III., Hainburgerstr. 40	17 K 38 h	
27820.	Bürgerschule f. Mädchen V., Castelligasse 25	48 „ — „	
27821.	Volksschule f. Knaben VI., Cornelius g. 6 .	25 „ — „	
27822.	Volksschule f. Knaben IX., D'Orsaygasse 8 .	24 „ 20 „	
27823.	Volksschule f. Mädchen IX., Marktgasse 2 . .	21 „ 45 „	
27824.	Volksschule für Mädchen IX., Hahng. 35	27 „ 15 „	
27825.	Bürgerschule f. Knaben IX., Glaserg. 8 . .	20 „ 76 „	
27826.	Bürgerschule f. Mädchen XVIII., Schopenhauerstraße 79 . . .	54 „ 10 „	
27827.	Volksschule f. Mädchen XVIII., Antonigasse 4	15 „ — „	
27828.	Volksschule f. Knaben XVIII., Schopenhauerstraße 66 . . .	14 „ — „	
		267 K 04 h	
	Hievon ab 25% für das „Rote Kreuz"	66 „ 76 „	200 „ 28 „

DLXXIII. Spendenausweis.

27829.	„Korpulus", Breslau	6 K 71 h	
27830.	Zweigverein Baden vom „Roten Kreuz", Sammlungsergebnis	31 „ 35 „	
27831.	Firma Hofherr, Schrantz, Clayton & Shuttleworth A.-G.	300 „ — „	
27832.	1prozent. freiwilliger Gehaltsabzug von Lehrpersonen an der Volksschule f. Knaben IX., Grünetorg. 9	25 K — h	
	Hievon ab 25 Prozent für das „Rote Kreuz"	6 „ 25 „	18 „ 75 „
	Freiwilliger Gehaltsabzug der Beamten und Angestellten des Wiener Stadtbauamtes (ohne Bezirks-Bauamts-Abteilg.), und zwar:		
27833.	Direktion	49 K — h	
27834.	Bau-Abteilung II der Zweiten Hochquellenleitung	16 „ — „	
27835.	Fach-Abt. Ia	9 „ — „	
27836.	„ „ IIa	20 „ — „	
27837.	„ „ IIb	10 „ — „	
27838.	„ „ IIc	13 „ — „	
27839.	„ „ IId	4 „ — „	
27840.	„ „ III	13 „ — „	
27841.	„ „ IVb	24 „ — „	
27842.	„ „ V	7 „ — „	
21843.	„ „ VI u. VII	24 „ 80 „	
27844.	„ „ VIIa	1 „ — „	
27845.	„ „ VIII	18 „ — „	
27846.	„ „ IXa	16 „ — „	
27847.	„ „ IXb	16 „ — „	
27848.	„ „ XI	15 „ — „	
27849.	„ „ XII	12 „ — „	
27850.	„ „ XIII	5 „ — „	
27851.	„ „ XIV	12 „ — „	284 „ 80 „
	Freiwillige Gehaltsabzüge von städtischen Beamten und Angestellten, und zwar:		
27852.	Magistratisches Bezirksamt V	20 K — h	
27853.	Magistratisches Bezirksamt XV	54 „ 50 „	
27854.	Magistratisches Bezirksamt XIX	19 „ — „	
27855.	Magistratisches Bezirksamt XXI	28 „ 50 „	
27856.	Lagerhaus	42 „ — „	
27857.	Forstverwaltung Mannswörth	6 „ — „	
27858.	Forstverwaltung Groß-Enzersdorf	7 „ 16 „	
27859.	Kindergarten, X., Laimäckergasse 18	8 K — h	
27860.	J. Bauer	1 „ — „	
27861.	Pauline u. Klementine Dobrucki	3 „ 60 „	189 K 76 h
	Monatsbeiträge für Ausspeisungszwecke, und zwar:		
27862.	Berger, Volk & Komp.	6 K — h	
27863.	Laura Biel	12 „ — „	
27864.	Marie Edle v. Bürkl	6 „ — „	
27865.	J. Ernst	12 „ — „	
27866.	Adolf Falkenstein	18 „ — „	
27867.	Dr. Siegmund Feitler	6 „ — „	
27868.	C. Fürth	6 „ — „	
27869.	Henriette v. Galatti	12 „ — „	
27870.	Therese Groß	6 „ — „	
27871.	Dr. Michael Gruber	15 „ — „	
27872.	Amos Häckl	6 „ — „	
27873.	Dr. Moritz Hellmann	120 „ — „	
27874.	Alois Hentschel	6 „ — „	
27875.	O. Kargl	6 „ — „	
27876.	Dozent Dr. Rud. Kaufmann	6 „ — „	
27877.	Therese Krause	6 „ — „	
27878.	L. Langer	6 „ — „	
27879.	Adele Leinkauf	10 „ — „	
27880.	Dr. Gustav Leipen	12 „ — „	
27881.	Julius u. Marie Löwe	12 „ — „	
27882.	Hermine Medinger	20 „ — „	
27883.	R. Netcke & Komp.	12 „ — „	
27884.	Klementine u. Emilie Nitsch	12 „ — „	
27885.	Dr. Peitler	6 „ — „	
27886.	Julius v. Petravic	12 „ — „	
27887.	Dr. Friedr. Pineles	12 „ — „	
27888.	Karl Pollack	10 „ — „	
27889.	Baronin Alexandra Pretis	100 „ — „	
27890.	Dr. Gustav Siegler	6 „ — „	
27891.	Eleonore Sochor	12 „ — „	
27892.	Ritter v. Schoen	12 „ — „	
27893.	Karoline Viditz	6 „ — „	509 „ — „
27894.	Dr. Karl Wanschura, für Ausspeisezwecke		40 „ — „
27895.	Dr. Adolf Wanschura, für Ausspeisezwecke		20 „ — „
27896.	Marie Wottawa, für Ausspeisezwecke		12 „ — „
27897.	Administrations- und Krankenkontroll-Personale der Wiener Bezirkskrankenkassa		250 „ — „
27898.	Arbeiterschaft der k. k. Tabakfabrik Wien-Ottakring (60. Spende)		185 „ 20 „
27899.	Angestellte der Medikamenten-Eigen-Regie; freiwillige Gehaltsabzüge für November 1916		26 „ 28 „

1prozentiger freiwilliger Gehaltsabzug von Lehrpersonen an den Schulen Wiens:

27900.	Volksschule f. Knaben IX., Galileigasse 5	12 K — h	
	Hievon ab 25 Prozent für das „Rote Kreuz"	3 „ — „	9 K — h

Monatliche Beiträge für Ausspeisungszwecke, und zwar:

27901.	Robert Baier	6 K — h	
27902.	Johanna Bindtner	6 „ — „	
27903.	Luise v. Blumauer	12 „ — „	
27904.	Leopoldine Braun	6 „ — „	
27905.	Hofrat M. Chalaupka v. Sternwall	6 „ — „	
27906.	Hedwig Czermak	12 „ — „	
27907.	Karoline Dichler	6 „ — „	
27908.	Don Paul Dittrich	10 „ — „	
27909.	Auguste Egger	12 „ — „	
27910.	Gisela Egger	6 „ — „	
27911.	Sophie Egger	12 „ — „	
27912.	Alice Baronin Enis	40 „ — „	
27913.	Maximilian F. Fechner	30 „ — „	
27914.	Dr. H. v. Frisch	10 „ — „	
27915.	Dr. Karl Fürth	12 „ — „	
27916.	Frau Prof. Rosa Haberda	6 „ — „	
27917.	S. v. Halle	6 „ — „	
27918.	Berta Hecht	6 „ — „	
27919.	Ministerialrat Dr. Emanuel Hellmann	6 „ — „	
27920.	Frau v. Hempel	6 „ — „	
27921.	Emil Hütter	24 „ — „	
27922.	Lina Jarocnicka	20 „ — „	
27923.	Berta Kohn	6 „ — „	
27924.	Franz Freiherr v. Krauß	20 „ — „	
27925.	Marie Kretz	60 „ — „	
27926.	Max Kruger (pro November und Dezember)	12 „ — „	
27927.	Emma Ledl	12 „ — „	
27928.	Emma Ledl	12 „ — „	
27929.	M. Mager	12 „ — „	
27930.	Heinrich Mandl & Komp.	6 „ — „	
27931.	Joh. u. Anna Marek	12 „ — „	
27932.	Baron u. Baronin Emil Parisini	20 „ — „	
27933.	Karl Pirringer	12 „ — „	
27934.	Mathilde Pochet	10 „ — „	
27935.	Josefine Pollak	12 „ — „	
27936.	Klara Pollak	10 „ — „	
27937.	Louise Pracher	6 „ — „	
27938.	Anna Brandstetter	6 „ — „	
27939.	Dr. Alfred Ritter v. Pranter	6 „ — „	
27940.	Stephan Quittner	60 K — h	
27941.	Dr. Berthold Reif	6 „ — „	
27942.	Dr. Gustav Rohn	40 „ — „	
27943.	Direktor Heinrich Rosenbaum	50 „ — „	
27944.	Anna Ruß	6 „ — „	
27945.	Matth. Salcher & Söhne	10 „ — „	
27946.	Therese Skutezky	6 „ — „	
27947.	August Schimann	6 „ — „	
27948.	Lucie Schwalb	6 „ — „	
27949.	Heinrich Steiden	10 „ — „	
27950.	Berta v. Trnkoczy	12 „ — „	
27951.	Hildegarde Wahlberg	12 „ — „	
27952.	Gräfin Elise Wilczek	6 „ — „	724 K — h
27953.	Baron Felix Oppenheimer, für Ausspeisezwecke pro Dezember 1916		500 „ — „
27954.	Freiwillige Beiträge des Personales des städtischen Kindergartens XXI., Kaiserin Elisabeth-Gasse 35		6 „ 12 „

1prozentige freiwillige Gehaltsabzüge von Lehrpersonen an den städtischen Volks- und Bürgerschulen, und zwar:

27955.	Volksschule f. Mädchen VI., Gumpendorferstraße 4	25 K — h	
27956.	Volksschule f. Mädchen VI., Kopernikusgasse 15	6 „ — „	
		31 K — h	
	Hievon ab 25 Prozent für das „Rote Kreuz"	7 „ 75 „	23 „ 25 „

Monatliche Beiträge für Ausspeisungszwecke, und zwar:

27957.	Antonia Bab	12 K — h	
27958.	Barber, Rosner, Dr. Czerkis	12 „ — „	
27959.	Rudolf Bisteghi	20 „ — „	
27960.	August Blumberg	6 „ — „	
27961.	Jenny Eißler	50 „ — „	
27962.	J. Feitler	60 „ — „	
27963.	Felbermayer & Komp.	100 „ — „	
27964.	Bella Fuchs	6 „ — „	
27965.	Frau Regierungsrat H. Gallia	30 „ — „	
27966.	F. Godina's Söhne	48 „ — „	
27967.	Dr. Max Götzl	6 „ — „	
27968.	Kahn-Hut & Komp.	6 „ — „	
27969.	Prof. Dr. Wilh. Knöpfelmacher	6 „ — „	
27970.	Karl Kohn	24 „ — „	
27971.	Sophie v. Lenz	6 „ — „	
27972.	Ottilie Leonhard	6 „ — „	
27973.	Klara und Elise Lichtenstern	6 „ — „	
27974.	Richard Mantler	12 „ — „	

27975.	Wilhelmine Mayer .	6 K — h	
27976.	Anna Mayer . . .	6 „ — „	
27977.	Anna Münch . . .	6 „ — „	
27978.	Marie Neßler . . .	6 „ — „	
27979.	Betti Prantner-Kaulla	6 „ — „	
27980.	Euphrosine Reitler .	6 „ — „	
27981.	Wilh. Saxl	90 „ — „	
27982.	Robert Simon . . .	12 „ — „	
27983.	Max Spitz und Marie Pollak	12 „ — „	
27984.	Szandicz, Lazar & Komp.	6 „ — „	
27985.	Regine Stern . . .	4 „ — „	
27986.	Ottilie Totz	6 „ — „	
27987.	Karl Truxa	6 „ — „	
27988.	G. v. Tschermak . .	6 „ — „	
27989.	Rosa v. Waldstein .	12 „ — „	
27990.	Dr. Max Wallerstein	6 „ — „	
27991.	Julius Weissert (pro November)	6 „ — „	
27992.	Julius Weissert (pro Dezember)	6 „ — „	
27993.	Elsa Wettendorf . .	6 „ — „	
27994.	Ernestine Wlach . .	12 „ — „	
27995.	Emily Wilhelm (September bis Dezember)	24 „ — „	
27996.	Wilhelmine Zehenthofer	6 „ — „	672 K — h

Für allgemeine und Ausspeisungszwecke durch Exzellenz Frau Berta Weiskirchner als Vorsitzende der Frauen-Hilfsaktion, und zwar:

27997.	Mizzi Olschbaur . .	23 K — h	
27998.	J. Eißler & Brüder .	400 „ — „	
27999.	Ignaz und Jakob Kuffner, A.-G. . . .	1.000 „ — „	
28000.	Anglo-österreichische Bank	3.000 „ — „	
28001.	Dr. Heinrich v. Miller-Aichholz	1.000 „ — „	
28002.	Gebrüder Böhler & Komp., A.-G. . . .	2.500 „ — „	
28003.	Baronin Helene Leitenberger	100 „ — „	
28004.	Karl Kugler	50 „ — „	
28005.	Gräfin Bubna . . .	50 „ — „	
28006.	Baronin Haynau (pro September u. Oktober)	36 „ — „	
28007.	W. A. Richter & Söhne	1.000 „ — „	
28008.	Versicherungs-Gesellschaft „Janus“ . . .	500 „ — „	
28009.	Adam und Josef Kunz	1.000 „ — „	
28010.	August Schopp . .	500 „ — „	
28011.	Präsident Julius Blum	500 „ — „	
28012.	Ella Gitis	6 „ — „	
28013.	Harry Samuel Dicker	20 K — h	
28014.	Dr. Maximilian R. Schneider v. Ernstheim	100 „ — „	
28015.	Firma M. J. Elsinger & Söhne	100 „ — „	
28016.	Beamtenschaft der Firma M. J. Elsinger & Söhne	80 „ — „	
28017.	Dr. Heinrich Krükl .	20 „ — „	
28018.	Residenzklub	1.000 „ — „	
28019.	Ungenanntsein wollender	5.000 „ — „	
28020.	Skoda-Werke, A.-G. .	50.000 „ — „	
28021.	Dr. Hans C. Zimmermann	18 „ — „	
28022.	Viktor v. Ephrussy .	200 „ — „	
28023.	Otto Suppancic . .	100 „ — „	
28024.	Österreichisch-ungarische Bank	115.000 „ — „	
28025.	A.-G. Ignaz und Jakob Kuffner	1.000 „ — „	
28026.	Österreichisch-ungarische optische Anstalt C. P. Goerz, G. m. b. H. .	50 „ — „	
28027.	Banken-Konsortium	1,000.000 „ — „	
28028.	Franz Josef Stiebitz	100 „ — „	
28029.	Dr. Ritter v. Skene	500 „ — „	
28030.	Dr. P. S.	500 „ — „	
28031.	F. Baumer	10 „ — „	
28032.	Baronin Jedina . .	100 „ — „	
28033.	Baronin Haynau .	18 „ — „	
28034.	Heinrich Kögler, als Erlös für Puppensandalen	34 „ — „	1,185.615 K — h

Gemeindevermittlungsämter.

Das Gemeindevermittlungsamt Ottakring wird im Monate Dezember 1916 am 20. und 29. Sühne- und Vergleichsverhandlungen vornehmen.

Beleuchtungs-Angelegenheiten.

Gasuntersuchungs-Ergebnisse.

Untersuchung des Gases im städtischen Gaswerke Leopoldau.

Die am 24. Oktober 1916 durchgeführte Untersuchung hat ergeben, daß das Gas der vom Deutschen Vereine der Gas- und Wasserfachmänner in der Versammlung in Frankfurt a. M. im Jahre 1909 festgesetzten Norm entspricht.

Wien, am 25. Oktober 1916.

Dr. Strache m. p.

a. o. Professor für Beleuchtungsindustrie, Leiter der Versuchsanstalt für Gasbeleuchtung an der technischen Hochschule in Wien.

Untersuchung des Gases im städtischen Gaswerke Leopoldau.

Die am 30. November 1916 durchgeführte Untersuchung hat ergeben, daß das Gas der vom Deutschen Vereine der Gas- und Wasserfachmänner in der Versammlung in Frankfurt a. M. im Jahre 1909 festgesetzten Norm entspricht.

Wien, am 30. November 1916.

Dr. Strache m. p.

a. o. Professor für Beleuchtungsindustrie, Leiter der Versuchsanstalt für Gasbeleuchtung an der k. k. technischen Hochschule in Wien.

Lebensmittelverkehr.

Borstenviehmarkt vom 5. und 7. Dezember 1916.

1. Auftrieb auf dem freien Markt.

Fleischschweine (Jungschweine) . . . . — Stück
Fettschweine . . . . . — „
Summe . — Stück

Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche — Stück.

Angekauft wurden:

für Wien . . . . . — Stück
für das Land . . . . . — „
unverkauft blieben . . . . — „

2. Preisbewegung.

(Preis 1 kg Lebendgewicht.)

Fleischschweine (Jungschweine):

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . . „ — „ — „

Fettschweine:

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . . „ — „ — „

Auf den dieswöchentlichen Borstenviemärkten fand kein Auftrieb statt.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 4. und 7. Dezember 1916.

1. Auftrieb bzw. Zufuhr.

Kälber lebend	—	Schafe lebend	2281
Kälber ausgeweidet .	1809	Schafe ausgeweidet . .	512
Lämmer lebend	40	Schweine ausgeweidet .	454
Lämmer ausgeweidet . .	3	Spanferkel	—

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . . „ — „ — „

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von 450 bis 480 h (extrem bis — h)
II. „ . . . . . „ 420 „ 440 „
III. „ . . . . . „ — „ 380 „

Lämmer lebend (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis 490 h (extrem bis — h)
II. „ . . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . . „ — „ — „

Lämmer ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis 600 h (extrem bis — h)
II. „ . . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . . „ — „ — „

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von 520 bis 650 h*) (extrem bis — h)
II. „ . . . . . „ 440 „ 500 „
III. „ . . . . . „ 300 „ 420 „

Fleischschweine ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis 780 h**) (extrem bis — h)
II. „ . . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . . „ — „ — „

Fettschweine ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis 780 h**) (extrem bis — h)
II. „ . . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . . „ — „ — „

Schafe lebend (per Paar):

I. Qualität . . . . von — bis — K (extrem bis — h)
II. „ . . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . . „ — „ — „

Schafe lebend (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . . „ — „ 380 „
III. „ . . . . . „ 180 „ 360 „

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 201 Stück Kälber weniger zugeführt als in der Vorwoche.

Auf dem Schafmarkte wurden um 364 Stück Schafe weniger aufgetrieben als in der Vorwoche.

Die Preise blieben im Vergleiche zur Vorwoche unverändert.

Bei lebhaftem Geschäftsverkehre wurden alle Kälberqualitäten, sowie Lämmer und ausgeweidete Schafe zu den vorwöchigen Preisen abgegeben.

Ausgeweidete Schweine wurden auf Basis der gesetzlichen Höchstpreise abgesetzt.

* * *

*) Einige Stücke besonderer Qualität wurden zu extrem hohen Preisen abverkauft.

**) Gesetzlicher Höchstpreis.

Pferdemarkt vom 7. Dezember 1916.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 279 Stück.

119 Gebrauchspferde, 160 Schlachtpferde.*)

Preis: für Gebrauchspferde . . . 900 bis 3600 K per Stück

„ Schlachtpferde . . . . 320 „ 700 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 6. Dezember 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	38 K	— h
Roggen	„ 100 „	31 „	— „
Braugerste . . .	„ 100 „	36 „	— „
Futtergerste . . .	„ 100 „	32 „	— „
Hafer	„ 100 „	30 „	— „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.)

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	— K	— h	per 100 kg
Backmehl	— „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	— „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	— „	— „	„ 100 „
Brotmehl (Weizenbrot- und Roggenmehl)	— „	— „	„ 100 „

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 9. Dezember 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	38 K	— h
Roggen	„ 100 „	31 „	— „
Braugerste . . .	„ 100 „	36 „	— „
Futtergerste . . .	„ 100 „	32 „	— „
Hafer	„ 100 „	30 „	— „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	— K	— h	per 100 kg
Backmehl	— „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	— „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	— „	— „	„ 100 „
Brotmehl (Weizenbrot- und Roggenmehl)	— „	— „	„ 100 „

*) Hievon ab 90 am Markte und 70 im Pferdeschlachthause.

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 11. Dezember 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	38 K	— h
Roggen	„ 100 „	31 „	— „
Braugerste . . .	„ 100 „	36 „	— „
Futtergerste . . .	„ 100 „	32 „	— „
Hafer	„ 100 „	30 „	— „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.)

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	— K	— h	per 100 kg
Backmehl	— „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	— „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	— „	— „	„ 100 „
Brotmehl Weizenbrot- und Roggenmehl)	— „	— „	„ 100 „

* * *

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 3. bis 9. Dezember 1916.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . .	178.677 kg	Und zwar aus:	
		Wien	94.481 kg
		dem sonst. Niederösterreich . .	7.104 „
		Oberösterreich	150 „
		Steiermark	2.714 „
		Böhmen	371 „
		Mähren	1.529 „
		Ungarn	21.645 „
		Deutschland	18.924 „
		Dänemark	31.809 „
Kalbfleisch . . .	210 kg	Und zwar aus:	
		Wien	154 kg
		Mähren	56 „
Schaffleisch . . .	272 kg	Und zwar aus:	
		Wien	189 kg
		Mähren	75 „
		Ungarn	8 „
Schweinefleisch .	28.479 kg	Und zwar aus:	
		Wien	14.978 kg
		dem sonst. Niederösterreich . .	288 „
		Oberösterreich	1.420 „
		Steiermark	511 „
		Böhmen	1.909 „
		Mähren	4.400 „
		Ungarn	3.978 „
		Kroatien	1.000 „

Kälber	600 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	261 St.
		dem sonst. Niederösterreich .	70 „
		Oberösterreich	113 „
		Salzburg	75 „
		Steiermark	5 „
		Mähren	73 „
		Ungarn	3 „
Schafe	3.092 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	1.981 St.
		dem sonst. Niederösterreich .	8 „
		Oberösterreich	81 „
		Steiermark	2 „
		Mähren	45 „
		Ungarn	975 „
Schweine . . .	994 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	80 St.
		dem sonst. Niederösterreich .	70 „
		Oberösterreich	173 „
		Steiermark	13 „
		Böhmen	2 „
		Mähren	374 „
		Ungarn	223 „
		Bosnien	59 „
Lämmer . . .	108 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	2 St.
		dem sonst. Niederösterreich .	2 „
		Oberösterreich	10 „
		Steiermark	93 „
		Mähren	1 „

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	Siedfleisch	von K	5·80	bis	8·70	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ „	—·—	„	— —	„ „
Kalbfleisch		„ „	5·60	„	6·60	„ „
Lammfleisch		„ „	—·—	„	7·10	„ „
Schweinefleisch		„ „	7·80	„	8·60	„ „
Kälber		„ „	4·40	„	4·90	„ „
Schafe		„ „	3·—	„	6·60	„ „
Schweine		„ „	—·—	„	7·80	„ „
Lämmer		„ „	4·40	„	5·50	„ „
Kitze		„ „	—·—	„	—·—	„ „

Per Bahn langten ein 60 Waggons mit 139·6 t.

Die Zufuhren waren geringer als in der Vorwoche.

Bei anhaltend regem Marktverkehr konzentrierte sich der Absatz vornehmlich auf Kalb- und Schaffleischsorten, dagegen blieb Rindfleisch, insbesondere in mittleren und minderen Sorten vernachlässigt. Schweinefleisch mangelte fühlbar.

In Übereinstimmung mit der Tendenz auf den dieswöchigen Märkten in St. Marx blieb die Preislage im wesentlichen vorwöchentlich unverändert, nur Rind- und Schaffleischsorten gingen zumeist unter den amtlichen Preisen ab. In letzteren trat jedoch gegen Wochenende eine merkliche Preiserholung ein.

Für Kälber und Kalbfleisch notierten die neuen gesetzlich festgesetzten Preisansätze und wurden dieselben auch voll ausgenützt.

Sonstiges Rindfleisch notierte zu unveränderten Vorwochenpreisen.

Von der Ersten Wiener Großschlächterei-Aktiengesellschaft wurden 9993 kg Rindfleisch und 96 Stück Schweine zugeführt.

Schlachtviehmarkt vom 11. Dezember 1916.

(Einschließlich des Kontumazmarktes vom 9. Dezember 1916.)

1. Gesamtauftrieb: 1618 Stück, und zwar:

Mastvieh	703 Stück
Weidevieh	— „
Beinlvieh	915 „
Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche . .	99 „

Dieser Gesamtauftrieb zerfällt in:

Ochsen	840 Stück	Kühe	618 Stück
Stiere	151 „	Büffel	— „

Provenienz des Gesamtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone	— Stück
„ Galizien und der Bukowina	— „
„ dem sonstigen Österreich	830 „
„ Serbien	788 „

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebensgewicht.

Aus und über Ungarn graue Ochsen:

I. Qualität . .	von	—	bis	— K	(extrem bis — K)
II. „ . .	„	—	„	— „	
III. „ . .	„	—	„	— „	

Färbige Ochsen aus und über Ungarn:

Ochsen I. Qualität . .	von	—	bis	— K	(extrem bis — K)
„ II. „ . .	„	—	„	— „	
„ III. „ . .	„	—	„	— „	

Ochsen aus anderen Ländern:

I. Qualität . .	von	—	bis	440 K*)	(extrem bis — K)
II. „ . .	„	370	„	400 „	
III. „ . .	„	—	„	360 „	

Stiere I. Qualität . .	von	—	bis	410 K*)	(extrem bis — K)
„ II. „ . .	„	—	„	370 „	
„ III. „ . .	„	320	„	330 „	

Kühe I. Qualität . .	von	380	bis	410 K*)	(extrem bis — K)
„ II. „ . .	„	335	„	370 „	
„ III. „ . .	„	315	„	330 „	

Aus und über Galizien:

Weidevieh	von	—	bis	— K	(extrem bis — K)
Büffel	„	—	„	— „	(„ „ — „)
Beinlvieh	„	230	„	335 „	(„ „ — „)

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien	— Stück
„ „ „ auswärts	— „
Unverkauft blieben	— „

Außer dem Markte, jedoch mit Berührung desselben, wurden in der Woche vom 3. bis 9. Dezember 1916 für Wien angekauft . . . . . 2309 Stück.

*) Einige Stücke besonderer Qualität wurden zu extrem hohen Preisen verkauft.

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 29 Stück weniger aufgetrieben.

Alle Rinderqualitäten und -Gattungen wurden zu unveränderten Vorwochenpreisen abgegeben.

Baubewegung

vom 8. bis 11. Dezember 1916.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Umbauten.

X. Bezirk: Bauabänderungen, Laxenburgerstraße 109, von Josef Franck, ebenda (51663, 51664).

Zubauten.

X. Bezirk: Stockwerksaufsetzungen, Eugengasse 65, von Karl Schultz, ebenda, Bauführer Eduard Frauenfeld & Berghof (51162).

Adaptierungen.

I. Bezirk: Reichsratsstraße 5, von Dr. Ernst Marbach's Erben, Bauführer J. Kotschi (3882).

II. Bezirk: Taborstraße 8a, von Edgar v. Felsenberg, Bauführer N. Nella & Neffe (3879).

VIII. Bezirk: Tigergasse 27, von Leo Hollenberg, Bauführer Kliment & Hava (3881).

Diverse geringere Bauten.

II. Bezirk: Waschküche, Trabrennplatz Administrationsgebäude, Erster Wiener Trabrennverein, I., Nibelungengasse 3 (3887).

" " Aufzug, Schiffamtsgasse 5, von Christoph Markl (3889).

III. Bezirk: Herstellung, Erdbergerlände 28b, von G. Roth A.-G., Rennweg 50, von Ludwig Gussenbauer & Sohn (3897).

VI. Bezirk: Feuermauerdurchbruch, Grabnergasse 12/14, von Alfred Schwarz (3896).

X. Bezirk: Schuppen, Inzersdorf-Stadt, Kat.-Parz. 847/66, 68 Grundb.-Einl.-Z. 191, von der Wiener Karosserie-Fabrik W. Guttmann, Laxenburgerstraße 131 bis 135, Bauführer Friedrich J. Mahler (51508).

" " Schuppen, Sonnwendgasse 13, von der Groß-Einkaufsstelle für österreichische Konsumvereine G. m. b. H. (52686).

XX. Bezirk: Hofüberdeckung, Gießmanngasse 8, von A. Froß-Büssing, Nordbahnstraße 53 (3886).

Renovierungen mittels Hängegerüsten, Leitern ꝛc.

X. Bezirk: Quellenstraße 173, von Johann Kloiber (51441).

Demolierungsanzeigen.

X. Bezirk: Inzersdorf-Stadt, Konstr.-Nr. 146 f, von der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, I., Karlsplatz 1, (52552).

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

10. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Zuschmann Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVI., Elterleinplatz 7.

Kahane Abraham — Handel mit Tuchabfällen und Manufakturwaren — XX., Wallensteinstraße 54.

Felzmann Adele — Fleisch-Verschleiß und Handel mit Innerei — XIII., Hietzinger Hauptstraße 151.

Dadak Katharina — Gast- und Schankgewerbe — VI., Theobaldgasse 15.

Kürschner Hermine — Fabriksmäßige Erzeugung von militärischen Ausrüstungsgegenständen — XX., Streffleurgasse 25.

Felix Neuberger & Sohn — Holzhandel en gros — VI., Dreihufeisengasse 3.

Löwi v. Kaswin Baruch Bendet — Manufakturwarenhandel — I., Gonzagagasse 21.

Waldstein Friedrich — Handelsagentur — IX., Türkenstraße 8.

Jellinek Moritz — Handel mit Schuhwaren, Schreib-, Zeichenrequisiten, Bijouterie- und Nadlerwaren, Kurz- und Wirkwaren, Toilettegegenständen und Spielwaren — XVI., Ottakringerstraße 138.

Heißler Viktor, Inhaber der Firma: Effenberger & Heißler — Handel mit Uhren, Gold- und Silberwaren und einschlägigen Artikeln — IV., Margaretenstraße 8.

Milch Leopold — Gemischtwarenhandel im Großen — III., Marxergasse 7.

Herbst Bernhard — Handelsagentur — III., Landstraßer Hauptstraße 33.

Binder Franz — Kaffeesiedergewerbe — I., Wildbretmarkt 7.

Pförtner Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Eisnergasse 5.

Raschker Emilie — Wäschewaren-Erzeugung — XV., Grundsteingasse 50.

Ulm Ludmilla — Kaffeeschenkergewerbe — IV., Alleegasse 58.

Müller Paula — Kaffeeschenkergewerbe — IV., Waaggasse 19.

Hein Rosa — Kaffeeschenkergewerbe — I., Fleischmarkt 6 a.

Svecenski Max — Handelsagentur — XVI., Yppengasse 4.

Eder Theresia — Marktfahrergewerbe — XVI., Kirchstetterngasse 5.

Kahles Anna, Alleininhaber der Firma: Karl Kahles — Optikergewerbe (Filiale) — VI., Gumpendorferstraße 33.

Wittenberg Leopold, Alleininhaber der Firma: L. Wittenberg — Schuhmachergewerbe (Filiale) — I., Ballgasse 6.

Kahles Anna, Alleininhaber der Firma: Karl Kahles — Mechanikergewerbe (Filiale) — VI., Gumpendorferstraße 33.

* * *

11. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Hornschall Franziska — Viktualien-Verschleiß — XX., Marchfeldstraße 15.

Konecny Leodoldine — Handel mit alten und neuen Tuchabfällen — XX., Allerheiligenplatz 16.

Diamant Regine — Geflügelhandel — II., Rauscherstraße 8.

Herschdörfer Breindl — Handel mit Hadern und Tuchabfällen — XX., Salzachstraße 11.

Glaser Josef — Handel mit alten und neuen Säcken — XX., Klosterneuburgerstraße 32.

Matzel Karl — Handelsagentur — XX., Marchfeldstraße 13.

Kleedorfer Leopold — Kleinfuhrwerksgewerbe — XX., Stromstraße 69.

Basser Jakob Josef — Handelsagentur — XX., Jägerstraße 24.

Grünwald Albrecht — Maschinenfabrik — XX., Denisgasse 7.

Herrmann David — Handel mit alten und neuen Tuchabfällen — XX., Bäuerlegasse 26.

Rosinek Friedrich — Kaffeeschenkergewerbe — XX., Allerheiligenplatz 3.

Krillig Benzin — Handel mit Hadern, alten und neuen Tuchabfällen — XX., Karojangasse 27.

Robitschek Emil — Handel mit Spirituosen und Wein — XX., Mathildengasse 1.

Katz Leib — Handel mit Schuhwaren en gros und en detail — XX. Denisgasse 18.

Rubinstein Malke Lea — Manufakturwaren-Verschleiß — I., Salzgries 21.

Kron Irene — Handel mit Wohnungs- und Bureaueinrichtungsgegenständen — I., Rauhensteingasse 10.

Wegenberger Josefine — Handelsagentur — V., Margaretengürtel 60.

Tomandl Sophie — Damenkleidermachergewerbe — V., Kettenbrückengasse 17.

Bermann Käthe — Handel mit Pelzwaren — V., Große Schiffgasse 21.

Zivota Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Sautergasse 37.

Stadler Anna — Fleisch-Verschleiß — III., Großmarkthalle.

Capano Jalques Ovadia — Gemischtwarenhandel im Großen — I., Kärntnerring 9.

Jungerwirth Saul Sender — Handelsagentie — V., Anzengrubergasse 24.

Kaspar Leopold — Handel mit Einrichtungsgegenständen — V., Kettenbrückengasse 11.

Kunisch Heinrich — Ambroidplatten-Erzeugung — V., Hundsturmplatz 3.

Offene Handelsgesellschaft Viktor Holczabek — Handel mit Maschinen und Bestandteilen — V., Hartmanngasse 14.

Offene Handelsgesellschaft Viktor Holczabek — Erzeugung von Isoliermaterial für Wärmeleitungen — V., Hartmanngasse 14.

Petas Josef — Damenkleidermachergewerbe — V., Schönbrunnerstraße 165.
Weiler Viktor — Gänse-Verschleiß — VIII., Josefstädterstraße 62.
Fischer Bernhard — Sauerkräutler — VIII., Feldgasse 19.
Kirschner Franz — Handel mit Naturblumen — VIII., Piaristengasse 46.
„Jehag," Import und Export, Ges. m. b. H. — Handel und Kommissionshandel mit Gemischtwaren im Großen — II., Karmeliterplatz 1.
Rumler Franz — Fleisch-Verschleiß — II., Nordwestbahnstraße 15.
Infeld R. — Schuhwarenhandel — II., Ferdinandstraße 27.
Reiner Moses — Handel mit Tuch- und Wollabfällen — XVI., Haberlgasse 48.
Frech August sen. — Handel mit Kleidern, Modewaren und Kinderpuppen — XI., Simmeringer Hauptstraße 97.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Gemeinderat:

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 5. Dezember 1916.

Inhalt:

Mitteilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigungen wegen Fernbleibens 2561
2. Dank Sr. Majestät des Kaisers für die Trauerkundgebungen des Gemeinderates und des k. k. Bezirksschulrates anläßlich des Ablebens Sr. Majestät des Kaisers Franz Josef I. 2561
3. Bericht über den Empfang der Huldigungsabordnung des Gemeinderates seitens Ihrer Majestäten Kaiser Karl I. und Kaiserin Zita 2561
4. Bericht über die anläßlich der Thronbesteigung Sr. Majestät Kaiser Karl's I. vom Stadtrate gefaßten Beschlüsse 2561
5. Dank des Fürsorge-Komitees des „Roten Kreuzes" für Kriegsgefangene für die von der Gemeinde Wien den auf der Insel Man internierte Wienern gewidmeten Spende 2562
6. Eingelangte Spenden 2562

Anfragen:

7. Gem.-Rat Spalowsky: Zuwendung höherer Kriegszulagen an die Fixbesoldeten der Gemeinde 2562
8. Gem.-Rat Hohensinner: Dieselbe Angelegenheit 2562
9. Gem.-Rat Bretschneider: Errichtung von Kriegsküchen in Floridsdorf 2562
10. Gem.-Rat Hohensinner: Erwirkung von Urlauben für die eingerückten Wiener Gewerbetreibenden zur Führung des Weihnachtsgeschäftes 2563
11. Gem.-Rat Kunschak: Bereitstellung größerer Mengen von Tabak, Zigarren und Zigaretten für den Verkauf zur Weihnachtszeit 2563
12. Gem.-Rat Skaret: Maßnahmen gegen das Anschwellen der Detailfleischpreise 2563
13. Gem.-Rat Dr. Neumayer: Kartoffelvorräte der Gemeinde Beinhöfen 2564
14. Gem.-Rat Steiner: Gerüchte über eine bevorstehende Einschränkung der Gasabgabe 2564

Antrag:

15. Gem.-Rat Rummelhardt: Subventionierung des Hilfsvereines für Lehrmädchen und jugendliche Arbeiterinnen, VI., Gumpendorferstraße 139 2564

Berichte:

16. Vize-Bürgermeister Hoß: Weitere Ausdehnung des Beschlusses, betreffend die Stundung der Rückzahlung von Gehaltsvorschüssen bis 1. Jänner 1918 2564
17. Gem.-Rat Dr. Haas: Bewilligung von Zuschußkrediten für das Kaiserjubiläums-Spital der Stadt Wien 2564
18. Derselbe: Verein Distriktskrankenpflege (Hauspflege) in Wien um Subvention für das Jahr 1916 2567
19. Derselbe: Projekt für eine Heiz- und Warmwasserbereitungsanlage, sowie Vergrößerung des Brennstoffkellers im Pavillon II des Wiener Versorgungsheimes 2567
20. Vize-Bürgermeister Rain: Abänderung des Beschlusses, betreffend das Übereinkommen mit der Kabelfabriks- und Drahtindustrie-Aktiengesellschaft bezüglich der Arrondierung der Liegenschaft Einl.-Z. 206 Altmannsdorf 2568
21. Derselbe: Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof, betreffend den Transportkostenrückersatz für die Heimbeförderung des Johann Biener 2568
22. Gem.-Rat Knoll: Anbot des Rudolf und der Magdalena Reichl auf Verkauf der Kat.-Parz. 922 in Stammersdorf an die Gemeinde Wien 2568
23. Gem.-Rat Poyer: Verein der „Kinderfreunde" im XIII. Bezirke, Breitensee, um Übernahme der Kinderbewahranstalt und Arbeitsschule „Elisabethinum" in das Eigentum der Gemeinde Wien 2569
24. Gem.-Rat Schneider: Projekt für die Verlängerung der Straßenbahnlinie in der Laudongasse 2570
25. Vize-Bürgermeister Rain: Bericht über das Kartoffelgeschäft der Gemeinde Wien 2571

Beschluß-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates vom 5. Dezember 1916.

Inhalt:

1. Vize-Bürgermeister Hierhammer: Verleihung des Titels „Inspektor" an den Liquidatar der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien Franz Schadek 2594
2. Derselbe: Titelverleihung für Beamte der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien 2594
3. Vize-Bürgermeister Hoß: Antonia Siegmund, Straßenarbeiterswitwe, um Gnadengabe 2594
4. Derselbe: Ansuchen eines städtischen Beamten um Gehaltsvorschuß 2594
5. Derselbe: Cäcilia Pehofer, Forstarbeiterswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe 2594
6. Derselbe: Barbara Rudnai, Heizergehilfenswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe 2594
7. Derselbe: Ansuchen eines städtischen Beamten um Gehaltsvorschuß 2594
8. Derselbe: Ansuchen eines städtischen Beamten um Gehaltsvorschuß 2594
9. Derselbe: Verleihung des Titels „Vize-Direktor des historischen Museums der Stadt Wien", beziehungsweise „Vize-Direktor der Stadtbibliothek" und Zuerkennung einer Funktionszulage an die Kustoden der städtischen Sammlungen Dr. Wilhelm Englmann und Ludwig Böck 2594
10. Vize-Bürgermeister Rain: Marie Sipos, Wagenputzerin, um Gnadengabe 2595
11. Gem.-Rat Dr. Mataja: Übertragung des Hauses II., Untere Augartenstraße 9, an die Gemeinde Wien durch Franz Hochedlinger 2595
12. Derselbe: Vertragsverlängerung mit der Firma Ranschburg & Gofdstein, Wien, bezüglich der Räume im städtischen Hause II., Kleine Sperlgasse 10 2595
13. Gem.-Rat Schneider: Stromlieferungs-Übereinkommen mit der Gemeinde Lajta-Ujfalu 2595
14. Derselbe: Ausspruch von Dank und Anerkennung an mehrere städtische Beamte für die verdienstvolle Tätigkeit bei der Behandlung der Bau-Entwürfe der neuen Bahnanlagen zur Umleitung des Güterverkehres 2595

Richtigstellung 2595
Stadtrat:
Sitzungen des Stadtrates 2596
Allgemeine Nachrichten:
Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich 2596
Gemeindevermittlungsämter 2599
Beleuchtungs-Angelegenheiten:
Gasuntersuchungsergebnisse 2599
Lebensmittelverkehr:
Borstenviehmarkt vom 5. und 7. Dezember 1916 2600
Jung- und Stechviehmarkt vom 4. und 7. Dezember 1916 2600
Pferdemarkt vom 7. Dezember 1916 2601
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 6. Dezember 1916 2601
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 9. Dezember 1916 2601
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 11. Dezember 1916 2601
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 3. bis 9. Dezember 1916 2601
Schlachtviehmarkt vom 11. Dezember 1916 2602
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 8. bis 11. Dezember 1916 . . . 2603
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 2603
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Bittener Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm J. B. Wallishausser.

Arbeiten und Lieferungen.

Vorbemerkung zu folgenden Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1916

Tag und Stunde der Verhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
13. Dez. 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, IV. Stiege, Mezzanin)	1062	Neubau eines Hauptunratskanales in der Haidestraße von der I. Haidequerstraße bis zur neuen k. u. k. Automörsergarage im XI. Bezirke.	**Erd- und Baumeisterarbeiten** (einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel) .	18.176 K 83 h Vorbemerkung: Profile, Kostenanschläge und Bedingnisse sind im Stadtbauamte, Fach Abteilung III, Neues Rathaus, Mezzanin, einzusehen. 2—2

M. Abt. X, 9496.

Kundmachung.

(Ober-St. Veiter Friedhof. — Wiederbelegung heimgefallener eigener Gräber.)

Vom 1. März 1917 an werden heimgefallene eigene Gräber der Gruppen A, B, C, D, E und F des Ober-St. Veiter Friedhofes wiederbelegt.

Das Verzeichnis dieser Gräber kann in der Konskriptionsamts-Abteilung des magistratischen Bezirksamtes für den XIII. Bezirk und beim Totengräber eingesehen werden.

Parteien, denen das Benützungsrecht an den Grabstellen zustand, können vor dem 1. März 1917 um die abermalige Überlassung der Grabstelle bei dem Wiener Magistrate, Abteilung X (I., Neues Rathaus), oder bei dem magistratischen Bezirksamte für den XIII. Bezirk schriftlich einschreiten.

Verspätet überreichte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Leichenaushebungen aus diesen Grabstellen sind nur vor deren Wiederbelegung zulässig.

Die bezüglichen Gesuche sind vor dem 1. März 1917 bei dem Wiener Magistrate, Abteilung X, einzubringen.

Vom 1. März 1917 an werden die Grabsteine und Kreuze nach Erfordernis von den Grabstellen auf Kosten und Gefahr der Eigentümer entfernt und an geeigneter Stelle im Friedhofe hinterlegt.

Sie werden denjenigen Parteien, welche binnen Jahresfrist ihr Eigentum entsprechend dartun, ausgefolgt. Über den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung X,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 17. November 1916. 3—3

K. k. n.-ö. Statth.-Z. X-1310.

Kundmachung.

(Beschränkung der Schiffahrt in der Donaustrecke nächst Zwentendorf von km 46—47 oberhalb Wien.)

In der Donaustrecke von km 46—47 oberhalb Wien wurde mit der Ausführung von Niedrigwasserbauten begonnen.

Da die Anlage von einzelnen daselbst geplanten Grundschwellen eine teilweise Schiffahrtsbeschränkung bedingt, wird hiemit Nachstehendes verfügt:

In der Stromstrecke von km 46—47 oberhalb Wien ist die Schiffahrt am 8., 11., 13. und 15. Dezember 1916 von Sonnenaufgang bis 3 Uhr nachmittags für alle Gattungen von Fahrzeugen gesperrt. An den genannten Tagen wird das zur Ausführung der Bauten in der Stromrinne verankerte Standschiff ab 3 Uhr jeweils zu Land gestellt und die Schiffahrt freigegeben werden.

Den talwärts fahrenden Schiffen wird oberhalb der Arbeitsstelle bei km 51 am linken Ufer den bergwärts fahrenden Schiffen bei km 46 am rechten Ufer durch Aufziehen einer roten Signalfahne der Eintritt der Sperre bekanntgegeben.

Das Passieren der Arbeitsstelle innerhalb der oben ausgeführten Zeit, beziehungsweise so lange die Fahnen aufgezogen sind, ist strenge verboten.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei. 1—1

Wien, am 24. November 1916.

M. Abt. XVI, 43861.

Kundmachung.

(Anzeige und Klassifikation der Pferde und Anzeige der Fuhrwerke.)

A. Anzeige der Pferde.

Im Sinne des § 4 des Gesetzes vom 21. Dezember 1912, R.-G.-Bl. Nr. 235, findet für den Aushebungsbezirk Wien (I. bis XXI. Gemeindebezirk) in den ersten Monaten des Jahres 1917 die Pferdeklassifikation statt, deren Termine später verlautbart werden.

Zu diesem Behufe werden die Pferdebesitzer aufgefordert, innerhalb der Frist vom 10. bis einschließlich 20. Dezember 1916 die Zahl und Gattung ihrer Pferde (Maultiere, Maulesel und Esel), sowie die Zahl der zugehörigen Tragtierausrüstungen dem magistratischen Bezirksamte des Standortes anzuzeigen.

Hiezu dienen die von den magistratischen Bezirksämtern in die Häuser des Wiener Gemeindegebietes zugestellten Anzeigezettel, welche am 21. Dezember 1916 in den Häusern abgesammelt werden.

In Rubrik 1 und 2 des Anzeigezettels ist außer Vor- und Zuname und Wohnort noch die Beschäftigung, ferner in der letzten Rubrik des Anzeigezettels der Standort (die Stallung) der Pferde genau anzuführen.

Änderungen im Stande der Pferde (Maultiere, Maulesel und Esel), die sich in der Zeit von der Anzeige bis zur Klassifikation ergeben, sind dem magistratischen Bezirksamte des Standortes der Pferde sofort mündlich oder schriftlich anzuzeigen.

Von der Anzeige sind ausgenommen:

a) Die zur Hofhaltung Sr. Majestät und der Mitglieder des kaiserlichen Hauses gehörigen Pferde und Tragtierausrüstungen;

b) die zum persönlichen Gebrauche des regierenden Fürsten von und zu Liechtenstein im Majoratshause zu Wien und im Schlosse zu Eisgrub in Mähren gehörigen Pferde und Tragtierausrüstungen;

c) die zum persönlichen Gebrauche bestimmten Pferde und Tragtierausrüstungen jener Personen, die im Sinne des internationalen Rechtes Exterritorialitätsrechte genießen;

d) die Zucht- und Wirtschaftspferde der Hofgestüte;

e) die ärarischen Pferde und Tragtierausrüstungen, dann so viele Pferde der aktiven Offiziere, als diese zur Versehung ihres Dienstes zu halten verpflichtet sind.

Von der seinerzeitigen Vorführung vor der Klassifikations-Kommission sind nebst den unter a) bis e) bezeichneten Pferde noch befreit:

1. So viele Pferde der nichtaktiven Angehörigen der bewaffneten Macht, als sie im Mobilisierungsfalle zu halten verpflichtet sind;

2. die zur Beförderung der Post unbedingt erforderlichen Pferde;

3. die für die Seelsorger, Ärzte und Tierärzte zur Ausübung ihres Berufes auf dem Lande unbedingt erforderlichen, jedoch höchstens je zwei Pferde;

4. die für Polizei- und Sanitätszwecke, sowie für die Feuerwehren unbedingt erforderlichen Pferde;

5. die zu Zuchtzwecken in Privatgestüten dauernd verwendeten Hengste und Stuten;

6. die lizenzierten Privathengste;

7. alle ausschließlich und dauernd zu Rennzwecken gehaltenen Pferde;

8. jene Pferde, welche in Bergwerken dauernd unter Tag arbeiten;

9. die Pferde, die krankheitshalber oder wegen Gefahr der Verschleppung einer Seuche nicht aus dem Stalle gebracht werden können oder dürfen;

10. jene Pferde, welche im Jahre der Klassifikation, also bis Ende 1917, das 4. Lebensjahr noch nicht vollenden;

11. hochträchtige Stuten, sowie Stuten mit Saugfohlen während einer sechswöchigen Saugzeit;

12. die Pferde mit nachbenannten, die offenbare und dauernde Unbrauchbarkeit für jeden Kriegsdienst begründenden Gebrechen: Rehhuf, Schale (Knochenneubildung um ein Gelenk) und Hufkrebs, wenn diese Gebrechen ein sichtliches und bleibendes Lahmgehen zur Folge haben, ferner Blindheit auf beiden Augen, Dummkoller und hochgradiger Dampf; endlich

13. die bei einer früheren Klassifikation im selben Aushebungsbezirke „gänzlich untauglich" klassifizierten Pferde.

Die bezüglichen Befreiungsansprüche sind gleichzeitig mit der Anzeige geltend zu machen und nachzuweisen.

Auskünfte über die Geltendmachung der vorgeschriebenen Nachweise werden im Einquartierungsamte an Wochentagen in der Zeit von 10 bis 12 Uhr vormittags erteilt.

B. Anzeige der Fuhrwerke.

Innerhalb der unter A angegebenen Frist haben gemäß § 15 des eingangs bezogenen Gesetzes die Fuhrwerksbesitzer die Zahl und Gattung ihrer für den animalischen (Pferde-, Rinder-, Büffel-, Hunde-) Zug bestimmten Fuhrwerke dem magistratischen Bezirksamte des Standortes auf die unter A bezeichnete Art und, wenn sie zugleich Pferdebesitzer sind, unter Verwendung desselben Anzeigezettels wie für die Pferde anzuzeigen.

Die Fuhrwerksbesitzer sind gleichfalls verpflichtet, in Rubrik 1 und 2 des Anzeigezettels nebst Vor- und Zunamen und Wohnort auch noch die Beschäftigung, ferner in der letzten Rubrik des Anzeigezettels den Standort der Fuhrwerke genau anzuführen.

Änderungen im Stande der Fuhrwerke, die sich in der Zeit von der Anzeige bis zur Klassifikation ergeben, sind gleichfalls dem magistratischen Bezirksamte des Standortes der Fuhrwerke sofort mündlich oder schriftlich anzuzeigen.

Für die Ausnahmen von der Anzeige gelten sinngemäß die unter A a bis e angeführten Befreiungsgründe, welche im Falle einer Transportmittelaufbietung gleichfalls die Befreiung von der Überlassung der Fuhrwerke an den Staat begründen.

Von dieser Überlassung sind überdies ausgenommen:

1. So viele Fuhrwerke der nicht aktiven Angehörigen der bewaffneten Macht, als sie im Mobilisierungsfalle zu halten verpflichtet sind;

2. die zur Beförderung der Post unbedingt erforderlichen Fuhrwerke;

3. die für die Seelsorger, Ärzte und Tierärzte zur Ausübung ihres Berufes auf dem Lande unbedingt erforderlichen Fuhrwerke, und zwar nicht mehr als je ein Fuhrwerk; schließlich

4. die für Polizei- und Sanitätszwecke, sowie für die Feuerwehren unbedingt erforderlichen Fuhrwerke.

Die bezüglichen Befreiungsansprüche sind gleichzeitig mit der Anzeige geltend zu machen und nachzuweisen.

Auskünfte über die Geltendmachung der vorgeschriebenen Nachweise werden im Einquartierungsamte an Wochentagen in der Zeit von 10 bis 12 Uhr vormittags erteilt.

Die Besitzer von Pferden und Fuhrwerken, die der gesetzlichen Verpflichtung zur Anzeige der Pferde, Tragtierausrüstungen und Fuhrwerke nicht nachkommen, werden mit Geldstrafen bis 200 K — bei Uneinbringlichkeit der Geldstrafe mit einer Arreststrafe bis zum Höchstausmaße von einem Monate — belegt.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
als politischer Behörde I. Instanz,
im Dezember 1916. 1—1

M. Abt. XIII, 5947/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Dr. Karl Lueger-Stiftung.

Im Laufe eines jeden Jahres gelangen die verfügbaren Interessen der Dr. Karl Lueger-Stiftung zur Verteilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben hilfsbedürftige christliche Wiener Kleingewerbetreibende, **welche ihr Gewerbe noch betreiben,** ferner hilfsbedürftige christliche Arbeiter christlicher Wiener Kleingewerbetreibender, **welche noch in Arbeit stehen,** endlich Witwen und Waisen der Genannten.

Die Auszahlung der verliehenen Beträge ist an einen bestimmten Tag nicht gebunden und erfolgt die Zuwendung der Stiftung nach Maßgabe des Stiftungserträgnisses, so oft stiftbrieflich geeignete Bewerber vorhanden sind.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Taufschein, allenfalls auch den Trauschein und die Taufzettel der Kinder, ferner den Heimatschein, den Gewerbeschein oder das Konzessions-Dekret, den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer, beziehungsweise den Nachweis des Arbeitsverhältnisses (Arbeitsbestätigung des derzeitigen Arbeitgebers) und den Impfungsnachweis aus den letzten 6 Jahren, Witwen und Waisen außerdem den Totenschein des Gatten, beziehungsweise der Eltern und den Nachweis beizulegen, daß ihr verstorbener Gatte, beziehungsweise ihre Eltern ein selbständiges Gewerbe betrieben haben oder bei einem christlichen Wiener Kleingewerbetreibenden in Arbeit gestanden sind.

Die in solcher Weise belegten Gesuche können jederzeit in der Magistrats-Abteilung XIII (I., Neues Rathaus, 2. Stock) überreicht werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 24. Oktober 1916.

M. Abt. XIII, 6586/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef Kopetzky'sche Stiftung
für einen Kanzlisten oder Diurnisten des Wiener Magistrates.

Verliehen wird: Ein Betrag von 80 K als Kurkostenbeitrag oder als Unterstützung für den Fall der Rekonvaleszenz.

Zur Bewerbung sind berufen: Kanzlisten und Diurnisten des Wiener Magistrates.

Dem Gesuche sind beizulegen: Eine armenärztliche Bestätigung über die Kurbedürftigkeit oder Rekonvaleszenz und Mittellosigkeitszeugnis.

Einreichungsfrist: **Bis 30. Dezember 1916.**

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 5. November 1916.

**

M. Abt. XIII, 6942/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Anton Hupp'sche Stiftung
für arme, alte Bewohner des X. Bezirkes.

Verliehen wird: Ein Betrag von 400 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, alte Bewohner des X. Gemeindebezirkes in Wien.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, Armutszeugnis.

Einreichstelle: Kanzlei der Bezirksvertretung des X. Bezirkes (Keplerplatz 5).

Einreichungsfrist: **Bis 15. Dezember 1916.**

Verleihungstag: 26. Februar 1917.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 13. November 1916.

K. k. n.-ö. Statth.-Z. IX-2096.

Kundmachung.
(Franziska Schwarz'sche Stipendiumstiftung).

Vom I. Semester des Studienjahres 1916/17 ab gelangt ein Franziska Schwarz'sches Stipendium jährlicher 600 K zur Verleihung.

Zum Genusse dieses Stipendiums ist ein aus der Freundschaft der im Jahre 1762 in Wien verstorbenen Fleischhauerswitwe Franziska Schwarz, geb. Appel, stammender, der männlichen oder weiblichen Linie der Familie Appel angehöriger, studierender Knabe, dessen Eltern einigermaßen einen Beitrag nötig haben, berufen. Bewerber um dieses Stipendium haben ihre mit dem Geburts-(Tauf-) und Heimatscheine, dem Impfzeugnisse, dem Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, den beiden letzten Semestralzeugnissen, sowie mit dem Nachweise der Verwandtschaft belegten Gesuche **bis längstens 31. Jänner 1917** bei dem Wiener Magistrate (Abteilung XIII) zu überreichen.

Hiebei wird bemerkt, daß der Nachweis der Verwandtschaft mit der Stifterin nur durch amtliche, den Inhalt der Ehe- und Tauf-(Geburts-)Matriken wortgetreu wiedergebende Auszüge, Ehekontrakte, Testamentsabschriften u. dgl. erbracht werden kann.

In dem Gesuche ist, abgesehen von den Angaben im Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, auch ausdrücklich anzuführen, ob der Stipendienwerber oder eines seiner Geschwister bereits im Genusse eines Stipendiums steht oder nicht, bejahendenfalls sind der Jahresbetrag und die Daten des Verleihungs-Dekretes anzugeben. Diese Angaben sind vom Studienvorstande nebst der Würdigkeit eigens zu bestätigen.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.
Wien, am 28. Oktober 1916.

Kundmachung.

Der gefertigte Ausschuß beehrt sich hiemit, die P. T. Mitglieder des **Kreditvereines der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien** laut § 32 der Statuten zu der **Mittwoch den 20. Dezember 1916, 6 Uhr abends,** im kleinen Sitzungssaale des Alten Rathauses, I., Wipplingerstraße 8, 2. Stock, stattfindenden

außerordentlichen Plenarversammlung

höflichst einzuladen.

Der Eintritt zur Plenarversammlung ist nur gegen Abgabe der Legitimationskarte gestattet. Mitglieder, welche dieselbe nicht erhalten haben sollten, wollen die Legitimation ei der Leitung des Kreditvereines reklamieren.

Tagesordnung:

Statutenänderungen.

Der Ausschuß des Kreditvereines der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien.

Österreichisch-ungarische Bank.

Bei der am 4. Dezember 1916 vorgenommenen Verlosung wurden ausgelost:

an 4%igen **50**jährigen, auf Gulden lautenden **Pfandbriefen** K **1,392.000** und

an 4%igen **50**jährigen, auf Kronen lautenden **Pfandbriefen** K **726.000.**

Die am **4.** Dezember 1916 gezogenen Pfandbriefe werden vom **1. April 1917** an sowohl bei der Hypothekarkreditskassa in Wien, als auch bei allen Bankanstalten ausbezahlt.

Das **Nummernverzeichnis** der am 4. Dezember 1916 gezogenen, dann der aus früheren Ziehungen noch unbehobenen 4%igen Pfandbriefe wird von der genannten Kassa und von allen Bankanstalten auf Verlangen unentgeltlich ausgefolgt.

Die Verzinsung verloster Pfandbriefe erlischt mit dem der betreffenden Verlosung zunächst folgenden Kupontermine, daher bezüglich der am 4. Dezember 1916 verlosten Pfandbriefe am **1. April 1917.**

Wien, am 4. Dezember 1916.

ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHE BANK.

Popovics,
Gouverneur.

Wiesenburg, Generalrat. Schmid, Generalsekretär.

Zur kulanten Besorgung aller im Kursblatte notierten Effekten und Valuten bestens empfiehlt.

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz Nr. 11.
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 100. Freitag den 15. Dezember 1916. Jahrgang XXV.

Bezugspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. „ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367 **Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.**

Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1, Stock, Stiege IV.

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Schulerstraße 11.

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 57. Sitzung der Obmänner-Konferenz vom **13. Oktober 1916.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Vize-Bürgermeister Hierhammer.

Anwesende: Die Vize-Bürgermeister Hoß und Rain, die Gem.-Räte Steiner, Schmid, Leitner, Dr. Schwarz-Hiller, Dr. Hein, Dr. v. Dorn, Reumann und Skaret; ferner Magistrats-Direktor Dr. Rüchtern, die Ober-Magistratsräte Dr. Mayr und Pawelka, die Magistratsräte Dr. Jamöck und Dr. Ehrenberg, Magistrats-Sekretär Dr. Roßkopf und Marktamts-Direktor Bauer.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und verweist auf einen Artikel in der heutigen Nummer der „Neuen Freien Presse", in welchem Dr. Lax Vorschläge über die Behebung der Übelstände in der Lebensmittelversorgung macht, die jedoch nicht viel neues enthalten. Weiters weist der Bürgermeister auf eine Rede des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes v. Batocky im deutschen Reichstage hin, in welcher derselbe Mitteilungen über die in Deutschland herrschende Kartoffelnot macht.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg berichtet über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien und führt aus, daß seit der letzten Obmänner-Konferenz vom 10. Oktober 507 Waggons Kartoffel eingelaufen seien, wovon 355 Waggons bereits abgegeben wurden, somit fast 120 Waggons täglich. Das Anstellen um Kartoffeln habe jedoch nicht abgenommen, sondern in einzelnen Bezirken sogar zugenommen. Der Grund dürfte darin liegen, daß die Leute gegenwärtig vielfach nichts anderes zu essen haben als Kartoffel und Brot. Es zeige sich auch, daß Leute aus der weitesten Umgebung nach Wien kommen und Kartoffel nach auswärts verschleppen.

Eine gestern im Ministerium des Innern in dieser Angelegenheit stattgehabte Besprechung habe vorläufig noch kein Ergebnis gezeitigt und werde nächstens fortgesetzt. Der Magistrat war bisher nicht in der Lage, für Reserven vorzusorgen. Es seien nur sehr geringe Bestände, höchstens 120 Waggons vorhanden. Infolge Verzögerung der Barackenbauten in Schwechat und da die Dispositionen der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt bezüglich der Anlieferung der Kartoffel nicht ganz einwandfrei seien, habe sich eine Verstopfung der Wiener Bahnhöfe gezeigt, die das Eisenbahnministerium und die Zentral-Transportleitung ängstlich mache.

Gem.-Rat Reumann begründet die große Nachfrage nach Kartoffeln mit der großen Teuerung und Knappheit der Gemüse, die gegenwärtig auf den Märkten herrsche. Er wünsche, das Marktamt möge über die Ursachen des Gemüsemangels Erhebungen pflegen und der Obmänner-Konferenz in ihrer nächsten Sitzung Daten über die Zufuhr und die Preisbildung bekanntgeben.

Vize-Bürgermeister Rain verweist darauf, daß die Gemüsegärtner infolge des geringen Pferdebestandes und Personalmangels nicht genügend Gemüse auf den Markt bringen können, auch fehlen die kleinen Händler heuer fast ganz. Würden die Preise noch mehr gedrückt werden, käme überhaupt kein Gemüse mehr auf den Wiener Markt.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller führt darüber Klage, daß die Versorgung mit Kartoffeln aus der Umgebung Wiens

nicht möglich sei und daß für die Gemeinde Wien Kartoffel aus Russisch-Polen gebracht werden, während zum Beispiel die Bezirkshauptmannschaften Stockerau und Korneuburg für die Munitionsfabriken von Wöllersdorf 500 Waggons Kartoffeln abliefern mußten.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg erwidert, daß sich diese Verfügung auf den großen Plan beziehe, den die Regierung für die Kartoffelversorgung ausgearbeitet habe. Niederösterreich müsse sich selbst erhalten, Gegenden mit Überschüssen müssen ärmere Gegenden versorgen. Leute, die am Lande einen Grund besitzen, dürfen die daselbst geernteten Kartoffeln in der Regel nicht nach Wien bringen, weil die betreffende Bezirkshauptmannschaft die Bewilligung hiezu versage.

Der Bürgermeister erklärt, daß auf diesen Übelstand besonders hingewiesen werden müsse.

Auf die Frage des Gem.-Rates Skaret, ob es richtig sei, daß seit 6. Oktober die Kartoffel-Stückgutsendungen durch die Bahnverwaltung aufgehoben seien, erklärt Magistratsrat Dr. Ehrenberg, daß nach einer neuen Verordnung, Kartoffelsendungen auch bis zu 100 kg an eine Transportbescheinigung geknüpft seien, die jedoch nur sehr schwer erhältlich sei.

Über eine Anfrage des Gem.-Rates Dr. v. Dorn, wie sich das Verhältnis der städtischen Kartoffeltrocknungsanstalt zu dem Programm der Kartoffelversorgung stelle, erklärt der Bürgermeister, daß die städtische Kartoffeltrocknungsanstalt sich dem Kriegswirtschaftsverband der Kartoffeltrocknungsindustrie nicht angeschlossen habe, da diese Anstalt weder gewerblichen noch landwirtschaftlichen Charakters sei, sondern nur dazu bestimmt sei, gegebenenfalls die Kartoffeln dem Verderben zu entziehen.

Gem.-Rat Schmid meint, man solle die Bevölkerung durch eine Kundmachung darauf aufmerksam machen, daß die gegenwärtig auf den Markt gelangenden Kartoffeln noch nicht lagerfähig, nicht haltbar seien.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg rät davon ab, da eine solche Kundmachung in der Bevölkerung Mißtrauen erwecken würde.

Vize-Bürgermeister Rain schlägt vor, es solle an die Bevölkerung eine Belehrung ergehen, welche Vorschriften bei der Konservierung der Kartoffel zu beobachten seien.

Der Bürgermeister verfügt, daß eine solche Verlautbarung durch den Markt-Direktor Bauer erfolgen solle.

Hierauf wird die Debatte über die Schaffung einer Mehleinkaufskarte fortgesetzt.

Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

Gem.-Rat Neumann führt aus, daß in Zukunft die Versorgung der Kriegsdienstleister durch die Gemeinde erfolgen solle und dieser Art der Dotierung könne er nicht zustimmen. Er halte es für notwendig, daß die Konsumvereine, die Konsumenten-Organisationen und die Kriegsdienstleister direkt von der Zentralstelle dotiert werden. Es würde der Kreis der zu Versorgenden sich stark erweitern und es sei nicht ausgeschlossen, daß eine ungleiche Dotierung Platz greifen würde. Bis jetzt sei ein Überblick über die Tätigkeit des Konzerns, dem die Mehlverteilung übertragen ist, nicht möglich, da hierüber keine Berichte vorliegen. Darüber fehle jede Kontrolle. Er wisse nicht, ob bei dem Umstande, daß 15 Prozent der Dotierung von den Mitgliedern des Konzerns dem Kundenverkaufe zugeführt werden können, der übrig bleibende Teil (85 Prozent) den Kleinhändlern zum Zwecke des Verkaufes im kleinen zugeführt werde.

Bezüglich der Mehleinkaufskarte müsse er bemängeln, daß sich dieselbe nicht auf das ganze Wiener Industriegebiet beziehe, sondern nur auf Wien allein. Der Arbeiter müsse Gelegenheit haben, seine Einkäufe nächst dem Arbeitsorte zu besorgen, da die Geschäfte, wenn er weit draußen wohnt, in der Frühe, wenn er zur Arbeit geht, noch nicht geöffnet und abends, sobald er aus der Arbeit kommt, bereits gesperrt seien. Es sollen daher jene Gemeinden angeschlossen werden, die in dem Industriegebiete Wiens liegen. Auch die Zuweisung an eine bestimmte Geschäftsstelle halte er nicht für praktisch. Seine Partei habe sich dahin geeinigt, daß die Freizügigkeit nicht beschränkt werden, sondern dem Käufer die Wahl der Mehlabgabestelle überlassen bleiben solle. In diesen Geschäften müßte ein Kundenbuch oder eine Kundenliste geführt werden und darnach müßte die Dotierung erfolgen.

Gem.-Rat Dr. Hein führt aus, daß ihm das Herausheben einer Anzahl von Geschäften, die als Mehlabgabestellen fungieren sollen, nicht sympathisch sei und dies zu Unzukömmlichkeiten führen werde. Es wäre besser, wenn alle Geschäftsleute herangezogen werden könnten, doch erkläre der Magistrat, daß dies unmöglich sei. Was den Konzern anbelangt, müsse er zugeben, daß derselbe bisher sehr richtig gearbeitet habe. Für den Konzern sei die Verteilung leichter gewesen wie für die Gemeinde, weil er für die Zufuhr gesorgt habe.

Gem.-Rat Skaret erklärt, daß er den Vorschlag des Magistrates grundsätzlich begrüße, denn dadurch werde eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung Wiens mit Mehl ermöglicht werden. Wenn aber von Seite der Konsumentenorganisationen der Sache ein gewisses Mißtrauen entgegengebracht werde, so sei dieses in der Vergangenheit begründet. In der ersten Zeit sei das Rathaus die einzige Mehlverteilungsstelle gewesen; diese habe das Mehl an den Konzern und dieser an die Verschleißer abgegeben. Die Konsumvereine seien bei der Dotierung sehr schlecht behandelt worden, so habe der Arbeiterkonsumverein mit seinen 8000 Mitgliedern für eine Filiale einen Sack Mehl bekommen, während der kleine Greisler mehrere Säcke Mehl zugewiesen erhielt. Die Folge sei gewesen, daß seitens der Konsumvereine alle Anstrengungen gemacht wurden, um die direkte Dotierung vom Staate zu erreichen.

Über Auftrag der Militärverwaltung habe sich ein Kriegsverband gebildet, dem die Lebensmittelversorgung der Kriegsdienstleister obliegen solle. Dieser Kriegsverband bediene sich der bestehenden Konsumvereine als Abgabestellen. Wo die Filialen der Konsumvereine aus territorialen Gründen nicht genügen, werde der Kriegsverband eigene Verschleißstellen eröffnen; das werde wieder zu Komplikationen führen. Es müßte daher die direkte Dotierung des Kriegsverbandes durch die Zentralstelle angestrebt werden, wobei er erkläre, daß der Kriegsverband bereit ist, sich denselben Bedingungen und der strengsten Kontrolle zu unterwerfen. Die Gemeinde hebe einen Verteilungszuschlag von 2 K bis 2 K 50 h ein, der einer indirekten Abgabe gleichkommt. Die Konsumvereine, die ohne Gewinn arbeiten und allfällige Gebarungsüberschüsse als Dividende rückvergüten, könnten diesen Verteilungszuschlag nicht leisten. Er stehe auf dem Standpunkte, daß die mehlverschleißenden Gewerbe durch die neue Karte nicht vom Mehl-Verschleiße ausgeschlossen werden können. Wenn er

auch niemals Greislerpolitik treiben wolle, so müsse er doch feststellen, daß für den Greisler der Wert des Geschäftes im Kundenkreise liege. Es werden dem Greisler Kunden weggenommen und zu anderen Kaufleuten dirigiert. Man solle daher den Konsumenten die Wahl der Einkaufsstelle überlassen. Die Dotierung der Konsumentenorganisationen und des Kriegsverbandes dürfe daher nicht vom Rathause, sondern von der Zentralstelle erfolgen und müßte auf das Strengste kontrolliert werden.

Gem.-Rat Schmid schlägt vor, es sollten die Geschäftsleute zuerst aufgefordert werden, sich zu melden, ob sie sich an den Verschleißstellen beteiligen wollen.

Vize-Bürgermeister Rain führt aus, daß er vor Jahresschluß gegen die Rayonierung Stellung genommen habe; doch hätten sich die Verhältnisse verschoben. Wer heute stärkere Arme habe, der bekomme etwas. Für die Dotierung Tausender von Geschäftsleuten würde die Gemeinde einen riesigen Wagenpark benötigen. Die Anlegung von Kundenlisten in den kleinen Geschäften, wo der Mann zumeist eingerückt ist, sei ungemein schwierig; auch müßte die Überprüfung der Kundenliste durch die Behörde erfolgen.

Ein großer Teil der Bevölkerung sei nicht seßhaft; mancher Bewohner werde sich fortwährend einer neuen Einkaufsstelle zuweisen lassen, aber in der alten Kundenliste weitergeführt werden; das erfordere eine genaue Evidenzführung.

Auf die Forderung des Gem.-Rates Reumann, die Karte müsse sich auf das ganze Industriegebiet beziehen, müsse er entgegnen, daß es nicht Aufgabe der Gemeinde Wien sei, die Sorge der Bezirkshauptleute auf sich zu nehmen. Aufgabe der Gemeinde Wien sei es vielmehr, in erster Linie für die Wiener zu sorgen.

Gegen den Wunsch der direkten Dotierung des Kriegsverbandes und der Konsumentenorganisationen wäre nichts einzuwenden. Die Gemeinde müsse sich damit abfinden, daß ein Teil der Geschäftsleute vom Mehl-Verschleiße ausgeschlossen werde. Vielleicht lasse sich die Zahl der Geschäftsstellen noch erhöhen.

Bezüglich des Konzerns müsse er feststellen, daß derselbe stets gut gearbeitet habe; im übrigen könne jederzeit in den Verteilungsschlüssel Einsicht genommen werden. Auch er hätte es zum Schutze der Gewerbetreibenden gern gesehen, daß alle Geschäftsleute zum Mehl-Verschleiße zugelassen werden, doch sei dies technisch unmöglich, die Dotierung von 8000 Stellen undurchführbar.

Gem.-Rat Hein erklärt, daß er mit Rücksicht auf die gegen das Projekt vorgebrachten Bedenken und weil eine Anzahl von Geschäftsleuten durch das Projekt getroffen werde, es für untunlich halte, die Angelegenheit in der Obmänner-Konferenz zu erledigen. Es müsse der Gemeinderat zu dieser Frage Stellung nehmen.

Gem.-Rat Steiner spricht sich für die Vertagung des Beschlusses aus; ohne den Bürgerklub zu hören, könne er keine Erklärung abgeben. Auch sei er der Meinung, daß sich der Bürgermeister in dieser Frage durch einen Beschluß des Gemeinderates decken solle.

Während der Ausführungen des Gem.-Rates Steiner hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner den Vorsitz übernommen.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller erklärt, daß mit Rücksicht auf die starke Opposition gegen das Projekt der Beschluß in der Obmänner-Konferenz nicht gefaßt werden könne. Es wäre zu begrüßen gewesen, wenn die Regierung die entsprechenden Maßnahmen getroffen hätte; eines sei ihm jedoch unverständlich, daß trotz der wiederholt vorgebrachten Behauptung, daß der Mehlverkauf nicht nur keinen Gewinn, sondern sogar Verluste bringe, auf den Mehlverkauf ein so großer Wert gelegt werde. Die Behauptung, daß den Nichtmehlverschleißern die Kunden entzogen würden, sei nicht stichhältig. Der mehlverschleißende Geschäftsmann werde gar keine Zeit haben, andere Artikel abzugeben und der Käufer werde nach dem Ankaufe des Mehles, der in längeren Zeitabschnitten erfolge, zu seinem Kaufmanne gehen und die anderen Artikel bei diesem einkaufen. In der gegenwärtig äußerst kritischen Lage müßten alle Sonderinteressen bei Seite gelassen werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verweist darauf, daß sowohl die Obmänner-Konferenz, als auch der Stadtrat der Regierung Vorschläge über die Beseitigung gewisser Übelstände beim Lebensmitteleinkauf unterbreitet habe. Die Regierung habe nun die Gemeinde ermächtigt, die entsprechenden Maßnahmen vorzukehren. Wenn auch der Magistrats-Referent erklärt habe, die volle Verantwortung für sein Referat zu übernehmen, so treffen doch Vorwürfe immer nur die Gemeindeverwaltung. Diese Maßnahmen zu treffen, sei die Gemeinde nicht berechtigt, sondern nur der Magistrat als politische Behörde 1. Instanz. Es handle sich hier um eine Frage, die nicht vom parteipolitischen Standpunkte erledigt werden könne; er müsse daher, wenn in der Obmänner-Konferenz nicht volle Einmütigkeit herrsche, die Angelegenheit vor den Gemeinderat bringen.

Gem.-Rat Reumann erklärt, daß sich nach seiner Meinung bezüglich der Beibehaltung der direkten Dotierung der Konsumentenorganisationen keine Schwierigkeiten ergeben. Er sei keineswegs gegen die Rayonierung, jedoch sei er für die freie Wahl des Bezugslokales.

Sollten sich in dieser Frage Schwierigkeiten ergeben, so müßte er von seinem Antrage zurücktreten und sich dem Beschlusse der Obmänner-Konferenz fügen. Die Verantwortung für den Beschluß würde er voll und ganz übernehmen. Geschäftsleute, die nur ein geringes Quantum beziehen, könnten ausgeschlossen werden; es könnte vielleicht eine Grenze fixiert werden, wenn die Geschäftsstelle einen bestimmten Kundenkreis nicht hat, könnte sie ausgeschlossen werden; noch einmal wolle er feststellen, daß er nicht gegen die Rayonierung sei.

Gem.-Rat Skaret führt aus, daß seine Darstellungen mißverstanden worden sein dürften. Er begrüße diesen Entwurf, es genüge ihm, zu wissen, daß die Arbeiterfrau genau so ihr halbes Kilogramm Mehl bekommt wie der Hofrat. Er stimme sohin für den Magistratsentwurf, habe jedoch die bereits vorgebrachten Sonderwünsche.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, daß er, obwohl die Gem.-Räte Reumann und Skaret ihren Standpunkt modifiziert hätten, trotzdem bei seinem Antrage verbleibe, die Angelegenheit in den Gemeinderat zu bringen. Er hätte jedoch den Wunsch, daß der Magistratsbericht ergänzt werde. Es müßte eine Begründung aufgenommen werden, warum die Einführung von Kundenlisten, beziehungsweise die freie Wahl der Verkaufsstelle nicht möglich sei.

Magistratsrat Dr. Jamöck erklärt, daß der Magistrat die Einwendung, daß dem Kleinverschleißer der Kundenkreis ent-

zogen werde, keinesfalls in vollem Umfange gelten lassen könne und im Vergleiche zu dem Umstande, daß durch die Durchführung seiner Vorschläge der Gesamtbevölkerung ein unbestrittener, vollkommen gerechtfertigter Vorteil errungen werden soll, als nicht so stichhaltig gelten könne, daß um ihretwillen die Allgemeinheit um die von ihr geforderte und ihr unbedingt zuzubilligende Erleichterung beim Bezuge eines der wichtigsten Lebensmittel gebracht werden darf.

Tatsache sei, daß der Mehlverschleiß bereits bei Hunderten derzeit noch bestehenden Kleinverschleißern, welche einen solchen in Friedenszeiten betrieben haben, weggefallen ist. Auch hätten Vertreter derselben erklärt, daß beim Mehlverschleiß nichts zu profitieren sei, derselbe vielmehr ihnen zur Last falle und freiwilliges Niederlegen des Mehlverkaufes in letzter Zeit nichts seltenes sei. Auch seien im Hinblicke auf die Mehlknappheit seit Monaten mit Ausnahme der größeren Verschleißer sehr viele Kleinverschleißer mit so geringen Mehlquantitäten beteilt worden, daß eine Befriedigung ihrer Kunden zugestandenermaßen in den wenigsten Fällen möglich war. Auch würde durch die fortwährende Steigung der direkt Beteilten (Beamtenorganisationen, Fabriken ꝛc.) der freie Mehlhandel bald sehr reduziert sein.

Weiters sei es notorisch bekannt, daß im Hinblicke auf die immer mehr begehrten Lebensmittel und Mittel des täglichen Bedarfes die Kunden die Ware aufsuchen und derselben nachlaufen, wo immer sie dieselbe finden. Es werden sich die städtischen Mehlabgabestellen, welche den Haushaltungsvorständen nicht so bei der Hand liegen, wie die Lokale der Gemischtwarenhändler, bei denen sie die verschiedensten Artikel täglich einzukaufen gewohnt sind, weniger als Einkaufsstellen denn als Abholungsstellen des jedem Haushaltungsvorstande reservierten Mehles darstellen, in welchem man sich wöchentlich höchstens einmal an einem bestimmten Tage einfinden muß. Die Auffassung des Magistrates deckt sich mit der des städtischen Marktamtes.

Es sei auch ganz klar und wohl nicht zu bestreiten, daß die Gemeinde Wien an die Geschäftsleute, welche sie als städtische Abgabestellen deklariert, bestimmte Forderungen stellen müsse, welche im Interesse der Allgemeinheit und nur für dieselbe zu stellen sind.

Die Geschäfte müssen eine gewisse räumliche Ausdehnung haben, müssen über ein hinreichendes Bedienungspersonal verfügen und für die nötigen Manipulationen sowie für die Durchführung und Kontrolle die nötige Gewähr leisten.

Die Zustreifung der Waren nach tausenden Kleingeschäften, deren Inhaber vielfach im Felde stehen und die nur von deren Frauen betreut werden, machen bei den derzeitigen Anlieferungsverhältnissen des Mehles und einem bei einer solchen Dezentralisierung nicht mehr zu handhabenden Manipulationsapparate eine klaglose Durchführung der ganzen Aktion ganz unmöglich.

Anläßlich der Vorarbeiten zeige es sich schon, daß die Zahl derjenigen Geschäfte, welche den Anforderungen als städtische Mehlabgabestellen zu dienen, gewachsen sind, nicht groß ist.

Von einzelnen Seiten sei auch die freie Wahl des Bezuges durch Einführung des Kundenbuches verlangt worden, wobei als selbstverständlich angesehen wurde, daß auch diese freie Wahl nicht auf alle Verschleißstellen wegen der Durchführungsunmöglichkeit fallen könnte, sondern nur auf solche, welche bestimmte Bedingungen erüllen.

Diese Ausführungen zeigen an, auf wie wenig Geschäfte die freie Wahl ausgedehnt werden könnte, und es sei zweckmäßiger, ex offo bei diesen Verhältnissen die Geschäfte zu bestimmen und die Zuteilung der Abnehmer zu verfügen.

Die Führung des freiwilligen Kundenbuches, die Evidenzhaltung desselben sei mit mannigfachen Schwierigkeiten, sowie mit einem fortwährenden Zu- und Abschreiben verbunden, das der Geschäftsmann vornehmen muß, und liege dasselbe der Wiener Bevölkerung sowie den Wiener Geschäftsleuten nicht so entsprechend wie die Vorschläge des Magistrates.

Magistrats-Sekretär Dr. Roßkopf führt aus, daß er bereits in der Obmänner-Konferenz vom 14. Jänner 1916 und auch schon früher das ausführliche Programm über die Form der Aufteilung auf den Konzern mitgeteilt habe, welches auch ein Verzeichnis der Großhändler, die den Konzern bilden, enthalte. Der Konzern erhalte das Mehl und dieses werde dann nach einem von einem Aktions-Komitee festgesetzten Plane an die Kleinverschleißer abgegeben. Die Firmen selbst dürfen nur 15 Prozent im Detail abgeben, der restliche Teil müsse auf die Kleinverschleißer aufgeteilt werden. Er lade die Mitglieder der Obmänner-Konferenz ein, in die bezüglichen Konsignationen der Kleinverschleißer Einsicht nehmen zu wollen. Bei der Dotierung müsse auf den Geschäftsbetrieb des Kleinverschleißes Rücksicht genommen werden; wer über ein größeres Personal verfüge, dem könne mehr zugewiesen werden.

Die Einbeziehung des Industriegebietes für die Karte sei undurchführbar, denn dieses erstrecke sich weit über die Gemeindegrenzen. Es müßte mit den Bezirkshauptmannschaften das Einvernehmen gepflogen und mit diesen gemeinsam gearbeitet werden. Es sei richtig, daß durch die Karte der Kundenkreis gestört werde, doch geschehe dies schon seit anderthalb Jahren, ohne daß darüber geklagt wurde. Die Aufteilung von kleinen Mehlquantitäten auf 10.000 Verschleißer sei nicht möglich. Wenn Kundenlisten bestehen, würden sich die Käufer einmal hier, einmal dort eintragen lassen und es würden sich fortwährende Änderungen in der Mehlzuweisung ergeben. Die Forderung des Gem.-Rates Skaret, daß der Kriegsverband spezialiter behandelt werde, sei technisch undurchführbar. Der Kriegsverband sei eine aus der Not der Zeit herausgewachsene Kriegserscheinung. Es sei schwer, seine Angehörigen zu erfassen, da die Arbeiter der Kriegsindustrie heute da, morgen dort beschäftigt sind.

Wenn das vorgeschlagene System angenommen werden würde, könnte die Sonderstellung der direkten Dotierung nur den bestehenden Konsumentenvereinigungen zuteil werden, alle Sonderdotierungen der neuen Konsumentenvereinigungen müßten aufhören.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller erklärt, daß er die Behauptung des Magistrats-Sekretärs Dr. Roßkopf, daß der Kundenkreis durch die Einführung der Karte gestört werde, nicht für richtig halte. Wenn zum Beispiel in einem Brot-Kommissions-Sprengel 60 Geschäfte vorhanden sind, und von diesen zwei als städtische Mehlabgabestellen fungieren, so ist doch nicht anzunehmen, daß die gesamte Kundschaft von allen übrig bleibenden

58 Geschäften bei den zwei Stellen, die das Mehl abgeben, einkaufen. Er halte die Wirkung einer gerechten Mehlverteilung auf die Bevölkerung von so hoher Bedeutung, daß das geringe Opfer, welches gebracht werden müßte, nicht in Betracht komme.

Gem.-Rat Schmid erklärt, daß er für die Rayonierung sei, daß er jedoch dagegen sei, daß so viele Geschäftsleute ex offo ausgeschlossen werden. Es könnte vom Magistrate an die Verschleißer die Aufforderung gerichtet werden, ob sie gewillt seien, ferner Mehl zu verkaufen; sie müßten darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie über das entsprechende Personal verfügen müssen, daß sie Kundenbücher führen müssen ꝛc. ꝛc. Es würde eine große Anzahl von Geschäftsleuten abfallen. Auf Grund dieser Anmeldungen könnte an die Bevölkerung ein Verzeichnis dieser Geschäftsleute gegeben werden und die Bevölkerung könnte sich dann bei den einzelnen Verschleißstellen nach freier Wahl melden.

Markt-Direktor Bauer sieht ebenfalls in der Festlegung der Mehlverkaufsstellen keine Gefahr für die kleinen Geschäftsleute. Wenn man der Anregung des Gem.-Rates Schmid Folge geben würde, würden sich sämtliche Greisler melden. Die Greislerin komme heute schon nicht mit den zahlreichen Aufschreibungen, zu denen sie verpflichtet ist, auf, jetzt komme dann noch das Kundenbuch dazu.

Der Bürgermeister schließt die Debatte und stellt fest, daß die Obmänner-Konferenz bezüglich der Rayonierung und des Prinzipes der variablen Portion einig sei; eine Differenz bestehe nur hinsichtlich der direkten Dotierung der Konsumvereine, der Konsumentenorganisationen und des Kriegsverbandes.

Mit Beziehung auf die Bemerkungen des Gem.-Rates Reumann über die gegenwärtig herrschende Gemüseknappheit führt Markt-Direktor Bauer aus, daß die Gemüsezufuhren Mitte Oktober alljährlich nachlassen und heuer schon früher, weil die Bauern mit Rücksicht auf die fleischlosen Tage viel für sich behalten und verzehren. Die Preise des Gemüses werden täglich von einer Kommission festgesetzt, die aus Gärtnern, Händlern, der Bauernschaft und einem Markt-Kommissär besteht. Die Gärtner in Wien und Umgebung arbeiten unter schwierigen Verhältnissen und es seien die Regien bei geringerer Erzeugung die gleichen.

Gem.-Rat Steiner weist darauf hin, daß im nächsten Frühjahr ein großer Mangel an Gemüsen herrschen werde. Infolge der drei fleischlosen Tage müssen die Gärtner schon jetzt das Gemüse in Verkehr bringen, was sie für das Frühjahr aufheben wollten. Es mögen diesbezüglich Erhebungen bei den Gärtnern gepflogen werden.

Gem.-Rat Reumann führt Beschwerde über den Verkauf von serbischem Rindfleisch und teilt mit, daß auf dem Eugenplatz in Favoriten beim Verkaufe dieses Fleisches Unzukömmlichkeiten platzgegriffen hätten. Der Verkauf hätte erst um 9 Uhr vormittags begonnen und eine Frau mußte für $1^1/_2$ kg 20 K bezahlen. Außerdem seien die Frauen grob behandelt worden und mußten eine Knochenzuwage nehmen, die die übliche Zuwage weit überschreitet.

Magistrats-Sekretär Dr. Roßkopf teilt mit, daß der Preis des serbischen Rindfleisches mit 5 K 20 h für Vorderes und 5 K 60 h für Hinteres ohne Qualitätsunterschied festgesetzt sei, außerdem müsse das serbische Fleisch getrennt gelagert und als solches deklariert werden. Als Zuwage dürfen nur eingewachsene Knochen beigegeben werden. Die Festsetzung der Verkaufsstunden mit 9 Uhr früh beruhe auf einem Übereinkommen mit der Polizei. Auch dürfe das Fleisch nur in Quantitäten von 1 kg abgegeben werden. Was die gröbliche Behandlung der Parteien anbelangt, werde er die nötigen Informationen einholen und hierüber Bericht erstatten.

Der Bürgermeister schließt hierauf die Sitzung.

Der Bürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.

Der Vertreter des Bürgerklubs:
Steiner m. p.

Der Vertreter der freiheitlich-bürgerlichen Partei:
Dr. Hein m. p.

Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion:
Emmerling m. p.

Der Schriftführer:
Böttger m. p.,
Magistrats-Sekretär.

Stadtrat.

Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom **7. Dezember 1916.**

Vorsitzende: Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.
Vize-Bürgermeister Franz Hoß.
Vize-Bürgermeister Josef Rain.

Anwesende:

Angermayer,	Knoll,
Baron,	Dr. Mataja,
Braun,	Nemetz,
Brauneiß,	Poyer,
Dechant,	Schneider,
Fraß,	Schwer,
Grünbeck Sebastian,	Tomola,
Dr. Haas,	Wessely,
Heindl,	Wippel,
Hermann,	Zatzka.

Entschuldigt: St.-R. Götz, Schmid.
Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Vize-Bürgermeister Hierhammer eröffnet die Sitzung und gibt bekannt:

Nachweisung

über die Belastung des Reservefonds für das Verwaltungsjahr 1916/17 mit 25. November 1916.

Reservefonds von . . . . . 1,000.000 K — h

Belastung durch bereits zur Gebühr erwachsene Auslagen von	146.401 K 80 h
Belastung durch genehmigte, jedoch noch nicht zur Gebühr erwachsene Auslagen von	320.896 „ 84 „
zusammen .	467.298 K 64 h
daher noch .	532.701 K 36 h

verfügbar.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefonds Anträge im Gesamtbetrage von 335.259 K 57 h in Vormerkung, deren Genehmigung noch aussteht.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hoß** wird beschlossen:

Im Sinne des Magistrats-Antrages wird der Fortbezug der Gnadengabe an nachstehende Personen bewilligt:

(P. Z. 11256, M. A. II, 4014) Dem ehemaligen Desinfektionsarbeiter Franz Weidermann 600 K jährlich;

(P. Z. 11257, M. A. II, 6121) der Anna Prchlik 600 K jährlich;

(P. Z. 11258, M. A. II, 5346) der Exekutionsamts-Offizialswaise Helene Krippel 240 K jährlich;

(P. Z. 11259, M. A. II, 4608) der Gefälls-Kontrollorswitwe Katharina Wallesch 700 K jährlich;

(P. Z. 11261, M. A. II, 4751) der Marktamts-Kommissärswitwe Rosa Maux 700 K jährlich;

(P. Z. 11263, M. A. II, 4617) der Anna Haller 300 K jährlich;

(P. Z. 11265, M. A. II, 4693) der Kanalaufseherswitwe Franziska Lobner 240 K jährlich;

(P. Z. 11411, M. A. II, 4404) der Hauptkassen-Kontrollorswitwe Anna Reichel 1400 K jährlich;

(P. Z. 11412, M. A. II, 2385) der Kanzlistenswitwe Antonia Kallaus 600 K jährlich;

(P. Z. 11413, M. A. II, 4586) der Diurnistenswitwe Marie Stitz 600 K jährlich;

(P. Z. 11414, M. A. II, 4843) der Straßenaufseherswitwe Christine Pitsch 240 K jährlich;

(P. Z. 11415, M. A. II, 3977) der Straßenaufseherswitwe Albine Mayer 540 K jährlich;

(P. Z. 11416, M. A. II, 3991) der Zentral-Viehmarktwächterswitwe Marie Bigler 240 K jährlich;

(P. Z. 11526, M. A. II, 4415) der Straßenarbeiterswitwe Anna Policar 360 K jährlich;

(P. Z. 11527, M. A. II, 3850) der Straßenarbeiterswitwe Josefa Bolley 300 K jährlich;

(P. Z. 11528, M. A. II, 3558) der Straßenarbeiterswitwe Anna Silbernagl 360 K jährlich;

(P. Z. 11529, M. A. II, 3805) der Straßenarbeiterswitwe Margarete Brunner 300 K jährlich;

(P. Z. 11530, M. A. II, 4456) der Straßenaufseherswitwe Josefa Hammerschmidt 360 K jährlich;

(P. Z. 11531, M. A. II, 3760) der Kanzlistenswitwe Marie Köck 500 K jährlich;

(P. Z. 11532, M. A. II, 4068) der Kanzlistenswitwe Pauline Jaschek 600 K jährlich;

(P. Z. 11535, M. A. II, 4429) der Wasserleitungsaufseherswitwe Anna Turek 500 K jährlich;

(P. Z. 11537, M. A. II, 1707) der Kanalaufseherswitwe Marie Mayerhofer 300 K jährlich;

(P. Z. 11538, M. A. II, 3945) dem ehemaligen Zentral-Viehmarkts-Desinfektionsarbeiter Josef Ott 600 K jährlich;

(P. Z. 11539, M. A. II, 3980) der Bauaufseherswitwe Florentine Steidl 420 K jährlich;

(P. Z. 11540, M. A. II, 4474) der Stadtbauamts-Diurnistenswitwe Franziska Kodelle 500 K jährlich;

(P. Z. 11542, M. A. II, 3803) dem ehemaligen Straßenarbeiter Anton König 200 K jährlich;

(P. Z. 11543, M. A. II, 4084) dem ehemaligen Straßenarbeiter Josef Grünböck 480 K jährlich;

(P. Z. 11544, M. A. II, 4050) dem ehemaligen Straßenarbeiter Josef Stingl 300 K jährlich;

(P. Z. 11545, M. A. II, 4229) dem ehemaligen Fuhrwerksdepotarbeiter Johann Teufert 480 K jährlich;

(P. Z. 11546, M. A. II, 3989) dem ehemaligen Aushilfsdiener Karl Smeiditlo 460 K jährlich;

(P. Z. 11547, M. A. II, 3831) dem ehemaligen Badediener Johann Simon 400 K jährlich;

(P. Z. 11548, M. A. II, 3968) der Rosa Kolmaneck 600 K jährlich;

(P. Z. 11560, M. A. II, 4266) der Ingenieurs-Assistentenswitwe Katharina Rucek 700 K jährlich;

(P. Z. 11546, M. A. II, 4353) der Rathausdienerswitwe Marie Wimmer 360 K jährlich;

(P. Z. 11562, M. A. II, 4204) der Gemeinde- und Schuldienerswitwe Therese Gschwendt 420 K jährlich;

(P. Z. 11563, M. A. II, 4196) der Hilfsbeamtenswitwe Anna Breycha 240 K jährlich;

(P. Z. 11564, M. A. II, 4588) der Hauptkassen-Offizialswitwe Rosina Starek 400 K jährlich;

(P. Z. 11542, M. A. II, 9794) der Kanalaufseherswitwe Franziska Klender 400 K jährlich;

(P. Z. 11417, M. A. II, 2010) der Amtsdienerswitwe Therese Seemann 240 K jährlich;

(P. Z. 11268, M. A. II, 4710) der Anna Gazzoletti 900 K jährlich;

(P. Z. 11262, M. A. II, 4711) der Schlachthausreinigungsarbeiterswitwe Leopoldine Bleiber 240 K jährlich;

(P. Z. 11420, M. A. II, 4619) der Pauline Schwach 300 K jährlich sowie ein Gnadenerziehungsbeitrag von je 72 K jährlich für die beiden Kinder;

(P. Z. 11269, M. A. II, 4607) der Kanzlei-Hilfsarbeiterswitwe Josefine Rauscher 300 K jährlich sowie ein Erziehungsbeitrag von je 72 K jährlich für die beiden Kinder;

(P. Z. 11267, M. A. II, 4472) der Architektenswitwe Hedwig Heinzel 500 K jährlich sowie ein Gnadenerziehungsbeitrag von je 100 K jährlich für die beiden Kinder;

(P. Z. 11260, M. A. II, 4831) der Auflegerswitwe Franziska Sirch 240 K jährlich sowie ein Gnadenerziehungsbeitrag von 72 K jährlich für die beiden Kinder;

(P. Z. 11264, M. A. II, 4633) der Kutscherswitwe Anna Kovarik 300 K jährlich sowie ein Gnadenerziehungsbeitrag von 72 K jährlich für das Kind Anna;

(P. Z. 11266, M. A. II, 4661) der Heizerswitwe Emilie Wiltschek 520 K jährlich sowie ein Gnadenerziehungsbeitrag von jährlich 120 K für das Kind Marie;

(P. Z. 11525, M. A. II, 4575) der Straßenarbeiterswitwe Anna Schaumberger 300 K jährlich sowie ein Gnadenerziehungsbeitrag von 72 K jährlich für das Kind Marie.

Im Sinne des Magistrats-Antrages wird die Erhöhung nachstehender Gnadengaben bewilligt:

(P. Z. 11559, M. A. II, 4148) der Ratsdienerswitwe Aloisia Brenner auf 360 K jährlich;

(P. Z. 11558, M. A. II, 3045) der Badeheizerswitwe Marianne Klinz auf 450 K jährlich;

(P. Z. 11557, M. A. II, 4430) der Kanzleidienerswitwe Katharina Kindermann auf 360 K jährlich;

(P. Z. 11555, M. A. II, 4557) der Wasserleitungsaufseherswitwe Anna Hainzl auf 420 K jährlich;

(P. Z. 11554, M. A. II, 4027) der Kanzlistenswitwe Rosa Tytla auf 750 K jährlich;

(P. Z. 11553, M. A. II, 4025) dem ehemaligen Wasserleitungs-Hilfstechniker Ferdinand Nießner auf 2000 K jährlich;

(P. Z. 11552, M. A. II, 2011) der Straßenarbeiterswitwe Anna Hauck auf 420 K jährlich;

(P. Z. 11551, M. A. II, 3987) dem ehemaligen Straßenarbeiter Josef Kratky auf 540 K jährlich;

(P. Z. 11550, M. A. II, 5305) dem ehemaligen Straßenarbeiter Johann May auf 540 K jährlich;

(P. Z. 11549, M. A. II, 1524) dem ehemaligen Straßenarbeiter Leopold Kuder auf 600 K jährlich;

(P. Z. 11419, M. A. II. 3990) der Taxkommissärswaise Anna Müntzger auf 300 K jährlich;

(P. Z. 11418, M. A. II, 2532) der ehemaligen Hausbesorgerin Karoline Domes auf 480 K jährlich;

(P. Z. 11565, M. A. II, 4268) der ehemaligen Versorgungshauspflegerin Rosina Kashofer auf 420 K jährlich;

(P. Z. 11566, M. A. II, 4412) der Buchhaltungs-Registratorswaise Marie Weibel auf 300 K jährlich.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11462, St. G. W., 3343.) Der Ingenieur Hans Klutz wird zum Betriebsingenieur der städtischen Gaswerke ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11451, M. A. II, 9015.) Zur Ausgabs-Rubrik III 18 „Zeitliche Aushilfen für Beamte und Diener" wird ein Zuschußkredit von 50.000 K bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11409, M. D., 8844.) Den mit der Führung der Ortsschulratsgeschäfte betrauten Beamten der Bezirke I bis X und XII bis XXI für das Schuljahr 1915/16 werden die üblichen Remunerationen von 120 K für jede Ortsschulratskanzlei gewährt.

Die Auslage von insgesamt 2400 K ist auf Ausgabs-Rubrik XLIII 43 bedeckt.

(P. Z. 11437, M. A. XIX, 831.) Dem anläßlich der Kontoumschreibungen in den Bezirken VI, IX, XVII und XVIII in außeramtlicher Zeit verwendeten Steueramtsbeamten wird für eine Nachmittagsfrequenz eine Entschädigung von 3 K, den Dienern eine solche von 1 K bewilligt.

(P. Z. 11452, Zentr.-Spark., 998.) Der Geschäftsausweis der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien für den Monat November 1916, nach welchem 11,514.080 K 90 h eingelegt und 8,228.725 K 86 K, davon 1,377.511 K 91 h für Kriegsanleihezeichnungen rückgezahlt wurden, somit ein Zuwachs von 3,386.255 K 4 h zu verzeichnen ist, wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 11456, St. Lagerh., 37132.) Die von der Direktion des Lagerhauses der Stadt Wien beantragten Herstellungen werden mit dem Gesamterfordernis von 19.607 K, das aus dem Betriebsergebnisse des Lagerhauses zu bestreiten ist, genehmigt.

(Vize-Bürgermeister Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Brauneiß** wird beschlossen:

(P. Z. 11428, M. A. IV, 3510.) Der k. k. Post- und Telegraphen-Direktion für Österreich unter der Enns wird gestattet, die zur Verlegung eines Kabels in der Gerstnergasse im XV. Bezirke notwendigen Aufgrabungsarbeiten im Laufe des Monates Dezember 1916 auszuführen. Hiebei sind die in der Aufnahmeschrift vom 1. Dezember 1916, M. A. IV, 3510, gestellten Bedingungen zu erfüllen.

(P. Z. 11505, M. A. XV, 10288.) Dem Zweigvereine für den XII., XIV. und XV. Bezirk des Österreichischen patriotischen Hilfsvereines vom „Roten Kreuz" für Niederösterreich wird der Skioptikonapparat der Mädchen-Bürgerschule XV., Friedrichsplatz 5, für eine Wohltätigkeitsvorstellung unter der Bedingung zur Mitbenützung überlassen, daß der Verein die Gemeinde Wien für jede Beschädigung des Apparates schadlos hält und die eventuellen Transportkosten übernimmt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Baron** wird beschlossen:

(P. Z. 11447, M. B. A. XIX, 1260.) Gemäß § 105 Wr. B.-O. wird die baubehördliche Bewilligung zur Errichtung einer Abortanlage im Magazin XIX der städtischen Gaswerke auf der Kat.-Parz. 170/22, Einl.-Z. 1391 Grundbuch Ober-Döbling unter den in der Verhandlungsschrift vom 22. September 1916 und in der Note der Magistrats-Abteilung V vom 4. November 1916, Z. 2710, enthaltenen Bedingungen erteilt.

(P. Z. 11423, M. A. III, 15198.) Dem Wirtschaftsbesitzer Karl Hengl werden 10 Fuhren Dünger vom Gute Cobenzl zum Preise von 20 K per Fuhre (samt Zufuhr) überlassen. Das Ansuchen um Überlassung von Hinterfrucht wird abgelehnt.

Dem Weingartenvorarbeiter des Gutes Cobenzl, Franz Ruckenbauer, werden fünf Fuhren Dünger samt Zufuhr um den mit Rücksicht auf die zufriedenstellende Dienstleistung des Genannten ermäßigten Preis von 5 K per Fuhre überlassen.

(P. Z. 11386, M. A. X, 10447.) Dem Franz Schmalzl, IV., Alleegasse 9, wird ausnahmsweise die Arkadengruft Nr. 15 im Döblinger Friedhofe um die Gebühr für Zugewiesene überlassen, wenn als erste Leiche der verstorbene k. u. k. Seekadett Hans Schmalzl beerdigt wird.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dechant** wird beschlossen:

(P. Z. 11567, M. A. III, 1595.) Zwischen der Gemeinde Wien und Mathilde Fleischmann wird folgendes Übereinkommen geschlossen:

Mathilde Fleischmann überträgt an die Gemeinde Wien den im Plane des Zivilgeometers Friedrich Zieritz vom Juli 1916 zur Z. XIII 87 in der Amtshandlung des Stadtbauamtes gestandenen, mit den Buchstaben A B schwarz, c d e f rot, A schwarz, umschriebenen Teil der unter Einl.-Z. 219 im Grundbuche Pötzleinsdorf inneliegenden Kat.-Parz. 468, provisorische Parzelle (468/2) im Ausmaße von 606·44 m².

Die Gemeinde Wien überträgt hingegen im Tauschwege an Mathilde Fleischmann den im gleichen Plane mit C D E F schwarz, a a b c rot, C schwarz umschriebenen und als provisorische Parzelle (469/2) bezeichneten Teil der unter Einl.-Z. 85 im Grundbuche Pötzleinsdorf inneliegenden Kat.-Parz. 469 im Ausmaße von 581·46 m² unter folgenden Bedingungen:

1. Eine Aufzahlung wird von keiner Seite geleistet.

2. Auf den aus den provisorischen Parzellen 468/1 und 469/2 gebildeten Liegenschaften sind zugunsten der Gemeinde Wien unter einem mit der grundbücherlichen Durchführung des vorliegenden Tauschgeschäftes folgende Verbindlichkeiten einzuverleiben:

a) Die provisorischen Parzellen (469/2 und 468/1) sind für immer gänzlich unverbaut zu lassen, als Garten auszustatten und dauernd zu erhalten.

b) Die Anlage von Böschungen auf beiden Parzellen, die durch Herstellung einer Straße oder eines Weges längs der mit c b e f bezeichneten Linie notwendig sind, ist zu gestatten.

c) Über Verlangen der Gemeinde Wien ist in der Linie G F schwarz ä a b c eine die freie Durchsicht nicht behindernde Einfriedung, ferner in der Linie c d e f in der von der Baubehörde anzugebenden Höhenlage ein gefälliges Gitter auf gemauertem, höchstens 1 m hohem Sockel und ein gepflasterter Bürgersteig nach Angabe der Baubehörde auf Kosten der Eigentümerin der obgenannten beiden Parzellen oder ihrer Rechtsnachfolger herzustellen.

3. Alle aus dem vorstehenden Tauschvertrage und seiner grundbücherlichen Durchführung erwachsenden Kosten und Gebühren, insbesondere auch die Kosten der Plananfertigung trägt Mathilde Fleischmann allein.

Die Baulinie der Pötzleinsdorfer Höhe wird nach der im Plane Zahl 87/XIII ex 1916 des Stadtbauamtes rot gezogenen, mit a b bezeichneten Linie abgeändert.

(P. Z. 11524, M. A. XI a, 10051.) Die dem Privatbeamten Petrus Bon erteilte Zusicherung in den Wiener Gemeindeverband wird an dessen Witwe Marie, sowie deren Sohn Walter übertragen.

(P. Z. 11643, M. B. A. XII, 10850.) Dem Baumeister Ferdinand Freyler wird die Taxe für die Zusicherung in den Wiener Gemeindeverband auf 200 K herabgesetzt.

(P. Z. 11521, M. A. XI a, 9871.) Das Ansuchen des k. u. k. Trainwachtmeisters Josef Kasper um Herabsetzung der Heimatrechtstaxe wird abgewiesen.

Nachstehende Bewerber werden in den Wiener Heimatverband aufgenommen:

(P. Z. 11517, M. B. A. XVIII, 474.) Disponent Johann Drescher gegen eine Taxe von 100 K;

(P. Z. 11519, M. B. A. XIV, 8785) Geburtshelferin Ernestine Katharina Zeller;

(P. Z. 11515, M. B. A. XV, 16656) Wäscherin Marie Kolar;

(P. Z. 11520, M. B. A. XVI, 9706) Motorführer Franz Baumgartner gegen eine Taxe von 80 K.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Hermann** wird beschlossen:

(P. Z. 11494, M. A. VI, 3340.) Die Fahrbahninstandsetzung auf dem Althanplatze vor dem Aufnahmegebäude der k. k. Franz Josefs-Bahn im IX. Bezirke mit den erwachsenden Gesamtkosten von 4145 K 56 h wird nachträglich genehmigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Wessely** wird beschlossen:

(P. Z. 11496, M. A. VI, 2181.) Der Bestandzins für die der Bauunternehmung Franz Holenia & Kon p., I., Bognergasse 7, vermietete städtische Dampfstraßenwalze wird über Ansuchen dieser Firma für die beiden auf den 20. und 27. August 1916 entfallenden Sonntage, an welchen die Maschine nicht in Verwendung stand, von 100 K auf 50 K ermäßigt.

(P. Z. 11495, M. A. VI, 2862.) Dem Ansuchen des k. u. k. Kreiskommandos Olkusz, den Mietzins von 20 K täglich für die dieser Behörde in Bestand gegebene städtische Dampfstraßenwalze an jenen Tagen nachzusehen oder zu ermäßigen, an welchen die Maschine infolge Frostes oder Schneewetter nicht benützt werden kann, wird im Hinblicke auf die geringe Höhe dieses Mietzinses keine Folge gegeben.

(P. Z. 11241, M. A. II, 7425.) Dem Wiener Tierschutzvereine werden für das Jahr 1917 behufs Verteilung an arme und würdige Hundebesitzer 500 Stück Hundesteuermarken zum ermäßigten Preise von 10 K überlassen.

Dem Ansuchen um Verlängerung der Geltungsdauer der Hundesteuermarken des Vorjahres (bis 15. Jänner jedes Jahres) auf den 15. April und um Bewilligung von Ratenzahlungen gegen Ausfolgung der Hundesteuermarke nach Erlag der ersten Rate wird aus grundsätzlichen Rücksichten keine Folge gegeben und hat eine Änderung der bisherigen Praxis nicht platzzugreifen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Braun** wird beschlossen:

(P. Z. 11279, M. A. X, 5114.) Dem Ansuchen der israelitischen Kultusgemeinde um Bewilligung zur teilweisen Abänderung der Einteilung der Gruppe 76 B des Wiener Zentral-Friedhofes gemäß dem vorgelegten Plane vom Juli 1916 wird unter der Bedingung Folge gegeben, daß die Kosten dieser Abänderung der Gruppeneinteilung von der israelitischen Kultusgemeinde getragen werden.

(P. Z. 11501, M. A. X, 10391.) Das Ansuchen des Leopold Weiß um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe 48 F, Reihe 6, Nr. 2 im Wiener Zentral-Friedhofe wird bewilligt.

(P. Z. 11430, M. A. X, 11194.) Das anheimgefallene eigene Grab Gruppe VIII, Reihe 4, Nr. 9 im Simmeringer Friedhofe wird gegen Erlag der tarifmäßigen Gebühr und eines Zuschusses von 50 K dem Johann Dworzak auf die Dauer von 20 Jahren überlassen.

(P. Z. 11431, M. A. X, 10179.) Das Ansuchen des Theodor Quereser, Schweißer, II., Ybbsgasse 46, um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe 56 C, Reihe 14, Nr. 12 im Wiener Zentral-Friedhofe wird bewilligt.

(P. Z. 11388, M. A. X, 10436.) Das Ansuchen des Julius Weißenberger um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe 12 B, Reihe 5, Nr. 5 im Wiener Zentral-Friedhofe wird bewilligt.

(P. Z. 11499, M. A. X, 10763.) Dem Ansuchen der Emilie Barth um Rückvergütung eines Teilbetrages per 600 K von der am 18. September 1916, sub J. A. 18716, anläßlich des Ankaufes einer einfachen Gruft im Wiener Zentral-Friedhofe erlegten Gebühr per 2000 K wird keine Folge gegeben.

(P. Z. 11389, M. A. X, 841.) Dem Konsul Lionel Bondy Bey, Handelsattachee der kaiserl. türkischen Botschaft, III., Seidelgasse 37, wird der Doppelgruftplatz Gruppe 13 B, Nr. 12 in der Kapellenstraße des Wiener Zentral-Friedhofes um den Betrag von 12.000 K unter der Bedingung überlassen, daß dieser Preis binnen acht Wochen beim städtischen Totenbeschreibamte erlegt und die Bestimmungen der Magistrats-Kundmachung vom Juni 1915, M. A. X, 2574/11, eingehalten werden.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Heindl** wird beschlossen:

(P. Z. 11443, M. B. A. I, 19169.) Dem Alois Salzborn, Kaffeesieder, I., Krugerstraße 8, wird der für die Benützung des städtischen Grundes durch einen Reklameständer vorgeschriebene Platzzins von jährlich 100 K für die Dauer des Krieges auf 50 K herabgesetzt.

(P. Z. 11441, M. B. A. I, 14089.) Der für die Tischaufstellung zu entrichtende Platzzins für die Zeit vom 1. Mai 1915 bis 1. Mai 1918 wird mit der Hälfte des bisherigen Betrages bemessen und sohin der von dem Gastwirte Johann Dorner, I., Georg Coch-Platz 3, pro 1916/17 bezahlte Platzzins für die Tischaufstellung vor seinem Betriebslokale im Betrage von 258 K 72 h in der Weise verrechnet, daß die Hälfte dieses Betrages d. i. 129 K 36 h als Platzzins für die Zeit vom 1. Mai 1917 bis 1. Mai 1918 gilt.

(P. Z. 11407, M. A. XXII, 2302.) Die für die Benützung des großen Sitzungssaales im alten Rathause an 16 Abenden durch die Jugendsektion der katholischen Frauenorganisation auflaufenden Beheizungs-, Beleuchtungs- und Reinigungskosten werden mit 150 K pauschaliert.

(P. Z. 11442, M. B. A. I, 30234.) Der Luise Klotz werden von dem für den am Schottenring vor dem Votivparke aufgestellten transparenten Reklamekandelaber rückständigen Platzzins pro 1. Mai 1915 bis 1. Mai 1917 im Betrage von 700 K, 300 K nachgesehen.

Für den Rest von 400 K werden der Gesuchswerberin vierteljährliche Raten, beginnend am 1. Dezember 1916 im Betrage von 100 K bewilligt.

(P. Z. 11440, M. B. A. I, 34341.) Der Rosalia Stockinger wird der für die Tischaufstellung vor ihrem Kaffeehause, I., Rosenbursenstraße 6, rückständige Platzzins pro 1. Mai 1915 bis 1. Mai 1916 im Betrage von 100 K 92 h auf 50 K unter der Bedingung ermäßigt, daß der aushaftende Rückstand sofort beglichen wird.

(P. Z. 11439, M. B. A. 31567.) Der Selchwaren-Verschleißerin Barbara Schubert wird die Entrichtung des Hallenzinses für die Zellen 77 und 100 in der Markthalle I., Stadiongasse vom 1. Juli 1916 bis 1. November 1916 im Betrage von 120 K erlassen.

(P. Z. 11493, M. A. VI, 3319.) Das nach der Schlußrechnung für die Umpflasterung des Börseplatzes im Zuge der Rockhgasse im I. Bezirke über die genehmigten Kosten von 8400 K erwachsene Mehrerfordernis von 90 K wird genehmigt.

(P. Z. 11503, M. A. XII, 20513.) Aus der Franziska Seis'schen Stiftung werden nachstehend ausgetretene Waisenhauszöglinge mit den beigesetzten Beträgen beteilt:

Karoline Weber, geboren 1895, Doppelwaise	60 K
Adolf Peer, geboren 1902, einfach verwaist	60 „
Alfred Zlitowsky, geboren 1902, einfach verwaist	60 „
Josef Hummer, geboren 1902, Doppelwaise	60 „
Franz Hubinger, geboren 1900, Doppelwaise	40 „
Franz Farrenkopf, geboren 1901, einfach verwaist	40 „
Heinrich Prasser, geboren 1901, Doppelwaise	40 „
Anton Ableidinger, geboren 1901, Doppelwaise	40 „
Gustav Kral, geboren 1900, einfach verwaist	40 „
Karl Frank, geboren 1902, einfach verwaist	60 „
Karl Niederlechner, geboren 1902, einfach verwaist	60 „
Otto Leischner, geboren 1902, einfach verwaist	60 „
Franz Libal, geboren 1902, einfach verwaist	60 „
Johann Ehrlich, geboren 1903, einfach verwaist	60 „
Alexander Chadt, geboren 1902, einfach verwaist	60 „

Der Rest des Zinsenerträgnisses per 796 K 40 h wird den kurrenten Einnahmen des allgemeinen Versorgungsfonds zugeführt.

(P. Z. 11489, M. A. III, 7392.) Der Zins der Dachwohnungen Nr. 23, 24, 35 und 36 im Bürgerspitalfondshause I., Freisingergasse 7 wird, wie folgt, festgesetzt:

für die Wohnung Nr. 23 mit 180 K;
für die Wohnung Nr. 24 mit 420 K;
für die Wohnung Nr. 35 mit 80 K;
für die Wohnung Nr. 36 mit 170 K.

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Rain** wird beschlossen:

(P. Z. 11511, M. B. A. II, 296.) Dem Seidenfärber August Berto wird die Taxe für die Aufnahme in den Wiener Heimatverband auf 40 K herabgesetzt.

Gegen Erlag der entsprechenden Taxe wird nachstehenden Bewerbern die Aufnahme in den Wiener Heimatverband zugesichert:

(P. Z. 11486, M. B. A. III, 28066.) Der Privaten Ernestine Kubany;

(P. Z. 11513, M. B. A. VIII, 326) dem mag. pharm. und Kaufmann Emanuel Viktor Gojtan;

(P. Z. 11512, M. B. A. II, 627) der Köchin Marie Findling.

Gegen Erlag der ihrem Aufenthalte entsprechenden Taxe werden in den Heimatverband der Gemeinde Wien aufgenommen:

(P. Z. 11661, M. B. A. III, 21340.) Der k. u. k. Wachtmeister Albert Hawlicek;

(P. Z. 11518, M. B. A. VIII, 192) Der Dr. jur. Emil Johann Burgstaller;

(P. Z. 11514, M. B. A. II, 1138) die Aushilfslehrerin Christine Reischel;

(P. Z. 11585, M. B. A. III, 34927) der Seminar-Direktor Urban Anton Hau.

(P. Z. 11645, M. A. XIa, 10172.) Der auf Grund der §§ 2, 3, beziehungsweise 5 der Heimatgesetznovelle von 224 in den vom Magistrate vorgelegten Verzeichnisse näher bezeichneten Bewerbern aus den Bezirken I bis XXI, sowie außerhalb Wiens erhobene Anspruch auf Aufnahme in den Wiener Heimatverband, beziehungsweise auf Zusicherung dieser Aufnahme wird anerkannt.

(P. Z. 11646, M. A, XIa, 10173.) Dagegen wird der von 36 in dem vorgelegten Verzeichnisse angeführten Personen aus dem I. bis XXI. Bezirke sowie außerhalb Wiens wohnhaft erhobene Anspruch auf Aufnahme in den Wiener Heimatverband abgewiesen.

(P. Z. 11523, M. A. XI, 9727.) Das Ansuchen des in Zürich wohnhaften Konfektionärs Jakob Weiß um Nachsicht und Zurückgabe der von ihm für die erteilte Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband erlegten Taxe von 800 K wird abgewiesen.

(P. Z. 11455, St. Brauh., 1322.) Die von den Vertretern der Gemeinde Wien anläßlich der Verhandlung über den abgeänderten Bauentwurf, betreffend die Ausführung der Durchstiche III und IV am Liesingbach im Gemeindegebiete Rannersdorf abgegebene Erklärung wird mit dem Zusatze nachträglich genehmigt, daß im übrigen die zwischen der Gemeinde Wien und der Liesingtal-Kanalisationskonkurrenz getroffenen, auf Seite 21 der Verhandlungsschrift der k. k. n.-ö. Statthalterei enthaltenen Vereinbarungen auch hinsichtlich der Ausführung und des Bestandes der Durchstiche III und IV am Liesingbach aufrecht bleiben.

(P. Z. 11458, St. L. B., 282.) Der Witwe Josefa Schier nach dem am 14. Oktober 1916 verstorbenen pensionierten Professionisten Karl Schier wird eine jährliche Witwenpension vom 15. Oktober 1916 an in der Höhe von 542 K 40 h bis zur Wiederverehelichung, beziehungsweise anderweitigen Versorgung, weiters ihrem minderjährigen Sohn Karl Friedrich von demselben Zeitpunkte an ein jährlicher Erziehungsbeitrag in der Höhe von 108 K 48 h bis zur erlangten Volljährigkeit bewilligt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11457, St. L. B., 281.) Dem Beamten der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" Karl Wirth wird ab 1. Jänner 1917 ein Jahresgehalt von 2200 K und ein jährliches Quartiergeld von 1200 K zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11647, M. B. A. VIII, 1222.) Dem Ansuchen der Anastasia Ettl um Übernahme der für das Dienstmädchen Julie Humpl im k. k. Wiener allgemeinen Krankenhause aufgelaufenen Verpflegskosten per 89 K 60 h wird ausnahmsweise aus Billigkeitsgründen Folge gegeben.

(P. Z. 11459, St. Stellw. Unt., 99/9.) Den Angestellten der städtischen Stellwagenunternehmung werden Neujahrsgelder unter Zugrundelegung der im Berichte enthaltenen Grundsätze mit dem Höchsterfordernisse von 14.000 K bewilligt.

(P. Z. 11580, St. Stellw. Unt., 1062.) Der Kutscherswitwe Franziska Karasek wird eine Pension in der Höhe von 400 K pro Jahr ab 1. Dezember 1916 mit der Bestimmung zuerkannt, daß dieser Versorgungsgenuß im Falle der Wiederverehelichung eingestellt wird. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z, 11579, St. Brauh., 1346.) Dem Begehren der Firma Hellmann & Glaser in Znaim auf Ersatz des Betrages von 250 K für eine in Verlust geratene Leihplache wird Folge gegeben.

(P. Z. 11286, W. A., 2272.) Der Firma „Union", Industrie komprimierter Gase, werden für die Lieferung flüssiger Kohlensäure vom 1. September 1916 angefangen bis auf Widerruf nachstehende Preise bewilligt:

In Leihflaschen mit 10 kg Inhalt 3 K 80 h, mit 20 kg Inhalt 7 K 60 h samt Zustellung;

in Leihflaschen mit 10 kg Inhalt 3 K 60 h, mit 20 kg Inhalt 7 K 20 h ohne Zustellung;

in Eigentumsflaschen mit 10 kg Inhalt 3 K 70 h, mit 20 kg Inhalt 7 K 40 h samt Zustellung;

in Eigentumsflaschen mit 10 kg Inhalt 3 K 55 h, mit 20 kg Inhalt 7 K 10 h ohne Zustellung.

(P. Z. 11382, M. A. IX, 3538.) Dem vom Pächter der städtischen Wasenmeisterei Ferdinand Wambacher vorgelegten Entwurfe eines Gesellschaftsvertrages für den Betrieb einer Gesellschaft zum Betriebe der städtischen Wasenmeisterei und thermochemischen Fabrik, Ges. m. b. H., wird unter der Bedingung zugestimmt, daß die zu gründende Gesellschaft der Gemeinde Wien gegenüber die schriftliche Erklärung abgibt, daß sie in den Vertrag der Gemeinde Wien mit Ferdinand Wambacher an Stelle des letzteren vorbehaltlos eintritt und diesen Vertrag nachträglich mitfertigt.

(Vize-Bürgermeister Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Zatzka** wird beschlossen:

(P. Z. 11568, M. A. III, 11625.) Zur Ergänzung der im Grundbuche Lainz unter Einl.-Z. 711 inneliegenden Kat.-Parz. 274/79, beziehungsweise der im genannten Grundbuche unter Einl.-Z. 719 inneliegenden Kat.-Parz. 274/866 überläßt die Gemeinde Wien

der Gemeinnützigen Familienhäuser-Bau- und Wohnungs-Genossenschaft „Ostmark" in Wien von der im Verzeichnisse des öffentlichen Gutes der Katastralgemeinde Speising vorgetragenen Kat.-Parz. 611/9 die im Plane des Zivilgeometers Spellak vom September 1916 durch blaue Umränderung angedeuteten und mit den Buchstaben g d f (g) und d h i f (d) umschriebenen Teile im Ausmaße von 32·23 und 103·94 m², beziehungsweise von der gleichfalls im Verzeichnisse des öffentlichen Gutes der Katastralgemeinde Speising vorgetragenen Kat.-Parz. 611/1 den mit K o n m (k) umschriebenen Teil im Ausmaße von 176·80 m², insgesamt somit Grundflächen im Ausmaße von 312·97 m² um den Pauschalpreis von 4700 K und unter folgenden Bedingungen:

1. Der Kaufpreis ist binnen 14 Tagen nach Verständigung der Genossenschaft von der Annahme ihres Anbotes durch den Wiener Stadtrat fällig.

2. Die Übergabe der verkauften Grundteile in den Besitz der Genossenschaft kann erst dann erfolgen, wenn die im Wege vorhandenen Einbauten entfernt sein werden, und wenn bezüglich des im Plane A vom Sep.ember 1916 mit den Buchstaben d h i f g (d) umschriebenen Wegteiles, auf welchen von dem Grundstücke Kat.-Parz. 346/2 Speising ein Ausgang besteht, von der Genossenschaft nachgewiesen worden ist, daß sie mit den Besitzern der Kat.-Parz. 346/2 Speising ein Übereinkommen wegen Auflassung oder Verlegung dieses Ausganges geschlossen hat.

3. Der letzterwähnte Grundteil ist aber auch nach erfolgter Übergabe solange von dem Verbaue auszuschließen und nur als Gartengrund zu verwenden, als nicht eine entsprechende Ergänzung desselben, beziehungsweise des anstoßenden Baustellenteilen Kat.-Parz. 274/79, Einl.-Z. 711 Lainz stattgefunden hat.

4. Sämtliche mit der Errichtung des Vertrages und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren trägt die Käuferin allein.

(P. Z. 11283, M. A. XV, 596.) In Abänderung des Stadtrats-Beschlusses vom 18. Februar 1915, P. Z. 1904, wird der Turnsaal der Mädchen-Bürgerschule XVI., Lorenz Mandl-Gasse 58, dem Ottakringer Lehrer-Hilfs-Komitee gegen jederzeit möglichen Widerruf täglich in der Zeit von 9 Uhr früh bis halb 2 Uhr nachmittags unter denselben Bedingungen, wie im genannten Stadtrats-Beschlusse zur allgemeinen Mitbenützung überlassen.

Bedungen wird noch, daß die Gemeinde Wien für Beschädigungen am Schulgebäude und an den Turngeräten oder anderen im Turnsaale befindlichen Schulinventargegenständen, beziehungsweise etwaigen Abgängen vollkommen schadlos zu halten ist.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Poyer** wird b e s c h l o s s e n:

(P. Z. 11422, M. A. III, 16085.) Die Gemeinde Wien als Eigentümerin des Hauses XIII., Penzingerstraße 59, gibt im Sinne des Punktes VII des mit der k. k. Post- und Telegraphen-Direktion für Niederösterreich vereinbarten Mietvertrages und Entwurfes die Zustimmung zu den dort angeführten Adaptierungen, und zwar unter nachstehenden Bedingungen:

1. Die k. k. Post- und Telegraphen-Direktion trifft mit der Mieterin der über dem Postamte befindlichen Räume der k. k. Bezirkshauptmannschaft Hietzing-Umgebung selbst ein Übereinkommen betreffs der Räumung der für die Vornahme der Auswechslung der 0·30 m starken Mauer in Betracht kommenden Räume.

2. Sollte bei Durchführung der Arbeit sich die Notwendigkeit ergeben, die Decken vollständig auszuwechseln, so hat dies die k. k. Postverwaltung auf ihre Kosten zu veranlassen und auch die hiemit verbundenen Arbeiten (Fußbodenherstellung, Verputzausbesserung, Instandsetzung der Malereien) in den über den zu adaptierenden Bestandteilen befindlichen Räumen auf ihre Kosten durchzuführen.

3. Die k. k. Postverwaltung haftet der k. k. Bezirkshauptmannschaft Hietzing-Umgebung gegenüber allein für die klaglose Durchführung der Arbeiten und der Gemeinde Wien gegenüber für alle infolge Vornahme der Adaptierungen entstandenen Gebäudeschäden.

4. Dem Stadtbauamte ist ein Konsensplan über die vorzunehmenden Adaptierungen zur Verfügung zu stellen.

(P. Z. 11374, M. A. III a, 678.) Das neuerliche Ansuchen der Eheleute P a t z a k um käufliche Überlassung der ihnen zufolge Gemeinderats-Beschlusses vom 10. Juli 1914, P. Z. 9761, in Baurecht verliehenen Baustelle Einl.-Z. 286 Grundbuch Ober-Baumgarten, wird abgewiesen.

(P. Z. 11277, M. A. X, 9626.) Dem Hausbesitzer Franz W e i n r a n k, XIII., Lainzerstraße 25, wird die Gartenspitzgruft Gruppe XXIV, Nr. 1, im Hietzinger Friedhofe gegen Erlag einer Gebühr von 6300 K auf die Dauer des Friedhofsbestandes überlassen.

Sollte die erste Leiche, die in dieser Gruft zur Bestattung gelangt, nicht zugewiesen sein, dann ist die Gebühr auf den Betrag von 14.000 K zu erhöhen.

(P. Z. 11573, M. A. X, 11165.) Die Anlage von je vier Gartengruftplätzen im alten Teile des Meidlinger Friedhofes in der Fortsetzung der beiden Gruftreihen zu beiden Seiten der Zufahrtsstraße zum Verwaltungsgebäude mit einem Ausmaße von 3·60 m Länge und 4·00 m Breite wird genehmigt.

Die Gebühr für einen großen Gruftplatz in der 1. Reihe beträgt 5000 K, in der 2. Reihe 4000 K für Zugewiesene; für dem Friedhofe nicht Zugewiesene ist die doppelte Gebühr zu entrichten.

Die Plätze sind zu bezeichnen und in der Reihenfolge zu vergeben, wie dies in der Aufnahmeschrift vom 1. Dezember 1916 vorgeschlagen ist.

Bei dem Bau einer jeden Gruft (nach Wahl der Parteien eine Mittelgruft für sechs oder eine Doppelgruft für neun Leichen, diese aber mit einem einfachen Einlasse) ist an jeder Seite ein gleich breiter Streifen freizulassen, der mit einer gärtnerischen Anpflanzung zu versehen ist.

Die Ausführung des Gruftbaues wird der Partei überlassen; wenn die Verhältnisse es erlauben, ist die Gemeinde bereit, den Bau auf Kosten der Parteien auszuführen.

(P. Z. 11578, M. A. XV, 10275.) Dem Apostolat der christlichen Töchter in Wien-Hetzendorf wird gegen jederzeit möglichen Widerruf der Zeichensaal top. Nr. 1 = 46 der Mädchen-Bürgerschule XII., Hetzendorferstraße 66, an jedem dritten Sonntage im Monate in der Zeit von 6 Uhr bis 8 Uhr abends zur Abhaltung von Vereinsversammlungen unter den üblichen Bedingungen und Bezahlung des jährlich 4 K 20 h betragenden

Beheizungspauschales und des jährlich 5 K betragenden Beleuchtungspauschales zur Mitbenützung überlassen.

(P. Z. 11444, M. B. A. II, 3/68/V.) Der Beschwerde der Ella Petelin, II., Wehlistraße 155/50, gegen die Entscheidung des magistratischen Bezirksamtes für den II. Bezirk, mit welcher ihr Ansuchen um die Bewilligung zur Aufstellung eines Kastanienbratofens auf städtischem Grunde im II. Bezirke Stephaniestraße—Ecke Kleine Sperlgasse wegen Fristversäumnis zurückgewiesen wurde, wird aus Billigkeitsgründen Folge gegeben.

(P. Z. 11657, M. A. III, 16482.) Für die Ausstattung des Deckenspiegels im großen Saale des Baumgartner Kasinos XIII., Linzerstraße 297, wird ein bedeckter Kostenbetrag von 2000 K genehmigt.

Die Durchführung der Arbeit wird dem akademischen Maler Rudolf Sagmeister auf Grund des vorgelegten Kostenanschlages übertragen.

(Vize-Bürgermeister Rain übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hoß** wird beschlossen:

(P. Z. 11362, M. D., 8987.) Der städtische Amtsdiener II. Bezugsklasse Karl Nedoma wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Amtsdiener 1. Bezugsklasse mit dem Range vom 24. Oktober 1916 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11464, St. G. W., 2954.) Der Lithograph der städtischen Gaswerke Johann Walter wird mit einem Ruhegehalt von jährlich 1173 K 75 h in den bleibenden Ruhestand versetzt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11366, M. D., 8799.) Der Kanzlei-Praktikant Gustav Bruckner wird im Wege der Zeitbeförderung zum Kanzlei-Akzessisten in der XI. Rangsklasse mit dem Range vom 13. November 1916 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11461, St. G. W., 2757.) Dem technischen Beamten Franz Brychta wird in Anwendung der Bestimmungen des Gemeinderats-Beschlusses vom 11. Juli 1913, P. Z. 10743, das Definitivum im Sinne der Dienstordnung für die definitiv angestellten Beamten und Diener der städtischen Gaswerke und der städtischen Elektrizitätswerke in Wien verliehen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11364, M. D., 8971.) Der städtische Kanzlei-Offizial Albert Scheidl wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzlei-Ober-Offizial in der IX. Rangsklasse mit dem Range vom 17. November 1916 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11363, M. D., 8858.) Der städtische Bauaufsichts-Praktikant Anton Javorcky wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Bauaufsichts-Assistenten in der XI. Rangsklasse mit dem Range vom 12. November 1916 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11463, St. G. W., 2927.) Der Gaskassier der II. Gehaltsklasse, 1. Gehaltsstufe Emil Tschauner wird im Wege der Zeitbeförderung zum Gaskassier der I. Gehaltsklasse (Gehalt 2100 K, Quartiergeld 1100 K), mit dem Range vom 12. Oktober 1916 befördert. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11380, M. A. IX, 5781.) Der Marktdiener Ignaz Kreitner wird mit einem Ruhegehalte von 2800 K jährlich in den bleibenden Ruhestand versetzt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11369, M. D., 9255.) Dem pensionierten Ratsdiener Leopold Kubin wird die als Taglöhner zugebrachte dreijährige Gemeindedienstzeit gnadenweise angerechnet und sein Ruhegehalt, mit 95·2 Prozent der Steigerungsquote und mit 95·2 Prozent des Quartiergeldes, das sind 761 K 60 h als Mietzinsbeitrag, zusammen sohin mit 2570 K 40 h jährlich bemessen.

Der neue Ruhegehalt einschließlich der Steigerungsquote ist vom ersten Tage des auf den bezüglichen Gemeinderats-Beschluß folgenden Monates, der neue Mietzinsbeitrag vom ersten Tage des folgenden Zinsquartales flüssig zu machen.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend; an den Gemeinderat.)

(P. Z. 11287, St. G. W., 2822.) Der Praktikant Franz Arbter wird ihm Wege der Zeitbeförderung zum Kanzleibeamten der IV. Gehaltsklasse, 3. Gehaltsstfe (Gehalt 1700 K, Quartiergeld 1000 K), mit dem Range vom 29. Mai 1916 befördert.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11365, M. D., 8998.) Der städtische Kanzlei-Ober-Offizial Franz Petzl wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzlei-Direktions-Adjunkten in der VIII. Rangsklasse mit dem Range vom 22. Oktober 1916 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11367, M. D., 8525.) Der städtische Kanzlei-Praktikant Herbert Nader wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzlei-Akzessisten in der XI. Rangsklasse mit dem Range vom 20. Juni 1915 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11406, M. A. XIX, 1420.) Im Stande des Steueramtes wird zum Ober-Kontrollor in der VII. Rangsklasse der Steueramts-Kontrollor Emanuel Scheckenbacher im Wege der Stellenbeförderung ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11370, M. A. II, 2677 u. f.) Es werden folgende Subventionen für Gartenbau- und Verschönerungsvereine und für den Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz in Niederösterreich pro 1916 bewilligt:

1. K. k. Gartenbau-Gesellschaft, I., Kaiser Wilhelm-Ring 12, 600 K.

2. Verschönerungsverein Hacking, XIII., Auhofstraße 205, 600 K.

3. Pötzleinsdorfer Verschönerungsverein, XVIII., Pötzleinsdorferstraße 70, 600 K.

4. Verschönerungs-Komitee „Salmannsdorf", XVIII., Sulzweg 6, 600 K.

5. Garten- und Obstbaukasino Gersthof, XVIII., Scheidlstraße 35, 500 K.

6. Verein der Gärtner und Gartenfreunde in Döbling, XIX., Döblinger Hauptstraße 76, 100 K.

7. Sieveringer Wohltätigkeits- und Verschönerungsverein, XIX., Sieveringerstraße 93, 600 K.

8. Jedleseer Verschönerungsverein, XXI., Anton Bosch-Gasse 20, 600 K.

9. Verschönerungsverein Spitz an der Donau, 50 K.

10. Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz in Niederösterreich, IV., Favoritenstraße 5, 600 K.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11665, St. G. W. 8407.) Nach dem Antrage der Direktion der städtischen Gaswerke werden den Beamten, die bei Durchführung der außergerichtlichen Schätzung der Anlagen der Österreichischen Gasbeleuchtungs-Aktiengesellschaft mitgewirkt haben, Anerkennungsgaben gewährt.

(P. Z. 11651, M. D., 9415.) Der städtische Kanzlei-Offizial Rudolf Arnold wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzlei-Ober-Offizial in der IX. Rangsklasse mit dem Range vom 1. Dezember 1916 ernannt (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11667, St. G. W. 8338.) Für die Weihnachtsbeteilung der Kinder der städtischen Gaswerksbediensteten wird ein Betrag von 76.000 K bewilligt.

Die präliminarmäßig nicht bedeckte Mehrauslage von 46.000 K findet ihre Bedeckung im Gebarungsüberschuß.

(P. Z. 11666, St. G. W., 8406.) Dem Antrage der Direktion der städtischen Gaswerke gemäß werden an Beamte der Buchhaltung der städtischen Gaswerke Anerkennungsgaben im Gesamtbetrage von 3550 K gewährt.

(P. Z. 11673, M. A. XIV, 3878.) Den Ausmessern und Vermessungshilfsarbeitern, die länger als ein Jahr dienen, wird eine Weihnachtsgabe von je 20 K, jenen Vermessungshilfsarbeitern, die eine kürzere Dienstzeit haben, wird eine solche von je 10 K bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(Vize-Bürgermeister Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Tomola** wird beschlossen:

(P. Z. 11488, Bez. Sch. R., 10019.) Die provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XIII. Bezirke, Vierthalergasse 13, Marie Anna Hofmeister, welche derzeit an der Bürgerschule für Mädchen XIV., Märzstraße 72, in Verwendung steht, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 16. März 1916 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XIV. Bezirke, Märzstraße 72, gemäß § 46 des n.-ö. Landesgesetzes vom 29. März 1912, L.-G.-Bl. Nr. 60, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11487, B. Sch. R., 10002.) Die provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im II. Bezirke, Wolfgang Schmälzl-Gasse 15, Emile Last, wird mit Rechtswirksamkeit vom 14. Jänner 1916 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Kasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im II. Bezirke, Wolfgang Schmälzl-Gasse 15, gemäß § 46 des niederösterreichischen Landesgesetzes vom 29. März 1912, L.-G.-Bl. Nr. 60, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11253, M. A. XV, 9957.) Gemäß § 86 des Gesetzes vom 26. August 1916, L.-G.-Bl. Nr. 189, wird die Zustimmung erteilt, daß dem Oberlehrer Leopold Newes, den Bürgerschullehrern Maxentius Margreiter, Leopold Umlauf und Josef Fehlinger und dem Volksschullehrer I. Klasse Johann Museditsch die Pension und die Quartiergeldpension im Ausmaße des zuletzt bezogenen anrechenbaren Jahresbezuges gewährt wird. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hierhammer** wird beschlossen:

(P. Z. 11327, W. A., 1888.) 1. Die Auflage des Kommunalalenders für das Jahr 1917 in 6500 Exemplaren mit ungefähr 1300 Textseiten und die hiefür nach den Bestimmungen des Stadtrats-Beschlusses vom 20. Dezember 1911, P. Z. 18133, erwachsenden Auslagen werden (zirka 30.550 K) genehmigt.

2. Zur Deckung der anläßlich der Herausgabe dieser Auflage erwachsenden Mehrkosten für Buchbinder- und Buchdruckerarbeiten wird der Firma Gerlach & Wiedling eine Aufzahlung von 3000 K auf die ihr nach den bestehenden Vertragsverhältnissen gebührende Entlohnung bewilligt.

Der Magistrat wird beauftragt, mit der Firma Gerlach & Wiedling wegen Vereinfachung, beziehungsweise Einschränkung des Umfanges des nächstjährigen Kommunalkalenders rechtzeitig in Verhandlung zu treten.

(P. Z. 11660, M. A. VIII, 3098.) Die Auszahlung von Neujahrsgeldern bei den Betriebsleitungen der Ersten und Zweiten Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung im Betrage von 1084 K (bedeckt) gemäß dem Magistrats-Antrage wird genehmigt.

(P. Z. 11424, M. A. III, 14099.) Für die Mitüberwachung der öffentlichen Gartenanlagen und Alleen im Jahre 1915 wird der k. k. Sicherheitswache eine Remuneration im Betrage von 3000 K gewährt.

(P. Z. 11421, M. A. III, 16153.) Der Verfügung des Herrn Bürgermeisters, betreffend das Anbot der Firma August Ungethüm auf das in den Schlagorten Poigenau und Zeinetau des Forstwirtschaftsbezirkes Mannswörth angefallene Nußholz wird zu den im Berichte des Forst-Inspektors gestellten Bedingungen die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11385, M. A. X, 11283.) Zur Bestreitung der Kosten im Kaiserjubiläums-Spitale für die für die zivilen Kranken und die Militärpersonen gesondert zu veranstaltenden Weihnachtsfeiern wird ein Betrag von 3100 K genehmigt, zu dessen teilweiser Deckung der aus früheren Weihnachtsfeiern erübrigte Restbetrag heranzuziehen ist.

(P. Z. 11014, M. A. XVI, 32099.) Den Konzeptsbeamten, welche bei der auf Grund der Ministerial-Verordnung vom 20. Juli 1916, R.-G.-Bl. Nr. 225, in der Zeit vom 4. August bis 12. August 1916 durchgeführten Beschlagnahme von Kraftwagenbereifungen bei dem Übernahms-Kommissionen im Neuen Wiener Rathause tätig waren, wird mit Rücksicht auf ihre außerordentliche

Mühewaltung außerhalb des Gebührennormales eine tägliche Entschädigung von 10 K zuerkannt.

Die hiedurch erwachsenen Auslagen im Betrage von 520 K werden von der Gemeinde Wien nur vorschußweise bestritten. Der Ersatz ist gemäß § 37 der Mobilisierungs-Instruktion vom gemeinsamen Kriegsetat im Wege des k. u. k. Militär-Kommandos Wien anzusprechen.

(P. Z. 11483, M. D., 9521.) Dem Magistrats-Sekretär Josef Czasta wird ab 1. Dezember 1916 auf die Dauer seiner gleichzeitigen Dienstleistung als Vorstand der Magistrats-Abteilung XX und als zugeteilter Beamter des magistratischen Bezirksamtes für den XX. Bezirk eine in die Pension nicht einrechenbare Diensteszulage von 100 K monatlich bewilligt.

(P. Z. 11276, M. A. XXII, 2997.) Die Gemeinde Wien übernimmt im Interesse des gesicherten Bestandes der Zweiten Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung (Höllquellenleitung) zwei Drittel der Kosten der von der k. k. Forst- und Domänen-Direktion Wien auszuführenden und mit einem Gesamterfordernisse von ungefähr 600 K veranschlagten Sicherungsarbeiten auf dem linken Salzaufer in Weichselboden.

(P. Z. 11410, M. A. II, 4733.) Der Magistratsratswaise Leopoldine Bukowsky wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 400 K bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11275, M. A. VIII, 2492.) Die Forstverwaltung Naßwald wird ermächtigt, dem städtischen Holzknechte Rudolf Binder zwecks Erneuerung einer Brunnenleitung zu seinem Anwesen das hiezu erforderliche Holz — ungefähr 8 fm^3 — ausnahmsweise zum Preise von 2 K für den Kubikfestmeter „am Stock" abzugeben.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Wessely** wird beschlossen:

(P. Z. 11658, M. A. VI, 3055.) Zwecks Beschaffung und Erhaltung der für die Aufrechterhaltung des städtischen Fuhrwerksbetriebes unverläßlich notwendigen Betriebsmittel wird der Magistrat ermächtigt, in allen Fällen, wo städtische Unternehmer infolge der durch die lange Dauer eingetretenen Schwierigkeiten ihre vertragsmäßigen Verpflichtungen nicht erfüllen können, solche Betriebsmittel und deren Instandsetzung fallweise durch die Betriebsleitung im Handeinkaufe bestellen und anschaffen zu lassen.

Auch wird der Magistrat ermächtigt, einzelne Wagnerarbeiten für den Fuhrwerksbetrieb durch die städtische Stellwagenunternehmung im Einvernehmen mit dieser ausführen zu lassen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dr. Haas** wird beschlossen:

(P. Z. 11383, M. A. X, 8599.) Dem Ansuchen des städtischen Sanitäts-Ober-Aufsehers Franz Bambas um Verleihung des Definitivums unter Anrechnung seiner als Kanal-Aufseher vollstreckten Dienstzeit wird keine Folge gegeben.

(P. Z. 11379, M. A. IX, 6404.) Der städtische Ober-Tierarzt Franz Waas wird im Wege der Zeitbeförderung zum Veterinäramts-Inspektor in der VII. Rangsklasse mit dem Range vom 23. September 1916 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11425, M. A. III, 2911.) Das Anbot der durch Dr. Hans Adler, Hof- und Gerichtsadvokat, I., Freyung 7, vertretenen Eigentümer der Liegenschaft Einl.-Z. 725 und 727 Landstraße, Kainergasse 3/5, mit einem Katastralausmaße von zirka 2078 m^2 der Gemeinde Wien um den Preis von 140.000 K zu verkaufen, wird wegen der zu hohen Forderung abgelehnt.

(P. Z. 11500, M. A. X, 10551.) Die Mitteilung des k. k. Hofrates und o. ö. Universitätsprofessors Dr. Alexander Kolisko, daß er vom 1. Oktober 1916 auf die Stelle eines Prosektors der Gemeinde Wien verzichtet, wird zur Kenntnis genommen und ihm bei diesem Anlasse für seine der Gemeinde Wien durch 18 Jahre geleisteten hervorragenden Dienste als Prosektor der Dank und vollste Anerkennung der Gemeinde ausgesprochen.

Der o. ö. Universitätsprofessor Dr. Albin Haberda wird unter gleichzeitiger Enthebung von der Stelle als I. Prosektor-Stellvertreter vom 1. Oktober 1916 zum Prosektor der Gemeinde Wien mit einem jährlichen Ehrensolde von 4000 K bestellt.

Professor Dr. Friedrich Reuter wird zum I. Prosektor-Stellvertreter und der Privat-Dozent Dr. Karl Meixner zum II. Prosektor-Stellvertreter vom 1. Oktober 1916 an bestellt und ihnen für diese Tätigkeit ein Jahres-Ehrensold von je 2000 K zuerkannt.

Die Prosektoren übernehmen die Verpflichtung, die sanitätspolizeilichen Obduktionen im Sinne der bestehenden Vorschriften ohne Verzug zur bestimmten Stunde vorzunehmen, allfällige Vorträge erst nach Beendigung der Obduktionen und nach Fertigungen des Befundes abzuhalten und die erforderlichen leichteren chemischen Analysen ohne besondere Entschädigung durchzuführen.

Das Dienstverhältnis des Prosektors kann gegen beiderseitige Kündigung, das der Prosektor-Stellvertreter gegen einmonatliche Kündigung gelöst werden.

Im Falle beiderseitigen Einverständnisses ist auch eine sofortige Lösung des Dienstverhältnisses zulässig.

Die Stelle eines III. Prosektor-Stellvertreters wird derzeit nicht besetzt.

Das jährliche Mehrerfordernis von 2000 K wird genehmigt und für das Verwaltungsjahr 1916/17 ein Zuschußkredit zur Ausgabs-Rubrik XXXII 6 in der vollen Höhe des auf das laufende Geschäftsjahr entfallenden Betrages bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11285, M. A. XXII, 2128.) Die Gemeinde Wien erteilt als Patron ihre Zustimmung zur Anschaffung eines Hochaltarteppichs, zweier Seitenaltarteppiche und zweier Kniebänke für die beiden Seitenaltäre der städtischen Patronatspfarrkirche „Maria Geburt" am Rennweg im III. Bezirke im Gesamtbetrage von 1077 K und zur Bestreitung dieser Auslage aus der Kirchenkassa der genannten Pfarrkirche.

(P. Z. 11392, M. A. XIV, 3322.) Die Kanaleinmündungsgebühr für die von der Firma Siemens & Halske zu errichtenden provisorischen Lagerschupfen auf den Liegenschaften Einl.-Z. 3786 und 3787 des III. Bezirkes an der Drorygasse wird im Sinne des § 7 des Kanaleinmündungsgebührengesetzes derart ermäßigt, daß an Stelle der vollen Gebühr im Betrage von 1224 K die fünfprozentigen Zinsen, das sind 61 K 20 h jährlich vom Tage der Baubewilligung angefangen an die städtische Hauptkassa entrichtet werden.

Sollte nachträglich eine Änderung in den die Gebührenerleichterung begründenden Verhältnissen eintreten, so ist der Stadtrat berechtigt, die diesen geänderten Verhältnissen entsprechende Ergänzungsgebühr einzuheben.

(P. Z. 11491, M. A. III, 12847.) Der Mietzins für das Gewölbe Nr. 1 im Bürgerspitalfondshause III., Rasumofskygasse 2, wird mit 50 K jährlich bestimmt.

(P. Z. 11556, M. A. II, 3992.) Der Sanitätsdienerswitwe Cäcilia Wakolbinger wird die Gnadengabe auf jährlich 480 K erhöht.

(P. Z. 11536, M. A. II, 4108.) Der Sanitätsdienerswitwe Therese Metzner wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 360 K bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11246, M. A. X, 8517.) Den Assistenten und Sekundarärzten des Kaiserjubiläums-Spitales werden für Mehrleistungen anläßlich des Krieges die in der Tabelle vom 5. Oktober 1916 verzeichneten Anerkennungsgaben im Gesamtbetrage von 4605 K zuerkannt.

Zur Deckung dieses Erfordernisses wird zur Ausgabs-Rubrik II des Voranschlages des Kaiserjubiläums-Spitales der erste Zuschußkredit im Betrage von 4605 K bewilligt.

(P. Z. 11384, M. A. X, 9404.) Der Magistrat wird ermächtigt, in den städtischen Sanitätsstationen, sofern nicht die Kasernierung verfügt wird, im Bedarfsfalle für die im Kranken- und Leichentransportdienste beschäftigten Mannschaften einen Bereitschaftsdienst anzuordnen, den auch dienstfreie Mannschaften zu leisten haben.

Als Entschädigung für die hiedurch angeforderte Mehrdienstleistung werden den im Kranken- und Leichentransportdienste beschäftigten Dienern und Kutschern Bereitschaftszulagen in der Höhe von 1 K 20 h per Mann und Tag, den Wagenwaschern, Pferdewärtern, Reinigungsfrauen und Wäscherinnen Bereitschaftszulagen in der Höhe von 1 K per Mann und Tag, zugestanden.

Die hiefür erforderliche Auslage im Jahresbetrage von rund 44.000 K (für den Rest der Verwaltungsjahre 1916/17 von rund 30.000 K) wird bewilligt und zur Deckung auf Ausgabs-Rubrik LII 29 (Kriegsauslagen) verwiesen. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11445, M. B. A. III, 32917.) Der Rekurs des Anton Brauneis gegen die Entziehung des Sodawasserwagen-Standplatzes bei der Karolinenbrücke am Heumarkt im III. Bezirke wird abgewiesen.

(P. Z. 11278, M. A. X, 9606.) Für die Durchführung des Rettungsdienstes im Wiener Zentral-Friedhofe zu Allerheiligen 1916 wird den zu diesem Dienste herangezogenen Ärzten des Stadtphysikates eine Remuneration von 150 K und der Sanitätsmannschaft eine solche von 75 K gewährt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Tomola** wird beschlossen:

(P. Z. 11506, M. A. XV, 10817.) Auf Grund des Anbotes der Verlagsfirma L. u. A. Last vom 11. November 1916 werden je ein Klavierauszug des „Weihnachtsliedchens" von Viktor Kehldorfer für alle Volks- und Bürgerschulen und Kindergärten der Gemeinde Wien und je 10 Singstimmen dieses Liedchens für jede Volks- und Bürgerschule angekauft.

(P. Z. 11391, M. A. XII a, 340.) 51 Exemplare des Büchleins „Ein Sträußlein aus dem Kindergarten", verfaßt von der städtischen Ober-Kindergärtnerin Adele Seliger, werden um den Anschaffungspreis von 45 K 90 h angekauft.

(P. Z. 11398, M. A. XV, 10169.) Einem Schuldiener 2. Klasse wird ein Gehaltsvorschuß im Betrage von 400 K gegen Rückzahlung in 30 gleichen und ununterbrochenen monatlichen Raten bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11454, B. Sch. R., 6569.) Zur definitiven Versetzung des Volksschullehrers I. Klasse Michael Schwarz aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Knaben VII., Burggasse 16, an die allgemeine Volksschule für Knaben VII., Zollergasse 41, vom Beginne des Schuljahres 1917/18 an wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11453, B. Sch. R., 11244.) Zur definitiven Versetzung der Anna Dohnal aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Mädchen XX., Leystraße 36, an die allgemeine Volksschule für Mädchen XX., Karajangasse 14, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11136.) Der Bericht des Magistrates über eine Anfrage des St.-R. Wippel, betreffend die zu geringe Ausnützung der Belagsmöglichkeit von Schulen im X. Bezirke durch die Heeresverwaltung sowie die Beschädigung fremden Eigentums durch Schulkinder, wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 11396, M. A. XV, 10414.) Die Gemeinde Wien erteilt gemäß § 56 des Gesetzes vom 30. November 1907, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 171, ihre Einwilligung zur Übernahme der fachlichen Fortbildungsschule für Klavier- und Orgelbauer in Wien in die Verwaltung des Fortbildungsschulrates Wien, und zwar rückwirkend vom 1. Oktober 1912.

(P. Z. 11075, M. A. XV, 10296.) Dem Ansuchen der Bürgerschullehrerin aus Budapest, Anna Erdélyi, um die Überlassung von Lehrzimmern in städtischen Schulen zur Abhaltung eines unentgeltlichen Kurses zur Erlernung der ungarischen Sprache wird Folge gegeben.

(P. Z. 11652, M. A. III a, 1385.) 1. Der Bericht über die Tätigkeit der städtischen Auskunftei für die Vermietung von Sommerwohnungen in Niederösterreich bezüglich des Jahres 1916 (XVI. Betriebsjahr) wird zur Kenntnis genommen.

II. Der Bericht über die Tätigkeit der städtischen Auskunftei für die Vermietung von möblierten Wohnungen und Zimmern in Wien im II. Betriebsjahre (15. August 1915 bis 15. August 1916) wird zur Kenntnis genommen.

III. Den der Magistrats-Abteilung III a zugewiesenen Kanzleiorganen, welche den Dienst in den beiden Auskunfteien besorgten, sowie dem Vorstande dieser Abteilung werden die vom Magistrate beantragten Remunerationen bewilligt.

(P. Z. 11576, M. A. XV, 10363.) Dem Ansuchen des derzeit zur Kriegsdienstleistung eingerückten provisorischen Lehrers II. Klasse Franz Geißler um die Bewilligung zum Fortbezug der halben Jahresremuneration während der Dauer der Ableistung seines Einjährig-Freiwilligen-Präsenzdienstjahres wird wegen der zu kurzen Dauer seiner bisherigen Verwendung im städtischen Schuldienste grundsätzlich keine Folge gegeben.

(P. Z. 11402, M. A. XV, 8982.) Dem Ansuchen des derzeit zur Kriegsdienstleistung eingerückten provisorischen Lehrers II. Klasse Karl Merwart um die Bewilligung zum Bezuge der halben Jahresremuneration während der Dauer der Ableistung seines Einjährig-Freiwilligen-Präsenzdienstjahres wird wegen der zu kurzen Dauer seiner bisherigen Verwendung im städtischen Schuldienste grundsätzlich keine Folge gegeben.

(P. Z. 11404, M. A. XV, 10051.) Dem derzeit zur Kriegsdienstleistung eingerückten provisorischen Lehrer II. Klasse Alfred Ricker wird während der Dauer der Ableistung seines Einjährig-Freiwilligen-Präsenzdienstes, das ist vom 16. September 1916 bis 27. August 1917, gnadenweise der Fortbezug der halben Jahresremuneration zuerkannt.

(P. Z. 11401, M. A. XV, 8661.) Dem derzeit zur Kriegsdienstleistung eingerückten provisorischen Lehrer II. Klasse Heinrich Hausknecht wird während der Dauer der Ableistung seines Einjährig-Freiwilligen-Präsenzdienstjahres, das ist vom 16. September 1916 bis 27. August 1917, gnadenweise der Fortbezug der halben Jahresremuneration zuerkannt.

(P. Z. 11399, M. A. XV, 9537.) Dem neuerlichen Ansuchen um die gnadenweise Zuerkennung des Fortbezuges der halben Jahresremuneration seitens des derzeit zur Kriegsdienstleistung eingerückten, aushilfsweise bestellten provisorischen Lehrers II. Klasse Otto Langer, nach Ableistung seines Einjährig-Freiwilligen-Präsenzdienstjahres, das ist also über die Zeit nach dem 22. November 1915 hinaus, wird grundsätzlich und zur Vermeidung der Schaffung eines Berufungsfalles keine Folge gegeben.

(P. Z. 11403, M. A. XV, 9572.) Dem Ansuchen des derzeit zur Kriegsdienstleistung eingerückten provisorischen Lehrers II. Klasse Otto Stummer um die Bewilligung zum Bezuge der halben Jahresremuneration während der Dauer der Ableistung seines Einjährig-Freiwilligen-Präsenzdienstjahres wird wegen der zu kurzen Dauer seiner bisherigen Verwendung im städtischen Schuldienste grundsätzlich keine Folge gegeben.

(P. Z. 11371, M. A. II, 4002 u. f.) Es werden folgende Subventionen für humanitäre Vereine, die sich mit der Armenkinderpflege befassen, pro 1916 bewilligt:

Katholischer Waisenhilfsverein, I., Wollzeile 20, 1500 K.

Zentral-Krippenverein, I., Seilerstätte 10, 4000 K.

Zentral-Krippenverein, I., Seilerstätte 10, für die Kaiserin Elisabeth-Krippe, XIX., Nußberggasse 14, 1000 K.

Ferienkolonienverein „Gute Herzen" zur Schaffung von Wohlfahrtseinrichtungen für arme Schulkinder ohne Unterschied der Konfession, I., Schottenring 13, 100 K.

Verein „Säuglingsfürsorge", I., Maximilianstraße 5, 2000 K.

Verein zur Unterstützung mittelloser taubstummer Schulkinder in Wien, I., Herrengasse 23, 800 K.

Elternverein „Pestalozzi", II., Große Sperlgasse 32/34, 50 K.

Kleinkinderbewahranstaltverein Wien-Kaisermühlen, II., Mendelssohngasse 11, 2000 K.

Frauenwohltätigkeitsverein „Franz Josef-Kinderhort", II., Obere Augartenstraße 38, 100 K.

Verein Israelitische Kinderbewahranstalt, II., Schiffamtsgasse 15, 400 K.

Österreichischer Schifferverband, II., Erzherzog Karl-Platz 4, 100 K.

Verein zur Errichtung und Erhaltung einer Kinderbewahranstalt unter den Weißgärbern, III., Untere Weißgärberstraße 10, 1200 K.

Erster Wiener Ferienkolonien-Spar- und Unterstützungsverein für Kinder, IV., Karlsgasse 3, 200 K.

Wiedener Kinderbewahranstalt, IV., Schönburgstraße 17, 500 K.

Verein zur Erhaltung der Säuglingsbewahranstalt auf der Wieden, IV., Leibenfrostgasse 4, 500 K.

Verein Kindererholungsheim an der österreichischen Riviera, IV., Favoritenstraße 5, 300 K.

Evangelischer Waisenversorgungsverein, V., Hamburgerstraße 3, 200 K.

Kleinkinderwartanstalt und Arbeitsschule in Gumpendorf, VI, Gumpendorferstraße 106, 1680 K.

Erster evangelischer Unterstützungsverein für Kinder, VII., Andreasgasse 7, 200 K.

St. Marien-Knabenasyl, VII., Bernardgasse 27, 300 K.

„Leopoldineum", Verein für Krüppelkinderfürsorge, chirurgisch-orthopädische Anstalt und Zentrale, VIII., Piaristengasse 11, 800 K.

Kaiser Franz Josef-Schutzhausstiftung für arme Schulkinder in Naßwald, VIII., Lerchenfelderstraße 14, 200 K.

Zentralverband der Wiener Waisenräte, VIII., Laudongasse 16, (k. k. Bezirksgericht Josefstadt in Zivilsachen), 1000 K.

Erster Jugend-Fürsorgeverein für den XI. Bezirk, IX., Liechtensteinstraße 137, 100 K.

Pestalozzi-Verein zur Förderung des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge, IX., Sensengasse 5, 1000 K.

Verwaltungs-Ausschuß der I. Kinderbewahranstalt des X. Bezirkes und des I. Knabenhortes, X., Leibnitzgasse 17/19, 5000 K.

St. Josefsheim U. L. Fr., Heimat für heimatlose Kinder, XI., Dreherstraße 66, 300 K.

Verein der Kinderfreunde, XIII, Hägelingasse 11, 400 K.

Verein der Kinderfreunde in Baumgarten, XIII., Felbigergasse 96, 400 K.

Ober-St. Veiter Verein zum Besten armer Kinder (Elisabethinum), XIII., Wolfrathplatz 3, 1200 K.

Wiener Schutzverein zur Rettung verwahrloster Kinder, XIII., Wattmanngasse 3, 1200 K.

Christlicher Wiener Frauenbund für die Lehr- und Erziehungsanstalt St. Josefinum, XIII., Breitenseerstraße 31, 500 K.

Kleinkinderwartanstalt Reindorf, XIV., Herklotzgasse 35, 2500 K.

I. Wiener Humanitätsverein „Kinderfreunde", XIV., Mariahilferstraße 198, 200 K.

Knabenasyl „St. Josef-Vinzentium", XV., Gebrüder Lang-Gasse 3/5, 1000 K.

Kleinkinderbewahranstalt der Barmherzigen Schwestern vom heil. Vinzenz von Paul, XX., Pouthongasse 18/20, 1000 K.

Kleinkinderbewahranstalt Neulerchenfeld, XVI., Grundsteingasse 37, 1500 K.

Verein „Kommunal-Kinderbewahranstalt in Ottakring", XVI., Arnethgasse 30, 4000 K.

Kinderwartanstalt der Pfarre zur heiligen Familie, XVI., Ottakringerstraße 125, 300 K.

„Ottakringer Jugendschutz", XVI., Rückertgasse 7, 200 K.

Verein „Settlement", XVI., Friedrich Kaiser-Gasse 51, 300 K.

Jugendfürsorgeverein „Ottakringer Lehrerhilfs-Komitee", XVI., Lorenz Mandl-Gasse 56, 500 K.

Knabenbeschäftigungs- und Kinderwartanstalt der Pfarre Ottakring, XXI., Seitenberggasse 2, 300 K.

Verein von Kinder- und Jugendfreunden, Asyl für blinde Kinder, XVII., Hernalser Hauptstraße 93, 200 K.

Verein der Kleinkinderbewahranstalt in Ober-Döbling, XIX., Osterleitengasse 14, 1200 K.

Verein zur Speisung hungernder Schulkinder, XIX., Vegagasse 5, 500 K.

Karmelitinnen vom göttlichen Herzen Jesu, St. Josefsheim, St. Bernhard, Heimat für heimatlose Kinder, XXI., Leopoldauerstraße 123, 100 K.

Suppenanstalt, St. Georgen a. d. Gusen, 150 K.

Schulleitung Ried bei Mauthausen, Oberösterreich, 100 K.

Suppenanstalt Mauthausen, 60 K.

Suppenanstalt der Volksschule Tragwein, Oberösterreich, 100 K.

Suppenanstalt der Volksschule Prägarten, Bezirk Freistadt in Oberösterreich, 50 K.

Schulleitung Schwertberg, Oberösterreich, 100 K.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11372, M. A. II, 3382 u. folg.) Es werden folgende Subventionen für humanitäre Zwecke pro 1916 bewilligt:

Zentral-Verband „Maria-Josephinium", I., Schulerstraße 18, 3400 K.

„Viribus unitis", Hilfsverein für Lungenkranke in den österreichischen Königreichen und Ländern, I., Walfischgasse 8, 1000 K.

Kuratorium zur Erhaltung und Verwaltung der Mensa academica an der k. k. Universität zu Wien, I., Reichsratsstraße 15, 500 K.

Unterstützungsverein für dürftige und würdige Hörer der Rechte, Wien, I., k. k. Universität, 250 K.

Philosophen-Unterstützungsverein an der k. k. Universität zu Wien, 100 K.

St. Gregorius-Verein zur Unterstützung dürftiger und würdiger Studierender an der Wiener Universität, 200 K.

Verein zur Pflege kranker Studierender in Wien, I., Universität, 200 K.

Verein Komitee für Studentenkonvikte, I., Herrengasse 7, 400 K.

Kreuzerverein zur Unterstützung von Wiener Gewerbsleuten, I., Fischerstiege 4, 1000 K.

Maria Elisabethen-Verein in Wien, I., Wollzeile 20, 600 K.

Österr. Bühnenverein, Wien, I., Dorotheergasse 6/8, 500 K.

Immaculata-Verein, Verein zur Förderung und Ausbildung armer, der Schule entwachsener Mädchen, I., Seitenstettengasse 5, 200 K.

Unterstützungsverein der herrschaftlichen Diener in Wien, I., Pestalozzigasse 3, 100 K.

Verein der städt. Rats- und Amtsdiener in Wien, I., Neues Rathaus, 200 K.

Verein vom heiligen Vinzenz von Paul für freiwillige Armenpflege, I., Wollzeile 20, 2500 K.

Werk des hl. Philipp Neri (Landes-Abteilung Niederösterreich), I., Himmelpfortgasse 19, 500 K.

Frauen-Wohltätigkeitsverein für Wien und Umgebung, I., Singerstraße 13, 1000 K.

Mädchen-Unterstützungs-Komitee, I., Domgasse 4, 500 K.

Kaiser Franz Josef I.-Jubiläums-Rekonvaleszentenheim für arme Frauen, XIII., Rosenthalgasse 11, Zentral-Bureau: I., Franz Josefs-Kai 15, 200 K zur teilweisen Deckung der rückständigen Senkgrubenreinigungsgebühr.

„Lucina" Verein zur Begründung und Erhaltung von Wöchnerinnenasylen und zur Heranbildung von Wochenpflegerinnen, I., Goldschmiedgasse 10, 1000 K.

Wiener Wärmestuben- und Wohltätigkeitsverein, I., Goldschmiedgasse 8, 6000 K.

Christlich-patriotischer Frauenverein Wiens, I., Börseplatz 5, 50 K.

Verein „Deutsche Mensa academica", I., Reichsratsstraße 15, 2000 K.

„Caritas", Verein für rationelle Ernährung von Kindern und Kranken, Wien, I., Spiegelgasse 21, 100 K.

Unterstützungsverein deutscher Hochschüler aus Oberösterreich in Wien, I., Universität, 50 K.

Kaiserin Elisabeth-Heim für Kriegswaisen, Lehrmädchen und Arbeiterinnen, II., Malzgasse 7, 50 K.

Verein zur Bekleidung und Unterstützung armer, alter Männer israelitischer Konfession, II., Ferdinandstraße 19, 50 K.

Kaiser Franz Josef I.-Jubiläums-Frauenverein, II., Fischergasse 1, 50 K.

Marienanstalt, Wien, III., Fasangasse 4, 200 K.

Katholische Bahnhofmission, III., Jacquingasse 5, 3000 K.

Kranken-Unterstützungsverein der niederösterr. k. k. Finanzwache, III., Klimschgasse 13, 100 K.

Katholischer Frauen-Wohltätigkeitsverein „Wieden", IV., Paniglgasse 9, 100 K.

Verein zur Förderung einer Mensa technica in Wien, IV., Karlsplatz, Technische Hochschule, 200 K.

Landesverband der k. k. Post- und Telegraphenbediensteten Österreichs unter der Enns, IV., Phorusgasse 7, 100 K.

Erzherzogin Marie Valerie Wiener Frauenheim, IV., Wiedner Hauptstraße 40, 200 K.

Verein zur Unterstützung dürftiger und würdiger Hörer an der Technischen Hochschule in Wien, IV., Technische Hochschule, 400 K.

Witwen- und Waisen-Pensionsverein der städt. Lehrer Wiens, reg. Hilfskassa, V., Siebenbrunnengasse 13, 100 K.

Verein der städtischen Beleuchtungsbediensteten der „Gemeinde Wien — städtische Gaswerke", V., Margaretenstraße 95, 100 K.

Blinden-Unterstützungsverein „Die Purkersdorfer", V., Nikolsdorfergasse 42, 50 K.

Verband der Genossenschafts-Krankenkassen Wiens und Niederösterreichs, VI., Königseggasse 10, 2000 K.

Verband der Genossenschafts-Krankenkassen Wiens und Niederösterreichs, VI., Königseggasse 10, 500 K.

Hilfsverein für Lehrmädchen und jugendliche Arbeiterinnen, VI., Gumpendorferstraße 139, 100 K.

Wiener Taubstummen-Frauenverein, VI., Gumpendorferstraße 81, 100 K.

Unterstützungsverein städtischer Bediensteter Wiens, VII., Siebensterngasse 48, 100 K.

Unterstützungsverein für Arme des VII. Bezirkes, VII., Hermanngasse 24/26, 200 K.

Katholischer Wohltätigkeitsverband für Niederösterreich, VII., Kaiserstraße 92, 200 K.

Verein zur Erhaltung des Obdachlosenheimes für Frauen und Kinder (Familienasyl), VII., Kaiserstraße 92, 1000 K.

Klub „Wiener Presse", VII., Kaiserstraße 10, 1000 K.

Krankenkassa der Hebammen Österreichs (registrierte Hilfskassa), VII., Burggasse 83 a, 50 K.

Österreichischer Bund für Mutterschutz, VII., Marahilferstraße 12, 200 K.

Verein der städtischen Schuldiener Wiens, VII., Neubaugürtel 26, 100 K.

Hilfsgesellschaft vom „Blauen Stern", VII., Schottenfeldgasse 38, 200 K.

Unterstützungsverein für Witwen und Waisen jener Mitglieder des Wiener medizinischen Doktoren-Kollegiums, welche in die Witwen- und Waisen-Sozietät nicht einverleibt waren, VIII., Albertgasse 2, 200 K.

Werk des heil. Johannes Franziskus Regis, VIII., Tigergasse 15, 200 K.

Wiener Unterstützungsverein für aus der Haft Entlassene und Familien von Verhafteten, VIII., Landesgerichtsstraße 11, 300 K.

Verein zur Erziehung katholischer Lehrlinge, VIII., Albertgasse 2, 1000 K.

Wiener Bezirks-Krankenkassa (Fonds zur Rekonvaleszentenpflege und zur Unterstützung kranker Mitglieder), VIII., Albertgasse 35, 1000 K.

Erster österreichischer Blindenverein, vormals I. Blinden-Unterstützungsverein für Niederösterreich, VIII., Florianigasse 41, 200 K.

Kaiserin Elisabeth-Heim für Witwen und Waisen, Frauen und Mädchen des gebildeten Mittelstandes, VIII., Blindengasse 44, 400 K.

Schüler-Unterstützungsverein der Neuen Wiener Handels-Akademie, VIII., Hamerlingplatz 5 und 6, 100 K.

Verein der Beamten der „Gemeinde Wien — städtische Gaswerke", VIII., Josefstädterstraße 10, 100 K.

Verein des heil. Josef von Arimathäa in Wien, VIII., Alserstraße 17, 1000 K.

Verein gegen Verarmung und Bettelei, IX., Sensengasse 5, 1000 K.

Pensionsverein für provisorisch angestellte und private Lehrerinnen, IX., Eisengasse 34, 200 K.

Verein der katholischen Arbeiterinnen, IX., Pramergasse 9, 600 K.

Theresien-Verein zum Schutze junger, verwaister Mädchen, IX., Alserbachstraße 18, 300 K.

Asylverein der Wiener Universität, IX., Porzellangasse 30, 1000 K.

Wohltätigkeitsverein „Mater admirabilis", X., Buchengasse 108, 1000 K.

Verein zur Errichtung von Heimstätten für dienst- und arbeitsuchende Frauen und Mädchen, X., Senefeldergasse 8, 100 K.

Schwestern von der schmerzhaften Mutter, XI., Simmeringer Hauptstraße 175, 900 K.

Schülerlade des k. k. Karl Ludwig-Gymnasiums, XII., Rosasgasse 1 und 3, 100 K.

Katholischer Frauen-Wohltätigkeitsverein, XIII., Reinlgasse 25, 100 K.

Unterstützungsverein für aus den n.-ö. Landes-Heil- und Pflegeanstalten für Geistes- und Nervenkranke entlassene, hilflose Personen, XIII., „Am Steinhof", 100 K.

Verein „Kollegialität" zur Unterstützung verarmter ehemaliger Zöglinge des k. k. Waisenhauses in Wien, XIII., Speisingerstraße 109, 100 K.

Verein zur Fürsorge für Blinde in Wien, XIII., Baumgartnerstraße 75 bis 79, 200 K.

Verein Österr.-Schlesier in Wien, XIII., Penzingerstraße 62, 50 K.

Unterstützungsverein für hilfsbedürftige Witwen und Waisen, XIV., Ullmannstraße 41, 100 K.

Katholischer Frauen-Wohltätigkeitsverein „Reindorf", XIV., Pillergasse 14, 200 K.

Schülerlade des k. k. Staats-Realgymnasiums im XIV. Wiener Gemeindebezirke, 50 K.

St. Antonius-Asylverein, XV., Pouthongasse 18, 1500 K.

Katholischer Frauen-Wohltätigkeitsverein unter dem Schutze des heil. Vinzenz von Paul und der heil. Elisabeth, XV., Gebrüder Lang-Gasse 7, 200 K.

Humanitärer Blindenverein „Lindenbund", XX., Wallensteinstraße 14, 50 K.

Konferenz St. Anna, Filiale des Maria Elisabethen-Vereines, XVI., Ottakringerstraße 215, 50 K.

Wiener Chorregenten-Pensionsverein, XVII., Hernalser Hauptstraße 48, 100 K.

Kaiser Franz Josef-Jubiläumsstiftung für arme lungenkranke Bewohner des XVII. Bezirkes, XVII., Pezzlgasse 29, 50 K.

Kuratorium der Stiftung „Haus der Barmherzigkeit zur Pflege armer, schwerkranker Unheilbarer", XVIII., Antonigasse 70, 3000 K.

Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger Schüler an der Staats-Realschule im XVIII. Bezirke, Schopenhauerstraße 49, 100 K.

Zweigverein für den XVIII. Wiener Gemeindebezirk Währing des Patriotischen Hilfsvereines vom „Roten Kreuze" für Niederösterreich, XVIII., Riglergasse 6, 150 K.

Hilfsverein für christliche Ehen, XVIII., Anton Frank-Gasse 3, 700 K.

Humanitärer Geselligkeitsverein „Die Ordentlichen", XX., Salzachstraße 15, 100 K.

Heim für obdachlose Familien, VIII., Wickenburggasse 21, Vereinshäuser: XX., Universumstraße 62 und XVI., Wiesbergasse 13, 2000 K für das Heim im XVI. Bezirke.

Verband der n.-ö. Bezirkskrankenkassen in Wien, XX., Webergasse 2 bis 6, 2000 K.

Verband der n.-ö. Bezirkskrankenkassen in Wien, XX., Webergasse 2 bis 6, 500 K.

Verein der Freunde des Floridsdorfer Gymnasiums, XXI., Franklingasse 21, 100 K.

Österreichisch-ungarischer Hilfsverein in Köln, 140 K.

Österreichisch-ungarischer Hilfsverein in Nürnberg 140 K.

Österreichisch-ungarischer Hilfsverein in Passau, 140 K.

Österreichisch-ungarischer Hilfsverein in Dresden, 700 K.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11373, M. A. II, 3361 u. f.) Es werden folgende Subventionen für Wissenschaft und Kunst, Volksbibliotheken, nationale und vaterländische Zwecke, Fremdenverkehr und Sport und für verschiedene andere Zwecke für 1916 bewilligt:

I. Wissenschaft und Kunst.

Altertumsverein zu Wien, IX. Währingerstraße 26, 10.000 K für die Herausgabe der „Quellen zur Geschichte der Stadt Wien".

K. k. Geographische Gesellschaft in Wien, IX., Hörlgasse 5, 600 K.

Anthropologische Gesellschaft in Wien, I., Burgring 7, 400 K.

Österreichische Gesellschaft für Münz- und Medaillenkunde in Wien, I., Schauflergasse 6, 500 K.

Numismatische Gesellschaft in Wien, I., Universitätsplatz 2, 200 K.

K. k. zoologisch-botanische Gesellschaft, Wien, III., Mechelgasse 2, 1500 K.

Verein der Gas- und Wasserfachmänner in Österreich und Ungarn, VIII., Josefstädterstraße 10, 500 K.

Ausschuß für volkstümliche Universitätsvorträge an der k. k. Universität in Wien, 2000 K.

Vereinigung bildender Künstler Österreichs „Sezession", Wien, I., Friedrichstraße 12, 500 K.

„Albrecht Dürer-Bund", Vereinigung bildender Künstler in Wien, I., Maria Theresien-Straße 30, 600 K.

Österreichischer Kunstverein, I., Deutschmeisterplatz 2, 200 K.

Vereinigung bildender Künstlerinnen Österreichs, Wien, I., Mayseder gasse 2, 200 K.

II. Volksbibliotheken.

Verein „Zentral-Bibliothek", I., Tuchlauben 13, 4000 K.

Komitee des St. Vinzenz-Vereines zur Verbreitung guter Bücher und Schriften in Niederösterreich, I., Wollzeile 20, 100 K.

Wiener Volksbildungsverein, I., Spiegelgasse 19, 1000 K.

Wiener Volksbildungsverein, Wien, I., Spiegelgasse 19, für seine Volksbibliothek in Floridsdorf, 600 K.

St. Severinus-Verein, I., Heiligenkreuzerhof, 200 K.

Katholischer Verein der Kinderfreunde zur Verbreitung guter Bücher und Schriften in Österreich, Wien, III., Sophienbrückengasse 35, 50 K.

Verein „Volkslesehalle", Wien, III., Schwalbengasse 15, 12.000 K und 4000 K außerordentlich.

Verein „Volkslesehalle" in Wien, Filiale Floridsdorf, XXI., Brünnerstraße 20, 600 K.

Verein der „Wiener Jugendfreunde", V., Schönbrunnerstraße 48, 50 K.

„St. Vinzenz-Leseverein" in Wien, VI., Stumpergasse 31, 600 K.

Erster Wiener Volksbibliotheksverein, VII., Hermanngasse 24/28, 100 K.

Katholischer Bibliotheks- und Leseverein, Gesellschaft zur Verbreitung guter Lektüre, IX., Lustkandlgasse 40, 100 K.

Katholische Volksbücherei der St. Vinzenz-Konferenz an der Pfarre Neulerchenfeld, XVI., Neulerchenfelderstraße 47, 400 K.

Volksbildungsverein, Stadlau, Zweig des Allg. n.-ö. Volksbildungsvereines Krems a. D., 100 K.

III. Nationale und vaterländische Zwecke.

Verein für österreichische Volkskunde in Wien, I., Wipplingerstraße 34, 1200 K.

Verein für Landeskunde von Niederösterreich, Wien, I., Herrengasse 13, 600 K.

Verein für Landeskunde von Niederösterreich, Wien, I., Herrengasse 13, 300 K. (Für das Babenberger Urkundenbuch.)

Wiener Dombau-Verein, I., Rotenturmstraße 2, 10.000 K.

Lese- und Redeverein der deutschen Hochschüler in Wien „Germania", I., Mölkerbastei 12, 100 K.

Deutscher Volksgesangverein in Wien, VII., Neustiftgasse 5, 800 K.

Bezirksverband „Wien" des „Bundes der Deutschen Nordmährens", III., Barmherzigengasse 3, 100 K.

Verband österreichischer Heimatschutzvereine in Wien, IV., Favoritenstraße 5, 500 K.

„Deutsche Heimat", Verein für Heimatkunde, Heimatschutz und deutsches Kulturleben in Österreich, VII., Mariahilferstraße 46, 1000 K.

„Die Wallberger", Verein zur Erhaltung der Volkstrachten in den deutschen Alpenländern zu Egern-Rottach am Tegernsee und Wien, VIII., Lerchenfelderstraße 14, 200 K.

Bezirksverband der Wiener Ortsgruppen des Bundes der Deutschen in Böhmen, IV., Mittersteig 2, 500 K.

Verein der Erzgebirger zu Wien: Landsmannschaft „Erz", VII., Mariahilferstraße 56, 100 K.

Adlergebirgs-Bundesgruppe Wien des Bundes der Deutschen Ostböhmens, XVIII., Dittesgasse 1, 300 K.

Deutscher Böhmerwaldbund, Bundesgruppe „Wien", IX., Hörlgasse 15, 200 K.

Verein zur Förderung der deutschen Schule in Abbazia, 1000 K.

Verein zur Erhaltung einer deutschen Schule in Görz, 500 K.

Verein „Südmark", Graz, Joaneumring 11, 5000 K.

Gau Iglau des Bundes der Deutschen in Mähren, Iglau, 200 K.

Tiroler Volksbund, Innsbruck, Fallmerayerstraße 12, 500 K.

Verein „Ostmark", Bund deutscher Österreicher in Linz, 5000 K.

Verein zur Förderung der deutschen Schule in Lovrana 200 K.

Bund der Deutschen Südmährens, Bundesgruppe Lundenburg, 100 K.

Bund der Deutschen Nordmährens in Olmütz 100 K.

Deutsches Studentenheim in Pettau 300 K.

Deutsches Mädchenheim in Pettau 200 K.

Deutsches Schülerheim in Teschen 200 K.

Verein „Deutsches Haus" in Triest 1000 K.

Deutscher Ortsschulverein Hrastnigg in Steiermark 200 K.

IV. Sportliche Zwecke.

Österreichischer Touristen-Klub, Wien, I., Bäckerstraße 3, 1600 K, und zwar: 1. für Erhaltung des Nasenweges auf den

Leopoldsberg 400 K; 2. für die Ausgestaltung des Wegmarkierungsnetzes im Wienerwalde 600 K; 3. für die Erhaltung und Erweiterung der im Wiener Ausflugsgebiete gelegenen Schutzhäuser 600 K.

Österreichischer Gebirgsverein, VII., Lerchenfelderstraße 39, 1200 K.

Alpine Gesellschaft „Wetterkogler", VI., Millergasse 12, 300 K.

K. k. Österreichischer Aero-Klub, I., Tuchlauben 3, 1000 K,

Deutsche Wiener Turnerschaft, 19 Turnvereine Wiens, I., Stubenbastei 6, 300 K.

Österreichische Lehrersportvereinigung, XVIII., Währingerstraße 177, 100 K.

V. Verschiedene Zwecke.

Deutschösterreichische Schriftsteller-Genossenschaft, VIII., Buchfeldgasse 6, 1500 K.

Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich, IX., Peregringasse 2, 2000 K.

Wiener Kunstgewerbeverein, I., Bräunerstraße 11, 2000 K.

Deutsch-österreichischer Stenographenbund, I., Werdertorgasse 6, 600 K.

Automobil-Technischer Verein (k. k. Versuchsanstalt für Kraftfahrzeuge), IX., Michelbeuerngasse 6, 500 K.

Humanitärer Verein „Athenäum weiblicher Bildung", V., Kettenbrückengasse 3, 200 K.

Vereinigung der Wiener Musiker, VI., Kaunitzgasse 33, 200 K.

Katholischer Jünglingsverein „Maria-Hilf", VII., Westbahnstraße 40, 2000 K.

Katholischer Arbeiterverein auf der Landstraße, III., Göllnergasse 8, 200 K.

Erster kath. Arbeiter-Bauverein auf der Landstraße, III., Göllnergasse 8, 100 K.

Erster kath. Arbeiterverein für Niederösterreich, V., Kohlgasse 39, 100 K.

Katholischer Arbeiterverein Favoriten, X., Schröttergasse 15, 150 K.

Verein der katholischen Arbeiterinnen, XII., Aßmayergasse 20, 100 K.

Katholisch-deutscher Hernalser Jugendbund „Dr. Karl Lueger", XVII., Hormayrgasse 7 a, 50 K.

Katholischer Arbeiterinnenverein Brigittenau, XX., Allerheiligenplatz 5, 50 K.

Katholischer Meisterverein Fünfhaus, XV., Gebrüder Lang-Gasse 8, 100 K.

Wiener a capella-Chor, III., Ungargasse 71, 300 K.

Wiener Chor-Akademie, IV., Schäffergasse 3, 100 K.

Wiener evangelischer Singverein, IV., Karlsplatz 14, 100 K.

Wiener Chorverein, VI., Gumpendorferstraße 129, 100 K.

Sängerbund „Dreizehnlinden", I., Wipplingerstraße 8, 300 K.

Zentral-Verein für Fluß- und Kanalschiffahrt in Österreich, III., Heumarkt 12, 400 K.

Verein „Volksheim", XVI., Koflerpark 7, 200 K.

Gesellschaft für Lichtbildnerei im Österreichischen Gebirgsvereine, VIII., Josefstädterstraße 66, 100 K.

Verein der Lichtbilderfreunde in Döbling, XIX., Pyrkergasse 16, 100 K.

Wissenschaftlicher Verein „Skioptikon", III., Rochusgasse 16, 800 K. (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schneider** wird beschlossen:

(P. Z. 11570, M. A. V, 2994.) Die von den Brückenbaufirmen der Kaiser Franz Josefs-Brücke gestellten Anbote auf Leistung von Vergütungen an die Gemeinde für den Fall, daß ihnen gestattet wird, die Alteisenteile nächst der Baustelle zu lagern, werden angenommen.

(P. Z. 11378, M. A. VIII, 2434.) 1. Der Bericht des Stadtbauamtes über die Durchführung der Sicherungsarbeiten am Wasserleitungskanal der Zweiten Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung in Neustift bei Scheibbs, Brentenmais und Wolfsgraben, wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

2. Das gegenüber dem genehmigten Gesamterfordernisse von 185.000 K eingetretene Mehrerfordernis von 23.422 K 86 h (auf Ausgabs-Rubrik XXVI 7 c bedeckt) wird nachträglich genehmigt.

3. Dem bei den Arbeiten in Brentenmais und Wolfsgraben als Bauaufseher zugeteilten städtischen Wasserleitungsaufseher Johann Gruber wird für diese außergewöhnliche Verwendung eine Zuwendung von 300 K gewährt.

(P. Z. 11448, M. B. A. XX, 28733.) Der Rekurs der Vereinigten Telephon- und Telegraphen-Aktiengesellschaft Czeija, Nißl & Komp., XX., Dresdnerstraße 75, gegen feuerpolizeiliche Aufträge des magistratischen Bezirksamtes für den XX. Bezirk wird abgewiesen.

(P. Z. 11661, M. A. V, 2834.) Die Auszahlung der in den beiden vom Magistrate vorgelegten Verzeichnissen angeführten Weihnachtsgaben für die Arbeiter der städtischen Wienflußaufsicht im Betrage von 295 K wird genehmigt.

(P. Z. 11376, M. A. VII, 1063.) 1. Die Lieferung der gußeisernen Kanalschacht- und Wasserlaufgitter und Schachtdeckel sowie der Sandtassen aus verzinktem Eisenblech zu den Kanaleinsteigschächten in sämtlichen Bezirken der Gemeinde Wien für das Jahr 1917 wird der Aktiengesellschaft R. Ph. Waagner, L. u. J. Biro & A. Kurz, Eisengießerei und Brückenbauanstalt in Wien, V., Margaretenstraße 70, zu den angebotenen Einheitspreisen von 39 K 75 h per 100 kg Kanalschacht- und Wasserlaufgitter und Schachtdeckel sowie von 18 K 40 h für eine Garnitur Sandtassen übertragen.

(P. Z. 11659, M. A. VIII, 6032.) Dem städtischen Wasserleitungsaufsichtspersonale werden für geleistete Mehrarbeiten im Jahre 1916 Belohnungen im Gesamtbetrage von 1195 K (auf Ausgabs-Rubrik XXVI 1 i α bedeckt) gemäß dem Magistrats-Antrage zuerkannt.

(P. Z. 11498, M. A, VIII, 2987.) Die Fortsetzung der von der Gemeinde Wien im Jahre 1915 ausgeführten Regelung des Gaisgrabens in Neustift-Innermantzing, der als Überfallgraben für den Laabenbachdücker dient, bis zum neugeregelten Laabenbachufer durch den n.-ö. Landes-Ausschuß auf Rechnung der Gemeinde Wien mit dem Kostenbetrage von 940 K (bedeckt) wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

Der im Interesse des gesicherten Bestandes des Laabenbachdückers der Zweiten Hochquellenleitung seitens der Gemeinde Wien gezeichnete Interessentenbeitrag von 3000 K wird mit Rücksicht auf die geleisteten Mehrarbeiten und die bei der Durchführung der Arbeiten eingetretenen Mehrkosten auf 7000 K (bedeckt) erhöht.

(P. Z. 11438, M. A. XXII, 821.) Der Firma Franz Schneider wird die angesuchte Aufzahlung von 35 Prozent auf die Einheitspreise des amtlichen Kostenanschlages unter Auflassung des vertragsmäßigen 8prozentigen Nachlasses für die vertikale Isolierung der Straßenhauptmauern, die Herstellung des Asphaltplatzes im Keller und die Asphaltierung des Bürgersteiges des neuen Amtshauses I., Felderstraße, bewilligt.

(P. Z. 11460, St. G. W., 7847.) Die Ausstellung und firmamäßige Fertigung des vorgelegten Reverses, betreffend die teilweise Benützung der vor der Bogenöffnung Nr. 350 der Wiener Stadtbahn am Döblingergürtel liegenden Parzelle 170/19 zur Errichtung einer Abortanlage, wird genehmigt.

(P. Z. 11641, St. Str. B., 3943.) Die Erneuerung des Doppelgeleises im VII. Bezirke, Siebensterngasse, zwischen Abzweigung Stiftgasse und Hausgrenze 20/22 wird nach dem von der Straßenbahn-Direktion vorgelegten Plan und Kostenvoranschlag mit dem aus dem Erneuerungsfonds zu bedeckenden Betrage von 12.500 K genehmigt.

(P. Z. 11507, St. Str. B., 3846.) Die Weihnachts-Ausstellung von kunstgewerblichen Arbeiten der Flüchtlinge im k. k. Barackenlager in Wagna bei Leibnitz-Steiermark mittels Klebestreifen von vorgeschriebener Größe an den Fenstern der Straßenbahnwagen ausnahmsweise unter Nachsicht des Kostenersatzes anzukündigen, wird genehmigt.

(P. Z. 11508, St. Str. B., 3803.) Die Ankündigung der Weihnachts-Ausstellung des Wiener Kunstgewerbevereines mittels Klebestreifen von vorgeschriebener Größe an den Fenstern der Straßenbahnwagen gegen Kostenersatz wird genehmigt.

(P. Z. 11478, St. Str. B., 3083.) Mehreren Unterbeamten der städtischen Straßenbahnen werden die von der Direktion beantragten Gehaltsvorschüsse bewilligt.

(P. Z. 11480, M. D., 3410.) Den mobilisierten Angestellten der städtischen Straßenbahnen ist das systemisierte Neujahrsgeld für das Jahr 1916 ohne Rücksicht auf ihre militärische Einrückung auszubezahlen.

(P. Z. 10477, M. D., 2269.) Der Witwe nach dem am 30. Juni 1916 auf dem Felde der Ehre gefallenen Kondukteur Franz Kolař, Eleonore Kolař wird ab 1. November 1916 gnadenweise eine Witwenpension von 42 K monatlich bis zur Neuregelung der gesetzlichen Militärversorgung, längstens jedoch auf die Dauer von drei Jahren, beziehungsweise bis zu ihrer Wiederverehelichung oder bis zum Eintritte günstiger Vermögens- und Erwerbsverhältnisse aus Betriebsmitteln bewilligt.

Im Falle der Geburt ihres Kindes wird ihr eine Witwenpension von 38 K und dem Kinde bei Vorhandensein der für den Anfall der Erziehungsbeiträge geltenden Bestimmungen ein Erziehungsbeitrag von 12 K, also insgesamt 50 K monatlich auf die Dauer von drei Jahren, der Erziehungsbeitrag bis zu einer eventuellen früheren Versorgung des Kindes zuerkannt.

Die Genannte hat sich jedoch zu verpflichten, auf die ihr satzungsgemäß zustehende Abfertigung aus der Pensionskassa im Betrage von 496 K samt Zinsen zugunsten des Betriebes zu verzichten.

Auf die Auszahlung dieser Gnadengabe haben die Bestimmungen über die Auszahlung der Pensionen aus der Pensionskassa für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen sinngemäße Anwendung zu finden. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11476, St. Str. B., 3857.) Die bei den städtischen Straßenbahnen lagernden rund drei Waggons (30.000 kg) alten abgenützten Radreifen (Tyres) werden an die Firma Ludwig und Georg Grabner in Senftenberg bei Krems auf Grund deren Anbote vom 20. November 1916 um den Preis von 15 K für 100 kg ab Lagerort abgegeben.

Die übrigen Anbote werden abgelehnt.

(P. Z. 11482, St. Str. B., 4120.) Es werden folgende Fahrpreisbegünstigungen gewährt:

der Hilfsschule für schwachbefähigte, schulpflichtige Kinder für Anna Schweighofer und Gustav Grolich mit Begleitperson, sowie der zweiten Hilfsschule für schwachbefähigte, schulpflichtige Kinder für Josef Mirejovsky mit Begleitperson je 1 Freikarte zur Fahrt zwischen Wohnung und Schule, für die beiden letztgenannten gültig auch für je 1 Begleitperson, sämtlich gültig an den Werktagen des laufenden Schuljahres;

der Kongregation der armen Schulschwestern von U. L. Frau, 1 Freikarte für 1 Schwester mit Begleitperson, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

den Schulschwestern vom Orden des heil. Franz im städtischen Kinderheim 1 Kinderkartenanweisung für 1 Schwester mit Begleitperson, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

der Frauen-Kollekte der Angestellten der städtischen Straßenbahnen für Johanna Gratzl, Vorsteherin, und Marie Steßl, Vorsteherin-Stellvertreterin, je 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an allen Tagen des Jahres 1917;

dem Karl Bachmayer, Bürstenmachergehilfe, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Ferdinand Dilles, Musiker, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Franz Petru, Musiker, einbeinig und blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Karl Gottfried, Diener des Kaiser Franz Josef-Blindenarbeiterheimes, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem August Hanty, Musiker, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Alexander Hainzl, Korbflechter, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Leopold Bick, Musiker, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an allen Tagen des Jahres 1917;

dem Friedrich Gebhardt, Musiker, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an allen Tagen des Jahres 1917;

dem Otto Reiter, Korbflechter, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an allen Tagen des Jahres 1917;

dem Johann Prieschl, Bürstenbinder, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an allen Tagen des Jahres 1917;

den Salvatorianerinnen 2 Kinderkartenanweisungen für je 1 Schwester mit Begleitperson, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917 (Abweisung des Ansuchens im übrigen);

dem Ludwig Zehetner für seine Tochter Stephanie, Handarbeiterin, blind, 1 Freikarte für Tarifgebiet I, gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Siegmund Rosenfeld, Klavierstimmer, blind, 1 Freikarte für Tarifgebiet I, gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Franz Wacha, Bürstenbinder, blind, 1 Freikarte für Tarifgebiet I, gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Leopold Angst, Musiklehrer, blind, 1 Freikarte für Tarifgebiet I, gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Karl Erath, Klavierstimmer, blind, 1 Freikarte für Tarifgebiet I, gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Karl Fischer, Klavierstimmer, blind, 1 Freikarte für Tarifgebiet I, gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Karl Geßler, Musiker, blind, 1 Freikarte für Tarifgebiet I, gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Franz Goldstein, Bürstenbinder, blind, 1 Freikarte für das Tarifgebiet I, gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Hermann Sribner, Bürstenbinder, blind, 1 Freikarte für Tarifgebiet I, gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Josef Bauer II, Klavierstimmer, blind, 1 Freikarte für Tarifgebiet I, gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Heinrich Brünner, Bürstenbinder, blind, 1 Freikarte für Tarifgebiet I, gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Franz Kowar, Kanzleidiener der Staatsbahn, für seine Tochter Eleonora, Klavierspielerin, blind, 1 Freikarte für Tarifgebiet I, gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Alois Brendl, Musiker, blind, 1 Kinderkartenanweisung für Tarifgebiet I, gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917 (Abweisung des Ansuchens im übrigen);

dem Kamillianerkloster 5 Kinderkartenanweisungen für je 1 Ordensbruder, gültig im Tarifgebiet I an allen Tagen des Jahres 1917;

der Marienanstalt 4 Kinderkartenanweisungen für Tarifgebiet I, und zwar 3 Stück für je 1 Schwester mit Begleitperson und 1 Stück für Marie Thuma, gültig an den Werktagen des Jahres 1917;

den Schulschwestern vom III. O. St. Fr. 3 Kinderkartenanweisungen, davon 2 Stück für je 2 Schwestern und 1 Stück für 1 Schwester mit Begleitperson, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

den Schwestern vom hl. Josef 1 Freikarte für 1 Schwester, gültig im Tarifgebiet I an allen Tagen des Jahres 1917;

dem Trinitarierkloster 3 Kinderkartenanweisungen für je 1 Ordensbruder, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

der Juliana Sandig, Organistin, blind, 1 Freikarte zur Fahrt zwischen Wohnung und Dienststelle, gültig an allen Tagen des Jahres 1917;

dem Ludwig Wieder, Musikant, einbeinig, 1 Kinderkartenanweisung, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Ignaz Schmidt, Bürstenbinder, blind, 1 Freikarte für Tarifgebiet I, gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Josef Wallisch, Musikant, blind, 1 Freikarte für Tarifgebiet I, gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Ludwig Locher, Musikant, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Stephan Schmidt, Bürstenbinder, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Joachim Seidenfran, Bote, blind, 1 Freikarte, gültig im Tarifgebiet I an den Werktagen des Jahres 1917;

dem St. Anna Kinder-Spital 1 Freikarte für 1 Organ des St. Anna Kinder-Spitales, gültig gegen Vorweisung einer Legitimation im Tarifgegiet I an allen Tagen des Jahres 1917;

dem Ludwig Moser, Musiklehrer, blind, 1 Freikarte für Tarifgebiet I, gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917;

der Taubstummenschule für Johann Meiböck und Anna Katz 1 Freikarte zur Fahrt zwischen Wohnung und Schule, gültig an den Werktagen des laufenden Schuljahres;

der Taubstummen-Fortbildungsschule für Adolf Münster 1 Freikarte zur Fahrt zwischen Wohnung oder Lehrstelle und Schule, gültig an den Werktagen des laufenden Schuljahres;

dem Karl Dittrich, Straßenbahnschaffner, für seine Ziehtochter Margarete Gruber, Volksschülerin, 1 Freikarte zur Fahrt zwischen Wohnung und Schule, gültig an den Werktagen des laufenden Schuljahres;

dem Emil Wimasal, Straßenbahn-Tit.-Verkehrsmeister, für seine Tochter Marianne, Handarbeiterin, 1 Freikarte zur Fahrt zwischen Wohnung und Dienststelle, gültig an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Gustav Duenbostel, Straßenbahnverkehrsführer, für seine Tochter Margarete, Kontoristin, 1 Freikarte zur Fahrt zwischen Wohnung und Dienststelle, gültig an den Werktagen des Jahres 1917;

dem Martin Krist, Korbflechter, blind, 1 Freikarte für Tarifgebiet I, gültig auch für 1 Begleitperson an den Werktagen des Jahres 1917.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hierhammer** wird beschlossen:

(P. Z. 11720.) Der Firma Gerlach & Wiedling wird zur Bestreitung der Kosten für die Herstellung des Kriegsalbums der Stadt Wien eine weitere Teilzahlung von 12.000 K bewilligt.

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Sebastian Grünbeck wird beschlossen:

(P. Z. 11029, M. A. X, 10710.) Die Anlage eigener Gräber in den Gruppen XXXVIII a und XXXIX des Hernalser Friedhofes nach dem Plane des Stadtbauamtes vom Oktober 1916 wird genehmigt.

(P. Z. 11387, M. A. X, 9608.) Dem Josef Brand, Installateur, XVII., Bergsteiggasse 26, wird das eigene Grab Gruppe 40, Nummer 10 im Hernalser Friedhofe, in welchem die am 7. Oktober 1916 verunglückte Berta Werberger als erste Leiche beerdigt worden ist, ausnahmsweise um die Gebühr für Zugewiesene überlassen.

(P. Z. 11247, M. A. X, 8693.) Dem Heinrich Czerny, Bürger und Hausbesitzer, XVII., Halirschgasse 14, wird der in der Gruppe XIV des Hernalser Friedhofes neben der Doppelgruft Schrack befindliche Platz mit den Ausmaßen von 2·85 m Breite und 4·20 m Tiefe zur Anlage einer Doppelgruft mit einfachem Einlasse um den Betrag von 3800 K unter der Bedingung überlassen, daß die Doppelgruft vom Gesuchsteller durch einen befugten Gewerbetreibenden nach dem bauämtlichen Plane angelegt, für die Erbauung die Baubewilligung eingeholt und die zu beiden Seiten und vor der Gruft erübrigenden Grundstreifen zur gärtnerischen Ausschmückung verwendet werden. Für die Erwerbung des Grustplatzes wird eine Frist von acht Wochen vom Zeitpunkte der Verständigung vom Stadtrats-Beschlusse erteilt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Angermayer wird beschlossen:

(P. Z. 11394, M. A. XIV, 3496.) Die dem Hugo Schuster zu erteilende Baubewilligung für die Errichtung von provisorischen Schuppen und eines Flugdaches auf den Liegenschaften Einl.-Z. 1900, 1901, 1902 und 1903 des Grundbuches des V. Bezirkes an der Kriehubergasse, wird unter der Bedingung bestätigt, daß sich der Bewerber verpflichtet, diese Objekte über jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien zu entfernen und daß zur Sicherstellung dieser Verpflichtung vor Hinausgabe der Baubewilligung eine Kaution von 200 K bei der städtischen Hauptkassa erlegt werde.

(P. Z. 11393, M. A. XIV, 3746.) In nachträglicher Genehmigung der von den Vertretern der Gemeinde Wien und des Wiener Magistrates bei der Verhandlung abgegebenen Erklärung wird das Statthalterei-Protokoll vom 6. November 1916 samt Plan, betreffend bauliche Umgestaltungen im Hause V., Margaretengürtel 4, zustimmend zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 11497, M. A. VIII, 3211.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend 20 Gesuche um Abschreibung, beziehungsweise Ermäßigung von Gebühren für den Wassermehrverbrauch in Häusern des V. Bezirkes, werden genehmigt.

(P. Z. 11408, M. A. XXII, 1607.) Das für das Ausmalen und die Innenrenovierung der städtischen Patronatspfarrkirche St. Josef zu Margareten im V. Bezirke erwachsende Mehrerfordernis per 502 K 96 h wird genehmigt.

Zur Deckung der für obige Arbeiten in der Finanzperiode 1915/16 aufgelaufenen Auslagen, wird für diese Finanzperiode zur Ausgabs-Rubrik XXXIX 1 a ein Zuschußkredit per 3865 K 45 h bewilligt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Braun wird beschlossen:

(P. Z. 11653, M. A. III, 8920.) Die Lieferung des Aufstreusandes in den öffentlichen Gartenanlagen für den Winter 1916/17 wird auf Grund der überreichten Anbote in nachstehender Weise vergeben:

1. An die Firma M. Glöckner, Pfaffstättner Dolomitensandwerke, IV., Radeckgasse 7, die Lieferung von Steinfelder Gartensand für den IV. Bezirk zum Preise von 18 K per Kubikmeter, für den V. Bezirk zum Preise von 17 K 50 h, für den XIV. und XV. Bezirk zum Preise von 19 K, für den XVIII. und XIX. Bezirk zum Preise von 21 K per Kubikmeter.

2. An die Firma A.-G. Kalk- und Ziegelgewerkschaft in Ernstbrunn Niederösterreich die Lieferung für die Bezirke II, VIII, IX, XX und XXI zum Preise von 22 K 40 h per Kubikmeter.

3. An Franz Steiner, XII., Wienerbergstraße 39, die Lieferung für den VI. Bezirk zum Preise von 19 K per Kubikmeter, für den VII. Bezirk zum Preise von 20 K per Kubikmeter und die Lieferung für den XII. Bezirk zum Preise von 17 K per Kubikmeter.

4. An Adolf Baxa, XV., Gasgasse 6, die Lieferung für den XI. Bezirk zum Preise von 22 K per Kubikmeter.

5. An Adolf Gruber in Sollenau, Niederösterreich, die Lieferung für den X. Bezirk zum Preise von 20 K per Kubikmeter.

6. An Adolf Strauß, V., Margaretengürtel 45, die Lieferung für die Bezirke I und III zum Preise von 23 K per Kubikmeter; die Lieferung für den XIII. Bezirk zum Preise von 24 K per Kubikmeter und die Lieferung für die Bezirke XVI und XVII zum Preise von 28 K per Kubikmeter.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Knoll wird beschlossen:

(P. Z. 11575, M. A. XIV, 2878.) Die Abteilung der Liegenschaft Einl.-Z. 83 Grundbuch Jedlersdorf, II. bis XXI. Bezirk, Eigentum der Gemeinde Wien, nach Maßgabe der vorgelegten Pläne auf vier Baustellen und Straßengrund wird im Sinne des § 3, lit. a Bauordnung, als Parzellierung genehmigt.

Die im Magistratsberichte vorgeschriebenen Bedingungen sind einzuhalten.

(P. Z. 11574, M. A. X, 11146.) Die heimgefallenen Grabstellen im Innern der Gruppen S und T des Leopoldauer Friedhofes werden zur Anlage von Einzelgräbern bestimmt.

(P. Z. 11377, M. A. VIII, 476.) Dem Bademeister des Dampf-, Brause- und Wannenbades im XXI. Bezirke, Kretzgasse 5, wird in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen über die Heizprämie in den städtischen Volks(Brause)bädern für seine sparsame Betriebsführung in der Zeit vom 1. Juli 1915 bis 30. Juni 1916 eine Anerkennungsgabe von 500 K und dem dieser Anstalt zugeteilten Heizer Julius Flor eine solche von 180 K bewilligt.

(P. Z. 11569, M. A. III, 9357.) Zur Ergänzung der im Grundbuche Stadlau unter Einl.-Z. 201 inneliegenden Parz. 569/6

überläßt die Gemeinde Wien den Eheleuten Johann und Josefa Dollinger den im Plane des Stadtbauamtes, Z. XIV, 1242, durch rote Umränderung gekennzeichneten und mit den Buchstaben a b c (a) umschriebenen Teil der Kat.-Parz. 567/2 in Einl.-Z. 27 Stadlau, im Ausmaße von ungefähr 135 m² um den Pauschalpreis von 1150 K und unter folgenden Bedingungen:

1. Der Kaufpreis ist binnen 14 Tagen nach Verständigung der Käufer und der Annahme ihres Anbotes fällig.

2. Der Grund wird verkauft und gekauft wie er liegt und steht und ist den Käufern lastenfrei zu übertragen.

3. Sämtliche mit dem Rechtsgeschäfte und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren tragen die Käufer zur Gänze allein.

(P. Z. 11572, M. A. X, 10619.) Das Projekt der Erweiterung des Stadlauer Friedhofes bis an die neue Zufahrtsstraße wird nach dem Plane des Stadtbauamtes vom November 1916, B. A. A. d. d. XXI. Bezirk, 2433, die aus diesem Plane ersichtliche Gräbereinteilung mit der Änderung genehmigt, daß der für die Anlage der Einzelgräber Nr. 1 bis 14 in der Reihe 1, der Gruppe C und D und Nr. 1 und 2 der Reihe 1 der Gruppe A und B bestimmte Platz zur Anlage von eigenen Gräbern bestimmt wird.

(P. Z. 11397, M. A. XV, 10174.) Dem Kirchenmusikverein „St. Leopold" in Wien, XXI., wird gegen jederzeit möglichen Widerruf an der Knaben-Bürgerschule in Wien, XXI., Kahlgasse 8, zur Abhaltung von Übungen im Volkskirchengesange für die Schuljugend des Sprengels der Pfarre „St. Leopold" der Turnsaal samt Kleiderablage (top. Nr. 24 und 25) an jedem Donnerstag und das Lehrzimmer top. Nr. 35 an jedem Freitage, und zwar in der Zeit von 5 bis 6 Uhr nachmittags unter den vom Magistrate festgesetzten Bedingungen zur Mitbenützung überlassen.

(P. Z. 11449, M. B. A. XXI, 27625.) Die Bewilligung, welche das magistratische Bezirksamt für den XXI. Bezirk der Österreichisch-ungarischen „Albatros"-Flugzeugwerke G. m. b. H. im Standorte XXI. Bezirk, Industriestraße Konskr.-Nr. 190 Stadlau zur Vergrößerung der mit Genehmigung M. B. A. XXI, 14817 auf die Liegenschaften Einl.-Z. 77 (Kat.-Parz. 428/1 und 497/1 und Einl.-Z. 108, Kat.-Parz. 606) Grundbuch Stadlau, an der Industriestraße Wien XXI. erbauten hölzernen Einzelteiltischlerei-Werkstätte, sowie zur Vornahme von Bauabänderungen in diesem Gebäude erteilen will, wird gemäß §§ 97 und 105 der Wr. B.-O. unter der Bedingung bestätigt, daß dieser Zubau über jederzeitiges Verlangen der Baubehörde, spätestens aber mit Beendigung des gegenwärtig herrschenden Krieges ohne Anspruch auf irgend welche Entschädigung entfernt werde.

(P. Z. 11375, M. A. IV, 3472.) Der k. k. Post- und Telegraphen-Direktion für Österreich unter der Enns wird gemäß § 6 der Anlage 1 zum Übereinkommen über die Benützung des öffentlichen Gutes und der städtischen Liegenschaften zum Zwecke der Herstellung staatlicher Telegraphen-, Fernsprech- und Rohrpostleitungen die Bewilligung zur Vornahme von Aufgrabungsarbeiten im Dezember 1916 behufs Verlegung von Bahnbetriebsleitungskabeln im XXI. Bezirke, Brünnerstraße, erteilt.

(P. Z. 11390, M. A. X, 11127.) In Anbetracht der gegenwärtig herrschenden außerordentlichen Verhältnisse wird den Totengräbern der im folgenden bezeichneten Friedhöfe des XXI. Bezirkes vom 1. April 1916 an mit dem Vorbehalte des Widerrufes eine zugleich mit dem Jahrespauschale flüssig zu machende Zulage zu diesem gewährt, und zwar:

1. Für den Totengräber in Groß-Jedlersdorf von 15 Prozent,
" " " " Hirschstetten " 50 "
" " " " Jedlesee " 10 "
" " " " Leopoldau " 25 "
" " " " Stadlau " 40 "

2. Das sich ergebende Jahreserfordernis von 1295 K ist auf der Rubrik LII (Kriegsauslagen) zu verrechnen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Fraß wird beschlossen:

(P. Z. 11395, M. A. XV, 9352.) Der Magistrats-Abteilung XII a werden von der Mädchen-Bürgerschule VII., Stiftgasse 35, 18 Stühle, 2 Waschtische, 1 Zeichentisch und 1 Auflagetisch und von der Knaben-Bürgerschule VII., Neubaugasse 42, 5 Turnsaalbänke gegen jederzeit möglichen Widerruf, längstens jedoch bis zur Wiederaufnahme des Unterrichtsbetriebes in diesen Schulen leihweise zur Benützung überlassen.

Für eventuelle Beschädigungen oder Abgänge ist jedoch Ersatz zu leisten.

(P. Z. 11577, M. A. XV, 10729.) In Ergänzung des Stadtrats-Beschlusses vom 28. September 1916, P. Z. 9382, werden die mit diesem Beschlusse dem Fortbildungsschulrate Wien in der Knaben- und Mädchen-Volksschule VII., Zollergasse 41, überlassenen Räume über Ersuchen dem Fortbildungsschulrate unter den gleichen Bedingungen auch an Sonntagen von 9 Uhr bis 12 Uhr vormittags zur Mitbenützung überlassen.

(P. Z. 11274, M. A. III, 11953.) Die Erklärung der Firma R. v. Waldheim, Jos. Eberle & Komp., daß sie auch weiterhin die Absicht habe, die Liegenschaft VII., Lindengasse 48/50, zu erwerben und dieselbe dann sobald als nur möglich umbauen werde, daß sie aber einen bestimmten Termin hiefür angesichts der ganz unübersehbaren Verhältnisse nach dem Kriege unter keinen Umständen annehmen könne, wird zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des St. R. Wippel wird beschlossen:

(P. Z. 11281, M. A. XV, 10485.) Dem katholischen Arbeiterinnenvereine Favoriten wird die Bezahlung des noch rückständigen Beleuchtungs- und Beheizungspauschales für die Mitbenützung von Schulräumen der Mädchen-Bürgerschule X., Siccardsburggasse 57 im Halbjahre 1914 im Betrage von 24 K auf die Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen Behinderung der Benützung dieser Schulräume gestundet.

(P. Z. 11446, M. A. X, 45828.) Die von der Firma August Filzamer angesuchte Bauerleichterung, darin bestehend, daß bei dem vom M. B. A. X, am 18. September 1916, Z. 37971, genehmigten Fabrikszubau auf der Liegenschaft Grundb.-Einl.-Z. 2385 des X. Bezirkes, Erlachgasse 149 und Sonnleithnergasse 24, an Stelle der genehmigten eisernen Stiege eine solche nur aus Eichenholz hergestellt werden soll, wird im Sinne des § 84, beziehungsweise § 85 der Wr. B.-O. unter den in der Bauver-

handlungsschrift vom 30. Oktober 1916 festgesetzten Bedingungen zugestanden.

(P. Z. 11492, M. A. VI, 3318.) Die Instandsetzung des Fahrbahnpflasters der Arsenalstraße vom Ostbahnhofe bis zum k. u. k. Arsenale im X. Bezirke wird mit dem bedeckten Kostenerfordernisse von 4526 K 78 h nachträglich genehmigt.

Die Vergebung der erforderlichen Erd- und Pflasterungsarbeiten an Franz Böck und der Asphaltfugenvergußarbeiten an Franz Kletzander an Stelle der Unternehmer für die laufenden Arbeiten und zu den üblichen Bedingungen dieser wird nachträglich zustimmend zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 11654, M. A. III, 10316.) Das neuerliche Anbot der Eigentümer Karl Seefried und Mitbesitzer der Kat.-Parz. 2104 und 2105, inneligend im Grundbuche Favoriten unter der Einl.-Z. 1742, im Katastralausmaße von 1695 m², dieselbe der Gemeinde Wien nunmehr um den Preis von 10 K per Quadratmeter zu verkaufen, wird mit dem Bedeuten abgelehnt, daß die Gemeinde Wien die Erwerbung dieser Gründe nicht beabsichtigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schwer** wird beschlossen:

(P. Z. 11534, M. A. II, 4160) Der Feuerwehrkutscherswitwe Franziska Starch wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 360 K bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11533, M. A. II, 4094.) Der Feuerwehrkutscherswitwe Anna Bucheger wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 240 K sowie der Gnadenerziehungsbeiträge von jährlich je 72 K für die beiden Kinder bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11427, M. A. IV, 3553.) Folgender Verfügung des Herrn Bürgermeisters wird nachträglich zugestimmt:

Dem zur militärischen Dienstleistung eingerückten Kutscher der städtischen Feuerwehr Max Schmidt wird ausnahmsweise die Eheschließung vor Ablauf der festgesetzten Dienstzeit bewilligt.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Rain** wird beschlossen:

(P. Z. 11612, W. A., 3083.) Folgender Verfügung des Herrn Bürgermeisters wird nachträglich zugestimmt:

Die Lieferung des Stauböles zum Einlassen der Fußböden in den städtischen Schulen während der Weihnachtsferien 1916 wird in nachstehender Weise vergeben:

1. Für den I., III. und XXI. Bezirk an H. Hartmann, XVI., Erdbrustgasse 22, zum Preise von 120 K für 100 kg mit Zustellung.

2. Für den II., VII., VIII. und X. Bezirk an Ludwig Peyrl, XIX., Halteraugasse 1, zum Preise von 120 K für 100 kg mit Zustellung.

3. Für den IV., V., VI., IX., XI. bis XVII. Bezirk an E. J. Müller & Sohn, VI., Gumpendorferstraße 121, zum Preise von 110 K für 100 kg und für die Bezirke XVIII, XIX und XX zum Preise von 113 K für 100 kg mit Zustellung.

(P. Z. 11717, M. A. XXII, 2425.) Die Amtsräume der Magistrats-Abteilungen IV, V, VI und XIX, das Sektionszimmer I sowie die bisher den städtischen Sammlungen zugewiesenen Räume top. Nr. 674, 675 und 677 im Neuen Rathause werden zur Unterbringung der verschiedenen städtischen Lebensmittelversorgungsstellen bestimmt. Die Rathaus-Korrespondenz wird vorläufig im Sektionszimmer 2 untergebracht.

Der Magistrats-Abteilung IV werden die dermalen von der Fach-Abteilung VI des Stadtbauamtes im Hause des Landes-Eisenbahnamtes I., Landesgerichtsstraße 10 benützten Räume, der Magistrats-Abteilung V die der Fach-Abteilung XII des Stadtbauamtes zugedachten Amtsräume im neuen Amtshause I., Felderstraße, der Magistrats-Abteilung VI, die dermalen von der Buchhaltungs-Abteilung IV benützten Räume im Neuen Rathause zugewiesen. Die Magistrats-Abteilung XIX wird in den Räumen des Zentral-Steuer- und Wahlkatasters untergebracht. Die Buchhaltungs-Abteilung IV hat die für dieselbe vorbereiteten Amtsräume im neuen Amtshause I., Felderstraße einzunehmen. Die Fach-Abteilung VI des Stadtbauamtes wird mit der Bau-Abteilung II der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung räumlich vereinigt.

(P. Z. 11611, W. A., 3174.) Folgender Verfügung des Herrn Bürgermeisters wird nachträglich zugestimmt:

Im Sinne vom Sachverständigen-Komitee zur Begutachtung von Materialien gemachten Vorschläge werden nachstehende Waren angekauft:

1. zirka 800 m Rocktuch zum Preise von 26 K per Meter laut Muster;

2. zirka 600 m Steifleinen zum Preise von 1 K 90 h per Meter laut Muster, beides von der Firma Rudolf Czertner;

3. 400 Dutzend Taschentücher laut Muster zum Preise von 15 K 60 h per Dutzend von der Firma Norbert Langer & Söhne.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dr. Mataja** wird beschlossen:

(P. Z. 11405, M. A. XIX, 1341.) Von der Ergreifung des Rekurses gegen die mit der Note der k. k. Steueradministration für den I. Bezirk vom 11. September 1916, Z. IIa, B/412, mitgeteilte Erwerbsteueraufteilung bezüglich der Aktiengesellschaft der Wiener Ziegelwerke in Wien für das Jahr 1916, wird Umgang genommen.

(P. Z. 11255, M. A. I, 4914.) Der Bericht des Magistrates vom 22. November 1916, W. A. I, 4914, über die Annahme der vom verstorbenen k. k. Ober-Baurate Ferdinand Fellner letztwillig vermachten Bilder wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 11381, M. A. IX, 3540.) Dem Fleischhauer Adolf Mandl wird antäßlich eines in der Kühlanlage des Schlachthauses St. Marx stattgefundenen Fleischdiebstahles ohne Zuerkennung eines rechtlichen Anspruches eine Schadenvergütung von 100 K bewilligt.

(P. Z. 11502, M. A. XII, 36893.) Der nach dem am 2. Juli 1916 verstorbenen ehemaligen Zögling des V. städtischen Waisenhauses Josef Hechtl hinterbliebene Nachlaß wird den erblichen Geschwistern des Obgenannten gnadenweise überlassen.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hoß** wird beschlossen:

(P. Z. 11650, M. D., 14606.) Den zur militärischen Dienstleistung eingerückten Gemeinde-Angestellten, auf welche die Vorschrift im Anhange II zur Dienstpragmatik für die Gemeinde-Beamten und -Diener der Stadt Wien (Auflage 1916) nicht Anwendung findet, die aber auf Grund anderer normativer Bestimmungen während ihrer gegenwärtigen militärischen Dienstleistung im Bezuge eines Teiles ihres Gehaltes (Lohnes) geblieben sind, wird, falls sie Familienerhalter im Sinne dieser normativen Bestimmungen sind, für den Monat Dezember 1916 die Ergänzung ihres Bezuges auf den einmonatigen Gehalt (Lohn) als Weihnachtsgabe bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z.. 11648, M. D., 9511.) Dem Ladislaus Nogol wird zweck Erlangung einer Bauaufseherstelle bei der Gemeinde Wien die Nachsicht von dem vorgeschriebenen Nachweise über den Besuch einer Werkmeisterschule erteilt.

(P. Z. 11649, M. D., 7881.) 1. Folgende Gruppen städtischer Angestellter erhalten unter der Voraussetzung, daß sie bereits über ein Jahr im Dienste der Gemeinde Wien stehen, Weihnachtsgeschenke, und zwar:

a) Die Diurnisten der Stadtbuchhaltung gemäß dem Vorschlage des Direktors der Stadtbuchhaltung, ferner die Zeichner des Stadtbauamtes, insofern ihnen ein Taggeld von höchstens 5 K gebührt, je 40 K;
b) die Kanzleidiurnisten, die Diurnisten des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes, die Säuglingspflegerinnen und die weiblichen Kanzleihilfskräfte, je 30 K;
c) die Kanzleigehilfen und Kanzleihilfsdiener je 10 K.

Die zur militärischen Dienstleistung eingerückten städtischen Angestellten sind hierin nicht inbegriffen.

2. Den provisorisch Bediensteten des Magistrates mit monatlich oder halbmonatlich im nachhinein fälligen Bezügen sind die mit 31. Dezember 1916 halbjährlich fälligen Bezüge schon am 23. Dezember 1916 flüssig zu machen.

3. Für das unbedeckte Mehrerfordernis von 1890 K wird zur Ausgabs-Rubrik III 21 ein erster Zuschußkredit in gleicher Höhe bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(Schluß der Sitzung.)

Bezirksvertretungen

(VIII. Gemeindebezirk, Josefstadt.)

Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Josefstadt vom **25. Oktober 1916.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Johann Bergauer.**

Schriftführer: Kanzleileiter Direktions-Adjunkt Alexander Prinke.

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden und eröffnet nach Feststellung der Beschlußfähigkeit die Sitzung.

Die Verhandlungsschrift über die letzte öffentliche Sitzung vom 5. Juli 1916 wird verlesen und genehmigt.

Einlauf.

(8—16/IV.) Zuschriften der Bezirksvertretungen des V., X., XI., XIV., XVII., XVIII., XIX., XX. und XXI. Bezirkes, womit sie ihre Zustimmung zu dem h. o. Beschlusse vom 5. Juli 1916, betreffs Stellungnahme gegen den Erlaß des k. k. n.-ö. Landesschulrates vom 10. September 1915 bezüglich Eindämmung des Schülerandranges zu den Mittelschulen, bekanntgeben.

Zur Kenntnis.

(218/V.) Schreiben der Magistrats-Abteilung III vom 6. September 1916, Z. 8907, betreffend die Aufstellung eines Trinkbrunnens am Hamerlingplatze.

Zur Kenntnis.

(72/VIII.) Verständigung der Fürsorge-Zentralstelle, vom 4. September 1916, daß der Stadtrat zufolge Beschlusses vom 31. August 1916, P. Z. 8637, die Errichtung einer Kriegsküche durch die Fürsorge-Zentrale im Amtshause des VIII. Bezirkes genehmigt hat.

Zur Kenntnis.

Nach Beantwortung mehrerer von den **B.-R. Germ, Kapfinger** und **Riedl** gestellten Anfragen durch den **Vorsitzenden** wird die Beantwortung einer vom **B.-R. Riedl** gestellten Anfrage der vertraulichen Sitzung vorbehalten.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

(XVIII. Gemeindebezirk, Währing.)

Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Währing vom **3. November 1916.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Anton Baumann.**

Schriftführer: Kanzleileiter Ober-Offizial Friedrich Haroldt.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Die Verhandlungsschrift der letzten am 22. September 1916 stattgefundenen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Einlauf.

Zuschrift des k. k. n.-ö. Statthalterei-Präsidiums vom 12. Oktober 1916, P. Z. 14631/109 M, betreffend die automatische Enthebungsverlängerung von zur militärischen Dienstleistung Einberufenen bis 30. November 1916.

Die Verständigungen der politischen Bezirksbehörden sind nur an das zuständige k. u. k. Ergänzungs-Bezirks-Kommando zu leiten.

Erlaß des k. k. n.-ö. Statthalterei-Präsidiums vom 2 September 1916, P. Z. 9228/98 M, betreffend die Enthebung des Personales von landwirtschaftlichen Maschinen.

Erlaß der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 20. September 1916, P. Z. 2/780 M, betreffend die Nichteignung verzinkter Eisen-Ersatzkessel für Viehfütterung.

Erlaß des k. k. n.-ö. Statthalterei-Präsidiums vom 30. September 1916, P. Z. 9230/105, betreffend die telegraphische Bekanntgabe der zu landwirtschaftlichen Arbeiten beim Herbstanbaue abgebbaren Pferde an das vorgesetzte Militär-Kommando seitens des Stations-Kommandanten.

Zuschrift der Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen vom 5. Oktober 1916, betreffend die Errichtung einer Kriegsküche im Hause Währingerstraße 173.

Erlaß der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 10. Oktober 1916, Z. W-3579/6, betreffend die beschleunigte Beförderung von Saatgutsendungen.

Erlaß der k. k. n.-ö. Satthalterei vom 5. Oktober 1916, Z. W-3913/9, betreffend die Vermahlung des Eigenbedarfes landwirtschaftlicher Selbstversorger in Hausmühlen.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung V vom 20. September 1916, Z. 2000, betreffend die Errichtung eines Ablenkgeleises in der Endstation Pötzleinsdorf der städtischen Straßenbahnen.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung V vom 17. Oktober 1916, Z. 2507, betreffend das Ergebnis der kommissionellen Verhandlung über die Verlegung der im Geleise I der Linie durch die Sternwartestraße beim Hause Gymnasiumstraße 39 bestehenden Straßenbahnhaltestelle zur Kreuzung der Sternwartestraße und Gymnasiumstraße.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung V vom 23. Oktober 1916, Z. 2508, betreffend das Ergebnis der kommissionellen Verhandlung über die Verlegung der am Ende der Gentzgasse unter dem Stadtbahndurchlasse der Vorortelinie der Wiener Stadtbahn befindlichen Haltestellen der städtischen Straßenbahn.

Zuschrift der Magistrats-Abteilung IV vom 12. Oktober 1916, Z. 6026, betreffend die Aufstellung von zwei ganznächtigen und drei halbnächtigen Hängelicht-Doppelflammen in dem Teile der Kreuzgasse zwischen der Klostergasse und Lacknergasse, ferner von zwei ganznächtigen und drei halbnächtigen Auergasflammen in der Lacknergasse, Sommarugagasse und Paulinengasse.

Zuschrift des k. k. Bezirksgerichtes Währing, betreffend die Räumung von gekündigten Wohnungen bis 20. November 1916, 12 Uhr mittags.

Zuschrift der Stadtbauamts-Abteilung des XVIII. Bezirkes vom 26. September 1916, Z. 1628, betreffend die Verlegung des Termines der Herstellung der Erndtgasse zwischen Wallrißstraße und Bastiengasse mit Rücksicht auf die derzeitigen erheblichen Mehrkosten.

Zuschrift des magistratischen Bezirksamtes Währing vom 20. Oktober 1916, Z. 365/I, betreffend die unentgeltliche Abtretung eines Teiles der Grundfläche der Kat.-Parz. 459/1 (Liegenschaft Einl.-Z. 277 Grundbuch Währing) in der Dittesgasse an die Gemeinde Wien.

Denkschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architektenvereines „Wien nach dem Kriege".

Die im Einlaufe verzeichneten Geschäftsstücke werden zur Kenntnis genommen.

Anträge.

B.-R. Schwarzinger stellt den Antrag, die Gemeinde Wien werde ersucht, die Entfernung fremdsprachiger Aufschriften auf Geschäftsschildern, Auslagekasten und Beleuchtungskörpern zu veranlassen, fernerhin keinem Geschäftsinhaber die Anbringung von Geschäftsschildern, Auslagekasten und Beleuchtungskörpern mit fremdsprachigen Aufschriften zu bewilligen und Geschäftsleuten, welche hiezu städtischen Grund benützen, das weitere Benützungsrecht zu entziehen.

B.-R. Sedlak führt zu vorangeführtem Antrag aus, daß viele Geschäftsleute die fremdsprachigen Aufschriften, beziehungsweise Bezeichnungen auf ihren Geschäftsschildern mit Papier überkleben oder in unzulänglicher Weise überstreichen lassen. Durch die Witterungseinflüsse würde sehr bald das Papier entfernt werden; es komme die überstrichene Schrift wieder zum Vorschein.

Die Gemeinde Wien habe es in der Hand, daß solche Geschäftsschilder entfernt werden.

Derselbe stellt ferner den Zusatz-Antrag: Die staatliche Behörde werde weiters noch ersucht, solche fremdsprachige Aufschriften zu besteuern.

B.-R. Schreiner erwähnt als Beispiel das Geschäftsschild der Firma Pekarek, Tee-Niederlage in der Gersthoferstraße, welche auf dem Schilde die Bezeichnung „Königl. rumänischer Hoflieferant" führe, und schließt sich dem Antrage des B.-R. Schwarzinger an. Letzterer erklärt sohin mit dem vorangeführten Zusatz-Antrage des B.-R. Sedlak vollkommen einverstanden zu sein, und regt an, die Steuerbehörde sei zu ersuchen, Geschäftsleute, welche sich Geschäftsschilder mit fremdsprachigen Aufschriften oder solcher mit Bezeichnungen fremder Staaten bedienen, mit einer ausgiebigen Steuer zu belegen, und ersucht weiters, daß diese Angelegenheit in den Bezirksnachrichten veröffentlicht werde.

Es wurde sohin der Antrag des B.-R. Schwarzinger, sowie der Zusatz-Antrag des B.-R. Sedlak einstimmig angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Feierliche Überreichung von Auszeichnungen im Rathause.

Donnerstag den 14. Dezember 1916 um 10 Uhr vormittags fand im Präsidialbureau des Gemeinderates durch Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner die feierliche Überreichung von

kaiserlichen und kommunalen Auszeichnungen an nachstehende Personen, beziehungsweise die Angelobung von 15 neuen Armenräten statt:

Angelobung von Armenräten.

Ehrenmedaille für 40jährige treue Dienste:

Rudolf Petzel, Volksschul-Direktor.

Diplom für mehr als zehnjährige Dienste als Ortsschulrat:

Dechant Florian Lang, Pfarrverweser zum heil. Johann von Nepomuk in Meidling.

Diplom für mehr als zehnjährige Dienste als Armenrat:

Franz Wessely, Armenrat des IV. Bezirkes.

Vinzenz Wech, Armenrat des XVI. Bezirkes.

Pfarrer Franz Schmid, Franz Pühringer, Josef Schubert, Armenräte des XX. Bezirkes.

Zur Feier hatten sich eingefunden:

St.-R. Hans Schneider, die Gem.-Räte Hugo Lux, Johann Goldeband, Josef Nejezchleba, Karl Wawerka, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Johann Krist, Landes-Schulinspektor Anton Becker, Bezirksschulinspektor Franz Tremmel, Obmann des Ortsschulrates des XII. Bezirkes Karl Isnenghi und Armen-Instituts-Obmann Heinrich Mayer, Ober-Magistratsrat Hugo Arzt und die Magistratsräte Präsidial-Vorstand Josef Formanek, Josef Schaufler, Dr. Viktor Winkler, Magistrats-Sekretär Dr. Eduard Paul und Direktions-Adjunkt Rudolf.

Zunächst nahm der Bürgermeister die Angelobung von 15 neuen Armenräten vor. Er erinnerte sie, unter welch schweren Umständen sie ihr verantwortliches Amt übernehmen und dankt ihnen herzlich für die Annahme der Wahl. „Wenn ich Ihnen", sagte er, „den Dank der Gemeinde ausdrücke, so erlauben Sie, daß ich auch eine Bitte beifüge. Das Amt eines Armenrates ist nicht immer ein dankbares Amt. Nicht immer folgt dem Spender und Wohltäter auch der Dank derjenigen Personen, welchen Wohltaten erwiesen wurden. Lassen Sie sich dadurch nicht abschrecken! Nicht auf den Dank des einzelnen kommt es an, sondern auf den Dank der Allgemeinheit, der Gemeinde als solcher. Ich bitte Sie, sich bei Ihren Amtshandlungen genau an die Vorschriften, die für das Armenwesen vom Gemeinderate erlassen wurden, zu halten. Lassen Sie Ihr Herz sprechen, aber immer im Rahmen der städtischen Budgets. Die Auslagen für das öffentliche Armenwesen sind im Laufe der letzten Jahrzehnte ins Unermeßliche gestiegen. Wir haben ein Millionen-Budget für das Armenwesen und es ist nun Ihre Pflicht, die Sache so einzuteilen, daß wahrhaft Bedürftigen geholfen wird, aber zugleich dafür zu sorgen, daß Erpressern, unverschämten Bettlern, die auf die Wohltätigkeit anderer spekulieren, das Handwerk gelegt wird.

Auf diese Weise werden Sie das Geld, das Ihnen das städtische Budget zur Verfügung stellt, aufs Beste verwenden. Ich rechne auch darauf, daß Sie Ihr Amt nicht nur vorübergehende Zeit übernehmen, sondern, daß ich das Vergnügen haben werde, Sie recht lange als Armenräte der Stadt Wien, als wohlerprobte Bürger der Stadt zu sehen, die auch ihr Scherflein für die Allgemeinheit beitragen."

Präsidial-Vorstand Magistratsrat Formanek verliest die Eidesformel, worauf die neuen Armenräte die Angelobung leisten.

Hierauf überreichte der Bürgermeister dem Volksschul-Direktor Rudolf Petzel die Ehrenmedaille für 40jährige treue Dienste. Er hielt dabei folgende Ansprache:

„Hochgeschätzter Herr Direktor! Weiland Se. Majestät Kaiser Franz Josef I. hat für 40jährige treue Dienste eine Ehrenmedaille gestiftet, die Statthalterei hat Ihnen diese Auszeichnung zuerkannt und mir obliegt heute die ehrenvolle und erwünschte Aufgabe, Ihnen diese kaiserliche Auszeichnung überreichen zu dürfen.

Es sind einige Jahrzehnte vergangen, seit dem wir uns kennen. Wir sind beide älter geworden, wir überblicken heute viele Verhältnisse anders, als vielleicht vor 30 oder 40 Jahren, da wir uns das erstemal begegnet sind. Mir gereicht es zur Auszeichnung, einen Genossen meiner Jugend vor mir zu sehen und ihm die kaiserliche Ehrenmedaille überreichen zu dürfen. Weiß ich doch, daß sie einem hochverdienten Schulmanne zukommt, vor dessen Augen Generationen von Kindern vorübergezogen sind und der das Bewußtsein hat, sein Bestes für die Kinder unseres Volkes getan zu haben.

Möge der liebe Gott Ihnen, Herr Direktor, Gesundheit, geistige und körperliche Frische noch durch lange Jahre verleihen, damit Sie sich der kaiserlichen Auszeichnung erfreuen und auch weiter als verdienter Schulmann wirken, um die Kinder unseres geliebten deutschen Volkes zu tüchtigen Männern heranzuziehen. Meinen herzlichsten Glückwunsch."

Landes-Schulinspektor Becker, Bezirks-Schulinspektor Tremmel, sowie Bezirksvorsteher-Stellvertreter Krist beglückwünschen den Ausgezeichneten. Bezirks-Schulinspektor Tremmel hebt dabei hervor, daß Direktor Petzel nicht nur 40 Jahre seine Pflicht getan habe, sondern noch viel mehr. Darum habe er sich auch heute noch alle Ideale bewahrt und wirke heute noch in einer Tatkraft, um die man ihn beneiden kann. „Ich weiß auch", sagte er, „daß mein lieber Freund in dieser schweren Zeit, so lange er kann, für das allgemeine Wohl und die Jugendfürsorge alle Kräfte einsetzen wird."

Volksschul-Direktor Petzel spricht in herzlichen Worten seinen Dank aus.

Schließlich überreichte der Bürgermeister dem Dechant Florian Lang und den Armenräten Franz Wessely, Vinzenz Wech, Pfarrer Franz Schmidt, Franz Pühringer und Josef Schubert die ihnen zuerkannten Diplome für mehr als zehnjährige Dienste als Ortsschulrat, beziehungsweise Armenrat.

Er hebt dabei hervor: „Es handelt sich um die Auszeichnung verdienter Bürger unserer Stadt, welche auf dem Gebiete des Armen- und Schulwesens sich zehn Jahre in erfolgreicher und bewährter Weise betätigt, welche in Betätigung edlen Bürgersinnes beste Dienste geleistet haben. Ich bringe Ihnen für diese Ihre Tätigkeit den Dank des Bürgermeisters und der Gemeindeverwaltung entgegen und füge die Bitte bei, in derselben bewährten Weise und Opferwilligkeit auch weiterhin den Pflichten ihres öffentlichen Mandates zu genügen.

Es ist der Dank der Gemeinde, die ich heute zu vertreten habe, an Sie für alle Mühsale, alle Opfer, die Sie gebracht haben. Wir brauchen, meine Herren, in der Verwaltung der 2 Millionenstadt ehrenämtlich tätige Männer, welche einen Teil ihrer Zeit neben ihrem Berufe der Besorgung öffentlicher Angelegenheiten widmen. Wir könnten die Verwaltung der Stadt, insbesondere des Armenwesens, gar nicht führen, wenn nicht

Hunderte von Bürgern sich freiwillig in den Dienst der Gemeinde stellen würden. In diesen schweren Zeiten ist aber die Tätigkeit des einzelnen Bürgers in hervorragender Weise einzuschätzen. Ich weiß, wie schwer der Gewerbsmann leidet unter der Ungunst der Zeit, wie schwer die fix Angestellten kämpfen und umso höher ist es anzuschlagen, wenn trotzdem noch immer viele Bürger auf dem Gebiete des Schulwesens und in der Betätigung reiner und echter christlicher Nächstenliebe sich verdient machen. Ich überreiche Ihnen hiemit die Diplome mit meinen besten Glückwünschen."

Obmann des Ortsschulrates XII, Karl Isnenghi und Armen-Institutsobmann Heinrich Mayer sprechen ihre Glückwünsche aus, ebenso Stadtrat Schneider, der hervorhebt, es habe ihm zur großen Freude gereicht, im Stadtrat das Referat über diese Auszeichnungen führen zu können. Insbesondere beglückwünschte Hofrat Schneider den hochwürdigen Pfarrer Franz Schmidt, dessen Tätigkeit er in der Brigittenau, namentlich in Zwischenbrücken, wo er als Reformator wirke, kennen gelernt habe.

Die Ausgezeichneten dankten mit herzlichen Worten, worauf die Feier ihr Ende fand.

K. k. Bezirksschulrat.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 17. November 1916, G. Z. 11567:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, der Bürgerschullehrerin I. Klasse an der Bürgerschule für Mädchen XIII., Gurkgasse 32, Anna Schmid, anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand für ihre vieljährige, hingebungsvolle und erfolgreiche Lehrtätigkeit die belobende Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 17. November 1916, G. Z. 11641:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, dem Bürgerschullehrer an der Bürgerschule für Knaben XII., Singrienergasse 19, Peter Unterkofler, anläßlich seiner Versetzung in den Ruhestand in Anbetracht seiner vieljährigen zufriedenstellenden Verwendung im Schuldienste die Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 18. November 1916, G. Z. 11617:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, der Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen IX., Hahngasse 35, Barbara Sturz, anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand für ihre vollkommen zufriedenstellende Tätigkeit als Erzieherin und Lehrerin die Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 18. November 1916, G. Z. 11616:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, der Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen IX., Galileigasse 3, Hermine Ehrbacher, anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand für ihre langjährige ersprießliche Tätigkeit als Lehrerin und Erzieherin die Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 22. November 1916, G. Z. 11768:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, dem Oberlehrer an der allgemeinen Volksschule für Mädchen III., Kleistgasse 12, Direktor Josef Matzenauer, anläßlich seiner Versetzung in den Ruhestand für sein mehr als 40jähriges ersprießliches Wirken auf dem Gebiete des Schulunterrichtes und der Jugenderziehung die vollste belobend Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 22. November 1916, G. Z. 11769:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, dem Bürgerschullehrer an der Bürgerschule für Mädchen III., Reisnerstraße 43, Johann Reitbauer, anläßlich seiner Versetzung in den Ruhestand für seine 40jährige zufriedenstellende Verwendung im Schuldienste die Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 22. November 1916, G. Z. 11767:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, dem Volksschullehrer I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben XVII., Parhamerplatz 19, Bernhard Strauß, anläßlich seiner Versetzung in den Ruhestand für seine langjährige Tätigkeit im Schuldienste die Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 23. November 1916, G. Z. 12028:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, der Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen III., Löwengasse 12 b, Hermine Kappert, anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand für ihre jederzeit zufriedenstellende dienstliche Verwendung die Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 24. November 1916, G. Z. 8981:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, der Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen IX., Viriotgasse 8, Marie Ledermüller, anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand für ihre langjährige Tätigkeit auf dem Gebiete des Unterrichtes und der Erziehung die Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 6. Dezember 1916, G. Z. 6912:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, dem Volksschullehrer I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben XV., Talgasse 2, Hermann Lehne, für seine verdienstvolle Tätigkeit bei der probeweisen Einführung eines neuen Lehrplanes für den Turnunterricht die belobende Anerkennung auszusprechen.

Lebensmittelverkehr.

Borstenviehmarkt vom 12. und 14. Dezember 1916.

1. Auftrieb auf dem freien Markt.

Fleischschweine (Jungschweine) . . . . — Stück
Fettschweine . . . . . — „
Summe . — Stück
Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche — Stück.

Angekauft wurden:

für Wien . . . . . — Stück
für das Land . . . . . — „
unverkauft blieben . . . . — „

2. Preisbewegung.

(Preis 1 kg Lebendgewicht.)

Fleischschweine (Jungschweine):

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Fettschweine:

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Auf den dieswöchentlichen Schweinemärkten fand kein Auftrieb statt.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 12. Dezember 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	38 K	— h
Roggen	„ 100 „	31 „	— „
Braugerste . . .	„ 100 „	36 „	— „
Futtergerste . . .	„ 100 „	32 „	— „
Hafer	„ 100 „	30 „	— „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.)

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	— K	— h	per	100 kg
Backmehl	— „	— „	„	100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	— „	— „	„	100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	— „	— „	„	100 „
Brotmehl Weizenbrot- und Roggenmehl)	— „	— „	„	100 „

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 13. Dezember 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	38 K	— h
Roggen	„ 100 „	31 „	— „
Braugerste . . .	„ 100 „	36 „	— „
Futtergerste . . .	„ 100 „	32 „	— „
Hafer	„ 100 „	30 „	— „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.)

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	— K	— h	per	100 kg
Backmehl	— „	— „	„	100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	— „	— „	„	100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	— „	— „	„	100 „
Brotmehl (Weizenbrot- und Roggenmehl)	— „	— „	„	100 „

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 14. Dezember 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	38 K	— h
Roggen	„ 100 „	31 „	— „
Braugerste . . .	„ 100 „	36 „	— „
Futtergerste . . .	„ 100 „	32 „	— „
Hafer	„ 100 „	30 „	— „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	— K	— h	per	100 kg
Backmehl	— „	— „	„	100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	— „	— „	„	100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	— „	— „	„	100 „
Brotmehl (Weizenbrot- und Roggenmehl)	— „	— „	„	100 „

* * *

Pferdemarkt vom 12. Dezember 1916.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 464 Stück.
161 Gebrauchspferde, 303 Schlachtpferde.*)

Preis: für Gebrauchspferde . . . 1000 bis 3600 K per Stück
„ Schlachtpferde . . . . 405 „ 640 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

*) Hievon ab 189 am Markte und 114 im Pferdeschlachthause.

Jung- und Stechviehmarkt vom 11. und 14. Dezember 1916.

1. Auftrieb bzw. Zufuhr.

Kälber lebend	—	Schafe lebend	1719
Kälber ausgeweidet .	1490	Schafe ausgeweidet . .	593
Lämmer lebend	—	Schweine ausgeweidet .	521
Lämmer ausgeweidet . .	32	Spanferkel	—

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von 450 bis 470 h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ 420 „ 440 „
III. „ . . . . „ 300 „ 400 „

Lämmer lebend (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Lämmer ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis 600 h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von 520 bis 650 h*) (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ 440 „ 500 „
III. „ . . . . „ 300 „ 400 „

Fleischschweine ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis 780 h**) (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Fettschweine ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis 780 h**) (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Schafe lebend (per Paar):

I. Qualität . . . . von — bis — K (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

Schafe lebend (per 1 kg):

I. Qualität . . . . von — bis — h (extrem bis — h)
II. „ . . . . „ — „ — „
III. „ . . . . „ — „ — „

*) Einige Stücke besonderer Qualität wurden zu extrem hohen Preisen abverkauft.
**) Gesetzlicher Höchstpreis.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 319 Stück Kälber weniger zugeführt als in der Vorwoche.

Auf dem Schafmarkte wurden um 562 Stück Schafe weniger aufgetrieben als in der Vorwoche.

Preise gegen die Vorwoche unverändert.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 14. Dezember 1916 79 Stück Mast- und 42 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Bei lebhaftem Geschäftsverkehre wurden alle Kälberqualitäten, um 10 h per 1 kg billiger als in der Vorwoche abgegeben.

Ausgeweidete Schweine wurden auf Basis der gesetzlichen Höchstpreise abgesetzt.

Die Preislage für ausgeweidete Schafe blieb unverändert.

Das Lämmergeschäft war belanglos.

Sanitäts-Angelegenheiten.

Ausweis über die im Oktober 1916 durch die städtischen Sanitätsstationen ausgeführten Kranken- und Leichentransporte.

Station	Zahl der Transporte von Kranken: gewöhnlichen	Kranken: Infektions-	Leichen	Zusammen
Station, V., Bräuhausgasse 61	521	502	109	1132
Station, X., Arsenalstraße 2	15	269	1	285
Station, XIV., Pillergasse 21	625	147	53	825
Station, XVII., Gilmgasse 18	351	132	103	586
Station, XX., Gerhardusgasse 3 . . .	456	359	71	886
Zusammen .	1968	1409	337	3714
	3377			

Baubewegung

vom 12. bis 14. Dezember 1916.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Neubauten.

VII. Bezirk: Schottenfeldgasse 93, Einl.-Z. 967, von Ing. Richard Ritter v. Stauber, XVIII., Peter Jordan-Straße 94 (3938).

Zubauten.

III. Bezirk: Stockaufbau, Rennweg, Kleistgasse, von J. Roth, A.-G., Bauführer J. Kotschi (3927).

Adaptierungen.

I. Bezirk: Wollzeile 12, von Paul Hoppe noe. Berndorfer Metallwarenfabrik A.-G. (3915).
II. Bezirk: Kleine Mohrengasse 3, von der Großeinkaufstelle, IV., Wiedner Hauptstraße 23 (3923).
III. Bezirk: Bechardgasse 14, von der Ersten k. k. priv. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Bauführer F. Schindler (3937).
VI. Bezirk: Linke Wienzeile 8, von Otto Gießauf, XVII., Wattgasse 68 (3931).
IX. Bezirk: Widerhofgasse 8, von Ferdinand Schindler (3940).
XX. Bezirk: Engerthstraße 77, von Julius Hecht (3917).

Diverse geringere Bauten.

II. Bezirk: Kanalherstellung, Stuwerstraße 23, von Moriz Kobler, XIV., Prinz Karl-Gasse 26, Bauführer B. Schwadron (3939).
" " Schuppen und Rampenbau, Obere Donaustraße 29/31, von der Dampfwäsch-A.-G. (3945).
III. Bezirk: Hofüberdeckung, Erdbergerlände 30, von G. Roth A.-G., Bauführer J. Kotschi (3916).

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

11. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Kurzwart Kamillo — Konzession zur Verabreichung von Speisen und Bier, Wein ꝛc. — III., Erdbergermais, Donaulände Einl.-Z. 2154.
Schulz Katharina — Betrieb einer elektrischen Wäscherolle — XX., Salzachstraße 34.
Snasel Cyrill — Lebensmittel-Verschleiß beschränkt — XX., Universumstraße 44.
Grünwald Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVIII., Staudgasse 62.
Kiß Adolf — Handel mit Wirk- und Webwaren und Kleidungsstoffen — VI., Webgasse 11.
Nemencsek Ignaz — Desinfizierung von Wohnungen — VI., Gumpendorferstraße 119.
Perl rekte Paula Schulenberg — Modistengewerbe — VI., Kollergerngasse 4.
Glaß Marie — Fabrikswäßige Erzeugung von Strohüberschuhen — VI., Webgasse 35.

* * *

13. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Gerstl Wilhelm — Butter- und Eierhandel — XIV., Reichsapfelgasse 13.
Steiner Fanni — Handel mit Kanditen- und Zuckerbäckerwaren — II., Kaiser Josef-Straße 34.
Münz Margarete — Handel mit Säcken und Leinenwaren und altem Eisen — II., Obere Donaustraße 12.
Trupp Magdalena — Marktviktualienhandel — II., Vor dem Hause Schmelzgasse 9.
Schmitzer Rosa — Strickereigewerbe mit Ausschluß der Gold-, Silber- und Perlstickerei — II., Darwingasse 5.
Lackner Marie — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XVI., Friedmanngasse 36.
Hampl Karoline — Ein- und Verkauf von Woll- und Tuchabfällen — XVI., Hasnerstraße 98.
Klinghofer Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Thaliastraße 71.
Kratky Marie — Elektrische Wäscherolle — XVI., Maroltingergasse 63.
Lax Klara — Ein- und Verkauf von Woll- und Tuchabfällen — XVI., Richard Wagner-Platz 7.
Spenner Leontine — Pfaidlergewerbe — XVI., Seeböckgasse 7.
Minihold Katharina — Handel mit Woll- und Tuchabfällen — XVI., Wichtelgasse 35.
Hanslik Marie — Ein- und Verkauf von Woll- und Tuchabfällen — XVI., Kirchstetterngasse 50 a.
Kronsteiner Klara — Ein- und Verkauf von Hadern — XVI., Haymerlegasse 27.
Heidl Marie — Fleisch-Verschleiß — XVI., Brunnengasse, Markt.
Grötz Theresia — Handel mit Seifen und Parfümerie — XVI., Ottakringerstraße 162.
Krones Karoline — Handel mit alten und neuen Tuchabfällen — XVI., Wichtelgasse 8.
Ungar Franziska — Lebensmittelhandel beschränkt — IV., Alleegasse 40.
Ebinger Antonia — Schuhwarenhandel — IV., Naschmarkt.
Plastikon-Kunstanstalt für Reliefbilder, G. m. b. H. — Erzeugung von photographischen Porträtsreliefs — III., Esteggasse 8.
Schönfeld Leopold — Schuhwarenhandel — II., Castellezgasse 12.
Fleischer Siegfried — Ein- und Verkauf von Woll- und Tuchabfällen — XVI., Abelegasse 21.
Schapirer Leo — Kommissionshandel — VII., Lindengasse 5.
Kistner Matthäus — Handel mit Schweinefleisch und Selchwaren — IV., Naschmarkt.
Kistner Matthäus — Marktviktualienhandel — IV., Naschmarkt.
Büßing Louis — Handel mit Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — IV., Wiedner Hauptstraße 71.
Prussenovsky Josef — Schuhmachergewerbe — XIV., Stiegergasse 3.
Jahn Marie — Lebensmittelhandel beschränkt — VI., Stumpergasse 62.
Liebschütz Josef — Handel mit Kartoffeln, Zwiebeln und Hülsenfrüchten — XX., Bäuerlegasse 9.
Wentzel Karoline — Witwenfortbetrieb des Spenglergewerbes nach dem verstorbenen Gatten Karl Wentzel — XIII., Penzingerstraße 124.
Neder Leopoldine — Witwenfortbetrieb des Schuhmachergewerbes nach dem verstorbenen Gatten Robert Neder — XV., Märzstraße 19.
Hoffmann Lotti, geb. Marchfeld — Witwenfortbetrieb des Branntweinschankes nach dem verstorbenen Gatten Gustav Hoffmann — XIII., Schwendergasse 61.
Gensberger Juliana — Witwenfortbetrieb des Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleißes nach dem verstorbenen Gatten Michael Gensberger — VI., Millöckergasse 4.

* * *

14. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Schmiedl Johann — Tapezierergewerbe — VI., Mittelgasse 23.
Sobotka Wilhelm — Schuhmachergewerbe — VI., Bürgerspitalgasse 30.
Myska Wenzel — Kleidermachergewerbe — X., Favoritenstraße 132.
Kastinger Adolf — Schuhmachergewerbe — X., Antonsplatz 29.
Nadler Hermann — Schuhmachergewerbe — XI., Simmeringer Hauptstraße 107.
Bartelt Bruno — Buchdruckergewerbe — XVIII., Theresiengasse 3.
Heimel Josef — Zimmermeistergewerbe — X., Favoritenstraße 100.
Kobler Johann — Viktualienhandel — X., Eckertgasse 11.
Müller Heinrich, Alleininhaber der Firma Stephan Hoffmann — Fabriksmäßige Erzeugung von Eisenwaren — X., Angeligasse 52.
Reinprecht Leopold — Fragner — I., Fleischmarkt 28.
Lorenzi Zeno — Warenhandel beschränkt — XV., Märzstraße 9.
Wix Alois — Handel mit Maschinen, Werkzeugen, technischen Artikeln, sowie Materialien und Übernahme von Reparaturen — XV., Wurmsergasse 39.
Gangl Franziska — Ein- und Verkauf von Woll- und Tuchabfällen — XIII., Linzerstraße 218.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Bericht der 57. Obmänner-Konferenz (3. Oktober 1916) 2605
Stadtrat:
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 7. Dezember 1916 . . 2609
Bezirksvertretungen:
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Josefstadt vom 25. Oktober 1916 2630
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Währing vom 3. November 1916 2630
Allgemeine Nachrichten:
Feierliche Überreichung von Auszeichnungen im Rathause 2631
K. k. Bezirksschulrat 2633
Lebensmittelverkehr:
Borstenviehmarkt vom 12. und 14. Dezember 1916 2634
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 12. Dezember 1916 2634
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 13. Dezember 1916 2634
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 14. Dezember 1916 2634
Pferdemarkt vom 12. Dezember 1916 2634
Jung- und Stechviehmarkt vom 11. und 14. Dezember 1916 2635
Sanitäts-Angelegenheiten:
Ausweis über die im Oktober 1916 durch die städtischen Sanitätsstationen ausgeführten Kranken- und Leichentransporte 2635
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 12. bis 14. Dezember 1916 . . . 2635
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 2636
Kundmachungen

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Mitterer Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Lainz vorm J. B. Wallishausser.

Kundmachungen.

M. Abt. IX, 7210.

Kundmachung.

(Vertrieb von konservierten Eiern.)

Die österreichische Zentral-Einkaufsgesellschaft hat über Auftrag des k. k. Ministeriums des Innern die von ihr erworbenen konservierten Eier den sechs großen Wiener Molkereien (Niederösterreichische Molkerei, Wiener Molkerei, Erzherzog Friedrich'sche Molkerei, Milch-Industrie A.-G., Vereinsmolkerei und Guntramsdorfer Molkerei) und jenen Konsumentenorganisationen, für welche eine direkte Mehlbelieferung bewilligt ist, zum Vertriebe übergeben, und zwar zunächst einen solchen Teil, daß auf jede in einem Haushalte verköstigte Person ein Ei entfällt; diese Eier werden in der Zeit vom 11. bis 16. Dezember 1916 durch die genannten Stellen unmittelbar an Verbraucher abgegeben werden.

Zur Durchführung dieser Eierabgabe wird über Ermächtigung des k. k. Ministeriums des Innern vom 14. November 1916 auf Grund des § 8, Absatz 1, Punkt 1 der kaiserlichen Verordnung vom 21. August 1916, R.-G.-Bl. Nr. 261, angeordnet:

1. Diese Eier dürfen nur dann abgegeben werden, wenn eine gültige Mehlbezugskarte vorgelegt und vom Verkäufer die der abgegebenen Eiermenge entsprechende Anzahl der auf der rechten Seite dieser Karte befindlichen Abschnitte (mit dem Aufdrucke Nr. 1 bis 26) abgetrennt werden.

Jedem Inhaber einer Mehlbezugskarte dürfen höchstens so viel Stück Eier ausgefolgt werden, als die Zahl der laut der Mehlbezugskarte in dem betreffenden Haushalte verköstigten Personen beträgt; die Abgabe dieser Zahl von Eiern darf, solange der Vorrat des Verkäufers reicht, nicht verweigert werden.

Der Verkaufspreis für 1 Ei beträgt 20 h und darf nicht überschritten werden.

Außer diesen Eiern dürfen gleichzeitig andere Eier nicht abgegeben werden.

2. Mitglieder von Konsumentenorganisationen, für welche eine direkte Mehlbelieferung bewilligt ist, haben auf Grund ihrer blauen Mehlbezugskarten die ihnen zukommende Stückzahl von Eiern nur bei der Abgabestelle ihrer Organisation zu beziehen.

3. Die Inhaber von gelben Mehlbezugskarten, mit Ausnahme jener Vereine, Anstalten, Betriebe mit Kriegsgefangenen oder militärischen Arbeitern u. s. w., welche ebenfalls solche Karten gemäß Punkt 4 der Magistratsverordnung vom 6. November 1916, B.-Z. 1045, erhalten, können die ihnen zukommende Stückzahl von Eiern nicht bei ihrer zuständigen Mehlabgabestelle, sondern nur bei einer jener Molkereifilialen, welche im Bezirke ihres ordentlichen Wohnsitzes für den Vertrieb dieser Eier bestellt wurden, beziehen, und zwar an jedem der obgenannten Tage ab 10 Uhr vormittags bis zum üblichen Geschäftsschlusse; eine Zuweisung dieser Bezugsberechtigten an die einzelnen Abgabestellen (Molkereifilialen) des Bezirkes ihres ordentlichen Wohnsitzes findet nicht statt.

Die für jeden der 21 Wiener Gemeindebezirke zur Abgabe dieser Eier bestimmten Stellen sind unten verzeichnet.

Die verantwortlichen Leiter dieser Stellen sind verpflichtet, auf Grund der vorgewiesenen gelben Mehlbezugskarten zu prüfen, ob die Haushaltung, für welche die Eier angesprochen werden, im Gemeindebezirke der Betriebsstätte dieser Stelle gelegen ist; die Abgabe von Eiern an in anderen Gemeindebezirken gelegene Haushaltungen ist diesen Stellen verboten. Verboten ist ihnen ferner insbesondere auch die Abgabe solcher Eier auf Grund von blauen Mehlbezugskarten.

4. Die verantwortlichen Leiter sämtlicher Abgabestellen haben die von den Mehlbezugskarten abgetrennten Abschnitte sorgfältig zu sammeln und am Montag den 18. Dezember 1916, vormittags an folgende Stellen abzuführen:

a) die Leiter der unten angeführten Molkerei-Verschleißstellen an die Konskriptionsamts-Abteilung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes;

b) die Leiter der Abgabestellen der Konsumentenorganisationen an die Österreichische Zentral-Einkaufsgesellschaft, I., Am Hof 4. Hiebei ist folgender Vorgang einzuhalten:

Die abgetrennten Abschnitte sind genau abzuzählen und in einem Umschlag mit nachstehender Aufschrift einzulegen:

„Dieser Umschlag enthält . . . Abschnitte von gelben (blauen) Mehlbezugskarten für . . . Stück verkaufte Eier."

Fertigung und Adresse.

5. Wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwider handelt, wird, sofern die Handlung nicht einer strengeren Strafe unterliegt, von der politischen Bezirksbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 5000 K oder mit Arrest bis zu 6 Monaten bestraft.

Wird die Übertretung bei Ausübung eines Gewerbes begangen, so kann außerdem, sofern die Voraussetzungen des § 133 b, Absatz 1, lit. a der Gewerbeordnung zutreffen, die Entziehung der Gewerbeberechtigung verfügt werden.

6. Die Verlautbarung jener Tage, an welchen später von denselben Stellen konservierte Eier der Österreichischen Zentral-Einkaufsgesellschaft unter den gleichen Bedingungen unmittelbar an die Verbraucher abgegeben werden, wird, jeweils abgesondert unter Berufung auf diese Kundmachung vorgenommen werden.

Abgabestellen:

I. Bezirk.

Bäckerstraße 8, Biberstraße 8, Fleischmarkt 4, Gonzagagasse 19, Herrengasse 5, Hohenstaufengasse 4, Kolowratring 9, Maximilianstraße 5, Petersplatz 7, Renngasse 14, Stadiongasse (Markthalle), Schellinggasse 1.

II. Bezirk.

Ausstellungsstraße 41, Erzherzog Karl-Platz 12, Ferdinandsstraße 20, Franzensbrückenstraße 22, Große Sperlgasse 18, Große Stadtgutgasse 34, Haidgasse 5, Im Werd (Markthütte), Kaiser Josefstraße 5, Kaiser Josef-Straße 22, Karmeliterplatz 2, Kronprinz Rudolf-Straße 52, Kaisermühlen (Schüttauplatz 22), Kaiser Josef-Straße 13, Molkereistraße 1, Novaragasse 48, Praterstraße 23, Praterstraße 51, Praterstraße 42, Praterstraße 15, Rembrandtgasse 16, Rotensterngasse 33, Schüttelstraße 69, Schüttelstraße 15, Schüttelstraße 75, Schrotzbergstraße 6 (Prater), Stephaniestraße 10, Stephaniestraße 16, Taborstraße 56, Taborstraße 21 a, Taborstraße 24 a, Taborstraße 76, Taborstraße 11, Taborstraße 33 (Ecke Große Pfarrgasse), Untere Augartenstraße 6, Untere Augartenstraße 21, Wittelsbachstraße 3, Zirkusgasse 20.

III. Bezirk.

Baumgasse 3, Augustinerplatz (Markthütte), Arenbergring 11, Erdbergstraße 65, Esteplatz 3, Erdbergstraße 88, Erdbergstraße 25, Fasangasse 14, Fasangasse 20, Fasangasse 21, Fasangasse 27, Geologengasse 1, Gärtnergasse 1, Landstraßer Hauptstraße 33, Landstraßer Hauptstraße 90, Landstraßer Hauptstraße 5, Landstraßer Hauptstraße 139, Hintzerstraße 2, Lechnerstraße 10, Löwengasse 37 a, Löwengasse 49, Marokkanergasse 20, Marxergasse 11, Neulinggasse 36, Neulinggasse 28, Neulinggasse 9, Neulinggasse 42, Oetzeltgasse 1, Radetzkystraße 27, Rasumofskygasse 16, Reisnerstraße 11, Rennweg 2, Radetzkystraße 10, Rennweg 41, Rasumofskygasse 1, Rennweg 13, Rennweg 58, Seidelgasse 12, Salesianergasse 18, Sechskrügelgasse 2, Stanislausgasse 9, Steingasse 2 a, Steingasse 5, Ungargasse 30, Untere Viaduktgasse 59, Ungargasse 53, Ungargasse 20, Wassergasse 24, Wassergasse 38.

IV. Bezirk.

Alleegasse 53, Alleegasse 20 a, Belvederegasse 40, Favoritenstraße 22, Gußhausstraße 15, Große Neugasse 20, Wiedner Hauptstraße 49, Wiedner Hauptstraße 12, Johann Strauß-Gasse 38, Karolinengasse 11, Kolschitzkygasse 6, Karlsgasse 9, Mozartgasse 3, Neuer Naschmarkt, Hütte Nr. 305, Prinz Eugen-Straße 42, Paulanergasse 10, Rainergasse 27, Schleifmühlgasse 11, Taubstummengasse 13, Weyringergasse 36.

V. Bezirk.

Bacherplatz 15, Grüngasse 27, Hamburgerstraße 16, Kettenbrückengasse 15, Krongasse 22, Margaretenstraße 54, Margaretenplatz 4, Margaretenstraße 97, Margaretenstraße 125, Phorusplatz 3, Schönbrunnerstraße 17, Schönbrunnerstraße 90, Spengergasse 27, Schönbrunnerstraße 194, Schwarzhorngasse 14, Schönbrunnerstraße 47, Schönbrunnerstraße 75, Schönbrunnerstraße 114, Wiedner Hauptstraße 113, Wiedner Hauptstraße 123 b.

VI. Bezirk.

Amerlingstraße (Markthalle), Dreihufeisengasse 15, Getreidemarkt 15, Gumpendorferstraße 106, Gumpendorferstraße 36, Gumpendorferstraße 92, Gumpendorferstraße 138, Gumpendorferstraße 5 a, Gumpendorferstraße 48, Gumpendorferstraße 76, Kasernengasse 27, Kasernengasse 2, Kasernengasse 6, Laimgrubengasse 25, Linke Wienzeile 38, Linke Wienzeile 54, Linke Wienzeile 106, Mariahilferstraße 121 a, Stumpergasse 44, Mariahilferstraße 55, Stumpergasse 27, Theobaldgasse 6, Windmühlgasse 7, Wallgasse 14, Windmühlgasse 2.

VII. Bezirk.

Burggasse (Markthalle), Burggasse 51, Burggasse 89, Burggasse 20, Burggasse 17, Burggasse 104, Kaiserstraße 90, Kaiserstraße 3, Kaiserstraße 76, Lindengasse 29, Lindengasse 21, Lindengasse 32, Neustiftgasse 33, Neubaugasse 21, Neubaugasse 32, Neubaugasse 71, Neubaugasse 45, Seidengasse 37, Siebensterngasse 20, Schottenfeldgasse 19, Siebensterngasse 40, Westbahnstraße 35, Westbahnstraße 23, Westbahnstraße 2, Westbahnstraße 37, Zieglergasse 3.

VIII. Bezirk.

Alserstraße 35, Alserstraße 57, Alserstraße 65, Albertgasse 6, Blindengasse 17, Buchfeldgasse 2, Florianigasse 36, Florianigasse 5, Josefstädterstraße 82, Josefstädterstraße 58, Josefstädterstraße 40, Josefstädterstraße 73, Langegasse 49, Langegasse 61, Lerchenfelderstraße 26, Lerchenfelderstraße 88/90, Lerchenfelderstraße 62, Skodagasse 8.

IX. Bezirk.

Alserstraße 26, Alserbachstraße 33, Alserbachstraße 37, Fuchsthallergasse 10, Garnisongasse 1, Kinderspitalgasse 10, Liechtensteinstraße 16, Liechtensteinstraße 36, Liechtensteinstraße 81, Mariannengasse 19, Nußdorferstraße 3, Nußdorferstraße 55, Nußdorferstraße (Markthalle), Porzellangasse 8, Porzellangasse 22 a, Porzellangasse 17, Peregringasse 4, Rotenlöwengasse 1 a, Rotenlöwengasse 14, Sechsschimmelgasse 15, Servitengasse 1, Servitengasse 13, Spitalgasse 27, Servitengasse 12, Spittelauerplatz 5, Sobieskiplatz 3, Schwarzspanierstraße 15, Thurngasse 14, Währingerstraße 62, Währingerstraße 24, Währingergürtel 170, Zimmermannplatz (Markthalle).

X. Bezirk.

Antonsplatz 28, Bürgerplatz 22, Dampfgasse 25, Erlachgasse 87, Favoritenstraße 171, Gellertgasse 22, Herzgasse 31, Hasengasse 15, Inzersdorferstraße 5, Kolumbusgasse 2, Laxenburgerstraße 16, Laxenburgerstraße 22, Laxenburgerstraße 103, Puchsbaumgasse 52, Quellenplatz 3, Quellenstraße 115, Senefeldergasse 28, Senefeldergasse 5, Siccardsburggasse 1, Siccardsburggasse 3, Siccardsburggasse 2, Troststraße 49, Wielandplatz 10.

XI. Bezirk.

Enkplatz (Markthütte), Simmeringer Hauptstraße 27, Simmeringer Hauptstraße 108 c, Simmeringer Hauptstraße 119, Simmeringer Hauptstraße 18, Kaiser-Ebersdorfer-Straße 104 (Karl Enenkel), Römertalgasse 1.

XII. Bezirk.

Breitenfurterstraße 102, Meidlinger Hauptstraße 37, Meidlinger Hauptstraße 34, Hetzendorferstraße 82, Hetzendorferstraße 67, Marktplatz (Markthütte), Rosenhügelstraße 9, Schönbrunnerstraße 211, Schönbrunnerstraße 228, Schönbrunnerstraße 252, Schönbrunnerstraße 289, Speisingerstraße (Straßenbahnhof), Steinbauergasse 9, Theresienbadgasse 1.

XIII. Bezirk.

Altgasse 5, Ameisgasse 27, Altgasse 22, Auhofstraße 188, Auhofstraße 229, Baumgartenstraße 35, Einwanggasse 35, Hütteldorferstraße 118, Hietzinger Hauptstraße 26, Hietzinger Hauptstraße 36, Hütteldorferstraße 251, Hütteldorferstraße 145, Hietzinger Hauptstraße 89, Hietzinger Hauptstraße 147, Hietzinger Hauptstraße 54, Hietzinger Hauptstraße 95, Lainzerstraße 133, Linzerstraße 377, Hütteldorf, Linzerstraße 420, Linzerstraße 40, Linzerstraße 401, Linzerstraße 414 a, Linzerstraße 50 b, Linzerstraße 70, Lainzerstraße 149, Lainzerstraße 118, Leegasse 1, Maxinggasse 2, Nisselgasse 2, Ostmark, Melchartgasse, Ober-St. Veit, Hauptstraße 126, Penzingerstraße 61, Penzingerstraße 128, Penzingerstraße 19, Penzingerstraße 66, Speisingerstraße 46, Steinhof, Schweizertalstraße 10, Wernhartgasse 15, Wiener Versorgungsheim.

XIV. Bezirk.

Hütteldorferstraße 93, Johnstraße 29, Märzstraße 99, Mariahilferstraße 187, Mariahilferstraße 221, Meinhartsdorfergasse 9, Reindorfgasse 17, Schweglerstraße 46, Schwendergasse 26, Wurmsergasse 49.

XV. Bezirk.

Akkonplatz 1, Hütteldorferstraße 34, Hütteldorferstraße 48, Mariahilferstraße 147, Märzstraße 26, Mariahilferstraße 150, Mariahilfergürtel 11, Markgraf Rüdiger-Straße 25, Neubaugürtel 45, Sechshauserstraße 4, Sechshauserstraße 26.

XVI. Bezirk.

Albrechtskreithgasse 35, Brunnengasse 58, Habsburgplatz 14, Habichergasse 30, Hasnerstraße 104, Koppstraße 26, Neulerchenfelderstraße 20, Neulerchenfelderstraße 6, Ottakringerstraße 29, Ottakringerstraße 134, Ottakringerstraße 157, Seeböckgasse 24, Thaliastraße 29, Thaliastraße 106, Thaliastraße 129, Thaliastraße 123, Wattgasse 76, Wilhelminenstraße 167.

XVII. Bezirk.

Andergasse 1, Dornbacherstraße 86, Dornbacherstraße 103, Dornbacherstraße 133, Dornbacherstraße 96, Hernalser Hauptstraße 22, Hernalser Hauptstraße 27, Hernalser Hauptstraße 66, Hernalser Hauptstraße 125, Hernalser Hauptstraße 151, Hernalser Hauptstraße 119, Hernalser Hauptstraße 166, Hernalser Hauptstraße 193, Jörgerstraße 56, Kalvarienberggasse 18, Ortliebgasse 8, Ortliebgasse 50, Ottakringerstraße 72, Ottakringerstraße 34.

XVIII. Bezirk.

Bastiengasse 35, Bischof Faber-Platz 9, Dittesgasse 2, Eckergasse 40, Gersthoferstraße 8, Gentzgasse 38, Gersthoferstraße 164, Gersthof (Marktplatz), Gentzgasse 13, Gentzgasse 112, Gymnasiumstraße 27, Gymnasiumstraße 14, Johann Nepomuk Vogl-Platz 9, Karl Ludwig-Straße 19, Kreuzgasse 66, Ladenburggasse 5, Martinstraße 40, Martinstraße 57, Pötzleinsdorferstraße 99, Pötzleinsdorferstraße 79, Schöffelgasse 41, Scheibenbergstraße 11, Schopenhauerstraße 20, Schulgasse 7, Sternwartestraße 22, Währingerstraße 94, Währingerstraße 105, Währingerstraße 149, Währingerstraße 137.

XIX. Bezirk.

Armbrustergasse 2, Billrothstraße 16, Billrothstraße 20, Grinzingerstraße 51, Döblinger Hauptstraße 51, Döblinger Hauptstraße 16, Döblinger Hauptstraße 63, Döblinger Hauptstraße 66, Döblinger Hauptstraße 41, Döblinger Hauptstraße 73 a, Döblinger Hauptstraße 79, Hackhofergasse 2, Himmelstraße 5, Kahlenbergerdorf, Cobenzlgasse 22, Obkirchergasse 32, Sieveringerstraße 7, Sieveringerstraße 82, Sieveringerstraße 100, Sieveringerstraße 235, Silbergasse 21.

XX. Bezirk.

Hochstädtplatz 5, Hannovergasse 1, Klosterneuburgerstraße 14, Klosterneuburgerstraße 41, Klosterneuburgerstraße 32, Mortaraplatz 1, Rauscherstraße 4, Wallensteinstraße 38.

XXI. Bezirk.

Brünnerstraße 4, Brünnerstraße 121, Groß-Jedlersdorf, Brünnerstraße 80, Strebersdorf, Pragerstraße 70, Aspern, Siegesplatz 15 (Josef Hummel), Hirschstetten 94 (Josef Radel), Andreas Hofer-Straße 5 (Kaufmann J. Pimperl), Kagranerplatz 1 (C. Hoffmann), Langobardenstraße 3 (Brüder Berger).

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Abt. IX,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 9. Dezember 1916. 1—1

M. D. 9575.

Verlautbarung.

Gemäß den Bestimmungen der Verordnung vom 31. Juli 1916, R.-G.-Bl. Nr. 237, werden die Nickelmünzen zu 20 h mit 1. Jänner 1917 außer gesetzlichen Umlauf gesetzt und sind daher nur noch bis einschließlich 31. Dezember 1916 im Privatverkehre in Zahlung zu nehmen. Die Ablieferung dieser Münzen hat an die Staats- und Bankkassen im Wege der Zahlung oder der Verwechslung gegen andere Zahlungsmittel der Kronenwährung (insbesondere gegen eiserne 20 h-Stücke) **längstens bis einschließlich 30. April 1917** zu erfolgen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
im übertragenen Wirkungskreise,
im Dezember 1916. 1—3

M. A. IX, 6829.

Verordnung.

(Festsetzung von Höchstpreisen für den Kleinverschleiß von Leuchtpetroleum und von Fuhrkostenzuschlägen in Wien.)

Auf Grund der Ministerial-Verordnung vom 18. Dezember 1915, R.-G.-Bl. Nr. 378, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für einige Mineralölprodukte, wird verordnet:

**

Im Kleinverschleiße von Leuchtpetroleum, das ist beim Verkaufe in Mengen von weniger als einem Faß oder einer Kiste, dürfen unter Zugrundelegung eines Fuhrkostenzuschlages von 2 K für je 100 kg Reingewicht (125 kg brutto) und für den Fall, als Petroleum in Verkäufers Eisenfässern geliefert und diese von dem Verkäufer auf seine eigenen Kosten zurückgeholt werden, eines weiteren Zuschlages von 60 h für das Abholen des leeren Eisenfasses nachstehende Preise nicht überschritten werden:

Zulässiger Höchstpreis in Hellern:

Bei Absatz von Mengen bis einschließlich 10 kg oder 12 l netto:

1 kg 59 h, 1 l 48 h.

Bei Absatz von Mengen über 10 kg oder 12 l netto:

1 kg 52 h, 1 l 43 h.

Diese Preise gelten für den Verkauf im Laden ohne Zustellung und sind in den den Kunden zugänglichen Verkaufslokalitäten an augenfälliger Stelle deutlich ersichtlich zu machen.

Übertretungen dieser Verordnung werden, sofern sie nicht der strafgerichtlichen Ahndung unterliegen, von der politischen Behörde I. Instanz mit Geldstrafen bis zu 5000 K oder nach deren Ermessen mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft.

Diese Verordnung tritt am 9. Dezember 1916 in Wirksamkeit.

Mit demselben Tage tritt die Magistrats-Verordnung vom 2. Jänner 1916, M. Abt. IX, 7888/15, außer Kraft.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung IX,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 9. Dezember 1916. 1-1

M. A. XVIII, 4110.

Kundmachung.

(Wiener Dienstboten-Krankenkassa.)

Das zufolge Gemeinderats-Beschlusses vom 28. November 1913, P. Z. 17641, abgeänderte Statut der Wiener Dienstboten-Krankenkassa enthält folgende wesentliche Bestimmungen:

§ 3.

„Die Dienstboten-Krankenkassa übernimmt gegen eine Versicherungsgebühr die nach der Wiener Gesindeordnung den Dienstgebern obliegende Verpflichtung zur Zahlung der Spitalverpflegskosten für erkrankte Dienstboten. Die Versicherung eines Dienstgebers umfaßt die Gesamtzahl seiner Dienstboten, bleibt jedoch von einem Dienstbotenwechsel unberührt.

Der Dienstgeber hat daher unter Angabe seines Namens, Berufes und Wohnortes anzumelden, wie viele Dienstboten und in welcher Diensteseigenschaft er sie verwendet und zugleich für jeden die festgesetzte Jahresgebühr zu entrichten. Ebenso hat ein bereits versicherter Dienstgeber, der sein Dienstpersonal vermehrt, binnen acht Tagen die Zahl und Diensteseigenschaft der neu aufgenommenen Dienstboten anzumelden und zugleich für jeden die festgesetzte Jahresgebühr zu entrichten.

Bei Anmeldungen im zweiten Halbjahre ist nur die Hälfte der Jahresgebühr zu entrichten. Die Versicherung gilt bis zum Ende des Kalenderjahres, in welchem die Gebühr entrichtet worden ist, doch gilt eine abgelaufene Versicherung, wenn die Gebühr für das nächste Jahr noch im Monate Jänner entrichtet wird, als ununterbrochen fortgesetzt.

§ 4.

Für neuangemeldete Dienstboten übernimmt die Dienstboten-Krankenkassa erst die 14 Tage nach Entrichtung der Gebühr auflaufenden Spitalverpflegskosten.

Wenn ein Dienstbote nachweisbar schon zur Zeit seiner Anmeldung erkrankt war, werden die für diese Erkrankung auflaufenden Spitalverpflegskosten von der Dienstboten-Krankenkassa nicht übernommen.

Insolange der Dienstgeber die ihm aus der Versicherung obliegenden Verpflichtungen nicht bezüglich aller seiner Dienstboten erfüllt, werden von der Dienstboten-Krankenkassa für keinen seiner Dienstboten die Spitalverpflegskosten übernommen.

§ 5.

Der Dienstgeber erhält über die Entrichtung der Gebühr eine Bescheinigung (Krankenbuch), in der die Zahl und die Diensteseigenschaft der von ihm zur Versicherung angemeldeten Dienstboten bestätigt wird.

Bei Geltendmachung des Versicherungsanspruches im Falle der Erkrankung eines Dienstboten ist die Bescheinigung und der Ausweis über die polizeiliche Meldung des erkrankten Dienstboten (Meldezettel) vorzuweisen."

Es entfällt sonach die namentliche Anmeldung der Dienstboten und auch der Dienstbotenwechsel ist nicht anzumelden.

Der Dienstgeber hat jedoch darauf zu achten, daß stets seine sämtlichen, bei ihm beschäftigten Dienstboten nach ihrer Diensteseigenschaft zur Versicherung angemeldet sind.

Die Anmeldung zur Dienstboten-Krankenkassa, die Einzahlung der Versicherungsgebühr, welche zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 9. November 1916, P. Z. 10728, für das Jahr 1917 mit 3 K für jeden angemeldeten Dienstboten festgesetzt wurde, und die Ausfertigung der Spitalanweisung erfolgt:

1. Für die in den Bezirken I bis XXI wohnhaften Dienstgeber bei der städtischen Hauptkassa-Abteilung des betreffenden magistratischen Bezirksamtes.

2. Für die im XXI. Bezirke wohnhaften Dienstgeber überdies auch:

A. Bei der Expositur Stadlau des magistratischen Bezirksamtes für den XXI. Bezirk für das Gebiet der bestandenen Gemeinden Stadlau, Hirschstetten und den einverleibten Teil von Breitenlee.

B. In den Bezirks-Aufsichtsratskanzleien:

a) in Leopoldau für das Gebiet dieser ehemaligen Gemeinde;
b) in Kagran für das Gebiet dieser bestandenen Gemeinde einschließlich Neu-Kagran und
c) in Aspern für das Gebiet von Aspern und die einverleibten Teile von Groß-Enzersdorf und Mannswörth.

C. Bei den Amtstagen in Strebersdorf für das Gebiet dieser ehemaligen Gemeinde sowie der einverleibten Teile von Lang-Enzersdorf.

Die Dienstboten-Krankenkassa übernimmt die Zahlung der Verpflegskosten für jene Dienstboten, welche im Kaiserjubiläums-Spitale der Stadt Wien im XIII. Bezirke und in den anderen Wiener öffentlichen Krankenanstalten, ferner im St. Elisabeth-Spitale im III. Bezirke, im Jubiläumsspitale des Kaiser Franz Josefs-Ambulatoriums im VI. Bezirke, im Spitale der Barmherzigen Schwestern im VI. Bezirke, in der Allgemeinen Poliklinik im IX. Bezirke, im Diakonissen-Krankenhause im XVIII. Bezirke, im Spitale der Wiener israelitischen Kultusgemeinde (Rothschild-Stiftung) im XVIII. Bezirke und im Krankenhause der Wiener Kaufmannschaft im XIX. Bezirke verpflegt werden, und zwar nur für die in der Wiener Gesindeordnung angegebene Dauer.

Bei vorübergehendem Aufenthalte der Dienstgeber oder Dienstboten außerhalb Wiens werden von der Dienstboten-Krankenkassa auch die Verpflegskosten im Falle der Unterbringung erkrankter Dienstboten in anderen öffentlichen, in der diesseitigen Reichshälfte gelegenen Spitälern, Gemeindenotspitälern oder Irrenanstalten bis zu der vorstehend angeführten Dauer und selbstverständlich unter der Voraussetzung geleistet, daß die Dienstgeber nach der Wiener Gesindeordnung zur Zahlung dieser Verpflegskosten verpflichtet sind.

In solchen Fällen findet die Verpflegung auf Kosten der Dienstboten-Krankenkassa in Gemeindenotspitälern nach der jeweiligen geringsten Taxe derselben, jedoch nur bis zur Höhe der niedrigsten Verpflegsgebühr der Wiener k. k. Krankenanstalten, statt; für die in den vorbezeichneten Irrenanstalten verpflegten Dienstboten zahlt die Dienstboten-Krankenkassa die aufgelaufenen Verpflegskosten nach der letzten Klasse per Kopf und Tag.

Die Einzahlung der Beiträge für das Jahr 1917 kann bereits im Monate Dezember des Jahres 1916 erfolgen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Abteilung XVIII,
im selbständigen Wirkungskreise,
im November 1916. 1—1

M. Abt. IV, 3419.

Kundmachung.

Auf Grund des § 46, Ziffer 4 und des § 100 des Gesetzes vom 24. März 1900, L.-G.- und V.-Bl. Nr. 17, wird behufs Regelung der Aufstellung der Wagen beim Neuen Naschmarkte, sowie der Zu- und Abfahrt der Wagen im Einvernehmen mit der k. k. Polizei-Direktion folgendes verfügt:

I. Wagenaufstellungsplätze.

1. Das Fuhrwerk für den nächtlichen Nachtverkehr (Zufuhr) **in der Zeit von 12 Uhr nachts bis 6 Uhr morgens, spätestens 8 oder 9 Uhr vormittags,** hat sich, wie bisher, in der Mühlgasse, Preßgasse, Heumühlgasse und auf dem Kühnplatze aufzustellen.

Die Aufstellung dieses Fuhrwerkes in anderen Straßen, insbesondere in der Rechten und Linken Wienzeile, ist verboten.

2. Das Fuhrwerk der Einkäufer (Geschäftswagen, Wagen von Gastwirten, Gemischtwaren-Verschleißern u. dgl.) hat sich auf den besonders bezeichneten Wagenaufstellungsplätzen aufzustellen.

Der unterhalb der Laimgrubengasse befindliche Wagenaufstellungsplatz ist für Handwagen und Hundegespanne, der nächst der Köstlergasse liegende Platz für pferdebespannte Wagen bestimmt.

Nur soweit diese beiden Wagenaufstellungsplätze für die Unterbringung der erwähnten Wagen nicht ausreichen, dürfen diese auch entlang den Markt gegenüber den Häusern Nr. 18 bis 64 Linke Wienzeile aufgestellt werden.

Die Inanspruchnahme der Fahrbahn der Linken Wienzeile zwischen dem Getreidemarkte und dem Hause Nr. 16 (gegenüber der Schleifmühlgasse), sowie der Rechten Wienzeile im Bereiche des Straßenbahnverkehres zur Aufstellung des Fuhrwerkes der Einkäufer ist auch in diesem Falle nicht gestattet.

Der Verkauf von Waren auf den Aufstellungsplätzen der Wagen der Einkäufer ist verboten.

3. Das Fuhrwerk, das sich mit der Übernahme von Marktfuhren befaßt, darf sich nur in der Teilstrecke der Wehrgasse zwischen der Grüngasse und der Rechten Wienzeile aufstellen. Hiedurch darf jedoch der Durchzugsverkehr nicht gestört werden.

II. Zu- und Abfahrt.

In den Neuen Naschmarkt darf nur an den durch Tafeln besonders gekennzeichneten Stellen und in der angegebenen Fahrrichtung eingefahren werden.

Die Einfahrt ist an folgenden Stellen zulässig:

A. Von der Rechten Wienzeile:
1. gegenüber dem Hause Nr. 7;
2. gegenüber der Steggasse (Großmarkt).

B. Von der Linken Wienzeile:
1. gegenüber dem Hause Nr. 22;
2. nächst der Einmündung der Laimgrubengasse;
3. nächst der Einmündung der Joanelligasse;
4. gegenüber den Häusern Nr 64 und 66;
5. am Ende des Großmarktes.

Die Zufahrt zu den Wagenaufstellungsplätzen ist nur von der Linken Wienzeile aus, und zwar für Handwagen und Hundefuhrwerk gegenüber dem Hause Nr. 34, für Pferdewagen gegenüber dem Hause Nr. 38, in der durch Tafeln angegebenen Richtung gestattet.

Die Ausfahrt aus dem Gebiete des Neuen Naschmarktes ist ebenfalls nur an den durch Tafeln bezeichneten Stellen in der angegebenen Fahrrichtung zulässig.

III. Strafbestimmung.

Übertretungen dieser Kundmachung werden auf Grund der Bestimmungen der §§ 100 und 101 des obigen Gesetzes mit Geld bis zu 400 K oder Arrest bis zu 14 Tagen bestraft.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung IV,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 23. November 1916. 1—1

M. Abt. XIII, 6850/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Erzherzog Rainer-Stiftung
für verarmte Bürger-Ehepaare.

Am 21. Februar 1917 gelangen die verfügbaren Zinsen des Stiftungskapitales an verarmte Wiener Bürger-Ehepaare zur Verleihung, welche im Kalenderjahre 1916 das diamantene, beziehungsweise — wenn solche Ehepaare nicht vorhanden sind — das goldene Hochzeitsfest gefeiert haben.

In Ermanglung von Bürger-Ehepaaren können auch andere in Wien heimatberechtigte und daselbst wohnhafte verarmte Ehepaare des Stiftungsgenusses teilhaftig werden, welche im Jahre 1916 das diamantene, beziehungsweise — wenn auch solche Ehepaare nicht vorhanden sind — das goldene Hochzeitsfest gefeiert haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein und Bürgerrechts-Dekret, beziehungsweise Heimatschein des Gatten.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. Dezember 1916.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 20. November 1916. 1–3

M. Abt. XIII, 6225/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Georg Rittmann'sche Stiftung.

Am 1. Februar 1917 gelangen die Interessen der Georg Rittmann'schen Stiftung im Betrage von 1800 K in Teilbeträgen zu 60 K zur Verteilung.

Zur Bewerbung um diese Stiftung sind berufen alle nach Wien zuständigen, im VI. oder VII. Gemeindebezirke durch mindestens ein Jahr wohnhaften, durch Unglücksfälle verarmten, wegen Alters oder Körpergebrechen arbeitsunfähigen, selbständigen oder selbständig gewesenen Gewerbsleute (Meister) und deren Witwen ohne Unterschied der Religion, welche mit keiner oder höchstens mit einer dauernden Unterstützung von 6 K pro Monat beteilt sind, in Ermanglung solcher Bewerber aber auch jene den übrigen vorbezeichneten Anforderungen entsprechenden, welche im Genusse eines Erhaltungsbeitrages monatlicher 8 K stehen.

Die zum Stiftungsgenusse Berufenen werden hiemit aufgefordert, sich in der Zeit **vom 2. bis einschließlich 20. Jänner 1917 an einem Werktage zwischen 10 und 12 Uhr vormittags** ohne Gesuch, jedoch unter Mitbringung eines legalen Armutszeugnisses, in welchem, wenn sie durch Unglücksfälle verarmt sind, dieser Umstand bestätigt sein muß, des Zuständigkeitsausweises, des Tauf(Geburt)scheines, des letzten Zahlungsauftrages über die allgemeine Erwerbsteuer, des polizeilichen Meldungszettels, eventuell des Totenzettels des Gatten, des Gewerbezurücklegungs-Ratschlages, des etwaigen Bezugsbüchels für die dauernde Unterstützung, und, wenn sie sich auf ihre Erwerbsunfähigkeit infolge Alters oder Körpergebrechens berufen, auch eines armenärztlichen Pareres hierüber und des Impfnachweises aus den letzten sechs Jahren in der Magistrats-Abteilung XIII einzufinden und daselbst ihre Bitte mündlich anzubringen.

Auf schriftlich eingebrachte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 20. November 1916. 1–3

K. k. n.-ö. Statth.-Z. IX-2096.

Kundmachung.
(Franziska Schwarz'sche Stipendiumstiftung).

Vom I. Semester des Studienjahres 1916/17 ab gelangt ein Franziska Schwarz'sches Stipendium jährlicher 600 K zur Verleihung.

Zum Genusse dieses Stipendiums ist ein aus der Freundschaft der im Jahre 1762 in Wien verstorbenen Fleischhauerswitwe Franziska Schwarz, geb. Appel, stammender, der männlichen oder weiblichen Linie der Familie Appel angehöriger, studierender Knabe, dessen Eltern einigermaßen einen Beitrag nötig haben, berufen. Bewerber um dieses Stipendium haben ihre mit dem Geburts-(Tauf-) und Heimatscheine, dem Impfzeugnisse, dem Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, den beiden letzten Semestralzeugnissen, sowie mit dem Nachweise der Verwandtschaft belegten Gesuche **bis längstens 31. Jänner 1917** bei dem Wiener Magistrate (Abteilung XIII) zu überreichen.

Hiebei wird bemerkt, daß der Nachweis der Verwandtschaft mit der Stifterin nur durch amtliche, den Inhalt der Ehe- und Tauf-(Geburts-)Matriken wortgetreu wiedergebende Auszüge, Ehekontrakte, Testamentsabschriften u. dgl. erbracht werden kann.

In dem Gesuche ist, abgesehen von den Angaben im Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, auch ausdrücklich anzuführen, ob der Stipendienwerber oder eines seiner Geschwister bereits im Genusse eines Stipendiums steht oder nicht, bejahendenfalls sind der Jahresbetrag und die Daten des Verleihungs-Dekretes anzugeben. Diese Angaben sind vom Studienvorstande nebst der Würdigkeit eigens zu bestätigen.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.
Wien, am 28. Oktober 1916.

Zur kulanten Besorgung aller im KURSBLATTE notierten Effekten und Valuten bestens empfohlen.

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz Nr. 11.
Parterre.

Internationale
Handelsbank
in Oesterreich
Wien, I., Schottenring 21

EINLAGEN
in laufender Rechnung zu kulantesten Bedingungen, jederzeit rückzahlbar ohne Kündigung. Förderung von Gewerbe, Handel, Industrie, Export und Import.
Tel. 12009, 16216, 16158.

übernimmt Zeichnungen
für die 5. österreichische
Kriegsanleihe
zu den Original-Bedingungen

BÖHLER-STAHL

Seefisch-Kost
wohlschmeckend, nahrhaft,
:-: leicht verdaulich! :-:
SEEFISCHKOCHBÜCHER KOSTENLOS.

Seefischhallen:
II., Karmelitermarkt
III., Großmarkthalle
IV., Naschmarkt
VII., Neubaugürtel (gegenüber Wimberger)
IX., Währingergürtel
Stadtbahnbogen 112
Stadtbahnbogen 165
X., Eugenplatz (Markt)
XII., Philadelphiabrücke
XIII., XIV., Lobkowitzbrücke
XVI., Yppenplatz (Großmarkt)
XX., Brigittamarkt (Hannovergasse)

Deutsche Dampffischerei „Nordsee" Ges. m. b. H.
Wien, XX., Nordwestbahnhof.

R. ULLRICH
Spezial-Fabrikation moderner Armaturen
derzeit Munitionsfabrik
Gesellschaft m. b. H.
Telephon 11587. Wien, III., Aspangstrasse 39.



Schutzmarke für Alpacca-Silber I.



Schutzmarke für Alpacca-Silber I.

BERNDORFER
ALPACCA-SILBER-
Essbestecke u. Tafelgeräte
zeichnen sich aus durch Formenschönheit und gediegene Ausführung. Preislisten kostenlos.
Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp A. G.
Berndorf, Nied.-Österr.
Niederlagen in Wien: I., Wollzeile 12, I., Graben 12, VI., Mariahilferstrasse 19/21

JULIUS KRAICSOWITS
Wien, V., Nikolsdorferg. 31.
Fabikslager von: Schrauben, Nieten, Muttern, Drahtstiften, Draht, Maschin- und geschmiedete Nägel, :-: Stahlblechschaufeln und diverse Werkzeuge. :-:
TELEPHON Nr. 53.361, 53.362 und 53.368.

Wienerberger
Ziegelfabriks- und Baugesellschaft
WIEN, I., Karlsplatz Nr. 1

Granit
Anton Poschacher
Telephon 9219. **Wien** Telephon 9219.
Bureau: IV., Margaretenstrasse Nr. 30.
Lagerplatz: XX. (Brigittenau), Treustr. 35.
Granitwerke:
Mauthausen, Neuhaus u. Aschach in O.-Ö.
Lieferungen aller Steinmetzarbeiten aus Granit, :: Pflastersteine etc. ::

Sans & Peschka
Industrielle aller Sanitäts-Erfordernisse
Kontrahent der Kommune Wien, der niederösterr. Landes-Wohltätigkeits-Anstalten.
Wien
Comptoir: IX./2, Garnisongasse 22.
Fabrik: XVII./2, Albrechtskreithgasse 24.

Gröss'te Auswahl
Zweirad-Luxus-Wagen
ganz neue
Carl Speiser
System
Wiener-Baben
Wien I. Kumpfgasse 12.
Wien VII. Zollergasse 24.
FESTE PREISE

FRIEDR. SIEMENS
FABRIK K. K. PRIV.
BELEUCHTUNGS-
U. HEIZAPPARATE.
WIEN, IX/2, ALSERSTRASSE 20. FERNSPRECHER 16.104.

WIENER EISENBAU A.-G.

Wien, X., Knöllgasse Nr. 35–39

Lieferantin der k. k. Heeresverwaltung, der k. k. Staatsbahnen, sämtlicher Unternehmungen der Gemeinde Wien u. vieler grosser industrieller Etablissements, liefert:
Brückentragwerke, Eisenkonstruktionen, Eiserne Dächer, Krane, Reservoire, Behälter, Glashäuser, Wintergärten, Eiserne Fenster, Eiserne Türen, Giliarfenster. Tel. 59.160 u. 59.209.

Zentralheizung u. Ventilation

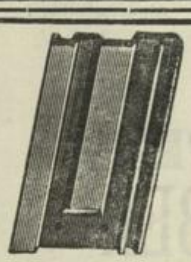
Gas- und Wasserleitungen, Pumpenanlagen, Closets, Bäder und gesundheitstechnische Einrichtungen jeder Art.

Hans Hable, Wien

Beeideter Schätzmeister und Sachverständiger des k. k. Handelsgerichtes in Wien.
Telephon Nr. 53320. **Prima Referenzen.** IV., Phorusgasse 14.

AUFZÜGE und KRANE

A. FREISSLER, Ingenieur,
Maschinen- und Aufzüge-Fabrik,
Gesellschaft m. b. H.
Wien, X., Erlachplatz 4. — **Budapest,** VI., Davidgasse 2.
Befasst sich seit 42 Jahren ausschliesslich mit der Erzeugung aller Arten von **Aufzügen und Kranen** nach eigener, bewährter Konstruktion.



Doppelfalzziegel und Strangfalzziegel

sowie Patent-Dachfalzziegel mit Dichtungsfuge, neues Modell in Naturbrand oder imprägniert, mit sehr einfacher praktischer Anhängevorrichtung versehen,

erzeugt

Aktiengesellschaft der Wiener Ziegelwerke

Direktion und Zentrale: **Wien, I., Schottenbastei 16.** — **Telephon 14185.**



Julius Juhos & Komp.

Kontor u. Magazine: II., Nordbahnstr. 42
Träger-Lager u. Werkplatz: X., Sonnwendgasse 1–3
liefern sofort vom Vorrat und zu billigsten Preisen:

Gewalzte Bauträger und U-Eisen

best inländ. Fabrikat nach den Normaltypen des Österr. Ingen.- u. Archit.-Vereines.

Gewalzte Träger, Gusseiserne Säulen u. Schlänke Stab-, Façoneisen und Universal-Flacheisen
Schwere Bleche u. Feinbleche
für alle Zwecke in den erreichbar grössten Dimensionen.
Schmiedeeiserne Röhren jeder Art
stumpf und überlappt geschweisst, sowie in nahtloser Erzeugung
ferner mit Wassergas maschinell geschweisste Röhren und Hohlkörper

Stahlfassonguss, Eisengusswaren, Halbfabrikate u. Roheisen.

JULIUS PINTSCH Wien XI.

Gasapparate- und Maschinenfabrik.

Spezialfirma für den Bau kompletter **Steinkohlengas-, Wassergas- und Ölgasanstalten, Ammoniakanlagen, Teerdestillationen.**

Erzeugung von **Generatoren** für **Heiz-** und **Kraftanlagen, Drehrostgeneratoren,** Kesselschmiedearbeiten jeder Art wie: **Behälter, offene Reservoire etc. etc.**

Glühöfen für **Leuchtgas,** wie auch für Generatorgas zum Glühen von Metallmassenartikeln. **Spezialfirma für Eisenbahn- und Küstenbeleuchtung.**

Pintsch-Aussen- und Innenbeleuchtung.
Pintsch-Invert-Brenner Type „Wien" die billigste Hängeglühlichtlampe der Jetztzeit.

G. WINIWARTER

Blech- und Bleiwaren-Fabrik
Wien, I., Getreidemarkt 8.

Verzinktes Eisenblech in allen Dimensionen. **Wellenblech** und **Trägerwellblech** zu Dächern, Plafonds, Balkons, Feuerschutzvorhängen etc.
Erzeugung von Bleiröhren, Bleiplatten, Hartbleiarmaturen, Bleisyphone etc. Verzinkte, verbleite und verzinnte Eisenbleche. Wellbleche schwarz und verzinkt etc. Spezialität: Bleiwolle, bestes Muffendichtungsmaterial, Preislisten und Prospekte auf Verlangen gratis und franko.

„Austria" Petroleumindustrie A. G.

Wien, I., Renngasse 6

Telephone: 15.340, 18.280, 22.760, 22.862, 23.414

Petroleum, Paraffin, Auto-Benzin, Motoren-Benzin, Lösungs-Benzin, Schmier-Öle, Gas-Öle, Dieselmotoren-Treiböl, Heizöl, Asphalt, Koks.

Telegramme: Senkero Wien

Zentral-Verkaufsbureau für die Erzeugnisse der Raffinerien in:
Trzebinia, Drohobycz („Austria"), Mährisch-Schönberg und Peczenizyn.

Karl Schuhmann

Zink - Ornamenten - Fabrik und Bauspenglerei
Wien, VIII., Josefstädterstrasse 55/57
Fabriks-Eingang VIII., Lerchengasse 26.

Checkkonto 20251. Telephon Nr. 12636.
Architektonische und figurale Bauornamente, Zinkguss- und Kupferarbeit m. Dacheindeckungen mit Patent Hilger'schen Pfannen mit Wellenblech, sowie Dacheindeckungen in jedem Metall nach neuestem System. **Schornsteinaufsätze sowie alle Arten Bleiarbeiten.** Kostenanschläge gratis und franko. — Provinzaufträge prompt.

Seidenstoffe, Samt, Plüsch, Wollstoffe, Waschkleiderstoffe, Bänder, Aufputz, Spitzen, Stickereien. Fertige Damenkleider, Blusen, Mäntel, Jacken, Hauskleider, Unterröcke, Teppiche, Vorhänge, Decken.

FÜR

Weihnachten

Fertige Wäsche, Wischtücher, Tischzeuge, Handtücher, Taschentücher, Strümpfe, Socken, Handschuhe, Reisekoffer, Reisekörbe, Schirme, Lederwaren.

A. HERZMANSKY

Mariahilferstr. 26. WIEN VII., Stiftg. 1, 3, 5, 7.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 101. Dienstag den 19. Dezember 1916. Jahrgang XXV.

Bezugspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
„ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367 **Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.**

Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1, Stock, Stiege IV.

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Schulerstraße 11.

Wien während des Krieges.

(Achtundzwanzigste Folge.)

Hundert Tage Rumänischer Krieg haben Rumäniens Heer zertrümmert und zwei Dritteile des Landes mit ihren reichen Bodenschätzen in unsere Hand gebracht. Eine endgiltige Vereitlung des feindlichen Aushungerungsplanes und einen starken Schritt zum Frieden nennt die neutrale Presse diesen Erfolg. Wir nehmen gerne die gute Vorbedeutung an und würden nur wünschen, daß unser alter Kaiser sie noch erlebt hätte. Es war ihm nicht beschieden, wir aber wollen hoffen, daß es unserem jungen Kaiser und seinen treuen Waffengefährten baldigst gelingen möge, die Friedensfeinde von der Nutzlosigkeit ihrer weiteren Anstrengungen zu überzeugen.

Die **fünfte Kriegsanleihe** ist bei uns in vollem Gange und wenn auch ein Teil der städtischen Bevölkerung durch die Not des langandauerden Krieges minder leistungsfähig geworden ist, so steht doch zu erwarten, daß angesichts der militärischen Erfolge auch im Hinterlande jeder das Äußerste tun und daß insbesondere, was an dem Kriege verdient worden ist, für die siegreiche Beendigung des Krieges zur Verfügung gestellt werden wird. Die Gemeinde Wien mit ihren Anstalten und Fonds hat auch für die neue Kriegsanleihe wieder

50 Millionen Kronen

gezeichnet und in ihrem Wirkungskreise eine nachdrückliche Werbebetätigung entfaltet.

Der Stand der Spareinlagen bei den Banken und Sparkassen ist ein derartiger, daß bedeutende Zeichnungen aus den Kreisen der Einleger erwartet werden können.

Die

Steuereingänge

im Monate November waren durchaus günstige. Nach den Ausweisen des städtischen Steueramtes wurden einbezahlt:

	1915	1916
an Staatssteuern, und zwar:		
an Realsteuern	K 11,695.530·22	K 12,166.938·77
„ Ewerbssteuern	„ 821.625·94	„ 1,297.643·92
„ Einkommensteuer	„ 3,003.608·75	„ 4,900.507·06
„ Rentensteuer	„ 214.037·28	„ 312.402·35
„ Besoldungssteuer	„ 158.557·86	„ 140.558·28
„ Tantiemenabgabe	„ 29.649·38	„ 78 643·09
„ Militärtaxe	„ 77.399·12	„ 73.779·04
„ Verzugszinsen	„ 72.923·68	„ 113.174·62
„ Kriegszuschlägen	„ —	„ 1,163·493·46
„ Landesumlagen	„ 5,016.000·—	„ 5,542.000·—
„ Gemeindeumlagen . . .	„ 14,393.000·—	„ 14,952.000·—
„ sonstigen Abgaben . . .	„ 268.667·77	„ 573.859·41
Zusammen .	K 35,751.000·—	K 41,315.000·—

Die Steuereingänge im November waren somit um **5,564.000 Kronen** und die Steuereingänge seit Beginn des Verwaltungsjahres, das ist vom 1. Juli bis Ende November **um 13,981.000 Kronen höher** als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Tätigkeit des

städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes

im abgelaufenen Monate ergibt folgendes Bild:

Arbeitsvermittlung	Stellenangebote	Stellengesuche	Stellenvermittlungen
Metallverarbeitung, Maschinen 2c.	213	202	160
Holzverarbeitung	207	155	148
Baugewerbe und Spengler . . .	105	79	81
Leder- und Textilindustrie, Papier- und graphische Fächer . . .	72	67	59
Kleidermacher	109	127	118
Hotel- und höheres Arbeitspersonal	135	206	91
Bäcker	207	205	172
Kaffeesieder	461	585	400
Verkehrsbedienstete und nicht qualifizierte Arbeiter	910	868	854
Gewerbliche Frauenarbeit	674	775	584
Lehrlinge	38	24	24
Summe .	3.131	3.293	2.691
Dienstvermittlung	6.232	6.333	4.901
Zusammen .	**9.363**	**9.626**	**7.592**

In den Wiener

Wohnungsverhältnissen

hat sich auch zum Novembertermiue eine stärkere Bewegung nicht bemerkbar gemacht. Die Zahl der in der ersten Novemberhälfte eingebrachten gerichtlichen Kündigungen von Monatsmieten betrug nur 3570 gegen 4606 im Jahre 1915 und 5209 im Jahre 1914. Auch die Vierteljahreskündigungen sind von 3598 im November 1914 und 3770 im November 1915 auf 3077 zurückgegangen. Zwangsräumungen kamen im Novembertermine nur in 45 Fällen vor.

Die

unentgeltliche öffentliche Ausspeisung

wurde im November von täglich rund 68.000 Personen in Anspruch genommen. Die Zahl der in den Kriegsküchen gegen Entgelt abgegebenen Speiseportionen ist ziemlich unverändert geblieben.

Die

Lebensmittelversorgung

der Wiener Bevölkerung litt auch im Monate November unter erheblichen Schwierigkeiten. Am besten gestaltete sich noch die Versorgung mit Mehl, da die erforderliche Mehlmenge zur Verfügung stand und das neu eingeführte System der Bezugsrayonierung sich voll bewährte. Es wird deshalb jetzt auch eine Brotrayonierung vorbereitet, bei der jedoch der Grundsatz der freien Kundenwahl zur Anwendung kommen soll.

Überaus schwierig erwies sich die Kartoffelversorgung, da einerseits infolge der allgemeinen Teuerung die Nachfrage nach Kartoffeln weit über das bisherige Ausmaß stieg, anderseits aber die Zufuhren aus verschiedenen Gründen hinter dem aufgestellten Versorgungsplane stark zurückblieben. Statt 280 Waggons sind im November täglich nur 90 Waggons eingelaufen. Es konnten deshalb bisher auch nur erst 1500 Waggons Kartoffeln in Mieten als Vorsorge für die Frostzeit aufbewahrt werden und es ist nur bei fortdauernd günstiger Witterung zu erwarten, daß eine förmliche Kartoffelnot vermieden wird.

Die **Gemüsezufuhren** entsprachen ungefähr dem Bedarfe. Obst war knapp und teuer.

Der Mangel an **Fett** dauert an, da die Beschickung des Marktes mit Schweinen noch immer unterblieb und auch die Außermarktbezüge dem Bedarfe weitaus nicht entsprachen. Nach Schweinefleisch bestand daher auch fortwährend rege Nachfrage, während **Rind- und Schaffleisch** wiederholt in Übermaß vorhanden war, so daß sich nicht unbedeutende Preisrückgänge ergaben. Leider machten sich dieselben im Kleinhandel noch wenig bemerkbar.

Sehr gesucht sind auch die **Gänse,** welche die Gemeinde aus Russisch-Polen in den Verkehr bringt.

Die städtische **Wildübernahmsstelle,** an welche die Jagdbesitzer einen Teil ihres Abschusses abzuliefern haben, damit sie an Anstalten und Konsumentenorganisationen abgegeben werden können, hat seit anfangs November 15.532 Hasen, 71 Hirsche und 172 Rehe übernommen und zum größten Teile bereits wieder abgesetzt.

Andauernd unzulänglich waren auch die **Eierzufuhren,** da insbesondere ungarische Ware fehlte.

Die **Milchanlieferungen** durch die Bahn sind noch weiter zurückgegangen, so daß der Ausfall gegen normale Zeiten bereits 30 Prozent beträgt.

In der letzten Zeit sind auch die **Kohlenzufuhren** zurückgegangen.

Nachstehend folgen die Ausweise des städtischen Marktamtes über die Marktbeschickung im abgelaufenen Monate.

Auf dem

Schlacht- und Stechviehmarkte in St. Marx

wurden aufgetrieben:

	1915	1916
an Rindern	21.234 Stück	11.377 Stück
„ Kälbern	19.307 „	8.544 „
„ Lämmern	315 „	37 „
„ Schafen	3.385 „	63.012 „
„ Schweinen	38.051 „	3.462 „

In die

Großmarkthalle

wurde zugeführt:

	1915	1916
an Rindfleisch	2,485.324 Kilogramm	983.825 Kilogramm,
„ Kalbfleisch	34.537 „	3.097 „
„ Schaffleisch	6.783 „	4.100 „
„ Schweinefleisch	557.023 „	125.936 „
„ Kälbern	9.424 Stück	2.909 Stück
„ Schafen	8.243 „	19.775 „
„ Schweinen	4.536 „	7.496 „
„ Lämmern	130 „	480 „

Von

sonstigen wichtigen Lebensmitteln

kamen auf die Märkte:

	1915	1916
an Gemüse	76.100 Meterzentner	71.375 Meterzentner
„ Kartoffeln	52.286 „	75.567 „
„ Obst	60.918 „	41.257 „
„ Butter	1.003 „	308 „
„ Eiern	1,555.130 Stück	1,557.090 Stück.

Die **Milchzufuhren** durch die Bahnen betrugen nur 14,085.460 Liter.

An **Steinkohle** wurden auf dem Nordbahnhofe 83.896 Tonnen zugeführt und 107.474 Tonnen abgeführt. Der Vorrat am Monatsschlusse betrug 54.354 Tonnen gegen 84.426 im Jahre 1915 und 48.942 im Jahre 1914. Sehr stark entwickelte sich der Absatz von Braunkohle auf den städtischen Lagerplätzen. Es wurden daselbst 58.565 Meterzentner im Kleinen, 40.415 Meterzentner in Fuhren und 1509 Meterzentner Grieß, zusammen 100.490 Meterzentner an 261.000 Parteien abgegeben. Gegen den November des Vorjahres mit 54.000 Meterzentner Absatz und 167.000 Parteien bedeutet dies eine sehr beträchtliche Steigerung.

Die

Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände

stellten sich nach den Ausweisen des Marktamtes in der letzten Novemberwoche folgendermaßen:

		Heller	
Rindfleisch	per Kilogramm	800 —	1150
„ Serbisches	„ „	500 —	—
Schweinefleisch	„ „	770 —	950
Schweineschmalz	„ „	960 —	—
Butter	„ „	1000 —	1200
Margarine	„ „	960 —	1200
Milch	„ Liter	48 —	56
Eier	„ Stück	30 —	44
Mehl	„ Kilogramm	67 —	120
Brot	„ „	50 —	57·5
Kartoffel	„ „	18 —	—
Sauerkraut	„ „	62 —	64
Bohnen	„ „	90 —	220
Zwiebel	„ „	70 —	122
Zucker	„ „	105 —	117
Petroleum	per Liter	44 —	48
Steinkohle	„ 50 kg	260 —	302
Braunkohle	„ 50 „	162 —	240

Krankenstand und Sterblichkeit

der Bevölkerung waren im November ungewöhnlich niedrig. Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekannten Wohnortes betrug 12·3 gegen 13·5 im Vorjahre. Die Abnahme gegen das Vorjahr verteilt sich ziemlich gleichmäßig auf Todesfälle infolge von Altersschwäche, organischen Krankheiten der Kreislauforgane und Lungentuberkulose. Sehr niedrig war auch der Stand der Infektionskrankheiten. Von Scharlach wurden 285, von Diphtherie 307 Fälle angezeigt gegen 573 und 451 im Vorjahre. An Flecktyphus sind infolge von Einschleppung 12 Personen, zumeist galizische Flüchtlinge, erkrankt, an Blattern 6 Personen.

Die **Krankenbewegung** in den Zivilspitälern einschließlich der daselbst verpflegten Militärpersonen gestaltete sich im Vergleiche zum Vorjahre wie folgt:

	1915	1916
Anfänglicher Krankenstand	11.913	11.170
Zuwachs	10.207	10.450
Abgang durch Entlassung	9.072	8.842
Abgang durch Ableben	868	988
Schließlicher Krankenstand	12.180	11.790

Frohbewegt hat Wien die Kunde vernommen, daß die Mittelmächte auf der Höhe ihrer Erfolge zum Frieden bereit sind. Weihnachten steht vor der Tür und wohl die ganze Menschheit, mit wenigen Ausnahmen, ist voll Sehnsucht, daß wieder **Frieden werde auf Erden!**

Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

Dr. Richard Weiskirchner.

Stadtrat.

Sitzungen des Stadtrates.

Donnerstag den 21. Dezember 1916, 10 Uhr vormittags.
Freitag den 22. Dezember 1916, 10 Uhr vormittags.

Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom **14. Dezember 1916.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner.
Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.
Vize-Bürgermeister Franz Hoß.
Vize-Bürgermeister Josef Rain.

Anwesende: Angermayer, Baron, Braun, Brauneiß, Dechant, Fraß, Grünbeck Sebastian, Dr. Haas, Heindl, Hermann, Knoll, Nemetz, Poyer, Schmid, Schneider, Schwer, Tomola, Wessely, Wippel, Zatzka.

Entschuldigt: St.-R. Götz, Dr. Mataja.
Zugezogen: Gem.-Rat Steiner.
Schriftführer: Magistrats-Ober-Kommissär Jiresch.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung.

(P. Z. 11450.) Nach dem Berichte des Gem.-Rates **Steiner** wird der Jahresbericht*) der städtischen Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide und deren Angehörige und Hinterbliebene nach verstorbenen Kriegern zur Kenntnis genommen.

Dem Leiter dieser städtischen Beratungs- und Fürsorgestelle Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Hans Liebl wird für seine ersprießliche und erfolgreiche Tätigkeit in obiger Eigenschaft die vollste Anerkennung ausgesprochen. (An den Gemeinderat.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz und macht folgende Mitteilungen:

Nachweisung

über die Belastung des Reservefonds für das Verwaltungsjahr 1916/17 mit 9. Dezember 1916.

Reservefonds von	1,000.000 K — h
Belastung durch bereits zur Gebühr erwachsene Auslagen von	153.181 K 80 h
Belastung durch genehmigte, jedoch noch nicht zur Gebühr erwachsene Auslagen von	314.116 K 84 h
zusammen .	467.298 K 64 h
daher noch .	532.701 K 36 h

verfügbar.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefonds Anträge im Gesamtbetrage von 337.278 K 87 h in Vormerkung, deren Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

Die Direktion des Zentral-Krippenvereines, I., Seilerstätte 10, dankt für die Erneuerung der Straßenbahnfreikarten für die Angestellten des Vereines. (Zur Kenntnis.)

Der Bericht des Magistrates über den Kohlenabsatz im Monate November wird zur Kenntnis genommen.*) (Zur Kenntnis.)

Der Bericht der Stellwagenunternehmung über die vom 1. September 1914 bis Ende November 1916 durchgeführten Transporte von Verwundeten, Gefangenen ꝛc. wird zur Kenntnis genommen.

Sr. Exzellenz der Herr Kriegsminister dankt für die Mitteilung des Herrn Bürgermeisters, daß die Gemeinde Wien die im Felde stehenden, aus Wien sich rekrutierenden Angehörigen des II. Korps mit Weihnachtsspenden bedacht hat. (Zur Kenntnis.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Baron** wird beschlossen:

(P. Z. 11849, M. B. A. XIX, 1358.) 1. Die den Bauwerbern Eduard und Gisela Schweinburg hinsichtlich der an dem Hause Einl.-Z. 259 Grundbuch Ober-Döbling geplanten Zubauten vom magistratischen Bezirksamte für den XIX. Bezirk zu erteilende Baubewilligung wird unter Einhaltung der im Bauverhandlungsakte enthaltenen Bedingungen bestätigt.

2. Die von denselben Bauwerbern angesuchte Bewilligung zur Abweichung von den Verbauungsbestimmungen des Gemeinderats-Beschlusses vom 11. September 1896, Z. 7160, betreffend die Nichteinhaltung des Seitenabstandes von der Nachbargrenze bezüglich des zu erbauenden Gewächshauses auf der Realität Einl.-Z. 1765 Grundbuch Ober-Döbling, wird wegen der Geringfügigkeit des Objektes ausnahmsweise unter Einhaltung der im Bauverhandlungsakte enthaltenen Bedingungen erteilt.

(P. Z. 11817, M. A. XV, 10320.) Dem Verein gegen Verarmung und Bettelei wird gegen jederzeit möglichen Widerruf das Zimmer top. Nr. 11 der Mädchen-Volksschule XIV., Dadlergasse 16, an jeden zweiten Mittwoch im Monat zwischen halb 6 bis 7 Uhr abends zur Abhaltung von Sektions-Sitzungen unter den üblichen Bedingungen und Bezahlung eines jährlichen Beleuchtungspauschales im Betrage von 2 K zur unentgeltlichen Mitbenützung überlassen.

(P. Z. 11884.) Die von den Bezirksvertretungen vorgelegten Protokolle über öffentliche, beziehungsweise vertrauliche Sitzungen werden zur Kenntnis genommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dechant** wird beschlossen:

(P. Z. 11878, M. B. A. XVIII, 635.) Dem Spenglergehilfen Ludwig Kren wird die Taxe für die Aufnahme in den Wiener Heimatverband auf 200 K herabgesetzt;

*) Ist in vorliegender Nummer des Amtsblattes abgedruckt.

*) Ist in vorliegender Nummer des Amtsblattes abgedruckt.

(P. Z. 11877, M. B. A. XII, 7582) dem Privatier Heinrich Stockh wird diese Taxe auf 100 K herabgesetzt;

(P. Z. 11880, M. B. A. XVII, 10586) der Wäscherin Rosina Hehberger wird die Aufnahme in den Wiener Heimatverband zugesichert;

(P. Z. 11883, M. B. A. XIII, 31612) gegen Erlag einer Taxe von 50 K wird die Schuhmacherswitwe Marie Anna Stitz in den Wiener Heimatverband aufgenommen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Poyer** wird beschlossen:

(P. Z. 11921, M. A. III, 9796.) Das Ansuchen des Advokaten Dr. Moritz Beck um käufliche Überlassung eines Teiles der ehemaligen Weidmannsgründe nächst dem Hause XIII., Ghelengasse 42, wird abgewiesen.

(P. Z. 11786, M. A. X, 10405.) Das Ansuchen des Wenzel Lorenz, Bürger, XV., Pelzgasse 2, um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe I, Nummer 476 im Hütteldorfer Friedhofe wird bewilligt.

(P. Z. 11795, M. A. XI, 40311.) Dem Armenrat des XII. Bezirkes Franz Schwarz wird das Diplom für die mehr als zehnjährige Ausübung des Mandates verliehen.

(P. Z. 11893, M. A. XI, 85795.) Dem Armenrate des XII. Bezirkes Wilhelm Schreyer wird das Diplom für die mehr als zehnjährige Ausübung des Mandates verliehen.

(P. Z. 11914, M. A. X, 10615.) Dem Gutsbesitzer Johann Alexander Freiherrn v. Königswarter in Schebetau, Mähren, wird anläßlich der Rückstellung der einfachen Gruft Gruppe XX, Nummer 40 im Hietzinger Friedhofe von der ursprünglich erlegten Grabstellgebühr (6000 K) der Betrag von 5850 K rückvergütet.

(P. Z. 11816, M. A. XV, 5486.) Dem christlichen Jugendbunde „Treu" in Wien, Rudolfsheim, werden die bis zum 15. April 1914 für die Benützung von Schulräumen der Mädchen-Volksschule XIII., Siebeneichengasse 17, aufgelaufenen rückständigen Beleuchtungs- und Beheizungskosten im Betrage von 174 K 13 h bis zum Ablaufe von sechs Monaten nach Beendigung des Krieges gestundet.

(P. Z. 11847, M. A. XIV, 3193.) Der Gesuchstellerin wird die politische Bewilligung zur Abteilung der Liegenschaften Einl.-Z. 110, 118 und 713 Grundbuch Penzing, XIII. Bezirk, nach Maßgabe der vorgelegten Pläne auf 23 Baustellen auf die gesetzliche Dauer im Sinne des Magistrats-Antrages erneuert.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Zatzka** wird beschlossen:

(P. Z. 11922, M. A. III, 15323.) Das Anbot des Franz Gußl, der Gemeinde Wien die im Plane des Stadtbauamtes B vom Juli 1916, XIV. Abteilung, Z. 524, mit den Buchstaben b c m n o (b) umschriebenen Teile seiner Liegenschaft XIII., Speisingerstraße 46, um den Pauschalpreis von 19.000 K oder die ganze Liegenschaft im Ausmaße von 1733·60 m² um den Pauschalpreis von 100.000 K zu überlassen, wird abgelehnt.

Dem Franz Gußl ist mitzuteilen, daß die Gemeinde Wien von dem zu ihren Gunsten auf der Liegenschaft Einl.-Z. 37 Speising grundbücherlich ausgezeichneten Vorkaufsrechte für den vorliegenden Verkaufsfall, die Liegenschaft um den Betrag von 105.000 K an sich zu lösen, keinen Gebrauch zu machen beabsichtigt.

(P. Z. 11784, M. A. VIII, 540.) Die Herstellung einer hölzernen Abfriedung und eines Kohlenschuppens im städtischen Theresienbade im XII. Bezirke wird mit dem bedeckten Gesamterfordernis von 4500 K genehmigt und hinsichtlich des Kohlenschuppens die erforderliche Baubewilligung unter der Voraussetzung des anstandslosen Ergebnisses der bezüglichen Bauverhandlung erteilt.

Das Anbot des Stadtbaumeisters Dr. Hans Ungethüm auf Übernahme der Ausführung der vorerwähnten Planke wird wegen zu hoher Preisforderung abgelehnt.

(P. Z. 11768, M. A. II, 957 u. f.) **St.-R. Haas** beantragt, folgende Subventionen für sanitäre Zwecke pro 1916 zu bewilligen:

Erstes öffentliches Kinder-Kranken-Institut, I., Steindlgasse 2, 1000 K.

Verein für die evangelische Diakonissensache in Wien, I., Dorotheergasse 18, 1500 K.

Konvent der Barmherzigen Brüder, II., Taborstraße 16, 5000 K.

Leopoldstädter Kinderspitalverein, II., Obere Augartenstraße 26/28, 3000 K.

Kronprinz Rudolf-Kinderspital, III., Kleingasse 5/7, 3000 K.

Kloster St. Elisabeth, III., Landstraßer Hauptstraße 4, 2000 K.

Wiener Freiwillige Rettungs-Gesellschaft, III., Rabetzkystraße 1, 20.000 K.

Verein zur Erhaltung des unentgeltlichen St. Josef-Kinderspitales, IV., Kolschitzkygasse 9, 8000 K.

Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom Orden des heil. Franz von Assisi, V., Hartmanngasse 7, 2000 K.

Kaiser Franz Josef-Ambulatorium und Jubiläumsspital, VI., Sandwirtgasse 3, 2000 K.

Österreichische Gesellschaft für Zahnpflege in den Schulen, VII., Neubaugasse 72, 3000 K.

Maria Theresia-Frauen-Hospital, VIII., Feldgasse 9, 1000 K.

Wiener medizinisches Doktoren-Kollegium, als Kurator der Karoline Riedl'schen-Kinderspitalstiftung, I., Franz Josefs-Kai 65, beziehungsweise IX., Sobieskigasse 31, 5000 K.

Österreichische Gesellschaft für Gesundheitspflege, IX., Kinderspitalgasse 15, 1000 K.

Spital der Allgemeinen Poliklinik, IX., Mariannengasse 10, 2000 K.

Verein zur Erhaltung des „Ersten allgemeinen St. Anna-Kinderspitales", IX., Kinderspitalgasse 6, 10.000 K.

Österreische Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage, IX., Severingasse 9, 800 K.

Verein „Heilanstalt Alland", IX., Lazarettgasse 22, für den Verein 10.000 K, für die Hilfsstelle 3000 K unter der Bedingung, daß mehr Wiener als bisher aufgenommen werden.

Es wird der Wunsch geäußert, daß die Gemeinde Wien in der Vereisleitung einen Vertreter besitze.

Freiwillige Turner-Feuerwehr und Rettungs-Abteilung, XII., Vierthalergasse 19, 1000 K als ordentliche und 500 K als außerordentliche Subvention.

Unter-St. Veiter freiwillige Rettungs-Gesellschaft, XIII., Auhofstraße 74, 3000 K.

St.-R. Poyer beantragt 3500 K.

Rudolfiner-Verein, XIX., Billrothstraße 78, 3240 K.

Erster Wiener Kneipverein, V., Strobachgasse 9, 100 K.

Akademischer Verein für Sexualhygiene, IX., Lackierergasse 5, 1000 K.

Referenten-Anträge und Antrag Poyer genehmigt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11962, M. A. X, 11722.) Zum Ankaufe von acht Pferden für die städtischen Sanitätsstationen wird ein Höchstbetrag von 24.000 K genehmigt und der Magistrat ermächtigt, die Pferde im Handeinkauf beim Pferdehändler Max Winter zu erstehen.

(P. Z. 11861, M. A. XI b, 17465.) Der Magistrat wird ermächtigt, den alten Flammenrohrkessel der Wäscherei des Versorgungsheimes um den Preis von 1500 K zu verkaufen.

(P. Z. 11860, M. A. XI b, 17257.) Die Verabreichung der Krankenmittagskost anstatt der gewöhnlichen Personalkost an die jeweils Hauptdienst habende Pflegeschwester im Versorgungshause in St. Andrä wird genehmigt.

(P. Z. 11800, M. A. XIV, 3570.) Die Baubewilligung für die Planauswechslung beim Hause, III., Schwarzenbergplatz 6, wird unter der Bedingung bestätigt, daß sich die Bauwerber für sich und ihre Rechtsnachfolger verpflichten, dieses Vordach über jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien zu beseitigen, für den Bestand des Vordaches einen jährlichen Platzzins von 42 K 75 h vom 31. Oktober 1916 angefangen alljährlich im vorhinein an die städtische Hauptkassa zu entrichten und vor Hinausgabe der Baubewilligung den üblichen, einverleibungsfähigen Revers auf ihre Kosten ausstellen.

(P. Z. 11892, M. A. X, 11177.) Zur Veranstaltung einer Weihnachtsbescherung für die Kranken im Scharlachspitale Zwischenbrücken wird für das Jahr 1916 ein Betrag von 300 K bewilligt, der zu Lasten des Spitalbetriebes zu verrechnen ist.

(P. Z. 11820, W. A., 3200.) Der Verfügung des ersten Herrn Vize-Bürgermeisters, betreffend den Ankauf von 800 bis 1000 kg Blockschwefel zum Preise von 11 K 50 h per Kilogramm von der Firma Rudolf Czertner für Desinfektionszwecke, wird nachträglich zugestimmt.

(P. Z. 11794, M. A. XI, 85439.) Dem Armenrate des III. Bezirkes Josef Pirgle wird das Diplom für die mehr als zehnjährige Ausübung des Mandates verliehen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schwer** wird beschlossen:

(P. Z. 11850, M. A. II, 3998.) Dem Ersten n.-ö. Feuerwehr-Unterstützungsverein, III., Rennweg 37, wird für das Jahr 1916 eine Subvention von 200 K bewilligt. Die Ausgabe ist auf Rubrik XXXVIII 6 b bedeckt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11923, M. A. III, 16358.) Dem mit der Ausführung eines Trinkbrunnens am Hamerlingplatz im VIII. Bezirke betrauten akademischen Bildhauer Viktor Schneiber wird zur Durchführung seiner Arbeit eine weitere Teilzahlung im Betrage von 400 K angewiesen.

(P. Z. 11912, M. A. IV, 3598.) Den in der Kanzlei, im Werkstättendienst, bei der Kost- und Material- und Monturverwaltung sowie bei sonstigen außergewöhnlichen Dienstesverrichtungen verwendeten Offizieren, Unterbeamten und Mannschaftspersonen der städtischen Feuerwehr, den dem Kommando zugewiesenen Kanzleikräften und Amtsdienern sowie dem bei der städtischen Feuerwehr verwendeten Monteur werden gemäß dem Magistrats-Antrage Remunerationen im Gesamtbetrage von 3405 K gewährt.

(P. Z. 11913, M. A. IV, 3624.) Für die Aufbesserung der Mittagskost der Feuerwehrmannschaft einschließlich der Unterbeamten am Heiligen Abend des Jahres 1916 und am Neujahrstage des Jahres 1917 wird ein Betrag von 1104 K bewilligt.

(P. Z. 11823, M. B. A. VIII, 2537.) Folgender Verfügung des Herrn Bürgermeisters wird nachträglich zugestimmt:

Dem Vereine „Deutsche Turngemeinde Wien" wird die unentgeltliche Benützung des Turnsaales der Knaben-Volksschule VIII., Josefstädterstraße 95, zur Abhaltung eines Zusammenturnens der Zöglinge am Freitag den 8. Dezember 1916 in der Zeit von 3 bis 6 Uhr nachmittags unter den üblichen Bedingungen erteilt; die aufgelaufenen Beleuchtungs- und Beheizungskosten sind der Gemeinde Wien zu ersetzen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Zatzka** wird beschlossen:

(P. Z. 11963, M. A. XXII, 2460.) Dem Ansuchen des Architekten Professor Dr. Karl Holey um leihweise Überlassung des von ihm für den Wettbewerb „Schottenringabschluß" ausgearbeiteten Projektes zum Zwecke der Ausstellung desselben bei der Ausstellung für Kriegergrab und Kriegerdenkmal wird Folge gegeben.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Tomola** wird beschlossen:

(P. Z. 11889, M. A. XV, 4949.) Der Frauen der eingerückten provisorischen städtischen Schuldiener, welche an deren Stelle Schuldienste leisten, ohne daß hiefür eine Aushilfskraft erforderlich ist, wird für diese Dienstleistung, und zwar rückwirkend vom 16. September 1916 angefangen, eine monatliche Entschädigung von 30 K bewilligt.

Dies gilt auch für die den Schuldienst besorgenden Frauen der beiden städtischen, zur militärischen Dienstleistung eingerückten stabilen Aushilfsdiener an der k. k. Staatsrealschule XVIII., Schopenhauerstraße 49.

Unter einem wird zur Bedeckung des hiefür notwendigen Kostenbetrages ein erster Zuschußkredit zur Ausgabs-Rubrik XLIII 35 „Bezüge der Schuldiener" in der Erfordernishöhe von 7920 K genehmigt.

Dagegen wird von der Zuerkennung einer Kriegszulage an die den Schuldienst besorgenden Frauen eingerückter Schuldiener Abstand genommen.

(P. Z. 11886, M. A. XV, 11152.) Bis auf weiteres werden den städtischen Schuldienern wie alljährlich die erst mit Ende De-

zember fälligen Zulagen für die Reinigung, Beheizung und Hausbesorgung der städtischen Schulen bereits am 23. Dezember ausbezahlt.

(P. Z. 11887, M. A. XV, 8767.) Der Witwe nach dem im Felde gefallenen provisorischen Schuldiener Franz Bols der Knaben-Volksschule XIII., Kuefsteingasse 38, Thekla Bols, wird die Belassung im Schuldienste an dieser Schule, sowie die Benützung der Naturalwohnung in derselben bis auf weiteres gegen jederzeit mögliche 14tägige Kündigung bewilligt und ihr für die Dauer der tatsächlichen Schuldienstleistung, vom 1. Oktober 1916 angefangen, ein Taglohn von 3 K angewiesen; auch haben auf die Genannte die Bestimmungen der Vorschrift für die äußere Schulbedienung sinngemäße Anwendung zu finden.

(P. Z. 11890, M. A. XV, 4540.) Die Belassung der Schuldienerswitwe Karoline Macha im Schuldienste an der Mädchen-Volksschule XVI., Grubergasse 4, wird nachträglich genehmigt und ihr für die Dauer ihrer tatsächlichen Dienstleistung an dieser Schule für die Zeit vom 1. Juni bis 15. September 1916 ein Taggeld von 3 K angewiesen.

(P. Z. 11888, M. A. XV, 6116.) Der Witwe nach dem am 2. Juni 1916 verstorbenen Schuldiener Josef Folterbauer der Knaben- und Mädchen-Volksschule VII., Zieglergasse 21, Marie Folterbauer, wird die Belassung im Schuldienste an dieser Schule, sowie die Benützung der Naturalwohnung in derselben bis auf weiteres gegen jederzeitig mögliche 14tägige Kündigung bewilligt und ihr für die Dauer ihrer tatsächlichen Schuldienstleistung vom 2. Juni 1916 angefangen ein Taglohn von 3 K angewiesen; auch haben auf die Genannte die Bestimmungen der Vorschrift für die äußere Schulbedienung sinngemäße Anwendung zu finden.

(P. Z. 11802, M. A. XV, 9509.) Dem derzeit zur Kriegsdienstleistung eingerückten provisorischen Lehrer II. Klasse Josef Jeitler wird während der Dauer der Ableistung seines Einjährig-Freiwilligen-Präsenzdienstjahres, d. i. vom 16. September 1916 bis 27. August 1917, gnadenweise der Fortbezug der halben Jahresremuneration zuerkannt.

(P. Z. 11805, M. A. XV, 10464.) Dem Ansuchen des derzeit zur Kriegsdienstleistung eingerückten provisorischen Lehrers II. Klasse Friedrich Kollmann um die Bewilligung zum Fortbezuge der halben Jahresremuneration während der Dauer der Ableistung seines Einjährig-Freiwilligen-Präsenzdienstjahres wird wegen der zu kurzen Dauer seiner bisherigen Verwendung im städtischen Schuldienste grundsätzlich keine Folge gegeben.

(P. Z. 11803, M. A. XV, 9479.) Dem derzeit zur Kriegsdienstleistung eingerückten provisorischen Lehrer II. Klasse Stephan Hutter wird während der Dauer der Ableistung seines Einjährig-Freiwilligen-Präsenzdienstjahres, d. i. vom 16. September 1916 bis 27. August 1917, gnadenweise der Fortbezug der halben Jahresremuneration zuerkannt.

(P. Z. 11804, M. A. XV, 10555.) Über Ansuchen wird dem derzeit zur Kriegsdienstleistung eingerückten provisorischen Lehrers II. Klasse Fritz Brauner während der Dauer der Ableistung seines Einjährig-Freiwilligen-Präsenzdienstjahres, d. i. vom 16. September 1916 bis 27. August 1917, gnadenweise der Fortbezug der halben Jahresremuneration zuerkannt.

(P. Z. 11864, M. A. XV, 9250.) Dem Bürgerschul-Direktor August Stift wird die Weiterbenützung seiner im Schulhause XVIII., Schopenhauerstraße 79, gelegenen Naturalwohnung sowie die Benützung des städtischen Brennmateriales bis längstens Ende Jänner 1917 bewilligt.

(P. Z. 11866, M. A. XV, 9541.) Der k. k. Bezirksschulrat Wien wird über Ersuchen ermächtigt, für die Supplierung der unter Einem bekanntgegebenen 15 Lehrstellen in Wien nicht heimatberechtigte Bewerber, beziehungsweise Bewerberinnen aushilfsweise zu bestellen.

(P. Z. 11814, M. A. XV, 4596.) Die in dem vom Magistrate vorgelegten Verzeichnisse angeführten, aus dem Nachlasse des gefallenen provisorischen Lehrers II. Klasse Leopold Forster stammenden Bücher werden für die Bezirkslehrerbibliothek des III. Bezirkes angenommen und der Spenderin Leopoldine Forster, der Mutter des Gefallenen, hiefür der Dank ausgesprochen.

(P. Z. 11806, M. A. XV, 6610.) Das Ansuchen des Sohnes nach der Schuldienerswitwe Ludmilla Hohenecker um einen Krankheits- und Leichenkostenbeitrag wird abgewiesen.

(P. Z. 11829, B. Sch. R., 9679.) Zur definitiven Versetzung der Volksschullehrerin I. Klasse Helene Kessel aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Mädchen XXI., Leopoldauerplatz 27, an die II. allgemeine Volksschule für Mädchen XVI., Roterdstraße 1, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11830, B. Sch. R., 3075.) Zur definitiven Versetzung der Volksschullehrerin II. Klasse Olga Fischer aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Mädchen XII., Ruckergasse 41, an die allgemeine Volksschule für Mädchen XII., Bischoffgasse 10, vom Beginne des Schuljahres 1917/18 an, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11832, B. Sch. R., 1582.) Zur definitiven Versetzung der Volksschullehrerin Elisabeth Lecher von der allgemeinen Volksschule für Mädchen III., Lechnerstraße 12, an die allgemeine Volksschule für Mädchen XX., Leipzigerplatz 2, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11831, B. Sch. R., 8443.) Zur definitiven Versetzung der Volksschullehrerin I. Klasse Anna Hausotter aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Mädchen XI., Brehmstraße 9, an die allgemeine Volksschule für Mädchen III., Petrusgasse 10, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11828, B. Sch. R., 9901.) Zur definitiven Versetzung der Bürgerschullehrerin Anna Stara aus Dienstesrücksichten von der Bürgerschule für Mädchen II., Wittelsbachstraße 6, an die Bügerschule für Mädchen III., Reisnerstraße 43, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11827, B. Sch. R., 6965.) Zur definitiven Versetzung des Volksschullehrers I. Klasse Albert Karbo aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Knaben XVI.,

Lorenz Mandl-Gasse 56, an die allgemeine Volksschule für Knaben XVI., Schinaglgasse 56, sowie des Volksschullehrers I. Klasse Heinrich Mayer aus Dienstesrücksichten von der allgemeinen Volksschule für Knaben XVI., Lorenz Mandl-Gasse 56, an die allgemeine Volksschule für Knaben XVI., Grubergasse 6, wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11807, M. A. XV, 10161.) Der Ankauf der vom Südmarkgau Wien herausgegebenen „Grußtafel" in je 5 Stücken für die Wiener Volks- und Bürgerschulen (für jedes Stockwerk, Eingang und Kanzlei), zusammen also in 3000 Exemplaren, wird bewilligt.

(P. Z. 11813, M. A. XV, 6652.) Den Leitungen der allgemeinen Volks- und öffentlichen Bürgerschulen Wiens wird der Ankauf des im Verlage M. Quidote, Triest-Wien erschienenen Werkes „J. F. Röschl: Der Volksschulunterricht in zeitgemäßer Gestaltung", Band I „Das erste Schuljahr" (Preis 5 K) und Band II „Das zweite Schuljahr" (Preis 6 K 80 h) für die Lehrbüchereien, aus dem verrechenbaren Schulpauschale unter der Bedingung gestattet, daß das genannte Pauschale hiedurch nicht überschritten wird.

(P. Z. 11810, M. A. XV, 8385.) Der Ankauf von 563 Exemplaren des Werkes „Skizzen aus Alt-Wien", von Dr. Karl Fajkmayer, für die Bibliotheken sämtlicher Wiener Volks- und Bürgerschulen wird genehmigt.

(P. Z. 11808, M. A. XV, 6626.) Der Ankauf von 75 Exemplaren des Werkes „Aus der Werkstatt des Krieges" von General der Infanterie v. Woinovich für die Lehrerbibliotheken der öffentlichen Bürgerschulen für Knaben in Wien, mit einem Kostenbetrage von 216 K, wird bewilligt.

(P. Z. 11812, M. A. XV, 6583.) Der Ankauf des Buches „Angewandte Botanik" von J. Troost in je einem Exemplare für die Bezirkslehrerbibliotheken und für die Bezirkssektionen des k. k. Bezirksschulrates Wien wird genehmigt.

(P. Z. 11809, M. A. XV, 10353.) Der Ankauf von 5000 Stück des vom Österreichischen Bund der Vogelfreunde in Graz herausgegebenen „Kriegsbüchlein für junge Tierfreunde und Kalender 1917" zur Verteilung an die Schuljugend wird wie alljährlich genehmigt und der hiefür erforderliche, bedeckte Kostenbetrag von 500 K bewilligt.

(P. Z. 11811, M. A. XV, 8571.) Der Ankauf des Werkes „Unser Salzburg" von Karl Adrian in zwei Stücken für die 15 Wiener Bezirkslehrerbibliotheken wird mit einem Kostenerfordernis von 124 K genehmigt.

(P. Z. 11885, M. A. XV, 11090.) Die Anbringung einer Gedenktafel an die im jetzigen Kriege gefallenen Schüler der Schule XVIII., Celtesgasse 2, an der rechtsseitigen Wand des ersten Stiegenabsatzes von Ebenerd aus in diesem Schulhause in der in der Verhandlungsschrift angegebenen Art und Weise wird genehmigt.

(P. Z. 11933, M. A. II, 9471.) Dem Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn wird für seine Fürsorgeaktion zugunsten der deutschen Flüchtlinge Siebenbürgens eine Subvention von 200 K bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11932, M. A. II, 3380.) Folgenden Kirchenmusikvereinen wird eine Subvention von je 100 K bewilligt:

1. Kirchenmusikverein St. Peter, I. Bezirk.
2. Kirchenmusikverein vom göttlichen Herzen Jesu in Kaisermühlen, II. Bezirk.
3. Kirchenmusikverein bei St. Othmar unter den Weißgärbern, III. Bezirk.
4. Kirchenmusikverein St. Rochus und Sebastian, III. Bezirk.
5. Kirchenmusikverein an der Pfarre Maria Geburt am Rennweg, III. Bezirk.
6. Kirchenmusikverein an der Pfarre St. Peter und Paul, Erdberg, III. Bezirk.
7. Kirchenmusikverein bei St. Karl Borromäus, IV. Bezirk.
8. Kirchenmusikverein bei St. Thekla, IV. Bezirk.
9. Kirchenmusikverein bei St. Elisabeth, IV. Bezirk.
10. Evangelisch reform. Chorverein in Wien, IV. Bezirk.
11. Kirchenmusikverein an der Pfarre zu den heil. Schutzengeln, IV. Bezirk.
12. Kirchenmusikverein bei St. Josef, Margareten, V. Bezirk.
13. Kirchenmusikverein bei St. Florian, V. Bezirk.
14. Kirchenmusikverein bei Ägyd in Gumpendorf. VI. Bezirk.
15. Kirchenmusikverein St. Josef an der Laimgrube, VI. Bezirk.
16. Kirchenmusikverein bei St. Ullrich, VII. Bezirk.
17. Kirchenmusikverein der Pfarre Altlerchenfeld, VII. Bezirk.
18. Kirchenmusikverein an der Pfarre zur heil. Dreifaltigkeit in der Alservorstadt, VIII., Bezirk.
19. Kirchenmusikverein an der Pfarrkirche Maria-Treu bei den Piaristen, VIII. Bezirk.
20. Kirchenmusikverein an der Pfarrkirche zum heil. Franziskus Seraphikus am Breitenfeld, VIII. Bezirk.
21. Kirchenmusikverein an der Pfarrkirche zu den 14 Nothelfern Lichtental, IX. Bezirk.
22. Kirchenmusikverein bei St. Anton von Padua, X. Bezirk.
23. Kirchenmusikverein bei St. Johann Evangelist, X. Bezirk.
24. Kirchenmusikverein bei St. Peter und Paul, Kaiser-Ebersdorf, XI. Bezirk.
25. Kirchenmusikverein an der Pfarre zur unbefleckten Empfängnis Mariens, XI. Bezirk.
26. Kirchenmusikverein an der Pfarre Neumargareten, XII. Bezirk.
27. Kirchenmusikverein Hetzendorf, XIII., Hetzendorf.
28. Kirchenmusikverein St. Oswald, Altmannsdorf, XII. Bezirk.
29. Kirchenmusikverein Baumgarten, XIII. Bezirk.
30. Verein zur Pflege der Kirchenmusik an der städtischen Filialkirche in Unter-St. Veit, XIII. Bezirk.
31. Kirchenmusikverein bei St. Jakob in Penzing, XIII. Bezirk.
32. Kirchenmusikverein St. Laurentius in Breitensee, XIII. Bezirk.
33. Kirchenmusikverein St. Andreas in Hütteldorf, XIII. Bezirk.
34. Kirchenmusikverein an der Pfarre Reindorf, XIV. Bezirk.
35. Kirchenmusikverein an der Pfarre Rudolfsheim, XIV. und XV. Bezirk.
36. Kirchenmusikverein zur heil. Maria vom Siege, XV. Bezirk.
37. Kirchenmusikverein an der Pfarre zur heiligen Familie XVI. Bezirk.

38. Verein zur Förderung der Kirchenmusik an der Pfarrkirche zur Erhöhung des heil. Kreuzes, XVI. Bezirk.

39. Dornbacher Kirchenmusikverein, XVII. Bezirk.

40. Kirchenmusikverein bei St. Leopold in Gersthof, XVIII., Bezirk.

41. Kirchenmusikverein an der Pfarre zum heil. Michael in Heiligenstadt.

42. Kirchenmusikverein an der Karmeliterkirche in Unter-Döbling, XIX. Bezirk.

43. Kirchenmusikverein an der Pfarrkirche zum heil. Thomas in Nußdorf im XIX. Bezirke.

44. Kirchenmusikverein an der Pfarrkirche St. Brigitta, XX. Bezirk.

45. Kirchenmusikverein an der Pfarre Allerheiligen, XX. Bezirk, Zwischenbrücken.

Der Gesamtbetrag von 4500 K ist auf Rubrik XLI 2 bedeckt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11931, M. A. II, 1226 u. fol.) Es werden folgende Subventionen:

a) für Kindergärten;
b) für Privat-Volks- und Bürgerschulen und Lehrerinnen-Bildungsanstalten;
c) für andere Privatlehranstalten;
d) für Knabenhorte, Knabenbeschäftigungsanstalten und Vereine zur Pflege des Jugendspieles;
e) für verschiedene Schulzwecke pro 1916 bewilligt:

a) Subventionen für Kindergärten.

Gesellschaft der Töchter der göttlichen Liebe in Wien, III., Jacquingasse 14, je 400 K.

Kaiserin Elisabeth-Mädchenheim, III., Jacquingasse 53, 200 K.

Kongregation der Dienerinnen des heil. Herzens Jesu, III., Keinergasse 37, 500 K.

Privat-Kindergarten der Anna Oehl, VII., Bernardgasse 16, 100 K.

Privat-Kindergarten der Margarete Steinböck, VIII., Florianigasse 68, 200 K.

Kongregation der Schwestern vom heiligen Kreuze, X., Quellenstraße 110, 100 K.

Privat-Kindergarten der Pauline Schober, XII., Ruckergasse 8, 200 K.

Privat-Kindergarten der Anna Heller, XIII., Diesterweggasse 23, 200 K.

Verein der Kinderfreunde von Lainz-Speising, XIII., Lainzerstraße 33, 300 K.

St. Annen-Kinderheim, XXI., Kagran, 1660 K.

Kloster St. Anna, XXI., Hirschstettnerstraße 99, 1720 K.

b) Subventionen für Privat-Volks- und Bürgerschulen und Privat-Lehrerinnen-Bildungsanstalten.

Katholischer Schulverein für Österreich in Wien, I., Stephansplatz 6, 10.000 K.

Konvent der Ursulinen in Wien, I., Johannesgasse 8, 1000 K.

Presbyterium der evang. Pfarrgemeinde A. B. in Wien, I., Dorotheergasse 18, 20.000 K.

Kongregation der Schulschwestern vom 3. Orden des heiligen Franziskus Seraphikus, II., Obere Augartenstraße 34, 1000 K.

Kongregation der Schulschwestern vom 3. Orden des heiligen Franziskus Seraphikus, III., Apostelgasse 7, 2000 K.

Kongregation der Brüder der christlichen Schulen, III., Erdbergstraße 43, 900 K.

Kongregation der Töchter des göttlichen Heilandes, VII., Kaiserstraße 25, 500 K.

Lehr- und Erziehungsanstalt der Kongregation der Töchter des göttlichen Heilandes, X., Waldgasse 25. 400 K.

Kongregation der christlichen Schulbrüder, XV., Gebrüder Lang-Gasse 4 u. 6, 3000 K.

Kongregation der armen Schulschwestern von Unserer lieben Frau, XV., Klementinengasse 25, 3500 K.

Kongregation der Barmherzigen Schwerstern vom hl. Vinzenz von Paul, XVIII., Antonigasse 72, 1000 K.

Privat-Volks- und Bürgerschule der Marienbrüder, XVIII., Scheidlstraße 2 bis 6, 1000 K.

Kongregation der Brüder der christlichen Schulen, XVIII., Schopenhauerstraße 44/46, 1000 K.

Lehr- und Erziehungsanstalt der Schwestern vom armen Kinde Jesu, XIX., Döblinger Hauptstraße 83, 1400 K.

c) Subventionen für andere Privat-Lehranstalten.

Verein „Wiener Handelsakademie" für Mädchen zur Förderung höherer kommerzieller Frauenbildung, II., Stephaniestraße 4, 500 K.

Wiener Frauerwerbverein, IV., Wiednergürtel 68, 1000 K.

Frauenverein „Selbsthilfe", V., Stöbergasse 11, 100 K.

Kuratorium der Erzherzog Rainer-Handelsschule, V., Josef Schwarz-Gasse 9, 500 K.

Verein zur Förderung der Handels- und Fortbildungsschulen, VII., Kenyongasse 22, 500 K.

Verein „Private Mariahilfer Handelsschule", VI., Millergasse 43, 200 K.

Verein für hauswirtschaftliche Frauenbildung, VI., Hirschengasse 1, 300 K.

Schulverein für Beamtentöchter in Wien, VIII., Langegasse 47, 1200 K.

Kuratorium der Neuen Wiener Handels-Akademie, VIII., Hamerlingplatz 5 und 6, 1500 K.

Privat-Handelsschule für Mädchen des Gustav Lothar Schremmer, IX., Hernalsergürtel 30, 200 K. (Die Gemeinde Wien besetzt seit 1908 drei Freiplätze.)

Musik-Lehranstalt Ludwig Liebing, IX., Währingerstraße 46, 100 K.

Verein zur Gründung und Erhaltung einer höheren Mädchenschule in Triest, Leipzigerplatz 1, 500 K.

d) Subventionen für Knabenhorte, Knabenbeschäftigungsanstatten und Vereine zur Pflege des Jugendspieles.

Kommission für die Verwaltung der Karl Ritter v. Hacker'schen Erbschaft des St. Vinzenz-Vereines, I., Wollzeile 20, 15.000 K.

Kommission zur Verwaltung des Friedau'schen Fondes des St. Vinzenz-Vereines in Wien, I., Wollzeile 20, 500 K.

Verein zur Pflege des Jugendspieles im III. Wiener Gemeindebezirke, III., Erdbergstraße 41, 1000 K.

Knabenheim „Salesianum", III., Hagenmüllergasse 43, 100 K.

Zentral-Leitung des Vereines zur Pflege des Jugendspieles in Wien, IV., Freundgasse 11, 20.000 K.

„Margaretner Kinderhort", V., Wiedner Hauptstraße 107, 200 K.

Knabenbeschäftigungs- und Verpflegsanstalt „Breitenfeld", VIII., Uhlplatz 3, 800 K.

Mädchen-Beschäftigungs- und Verpflegsanstalt „Breitenfeld", VIII., Uhlplatz 3, 300 K.

Milit. org. Meidlinger Knabenhort, XII., Wilhelmstraße 34, 300 K.

Verein für Knabenhandarbeit in Österreich, XIII., Matznergasse 21, 200 K.

St. Severinus, Vereinsabteilung „Neulerchenfeld", XVI., Menzelgasse 21, 800 K.

Komitee zur Erhaltung der Knabenbeschäftigungsanstalt „Clementinum", XVII., Hormayrgasse 1, 300 K.

Verein „Francke" in Wien, XVII., Kastnergasse 29, 500 K.

Verein „Pestalozzi", XVIII., Cottagegasse 17, 500 K ordentliche und 1000 K außerordentliche Subvention.

Knabenheim, XX., Dammstraße 3, 250 K.

Donaufelder Schulkreuzerverein „Kinderhort", XXI., Ostmarkgasse 32, 300 K.

e) Subventionen für verschiedene Schulzwecke.

Verein österr. Zeichenlehrer, V., Schwarzhorngasse 12, 400 K.

Gesellschaft „Österr. Schulmuseum", VI., Haydngasse 19, 700 K.

Verein „Arbeiter-Hausfrauenschule", VIII., Schmidgasse 18, 100 K.

Wiener pädagogische Gesellschaft, XIV., Sechshauserstraße 1, 400 K.

Gesellschaft zur Gründung und Förderung des Museums für weibliche Handarbeiten, XV., Mariahilferstraße 140, 600 K.

Verein zur Förderung des Schulwesens im XVIII. Bezirke, Martinsstraße 100, 1000 K.

Schulleitung der Hilfsschule für schwachbefähigte Kinder, XVIII., Anastasius Grün-Gasse 10, 400 K.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11927, M. A. II, 3416 u. folg.) St.-R. Tomola beantragt, folgende Subventionen für Weihnachtsbeteilungen pro 1916 zu bewilligen:

Zentral-Krippenverein in Wien, I., Seilerstätte 10, 300 K.

Humanitärer Verein „Freudenauer Kinderfreunde", II., Dammhaufen 58, 50 K.

Humanitärer Geselligkeitsverein „Fürsorge", II., Große Pfarrgasse 28, 100 K.

Spar-, Aushilfs- und Humanitätsverein „Kaisermühlen", II., Schiffmühlenstraße 69, 200 K.

Verein der „Kinderfreunde", II., Große Stadtgutgasse 11, 150 K.

Leopoldstädter humanitärer Geselligkeitsverein „Brüder Lustig", II., Rotensterngasse 31, 50 K.

Humanitärer Verein „Leopoldstädter Kinderschutz", II., Aspernbrückengasse 2, 100 K.

Humanitärer Geselligkeitsverein „Gemütliche Leopoldstädter", II., Leopoldsgasse 17, 50 K.

Verein der Neutitscheiner in Wien, III., Salmgasse 19, 100 K.

Verein zur Bekleidung und Unterstützung armer und würdiger Kinder der Doppelschule, III., Eslarngasse 23, 100 K.

„Kindesliebe" zur Bekleidung armer Schulkinder im III. Bezirke, Fasangasse 13, 200 K.

Verein zur Bekleidung armer Schulkinder im III. Bezirke (Erdberg), III., Landstraßer Hauptstraße 116, 200 K.

Wohltätigkeitsverein unter den Weißgärbern, III., Radetzkystraße 14, 100 K.

Verein „Erdberger Kinderfreunde" zur Bekleidung armer Schulkinder, III., Hainburgerstraße 42, 100 K.

Verein „Kinderschutz", III., Landstraßergürtel 33, 100 K.

Erster Margaretner humanitärer Nikolobrüderverein", V., Grüngasse 21, 200 K.

Humanitärer Verein „Weihnachtsbaum", V., Schönbrunnerstraße 123, 200 K.

St.-R. Angermayer beantragt 300 K.

Humanitärer Verein Weihnachtsbaum „Die Biene" zur Bekleidung armer Schulkinder im V. Bezirke, V., Siebenbrunnengasse 24, 200 K.

Wiener Jugendfreunde, V., Schönbrunnerstraße 48, 50 K.

Blindenunterstützungsverein „Die Purkersdorfer", V., Nikolsdorfergasse 42, 50 K.

„Gumpendorfer Kinderfreunde", VI., Strohmayergasse 13, 200 K.

Humanitärer Geselligkeitsverein „Wienerwaldfreunde", VI., Webgasse 13, 50 K.

St.-R. Fraß beantragt, dem Frauenwohltätigkeitsverein für Wien und Umgebung (Bezirksverein Neubau), VII., Kaiserstraße 47, 100 K zu bewilligen.

St.-R. Tomola beantragt, dem Humanitären Verein „Kolschitzky" zur Bekleidung würdiger Schulkinder von verarmten Kollegen des Kaffeehausstandes oder deren Witwen, VII., Stiftgasse 16, 100 K zu bewilligen.

Humanitäre Vereinigung „Tannenwalder", VIII., Strozzigasse 22, 100 K.

Humanitärer Verein „Badwandl", IX., Porzellangasse 38, 50 K.

Favoritener Wohltätigkeitsverein „Senefelder-Bund", X., Senefeldergasse 25, 100 K.

Humanitärer Verein „Keplerbund", X., Favoritenstraße 111, 100 K.

Schwestern vom heil. Kreuz, X., Quellenstraße 110, 100 K.

Unterstützungsverein für arme Schulkinder im XI. Bezirke, Simmeringer Hauptstraße 168, 300 K.

Spar- und Wohltätigkeitsverein „Kinderliebe", XI., Hauptstraße 197, 50 K.

Verein „Altmannsdorfer Kinderfreunde", XII., Breitenfurterstraße 68, 100 K.

Humanitärer Verein „Weihnachtsbaum", XII., Schallergasse 7, 50 K.

Verein „Kinderfreunde" in Hetzendorf, XII., Hetzendorferstraße 88, 150 K.

Humanitärer Verein der Meidlinger Kinderfreunde, XII., Ignatzgasse 17, 50 K.

Wohltätigkeitsverein „Kinderliebe", XIII., Breitenseerstraße 48, 300 K.

Humanitärer Geselligkeitsverein „Corona", XIII., Weiglgasse 4, 50 K.

Humanitärer „Schulverein Meiselstraße", XIII., Meiselstraße 47, 200 K.

Frauenvereinsschule für arme unbemittelte Kinder, XIV., Herklotzgasse 35, 100 K.

St.-R. Brauneiß beantragt, dem Spar-, Aushilfs- und humanitären Verein „Brüderlichkeit", XIV., Märzstraße 77, sowie dem Humanitären Verein „Kinderfreude", XIV., Grenzgasse 1, je 50 K zu bewilligen.

Fünfhauser Wohltätigkeitsverein „D'Höllensteiner", XV., Mariahilferstraße 156, 200 K.

Frauen-Wohltätigkeitsverein Wien im Bezirke Ottakring, XVI., Ganglbauergasse 35, 50 K.

Wohltätigkeitsbund „Gute Herzen", XVI., Odoakergasse 9, 50 K.

Wohltätigkeitsverein „Merkur", XVII., Hernalser Hauptstraße 85, 200 K.

Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger Schüler am k. k. Staats-Realgymnasium im XVII. Bezirke, 200 K.

Humanitärer Verein „Hernalser Kindesliebe", XVII., Ottakringerstraße 40, 50 K.

Verein zur Bekleidung armer Schulkinder von Lichtental und Himmelpfortgrund, XVIII., Weitlofgasse 11, 100 K.

Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger Schulkinder im XVIII. Bezirke, XVIII., Schulgasse 19, 200 K.

Christlicher Wohltätigkeitsverein „Nächstenliebe", XVIII., Währingerstraße 146, 200 K.

Frauen-Wohltätigkeitsverein für Wien und Umgebung (Bezirksverein Währing), XVIII., Vinzenzgasse 10, 100 K.

Humanitär-geselliger Verein „Hoffnung", XVIII., Schumanngasse 23, 50 K.

Humanitärer Geselligkeitsverein „Flugrad", XIX., Nußdorf, 50 K.

Lehr- und Erziehungsanstalt der Schwestern vom armen Kinde Jesus, XIX., Döblinger Hauptstraße 83, 200 K.

Humanitärer Klub „Kernige Brigittenauer", XX., Brigittaplatz 17, 300 K.

„Waisenfest-Komitee des XX. Bezirkes", XX., Brigittaplatz 17, 600 K.

St.-R. Schneider beantragt, dem Humanitären Spar- und Vorschußvereine „Brigittenau", XX., Mathildenplatz 13, 50 K zu bewilligen.

Frauen-Wohltätigkeitsverein „Donaufeld", XXI., Andreas Hofer-Straße 14, 400 K.

Humanitärer Verein „Groß-Jedlersdorfer G'mütlichkeit", XXI., Amtsstraße 8, 50 K.

Humanitärer Geselligkeitsverein „Bruderherz", XXI., Brünnerstraße 51, 50 K.

Katholischer Arbeiterverein für St. Georgen a. d. Gusen und Umgebung, 60 K.

Referenten-Antrag, sowie die Anträge Tomola und Fraß werden angenommen.

Anträge Brauneiß, Angermayer und Schneider werden aus prinzipiellen Gründen abgelehnt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11764, M. A. II, 2839.) Es werden folgende Subventionen für genossenschaftliche Fachschulen für das Jahr 1916 bewilligt:

Buchbinder, Ledergalanterie- und Kartonagewaren-Erzeuger u. s. w., 1000 K.

Buchdrucker und Schriftgießer, 1200 K.

Drechsler (für die Schule, VI., Spörlingasse 6), 2000 K.

Drechsler (für die Schule, XVI., Grundsteingasse 65), 1000 K.

Fleischhauer und Fleischselcher, 1000 K.

Gastwirte und Kaffeesieder, 2000 K.

Gastwirte, Hoteliers und Kaffeesieder (für die höhere Fachschule), 300 K.

Kamm- und Fächermacher, 400 K.

Kleidermacher (Fachschule für das Damenkleidermachergewerbe), 300 K.

Lithographen, Stein-, Licht-, Kupfer- und Zinkdrucker, sowie Chemigraphen, 800 K.

Lohnfuhrwerksbesitzer, 600 K.

Modistinnen und Modisten, 400 K.

Schuhmacher, 800 K.

Stukkateure, 200 K.

Tapezierer, 1200 K.

Uhrmacher, 500 K für die Lehrwerkstätte.

(An den Gemeinderat.)

(Vize-Bürgermeister Rain übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hierhammer** wird beschlossen:

(P. Z. 11819, M. A. XXII, 2144.) Dem Ansuchen des cand. jur. Johann Donek um Zuweisung von Übersetzungsstücken aus der polnischen Sprache wird insofern Folge gegeben, daß demselben die zur Übersetzung bestimmten polnischen Zeitschriften, Broschüren und überhaupt jene Schriftstücke, die sich nicht als amtliche Geschäftsstücke des Magistrates darstellen, zugewiesen werden, wobei das Übersetzerhonorar in jedem einzelnen Falle vom Magistrate im Einvernehmen mit der Stadtbuchhaltung zu bestimmen ist.

(P. Z. 11896, M. A. II, 6445.) Der Magistrats-Konzipistenswitwe Berta Machalka wird eine Gnadengabe von 400 K jährlich bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11781, M. A. III a, 1290.) Die von der Gemeinde Wien eingelagerten Wohnungs- und Werkstätteneinrichtungen der zum Kriegsdienste Eingerückten oder durch den Krieg in Notlage Geratenen sind für das Jahr 1917 unter den bisherigen Bedingungen gegen Brandschaden und Einbruch zu versichern.

Die Gemeinde Wien verzichtet auch in Hinkunft auf Prämiennachzahlung für über ein Jahr lagernde Gegenstände und leistet diese Mehrzahlung zu eigenen Lasten.

(P. Z. 11876, Brot- und Mehlkarten-Zentrale 1593.) Dem Leiter der Brot- und Mehlkarten-Zentrale Konskriptionsamts-Kontrollor Karl Kantner wird für seine umsichtige und ersprießliche Tätigkeit die Anerkennung des Stadtrates ausgesprochen.

(P. Z. 11368, M. D., 9076.) Der Magistrats-Konzipist Dr. Kasimir Reisinger wird im Wege der Zeitbeförderung zum Magistrats-Kommissär in der IX. Rangsklasse mit dem Range vom 23. Mai 1916 ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11928, M. A. V, 2936.) Den auf den städtischen Kohlenlagerplätzen nnd im Lagerhause der Stadt Wien beschäftigten militärischen Arbeitern der Landsturm-Arbeiter-Abteilung 105 des Landsturm-Infanterie-Regimentes Nr. 19 wird zu Weihnachten eine Zigarettenspende und für Menageaufbesserung ein Betrag von 30 h für den 24. Dezember und ein Betrag von 50 h für den 25. Dezember 1916 bewilligt.

Die erforderlichen Beträge von rund 240 K für die auf den städtischen Kohlenlagerplätzen beschäftigten Arbeiter und von rund 340 K für die im städtischen Lagerhause tätigen militärischen Arbeiter sind aus Betriebseinnahmen zu decken.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. **Tomola** wird beschlossen:

(P. Z. 118, B. Sch. R., 10081.) Die provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XII. Bezirke, Kobingergasse 5/7, Aloisia Boschina, wird mit Rechtswirksamkeit vom 17. August 1916 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XII. Bezirke, Kobingergasse 5/7, gemäß § 46 des niederösterreichischen Landesgesetzes vom 29. März 1916, L.-G.-Bl. Nr. 60, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11875/13/XII, M. A. XV, 10145.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XX. Bezirke, Leystraße 34, Franz Dödlbacher, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 17. Juni 1916 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XX. Bezirke, Leystraße 34, gemäß § 46 des niederösterreichischen Landesgesetzes vom 29. März 1912, L.-G.-Bl. Nr. 60, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11825, B. Sch. R., 10101.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der Bürgerschule für Knaben im XII. Bezirke, Herthergasse 28, Viktor Wehner, wird mit Rechtswirksamkeit vom 2. Mai 1916 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XII. Bezirke, Schönbrunnerstraße 189, gemäß § 46 des niederösterreichischen Landesgesetzes vom 29. März 1912, L.-G.-Bl. Nr. 60, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11863, M. A. XV, 8780.) Der Turnhallenaufsehers-witwe Becke wird eine Witwenpension von jährlich 880 K, sowie ein Erziehungsbeitrag von 176 K jährlich für das Kind Hilda zuerkannt.
(Mehr als 16 Stadtrate anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. **Schneider** wird beschlossen:

(P. Z. 11507, St. Str. B., 3500.) Die im vorgelegten Verzeichnisse enthaltenen 16 Bediensteten der städtischen Straßenbahnen werden mit 1. Dezember 1916 zu Unterbeamten der Kategorie IV, Gehaltsstufe 4, mit den in der Rubrik 11 ersichtlichen Dienstbezeichnungen, und zwar die unter Posten 1 bis 8 Genannten zu definitiven Unterbeamten mit einem Jahresgehalte von 1560 K und einem jährlichen Wohnungsbeitrage von 860 K, die unter Posten 9 bis 16 Genannten zu ständigen Unterbeamten mit einem Jahresgehalte von 1560 K und einem jährlichen Wohnungsbeitrage von 560 K befördert.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. **Braun** wird beschlossen:

(P. Z. 11903, M. A. III, 15691.) Dem Stadtgartenpersonale von den Gehilfen abwärts wird eine Weihnachtsremuneration gewährt und hiefür ein auf Ausgabs-Rubrik XXIV 1 a des Hauptvoranschlages 1916/17 bedeckter Betrag von 4275 K bewilligt.

Die Gehilfen erhalten je nach dem Wochenlohne 28 K und 26 K, der Haustischlergehilfe 30 K, die fachkundigen Arbeiter je 15 K, die über ein Jahr in Verwendung stehenden Gartenarbeiter (einschließlich der während der Weihnachtswoche im Krankenstande befindlichen Arbeiter) je 10 K, die übrigen Arbeiter, Arbeiterinnen und Gartenburschen und Volonteure je 5 K.
(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11890, M. A. XVII, 12178.) Das Ansuchen des technischen Kontrollors der Zentral-Friedhofsverwaltung Richard Meisinger um Überlassung des Kabinettes top. Nr. 32 im linksseitigen Administrationsgebäude zur Vergrößerung seiner Naturalwohnung wird Folge gegeben.

(P. Z. 11891, M. A. X, 10917.) Der Auguste Schneider, Witwe nach dem Ober-Offizial im Stande der Beamten der Wiener Gemeinde-Friedhöfe Karl Schneider, wird die Naturalwohnung im linksseitigen Administrationsgebäude des Wiener Zentral-Friedhofes gegen Entrichtung eines Pauschalbetrages von 100 K für die Beheizung ausnahmsweise bis zum Maitermin 1917 überlassen.

(P. Z. 11824, M. B. A. XI, 19350.) Einer Gesuchstelleriu aus dem XI. Bezirke wird für das Jahr 1916 die Hundesteuer auf 4 K herabgesetzt.

(P. Z. 11787, M. A. X, 10474.) Das Ansuchen des August Kirchner, XVIII., Schopenhauerstraße 61, um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe 46 A, Reihe 11, Nummer 32 im Wiener Zentral-Friedhofe wird bewilligt.

(P. Z. 11788, M. A. X, 10586.) Das Ansuchen der Marie Gosser, Langegasse 26, um Bewilligung zur nachträglichen Entrichtung der Renovationsgebühr für das eigene Grab Gruppe 56 a, Reihe 17, Nummer 9, im Wiener Zentral-Friedhof wird bewilligt.

(P. Z. 11825, B. Sch. R., 10101.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der Bürgerschule für Knaben XII., Herthergasse 28, Viktor Wehner, wird mit der Rechtswirksamkeit vom 22. Mai 1916 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben XII., Schönbrunnerstraße 189, gemäß § 46 des n.-ö. Landesgesetzes vom 29. März 1912, L.-G.-Bl. Nr. 60, ernannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. **Hermann** wird beschlossen:

(P Z. 11801, M. A. XIV, 3639.) Die Baubewilligung für einen provisorischen Küchenzubau auf den Liegenschaften Einl.-Z. 284 und 460 des Grundbuches des IX. Bezirkes im Anschlusse an das 4 Stock hohe Direktionsgebäude der städtischen Elektrizitätswerke wird nach Maßgabe der vorgelegten Pläne erteilt.

(P. Z. 11815, M. A. XV, 10548.) Dem Vereine Kinderfürsorge werden zwei Lehrzimmer der Knaben-Volksschule IX.,

Canisiusgasse 2, in der Zeit von Mitte Jänner bis Mitte Mai 1916 allwöchentlich Dienstag und Freitag von halb 5 bis halb 7 Uhr nachmittags zur Vorbereitung minderbegabter Schulkinder des Kirchensprengels Lichtental für den Empfang der ersten heiligen Kommunion unter der Bedingung gegen jederzeit möglichen Widerruf zur unentgeltlichen Mitbenützung überlassen, daß der Schuldiener für die ihm erwachsende Mehrarbeit angemessen entlohnt wird. Die Bezahlung der Beleuchtungskosten werden dem Vereine erlassen.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11848, M. B. A. IX, 1342.) Die Bezirksamts-Anträge, betreffend fünf Gesuche von Parteien aus dem IX. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

(P. Z. 11874, M. A. XIV, 3648.) Die nach Maßgabe der Verhandlungsschrift vom 1. Dezember 1916 dem Richard und Ernst Teich erteile Baubewilligung für bauliche Herstellungen im Hause IX., Wiesengasse 28 wird unter der Bedingung bestätigt, daß sich die Bauwerber verpflichten, den von diesem Hause nach Maßgabe der Baulinie zur Verbreiterung der Wiesengasse entfallenden Gebäudeteil in längstens sechs Jahren nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges ohne Anspruch auf eine Entschädigung abzutragen und den zur Verbreiterung dieser Gasse entfallenden Gebäudeteil nach den Bestimmungen der Wr. B.-O. an die Gemeinde Wien abzutreten und daß zur Sicherstellung dieser Verpflichtung vor Hinausgabe der Baubewilligung ein einverleitungsfähiger Revers vorgelegt werde.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schneider** wird beschlossen:

(P. Z. 11672, M. A. XXII, 2338.) 1. Die Gemeinde Wien macht von dem im § 1, Absatz 3 der Ministerial-Verordnung vom 11. November 1916, R.-G.-Bl. Nr. 340, eingeräumten Rechte, das in Anspruch genommene Kupfermaterial der Eindeckungen von städtischen Gebäuden sowie der Blitzableiter an solchen Gebäuden auf Grund einer freien Vereinbarung an die Heeresverwaltung zu veräußern, insoweit dieses Material nicht schon auf Grund des Stadtrats-Beschlusses vom 30. Dezember 1915 P. Z. 13473, M. A. XVI, 40082/15, der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellt wurde, keinen Gebrauch, sondern überläßt es im Sinne des § 3 der zitierten Verordnung der Heeresverwaltung, den Austausch dieses Kupfermaterials zu bewirken.

2. Für den Fall, als auch die Kupferbedachungsbestandteile der der Gemeinde Wien gehörigen Kirche des Kinderseehospizes in St. Pelagio von der Heeresverwaltung angesprochen werden sollten, erklärt sich die Gemeinde Wien bereit, dieses Kupfermaterial unter der Bedingung zur Verfügung zu stellen, daß die Heeresverwaltung den Austausch im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte auf ihre Gefahr und Kosten durchführt, und zwar gleich eine endgültige Ersatzeindeckung aus Zinkblech herstellen läßt.

(P. Z. 11904, M. A. XV, 10830.) Über Ansuchen werden dem Kuratorium zur Ausspeisung bedürftiger Kinder IX., Sensengasse 5, die Souterrainräume top. Nr. 1 (ein Teil des Kellerganges), 2, 10, 11 und 14 der Mädchen-Bürgerschule XX., Stromstraße 78, gegen jederzeit möglichen Widerruf unter den üblichen Bedingungen nnd den in der Aufnahmeschrift des Magistrates vom 9. Dezember 1916, Z. XV, 10830, aufgezählten Bedingnissen zur Errichtung und zum Betriebe einer Zentral-Küchenanlage für die Ausspeisung bedürftiger Kinder bei Wiedereintritt normaler Verhältnisse zur unentgeltlichen Mitbenützung überlassen.

Das jährliche Beleuchtungspauschale, für das das Kuratorium aufzukommen hat, wird auf 400 K bemessen.

P. Z. 11842, St. Str. B., 3439.) Den im Jahre 1910 und 1911 in die Dienste der städtischen Straßenbahnen aufgenommenen fremdzuständigen Kondukteuren, welche sich zufolge Beschlusses des Gemeinderats-Ausschusses für die städtischen Straßenbahnen vom 22. Mai 1912, P. Z. 8825, verpflichten mußten, innerhalb fünf Jahren die Zuständigkeit nach Wien zu erwerben, dieser Verpflichtung jedoch bisher nicht nachgekommen sind, wird die Frist zur Erlangung der Wiener Heimatsberechtigung vorläufig bis Ende 1917 erstreckt.

(P. Z. 11869, St. Str. B., 3943.) 1. Die Erneuerung des Geleises II im VII. Bezirke, Kaiserstraße zwischen Westbahnstraße und Stollgasse und des Doppelgeleises in der Kaiserstraße von der Stollgasse bis zu der Umkehrweiche nächst der Mariahilferstraße wird nach dem vorgelegten Projekt und Kostenvoranschlag mit dem aus dem Erneuerungsfonds zu bedeckenden Betrage von 83.000 K genehmigt.

2. Die Vergebung der Pflasterungs- und Oberbaulegungsarbeiten an die Firma Leopold Wolf & Komp., Wien, XVIII., Anastasius Grün-Gasse 16, auf Grund ihres Angebotes vom 4. Dezember 1916, wird genehmigt.

(P. Z. 11929, M. A. V, 3018.) Der Magistrat wird ermächtigt, zum Projekte des Landes-Ausschusses für eine Lokalbahn von Stammersdorf zur Stephaniebrücke im Sinne des Magistratsberichtes Stellung zu nehmen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Sebastian Grünbeck** wird beschlossen:

(P. Z. 11662, M. A. VIII, 678.) Das Ansuchen des Österreichischen Damen-Schwimmklubs „Wien" und der Damen-Sektion des Schwimmklubs „Austria" um Überlassung der Schwimmhalle des Kaiser Franz Josef-Bades wird in Anbetracht des Umstandes abgewiesen, daß möglicherweise in nächster Zeit sogar die schon bewilligten Schwimmabende eingeschränkt werden müssen.

(P. Z. 11796, M. A. XI, 61072.) Den Armenräten des XVII. Bezirkes Alois Kastenhofer, Josef Redl, Hermann Sturm, Franz Radek, Hans Püchel, Anton Lohse, Franz Horak, Benno Gleich und Dr. Gustav Gabriel wird für die mehr als zehnjährige Ausübung des Mandates das Diplom verliehen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Heindl** wird beschlossen:

(P. Z. 11799, M. A. XIII, 7531.) Nachbenannten Personen werden aus der Menschenfreundstiftung Beträge verliehen, und zwar:

Dem Karl Komarony 200 K;

dem Johann Barteld, Karl Pekny und Johann Pescha je 100 K;

der Aloisia Groß, Anna Schneider, Theresia Scherer, dem Franz Fraßl und der Marie Roßkopf je 50 K.

(P. Z. 11822, M. B. A. I, 27004.) Die Platzzinsgebühr per 230 K pro 1. Mai 1915 bis 1. Mai 1916 nach dem ver-

storbenen Gastwirt Benyö, I., Getreidemarkt 20, wird abgeschrieben.

(P. Z. 11767, M. A. II, 3419 u. folg.) **St.-R. Wessely** beantragt, folgende Ansuchen von Vereinen und Korporationen um unentgeltiche Überlassung von Koks pro 1916 zu bewilligen:

Zentral-Krippen-Verein I., Seilerstätte 10, 150 q.

„Viribus unitis", Hilfsverein für Lungenkranke, I., Walfischgasse 8, 50 q.

Katholischer Waisen-Hilfsverein, I., Wollzeile 20, 50 q.

Zentral-Verband „Maria-Josephinum, I., Schulerstraße 18, 50 q.

Katholischer Schulverein für Österreich in Wien, I., Stephansplatz 6, 50 q.

Leopoldstädter Kinderspital-Verein, II., Obere Augartenstraße 26/28, 150 q.

Kaiserin Elisabeth-Lehrmädchen- und Arbeiterinnenheim, II., Leopoldsgasse 15, 50 q.

Kongregation der Schulschwestern vom III. Orden, II., Obere Augartenstraße 34, 30 q.

Kleinkinderbewahranstalt-Verein, II., Mendelssohngasse 11, 40 q.

St. Vinzenz-Konferenz „St. Peter und Paul in Erdberg", III., Sophienbrückengasse 35, 30 q.

Gesellschaft der Töchter der göttlichen Liebe, III., Jacquingasse 12/14, 50 q.

Marienanstalt, III., Fasangasse 4, 60 q.

St.-R. Dr. Haas beantragt 100 q.

Kaiserin Elisabeth-Mädchenheim, III., Jacquingasse 53, 150 q.

Verein zur Errichtung und Erhaltung einer Kinderbewahranstalt unter den Weißgärbern, III., Untere Weißgärberstraße 10, 50 q.

Kongregation der Dienerinnen des heiligsten Herzens Jesu, III., Keinergasse 37, 80 q.

Kongregation der Schulschwestern vom III. Orden für die Schule und Kinderbewahranstalt, III., Apostelgasse 7, 130 q.

Katholischer Arbeiterverein auf der Landstraße, III., Göllnergasse 8, 20 q.

Verein „Erdberger Knabenhort", III., Apostelgasse 9, 30 q.

„Johanneum", III., Erdbergstraße 43, 50 q.

Knabenheim „Salesianum", III., Hagenmüllergasse 43, 50 q.

Konvent St. Elisabeth, III., Hauptstraße 4, 100 q.

Kinderbewahranstalt „Wieden", IV., Schönburgstraße 17, 40 q.

Evangelischer Waisen-Versorgungsverein, V., Hamburgerstraße 3, 50 q.

Kongregation der Franziskanerinnen von der ewigen Anbetung, V., Gartengasse 4, 50 q.

Katholischec Frauen-Wohltätigkeitsverein „Wieden" (Mädchenhort), V., Castelligasse 16, 20 q.

Blinden-Unterstützungsverein „Die Purkersdorfer", V., Nikolsdorfergasse 42, 20 q.

Gesellschaft zur Gründung und Erhaltung eines österreichischen Schulmuseums in Wien, VI., Haydngasse 19, 30 q.

Institut der Barmherzigen Schwestern, VI., Gfrornergasse 12, 50 q.

Verein zur Förderung der Handels- und Fortbildungsschulen in Wien, VI., Kenyongasse 22, 30 q.

Kongregation der Töchter des göttlichen Heilandes in Wien, VII., Kaiserstraße 25, 100 q.

St. Marien-Knaben-Asyl, VII., Bernardgasse 27, 50 q.

St. Antonius-Verein der Pfarre Altlerchenfeld, VII., Neustiftgasse 111, 30 q.

„Kinderschutzstationen", charitativer Verein für arme Kinder, VIII., Schmidgasse 18, 600 q.

Konferenz zum heil. Franziskus Seraphikus des Vereines vom heil. Vinzenz von Paul für freiwillige Armenpflege, VIII., Uhlplatz 3, 15 q.

Knabenbeschäftigungs- und Verpflegsanstalt „Breitenfeld", VIII., Uhlplatz 3, 80 q.

Mädchenbeschäftigungs- und Verpflegsanstalt „Breitenfeld", VIII., Uhlplatz 3, 20 q.

Verein „Heim für obdachlose Familien", VIII., Wickenburggasse 21, je 200 q.

Roßauer Kinderbewahranstalt, IX., Seegasse 30, 40 q.

Verein der katholischen Arbeiterinnen, IX., Pramergasse 9, 80 q.

Partikularverein „Lichtenthal", IX., Augasse 3, 50 q.

St.-R. Hermann beantragt 80 q.

Asylverein der Wiener Universität, IX., Porzellangasse 30, 50 q.

Wohltätigkeitsverein „Mater admirabilis", X., Buchengasse 108, 80 q.

Verein zur Errichtung von Heimstätten für dienst- und arbeitssuchende Frauen und Mädchen, X., Senefeldergasse 8, 30 q.

Kongregation der Schwestern vom heil. Kreuze, X., Quellenstraße 110, 50 p.

Kongregation der Töchter des göttlichen Heilandes, X., Waldgasse 25, 30 q.

Kongregation der Schwestern von der schwerzhaften Mutter, XI., Simmeringer Hauptstraße 175, 100 q.

St. Josefsheim, XI., Dreherstraße 66, 40 q.

Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom Vinzenz von Paul für das Marianeum, XII., Hetzendorferstraße 117, 40 q.

Kongregation der Pflegeschwestern der Privatkrankenpflege „Ambulanz", XIII., Breitenseerstraße 35, 20 q.

Rekonvaleszentenheim für arme Frauen, XIII., Rosentalgasse 11, 20 q.

Verein der Kinderfreunde in Breitensee, XIII., Hägelingasse 11, 80 q.

Kleinkinderbewahranstalt „Penzing", XIII., Cumberlandstraße 15, 50 q.

Wiener Schutzverein zur Rettung verwahrloster Kinder, XIII., Wattmanngasse 3, 50 q.

Lehr- und Erziehungsanstalt St. Josefinum des christlichen Wiener Frauenbundes, XIII., Breitenseerstraße 31, 40 q.

Kinderwartanstalt, XIV., Herklotzgasse 35, 30 q.

Kleinkinderwartanstalt, XV., Gebrüder Lang-Gasse 3, 50 q

Knaben-Asylverein St. Josef Vincentinum, XV., Gebrüder Lang-Gasse 3, 30 q.

Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom heil. Vinzenz von Paul, XV., Pouthongasse 18/20, 100 q.

Kongregation der armen Schulschwestern von unserer lieben Frau, XV., Klementinengasse 25, 40 q.

Verein zur Erhaltung des Maria Josephinums, XVI., Hyrtlgasse 28, 50 q.

Kinderbewahr- und Knaben-Beschäftigungsanstalt, XVI., Seitenberggasse 2, 100 q.

Knaben-Beschäftigungsanstalt des St. Severinus-Vereines (Abteilung Neulerchenfeld), XVI., Menzelgasse 21, 50 q.

Kleinkinderbewahranstalt „Neulerchenfeld", XVI., Grundsteingasse 37, 50 q.

Katholischer Jünglingsverein „St. Aloisius", XVI., Haberlgasse 44, 10 q.

Privat-Mädchen-Volksschule der Barmherzigen Schwestern vom heil. Vinzenz von Paul, XVIII., Antonigasse 72, 60 q.

Gesellschaft der Töchter der göttlichen Liebe, XVIII., Lacknergasse 87, 30 q.

St. Vinzenz-Konferenz „St. Paulus" in Döbling, XIX, Vormosergasse 7, 100 q.

St. Vinzenz-Konferenz „St. Michael", Pfarre Heiligenstadt, 60 q.

Verein zur Erhaltung des Maria Josephinums in Wien, XXI., Floridsdorf, 30 q.

St. Annen-Kinderheim, XXI., Kagran, 30 q.

Carmelitinnen vom göttlichen Herzen Jesu, XXI, Leopoldauerstraße 123, 30 q.

Baracke in der Weißau bei Kaisermühlen, 50 q.

Referenten-Anträge sowie die Anträge Dr. Haas und Hermann werden angenommen. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11892, M. A. XV, 2393.) Die in der vorgelegten Tabelle verzeichneten Beträge im Gesamtbetrage von 5995 K werden als Weihnachtsgaben für das Personale des Wiener Rathauskellers pro 1916 genehmigt.

(P. Z. 11865, M. A. XV, 3890.) Die Verlegung der fachlichen Fortbildungsschule des Gremiums der Lithographen, Stein-, Licht-, Kupfer- und Zinkdrucker, sowie Chemigraphen und verwandter Gewerbe in Wien in das Gebäude der Knaben-Volksschule VI., Sonnenuhrgasse 3 wird gegen jederzeit möglichen Widerruf, längstens jedoch auf die Dauer der durch den Krieg verursachten außerordentlichen Verhältnisse genehmigt.

Zu diesem Zwecke werden die Lehrzimmer top. Nr. 17, 18 und 20 am Montag, Dienstag und Donnerstag in der Zeit von 5 bis 8 Uhr nachmittags und am Samstag in der Zeit von 6 bis 8 Uhr nachmittags jede Woche unter den üblichen Bedingungen und gegen die Bezahlung eines jährlichen Beleuchtungspauschales von 140 K und eines jährlichen Beheizungspauschales von 40 K zur unentgeltlichen Mitbenützung überlassen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Angermayer** wird beschlossen:

(P. Z. 11408, M. A. XXII, 1607.) Dem städtischen Architekten Gustav Schwager, der sich in ganz besonderer Weise bei Durchführung der Restaurierungsarbeiten in der städtischen Patronatskirche St. Josef zu Margareten verdient gemacht hat, wird eine Remuneration im Betrage von 500 K zuerkannt.

(P. Z. 11924, M. A. VI, 3127.) Der Entwurf für die Umpflasterung der Arbeitergasse von der Reinprechtsdorferstraße bis zur Spengergasse und des Bacherplatzes im Zuge der Arbeitergasse im V. Bezirke wird mit einem bedeckten Kostenerfordernisse von 67.100 K genehmigt.

Die Erd- und Pflasterungsarbeiten werden gegen eine Aufzahlung von 75 Prozent, das Steinfuhrwerk gegen eine solche von 50 Prozent und die Asphaltiererarbeiten gegen eine solche von 170 Prozent der Bauunternehmung Leopold Wolf & Komp., XVIII., Anastasius Grün-Gasse 6, übertragen. An dieselbe Firma werden auch die auf Rechnung der städtischen Straßenbahnen auszuführenden Arbeiten in der Gleiszone vergeben, und zwar die Erd- und Pflasterungsarbeiten gegen eine Aufzahlung von 100 Prozent, das Steinfuhrwerk gegen eine solche von 180 Prozent und die Asphaltiererarbeiten gegen eine Aufzahlung von 170 Prozent. Die Arbeiten sind ehebaldigst zur Ausführung zu bringen.

Der Magistrat wird beauftragt, zu achten, daß in Hinkunft bei derartigen Vorlagen, welche auf Grund von Vorschlägen verschiedener Ämter (Straßenbahn und Bauamt) erfolgen, gleiche Grundpreise in Rechnung gestellt werden, so daß dann auch die verschiedenen Zuschläge in gleicher Höhe beantragt werden können.

(P. Z. 11964, M. A. XXII, 2452.) Dem Gem.-Rat Wilhelm Aichhorn wird in Anerkennung seiner außerordentlichen verdienstvollen Tätigkeit auf verschiedenen Gebieten der Gemeindeverwaltung das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen verliehen.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hoß** wird beschlossen:

(P. Z. 11900, M. A. II, 3522.) Dem Vereine „Kinderschutzstationen" wird eine Weihnachts-Subvention von 2000 K zur Beteilung der Anstaltskinder bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11902, M. A. II, 7108.) Das Sterbequartal, beziehungsweise Zinsquartal nach dem Ratsdiener Moritz Tremel wird dessen Bruder Rudolf Tremel, VI., Liniengasse 6, zuerkannt.

Im Sinne des Magistrats-Antrages werden folgende Gnadengaben bewilligt:

(P. Z. 11897, M. A. II, 9054.) Dem ehemaligen Kanzlisten Wilhelm Ott 600 K;

(P. Z. 11854, M. A. II, 6932) der Maschinistensgehilfenswitwe Anastasia Rötzer 300 K;

(P. Z. 11853, M. A. II, 7519) der Straßenarbeiterswitwe Anna Diewald 300 K;

(P. Z. 11774, M. A. II, 4544) der Wasserleitungs-Aufseherswitwe Marie Haidvogl 240 K;

(P. Z. 11773, M. A. II, 6126) der Straßen-Aufseherswitwe Marie Steingatterer 300 K;

(P. Z. 11855, M. A. II, 6913) der ehemaligen Reinigungsarbeiterin Franziska Punzmann wird die Gnadengabe auf 500 K jährlich erhöht;

(P. Z. 11856, M. A. II, 4349) der Wasserleitungs-Aufseherswitwe Viktoria Müller wird die Gnadengabe auf jährlich 520 K erhöht. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11907, M. A. XIX, 1021.) Der Marktdiener II. Bezugsklasse Johann Völkl wird zum provisorischen Bezirkswahlkatasterbeamten II. Bezugsklasse ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11906, M. A. XIX, 1351.) Der Steueramts-Adjunkt Anton Kantek wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Steueramts-Kontrollor in der VIII. Rangsklasse mit dem Range vom 5. November 1916 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11664, M. A. XVIII, 4989.) Den städtischen Krankenrevisoren werden für außerordentliche Mehrleistungen die im Magistratsberichte vorgeschlagenen Remunerationen im Gesamtbetrage von 680 K bewilligt.

(P. Z. 11839, St. G. W., 2647.) Der Helene Nowotny wird der Krankheits- und Leichenkostenbeitrag von 158 K 90 h nach dem Laternenwärter Johann Schuller zuerkannt.

(P. Z. 11762/12/XII, M. D., 9006.) Der städtische Ober-Ingenieur Ludwig Rott wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Bau-Inspektor in der VII. Rangsklasse mit dem Range vom 29. November 1916 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11761, M. D., 9248.) Der städtische Kanzlei-Offizial Robert Wallauschek wird im Wege der Zeitbeförderung zum städtischen Kanzlei-Ober-Offizial in der IX. Rangsklasse mit dem Range vom 29. November 1916 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Gemäß dem Magistrats-Antrage werden nachfolgende Witwenpensionen zuerkannt:

(P. Z. 11899, M. A. II, 8874) Der Ekutionsamts-Offizialswitwe Marie Mager 4900 K jährlich;

(P. Z. 11776, M. A. II, 8227) der Wasserleitungsminieurswitwe Antonia Frohner 730 K jährlich;

(P. Z. 11775, M. A. II, 8804) der Straßenarbeiterswitwe Marie Woprschal 389 K 33 h jährlich;

(P. Z. 11871, St. G. W., 3366) der Sanitätsdienerswitwe Susanne Weinert 599 K 64 h jährlich;

(P. Z. 11872, St. G. W., 3253) der Apparatenwärterswitwe Anna Krček 660 K 48 h jährlich;

(P. Z. 11873, St. G. W., 3236) der Laternenwärterswitwe Franziska Kopetzky 406 K 66 h jährlich;

(11858, M. A. II, 8484) der Hauptkassen-Kontrollorswitwe Anna Eggenthaler 1960 K jährlich sowie ein Erziehungsbeitrag von 392 K für das Kind Johann;

(P. Z. 11859, M. A. II, 8435) der Ober-Bauratswitwe Stephanie Kinzer 4000 K jährlich sowie ein Erziehungsbeitrag von 800 K für das Kind Roderich;

(P. Z. 11777, M. A. II, 8732) der Friedhofs-Ober-Offizialswitwe Auguste Schneider 1826 K 66 h jährlich sowie ein Erziehungsbeitrag von je 365 K 33 h jährlich für die beiden Kinder.

(P. Z. 11910, M. A. IV, 3387) Vom 17. Dezember 1916 an sind die Gebühren für die Beistellung der Feuerwache, deren Entrichtung zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 5. November 1914 und Gemeinderats-Beschlusses vom 22. Februar 1916, ZZ. 13411 und 14710, der k. k. Gesellschaft der Musikfreunde ohne Einschränkung und der Wiener Konzerthaus-Gesellschaft für die populären Orchester-Konzerte bis auf Widerruf erlassen wurde, von den genannten Gesellschaften wieder in der früher vorgeschriebenen Höhe zu entrichten.

(P. Z. 11766, M. A. II, 1925.) Dem Österreichischen Arbeitgeber-Hauptverband wird pro 1916 zur Förderung der Arbeitsvermittlung eine Subvention von 500 K bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11763, M. A. II, 3474 u. folg.) Es werden folgende Subventionen für Tierschutzvereine, den Reichsverein für Bienenzucht, die k. k. österreichische Fischerei-Gesellschaft, Wein- und Obstbauvereine, Geflügel- und Kaninchenzüchtervereine für das Jahr 1916 bewilligt:

Wiener Tierschutzverein, I., Schulhof 6, 2500 K.

Österreichischer Tierschutz- und Tierasylverein, I., Franziskanerplatz 5, 100 K.

Österreichischer Reichsverein für Bienenzucht (Zentral-Verein für Bienenzucht in Österreich), I., Helferstorferstraße 5, 500 K.

K. k. österreichische Fischerei-Gesellschaft, I., Schauflergasse 6, 300 K.

VII. Sektion für Kaninchenzucht der k. k. Landwirtschafts-Gesellschaft in Wien, I., Schauflergasse 6, 200 K.

Niederösterreichischer Landes-Geflügel- und Kaninchenzuchtverein, I., Franziskanerplatz 5, 50 K.

Wiener Geflügelzuchtverein, XV., Mariahilferstraße 156, 100 K.

Österreichischer Reichs-Weinbauverein, III., Fasangasse 48, 200 K.

Weinbauverein für den XVII. Bezirk, XVII., Neuwaldeggerstraße 4, 600 K.

Landwirtschaftliches Kasino für Neustift am Walde, Salmannsdorf und Pötzleinsdorf, XVIII., Hameaustraße 5, 500 K.

Landes-Obstbauverein für Niederösterreich, XXI., Wigandgasse 29, 100 K.

Weinbauverein Nußdorf, XIX., Kahlenbergerstraße 15, 400 K.

Weinbauverein Unter- und Ober-Sievering, XIX., Sieveringerstraße 110, 600 K.

Weinbauverein Grinzing, XIX., Mannagettagsse 1, 800 K.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11818, M. A. XV, 6975.) In Angelegenheit der vom Fortbildungsschulrate Wien geplanten Änderung des Pensionsstatutes für die definitiv angestellten Beamten und Diener des Wiener Fortbildungsschulrates und für ihre Hinterbliebenen wird die vom Magistrate vorgeschlagene Zuschrift an den k. k. n.-ö. Landesschulrat gerichtet.

Gemäß dem Magistrats-Antrage werden nachstehende Straßenarbeiter in den bleibenden Ruhestand versetzt:

(P. Z. 11940, M. A. VI, 3065) Ferdinand Regelstein mit einem Ruhegehalt von jährlich 513 K 92 h;

(P. Z. 11939, M. A. VI, 338) Josef Prokop mit 1302 K 91 h jährlich;

(P. Z. 11838, M. A. VI, 2926) Josef Schneps mit 490 K 56 h jährlich;

(P. Z. 11936, M. A. VI, 2896) Friedrich Rabenlechner mit 467 K 20 h;

(P. Z. 11935, M. A. VI, 700) Georg Sammerhofer mit 467 K 20 h;

(P. Z. 11937, M. A. VI, 3062) Johann Ebner mit 560 K 64 h jährlich;

(P. Z. 11961, M. A. VI, 2616) Johann Zukrigel mit 2049 K 60 h. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11565, M. A. II, 2088.) Der deutschen Hauptstellenvermittlung Österreichs, VI., Matrosengasse 9, wird pro 1916 eine Subvention von 200 K bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11780, M. A. III a, 1417.) Zur Ausgabs-Rubrik XXXVIII 7 „Auslagen für Kriegerheimstätten" wird ein (erster) Zuschußkredit von 4800 K bewilligt.

(P. Z 11821, W. A., 3012.) Für die in dem vorgelegten Verzeichnisse angeführten Aufseher und Arbeiter der Lagerabteilungen 1 und 5 des städtischen Wirtschaftsamtes werden Weihnachtsgaben im Gesamtbetrage von 550 K bewilligt.

Im Sinne des Magistrats-Antrages werden nachstehende Abfertigungen bewilligt:

(P. Z. 11779, M. A. II, 8478.) Der Steinbrucharbeiterswitwe Klara Hofer 502 K;

(P. Z. 11778, M. A. II, 8479) der Steinbrucharbeiterswitwe Elisabeth Schauendegl 864 K;

(P. Z. 11898, M. A. II, 3941) der Straßenarbeiterswitwe Johanna Caspar 547 K 50 h.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11868, M. A. XXII, 2034) Die Aufnahme weiterer zehn Aushilfsdiener auf Kriegsdauer gegen Revers mit einem Taglohn von 3 K und einem Mietzinsbeitrag von monatlich 30 K wird genehmigt.

(P. Z. 11857, M. A. II, 7927.) Das Ansuchen des ehemaligen Straßenarbeiters Anton Dittrich um Erhöhung der bis Ende 1917 bewilligten Gnadengabe von jährlich 480 K wird im Sinne des Magistrats-Antrages abgewiesen.

(Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Rain** wird beschlossen:

(P. Z. 11920, M. A. XI a, 10379.) Der auf Grund des § 2, beziehungsweise § 3 der Heimatgesetznovelle von 133 in dem vorgelegten Verzeichnisse angeführten Personen aus den Bezirken I bis XXI erhobene Anspruch auf Aufnahme in den Wiener Heimatverband wird anerkannt.

(P. Z. 11919, M. A. XI a, 10380.) Dagegen wird der von 22 in dem vorgelegten Verzeichnisse angeführten Personen aus den Bezirken I bis XXI erhobene Anspruch auf Aufnahme in den Wiener Heimatverband abgewiesen.

Gegen Erlag der entsprechenden Taxe werden in den Heimatverband der Gemeinde Wien aufgenommen:

(P. Z. 11882, M. B. A. III, 26573) Der k. u. k. Marine-Generalkommissär i. P. Eduard Kuchinka;

(P. Z. 11918, M. A. XX, XI a, 10433) der k. u. k. Miliär-Ober-Intendant Karl Josef Schneider;

(P. Z. 11917, M. B. A., 19596) der Komptoir-Praktikant Hermann Drabek.

(P. Z. 11965, St. L. B., 212.) Der Verwaltungsbericht der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" wird zur Kenntnis genommen.

Die Bilanz der Bruttoreingewinne per 311.850 K 27 h wird genehmigt.

Der ausgewiesene Bruttoreingewinn per 311.850 K 27 h ist zu verwenden wie folgt:

a) Zur Tilgung des aus dem Investitions-Anlehen vom Jahre 1908 aufgewendeten Anlagekapitales	3.974 K 16 h
b) als Zuweisung an die Feuerversicherungsrücklage	20.000 „ — „
c) als Zuweisung an die Haftpflichtversicherungsrücklage	13.000 „ — „
d) als Zuweisung an die allgemeine Rücklage	15.000 „ — „
e) zur Remunerierung von Beamten	25.450 „ — „
f) als Abfuhr an die eigenen Gelder der Gemeinde Wien	234.426 „ 11 „
	311.850 K 27 h

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11934, St. Brauh., 1382/10.) Der Antrag der Direktion des Brauhauses der Stadt Wien auf Ankauf von 410 Zollzentner Saazer Hopfen nach den im Berichte enthaltenen Bedingungen und Preisansätzen wird genehmigt.

(P. Z. 11925, M. D., 9753.) Für die Angestellten des Brauhauses der Stadt Wien und der Ökonomie Wallhof, sowie den Gemeindesekretär Patek werden die in dem vorgelegten Verzeichnisse ausgewiesenen Neujahrsremunerationen von zusammen 23.. 30 K bewilligt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schmid** wird beschlossen:

(P. Z. 11909, St. E. W., 3458.) Den im Monatsgehalte, beziehungsweise im Monatslohne stehenden Beamten und Bediensteten der städtischen Elektrizitätswerke werden im Jahre 1916 Weihnachtsremunerationen im Gesamtbetrage von 141.347 K ausbezahlt.

(P. Z. 11571, M. A. IX, 6757.) Für den Neuen Naschmarkt ist ein Nachtwachdienst einzurichten, der durch zwei Angestellte der städtischen Feuerwehr oder durch zwei geeignete Amtsdiener, die für Nacht und Kopf mit 6 K entlohnt werden, zu besorgen ist.

(P. Z. 11470, St. E. W., 3332.) Im Wege der Zeitbeförderung werden 1. der technische Beamte IV. Klasse Friedrich Sturm zum technischen Beamten III. Klasse, 3 Gehaltsstufe, mit dem Range vom 1. November 1916;

2. die Buchhaltungsbeamten IV. Klasse Leopold Schlarbaum und Karl Hofhans zu Buchhaltungsbeamten III. Klasse, und zwar Leopold Schlarbaum mit dem Range vom 1. August 1916 und Karl Hofhans mit dem Range vom 1. November 1916;

3. der Kanzleibeamte IV. Klasse Siegfried Blach zum Kanzleibeamten III. Klasse, 3. Gehaltsstufe, mit dem Range vom 1. Juli 1916;

4. der kaufmännische Praktikant Johann Holzinger zum Rechnungsbeamten IV. Klasse, 3. Gehaltsstufe, mit dem Range vom 1. November 1916 und

5. der Inkassant II. Klasse August Wrabetz zum Inkassanten I. Klasse, 5. Gehaltsstufe, mit dem Range vom 1. Oktober 1916 befördert. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11656, M. A. III, 16486.) In Abänderung des Freihausübereinkommens wird die Gemeinde Wien die im Vertragsplane zu dem Protokolle vom 4. April 1913 mit F_1 und F_2 bezeichneten Grundflächen des Naschmarktes, die bis Ende Dezember 1916 vollständig zu räumen wären, der Union-Baugesellschaft zu dem vertragsmäßigen Termine nur so weit geräumt übergeben, daß das bestehende Pflaster, die zur Beleuchtung des Freihauses notwendigen Kabelleitungen und die zur öffentlichen Beleuchtung erforderlichen Kandelaber samt Zuleitung vorläufig unverändert belassen bleiben.

Diese Objekte (Pflaster, Kabelleitung, öffentliche Beleuchtung samt Zuleitung) wird die Gemeinde Wien erst über Aufforderung der Union-Baugesellschaft entfernen, wobei ihr zur Vornahme dieser Räumungsarbeiten eine Frist von 14 Tagen eingeräumt ist.

Die Union-Bau-Gesellschaft hat die Baublöcke B und D des Naschmarktes ausschließlich auf eigene Kosten einzuplanken und diese Einplankung bis zur Verbauung zu erhalten. Dagegen besorgt die Gemeinde Wien die Reinigung, Schneesäuberung und Beleuchtung der Grundflächen F_1 und F_2, bis zur Aufforderung der Union-Baugesellschaft, diese Flächen zu räumen, auf ihre Kosten.

Die Reinigung, Schneesäuberung und Bestreuung des Trottoirs längs des Freihauses hat jedoch die Union-Baugesellschaft auf ihre Kosten zu besorgen.

Durch diese Vereinbarung wird das im Protokolle vom 4. April 1913 und 18. Jänner 1916 niedergelegte Freihaus- und Naschmarktübereinkommen in seinen übrigen Bestimmungen nicht berührt.

Die Belassung der Trafikhütte auf dem Grunde der Friedrichstraße und deren weitere Vermietung an Magdalena Wank unter den noch näher festzusetzenden Bedingungen wird grundsätzlich gestattet.

(P. Z. 11891, M. A. XV, 11064.) Zur Mitbenützung eines Lehrzimmers der k. k. Staatsrealschule im IV. Bezirke durch den k. k. Turnlehrerbildungskurs wird namens der Gemeinde Wien als Eigentümerin die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 11867, M. A. XV, 9888.) Der Ortsgruppe IV des Verbandes katholischer erwerbstätiger junger Mädchen in Wien, wird der Turnsaal der Mädchen-Bürgeschule IV., Preßgasse 24, in Ergänzung des Stadrats-Beschlusses vom 7. Jänner 1916, P. Z. 78, auch an jedem Donnerstage in der Zeit von 1/4 9 bis 1/4 10 Uhr abends unter den üblichen Bedingungen und Bezahlung eines hiefür mit jährlich 5 K zu bemessenden Beleuchtungspauschales zur unentgeltlichen Mitbenützung gegen jederzeit möglichen Widerruf überlassen.

(P. Z. 11926, St. E. W., 3150.) Dem Kinde des vor dem Feinde gebliebenen Professionisten der städtischen Elektrizitätswerke Friedrich Pistor, namens Friedrich Mensik, wird eine Gnadengabe von 130 K zunächst auf die Dauer eines Jahres gegen dem bewilligt, daß die Pflegemutter als die Empfängerin des Bezuges die Freiwilligkeit der Zuwendung anerkennt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11467, St. E. W., 3284.) Den Hinterbliebenen des am 17. November 1916 verstorbenen Maschinisten I. Klasse der städtischen Elektrizitätswerke Alois Schmidinger, und zwar

1. der Witwe Hermine Schmidinger wird eine Witwenpension von jährlich 514 K 80 h mit der Wirksamkeit vom 18. November 1916,

2. ein Leichenkostenbeitrag von 526 K 50 h und

3. jedem der vier ehelichen Kinder namens Hermine, Stephanie, Alois und Franziska Schmidinger, ein Erziehungsbeitrag von jährlich 102 K 96 h, ebenfalls ab 18. November 1916, zuerkannt,

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11471, St. E. W., 3264.) Der Witwe des am 14. November 1916 verstorbenen Hilfsarbeiters der städtischen Elektrizitätswerke Gustav Gall, namens Marie Gall, wird

1. eine Witwenpension von jährlich 546 K mit der Rechtswirksamkeit vom 15. November 1916 und

2. ein Leichenkostenbeitrag von 409 K 50 h

zuerkannt. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11472, St. E. W., 2069.) Den Hinterbliebenen des am 9. Juli 1916 in Erfüllung seiner militärischen Dienstpflicht während dieser Dienstleistung verstorbenen Hilfsarbeiters der städtischen Elektrizitätswerke Karl Panek werden unter gnadenweiser Nachsicht der Unterbrechung seiner Dienstzeit von 2½ Monaten in Gemäßheit der Bestimmungen des Punktes 2 des Beschlusses vom 22. November 1914, P. Z. 15187, folgende Bezüge bewilligt:

1. der Witwe Marie Panek eine Witwenpension von jährlich 416 K mit der Rechtswirksamkeit vom 10. Juli 1916,

2. ein Leichenkostenbeitrag von 364 K und

3. jedem der beiden ehelichen Kinder Marie Stephanie und Johann Panek ein Erziehungsbeitrag von jährlich 83 K 20 h, ebenfalls ab 10. Juli 1916. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11475, St. E. W., 2247.) Der Witwe des verstorbenen Zählerablesers der städtischen Elektrizitätswerke Johann Kienberger, namens Julie Kienberger, und deren drei ehelichen Kindern Johann, Robert und Anton wird auch für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis 30. September 1917 unter den gleichen Bedingungen wie im Vorjahre eine Gnadengabe von 1000 K bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11474, St. E. W., 2869.) Dem Elektromonteur der städtischen Elektrizitätswerke Franz Steinschaden wird, vom Beginne der 21. Krankheitswoche angefangen, bis Ende Dezember 1916, beziehungsweise bis zum allfälligen früheren Dienstantritte gnadenweise der Fortbezug auch der zweiten Lohnhälfte bewilligt.

(P. Z. 11473, St. E. W., 3246.) Der Mutter des am 5. November 1916 verstorbenen Kanzleibeamten III. Klasse, 2. Gehaltsstufe der städtischen Elektrizitätswerke Franz Rockenbauer, namens Marie Rockenbauer, IV., Starhemberggasse 5 wohnhaft, wird ein einmaliger Leichenkostenbeitrag von 600 K bewilligt.

(P. Z. 11466, St. E. W., 3296.) Den Hinterbliebenen des am 2. Oktober 1916 in Erfüllung seiner militärischen Dienstpflicht während dieser Dienstleistung verstorbenen Akkumulatorenwärter II. Klasse der städtischen Elektrizitätswerke Leopold Stummer, und zwar

1. der Witwe Marie Stummer wird eine Witwenpension von jährlich 502 K 66 h mit der Rechtswirksamkeit vom 3. Oktober 1916,

2. ein Leichenkostenbeitrag von 377 K,

3. dem ehelichen minderjährigen Sohne namens Leopold Stummer ein Erziehungsbeitrag von jährlich 100 K 53 h, gleichfalls mit der Rechtswirksamkeit vom 3. Oktober 1916 zuerkannt und

4. von der Rückerstattung des in der Zeit vom 3. Oktober 1916 bis 16. November 1916 zuviel bezogenen Unterhaltsbeitrages in der Höhe des halben Lohnes von zusammen 93 K 22 h die gnadenweise Nachsicht gewährt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11893, St. E. W., 3384.) Der Witwe des am 24. November 1916 verstorbenen Buchhaltungsbeamten II. Klasse 1. Gehaltsstufe der städtischen Elektrizitätswerke Rudolf Pokorny, namens Friederike Pokorny, wird eine Witwenpension von jährlich 1960 K, den beiden minderjährigen Töchtern Elisabeth, geboren am 26. April 1907, und Hedwig, geboren am 26. Juli 1909, ein Erziehungsbeitrag von jährlich 392 K, sodann der Witwe ein einmaliger Leichenkostenbeitrag von 850 K, sämtliche Beträge mit Fälligkeit vom 1. Dezember 1916, und die Quote des Quartiergeldes für das Februarviertel 1917 im Betrage von 375 K bewilligt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 11894, St. E. W., 3335.) Der Witwe des am 2. März 1909 infolge eines Betriebsunfalles tödlich verunglückten Elektromonteurgehilfen der städtischen Elektrizitätswerke Franz Mitterecker, namens Elise Mitterecker, wird auch für die Zeit vom 1. Jänner 1917 bis 31. Dezember 1917 eine in Monatsraten zahlbare Gnadengabe von 200 K bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11834, St. E. W., 2332.) Der Stadtrat genehmigt die Ausstellung eines Reverses an die k. k. Staatsbahn-Direktion Wien durch die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke für die Benützung der Bahnparzelle 4962/5 Katastralgemeinde Leopoldstadt durch Unterfahrung der Donauuferbahn bei km 3·4 mit zwei Drehstromkabeln zwecks Herstellung von zwei Kabelanschlüssen für das Wasserdruckwerk der k. k. Staatsbahn-Direktion Wien am Handelskai nach vorgelegtem Muster.

(11870, St. E. W., 3423.) Der Stadtrat genehmigt, daß der Firma Karl Schenk in Darmstadt die Erweiterung der Kohlenförderanlage im Kraftwerke Ebenfurth, bestehend aus einem Pfannentransporteur, einer Speisevorrichtung einem Bunker samt Schieberverschluß und Unterstützungsgerüst, einem Schüttelsieb mit allem Zubehör, einem Vorgelege mit den erforderlichen Ringschmierlagern und einem Becherwerk mit 25½ m Achsenabstand samt Spannstation zum Pauschalbetrage von 39.500 Mk. ab Werk Darmstadt, ohne Montage übertragen und die Montage der Firma Karl Schenk in der Weise durchgeführt wird, daß dieser Firma für die Beistellung eines Richtmeisters zur Aufstellung und Inbetriebsetzung der Anlage außer den Fahrkosten für jede Stunde der Abwesenheit dieses Richtmeisters von der Fabrik 3 Mk. 25 Pfg., für jede Überstunde 4 Mk. 25 Pfg. und für jeden Sonntag 10 Mk. 50 Pfg. vergütet werden, die Beistellung der erforderlichen Hilfsarbeiter aber seitens der Elektrizitätswerke erfolgt.

Für die vorstehenden Arbeiten haben dieselben Bedingungen zu gelten, zu welchen die Lieferung des ersten Ausbaues der Kohlenförderanlage in Ebenfurth vergeben wurde, jedoch mit der Abänderung, daß die Zahlungsbedingungen wie folgt festgesetzt werden: Ein Drittel des Kaufschillings bei Bestellung, ein Drittel bei Ablieferung und ein Drittel bei Inbetriebsetzung der Anlage.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 11468, St. E. W., 3328.) Für das 5000 Volt-Drehstromnetz der städtischen Elektrizitätswerke werden bei den Österreichischen Siemens-Schuckert-Werken 14 Stück Drehstromtransformatoren für 5000/220 Volt Spannung zum Gesamtbetrage von 68.992 K bestellt, wobei den Österreichischen Siemens-Schuckert-Werken 4362 kg Altkupfer kostenlos beizustellen sind.

(P. Z. 11469, St. E. W., 3349.) Der Stadtrat wird der Firma Reimer & Seidel, Wien, XVIII., Rieglergasse 4, die Lieferung von 400 Stück Gleichstromzählern zum Preise von 1000 K per Stück übertragen.

(P. Z. 11908, St. E. W., 3412.) Von den im Braunkohlenbergwerke Zillingdorf frei gewordenen Drehstromgeneratoren für eine Dauerleistung von je 180 KVA wird je einer an die Firma Josef Bruckner & Söhne in Wien und an die Firma Österreichische Siemens-Schuckert-Werke in Wien zum Preise von 10.000 K netto verpackt ab Ladestelle Zillingdorf gegen Barzahlung verkauft.

(P. Z. 11465, St. E. W., 3306.) Die Anschaffung einer feuerlosen Lokomotive für das normalspurige Geleise auf dem Werksplatze in Ebenfurth wird genehmigt und die Lieferung derselben der Lokomotivfabrik Kraus & Komp. A.-G. in München unter Annahme ihres Angebotes vom 22. November 1916 zum Preise von 30.600 K loko Ladestelle Zillingdorf übertragen.

(An den Gemeinderat.)

(Vize-Bürgermeister Hoß übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St. R. Wippel** wird beschlossen:

(P. Z. 11504, M. A. XIV, 1526.) In teilweiser Abänderung des genehmigten Regulierungsplanes für den zwischen Laxenburgerstraße, Troststraße, Wirergasse und verlängerten Hebbelgasse gelegenen Gebietsteil des X. Bezirkes werden die im Plane I des Stadtbauamtes, Z. 269/XIII/16 rot schraffierten, mit den Buchstaben a b c d e f g i und k l bezeichneten Baulinien neu bestimmt und die in diesem Plane gelb gezogenen Baulinien aufgelassen, sowie die Höhenlage der Straßen und Plätze nach den im Plane I rot geschriebenen und unterstrichenen Maßzahlen abgeändert.

An die Rechtsgültigkeit dieser Baulinienabänderung wird geknüpft, daß zwischen der Gemeinde und der gesuchstellenden Firma folgendes Übereinkommen abgeschlossen und bücherlich durchgeführt werde:

1. Die Gemeinde stimmt zu, daß der im Plane 2 des Stadtbauamtes, Z. 269/XIII/16, rot schraffierte und mit den Buch-

staben a a_1 e_1 e a umschriebene Teil der Kat.-Parz. 849/16 Grundbuch X. Bezirk, Katastralgemeinde Inzersdorf-Stadt im Ausmaße von ungefähr 1551 m² aus dem Verzeichnisse über das öffentliche Gut ausgeschieden und dem Gutsbestande der im Eigentum der Firma Wiener Karosseriefabrik W. Gutmann befindlichen Liegenschaft Einl.-Z. 187 Grundbuch X Bezirk, Katastralgemeinde Inzersdorf-Stadt, zugeschrieben wird.

2. Die Gemeinde bewilligt die Löschung auf der Liegenschaft Einl.-Z. 191 Grundbuch X, Katastralgemeinde Inzersdorf-Stadt, zu ihren Gunsten einverleibten Verbindlichkeiten.

3. Die Gemeinde enthebt die Firma von der ihr zufolge der neuen Baulinienbestimmung erwachsenden Verpflichtung, den im bauämtlichen Plane 2 braun angelegten Teil der Kat.-Parz. 847/49 im Ausmaße von ungefähr 195 m² zu erwerben und der Gemeinde unentgeltlich in das öffentliche Gut zu übertragen.

4. Die Firma vereinigt den ihr von der Gemeinde Wien überlassenen, im bauämtlichen Plane 2 rot schraffierten Teil der Kat.-Parz. 840/16 und den innerhalb der neubestimmten Baulinien gelegenen Teil der bereits in ihrem Eigentum befindlichen, in der Grundbuchs-Einl.-Z. 191, Grundbuch X. Bezirk, Katastralgemeinde Inzersdorf-Stadt inneliegenden Teil der Kat.-Parz. 847/66, mit ihrer Liegenschaft Einl.-Z. 187 (X. Bezirk, Katastralgemeinde Inzersdorf-Stadt) und verwendet diese Grundflächen ausschließlich zur Erweiterung ihrer bereits bestehenden Fabrik.

5. Die Firma schreibt die im bauämtlichen Plane gelb und braun schraffierten Grundteile der in der Einl.-Z. 191 inneliegenden Parz. 847/66 im Ausmaße von ungefähr 4137 m² und 2279 m² vom Gutsbestande dieser Einlage ab, überträgt sie in das Verzeichnis über das öffentliche Gut und übergibt sie auf Verlangen der Gemeinde Wien in der richtigen Höhenlage in den tatsächlichen Besitz.

6. Die Firma bewilligt die lastenfreie Eintragung des Eigentumsrechtes der Gemeinde Wien auf die ihr gehörigen Liegenschaften Einl.-Z. 189 und 192 Grundbuch X. Bezirk, Katastral-Gemeinde Inzersdorf-Stadt und übergibt die in diesen Einlags-Zahlen inneliegenden Katastral-Parzellen 847/60 und 847/67 im Ausmaße von 447·36 m² und 645·62 m² der Gemeinde in den tatsächlichen Besitz.

7. Die Firma erwirkt unverzüglich die politische Genehmigung der zur Durchführung der vorstehenden Grundzu- und Abschreibungen nötigen Umparzellierung der Liegenschaft Einl.-Z. 187 und 191 und deren grundbücherliche Durchführung. Hiebei sind auf die im Eigentum der Firma verbleibende Liegenschaft Einl.-Z. 187 Grundbuch X. Bezirk, Katastra-Gemeinde Inzersdorf-Stadt zugunsten der Gemeinde Wien die Verpflichtungen einzuverleiben,

a) daß die zu dieser Liegenschaft zugeschriebenen Grundteile nur zur Vergrößerung der Fabrik verwendet werden dürfen, und

b) daß die zu Straßen und Plätzen abgeschriebenen Grundflächen der Gemeinde Wien über ihr jeweiliges Verlangen in der richtigen Höhenlage, unentgeltlich in den tatsächlichen Besitz zu übergeben sind

8. Gleichzeitig mit der grundbücherlichen Durchführung der Parzellierung hat auch die grundbücherliche Übertragung der Liegenschaften Einl.-Z 189 und 192 Grundbuch X. Bezirk, Katastral-Gemeinde Inzersdorf-Stadt an die Gemeinde Wien zu erfolgen.

9. Die Firma hält die Gemeinde Wien gegen allfällige aus der Abänderung der Baulinien oder der Einbeziehung der rot schraffierten Fläche in den Fabriksbaublock abgeleiteten Ansprüche klag- und schadlos und läßt zur Sicherung dieser Ansprüche auf der ihr gehörigen Liegenschaft Einl.-Z. 187 Grundbuch X. Bezirk Katastral-Gemeinde Inzersdorf-Stadt zugunsten der Gemeinde eine Kautionshypothek in der Höhe von 42.000 K an erster Stelle einverleiben.

10. Die Firma leistet an die Gemeinde Wien eine Aufzahlung von 45.000 K, die binnen acht Tagen nach Abschluß des Übereinkommens an die städtische Hauptkassa abzuführen ist.

11. Sämtliche Kosten der Vertragsanfertigung, der Parzellierung und der grundbücherlichen Durchführung sowie sämtliche Gebühren hat die Firma zu tragen. (An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Zatzka** wird beschlossen:

(P. Z. 9347, M. A. VIII, 522.) In der Angelegenheit der Nachtragsforderung der Baumeister Franz Simlinger's Söhne für den Bau des Kaiser Franz Josef-Bades im XVII. Bezirke wird ein Verhandlungs-Komitee zur Überprüfung der Forderungen eingesetzt.

(Schluß der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Städtische Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide ꝛc.

Im Sinne des Stadtrats-Beschlusses vom 14. Dezember 1916, P. Z. 11450, gelangt im Nachstehenden der Jahresbericht der städtischen Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide ꝛc. vom 25. Oktober 1916, Z. 3334, im Auszuge zur Veröffentlichung:

Am 26. Oktober 1915 hat die städtische Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide und deren Angehörige, sowie für die Hinterbliebenen von verstorbenen Kriegern ihre Tätigkeit begonnen. Als Aufgabe dieser Stelle bezeichnet der Stadtrats-Beschluß vom 7. Oktober 1915, P. Z. 10702, die angeführten Personen über die ihnen nach den einschlägigen Bestimmungen zukommenden Versorgungsgenüsse und anderweitigen staatlichen Zuwendungen zu beraten, ihnen bei Erlangung derselben hilfreich zur Seite zu stehen, sie über die sonstigen in Betracht kommenden Fürsorgeeinrichtungen aufzuklären und ihnen die Wege zur Erreichung derselben zu weisen. Ihr obliegt ferner über die hiebei gemachten Wahrnehmungen hinsichtlich allfälliger Mängel und Lücken der diesbezüglichen Bestimungen an den Magistrat zu berichten und Vorschläge zur Beseitigung derselben zu erstatten. Nach Punkt 3 des zitierten Stadtrats-Beschlusses hat sich die Tätigkeit dieser Stelle in der Regel auf die in Niederösterreich heimatberechtigten oder solche Personen zu erstrecken, welche vor Kriegsausbruch mindestens sechs Monate in einer Gemeinde Niederösterreich ihren ordentlichen Wohnsitz hatten.

Während des nun abgelaufenen ersten Jahres ihres Bestandes wurde die Beratungsstelle von 5781 Personen aufgesucht. In 2869 Fällen erfolgte die Intervention durch mündliche Auskunftserteilung, während in 2912 Fällen sich ein schriftliches Einschreiten zugunsten der Partei als nötig erwies.

Die Beratungsstelle hat ferner die Aufgabe, als Prüfungsstelle zu fungieren für alle jene Fälle, in denen Kriegsinvalide bei den Armeninstituten oder beim Magistrate mit der Bitte um eine Unterstützung vorsprechen. Alle diese Personen sind einer Verfügung der Magistrats-Abteilung XI zufolge, ehe noch ihnen eine Unterstützung gewährt wird, an die Beratungsstelle zu weisen, damit diese in die Lage kommt, zu untersuchen, ob nicht ein Rechtsanspruch gegen den Staat besteht, in welchem Falle sie dann sofort für die Partei diesen geltend macht. Es wird so den genannten Personen zu ihrem Rechte verholfen, anderseits verhütet, daß die Gemeindemittel in Anspruch genommen werden, wo noch ein liquider Anspruch gegen den Staat besteht.

Die Nummern des geführten Protokolles betrugen im Jahre 1915: 463, im Jahre 1916: 3350, demnach in Summe: 3813. Die höchste Frequenzziffer an einem Tage war 60 Parteien.

Da sich die Auskunfts- und Fürsorgetätigkeit der Beratungsstelle nicht allein auf Angelegenheiten erstreckte, die in den Agendenkreis der politischen Behörden fallen, sondern auch auf solche der Militärbehörden, so ergibt sich sehr häufig die Veranlassung sich an diese zu wenden, welche jederzeit das größte Entgegenkommen bekunden. Mit Militär-Kommando-Befehl vom 5. Nomber 1915, Nr. 189, wurde allen militärischen Behörden, Ersatzkörpern und Anstalten zur Pflicht gemacht, die Beratungs- und Fürsorgestelle auf das wirksamste zu unterstützen, ferner hat das k. u. k. Kriegsministerium mit Erlaß vom 10. Juni 1916, Abteilung IX, Nr. 48321, in Angelegenheit der nachträglichen Versorgung der Mannschaft, wo der Leiter der Beratungsstelle persönlich vorsprach, die Militär-Kommanden beauftragt, Versorgungsgesuche von Mannschaftspersonen, die ohne Militärversorgung entlassen wurden, im Sinne des Erlasses Abteilung IX, Nr. 50456/15, vom 21. Februar 1916, unbedingt in Verhandlung zu nehmen, ohne Rücksicht darauf, woher diese Gesuche den Militär-Kommandos zukommen (von Einzelpersonen, von Fürsorge- oder Beratungsstellen ꝛc.). Die Versorgungsgebühren sind beim Zutreffen der in dem genannten Erlasse erwähnten Voraussetzungen nachträglich, vom 1. des auf den seinerzeitigen Beschluß folgenden Monates an, zuzuerkennen. Hiedurch erscheint einem dringenden Petite der Beratungsstelle in dankenswertester Weise Rechnung getragen.

Aus den zahlreichen bei der Beratungsstelle anhängigen Einzelfällen vermochte diese die Reformbedürftigkeit mancher Gesetzesbestimmungen, sowie die wünschenswerte Milderung mancher Härte der Praxis zu erkennen und veranlaßte sie, teils Schritte der Gemeinde Wien in Anregung zu bringen, teils bei den bezüglichen Behörden selbst zu intervenieren. Gegenständlich sei hervorgehoben:

1. Hinweis auf die Unbilligkeit des Befundes „invalid, bürgerlich erwerbsfähig", im Falle der Verschlimmerung eines schon bereits vor der Einrückung vorhanden gewesenen Leidens.

2. Hinweis auf die Notwendigkeit, Weisungen zu erlassen bezüglich des Verfahrens bei Zuerkennung der Militärversorgung von Kriegsleistungsarbeitern.

3. Anregung bezüglich Veranlassung einer generellen Weisung, betreffend Fortzahlung des staatlichen Unterhaltsbeitrages bei Ableben oder Invalidität des Eingerückten, falls die betreffenden Angehörigen österreichischer Staatsbürgerschaft ihren Unterhaltsbeitrag von den ungarischen Staatsbehörden erhalten hatten.

4. Anregung, den Invaliden das Recht zum Bezuge von Arzneien aus den Militärmedikamentenanstalten zum Regiepreise zu erteilen.

5. Anregung bezüglich gleichmäßiger Regelung der Gebührenfrage im Falle der Beurlaubung bis zur Superarbitrierung.

6. Zubilligung des Mietzinsbeitrages an Hausbesorgerinnen.

7. Verleihung des staatlichen Unterhaltsbeitrages im Falle Nichteinklagbarkeit der Alimente infolge Einrückens des Alimentationspflichtigen.

8. Verleihung des staatlichen Unterhaltsbeitrages bei Vorhandensein eines kleinen Mündelvermögens.

In den meisten Fällen haben die unternommenen Schritte bereits günstige Ergebnisse gezeitigt. So insbesondere bezüglich Nr. 1 durch den Erlaß des k. u. k. Kriegsministeriums, Abteilung IX, Nr. 50456/15, vom 21. Februar 1916 und bezüglich Nr. 3 durch den Erlaß des k. k. Ministeriums für Landesverteidigung vom 1. September 1916, Abteilung XVII a, Nr. 1025/16.

Von allergrößter Bedeutung ist der erstzitierte Erlaß, welcher der Beratungsstelle erst die Möglichkeit bot, gerade den bedauernswertesten Parteien Hilfe bieten zu können.

Nur zu oft hatte sie den Jammer mitansehen müssen, der in eine Familie einzog, bei welcher der Ernährer superarbitriert worden war ohne Zuerkennung einer Invalidenpension, da sein Leiden nicht durch die aktive Dienstleistung hervorgerufen war. Die furchtbare Härte der früheren Praxis lag darin, daß der Mann, mag er auch den Keim seines späteren Leidens in sich gehabt haben, doch immerhin früher in der Lage war, für sich und die Seinen den nötigen Lebensunterhalt zu verdienen. Das Elend wurde noch vergrößert durch die gesetzlich begründete sofortige Einstellung des staatlichen Unterhaltsbeitrages. Um bereits begangene Härten soweit als möglich wieder gut zu machen, erbat sich die Beratungsstelle von der k. k. n.-ö. Statthalterei sämtliche Akten, betreffend die Einstellung aus obbezeichnetem Grunde; insgesamt 108 Stück. Vor allem leitete sie — wo nur irgend möglich — die Nachbehandlung des Superarbitrierten ein. Sie erstrebte hiedurch in erster Linie die möglichste Wiederherstellung der Gesundheit der Superarbitrierten, die sonst nur zu leicht einem lebenslangen Siechtum verfallen wären und erreichte anderseits die Möglichkeit infolge Einberufung des Superarbitierten zur Nachbehandlung dessen Angehörige wieder in den Genuß des Unterhaltsbeitrages zu setzen. Ein großer Teil der Betreffenden befindet sich heute noch in den Heilstätten und hatte die Beratungsstelle wiederholt Gelegenheit, sich von den vorzüglichen Heilerfolgen zu überzeugen.

Seit ihrem Bestande war die Beratungs- und Fürsorgestelle bestrebt, die Interessen der Angehörigen von eingerückten Bediensteten der Gemeinde Wien sowie ihrer Unternehmungen in Frage der Zuerkennung des staatlichen Unterhaltsbeitrages nachdrücklichst zu vertreten. Insbesondere durch persönliche Vorstellungen bei der k. k. n.-ö. Statthalterei gelang es, Schritt für Schritt Erfolge zu erreichen. So hatte die Statthalterei zuletzt schon zugestanden bei Fortbezug des halben Lohnes und ganzen Quartiergeldes des Eingerückten dessen sämtlichen Kindern den staatlichen Unterhaltsbeitrag im vollen gesetzlichen Ausmaße (1 K 32 h, beziehungsweise 99 h) zu gewähren, welcher Bezug bei kinderreichen Familien sogar die Höhe des Gesamteinkommens

des Eingerückten erreichen kann, so daß solche Familien gegenwärtig finanziell besser gestellt sind als vorher, da ja zu dem staatlichen Unterhaltsbeitrag noch der Bezug von Seite der Gemeinde Wien hinzutritt.

Ungünstiger gestellt waren bis jetzt nur noch kinderlose Frauen oder solche, die nur ein oder zwei Kinder haben. Den ersteren wurde bisher ein staatlicher Unterhaltsbeitrag überhaupt nicht zuerkannt, da ihr Bezug seitens der Gemeinde Wien den staatlichen Unterhaltsbeitrag regelmäßig überstieg und daher der Erlaß des k. k. Landesverteidigungsministeriums vom 11. Februar 1916, Nr. 478, hindernd im Wege stand. Bei Vorhandensein von nur ein oder zwei Kindern vermochte die Zuerkennung des staatlichen Unterhaltsbeitrages für diese die durch den Verlust der Nebenbezüge entstandene Einbuße am Gesamteinkommen der Familie nicht wettzumachen. Die günstige Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes veranlaßte die Beratungsstelle neuerdings Schritte in der eingangs bezeichneten Richtung zu unternehmen.

Wenn nun auch die k. k. n.-ö. Statthalterei erklärte, prinzipiell die Zuerkennung des staatlichen Unterhaltsbeitrages an die Gattinnen der Eingerückten nicht zugestehen zu können, so zeigte sie auch diesmal wieder insofern ein sehr weitgehendes Entgegenkommen, als sie die wohlwollendste Behandlung jedes einzelnen Falles zusagte und insbesondere betonte, wenn eine Frau mit geringerem Fortbezug seitens der Gemeinde Wien (zirka 60 K pro Monat) krankheitshalber verhindert sei, einem Erwerbe nachzugehen, den Unterhaltsbeitrag auch für sie zu bewilligen.

Nicht unerwähnt soll schließlich bleiben, daß die Beratungsstelle mit den Parteien zumeist sehr gute Erfahrungen gemacht hat. In der weitaus größten Mehrzahl der Fälle tragen sie ihr hartes Schicksal mit Gelassenheit oftmals mit bewundernswerter Geduld. Besonders erfreulich ist es, daß sich die Fälle mehren, in denen Parteien bei der Beratungsstelle vorsprechen oder sich brieflich an diese wenden, nicht um Wünsche zu äußern, sondern um für günstige Erledigungen Dank zu sagen.

Noch steht die Erfüllung einzelner von der Beratungsstelle gegebener Anregungen aus (Regelung des Verfahrens bei Zuerkennung der Versorgung an Kriegsleistungsarbeiter, Zubilligung des Mietzinsbeitrages an Hausbesorgerinnen ꝛc.). Außerdem rollt ja jeder Tag neue Probleme auf. Zieht man noch hiezu in Betracht die steigende Parteienfrequenz, so erhellt daraus, daß auch in Zukunft der Beratungsstelle noch viel zu leistende Arbeit harrt, die nach bestem Können zu bewältigen ihr stetes Bestreben sein wird.

Braunkohlenverkauf im November 1916.

Bericht des Maistrates vom 5. Dezember 1916, M. Abt. V, 2998 (P. Z. 11701):

Der Kohlenabsatz auf den städtischen Lagerplätzen litt sehr an dem Mangel an Zufuhr. Wiederholt mußte der Verkauf auf geringe Mengen eingeschränkt werden und der fuhrenweise Verkauf war fast gänzlich eingestellt.

Die nachfolgenden Tabellen über den Absatz geben daher, soweit der Verkauf mit dem Vormonat und dem Vorjahre verglichen ist, kein einwandfreies Bild, da derartige Verkaufsbeschränkungen, wie sie im laufenden Monate durchgeführt werden mußten, im Vorjahre überhaupt nicht vorkamen.

Verkauf im Kleinen:

Mengen in Zentnern

	1916		1915	
	November	Oktober	November	Oktober
Westbahnhof . .	20.286·56	16.742·06	17.712·42	15.427·81
Matzleinsdorf .	17.600·43	13.536·86	10.085·20	8.045·80
Engerthstraße .	4.919·06	2.290·57	4.862·07	3.565·55
Nordwestbahnhof	5.586·12	4.902·25	6.822·25	5.163·64
Ottakring . . .	10.172·93	4.270·66	—	—
Zusammen .	58.565·10	41.742·40	39.481·94	32.202·80

Verkauf in Fuhren:

Mengen in Zentnern

	1916		1915	
	November	Oktober	November	Oktober
Westbahnhof . .	11.942·30	12.911·95	4.086·80	3.107·20
Matzleinsdorf .	22.784·50	4.239·35	6.528·50	2.984·20
Engerthstraße .	2.696·60	1.417·59	721·10	622·30
Nordwestbahnhof	—	—	—	—
Ottakring . . .	2.992·40	1.523·10	—	—
Zusammen .	40.415·20	20.091·90	11.336·40	6.713·70

Verkauf von Grieß:

Mengen in Zentnern

	1916		1915	
	November	Oktober	November	Oktober
Westbahnhof . .	761·50	963·40	618·20	2.293·70
Matzleinsdorf . .	358·90	1.448·05	1.085·50	1.798·85
Engerthstraße . .	—	—	1.378·10	315·35
Nordwestbahnhof	287·85	52·—	203·65	302·70
Ottakring . . .	101·50	1.698·10	—	—
Zusammen .	1.509·75	4.161·55	3.285·45	4.710·60

Der Gesamtverkauf an Braunkohle betrug:

Mengen in Zentnern

	1916		1915	
	November	Oktober	November	Oktober
Westbahnhof . .	32.990·36	30.617·41	22.417·42	20.828·71
Matzleinsdorf .	40.743·83	19.224·26	17.699·20	12.828·85
Engerthstraße .	7.615·06	3.708·07	6.961·27	4.503·20
Nordwestbahnhof	5.873·97	4.954·25	7.025·90	5.466·34
Ottakring . .	15.266·83	7.491·81	—	—
Zusammen	100.490·05	65.995·85	54.103·79	43.627·10

Die Anzahl der Parteien betrug:

	1916		1915	
	November	Oktober	November	Oktober
Westbahnhof . .	86.099	71.368	80.698	69.394
Matzleinsdorf . .	71.023	49.300	40.445	31.213
Engerthstraße . .	17.595	9.789	19.271	13.702
Nordwestbahnhof .	37.591	18.139	27.584	21.484
Ottakring	49.504	18.641	—	—
Zusammen .	261.812	167.237	167.998	135.793
Für den Tag .	10.909	6.432	7.000	5.431

Ungeachtet der erwähnten Verkaufsbeschränkungen ist der Absatz gegenüber dem Vormonat, insbesondere aber gegenüber

dem Vorjahre gewaltig gestiegen. Der Kleinverkauf hob sich von 395 Waggons auf 586 Waggons, der Gesamtverkauf (Kleinverkauf und fuhrenweiser Absatz) von 508 Waggons auf 990 Waggons, also fast auf das Doppelte.

Die Parteienzahl, die im November 1915 167.998 betrug, erhöhte sich in diesem November auf 261.812, also fast um 100.000.

Die wenigen Zahlen beleuchten die Wichtigkeit der von der Gemeinde eingeleiteten Kohlenversorgung. Es ist nur bedauerlich, daß es trotz aller Anstrengungen nicht gelungen ist, den Zulauf an Kohle mit dem Bedarf vollständig in Einklang zu bringen.

Preisverteilung an Kriegsgemüsegärtner.

Am Freitag den 8. Dezember 1916 erfolgte im Festsaale des Rathauses durch Bürgermeister Dr. Weiskirchner die feierliche Überreichung der vom Stadtrate bewilligten Preise für besonders zweckmäßige und eifrige Bearbeitung von Kriegsfeldern durch Schulen und Kriegsgemüsegärtner. Zu dieser Feier hatten sich die Vize-Bürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain, sowie zahlreiche Gäste eingefunden.

Der Obmann des Preisgerichtes Gem.-Rat Josef Müller eröffnete die Feier mit einem kurzen Berichte über die Arbeiten des Preisgerichtes, worauf Bürgerschullehrer Schön namens der Schulen und der Ober-Kondukteur der Südbahn Sedlmayer namens der Kriegsgemüsegärtner dem Bürgermeister und dem Gemeinderate den Dank für die Feier zum Ausdrucke brachten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hielt hierauf eine längere Ansprache, in welcher er ausführte: „Der heutige Tag, an dem ich Sie in stattlicher Zahl im Festsaale des Wiener Rathauses versammelt sehe, um aus meiner Hand eine kleine Spende zu empfangen, rechtfertigt wohl einen kurzen Rückblick in die Geschichte der Kriegsgemüsegärten in Wien. Als der Aushungerungsplan unserer Gegner die Anspannung aller Kräfte im Dienste der Ernährung notwendig machte, kamen mir im Spätherbste 1914 vielfache Anregungen, insbesondere aus dem Kreise der Frauen-Hilfsaktion zu, den Gemüsebau nachhaltig zu fördern. Im Februar 1915 erteilte ich dem Magistrate den Auftrag, sofort unter Zuziehung von Fachleuten zu beraten, ob eine landwirtschaftliche Verwertung der in Wien brachliegenden Baugründe möglich sei. Auf meine Anregung hin erflossen in rascher Aufeinanderfolge die Beschlüsse des Stadtrates, durch welche der Gemüse- und Kartoffelbau im Wiener Gemeindegebiete sowohl im Eigenbetriebe der Gemeinde wie auch unmittelbar durch die Bevölkerung geregelt wurde. In einem Aufrufe forderte ich alle Grundbesitzer und Grundpächter auf, den Plan unserer Feinde zu Schanden zu machen und jedes Stückchen anbaufähigen Grundes, jedes Fleckchen heimatlicher Erde selbst auszunützen oder durch andere mit Nahrungs- oder Futtermitteln bebauen zu lassen. Dem raschen, zielbewußten Vorgehen der Gemeindeverwaltung blieben die Erfolge nicht versagt, meine Worte blieben nicht ungehört, sie fanden allenthalben regen Widerhall.

Wer sich im Sommer 1915 und in diesem Jahre der Mühe unterzog, hinauszuwandern in die äußeren Bezirke Wiens, der konnte ein in der Großstadt ungewohntes, eindruckvolles Bild schauen. Unsere Kriegsgemüsegärtner mit ihrer ganzen Familie und unsere braven Schulkinder unter der Leitung und Aufsicht ihrer bewährten Lehrer waren unermüdlich fleißig und in emsigstem Eifer bemüht, die nicht allzu selten von Unkraut und Schutt bedeckten Grundstücke in harter, ungewohnter Arbeit urbar zu machen und zu bebauen.

Der Erfolg blieb nicht aus. Eine reiche Ernte lohnte zumeist unsere neuen Landwirte, gar manche Familie wurde durch den Ertrag ihres Gartens in die Lage versetzt, sich in schwerer Kriegszeit bis tief in den Herbst hinein reichlich und gesund zu ernähren. Es ist mir ein Herzensbedürfnis, an dieser Stelle allen, die am Werke beteiligt waren, den Dank des Bürgermeisters zu sagen.

Wenn ich nun einige statistische Ziffern hier anführe, geschieht es, weil schon aus ihnen der Aufschwung hervorgeht, den die Bewegung genommen. So wurden im Eigenbetriebe der Gemeinde mit Kartoffeln, Gemüse und Getreidefrüchten angebaut: Im Jahre 1915 2,328.000 m², im Jahre 1916 bereits 2,445.000 m²; durch Kriegsgemüsegärtner: 304.000 m² im Jahre 1915 und 810.000 m² im Jahre 1916. Durch Schulkinder 140.000 m² im Jahre 1915 gegenüber 214.000 m² im Jahre 1916. Die gesamte Anbaufläche betrug sonach im Jahre 1915 317 ha, im Jahre 1916 366 ha. Durch die Gemeinde Wien wurden im Jahre 1916 an Saatgut abgegeben 408.869 kg Saatkartoffeln, 1,600.000 Stück Gemüsesetzlinge und 2000 kg Saatbohnen.

Ich glaube, daß ich wohl mit Ihnen eines Sinnes bin, wenn wir hoffen und wünschen, daß der blutige Krieg bald ein Ende finde und unserem Vaterlande ein ehrenvoller Friede beschieden wird. Ich glaube aber auch, daß die Kriegsgemüsegärten den Krieg überdauern und — soweit die Verhältnisse es erlauben, auch weiterhin fortbestehen werden, denn sie sind sowohl in wirtschaftlich-ökonomischer wie in gesundheitlicher Beziehung von höchster Bedeutung, indem sie Vielen Gelegenheit bieten zum Aufenthalt in gesunder frischer Luft und zur Betätigung ihrer Körperkraft. Aus den Kriegsfeldern sollen Friedensfelder für unentwegte emsige Arbeit werden, und ich erkläre es als eine stolze Aufgabe der Gemeinde, diese Einrichtung weiter auszugestalten und zu fördern."

Nach einem Danke durch Schulkinder, und zwar der Marie Gasser der Mädchen-Bürgerschule in der Feldmühlgasse und des Franz Schöpf der Knaben-Bürgerschule Hörnesgasse, schloß der Bürgermeister nach Verteilung der Preise die schöne Feier mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Kaiser Karl I.

Beleuchtungs-Angelegenheiten.

Gasuntersuchungs-Ergebnisse.

Untersuchung des Gases im städtischen Gaswerke Simmering.

Die am 27. Oktober 1916 durchgeführte Untersuchung hat ergeben, daß das Gas der vom Deutschen Vereine der Gas-

und Wasserfachmänner in der Versammlung in Frankfurt a. M. im Jahre 1909 festgesetzten Norm entspricht.

Wien, am 27. Oktober 1916.

Dr. Strache m. p.

a. o. Professor für Beleuchtungsindustrie, Leiter der Versuchsanstalt für Gasbeleuchtung an der technischen Hochschule in Wien.

* * *

Untersuchung des Gases im städtischen Gaswerke Simmering.

Die am 29. November 1916 durchgeführte Untersuchung hat ergeben, daß das Gas der vom Deutschen Vereine der Gas- und Wasserfachmänner in der Versammlung in Frankfurt a. M. im Jahre 1909 festgesetzten Norm entspricht.

Wien, am 29. November 1916.

Dr. Strache m. p.

a. o. Professor für Beleuchtungsindustrie, Leiter der Versuchsanstalt für Gasbeleuchtung an der k. k. technischen Hochschule in Wien.

Lebensmittelverkehr.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 10. bis 12. Dezember 1916.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . .	123.918 kg	Und zwar aus:	
		Wien	73.288 kg
		dem sonst. Niederösterreich	2.749 „
		Oberösterreich	200 „
		Steiermark	89 „
		Böhmen	115 „
		Mähren	4.213 „
		Ungarn	23.040 „
		Deutschland	6.243 „
		Dänemark	13.931 „
Kalbfleisch . . .	786 kg	Und zwar aus:	
		Wien	658 kg
		dem sonst. Niederösterreich	22 „
		Mähren	106 „
Schaffleisch . . .	545 kg	Und zwar aus:	
		Wien	175 kg
		dem sonst. Niederösterreich	22 „
		Oberösterreich	29 „
		Mähren	18 „
		Ungarn	300 „
Schweinefleisch .	33.366 kg	Und zwar aus:	
		Wien	15.491 kg
		dem sonst. Niederösterreich	221 „
		Oberösterreich	1.398 „
		Steiermark	290 kg
		Böhmen	836 „
		Mähren	2.524 „
		Ungarn	10.624 „
		Kroatien	1.982 „
Kälber	647 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	252 St.
		dem sonst. Niederösterreich	151 „
		Oberösterreich	174 „
		Mähren	60 „
		Ungarn	10 „
Schafe	3.600 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	2.531 St.
		dem sonst. Niederösterreich	44 „
		Oberösterreich	143 „
		Mähren	12 „
		Ungarn	869 „
		Bosnien	1 „
Schweine .	1.531 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	311 St.
		dem sonst. Niederösterreich	112 „
		Oberösterreich	136 „
		Steiermark	44 „
		Böhmen	4 „
		Mähren	389 „
		Ungarn	334 „
		Bosnien	201 „
Lämmer . . .	22 Stück	Und zwar aus:	
		Wien	— St.
		dem sonst. Niederösterreich	1 „
		Oberösterreich	19 „
		Steiermark	2 „

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	Siedfleisch	von K	5·30	bis	8·70	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ „	9·—	„	9·60	„ „
Kalbfleisch		„ „	5·50	„	6·—	„ „
Lammfleisch		„ „	5·50	„	7·10	„ „
Schweinefleisch		„ „	7·80	„	8·60	„ „
Kälber		„ „	4·50	„	4·90	„ „
Schafe		„ „	4·—	„	6·60	„ „
Schweine		„ „	—·—	„	7·80	„ „
Lämmer		„ „	5·—	„	5·20	„ „
Kitze		„ „	—·—	„	—·—	„ „

Per Bahn langten ein 56 Waggons mit 173·1 t.

Die Zufuhren waren geringer als in der Vorwoche.

Der Marktverkehr nahm im allgemeinen einen anhaltend lebhaften Verlauf, doch konnte der Bedarf nur in Bezug auf Schaffleisch vollständig gedeckt werden.

In Rindfleisch machte sich angesichts der dieswöchigen geringen Auftriebe in St. Marx, sowie infolge des Zurückganges der Zufuhren an sonstigen Rindfleischsorten ein fühlarer Mangel bemerkbar; ebenso mangelte es an entsprechenden Anboten von Kalb- und Schweinefleisch.

In Übereinstimmung mit der Tendenz auf den dieswöchigen Märkten in St. Marx ermäßigten sich die Preise für Kälber um 10 h per Kilogramm, während auf allen übrigen Gebieten die amtlich festgesetzten Preise fast durchgehends voll ausgenützt wurden.

Von der Ersten Wiener Großschlächterei-Aktiengesellschaft wurden zugeführt: 11.225 kg Rindfleisch, 7738 kg Schweinefleisch und 339 Stück Schweine.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 18. Dezember 1916.

(Einschließlich des Kontumazmarktes vom 16. Dezember 1916.)

1. Gesamtauftrieb: 1493 Stück, und zwar:

Mastvieh	849 Stück
Weidevieh	— „
Beinlvieh	644 „
Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche	— „

Dieser Gesamtauftrieb zerfällt in:

Ochsen	478 Stück	Kühe	825 Stück
Stiere	188 „	Büffel	2 „

Provenienz des Gesamtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone	2 Stück
„ Galizien und der Bukowina	— „
„ dem sonstigen Österreich	1096 „
„ Serbien	395 „

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebensgewicht.

Aus und über Ungarn graue Ochsen:

I. Qualität	von	— bis	— K	(extrem bis — K)
II.	„	„	— „	— „
III.	„	„	— „	— „

Graue Ochsen aus und über Ungarn:

Ochsen I. Qualität	von	— bis	— K	(extrem bis — K)
„ II.	„	„	— „	— „
„ III.	„	340 „	— „	

Ochsen aus anderen Ländern:

I. Qualität	von	— bis	440 K	(extrem bis — K)
II.	„	— „	400 „	
III.	„	350 „	360 „	

Stiere I. Qualität	von	— bis	410 K*)	(extrem bis — K)
„ II.	„	— „	370 „	
„ III.	„	320 „	330 „	

Kühe I. Qualität	von	380 bis	410 K*)	(extrem bis — K)
„ II.	„	335 „	370 „	
„ III.	„	324 „	330 „	

Aus und über Galizien:

Weidevieh	von	— bis	— K	(extrem bis — K)
Büffel	„	— „	340 „	(„ „ — „)
Beinlvieh	„	300 „	336 „	(„ „ — „)

*) Einige Stücke besonderer Qualität wurden zu extrem hohen Preisen ust.

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien	— Stück
„ „ „ auswärts	— „
Unverkauft blieben	— „

Außer dem Markte, jedoch mit Berührung desselben, wurden in der Woche vom 10. bis 16. Dezember 1916 für Wien angekauft . . . . . 3798 Stück.

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 125 Stück weniger aufgetrieben.

Alle Rinderqualitäten und -Gattungen wurden zu unveränderten Vorwochenpreisen abverkauft.

* * *

Pferdemarkt vom 15. Dezember 1916.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 377 Stück.

143 Gebrauchspferde, 234 Schlachtpferde.*)

Preis: für Gebrauchspferde	900	bis 3600 K	per Stück
„ Schlachtpferde	400 „	750 „	„ „
„ Schlachtesel	200 „	— „	„ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 15. Dezember 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	38 K	— h
Roggen	„ 100 „	31 „	— „
Braugerste	„ 100 „	36 „	— „
Futtergerste	„ 100 „	32 „	— „
Hafer	„ 100 „	30 „	— „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.)

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	— K — h per 100 kg
Backmehl	— „ — „ „ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	— „ — „ „ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	— „ — „ „ 100 „
Brotmehl Weizenbrot- und Roggenmehl)	— „ — „ „ 100 „

* * *

*) Hievon ab 121 am Markte und 113 im Pferdeschlachthause.

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 16. Dezember 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	38 K	— h
Roggen	„ 100 „	31 „	— „
Braugerste	„ 100 „	36 „	— „
Futtergerste	„ 100 „	32 „	— „
Hafer	„ 100 „	30 „	— „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.)

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	— K	— h	per 100 kg
Backmehl	— „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	— „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	— „	— „	„ 100 „
Brotmehl (Weizenbrot- und Roggenmehl)	— „	— „	„ 100 „

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 18. Dezember 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	38 K	— h
Roggen	„ 100 „	31 „	— „
Braugerste	„ 100 „	36 „	— „
Futtergerste	„ 100 „	32 „	— „
Hafer	„ 100 „	30 „	— „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	— K	— h	per 100 kg
Backmehl	— „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	— „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	— „	— „	„ 100 „
Brotmehl (Weizenbrot- und Roggenmehl)	— „	— „	„ 100 „

Baubewegung

vom 15. bis 18. Dezember 1916.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen.

II. Bezirk: Körnergasse 4, von Adolf Kaufmann, II., Czerninplatz 1 (3947).
„ „ Ferdinandsstraße 4, von Desider Wignec, Bauführer L. Duchlik (3954).
VI. Bezirk: Loquaiplatz 13, von Adolf Jelletz, XIX., Brechergasse 9, nov. Josef Mumb (3949).
VII. Bezirk: Siebensterngasse 43, von Kliment & Hava (3971).
IX. Bezirk: Michelbeuerngasse 9 a, von Isidor Mautner (3975).
„ „ Garnisongasse 11, von Paschkis & Paar, I., Volksgartenstraße 3 (3946).

Diverse geringere Bauten.

I. Bezirk: Feuermauerdurchbruch, Stubenring 4, von Barak & Czada, nov. „Mundus" A.-G. (3976).
„ „ Feuermauerdurchbruch, Stubenring 6, von Barak & Czada, nov. „Mundus" A.-G. (3977).
VI. Bezirk: Hirschengasse 25, von Wilhelm Beck & Söhne, ebenda, Bauführer Barak & Czada (3978).
„ „ Hirschengasse 27, von Irene Wittek-Zell, ebenda, Bauführer Barak & Czada (3979).
„ „ Feuermauertüre, Grabnergasse 14, von Gotthilf & Neumann (3988).
XX. Bezirk: Schuppen, Handelskai 94, von Gerhardus & Söhne, Bauführer A. Simona (3991).

Gesuche um Baulinienbestimmung, beziehungsweise um Bekanntgabe der Ausfleckung der Baulinien wurden überreicht.

XI. Bezirk: Einl.-Z. 1485, von Franz Koczor. Leberstraße 24 (3969).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

Offertverhandlungs-Ergebnisse.

M. Abt. VII, 1062.
13. Dezember 1916.

Neubau eines Hauptunratskanales in der Haidestraße von der 1. Haidequerstraße bis zur neuen k. u. k. Automörsergarage im XI. Bezirke.

Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im veranschlagten Kostenbetrage von 18.176 K 83 h.

Bauunternehmung Karl Auteried & Komp.
— Aufzahlung 125%.
Aufzahlung 200% für Regiearbeiten.
Aufzahlung 200% für belassenes Pölzholz.

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

14. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Buchinich Mathilde, v. — Fleisch-Verschleiß — XVIII., Kutschkergasse, Markt.
Musil Rosa — Viktualienhandel — X., Columbusgasse 91.
Schmutz Wilhelmine — Verschleiß von Viktualien, Zuckerbäckerwaren und Kanditen — X., Favoritenstraße 210.

Rauch Luise — Papier-, Schreib- und Zeichenwaren-Verschleiß — X., Laxenburgerstraße 28.
Schade Anna — Handschuh- und Bandagenmachergewerbe — X., Favoritenstraße 81.
Fierlinger Anna — Schweinefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — VI., Stumpergasse 48.
Vincenz Marie — Kleinfuhrwerksgewerbe — XX., Leithastraße 10.
Ludwig Paula — Frauen- und Kinderkleidermachergewerbe — XXI., Angererstraße 18.
Fiala Cäcilie — Frauen- und Kinderkleidermachergewerbe — XXI., Peter Kaiser-Gasse 25.
Pimmeisl Anna — Marktviktualienhandel — I., Hoher Markt.
Lahodny Johanna — Frauenkleidermachergewerbe — XVI., Hasnerstraße 59.
Kiener Magdalena — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Hasnerstraße 108.
Algyer Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Lambertgasse 11.
Swoboda Amalia — Lebensmittelhandel beschränkt — XII., Meidlinger Hauptstraße 19.

* * *

16. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Netcke Rudolf, Alleininhaber der Firma R. Netcke & Komp. — Gemischtwarenhandel im Großen — I., Stallburggasse 4.
Dörr Rudolf — Kleinfuhrwerksgewerbe — XIII., Gründorfgasse 3.
Brandes Feibisch — Handel mit Tuchabfällen — XVI., Blumberggasse 17.
Worac Karl — Viktualien-Verschleiß — XVI., Eisnergasse 8.
Kornmehl Guttmann Markus — Handel mit Tuchabfällen — XVI., Habichergasse 7.
Nussenhüttel Bernhard — Fragner — XVI., Thaliastraße 115.
Smrz Emil — Mechanikergewerbe — VIII., Josefstädterstraße 105.
Krau Leib — Handel mit Tuch-, Schaf- und Baumwollabfällen — VIII., Haspingergasse 7.
Lapter Josef — Handel mit Schuhwaren — II., Schrottgießergasse 1.
Rosenzweig Leibisch, rekte Weinbach — Handel mit Textilwaren — II., Malzgasse 18.
Ridlo Anna — Viktualien-Verschleiß — XVI., Koppstraße 33.
Koppensteiner Hermine — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVI., Seitenbergasse 29.
Scherer Berta — Viktualienhandel — II., Stephaniestraße 7.
Szojak Katharina — Handel mit Lebensmitteln beschränkt — VIII., Kochgasse 7.
Klutz Marie — Handel mit Lebensmitteln beschränkt — II., Schiffmühlenstraße 53.
Mandl Leopoldine — Handel mit Schweinefleisch und Selchwaren — IV., Naschmarkt.
Kaiser Mathilde Charlotte — Kaffeeschenkergewerbe — IV., Favoritenstraße 1.
Ruschka Anna — Marktviktualienhandel — IV., Karolinenplatz.
Pfeil E., Ges. m. b. H. — Handel mit Eisen- und Metallwaren — IV., Margaretenstraße 41/43.
Wein, Kolonialwaren, Rohprodukte, Import und Export, Ges. m. b. H. — Handel mit Wein, Kolonialwaren und Rohprodukten im Großen — I., Wipplingerstraße 3.
Brüder Barber, Ges. m. b. H. — Fabriksmäßige Erzeugung von Bestandteilen von Aroplanen — XIII., Anschützgasse 32.
Neumann Nachum — Handel mit Schuhwaren — II., Zirkusgasse 20.
Offene Handelsgesellschaft Weisz Karl Kogel — Bäckergewerbe — II., Kleine Schiffgasse 24.
Brüder Eibuschitz & Rosenfeld, Offene Handelsgesellschaft — Gemischtwarenhandel en gros — IV., Schleifmühlgasse 11.
Offene Handelsgesellschaft M. Frisch & Komp. — Handel mit Manufaktur-, Tuch- und Wollwaren — I., Augustengasse 5.
Glaser Klara — Witwenfortbetrieb des Gemischtwaren-Verschleißes nach dem verstorbenen Gatten Johann Glaser — VI., Hirschengasse 8.
Baron Emanuel — Porträts-Photographengewerbe (Filiale) — VI., Mariahilferstraße 81.
Weitzmann Rosa — Witwenfortbetrieb des Photographengewerbes nach dem am 24. Mai 1916 verstorbenen Gatten Jakob Weitzmann — X., Keplerplatz 13.

* * *

17. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Danzinger Paul — Fleischselcher (Filiale) — III., Landstraßergürtel 13.
Staniek Helene Adolfine, geb. Schlusina — Ledergalanteriewarenhandel — XVI., Ottakringerstraße 99.
Mojka Leopoldine — Handel mit Hadern, alten Säcken und Schafwollabfällen — XVII., Veronikagasse 28.
Möldner Frieda — Kaffeeschenkergewerbe — VI., Moritzgasse 13.
Prokop Anna — Handel mit Bettwaren und einschlägigen Artikeln — XVII., Kalvarienberggasse 35.
Schreiner Marie — Fragnergewerbe — XX., Klosterneuburgerstraße 102.
Köhler Wilhelmine — Handel mit Milch und Milchprodukten — XX., Dammstraße 10.
Köhler Wilhelmine — Lebensmittel-Verschleiß mit Ausschluß der Artikeln des § 38 — XX., Dammstraße 10
Kralik Marie — Lebensmittel-Verschleiß beschränkt — XX., Allerheiligenplatz 12.
Menninges Anna — Lebensmittel-Verschleiß, beschränkt — XX., Forsthausgasse 14.
Schulke Paul — Maschinenfabrik — XVIII., Währingerstraße 131.
Hist Josef Leib — Handelsagentur — XX., Kaschlgasse 5.
Strigl Johann — Gast- und Schankgewerbe — VI., Laimgrubengasse 17.
Kühle Fritz, Alleininhaber der Firma „Kühle & Mitsche" — Erzeugung von lichtempfindlichen Karten zum Zwecke der Ansichtskarten-Erzeugung — VI., Capistrangasse 2.
Gewerbliche Druck- und Verlagsanstalt F. Michnan & Komp., G. m. b. H. — Buchdruckergewerbe — VI., Mariahilfergürtel 14.
Kriebel Theresia — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 255 — II., Praterstern.
Belloberg Emilie — Verschleiß von Papier und Schreibwaren — XIX., Döblinger Hauptstraße 64.
Skala Karoline — Marktviktualienhandel — III., Augustinermarkt.
Sukdolak Karl — Viktualien-Verschleiß — XVI., Degengasse 71.
Kern Theodor — Personaltransport mit dem Fiakerwagen Nr. 265 — I., Wiesingerstraße.
Stransky Rudolf Karl — Personentransport mit dem Fiakerwagen Nr. 462 — I., Heßgasse.
Lunardi Hermine, Alleininhaberin der Firma „J. Lunardi" — Kommissionshandel mit Zucker im Großen — III., Bechardgasse 24.

* * *

18. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Scholansky Paula — Handel im Großen mit allen im freien Verkehre befindlichen Gegenständen — VIII., Josefstädterstraße 81.
Baumgartner Emilie — Handel mit Kanditen und Zuckerbäckerwaren — VIII., Josefstädterstraße 7.
Gottesmann Fanni — Handel mit Tuch-, Schafwollabfällen — VIII., Feldgasse 1.
Sontag Marie — Stabzieherei — XII., Wienerbergstraße 30.
Herold Franziska — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren — XII., Schönbrunnerstraße 262.
Baumer Anna — Handel mit Haushaltungsgegenständen — V., Wiedner Hauptstraße 88.
Jurkowitsch Johann — Fragner — XII., Erlgasse 25.
Ehrlich Leopold — Gemischtwarenhandel im Großen — XII., Ratschkygasse 11.
Kovar Stephan — Schuhoberteil-Erzeuger — XII., Schönbrunnerstraße 187.
Hornischer Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — V., Bräuhausgasse 62.
Braun Gustav — Handel mit Rohstoffen — V., Margaretenstraße 114.
Faber Bartholomäus — Verschleiß von Lebensmitteln und Haushaltungsartikeln — V., Schönbrunnerstraße 80.
Rudolf Schwarz & Komp. — Gemischtwarenhandel — XII., Ratschkygasse 11.
Sonnenschein Gustav — Handelsagentur und Kommissionsgeschäft — III., Untere Weißgärberstraße 9.
Götzel Isidor — Tapezierer-Gewerbe — II., Glockengasse 9a.
Reich Abraham — Handel mit Galanterie- und Schuhwaren — II., Malzgasse 8.
Stern Regine — Handel mit Lebensmitteln, beschränkt — II., Herminengasse 11.
Weinfeld Markus — Lederhandel im Großen — II., Hammerpurgstallgasse 9.
Krauß Oskar — Handel mit Wäsche, Wirkwaren — II., Obermüllnerstraße 5.
Dana Marie — Handel mit Kanditen und Bäckereien — III., Fasangasse 38.

Liebster Heinrich, — Erzeugung von Kunstleder — III., Weißgärberlände 42.
Glaser Albert — Handelsagentur — III., Rüdengasse 29.
Heimann Chaim — Handel mit Manufaktur — II., Praterstraße 37.
Beer Heinrich & Komp. — Wäschewaren-Erzeugung — II., Praterstraße 50.

* * *

20. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Boller Karl — Buchbindergewerbe — XVIII., Gentzgasse 6.
Marek Anna — Handel mit Brennmaterialien — XIII., Sampogasse 12.
Jaekl Marie — Gemischtwarenhandel — XVIII., Gersthoferstraße 10.
Mayrhofer Adolf — Kleinfuhrwerksgewerbe — III., Geusaugasse 3.
Zistler Therese — Lebensmittel-Verschleiß beschränkt — III., Neulinggasse 32.
Weil Markus — Gemischtwarenhandel im Großen — III., Untere Viaduktgasse 35.
Vokac Anton — Handel mit Lebensmitteln beschränkt — III., Rennweg 61.
Wojacek Marie — Viktualienhandel — III., Lechnerstraße 18.
Flamm Olga — Damenkleidermachergewerbe — II., Taborstraße 24 a.
Czikanek Ella — Handel mit Lebensmittel beschränkt — II., Valeriestraße 108.
Pescha Ludwig — Zuckerwaren-Erzeugung — II., Sterneckplatz 6.
Wittrofsky Markus — Handelsagentur — II., Untere Augartenstraße 32.
Krischer Lenzion — Schuhwarenhandel — II., Große Mohrengosse 29.
Rajkic Ferdinand — Damenkleidermachergewerbe — IX., Grünetorgasse 33.
Dosa Karl — Handel mit Woll- und Tuchabfällen — XVI., Brunnengasse 77.
Kellner Anna — Wäsche-Erzeugung — XVI., Römergasse 65.
Ehste Emilie — Handel mit Suppenknochen — XVI., Ottakringerstraße 139.
Kühnel Karl — Tierhandelsgewerbe — XVI., Reinhartsgasse 36.
Bavra Hubert — Lebensmittelhandel — XVI., Lerchenfeldergürtel 21.
Eltbogen Ezechiel — Gemischtwarenhandel — II., Ferdinandsstraße 16.
Leo Winig — Handel mit Handschuhen und Strumpfwaren — II., Obere Donaustraße 93.
Gasperi Angela — Witwenfortbetrieb des Schleifergewerbes des verstorbenen Gatten Anton Gasperi — III., Landstraßer Hauptstraße 105.
Löwy Cäcilie — Pachtbetrieb des der August Hübsch gehörigen Gast- und Schankgewerbes — XIX., Obkirchergasse 32.
Bechtloff Anna Maria — Pachtbetrieb der der Marie Schneider gehörigen Kaffeeschank-Konzession — XII., Schönbrunnerstraße 138.
Kriebel Theresia — Fiaker-Lizenz Nr. 255 — II., Praterstern—Praterstraße 78.
Bergmann Marie — Witwenfortbetrieb des Gast- und Schankgewerbes und Fremdenbeherbergung des verstorbenen Gatten Karl Bergmann — I., Graben 19.

* * *

21. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Spezialunternehmen für Terra Nowa-Ausführungen, Ges. m. b. H. — Baumeistergewerbe — VI., Mariahilferstraße 47.
Kurz Josef — Handel mit Lebensmitteln — VI., Liniengasse 33.
Badstieber Karl — Wirkwaren-Erzeugung — XIII., Penzingerstraße 126.
Waller Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — II., Nordwestbahnstraße 45.
Heuberg Samuel — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XX., Treustraße 8.
Weidinger Franz — Gemischtwarenhandel, Flaschenbier- und Flaschenwein-Verschleiß — XX., Vorgartenstraße 105.
Straube Erich Richard — Gemischtwaren-Verschleiß — XX., Jägerstraße 25.
Mazur Klara — Verschleiß von Seifen, Kerzen und Parfümerien — VI., Gumpendorferstraße 106.
Klöckner Karl — Kleinfuhrwerksgewerbe — XX., Jägerstraße 77.
Mayer Berta — Kleinfuhrwerksgewerbe — XX., Jägerstraße 111.
Gallus Josef — Schuhmachergewerbe — XX., Heinzelmanngasse 18.
Bellak Siegfried — Verschließ von Zuckerwaren, Kanditen und Sodawasser — XV., Neubaugürtel 25.
Hren Elisabeth — Handelsagentur — XV., Palmgasse 8
Palda Marie — Gastwirtsgewerbe — XV., Gablenzgasse 15.
Schönikle Berta — Porträtsphotographengewerbe — XIII., Hietzinger Hauptstraße 346.
Prazak Elisabeth — Damenkleidermachergewerbe — VIII., Fuhrmannsgasse 13.
Senkyr Anna — Damenkleidermachergewerbe — XIV., Preyssinggasse 8.
Honza Anna — Fragnergewerbe — II., Pillersdorfgasse 2.
Schwarz Hermine — Handel mit Lebensmitteln — II., Kaiser Josef-Straße 32.
Teufelhardt Anna — Marktfahrergewerbe — XVI., Thaliastraße 107.
Grigg Anna — Erzeugung von Strohschuhen — XVI., Huttengasse 51.
Hofmann Johanna — Geflügelhandel — XVI., Thaliastraße 140.
Rappaport Chane vel Berta — Herstellung von Sohlenschonern durch Stanzen — IX., Tendlergasse 3.
Kleebinder Barbara — Handel mit Galanterie-, Spiel- und Kurzwaren — XVI., Brunnengasse 46.
Internationale Transportgesellschaft, A.-G. — Sattlergewerbe — XX., Pasettistraße 58.
Fränkl Ojzer — Schuhwarenhandel — XVI., Payergasse 15.
Haubner Franz — Handel mit Kriegssohlen, Sohlenschonern — XVI., Kirchstettergasse 47.
Peschka Ignaz — Selchwaren- und Wurst-Verschleiß — XVI., Dettergasse 3.
Biller Josef — Verschleiß von Lebensmitteln beschränkt — XIV., Hollergasse 8.
Wolkenberg Salomon rekte Reis — Handelsagentur — II., Rembrandtstraße 41.
Klapholz Nathan — Handelsagentur — II., Kleine Pfarrgasse 28.
Wertheimer Moritz — Manufakturwarenhandel — II., Stephaniestraße 2.
Simmeringer Maschinenöl- und Fettwarenhandel Max Stern — Handel mit Säcken und wasserdichten Decken — II., Alliiertenstraße 14.
Schweitler Hans — Fabriksmäßige Erzeugung von Kernlederabfallsohle und Sohlenschonern — VIII., Hernalsergürtel 4.
Loibl Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — XXI., Floridusgasse 41.
Lawender Franz — Zuckerbäcker — XIV., Ullmannstraße 47.
Kindler Ferdinand — Raseur und Friseur — XIV., Märzstraße 113.
Haschek Karl — Tischler — XIV., Pittergasse 18.

* * *

22. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Schwarzinger Wilhelm — Gemischtwarenhandel — XVIII., Bastiengasse 23.
Inführ Ignaz — Fleischhauergewerbe — VI., Dominikanergasse 3.
Klein Emanuel — Papierwarenhandel — III., Klimschgasse 14.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Wien während des Krieges	2637
Stadtrat:	
Sitzungen des Stadtrates	2640
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 14. Dezember 1916	2640
Allgemeine Nachrichten:	
Städtische Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide ꝛc.	2656
Braunkohlenverkauf im November 1916	2658
Preisverteilung an Kriegsgemüsegärtner	2659
Beleuchtungs-Angelegenheiten:	
Gasuntersuchungsergebnisse	2659
Lebensmittelverkehr:	
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 10. bis 12. Dezember 1916	2660
Schlachtviehmarkt vom 18. Dezember 1916	2661
Pferdemarkt vom 15. Dezember 1916	2661
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 15. Dezember 1916	2661
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 16. Dezember 1916	2662
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 18. Dezember 1916	2662
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 15. bis 18. Dezember 1916	2662
Städtische Arbeiten und Lieferungen:	
Offertverhandlungs-Ergebnisse	2662
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	2662
Kundmachungen.	

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Wittener Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm J. B. Wallishausser.

Arbeiten und Lieferungen.

Vorbemerkung zu folgenden Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1916

Tag und Stunde der Verhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
29. Dez. 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat Wimmerer, Neues Rathaus, IV. Stiege Mezzanin)	1096	Zementlieferungen für: 1. den Bau des Alsbach-Entlastungskanales in der Kinderspitalgasse im IX. Bezirke und der Entlastung des Ottakringer-Bachkanales am äußeren Hernalsergürtel im XVIII. Bezirke; 2. den Bau des II. Sammelkanales im XXI. Bezirke (Baulos I).	Lieferung von Portland- und Schlackenzement, u. zw.: Ad 1: 1000 q Portlandzement, 6000 „ Schlackenzement; ad 2: 5000 „ Portlandzement, 7000 „ Schlackenzement.	— Vorbemerkung: Pläne und Bedingnisse sind im Stadtbauamte, Fach-Abteilung III, Neues Rathaus, Mezzanin, einzusehen.

1—2

M. D. 9575.

Verlautbarung.

Gemäß den Bestimmungen der Verordnung vom 31. Juli 1916, R.-G.-Bl. Nr. 237, werden die Nickelmünzen zu 20 h mit 1. Jänner 1917 außer gesetzlichen Umlauf gesetzt und sind daher nur noch bis einschließlich 31. Dezember 1916 im Privatverkehre in Zahlung zu nehmen. Die Ablieferung dieser Münzen hat an die Staats- und Bankkassen im Wege der Zahlung oder der Verwechslung gegen andere Zahlungsmittel der Kronenwährung (insbesondere gegen eiserne 20 h-Stücke) längstens bis einschließlich 30. April 1917 zu erfolgen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
im übertragenen Wirkungskreise,
im Dezember 1916. 2—3

M. A. XVIII, 4110.

Kundmachung.

(Wiener Dienstboten-Krankenkassa.)

Das zufolge Gemeinderats-Beschlusses vom 28. November 1913, P. Z. 17641, abgeänderte Statut der Wiener Dienstboten-Krankenkassa enthält folgende wesentliche Bestimmungen:

§ 3.

„Die Dienstboten-Krankenkassa übernimmt gegen eine Versicherungsgebühr die nach der Wiener Gesindeordnung den Dienstgebern obliegende Verpflichtung zur Zahlung der Spitalverpflegskosten für erkrankte Dienstboten. Die Versicherung eines Dienstgebers umfaßt die Gesamtzahl seiner Dienstboten, bleibt jedoch von einem Dienstbotenwechsel unberührt.

*

Der Dienstgeber hat daher unter Angabe seines Namens, Berufes und Wohnortes anzumelden, wie viele Dienstboten und in welcher Diensteseigenschaft er sie verwendet und zugleich für jeden die festgesetzte Jahresgebühr zu entrichten. Ebenso hat ein bereits versicherter Dienstgeber, der sein Dienstpersonal vermehrt, binnen acht Tagen die Zahl und Diensteseigenschaft der neuaufgenommenen Dienstboten anzumelden und zugleich für jeden die festgesetzte Jahresgebühr zu entrichten.

Bei Anmeldungen im zweiten Halbjahre ist nur die Hälfte der Jahresgebühr zu entrichten. Die Versicherung gilt bis zum Ende des Kalenderjahres, in welchem die Gebühr entrichtet worden ist, doch gilt eine abgelaufene Versicherung, wenn die Gebühr für das nächste Jahr noch im Monate Jänner entrichtet wird, als ununterbrochen fortgesetzt.

§ 4.

Für neuangemeldete Dienstboten übernimmt die Dienstboten-Krankenkassa erst die 14 Tage nach Entrichtung der Gebühr auflaufenden Spitalverpflegskosten.

Wenn ein Dienstbote nachweisbar schon zur Zeit seiner Anmeldung erkrankt war, werden die für diese Erkrankung auflaufenden Spitalverpflegskosten von der Dienstboten-Krankenkassa nicht übernommen.

Insolange der Dienstgeber die ihm aus der Versicherung obliegenden Verpflichtungen nicht bezüglich aller seiner Dienstboten erfüllt, werden von der Dienstboten-Krankenkassa für keinen seiner Dienstboten die Spitalverpflegskosten übernommen.

§ 5.

Der Dienstgeber erhält über die Entrichtung der Gebühr eine Bescheinigung (Krankenbuch), in der die Zahl und die Diensteseigenschaft der von ihm zur Versicherung angemeldeten Dienstboten bestätigt wird.

Bei Geltendmachung des Versicherungsanspruches im Falle der Erkrankung eines Dienstboten ist die Bescheinigung und der Ausweis über die polizeiliche Meldung des erkrankten Dienstboten (Meldezettel) vorzuweisen."

Es entfällt sonach die namentliche Anmeldung der Dienstboten und auch der Dienstbotenwechsel ist nicht anzumelden.

Der Dienstgeber hat jedoch darauf zu achten, daß stets seine sämtlichen, bei ihm beschäftigten Dienstboten nach ihrer Diensteseigenschaft zur Versicherung angemeldet sind.

Die Anmeldung zur Dienstboten-Krankenkassa, die Einzahlung der Versicherungsgebühr, welche zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 9. November 1916, P. Z. 10728, für das Jahr 1917 mit 3 K für jeden angemeldeten Dienstboten festgesetzt wurde, und die Ausfertigung der Spitalanweisung erfolgt:

1. Für die in den Bezirken I bis XXI wohnhaften Dienstgeber bei der städtischen Hauptkassa-Abteilung des betreffenden magistratischen Bezirksamtes.

2. Für die im XXI. Bezirke wohnhaften Dienstgeber überdies auch:

A. Bei der Expositur Stadlau des magistratischen Bezirksamtes für den XXI. Bezirk für das Gebiet der bestandenen Gemeinden Stadlau, Hirschstetten und den einverleibten Teil von Breitenlee.

B. In den Bezirks-Aufsichtsratskanzleien:

a) in Leopoldau für das Gebiet dieser ehemaligen Gemeinde;
b) in Kagran für das Gebiet dieser bestandenen Gemeinde einschließlich Neu-Kagran und
c) in Aspern für das Gebiet von Aspern und die einverleibten Teile von Groß-Enzersdorf und Mannswörth.

C. Bei den Amtstagen in Strebersdorf für das Gebiet dieser ehemaligen Gemeinde sowie der einverleibten Teile von Lang-Enzersdorf.

Die Dienstboten-Krankenkassa übernimmt die Zahlung der Verpflegskosten für jene Dienstboten, welche im Kaiserjubiläums-Spitale der Stadt Wien im XIII. Bezirke und in den anderen Wiener öffentlichen Krankenanstalten, ferner im St. Elisabeth-Spitale im III. Bezirke, im Jubiläumsspitale des Kaiser Franz Josefs-Ambulatoriums im VI. Bezirke, im Spitale der Barmherzigen Schwestern im VI. Bezirke, in der Allgemeinen Poliklinik im IX. Bezirke, im Diakonissen-Krankenhause im XVIII. Bezirke, im Spitale der Wiener israelitischen Kultusgemeinde (Rothschild-Stiftung) im XVIII. Bezirke und im Krankenhause der Wiener Kaufmannschaft im XIX. Bezirke verpflegt werden, und zwar nur für die in der Wiener Gesindeordnung angegebene Dauer.

Bei vorübergehendem Aufenthalte der Dienstgeber oder Dienstboten außerhalb Wiens werden von der Dienstboten-Krankenkassa auch die Verpflegskosten im Falle der Unterbringung erkrankter Dienstboten in anderen öffentlichen, in der diesseitigen Reichshälfte gelegenen Spitälern, Gemeindenotspitälern oder Irrenanstalten bis zu der vorstehend angeführten Dauer und selbstverständlich unter der Voraussetzung geleistet, daß die Dienstgeber nach der Wiener Gesindeordnung zur Zahlung dieser Verpflegskosten verpflichtet sind.

In solchen Fällen findet die Verpflegung auf Kosten der Dienstboten-Krankenkassa in Gemeindenotspitälern nach der jeweiligen geringsten Taxe derselben, jedoch nur bis zur Höhe der niedrigsten Verpflegsgebühr der Wiener k. k. Krankenanstalten, statt; für die in den vorbezeichneten Irrenanstalten verpflegten Dienstboten zahlt die Dienstboten-Krankenkassa die aufgelaufenen Verpflegskosten nach der letzten Klasse per Kopf und Tag.

Die Einzahlung der Beiträge für das Jahr 1917 kann bereits im Monate Dezember des Jahres 1916 erfolgen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Abteilung XVIII,
im selbständigen Wirkungskreise,
im November 1916.

M. Abt. XIII, 6225/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Georg Rittmann'sche Stiftung.

Am 1. Februar 1917 gelangen die Interessen der Georg Rittmann'schen Stiftung im Betrage von 1800 K in Teilbeträgen zu 60 K zur Verteilung.

Zur Bewerbung um diese Stiftung sind berufen alle nach Wien zuständigen, im VI. oder VII. Gemeindebezirke durch mindestens ein Jahr wohnhaften, durch Unglücksfälle verarmten, wegen Alters oder Körpergebrechen arbeitsunfähigen, selbständigen oder selbständig gewesenen Gewerbsleute (Meister) und deren

Witwen ohne Unterschied der Religion, welche mit keiner oder höchstens mit einer dauernden Unterstützung von 6 K pro Monat beteilt sind, in Ermanglung solcher Bewerber aber auch jene den übrigen vorbezeichneten Anforderungen entsprechenden, welche im Genusse eines Erhaltungsbeitrages monatlicher 8 K stehen.

Die zum Stiftungsgenusse Berufenen werden hiemit aufgefordert, sich in der Zeit **vom 2. bis einschließlich 20. Jänner 1917 an einem Werktage zwischen 10 und 12 Uhr vormittags** ohne Gesuch, jedoch unter Mitbringung eines legalen Armutszeugnisses, in welchem, wenn sie durch Unglücksfälle verarmt sind, dieser Umstand bestätigt sein muß, des Zuständigkeitsausweises, des Tauf(Geburt)scheines, des letzten Zahlungsauftrages über die allgemeine Erwerbsteuer, des polizeilichen Meldungszettels, eventuell des Totenzettels des Gatten, des Gewerbezurücklegungs-Ratschlages, des etwaigen Bezugsbüchels für die dauernde Unterstützung, und, wenn sie sich auf ihre Erwerbsunfähigkeit infolge Alters oder Körpergebrechens berufen, auch eines armenärztlichen Pareres hierüber und des Impfnachweises aus den letzten sechs Jahren in der Magistrats-Abteilung XIII einzufinden und daselbst ihre Bitte mündlich anzubringen.

Auf schriftlich eingebrachte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 20. November 1916 2—2

M. Abt. XIII, 6850/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Erzherzog Rainer-Stiftung
für verarmte Bürger-Ehepaare.

Am 21. Februar 1917 gelangen die verfügbaren Zinsen des Stiftungskapitales an verarmte Wiener Bürger-Ehepaare zur Verleihung, welche im Kalenderjahre 1916 das diamantene, beziehungsweise — wenn solche Ehepaare nicht vorhanden sind — das goldene Hochzeitsfest gefeiert haben.

In Ermanglung von Bürger-Ehepaaren können auch andere in Wien heimatberechtigte und daselbst wohnhafte verarmte Ehepaare des Stiftungsgenusses teilhaftig werden, welche im Jahre 1916 das diamantene, beziehungsweise — wenn auch solche Ehepaare nicht vorhanden sind — das goldene Hochzeitsfest gefeiert haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein und Bürgerrechts-Dekret, beziehungsweise Heimatschein des Gatten.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. Dezember 1916.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 20. November 1916. 2—3

K. k. n.-ö. Statth.-Z. IX-2096.

Kundmachung.
(Franziska Schwarz'sche Stipendiumstiftung.)

Vom I. Semester des Studienjahres 1916/17 ab gelangt ein Franziska Schwarz'sches Stipendium jährlicher 600 K zur Verleihung.

Zum Genusse dieses Stipendiums ist ein aus der Freundschaft der im Jahre 1762 in Wien verstorbenen Fleischhauerswitwe Franziska Schwarz, geb. Appel, stammender, der männlichen oder weiblichen Linie der Familie Appel angehöriger, studierender Knabe, dessen Eltern einigermaßen einen Beitrag nötig haben, berufen. Bewerber um dieses Stipendium haben ihre mit dem Geburts-(Tauf-) und Heimatscheine, dem Impfzeugnisse, dem Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, den beiden letzten Semestralzeugnissen, sowie mit dem Nachweise der Verwandtschaft belegten Gesuche **bis längstens 31. Jänner 1917** bei dem Wiener Magistrate (Abteilung XIII) zu überreichen.

Hiebei wird bemerkt, daß der Nachweis der Verwandtschaft mit der Stifterin nur durch amtliche, den Inhalt der Ehe- und Tauf-(Geburts-)Matriken wortgetreu wiedergebende Auszüge, Ehekontrakte, Testamentsabschriften u. dgl. erbracht werden kann.

In dem Gesuche ist, abgesehen von den Angaben im Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnisse, auch ausdrücklich anzuführen, ob der Stipendienwerber oder eines seiner Geschwister bereits im Genusse eines Stipendiums steht oder nicht, bejahendenfalls sind der Jahresbetrag und die Daten des Verleihungs-Dekretes anzugeben. Diese Angaben sind vom Studienvorstande nebst der Würdigkeit eigens zu bestätigen.

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.
Wien, am 28. Oktober 1916.

M. Abt. XIII, 6586/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef Kopetzky'sche Stiftung
für einen Kanzlisten oder Diurnisten des Wiener Magistrates.

Verliehen wird: Ein Betrag von 80 K als Kurkostenbeitrag oder als Unterstützung für den Fall der Rekonvaleszenz.

Zur Bewerbung sind berufen: Kanzlisten und Diurnisten des Wiener Magistrates.

Dem Gesuche sind beizulegen: Eine armenärztliche Bestätigung über die Kurbedürftigkeit oder Rekonvaleszenz und Mittellosigkeitszeugnis.

Einreichungsfrist: **Bis 30. Dezember 1916.**

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 5. November 1916.

M. Abt. XIII, 5947/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Dr. Karl Lueger-Stiftung.

Im Laufe eines jeden Jahres gelangen die verfügbaren Interessen der Dr. Karl Lueger-Stiftung zur Verteilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben hilfsbedürftige christliche Wiener Kleingewerbetreibende, **welche ihr Gewerbe noch betreiben,** ferner hilfsbedürftige christliche Arbeiter christlicher Wiener Kleingewerbetreibender, **welche noch in Arbeit stehen,** endlich Witwen und Waisen der Genannten.

Die Auszahlung der verliehenen Beträge ist an einen bestimmten Tag nicht gebunden und erfolgt die Zuwendung der Stiftung nach Maßgabe des Stiftungserträgnisses, so oft stiftbrieflich geeignete Bewerber vorhanden sind.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Taufschein, allenfalls auch den Trauschein und die Taufzettel der Kinder, ferner den Heimatschein, den Gewerbeschein oder das Konzessions-Dekret, den letzten Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer, beziehungsweise den Nachweis des Arbeitsverhältnisses (Arbeitsbestätigung des derzeitigen Arbeitgebers) und den Impfungsnachweis aus den letzten 6 Jahren, Witwen und Waisen außerdem den Totenschein des Gatten, beziehungsweise der Eltern und den Nachweis beizulegen, daß ihr verstorbener Gatte, beziehungsweise ihre Eltern ein selbständiges Gewerbe betrieben haben oder bei einem christlichen Wiener Kleingewerbetreibenden in Arbeit gestanden sind.

Die in solcher Weise belegten Gesuche können jederzeit in der Magistrats-Abteilung XIII (I., Neues Rathaus, 2. Stock) überreicht werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 24. Oktober 1916.

M. Abt. XIII, 6041/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Invalidenstiftung

der Gemeinden des ehemaligen Gerichtsbezirkes Hietzing mit Ausschluß von Inzersdorf.

Zur Besetzung gelangen zwei Stiftplätze im Betrage von je 200 K jährlich.

Zur Bewerbung sind berufen: Gewesene Soldaten im Range vom Feldwebel abwärts, welche nach Wien zuständig sind, im Gebiete des XIII. Bezirkes oder der gegenwärtig dem XII. Bezirke einverleibten ehemaligen Gemeinden Hetzendorf und Altmannsdorf wohnen oder gewohnt haben und während eines Krieges oder infolge desselben krüppelhaft und dadurch arbeitsunfähig geworden oder überhaupt arbeitsunfähig der Versorgung bedürftig sind.

Der Beteilte hat den ihm verliehenen Stiftplatz lebenslänglich zu genießen, insolange die oben genannten Bedingungen der Verleihung vorhanden sind.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein und Nachweis über die Eigenschaft als Militärinvalide.

Einreichungsfrist: **Bis 30. Dezember 1916.**

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 11. Oktober 1916.

M. Abt. XIII, 7207/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Max Springer'sche Stiftung

für Angehörige der arbeitenden und dienenden Klasse.

Zur Verleihung gelangen: 6700 K in 25 gleichen Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Angehörige der arbeitenden und dienenden Klasse, welche in Wien geboren oder dorthin zuständig sind und welche durch Alter, Krankheit oder Unglücksfälle arbeitsunfähig geworden sind.

Dem Gesuche sind beizulegen: Der Nachweis, daß der Bewerber der dienenden oder arbeitenden Klasse angehört oder angehört hat, Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, armenärztliches Zeugnis über die Arbeitsunfähigkeit, Impfnachweis aus den letzten sechs Jahren.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 13. Jänner 1917.**

Verleihungstag: 13. April 1917.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 20. November 1916. 2—3

Zur kulanten Besorgung aller im KURSBLATTE notierten Effekten und Valuten bestens empfohlen.

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz Nr. 11.
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 102. Freitag den 22. Dezember 1916. Jahrgang XXV.

Bezugspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
„ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367 **Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.**

Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1, Stock, Stiege IV.

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Schulerstraße 11.

Gemeinderat.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **19. Dezember 1916**, unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Richard Weiskirchner, des Vize-Bürgermeisters Heinrich Hierhammer und des Vize-Bürgermeisters Franz Hoß.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich konstatiere die Beschlußfähigkeit des Wiener Gemeinderates und erkläre die heutige Sitzung für eröffnet.

1. Entschuldigt sind für die heutige Sitzung die Herren Gem.-Räte Götz, Rupprecht, Schwarz und Hermann; letzterer ist dienstlich verhindert.

2. Meine sehr geehrten Herren!

Schon wieder hat der Tod mit unerbittlicher Gewalt einen Kollegen aus unserer Mitte gerissen. (Die Versammlung erhebt sich.) Am 7. Dezember 1916 starb Gem.-Rat Alois Eder nach langem, schwerem Leiden im 56. Lebensjahre.

Der Verblichene wurde im Jahre 1912 vom 4. Wahlkörper des XIX. Gemeindebezirkes in den Gemeinderat entsendet. Er gehörte dem Heimatrechts- und Bürgerrechts-Ausschusse, dem Grenzregulierungs-, Sommerwohnungs- und Stadtsäuberungs-Ausschusse an und war Mitglied der Rathauskeller-Kommission und der Kontroll-Kommission für das unbewegliche Gemeindevermögen im XIX. Bezirke.

Ob seines geraden Sinnes und seines lauteren Charakters von allen geehrt und geschätzt, beteiligte sich Gem.-Rat Alois Eder an allen die Gemeinde betreffenden Angelegenheiten mit dem lebhaftesten Interesse und anerkennenswertem Eifer; insbesondere hatte die Landwirtschaft und Weinbau betreibende Bevölkerung seines Wahlbezirkes einen warmen Fürsprecher an ihm.

Möge ihm die Erde leicht sein; wir aber werden dem Verewigten immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Ich habe der Witwe des verstorbenen Kollegen namens des Gemeinderates das Beileid ausgedrückt und an der Bahre desselben einen Kranz niederlegen lassen.

Die Herren haben sich zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen erhoben und Sie werden gestatten, daß ich diese Pietätskundgebung dem Protokolle der heutigen Sitzung einverleibe.

3. In der letzten Gemeinderats-Sitzung hat Herr Gem.-Rat Steiner gelegentlich der Debatte über das Kartoffelgeschäft der Gemeinde Wien im Verlaufe seiner Ausführungen die Gestion und die finanzielle Gebarung der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt in Erörterung gezogen und insbesondere die Tatsache als aufklärungsbedürftig bezeichnet, daß die Anstalt trotz des ursprünglich veranschlagten hohen Gebarungsausfalles für die Geschäftsperiode bis 30. Juni 1916 einen, wenn auch geringen Überschuß erzielt habe und im Zusammenhange damit das Verlangen gestellt, daß die Anstalt zur Erstattung eines ähnlichen Rechenschaftsberichtes wie die Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft in Budapest verhalten werde.

Mit Rücksicht darauf hat der Herr Präsidert der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt unterm 6. Dezember ein Schreiben an mich gerichtet, in welchem er die den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Sachlage schildert und mich ersucht, hievon auch dem Gemeinderate Mitteilung zu machen.

In diesem Schreiben heißt es:

„Was vor allem die finanzielle Gebarung der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt anbelangt, so steht dieselbe einerseits unter Aufsicht der in die Anstalt entsendeten Regierungskommissäre, anderseits ist die Regierung auf Grund der ihr periodisch erstatteten Berichte in die Lage versetzt, jederzeit die ihr geboten erscheinende Kontrolle zu üben. Die Anstalt ist, da sie keine Gesellschaft wie die Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft in Budapest ist, nicht zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet (Rufe: Hört! Hört!); trotzdem führt sie ihre Bücher genau wie ein Unternehmer dieser Art und legt ihre Rechnungsabschlüsse regelmäßig der Regierung vor. Die Ziffern dieser Abschlüsse werden übrigens nicht geheimgehalten, vielmehr immer auch dem Beirate der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt vorgelegt, der insbesondere den Rechnungsabschluß bis 30. Juni 1916 in seiner letzten Sitzung mit dem Ausdrucke des Dankes und der Anerkennung zur Kenntnis genommen hat.

Und nun einige aufklärende Worte über die geschäftliche Gebarung und die Preiskalkulation der Anstalt:

Nach der Verordnung vom 27. Februar 1915, R.-G.-Bl. Nr. 47, sollen die Ausgaben der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt in den einfließenden Einnahmen ihre Deckung finden. Die Preise, zu welchen die Anstalt das heimische Getreide zu übernehmen hat, sind von der Regierung bestimmt. Würde dasselbe zur Deckung des gesamten Bedarfes ausreichen, so wäre die Kalkulation ganz einfach. Zu den Getreidepreisen wären die Aufbringungs- und Transportkosten, der Mahllohn und die Regiespesen der Anstalt, die sich übrigens auf nicht mehr als 20 h per Meterzentner belaufen, zuzuschlagen und hiernach würden sich die Mehlpreise bestimmen." (Unruhe.) — Aber ich bitte, wollen die Herren nicht die Güte haben, eine so wichtige Aufklärung des Präsidenten Schonka entgegenzunehmen.

„Die Voraussetzung, daß wir mit dem heimischen Getreide auskommen, trifft aber bekanntlich nicht zu, vielmehr mußte bei der Aufstellung der Kalkulation im August 1915 in ausgedehntem Maße mit ungarischen Zuschüben gerechnet werden, die sich nach den dort geltenden Preisen erheblich höher stellten. Die Differenz mußte, da ein Unterschied in den Mehlpreisen nach Provenienzen selbstverständlich nicht gemacht werden konnte, auf den gesamten Umsatz aufgeteilt werden und dies ist durch eine entsprechende Regulierung der Abgabspreise an die Mühlen geschehen. Dadurch erklärt sich die Tatsache, daß die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt gezwungen ist, das Getreide an die Mühlen zu einem höheren Preise abzugeben, als sie es vom Produzenten übernommen hat.

Im Spätherbst 1915 trat in der Situation eine umwälzende Änderung ein. Das heimische Ernteergebnis erwies sich als ungünstig und auch Ungarn stellte, nachdem es nicht einmal ein Drittel des Durchschnittes der letzten Jahre geliefert hatte, seine Zuschübe vollständig ein. (Rufe: Hört! Hört!) Die Folge war, daß wir uns mit aller Macht auf die einzige noch erübrigende Möglichkeit des Importes aus Rumänien werfen mußten. Dies aber hatte wieder zur Folge, daß wir selbstverständlich mit den noch weitaus höheren Preisen zu rechnen hatten, die wir in Rumänien in Konkurrenz zu den Ententekäufen zahlen mußten. Der Ausfall, der sich nach den damaligen Voranschlägen für die Anstalt ergeben hätte, wurde mit rund 150 Millionen Kronen beziffert."

Die geehrten Herren Obmänner werden sich auch erinnern, daß der ehemalige Ministerpräsident Graf Stürgkh, als wir gegen die Sylvester-Verordnung, betreffend die Mehlpreiserhöhung, protestierten, gleichfalls diese Ziffer, aber sogar mit der Andeutung einer Erhöhung genannt hat.

„Um ihn auszugleichen hätte eine wesentliche Erhöhung der Mehlpreise eintreten müssen. Dies ist dadurch vermieden worden, daß sich die Regierung entschloß, den Abgang zu Lasten der Allgemeinheit zu übernehmen.

So günstig sich die rumänischen Importe entwickelten, so zeigte es sich jedoch bald, daß die Zuschübe speziell an Weizen weit hinter den veranschlagten Ziffern zurückbleiben würden. Der Grund lag darin, daß England bekanntlich allen erreichbaren Weizen in Rumänien damals für seine Rechnung aufkaufen ließ." Hoffentlich kriegen wir jetzt diesen Weizen. (Heiterkeit.)

„Infolgedessen mußten wir an Stelle von Weizen mit Mais vorlieb nehmen, und, da die Preiskalkulation für Mais sich ganz erheblich besser stellte als jene für Weizen, ergab sich hiedurch schon eine ganz bedeutende Reduktion des veranschlagten Ausfalles. So sehr dies vom Standpunkte der finanziellen Gebarung zu begrüßen war, so wenig erfreulich war dies für den Versorgungsdienst als solchen, da die Bevölkerung eben Surrogatmehl statt Edelmehl bekam." — Das haben wir auch alle gespürt.

„Entscheidend war aber schließlich die Tatsache, daß infolge der rumänischen Kriegserklärung ein großer Teil der Importe überhaupt nicht mehr zur Abwicklung kam, wodurch selbstverständlich auch die Belastung entfiel, die hieraus für die Anstalt resultiert hätte. So kam es, daß die Gebarung der Anstalt mit 30. Juni annähernd bilanziert, ja bei Einrechnung der Reserve aus dem Jahre 1915 sogar einen Überschuß ausweist. Selbstverständlich stehen demgegenüber die in Rumänien elocierten Werte und Bestände, die bei Kriegsausbruch dort zurückgelassen werden mußten und für welche die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt im Vereine mit den anderen Zentralen bis auf weiteres belastet bleibt."

Ich bitte, dieses Schreiben des Herrn Präsidenten Schonka zur Kenntnis zu nehmen. Es geht daraus wieder hervor, wie notwendig die öffentliche Besprechung solcher Angelegenheiten ist, da nur auf diese Weise die entsprechende Aufklärung überhaupt beschafft werden kann. (Rufe: Sehr richtig!)

4. Mit Beziehung auf eine Interpellation des Herrn Gem.-Rates Hohensinner habe ich die Ehre mitzuteilen, daß über meine Intervention Se. Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister mir folgendes mitgeteilt hat (liest):

„Mit Beziehung auf die geschätzte Note vom 6. Dezember 1916 beehre ich mich mitzuteilen, daß vom k. u. k. Kriegsministerium einvernehmlich mit dem Ministerium für Landesverteidigung schon vor Einlangen dieser Note die Verfügung getroffen wurde, Ansuchen von zur militärischen Dienstleistung eingerückten Gewerbetreibenden und Kaufleuten um Beurlaubung im Hinblicke auf den gesteigerten geschäftlichen Verkehr zur Weihnachtszeit, dann mit Rücksicht auf den für Geschäftsleute wichtigen Jahresabschluß weitestgehend zu berücksichtigen."

Ich hoffe, daß es auch tatsächlich so gehandhabt werden wird, wie dies Se. Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister in seinem Schreiben erwähnt.

5. Ferner habe ich noch mit Beziehung auf eine Interpellation des Kollegen Kunschak in der letzten Sitzung, welche sich auf die Verhältnisse auf dem Wiener Tabakmarkte beziehen, ein Schreiben des Herrn General-Direktors und Sektionschefs Scheuchenstuel zur Kenntnis der verehrten Herren Kollegen des Gemeinderates zu bringen.

Dasselbe lautet (liest):

„Die General-Direktion hat, um mit den vorhandenen beziehungsweise nachschaffbaren Rohtabaken das Auslangen über Kriegsdauer sicherzustellen, die Erzeugung von Tabakfabrikaten, welche nach Kriegsausbruch bis gegen Ende 1915 unbeschränkt und in forciertem Maße stattgefunden hatte, seit einem Jahre derart eingeschränkt, beziehungsweise kontingentiert, daß das Durchhalten gewährleistet erscheint." Also für die Raucher immer hin eine beruhigende Mitteilung!

„Da also die Erzeugung respektive die Abgabe festgelegt ist, so kann eine Vermehrung der für den Konsum in den Trafiken freizugebenden Tabakfabrikatenmengen anläßlich des Weihnachtsfestes, beziehungsweise behufs Erleichterung der Beschaffung von Weihnachtsliebesgaben für die Truppen im Felde nicht vorgenommen werden.

Die Kontingentierung bedeutet übrigens eine Weniger-Erzeugung nur gegenüber dem forcierten Betriebe, nicht aber gegenüber der Fabrikation eines Friedensjahres, wie aus folgenden amtlich publizierten Ziffern entnommen werden wolle."

Es kommt nun eine Tabelle, welche den Verbrauch in den Jahren 1913 bis 1916 enthält und sich auf Zigaretten, Zigarettentabak, Pfeifentabak und Zigarren bezieht. Ich werde diese Tabelle nicht verlesen, sondern in das Protokoll der heutigen Sitzung aufnehmen.

(Die Tabelle lautet:)

Jänner bis inklusive August	Zigaretten	Zigarettentabak	Pfeifentabak	Zigarren
	1000 Stück	Kilogramm	q	1000 Stück
1913	3,748.425	2,814.428	91.972	731.006
1914	3,852.567	2,735.975	96.603	691.712
1915	3,984.382	2,718.377	84.294	683.476
1916	4,859.617	3,183.088	105.840	919.260

„Aus diesen Ziffern ist zu ersehen, daß die Tabakregie trotz Kontingentierung dem Konsume mehr überweist, als derselbe in normalen Zeiten aufnimmt. Und selbst wenn man diejenigen Mengen ausscheidet, welche für die Truppen im Felde bestimmt sind, so verbleibt für die Raucher im Hinterlande unter Berücksichtigung ihrer gegenüber Friedenszeit geringeren Zahl mindestens das gleiche Tabakfabrikatenquantum wie in einem Friedensjahre.

Demgegenüber wird allerdings immer auf den tatsächlichen Mangel an Rauchmaterial in den öffentlichen Verschleißstellen hingewiesen. Die General-Direktion kann jedoch, da das Verschleißwesen nicht in ihre Kompetenz, sondern in diejenige der Verschleißbehörden (Finanz-Bezirks-Direktion, Finanz-Landes-Direktion, Finanzministerium) fällt, auf die Ursachen des Rauchmaterialmangels in den Trafiken nicht eingehen, sondern vermag nur darauf hinzuweisen, daß die Tätigkeit der Tabakregie mit der Ausfolgung der Tabakfabrikate ab Verschleißmagazin beendet ist und daß ihr darauf, was sodann mit den Fabrikaten geschieht, kein Einfluß zusteht und darum auch keine Verantwortung dafür zufällt.

Zum Schlusse möchte ich nur noch bemerken, daß selbst die Überlassung größerer Tabakfabrikatenmengen an den Verschleiß im Sinne des Herrrn Interpellanten keine Gewähr dafür böte, daß den Soldaten im Felde reichlichere Liebesgaben an Rauchmaterial zukämen, weil keine Kontrolle darüber besteht, was die Konsumenten mit den größeren Einkäufen von Tabakfabrikaten beginnen würden.

Übrigens besteht trotz der Materialknappheit in den Trafiken die Möglichkeit, Tabakfabrikate als Liebesgaben den Truppen im Felde zu spenden, und zwar in der Weise, daß der Geldbetrag als Spende beim Kriegsfürsorgeamt (IX., Berggasse 16) erlegt wird, worauf letzteres die Möglichkeit hat, um diesen Geldbetrag Rauchmaterial unmittelbar bei der General-Direktion zu beziehen und dasselbe an die Truppen, denen die Spende zugedacht ist, im Namen des Spenders zu schicken.

Es bleibt dem Ermessen Euer Exzellenz anheimgegeben, von dem Inhalte dieser Interpellationsbeantwortung in einer dem öffentlichen Interesse an dem Gegenstande entsprechenden Weise Gebrauch zu machen."

Ich bin daher gezwungen, mich nunmehr an die Finanzbezirks-Direktion zu wenden, weil wir darüber nicht hinauskommen, daß die meisten Anstellungen bei der Spezialitäten-Trafik in der Innern Stadt und bei den verschiedenen Trafiken in den Bezirken stattfinden.

Ich werde von den weiteren Schritten den Gemeinderat in Kenntnis setzen.

6. Der Wiener Frauen-Erwerb-Verein spricht für die Verleihung der Großen goldenen Salvator-Medaille seinen Dank aus.

7. Spenden habe ich zu verzeichnen (liest):

„Herr Georg Meichl, Brauereibesitzer, XI., Dittmannsgasse 5, widmet anläßlich des Weihnachtsfestes den Betrag von 400 K zur Verteilung an Arme des XI. Bezirkes.

Herr Dr. Gustav Bodirsky, Hof- und Gerichtsadvokat, XIV., Mariahilferstraße 178, übergibt als Erbenvertreter und Testamentsvollstrecker des am 31. Mai 1916 verstorbenen Franz Kostner den Betrag von 1000 K zur Verteilung an die würdigsten Armen des XIV. Bezirkes.

Frau Gemeinderat Emma Schwarz-Hiller widmet aus ihr zur Verfügung gestellten Geldern 1000 K für die Kinderübernahmsstelle in der Siebenbrunnengasse zur Weihnachtsbeteilung, da auch die Flüchtlingskinder dortselbst sehr liebevoll behandelt werden.

Herr Georg Schneider, Fabrikant, VI., Königseggasse 6, spendet 200 K für die Armen des VI. Bezirkes."

Der Gemeinderat spricht für diese Spenden den verbindlichsten Dank aus.

Es sind Interpellationen überreicht worden, um deren Verlesung ich bitte.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

8. Anfrage des Gem.-Rates Schlechter:

In letzterer Zeit werden im Publikum immer mehr und mehr Behauptungen laut, daß trotz der Einführung der Brot-, Mehl- und Fettkarten sich manche Konsumenten größere Quantitäten von den genannten Artikeln ohne Erlag der bezüglichen Karten verschaffen können, wenn sie einen höheren Preis als den festgesetzten bezahlen.

Wenn dieses richtig ist, so wird hiedurch die große Masse der Bevölkerung benachteiligt, welche sich nur mit schwerer Mühe namentlich Fettstoffe, wie Schweinefett, Filz, Speck, Butter u. dgl. unter Erlag der bezüglichen ämtlichen Kartenabschnitte verschaffen kann.

Was diese Fettstoffe anbelangt, so ist es schon zur Regel geworden, daß in den betreffenden Verkaufsgeschäften die Tafeln mit der Aufschrift: „Filz und Schmalz ausverkauft" — „Butter ausverkauft", beinahe permanent angebracht sind. Es kann auch konstatiert werden, daß speziell Schweinefleisch in der Art verkauft wird, daß solches, welches eine größere Schichte Fett enthält, zu einem den Höchstpreis übersteigenden Betrag zum Verkaufe gelangt.

Was die Fettstoffe weiters anbelangt, so ist es gewiß höchst bedauerlich, wenn beispielsweise auch Gänsefett im ausgelassenen Zustande mit 24 K per Kilo bezahlt werden muß.

Bei der durch die geschilderten Zustände hervorgerufenen Kalamität in den Fettstoffen erscheint es notwendig, daß eine Verordnung erlassen werde, welche den geschilderten Umständen in dieser Richtung steuert.

Es wird daher an den sehr geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage gestellt:

Ob er nicht geneigt wäre, bei dem Ernährungsamte dahin zu wirken, daß bezüglich der Fettstoffe eine Verordnung erscheint, durch welche alle ungehörigen Manipulationen zur Abstellung gelangen könnten.

Bürgermeister: Die Interpellation berührt ja allgemein bekannte Mißstände und Übelstände. Es ist bekannt, daß die Bestimmungen der bestehenden Verordnungen über die Fettversorgung sowohl hinsichtlich der Höchstpreise, als auch hinsichtlich der Abgabe von Fett gegen Fettkartenabschnitte aus den verschiedensten Ursachen insbesondere aber, weil die Verordnung über die Höchstpreise für Schweine in Ungarn nicht gehandhabt wurde, derzeit nicht eingehalten werden können. Höchstpreise für Gänsefett bestehen überhaupt nicht; ihre Erlassung hätte übrigens wohl nur dieselbe Folge wie die Festsetzung von Höchstpreisen für andere nicht staatlich bewirtschaftete Lebensmittel, daß nämlich auch dieser Fettstoff aus dem Verkehre verschwinden und so die ohnedies so schwierige Lage der Fettversorgung erschweren würde.

Um aber die Versorgung der Bevölkerung mit Fettstoff, soweit als es überhaupt möglich ist, in geregelte Bahnen zu bringen, hat das Volksernährungsamt bereits einige Anordnungen getroffen, und zwar unter anderem zunächst folgende:

Die Herren werden erlauben, daß ich einige Maßnahmen anführe:

1. Der Ankauf von lebenden Fettschweinen in Ungarn wird ausschließlich in der Hand der Österreichischen Zentral-Einkaufsgesellschaft zentralisiert; die von ihr aufgebrauchten Schweine werden nach einem festgesetzten Schlüssel auf die Kronländer Österreichs und Wien aufgestellt. Die für Wien bestimmten Schweine werden von der neugebildeten „Vereinigung für die Verarbeitung der ungarischen Schweine in Wien" geschlachtet; diese läßt das Fett vom Fleische trennen und beide Schweineprodukte nach den Weisungen der bereits eingesetzten Borstenvieh-Kommission zu den gesetzlichen Großhandelspreisen an die Wiener Fleischselcher und Selchwaren-Verschleißer verteilen, welch letztere wieder Schweinefleisch und Schweinefett nur zu den gesetzlichen Kleinhandelspreisen — Fett überdies nur gegen Abtrennung der entsprechenden Fettkartenabschnitte — an unmittelbare Verbraucher abgeben dürfen. Ein eigener Kontrolldienst für die Fettkartengebarung wurde eingeführt. Die genannten Körperschaften haben ihre Tätigkeit bereits begonnen.

Ich glaube es ist dies mindestens ein Versuch in diese anarchistischen Verhältnisse einigermaßen Ordnung zu bringen.

2. Um eine gleichmäßige Verteilung der zur Verfügung stehenden Butter herbeizuführen, wird eine „Zentralstelle für die Verteilung der Butter in Wien" eingesetzt; diese wird ihre Tätigkeit bereits in den nächsten Tagen beginnen.

Selbstverständlich werden durch diese Anordnungen die in der Interpellation mit Recht beklagten Übelstände nur zum Teile aus der Welt geschafft. Die Erlassung weiterer autoritativer Maßregeln steht bevor, um die Fettversorgung Wiens, soweit dies überhaupt möglich ist, zu regeln.

Die Herren können überzeugt sein, daß ich mit meinen Kollegen im Präsidium und mit den Obmännern der Parteien alles aufbieten werde, um die Sache in einer für die Bevölkerung bestmöglichen Weise zu ordnen.

Aber, meine Herren, wo halt der Mangel ist, kann auch der größte Diktator der Lebensmittelernährung nicht mehr Produkte zur Verteilung bringen als eben da sind.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

9. Anfrage des Gem.-Rates Hohensinner:

Der Herr Bürgermeister hat in der letzten Sitzung dem Gemeinderate die Mitteilung gemacht, daß die Angestellten neuerlich eine Kriegszulage erhalten werden.

Bei der letzten Kriegszulage sind die Pensionisten sehr kärglich bedacht worden, die mit Pensionen von über 5000 K wurden ganz übergangen.

Die Teuerung ist aber eine so furchtbare, daß es unbedingt notwendig ist, diesmal alle Pensionisten zu berücksichtigen.

Da bei Beratung der Vorlage Abänderungs- und Zusatz-Anträge keine Aussicht auf Annahme haben, so erlaubt sich der Unterzeichnete schon jetzt darauf hinzuweisen, daß alle Pensionisten Berücksichtigung finden müssen und fragt den Herrn Bürgermeister:

Ob er geneigt ist, dafür einzutreten, daß sämtliche Pensionisten dieselben Kriegszulagen erhalten wie die aktiven Angestellten?

Bürgermeister: Meine sehr geehrten Herren! Wie ja den Obmännern der Gemeinderatsparteien in den Sitzungen bekannt wurde, behandeln wir bereits seit Wochen die Frage der Erhöhung der Kriegszulagen für die städtischen Beamten, Lehrer und alle sonstigen Angestellten der Gemeinde Wien. Bei diesen Beratungen ist selbstverständlich auch der Pensionisten gedacht worden und es wurde auch in der Obmänner-Konferenz zugestimmt, daß das Limito nach oben mit 5000 K aufhört und den Pensionisten ohne Rücksicht auf ihre Gesamtbezüge Kriegszulagen gewährt werden. Es wurde auch bereits zugestimmt, daß die Kriegszulagen durchwegs erhöht werden.

Es ist aber eigentümlich, daß Herr Gem.-Rat Hohensinner immer erst in dem Augenblicke interpelliert, wo die Sache schon reif ist, und es macht fast den Eindruck, als ob er den Schein erwecken wollte, daß es ausschließlich sein Verdienst ist, wenn etwas angenommen wird, was längst nicht nur von der Majorität allein, sondern von der Majorität im Vereine mit seinen engeren Parteigenossen beschlossen worden ist. Es gibt bei uns Politiker, welche immer nur einen gewissen Schein erwecken wollen und es scheint, als ob auch Herr Gem.-Rat Hohensinner — kriegsmäßig ausgedrückt — zu dieser „Kompagnie der Scheinwerfer" gehören würde. (Lebhafte Heiterkeit.)

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

10. Anfrage des Gem.-Rates Hohensinner:

Seit einiger Zeit macht sich in Wien ein empfindlicher Kohlenmangel bemerkbar. Viele Kohlengeschäfte sind gesperrt, vor den offenen Geschäften stellen sich die Leute in langen Reihen an und erhalten dann oft nur 5 oder 10 kg.

Heute wurde Wien wieder in angenehmster Weise überrascht: Die Kohlenpreise erfahren eine neuerliche Steigerung. Diese wird amtlich begründet mit den vermehrten Selbstkosten, es wird aber die gewiß berechtigte Frage nicht beantwortet, warum die Gewinne der Grubenherren ins Phantastische wachsen. Der Sohn, der Vater wird aus der Familie herausgerissen und den feindlichen Kugeln gegenübergestellt, dem Landmann wird sein Getreide, sein Vieh beschlagnahmt, dem Geschäftsmanne werden Höchstpreise diktiert, gibt es keinen Menschen, der den Kohlenbaronen soviel Solidaritätsgefühl beibringen würde, daß sie in der Zeit des Existenzkampfes des Staates auf steigende Gewinne verzichten und sich mit den in Friedenstagen erzielten Profiten begnügen?

Der Unterzeichnete erlaubt sich an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

Was bisher in Wien vorgesehen wurde, um der Kohlennot zu begegnen, und ob er geneigt ist, an zuständiger Stelle zu erklären, daß die Bevölkerung diese neuerliche Belastung nicht mehr tragen kann.

Bürgermeister: Ich möchte den Herrn Gem.-Rat Hohensinner einladen, die im Amtsblatte veröffentlichten Protokolle der Obmänner-Konferenzen geneigtest einer freundlichen Durchsicht zu unterziehen, er wird daraus ersehen, was die Parteien des Gemeinderates in Einigkeit zusammengearbeitet haben, um dem Kohlenbedürfnisse Wiens zu entsprechen.

Ich komme nun auf die einzelnen Punkte der Interpellation zu sprechen.

Zu 1. Zur Deckung des Kohlenbedarfes auf den städtischen Kohlenlagerplätzen sind über Ansuchen der Gemeinde Wien seitens des k. k. Ministeriums für öffentliche Arbeiten am 15. November, 23. November und 9. Dezember Anforderungen ergangen.

Nach den beiden ersten Anforderungen wären seitens verschiedener Bergwerksunternehmungen des nordwestböhmischen Braunkohlenreviers täglich etwa 60 Eisenbahnwagen an die Gemeinde Wien zu liefern.

Die Anlieferung ist jedoch abhängig von der Wagenbeistellung, die auf große Schwierigkeiten stößt.

Es war daher im Laufe der letzten Monate die Kohlenabgabe auf den städtischen Kohlenlagerplätzen nur in beschränktem Umfange möglich. Derzeit ist die Kohlenabgabe auf 250 kg, beziehungsweise 50 und 25 kg eingeschränkt.

Nach der Anforderung vom 9. Dezember 1916 sollen aus dem Ostrau-Karwiner Reviere und aus Westböhmen Steinkohle und aus Nordwestböhmen Braunkohle von zusammen 1500 t täglich geliefert werden. Auch hier ist die Beistellung der erforderlichen Wagen Voraussetzung für die Lieferung.

Abgesehen von einzelnen Sendungen sind Kohlen auf Grund dieser Anforderung bisher nicht angekommen.

Unter diesen Umständen ist die Gemeinde derzeit nur imstande, den Kohlenbedarf der armen Bevölkerung zur Not zu decken, obwohl sich der Kohlenmangel in allen Kreisen der Bevölkerung bemerkbar macht.

Das k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten, sowie die Nordbahn-Direktion haben sich zwar bemüht, die Zufuhr oberschlesischer Kohle zu heben und es fanden hierüber wiederholt Verhandlungen mit der deutschen Regierung statt.

Ich habe nicht versäumt, auch zum deutschen Botschafter zu gehen und ihn zu ersuchen, daß er im Interesse der Versorgung der Zweimillionenstadt auch seinerseits der deutschen Regierung berichte, und ihm meine Bitte übermittelt, in dieser Beziehung mit allem Nachdrucke den Export aus Ober-Preußisch-Schlesien zu fördern.

Es hatte in den letzten Tagen den Anschein, als ob in der Kohlenzufuhr aus Ober-Schlesien eine Besserung eintreten sollte. Am Nordbahnhofe wurden zum Beispiel in der Zeit vom 6. bis 10. nur 861 Wagen entladen, während in der Zeit vom 12. bis 16. Dezember 1168 Wagen ausgeladen wurden. Also immerhin eine Steigerung von nahezu 300 Waggons.

Ob diese Besserung anhaltend sein wird oder nur auf einem Zufalle beruht, läßt sich noch nicht feststellen.

Die Ausfuhr aus dem Nordbahnhofe, die in der vergangenen Woche infolge der dauernden Einschränkung der Abgabe seitens der Großkohlenhändler gegenüber dem Vorjahre um rund 70 000 q geringer war, wird sich vielleicht im Laufe dieser Woche mit Rücksicht auf den etwas erhöhten Zulauf und die Regulierung der Preise bessern.

Bezüglich der zweiten Frage — der Preiserhöhung für Steinkohle — wird berichtet, daß die Forderung der Großkohlenhändler nach Preiserhöhung mit Rücksicht auf die erhöhten Grubenpreise, den Stand der Valuta und der Erhöhung der Regie nicht unberechtigt erschien.

Also in dieser Beziehung bitte ich, sich an den neu zu ernennenden Handelsminister zu wenden.

Über das Ausmaß der Preiserhöhung, die seitens des Handelsministeriums zugestanden wurde, fanden in dem genannten Ministerium langwierige Verhandlungen statt, auf Grund welcher die bekannte Preiserhöhung zugestanden wurde, an denen ich nicht teilnahm, denn bekanntlich wird die Gemeinde Wien bei solchen Angelegenheiten nicht gefragt.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

11. Anfrage des Gem.-Rates Gusseubauer:

Seit Eintritt der Kriegsverhältnisse sind die Preise für die sämtlichen Schulbedarfsartikeln in fortwährender Steigerung begriffen. Diesem Umstande Rechnung tragend, soll auch das den Wiener Schulleitungen zur Anschaffung von Schulbedarfsartikeln zur Verfügung gestellte sogenannte unverrechenbare „Schulpauschale" eine den Kriegsverhältnissen angepaßte zeitgemäße Regelung erfahren. Diese Angelegenheit ruht jedoch seit Monaten im Wirtschaftsamte und die Schulleitungen warten schon seit einem Jahre auf eine Erledigung.

Es wird daher die Anfrage gestellt:

Ob der sehr geschätzte Herr Bürgermeister geneigt wäre, diese Angelegenheit baldigst einer Erledigung zuzuführen?

Bürgermeister: Ich habe über diese Interpellation Erhebungen gepflogen. Der betreffende Akt liegt beim städtischen Wirtschaftsamte und ich werde ihn sofort betreiben, damit die Erledigung rasch vor sich geht.

Ich bitte aber die geehrten Herren, hier Nachsicht zu üben; wir kämpfen derart mit Personalmangel, daß ich in manchen Beziehungen schon Angst habe, ob die Beamten diesen Dienstanforderungen auf die Dauer entsprechen können.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

12. Anfrage des Gem.-Rates Kronek:

In jüngster Zeit mehren sich die Fälle, daß Schulkinder und halbwüchsige Jungen, wenn die Schaffnerin im Wagen mit der Kartenausgabe beschäftigt ist, auf die Straßenbahnwagen aufspringen, eine Strecke weit mitfahren und beim Herannahen eines Gegenzuges abspringen.

Mit Rücksicht auf das Überhandnehmen dieses Unfuges, welcher leicht zu schwerer Verunglückung führen kann, erlaube ich mir die Anfrage:

Ist Se. Exzellenz der verehrte Herr Bürgermeister, geneigt, eventuell im Einvernehmen mit der Polizeibehörde, geeignete Maßnahmen zu treffen, daß dieser Unart mit strengen Maßregeln entgegengetreten wird, und die Schulleitungen zu ersuchen, die Schulkinder auf das Gefährliche dieses Übermutes aufmerksam zu machen?

Bürgermeister: Ich werde dem Wunsche des Herrn Interpellanten gerne entsprechen, weil auch ich diese Vorfälle außerordentlich beklage.

Es sind Anträge überreicht worden, um deren Bekanntgabe ich bitte.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

13. Antrag des **Gem.-Rates Skaret** und Genossen:

Bei der starken Frequenz der 18er-Linie der städtischen Straßenbahn kommt es häufig vor, daß eine größere Zahl von Passagieren, die Ecke des Margaretengürtels und der Flurschützstraße auf die 62er-Linie Hetzendorf – Lainz umsteigen wollen, auf freiem Felde oft 20 Minuten bis zu einer halben Stunde, wenn die 62er-Linie Störungen hat, was sehr häufig der Fall sein soll, in Wind und Wetter warten müssen.

Auf Grund von wiederholten Beschwerden, die in dieser Richtung laut geworden sind, stelle ich den Antrag:

Ecke Margaretengürtel und Flurschützstraße, bei der Umsteigstelle von der 18er- auf die 62er-Linie, ist ein, wenn auch noch so primitives Wartehäuschen mit entsprechendem Fassungsraume ehestens aufzustellen.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

14. Antrag des **Gem.-Rates Paukitschke** und Genossen:

Die „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" hat mit der pietätvollen Ausstattung der Aufbahrungs- und Einsegnungshalle auf dem Zentral-Friedhofe einem längstgefühlten Bedürfnisse entsprochen, und die außerordentliche Inanspruchnahme dieser Einrichtungen bezeugt, wie dringend notwendig diese in so ernster Zeit, wo der Tod so reiche Ernte hält, gewesen ist.

Was sowohl die Ausstattung der Aufbahrungs- als auch der Einsegnungshalle anbelangt, wurde alles in stil- und pietätvollster Weise hergestellt und auch das liturgische Verständnis der Einsegnungsgebete in dankenswerter Weise dadurch gehoben, daß die Gebete des Priesters — in die deutsche Sprache übersetzt — auf den Kniebänken in der Einsegnungskapelle aufliegen und den Andächtigen zur Verfügung stehen.

Nur fehlt bei größeren Begräbnissen und zur Einleitung eines allfälligen Trauergesanges eine Orgel auf dem Chore der Einsegnungskapelle.

Die Gefertigten erlauben sich daher das Ersuchen zu stellen:

Die Verhandlungen zu pflegen, daß in der Einsegnungskapelle auf dem Zentral-Friedhofe eine Orgel aufgestellt oder, wenn dies derzeit unausführbar wäre, einstweilen ein größeres Harmonium angeschafft werde.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrat.

Wir schreiten nunmehr zur Erledigung der Tagesordnung.

Ich bitte Herrn Vize-Bürgermeister Hoß zum Referate.

15. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 11650, Post 2. Weihnachtsgaben an eingerückte Gemeindeangestellte.

Den zur militärischen Dienstleistung eingerückten Gemeindeangestellten, auf welche die Vorschrift im Anhange II zur Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten und -Diener der Stadt Wien (Auflage 1916) nicht Anwendung findet, die aber auf Grund anderer normativer Bestimmungen während ihrer gegenwärtigen militärischen Dienstleistung im Bezuge eines Teiles ihres Gehaltes (Lohnes) geblieben sind, soll — falls sie Familienerhalter im Sinne dieser normativen Bestimmungen sind, für den Monat Dezember 1916 die Ergänzung ihres Bezuges auf den einmonatigen Gehalt (Lohn) als Weihnachtsgabe bewilligt werden.

Ich bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß: Den zur militärischen Dienstleistung eingerückten Gemeinde-Angestellten, auf welche die Vorschrift im Anhange II zur Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten und -Diener der Stadt Wien (Auflage 1916) nicht Anwendung findet, die aber auf Grund anderer normativer Bestimmungen während ihrer gegenwärtigen militärischen Dienstleistung im Bezuge eines Teiles ihres Gehaltes (Lohnes) geblieben sind, wird, falls sie Familienerhalter im Sinne dieser normativen Bestimmungen sind, für den Monat Dezember 1916 die Ergänzung ihres Bezuges auf den einmonatigen Gehalt (Lohn) als Weihnachtsgabe bewilligt.

16. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 11673, Post 3. Weihnachtsgaben für Ausmesser und Vermessungshilfsarbeiter.

Den Ausmessern und Vermessungshilfsarbeitern, die länger als ein Jahr dienen, soll eine Weihnachtsgabe von je 20 K, jenen Vermessungshilfsarbeitern, die eine kürzere Dienstzeit haben, eine solche von je 10 K bewilligt werden.

Ich bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß: Den Ausmessern und Vermessungshilfsarbeitern, die länger als ein Jahr dienen, wird eine Weihnachtsgabe von je 20 K, jenen Vermessungshilfsarbeitern, die eine kürzere Dienstzeit haben, eine solche von je 10 K bewilligt.

17. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 11649, Post 4. Weihnachtsgaben und Vorausbezahlung der Dezemberbezüge einiger Gruppen von Angestellten.

Es wird beantragt (liest):

„1. Folgende Gruppen städtischer Angestellter erhalten unter der Voraussetzung, daß sie bereits über ein Jahr im Dienste der Gemeinde Wien stehen, Weihnachtsgeschenke, und zwar:

a) die Diurnisten der Stadtbuchhaltung gemäß dem Vorschlage des Stadtbuchhaltungs-Direktors, ferner die Zeichner des Stadtbauamtes, insofern ihnen ein Taggeld von höchstens 5 K gebührt, je 40 K;

b) die Kanzleidiurnisten, die Diurnisten des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes, die Säuglingspflegerinnen und die weiblichen Kanzleihilfskräfte je 30 K;

c) die Kanzleigehilfen und die Kanzleihilfsdiener je 10 K.

Die zur militärischen Dienstleistung eingerückten Angestellten sind hierin nicht inbegriffen.

2. Den provisorischen Bediensteten des Magistrates mit monatlich oder halbmonatlich im nachhinein fälligen Bezügen sind die mit 31. Dezember 1916 fälligen Bezüge schon am 23. Dezember 1916 flüssig zu machen.

3. Für das unbedeckte Mehrerfordernis von 1890 K wird zur Ausgabs-Rubrik III 21 ein erster Zuschußkredit in gleicher Höhe bewilligt."

Ich bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß: Der vorstehende, vollinhaltlich zur Verlesung gelangte Referenten-Antrag.

18. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 11451, Post 5. Bewillung eines Zuschußkredites zur Ausgabs-Rubrik III 18 „Zeitliche Aushilfen für Beamte und Diener".

Mit Rücksicht auf die Verhältnisse soll der Betrag um 50.000 K erhöht werden.

Ich bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußkredites von 50.000 K zur Ausgabs-Rubrik III 18 „Zeitliche Aushilfen für Beamte und Diener".

19. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 11370, Post 6. Bewilligung von Subventionen für Gartenbau- und Verschönerungsvereine und für den Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz in Niederösterreich pro 1916.

Die Verhältnisse haben sich nicht geändert und sollen daher wie in den früheren Jahren die im Verzeichnisse enthaltenen Subventionen gegeben werden.

Ich bitte um die Annahme der Anträge.

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß: Bewilligung der vom Stadtrate in seiner Sitzung vom 7. Dezember 1916, P. Z. 11370, genehmigten, im Amtsblatte Nr. 100 auf Seite 2616 bereits veröffentlichten Subventionen.

20. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 11763, Post 7. Bewilligung von Subventionen für Tierschutzvereine, den Reichsverein für Bienenzucht, die K. k. österreichische Fischerei-Gesellschaft, Wein- und Obstbauvereine, Geflügel- und Kaninchenzüchtervereine 2c.

Auch hier sollen wie in den früheren Jahren Subventionen bewilligt werden.

Ich bitte ebenfalls um die Annahme der Anträge.

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß: Bewilligung der vom Stadtrate in seiner Sitzung vom 14. Dezember 1916, P. Z. 11763, genehmigten, im Amtsblatte Nr. 101 auf Seite 2652 bereits veröffentlichten Subventionen.

21. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 11766, Post 8. „Österreichischer Arbeitgeber-Hauptverband" um eine Subvention.

Es wird beantragt, dem Österreichischen Arbeitgeber-Hauptverbande pro 1916 eine Subvention von 500 K zu bewilligen, und zwar hauptsächlich zur Förderung der Arbeitsvermittlung.

Der Verein hat nachgewiesen, daß er im letzten Jahre tatsächlich entsprechende Arbeitsvermittlungen vorgenommen hat.

Ich bitte um die Annahme des Antrages.

Bürgermeister: Zu diesem Punkte hat sich Herr Gem-Rat Skaret kontra gemeldet.

Gem.-Rat Skaret: Dieser Antrag beweist so recht klar, was für eine Bewandtnis es manchmal mit dieser Subventionsschnorrerei bei der Gemeinde hat. Der Österreichische Arbeitgeber-Hauptverband ist seinerzeit als Gegenorganisation gegen die organisierten Arbeiter gegründet worden. Das kann man den Arbeitgebern nicht zum Vorwurf machen, denn sie haben gewiß nach den Staatsgrundgesetzen das Recht dazu. An der Spitze des Österreichischen Arbeitgeber-Hauptverbandes steht aber nach dem Amtskalender der Architekt Bernhard Ludwig, Stellvertreter sind der Spiegelfabrikant Johann Arminger und ein Tücherfabrikant. Von allen Fabrikanten kann man gewiß nicht sagen, daß es ihnen im Kriege schlecht geht, ich glaube vielmehr, daß man bei der Mehrheit von ihnen sagen kann, daß es ihnen im Kriege verhältnismäßig gut geht. Wenn man nun erleben muß, daß diese Leute zur Förderung ihrer Arbeitsvermittlung um eine Subvention an die Gemeinde herantreten, also hier schnorren, dann muß ich schon sagen, das übersteigt alle Grenzen dessen, was wir in diesem Saale überhaupt noch erwarten können.

Wie schaut es aber in diesem Arbeitgeber-Hauptverbande aus? Dieser Verband hat im Frieden überhaupt nichts geheißen. Die Arbeitsvermittlung ist in der Weise gepflegt worden, daß zum Beispiel qualifizierte Arbeiter in die Arbeitsvermittlung des Holzarbeiterverbandes kamen. Die Unternehmer des Arbeitgeber-Hauptverbandes sind um qualifizierte Arbeiter ebenfalls zum Holzarbeiterverbande in die Arbeitsvermittlung gekommen. Wenn dann der Arbeiter zum Arbeitgeber kam, schickte ihn dieser erst zum Österreichischen Arbeitgeber-Hauptverband, damit er sich von der Arbeitsvermittlung die Bestätigung hole, dann erst könne ihn der Arbeitgeber aufnehmen. Der Holzarbeiterverband hat die betreffenden Arbeiter auf Grund direkten Ersuchens des Unternehmers vom Arbeitgeber-Hauptverband vermittelt. Der Arbeitgeber schickte dann den Arbeiter in die Arbeitsvermittlung des Arbeitgeber-Hauptverbandes, damit er sich dort die Bestätigung hole, daß die Arbeitsvermittlung die Vermittlung besorgt hat. Das war in der Friedenszeit, wo die Arbeitsvermittlung unter Umständen noch etwas zu vermitteln hatte. Momentan steht aber die Sache so, daß man von einer Arbeitsvermittlung des Arbeitgeber-Hauptverbandes überhaupt nicht sprechen kann. Wenn die Unternehmer-Organisationen sagen, es handle sich um eine Förderung ihrer Arbeitsvermittlung, so ist eine Förderung doch nur dann möglich, wenn überhaupt jemand zum vermitteln da ist. Daß der Österreichische Arbeitgeber-Hauptverband wegen Förderung seiner Arbeitsvermittlung an die Gemeinde um eine Subvention herantritt, übersteigt wirklich alles, was wir bisher auf diesem Gebiete erlebt haben.

Ich will mich auf die Charakteristik dieses einen Falles beschränken und plaidiere für die Ablehnung dieses Antrages.

Bürgermeister: Wünscht noch einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Ich kann die angeführten Fälle nicht untersuchen, aber tatsächlich sind Arbeitsvermittlungen für Gewerbetreibende erfolgt. Aus dem Nachweise ergibt sich, daß ihnen tatsächlich brauchbare Kräfte zugeführt wurden, daher war die Arbeitsvermittlung gewiß im Interesse des Gewerbestandes tätig. Daß in einer so schweren Zeit viel weniger Kräfte zu vermitteln sind, ist selbstverständlich. Umso schwieriger ist es, entsprechende Leute zu bekommen.

Wir werden Gelegenheit haben, im nächsten Jahre zu prüfen, ob die Verhältnisse noch dieselben sind; für heuer bitte ich aber, diese Subvention zu bewilligen.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich muß den positiven Antrag des Herrn Referenten zur Abstimmung bringen. Diejenigen Herren, die der Meinung des Herrn Kollegen Skaret sind, werden eben nicht dafür stimmen.

Diejenigen Herren, welche für den Referenten-Antrag stimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Mehrheit der Antrag des Herrn Referenten erscheint angenommen.

Beschluß: Dem österreichischen Arbeitgeber-Hauptverband wird pro 1916 zur Förderung der Arbeitsvermittlung eine Subvention von 500 K bewilligt. Die Ausgabe ist auf Rubrik XXXVIII 6 b bedeckt.

22. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 11765, Post 9. Deutsche Hauptstellenvermittlung Österreichs um eine Subvention.

Es wird beantragt, so wie im Vorjahre eine Subvention von 200 K zu bewilligen.

Ich bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte vorgemerkt, es wird keine Einwendung erhoben, der Antrag des Herrn Referenten erscheint daher angenommen.

Beschluß: Der „Deutschen Hauptstellenvermittlung Österreichs", VI., Matrosengasse 9, wird pro 1916 eine Subvention von 200 K bewilligt. Die Ausgabe ist auf Rubrik XXXVIII 6 b bedeckt.

23. Referent Vize-Bürgermeister Hoß: Zahl 11900, Post 10. Verein „Kinderschutzstationen" um eine Weihnachtssubvention.

Es wird beantragt, diesem Vereine so wie im Vorjahre eine Subvention im Betrage von 2000 K zu bewilligen.

Ich bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte vorgemerkt, es wird keine Einwendung erhoben, der Antrag des Herrn Referenten erscheint daher angenommen.

Beschluß: Dem Vereine „Kinderschutzstationen" wird wie im Vorjahre eine Weihnachtssubvention von 2000 K bewilligt. Die Ausgabe ist auf Rubrik XXXVIII 6 b bedeckt.

Bürgermeister: Ich bitte Herrn Vize-Bürgermeister Rain zum Referate.

24. Referent Vize-Bürgermeister Rain: Zahl 11965, Post 11. Verwaltungsbericht und Bilanz der städtischen Leichenbestattung.

Aus dem Verwaltungsberichte ergibt sich, daß das vergangene Geschäftsjahr ein günstiges zu nennen ist, obwohl das Unternehmen vom Anbeginn des Geschäftsjahres gewaltige Schwierigkeiten infolge der Einberufungen zu überwinden hatte; dennoch wurde eine bedeutende Anzahl von Geschäften abgeschlossen und so ergibt sich ein günstiges Ergebnis gegenüber des Voranschlages.

Das Leichenbestattungsunternehmen hatte sowohl unter dem Personal- wie unter dem Pferdemangel zu leiden und so mußte bei einer Anzahl von Leichenbegängnissen von einer größeren Bespannung abgesehen werden, es konnten die Leichen nicht im klassenmäßigen Ausmaße durchgeführt werden. Insgesamt wurden im vergangenen Jahre 3930 Kriegerleichen beerdigt, was eine gewaltige Mehrleistung darstellt; anderseits wurden 666 Überführungen von Militärleichen durchgeführt.

Es war naturgemäß, daß infolge der allgemeinen Teuerung besonders der Futtermittel, eine Erhöhung der bestehenden Tarife erfolgen mußte. Die Aufschläge wurden auf die Tarife der I. bis V. Klasse durchgeführt, wobei der Stadtrat auf dem Standpunkte stand, daß bei der VI. Tarifklasse eine Erhöhung unterbleiben mußte, und zwar mit Rücksicht auf die minder bemittelte Bevölkerung dieser Kreise.

Die Bilanz weist ein Debitorenkonto von 50.000 K aus. Uneinbringliche Abschreibungen betrugen nur 1660 K, so daß man sagen kann, daß der Erfolg des Verwaltungsjahres ein sehr günstiger war, wodurch auch der Reingewinn um 18.000 K höher als im Vorjahre wurde. Die Schremser Torfstreu- und Torfmullfabrik hat durch steigende Nachfrage für den Heeresbedarf seitens der Zivil- und Militärbehörden eine bedeutende Steigerung der Leistungsfähigkeit gezeigt.

Seitens der Regierung wurde ein Zusammengehen sämtlicher Torfindustrien geplant und das Ergebnis dieser Absicht der Regierung war die Schaffung einer allgemeinen Abgabestelle, welche zur Folge hatte, daß auch in diesem Artikel eine bedeutende Teuerung Platz gegriffen hat.

Die Gemeindeverwaltung ist dieser Vereinigung nicht beigetreten, nachdem der größte Teil der Fabrikation in eigenen Betrieben verwendet wird und anderseits auch die Produktionskosten sich nicht bedeutend erhöht haben; der Reinertrag dieses Unternehmens war 18.800 K und ist somit um 8800 K höher gewesen, als im Voranschlag vorgesehen war.

Die Versicherung auf Leichenbegängnisse hat im Geschäftsjahre einen Mitgliederzuwachs von 1293 Mitgliedern mit einem Versicherungswerte von 614.710 K. Der Mitgliederstand war am 30. Juni 1916 23.898 Mitglieder mit einem Versicherungswert von $11^1/_2$ Millionen Kronen. Im vergangenen Jahre wurden 336 Leichenbegängnisse ausgeführt mit einem Kostenbetrage von 186.836 K. Die Einlagen auf Leichenbegängnisse haben gleichfalls trotz der Kriegsereignisse einen Zuwachs von 243 Anträgen mit einem anzuhoffenden Kapitale von 142.990 K gebracht, davon waren 127 Graberhaltungs- und Grabmonumenten-Anträge mit einem anzuhoffenden Kapitale von 127.466 K. Der Gesamtstand der Einlagen betrug 1944 mit einem eingezahlten Kapitale von 882.639 K 87 h, dem das anzuhoffende Kapital in der Höhe von 2,008.973 K gegenübersteht.

Der Bruttogewinn der Anstalt beträgt 311.840 K 27 h, und zwar an:

Tilgung des Investitions-Anlehens 1908	3.974 K 16 h
Feuerversicherungs-Rücklage	20.000 „ — „
Haftpflichtversicherungs-Rücklage	13.000 „ — „
Allgemeine Rücklage	15.000 „ — „
Remunerationen	25.450 „ — „
Abfuhr an die Eigenen Gelder der Gemeinde Wien	234.426 „ 11 „

Ich bitte die geehrten Herren um Annahme der gestellten Anträge.

Vize-Bürgermeister Hierhammer (welcher während des vorstehenden Referates den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich ersuche jene Herren, welche die Stadtrats-Anträge annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Der Verwaltungsbericht der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung" wird zur Kenntnis genommen.

2. Die Bilanz mit dem Bruttoreingewinne von 311.850 K 27 h wird genehmigt:

3. Der ausgewiesene Bruttoreingewinn von 311.850 K 27 h ist zu verwenden wie folgt:

a) Zur Tilgung des aus dem Investitions-Anlehen vom Jahre 1908 aufgewendeten Anlagekapitales	3.974 K 16 h
b) als Zuweisung an die Feuerversicherungs-Rücklage . . .	20.000 „ — „
c) als Zuweisung an die Haftversicherungs-Rücklage . . .	13.000 „ — „
d) als Zuweisung an die allgemeine Rücklage	15.000 „ — „
e) zur Remunerierung von Beamten	25.450 „ — „
f) als Abfuhr an die „Eigenen Gelder der Gemeinde Wien“	234.426 „ 11 „
Zusammen .	311.850 K 27 h

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Referate bitte ich Se. Exzellenz Herrn Bürgermeister.

25. Referent Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Zahl 11334, Post 27. Meine sehr geehrten Herren! Anläßlich des Thronwechsels hat der Wiener Stadtrat eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, welche bereits dem geehrten Gemeinderate zur Kenntnis gebracht wurden. Unter diesen Beschlüssen ist einer, dessen Durchführung mir sehr dringlich erscheint, da wir an arme, durch den Krieg in Not geratene Gewerbetreibende Unterstützungen verteilen wollen. In diesem Sinne erlaube ich mir, den Antrag zu stellen:

„Der Gemeinderat widmet aus Anlaß der Thronbesteigung Kaiser Karl's I. und der Kaiserin Zita den Betrag von 200.000 K zur Verteilung an Gewerbetreibende und deren Witwen und Waisen, die durch den Krieg in Not geraten sind.“

Ich werde die Sache in der Weise durchführen, daß ich an sämtliche Vorsteher der 21 Wiener Gemeindebezirke das Ersuchen um Vorschläge richten werde. Ich glaube, es wird zweckmäßig sein, daß wir Teilbeträge von 100 K und 50 K festsetzen; die Bezirksvorsteher haben dann ihre Vorschläge raschestens zu erstatten, über die der Stadtrat entscheiden wird, so daß wir voraussichtlich noch vor Neujahr einer großen Zahl von Gewerbetreibenden diese kleine Hilfe in der harten Zeit geboten haben. (Beifall.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich ersuche die Herren, welche mit dem Antrage des Herrn Referenten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist einstimmig angenommen. (Beifall.)

Beschluß: Aus Anlaß der Thronbesteigung Kaiser Karl's I. genehmigt der Gemeinderat den Betrag von 200.000 K, welcher an Gewerbetreibende und deren Witwen und Waisen, die durch den Krieg in Not geraten sind, zu verteilen ist.

25. Referent Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Weiters habe ich die Ehre, zu referieren zu Post 1.

Meine sehr geehrten Herren! Die außerordentlichen Verhältnisse, in welche der unselige Weltkrieg die Wiener Gemeindeverwaltung gebracht hat, haben eine erfreuliche Erscheinung gezeitigt, die sich in allen Gemeinderats-Sitzungen, die seit dem 22. Februar 1916 bis heute abgehalten wurden, gezeigt hat. Wir haben bei großen Aufgaben die Einmütigkeit aller Parteien gefunden und uns an die Idee des Burgfriedens gewöhnt, und so ist denn auch die weitere Folge entstanden, daß die Teilnahme der Opposition an den Verhandlungen des Wiener Stadtrates durch Entsendung von Mitgliedern in Anträgen des Stadtrates niedergelegt wurde.

Der erste Antrag, welcher diesen Gegenstand behandelte, wurde den verehrten Herren bereits für die Gemeinderats-Sitzung vom 22. September 1916 zugemittelt und es lag damals auch von Seite der Regierung die volle Zustimmung zu diesem Beschlusse des Gemeinderates vor. Als nun durch den Tod des Grafen Stürgkh ein neues Kabinett ans Ruder kam, hatte dasselbe nicht die gleiche Auffassung wie Graf Stürgkh und es wurde damals durch Verhandlungen mit der Regierung eine Fassung zustande gebracht, welche den Herren in der Tagesordnung für die heutige Sitzung mitgeteilt worden ist. Ich gebe ohne weiters zu, daß schließlich für die Intention, welche in meinem Antrage liegt, der Inhalt entscheidend ist und nicht die Form. Wenn nun vom Ministerium Koerber eine bestimmte Form gewünscht wurde, so sind wir in der traurigen Lage, schon wieder auf ein demissionieres Kabinett zu blicken, und ich glaube, daß auch gar keine Bindung an diese Form mehr vorhanden ist.

Ich habe heute von Herrn Gem.-Rat Dr. Hein die Mitteilung erhalten, daß die deutsch-freiheitliche Partei dem Antrage, wie er zuerst dem geehrten Plenum vorgelegt wurde, zustimmen würde, dagegen gegen den zweiten Antrag Bedenken hätte. Ich habe mit dem Präsidium des Bürgerklubs eine Sitzung abgehalten und es ist nach meiner Auffassung auch sämtlichen Mitgliedern der Majorität die Form ganz gleichgültig. Das Präsidium des Bürgerklubs hat daher meiner Vorlage zugestimmt und ich stelle den Antrag in der Form, wie er zuerst dem Gemeinderate unterbreitet wurde. Ich bitte, über diesen Antrag die Debatte zu eröffnen und dann die Abstimmung darüber durchzuführen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Das Wort kontra hat Herr Gem.-Rat Reumann.

Gem.-Rat Reumann: Meine sehr geehrten Herren! Der Antrag, der uns hier vorliegt, ist von unserem Herrn Bürgermeister Dr. Weiskirchner dahin charakterisiert worden, er sei der Ausfluß jener Ereignisse, die sich während des Krieges herausgebildet haben. Er ist auch der Ausfluß der Erfahrung, die während des Krieges gemacht worden und die dahin geht, daß die Gemeinde selbst während des Krieges eine Reihe von Aufgaben zu erfüllen hat, die unbedingt erfordern, daß auch die Opposition an der Erfüllung dieser Aufgaben mitarbeite. Ich glaube, daß diese Erfahrung noch eine andere Erfahrung im Gefolge hatte, nämlich die, daß auch nach dem Kriege die Gemeinde eine ganze Reihe von Aufgaben zu erfüllen haben wird, die es ebenfalls notwendig machen, daß alle Parteien an der Erfüllung dieser Aufgaben mitarbeiten. Mit einem Worte, es hat sich während des Krieges ergeben, daß eine ersprießliche Tätigkeit des Gemeinderates im Interesse der Bevölkerung nur dann möglich ist, wenn alle Parteien im Gemeinderate zur Mitarbeit berufen werden; es hat sich ergeben, daß diese Mitarbeit gute Erfolge zeitigt, und es ist infolgedessen nur natürlich, daß

man nunmehr den Stadtrat der Minorität öffnet und die Mitarbeit der Minorität im Stadtrate wünscht.

Es hat ziemlich lange gedauert, bis diese Einsicht endlich Platz gegriffen hat. Die Sozialdemokraten sind im Gemeinderate seit ungefähr 16 Jahren und seit dieser Zeit ist von Seite der sozialdemokratischen Minorität immer wieder gefordert worden, daß auch die Minoritätsparteien zur Mitarbeit nicht nur in alle Ausschüsse, sondern auch in den Stadtrat berufen werden. Man könnte sagen, daß durch jenen Beschluß, der gegenwärtig vorliegt, den Intentionen, die von Seite der Sozialdemokraten während dieser Zeit immer wieder aufs neue verfochten worden sind, in irgend einer Weise Rechnung getragen worden ist. Nun möchte ich Sie aber daran erinnern, wie gegenwärtig die politische Situation beschaffen ist und es frägt sich, ob wir gegenwärtig wirklich in der Lage sind, einen Antrag, wie er uns vorliegt, anzunehmen.

Vor allem möchte ich daran erinnern, daß wir am 17. Oktober hier eine Kundgebung veranlaßt haben, die dahingegangen ist, daß wir erklärten, es müsse endlich die Zeit eintreten, wo wieder verfassungsmäßiges Leben bei uns in Österreich einzieht und es müsse endlich ein Ende gemacht werden mit dem Absolutismus; diese Kundgebung ist ebenfalls von allen Parteien, die hier vertreten sind, einstimmig gefaßt worden.

Wir haben in dieser Kundgebung verlangt, daß in allererster Linie wieder die parlamentarische Tätigkeit hergestellt und der Herrschaft des § 14 ein Ende gemacht werde. Wir haben diese Forderung in einer fast feierlichen Weise gestellt, trotzdem im Amtsblatte der Stadt Wien dieser Kundgebung ein äußerst bescheidener Rahmen eingeräumt worden ist, denn man findet sie im Amtsblatte fast gar nicht und nun ist es ganz natürlich, daß wir mit allem Nachdrucke an der Erfüllung dieser Forderung festhalten müssen. Und da muß ich sagen, daß jener Antrag, der heute gestellt worden ist, einem Festhalten an dieser Forderung nicht entspricht, sondern daß wir im Gegenteile wünschen, daß eine Sache, die uns durchaus nicht auf den Nägeln brennt, nunmehr mit Hilfe eines kaiserlichen Patentes gemacht wird, daß wir uns also dazu bekennen, daß noch immer mit den kaiserlichen Patenten oder mit den § 14-Verordnungen in Österreich gewirtschaftet werden soll.

Der Herr Bürgermeister hat in seinem Referate ausgeführt, daß der Minister-Präsident v. Koerber nicht der gleichen Auffassung gewesen ist wie der Minister-Präsident Stürgkh. Der Minister-Präsident v. Koerber hat gefunden, daß es doch eine mißliche Sache sei, seine Regierung damit anzutreten, daß er ebenfalls ein kaiserliches Patent erläßt. Der Minister-Präsident Koerber hat, als er sich äußerte, daß er nicht der gleichen Auffassung sei wie der Minister-Präsident Stürgkh, gleichzeitig damit kundgegeben, daß er wirklich allen Ernstes verfassungsmäßige Zustände bei uns in Österreich herstellen will und sich infolgedessen nicht dazu verstehen kann, mit Hilfe eines kaiserlichen Patentes eine Änderung des Gemeindestatutes herbeizuführen. Man hat sich dahin geeinigt, daß ein Provisorium geschaffen werde, daß vorläufig für Kriegsdauer eine Vermehrung der Stadtratsmandate stattfinde, und daß für diese Änderung des Gemeindestatutes bloß eine kaiserliche Bestätigung eingeholt werden soll.

Ich bin der Ansicht, daß eigentlich das eine wie das andere ein Verfassungsbruch gröbster Art ist, ob man nun vorläufig eine kaiserliche Bestätigung für den Gemeinderats-Beschluß einholt, ohne daß im Gemeindegesetze Vorsorge für ein solches Beginnen vorhanden ist, oder ob man gleich mit Hilfe eines kaiserlichen Patentes eine Statutenänderung durchführt. Das eine wie das andere ist ein Verfassungsbruch und, meine Herren, mit Hilfe eines Verfassungsbruches ein Stadtratsmandat zu bekommen, dazu können wir Sozialdemokraten uns keinesfalls verstehen. Wir halten fest daran, daß vor allem die Verfassung vom Gemeinderate geschützt und behütet werde, wir halten daran fest, daß wir allen Versuchen, bei uns in Österreich absolutistisch zu regieren, entgegentreten und infolgedessen können wir nicht eine Forderung stellen, die ja nichts weiter bedeutet, als daß auch uns, auf Grund eines Verfassungsbruches, ein Wunsch bewilligt wird. Das können wir absolut nicht, und infolgedessen verhalten wir uns gegen den zu fassenden Beschluß ablehnend. Es wirft sich auch dabei die Frage auf, ob es denn wirklich notwendig ist, daß diese Erweiterung des Gemeindestatutes jetzt, also unter allen Umständen, durchgeführt werde, daß die Erweiterung des Gemeindestatutes so wichtig und notwendig sei, daß wir verlangen, daß diese Änderung auf Grund eines kaiserlichen Patentes durchgeführt werde; daß wir mit einem Wort jene Kundgebung verleugnen, die wir vor ganz kurzer Zeit hier in diesem Saale veranlaßt haben. Und da muß ich schon sagen, es ist wirklich gar keine Veranlassung dazu. Es werden fünf Mandate frei, und wenn man wirklich die Opposition berücksichtigen will, dann kann man ihr ja ganz ruhig von diesen fünf Mandaten einige einräumen.

Es ist also für uns kein zwingender Umstand vorhanden, der uns dazu nötigt, daß wir ein solches Verlangen stellen, das geradezu diametral dem gegenüber steht, was wir am 17. Oktober beschlossen haben. Wir haben damals beschlossen, die Verfassung hochzuhalten und jetzt suchen wir ein Ministerium, welches geeignet ist, einen Verfassungsbruch uns zuliebe zur Vermehrung der Stadtratsmandate zu begehen. Das können wir nicht unterstützen, dem können wir nicht zustimmen. Demgegenüber müssen wir erklären, daß wir, falls daran gedacht wird, eines der vermehrten drei Stadtratsmandate den Sozialdemokraten zuzuweisen, dieses zwar annehmen müssen, weil wir im Sinne des Gemeindestatutes zur Annahme verpflichtet sind, daß aber unmittelbar darauf eine neue Wahl notwendig sein wird, weil ein Vertreter der Sozialdemokratie ein solches Mandat nicht behalten kann. Den Beschluß, den Sie heute fassen — Sie haben ja die Majorität — ist ein Eingriff in die Autonomie der Gemeinde, er schlägt dem Gemeindestatut ins Gesicht und wir sind infolgedessen dagegen.

Man wird uns vielleicht einwenden: Ihr habt ja immer eine Vertretung verlangt, Ihr habt das Wort vom kontrollosen Stadtrat geprägt und nunmehr, da man Euch ein Mandat anbietet, nehmt Ihr es nicht an!

Ich habe bereits eingangs erwähnt, daß sich durch den Krieg ganz andere Verhältnisse herausgebildet haben, auf die auch der Herr Bürgermeister in seiner Begründung des Antrages hingewiesen hat. Es hat sich die Notwendigkeit der Mitarbeit der Opposition ergeben und von diesem Gesichtspunkte aus ist ja schon das Schlagwort vom kontrollosen Stadtrate hinweggeschwemmt worden. Heute handelt es sich nicht mehr darum, daß eine Kontrolle über die Tätigkeit des Stadtrates geübt werde, sondern um die faktische Mitarbeit. Heute handelt es sich nicht mehr darum, einen Mann im Stadtrate sitzen zu haben,

der zuhört, was beschlossen wird, sondern darum, daß die, die in den Stadtrat entsendet werden, ihre ganze Kraft für die Arbeit im Stadtrate einsetzen, daß sie zur Mitarbeit im Stadtrate wirklich befähigt und tauglich sind, und daß sie mit Rat und Tat im Stadtrate wirken, damit die Interessen der Bevölkerung im weitestgehenden Maße Wahrung finden.

Wenn heute erkannt worden ist, daß diese Mitarbeit ein Ding der Notwendigkeit ist, dann möchte ich sagen, tritt die Frage, ob man der Opposition ein Mandat im Stadtrate einräumt, in den Hintergrund und eine ganz andere Forderung tritt in den Vordergrund, nämlich die Frage, ob es nicht auch notwendig ist, unsere Gemeindewahlordnung zu revidieren, die Frage, ob sich die dringende Notwendigkeit nicht während des Krieges ergeben hat, mit jenen Privilegien aufzuräumen, die gegenwärtig noch verhindern, daß die breiten Schichten der Bevölkerung eine ihnen entsprechende Vertretung in den Gemeinderat erhalten.

Meine Herren! Man hat gesagt, man räumt uns, den Sozialdemokraten, ein Mandat ein, mit Rücksicht darauf, daß die Zahl der Mandatare im Gemeinderate eine geringe ist. Entsprechend der Zahl der Vertreter im Gemeinderate sollen die Mandate im Stadtrate aufgeteilt werden.

Wir sind gegenwärtig sieben sozialdemokratische Vertreter, ich kann sagen acht, weil wir, wenn es zu einer Wahl kommen wird, wahrscheinlich das Mandat im XX. Bezirke erhalten können. Aber für uns Sozialdemokraten gibt es innerhalb dieses gegenwärtigen Wahlkörpersystems mit seinen vier Wahlkörpern des allgemeinen Wahlrechtes, das den Herren, welche im 1., 2. und 3. Wahlkörper wählen, ein Plural-Wahlrecht eingeräumt hat, überhaupt keine Vermehrung der Mandate.

Wir können an Stimmenzahl zunehmen, wir können einen gewaltigen Zufluß an Stimmen haben, es ist aber ganz ausgeschlossen, daß wir mehr Mandate haben können; eher weniger! Je mehr die Arbeiter an die äußerste Peripherie hinausgedrängt werden, desto weniger Mandate werden wir haben und wir haben niemals Gelegenheit, intensiv an der Verwaltung der Stadt Wien mitzuarbeiten. Das ist ein gewaltiges Unrecht. Es ist aber weiter ein Unrecht, daß zum Beispiel unsere Frauen gänzlich von dem Wahlrecht ausgeschlossen sind (Unruhe), jene Frauen, die sich im Kriege geradezu als glänzende Mitarbeiter an der Gemeindeverwaltung gezeigt haben. Auch in dieser Richtung, sage ich, müssen wir revidieren, ob nicht eine Änderung unseres Gemeindewahlrechtes eintreten muß. (Gem.-Rat Skaret: Schauen Sie nach den skandinavischen Ländern!)

Wir können mit diesem Gemeindewahlrecht die Vertreter der breiten Massen der Bevölkerung nicht auch zur Mitarbeit heranziehen und diese breiten Massen vertragen es nicht, daß ihren Vertretern eine Gnade erwiesen wird, wenn man ihnen ein Mandat zuweist und gestattet, daß diese auch an der einen oder anderen Sitzung teilnehmen können. (Andauernde Unruhe. — Vize-Bürgermeister Hierhammer gibt das Glockenzeichen.)

Sehen wir uns weiters an, ob denn das Wahlrecht für den Bezirksrat, für die autonomen Körperschaften in den Bezirken noch aufrecht zu erhalten ist, jenes Wahlrecht, welches noch schlimmer ist als das in der Gemeinde. Auch dieses läßt sich nicht aufrecht erhalten. Es wäre sehr wünschenswert, wenn der Herr Referent, Bürgermeister Dr. Weiskirchner, auch mit einigen Worten erwähnt hätte, wie er sich zu dem gegenwärtigen Wahlrecht überhaupt stellt, ob er nicht empfindet, daß dieses gegenwärtige Wahlrecht eine Ungerechtigkeit ist, die auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. (Gem.-Rat Skaret: Es ist eine vorsintflutliche Erscheinung!) Ob er nicht empfindet, daß jetzt schon Arbeit geleistet werden muß, damit endlich und schließlich jene notwendige Gemeindewahlordnung durchgeführt werde, die unerläßlich ist, wenn man wirklich will, daß alle Schichten der Bevölkerung gemeinsam zum Wohle des Ganzen wirken sollen.

Unser Gemeindegesetz vom Jahre 1862 ist jetzt 54 Jahre alt. In diesem Gemeindegesetze finden Sie im Artikel XI die Quelle des gegenwärtigen Wahlkörpersystems. Der Artikel XI lautet:

„Das Landesgesetz regelt die Bildung der Gemeindevertretung durch eine Wahlordnung mit gebührender Rücksichtnahme auf die Interessen der höher Besteuerten."

Daraus ist das Wahlkörpersystem abgeleitet worden, daraus ist jenes Wahlunrecht abgeleitet werden, von welchem man gesagt hat, daß es gemildert worden ist durch die Angliederung des Wahlkörpers des allgemeinen Wahlrechtes.

Meine Herren! Eine größere Verhöhnung als diesen Wahlkörper des allgemeinen Wahlrechtes für die arbeitende Bevölkerung gibt es nicht und infolgedessen ist es notwendig, daß hier endlich auch eine Änderung geschaffen wird.

Wir können also diesem Antrage unsere Zustimmung nicht geben, wir können sie aus dem Grunde nicht geben, weil wir nicht ebenfalls Mitschuldige an der Verletzung der Verfassung sein wollen. Wir haben gegenwärtig ein anderes Ministerium, das Ministerium Spitzmüller hat sich noch nicht gebildet, aber wir werden nicht zu dem Ministerpräsidenten Spitzmüller gehen, um ihn zu bitten, er solle uns auf Grund eines kaiserlichen Patentes gestatten, daß die Stadtratsmandate um drei vermehrt werden. Es hat der Herr Gem.-Rat Kunschak, als jüngst hier im Hause die Teuerungs-Debatte abgeführt worden ist, in einer geradezu treffenden Weise darauf hingewiesen, daß heute die Gefahr besteht, daß der Ausgleich mit Ungarn in einer Weise abgeschlossen wird, der die Stabilisierung des Hungers für uns bedeutet. (Rufe: Sehr richtig!) Sehr richtig hat das der Herr Abgeordnete Kunschak gesagt, und was hören wir heute? Zu demselben Spitzmüller der von der ungarischen Regierung und von den ungarischen offiziösen Blättern begrüßt worden ist, von dem man voraussetzt, daß er den langfristigen Ausgleich mit Ungarn mit den hohen Getreidezöllen, mit den erhöhten Vieh- und Fleischzöllen abschließen wird, zu demselben Ministerpräsidenten sollen wir hingehen: er will mit Hilfe des Verfassungsbruches den Ausgleich abschließen und wir sagen, es ist gut. Er soll aber auch den Verfassungsbruch wegen einiger Stadtratsmandate für uns begehen; das können wir unbedingt nicht, das können wir nicht nach solchen Kundgebungen, das wäre ein solcher Widerspruch, der ganz unüberbrückbar ist. Wir können da also nicht mittun.

Man hat gehört, daß der Ministerpräsident Koerber darüber gestürzt ist, daß er jetzt Fleisch einführen wollte. Wir gehen zu dem Nachfolger, der sich eigentlich als der Knecht der Ungarn offenbart, zu dem gehen wir hin und verlangen einen Verfassungsbruch. Das ist gänzlich ausgeschlossen.

Ich beneide die Herren Fortschrittlichen darum, daß sie anscheinend — wenigstens ich habe noch nicht gehört, daß sie dagegen opponieren — den Mut haben, wegen dieser zwei Stadtratsmandate wirklich für diesen Verfassungsbruch einzutreten. Wir haben diesen Mut nicht, wir können das vor der Bevölkerung nicht verantworten. Das können wir nicht dulden, daß ganz gewaltige Aufgaben absolutistisch durchgeführt werden, das können wir nicht vor der Bevölkerung verantworten, das können wir nicht in einem Zeitpunkt, in dem unsere politische Lage so heikler Natur ist. In diesem Zeitpunkte sollen wir ruhigen Gewissens verlangen, daß etwas durchgeführt wird, gegen das sich unser Inneres mit aller Macht und Kraft sträuben müßte. Das können wir nicht und infolgedessen bitte ich Sie, daß Sie von diesem Antrage Umgang nehmen und ihm nicht Ihre Zustimmung geben, sondern daß Sie ihn zurückweisen und einfach Ihre fünf Mandate besetzen und daß Sie sich nicht darauf einlassen, von einem Spitzmüller neuerlich einen Verfassungsbruch zu begehren.

Es ist in der letzten Zeit der § 14 zur Gewohnheit geworden. Die Bevölkerung hat gar kein Gefühl mehr dafür, unter welch erniedrigenden Verhältnissen bei uns in Österreich sie gegenwärtig regiert wird.

Und wir sollen den Reigen der § 14-Verordnungen vermehren, wir sollen sozusagen die neue Regierung geradezu zu einem Verfassungsbruche ermutigen, wir sollen die Schrittmacher für weitere Verfassungsbrüche sein.

Nein, meine Herren! Das ist ein zu starkes Stückchen und jeder, der sich ein objektives und klares Urteil über die Situation bewahrt hat, wird mir Recht geben, wenn ich sage, wir dürfen das nicht machen, unter keinen Umständen; und deshalb bitte ich Sie, davon abzusehen. Ich erkläre nochmals, wir sind nicht in der Lage, ein solches Mandat, wenn es uns zugewiesen würde, zu behalten.

Wenn Sie heute dieser Vorlage zustimmen und Sie wählen jemand von uns, so wird er annehmen müssen, weil es in der Bestimmung unseres Statutes enthalten ist, aber er wird, sobald er die Gelegenheit finden wird, sein Mandat niederlegen müssen.

Ich bitte Sie, bewahren Sie uns vor einem solchen Schritt, ich habe in offener loyaler Weise erklärt, wir können das nicht mitmachen.

Die Herren Fortschrittlichen können machen was sie wollen, das ist ihre Sache, das haben sie vor ihren Wählern zu verantworten; wir können das nicht machen und wir haben sie darüber nicht einen Moment im Unklaren gelassen, und wir sagen, daß dieses Beginnen von der Bevölkerung niemals gut geheißen werden kann. Es ist endlich Zeit, daß bei uns die Verfassung wieder herstellt wird und wir dürfen weitere Verfassungsverletzungen nicht dulden; aber Sie wollen, daß wir das Ministerium geradezu zu weiteren Verfassungsverletzungen aneifern, das können wir nicht, infolgedessen habe ich es für notwendig gehalten, dies offen und loyal zu erklären. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Herr Gem.-Rat Dr. Hein!

Gem.-Rat Dr. Hein: Eine der wichtigsten Forderungen, welche von den Vertretern der Minorität seit Jahren immer und immer wieder erhoben wurde, war die Forderung auf Beseitigung der rein parteimäßigen Zusammensetzung des Stadtrates durch Heranziehung der Minorität.

Wir haben es stets bedauert, daß der Bürgerklub gegenüber dieser Forderung seit Jahren entweder eine schroff ablehnende Haltung eingenommen hat oder die Erfüllung dieser Forderung an Bedingungen knüpfte, welche mit den von unserer Partei stets hochgehaltenen Grundsätzen der strengen Rechtsgleichheit aller Staatsbürger im Widerspruch standen. Der Beschluß des Bürgerklubs, welcher dem heutigen Antrage des Herrn Bürgermeisters zugrunde liegt, bedeutet in unseren Augen einen wichtigen Fortschritt auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung. Wir hätten es lieber gesehen, wenn bei diesem Anlasse eine Vermehrung der Stadtratsmandate nicht stattgefunden hätte. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß eine Vermehrung der Stadtratsmandate zur Erreichung des angestrebten Zweckes nicht notwendig wäre, weil ja ohnedies fünf Mandate erledigt sind und sich also auch ohne Vermehrung der Stadtratsmandate Gelegenheit gefunden hätte, die Forderung der Minorität nach Mitwirkung im Stadtrate zu erfüllen. Wir stehen aber einem Beschlusse des Bürgerklubs gegenüber, welcher in dieser Frage ein Junktim herstellte zwischen der Vermehrung der Stadtratsmandate und der von uns für die Gemeindeverwaltung stets als außerordentlich wichtig erklärten Heranziehung der Minorität in den Stadtrat. Die Frage, ob die Stadtratsmandate vermehrt werden sollen, ist keine prinzipielle, sie ist eine Frage der Opportunität und wir würden es von unserem Stnadpunkt aus als einen Fehler betrachten, wegen Meinungsverschiedenheiten in einer Nebenfrage den vorliegenden Antrag abzulehnen und damit, ich weiß nicht auf wie lange hinaus, die rein parteimäßige Zusammensetzung des Stadtrates, des wichtigsten Organes der Gemeindeverwaltung, aufrecht halten. Angesichts dieses Junktims werden wir durch den Beschluß des Bürgerklubs, den dieses Junktim hergestellt hat, gezwungen, für den vorliegenden Antrag zu stimmen. Bei Annahme dieses Antrages gehen wir von zwei selbstverständlichen Voraussetzungen aus. Die eine Voraussetzung ist die, daß die Forderungen, welche wir seit jeher aufstellten, nach verhältnismäßiger Vertretung im Stadtrate und in sämtlichen Ausschüssen mit Einschluß des Disziplinar-Ausschusses (Bürgermeister: Der ist überflüssig geworden!) und des Heimat- und Bürgerrechts-Ausschusses zur Gänze erfüllt werden.

Wir gehen auch von der Voraussetzung aus, daß das freie Präsentationsrecht der Kandidaten auch von der Mehrheit akzeptiert werden wird, weil dieses freie Präsentationsrecht allen parlamentarischen Gepflogenheiten entspricht und es geradezu unparlamentarisch wäre, wenn die von unserem Verbande aufgestellten Kandidaturen einer Revision seitens der Mehrheit unterzogen würden. Der Beschluß des Bürgerklubs enthält ja eine solche Bedingung nicht und wir müssen uns an diesen Beschluß halten. Wir gehen also von der selbstverständlichen Voraussetzung aus, daß auch das freie Präsentationsrecht unseres Verbandes gewahrt wird. Gegenüber den seitens des Herrn Kollegen Reumann geltend gemachten Bedenken möchte ich darauf hinweisen, daß wiederholt hier in diesem Saale mit Zustimmung der geehrten Kollegen des Sozialdemokratischen Verbandes Beschlüsse gefaßt wurden, welche nach den strengen Buchstaben der Verfassung die Zustimmung des niederösterreichischen Landtages erfordert hätten.

Es wurde hier ein Gemeinde-Anlehen mit Zustimmung der geehrten Kollegen des sozialdemokratischen Verbandes beschlossen, obwohl wir ja genau wußten, daß dieses Gemeinde-Anlehen an die Zustimmung des niederösterreichischen Landtages gebunden ist. Es wurden hier Steuern beschlossen und bei diesem Anlasse wurde auch eine Bestimmung des Gemeindestatutes geändert, nämlich jene, welche das Verhältnis der verschiedenen Erwerbssteuerkategorien enthält, und zwar mit Zustimmung der geehrten Herren Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes, obwohl wir wußten, daß die Zustimmung des niederösterreichischen Landtages nicht erlangt werden kann und daß das im Wege des kaiserlichen Patentes geschehen muß. Wir erachten die Heranziehung der Minorität zum Stadtrate als eine Gemeindenotwendigkeit. Seit Jahren vertreten wir diesen Standpunkt mit der größten Schärfe. Da kommen nicht persönliche Momente, nicht persönliche Streberei in Betracht. (Gem.-Rat Goltz macht einen Zwischenruf.) Herr Gem.-Rat Goltz hat auch immer diesen Standpunkt vertreten. (Gem.-Rat Goltz: Im Gegenteil!) Er ist immer dafür eingetreten, daß eine der wichtigsten Forderungen die Heranziehung der Minorität in den Stadtrat sei.

Es stehen uns ja, wie Kollege Reumann sehr richtig ausgeführt hat, schwere Aufgaben bevor. Der furchtbare Krieg, welcher seit $2^1/_2$ Jahren wütet, der Aushungerungsplan der Entente hat die Gemeindeverwaltung vor schwere Probleme gestellt, und wenn die allgemeine Sehnsucht nach einem ehrenvollen Frieden Erfüllung findet, dann wird der wirtschaftliche Wiederaufbau notwendig sein und der Gemeindeverwaltung werden neue Aufgaben von ungeahnter Schwierigkeit erwachsen.

Es ist die Pflicht aller Parteien, an der Lösung dieser Aufgaben mitzuwirken.

Wohl werden auch in unseren Parteikreisen gegen die Teilnahme am Stadtrate überhaupt und besonders im gegenwärtigen Momente manche Bedenken erhoben. Aber wir, sehr geehrte Herren, sind eine Arbeitspartei, welche, getreu ihren Überlieferungen, verpflichtet ist, wenn sich Gelegenheit zur Mitwirkung an der Gemeindeverwaltung bietet, diese Gelegenheit zu ergreifen und zu benützen.

Deshalb werden wir, über manche parteipolitische und formalistische Bedenken hinweg, dem vorliegenden Antrage zustimmen. (Beifall.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent zum Schlußworte.

Referent Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Auch ich will mit den Worten des Herrn Kollegen Reumann beginnen und auf die große und mächtige Kundgebung hinweisen, welche am 17. Oktober 1916 in diesem Saale in feierlichster Form beschlossen wurde. Damals konnte ich namens aller Parteien des Gemeinderates erklären, daß wir es für eine unbedingte Notwendigkeit halten, daß wieder verfassungsmäßiges Leben in Österreich eintrete. Nun aber gehen die weiteren Ausführungen, die ich den geehrten Herren Kollegen zu unterbreiten gedenke, in eine ganz andere Richtung, als sie Herr Kollege Reumann eingeschlagen hat.

Auf einen Zwischenruf des Herrn Gem.-Rates Stein, der den § 14 zitiert hat habe ich vor allem festzustellen, daß diese Angelegenheit mit dem § 14 aber schon gar nichts zu tun hat, da ja dies eine Sache der Landesgesetzgebung und nicht der Reichsgesetzgebung ist und der § 14 nur die Reichsgesetzgebung supplieren kann, aber nie und nimmer die Landesgesetzgebung.

Dann möchte ich aber darauf hinweisen, daß die verehrlichen Vertreter der Sozialdemokratie selbst gegen die Anwendung des § 14 nicht immer gar so prüde waren, wie sie es heute gewesen sind.

Wir haben im Gemeinderate am 22. September 1916 eine Debatte geführt, in der unter anderem auch der heutige Sprecher der Sozialdemokraten das Wort ergriff; es handelte sich nämlich um eine Änderung der Krankenorganisation und er sagte hiebei unter anderem:

„Bezüglich der Schutzfrist möchte ich nur folgendes bemerken: Von Seite der Krankenkassen ist, nachdem wir gegenwärtig in einer parlamentslosen Zeit stehen, eine Aktion eingeleitet worden, die dahin geht, daß wenigstens der wichtigste Teil des Sozialversicherungsgesetzes durchgeführt werden soll, und zwar vielleicht auch auf Grund einer kaiserlichen Verordnung." (Rufe: Hört! Hört!)

Es scheinen sich also seit 22. September die verfassungsmäßigen Bedenken des Herrn Kollegen Reumann etwas verdichtet zu haben.

Ein anderer Kollege des Herrn Gem.-Rates Reumann, Herr Dr. Verkauf, hat auch bei einer Gelegenheit — es war in der Sanitäts-Konferenz — erklärt, daß er gar keine Bedenken hätte, wenn der Impfzwang mit § 14 verordnet würde. Ich finde aber, daß die Verordnung des Impfzwanges nach § 14 noch weit einschneidender in die Verhältnisse der Bevölkerung wäre, als die wirklich harmlose Vermehrung der Stadtratsmandate von 27 auf 30.

Ich will heute Ihre Zeit nicht länger in Anspruch nehmen als notwendig ist. Ich habe in dieser Mappe eine Sammlung über das Verhalten der Sozialdemokraten zu kaiserlichen Verordnungen und zum § 14. Die Geschichte der Partei in dieser Beziehung — verzeihen Sie mir das Wort, Herr Kollege Reumann — ist eine wechselvolle. (Lebhafte Heiterkeit.)

Ich möchte auch auf etwas anderes zu sprechen kommen. Ich finde nämlich, daß in unserer Vorlage auch nicht der geringste Verfassungsbruch, selbst mit einer Lupe, wahrzunehmen ist. Der Gemeinderat wird eingeladen, einen Gesetzentwurf zu beschließen, die §§ 29 und 30 unseres Statutes sollen in der Zahl von 27 auf 30 geändert werden. Punkt II des Antrages lautet: „Der Magistrat wird beauftragt, die legislative Genehmigung dieses Entwurfes zu erwirken." Also der Magistrat wird diese Vorlage dem Landes-Ausschusse unterbreiten und dieser der Regierung.

Nun möchte ich darauf zu sprechen kommen, wie denn eigentlich die Zeitverhältnisse liegen. Wie ich schon gesagt habe: von einem § 14 ist weit und breit auch nicht ein Schatten zu sehen.

Was ist nun zu tun: Der niederösterreichische Landtag hat seine sechsjährige Session im Jänner 1915 vollendet. Es gibt also jetzt keinen niederösterreichischen Landtag und der niederösterreichische Landes-Ausschuß ist auf Grund des Gesetzes an die Stelle des Landtages getreten. Wenn daher der Landes-Ausschuß einen Beschluß im Gegenstande faßt, ist dies die Ausübung eines verfassungsmäßigen Rechtes und wie Herr Kollege Kunschak als Landes-Ausschuß mir heute bestätigen konnte, würde überhaupt kein Gemeindeleben in Niederösterreich mehr bestehen, wenn nicht der Landes-Ausschuß auf Grund des Gesetzes in Ver-

tretung des Landtages Hunderte oder Tausende von Beschlüssen der Gemeinden in Niederösterreich genehmigt und zur kaiserlichen Genehmigung unterbreitet hätte.

Schon Herr Kollege Dr. Hein hat darauf hingewiesen, daß auch wir gezwungen waren, im Laufe unserer Beratungen wiederholt Beschlüsse zu fassen, für welche, wenn ein Landtag bestünde, dieser zuständig wäre.

Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß wir uns in dieser Frage einmütig gefunden haben und Herr Kollege Skaret hat das Wort von der Gemeindenotwendigkeit geprägt. (Gem.-Rat Skaret macht einen Zwischenruf.)

Ich weiß nicht, 20 Jahre schreien Sie nach dem Stadtrat, 20 Jahre überhäufen Sie uns mit Vorwürfen wegen des „kontrollosen" Stadtrates, jetzt kommt die Majorität und sagt: Bitte einzutreten, jetzt brennt es aber auf einmal nicht, jetzt auf einmal ist die Situation eine ganz andere, auf einmal sagen Sie: Wir wollen nicht! (Rufe: Sehr gut!) Ich muß sagen, daß Sie über diesen Widerspruch in Ihrer ganzen Haltung nicht hinwegkommen werden.

Es ist von einem Redner gesagt worden, fünf Stadtrats-Mandate sind frei, folglich könnten ohneweiters der Opposition drei Mandate eingeräumt und zwei Mandate durch die Majorität besetzt werden.

Sie werden aber schon entschuldigen, daß die Majorität darauf nicht verzichten kann, in jedem Bezirk durch einen Stadtrat vertreten zu sein. Das steht zwar auch nicht im Statut, ist aber eine Übung, so lange der Stadtrat besteht, und ich glaube, das ist auch ein Bedürfnis der Bevölkerung, daß sie in jedem Bezirke durch einen Stadtrat vertreten ist. Wir können nicht dafür, daß wir noch immer eine solche Majorität sind, aber das Verlangen ist berechtigt, daß aus der Majorität für jeden Bezirk ein Stadtrat erwählt wird, welcher die Interessen des Bezirkes und der Bevölkerung vertreten kann. Mit diesem Gedanken müssen Sie sich also schon abfinden. (Lebhafte Zustimmung.)

Nur auf diese Weise ist es also möglich, die Teilnahme der Opposition zu ermöglichen, daß sich die Mehrheit entschlossen hat, nach 20jährigem Bestande diese Vermehrung Ihnen in Antrag zu bringen, wodurch in schmerzloser Weise die Teilnahme an den Beratungen im Stadtrate der Opposition möglich wird.

Wenn Herr Kollege Reumann gesagt hat, daß nur ein Mandat der sozialdemokratischen Gruppe angeboten wurde, so ist das richtig, wir kommen halt bei dem Bestande des heutigen Systems, wo Sie eben nur sieben Vertreter haben, zu keiner höheren Zahl. Sie weisen darauf hin, daß die Zahl der sieben Vertreter nicht Ihrem Anhang in der Bevölkerung entspricht. Gewiß, das muß ich ohne weiters zugeben, aber verehrter Herr Kollege Reumann, wir können doch jetzt nicht eine Wahlreform durchführen, denn Sie selbst müßten auf das Entschiedenste protestieren, daß heute der Gemeinderat eine Reform des Gemeindestatutes in wesentlichsten Belangen beschließt, denn das könnte auch nur, wie Sie sagen, im Wege eines verfassungsmäßigen Bruches legislative Gestaltung bekommen. Gewiß werden wir aber, wenn der Krieg vorüber ist, über eine Reform unseres Gemeindestatutes eingehend beraten müssen.

Es hat sich in verschiedenen Richtungen, nicht bloß punkto Wahlrecht, sondern auch in meritorischen Bestimmungen über die Art der Gemeindeverwaltung gezeigt, daß wir rückständig sind und nach neuen Reformen der Verwaltung suchen müssen, um allen Aufgaben zu genügen, deren Lösung mit Recht von der Verwaltung einer Zweimillionen-Stadt gefordert wird. Es ist gewiß, daß dann große Fragen an uns herantreten werden, und ich bin gewiß der Erste, der sagt, daß diese großen Fragen vielleicht für Jahrhunderte grundlegend sein werden. Daher bitte ich alle Gemeinderäte, zusammenzuarbeiten, damit wir in Einmütigkeit und Harmonie diese großen Fragen im Interesse der Bevölkerung lösen. (Beifall.)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich hervorheben, was ich immer und immer wieder zu betonen Gelegenheit gehabt habe, daß nämlich in der Obmänner-Konferenz ein loyales und immer zielbewußtes Zusammenarbeiten möglich war. Die Obmänner-Konferenz entspricht gewiß auch nicht dem Statute, doch ist die nicht verfassungsmäßige Obmänner-Konferenz ein nützlicher Teil der Gemeindeverwaltung geworden.

Über das Wahlrecht habe ich heute zu sprechen keine Ursache gehabt. Ich glaube, daß tatsächlich in der Begründung meines Antrages, wie in der Debatte über ihn das Wahlrecht keine Rolle zu spielen hat. Wir bewegen uns heute de lege lata; de lege ferenda werden wir uns schon mit dieser Frage befassen und auch die Frage des Frauenwahlrechtes wird nach dem Kriegsschluß von uns beraten werden.

Herr Kollege Reumann hat auch auf den designierten Ministerpräsidenten hingewiesen. Ich weiß heute noch gar nicht, ob er Ministerpräsident wird, er ist lediglich mit der Bildung eines Kabinettes betraut und ich weiß nicht, ob die Bildung des Kabinettes gelingen wird.

Ich werde auch nicht auf sein Programm eingehen, ich kenne es nicht; aber das eine kann ich wohl sagen, ich glaube, ich kann namens aller Kollegen erklären: Wenn der Minister-Präsident Dr. v. Spitzmüller es wagen sollte, einen langfristigen Ausgleich mit Ungarn mit Hilfe des § 14 zu machen, welcher die Interessen Österreichs schädigt, dann wird er den Wiener Gemeinderat einmütig finden, um ein solches Vorgehen entschiedenst zu verurteilen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

In dieser Beziehung möchte ich darauf hinweisen, daß in diesem Saale auch der Bund deutscher Städte gefordert hat, daß der Ausgleich mit Ungarn nur parlamentarisch erledigt werden darf.

Ich will jetzt nicht den Schatten Badeni's rufen, aber welches Unglück hat die Politik Badeni's über Österreich gebracht.

Als wir im Jahre 1897 als junge Abgeordnete, erfüllt von Idealen, in das Parlament eintraten, was fanden wir da? Einen zerrissenen Körper, aus allen Wunden blutend, und bis zum Jahre 1907, zehn Jahre, hat es gebraucht, das Parlament wieder arbeitsfähig zu machen. Sollen wieder solche Zeiten eintreten, in denen die ganze wirtschaftliche Gesetzgebung schweigt, in denen nichts geschieht für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung? Nein, wir müssen verlangen, daß der Ausgleich parlamentarisch erledigt wird, aber wir müssen auch das zweite verlangen, daß wir einem langfristigen Ausgleich nur dann die Zustimmung geben könnten, wenn derselbe nicht mit zu großen Opfern für Österreich verbunden ist. (Beifall.) Der langfristige Ausgleich ist zum Nutzen der Gesamtmonarchie, daher auch zum Nutzen Ungarns, und es wäre undenkbar, wenn Österreich allein die Opfer eines langfristigen Ausgleiches zu tragen hätte. (Beifall und Händeklatschen.) Und wenn es wahr ist, daß dieser neue

zwischen den Grafen Stürgkh und Tisza vereinbarte Ausgleich den sogenannten verstärkten Agrarschutz beinhaltet, dann müssen wir als Vertreter der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien sagen, ein solcher verstärkter Agrarschutz ist für uns unerträglich. (Lebhafter Beifall.) Es wäre ein Verbrechen an dem Volke, wenn die Getreide-, die Vieh- und Fleischzölle noch erhöht würden. Das können wir nicht mehr ertragen. Die opferfreudige, treue, hingebungsvolle und patriotische Bevölkerung Wiens hat bewiesen, daß sie die Kriegsopfer zu tragen bereit ist, aber wir wollen uns nicht zu lebenslänglichem Hungertod verurteilen lassen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Meine sehr geehrten Herren! Nachdem ich Ihnen nachgewiesen habe, daß diese Vorlage, wie sie jetzt der Beschlußfassung des Gemeinderates unterbreitet wird, keinen Verfassungsbruch beinhaltet, glaube ich, daß Sie mit ruhigem Gewissen für diese Vorlage stimmen können, in der Hoffnung, daß dies dazu beitragen wird, die Verhandlungen des Wiener Gemeinderates, als der Vertretung der ersten Stadt des Reiches, zu würdigen Beratungen im Interesse unserer geliebten Vaterstadt für jetzt und immerdar zu gestalten. (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zur tatsächlichen Berichtigung hat das Wort Herr Gem.-Rat Reumann.

Gem.-Rat Reumann: Ich habe mich zur tatsächlichen Berichtigung gemeldet, um folgendes richtigzustellen:

In erster Linie ist hier gesagt worden, daß ich mit meinen Ausführungen im Widerspruch bin zu den Ausführungen, in denen ich gesagt habe, daß wir zu einem Verfassungsbruche unsere Zustimmung nicht geben können. Ich habe, als ich darüber gesprochen habe, ausdrücklich erklärt, daß wegen Vermehrung der Stadtratsmandate ein so weittragender Beschluß nicht gefaßt werden soll.

Ich möchte auch richtigstellen, was der Herr Bürgermeister gesagt hat. Der Herr Bürgermeister hat erklärt, daß wir in einer Körperschaft Sitz und Stimme haben, die eigentlich auch mit Hilfe eines Verfassungsbruches geschaffen worden ist.

Die Obmänner-Konferenz ist ein ad hoc gebildeter Ausschuß, den der Wiener Gemeinderat ins Leben rufen kann, ohne daß er dazu irgend welcher verfassungsmäßigen Zustimmung bedarf.

Er hat das Recht, einen solchen Ausschuß nach dem Gemeindestatute zu bilden; infolgedessen ist dieser Hinweis ganz hinfällig. Es ist auch der Hinweis hinfällig, daß wir in Bezug auf die Gemeindesteuern unsere Zustimmung gegeben haben, als die verfassungsmäßige Festlegung der Steuern nicht möglich war, weil es sich damals um eine Lebensfrage der Gemeinde gehandelt hat und es wäre von uns unklug gewesen, wenn wir diese Lebensfrage nicht entscheiden ließen, weil wir verfassungsmäßige Bedenken hatten. Das war einfach nicht möglich und infolgedessen mußten wir diese Haltung einnehmen.

Was unsere Mitarbeit anlangt, so möchte ich folgendes bemerken:

Wir haben in der Obmänner-Konferenz mitgearbeitet und werden auch weiter in der Obmänner-Konferenz mitarbeiten. Wir haben uns mit keinem Worte dahin ausgesprochen, daß wir dort, wo unsere Mitarbeit möglich ist, diese Mitarbeit nicht leisten wollen. Ich glaube, daß diese Richtigstellung nötig war aus dem Grunde, weil sich in keiner Weise ein Widerspruch mit unserer seinerzeitigen Haltung ergibt.

Der Herr Bürgermeister hat auch eine Rede zitiert, die ich anläßlich der Kinderfürsorge gehalten habe. Ich habe damals gesagt, daß, wenn eine Teilreform der Sozialversicherung durchgeführt wird, wir auch davor nicht zurückschrecken würden, daß mit Hilfe des § 14 dieser Teil der Sozialreform gemacht werde. Die Abänderung der Sozialreform, die im allgemeinen Interesse gelegen und für die gesamte Bevölkerung geradezu eine Notwendigkeit geworden ist, damit zu vergleichen, daß, damit eine Partei nicht etwa um einige Mandate kommt, der § 14, respektive die kaiserliche Verordnung Anwendung finden soll, dieser Vergleich darf wirklich als hinkend bezeichnet werden. Zwischen den großen Fragen, die nicht anders zu lösen sind als mit einer kaiserlichen Verordnung oder mit dem § 14, und zwischen einer kleinlichen Sache, wie der Besetzung einiger Mandate, ist ein gewaltiger Unterschied, auf den ich hier aufmerksam machen wollte.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Wir schreiten zur Abstimmung.

Zur Abstimmung hat das Wort Herr Gem.-Rat Skaret.

Gem.-Rat Skaret: Ich bitte um Konstatierung des Stimmenverhältnisses.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Ich werde diesem Wunsche entsprechen. Ich bitte jene Herren, welche den vom Herrn Referenten vorgelegten Anträgen I und II des Referates, Punkt 1, zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte die Herren Schriftführer, zu zählen. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist mit 101 gegen 6 Stimmen angenommen.

Beschluß: I. Der nachstehende Gesetz-Entwurf, betreffend die Abänderung des Statutes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 24. März 1900, L.-G.-Bl. Nr. 17, beziehungsweise 22. Juni 1905, L.-G.-Bl. Nr. 109, wird genehmigt:

Gesetz-Entwurf:

Der erste Absatz des § 29 des Statutes für die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird wie folgt abgeändert:

§ 29. Der Stadtrat besteht aus dem Bürgermeister, den drei Vize-Bürgermeistern und 30 gewählten Mitgliedern.

Desgleichen wird der erste Absatz des § 30 wie folgt abgeändert:

§ 30. Die 30 Mitglieder des Stadtrates werden vom Gemeinderate aus seiner Mitte für die Dauer von sechs Jahren gewählt, soferne sie nicht mit Rücksicht auf den Zeitpunkt ihrer Wahl zu Gemeinderatsmitgliedern früher aus dem Gemeinderate auszuscheiden haben.

II. Der Magistrat wird beauftragt, die legislative Genehmigung dieses Entwurfes zu erwirken.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Die Herren Schriftführer konstatieren die Anwesenheit von mehr als 100 Mitgliedern des Gemeinderates.

Ich ersuche den Herrn Gem.-Rat Wippel zum Referate.

27. Referent Gem.-Rat Wippel: Zahl 11504, Post 26, Wiener Karosseriefabrik W. Gutmann um Baulinienabänderung für die Fabriksrealität X. Bezirk, Columbusgasse.

Es handelt sich hier um eine Baulinienänderung im X. Bezirke wegen des Anbaues an die Fabriksrealität von der Laxenburgerstraße in die Columbusgasse.

Sie haben diesbezüglich einen sehr ausführlichen Bericht in den Händen, aber trotzdem glaube ich verpflichtet zu sein, Ihnen noch einige Punkte des Referates aufzuklären, damit Ihnen die Beschlußfassung erleichtert werde. Denn es ist gewiß nicht angenehm, gegen einen bereits genehmigten Straßenzug, der im Regulierungsplane vorbezeichnet war, Stellung nehmen zu müssen und besonders ist es für den Referenten unangenehm, wenn er einen solchen Antrag unterbreiten muß.

Es ist selbstverständlich, nachdem es sich hier um eine Unterbrechung der Columbusgasse handelt, daß die Sache nicht so leicht im Stadtrate behandelt wurde, und ich habe mich auch deshalb mit der Bezirksvertretung des X. Bezirkes ins Einvernehmen gesetzt. Wir haben uns dann darauf geeinigt, daß wir diesen Platz auf 12 Jahre verpachten und drei Jahre Zeit zur Abräumung und Errichtung eines anderen Fabriksgebäudes geben. Dies ist auch den Fabriksbesitzern mitgeteilt worden, aber auf diesen Bescheid ist keine Antwort gekommen. Es wurde einfach fortgebaut.

Ich habe mich dann über die Sache erkundigt und habe erfahren, daß vom Stadtbauamte mit der Einstellung des Baues gedroht wurde, wenn die Fabrik ihre Zustimmung zu unseren Bedingungen nicht geben sollte. Es wurden dann neuerliche Verhandlungen eingeleitet und heute unterbreite ich Ihnen das Ergebnis dieser Verhandlungen, worüber ich Ihnen einiges sagen werde, was aus dem Referate selbst nicht zu entnehmen ist. Ich will Ihnen unter anderem sagen, wie sich die Sache für uns darstellt und ob ihre Durchführung dem Werte nach für uns gut ist oder nicht. Ich bitte aber zu berücksichtigen, daß es sich hier hauptsächlich um eine Aeroplanfabrik handelt, denn es wird darauf hingewiesen, daß wir unseren vaterländischen Empfindungen Ausdruck geben sollen, indem wir die Vergrößerung der Fabrik ermöglichen. Der aufgelassene Straßengrund würde 42 K per Quadratmeter kosten, das sind für 1551 m² 65.142 K. Dann werden noch Teile der Parz. 847/49 im Ausmaße von 195 m² an die Karosseriefabrik verkauft, und zwar zum Preise von 14 K per Quadratmeter, da es sich um Ackergrund handelt, das macht 2730 K, also zusammen mit dem ersten Betrage 67.872 K. Dafür erhält die Gemeinde Wien zwei Baustellen, und zwar die Parz. 847/60, Einl.-Z. 189 im Ausmaße von 447·46 m² zum Preise von 14 K, das macht 6263 K und die Kat.-Parz. 847/67, Einl.-Z. 192 im Ausmaße von 645·62 m², gleichfalls zum Preise von 14 K, das macht zusammen 15.302 K.

Außerdem haben wir noch eine Parzelle, die uns abgetreten wird und die wir mit 14 K per Quadratmeter, zusammen also, nachdem das Ausmaß 2279 m² beträgt, mit 31.906 K bewerten; die vorgenannten 15.302 K und dazu in barem 45.000 K ergibt zusammen einen Betrag von 92.208 K.

Wenn Sie nun denken, daß wir hier also die Differenz von 24.336 K herausbekommen, so gilt uns das gewissermaßen als eine Überzahlung für den Grund, das heißt mit anderen Worten, daß wir den Grund nicht mit 42 K, sondern mit ungefähr 90 K per Quadratmeter verkaufen. Außerdem mache ich aufmerksam, daß wir für Schadloshaltungen, die wir in späterer Zeit leisten müssen, einen Betrag von 134.000 K ersparen. In pekuniärer Beziehung ist die Sache also soweit für uns günstig, daß wir dem Antrage zustimmen können. Nun wurden mir gegenüber Bedenken wegen Absperrung der Gasse geäußert. Die Unterbindung einer Gasse, ob sie nun im X. oder sonst einem Bezirke stattfindet, ist immer eine unangenehme Sache. Hinter der Karosseriefabrik, wo eine Parkanlage geplant ist, soll — ich bitte den Plan zu betrachten — rechts auf dem Platze B und unterhalb der Karosseriefabrik auf dem Platze A eine Gartenanlage geschaffen werden, die gegen die Trambauergasse in einem Rondeau einen hübschen Abschluß erhalten soll. Oberhalb der Karosseriefabrik wird die Columbusgasse unterbrochen, und zwar soll der an der Salvatorianerkirche gelegene Teil einen ganz anderen neuen Namen bekommen. Wenn Sie fragen, wie viele Häuser dort stehen, so kann ich antworten, daß außer dem Kloster, das die Nummer 120 trägt, auf der anderen Seite der Gasse hinter einer Planke ein Häuschen steht, das die Nummer 122 trägt und einem Fuhrwerksbesitzer, einem gewissen Ott, gehört. Daran schließen sich schon die Schrebergärten und vermietete Plätze. Aus der Situation, die ich geschildert habe, können Sie entnehmen, daß wir eigentlich dort mit dieser Unterbindung der Gasse, die viele Herren mit großer Besorgnis erfüllt hat, keine solche Lage schaffen, daß es bedenklich wäre, dem Antrage zuzustimmen und wir uns in 15 bis 20 Jahren den Vorwurf machen müssen, daß wir den Bezirk durch die Unterbindung der Gasse in irgendeiner Weise geschädigt haben. Ich habe die Sache nicht leicht genommen, das werden die Herren im Stadtrate bestätigen, es ist alles wohl erwogen und ich bitte recht sehr um die Annahme des Antrages.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte kontra gelangt Herr Gem.-Rat Melcher.

Gem.-Rat Melcher: Vor allem will ich betonen, daß ich immer dafür bin, wenn von Seite der Gemeinde Wien eine Industrieförderung eintritt. Ich habe dies des Öfteren schon hier im Saale betont und erst vor einigen Wochen, als ein derartiger Wunsch unterbreitet wurde, habe ich diesen Standpunkt hervorgekehrt. Zu dem heutigen Referate möchte ich jedoch bemerken, daß es immerhin ein Unterschied ist, wo die Auflassung einer solchen Straße geschieht. Wenn die Auflassung einer Straße im Interesse einer Industrieförderung im XXI. Bezirke, der ausschließlich für Fabrikszwecke zu dienen hat, vorgenommen werden soll, dann werde ich mich leichter dazu entschließen können, auf einen Verkehrsweg zu verzichten, als wenn eine Straßenauflassung in einem Bezirk geschehen soll, der, wie der X., nicht ausschließlich Industriezwecken dient, besonders wo wir wissen, daß der X. Bezirk ziemlich eng mit Wohngebäuden verbaut ist. Wenn ich nun einen Vergleich zwischen der Auflassung einer Straße im X. Bezirke und einer solchen im XXI. Bezirke ziehe, so muß ich auch berücksichtigen, daß die Straßen im XXI. Bezirke, deren Auflassung wir bisher vorgenommen haben, niemals als Durchzugsstraßen dienten und auch die Straße, welche vor einigen Wochen in Simmering aufgelassen wurde, eigentlich keine Durchzugsstraße gewesen ist.

Es ist unbedingt notwendig und ich betone es heute wieder, daß die Gemeinde Wien nach dem Kriege und auch schon jetzt

der Industrie im größten Maßstabe Förderung angedeihen lasse. Ich bemerke bei dieser Gelegenheit, daß auf die Industrieförderung seitens der Gemeindevertretung vor dem Kriege viel zu wenig Bedacht genommen wurde. Ich kann nicht unterlassen zu sagen, daß die Schwierigkeiten, welche von der Gemeindevertretung einerseits, vom Magistrate und der Bezirksvertretung anderseits — und nicht in letzter Linie — der Errichtung von Industrieunternehmungen gemacht wurden, diese abgehalten haben, sich in Wien niederzulassen. Wenn ich aber gegen das heute vorliegende Projekt Bedenken vorbringe, so möchte ich sie auch begründen.

Der Herr Referent hat in ganz ausgezeichneter und vollkommen objektiver Weise über diese Angelegenheit berichtet. Er hat uns die Vorgeschichte des Projektes mitgeteilt und auch von den langwierigen Verhandlungen erzählt, die sich abgespielt haben, da sich die Bezirksvertretung seinerzeit für diese Auflassung nicht aussprechen wollte. Bezirksvertretung und Magistrat waren nämlich für einen Pachtvertrag, der der Unternehmung unterbreitet wurde. Diesem Pachtvertrag sollen sich aber juridische Bedenken entgegengestellt haben.

Ich muß sagen, ich bin kein Jurist, kann mir aber nicht vorstellen, daß die Gemeinde, wenn sie einen Straßengrund hat, nicht in der Lage sein sollte, ihn auf 20 oder 30 Jahre einer Industrieunternehmung zu verpachten, welche auf diesem Grund Baulichkeiten errichtet und sie dann nach Ablauf der 30jährigen Pachtzeit vertragsmäßig wieder entfernt, um den Durchzug der Straße zu ermöglichen.

Mein gesunder Menschenverstand sagt mir, daß dies unbedingt möglich sein muß. Wir hätten, wenn ein derartiger Vertrag zustandegekommen wäre, doch die Möglichkeit, diesen Straßenzug, wenn auch nicht nach 12 Jahren, wohl aber vielleicht nach 20 oder 30 Jahren durchzuführen.

Wenn Sie die Situation dort draußen ansehen, werden Sie sich wohl selbst sagen, daß jeder Mensch, der nach Absperrung des Straßenzuges dort durchgehen wird, sich die Frage vorlegen muß: Ja, um Gotteswillen, warum hat man denn eigentlich diese Straße abgesperrt? Man wird dann nämlich, um in die Columbusgasse herüberzukommen, ringsherum einen großen Umweg machen müssen und kein Mensch wird wissen, warum die Gemeindeverwaltung diesen Straßenzug aufgelassen hat. Der Herr Referent hat gesagt, daß dies ein gutes Geschäft für die Gemeinde sei. Ich glaube aber, wenn es sich um Interessen der Gemeindevertretung, und zwar um Interessen, die der Allgemeinheit zugute kommen, handelt, das Geschäft dann meiner Ansicht nach gar keine Rolle spielen darf. Als ein Geschäft kann ich dies nicht in Betracht ziehen, und zwar auch dann nicht, wenn wir um 24.000 K mehr bekommen.

Es ist auch ein Trugschluß, wenn wir sagen, wir haben eine Ersparung von 134.000 K dadurch erzielt, daß wir Grundstücke nicht einlösen müssen, die wir sonst hätten einlösen sollen, um eine Parkanlage zu schaffen. Wenn ich etwas einlöse, dann besitze ich es, dann muß ich es aber auch bezahlen; wenn ich es aber nicht einlöse und daher nicht besitze, dann habe ich die 134.000 K auch nicht erspart.

Wir sind in der Gemeinde — und da glaube ich im Namen aller sprechen zu können — entschieden dagegen, daß wir Sackgassen in Wien schaffen. Aus der Zeit, wo ich in der Bezirksvertretung war, weiß ich, daß es unglaubliche Schwierigkeiten bietet, ein privates Haus, das im Wege steht, einzulösen, wenn auch die Straße noch so notwendig ist. Große Kosten und Opfer müssen von der Gemeinde aufgewendet werden, um solche tote Straßen zu eröffnen. Heute haben wir eine Vorlage, nach der wir etwas machen wollen, was wir unter allen Umständen eigentlich vermeiden sollten. Darauf will ich aufmerksam machen. Es heißt ferner, daß sich die Aeroplanfabriksanlage unbedingt mit Rücksicht auf die kriegerischen Verhältnisse entwickeln und erweitern muß. Das ist allerdings sehr schön. Die Eingabe, in welcher dies zum Ausdruck kommt, ist von dem Fabriksbesitzer selbst gemacht worden und es ist ganz klar, daß dieser, wenn er etwas erreichen will, eine Eingabe macht, in der auch die Dringlichkeit in dieser Hinsicht betont ist. Immerhin kann ich nicht konstatieren, ob diese Fabrik gerade dort, an dieser Stelle, stehen muß und ob es nicht besser wäre, Gelder auf bedeutend billigeren Grundstücken zu investieren, eine große Fabrik zu errichten und ein Areale zu erwerben, welches bedeutend größer ist als jenes, welches jetzt von dem Unternehmen erworben wird. Es kann in ganz kurzer Zeit der Fall eintreten, daß gerade dieser Platz mit Rücksicht auf das Ausmaß des Grundstückes, welches heute zur Arrondierung angekauft wird, auch nicht genügt, um eine weitere Ausdehnung der Fabriksanlage an dieser Stelle zuzulassen. Dieses Beispiel wird selbstverständlich auch sehr viel Nachahmung finden, denn in dem Moment, wo die Industriellen sehen, daß Straßen mir nichts dir nichts aufgelassen werden können, wie man Kleider wechselt, dann werden sich ähnliche Forderungen häufen. Wir werden dann unseren Nachkommen in den unausgebauten Teilen der Stadt sehr unangenehme Situationen hinterlassen, die der weiteren Ausdehnung des Gemeindegebietes hinderlich sein werden.

Ich möchte nur noch anführen, daß heute geplant ist, an Stelle dieser großen Gartenanlage kleinere Anlagen zu errichten.

Ich bin ein entschiedener Feind aller kleinen Gartenanlagen, der sogenannten Beserlparks. Einen Sinn haben sie ja nicht. Wenn Parks in der Breite von 20 bis 30 m und in der Länge von 40 bis 50 m angelegt werden — also in der Größe eines Hofes — dann ist einerseits die gärtnerische Ausgestaltung schwer möglich und anderseits machen wir niemand eine Freude, wenn wir ihm einen derartigen Beserlpark vor das Haus stellen. Wir müssen aber auch auf die enormen Kosten Rücksicht nehmen, denn solche kleine Gartenanlagen verschlingen, was die Erhaltung anbelangt, bedeutend mehr als große Parkanlagen.

Ich möchte ferner darauf hinweisen, daß es ganz interessant ist, wenn Fälle eintreten, wie dieser Fall hier. Es hat sich die Praxis herausgestellt, daß die Gemeinde Wien Straßengründe unentgeltlich erhält und daß solche unentgeltlich in das öffentliche Gut einbezogene Straßengründe späterhin entgeltlich veräußert werden. Das, glaube ich, sollte unter keinen Umständen von der Gemeinde praktiziert werden. Auf diese Weise wäre es leicht, daß Gemeinde Wien große Geldbeträge bekommen könnte, wenn sie bei Parzellierungen sich soviel als möglich als Straßengrund unentgeltlich abtreten läßt und nachher hergeht und durch durch Einbeziehung dieser Straßengründe in die Nachbargründe ein Geschäft dadurch macht, daß sie dem Nachbar den ihr unentgeltlich überwiesenen Straßengrund verkauft.

Das ist meiner Ansicht nach ein bißchen unmoralisch; es sollte die Gemeinde Wien auch darauf Rücksicht nehmen.

Zum Referate selbst möchte ich bemerken, daß gerade Punkt 9 dieses Referates, den ich mir erlauben werde, vorzulesen, sehr interessant (liest):

„Die Firma hält die Gemeinde Wien gegen allfällige aus der Abänderung der Baulinien oder der Einbeziehung der rot schraffierten Fläche in den Fabriksbaublock abgeleiteten Ansprüche klag- und schadlos und läßt zur Sicherstellung dieser Ansprüche auf der ihr gehörigen Liegenschaft Einl.-Z. 187 Grundbuch X. Bezirk, Katastralgemeinde Inzersdorf-Stadt zugunsten der Gemeinde eine Kautionshypothek in der Höhe von 42.000 K an erster Stelle einverleiben."

Das, was ich Ihnen vorhin bezüglich des Straßenverkaufes gesagt habe, ist ein Grund, weshalb der § 9 hier eingeschaltet wurde.

Es wäre sehr interessant, hier in öffentlicher Sitzung diesen § 9 etwas näher zu beleuchten. Im Interesse der Gemeinde aber, meine Herren, und nur in diesem Interesse will ich mir es versagen, näher auf diesen Punkt einzugehen und ich erlasse es mir daher, eine Definition zu geben und die Folgen dieses Paragraphen für die Gemeinde näher auszuführen und zu präzisieren.

Ich möchte nur noch zum Schlusse folgendes hinzufügen: Gegen die Auflassung dieser Straße zu sprechen, würde, glaube ich, nichts nützen, weil ja die Angelegenheit zu weit gediehen ist. Der Herr Referent hat uns ja selbst gesagt, daß von Seite der Fabriksunternehmung ein Teil dieses Straßengrundes ja bereits verbaut ist.

Meine Herren! In kriegerischen Zeiten, in den Zeiten, in denen wir heute leben, ist das wohl möglich und kommt auch vor; in Friedenszeiten darf aber so etwas nicht vorkommen. In den heutigen Zeiten ist dies jedoch möglich, weil es manchmal über höheren Auftrag unerläßlich ist, und daher kann man, glaube ich, heute gegen eine solche Auflassung nicht sprechen. Aber ich möchte denn doch zu bedenken geben, ob es nicht möglich wäre, vielleicht irgend einen Ausweg dadurch zu finden, daß man einen längeren Pachtvertrag abschließt, um in späteren Jahren, nachdem der Herr Referent gesagt hat, daß der Ausbau hinter dieser Fabrik erst in Jahrzehnten erfolgen wird, eine freie Verfügung über diesen Grund zu ermöglichen. Ich gebe dies zur Erwägung. Ich sehe, daß nach mir auch Herr Vize-Bürgermeister Rain sprechen wird. Vielleicht wird er in dieser Beziehung einen Ausweg finden; vielleicht wird er mir zustimmen, daß da vielleicht ein Ausweg zu finden wäre.

Immerhin glaube ich, daß in diesem Saale nicht einer sein wird, der nicht gewisse Bedenken gegen den Abschluß dieser Straße haben wird. Das möchte ich zu bedenken geben und möchte noch sagen, daß eine Industrieförderung notwendig ist, aber unbedingt muß man erwägen, ob die Industrieförderung an der betreffenden Stelle nicht auch dem öffentlichen Interesse unterliegen muß. Dort, wo das öffentliche Interesse höher gelegen ist als die Industrieförderung, dort möchte ich Sie bitten, künftighin derartige Sachen nicht zu machen. Dort, wo das öffentliche Interesse unterliegt gegen das Interesse der Industrieförderung, weil die Möglichkeit dazu gegeben ist, werde ich immer dafür eintreten und für eine derartige Auflassung stimmen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Klaudy.

Gem.-Rat Klaudy: Die Unzulänglichkeit und Rückständigkeit unserer jetzigen Bauordnung bringt immer Konflikte zwischen Industrie- und öffentlichem Interesse hervor, Konflikte, welche bei der Unklarheit unserer Bauordnung dazu führen, willkürliches Ermessen in Erscheinung treten zu lassen.

Wäre beispielsweise der X. Bezirk als Industriebezirk gedacht und ausgebildet, würde ich kein Bedenken haben, die industriellen Interessen voranzustellen gegen die öffentlichen Interessen. Mir scheint es aber im gegebenen Falle, daß die Bedeutung der industriellen Interessen hier nicht gleich ist mit dem geschädigten öffentlichen Interesse. Das willkürliche Ermessen, welches durch die Mängel unserer Bauordnung hervorgebracht wird, zeitigt eine Reihe ähnlicher Erscheinungen. Der XXI. Bezirk ist in der neuen Bauordnung ausersehen, als Industriebezirk zu gelten.

Nichtsdestoweniger trägt man nicht immer diesem Geiste Rechnung und hält sich in verschiedenen Entscheidungen an den Buchstaben. Der Kern dieses Bezirkes ist im Regulierungsplane als Industriegebiet gedacht.

Nun ist mir folgender Fall bekannt: In jüngster Zeit hatte ein an der Peripherie dieses Bezirkes gelegenes industrielles Unternehmen große Schwierigkeiten, weil es sich nach der Richtung des sogenannten Wohnviertels hin ausdehnen will, um einen für die Kriegszeit notwendigen Bau zu errichten. Man trägt lebhafte Bedenken und macht enorme Schwierigkeiten, bloß deshalb, weil nach den Konturen, die im Plane eingezeichnet sind, die Grenze überschritten ist und die neue Fabriksfront bereits ins weiß gezeichnete Gebiet des Regulierungsplanes ragt. Und daraus leitet man ab, daß für diesen Zubau verschärfte gewerbepolizeiliche Bedingungen am Platze wären.

Ich halte das für ungerecht im gegebenen Falle und wollte diesen Fall nur als Illustration erwähnen, wie sehr wir es notwendig haben, daß eine klare Bauordnung mit ausgesprochenem Geiste uns vorliegt. Gerade in dem Momente, wo die Abänderung einer durch die Bauordnung bestimmten Gasse auf der Tagesordnung ist, erfahre ich gestern, daß der neue Plan existieren soll, die Bauordnung, welche uns seit Jahrzehnten beschäftigt, nicht zu erledigen, sondern an ihre Stelle eine Novellierung treten zu lassen. Ich möchte diese Gelegenheit benützen und entschieden dagegen Verwahrung einlegen.

Jeder geistige Zweck kann nur durch eine ihm entsprechende Organisation getragen werden; die vervollkommt werden kann durch Ausbau, um weiteren neuen geistigen Anforderungen Rechnung zu tragen, aber nur bis zu einer gewissen Grenze. Dann wird diese Organisation demolierungsreif und es ist unvernünftig, auf weitere Adoptierungen seine Kunst, seine Zeit und seine Mittel zu verschwenden. Wer diese Wahrheit nicht versteht, ist unfähig, dem Wohle der Gesamtheit zu dienen. Dieser neue Geist entspricht vor allem den Ansprüchen der Allgemeinheit. Aber daß die jüngsten Errungenschaften der Technik und der Hygiene heute nur den Wohlhabenden zugute kommen, und den Kapitalismus, entgegen ihrem ethischen Zwecke, befruchten, diesem Geist zu entsprechen, heißt schuldtragend sein an den unerträglichen Folgen, den anwachsenden vielseitigen Dissonanzen zwischen arm und reich an Geld und Wohlbefinden.

Es ist wenig weise, aber bequem, diese Dissonanzen auf scheinbar goldenem Mittelwege ablenken zu wollen und bald den Armen, bald den Reichen schön zu tun, um sie für den Augenblick zur Ruhe zu bringen. Nur Ruhe vor dem Sturm kann so erzielt werden. Hier gibt es nur eine richtige Lösung der poli-

tischen Aufgaben: Die versäumte moderne Organisation nachzuholen, deren Mängel die Ursache der Dissonanzen waren, das Übel an der Wurzel zu fassen, dem neuen Geiste Rechnung zu tragen mit neuen Organisationen und nicht mit altem Flickwerke. Die modernen Organisationen zum Gemeinwohl sind es allein — und eine solche ist die Bauordnung — welche das freie Kapital in jenen Verhältnissen zum Gemeinwohl binden, welches der jeweiligen kulturellen Entwicklung entspricht. Nur der Überschuß an freiem Kapitale, auf den die Allgemeinheit bereis längst Anspruch hatte, ist die Ursache der Entartung des Kapitalismus und die Quelle der Unzufriedenheit. Die unkluge Verwaltung steht vor den Geistern, die sie selbst rief, durch ihr Versäumnis der rechtzeitigen und richtigen Schaffung von Organisationen. An uns als Volksvertretern liegt es aber, unsere Stimmen rechtzeitig in dem Momente zu erheben, wo man daran ist, ein Versäumnis zu wiederholen und flicken will, wo es nichts mehr zu flicken gibt, weil materielle Interessenten sich zur Wehre setzen gegen Volksbebedürfnisse.

Wird die neue Bauordnung nicht endlich gemacht, so müssen sich die Dissonanzen derart verschärfen, daß ich von jeder Mitverantwortung frei sein will. Ob die Form des Entwurfes der Bauordnung geändert werden soll oder nicht, ist Nebensache. Man kann ihr den Vorwurf machen, daß sie ihres reichen Inhaltes halber an technischen Einzelheiten, die leicht veralten, nicht den Bedürfnissen einer voraussichtlich langen Lebensdauer entspricht. Gut, ändern Sie die Verteilung des Inhaltes, machen Sie daraus einen elastischen Gesetzesteil und einen beweglichen Verordnungsteil, aber lehnen Sie es ab, ein unverantwortliches Versäumnis zu befürworten, das Drängen einer neuen Zeit noch länger hinzuhalten auf Kosten der Wohlfahrt unserer Stadt.

Ich weiß nicht, welchem Kopf der Gedanke entsprungen ist, habe es aber für meine Pflicht gehalten, womöglich eine derartige Idee gleich im Keime zu ersticken. (Beifall.)

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Herr Vize-Bürgermeister Rain pro.

Vize-Bürgermeister Rain: Das uns vorliegende Referat wurde wiederholt und eingehend im Stadtrate verhandelt und alle Bedenken, welche dagegen vorgebracht wurden, wurden auf ihre Stichhältigkeit genau geprüft.

Ich erkläre offen, daß die Frage der Auflassung eines öffentlichen Platzes und einer Straße von so weitgehender Bedeutung ist, daß sich wohl alle Funktionäre dessen bewußt sind, für welche Sache sie eintreten. Wir haben die Sache nach zwei Seiten hin genau, objektiv und in gewissenhafter Weise geprüft.

Die Durchführung dieser ganzen Angelegenheit ist, wie Herr Kollege Melcher ganz richtig bemerkt hat, nicht vom geschäftlichen Standpunkt aus zu betrachten. Der Gemeindeverwaltung kann es ganz einerlei sein, ob sie einige tausend Kronen mehr oder weniger dabei bekommt, aber im Interesse der Allgemeinheit ist die Auflassung des Durchzuges dieser Straße von Bedeutung.

Herr Kollege Melcher hat die Förderung der Industrie betont. Auch wir sind Förderer der Industrie und erblicken in jenem Teile des X. Bezirkes die gleichen Verhältnisse wie im XXI. Bezirke einen Industriebezirk.

Die Frage, die uns hier vorliegt, ist ja darum von weitgehender Bedeutung, weil es sich um eine Industrie handelt, die zu fördern Aufgabe der Gemeindeverwaltung, aber auch Aufgabe jedes Staatsbürgers ist. Es handelt sich um die Förderung jener Industrie, welche zur Kampffähigkeit unserer Armee beiträgt. Wir dürfen nicht verkennen, daß gerade die Flugzeuge in der jetzigen Zeit eine bedeutende Rolle spielen. Die Heeresverwaltung und das Kriegsministerium sowie das Kommando der Luftschiffer-Abteilung sind bestrebt, die Gemeinde nach Tunlichkeit zu veranlassen, rasch an die Durchführung dieser Angelegenheit zu schreiten. Wer könnte sich in der jetzigen Zeit der Wichtigkeit und Tragweite dieser Wünsche der Kriegsverwaltung verschließen!

Ich erkläre offen, ich würde nicht imstande sein, ihr diesen Wunsch zu versagen. Wir alle in diesem Saale wissen, daß die Ententemächte die Möglichkeit haben, von ganz Nord-Amerika und Japan dasjenige zu bekommen, was nur mit den schwersten Opfern und nur schrittweise in Österreich zu erreichen ist! Und da soll die Gemeindeverwaltung von Wien, welche jederzeit ihre patriotischen Gefühle gezeigt hat, in dieser Frage Schwierigkeiten machen?

Ganz richtig und treffend hat Kollege Melcher betont, daß wir hier in ein Pachtverhältnis eintreten sollen. Auf Ihrer Seite haben Sie ja Juristen, aber auch bei uns wurde diese Frage genau erwogen. Nach dem Grundbuchsrechte ist es schwer, auf öffentlichem Grunde Bauten auszuführen. Sie wissen ja, welche Schwierigkeiten die grundbücherliche Durchführung bereiten würde. Um was bittet die Kriegsverwaltung? Um rasche Durchführung. Wenn wir lange zaudern und vielleicht ein Jahr lang über die juristische Seite der Frage verhandeln, bis über einen Pachtvertrag eine Einigung erzielt ist, für ein solches Entgegenkommen würde sich die Heeresverwaltung schönstens bedanken. Was geschieht eigentlich? Eine Straße wird aufgelassen und ein öffentlicher Platz wird teilweise an anderer Stelle geschaffen. Die Auflassung der Columbusgasse ist ja gewiß ein Hindernis, aber die Notwendigkeit der Förderung der Kriegsindustrie ist wichtiger und ich stimme daher mit ruhigem Gewissen für die Anträge des Referenten.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Herr Kollege Schlechter kontra.

Gem.-Rat Schlechter: Es ist heute beinahe das erstemal, daß sich ein Referent in einer Angelegenheit so ausführlich verbreitet hat. Ich darf wohl verraten, woher das kommt. In wirklich loyaler Weise sind wir, mein Kollege Melcher und ich, vor Beginn der Sitzung an den Referenten herangetreten, um ihm die Bedenken mitzuteilen, die wir in dieser Angelegenheit haben. Man hat dann sogar den Referenten im Magistrate zitiert und uns verschiedene Erklärungen gegeben. Leider muß ich aber sagen, daß diese Erklärungen mich von meinem ursprünglichen Standpunkte nicht abbringen können, gegen diesen Antrag zu sein.

Herr Vize-Bürgermeister Rain hat allerdings die Sache auf ein Gebiet hinübergespielt, wohin es hier im Gemeinderate doch nicht hätte hinübergespielt werden sollen. Vor allem muß ich Folgendes betonen:

Wir haben hier einen ziemlich umfangreichen Plan. Beim Studium des Referates müssen einem, bevor man den Referenten gehört hat, unbedingt gewisse Dinge auffallen, die wahrscheinlich im ersten Augenblicke gar niemand auffallen. Der Bericht macht einen erst darauf aufmerksam. Es wird da auf einmal eine Baulinienveränderung vorgenommen, ohne daß man nach dem An-

trage auch nur im geringsten herausfinden kann, warum das auch damit in Verbindung gebracht werden muß. Es handelt sich nämlich um einen ganz anderen Baublock bei den zwei Buchstaben h und i und k und l. Wenn Sie den Plan ansehen, werden Sie finden, daß, obwohl dies hier absolut nicht mit dieser Fabrik zusammenhängt, auf einmal eine Gasse aufgelassen wird, die im Plane bereits eingetragen ist. Zweitens wird man finden, daß ein ganz schmaler Streifen Gartenanlage hinkommen soll. Diese Frage der neuen Baulinien und der Auflassung einer bereits proponierten Straße ist bisher noch nicht besprochen worden.

Diese Tatsachen müssen umsomehr frappieren, weil sie, wie ich gesagt habe, mit der vorliegenden Angelegenheit nicht direkt in Verbindung stehen. Noch mehr muß es aber frappieren, wenn man die Anträge liest. Es liegt hier ein ziemlicher Wust von Anträgen vor und manche sind ziemlich bedenklicher Natur, auf die ich später auch zu sprechen kommen werde.

Es heißt nämlich in den Anträgen:

„In teilweiser Abänderung des genehmigten Regulierungsplanes werden die im Plane so und so mit den Buchstaben a, b bis l bezeichneten Baulinien neu bestimmt."

Unmittelbar darauf heißt es:

„Die Rechtsgiltigkeit dieser Baulinienabänderung wird an die Bedingung geknüpft, daß zwischen der Gemeinde Wien und der gesuchstellenden Firma folgendes Übereinkommen abgeschlossen und bücherlich durchgeführt werde."

Das ist eine ganz eigentümliche Bestimmung. In dem Augenblicke, wo diese Durchführung bestimmt wird, müssen wir unter allen Umständen die anderen zwei Baulinien beibehalten. Wir müssen an der bezeichneten Stelle eine Gartenanlage und die Gasse errichten.

Wenn dieser Vertrag abgeschlossen wird, dann bindet sich der Gemeinderat und er kann in der Zukunft an dieser Linie die heute bestimmt wird, nicht die geringste Abänderung mehr vornehmen.

Ich komme nun zum zweiten Gegenstande der bisher noch nicht berührt worden ist. Aus dem Plane ersieht man gar nicht, daß ursprünglich auf der Parzelle 847/49 geplant war, eine Gartenanlage zu errichten. Das geht weder aus dem Plane, noch überhaupt aus den Anträgen hervor. Das hat sich erst im Laufe der Erörterungen herausgestellt, welche die beiden genannten Herren, zu welchen auch ich gehört habe, mit dem Referenten hatten. Ich bitte nicht zu vergessen, unter welchen Voraussetzungen diese Gartenanlage geplant war. Diese Parzelle ist nämlich mit dem Bauverbote belegt gewesen. Es hätte also dieser Grund von dem Betreffenden nie zur Verbauung gelangen können. Wir hätten ihn einlösen müssen, allerdings nur zu einem verhältnismäßig geringen Preise.

Der Annahme, daß das auf 150.000 K gekommen wäre, kann ich nicht beipflichten, denn ein Grundstück, auf dem einmal, sei es mit Recht oder Unrecht, aber doch einmal, tatsächlich ein Bauverbot gelegt ist, hat einen geringeren Wert.

Nun kommt aber noch etwas, und Sie werden es mir nicht übel nehmen, wenn ich es zur Sprache bringe. Im Punkte 5 heißt es nämlich (liest):

„Die Firma schreibt die im bauämtlichen Plane gelb und braun schraffierten Grundteile der in der Einl.-Z. 191 inneliegenden Parzelle 847/66 im Ausmaße von ungefähr 4137 m² und 2279 m² vom Gutsbestande dieser Einlage ab, überträgt sie in das Verzeichnis über das öffentliche Gut und übergibt sie auf Verlangen der Gemeinde Wien in der richtigen Höhenlage in den tatsächlichen Besitz."

Wenn man das liest, glaubt man, daß die Firma einfach einen Grund von 6000 m² beinahe unentgeltlich hergibt, also ihn beinahe schenkt, das ist aber nicht der Fall. Sehen Sie sich nur einmal den Plan an, auf dem der eine Teil von rechts nach links und der andere von links nach rechts schraffiert ist. Der erste Teil wird allerdings unentgeltlich, wie es heißt, abgetreten. In der Anmerkung heißt es aber ausdrücklich, daß der zweite Teil, der von links nach rechts schraffiert ist, entgeltlich abgetreten wird. In Zukunft soll das eine kleine Gartenanlage werden.

Nun müssen Sie bedenken, daß diese Grundfläche unter allen Umständen zum großen Teile hätte unentgeltlich abgetreten werden müssen, weil die Verlängerung der Baulinie derart gedacht ist, daß die eine Straße, die schon von der Laxenburgerstraße her eingezeichnet ist, dort ihre Fortsetzung findet. Das geht aus dem Plane oben und unten deutlich hervor. Man kann also nicht recht von einem Geschenk sprechen.

Ich komme nun zur Auflassung der Straße. Es ist wiederholt betont worden, daß es nicht so einfach geht, eine Straße, die grundbücherlich im Eigentum der Gemeinde Wien ist und die seinerzeit abgetreten wurde, aufzulassen. Man kann vielleicht dem Betreffenden, der an der Straße liegt, keinen Schaden zufügen, weil, wenn sie aufgemacht wird, er zwei Häuserfronten, Fensterrechte u. s. w. bekommt. Für ihn wäre es also ein großer Vorteil, wenn die Straße aufgemacht würde. Er macht sie aber nicht auf, weil er glaubt, zu erreichen, daß das in seinen Grundbesitz einbezogen wird, so daß er einen außerordentlich großen Komplex für seine Fabrik hätte, die er übrigens zum Teil schon zu bauen begonnen hat, und zwar auf einem Grund, auf dem er gar nicht hätte bauen dürfen, was ganz merkwürdig ist. Da werden Hunderttausende auf die Zustimmung des Gemeinderates im vorhinein riskiert!

Dieser Eigentümer hat also allerdings hier einen großen Vorteil. Was aber die zwei anderen Straßenteile anlangt, nämlich in der Richtung Süd und Nord, wie sie sich aus dem Plane ergeben, so muß man annehmen, daß dadurch jene, die dort Gründe haben, die zur Verbauung gelangen, im Werte geschmälert werden. Wenn eine Straße unterbrochen wird, kann der Verkehrswert nie gewinnen, wie es der Fall ist, wenn die Straße nicht unterbrochen ist. Eine Sackgasse hat keinen besonderen Wert.

Ich muß aufrichtig gestehen, daß die Angelegenheit doch sehr wichtig ist, schon mit Rücksicht auf die rechtliche Frage, die ja heute auch schon gestreift worden ist.

Mit Rücksicht darauf stelle ich den Antrag, es sei dieser Akt noch einmal an den Stadtrat zurückzuverweisen und es sei neuerlich darüber zu berichten.

Wir haben es hier mit einem öffentlichen Interesse zu tun, das unter allen Umständen gewahrt werden muß, und ich glaube kaum, daß der österreichischen Industrie daraus ein gar so großer Schaden erwachsen könnte.

Ich mache aufmerksam, daß jeder, der die dortige Gegend kennt, auch wissen wird, welche weite verfügbare Flächen dort noch vorhanden sind. Ich darf wohl darauf hinweisen, daß ganz

in der Nähe die großartigen Barackenlager angelegt wurden, also daß in jenem Teile von Favoriten noch Hunderttausende von Quadratmetern zur Verfügung stehen. Wir im Gemeinderate sind in erster Linie berufen, die wirklichen Interessen der Gemeinde zu wahren. Wir müssen aber auch den richtigen Standpunkt berücksichtigen, den weiter auszuführen wohl nicht notwendig ist, da der Herr Kollege Melcher schon eingehend darüber gesprochen hat.

Ich bin also der Meinung, da die Sache eine neuerliche Erörterung verdient, daß der Antrag an den Stadtrat rückzuverweisen ist.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Ich bringe vorerst den Antrag auf Rückverweisung an den Stadtrat zur Abstimmung und ersuche die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist abgelehnt.

Zum Worte gelangt nun Herr Gem.-Rat Reumann.

Gem.-Rat Reumann: Der Antrag auf Rückverweisung ist abgelehnt worden, aber ich muß doch sagen, daß es ein äußerst bedenkliches Projekt ist, das uns hier vorliegt. Im X. Bezirke hat es schon riesigen Unwillen erregt, als die Fabrik gebaut wurde, und namentlich als seitens der Mendl'schen Fabrik eine bereits genehmigte Straße verbaut worden ist. Nun kommt wieder ein solches Projekt. Unterhalb der Salvatorianerkirche sind auch noch Baublöcke, die verbaut werden können, und hier wird die ganze Kommunikation gestört, indem die Straße verbaut wird. Das, was Herr Vize-Bürgermeister Rain angeführt hat, womit er die Berechtigung dieser Verbauung nachweisen will, ist etwas merkwürdiger Natur. Wenn die Fabrik zum Baue von Aeroplanen dieser Ausdehnung wirklich bedarf, dann kann doch die Fabrik ein ganz leichtes Gebäude hinstellen, das rasch wieder abgeräumt werden kann. Da verstehe ich wirklich nicht, warum wir nicht verlangt haben, daß entweder der Gemeinde das Heimfallrecht eingeräumt werde oder daß wir nur pachtweise diese Teile des Straßengrundes abgeben. Es ist doch nur ein leichter Holzbau notwendig, damit die Arbeiten für den Bau von Aeroplanen hergestellt werden, und die Bedenken, die der Herr Vize-Bürgermeister Rain angeführt hat, wären damit beseitigt. Der Firma hat man bereits vorgeschlagen, daß sie der Gemeinde Wien das Vorverkaufsrecht einräumen soll, aber die Firma hat erklärt, daß sie auch dies nicht tun kann.

Es ist wirklich sehr merkwürdig, wenn das Kriegsministerium wünscht, daß diese Firma berücksichtigt werde und die Gemeinde auf alles eingehen soll, was von Seite der Firma verlangt wird.

Wie gefährlich die Sache ist, geht aus dem Punkt 9 hervor, wo es heißt (liest):

„Die Firma hält die Gemeinde Wien gegen allfällige aus der Abänderung der Baulinien oder der Einbeziehung der rot schraffierten Fläche in den Fabriksbaublock abgeleiteten Ansprüche klag- und schadlos und läßt zur Sicherstellung dieser Ansprüche auf der ihr gehörigen Liegenschaft Einl.-Z. 187 Grundbuch X. Bezirk, Katastralgemeinde Inzersdorf-Stadt, zugunsten der Gemeinde eine Kautionshypothek in der Höhe von 42.000 K an erster Stelle einverleiben."

Schon dieser Punkt 9 zeigt, daß Sie sich vorgesehen haben, daß eventuell eine Klage laufen werde, die sich vielleicht auch darauf bezieht, daß der andere Baublock entwertet wird und daß dann Ansprüche zu befriedigen sein werden. Das zeigt schon allein, daß dort eine große Unzufriedenheit gegen diese ganze Verbauung platzgreift. Ich sehe aber keinen Beweggrund dafür, daß wir uns einer solchen Kritik aussetzen sollen und es ist daher notwendig, daß wir entweder bloß einen Pachtvertrag mit der Firma eingehen oder das Heimfallsrecht für die Gemeinde beanspruchen. Es handelt sich eigentlich doch nur um die Kriegszeit, denn wenn der Krieg einmal vorüber ist, wird das Bedürfnis nach Aeroplanen nicht mehr so groß sein, wie es gegenwärtig ist, und die Kriegsverwaltung wird sich ihre Aeroplane schon zu verschaffen wissen. Infolgedessen hindert es die Fabrik gar nicht, daß dort jetzt ein provisorischer Bau hingestellt wird, der nach dem Kriege wieder abgeräumt wird, und wir haben unsere Kommunikation in der betreffenden Straße gerettet. Wahrscheinlich handelt es sich aber der Fabriksunternehmung, die doch eigentlich eine Karosseriefabrik ist, um etwas ganz anderes. Wahrscheinlich will sie sich mit anderen Erzeugnissen beschäftigen und sie sorgt dafür, daß sie im Frieden dort ein großes Fabriksgebände stehen hat. Es wäre nicht unmöglich, daß dort nur ein Provisorium hingestellt wird. Das geschieht aber nicht und das beweist, daß es sich nicht um ein wirkliches Bedürfnis, sondern darum handelt, die Geschäftszwecke der Firma zu befriedigen. Das geht doch aus allem hervor. Wenn es sich aber wirklich darum handelt, nur einem momentanen Bedürfnis Rechnung zu tragen, dann darf nur eine Verpachtnng oder das Heimfallsrecht ausgesprochen werden. Wenn die Fabrik auf diese unsere Forderungen nicht eingeht, wird sich eben zeigen, daß das Bedürfnis, welches das Kriegsministerium und die Fabrik vorgibt, tatsächlich nicht vorhanden ist. Wenn es aber wirklich vorhanden ist, dann wird sie auf das eingehen, was wir verlangen und wir haben den Straßenzug gerettet, nicht aber aufgelassen.

Vize-Bürgermeister Hoß (welcher während des vorstehenden Referates den Vorsitz übernommen hat): Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Gem.-Rat Wippel: Vom Herrn Gem.-Rat Melcher und auch von anderen Rednern ist so gesprochen worden, als ob diese Aeroplanfabrik jetzt erst gebaut worden wäre. Nein, meine Herren, das ist nicht der Fall. Die Fabrik besteht schon sehr lange in der Laxenburgerstraße und sie hat die rückwärtigen Gründe dazu gekauft; daher handelt es sich hier nicht um ein Geschäft, und schon gar nicht um ein unmoralisches, wie heute gesagt wurde, denn diese Gründe sollen jetzt dazu genommen werden, um für die Aeroplanfabrik verwendet zu werden. Die Firma besteht seit einer Reihe von Jahren, sie ist nicht neu, und wie sie ihre Karosseriefabrik in der Gegend gebaut hat, standen dort noch gar keine Häuser. Die schnelle Entwicklung des Bezirkes brachte es erst mit sich, daß die dortige Gegend verbaut wurde.

Der Herr Kollege Melcher hat heute und auch in der letzten Sitzung gesagt, daß wir der Industrie unbedingt unsere Förderung zuwenden müssen. Er schlägt sich jetzt selbst, indem er gegen diesen Antrag spricht. Wenn wir die Industrie fördern wollen, müssen wir auch der Aeroplanfabrik ermöglichen, daß sie ausgebaut wird, womit wir übrigens nichts anderes tun, als unsere vaterländische Pflicht, wie dies schon vom Herrn Vize-Bürgermeister Rain in sehr richtiger Weise gesagt wurde.

Die Karosseriefabrik soll jetzt für die Aeroplan-Erzeugung ausgestattet werden, denn dazu braucht sie das Kriegsministerium. Ich bin ja auch nicht für die Straßenunterbrechungen, besonders

nicht bei einer Parallelstraße zur Laxenburgerstraße, aber wir werden dort eine Parkanlage bekommen, die wahrlich kein Beserlpark sein wird.

Der eine Teil des Parkes wird 60.000 m² und der andere Teil 47.000 m² groß sein und dazwischen wird noch eine grüne Anlage auf dem dazwischenliegenden Platze sein, deren Größe im Plane noch gar nicht angegeben ist. Das ist also kein Beserlpark, sondern ein Park, durch den die Trambauergasse einen sehr schönen Abschluß bekommen wird. Was dann dahinter ist, wird einen anderen Namen bekommen, wird also nicht mehr Columbusgasse heißen, die also abgeschlossen bleibt, denn von der Karosseriefabrik bis zum Gürtel wird die Gasse einen anderen Namen führen. Das ist umso leichter durchführbar, weil im unteren Teile der Gasse nur die Nummer 120 vorkommt, das ist nämlich das Salvatorianerkloster, zu dem aber der Zugang von der Laxenburgerstraße aus sein wird.

Was der Herr Kollege Melcher bezüglich des Geschäftes gesagt hat, so habe ich schon einmal erwähnt, daß es sich hier nicht um ein Geschäft handelt, sondern um eine gegenseitige Bewertung von Gründen, und es geht aus dem Ganzen hervor, daß auch die Berechnung für uns nicht ungünstig ist. Die Verbauung ist dort schon sehr weit vorgeschritten und umso notwendiger ist jetzt die Schaffung von Gartenanlagen, damit es den anderen nicht so geht wie mir, der ich anläßlich der Erhebungen draußen beinahe im Kote stecken geblieben bin. Ich habe noch zu erwähnen, daß die Firma Gutmann selbst die Bestimmung wegen der Kaution verlangt hat; das geschieht doch nur, um sich für alle Fälle zu sichern, denn wenn es zum Prozesse kommt, weiß man ja doch nicht welcher Meinung Recht gegeben werden wird. Auf den Gründen, über welche Herr Gem.-Rat Schlechter gesprochen hat, stehen heute überhaupt noch keine Häuser, das ist alles Ackergrund.

Herr Prof. Klaudy hat die Mängel unserer Bauordnung in formvollendeter Rede gegeißelt, ich bin überzeugt, daß seine Anregungen an den kompetenten Stellen Beachtung finden werden.

Was Herr Kollege Schlechter bezüglich der Bedingungen gesagt hat, so möchte ich darauf bemerken, daß wir bei der Fassung des Vertrages solche Bedingungen stellen müssen, wir mußten in den einzelnen Paragraphen die Bedingungen niederlegen und die Gegenseite muß erklären, daß sie auf diese Bedingungen eingehe. Sie dürfen auch nicht vergessen, daß in der Redtenbacherstraße keine Abtretung erfolgen wird, so daß also von einer Sackgasse absolut keine Rede sein kann. Der Abschluß wird durch einen schönen Park erfolgen und jenseits wird eine Straße weitergeführt.

Herr Gem.-Rat Reumann hat gesagt, daß hier ein ähnlicher Fall vorliegt wie bei den Mendl'schen Fabriken. Dort handelte es sich aber um eine Straße, in der auf beiden Seiten Häuser standen, während hier keine Häuser stehen, mit Ausnahme des Klosters, und es freut mich sehr, daß gerade Herr Gem.-Rat Reumann um das Wohlergehen der Salvatorianer so besorgt ist; ich kann ihn aber beruhigen, die Salvatorianer bekommen den Zugang zu ihrem Kloster von der Laxenburgerstraße aus.

Sie haben auch gehört, meine Herren, daß das Vorkaufsrecht unmöglich ist und daß aus diesem Grunde die grundbücherliche Durchführung gleichfalls unmöglich ist.

Ich glaube, aus dem ganzen entnehmen zu können, daß Herr Vize-Bürgermeister Rain und ich Sie davon überzeugt haben, daß die Durchführung dieser Angelegenheit tatsächlich notwendig ist.

Zum Schlusse will ich noch bemerken, daß Herr Kollege Schlechter etwas gemacht hat, was er mir versprochen hat, nicht zu tun, denn er hat den Rückverweisungs-Antrag gestellt. Sie haben die Rückverweisung abgelehnt und ich bitte Sie nunmehr um Annahme des Stadtrats-Antrages.

Vize-Bürgermeister Hoß: Ein Gegen-Antrag ist nicht gestellt worden; wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Stadtrats-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte die Herren Schriftführer, die Stimmenzählung vorzunehmen. (Geschieht. — Nach einer Pause:) Der Referenten-Antrag ist abgelehnt.

Beschluß: Der Stadtrats-Antrag:

„In teilweiser Abänderung des genehmigten Regulierungsplanes für den zwischen der Laxenburgerstraße, Troststraße, Wirergasse und verlängerter Hebbelgasse gelegenen Gebietsteil des X. Bezirkes werden die im Plane 1 des Stadtbauamtes, Z. 269/XIII/16 rot schraffierten, mit den Buchstaben a, b, c, d, e, f, g, h, i und k, l bezeichneten Baulinien neu bestimmt und die in diesem Plane gelb gezogenen Baulinien aufgelassen, sowie die Höhenlagen der Straßen und Plätze nach den im Plane 1 rot geschriebenen und unterstrichenen Maßzahlen abgeändert.

Die Rechtsgültigkeit dieser Baulinienabänderung wird an die Bedingung geknüpft, daß zwischen der Gemeinde Wien und der gesuchstellenden Firma folgendes Übereinkommen abgeschlossen und bücherlich durchgeführt werde:

1. Die Gemeinde Wien stimmt zu, daß der im Plane 2 des Stadtbauamtes, Z. 269/XIII x 1916, rot schraffierte, mit den Buchstaben a, a_1, e_1, a umschriebene Teil der Kat.-Parz. 849/16 Grundbuch X. Bezirk, Katastral-Gemeinde Inzersdorf-Stadt im Ausmaße von ungefähr 1551 m² aus dem Verzeichnisse über das öffentliche Gut ausgeschieden und dem Gutsbestande der im Eigentume der Firma „Wiener Karosseriefabrik W. Gutmann" befindlichen Liegenschaft Einl.-Z. 187 Grundbuch X. Bezirk, Katastral-Gemeinde Inzersdorf zugeschrieben wird.

2. Die Gemeinde bewilligt die Löschung der auf der Liegenschaft Einl.-Z. 191 Grundbuch X. Bezirk, Kat.-Gemeinde Inzersdorf-Stadt zu ihren Gunsten einverleibten Verbindlichkeiten.

3. Die Gemeinde Wien enthebt die Firma von der ihr infolge der neuen Baulinienbestimmung erwachsenden Verpflichtung, den im bauamtlichen Plane 2 braun angelegten Teil der Kat.-Parz. 847/49 im Ausmaße von ungefähr 195 m² zu erwerben und der Gemeinde unentgeltlich in das öffentliche Gut zu übergeben.

4. Die Firma vereinigt den ihr von der Gemeinde Wien überlassenen, im bauamtlichen Plane 2 rot schraffierten Teil der Kat.-Parz. 849/16 und den innerhalb der neubestimmten Baulinien gelegenen

Teil der bereits in ihrem Eigentum befindlichen, in der Grundb.-Einl.-Z. 191 Grundbuch X. Bezirk, Katastral-Gemeinde Inzersdorf-Stadt inneliegenden Teil der Kat.-Parz. 847/66 mit ihrer Liegenschaft Einl.-Z. 187 (X. Bezirk, Katastral-Gemeinde Inzersdorf-Stadt) und verwendet diese Grundflächen ausschließlich zur Erweiterung ihrer bereits bestehenden Fabrik.

5. Die Firma schreibt die im bauämtlichen Plane gelb und braun schraffierten Grundteile der in der Einl.-Z. 191 inneliegenden Parzelle 847/66 im Ausmaße von ungefähr 4137 m² und 2279 m² vom Gutsbestande dieser Einlage ab, überträgt sie in das Verzeichnis über das öffentliche Gut und übergibt sie auf Verlangen der Gemeinde Wien in der richtigen Höhenlage in den tatsächlichen Besitz.

6. Die Firma bewilligt die lastenfreie Eintragung des Eigentumsrechtes der Gemeinde Wien auf die ihr gehörigen Liegenschaften Einl.-Z. 189 und 192 Grundbuch X. Bezirk, Katastral-Gemeinde Inzersdorf-Stadt und übergibt die in diesen Einlagezahlen inneliegenden Kat.-Parz. 847/60 und 847/67 im Ausmaße von 447·36 m² und 645·62 m² der Gemeinde in den tatsächlichen Besitz.

7. Die Firma erwirkt unverzüglich die politische Genehmigung der zur Durchführung der vorstehenden Grundzu- und Abschreibungen nötigen Umparzellierung der Liegenschaften Einl.-Z. 187 und 191 und deren grundbücherliche Durchführung. Hiebei sind auf die im Eigentum der Firma verbleibende Liegenschaft Einl.-Z. 187 Grundbuch X. Bezirk, Katastral-Gemeinde Inzersdorf-Stadt zugunsten der Gemeinde Wien die Verpflichtungen einzuverleiben,

a) daß die zu dieser Liegenschaft zugeschriebenen Grundteile nur zur Vergrößerung der Fabrik verwendet werden dürfen, und

b) daß die zu Straßen- und Platzflächen abgeschriebenen Grundflächen der Gemeinde Wien über ihr jeweiliges Verlangen in der richtigen Höhenlage, unentgeltlich in den tatsächlichen Besitz zu übergeben sind.

8. Gleichzeitig mit der grundbücherlichen Durchführung der Parzellierung hat auch die grundbücherliche Übertragung der Liegenschaften Einl.-Z. 189 und 192 Grundbuch X. Bezirk, Katastral-Gemeinde Inzersdorf-Stadt an die Gemeinde Wien zu erfolgen.

9. Die Firma hält die Gemeinde Wien gegen allfällige aus der Abänderung der Baulinien oder der Einbeziehung der rot schraffierten Fläche in den Fabriksbaublock abgeleiteten Ansprüche klag- und schadlos und läßt zur Sicherstellung dieser Ansprüche auf der ihr gehörigen Liegenschaft Einl.-Z. 187 Grundbuch X. Bezirk, Katastral-Gemeinde Inzersdorf-Stadt zugunsten der Gemeinde eine Kautionshypothek in der Höhe von 42.000 K an erster Stelle einverleiben.

10. Die Firma leistet an die Gemeinde Wien eine Aufzahlung von 45.000 K, die binnen acht Tagen nach Abschluß des Übereinkommens an die städtische Hauptkassa abzuführen ist.

11. Sämtliche Kosten der Vertragsanfertigung, der Parzellierung und der grundbücherlichen Durchführung sowie sämtliche Gebühren hat die Firma zu tragen"

wird abgelehnt.

Vize-Bürgermeister Hoß: Ich bitte Herrn Kollege Steiner zum Referate.

28. Referent Gem.-Rat Steiner: Ich habe die Ehre, zur Zahl 11450, Post 28, den Bericht der städtischen Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide, deren Angehörige und Hinterbliebene nach verstorbenen Kriegern zu erstatten.

Die Tätigkeit der Fürsorgestelle besteht darin, Kriegsinvalide, deren Angehörige sowie für die Hinterbliebenen nach verstorbenen Kriegern, über die ihnen nach den einschlägigen Bestimmungen zukommenden Versorgungsgenüsse und anderweitigen staatlichen Zuwendungen zu beraten, ihnen bei Erlangung derselben hilfreich zur Seite zu stehen, sie über die sonstigen in Betracht kommenden Fürsorgeeinrichtungen aufzuklären und ihnen die Wege zur Erreichung derselben zu weisen. Ihr obliegt ferner, über die hiebei gemachten Wahrnehmungen hinsichtlich allfälliger Mängel und Lücken der diesbezüglichen Bestimmungen an den Magistrat zu berichten und Vorschläge zur Beseitigung derselben zu erstatten.

Diese Fürsorgestelle hat ihre Tätigkeit am 26. Oktober 1915 begonnen, und zwar wurden die Amtsstunden von 10 bis 12 Uhr vormittags, ferner am Montag, Mittwoch und Freitag jeder Woche überdies von 5 bis 7 Uhr nachmittags, ferner auch Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags bestimmt. Bei der Gründung waren der Beratungsstelle zwei Kanzleibeamte zugewiesen, Magistrats-Sekretär Dr. Horneck als Leiter und Magistrats-Sekretär Dr. Liebl. Ab März 1916 Dr. Liebl als Leiter und Magistrats-Kommissär Dr. Deipenbrock als zugeteilter Konzeptsbeamter. Später wurde noch Herr Magistrats-Konzipist Dr. Seemann zugewiesen, da die starke Zunahme der Agenden eine Vermehrung des Personals notwendig machte. Alle Herren, welche bei dieser Stelle wirkten, versahen außerdem noch den Dienst in jenen Magistrats-Abteilungen, denen sie zur Dienstleistung ursprünglich zugewiesen waren. Die Kanzlei-Angelegenheiten wurden vom Kanzlei-Diurnisten Ferd. Patzner, der zu Beginn der Tätigkeit des Amtes diesem zugewiesen wurde, besorgt und erst später wurde ihm noch eine weibliche Hilfskraft zur Unterstützung beigegeben.

Während des abgelaufenen ersten Jahres ihres Bestandes wurde diese Stelle von 5781 Personen aufgesucht, in 2869 Fällen erfolgte die Intervention durch mündliche Auskunftserteilung, während sich in 2912 Fällen ein schriftliches Einschreiten zugunsten der Partei als notwendig erwies.

Die Beratungsstelle liegt nicht im ausschließlichen Interesse der Kreise, die sie in Anspruch nehmen, sondern auch im Interesse der Gemeinde Wien, da alle jene, welche um eine Unterstützung zum Armenrate oder zum Magistrat kommen, vorerst an diese Beratungsstelle gewiesen werden, damit erhoben wird, ob sie nicht einen Rechtsanspruch gegen den Staat haben, der dann sofort geltend gemacht wird. Das Amt wurde täglich durchschnittlich von 60 Personen frequentiert. Die Nummern des geführten Proto-

kolles betrugen im Jahre 1915 463, im Jahre 1916 3350, demnach zusammen 3813. Es ist der Stelle aber auch gelungen, durch Beschwerden und Forderungen der Kreise, welche sich an sie wenden, Verbesserungen an den im Verordnungswege erlassenen Maßnahmen zu treffen. Zum Beispiel kam es in letzter Zeit sehr häufig vor, daß Invalide, als tuberkulos erkrankt, bei der Superarbitrierung als waffenunfähig, aber bürgerlich erwerbsfähig bezeichnet wurden. Mit diesem Unfug muß gebrochen werden. Der Erkrankte muß überprüft und als heilbar oder nichtheilbar bezeichnet werden, aber es geht nicht an, ihn als erwerbsfähig zu bezeichnen und ihn der Armenfürsorge zu überweisen.

Es wurden noch weitere Eingaben an den Magistrat zur Behebung von Lücken gemacht, und zwar bezüglich Zubilligung des Mietzinsbeitrages an Hausbesorgerinnen, Verleihung des staatlichen Unterhaltsbeitrages im Falle Nichteinklagbarkeit der Alimente infolge Einrückens des Alimentationspflichtigen und Verleihung des staatlichen Unterhaltsbeitrages bei Vorhandensein eines kleinen Mündelvermögens.

Es ist daher die Tätigkeit dieser Stelle als segensreich zu bezeichnen und ich glaube, daß sie sich noch weiter entwickeln wird. Wenn einmal die Demobilisierung erfolgen wird, dann wird sie noch weiter in Anspruch genommen werden, und zwar in Verbindung mit dem zu gründenden Arbeitsfürsorgeamt, über dessen Errichtung in Kürze das Referat im Gemeinderate erstattet werden wird.

Ich bitte, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Vize-Bürgermeister Hoß: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche diesen Bericht zur Kenntnis nehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Der Jahresbericht*) der städtischen Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide, deren Angehörige und Hinterbliebene nach verstorbenen Kriegern wird zur Kenntnis genommen.

Vize-Bürgermeister Hoß: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Braun.

29. Referent Gem.-Rat Braun: Zahl 11903, Post 12. Bewilligung von Weihnachtsremunerationen für das städtische Gartenpersonale.

Ich stelle folgenden Antrag (liest):

„1. Dem Stadtgartenpersonale von den Gehilfen abwärts wird eine Weihnachtsremuneration gewährt und hiefür ein auf Ausgabs-Rubrik XXIV 1a des Hauptvoranschlages 1916/17 bedeckter Betrag von 4275 K bewilligt.

2. Die Gehilfen erhalten je nach dem Wochenlohne 28 K und 26 K, der Haustischlergehilfe 30 K, die fachkundigen Arbeiter je 15 K, die über ein Jahr in Verwendung stehenden Gartenarbeiter (einschließlich der während der Weihnachtswoche im Krankenstande befindlichen Arbeiter) je 10 K, die übrigen Arbeiter, Arbeiterinnen, Gartenburschen und Volontäre je 5 K.

Diese Remunerationen sind dem Personale am 24. Dezember 1916 auszubezahlen."

Ich bitte um die Zustimmung.

*) Ist im Amtsblatte Nr. 101 auf Seite 2656 im Auszuge veröffentlicht.

Vize-Bürgermeister Hoß: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich ersuche die Herren, welche dem Referenten zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Dem Stadtgartenpersonale von den Gehilfen abwärts wird eine Weihnachtsremuneration gewährt und hiefür ein auf Ausgabs-Rubrik XXIV 1a des Hauptvoranschlages 1916/17 bedeckter Betrag von 4275 K bewilligt.

2. Die Gehilfen erhalten je nach dem Wochenlohne 28 K und 26 K, der Haustischlergehilfe 30 K, die fachkundigen Arbeiter je 15, die über ein Jahr in Verwendung stehenden Gartenarbeiter (einschließlich der während der Weihnachtswoche im Krankenstande befindlichen Arbeiter) je 10 K, die übrigen Arbeiter, Arbeiterinnen, Gartenburschen und Volontäre je 5 K.

Diese Remunerationen sind dem Personale am 24. Dezember 1916 auszubezahlen.

Vize-Bürgermeister Hoß: Ich bitte Herrn Gem.-Rat Tomola zum Referate.

30. Referent Gem.-Rat Tomola: Ich referiere zunächst die Post 15 für Kollegen Hermann. Zahl 11815.

Der Stadtrat hat dem Vereine „Kinderfürsorge" Lokalitäten in der Schule IX., Canisiusgasse 2, zur Benützung überlassen. Der Gemeinderat wird nun ersucht, daß die Beleuchtungs- und Beheizungskosten für diese Lokalitäten nachgesehen werden mögen.

Ich bitte um die Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hoß: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich ersuche die Herren, welche dem Referenten zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Dem Verein „Kinderfürsorge" wird die Nachsicht der Beleuchtungs- und Beheizungskosten für die Benützung von Lehrzimmern der Schule IX., Canisiusgasse 2, bewilligt.

Vize-Bürgermeister Hoß: Ich bitte, fortzufahren.

31. Referent Gem.-Rat Tomola: Bevor ich die weiteren Referate erstatte, will ich bemerken, daß es sich hier durchaus um Subventionen handelt, über welche der Gemeinderat schon vor zwei oder drei Jahren Beschluß gefaßt hat.

Fast alle Posten sind in der Höhe wie im Jahre 1914 vor dem Kriege angesetzt. Nur bei einigen Vereinen, deren Tätigkeit durch die Kriegsereignisse ausgeschaltet wurde, ist die Subvention eingestellt worden. Einige wenige Vereine haben auch erhöhte Subventionen bekommen, wenn sich ihr Wirkungskreis namhaft erhöht hat. So finden Sie zum Beispiel bei einem Verein, der ehemals eine Handelsschule allein erhalten hat, jetzt aber noch ein Realgymnasium erhält, eine erhöhte Subvention beantragt. Sie finden eine erhöhte Subvention ferner auch beim Patriotischen Hilfsverein in Dresden, welcher durch die Kriegsereignisse so stark in Anspruch genommen wurde, daß eine Erhöhung der Subvention notwendig erscheint. Sonst aber sind alle Ansätze genau so wie im Jahre 1914.

Ich würde sehr bitten, daß sich die Herren so viel als möglich Enthaltung auferlegen und nicht Erhöhungen beantragen, denn jede Erhöhung, die einem Vereine gegeben wird, würde unbedingt die Begehrlichkeit bei den anderen Vereinen wachrufen.

Ich referiere zunächst für Herrn Kollegen Schwer über Post 16. Es handelt sich hier um eine Subvention für den Ersten niederösterreichischen Feuerwehr-Unterstützungsverein, dem, wie alle Jahre, eine Subvention von 200 K bewilligt werden soll.

Ich bitte, diesem Antrage zuzustimmen.

Vize-Bürgermeister Hoß: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche dem Referenten-Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Dem Ersten Niederösterreichischen Feuerwehr-Unterstützungsverein, III., Rennweg 37, wird für das Jahr 1916 eine Subvention von 200 K bewilligt. Die Ausgabe ist auf Rubrik XXXVIII 6 b bedeckt.

33. Referent Gem.-Rat Tomola: Post 17. Bewilligung von Subventionen für Kunst und Wissenschaft, Volksbibliotheken, nationale und vaterländische Zwecke, Fremdenverkehr und Sport und für verschiedene Zwecke.

Ich bitte um die Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hoß: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich ersuche jene Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Bewilligung der vom Stadtrate in seiner Sitzung vom 7. Dezember 1916, P. Z. 11373, genehmigten, im Amtsblatte Nr. 100 auf Seite 2623 bereits veröffentlichten Subventionen.

33. Referent Gem.-Rat Tomola: Post 18. Bewilligung von Subventionen für humanitäre Vereine, die sich mit der Armenkinderpflege befassen.

Ich bitte um die Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hoß: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage des Referenten zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Bewilligung der vom Stadtrate in seiner Sitzung vom 7. Dezember 1916, P. Z. 11371, genehmigten, im Amtsblatte Nr. 100 auf Seite 2620 bereits veröffentlichten Subventionen.

34. Referent Gem.-Rat Tomola: Post 19. Bewilligung von Subventionen für humanitäre Zwecke.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vize-Bürgermeister Hoß: Es ist auch hier niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte jene Herren, welche ihre Zustimmung geben, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Bewilligung der vom Stadtrate in seiner Sitzung vom 7. Dezember 1916, P. Z. 11372, genehmigten, im Amtsblatte Nr. 100 auf Seite 2621 bereits veröffentlichten Subventionen.

Vize-Bürgermeister Hoß: Ich bitte, fortzufahren.

35. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 11931, Post 20. Bewilligung von Subventionen pro 1916:

a) Für Kindergärten;
b) für Privat-Volks- und Bürgerschulen und Lehrerinnen-Bildungsanstalten;
c) für andere Privat-Lehranstalten;
d) für Knabenhorte, Knaben-Beschäftigungsanstalten und Vereine zur Pflege des Jugendspieles;
e) für verschiedene Schulzwecke.

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Hoß: Niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte die Herren, welche ihre Zustimmung erteilen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Bewilligung der vom Stadtrate in seiner Sitzung vom 14. Dezember 1916, P. Z. 11931, genehmigten, im Amtsblatte Nr. 101 auf Seite 2645 bereits veröffentlichten Subventionen.

Vize-Bürgermeister Hoß: Ich bitte, fortzufahren.

36. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 11764, Post 21. Bewilligung von Subventionen für genossenschaftliche Fachschulen für das Jahr 1916.

Es sind im Ganzen 17 Fachschulen, welche sich noch nicht dem Fortbildungsschulrate untergeordnet haben, 16 haben um Subvention angesucht und bekommen sie.

Vize-Bürgermeister Hoß: Zum Worte pro hat sich Herr Gem.-Rat Bielohlawek gemeldet.

Gem.-Rat Bielohlawek: Ich habe hier nur eine kleine Richtigstellung vorzunehmen.

In der Rubrik des Verzeichnisses, in welchem die vom Staat, vom Land und von der Handelskammer gewährten Subventionen verzeichnet stehen, ist nämlich ein Irrtum unterlaufen. Die Handelskammer steht — ich sage das nicht, um ihr nahe zu treten — beispielsweise bei den Buchbindern mit einer Subvention von 650 K, bei den Buchdruckern mit einer solchen von 350 K verzeichnet. Das sind aber nun keine Beträge, welche die Handelskammer selbst leistet, sondern das sind Beträge, welche von der Kaiser Franz Josef-Jubiläumsstiftung zur Unterstützung des Kleingewerbes in Wien, deren Sekretär zu sein ich die Ehre habe, gezahlt werden. Nach den Bestimmungen dieser Stiftung wird die Verteilung der von ihr gegebenen Beträge der Handelskammer übertragen, weil diese den nötigen Apparat hat, um die Sache durchzuführen. Ich kann nicht annehmen, daß sich die Handelskammer mit fremden Federn schmücken will und hebe daher hervor, daß jene Beträge, welche als von der Handelskammer gegeben verzeichnet erscheinen, eigentlich von der Kaiser Franz Josef-Jubiläumsstiftung zur Unterstützung des Kleingewerbes in Wien als der Hälfte des jährlichen Reinertrages gegeben wird. Das will ich nur konstatieren. (Zustimmung.)

Vize-Bürgermeister Hoß: Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Gem.-Rat Tomola: Ich werde veranlassen, daß der Magistrat die Sache im nächsten Bericht ändert.

Vize-Bürgermeister Hoß: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage die Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Bewilligung der vom Stadtrate in seiner Sitzung vom 14. Dezember 1916, P. Z. 11764, genehmigten, im Amtsblatte Nr. 101 auf Seite 2647 bereits veröffentlichten Subventionen.

Vize-Bürgermeister Hoß: Ich bitte, fortzufahren.

37. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 11932, Post 22. Bewilligung von Subventionen für Kirchenmusikvereine pro 1916.

Es handelt sich um 45 Kirchenmusikvereine, welche je 100 K bekommen.

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Hoß: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage die Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Bewilligung der vom Stadtrate in seiner Sitzung vom 14. Dezember 1916, P. Z. 11932, genehmigten, im Amtsblatte Nr. 101 auf Seite 2644 bereits veröffentlichten Subventionen.

Vize-Bürgermeister Hoß: Ich bitte, fortzufahren.

38. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 11927, Post 23. Subventionen für Weihnachtsbeteilungen pro 1916.

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Hoß: Zum Worte pro ist gemeldet Herr Gem.-Rat Bielohlawek.

Gem.-Rat Bielohlawek: Ich will keinen Antrag bezüglich der Erhöhung der Ziffern stellen, sondern nur einige Bemerkungen dazu machen.

Wenn ich jetzt über einige Vereine spreche, so bemerke ich, daß ich nicht etwa etwas gegen irgend einen Verein einzuwenden habe, aber nehmen Sie beispielsweise Post 7 Humanitärer Verein „Leopoldstädter Kinderschutz". Er hat 300 Kinder bekleidet. Die Einnahmen betragen 15.000 K, die Ausgaben 11.000 K. Und so ein Verein bekommt 100 K Subvention!

Wenn ein Verein Wohltätigkeit übt und in den Tausendern wühlt, braucht er dann noch 100 K von der Gemeinde? (Zustimmung.)

Das geht aber so fort. Da kommt dann der Humanitäre Geselligkeitsverein „Gemütliche Leopoldstädter". Der hat eine Ausgabe für eine Bekleidung in der Höhe von 310 K. Der läßt wohl beim Ebenstein arbeiten. (Heiterkeit.)

Er bekommt aber 50 K Subvention. Dann kommt der Verein „Kindesliebe" zur Bekleidung armer Schulkinder im III. Bezirke. Da heißt es: Mangels der entsprechenden Mittel keine Beteilung. Er bekommt aber in diesem Jahre 200 K Subvention. Wenn jemand Humanität übt und zu diesem Zwecke Hunderte und Tausende ausgibt, so soll er das nur allein machen. Ich sage das nicht aus irgend einer Abneigung gegen diese Vereine, aber auf diese 50 K Subvention kann es doch nicht mehr ankommen. Man muß ja auch bedenken, daß bei diesen vielen Vereinen, die da Subventionen bekommen, alle möglichen Behörden in Bewegung gesetzt werden. Wie viel Arbeit steckt da darin!

Es ist überhaupt auf dem Gebiete des Humanitätswesens in unserer Zeit zu einer Humanitätsduselei gekommen, die sehr arg zu nennen ist und dank welcher Gemeinderat, Landtag und alle möglichen Körperschaften zu Subventionen herangezogen werden. (Ruf: Weil verschiedene Herren Auszeichnungen haben wollen!) Möglicherweise ist das auch die Triebfeder. Ich spreche auch nicht gegen alle Vereine. Es ist ja eine große Zahl unter ihnen, welche wirklich hervorragendes leisten.

Aber wenn ein Verein Kinder ankleidet und gibt 2000 K aus, dann kann und muß er auch noch die 50 K aufbringen. Da brauchen wir doch nicht den ganzen Apparat zur Entwicklung zu bringen, das kann er allein vollbringen. Ich bin zu Ende.

Referent Gem.-Rat Tomola: Ich stimme jedem Worte zu, welches Herr Kollege Bielohlawek gesprochen hat. Es ist halt einmal diese sogenannte Subventionsseuche bei uns eingerissen und jeder Verein, der sich bildet, betrachtet es als seine erste Aufgabe, in seiner ersten Sitzung den Beschluß zu fassen, wir treten an die Gemeinde Wien um eine Subvention heran. (Gem.-Rat Skaret: Sogar Fabrikanten kommen um eine Subvention. Wohin soll man da kommen!) Diese Seuche nimmt, Herr Kollege Bielohlawek, oft noch viel ärgere Formen an. Es schreiben ungezählte Leute Bücher und das allererste, woran sie denken, bevor die Bücher noch gedruckt sind ist, daß die Gemeinde Wien diese Bücher für die Schulen und für die Schulkinder anschaffen wird. Ob sie hiezu geeignet sind, oder nicht, das fragen sie nicht; die Gemeinde soll sie aber unterstützen.

Ich habe eingangs gesagt, daß es sich hier um eine Subvention in gleicher Höhe handelt wie die im Jahre 1915 bewilligte. Ich bitte daher um Ihre Genehmigung.

Vize-Bürgermeister Hoß: Es ist kein Gegen-Antrag gestellt worden. Ich ersuche jene Herren, welche dem Antrage des Herrn Referenten zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Bewilligung der vom Stadtrate in seiner Sitzung vom 14. Dezember 1916, P. Z. 11927, genehmigten, im Amtsblatte Nr. 101 auf Seite 2646 bereits veröffentlichten Subventionen.

39. Referent Gem.-Rat Tomola: Zahl 11933, Post 24. Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn um Subvention. Es wird der Antrag gestellt, diesem Vereine eine Subvention von 200 K zu bewilligen. Ich bitte um Annahme.

Vize-Bürgermeister Hoß: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche dem Antrage des Herrn Referenten zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Dem Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn wird für seine Fürsorgeaktion zugunsten der deutschen Flüchtlinge Siebenbürgens eine Subvention von 200 K bewilligt. Die Ausgabe ist auf Ausgabs-Rubrik XLVI 3 a bedeckt.

Vize-Bürgermeister Hoß: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Dr. Haas.

40. Referent Gem.-Rat Dr. Haas: Zahl 11384, Post 13. Anordnung eines Bereitschaftsdienstes der städtischen Sanitätsmannschaft und Gewährung von Zulagen.

Das ist ein so selbstverständliches Ansuchen, daß ich hier kein Wort verlieren darf. Ich bitte um die Annahme der Ihnen vorliegenden Stadtrats-Anträge.

Vize-Bürgermeister Hoß: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche dem Antrage des Herrn Referenten zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Der Magistrat wird ermächtigt, in den städtischen Sanitätsstationen, sofern nicht die Kasernierung verfügt wird, im Bedarfsfalle für die im Kranken- und Leichentransportdienste beschäftigten Mannschaften einen Bereitschaftsdienst anzuordnen, den auch dienstfreie Mannschaften zu leisten haben.

2. Als Entschädigung für die hiedurch angeforderte Mehrdienstleistung werden den im Kranken- und Leichentransportdienste beschäftigten Dienern und Kutschern Bereitschaftszulagen in der Höhe von 1 K 20 h per Kopf und Tag, den Wagenwaschern, Pferdewärtern, Reinigungsfrauen und Wäscherinnen Bereitschaftszulagen in der Höhe von 1 K per Kopf und Tag zugestanden.

3. Die hiefür erforderliche Auslage im Jahresbetrage von rund 44.000 K (für den Rest des Verwaltungsjahres 1916/17 von rund 30.000 K) wird bewilligt und zur Deckung auf Ausgabs-Rubrik LII 29 (Kriegsauslagen) verwiesen.

41. Referent Gem.-Rat Dr. Haas: Zahl 11768, Post 14. Bewilligung von Subventionen für sanitäre Zwecke pro 1916. Es ist auch hier das Prinzip eingehalten, daß wir womöglich dieselben Subventionen wie bisher zur Verteilung bringen, aber bei besonders wichtigen Vereinen, wie es der Verein für Tuberkulosenfürsorge ist, haben wir eine Erhöhung der Ansätze beantragt. Es gilt dies speziell für die Heilanstalt in Alland, welche Großartiges leistet, aber sich finanziell in einer ziemlich tristen Lage befindet, weshalb die Gemeinde Wien diesem Vereine unter die Arme greifen muß. Es wird daher hier eine bedeutende Erhöhung, eine Extrazulage in Antrag gebracht. Diese Erhöhung ist auch an eine Bedingung gebunden. Es ist nämlich der dringende Wunsch, daß die Gemeinde Wien in dem Vereins-Ausschusse eine Vertretung hat. In verschiedenen Vereinen hat sich gezeigt, wie wertvoll es ist, wenn die Gemeinde Wien im Ausschusse vertreten ist und ein wichtiges Wort dareinzusprechen hat.

Ich bitte um die Annahme.

Vize-Bürgermeister Hoß: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Melcher.

Gem.-Rat Melcher: Der Österreichischen Gesellschaft für Zahnpflege ist heuer eine Subvention im Ausmaße von 3000 K überwiesen worden, während ihr im Jahre 1915 ein Betrag von 10.000 K überwiesen worden ist. Der Herr Referent hat vorhin in seinen Ausführungen selbst erwähnt, daß beim Ansetzen der einzelnen Posten dieselben Beträge eingehalten wurden wie im Vorjahre. Hier ist aber eine bedeutende Reduktion eingetreten, nämlich von 10.000 K auf 3000 K. Motiviert wird diese Reduktion des Betrages mit Rücksicht auf den derzeit günstigen Vermögensbestand der Gesellschaft und den eingeschränkten Betrieb. Ich glaube aber, daß die Kinder dieselben sind, die auch jetzt in die Schule gehen, wie im Jahre 1915, was die Anzahl anbelangt. Die ganzen Zähne werden sie nicht verloren haben. Es wird daher unbedingt die Zahnpflege in genau so großem Umfange auch im Jahre 1916 stattfinden, als sie im Jahre 1915 stattgefunden hat und auch der Vermögensstand ist kein so bedeutender, denn wenn man annimmt, daß die Gesellschaft für Zahnpflege in den Schulen einen Vermögensbestand von 11.485 K hat, so ist das doch kein großer Vermögensstand für ein solches Institut.

Ich möchte daher beantragen, daß 10.000 K wie im Vorjahre bewilligt werden und daß man dieser Gesellschaft doch seitens der Gemeinde mehr bietet, als es bisher geschehen ist. Ich stelle daher den Antrag, 10.000 K wie im Vorjahre zu bewilligen und bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Vize-Bürgermeister Hoß: Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Bielohlawek kontra.

Gem.-Rat Bielohlawek: Meine Herren! Hier handelt es sich um eine Sache, die zu besprechen mir peinlich ist, aber sie muß besprochen werden, nämlich um die Subvention der Österr. Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage. An der Spitze dieser Gesellschaft steht ein allgemein hochgeachteter und von mir speziell hochverehrter Mann, der Herr Sektionschef Exner. Der Mann hat sehr viel geleistet und auch hier besteht seine Absicht, etwas zu leisten; aber die Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage hat bisher nichts erreicht, als daß es in Wien noch mehr raucht als früher. Von der Staubplage will ich gar nicht reden. Insbesondere wenn man Gelegenheit hat, hervorragende Institute, welche der Kunst und Wissenschaft in Wien dienen, zu beobachten, so wird man verschiedenes sehen. Wenn man zum Beispiel vor der Universität zwischen 9 und 11 Uhr vorübergeht, so entqualmt diesem Institute der Wissenschaft und der Hygiene, wo alles das gepredigt wird, ein Rauchqualm, wie es bei keiner Fabrik im XXI. Bezirke oder in Breitensee der Fall ist, und in die umliegenden Gebäude, wo keine Wohnung unter 5000 K zu haben sein wird, qualmt dieser Rauch hinein.

Der niederösterreichische Landes-Ausschuß hat auch seinerzeit 1000 K Subvention bewilligt. Diese Subvention wurde aber vor zwei Jahren gestrichen, weil der Verein bisher immer nur alljährlich eine Broschüre von vier bis sechs Seiten herausgegeben hat, in welcher steht, daß es nicht rauchen soll; aber trotzdem raucht es weiter. Es kann nun nicht die Aufgabe einer Gemeinde sein, so etwas zu unterstützen, wenn man sich beharrlich weigert, der Rauchplage entgegenzutreten. Ich bitte, ich spreche nicht pro domo. Ich verweise auf die Gemeinde Wien, wo wir im Rathause noch vor zwei Jahren elende Zustände gehabt haben, indem ein Riesenrauchqualm hervorgebracht worden ist. Ein neuer Einbau für rauchlose Feuerung hat diesen Übelstand beseitigt, und zwar mit verhältnismäßig geringen Kosten. Wir haben in unserem Rieseninstitute am Steinhof und im Zentral-Kinderheim vollständig rauchlose Feuerung, die von allen hervorragenden Technikern und Ingenieuren besucht wurde und wobei immer konstatiert wurde, daß überhaupt nichts besseres und vollkommeneres existiert.

Die Apparate für die Rauchlosigkeit funktionieren dort derart gut, daß durch Einsetzung des betreffenden Hebels jede Rauchentwicklung verhindert wird und ganz ausgeschlossen ist. Es kommt nicht einmal so viel Rauch heraus wie von einer Zigarette. Es wird dann auch immer konstatiert, wie es aussieht, wenn der Rauchverzehrungsapparat nicht funktioniert, dann tritt der Qualm selbstverständlich wieder auf. Zugleich zeigt es sich, daß ohne Rauchverzehrungsapparat eine großartige Kohlenverschwendung platzgreift, die bis zu 20 Prozent beträgt. Und unsere Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage hat bisher keinen Finger gerührt, um die Einführung der rauchlosen Feuerung zu erzielen.

Ich will nicht nur allein davon reden, was die Gemeinde eingeführt hat, aber das System Langer, welches einzelne Fabriken, zum Beispiel in der Mollardgasse, eingeführt haben, bewährt sich sehr gut. Das ist besser als eine Broschüre, die

nichts sagt, als daß es nicht rauchen soll. Ich bin kein Feind dieser Gesellschaft, sie hat gewiß die besten Absichten, aber wie das schon ist, es tritt da ein Kongreß zusammen mit einer Empfangssitzung, es wird massenhaft geredet, gelehrte Vorträge werden gehalten auf dem Gebiete, daß es nicht rauchen soll, aber in Wien raucht es weiter.

Das können wir uns nicht bieten lassen und gewisse Mißstände, wie insbesondere bei unserer Universität, könnten behoben werden, aber das geschieht nicht, und ich bitte Sie daher — es ist kein Unglück, wenn die Gesellschaft 200 K weniger bekommt Gem.-Rat — diese Post zu streichen.

Vize-Bürgermeister Hoß: Zum Worte gelangt Herr Dr. Loewenstein.

Gem.-Rat Dr. Loewenstein: Ich möchte heute nur ganz kurz eine Bemerkung machen, welche mit dem Punkt 18 in Verbindung ist, und zwar aus dem Grunde, weil diese Angelegenheit im Mittelpunkt der öffentlichen Erörterung steht. Der Herr Stadtrat hat hervorgehoben, daß dem Verein „Heilanstalt in Alland", der sehr Segensreiches leistet, eine Erhöhung der Subvention auf 13.000 K zukommen soll. Dieser Verein befaßt sich bekanntlich mit der Tuberkulosenfürsorge. Ich möchte nun bei dieser Gelegenheit vorweg erwähnen, daß die „Städtische Zentralstelle für Tuberkulosenfürsorge in Wien seit ihrer Aktivierung in verhältnismäßig kurzer Zeit bezüglich ihres organisatorischen Ausbaues soweit fortgeschritten ist, daß wir bereits im Jänner 1917 in der Lage sein werden, vier Fürsorgestellen in vier Bezirken zu errichten. Wenn auch die Gemeinde Wien in verhältnismäßig kurzer Zeit rastlose Arbeit in dieser Hinsicht geleistet hat, so sollte doch die Regierung nach meinem Erachten diese wichtige soziale Bestrebuug wirksamer unterstützen. Die vom Ministerium des Innern im Sommer dieses Jahres gegründete „Österreichische Vereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose" hat bisher nicht viel geleistet. Ich bedauere, daß die Vereinigung in ihrer bureaukratischen Weise zur Herausgabe einer staatlichen Verordnung solange Zeit braucht, einer Verordnung, welche gleichsam die Richtlinien zur Bekämpfung der Tuberkulose für ganz Österreich geben soll.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß im Jahre 1906 7480 Todesfälle durch Tuberkulose in Wien vorgekommen sind. Bis zum Jahre 1914 ist ein deutliches Abklingen der Tuberkulosensterblichkeit zu verzeichnen, indem im Jahre 1914 6223 Todesfälle zu verzeichnen waren. Im Jahre 1915 steigt diese Zahl auf 7810; und vom 1. Jänner bis 30. November 1916 betrug die Zahl der Todesfälle bereits 8957. Wir sehen daraus, daß das Ansteigen der Tuberkulosensterblichkeit während des Krieges enorm ist. Der Grund, warum sich das geändert hat, liegt nicht nur in den durch den Krieg veränderten Verhältnissen, sondern auch darin, daß die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Volksseuche in einem viel zu langsamen Tempo vor sich gehen.

Das Anwachsen der Tuberkulosenfälle erheischt eine erhöhte und raschere Tätigkeit der Regierung, als bisher, erfordert gebieterisch, sofort alle nützlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit im ganzen Reiche eine gleichmäßige Bekämpfung der Tuberkulose vor sich gehen kann. Es ist selbstverständlich, daß eine solche Frage nicht allein von den Gemeinden gelöst werden kann. Die Lasten der Gemeinden sind ohnehin groß und sie tun diesbezüglich ihr bestes.

Die Tuberkulosebekämpfung muß von der Regierung auch im Zusammenhange mit der Alters- und Invaliditätsversicherung gelöst werden, sowie es der Reform-Entwurf der Sozialversicherung enthält. In Deutschland führt die Invaliditätsversicherung alljährlich rund 40.000 Tuberkulose auf eigene Kosten einer sachgemäßen Behandlung zu. Die deutsche Invaliditätsversicherung hat bis zum Jahre 1910 fast ½ Milliarde Mark zur Errichtung von Heilanstalten, Erholungs- und Genesungsheimen verwendet.

Es ist das ein Beweis, daß die Frage der Bekämpfung der Tuberkulose nur großzügig gelöst werden kann und daher ist es unbedingt notwendig, der Regierung nahezulegen, sobald als möglich dieser fürchterlichen Seuche dadurch Herr zu werden, indem sie sich nicht allein darauf beschränkt, bürokratische Verordnungen zu erlassen, sondern tatsächlich auch wirksame Maßnahmen zur Seuchenbekämpfung trifft, insbesondere die entsprechenden Geldmittel aufbringt. Diese wenigen Worte wollte ich sagen mit dem Wunsche, daß der Appell an die Regierung nicht ungehört verhallen möge.

Bürgermeister (der mittlerweile den Vorsitz übernommen hat): Die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Gem.-Rat Dr. Haas: Herr Gem.-Rat Melcher hat den Antrag gestellt, der Gesellschaft für Zahnpflege auch heuer die Subvention von 10.000 K zu belassen. Ich muß leider dagegen sein. Im vergangenen Jahre wurden diese 10.000 K im Hinblick darauf gespendet, daß im XVI. Bezirke eine neue Zahnklinik errichtet werde. Das ist aber nicht geschehen, da die Möglichkeit dazu nicht vorhanden war. Die Gesellschaft konnte diese 10.000 K also vollständig verzinslich anlegen und es sollen die 3000 K nur den Ansporn und das Zeichen sein, daß wir die Bestrebungen der Gesellschaft vollauf würdigen und unterstützen. Die 3000 K machen gerade den vierten Teil der Einnahmen der Gesellschaft aus. Sobald die Gesellschaft ihren Wirkungskreis vergrößern wird, wird gewiß auch eine entsprechende Erhöhung der Subvention erfolgen.

Für heuer möchte ich aber bitten, davon Abstand zu nehmen.

Was Kollege Bielohlawek gesagt hat, muß ich bestätigen. Die Gesellschaft gegen Rauchplage hat tatsächlich, wie sie auch in ihrer Eingabe sagt, in diesem Jahre nichts geleistet, weil es ihr im Hinblicke auf die Kriegslage unmöglich sei; sie habe ihre Tätigkeit dem „Roten Kreuz" gewidmet. Ich muß also schon anerkennen, daß das, was Kollege Bielohlawek gesagt hat, vollständig richtig ist, wir wollen jedoch auch heuer indem wir der Gesellschaft 800 K zubilligen, beweisen, daß wir ihre Bestrebungen unterstützen wollen. Wir knüpfen aber daran auch die dringende Bitte, daß sich endlich einmal auch ein Erfolg zeigt. Daß sie die Rauchplage bei der Universität u. s. w. nicht wird beheben können, ist sicher, aber sie soll Anregungen geben und überall durch Petitionen und gesteigerte Tätigkeit dafür wirken, daß die große Rauchplage wirklich beseitigt wird, darum haben wir diese Subvention in Antrag gebracht.

Was Herr Kollege Loewenstein gesagt hat, unterstütze ich vollständig. Man kann nicht oft genug der Regierung nahelegen, daß sie in der Tuberkulosenfrage ihre ganze Kraft und Energie einsetzen müsse.

Ich bitte, die Anträge des Stadtrates anzunehmen.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung.

Gegen die Anträge 1 bis 10 wird keine Einwendung erhoben. Ich verkünde daher die Annahme dieser Anträge.

Bei Post 11 hat Herr Kollege Melcher den weitergehenden Antrag gestellt, 10.000 K zuzubilligen.

Die Herren, welche dem weitergehenden Antrage zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minorität; der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte nun die Herren, welche für 3000 K stimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Dieser Antrag ist angenommen.

Post 12 bis einschließlich 16 sind ohne Einwendung geblieben; ich verkünde daher die Annahme der beantragten Subventionen.

Zu Post 17 hat Herr Kollege Bielohlawek den Antrag auf Ablehnung gestellt; ich muß natürlich den positiven Antrag des Referenten zur Abstimmung bringen und bitte diejenigen Herren, welche mit der Meinung des Herrn Kollegen Bielohlawek einverstanden sind, nicht für den Referenten-Antrag zu stimmen. Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich bitte die Herren, welche für den Antrag des Referenten sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minorität; der Antrag ist abgelehnt. (Heiterkeit. — Ruf: Ich bin nicht bös!)

Zu Post 18 hat Herr Dr. Loewenstein, ohne einen Gegen-Antrag zu stellen, eine Anregung gegeben, die wir verfolgen werden.

Ich bitte also die Herren, welche Post 18 bis einschließlich 23 zum Beschlusse erheben wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Bewilligung der vom Stadtrate in seiner Sitzung vom 14. Dezember 1916, P. Z. 11768, genehmigten, im Amtsblatte Nr. 101 auf Seite 2641 bereits veröffentlichten Subventionen mit der Abänderung, daß das Ansuchen der Österreichischen Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage, IX., Severingasse 9, abgelehnt wird.

Bürgermeister: Ich bitte Herrn Gem.-Rat Wessely zum Referate.

42. Referent Gem.-Rat Wessely: Zahl 11767, Post 25. Ansuchen von Vereinen und Korporationen um unentgeltliche Überlassung von Koks pro 1916.

Von 71 Korporationen sind Ansuchen um unentgeltliche Überlassung von Koks für das Jahr 1916 vorgelegt worden; die Anträge halten sich im allgemeinen an jene des Vorjahres. Eine Erhöhung wird bei Post 32 und 69 beantragt und erscheint eine solche schon mit Rücksicht auf die Leistung dieser Korporationen auf humanitärem Gebiete sowie jene der in den Posten 31 und 70 angeführten Vereine begründet. Ich bitte um die Annahme der Anträge.

Bürgermeister: Zum Worte ist niemand gemeldet. Keine Einwendung? Es ist nicht der Fall. Die Anträge des Referenten sind genehmigt.

Beschluß: Bewilligung der vom Stadtrate in seiner Sitzung vom 14. Dezember 1916, P. Z. 11767, genehmigten, im Amtsblatte Nr. 101 auf Seite 2650 bereits veröffentlichten Mengen.

43. Es war mein inniger Wunsch, daß für die Beamten und Angestellten der Gemeinde Wien, sowie die städtischen Lehrer und Lehrerinnen, welche alle während der Kriegszeit in opferwilliger Pflichterfüllung der Gemeindevertretung zur Seite gestanden sind und die vermehrte Arbeit im Dienste des Gemeinwohles gerne auf sich genommen haben, noch vor den Weihnachtsfeiertagen erhöhte Teuerungszulagen genehmigt werden. Eine diesbezügliche Vorlage sollte noch in einer für Freitag den 22. Dezember 1916 anberaumten Sitzung dem Gemeinderate unterbreitet werden. In dem Bestreben, den berechtigten Wünschen, soweit es nur irgend möglich ist, entgegenzukommen, wurden die Vorschläge des Magistrates eingehenden Beratungen und auch einigen Änderungen unterzogen, welche nun in Ausarbeitung begriffen sind. Es ist unmöglich, den ganzen Komplex der Anträge, welche sich auf die verschiedenen Kategorien der Angestellten beziehen und mit einander in Einklang gebracht werden müssen, innerhalb der wenigen Tage fertigzustellen, und ich kann daher die Vorlage dem Gemeinderate vor den Weihnachtsfeiertagen nicht mehr unterbreiten. Ich möchte es aber nicht unterlassen, der Versicherung Ausdruck zu geben, daß die Vorlage dem Gemeinderate unmittelbar nach Neujahr zur Schlußfassung unterbreitet werden wird, und verkünde heute schon im Einvernehmen mit allen Gemeinderatsparteien, daß die erhöhten Zulagen vom 1. Jänner 1917 an in Wirksamkeit treten.

Nun erlaube ich mir der gesamten Wiener Bevölkerung für ihr bewunderungswürdiges Ausharren und ihren so herrlich bewiesenen Opfermut in dem zur Neige gehenden Jahre meinen innigsten Dank auszudrücken.

Das vergangene Jahr hat wahrlich an jeden einzelnen die allergrößten Anforderungen gestellt und die äußerste Willenskraft eines jeden Mitbürgers verlangt. Wie unsere Brüder und Söhne draußen im Felde, so darf jeder von unseren Mitbürgern daheim, der diese Leiden und Entbehrungen auf sich genommen hat, als ein Held gepriesen werden. Menschen, die die Kraft aufbringen, solche Opfer zu tragen, sind fürwahr ein großes, starkes Geschlecht, an dem diese Prüfungen nicht ohne Erhebung und ohne den vom Schicksal einzulösenden Zoll des Dankes vorübergehen können. Schon winkt in der Ferne die Verheißung des Friedens; möge er im kommenden Jahre Einkehr halten und mögen seine Segnungen unseren Mitbürgern im weiten Ausmaße zuteil werden! Unsere heimgekehrten Krieger werden sich dann mit uns vereinigen in der Schaffung kultureller Werke, die uns zum Heile und dem Vaterlande zur Ehre gereichen mögen.

Meinen hochverehrten Mitarbeitern im Gemeinderate und in den Ämtern aber sage ich meinen treuen Dank für ihre von den besten Erfolgen begleitete Mitarbeit im vergangenen Jahre und für ihr einträchtiges Zusammenwirken, das in großer Zeit den herrlichsten Beweis gegeben hat für unsere hehren Ziele und für den hohen Wert der freien Selbstverwaltung in der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien. Möge Ihnen allen, meine sehr verehrten Herren, und allen Bürgern dieser Stadt ein segensreiches, glückliches Neujahr beschieden sein! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Zum Worte hat sich gemeldet Herr Gem-Rat Steiner.

Gem.-Rat Steiner: Ich bin ermächtigt, namens des gesamten Gemeinderates die Glückwünsche des verehrten Herrn Bürgermeisters herzlichst zu erwidern und an ihn die Bitte zu richten, daß er im nächsten Jahre in ebenso umsichtiger und

unermüdlicher Tätigkeit weiter arbeiten möge, damit es der Bevölkerung unserer Stadt möglich wird, diese schwere Zeit zu überstehen. (Lebhafter Beifall.)

Bürgermeister: Ich schließe die öffentliche Sitzung. Es folgt noch eine kurze vertrauliche Sitzung und ich bitte die Herren, anwesend zu bleiben.

(Schluß der öffentlichen Sitzung um 8 Uhr 40 Minuten abends.)

Beschluß-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **19. Dezember 1916.**

Vorsitz: **Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner.**

1. (11410.) **Vize-Bürgermeister Hierhammer** referiert über das Ansuchen der Leopoldine Bukowsky, Magistratsratswaise, um Fortbezug der Gnadengabe und stellt den Antrag:

Der Magistratsratswaise Leopoldine Bukowsky wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 400 K vom 1. Jänner 1917 bis Ende des Jahres 1919, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

(Angenommen.)

2. (11896.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Berta Machalka, Magistrats-Konzipistenswitwe, um eine Gnadengabe und stellt den Antrag:

Der Magistrats-Konzipistenswitwe Berta Machalka wird eine der Gnadengabe von jährlich 400 K vom 1. Dezember 1916 bis Ende des Jahres 1919, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

(Angenommen.)

3. (11256 ꝛc.) **Vize-Bürgermeister Hoß** referiert die Bewilligung von Gnadengaben und Gnadenerziehungsbeiträgen und stellt folgenden Antrag:

Genehmigung der nachstehenden Stadtrats-Anträge, betreffend die Bewilligung von Gnadengaben und Gnadenerziehungsbeiträgen auf die genannte Dauer, eventuell bis zum etwaigen früheren Eintritte einer anderweitigen Versorgung:

(P. Z. 11256.) Franz Weidermann, ehemaliger Desinfektionsarbeiter, Gnadengabe 600 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11538.) Josef Ott, ehemaliger Zentral-Viehmarkt-Desinfektionsarbeiter, Gnadengabe 600 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11543.) Josef Grünbeck, ehemaliger Straßenarbeiter, Gnadengabe 480 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11544.) Josef Stingl, ehemaliger Straßenarbeiter, Gnadengabe 300 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11545.) Johann Teufert, ehemaliger Fuhrwerksbetriebskutscher und Depotarbeiter, Gnadengabe 480 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11546.) Karl Smeibidlo, ehemaliger Aushilfsdiener, Gnadengabe 460 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11560.) Katharina Ružek, Ingenieurs-Assistentenswitwe, Gnadengabe 700 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11411.) Anna Reichel, Hauptkassen-Kontrollorswitwe, Gnadengabe 1400 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11259.) Katharina Wallesch, Gefälls-Kontrollorswitwe, Gnadengabe 700 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11412.) Antonia Kallaus, Kanzlistenswitwe, Gnadengabe 600 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11531.) Marie Köck, Kanzlistenswitwe, Gnadengabe 500 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11532.) Pauline Jaschek, Kanzlistenswitwe, Gnadengabe 600 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11413.) Marie Stitz, Diurnistenswitwe, Gnadengabe 600 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11540.) Franziska Kodelle, Stadtbauamts-Diurnistenswitwe, Gnadengabe 500 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11563.) Anna Breycha, Diurnistenswitwe, Gnadengabe 240 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11539.) Florentine Steidl, Bauaufseherswitwe, Gnadengabe 420 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11535.) Anna Turek, Wasserleitungsaufseherswitwe, Gnadengabe 500 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11265.) Franziska Lobner, Kanalaufseherswitwe, Gnadengabe 240 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11537.) Marie Mayerhofer, Kanalaufseherswitwe, Gnadengabe 300 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11416.) Marie Bigler, Zentral-Viehmarktwächterswitwe, Gnadengabe 240 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11414.) Christine Pitsch, Straßenaufseherswitwe, Gnadengabe 240 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11415.) Albine Mayer, Straßenaufseherswitwe, Gnadengabe 540 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11530.) Josefa Hammerschmidt, Straßenaufseherswitwe, Gnadengabe 360 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11526.) Anna Policar, Straßenarbeiterswitwe, Gnadengabe 360 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11527.) Josefa Bolley, Straßenarbeiterswitwe, Gnadengabe 300 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11528.) Anna Silbernagel, Straßenarbeiterswitwe, Gnadengabe 360 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11529.) Margarete Brunner, Straßenarbeiterswitwe, Gnadengabe 300 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11562.) Therese Gschwendt, Gemeinde- und Schuldienerswitwe, Gnadengabe 420 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11258.) Helene Krippel, Exekutionsamts-Offizialswaise, Gnadengabe 240 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11257.) Anna Prchlik, für sich und ihr Kind Melitta, Gnadengabe 600 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1917.

(P. Z. 11263.) Anna Haller, Gnadengabe 300 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11268.) Anna Gazzoletti, Gnadengabe 900 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11261.) Rosa Maux, Witwe nach dem pensionierten Marktamts-Kommissär Eduard Maux, Gnadengabe 700 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11548.) Rosa Kollmaneck, Gnadengabe 600 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11553.) Ferdinand Nießner, ehemaliger Wasserleitungshilfstechniker, Gnadengabe 1800 K, Erhöhung auf jährlich 2000 K und Bewilligung vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11549.) Leopold Kuder, ehemaliger Straßenarbeiter, Gnadengabe 560 K, Erhöhung auf jährlich 600 K und Bewilligung vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11550.) Johann May, ehemaliger Straßenarbeiter, Gnadengabe 480 K, Erhöhung auf jährlich 540 K und Bewilligung vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11551.) Josef Kratky, ehemaliger Straßenarbeiter, Gnadengabe 480 K, Erhöhung auf jährlich 540 K und Bewilligung vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11565.) Rosina Kashofer, ehemalige Versorgungshauspflegerin, Gnadengabe 300 K, Erhöhung auf jährlich 420 K und Bewilligung vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11418.) Karl Domes, ehemalige Hausbesorgerin und Gartenarbeiterin der gräflich Andrássy'schen Besitzung, XIX., Hohe Warte (jetzt städtisches Waisenhaus), Gnadengabe 360 K, Erhöhung auf jährlich 480 K und Bewilligung vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11267.) Hedwig Heinzel, Architektenswitwe, 500 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

Kinder: Marianne, Gnadenerziehungsbeitrag 100 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende Jänner 1917.

Margarete, Gnadenerziehungsbeitrag 100 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende Dezember 1917.

(P. Z. 11554.) Rosa Tytla, Kanzlistenswitwe, Gnadengabe 700 K, Erhöhung auf jährlich 750 K und Bewilligung vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11557.) Katharina Kindermann, Kanzleidienerswitwe, Gnadengabe 300 K, Erhöhung auf jährlich 360 K und Bewilligung vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11269.) Josefine Rauscher, Kanzleihilfsarbeiterswitwe, Gnadengabe 300 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

Kinder: Josefine und Leopoldine, Gnadenerziehungsbeitrag je 72 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919; Marie, Gnadenerziehungsbeitrag 72 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis 31. August 1919.

(P. Z. 11555.) Anna Hainzl, Wasserleitungsaufseherswitwe, Gnadengabe 360 K, Erhöhung auf jährlich 420 K und Bewilligung vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11260.) Franziska Sirch, städt. Auflegerswitwe, Gnadengabe 240 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

Kinder: Karl und Hermine, Gnadenerziehungsbeitrag je 72 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11266.) Emilie Wiltschek, Heizerswitwe, Gnadengabe 520 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919,

Kind: Marie, Gnadenerziehungsbeitrag 120 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11558.) Marianne Klinz, städt. Dampf-, Wannen-Brausebadheizerswitwe, Gnadengabe 400 K, Erhöhung auf jährlich 450 K und Bewilligung vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11264.) Anna Kovarik, städt. Kutscherswitwe, Gnadengabe 300 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

Kind Anna, Gnadenerziehungsbeitrag 72 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende Juni 1917.

(11525.) Anna Schaumberger, Straßenarbeiterswitwe, Gnadengabe 300 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

Kind: Marie, Gnadenerziehungsbeitrag 72 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11552.) Anna Hauk, Straßenarbeiterswitwe, Gnadengabe 360 K, Erhöhung auf jährlich 420 K und Bewilligung vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11420.) Pauline Schwach, Gnadengabe 300 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

Kinder: Therese, Gnadenerziehungsbeitrag 72 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919;

Pauline Gnadenerziehungsbeitrag 72 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis 25. März 1918.

(P. Z. 11419.) Anna Müntzger (auch Müntzkern), Tax-Kommissärswaise, Gnadengabe 240 K, Erhöhung auf jährlich 300 K und Bewilligung vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11566.) Marie Weibel, Buchhaltungsregistratorswaise, Gnadengabe 240 K, Erhöhung auf jährlich 300 K und Bewilligung vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11559.) Aloisia Brenner, Ratsdienerswaise, Gnadengabe 300 K, Erhöhung auf jährlich 360 K und Bewilligung vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11564.) Rosina Starek, Hauptkassa-Offizialswitwe, Gnadengabe 400 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11541.) Franziska Klender, Kanalaufseherswitwe, Gnadengabe 400 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11561.) Marie Wimmer, Rathausdienerswitwe, Gnadengabe 360 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11417.) Therese Seemann, Amtsdienerswitwe, Gnadengabe 240 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11262.) Leopoldine Bleiber, städt. Schlachthausreinigungsarbeiterswitwe, Gnadengabe 240 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919.

(P. Z. 11547.) Johann Simon, ehem. städt. Badediener, Gnadengabe 400 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919 (zur Unfallsrente von monatlich 66 K), eventuell bis zur Einstellung des Unfallsrentenbezuges.

(P. Z. 11542.) Anton König, ehem. Straßenarbeiter, Gnadengabe 200 K, Fortbezug vom 1. Jänner 1917 bis Ende 1919 (zur Unfallsrente von jährlich 297 K 36 h).

(Angenommen.)

4. (11771.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen eines städtischen Beamten um Gehaltsvorschuß und stellt den Antrag:

Dem Gesuchsteller wird ausnahmsweise der angesuchte fünfmonatliche Gehaltsvorschuß im Betrage von 1000 K gegen Rückzahlung in 40 gleichen, ununterbrochenen monatlichen Raten ab 1. Jänner 1917 bewilligt. (Angenommen.)

5. (11851.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen eines städtischen Beamten um Gehaltsvorschuß und stellt den Antrag:

Dem Gesuchsteller wird ausnahmsweise der angesuchte zirka siebenmonatliche Gehaltsvorschuß im Betrage von 1000 K gegen Rückzahlung in 40 gleichen, ununterbrochenen monatlichen Raten ab 1. Jänner 1918 bewilligt. (Angenommen.)

6. (11773.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Marie Steingatterer, Straßenaufseherswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe und stellt den Antrag:

Der Straßenaufseherswitwe Marie Steingatterer wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 300 K vom 1. Jänner 1917 bis Ende des Jahres 1919, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

(Angenommen.)

7. (11774.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Marie Haidvogl, Wasserleitungsaufseherswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe und stellt den Antrag:

Der Wasserleitungsaufseherswitwe Marie Haidvogl wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 240 K vom 1. Jänner 1917 bis Ende des Jahres 1919, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt. (Angenommen.)

8. (11855.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Franziska Punzmann, ehemaligen städtischen Reinigungsarbeiterin, um Erhöhung und Fortbezug der Gnadengabe und stellt den Antrag:

Der ehemaligen städtischen Reinigungsarbeiterin Franziska Punzmann wird die für die Dauer des Witwenstandes bewilligte Gnadengabe von jährlich 432 K vom 1. Jänner 1917 mit Rücksicht auf ihre Dienstzeit von 29½ Jahren und die Erwerbsunfähigkeit auf jährlich 500 K erhöht.

(Angenommen.)

9. (11856.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Viktoria Müller, Wasserleitungsaufseherswitwe, um Erhöhung und Fortbezug der Gnadengabe und stellt den Antrag:

Der Wasserleitungsaufseherswitwe Viktoria Müller wird die auf Lebensdauer, eventuell bis zu einer etwa eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligte Gnadengabe von jährlich 400 K vom 1. Jänner 1917 mit Rücksicht auf das vorgeschrittene Alter von 68 Jahren und auf die 35jährige Dienstzeit des Gatten auf jährlich 520 K erhöht. (Angenommen.)

10. (11853.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Anna Diewald, Straßenarbeiterswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe und stellt den Antrag:

Der Straßenarbeiterswitwe Anna Diewald wird eine Gnadengabe von jährlich 300 K von dem der Einstellung des Pfründenbezuges nächstfolgenden Tage an bis Ende des Jahres 1919, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt. (Angenommen.)

11. (11854.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Anastasia Rötzer, städtischen Maschinistengehilfenswitwe, um eine Gnadengabe und stellt den Antrag:

Der städtischen Maschinistengehilfenswitwe Anastasia Rötzer wird eine Gnadengabe von jährlich 300 K vom 1. Dezember 1916 bis Ende des Jahres 1919, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt. (Angenommen.)

12. (11897.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wilhelm Ott, ehemaliger Kanzlist II. Klasse, um Fortbezug der Gnadengabe und stellt den Antrag:

Dem ehemaligen Kanzlisten II. Klasse Wilhelm Ott wird eine Gnadengabe von jährlich 600 K vom 1. November 1916 bis Ende des Jahres 1919, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

(Angenommen.)

13. (11369.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Leopold Kubin, Ratsdiener i. P., um Dienstzeitanrechnung und stellt den Antrag:

Dem pensionierten Ratsdiener Leopold Kubin wird die als Taglöhner zugebrachte dreijährige Gemeindedienstzeit gnadenweise in die Pension angerechnet. (Angenommen.)

14. (11670.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Robert Hanslik und stellt den Antrag:

Der Genannte wird mit Rücksicht auf seine seitherige besonders gute Dienstleistung zum Offizial ad personam mit dem Range vom 14. Dezember 1913 und den Bezügen von dem der ad personam Ernennung folgenden Monate, beziehungsweise Quartiergeldmonate ernannt. (Angenommen.)

15. (11533.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Anna Bucheder, Feuerwehrkutscherswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe, sowie des Gnaden-Erziehungsbeitrages und stellt den Antrag:

Der Feuerwehrkutscherswitwe Anna Bucheder wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 240 K vom 1. Jänner 1917 bis Ende des Jahres 1919 und für ihr Kind Katharina, geboren 17. Oktober 1905, der Fortbezug des Gnaden-Erziehungsbeitrages von jährlich 72 K vom 1. Jänner 1917 bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres, das ist bis 16. Oktober 1919, dann für ihr Kind Anna, geboren 2. Dezember 1903, der Fortbezug des Gnaden-Erziehungsbeitrages von jährlich 72 K vom 1. Jänner 1917 bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres, das ist bis 1. Dezember 1917, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

(Angenommen.)

16. (11534.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Franziska Starch, Feuerwehrkutscherswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe und stellt den Antrag:

Der Feuerwehrkutscherswitwe Franziska Starch wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 360 K vom 1. Jänner 1917 bis Ende des Jahres 1919, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

(Angenommen.)

17. (11398.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen eines städtischen Schuldieners um einen Gehaltsvorschuß und stellt den Antrag:

Demselben wird der angesuchte viermonatliche Gehaltsvorschuß im Betrage von 400 K gegen Rückzahlung in 30 gleichen und ununterbrochenen monatlichen Raten bewilligt.

(Angenommen.)

18. (11450.) **Gem.-Rat Steiner** referiert und stellt den Antrag:

Dem Leiter der städtischen Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide und ihre Angehörigen, sowie für Hinterbliebene nach verstorbenen Kriegern Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Hans Liebl wird für seine ersprießliche und erfolgreiche Tätigkeit in obiger Eigenschaft die vollste Anerkennung ausgesprochen. (Angenommen.)

19. (11500.) **Gem.-Rat Dr. Haas** referiert über den Verzicht des Professors Dr. Kolisko auf die Stelle eines Prosektors der Gemeinde Wien, sowie über die Bestellung des Dr. Albin Haberda zum Prosektor und der Ärzte Dr. Friedrich Reuter und Dr. Karl Meixner zu Prosektor-Stellvertretern und stellt den Antrag:

1. Die Mitteilung des k. k. Hofrates und o. ö. Universitäts-Professors Dr. Alexander Kolisko, daß er vom 1. Oktober 1916 auf die Stelle eines Prosektors der Gemeinde Wien verzichtet, wird zur Kenntnis genommen und ihm bei diesem Anlasse für seine der Gemeinde Wien durch 18 Jahre geleisteten hervorragenden Dienste als Prosektor der Dank und die vollste Anerkennung der Gemeinde ausgesprochen.

2. Der o. ö. Universitäts-Professor Dr. Albin Haberda wird unter gleichzeitiger Enthebung von der Stelle als I. Prosektor-Stellvertreter vom 1. Oktober 1916 zum Prosektor der Gemeinde Wien mit einem jährlichen Ehrensolde von 4000 K bestellt.

3. Professor Dr. Friedrich Reuter wird zum I. Prosektor-Stellvertreter und der Privat-Dozent Dr. Karl Meixner zum II. Prosektor-Stellvertreter vom 1. Oktober 1916 an bestellt und ihnen für diese Tätigkeit ein Jahresehrensold von je 2000 K zuerkannt.

4. Die Prosektoren übernehmen die Verpflichtung, die sanitätspolizeilichen Obduktionen im Sinne der bestehenden Vorschriften ohne Verzug zur bestimmten Stunde vorzunehmen, allfällige Vorträge erst nach Beendigung der Obduktionen und nach Unterfertigung des Befundes abzuhalten und die erforderlichen leichteren chemischen Analysen ohne besondere Entschädigung durchzuführen.

5. Das Dienstverhältnis des Prosektors kann gegen beiderseitige dreimonatliche Kündigung, das der Prosektor-Stellvertreter gegen einmonatliche Kündigung gelöst werden.

Im Falle beiderseitigen Einverständnisses ist auch eine sofortige Lösung des Dienstverhältnisses zulässig.

6. Die Stelle eines dritten Prosektor-Stellvertreters wird derzeit nicht besetzt.

7. Das jährliche Mehrerfordernis von 4000 K wird genehmigt und für das Verwaltungsjahr 1916/17 ein Zuschußkredit zur Ausgabs-Rubrik XXXII 6 in der vollen Höhe des auf das laufende Geschäftsjahr entfallenden Betrages bewilligt.

(Angenommen.)

20. (11536.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Therese Metzner, Sanitätsdienerswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe und stellt den Antrag:

Der Sanitätsdienerswitwe Therese Metzner wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 360 K vom 1. Jänner 1917 bis Ende des Jahres 1919, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

(Angenommen.)

21. (11556.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Cäcilia Wakolbinger, Sanitätsdienerswitwe, um Fortbezug und Erhöhung der Gnadengabe und stellt den Antrag:

Der Sanitätsdienerswitwe Cäcilie Wakolbinger wird die Gnadengabe von jährlich 420 K vom 1. Jänner 1917 mit Rücksicht auf die sehr verminderte Erwerbsfähigkeit auf jährlich 480 K erhöht und bis Ende des Jahres 1919, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung bewilligt. (Angenommen.)

22. (11465.) **Gem.-Rat Schmid** referiert über die Anschaffung einer feuerlosen Lokomotive für das Kraftwerk Ebenfurth und stellt den Antrag:

Die Anschaffung einer feuerlosen Lokomotive für das normalspurige Geleise auf dem Werksplatze in Ebenfurth wird genehmigt.

(Angenommen.)

23. (11870.) **Derselbe** referiert über die Erweiterung der Kohlenförderanlage des Überlandkraftwerkes Ebenfurth und stellt den Antrag, die Erweiterung der Kohlenförderanlage im Kraftwerke Ebenfurth, bestehend aus einem Pfannentransporteur, einer Speisevorrichtung, einem Bunker samt Schieberverschluß und Unterstützungsgerüst, einem Schüttelsieb mit allem Zubehör, einem

Vorgelege mit den erforderlichen Ringschmierlagern und einem Becherwerk mit 25·5 m Achsenabstand samt Spannstation im Sinne des Direktions-Antrages zu vergeben.

(Angenommen.)

24. (11475.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Julie Kienberger, Zählerablesers-witwe, um Fortbezug der Gnadengabe und stellt den Antrag:

Der Witwe des verstorbenen Zählerablesers der städtischen Elektrizitätswerke Johann Kienberger, namens Julie Kienberger, und deren drei ehelichen Kindern Johann, Robert und Anton, wird auch für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis 30. September 1917 unter den gleichen Bedingungen wie im Vorjahre eine Gnadengabe von 1000 K bewilligt.

(Angenommen.)

25. (11894.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Elise Mitterecker, Elektromonteurgehilfenswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe und stellt den Antrag:

Der Witwe des am 2. März 1909 infolge eines Betriebsunfalles tödlich verunglückten Elektromonteurgehilfen der städtischen Elektrizitätswerke Franz Mitterecker, namens Elise Mitterecker, wird neben der Unfallsrente auch für die Zeit vom 1. Jänner 1917 bis 31. Dezember 1917 eine in Monatsraten zahlbare Gnadengabe von 200 K bewilligt.

(Angenommen.)

26. (11926.) **Derselbe** referiert und stellt den Antrag:

Dem Kinde des vor dem Feinde gebliebenen Professionisten der städtischen Elektrizitätswerke Friedrich Pistor, wird eine Gnadengabe von 130 K, zunächst auf die Dauer eines Jahres gegen dem bewilligt, daß die Pflegemutter als die Empfängerin des Bezuges die Freiwilligkeit der Zuwendung anerkennt.

(Angenommen.)

27. (11477.) **Gem.-Rat Schneider** referiert über das Ansuchen der Eleonore Kolař, Witwe nach dem auf dem Felde der Ehre gefallenen Kondukteur Franz Kolař, um eine Gnadengabe und stellt den Antrag:

Der Witwe nach dem am 30. Juni 1916 auf dem Felde der Ehre gefallenen Kondukteur Franz Kolař, Eleonore Kolař, wird ab 1. November 1916 gnadenweise eine Witwenpension von 42 K monatlich bis zur Neuregelung der gesetzlichen Militärversorgung längstens jedoch auf die Dauer von drei Jahren, beziehungsweise bis zu ihrer Wiederverehelichung oder bis zum Eintritte günstigerer Vermögens- und Erwerbsverhältnisse aus Betriebsmitteln bewilligt.

Im Falle der Geburt ihres Kindes wird ihr eine Witwenpension von 38 K und dem Kinde bei Vorhandensein der für den Anfall der Erziehungsbeiträge geltenden Bestimmungen ein Erziehungsbeitrag von 12 K, also insgesamt 50 K monatlich auf die Dauer von drei Jahren, der Erziehungsbeitrag bis zu einer eventuellen früheren Versorgung des Kindes zuerkannt.

Die Genannte hat sich jedoch zu verpflichten, auf die ihr satzungsgemäß zustehende Abfertigung aus der Pensionskassa im Betrage von 496 K samt Zinsen zugunsten des Betriebes zu verzichten.

Auf die Auszahlung dieser Gnadengabe haben die Bestimmungen über die Auszahlung der Pensionen aus der Pensionskassa für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen sinngemäße Anwendung zu finden. (Angenommen.)

28. (11964.) **Gem.-Rat Angermayer** referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Gem.-Rat Wilhelm Aichhorn und stellt den Antrag:

Dem Gem.-Rat Wilhelm Aichhorn wird in Anerkennung seiner außerordentlichen verdienstvollen Tätigkeit auf verschiedenen Gebieten der Gemeindeverwaltung das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen verliehen. (Angenommen.)

29. (4583.) **Derselbe** referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Bürgerschul-Direktor i. P. Ignaz Hüber und stellt den Antrag:

Dem Bürgerschul-Direktor i. P. Ignaz Hüber wird in Anerkennung und Würdigung seiner langjährigen verdienstvollen Wirksamkeit im Schuldienste das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Nachsicht der Taxen verliehen. (Angenommen.)

30. (4582.) **Gem.-Rat Fraß** referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Volksschul-Direktor i. P. Wenzel Wild und stellt den Antrag:

Dem Volksschul-Direktor i. P. Wenzel Wild wird in Anerkennung und Würdigung seiner langjährigen und verdienstvollen Wirksamkeit im städtischen Schuldienste das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Nachsicht der Taxen verliehen.

(Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

K. k. Bezirksschulrat.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 13. Dezember 1916, G. Z. 9231:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, der vom 1. Oktober 1916 angefangen in die Altersversorgung übernommenen Handarbeitslehrerin an der allgemeinen Volksschule für Mädchen VIII., Lerchengasse 19, Rosa Lippert, für ihre ersprießliche langjährige Tätigkeit im Schuldienste die belobende Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 13. Dezember 1916, G. Z. 9745:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, der Bürgerschullehrerin an der Bürgerschule für Mädchen XVIII., Ferrogasse 28/30, Karoline Petsche, anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand für ihre langjährige, stets pflichtgetreue und ganz zufriedenstellende Wirksamkeit als Lehrerin und Erzieherin die Anerkennung auszusprechen.

Zentralstelle der Fürsorge

für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich.

DLXXIV. Spendenausweis.

28035.	Karl Goldeband		10 K — h
28036.	Freiwillige Beiträge des Personales des Kindergartens XVI., Brüßlgasse 21 .		12 „ 16 „
	1prozentige freiwillige Gehaltsabzüge der Lehrpersonen an den städtischen Schulen, und zwar:		
28037.	Volksschule f. Mädchen VIII., Albertplatz 7 .	10 K 70 h	
28038.	Bürgerschule f. Mädchen X., Herzgasse 27 . .	24 „ — „	
28039.	Volksschule XV., Thalgasse 2	2 „ 50 „	
		37 K 20 h	
	Hievon ab 25 Prozent für das „Rote Kreuz“	9 „ 30 „	27 „ 90 „
	Monatliche Beiträge für Ausspeisungszwecke, und zwar:		
28040.	Wilhelm Aldor . .		12 K — h
28041.	W. Bergel		12 „ — „
28042.	K. Berghofer . . .		7 „ 50 „
28043.	Lina Blümel, pro November		12 „ — „
28044.	Lina Blümel, pro Dezember		12 „ — „
28045.	Burian & Komp. . .		10 „ — „
28046.	FZM. Moritz Daublebsky v. Sterneck . .		6 „ — „
28047.	Melanie Eisler . . .		6 „ — „
28048.	Dr. Oskar Ritter v. Fleißner		20 „ — „
28049.	Marie Flohr		15 „ — „
28050.	Seraphine Hoffmeister		6 „ — „
28051.	Dr. A. Jeiteles . .		30 „ — „
28052.	Jenny Jeiteles . . .		60 „ — „
28053.	Jakob Kohn		6 „ — „
28054.	Vilma Lauer		6 „ — „
28055.	Dr. Richard Leipen .		6 „ — „
28056.	Hofrat Ritter v. Nepallek		6 „ — „
28057.	Richart Petschek . .		18 „ — „
28058.	Ignaz Pick		12 „ — „
28059.	Georg Reimers . . .		6 „ — „
28060.	Anna Sacher . . .		6 „ — „
28061.	Dr. v. Sonnenthal .		120 „ — „
28062.	Exzellenz Freiherr v. Schießl		30 „ — „
28063.	Paula Schmidt . . .		18 „ — „
28064.	Flora Schnabel . .		12 K — h
28065.	Matthias Stalzer . .		12 „ — „
28066.	Heinrich Strauß . .		12 „ — „ 478 K 50 h
28067.	Exzellenz Gräfin Anka Vienerth-Schmerling, Freitischablösungen . . .		50.000 „ — „
28068.	Bezirkshilfs-Komitee Döbling		100 „ — „
28069.	Redaktion des „Neuen Wiener Tagblattes“, 11. Spendenabfuhr für Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder“		348 „ 10 „
28070.	Ober-Tierarzt Anton Nepustil, freiwilliger Gehaltsabzug		3 „ — „
	1prozentiger freiwilliger Gehaltsabzug der Lehrpersonen an den städtischen Schulen, und zwar:		
28071.	Volksschule f. Knaben XX., Greiseneckerg. 29	3 K 30 h	
	Hievon ab 25 Prozent für das „Rote Kreuz“	— „ 82 „	2 „ 48 „
	Monatsbeiträge für Ausspeisungszwecke, und zwar:		
28072.	Hofrat Dr. Gustav Arnold		12 K — h
28073.	Dr. Josef Koloman Binder		6 „ — „
28074.	M. Byk		6 „ — „
28075.	E. Heumayer		6 „ — „
28076.	Adele Gaber		6 „ — „
28077.	Dr. Hans Gaber . .		6 „ — „
28078.	Pauline Gießel . . .		6 „ — „
28079.	Gem. Finanzminister Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst . . .		750 „ — „
28080.	Paula Kautsch . . .		12 „ — „
28081.	Luise Pivnicka . . .		30 „ — „
28082.	Lothar Ritter v. Polzer		6 „ — „
28083.	Lothar Ritter v. Polzer		6 „ — „
28084.	Dr. Viktor v. Rosenfeld		30 „ — „
28085.	Paula Roth		6 „ — „
28086.	Franz Emil Conte Smecchia, Senats-Präsident		12 „ — „
28087.	Brüder Weber . . .		6 „ — „
28088.	Ferd. Ritter v. Widmann		10 „ — „
28089.	Ludwig Ziegler . . .		3 „ 10 „ 919 „ 10 „
28090.	Anna Warchalowski, für Ausspeisungszwecke		12 „ — „
28091.	Karoline Rinnböck (durch Bezirksvorstehung XI)		200 „ — „
28092.	Franz Traub, für Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder“		50 „ — „
28093.	Direktion der Medikamenten-Eigenregie der Wiener k. k. Krankenanstalten . .		6 „ 67 „

1prozentige freiwillige Gehaltsabzüge der Lehrpersonen an den städtischen Schulen, und zwar:

28094.	Volksschule f. Knaben und Mädchen XIX., Mannagettagasse 1	3 K 87 h	
	Hievon ab 25 Prozent für das „Rote Kreuz“	— „ 96 „	2 K 91 h
28095.	Dr. Alfr. Freiherr v. Berlepsch	6 K — h	
28096.	Wolf Blumberg's Söhne	6 „ — „	
28097.	Gustav Pach	6 „ — „	
28098.	Franz Pichler jun., für Dezember	12 „ — „	
28099.	Johann Sobelsohn	6 „ — „	
28100.	Ing. Julius Steigel	6 „ — „	42 „ — „
28101.	Präsidialbureau der k. k. Post- und Telegraphen-Direktion für Österreich unter der Enns, und zwar Spende der Beamten der Direktion	200 K — h	
28102.	Spende einer größeren Anzahl von Postämtern dieses Direktionsbezirkes	300 „ — „	500 „ — „
28103.	Marie Ende		1 „ — „

Monatliche Beiträge für Ausspeisungszwecke, und zwar:

28104.	Nini Bermann	1 K — h	
28105.	Prof. Ernst Bischoff	6 „ — „	
28106.	F. Bombach	12 „ — „	
28107.	Baurat Ferd. Dehm	50 „ — „	
28108.	Grete Deutsch	12 „ — „	
28109.	Dr. Roman Dziedzicki	6 „ — „	
28110.	Max Fischer	30 „ — „	
28111.	Johanna Graetz	6 „ — „	
28112.	Dr. A. Hanč	6 „ — „	
28113.	Ludwig Heiner	6 „ — „	
28114.	Hermine Hofmann	6 „ — „	
28115.	Anna Hummel für September bis Dezember 1916	24 „ — „	
28116.	Julie v. Karczag	6 „ — „	
28117.	Dr. Friedrich Kraft	6 „ — „	
28118.	M. v. Lindheim	6 „ — „	
28119.	David Meitner	6 „ — „	
28120.	Berta Müller	10 „ — „	
28121.	Dr. Wilhelm Tezner	6 „ — „	
28122.	Richard Baron Vesque	6 „ — „	216 „ — „
28123.	Hans Kuhn als Reinertrag für eine Veranstaltung		80 K — h
28124.	Adolf Fritz		200 „ — „
28125.	Josef Jauernig		20 „ — „
28126.	Josef Jauernig, für Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder“		20 „ — „
28127.	K. k. Post- und Telegraphen-Direktion		22 „ — „

Monatsbeiträge für Ausspeisezwecke:

28128.	Loni Feitler	30 K — h	
28129.	Franz Hartl für November und Dezember	12 „ — „	
28130.	A. v. Haßlinger für Dezember	6 „ — „	
28131.	Paula Jaksch	18 „ — „	
28132.	Dr. Jambour	6 „ — „	
28133.	Regine Schütz	30 „ — „	
28134.	Militär-Verpflegs-Akzessist Erwin Stransky	12 „ — „	
28135.	Luise Thum	10 „ — „	124 „ — „
28136.	Elsa Santner		10 „ — „

1prozentige freiwillige Gehaltsabzüge von Lehrpersonen, und zwar:

28137.	Volksschule f. Knaben und Mädchen XX., Wintergasse 34	12 K — h	
	Hievon ab 25 Prozent für das „Rote Kreuz“	3 „ — „	9 „ — „

Monatsbeiträge für Freitischablösungen:

28138.	J. B. Böhm	6 K — h	
28139.	Dr. Eduard Deutsch	6 „ — „	
28140.	Professor Dr. L. Fleischmann	25 „ — „	
28141.	Marie Heller	18 „ — „	
28142.	Richard Heller	12 „ — „	
28143.	Jenny Kreutz	6 „ — „	
28144.	Adolfine Lamprecht	6 „ — „	
28145.	Frieda Lambrecht	18 „ — „	
28146.	C. u. J. Reisch	12 „ — „	
28147.	Gustav Schwoner	6 „ — „	
28148.	Ludwig Wrana	6 „ — „	121 „ — „
28149.	Bekleidungs-Gesellschaft (durch Allg. Verkehrsbank)		20.000 „ — „
28150.	Mädchen-Realgymnasium VIII., Albertgasse 38, Sammlung der I b-Klasse für Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder“		15 „ 21 „
28151.	Mädchen-Realgymnasium VIII., Albertgasse 38, Sammlung der II b-Klasse für Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder“		27 „ 16 „
28152.	Hermine Fechter, Freitischablösung		6 „ — „

28153.	Josef Marie Flesch (Firma S. & J. Flesch)		5.000 K — h
	Monatsbeiträge für Ausspeisezwecke, und zwar:		
28154.	Dr. Oskar Hein . .	6 K — h	
28155.	Jula Hirsch	20 „ — „	
28156.	Josefine Knopp . . .	6 „ — „	
28157.	Philippine v. Leuzendorf	160 „ — „	
28158.	Theodor List	6 „ — „	
28159.	Elsa Wettendorf . .	6 „ — „	
28160.	Emil Wetzler	20 „ — „	224 „ — „
	Monatsbeiträge für Ausspeisungszwecke, und zwar:		
28161.	M. Gerngroß . . .	30 K — h	
28162.	Karl Haberkalt . . .	6 „ — „	
28163.	Leopoldine Halberstadt	6 „ — „	
28164.	Jeanne Kohn für November u. Dezember .	12 „ — „	
28165.	Familien Kohn und Hochberger	36 „ — „	
28166.	M. Schönbach und R. Leipert	6 „ — „	
28167.	Alice Stern	15 „ — „	
28168.	Berta Urban . . .	30 „ — „	
28169.	B. v. Bay-Dovsky für Dezember . . .	6 „ — „	147 „ — „
28170.	Freiwillige Gehaltsabzüge von Beamten des magistratischen Bezirksamtes VI .		10 „ — „
28171.	Beamte und Angestellte der Österr. Siemens-Schuckert-Werke, freiwillige Gehalts-, beziehungsweise Lohnabzüge		1.924 „ 45 „
28172.	Verein „Freundschaftsbund", Erlös zweier Wohltätigkeitsvorstellungen (durch Bezirks-Vorstehung XXI) für die Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder"		145 „ 60 „
28173.	Präsidial-Bureau der k. k. Post- und Telegraphen-Direktion in Wien:		
	a) Spende der Beamten	100 K — h	
	b) Spende einer größeren Anzahl von Postämtern des Direktions-Bezirkes	300 „ — „	400 „ — „
28174.	Forstverwaltung Spitz; freiwillige Gehaltsabzüge der Angestellten . . .		9 „ — „
28175.	Frauen-Arbeits-Komitee I, Freitischablösungen		250 „ — „
	Monatsbeiträge für Ausspeisungszwecke:		
28176.	Berta Clauser . . .	30 K — h	
28177.	Buchdruckerei E. Kainz	30 „ — „	
28178.	Elise Raabe	10 „ — „	
28179.	Rosa Rosenthal . .	24 „ — „	
28180.	Lili Schoenthal . .	12 „ — „	
28181.	Therese Trebitsch . .	10 „ — „	116 „ — „

Lebensmittelverkehr.

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 19. Dezember 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	38 K — h
Roggen	„ 100 „	31 „ — „
Braugerste . .	„ 100 „	36 „ — „
Futtergerste . . .	„ 100 „	32 „ — „
Hafer	„ 100 „	30 „ — „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.)

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	— K — h per 100 kg
Backmehl	— „ — „ „ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	— „ — „ „ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	— „ — „ „ 100 „
Brotmehl (Weizenbrot- und Roggenmehl)	— „ — „ „ 100 „

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 20. Dezember 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	38 K — h
Roggen	„ 100 „	31 „ — „
Braugerste . . .	„ 100 „	36 „ — „
Futtergerste . . .	„ 100 „	32 „ — „
Hafer	„ 100 „	30 „ — „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	— K — h per 100 kg
Backmehl	— „ — „ „ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	— „ — „ „ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	— „ — „ „ 100 „
Brotmehl (Weizenbrot- und Roggenmehl)	— „ — „ „ 100 „

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 21. Dezember 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	38 K	— h
Roggen	„ 100 „	31 „	— „
Braugerste	„ 100 „	36 „	— „
Futtergerste	„ 100 „	32 „	— „
Hafer	„ 100 „	30 „	— „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.)

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	— K	— h	per 100 kg
Backmehl	— „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	— „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	— „	— „	„ 100 „
Brotmehl Weizenbrot- und Roggenmehl)	— „	— „	„ 100 „

* * *

Pferdemarkt vom 19. Dezember 1916.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 539 Stück.

143 Gebrauchspferde, 391 Schlachtpferde*), 5 Schlachtesel.

Preis: für Gebrauchspferde	1000	bis 3600	K per Stück
„ Schlachtpferde	400	„ 620	„ „ „
„ Schlachtesel	200	„ 300	„ „ „

Der Markt war lebhaft.

Sanitäts-Angelegenheiten.

Ausweis über die im November 1916 durch die städtischen Sanitätsstationen ausgeführten Kranken- und Leichentransporte.

Station	Zahl der Transporte von Kranken: gewöhnlichen	Kranken: Infektions-	Leichen	Zusammen
Station, V., Bräuhausgasse 61	453	313	117	883
Station, X., Arsenalstraße 2	—	239	1	240
Station, XIV., Pillergasse 21	555	170	81	806
Station, XVII., Gilmgasse 18	357	102	111	570
Station, XX., Gerhardusgasse 3	480	375	62	917
Zusammen	1845	1199	372	3416
	3044			

*) Hievon ab 178 am Markte und 218 im Pferdeschlachthause.

Baubewegung

vom 19. bis 21. Dezember 1916.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen.

VI. Bezirk: Schmalzhofgasse 28, vom Wirtschaftsbund der Taschner durch Josef Sejvel (4014).

„ „ Mollardgasse 48, von Josef Wildam, Bauführer Gustav Menzel (4018).

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

Gewerbe-Unternehmungen.

22. November 1916.

(Fortsetzung.)

Flexner Otto — Handelsagentur — III., Dittrichgasse 33.

Bartnik Franz — Viehkommissionshandel — III., St. Marx.

Dietz Klemens — Gemischtwarenhandel — III., Rasumofskygasse 27.

Löw Georg Florian — Lebensmittelhandel beschränkt — III., Lustgasse 1.

Zehetner Franz — Lebensmittel und Konsumwaren — XVI., Hubergasse 17.

Krentschker Anna — Putzereiübernahme — XVI., Lindauergasse 24.

Geßmann Adelena (Adelheid) — Handel mit fertigen Photographien — VI., Kasernengasse 19.

Moser Karl — Handel mit Altmakulatur und Stampfpapier — XVI., Liebhardtgasse 30.

Zelenka Isabella — Handel mit Blumen, Obst und Grünwaren — XVI., Speckbachergasse 4.

Czink Hedwig — Verschleiß von Kanditen und Zuckerbäckerwaren — VIII., Lerchenfelderstraße 18.

Klinger Berta — Fabriksmäßige Erzeugung von Lederwaren — III., Rabengasse 8.

Jirousek Josefa — Viktualienhandel — III., Kegelgasse 18.

Kohn Antonia — Kunststickerei — III., Gärtnergasse 8.

Klopcic Franziska — Frauenkleidermachergewerbe — III., Parazelsusgasse 7.

Maier Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVI., Degengasse 31.

Sella Karoline — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — III. Kleistgasse 8.

Heiselmayer Johanna — Handel mit Fleisch und Innereien — XVII., Dornerplatz, Markt.

Schäfer Helene — Damenkleidermachergewerbe — VI., Kaunitzgasse 12.

Kratochwil Philipp — Kleidermachergewerbe — V., Siebenbrunnengasse 55.

Weisz Emil — Handel im freien Verkehre — XIX., Würthgasse 8.

Heber Anton, Dr. — Erzeugung und Vertrieb chemischer Produkte — XIX., Heiligenstädterstraße 5.

Spilzer Simon — Wildbret- und Geflügelhandel — XVI., Ottakringerstraße 25.

Gruza Method — Damenschneidergewerbe — III., Neulinggasse 19.

Kleindienst Aloisia — Verschleiß von Papier, Kurz- und Galanteriewaren — XVI., Neumayrgasse 19.

Zikmund Anna — Lebensmittelhandel — XVI., Enenkelstraße 15.

Schleicher Antonia — Gemischtwarenhandel im Großen — I., Predigergasse 3.

Kutterer Hermine — Lebensmittel-Verschleiß — V., Wiedner Hauptstraße 113.

Diem Theresia — Lebensmittel-Verschleiß beschränkt — V., Wimmergasse 19.

Eisler Elisabeth — Schuhwarenhandel — V., Reinprechtsdorferstraße 60.

„Vega", chemische Erzeugung, Ges. m. b. H. — Fabriksmäßige Erzeugung und Vertrieb von Fettwaren — XIX., Hammerschmidtgasse 18.

Offene Handelsgesellschaft N.-Ö. Bekleidungs-Gesellschaft — Großhandel mit Bekleidungsartikeln — II., Taborstraße 11a.

Kranzler & Komp., offene Handelsgesellschaft — Handel mit Kurz- und Wirkwaren — I., Passauerplatz 2.

Guth Julie — Handel mit alten Artikeln des täglichen Bedarfes (Filiale) — VI., Mariahilferstraße 117.

Stransky Rudolf Karl — Fiakerwagen 462, Motorbetrieb — I., Heßgasse, Schottenbastei, Hotel de France.

Beigel Isaak — Pachtbetrieb des der Hermine Hajek gehörigen Gast- und Schankgewerbes — II., Taborstraße 60.
Fiala Cäcilia — Frauen- und Kinderkleidermachergewerbe — XXI., Peter Kaiser-Gasse 25.
Ludwig Paula — Frauen- und Kinderkleidermachergewerbe — XXI., Angererstraße 18.
Obetko Johann — Kürschnergewerbe — I., Schönbrunnerstraße 21.

* * *

23. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Offene Handelsgesellschaft A. Meinl's Erben — Fabriksmäßige Wäsche-Erzeugung — I., Salzgries 11/13.
Wetzler Franziska — Fragnerei und Handel mit Flaschenbier — XI., Rinnböckstraße 23.
Fach Taube — Handel mit Schokolade und Zuckerwaren — II., Zirkusgasse 37.
Reinstein Emilie — Verschleiß von Konditoreiwaren — XIV., Mariahilferstraße 178.
Ender Pauline — Lebensmittelhandel beschränkt — XIV., Märzstraße 90.
Klaß Marie — Marktviktualienhandel — XIV., Meiselstraße 3.
Stejskal Antonia — Handel mit Papier und Galanteriewaren — II., Vereinsgasse 26.
Weseły Rosa — Handel mit Lebensmitteln beschränkt — XIV., Märzstraße 105 a.
Holz Heimann (Heinrich) — Darmhandel und Gewürzhandel im Großen — II., Malzgasse 4.
Kreisberg Markus Ber — Handelsagentur — II., Obere Donaustraße 43.
Eizikovits Jakob — Schuhmachergewerbe — II., Kleine Schiffgasse 1.
Heilpfrn Joachim — Geflügelhandel — II., Zirkusgasse 21.
Weisz Kobi Jakob — Ein- und Verkauf von Säcken und Hadern — II., Große Pfarrgasse 12.
Schostal Hugo — Handel mit Textil- und Kurzwaren — III., Hetzgasse 42.
Böhm Johann — Elektrotechniker — IX., Pramergasse 8.
Weidinger Johann — Kaffeesiedergewerbe — XXI., Schloßhofstraße 30.
Okin Sarah Gittel — Handel mit Tuchabfällen — XX., Pasettistraße 105.
Daniel Leopoldine — Lebensmittel-Verschleiß beschränkt — XX., Waldmüllergasse 12.
Filek Theresia — Handel mit alten und neuen Schafwoll- und Tuchabfällen — XVII., Steinergasse 1.
Beverka Alois — Drechslergewerbe — XIII., Meiselstraße 68.
Gregorovics Julius — Marktfahrergewerbe — XVII., Klemens Hofbauer-Platz 9.
Hübsch Emil — Handel mit Papierwaren — XIII., Beckmanngasse 1.
Aquiles Bassat — Handel mit Manufakturwaren, Papier und Spielwaren — XIII., Hietzinger Hauptstraße 64.
Ladislaus Witkowski & Komp. — Fabriksmäßige Erzeugung von Metallen — XIII., Märzstraße 134.
Polndorfer Franz — Herrenkleidermachergewerbe Filiale — XX., Bäuerlegasse 20.
Weisz Jakob — Handel mit Galanteriewaren — II., Untere Augartenstraße 37.

* * *

24. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Fischl Elsa — Gemischtwarenhandel — XIX., Hochschulstraße 25.
Nurnberger Rosa — Marktviktualienhandel — III., Augustinermarkt.
Wild Paula — Naturblumenbindergewerbe — III., Hainburgerstraße 52.
Prohaska Anna — Frauen- und Kinderkleidermachergewerbe — XVI., Speckbachergasse 30.
Kubin Emma Edle v. — Handel mit Kurz- und Galanteriewaren — I., Rotenturmstraße 23.
Swoboda Johann — Kleidermachergewerbe — XVI., Friedmanngasse 5.
Berger Engelbert — Wäscheputzergewerbe — XVI., Lindauergasse 24.
Silber Anton — Gemischtwarenhandel im Großen — I., Wipplingerstraße 24.
Kodric Aloisia — Handel mit Kanditen und Zuckerbäckerwaren — VI., Brückengasse 11.
Wolf Alois — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — VI., Millergasse 17.
Pfaffenberger Leopoldine — Handel mit Beleuchtungskohle — VI., Stumpergasse 6.
Seelenmayer Anna — Gast- und Schankgewerbe — XVIII., Kreuzgasse 34.
Plamper Franz — Zier- und Handelsgärtnerei — XVIII., Gentzgasse 10.
Gaugitsch Marie — Wäscheputzerei — XVIII., Staudgasse 65.
Nohal Marie — Handel mit Glaserdiamanten — XVIII., Neustift am Walde 70.
Beschtak Josefine — Marktviktualienhandel — XVII., Dornerplatz.
Kinder Katharina — Lebensmittelhandel beschränkt — XVII., Dornbacherstraße 35.
Großmann rekte Ehrlich Markus — Handel mit Tuchabfällen — XX., Klosterneuburgerstraße 3.
Richter Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß (Witwenfortbetrieb nach dem am 27. Juli 1916 gestorbenen Gatten Karl Richter) — XII., Meidlinger Hauptstraße 52.
Hron Marie — Schuhmachergewerbe (Witwenfortbetrieb nach dem am 22. September 1916 gestorbenen Gatten Josef Hron) — XII., Wertheimsteingasse 10.

* * *

25. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Machura Barbara — Erzeugung von Grabsteinen (Witwenfortbetrieb nach dem verstorbenen Gatten Friedrich Machura) — XIII., Waidhausenstraße 12.
Dianabad-Aktienunternehmung — Betrieb einer Bade- und Schwimmanstalt — II., Obere Donaustraße 93/95.
Keist Leo — Handelsagentur — XV., Goldschlagstraße 34.
Friedmann Lea — Musikergewerbe — XV., Kannegasse 7.
Menczel Samuel (Schmiel) — Handel mit Lebensmitteln (beschränkt) — II., Stuwerstraße 29.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Gemeinderat:

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 19. Dezember 1916.

Inhalt:

Mitteilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigungen wegen Fernbleibens 2665
2. Nachruf anläßlich des Ablebens des Gem.-Rates Alois Eder 2665
3. Zuschrift des Präsidenten der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt vom 6. Dezember 1916 2665
4. Zuschrift des k. k. Landesverteidigungsministeriums, betreffend die Bewilligung von Urlauben für die eingerückten Gewerbetreibenden und Kaufleute zur Führung des Weihnachtsgeschäftes 2666
5. Zuschrift des k. k. General-Direktors der Tabakregie über die in den Jahren 1913 bis 1916 staatlich erzeugten Rauchwaren 2667
6. Dank des Wiener Frauen-Erwerbvereines für die verliehene städtische Auszeichnung 2667
7. Eingelangte Spenden 2667
43. Ansprache des Bürgermeisters 2693

Anfragen:

8. Gem.-Rat Schlechter: Abstellung von Übelständen beim Bezuge von Fettstoffen 2668
9. Gem.-Rat Hohenfinner: Einbeziehung sämtlicher städtischer Pensionisten in die zu beschließende Kriegszulage 2668
10. Derselbe: Kohlennot und Kohlenpreise 2668
11. Gem.-Rat Gussenbauer: Erhöhung des Pauschales der Schulleitungen 2669
12. Gem.-Rat Kronek: Warnung der Schuljugend vor Straßenbahnunfug 2669

Anträge:

13. Gem.-Rat Skaret: Errichtung eines Wartehäuschens bei der Straßenbahn-Umsteigestelle an der Ecke des Margaretengürtels und der Flurschützstraße 2670
14. Gem.-Rat Paulitschke: Anschaffung einer Orgel für die Einsegnungskapelle auf dem Zentral-Friedhofe 2670
15. Vize-Bürgermeister Hoß: Weihnachtsgaben an zur militärischen Dienstleistung eingerückte Gemeindeangestellte 2670
16. Derselbe: Weihnachtsgaben für Ausmesser und Vermessungshilfsarbeiter 2670

Seite

17. Derselbe: Weihnachtsgaben und Vorausbezahlung der Dezemberbezüge einiger Gruppen von Angestellten 2670
18. Derselbe: Bewilligung eines Zuschußkredites von 50.000 K zur Ausgabs-Rubrik III 18 „Zeitliche Aushilfen für Beamte und Diener" 2670
19. Derselbe: Bewilligung von Subventionen für Gartenbau- und Verschönerungsvereine und für den Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz in Niederösterreich pro 1916 2671
20. Derselbe: Bewilligung von Subventionen für Tierschutzvereine, den Reichsverein für Bienenzucht, die k. k. österreichische Fischerei-Gesellschaft, Wein- und Obstbauvereine, Geflügel- und Kaninchenzüchtervereine ꝛc. 2671
21. Derselbe: „Österrrichischer Arbeitgeber-Hauptverband" um eine Subvention 2671
22. Derselbe: Deutsche Hauptstellenvermittlung Österreichs um eine Subvention 2672
23. Derselbe: Verein „Kinderschutzstationen" um eine Weihnachtssubvention 2672
24. Vize-Bürgermeister Rain: Verwaltungsbericht und Bilanz der städtischen Leichenbestattung 2672
25. Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Widmung eines Betrages von 200.000 K an Gewerbetreibende und deren Witwen und Waisen, die durch den Krieg in Not geraten sind 2673
26. Derselbe: Vermehrung der Zahl der Mitglieder des Stadtrates 2673
27. Gem.-Rat Wippel: Wiener Karosseriefabrik W. Gutmann, um Baulinienabänderung für die Fabriksrealität, X., Columbusgasse 2680
28. Gem.-Rat Steiner: Jahresrericht der städtischen Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide, deren Angehörige und Hinterbliebene nach verstorbenen Kriegern 2687
29. Gem.-Rat Braun: Bewilligung von Weihnachtsremunerationen für das städtische Gartenpersonale 2688
30. Gem.-Rat Tomola: „Verein Kinderfürsorge" um Nachsicht der Beleuchtungs- und Beheizungskosten anläßlich Benützung von Lehrzimmern der Schule IX., Canisiusgasse 2 2688
31. Derselbe: Erster niederösterreichischer Feuerwehr-Unterstützungsverein um eine Subvention 2688
32. Derselbe: Bewilligung von Subventionen für Wissenschaft und Kunst, Volksbibliotheken, nationale und vaterländische Zwecke, Fremdenverkehr und Sport und für verschiedene andere Zwecke pro 1916 2689
33. Derselbe: Bewilligung von Subventionen für humanitäre Vereine, die sich mit der Armenkinderpflege befassen, pro 1916 2689
34. Derselbe: Bewilligung von Subventionen für humanitäre Zwecke pro 1916 2689
35. Derselbe: Bewilligung von Subventionen pro 1916:
    a) für Kindergärten;
    b) für Privat-Volks- und Bürgerschulen und Lehrerinnen-Bildungsanstalten;
    c) für andere Privatlehranstalten;
    d) für Knabenhorte, Knabenbeschäftigungsanstalten und Vereine zur Pflege des Jugendspieles;
    e) für verschiedene Schulzwecke 2689
36. Derselbe: Bewilligung von Subventionen für genossenschaftliche Fachschulen für das Jahr 1916 2689
37. Derselbe: Bewilligung von Subentionen für Kirchenmusik-Vereine pro 1916 2639
38. Derselbe: Subventionen für Weihnachtsbeteilungen pro 1916 2690
39. Derselbe: „Verein zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn" um eine Subvention 2690
40. Gem.-Rat Dr. Haas: Anordnung eines Bereitschaftsdienstes der städtischen Sanitätsmannschaft und Gewährung von Zulagen 2690
41. Derselbe: Bewilligung von Subventionen für sanitäre Zwecke pro 1916 2691
42. Gem.-Rat Wessely: Ansuchen von Vereinen und Korporationen um unentgeltliche Überlassung von Koks pro 1916 . . 2691
43. Siehe unter „Mitteilungen des Vorsitzenden".

Beschluß-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates vom 19. Dezember 1916.

Inhalt:

1. Vize-Bürgermeister Hierhammer: Leopoldine Bukowsky, Magistratsratswaise, um Fortbezug der Gnadengabe . . . 2694
2. Derselbe: Berta Machalka, Magistratsrats-Konzipistenswitwe, um eine Gnadengabe 2694
3. Vize-Bürgermeister Hoß: Bewilligung von Gnadengaben und Gnaden-Erziehungsbeiträgen 2694

Seite

4. Derselbe: Ansuchen eines städtischen Beamten um Gehaltsvorschuß 2696
5. Derselbe: Ansuchen eines städtischen Beamten um Gehaltsvorschuß 2696
6. Derselbe: Marie Steingatterer, Straßen-Aufseherswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe 2696
7. Derselbe: Marie Haidvogl, Wasserleitungs-Aufseherswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe 2696
8. Derselbe: Franziska Punzmann, ehemalige städtische Reinigungsarbeiterin, um Erhöhung und Fortbezug der Gnadengabe 2696
9. Derselbe: Viktoria Müller, Wasserleitungs-Aufseherswitwe, um Erhöhung und Fortbezug der Gnadengabe 2696
10. Derselbe: Anna Diewald, Straßenarbeiterswitwe, um Gnadengabe 2696
11. Derselbe: Anastasia Rötzer, städtische Maschinistengehilfenswitwe, um Gnadengabe 2696
12. Derselbe: Wilhelm Ott, ehemaliger Kanzlist II. Klasse, um Gnadengabe 2696
13. Derselbe: Leopold Kubin, Ratsdiener i. P., um Dienstzeitanrechnung 2696
14. Derselbe: Robert Hanslik, Wiederernennung zum Lagerhaus-Offizial ad personam 2696
15. Derselbe: Anna Bucheder, Feuerwehrkutscherswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe 2697
16. Derselbe: Franziska Starch, Feuerwehrkutscherswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe 2697
17. Derselbe: Ansuchen eines städtischen Schuldieners um einen Gehaltsvorschuß 2697
18. Gem.-Rat Steiner: Anerkennung für den Leiter der städtischen Beratungs- und Fürsorgestelle für Kriegsinvalide ꝛc. Kommissär Dr. Hans Liebl 2697
19. Gem.-Rat Dr. Haas: Verzicht des Professors Dr. Kolisko auf die Stelle eines Prosektors der Gemeinde Wien. Bestellung des Dr. Albin Haberda zum Prosektor und der Ärzte Dr. Friedrich Reuter und Dr. Karl Meixner zu Prosektor-Stellvertretern 2397
20. Derselbe: Therese Metzner, Sanitätsdienerswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe 2697
21. Derselbe: Cäcilia Wakolbinger, Sanitätsdienerswitwe, um Fortbezug und Erhöhung der Gnadengabe 2697
22. Gem.-Rat Schmid. Anschaffung einer feuerlosen Lokomotive für das Kraftwerk Ebenfurth 2697
23. Derselbe: Erweiterung der Kohlenförderanlage des Überlandkraftwerkes Ebenfurth 2697
24. Derselbe: Julie Kienberger, Zählerableserswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe 2698
25. Derselbe: Elise Mitterecker, Elektromonteurgehilfenswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe 2698
26. Derselbe: Bewilligung einer Gnadengabe für Friedrich Mensik 2698
27. Gem.-Rat Schneider: Eleonore Kolař, Witwe nach dem auf dem Felde der Ehre gefallenen Kondukteur Franz Kolař, um eine Gnadengabe 2698
28. Gem.-Rat Angermayer: Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Gem.-Rat Wilhelm Aichhorn . . . 2698
29. Derselbe: Verleilung einer kommunalen Auszeichnung an den Bürgerschul-Direktor i. P. Ignaz Hüber 2698
30. Gem.-Rat Fraß: Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Volksschul-Direktor i. P. Wenzel Wild 2698

Allgemeine Nachrichten:

K. k. Bezirksschulrat 2698
Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich 2699

Lebensmittelverkehr:

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 19. Dezember 1916 2701
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 20. Dezember 1916 2701
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 21. Dezember 1916 2702
Pferdemarkt vom 19. Dezember 1916 2702

Sanitäts-Angelegenheiten:

Ausweis über die im November 1916 durch die städtischen Sanitätsstationen ausgeführten Kranken- und Leichentransporte 2702

Bauberegung:

Gesuche um Baubewilligungen vom 19. bis 21. Dezember 1916 . . . 2702
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 2702
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Kainz vorm J. B. Wallishausser.

Arbeiten und Lieferungen.

Vorbemerkung zu folgenden Ausschreibungen.

Die Behelfe (Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge, Bedingnisse u. s. w.) können, falls nicht speziell anderes angegeben ist, im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Die Bedingnisse können, insofern dieselben überhaupt verkäuflich sind, bei der städtischen Hauptkassa zu den festgesetzten Preisen bezogen werden.

Die Anbote sind in der in den Bedingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Nähere Auskünfte werden in der betreffenden Magistrats-Abteilung erteilt.

1916.

Tag und Stunde der Verhandlung	Ort (Bureau)	M.-Z.	Objekt	Gegenstand der Arbeiten oder Lieferungen	Veranschlagte Kosten
29. Dez. 10 Uhr	Abteilung VII (Mag.-Rat **Wimmerer**, Neues Rathaus, IV. Stiege Mezzanin)	1096	Zementlieferungen für: 1. den Bau des Alsbach-Entlastungskanales in der Kinderspitalgasse im IX. Bezirke und der Entlastung des Ottakringer-Bachkanales am äußeren Hernalsergürtel im XVIII. Bezirke; 2. den Bau des II. Sammelkanales im XXI. Bezirke (Baulos I).	**Lieferung von Portland- und Schlackenzement, u. zw.:** Ad 1: 1000 q Portlandzement, 6000 „ Schlackenzement; ad 2: 5000 „ Portlandzement, 7000 „ Schlackenzement.	— Vorbemerkung: Pläne und Bedingnisse sind im Stadtbauamte, Fach-Abteilung III, Neues Rathaus, Mezzanin, einzusehen. 2—2

Merkblatt.

1.

Niemand halte Gold im Hause! Gold in staatlichen Münzen (Zehn-, Zwanzig-, Hundert-Kronenstücke) gehört im Kriege in den Metallschatz der Österr.-ungar. Bank. Es steht Strafe darauf, die Landes-Goldmünzen der Kronenwährung höher zu bewerten als mit dem Nennwerte; dem Staate wird ein Dienst erwiesen, wenn das Gold der Österreichisch-ungarischen Bank zufließt, die dafür Noten ausgeben kann.

2.

Auch nicht gemünztes Gold sowie Dukaten und fremde Goldmünzen sind der Österreichisch-ungarischen Bank oder den staatlichen Einlösungsämtern zuzuführen. In vielen Familien gibt es alte, längst nicht mehr getragene Ketten und Ringe, zerbrochene Schmucksachen u. dgl. Man erfüllt eine patriotische Pflicht, wenn man sie an die staatlichen Einlösungsämter abgibt, die dafür einen höheren Preis bezahlen als vor oder nach dem Kriege.

3.

Man sammle und bewahre weder Silber- noch Scheidemünzen; man kann mit Silber-, Nickel- oder Bronzegeld nicht mehr kaufen als mit Banknoten. Wer Silber- und Scheidemünzen aus dem Verkehre zieht, nützt sich nicht, schädigt aber andere, da das kleine Geld in Handel und Wandel fehlt, wenn viele diesem Beispiele folgen und dadurch ein Kleingeldmangel hervorgerufen wird, der eigentlich gar nicht bestehen müßte, nachdem genug kleine Münzen ausgeprägt wurden.

4.

Niemand sperre Banknoten in Schrein und Geldspind; man entzieht sie derart dem Verkehre und bringt sich um die Zinsen.

*

Wer über Geldbeträge frei verfügen kann, kaufe dafür Kriegsanleihen, die sich mit über 6 Prozent verzinsen, oder er vertraue sie einer Sparkassa oder Bank an, die dafür Zinsen vergütet und die ihr abgeführten Noten wieder nutzbringend verwertet. Jeder kann sie zurückfordern wann es ihm beliebt und wird sie pünktlich ausbezahlt bekommen.

5.

Jeder kaufe und zeichne österreichische Kriegsanleihen soviel und so oft er es vermag. Er erleichtert dadurch die Kriegführung und stellt dem Vaterlande seine Börse zur Verfügung, wenn er ihm nicht mit seinem Arme zu dienen vermag. Jede gelungene Kriegsanleihe ist eine gewonnene Schlacht, denn sie gibt die Mittel, den Krieg bis zum siegreichen Ende fortzuführen und zeigt dem Feinde, daß die Völker Österreichs in den erfolgreichen Ausgang des Krieges unerschütterlich vertrauen.

6.

Man zahle jedermann gleich, denn Handwerker und Kaufmann müssen heute die Waren, die sie beziehen, ebenfalls sofort bezahlen und man schädigt sie in dieser schweren Zeit, wenn man sie auf das Geld warten läßt.

7.

Man gewöhne sich aber daran, nicht bar zu zahlen, sondern durch Überweisung; denn das Geld, das man bar erlegt, muß man oft zuerst beheben und es dauert eine Weile, bis es der Empfänger wieder der Postsparkassa, Sparkassa oder Bank zuführt. Das Geld wird dadurch für eine Zeit anderer nutzbringender Verwendung entzogen. Das wird vermieden, wenn man es nicht abhebt, sondern durch Überweisung zahlt. Jedes Postamt verabfolgt die zur Eröffnung eines eigenen Scheck-Kontos bei der Postsparkassa notwendigen Drucksachen. 100 K sind als Stammeinlage zu geben; sie werden verzinst. Jedes Postamt übernimmt Zahlungen auf das Konto und zahlt Anweisungen darauf aus. Ebenso kann jede Zahlung durch einen Scheck auf eine Bank geleistet werden. Der Einzelne vermeidet so, sein Geld bei sich herumzutragen und das Geld gelangt von vornherein dorthin, wohin es gehört: In die Sammelstellen der Volkswirtschaft.

8.

Man kaufe, so lange der Krieg dauert, ausländische Waren nur dann, wenn sie absolut nicht durch inländische Erzeugnisse ersetzt werden können. Wir können infolge des Krieges nur wenig ausführen, daher belastet jeder Warenbezug aus dem Auslande gegenwärtig den Kurs unseres Geldes. Je mehr Waren wir einführen, desto mehr Gold müssen wir ins Ausland gehen lassen und desto mehr sinkt der Kurs unserer Währung gegenüber den Währungen der anderen Länder.

9.

Wer ausländische Wertpapiere besitzt, der trachte sie jetzt zu verkaufen. Er gewinnt dadurch Guthabungen in fremder Währung und wird in diesen Währungen kaum jemals höhere Kurse sehen, als die gegenwärtigen. Guthabungen im Auslande sind aber derzeit für den Staat, der so viel aus dem Auslande bezieht, von großem Werte. Man nützt sich und dem Staate, wenn man jetzt nach dem Auslande verkauft.

10.

Man lebe in dieser harten Kriegszeit sparsam und eingeschränkt. Jeder spare aber an sich, nicht an anderen. Man spare im Konsum der jetzt teueren und nicht im Überflusse vorhandenen Produkte (Fleisch, Mehl, Butter, Eier, Milch, Baumwollstoffe, Tuche, Leder ꝛc.), nicht aber in der Beschäftigung Dritter, ob es nun Künstler oder Lehrer, Handwerker oder Gesinde sind.

Sparsam leben, aber andere auch leben lassen!

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.

Wien, im Dezember 1916. 1—1

M. Abt. XIII, 7449/16.

Johann Georg Ferdinand v. Stein'sches Stipendium

für Gymnasialschüler.

Laut Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 11. November 1916, Z. IX-2152, verlautbart im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 17. November 1916, gelangt vom Studienjahre 1916/17 angefangen aus der Johann Georg Ferdinand v. Stein'schen Studentenstiftung ein Stipendium jährlicher 400 K für das erste Jahr und von 600 K für die folgenden Jahre auf die Dauer der Gymnasial- und der sich anschließenden Hochschulstudien zur Verleihung.

Anspruch auf dieses Stipendium haben mittellose Söhne von Gemeinderäten der Stadt Wien, von Konzeptsbeamten des Wiener Magistrates und von verdienten Wiener Bürgern, welche das Gymnasium besuchen und bereits die erste Gymnasialklasse mit günstigem Erfolge absolviert haben.

Bewerber um dieses Stipendium haben ihre vorschriftsmäßig belegten Gesuche **spätestens bis 31. Dezember 1916** nur bei der k. k. n.-ö. Statthalterei in Wien einzubringen.

Bezüglich der Ausstattung der Gesuche wird auf die Vorschriften der auch in der Magistrats-Abteilung XIII zur Einsichtnahme aufliegenden Statthalterei-Kundmachung aufmerksam gemacht.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung XIII,

im Dezember 1916. 1—2

M. Abt. XIII, 6850/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Erzherzog Rainer-Stiftung

für verarmte Bürger-Ehepaare.

Am 21. Februar 1917 gelangen die verfügbaren Zinsen des Stiftungskapitales an verarmte Wiener Bürger-Ehepaare zur Verleihung, welche im Kalenderjahre 1916 das diamantene, beziehungsweise — wenn solche Ehepaare nicht vorhanden sind — das goldene Hochzeitsfest gefeiert haben.

In Ermanglung von Bürger-Ehepaaren können auch andere in Wien heimatberechtigte und daselbst wohnhafte verarmte Ehepaare des Stiftungsgenusses teilhaftig werden, welche im Jahre 1916 das diamantene, beziehungsweise — wenn auch solche Ehepaare nicht vorhanden sind — das goldene Hochzeitsfest gefeiert haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein und Bürgerrechts-Dekret, beziehungsweise Heimatschein des Gatten.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. Dezember 1916.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 20. November 1916. 3–3

M. D. 9575.

Verlautbarung.

Gemäß den Bestimmungen der Verordnung vom 31. Juli 1916, R.-G.-Bl. Nr. 237, werden die Nickelmünzen zu 20 h mit 1. Jänner 1917 außer gesetzlichen Umlauf gesetzt und sind daher nur noch bis einschließlich 31. Dezember 1916 im Privatverkehre in Zahlung zu nehmen. Die Ablieferung dieser Münzen hat an die Staats- und Bankkassen im Wege der Zahlung oder der Verwechslung gegen andere Zahlungsmittel der Kronenwährung (insbesondere gegen eiserne 20 h-Stücke) **längstens bis einschließlich 30. April 1917** zu erfolgen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
im übertragenen Wirkungskreise,
im Dezember 1916. 3—3

M. Abt. XIII, 7207/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Max Springer'sche Stiftung

für Angehörige der arbeitenden und dienenden Klasse.

Zur Verleihung gelangen: 6700 K in 25 gleichen Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Angehörige der arbeitenden und dienenden Klasse, welche in Wien geboren oder dorthin zuständig sind und welche durch Alter, Krankheit oder Unglücksfälle arbeitsunfähig geworden sind.

Dem Gesuche sind beizulegen: Der Nachweis, daß der Bewerber der dienenden oder arbeitenden Klasse angehört oder angehört hat, Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, armenärztliches Zeugnis über die Arbeitsunfähigkeit, Impfnachweis aus den letzten sechs Jahren.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 13. Jänner 1917.**

Verleihungstag: 13. April 1917.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 20. November 1916. 2—3

M. Abt. XIII, 6225/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Georg Rittmann'sche Stiftung.

Am 1. Februar 1917 gelangen die Interessen der Georg Rittmann'schen Stiftung im Betrage von 1800 K in Teilbeträgen zu 60 K zur Verteilung.

Zur Bewerbung um diese Stiftung sind berufen alle nach Wien zuständigen, im VI. oder VII. Gemeindebezirke durch mindestens ein Jahr wohnhaften, durch Unglücksfälle verarmten, wegen Alters oder Körpergebrechen arbeitsunfähigen, selbständigen oder selbständig gewesenen Gewerbsleute (Meister) und deren Witwen ohne Unterschied der Religion, welche mit keiner oder höchstens mit einer dauernden Unterstützung von 6 K pro Monat beteilt sind, in Ermanglung solcher Bewerber aber auch jene den übrigen vorbezeichneten Anforderungen entsprechenden, welche im Genusse eines Erhaltungsbeitrages monatlicher 8 K stehen.

Die zum Stiftungsgenusse Berufenen werden hiemit aufgefordert, sich in der Zeit **vom 2. bis einschließlich 20. Jänner 1917 an einem Werktage zwischen 10 und 12 Uhr vormittags** ohne Gesuch, jedoch unter Mitbringung eines legalen Armutszeugnisses, in welchem, wenn sie durch Unglücksfälle verarmt sind, dieser Umstand bestätigt sein muß, des Zuständigkeitsausweises, des Tauf(Geburt)scheines, des letzten Zahlungsauftrages über die allgemeine Erwerbsteuer, des polizeilichen Meldungszettels, eventuell des Totenzettels des Gatten, des Gewerbezurücklegungs-Ratschlages, des etwaigen Bezugsbüchels für die dauernde Unterstützung, und, wenn sie sich auf ihre Erwerbsunfähigkeit infolge Alters oder Körpergebrechens berufen, auch eines armenärztlichen Pareres hierüber und des Impfnachweises aus den letzten sechs Jahren in der Magistrats-Abteilung XIII einzufinden und daselbst ihre Bitte mündlich anzubringen.

Auf schriftlich eingebrachte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 20. November 1916.

M. Abt. XIII, 6041/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Invalidenstiftung

der Gemeinden des ehemaligen Gerichtsbezirkes Hietzing mit Ausschluß von Inzersdorf.

Zur Besetzung gelangen zwei Stiftplätze im Betrage von je 200 K jährlich.

Zur Bewerbung sind berufen: Gewesene Soldaten im Range vom Feldwebel abwärts, welche nach Wien zuständig sind, im Gebiete des XIII. Bezirkes oder der gegenwärtig dem XII. Bezirke einverleibten ehemaligen Gemeinden Hetzendorf und Altmannsdorf wohnen oder gewohnt haben und während eines Krieges oder infolge desselben krüppelhaft und dadurch arbeitsunfähig geworden oder überhaupt arbeitsunfähig der Versorgung bedürftig sind.

Der Beteilte hat den ihm verliehenen Stiftplatz lebenslänglich zu genießen, insolange die oben genannten Bedingungen der Verleihung vorhanden sind.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein und Nachweis über die Eigenschaft als Militärinvalide.

Einreichungsfrist: **Bis 30. Dezember 1916.**

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Oktober 1916.

M. Abt. XIII, 6586/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef Kopetzky'sche Stiftung

für einen Kanzlisten oder Diurnisten des Wiener Magistrates.

Verliehen wird: Ein Betrag von 80 K als Kurkostenbeitrag oder als Unterstützung für den Fall der Rekonvaleszenz.

Zur Bewerbung sind berufen: Kanzlisten und Diurnisten des Wiener Magistrates.

Dem Gesuche sind beizulegen: Eine armenärztliche Bestätigung über die Kurbedürftigkeit oder Rekonvaleszenz und Mittellosigkeitszeugnis.

Einreichungsfrist: **Bis 30. Dezember 1916.**

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. November 1916.

„Austria" Petroleumindustrie A. G.

Wien, I., Renngasse 6

Telephone: 15.840, 18.280, 22.760, 22.862, 23.414

Petroleum, Paraffin, Auto-Benzin, Motoren-Benzin, Lösungs-Benzin, Schmier-Öle, Gas-Öle, Dieselmotoren-Treiböl, Heizöl, Asphalt, Koks.

Telegramme: Senkero Wien

Zentral-Verkaufsbureau für die Erzeugnisse der Raffinerien in: Trzebinia, Drohobycz („Austria"), Mährisch-Schönberg und Peczenizyn.



Schutzmarke für Alpacca-Silber I. Schutzmarke für Alpacca-Silber I.

BERNDORFER ALPACCA-SILBER-Essbestecke u. Tafelgeräte

zeichnen sich aus durch Formenschönheit und gediegene Ausführung. Preislisten kostenlos.

Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp A. G.

Berndorf, Nied.-Österr.

Niederlagen in Wien: I., Wollzeile 12, I., Graben 12, VI., Mariahilferstrasse 19/21

Seidenstoffe, Samt, Plüsch, Wollstoffe, Waschkleiderstoffe, Bänder, Aufputz, Spitzen, Stickereien. Fertige Damenkleider, Blusen, Mäntel, Jacken, Hauskleider, Unterröcke, Teppiche, Vorhänge, Decken.

FÜR

Weihnachten

Fertige Wäsche, Wischtücher, Tischzeuge, Handtücher, Taschentücher, Strümpfe, Socken, Handschuhe, Reisekoffer, Reisekörbe, Schirme, Lederwaren.

A. HERZMANSKY

Mariahilferstr. 26. WIEN VII. Stiftg. 1, 3, 5, 7.

Zur kulanten Besorgung aller im KURSBLATTE notierten Effekten und Valuten bestens empfohlen.

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN

I. Bezirk,

Stephansplatz Nr. 11.

Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 103. Dienstag den 26. Dezember 1916. Jahrgang XXV.

Bezugspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. „ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367 **Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.**

Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1, Stock, Stiege IV.

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Schulerstraße 11.

Mitbürger!

Noch einmal ruft das Vaterland zur

äußersten Pflichterfüllung.

Gewaltige Erfolge haben unsere Heere und ihre treuen Verbündeten errungen, auch die auf Rumäniens Verrat gesetzte Hoffnung unserer Feinde ist vernichtet!

Zum Frieden, den wir angeboten, können wir aber nur gelangen, wenn die Gegner uns bereit sehen, fortzukämpfen

bis zum Siege!

Darum, Mitbürger, erweiset unserem jungen Kaiser

alte Treue!

Zeichnet fünfte Kriegsanleihe!

Wien, im Dezember 1916.

Der Bürgermeister:
Dr. Richard Weiskirchner.

Stadtrat.

Sitzungen des Stadtrates.

Donnerstag den 28. Dezember 1916, 10 Uhr vormittags.
Freitag den 29. Dezember 1916, 10 Uhr vormittags.

Bezirksvertretungen

(IV. Gemeindebezirk, Wieden.)

Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden vom **14. November 1916.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Maximilian Charwat.**

Schriftführer: Kanzleileiter Ober-Offizial Alois Hlafka.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erklärt der **Vorsitzende** die Sitzung für eröffnet.

Die Verhandlungsschrift der am 17. Oktober 1916 abgehaltenen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Mitteilungen.

B.-V. Charwat teilt mit, daß der langjährige Kanzleibeamte Franz Sybert am 12. Oktober 1916 gestorben ist und daher seinem Bruder ein Beileidschreiben übermittelt wurde.

Zur Kenntnis.

Derselbe teilt weiters mit, daß Marie Schmidt, Weyringergasse 28 a, sich in liebenswürdiger Weise bereit erklärte, zu Weihnachten 1916 3 Knaben und 3 Mädchen vollständig zu bekleiden und zu beschenken.

Er beantragt, der Dame den wärmsten Dank der Bezirksvertretung auszusprechen.

Einstimmig angenommen.

Derselbe teilt ferner mit, daß der Reichsverein für Kinderschutz über den Sommer 1916 4 Knaben und 2 Mädchen in seine Ferienkolonie in Wolfsbach in der Au, Niederösterreich, aufgenommen hat, wofür demselben der Dank der Bezirksvertretung ausgedrückt wurde.

Der Präsident des Reichsvereines für Kinderschutz Exzellenz Artur Grünzweig v. Eichensieg dankte für das freundliche Schreiben der Bezirksvertretung und teilte mit, daß in die Ferienkolonie nicht nur 4 Knaben und 2 Mädchen, sondern insgesamt 16 Mädchen und 14 Knaben des IV. Bezirkes aufgenommen wurden.

B.-V. Charwat beantragt, dem Reichsvereine für Kinderschutz den Dank der Bezirksvertretung Wieden auszusprechen.

Einstimmig angenommen.

Derselbe teilt noch mit, daß Gräfin Marie Salm durch Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Artur Keßler, Lambrechtgasse 4, den Betrag von 1000 K zur Beteilung von armen, insbesondere kranken Kindern von gefallenen oder im Felde stehenden Soldaten gespendet hat.

Wird mit Dank zur Kenntnis genommen.

Derselbe beantragt dann, an die Schulleitungen ein Rundschreiben zu richten, damit derart bedürftige Kinder bekanntgegeben werden, welchen zu Weihnachten 1916 ein Geschenk von 20 K auszufolgen wäre, wobei 50 Kinder beteilt werden könnten.

Einstimmig angenommen.

Eingelangte Spenden für die Frühstücksaktion für den IV. Bezirk:

Von Fanni Muck	5 K
Von J. v. H.	3 „
Von Dr. Hans Graf Hoyos	400 „
Zusammen	408 K

Diese Beträge werden dem hiezu bestimmten Zwecke zugeführt und den Spendern der wärmste Dank der Bezirksvertretung ausgesprochen.

Derselbe teilt mit, daß die Verabreichung des warmen Frühstückes an die armen Schulkinder im IV. Bezirke am 13. November 1916 begonnen hat und durch die Volksküche durchgeführt wird.

Bürgerschulleiter Arnoscht hat sich bereit erklärt, die Kinder täglich um $^1/_2$8 Uhr früh in der Volksküche zu beaufsichtigen.

Wird mit Dank zur Kenntnis genommen.

B.-V. Charwat berichtet über seine Intervention bei der Direktion der städtischen Straßenbahnen wegen der in der letzten Sitzung vom 17. Oktober 1916 vorgebrachten Wünsche und Beschwerden und teilt mit, daß dieselben von Direktor Spängler und Zentral-Inspektor Hradezky in entgegenkommender Weise der Erledigung zugeführt wurden.

Wird mit Dank zur Kenntnis genommen.

Derselbe teilt mit, daß anfangs Dezember 1916 die Übersiedlung des alten Naschmarktes auf den neuen Standort vollendet sein werde, aus welchem Anlasse eine Feier im bescheidenen Rahmen geplant sei, für deren Vornahme B.-R. Merth verschiedene Anregungen gegeben habe, hebt die große Bedeutung der Auflassung des alten und der Errichtung des neuen Naschmarktes hervor und teilt mit, daß die näheren Anordnungen für die Eröffnungsfeierlichkeiten des Naschmarktes durch das Gemeinderats-Präsidium erfolgen werden, da auch der V. und VI. Bezirk am neuen Naschmarkte im ausgedehnten Maße beteiligt seien.

Hiezu sprechen die **B.-R. Merth** und **Langkammer,** wobei ersterer insbesondere die historische Bedeutung des sogenannten Bäckerkreuzes und der Johannes-Kapelle hervorhebt.

B.-R. v. Wielemanns beantragt:

Die Bezirksvertretung möge beschließen, es sei an den Herrn Bürgermeister ein Dankschreiben zu richten, in welchem die Bezirksvertretung ihre vollste Zustimmung zu den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters im N.-ö. Gewerbevereine ausspricht und hervorhebt, daß insbesondere seinem Ausspruche: „Es müsse in Behandlung der Lebensmittelfragen mit größter Wahrheit und Offenheit vorgegangen werden", der Bevölkerung aus dem Herzen gesprochen war.

Die Bezirksvertretung bittet Se. Exzellenz, all seinen Einfluß dahin aufzubieten, daß eine wahrheitsgemäße Behandlung diese

Fragen durch die Zensur ermöglicht werde und daß durch energisches Einschreiten der Behörden gegenüber dem Lebensmittelwucher und dem Aufstapeln von Vorräten zum Zwecke der Preistreibereien der Bevölkerung jenes Maß von Vertrauen eingeflößt werde, welches sie zum Durchhalten in dieser schweren Zeit benötigt.

Zu diesem Antrage spricht **B.-R. Weber,** worauf derselbe einstimmig angenommen wird.

B.-R. Schembera bespricht einzelne Mängel bei der Durchführung der Mehlrayonierung und hebt hervor, daß mehrere leistungsfähige Gemischtwarenhändler bei derselben übergangen wurden; im gleichen Sinne sprechen auch die **B.-R. Majewsky, Hönigmann, Fencht** und **Merth,** welche insbesondere hervorheben, daß es bei derartigen Anlässen unbedingt nötig sei, vorher das Gutachten der Bezirksvertretung einzuholen.

Allgemeine Zustimmung.

B.-R. Mucha bespricht den unlauteren Zwischenhandel, der sich in unangenehmer Weise fühlbar macht.

B.-R. Hönigmann teilt mit, daß ihm zahlreiche Beschwerden über die Verunreinigung der Kartoffeln durch Erde zugekommen seien, wodurch die Geschäftsleute, sowie die Käufer geschädigt werden und ersucht den Bezirksvorsteher, diesbezüglich zu intervenieren.

B.-V. Charwat teilt mit, daß ihm dieser Übelstand seit längerer Zeit ebenfalls bekannt sei, daß aber die Gemeinde Wien, welcher ja lediglich die Verteilung der Kartoffeln obliege, an diesem Übelstande schuldlos sei und bespricht die Ungleichmäßigkeit der Versorgung der Gemeinde Wien mit Erdäpfeln. Er verspricht seine Intervention in dem von B.-R. Hönigmann gewünschten Sinne.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

(XVI. Gemeindebezirk, Ottakring.)

Bericht

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring vom **29. November 1916.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Franz Priedl.**

Schriftführer: Kanzleileiter Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Rupert Gaugusch.

Der **Vorsitzende** begrüßt die erschienenen Bezirksräte sowie den Gem.-Rat Ullreich, stellt die Beschlußfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Der Bericht über die letzte öffentliche Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Der **Vorsitzende** gibt bekannt, daß Oberlehrer Gruber 100 K und Frau Dworschak 50 K für Arme des Bezirkes gespendet haben.

B.-R. Tremml teilt mit, daß Frau Salzer-Wittgenstein wie seit mehreren Jahren auch heuer einen namhaften Betrag, und zwar 6000 K zur Bekleidung und Beschuhung armer Schulknaben und 7000 K für Mädchenhorte gespendet hat.

Den Spendern wird der Dank ausgesprochen.

Einlauf.

(3468.) Die Magistrats-Abteilung IX teilt zu dem Antrage der Bezirksvertretung mit, daß in Niederösterreich Melkkühe ohne behördliche Bewilligung nicht gekauft werden dürfen und daß für den Wiener Zentral-Viehmarkt alle Kronländer bestimmte Kontingente aufzubringen haben.

(3326.) Der Stadtrat hat den Entwurf für den Neubau des Alsbachentlastungskanales und einer Entlastung des Ottakringerbachkanales mit dem Erfordernisse von 300.000 K genehmigt.

(3154.) Der Stadtrat hat die Versetzung des Austria-Brunnens in die Gartenanlage auf dem Johann Nepomuk Berger-Platz mit Rücksicht auf die dermalen ungünstigen Verhältnisse abgelehnt.

(3693.) Der Stadtrat hat die Aufstellung mehrerer Gasflammen in der Pfenniggeldgasse genehmigt.

(3233.) Der Magistrat übersendet den Sondervoranschlag für die für das Verwaltungsjahr 1916/17 veranschlagten Neu- und Umpflasterungen und Straßenherstellungen.

(2973, 3278, 3310, 4001 und 4008.) Der Stadtrat, beziehungsweise Gemeinderat hat von Olga Pawelka Grundstücke an der Sandleitengasse um den Pauschalbetrag von 50.000 K, von Moritz Edlen v. Kuffner und Wilhelm Kuffner Gründe am Kongreßplatz um den Preis von 10 K für den Quadratmeter, von Adolf Bernhardt Gründe zwischen Flötzersteig und Steinhofstraße um 5 K per Quadratmeter, von Anna Urlasberger Liegenschaften an der Sandleitengasse um 13 K per Quadratmeter, weiters von der Verlassenschaft nach Salomon Meisels Gründe an der Waidäckergasse um 4 K 86 h per Quadratmeter angekauft.

Zur Kenntnis.

Anträge.

(3951.) Antrag des **B.-R. Tremml,** betreffend die Schaffung eines Jugendheimes im XVI. Bezirke.

Derselbe ergreift zu dem ausführlich begründeten Antrag das Wort zur weiteren Ausführung.

Dem Antrag wird einhellig zugestimmt.

(4039.) **B.-R. Klein** ersucht den Vorsitzenden um Aufklärung über den Umstand, daß in der Sitzung der Bezirksvertretung Hernals am 14. September 1916 ein Antrag des Handelsgremiums Hernals wegen Umwandlung des Neulerchenfelder Marktes in einen Groß- und Kleinmarkt in Verhandlung stehen konnte, während der Bezirksvertretung des XVI. Bezirkes von dieser Angelegenheit nichts bekannt sei.

Der **Vorsitzende** entgegnet, daß auch er über diese Angelegenheit nicht unterrichtet sei.

(4046.) Antrag des **B.-R. Tremml** wegen dringlicher Durchführung der Erweiterungsarbeiten und Einrichtung der zehnten Kriegsküche, Lorenz Mandl-Gasse 56/58.

Angenommen.

B.-V.-St. Hannusek wünscht, daß auch in dem an Hernals grenzenden Bezirksteil, wenn möglich in der Wilhelminenstraße, eine Kriegsküche errichtet werde.

B.-R. Kraupa bemerkt hiezu, daß die Errichtung einer Kriegsküche Ecke Ottakringerstraße und Speckbachergasse geplant sei.

G.-R. Allreich gibt bezüglich der geplanten Errichtung der Kriegsküche im XVI. Bezirke weitere Aufklärungen.

B.-R. Mann wünscht, daß bei Neupflasterung von Straßen die Verwendung von Kleinschlagpflaster möglichst vermieden wird.

Wahlen.

(3208, 3471 und 3472.) Der **Vorsitzende** teilt mit, daß zufolge Zuschrift des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 13. September 1916 die Wahl eines Ersatzmannes in den Ortsschulrat an Stelle des als Mitglied eingetretenen Ersatzmannes Matthias Neuner vorzunehmen ist, weiters wurde vom Obmann des Armen-Institutes der Vorschlag für die Wahl dreier Armenräte übermittelt.

Der **Vorsitzende** stellt die ordnungsgemäße Ausschreibung der Wahlen, sowie die Anwesenheit von 19 Mitgliedern der Bezirksvertretung fest und ersucht um getrennte Abgabe der Stimmzettel zuerst für die Armenrats-Ergänzungswahl, dann für die Wahl des Ortsschulrats-Ersatzmannes.

Zu Skrutatoren werden die B.-R. Jehly und Tremml bestimmt.

Zur Armenratswahl werden 19 Stimmzettel abgegeben.

Es erscheinen vorbehaltlich der Bestätigung durch den Stadtrat für den Rest der Funktionsperiode zu Armenräten des XVI. Bezirkes einstimmig gewählt:

Albert Knoblich, Metallgießer, Liebhardtgasse 22.

Theodor Lauer, Bürgerschullehrer, Ottakringerstraße 180.

Anton Wirth, Skontist, Hasnerstraße 18.

Für die Ortsschulrats-Ersatzwahl werden ebenfalls 19 Stimmzettel abgegeben, welche auf Wilhelm Zdrahal, Fabrikant und Bezirksrat, Friedmanngasse 14, entfallen, der sonach einstimmig gewählt erscheint.

Nach Verkündigung des Wahlergebnisses schließt der **Vorsitzende** die Sitzung.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

K. k. Bezirksschulrat.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 13. Dezember 1916, G. Z. 9746:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, der Bürgerschullehrerin an der Bürgerschule für Mädchen VII., Ziegler-gasse 49, Franziska Wolf, anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand für ihre vieljährige zufriedenstellende Dienstleistung die Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 15. Dezember 1916, G. Z. 7959:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, der Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen XVII., Parhamerplatz 18, Marie Schachner, anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand für ihre langjährige ersprießliche Dienstleistung die Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 15. Dezember 1916, G. Z. 13129:

Der Herr Minister für Kultus und Unterricht hat mit Erlaß vom 19. November 1916, Z. 33690, dem Oberlehrer an der Mädchen-Volksschule in Wien, X., Keplerplatz 7, Johann Track, in Anerkennung seiner vieljährigen, sehr ersprießlichen Wirksamkeit auf dem Gebiete des Schulwesens den Direktortitel verliehen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 18. Dezember 1916, G. Z. 7671:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, der Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen XII., Nymphengasse 7, Emma Schiffl, anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand für ihre vieljährige, sehr ersprießliche Wirksamkeit im Schuldienste den Dank und die Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 18. Dezember 1916, G. Z. 8881:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, dem provisorischen Leiter an der allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen IX., Währingerstraße 43, Ignaz Schuster, für die umsichtige provisorische Leitung der allgemeinen Volksschule für Mädchen IX., Hahngasse, in der Zeit vom 21. April 1914 bis zum Schlusse des Schuljahres 1915/16, die Anerkennung auszusprechen.

Lebensmittelverkehr.

Jung- und Stechviehmarkt vom 18. und 22. Dezember 1916.

1. Auftrieb bzw. Zufuhr.

Kälber lebend	—	Schafe lebend	1315
Kälber ausgeweidet .	2037	Schafe ausgeweidet . .	537
Lämmer lebend	—	Schweine ausgeweidet .	661
Lämmer ausgeweidet . .	366	Spanferkel	—

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I. Qualität	von	—	bis	— h	(extrem bis	— h)
II. „	„	—	„	— „		
III. „	„	—	„	— „		

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität	von	—	bis	470 h	(extrem bis	— h)
II. „	„	—	„	— „		
III. „	„	300	„	460 „		

Lämmer lebend (per 1 kg):

I.	Qualität	von	—	bis	— h	(extrem bis — h)
II.	„	„	—	„	— „	
III.	„	„	—	„	— „	

Lämmer ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität	von	580	bis	600 h	(extrem bis — h)
II.	„	„	—	„	— „	
III.	„	„	—	„	— „	

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität	von	540	bis	650 h*)	(extrem bis — h)
II.	„	„	430	„	520 „	
III.	„	„	280	„	400 „	

Fettschweine ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität	von	—	bis	780 h**)	(extrem bis — h)
II.	„	„	—	„	— „	
III.	„	„	600	„	770 „	

Jungschweine ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität	von	—	bis	780 h**)	(extrem bis — h)
II.	„	„	—	„	— „	
III.	„	„	—	„	— „	

Schafe lebend (per Paar):

I.	Qualität	von	—	bis	— K	(extrem bis — h)
II.	„	„	—	„	— „	
III.	„	„	—	„	— „	

Schafe lebend (per 1 kg):

I.	Qualität	von	—	bis	— h	(extrem bis — h)
II.	„	„	—	„	— „	
III.	„	„	170	„	360 „	

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 547 Stück Kälber mehr zugeführt als in der Vorwoche.

Auf dem Schafmarkte wurden um 404 Stück Schafe weniger aufgetrieben als in der Vorwoche.

Preislage gegen die Vorwoche unverändert.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 21. Dezember 1916 99 Stück Mast- und 262 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Bei äußerst lebhaftem Geschäftsverkehre wurden alle Kälberqualitäten sowie Lämmer und ausgeweidete Schafe zu unveränderten Vorwochenpreisen abgegeben.

Ausgeweidete Schweine wurden auf Basis der gesetzlichen Höchstpreise abgesetzt.

* * *

*) Einige Stücke besonderer Qualität wurden zu extrem hohen Preisen abverkauft.

**) Gesetzlicher Höchstpreis.

Borstenviehmarkt vom 19. und 21. Dezember 1916.

1. Auftrieb auf dem freien Markt.

Fleischschweine (Jungschweine) . . . . — Stück
Fettschweine . . . . . — „
Summe . — Stück
Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche — Stück.

Angekauft wurden:

für Wien . . . . . — Stück
für das Land . . . . . — „
unverkauft blieben . . . . — „

2. Preisbewegung.

(Preis 1 kg Lebendgewicht.)

Fleischschweine (Jungschweine):

I.	Qualität	von	—	bis	— h	(extrem bis — h)
II.	„	„	—	„	— „	
III.	„	„	—	„	— „	

Fettschweine:

I.	Qualität	von	—	bis	— h	(extrem bis — h)
II.	„	„	—	„	— „	
III.	„	„	—	„	— „	

Die Schweinemärkte wurden in dieser Woche nicht beschickt.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 22. Dezember 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	38 K	— h
Roggen	„ 100 „	31 „	— „
Braugerste . . .	„ 100 „	36 „	— „
Futtergerste . . .	„ 100 „	32 „	— „
Hafer	„ 100 „	30 „	— „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.)

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	— K	— h	per 100 kg
Backmehl	— „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	— „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	— „	— „	„ 100 „
Brotmehl (Weizenbrot- und Roggenmehl)	— „	— „	„ 100 „

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 23. Dezember 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	38 K	— h
Roggen	„ 100 „	31 „	— „
Braugerste	„ 100 „	36 „	— „
Futtergerste	„ 100 „	32 „	— „
Hafer	„ 100 „	30 „	— „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.)

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	— K	— h	per 100 kg
Backmehl	— „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	— „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	— „	— „	„ 100 „
Brotmehl (Weizenbrot- und Roggenmehl)	— „	— „	„ 100 „

Baubewegung

vom 23. bis 25. Dezember 1916.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Adaptierungen

III. Bezirk: Gärtnergasse 2, von Adolf Bügler, VIII., Josefstädterstraße 99 (4035).

V. Bezirk: Ramperstorffergasse 23, von Arnold Selko, ebenda, Bauführer H. Schwendenwein (4024).

Diverse geringere Bauten.

XX. Bezirk: Schuppen, Dresdnerstraße 26, von E. Bäuml, I., Kantgasse 2, Bauführer Michna & Herzberg (4031).

Realitäten-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 31. Oktober 1916.

(Zusammengestellt vom Zentral-Wahl- und Steuerkataster der Stadt Wien.)

I. Bez., Naglergasse 19, Einl.-Z. 775, bisheriger Besitzer Karl Ritter v. Savinschegg, grundbücherlich übertragen an Ottilie v. Savinschegg, am 19. Okt. 1916.

„ „ Rotenturmstraße 31, E.-Z. 996, bish. Bes. Emma Covacich, wiederverehelichte Schnapp $^{3}/_{108}$ und $^{1}/_{72}$, grdb. übertr. an m. Nada Pust, m. Vera Pust, m. Alexander Pust, je $^{1}/_{108}$, an Emma Kunert $^{1}/_{72}$, am 26. Okt. 1916.

„ „ Wollzeile 23, E.-Z. 1460, bish. Bes. Karl Greif $^{1}/_{8}$, grdb. übertr. an Rudolf Greif, Alfons Greif, Franz Greif, Henriette Greif, Otto Greif, Stephanie Mayreder, Paula Thomas je $^{1}/_{56}$, am 28. Okt. 1916.

II. Bez., Zirkusgasse 39, E.-Z. 252, bish. Bes. Wilhelm Kiesewetter, grdb. übertr. an m. Wilhelm Kiesewetter, m. Othmar Kiesewetter, je $^{1}/_{2}$, am 24. Okt. 1916.

II. Bez., Im Werd 15, E.-Z. 671, bish. Bes. Therese Pflug, grdb. übertr. an Franz Pflug, Maximilian Pflug, je $^{1}/_{2}$, am 18. Okt. 1916.

„ „ Lilienbrunngasse 14, E.-Z. 990, bish. Bes. Otto Schwarz $^{1}/_{4}$, grdb. übertr. an Gisela Sommer $^{1}/_{4}$, am 25. Okt. 1916.

„ „ Nestroygasse 4, E.-Z. 1121, bish. Bes. Albert Rosenbaum, grdb. übertr. an Siegmund Katz, Rosalia Katz, je $^{1}/_{2}$, am 28. Okt. 1916.

„ „ Nordbahnstraße 30, E.-Z. 1149, bish. Bes. Henriette Cernovicky, grdb. übertr. an Josef Hauser, am 20. Okt. 1916.

„ „ Odeongasse 3, E.-Z. 1219, bish. Bes. Franz Grob, grdb. übertr. an Felix Perzy, am 21. Okt. 1916.

„ „ Rote Kreuzgasse 5 a, E.-Z. 1586, bish. Bes. Max Baum, Friederike Mierka v. Morwalieszka, je $^{1}/_{2}$, grdb. übertr. an Frieda Weil, am 19. Okt. 1916.

„ „ Schiffmühlenstraße 80, E.-Z. 1721, bish. Bes. Margarete Pokluda $^{1}/_{2}$, grdb. übertr. an Alois Pokluda $^{1}/_{8}$, m. Edith Ester Pokluda, m. Elsa Felizitas Pokluda je $^{3}/_{16}$, am 25. Okt. 1916.

„ „ Schmelzgasse 7, E.-Z. 1735, bish. Bes. Max Baum, Friederike Mierka v. Morwalieszka, je $^{1}/_{2}$, grdb. übertr. an Frieda Weil am 19. Okt. 1916.

„ „ Scholzgasse 4, E.-Z. 1741, bish. Bes. Karl Greif, $^{1}/_{8}$, grdb. übertr. an Rudolf Greif, Alfons Greif, Franz Greif, Henriette Greif, Otto Greif, Stephanie Meyreder, Paula Thomas, je $^{1}/_{56}$, am 28. Okt. 1916.

„ „ Springergasse 5, E.-Z. 9137, bish. Bes. Gisela Bermüller, Edmund Pfeifer je $^{1}/_{8}$, grdb. übertr. an Robert Beck $^{2}/_{8}$, am 11. Okt. 1916.

„ „ Springergasse 5, E.-Z. 1937, bish. Bes. Gabriele Azbey-Racz $^{1}/_{8}$, grdb. übertr. an Emilie Beck, $^{1}/_{8}$, am 25. Okt. 1916.

„ „ Rote Kreuzgasse 5, E.-Z. 4114, bish. Bes. Max Baum, Friederike Mierka v. Morwalieszka, je $^{1}/_{2}$, grdb. übertr. an Frieda Weil, am 19. Okt. 1916.

„ „ Vorgartenstraße 182, E.-Z. 4441, bish. Bes. Anna Zerawa, grdb. übertr. an Dr. Ludwig Bier, am 21. Okt. 1916.

„ „ Stuwerstraße 60, E.-Z. 4908, bish. Bes. Anton Oskar Ledermayer, $^{1}/_{4}$, grdb. übertr. an m. Oskar Ledermayer, m. Hilda Ledermayer, m. Elsa Ledermayer, je $^{1}/_{12}$, am 31. Okt. 1916.

„ „ Arnezhoferstraße 4, E.-Z. 5408, bish. Bes. Johann Zaves, grdb. übertr. an Otto Taussig, Pauline Taussig, je $^{1}/_{2}$, am 21. Okt 1916.

III. Bez., Apostelgasse 4, E.-Z. 18, bish. Bes. Franz Matzig $^{1}/_{2}$, grdb. übertr. an Elise Matzig $^{1}/_{2}$, am 26. Okt. 1916.

„ „ Apostelgasse 39, E.-Z. 52, bish. Bes. Rosa Hirsch, grdb. übertr. an Alois Pagler, Hermine Pagler, je $^{1}/_{2}$, am 12. Okt. 1916.

„ „ Linke Bahngasse 1, E.-Z. 62, bish. Bes. Marie Albert, Antonie Trönle, je $^{1}/_{4}$, grdb. übertr. an Hanns Huschauer, Emilie Huschauer, je $^{1}/_{4}$, am 29. Okt. 1916.

„ „ Dianagasse 7, E.-Z. 231, bish. Bes. Karl Greif, $^{1}/_{8}$, grdb. übertr. an Rudolf Greif, Alfons Greif, Franz Greif, Henriette Greif, Otto Greif, Stephanie Meyreder, Paula Thomas, je $^{1}/_{56}$ am 28. Okt. 1916.

„ „ Erdbergstraße 19, E.-Z. 344, bish. Bes. Alexander Osterberger, August Mitsch, je $^{1}/_{2}$, grdb. übertr. an Michael Gabriel, Therese Gabriel, je $^{1}/_{2}$, am 21. Okt. 1916.

„ „ Hörnesgasse 7, E.-Z. 652, bish. Bes. Emilie Jell, grdb. übertr. an Julius Resch, am 4. Okt. 1916.

„ „ Jacquingasse 9, E.-Z. 691, bish. Bes. Jeanne Ehlers $^{1}/_{4}$, grdb. übertr. an Viktorine Schmid, $^{1}/_{4}$, am 29. Okt. 1916.

„ „ Marokkanergasse 16, E.-Z. 1072, bish Bes. Dr. Arnold Hildesheimer, grdb. übertr. an Markus Rotter, am 20. Okt. 1916.

„ „ Rudolfsgasse 42, E.-Z. 1426, bish. Bes. Rafaela Feichtinger, $^{1}/_{8}$, grdb. übertr. an Josef Simitsch Reichsritter v. Hohenblum, $^{1}/_{8}$, am 13. Okt. 1916.

„ „ Traungasse 6, E.-Z. 1649, bish. Bes. die Firma Wiener Baugesellschaft, grdb. übertr. an Georg Edlen v. Boschan, Dr. Heinrich Edlen v. Boschan, je $^{1}/_{2}$, am 28. Okt. 1916.

„ „ Weißgärberlände 52 a, E.-Z. 1638, bish. Bes. Emma Echsler, grdb. übertr. an Wilhelm Stagge, am 14. Okt. 1916.

„ „ Erdbergstr. 131, E.-Z. 1973, bish. Bes. die Firma Kühlanlagen und Eiskastenfabrik Hugo Hochner, grdb. übertr. an Emma v. Bardas, am 17. Okt. 1916.

„ „ Erdbergstraße 157, E.-Z. 1991, bish. Bes. Emil Schiebel, grdb. übertr. an Helene Rakower, am 16. Okt. 1916.

„ „ Kainergasse 31, E.-Z. 2382, bish. Bes. Martin Ptatter, Antonia Platter, je $^{1}/_{2}$, grdb. übertr. an Ludwig Schneider, Barbara Schneider, je $^{1}/_{2}$, am 4. Okt. 1916.

„ „ Fasangasse 27, E.-Z. 2733, bish. Bes. Emilie Löwy, grdb. übertr. an Marie Ledesko, am 28. Okt. 1916.

„ „ Rüdengasse 25, E.-Z. 3452, bish. Bes. Helene Liebert, verehel. Drobilitsch, grdb. übertr. an Erna Wachsmann, am 12. Okt. 1916.

„ „ Grailichgasse 3, E.-Z. 3525, bish. Bes. Bernhard Reitmann grdb. übertr. an Michael Gabriel, Theresia Gabriel, je $^{1}/_{2}$, am 27. Okt. 1916.

IV. Bez., Belvederegasse 57, E.-Z. 85, bish. Bes. Leopold Weiß, grdb. übertr. an Anna Spielmann, Madeleine Koref, je ½, am 2. Okt. 1916.
" " Karolinengasse 25, E.-Z. 359, bish. Bes. Josef Schwänzl ½, grdb. übertr. an Johann Schwänzl ½, am 31. Okt. 1916.
" " Kleine Neugasse 20, E.-Z. 583, bish. Bes. Karl Ritter v. Savinschegg, grdb übertr. an Ottilie v. Savinschegg, am 19. Okt. 1916.
" " Wiedner Hauptstraße 66, E.-Z. 948, bish. Bes. Roman Ritter v. Troczynski, grdb. übertr. an Otto Klein, Felix Klein, je ½, am 2. Okt. 1916.
" " Alleegasse 66, E.-Z. 1006, bish. Bes. Magdalena Müller ½, grdb. übertr. an m. Margarete Müller, m. Adolf Müller, je ¼, am 4. Okt. 1916.
" " Hauslabgasse 1, E.-Z. 1145, bish. Bes. Alexander Tauszik, grdb. übertr. an Berthold Schwarzkopf, Ilka Schwarzkopf, je ½, am 31. Okt. 1916.
" " Wiednergürtel 50, E.-Z. 1263, bish. Bes. Martin Schlese, grdb. übertr. an Klara Schlese, am 6. Sept. 1916.
" " Waltergasse 6, E.-Z. 1295, bish. Bes. Edith Hoynigg, grdb. übertr. an Nikolaus Dumba, am 25. Okt. 1916.
" " Waltergasse 4, E.-Z. 1298, bish. Bes. Edith Hoynigg, grdb. übertr. an Nikolaus Dumba, am 25. Okt. 1916.

V. Bez., Obere Amtshausgasse 45, E.-Z. 19, bish. Bes. Alois Trittenwein, grdb. übertr. an Franz Stepan, Mathilde Stepan, je ½, am 31. Okt. 1916.
" " Hundsturmplatz 3, E.-Z. 90, bish. Bes. Johann Endres, Emilie Endres, je ½, grdb. übertr. an Heinrich Kunisch, Karoline Kunisch, je ½, am 12. Okt. 1916.
" " Margaretenstraße 105, E.-Z. 323, bish. Bes. Elisabeth Siegel, grdb. übertr. an Eduard Elsinger, am 0. Okt 1916.
" " Gassergasse 18, E.-Z. 698, bish. Bes. Bernhard Ellend, grdb. übertr. an Emmerich Deutsch, Cäcilie Deutsch, je ½, am 19. Okt. 1916.
" " Jahngasse 34, E.-Z. 836, bish. Bes. Christoph Cloeter, Berta Cloeter, je ½, grdb. übertr an Richard Weich, am 20. Okt. 1916.
" " Reinprechtsdorferstraße 13, E.-Z. 945, bish. Bes. Antan Pech, grdb. übertr. an Antonia Pfeffermann, am 13. Okt. 1916.
" " Bacherplatz 7, E.-Z. 1131, bish. Bes. Dr. Hans Kaufmann, Adolf Weiß, je 96/192, grdb. übertr. an Theresia Schiller, am 27. Okt. 1916.
" " Obere Amtshausgasse 21, E.-Z. 1581, bish. Bes. Stephanie Furtner 1/8, grdb. übertr. an Adolf Wagner 1/8, am 7. Okt. 1916.
" " Fendigasse 15, E.-Z. 1646, bish. Bes. Hermannn Stierlin, grdb. übertr. an Dr. Karl Ziegher, Dr. Alexander Singer, je ½, am 4. Okt. 1916
" " Anzengrubergasse 14, E.-Z. 1937, bish. Bes. Samuel Ritter v. Hahn, grdb. übertr. an Eugen Freystädtler, am 9. Okt. 1916.
" " Anzengrubergasse 12, E.-Z. 1938, bish. Bes. Samuel Ritter v. Hahn, grdb. übertr. an Eugen Freystädtler, am 9. Okt. 1916.
" " Anzengrubergasse 10, E.-Z. 1940, bish. Bes. Samuel Ritter v. Hahn, grdb. übertr. an Eugen Freystädtler, am 9. Okt. 1916.
" " Gassergasse 14, E.-Z. 1941, bish. Bes. Samuel Ritter v. Hahn, grdb. übertr. an Eugen Freystädler, am 9. Okt. 1916.
" " Gassergasse 12, E.-Z. 1944, bish. Bes. Samuel Ritter v. Hahn, grdb. übertr. an Eugen Freystädtler, am 9. Okt. 1916.
" " Gassergasse 10, E.-Z. 1943, bish. Bes. Samuel Ritter v. Hahn, grdb. übertr. an Eugen Freystädtler, am 9. Okt. 1916.
" " Anzengrubergasse 9, E.-Z. 1945, bish. Bes. Samuel Ritter v. Hahn, grdb. übertr. an Eugen Freistädtler, am 9. Okt. 1916.
" " Anzengrubergasse 7, E.-Z. 1947, bish. Bes. Ramuel Ritter v. Hahn, grdb. übertr. an Eugen Freystädtler, am 9. Okt. 1916.
" " Gassergasse 16, E.-Z. 1948, bish. Bes. Samuel Ritter v. Hahn, grdb. übertr. an Eugen Freystädtler, am 9. Okt. 1916.

VI. Bez., Wallgasse 31, E.-Z. 1044, bish. Bes. Heinrich Weller ½, grdb. übertr. an Karl Weller ½, am 30. Okt 1916.
" " Wallgasse 33, E.-Z. 1046, bish. Bes. Heinrich Weller ½, grdb. übertr. an Karl Weller ½, am 30. Okt. 1916.
" " Wallgasse 35, E.-Z. 1947, bish. Bes. Heinrich Weller ½, grdb. übertr. an Karl Weller ½, am 30. Okt. 1916.
" " Esterhazygasse 32, E.-Z. 1141, bish. Bes. Karoline Lichtenstern, grdb. übertr. an Ferdinand Strobach, Wilhelm Bukowsky, Leopoldine Kruis, je 4/40, m. Marie Meißler, m. Karoline Meißler, m. Aloisia Meißler, m. Antor Meißler, je 1/40, Heinrich Strobach, Helene Strobach, Ruzena Strobach, Karoline Svadlenka, Leopoldine Strobach, Dr. Heinrich Strobach, Dr. Stanislaus Strobach, Josef Strobach, je 3/40, am 23. Okt. 1916.

VII. Bez., Bandgasse 15, E.-Z. 45, bish. Bes. die Firma Nestler & Breitfeld G. m. b. H., grdb. übertr. an Heinrich Preiß, Ida Preiß, Emil Schneider, Rosa Schneider, je 1/4, am 12. Okt. 1916.
VII. Bez., Guttenberggasse 9, E.-Z. 253, bish. Bes. Anna Manhart, grdb. übertr. an Marie Kral, Josefa Kral, je ½, am 11. Okt. 1916.
" " Lerchenfelderstraße 31, E.-Z. 518, bish. Bes. Franziska Stehlik, grdb. übertr. an Exzellenz Dr. Albert Geßmann, am 14. Okt. 1916.
" " Lerchenfelderstraße 33, E.-Z. 519, bish. Bes. Franziska Stehlik, grdb. übertr. an Exzellenz Dr. Albert Geßmann, am 14. Okt. 1916.
" " Neustiftgasse 48, E.-Z. 820, bish. Bes. Franz Effenberger 49/240, grdb übertr. an Paula Effenberger 49/240, am 11. Okt. 1916,
" " Spittelberggesse 18, E.-Z. 1070, bish. Bes. Genofeva Samet, grdb. übertr. an Frida Toch, am 13. Okt. 1916.
" " Seidengasse 38, E.-Z. 1203, bish. Bes. Paul Manhardt, Katharina Manhardt, je ½, grdb. übertr. an Josef Frohwent, am 31. Okt. 1916.

VIII. Bez., Bennoplatz 6, E.-Z. 88, bish. Bes. August Baugoin sen., grdb. übertr. an Rosa Hieronimus, am 17. Okt. 1916.
" " Lerchenfelderstraße 48, E.-Z. 522, bish. Bes. Jacques Wallis, Helene Wallis, je ½, grdb. übertr. an Janaz Neumann, Alexander Neumann, je ½, am 30. Okt. 1916.
" " Schmiedgasse 13, E.-Z. 708, bish. Bes. Emilie Stöckl v. Gerburg 3/4, grdb. übertr. an Emil Stöckl Ritter v. Gerburg, Ferdinand Stöckl Ritter v. Gerburg, Walter Stöckl Ritter v. Gerburg. je 1/4, am 4. Okt 1916.
" " Hamerlingplatz 2, E.-Z. 964, bish. Bes. Adolf Grünfeld, Minna Grünfeld, je ½, grdb. übertr. an Josef Nüßl, Theresia Nüßl, je ½, am 31. Okt. 1916.
" " Skodagasse 1, E.-Z. 965, bish. Bes. David Lubinger, grdb. übertr. an Josef Rosentha , am 21. Okt. 1916.
" " Skodagasse 3, E.-Z. 966, bish. Bes. David Lubinger, grdb. übertr. an Josef Rosentha , am 21. Okt. 1916.
" " Josefstädterstraße 58, E.-Z. 974, bish. Bes. Nikolaus Szailer, grdb. übertr. an Salomon Phorsch, am 27. Okt. 1916.

IX. Bez., Dreihackengasse 4, E.-Z. 178, bish. Bes. Franz Urban sen. ½, grdb. übertr. an Marie Urban, Richard Urban, Henriette Urban, Edmund Urban, je 1/8, am 23. Okt. 1916.
" " Harmoniegasse 5, E.-Z. 277, bish. Bes. Michael Schmidt ½, grdb. übertr. an Anna Schmidt ½, am 7. Okt. 1916.
" " Liechtensteinstraße 23, E.-Z. 366, bish. Bes. Leo Bloch, Emil Lorentz, je ½, grdb. übertr. an Julius Eisler, am 27. Okt. 1916.
" " Liechtensteinstraße 127, E.-Z. 436, bish. Bes. Rosalia Köhl, grdb. übertr. an Rosa Oslejcek, am 3. Okt. 1916.
" " Porzellangasse 49, E.-Z. 732, bish. Bes. Johann Jakob Heß ½, grdb. übertr. an Arnold Heß, Cäcilie Czellich-Schmiedell, je 1/4, am 28. Okt. 1916.
" " Porzellangasse 56, E.-Z. 738, bish. Bes. Alfred Steinberg, grdb. übertr. an die Ofen- und Tonwarenfabrik vormals L. & C. Hardtmuth, A.-G., am 7. Okt. 1916.
" " Währingerstraße 18, E.-Z. 1098, bish. Bes. Rosa Fürstin Wrede, grdb. übertr. an Dr. Wlademir Graf Lazansky, Olga Fürstin Poninska, Friedrich Fürst Wrede, je ½, am 28. Nov. 1916.
" " Wiesengasse 14, E.-Z. 1219, bish. Bes. Anna Möhring, grdb. übertr. an Johann Schara, Marie Schara, je ½, am 5 Okt. 1916.
" " Strobeckgasse 5, E.-Z. 1337, bish. Bes. Anastasia Bambula, grdb. übertr. an Aloisia Maisel, am 13. Okt. 1916.
" " Sobieskigasse 1 a, E.-Z. 1516, bish. Bes. Aloisia Mayer, grdb. übertr. an Franz Mayer, Heinrich Mayer, Robert Mayer, Hilda Linkh, je 1/4, am 13. Okt. 1915.
" " Lustkandlgasse 37, E.-Z. 1934, bish. Bes. Josef Horicky, grdb. übertr. an Marie Horicky, am 19. Okt. 1916.

X. Bez., Favoriten, Bürgergasse 4, E.-Z. 149, bish. Bes. Albine Jarosek, grdb. übertr. an Emanuel Müller, Franziska Müller, je ½, am 26. Okt. 1916.
" " Favoriten, Davidgasse 4, E.-Z. 256, bish. Bes. m. Adolfine Schindl 1/5, m. Johanna Schindl 1/10, grdb. übertr. an Olga Schindl ½, am 11. Okt. 1916.
" " Favoriten, Eugengasse 16, E.-Z. 377, bish. Bes. Anna Wiesner, grdb. übertr. an Georg Winter, am 31. Okt. 1916.
" " Favoriten, Kudlichgasse 36, E.-Z. 897, bish. Bes. Franziska Müller, grdb. übertr. an Johann Schaumberger 1/4, Franziska Mader 9/20, Franz Schaumberger, Friedrich Schaumberger, je 3/20, am 28. Okt. 1916.
" " Favoriten, Schröttergasse 21, E.-Z. 1515, bish. Bes. Aloisia Bangerl, grdb. übertr. an Peter Keltner, Marie Keltner, je ½, am 29. Okt. 1916.
" " Favoriten, Senefeldergasse 48, E.-Z. 1571, bish. Bes. die Firma M. Lieblein, grdb. übertr. an Felix Wimmer, am 17. Okt. 1916.
" " Favoriten, Siccardsburggasse 42, E.-Z. 1617, bish. Bes. Pauline Dragowantsch 1/2, grdb. übertr. an Lajos Heberling 1/2, am 25. Okt. 1916.
" " Favoriten, Waldgasse 10, E.-Z. 1798, bish. Bes. Ignaz Sturm, grdb. übertr. an Karl Pesak, Karl Cerny, Josef Komenda, Josef Knapp, Johann Eckstein, Raimund Czeremeta, Gustav Benischke, je 1/7, am 7. Okt. 1916.

X. Bez., Favoriten, Angeligasse 16, E.-Z. 2853, bish. Bes. Alois Pekovits, jun., grdb. übertr. an Anton Schwarz, am 24. Okt. 1916.
" " Favoriten, Patrubangasse 2, E.-Z. 3056, bish. Bes. Lorenz Nöbauer, grdb. übertr. an Karl Jakl, Johann Wanecek, je ½, am 10. Okt. 1916.
" " Inzersdorf-Stadt, Siccardsburggasse 65, K.-Nr. 264, E.-Z. 264, bish. Bes. Wenzel Pour, Peter Pour, je 15/64, Josef Pour, Marie Pour, je 9/64, grdb. übertr. an Josef Nowotny 3/4, am 31. Okt. 1916.
" " Inzersdorf-Stadt, Siccardsburggasse 65, K.-Nr. 264, E.-Z. 264, bish. Bes. Anna Pour, grdb. übertr. an Josef Nowotny ¼, am 31. Okt. 1916.
" " Inzersdorf-Stadt, Van de Nüllgasse 67, K.-Nr. 326, E.-Z. 498, bish. Bes. Klara Zatka, Johann Zatka, Peter Hübl, je ¼, grdb. übertr. an Johann Selinger ½, Antonia Selinger ¼, am 28. Okt. 1916.
" " Inzersdorf-Stadt, Paltramplatz 4, K.-Nr. 311, E.-Z. 513, bish. Bes. Johanna Nowak, grdb. übertr. an Karl Nowak, am 13. Okt. 1916.
" " Inzersdorf-Stadt, Paltramplatz 3, K.-Nr. 312, E.-Z. 514, bish. Bes. Johanna Nowak, grdb. übertr. an Karl Nowak, am 13. Okt. 1916.

XI. Bez., Kaiser-Ebersdorf, Dreherstraße 69, K.-Nr. 352, E.-Z. 864, bish. Bes. Kamilla Huber, grdb. übertr. an Ludwig Adler, Berta Adler, je ½, am 29. Okt. 1916.
" " Simmering, Simmeringer Hauptstraße 27, K.-Nr. 149, E.-Z. 140, bish. Bes. Leopoldine Hammel, Marie Tickert, je ½, grdb. übertr. an Martin Gey, am 16. Okt. 1916.
" " Simmering, Simmeringer Hauptstraße 71, K.-Nr. 177, E.-Z 169, bish. Bes. Barbara Neumayer 37/144, grdb. übertr. an Franz Neumayer 37/576, m. Franz Neumayer 111/576, am 11. Okt. 1916.
" " Simmering, Rinnböckgasse 63, K.-Nr. 264, E.-Z. 255, bish. Bes. Barbara Neumayer 37/144, grdb. übertr. an Franz Neumayer 37/576, m. Franz Neumayer 111/576, am 11. Okt. 1916.
" " Simmering, Simmeringer Hauptstraße 28, K.-Nr. 311, E.-Z. 299, bish Bes. Katharina Martschitz, Marie Lißbauer, je ½, grdb. übertr. an die Firma C. Trau, am 31. Okt. 1916.
" " Simmering, Kopalgasse 9, K.-Nr. 370, E.-Z. 356, bish. Bes. Barbara Neumayer 37/144, grdb. übertr. an Franz Neumayer 37/576, m. Franz Neumayer 1 1/576, am 11. Okt. 1916.
" " Simmering, Wienergarten, K.-Nr. 535, E.-Z. 942, bish. Bes. Anna Büchler 1/8, grdb. übertr. an Georg Graber, Rosalia Graber, je 1/16, am 27. Okt. 1916.
" " Simmering, Hallergasse 34, K.-Nr. 54 H, E.-Z. 1395, bish. Bes. Thekla Prachar, grdb. übertr. an Rudolf Eder, Anna Eder, je ½, am 5. Okt. 1916.
" " Simmering, Hasenleitengasse, K.-Nr 922, E.-Z. 2133, bish. Bes. Ladislaus Kratochwill, Marie Kratochwill, je ½, grdb. übertr. an Franz Pelikan, Marie Pelikan, je ½, am 5. Okt. 1916.

XII. Bez, Gaudenzdorf, Rechte Wienzeile 209, K.-Nr. 133, E.-Z. 133, bish. Bes. Heinrich Dietz 220/3840, grdb. übertr. an Emilie Raubitschek, Max Raubitschek, Alfred Raubitschek, Hermine Raubitschek, je 220/15360, am 24. Okt. 1916.
" " Hetzendorf, Hetzendorferstraße 104, K.-Nr. 16, E.-Z. 167, bish. Bes. Josef Belar, grdb. übertr. an Johann Berger, am 27. Okt. 1916.
" " Hetzendorf, Strohberggasse 10, K.-Nr. 126, E.-Z. 256, bish. Bes. Marie Schaffer, grdb. übertr. an Alois Botova, am 28. Okt. 1916.
" " Hetzendorf, Valerie-Cottage 3, K.-Nr. 231, E.-Z. 418, bish. Bes. Anna Sasse, Franz Spiller, Magdalena Spiller, Johanna Spiller, Justine Spiller, Ida Spiller, je 1/6, grdb. übertr. an Bela Rosenthal am 30. Okt. 1916.
" " Hetzendorf, Cantacuzinostraße 70, K.-Nr. 326, E.-Z. 560, bish. Bes. Rudolf Jung, Anna Jung, je ½, grdb. übertr. an Anna Ingerle, am 14. Okt. 1916.
" " Hetzendorf, Am Fasangarten 23, K.-Nr. 356, E.-Z. 620, bish. Bes. Karl Manowarda Edlen v. Jana, grdb. übertr. an Margarete Freifrau v. Putsani, geb. Lachner v. Lachner, am 4. Okt. 1916.
" " Hetzendorf, Thunhofgasse 10, K.-Nr. 368, E.-Z. 650, bish. Bes. Dr. Hans Melzer, grdb. übertr. an Anna v. Haselmayer, Josef v. Haselmayer, je ½, am 28. Okt. 1916.
" " Ober-Meidling, Rotenmühlgasse 6, K.-Nr. 116, E.-Z. 172, bish. Bes. Ignaz Skala, grdb. übertr. an Alois Karl Josef Wolf, am 24. Okt. 1916.
" " Ober-Meidling, Rotenmühlgasse 3, K.-Nr. 125, E.-Z. 177, bish. Bes. Eva Fried, grdb. übertr. an Karl Schefold, Elisabeth Schefold, je ½, am 23. Okt. 1916.
" " Unter-Meidling, Vivenotgasse 63, K.-Nr. 105, E.-Z. 105, bish. Bes. Andreas Angerer ½, grdb. übertr. an Magdalena Angerer ½, am 12. Okt. 1916.

XII. Bez., Unter-Meidling, Schönbrunnerstraße 226, K.-Nr. 172, E.-Z. 172, bish. Bes. Franz Kostner, grdb. übertr. an Hedwig Lorenz, Josef Walenta, je ½, am 25. Okt. 1916.
" " Unter-Meidling, Ignazgasse 40, K.-Nr. 422, E.-Z. 422, bish. Bes. Anton Koller, grdb. übertr. an Josef Koller, am 28. Okt. 1916.
" " Unter-Meidling, Wilhelmstraße 18, K.-Nr. 512, E.-Z. 512, bish. Bes. Barbara Pomberger ¼, grdb. übertr. an Josef Schierer ¼, am 7. Okt. 1916.
" " Unter-Meidling, Vierthalergasse 21, K.-Nr. 736, E.-Z. 737, bish. Bes. Marie Heintz, Theresia Gned, je ½, grdb. übertr. an Friedrich Fischer, Barbara Fischer, je ½, am 10. Okt. 1916.
" " Unter-Meidling, Gatterholzgasse 17, K.-Nr. 111, E.-Z. 763, bish. Bes. Dr. Friedrich Mayer, Hildegarde Mayer, je ½, grdb. übertr. an Ferdinand Schindler, Marie Schindler, je ½, am 21. Okt. 1916.
" " Unter-Meidling, Gatterholzgasse 25, K.-Nr. 1155, E.-Z. 767, bish. Bes. Leopold Eckhard, Rosa Eckhard, je ½, grdb. übertr. an Marie Kostelecky, am 6. Okt. 1916.
" " Unter-Meidling, Ehrenfelsgasse 6, K.-Nr. 770, E.-Z. 1005, bish, Bes. Johann Stocker, grdb. übertr. an Ferdinand Gruber, Anna Gruber, je ½, am 31. Okt. 1916.
" " Unter-Meidling, Breitenfurterstraße 3, K.-Nr. 896, E.-Z. 1214, bish. Bes. Karl Geist, Auguste Geist, je ½, grdb. übertr. an Julius Bayer Anna Bayer, je ½, am 25. Okt. 1916.
" " Unter-Meidling, Pottendorferstraße 1, K.-Nr. 1102, E.-Z. 1452, bish. Bes Marie Zucker, grdb. übertr. an Florian Stießel, am 3. Okt. 1916.

XIII. Bez., Ober-St. Veit, Trazerberggasse 4, K.-Nr. 45, 46, E.-Z. 62, bish. Bes. Wilhelm Fraenkel, Mathilde Fraenkel, je ½, grdb. übertr. an Josef Smetana, Cäcilie Smetana, je ½, am 29. Okt. 1916.
" " Ober-St. Veit, Hentschelgasse 5, K.-Nr. 351, E.-Z. 1122, bish. Bes. Marianne Steiner ½, grdb. übertr. an Artur Steiner ½, am 13. Okt. 1916.
" " Ober-St. Veit, Bernbrunngasse 3, K.-Nr. 401, E.-Z. 1216, bish. Bes. Therese Wiedermann, grdb. übertr. an Robert Lehner, am 28. Okt. 1916.
" " Ober-St. Veit, Reichgasse 39, K.-Nr. 623, E.-Z. 1266, bish. Bes. Heinrich Röminger, grdb. übertr. an Alfred Kulka, am 30. Okt. 1916.
" " Unter-St. Veit, Kupelwiesergasse 27, K.-Nr. 217, E.-Z. 428, bish. Bes. Gisela Stoerk, grdb. übertr. an Desiree Deutenhofen v. Neuenstamm, am 28. Okt. 1916.
" " Lainz, Lainzer-Kottage 19, K.-Nr. 186, E.-Z. 487, bish. Bes. Josef Schädle, grdb. übertr. an Franz Wolfgang, Aloisia Wolfang, je ½, am 21. Okt. 1916.
" " Speising, Gallgasse 12, K.-Nr. 84, E.-Z. 83, bish. Bes. Matthäus Philippi, grdb. übertr. an Marie Chlubna, geb. Philippi, am 20. Okt. 1916.
" " Breitensee, Breitenseerstraße 56, K.-Nr. 17, E.-Z. 28, bish. Bes. die Firma Th. F. Kamoly, grdb. übertr. an Isidor Wachstein, am 3. Okt. 1916.
" " Breitensee, Breitenseerstraße 7, K.-Nr. 53, E.-Z. 383, bish. Bes. Elise Stoppelhart, grdb. übertr. an Franz Nowotny, Leopoldine Nowatny, je ½, am 25. Okt. 1916.
" " Ober-Baumgarten, Linzerstraße 306, K.-Nr. 204, E.-Z. 200, bish. Bes. Dr. Emil Halt, grdb. übertr. an Josef Walla Emilie Walla, je ½, am 1. Okt. 1916.
" " Unter-Baumgarten, Guldengasse 7, K.-Nr. 228, E.-Z. 280, bish. Bes. Marie Mayer, grdb. übertr. an Johann Tauber, am 2. Okt. 1916.
" " Unter-Baumgarten, Felbigergasse 57, K.-Nr. 194, E.-Z. 290, bish. Bes. Leopold Schwaner, Therese Schwaner, grdb. übertr. an Franz Bösmüller, Hermine Bösmüller, je ½, am 6. Okt. 1916.
" " Unter-Baumgarten, Hernstorferstraße 21, K.-Nr. 278, E.-Z. 373, bish. Bes. Karl Richter, Anna Richter, grdb. übertr. an Christian Mörzinger-Cabos, am 5. Okt. 1916.
" " Unter-Baumgarten, Hernstorferstraße 23, K.-Nr. 322, E.-Z. 405, bish. Bes. Geza Reichardt, Theresia Bailler, Theresia Resau, Marie Payerl, Franziska Mayer, Johann Payerl, Magdalena Lichtenwörther, Franz Payerl, Pichael Kayer, Franz Kayer, Elisabeth Steiner, Marie Hofer, Therese Schenk, Josefa Zadina, grdb. übertr. an Christian Mörzinger-Cabos, am 5. Okt. 1916.
" " Hietzing, Weidlichgasse 7, K.-Nr. 297, E.-Z. 474, bish. Bes. Ernst Moreis, grdb. übertr. an Margarete Krupp, am 18. Okt. 1916.
" " Hütteldarf, Bahnhofstraße 17, K.-Nr. 180, E.-Z. 43, bish. Bes. Heinrich Kirsch 1/6, grdb. übertr. an Irene Kirsch 1/8, am 4. Okt. 1916.
" " Hütteldorf, Linzerstraße 357, K.-Nr. 1, E.-Z. 58, bish. Bes. Johann Tauber, grdb. übertr. an Nikolaus Eitel, Klementine Eitel, je ½, am 3. Okt. 1916.

XIII. Bez., Hütteldorf, Rosentalgasse 9, K.-Nr. 99, E.-Z. 106, bish. Bes. Johann Schweyer, grdb. übertr. an Dominik Schweyer, am 12. Okt. 1916.

" " Hütteldorf, Hüttelbergstraße 10, K.-Nr. 207, E.-Z. 487, bish. Bes. Oskar Leibil, grdb. übertr. an Luise Riedl, am 12. Okt. 1916.

" " Hütteldorf, Hüttelberggasse 28, K.-Nr. 337, E.-Z. 749, bish. Bes. Luise Wagner, Otto Wagner, je ½, grdb. übertr. an Somuel Erben, Laura Erben, je ½, am 15. Okt. 1916.

" " Penzing, Hadikgasse 14, K.-Nr. 338, E.-Z. 8, bish. Bes. Anna Katharina Aichinger ½, grdb. übertr. an Anna Josefa Aichinger ½, am 19. Sept. 1916.

" " Penzing, Gurkgasse 8, K.-Nr. 462, E.-Z. 240, bish. Bes. Wilhelmine Kogler, grdb. übertr. an Roman Hütter, Rosina G. Hütter, je ½, am 5. Okt. 1916.

" " Penzing, Anschützgasse 32, K.-Nr. 429, E.-Z. 682, bish. Bes. Elise (Elisabeth) Teller $^{14}/_{160}$, grdb. übertr. an Olga Teller $^{196}/_{4400}$, Sophie Herlinger, Gisela Wohlfeldt, je $^{112}/_{4400}$, am 9. Okt. 1916.

" " Penzing, Reinlgasse 32/34, K.-Nr. 80[illegible], 735, E.-Z. 802, bish. Bes. Josef Kurka ½, grdb. übertr. an Anton Gauher ½, am 11. Okt. 1916.

" " Penzing, Teybergasse 11, K.-Nr. 603, E.-Z. 975, bish. Bes. Adrienne Högner, grdb. übertr. an Alexander Umlauf, am 31. Okt. 1916.

" " Penzing, Karl Bauer-Gasse 31/33, E.-Z. 811, K.-Nr. 1004, bish. Bes. Karl Pietsch, grdb. übertr. an die Firma Spezial-Bronzen- und Metall-Ges. m. b. H., am 11. Okt. 1916.

" " Penzing, Prochgasse 1, K.-Nr. 1004, E.-Z. 1239, bish. Bes. Alois F. Simona, grdb. übertr. an Julius Gollerstepper, am 19. Okt. 1916.

" " Penzing, Cumberlandstraße 81, K.-Nr. 1071, E.-Z. 1550, bish. Bes. Karl Wentzel, grdb. übertr. an Karoline Wentzel, am 12. Okt. 1916.

" " Penzing, Philippsgasse 7, K.-Nr. 972, E.-Z. 1757, bish. Bes. Josefine Buchta, grdb. übertr. an Heinrich Staud, am 9. Okt. 1916.

XIV. Bez., Rudolfsheim, Meiselstraße 35, K.-Nr. 1071, E.-Z. 768, bish. Bes. Johann Bruckner, Therese Bruckner, je ½, grdb. übertr. an Josef Seichert, am 4. Okt. 1916.

" " Rudolfsheim, Stättermayergasse 32, K.-Nr. 584, E.-Z. 1091, bish. Bes. Josef Sedlak, Agnes Sedlak, je ½, grdb. übertr. an Hermann Schweig, Henriette Schweig, je ½, am 20. Okt. 1916.

" " Rudolfsheim, Felberstraße, K.-Nr. 920, E.-Z. 1333, bish. Bes. Josef Schlarbaum, Johann Schlarbaum, je ¼, grdb. übertr. an Otto Awart, Pauline Awart, je ½, am 7. Okt. 1916.

XV. Bez., Turnergasse 5, K.-Nr. 127, E.-Z. 127, bish. Bes. Ferdinand Rieß ½, grdb. übertr. an Eleonora Rieß ½, am 14. Okt. 1916.

" " Mariahilferstraße 159, K.-Nr. 133, E.-Z. 133, bish. Bes. Marie Englinger $^{3}/_{8}$, grdb. übertr. an Rudolf Lechner $^{3}/_{8}$, am 11. Okt. 1916.

" " Pelzgasse 19, K.-Nr. 401, E.-Z. 401, bish. Bes. Jakob Scherber ½, grdb. übertr. an Kurt Scherber, Alice Scherber, je $^{1}/_{6}$, am 9. Okt. 1916.

" " Beingasse 3, K.-Nr. 459, E.-Z. 450, bish. Bes. Anna Jerbera, Wenzel Schneider, Johanna Mohl, je ¼, grdb. übertr. an Josef Böhm ¼, am 9. Okt. 1916.

" " Beingasse 3, K.-Nr. 459, E.-Z. 450, bish. Bes. Franz Schneider $^{1}/_{6}$, grdb. übertr. an Josef Böhm ¾, am 28. Okt. 1916.

" " Gablenzgasse 19, K.-Nr. 806, E.-Z. 980, bish. Bes. Anna Schmidl, Ludwig Schmidl, Friedrich Schmidl, Wilhelmine Schmidl, je ¼, grdb. übertr. an Emanuel Holejsovsky, Marie Holejsovsky, je ½, am 26. Okt. 1916.

" " Toldtgasse 4, K.-Nr. 837, E.-Z. 1123, bish. Bes. Vinzenz Lang, grdb. übertr. an Theresia Blamm, Hermine Pollaschek, je ½, am 31. Okt. 1916.

" " Löschenkohlgasse 40, K.-Nr. 903, E.-Z. 1167, bish. Bes. Charlotte Schmiedl, grdb. übertr. an Elisabeth Strazensky, am 4. Okt. 1916.

XVI. Bez., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 16, K.-Nr. 11, E.-Z. 199, bish. Bes. Theresia Schuster, grdb. übertr. an Georg Grundl, am 19. Okt. 1916.

" " Neulerchenfeld, Grundsteingasse 60, K.-Nr. 35, E.-Z. 225, bish. Bes. Johann Burggraf, Josef Burggraf, Anna Burggraf, Barbara Fürbaß, je ¼, grdb übertr. an Leopoldine Furchheimer, am 17. Okt. 1916.

" " Neulerchenfeld, Grundsteingasse 69, K.-Nr. 152, E.-Z. 232, bish. Bes. Heinrich Hirt, Rosalia Hirt, je ½, grdb. übertr. an David Peczenik, Sabine Pelzenik, je ½, am 21. Okt. 1916.

" " Neulerchenfeld, Koppstraße 11, K.-Nr. 302, E.-Z. 395, bish. Bes. Alois Gollner ½, grdb. übertr. an Adolf Gollner ½, am 5. Okt. 1916.

XVI. Bez., Neulerchenfeld, Nödlgasse 13, K.-Nr. 467, E.-Z. 396, bish. Bes. Alois Gollner ½, grdb. übertr. an Friedrich Gollner, Karl Gollner, Sophie Köpl, je $^{1}/_{6}$, am 5. Okt. 1916.

" " Neulerchenfeld, Kostlerplatz 1, K.-Nr. 340, E.-Z. 416, bish. Bes. Barbara Worell $^{6164}/_{230000}$, grdb. übertr. an Otto Worell $^{6164}/_{230000}$, am 25. Okt. 1916.

" " Neulerchenfeld, Brunnengasse 1, K.-Nr. 235, E.-Z. 428, bish. Bes. Karl Siegl $^{3123}/_{10000}$, grdb. übertr. an Paula Siegl $^{3123}/_{10000}$, am 11. Okt. 1916.

" " Neulerchenfeld, Habichergasse 32, K.-Nr. 493, E.-Z. 596 bish. Bes. Anton Hrdlicka, Theresia Hrdlicka, je ½, grdb. übertr. an die Firma Jg. Haut's Eidam Robert Dinzl, am 3. Okt. 1916.

" " Ottakring, Seeböckgasse 26, K.-Nr. 681, E.-Z. 440, bish. Bes. Betti Schorr, grdb. übertr. an Alfred Collmann, am 19. Okt. 1916.

" " Ottakring, Hasnerstraße 129, K.-Nr. 620, E.-Z. 540, bish. Bes. Josef Lüftschitz, grdb. übertr. an die Firma Ebbs & Radinger, am 27. Oktober 1916.

" " Ottakring, Wurlitzergasse 17, K.-Nr. 514, E.-Z. 884, bish. Bes. Angela Blümel, grdb. übertr. an Aloisia Schimmer, am 26. Okt. 1916.

" " Ottakring, Wichtelgasse 5, K.-Nr. 893, E.-Z. 917, bish. Bes. Katharina Mendel ½, grdb. übertr. an Johann Mendl, Karl Mendl, je ¼, am 19. Okt. 1916.

" " Ottakring, Lienfeldergasse 53, K.-Nr. 656, E.-Z. 1237, bish. Bes. Josef Wessely, Christine Wessely, je ½, grdb. übertr. an Riste Miladin, Peter Mojsovits, je ½, am 5. Okt. 1916.

" " Ottakring, Gansterergasse 11, K.-Nr. 409, E.-Z. 1443, bish. Bes. Adelheid Klein, grdb. übertr. an die Firma C. Zimmermann, G. m. b. H., am 12. Okt. 1916.

" " Ottakring, Enenkelstraße 15, K.-Nr. 1081, E.-Z. 1735, bish. Bes. Josef Putz ¼, grdb. übertr. an Marie Amalia Putz, Aloisia Schatzinger, je $^{1}/_{8}$, am 24. Oktober 1916.

" " Ottakring, Rankgasse 22, K.-Nr. 2111, E.-Z. 1776, bish. Bes. Wenzel Schulz, grdb. übertr. an Aloisia Schimmer, am 3. Okt. 1916.

" " Ottakring, Odoakergasse 28, K.-Nr. 1305, E.-Z. 2083, bish. Bes. Therese Wohlrab, grdb. übertr. an Antonie Medek, am 5. Okt. 1916.

" " Ottakring, Redtenbachergasse 49, K.-Nr. 680, E.-Z. 2152, bish. Bes. Ignaz Zakler $^{14}/_{100}$, grdb. übertr. an Dr. Stephan Riste Hagyi $^{44}/_{100}$, Jakob Fluß $^{15}/_{100}$, Tanne Julius $^{15}/_{100}$, am 13. Okt. 1916.

" " Ottakring, Hasnerstraße 88, K.-Nr. 1581, E.-Z. 2502, bish. Bes. Josef Folly ½, grdb. übertr. an Johann Folly, Franz Folly, Marie Jezek, je $^{1}/_{6}$, am 9. Okt. 1916.

" " Ottakring, Thaliastraße 140, K.-Nr. 21, E.-Z. 3039, bish. Bes. Eugenie Karpfl, Marie Ambros, je ½, grdb. übertr. an Ludwig Friedländer, am 17. Okt. 1916.

" " Ottakring, Hasnerstraße 102, K.-Nr. 1896, E.-Z. 3115, bish. Bes. Klemens Strobl, grdb. übertr. an Theodor Kraus Elisabeth Kraus, je ½, am 3. Okt. 1916.

" " Ottakring, Sulmgasse 21, K.-Nr. 1820, E.-Z. 3246, bish. Bes. Wilhelmine Angerer, grdb. übertr. an Anton Leyrer, am 28. Okt. 1916.

XVII. Bez., Dornbach, Dornbacherstraße 23, K.-Nr. 131, E.-Z. 34, bish. Bes. Dr. Egon Braun Ritter v. Fernwald, Dr. Karl Braun Ritter v. Fernwald, je $^{1}/_{6}$, grdb. übertr. an Dr. Richard Braun Ritter v. Fernwald $^{2}/_{6}$, am 14. Okt. 1916.

" " Dornbach, Andergasse 6, K.-Nr. 73, E.-Z. 155, bish. Bes. Franz Urban sen. ½, grdb. übertr. an Franz Urban jun., Frieda Sartory, Marie Urban, Richard Urban, Henriette Urban, Edmund Urban, je $^{1}/_{12}$, am 13. Okt. 1916.

" " Dornbach, Heuberggasse 11, K.-Nr. 222, E.-Z. 371, bish. Bes. Roman Franz Frohner, grdb. übertr. an Ernst Hirsch, Martha Hirsch, am 6. Okt. 1916.

" " Dornbach, Zwerngasse 3, K.-Nr. 102, E.-Z. 442, bish. Bes. Siegmund Günsberger, grdb. übertr. an Julius v. Petravec, am 24. Okt. 1916.

" " Dornbach, Laschygasse 23, K.-Nr. 450, E.-Z. 907, bish. Bes. Max Witrofsky, grdb. übertr. an die Firma Löwit & Komp., am 18. Okt. 1916.

" " Dornbach, Rosenackerstraße 4, K.-Nr. 490, E.-Z. 1138, bish. Bes. Wilhelm Schebesta, Margarete Schebesta, je ½, grdb. übertr. an Leopold Fischer, Sophie Fischer, je ½, am 30. Okt. 1916.

" " Hernals, Jörgerstraße 19, K.-Nr. 147, E.-Z. 5, bish. Bes. Julius Eckstein, grdb. übertr. an Hermine Eckstein, Hugo Holzbauer, je ½, am 27. Okt. 1916.

" " Hernals, Hernalser Hauptstraße 45, K.-Nr. 17, E.-Z. 25, bish. Bes. Franz Urban sen. ½, grdb. übertr. an Franz Urban jun. Frieda Sartory, Marie Urban, Richard Urban, Henriette Urban, Edmund Urban, Marie Urban, Richard Urban, Henriette Urban, Edmund Urban, zus. ½, am 13. Okt. 1916.

XVII. Bez., Hernals, Jörgerstraße 21, K.-Nr. 146, E.-Z. 194, bish. Bes. Julius Eckstein, grdb. übertr. an Hermine Eckstein, Hugo Holzbauer, je ½, am 27. Okt. 1916.

" " Hernals, Kalvarienberggasse 52, K.-Nr. 656, E.-Z. 461, bish. Bes. Heinrich Frischmann, Fanni Frischmann, je ½, grdb. übertr. an Josef Krestan, Marie Krestan, je ½, am 25. Okt. 1916.

" " Hernals, Weißgasse 41, K.-Nr. 255, E.-Z. 564, bish. Bes. Johann Sazel ½, grdb. übertr. an Josefa Sazel ½, am 28. Okt. 1916.

" " Hernals, Teichgasse 3, K.-Nr. 217, E.-Z. 587, bish. Bes. Franz Meißl, Marie Meißl, je ½, grdb. übertr. an Melanie Schenk, Valerie Schenk, je ½, am 12. Okt. 1916.

" " Hernals, Pezzlgasse 11, K.-Nr. 1006, E.-Z. 700, bish. Bes. Marie Lamsch, grdb. übertr. an Josef Richter jun., am 18. Okt. 1916.

" " Hernals, Beheimgasse 21, K.-Nr. 425, E.-Z 742, bish. Bes. Ludwig Zawodsky, Katharina Zawodsky, je ½, grdb. übertr. an Friedrich Menczyk, am 9. Okt. 1916.

" " Hernals, Weidmanngasse 16, K.-Nr. 840, E.-Z. 827, bish. Bes. Irene Hecht ½, grdb. übertr. an Franz Ihm ½, am 17. Okt. 1916.

" " Hernals, Weidmanngasse 16, K.-Nr. 840, E.-Z. 827, bish. Bes. Irene Hecht ½, grdb. übertr. an Luise Ihm ½, am 17. Okt. 1916.

" " Hernals, Wichtelgasse 76, K.-Nr. 1308, E.-Z. 1256, bish. Bes. Johann Nowotny, Anastasia Nowotny, je ½, grdb. übertr. an Alois Oehler, am 1. Okt. 1916.

" " Hernals, Kapitelgasse 6, K.-Nr. 1618, E.-Z. 1283, bish, Bes. Franz Brunner, Karoline Brunner, je ½, grdb. übertr. an Alois Vogl, am 20. Okt. 1916.

" " Hernals, Klopstockgasse 48, K.-Nr. 1133, E.-Z. 1288, bish. Bes. Josef Müller, Adele Müller, 1/6, grdb. übertr. an Ferdinand Müller 2/6, am 28 Okt. 1916.

" " Hernals, Lacknergasse 28, K.-Nr. 1499, E.-Z. 1463, bish. Bes. Martin Vögerl, Rosalia Vögerl, je ½, grdb. übertr. an Leopold Kolm, Katharina Kolm, je ½, am 30. Okt. 1916.

" " Hernals, Blumengasse 11, K.-Nr. 1519, E.-Z. 18 0, bish. Bes. Ludwig Willersdorfer, Barbara Willersdorfer, je ½, grdb. übertr. an Ferdinand Bittermann, am 11. Okt. 1916.

" " Hernals, Mariengasse 2 a, K.-Nr. 1589, E.-Z. 1890, bish. Bes. Karl Pilz, grdb. übertr. an Johann Kysela, Franziska Kysela, je ½, am 3. Okt. 1916.

XVIII. Bez., Gersthof, Gersthoferstraße 125, K.-Nr. 5, E.-Z. 2, bish. Bes. m. Friedrich Fröschl 1/10, grdb. übertr. an m. Ignaz Fröschl 1/20, Aloisia Fröschl, Karoline Holzbauer, Aloisia Reinauer, Michael Fröschl, je 1/30, am 21. Okt. 1916.

" " Gersthof, Gersthoferstraße 127, K.-Nr. 6, E.-Z. 5, bish. Bes. m. Friedrich Fröschl 1/10, grdb. übertr. an m. Ignaz Fröschl, Aloisia Fröschl, Karoline Holzbauer, Aloisia Reinauer, Michael Fröschl, zus. 1/10, am 21. Okt. 1916.

" " Gersthof, Wallrießstraße 5/7, K.-Nr. 79/80, E.-Z. 90, bish. Bes. Konstantin Mirilovic, grdb. übertr. an Angela Blum, Marie Mirilovic, Luise Mirilovic, je 1/3, am 23. Okt. 1916.

" " Gersthof, Ladenburggasse 32, K.-Nr. 339, E.-Z. 299, bish. Bes. Johann Wilfinger ½, grdb. übertr. an Josefine Wilfinger ½, am 19. Okt. 1916.

" " Gersthof, Scheidlstraße 11, K.-Nr. 348, E.-Z. 698, bish. Bes. Karl Hofmann, Magdalena Hofmann, je ½, grdb. übertr. an Franziska Cassel, am 8. Okt. 1916.

" " Gersthof, Herbeckstraße 88, K.-Nr. 540, E.-Z. 999, bish. Bes Pauline Newald, geb. Oberst, Magdalena Dailer, geb. Oberst, Leopold Oberst, je 1/3, grdb. übertr. an Anton Partik, Marie Partik, je ½, am 19. Okt. 1916.

" " Neustift am Walde, Neustift am Walde 82, K.-Nr. 22, E.-Z. 238, bish. Bes. Alois Zeiler, Johann Zeiler, je ½, grdb. übertr. an Ludwig Soche, Leopoldine Soche, je ½, am 22. Sept. 1916.

" " Pötzleinsdorf, Pötzleinsdorferstraße 75, K.-Nr. 45, E.-Z. 65, bish. Bes. Franziska Röhricht 3/4, m. Max Röhricht, m. Otto Röhricht, je 1/12, m. Anton Röhricht, m. Leopold Röhricht, je 7/24, grdb. übertr. an Karl Zawodsky, am 24. Sept. 1916.

" " Pötzleinsdorf, Pötzleinsdorferstraße 33, K.-Nr. 163, E.-Z. 276, bish. Bes. Hugo Büchner, grdb. übertr. an Artur Lemberger, am 14 Okt. 1916.

" " Pötzleinsdorf, Scheibenbergstraße 27, K.-Nr. 195, E.-Z. 567, bish. Bes. Karl Ruffani, Leopoldine Ruffani, je ½, grdb. übertr. an Johann Josef Prasse, am 28. Okt. 1916.

" " Pötzleinsdorf, Bastiengasse 83, K.-Nr. 274, E.-Z. 707, bish. Bes. Johann Wopelka ½, grdb. übertr. an Anna Beer ½, am 19. Okt. 1916.

" " Währing, Theresiengasse 9, K.-Nr. 199, E.-Z. 450, bish. Bes. Regina Matzenauer, grdb. übertr. an die Aktiengesellschaft „Oja", am 5. Okt. 1916.

" " Währing, Staudgasse 13, K.-Nr. 864, E.-Z. 596, bish. Bes. Anton Koretz, grdb. übertr. an Leopold Partik, Barbara Partik, je ½, am 25. Okt. 1916.

XVIII. Bez., Währing, Währingergürtel 123, K.-Nr. 1256, E.-Z. 936, bish. Bes. Marie März, grdb. übertr. an Marie Strobl, geb. März, Josef März, je ½, am 24. Okt. 1916.

" " Währing, Staudgasse 70, K.-Nr. 863, E.-Z. 988, bish. Bes. Wenzel Trpak ½, grdb. übertr. an Johanna Trpak ½, am 14. Okt. 1916.

" " Währing, Gersthoferstraße 108, K.-Nr. 549, E.-Z. 1110, bish. Bes. Johann Berger, Marie Berger, je ½, grdb. übertr. an Antonia Glossauer, am 4. Okt. 1916.

" " Währing, Michaelerstraße 16, K.-Nr 1569, E.-Z. 1215, bish. Bes. Georg Winkler ½, grdb. übertr. an Antonia Winkler, Elisabeth Winkler, je ¼, am 21. Okt. 1916.

" " Währing, Sternwartestraße 75, K.-Nr. 1499, E.-Z. 1714, bish. Bes. Eugen Rosenberg, Emilie Rosenberg, je ½, grdb. übertr. an Heinrich Kohn, Laura Kohn, je ½, am 30. Okt. 1916.

" " Währing, Michaelerstraße 18, K.-Nr. 1570, E.-Z. 2063, bish. Bes. Georg Winkler ½, grdb. übertr. an Antonia Winkler, Elisabeth Winkler, je ¼, am 21. Okt. 1916.

" " Weinhaus, Gentzgasse 121, K.-Nr. 59, E.-Z. 45, bish. Bes. Franz Schlögl, grdb. übertr. an Franz Schlögl jun., Aloisia Schlögl, je ½, am 24. Okt. 1916.

XIX. Bez., Ober-Döbling, Hardtgasse 30, K.-Nr. 57, E.-Z. 2, bish. Bes. Marie Eipeldauer 24/45, grdb. übertr. an Franziska Eipeldauer 8/135, Josef Eipeldauer 16/45, Franz Eipeldauer, Pauline Ivenz, je 8/135, am 26. Okt. 1916.

" " Ober-Döbling, Würthgasse 10, K.-Nr. 260, E.-Z. 82, bish. Bes. Wilhelm Löwie, grdb. übertr. an Dr. Edmund Waldstein, am 26. Okt. 1916.

" " Ober-Döbling, Hardtgasse 34, K.-Nr. 55, E.-Z. 162, bish. Bes. die Znaimer Spar- und Kreditbank, reg. G. m. b. H., grdb. übertr. an Jacques Blumberger, Julius Beer, je ½, am 5. Okt. 1916.

" " Ober-Döbling, Krottenbachstraße 14, K.-Nr. 309, E.-Z. 315, bish. Bes. Josef Schatzinger 2/3, m. Karl Schatzinger 1/3, grdb. übertr. an Alois Formanek, am 11. Okt. 1916.

" " Ober-Döbling, Vegagasse 18, K.-Nr. 714, E.-Z. 800, bish. Bes. Margarete Haßberger 1/3, grdb. übertr. an Paul Mandler, Emma Mandler, je 1/6, am 26. Okt. 1916.

" " Ober-Döbling, Hochschulstraße 28, K.-Nr. 915, E.-Z. 1139, bish. Bes. Marie v. Pichler, grdb. übertr. an Wilhelm Schloß, Linda Schloß, je ½, am 15. Okt. 1916.

" " Ober-Döbling, Rodlergasse 17 a, K.-Nr. 772, E.-Z. 1198, bish. Bes. Anton Bauer, Martha Bauer, je ½, grdb. übertr. an Alois Schwan, Franziska Schwan, je ½, am 17. Okt. 1916.

" " Ober-Döbling, Obkirchergasse 43, K.-Nr. 980, E.-Z. 1648, bish. Bes. Dr. Edmund Waldstein, grdb. übertr. an Wilhelm Löwy, am 26. Okt. 1916.

" " Grinzing, Krapfenwaldlgasse 5, K.-Nr. 247, E.-Z. 60, bish. Bes. Siegmund Adler, grdb. übertr. an Karl Beer, am 13. Okt. 1916.

" " Grinzing, Cobenzlgasse 54, K.-Nr. 190, E.-Z. 416, bish. Bes. Klementine Weishappel, grdb. übertr. an Artur Bittner, Irma Bittner, je ½, am 20. Okt. 1916.

" " Heiligenstadt, Heiligenstädterstraße 50, K.-Nr. 176, E.-Z. 223, bish. Bes. m. Emmerich Grossinger 1/3, grdb. übertr. an Magdalena Grossinger sen., Magdalena Grossinger jun., je 1/6, am 17. Okt. 1916.

" " Heiligenstadt, Hohe Warte 50, K.-Nr. 183, E.-Z. 274, bish. Bes. Anton Hammer Freiherr v. Nemespany, grdb. übertr. an Graf Anton Karolyi, am 15. Okt. 1916.

" " Heiligenstadt, Grinzingerstraße 75, K.-Nr. 393, E.-Z. 835, bish. Bes. Paul Linde, grdb. übertr. an Ernst Flottmann, am 9. Okt. 1916.

" " Nußdorf, Kahlenbergerstraße 46, K-Nr. 157, E.-Z. 435, bish. Bes. Michael Hahn, grdb. übertr. an Ernst Jilovsky, am 21. Okt. 1916.

" " Ober-Sievering, Sieveringerstraße 255, K.-Nr. 24, E.-Z. 34, bish. Bes. Josef Wambacher, Anna Rath, je 1/3, grdb. übertr. an Rudolf Wambacher 2/3, am 12. Okt. 1916.

" " Ober-Sievering, Gipöttgraben 10, K.-Nr. 65, E.-Z. 158, bish. Bes. Barbara Wöginger, grdb. übertr. an Johann Wöginger, Barbara Wöginger, Marie Zöhl, Katharina Dienstleder, Rosa Wöginger, Leopoldine Hödl, Rudolf Wöginger, m. Hermann Wöginger, je 1/8, am 21. Okt. 1916.

" " Ober-Sievering, Sieveringerstraße 176, K.-Nr. 12, E.-Z. 188, bish. Bes. Marie Stelzer, grdb. übertr. an Andreas Stelzer, Karl Stelzer, Rudolf Stelzer, Marie Gautner, Stephanie Windhaber, Friedrich Stelzer, Anna Kramsky, je 1/7, am 17. Okt. 1916.

" " Ober-Sievering, Sieveringerstraße 158, K.-Nr. 4, E.-Z. 262, bish. Bes. Norbert Colerus v. Geldern ½, grdb. übertr. an Gisela Colerus v. Geldern ½, am 6. Okt. 1916.

" " Ober-Sievering, Krottenbachstraße 140, K.-Nr. 88, E.-Z. 377, bish. Bes. Emanuel Igler, grdb. übertr. an Hermine Krones, am 21. Okt. 1916.

XIX. Bez., Unter-Sievering, Friedlgasse 35, K.-Nr. 132, E.-Z. 211, bish. Bes. Gustav Paunzen, Anna Pilat, Michael Paunzen, je 1/3, grdb. übertr. an Marie Stadler, Anna Weinko, je 1/2, am 31. Okt. 1916.

" " Unter-Sievering, K.-Nr. 303, E.-Z. 825, bish. Bes. Alexander Spalek, Marie Spalek, je 1/2, grdb. übertr an Therese Brocker, am 8. Okt. 1916.

XX. Bez., Hellwagstraße 3, E.-Z. 3584, bish. Bes. Franziska Emma Bittner, grdb. übertr. an Klementine Wismeyer, am 24. Okt. 1916.

XXI. Bez. Donaufeld, Schenkendorffgasse 8, K.-Nr. 735 Floridsdorf, E.-Z. 99, bish. Bes. Martin Schober, Antonia Schober, je 1/2, grdb. übertr. an Karoline Fuhrer, am 27. Okt. 1916.

" " Donaufeld, Schenkendorffgasse 10, K.-Nr. 784 Floridsdorf, E.-Z. 125, bish. Bes. Alois Biesmüller, grdb. übertr. an Emil Fuhrer, am 28. Okt. 1916.

" " Donaufeld, Kaiserin Elisabeth-Straße 16, K.-Nr. 678 Floridsdorf, E.-Z. 692, bish. Bes. Alois Nebesar 1/2, grdb. übertr. an Marie Nebesar 1/2, am 21 Okt. 1916.

" " Floridsdorf, Schloßhoferstraße 9, K.-Nr. 509, E.-Z. 11, bish. Bes. Anton Schwaiger, grdb. übertr. an Norbert Schwaiger, Christine Smitel, Julius Schwaiger, Josef Michael Schwaiger, Franziska Krupka, je 1/5, am 24. Okt. 1916.

" " Floridsdorf, Am Spitz 4, K.-Nr. 1131, E.-Z. 97, bish. Bes. Anton Schwaiger, grdb. übertr. an Josef Michael Schwaiger 1/2, Julius Schwaiger, Anna Schwaiger, je 1/4, am 16. Okt. 1916.

" " Floridsdorf, Floridsdorfer Hauptstraße 27, K.-Nr. 13, E.-Z. 134, bish. Bes. Anton Schwaiger, grdb. übertr. an Norbert Schwaiger, Anna Schwaiger, je 1/2, am 16. Okt. 1916.

" " Floridsdorf, Am Spitz 14, K.-Nr. 49, E.-Z. 161, bish. Bes. Anton Schwaiger, grdb. übertr. an Christine Smitel, am 13. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf II, Anton Störk-Gasse 71, K.-Nr. 73 Floridsdorf, E.-Z. 226, bish. Bes. Magdalena Gigl, grdb. übertr. an Franz Pitnay, am 17. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf II, Peter Kaiser-Gasse 23, K.-Nr. 111 Floridsdorf E.-Z. 235, bish. Bes. Josef Pfeiffer 1/2, grdb. übertr. an Rudolf Weiß 1/2, am 5. Okt. 1916.

" " Hirschstetten, Hohenfeldgasse 2, K.-Nr. 89, E.-Z. 149, bish. Bes. Franz Precan, Franziska Precan, je 1/2, grdb. übertr. an Anton Wimmer, am 7. Okt. 1916.

" " Jedlesee, Pragerstraße 105, K.-Nr. 285 Floridsdorf, E.-Z. 138, bish. Bes. Katharina Mayer, grdb. übertr. an Katharina Schmalenberg, Georg Schmalenberg, je 1/2, am 13. Okt. 1916.

" " Jedlesee, Anton Bosch-Gasse 26, K.-Nr. 131 Floridsdorf, E.-Z. 151, bish. Bes. Barbara Wolf, grdb. übertr. an Barbara Feil, am 7. Okt. 1916.

" " Kagran, Donaufelderstraße 199, K.-Nr. 258, E.-Z. 537, bish. Bes. Vinzenz Schweda, Johanna Schweda, je 1/2, grdb. übertr. an Leopold Resch, Emilie Resch, je 1/2, am 14. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf I, Amtsstraße 6, K.-Nr. 2, E.-Z. 2, bish. Bes. Franz Petz, grdb. übertr. an Marie Petz sen. 4/8, Leopold Petz, Josef Petz, Marie Petz, Rosa Rauch, je 1/8, am 7. Okt. 1916.

" " Leopoldau, Wagramerstraße 195, K.-Nr. 209, E.-Z. 645, bish. Bes. Hedwig Felber, grdb. übertr. an Edmund Löwi, am 18. Okt. 1916.

" " Strebersdorf, Anton Böck-Gasse 17, K.-Nr. 170, E.-Z. 56, bish. Bes. Katharina Weiser, grdb. übertr. an Emil Bartel, Franziska Bartel, je 1/2, am 5. Okt. 1916.

Baustellen-Verkehr in Wien.

Vom 1. bis 31. Oktober 1916.

(Zusammengestellt vom Zentral-Wahl- und Steuerkataster der Stadt Wien.)

I. Bez., Parzelle 265/5, Baustelle 1, Einl.-Z. 1750, bisheriger Besitzer die Österreichische Aktiengesellschaft für Bauunternehmungen, grundbücherlich übertragen an den Österreichischen Verein für chemische und metallurgische Produktion, am 1. Oktober 1916.

" " P. 265/6, E.-Z. 1751, bish. Bes. die Österreichische Aktiengesellschaft für Bauunternehmungen, grdb. übertr. an den Verein für chemische und metallurgische Produktion, am 1. Okt. 1916.

II. Bez., Teile vom öffentlichen Gut hieher übertragen und mit P. 368 Bauarea vereint, E.-Z. 932, bish. Bes. die Gemeinde Wien, grdb. übertr. an das k. k. Arar, am 28. Okt. 1916.

III. Bez., P. 2394 Neubruch, 2463/1 Friesenquintel, 2394/3 Neubruch, E.-Z. 274, bish. Bes. Ferdinand Höffeter, Marie Höffeter, je 1/2, grdb. übertr. an Johann Brunner, am 12. Okt. 1916.

" " P. 2363/17, 2363/18 in E.-Z. 1999 übertragen, E.-Z. 1997, bish. Bes. die Gemeinde Wien, grdb. übertr. an Johann Pospischill, Josefa Pospischill, je 1/2, am 13. Okt. 1916.

" " Teil der P. 2363/2 als P. 2363/13 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 1997, bish. Bes. die Gemeinde Wien, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien öffentliches Gut, am 13. Okt. 1916.

" " P. 3115/2 Weg, 3115/3 Weg, 3115/4 Weg, vom öffentlichen Gut hieher übertragen, E.-Z. 1999, bish. Bes. die Gemeinde Wien, grdb. übertr. an Johann Pospischill, Josefa Pospischill, je 1/2, am 13. Okt. 1916.

" " P. 2360/2 Garten, E.-Z. 2043, bish. Bes. Emil Schiebel, grdb. übertr. an die Wiener Baukreditbank-Aktiengesellschaft, am 16. Okt. 1916.

" " P. 2363/19 Garten, 2363/20 Garten, 2363/21 Garten in E.-Z. 1999 übertragen, E.-Z. 2051, bish. Bes. die Gemeinde Wien, grdb. übertr. an Johann Pospischill, Josefa Pospischill, je 1/2, am 13. Okt. 1916.

" " P. 2363/22, 2363/23, 2363/24, in E.-Z. 2060 übertragen, E.-Z. 2051, bish. Bes. die Gemeinde Wien, grdb. übertr. an Johann Pospischill, Josefa Pospischill, je 1/2, am 13. Okt. 1916.

" " P. 3115/5 Weg, 3115/6, vom öffentlichen Gut hieher übertragen, E.-Z. 2060, bish. Bes. die Gemeinde Wien, grdb. übertr. an Johann Pospischill, Josefine Pospischill, je 1/2, am 13. Okt. 1916.

" " P. 916/28 Bauarea, E.-Z. 3831, bish. Bes. die K. k. priv. allg. österr. Bodenkreditanstalt in Wien, Pester ungar. Kommerzialbank in Budapest, je 1/2, grdb. übertr. an Alexander Rußbacher, am 18. Okt. 1916.

" " P. 916/29 Garten, E.-Z. 3832, bish. Bes. die K. k. priv. allg. österr. Bodenkreditanstalt in Wien, Pester ungar. Kommerzialbank in Budapest, je 1/2, grdb. übertr. an Dr. Julius Monath, am 18. Okt. 1916.

X. Bez Favoriten, P. 1434/10, Bauſt. 4, E.-Z. 2409, bish. Bes. die Firma M. Gerstle & Komp. in Liquidation, grdb. übertr. an Fritz Mendl, Heinrich Mendl, je 1/2, am 6. Okt. 1916.

" " Favoriten, P. 1434/11, Bauſt. 5, E.-Z. 2410, bish. Bes. die Firma M. Gerstle & Komp. in Liquidation, grdb. übertr. an Fritz Mendl, Heinrich Mendl, je 1/2, am 6. Okt. 1916.

" " Favoriten, P. 1434/26, Bauſt. 26, E.-Z. 2425, bish. Bes. die Firma M. Gerstle & Komp. in Liquidation, grdb. übertr. an Fritz Mendl, Heinrich Mendl, je 1/2, am 6. Okt. 1916.

" " Favoriten, P. 1434/27, Bauſt. 21, E.-Z. 2426, bish. Bes. die Firma M. Gerstle & Komp. in Liquidation, grdb. übertr. an Fritz Mendl, Heinrich Mendl, je 1/2, am 6. Okt. 1916.

" " Favoriten, P. 1434/38, Bauſt. 22, E.-Z. 2427, bish. Bes. die Firma M. Gerstle & Komp. in Liquidation, grdb. übertr. an Fritz Mendl, Heinrich Mendl, je 1/2, am 6. Okt. 1916.

" " Favoriten, P. 1434/31, Bauſt. 25, E.-Z. 2430, bish. Bes. die Firma M. Gerstle & Komp. in Liquidation, grdb. übertr. an Fritz Mendl, Heinrich Mendl, je 1/2, am 6. Okt. 1916.

" " Favoriten, P. 1434/38, Bauſt. 26, E.-Z. 2431, bish. Bes. die Firma M. Gerstle & Komp. in Liquidation, grdb. übertr. an Fritz Mendl, Heinrich Mendl, je 1/2, am 6. Okt. 1916.

" " Favoriten, P. 1434/34, Bauſt. 28, E.-Z. 2433, bish. Bes. die Firma M. Gerstle & Komp. in Liquidation, grdb. übertr. an Fritz Mendl, Heinrich Mendl, je 1/2, am 6. Okt. 1916.

" " Favoriten, P. 1434, Bauſt. 29, E.-Z. 2434, bish. Bes. die Firma M. Gerstle & Komp., in Liquidation, grdb. übertr. an Fritz Mendl, Heinrich Mendl, je 1/2, am 6. Okt. 1916.

" " Favoriten, P. 1434/40, Bauſt. 34, E.-Z. 2439, bish. Bes. die Firma M. Gerstle & Komp. in Liquidation, grdb. übertr. an Fritz Mendl, Heinrich Mendl, je 1/2, am 6. Okt. 1916.

" " Favoriten, P. 1434/41, Bauſt. 35, E.-Z. 2440, bish. Bes. die Firma M. Gerstle & Komp. in Liquidation, grdb. übertr. an Fritz Mendl, Heinrich Mendl, je 1/2, am 6. Okt. 1916.

" " Favoriten, P. 1434/42, Bauſt. 36, E.-Z. 2441, bisher Bes. die Firma M. Gerstle & Komp., in Liquidation, grdb. übertr. an Fritz Mendl, Heinrich Mendl, je 1/2, am 6. Okt. 1916.

" " Favoriten, P. 1434/46, Bauſt. 40, E.-Z. 2445, bish. Bes. die Firma M. Gerstle & Komp. in Liquidation, grdb. übertr. an Fritz Mendl, Heinrich Mendl, je 1/2, am 6. Okt. 1916.

" " Favoriten, P. 1434/37, Bauſt. 41, E.-Z. 2446, bish. Bes. die Firma M. Gerstle & Komp. in Liquidation, grdb. übertr. an Fritz Mendl, Heinrich Mendl, je 1/2, am 6. Okt. 1916.

" " Favoriten, P. 1434/48, Bauſt. 42, E.-Z. 2447, bish. Bes. die Firma M. Gerstle & Komp. in Liquidation, grdb. übertr. an Fritz Mendl, Heinrich Mendl, je 1/2, am 6. Okt. 1916.

" " Favoriten, P. 1434/77, Bauſt. 71, E.-Z. 2476, bish. Bes. die Firma M. Gerstle & Komp. in Liquidation, grdb. übertr. an Fritz Mendl, Heinrich Mendl, je 1/2, am 6. Okt. 1916.

X. Bez., Favoriten, P. 1434/79, Bauft. 73, E.-Z. 2478, bish. Beſ. die Firma M. Gerſtle & Komp. in Liquidation, grdb. übertr. an Fritz Mendl, Heinrich Mendl, je ½, am 6. Okt. 1916.

" " Favoriten, P. 1434/81, Bauſt. 75, E.-Z. 2480, bish. Beſ. die Firma M. Gerſtle & Komp. in Liquidation, grdb. übertr. an Fritz Mendl, Heinrich Mendl, je ½, am 6. Okt. 1916.

" " Favoriten, P. 1434/82, Bauſt. 76, E.-Z. 2481, bish. Beſ. die Firma M. Gerſtle & Komp. in Liquidation, grdb. übertr. an Fritz Mendl, Heinrich Mendl, je ½, am 6. Okt. 1916.

" " Favoriten, P. 1434/83, Bauſt. 77, E.-Z. 2482, bish. Beſ. die Firma M. Gerſtle & Komp. in Liquidation, grdb. übertr. an Fritz Mendl, Heinrich Mendl, je ½, am 6. Okt. 1916.

" " Inzersdorf-Stadt, P. 781/30 Acker, E.-Z. 69, bish. Beſ. Anton Wopicka, Thereſe Wopicka, je ½, grdb. übertr. an Karl Schätzle, am 20. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 2141/3 Acker in die E.-Z. 767 übertragen, E.-Z. 19, bish. Beſ. Barbara Hönig, grdb. übertr. an das k. k. Ärar (Staatseiſenbahnverwaltung), am 5. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 2174/2, 2239/3 Äcker in die E.-Z. 767 übertragen, E.-Z. 20, bish. Beſ. Johann Schmid, Maria Thereſia Schmid, je ½, grdb. übertr. an das k. k. Ärar (Staatseiſenbahnverwaltung), am 5. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 2234/3 Acker in die E.-Z. 767 übertragen, E.-Z. 23, bish. Beſ Johann Gilly, grdb. übertr. an das k. k. Ärar (Staatseiſenbahnverwaltung), am 5. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 969/2 in die E.-Z. 782 übertragen, E.-Z. 28, bish. Beſ. Robert Anders, Joſefine Anders, je ½, grdb. übertr. an die „Gemeinde Wien — ſtädtiſche Straßenbahnen", am 29. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 2236/3, 2233/3, 2151/8 Äcker in die E.-Z. 767 übertragen, E.-Z. 29, bish. Beſ. Johann Gilly, Katharina Gilly, je ½, grdb. übertr. an das k. k. Ärar (Staatseiſenbahnverwaltnng), am 5. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 994/2 in die E.-Z. 782 übertragen, E.-Z. 33, bish. Beſ. Anton Dreher, grdb übertr. an die „Gemeinde Wien — ſtädtiſche Straßenbahnen , am 24. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 2170/2 Acker in die E.-Z. 767 übertragen, E.-Z. 67, bish. Beſ. Robert Herzfelder, grdb. übertr. an das k. k. Ärar (Staatseiſenbahnverwaltung), am 28. Okt. 1916

" " Obertaa-Stadt, P. 2210/2 Acker in die E.-Z. 767 übertrogen, E.-Z. 179, bish. Beſ. Thereſe Geher, grdb. übertr. an das k. k. Ärar (Staatseiſenbahnverwaltung), am 7. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 2211/2 Acker in die E.-Z. 767 übertragen, E.-Z. 195, bish. Beſ. Thereſe Geher, grdb. übertr. an das k. k. Ärar (Staatseiſenbahnverwaltung), am 7. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 1139 Acker, E.-Z. 101, bish. Beſ. Klara Manhart ½, grdb. übertr. an Joſef Manhart ½, am 12. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 1814, 1815 Weingärten, E.-Z. 132, bish. Beſ. Klara Manhart ½, grdb. übertr. nn Joſef Manhart ½, am 12. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 1988, 1991 Äcker, P. 1992 Weingarten, P. 2006 Acker, E.-Z. 417, bish. Beſ. Klara Manhart ½, grdb. übertr. an Joſef Manhart ½, am 12. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 1787/1 Weingarten in die E.-Z. 783 übertragen, E.-Z. 447, bish. Beſ. Viktor Frankfurter, grdb. übertr. an die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugeſellſchaft, am 18. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 1777 Weingarten, E.-Z. 542, bish. Beſ. Roſalia Frankfurter, grdb. übertr. an die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugeſellſchaft, am 18. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 1790/1, 1791/2 Weingärten in die E.-Z. 784 übertragen, E.-Z. 546, bish Beſ. Roſalia Frankfurter, grdb. übertr. an die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugeſellſchaft, am 18. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 1845 Acker in die E.-Z. 546 übertragen, E.-Z. 556, bish. Beſ. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugeſellſchaft, grdb. übertr. an Roſalia Frankfurter, am 18. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 1910/3 Acker, in die E.-Z. 447, übertragen, E.-Z. 564, bish. Beſ. Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugeſellſchaft, grdb. übertr. an die Viktor Frankfurter, am 18. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 1964/2, 957/7 in die E.-Z. 767 übertragen, E.-Z. 577, bish. Beſ. die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugeſellſchaft, grdb. übertr. an das k. k. Ärar (Staatseiſenbahnverwaltung) am 12. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 2007 Acker, E.-Z. 587 bish. Beſ. Klara Manhardt ½, grdb. übertr. an Joſef Manhart ½, am 12. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 2251/3 Acker in die E.-Z. 767 übertragen, E.-Z. 589, bish. Beſ. Thereſe Geher, grdb. übertr. an das k. k. Ärar (Staatseiſenbahnverwaltung), am 7. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 2207/2 Acker in die E.-Z. 767 übertragen, E.-Z. 600, bish. Beſ. Thereſe Geher, grdb. übertr. an das k. k. Ärar (Staatseiſenbahnverwaltung), am 7. Okt. 1916.

X. Bez, Oberlaa-Stadt, P. 2241/3, 2177/2 Acker in die E.-Z. 767 übertragen, E.-Z. 632, bish. Beſ. Franz Wieſelthaler, Thereſe Wieſelthaler, je ½, grdb. übertr. an das k. k. Ärar (Staatseiſenbahnverwaltung), am 6. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 2187/2 Acker in die E.-Z. 767 übertragen, E.-Z. 702, bish. Beſ. Thereſe Geher, grdb. übertr. an das k. k. Ärär (Staatseiſenbahnverwaltung), am 7. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt. P. 1110, 1111 Äcker E.-Z. 664, bish. Beſ. Karl Hertl Marie Hertl, je ½, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 17. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 1917/2 Acker, E.-Z. 742, ish. Beſ. Viktor Frankfurter, grdb. übertr. an die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugeſellſchaft, am 18. Okt. 1916.

" " Oberlaa-Stadt, P. 1918/2 Acker, E.-Z. 762, bish. Beſ. Viktor Frankfurter, grdb. übertr. an die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugeſellſchaft, am 18. Okt. 1916.

XI. Bez, Kaiſer-Ebersdorf, P. 744/1 Acker, P. 744/2 Bauarea, E.-Z. 452, bish. Beſ. Katharina Kuhn, Simon Zangl, Betti Gerſtner, je ⅓, grdb. übertr. an Leo Lang, Katharina Lang, je ½, am 21. Okt. 1916.

" " Simmering, P. 630 Acker, E.-Z. 586, bish. Beſ. Anna Rudolf ⅓, grdb. übertr. an Adolf Baxa ⅓, Auguſte Baxa ⅓ 1916.

XII. Bez., Altmannsdorf, P. 14/4 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 28, bish Beſ. Eliſabeth Artmann, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 4. Okt. 1916.

" " Altmannsdorf, P. 13/1 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z 28, bish. Beſ. Eliſabeth Artmann, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 4. Okt. 1916.

" " Hetzendorf, P. 437, E.-Z. 324, bish. Beſ. Joſef Belar, grdb. übertr. an Johann Berger, am 27. Okt. 1916.

" " Hetzendorf, P. 451/4, 451/5 Äcker in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 334, bish. Beſ. Anna Aſcher, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 17. Okt. 1916.

" " Hetzendorf. P. 258/1, 260/1 Gärten, E.-Z. 417, bish. Beſ. Anna Saſſe, Franz Spiller, Magdalena Spiller, Johanna Spiller, Juſtine Spiller, Ida Spiller, je ⅙, grdb. übertr. an Bela Roſenthal, am 30. Okt. 1916.

" " Hetzendorf, P. 258/1, 260/1 Gärten, E.-Z. 417, bish. Beſ. Anna Saſſe, Franz Spiller, Magdalena Spiller, Johanna Spiller, Juſtine Spiller, Ida Spiller je ⅙, grdb. übertr. an Bela Roſenthal, am 30. Okt. 1916.

" " Hetzendorf. P. 257/2, 260/3 Gärten, E.-Z. 419, bish. Beſ. Anna Saſſe, Franz Spiller, Magdalena Spiller, Johanna Spiller, Juſtine Spiller, Ida Spiller, je ⅙, grdb. übertr. an Bela Roſenthal, am 30. Okt. 1916.

" " Unter-Meidling, P. 223/2 Bauſtelle, E.-Z. 1083, bish. Beſ. die Gemeinde Wien, grdb übertr. an Guſtav Zemann, am 14. Okt. 1916.

" " Unter Meidling, P. 382, 325/1, E.-Z. 1143, bish. Beſ. Anton Koller, grdb. übertr. an Joſef Koller, am 28. Okt. 1916.

XIII. Bez., Breitenſee, P. 301/4, Bauſt. III, E.-Z. 760, bish. Beſ. Johann Fitzthum, grdb. übertr. an Guido Gröger, am 18. Okt. 1916.

" " Breitenſee, P. 301/5 Acker, Bauſt. IV, E.-Z. 761, bish. Beſ. Leopoldine Fitzthum, grdb. übertr. an Guido Gröger, am 18. Okt. 1916.

" " Ober-St. Veit, P. 709 Bauare, E.-Z. 507, bish. Beſ. Marianne Steiner ½, grdb. übertr. an Artur Steiner ½, am 13. Okt. 1916.

" " Ober-St. Veit, P 896 Wieſe, E.-Z. 767, bish. Beſ. Joſefa Gerhartshuder, grdb. übertr. an Leopold Wichart, am 3. Okt. 1916.

" " Ober-St. Veit, P. 1172/40, Bauſt. 9 in die neue E.-Z. 1701 übertragen, E.-Z. 1003, bish. Beſ. die Wiener Baugeſellſchaft und der Wiener Bankverein, je ½, grdb. übertr. an Dr. Ignaz Weintraub, Marie Friederike Weintraub, je ½, am 28. Okt. 1916.

" " Ober-St. Veit, P. 1244/19 in die neue E.-Z. 1700 übertragen, E.-Z. 1034, bish. Beſ. die Wiener Baugeſellſchaft und der Wiener Bankverein, je ½, grdb. übertr. an Georg Wentzke, Marie Wentzke, je ½, um 4. Okt. 1916.

" " Speising, P. 273/9 Wieſe, E.-Z. 621, bish. Beſ. Georg Stingl, Viktorine Stingl, je ½, grdb. übertr. an Andreas Breitegger, am 24. Okt. 1916.

" " Unter-Baumgarten, P. 246/35 Bauſtelle, E.-Z. 209, bish. Beſ. Thereſe Freiberg, geb. Tauwers (genannt Roſa), grdb. übertr. an die Firma Hofmann & Czerni A.-G., am 12. Okt. 1916.

" " Unter-Baumgarten, P. 246/36 Bauplatz, E.-Z. 210, bish. Beſ. Thereſe Freiberg, geb. Tauwers (genannt Roſa), grdb. übertr. an die Firma Hofmann & Czerni A.-G., am 12. Okt. 1916.

" " Penzing, P. 594/11 Acker, E.-Z. 1006, bish. Beſ. Ida Beer, grdb. übertr. an David Pächt, am 8. Okt. 1916.

" " Penzing, P. 594/12 Acker, E.-Z. 1007, bish. Beſ. Ida Beer, grdb. übertr. an David Pächt, am 8. Okt. 1916.

" " Penzing, P. 594/15 Acker, E.-Z. 1010, bish. Beſ. Rudolf Jäger, grdb. übertr. an die Firma Spezial-Bronzen- und Metall-Geſellſchaft m. b. H., am 15. Okt. 1916.

XVI. Bez., Ottakring, P. 472/7, 472/10, 472/8 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 87, bish. Bes. die Gemeinnützige Bau- und Wohnungs-Genossenschaft „Deutsches Heim", G. m. b. H., grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 6. Okt. 1916.

" " Ottakring, P. 472/1 in die E.-Z. 3554 übertragen, E.-Z. 37, bish. Bes. die Gemeinnützige Bau- und Wohnungs-Genossenschaft „Deutsches Heim", G. m. b. H., grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 6. Okt. 1916.

" " Ottakring, Teil der P. 1658/19 in die E.-Z. 542 übertragen, E.-Z. 540, bish Bes. die Firma Ebbs & Radinger, grdb. übertr. an Bela Tschelnitz, Oskar Tschelnitz, Albert Granichstädten, je 1/3, am 27. Okt. 1916.

" " Ottakring, P. 757/4 Acker, E.-Z. 3391, bish. Bes. Bette Schorr, grdb. übertr. an Alfred Collmann, am 19. Okt. 1916.

" " Ottakring, P. 757/5 Acker, E.-Z. 3393. bish Bes. Betti Schorr, grdb. übertr. an Alfred Collmann, am 19. Okt. 1916.

" " Ottakring, P. 673/1 Acker, P. 673/2 Weingarten, E.-Z. 9, bish. Bes. Josefa Wendl, Johann Leitner, Michael Leitner, Marie Weingartner, je 21/84, grdb. übertr. an Christine Wessely, am 6. Okt 1916.

XVII. Bez., Dornbach, P. 1162/2 Wiese, E.-Z. 950, bish. Bes. Dr. Egon Braun Ritt. v. Fernwald, Dr. Karl Raoul Braun Ritt. v. Fernwald, je 1/6, grdb. übertr. an Dr. Richard Braun Ritt. v. Fernwald 2/6, am 14. Okt. 1916.

XVIII. Bez., Pötzleinsdorf, P. 608 Weide, E.-Z. 162, bish. Bes. m. Friedrich Fröschl 1/10, grdb. übertr. an m. Ignaz Fröschl 1/2, Aloisia Fröschl, Karoline Holzbauer, Aloisia Reinauer, Michael Fröschl, je 1/80, am 21. Okt. 1916.

" " Pötzleinsdorf, P. 603 Acker, E.-Z. 164, bish. Bes. m. Friedrich Fröschl 1/10, grdb. übertr. an m. Ignaz Fröschl 1/2, Aloisia Fröschl, Karoline Holzbauer, Aloisia Reinauer, Michael Fröschl, je 1/80, am 31. Okt. 1916.

" " Pötzleinsdorf, P. 554/108 Acker, E.-Z. 446, bish. Bes. Dr. Franz Jettel, grdb. übertr. an Ernst Hochmuth, am 4. Okt. 1916.

" " Währing, P. 730/14, 740/6 Weingarten, E.-Z. 2230, bish. Bes. Karl Hörtig, Sophie Hörtig, je 1/2, grdb. übertr. an Agnes Scholl, Dr. Emil Scholl, je 1/2, am 20. Okt. 1916.

" " Währing, P. 688/6 Bauarea, E.-Z. 2420, bish. Bes. Johann Berger, Marie Berger, je 1/2, grdb. übertr. an Antonia Glossauer, am 4. Okt. 1916.

" " Weinhaus, P. 48 Garten, E.-Z. 42, bish. Bes. Franz Schlögl, grdb. übertr. an Franz Schlögl, Aloisia Schlögl, je 1/2, am 24. Okt. 1916.

XIX. Bez., Ober-Döbling, P. 708/37 Garten, E.-Z. 584, bish. Bes. Franz Taschner jun., grdb. übertr. an Johann Panozzo, Anton Panozzo, Leopold Ponozzo, je 1/3, am 20. Okt. 1916.

" " Ober-Döbling, P. 61, 62, 63, 65 Gärten, P. 64 Bauarea, E.-Z. 678, bish. Bes. m. Emmerich Grossinger 1/3, grdb. übertr. an Magdalena Grossinger sen., Magdalena Grossinger jun., je 1/6, am 17. Okt. 1916.

" " Ober-Döbling, P. 905/13, E.-Z. 1289, bish. Bes. Ludwig R. v. Stockert, Friederike R. v. Stockert, je 1/2, grdb. übertr. an Julius Overhoff, Elisabeth Overhoff, je 1/2, am 28 Okt. 1916.

" " Ober-Döbling, P. 905/49 Acker, E.-Z. 1421, bish. Bes. Ludwig R. v. Stockert, Friederike R. v Stockert, je 1/2, grdb. übertr. an Julius Overhoff, Elisabeth Overhoff, am 28. Okt. 1916.

" " Ober-Döbling, P. 950/50 Acker, E.-Z. 1422, bish. Bes. Ludwig R. v. Stockert, Friedericke R. v. Stockert, je 1/2, grdb. übertr. an Julius Overhoff, Elisabeth Overhoff, je 1/2, am 28. Okt. 1916.

" " Unter-Döbling, P. 213/1, Baast. 10, E.-Z. 82, bish. Bes. Hans Zacherl, grdb. übertr. an Fritz Meinl, Emilie Meinl, je 1/2, am 26. Okt. 1916.

" " Grinzing, P. 1033 Weingarten, E.-Z. 239, bish. Bes. Franz Braunauer, Marie Braunauer, je 1/2, grdb. übertr. an Dr. Otto Horner, am 14. Okt. 1916.

" " Grinzing, P. 750 Weingarten, E.-Z. 589, bish. Bes. Anton Schöll, Anna Schöll, je 1/2, grdb. übertr. an Dr. Hermann Gerstl, am 21. Okt. 1916.

" " Grinzing, P. 936 Acker, E.-Z. 585, bish. Bes. Siegmund Adler, grdb. übertr. an Johann Beer, am 13. Okt. 1916.

" " Heiligenstadt, Teil der P. 45 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 355, bish. Bes. Martin Wimmer, Agnes Wimmer, je 1/2, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 3. Okt. 1916.

" " Heiligenstadt, P. 987 Lagerplatz, E.-Z. 618, bish. Bes. m. Emmerich Grossinger 1/3, grdb. übertr. an Magdalena Grossinger sen., Magdalena Grossinger jun., je 1/6, am 17. Okt. 1916.

" " Ober-Sievering, P. 584 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 2, bish. Bes. Walpurga Bronold, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Okt. 1916.

" " Ober-Sievering, P. 306 Weingarten, E.-Z. 27, bish. Bes. Franz Nikisch, Katharina Nikisch, je 1/2, grdb. übertr. an Hans Reitzes Freiherr v. Marienwert, Emma Schiff v. Suvero, je 1/2, am 24. Okt. 1916.

XIX. Bez., Ober-Sievering, P. 307 Weingarten, E.-Z. 40, bish. Bes. Rudolf Wambacher, grdb. übertr. an Hans Reitzes Freiherr v. Marienwert, Emma Schiff v Suvero, je 1/2, am 24. Okt. 1916.

" " Ober-Sievering, P. 583 n das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 83, bish. Bes. Wallpurga Bronold, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Aug. 1916.

" " Ober-Sievering, P. 345 Acker, E.-Z. 100, bish. Bes. Leopold Floderer jun., grdb. übertr. an Therese Prögelhof, am 24 Okt. 1916.

" " Ober-Sievering, Teil der P. 574/2 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 148, bish. Bes. Anna Zisch, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Aug. 1916.

" " Ober-Sievering, P. 507 Acker, E.-Z. 149, bish. Bes. Marie Stelzer, grdb. übertr. an Adreas Stelzer, Karl Stelzer, Rudolf Stelzer, Marie Gantner, Stephanie Windhaber, Friedrich Stelzer, Anna Kramsky, je 1/7, am 17. Okt. 1916.

" " Ober-Sievering, P. 461/1 Weingarten, P. 461/2 Wiese, E.-Z. 189, bish. Bes. Marie Stelzer, grdb. übertr. an Andreas Stelzer, Karl Stelzer, Rudolf Stelzer, Marie Gantner, Stephanie Windhaber, Friedrich Stelzer, Anna Kramsky, je 1/7, am 17. Okt. 1916.

" " Ober-Sievering, P. 493/1, Weingarten, P. 493/2 Acker, E.-Z. 190, bish. Bes. Marie Stelzer, grdb. übertr. an Andreas Stelzer, Karl Stelzer, Rudolf Stelzer, Marie Gantner, Stephanie Windhaber, Friedrich Stelzer, Anna Kramsky, je 1/7, am 17. Okt. 1916.

" " Ober-Sievering, P. 305 Weingarten, E.-Z. 228, bish. Bes. Karl Redl, Franziska Redl, je 1/2, grdb. übertr. an Hans Reitzes Freiherrn v. Marienwert, Emma Schiff v. Suvero, je 1/2, am 27. Okt. 1916.

" " Ober-Sievering, P. 373/1 Weingarten, E.-Z. 230, bish. Bes. Barbara Wöginger, grdb. übertr. an Johann Wöginger, Barbara Wöginger, Marie Zöhl, Katharina Dienstleder, Rosa Wöginger, Leopoldine Hödl, Rudolf Wöginger, Hermine Wöginger, je 1/8, am 21. Okt. 1916.

" " Ober-Sievering, 318/1 P. Acker, E.-Z. 297, bish. Bes. David Herzl, grdb. übertr. an Hermine Kropacsy am 31. Okt. 1916.

" " Ober-Sievering, P. 575/1, 576/3, 577/1, 578/3, 596/5 Weingarten, E.-Z. 339, bish. Bes. Marie Stelzer, grdb. übertr. an Andreas Stelzer, Karl Stelzer, Rudolf Stelzer, Marie Gantner, Stephanie Windhaber, Friedrich Stelzer, Anna Kramsky, je 1/7, am 17. Okt 1916.

" " Ober-Sievering, P. 373/2 Weingarten, E.-Z. 365, bish. Bes. Barbara Wöginger, grdb. übertr. an Johann Wöginger, Babara Wöginger, Marie Zöhl, Katharina Dienstleder, Rosa Wöginger, Leopoldine Hödl, Rudolf Wöginger, m. Hermine Wöginger, je 1/8, am 21. Okt. 1916.

" " Unter-Sievering, Teil der P. 470 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 13, bish. Bes. Johann Herzog, Johanna Herzog je 1/2, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Okt. 1916.

" " Unter-Sievering, Teil der P. 328/1 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 42, bish. Bes. Leopold Dorfmeister, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Aug. 1916.

" " Unter-Sievering, Teil der P. 438 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 63, bish. Bes. Emilie Dietl, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Aug. 1916.

" " Unter-Sivering, Teil der P. 447 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 159, bish. Bes. Hubert Dietl, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Aug. 1916.

" " Unter-Sievering, Teil der P. 406/1 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 162, bish. Bes. Leopold Hölzl, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 4. Okt. 1916.

" " Unter-Sievering, Teil der P. 406/2 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 166, bish. Bes. Leopold Hölzl, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 4. Okt. 1916.

" " Unter-Sievering, Teil der P. 480 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 175, bish. Bes. Josefa Hölzl, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Aug. 1916.

" " Unter-Sievering, Teil der P. 414 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 178, bish. Bes. Franz Rieder, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Aug. 1916.

" " Unter-Sievering, P. 417 Weingarten, P. 418/1, 418/3 Wiesen, E.-Z. 200, bish. Bes. Therese Karwautz, Karl Karwautz, je 1/2, grdb. übertr. an Wenzel Hartl, Gisela Hartl, je 1/2, am 19. Okt. 1916.

" " Unter-Sievering, Teil der P. 404/3 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 258, bish. Bes. Barbara Gündl, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Aug. 1916.

" " Unter-Sievering, Teil der P. 405/1 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 259, bish. Bes. Franz Rieder, Elisabeth Rieder, Josefa Rieder, je 1/3, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Aug. 1916.

" " Unter-Sievering, Teil von P. 332/2 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 277, bish. Bes. Adolf Böse, Franziska Böse je 1/2, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Okt

XIX. Bez., Unter-Sievering, Teil von P. 473 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 297, bish. Bes. Adolf Micheroli, Philippine Micheroli, je ½, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Aug. 1916.

" " Unter-Sievering, Teil von P. 410 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 308, bish. Bes. Franz Rieder, Josefa Rieder, Elisabeth Rieder, je ⅓, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Aug. 1916.

" " Unter-Sievering, Teil von P. 481 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 312, bish. Bes. Franz Rieder, Josefa Rieder, Elisabeth Rieder, je ⅓, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Aug. 1916.

" " Unter-Sievering, Teil von P. 425 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 315, bish. Bes. Hubert Dietl, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Aug. 1916.

" " Unter-Sievering, Teil von P. 326 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 385, bish. Bes. Marie Wilfinger, Alois Wilfinger, m. Wilhelmine Wilfinger, Antonia Wilfinger, Karl Wilfinger, Rosa Wilfinger, Pauline Wilfinger, Josef Wilfinger, Franz Wilfinger, Ferdinand Wilfinger, Marie Wilfinger, Elisabeth Wilfinger, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Aug. 1916.

" " Unter-Sievering, Teil von P. 325 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 386, bish. Bes. Marie Wilfinger, Alois Wilfinger, m. Wilhelmine Wilfinger, Antonia Wilfinger, Karl Wilfinger, Rosa Wilfinger, Pauline Wilfinger, Josef Wilfinger, Franz Wilfinger, Ferdinand Wilfinger, Marie Wilfinger, Elisabeth Wilfinger, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Aug. 1916.

" " Unter-Sievering, Teil von P. 330/4 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 398, bish. Bes. Jakob Czerny, Anna Czerny, je ½, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Aug. 1916.

" " Unter-Sievering, Teil von P. 449 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 423, bish. Bes. Hubert Dietl, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Aug. 1916.

" " Unter-Sievering, Teil von P. 452 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 489, bish. Bes. Johann Gwiggner, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Aug. 1916.

" " Unter-Sievering, Teil von P. 405/2 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 605, bish. Bes. Josefa Rieder, Franz Rieder, Elisabeth Rieder, je ⅓, grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 19. Aug. 1916.

" " Unter-Sievering, P. 258/3 Weingarten, P. 258/4 Acker, E.-Z. 627, bish. Bes. Leopold Kirch ⅙, grdb. übertr. an m. Theresia Kirch, m. Leopoldine Kirch, je ½, am 31. Okt. 1916.

" " Unter-Sievering, Teil von P. 333/2 in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 674, bish. Bes. Adolf Böse, Franziska Böse, je ½, grdb. übert. an die Gemeinde Wien, am 19. Aug. 1916.

XXI. Bez., Donaufeld, P. 1320/17, 1320/16, 1320/1, 1320/2, 1320/15, 1320/7, 1320/57, 1320/59, 1320/62, 1319/1, 1319/2, 1319/3, 1319/4, 1320/60, 1320/61 in E.-Z. 917 übertragen, E.-Z. 837, bish. Bes. Adolf Spitzer, grdb. übertr. an den Verein chemische Fabriken Kreidl, Heller & Komp., am 31. Okt. 1916.

" " Donaufeld, P. 1320/6, 1320/8 in E.-Z. 917 übertragen, E.-Z. 844, bish. Bes. Heinrich Koch, grdb. übertr. an den Verein chemische Fabriken Kreidl, Heller & Komp., am 31. Okt. 1916.

" " Donaufeld, P. 1320/14, 1320/4, 1320/12, 1320/3, 1320/13 in E.-Z. 917 übertragen, E.-Z. 845, bish. Bes. Katharina Waldmann, grdb. übertr. an den Verein chemische Fabriken Kreidl, Heller & Komp., am 31. Okt. 1916.

" " Donaufeld, P. 1298/1, 1298/2, 1297/4, 1296/1, E.-Z. 847, bish. Bes. Wilhelm Spitzer, grdb. übertr. an den Verein chemische Fabriken Kreidl, Heller & Komp., am 2. Nov. 1916.

" " Donaufeld, P. 1297/1 Acker, E.-Z. 848, bish. Bes. Heinrich Koch, grdb. übertr. an den Verein chemische Fabriken Kreidl, Heller & Komp., am 31. Okt. 1916.

" " Donaufeld, P. 1298/3, 1298/4, E.-Z. 849, bish. Bes. Katharina Waldmann, grgdb. übertr. an den Verein chemische Fabriken Kreidl, Heller & Komp., am 31. Okt. 1916.

" " Donaufeld, P. 1320/5, 1320/11, 1320/10, 1320/9 in die E.-Z. 917 übertragen, E.-Z. 879, bish. Bes. Rudolf Kreilsheim, grdb. übertr. an den Verein chemische Fabriken Kreidl, Heller & Komp., am 31. Okt. 1916.

" " Donaufeld, P. 1298/5, E.-Z. 880, bish. Bes. Rudolf Kreilsheim, grdb. übertr. an den Verein chemische Fabriken Kreidl, Heller & Komp., am 31. Okt. 1916.

" " Floridsdorf, P. 239/1 Garten, E.-Z. 433, bish. Bes. Anton Schwaiger, grdb. übertr. an Julius Schwaiger, Josef Michael Schwaiger, Norbert Schwaiger, Franziska Krupka, Christine Smitel, je ⅕, am 2. Okt. 1916.

XXI. Bez., Groß-Jedlersdorf I, P. 1470, 1471 Äcker, E.-Z. 256, bish. Bes. Josef Klager, Cäcilie Klager, je ⅛, grdb. übertr. an Rosa Richter, Marie Wizencz, je 2/20, Therese Fitz 1/20, am 11. Okt. 1916.

" " Groß-Jedlersdorf I, P. 1464, 1465, 360/1, 360/2, 580, 382, 383, 1484, 1585 Äcker, E.-Z. 392, bish. Bes. Josef Klager, Cäcilie Klager, je ⅛, grdb. übertr. an Rosa Richter, Marie Wizencz, Therese Fitz, zus. ¼, am 11. Okt. 1916.

" " Groß-Jedlersdorf I, P. 598/1, 598/12 Äcker, E.-Z. 979, bish. Bes. Josef Klager, Cäcilie Klager, je ⅛, grdb. übertr. an Rosa Richter, Marie Wizencz, Therese Fitz, je ¼, am 11. Okt. 1916.

" " Groß-Jedlersdorf II, P. 1009 Acker, E.-Z. 385, bish. Bes. Josef Klager, Cäcilie Klager, je ⅛, grdb. übertr. an Rosa Richter, Marie Wizencz, Therese Fitz, zus. ¼, am 11. Okt. 1916.

" " Groß-Jedlersdorf II, P. 527 Acker, E.-Z. 2, bish. Bes. Johann Christ, grdb. übertr. an Kamilla Heller, am 9. Okt. 1916.

" " Groß-Jedlersdorf II, P. 111/8 Acker, in das öffentliche Gut übertragen, E.-Z. 483, bish. Bes. Hofherr & Schrantz, Clayton Shuttleworth, landwirtschaftliche Maschinenfabrik, A.-G., grdb. übertr. an die Gemeinde Wien, am 3. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf II, P. 658/2 Acker, E.-Z. 393, bish. Bes. Georg Mautner Ritter v. Markhof ½, grdb. übertr. an Theodor Mautner Ritter v. Markhof, am 7. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf II, P. 658/3 Acker, E.-Z. 394, bish. Bes. Georg Mautner Ritter v. Markhof ½, grdb. übertr. an Theodor Mautner Ritter v. Markhof, am 7. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf II, P. 658/4 Acker, E.-Z. 395, bes. bish. Georg Mautner Ritter v. Markhof ½, grdb. übertr. an Theodor Mautner Ritter v. Markhof, am 7. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf II, P. 658/5 Acker, E.-Z. 396, bish. Bes. Georg Mautner Ritter v. Markhof ½, grdb. übertr. an Theodor Mautner Ritter v. Markhof, am 7. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf II, P. 658/6 Acker, E.-Z. 397, bish. Bes. Georg Mautner Ritter v. Markhof ½, grdb. übertr. an Theodor Mautner Ritter v. Markhof, am 7. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf II, P. 658/7 Acker, E.-Z. 398, bish. Bes. Georg Mautner Ritter v. Markhof ½, grdb. übertr. an Theodor Mautner Ritter v. Markhof, am 7. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf II, P. 658/8 Acker, E.-Z. 399, bish. Bes. Georg Mautner Ritter v. Markhof ½, grdb. übertr. an Theodor Mautner Ritter v. Markhof, am 7. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf II, P. 658/9 Acker, E.-Z. 400, bish. Bes. Georg Mautner Ritter v. Markhof ½, grdb. übertr. an Theodor Mautner Ritter v. Markhof, am 7. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf II, P. 658/20 Acker, E.-Z. 401, bish. Bes. Georg Mautner Ritter v. Markhof ½, grdb. übertr. an Theodor Mautner Ritter v. Markhof, am 7. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf II, P. 658/11 Acker, E.-Z. 402, bish. Bes. Georg Mautner Ritter v. Markhof ½, grdb. übertr. an Theodor Mautner Ritter v. Markhof, am 7. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf II, P. 658/12 Acker, E.-Z. 403, bish. Bes. Georg Mautner Ritter v. Markhof, ½, grdb. übertr. an Theodor Mautner Ritter v. Markhof, am 7. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf II, P. 658/13 Acker, E.-Z. 404, bish. Bes. Georg Mautner Ritter v. Markhof ½, grdb. übertr. an Theodor Mautner Ritter v. Markhof, am 7. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf II, P. 658/14 Acker, E.-Z. 405, bish. Bes. Georg Mautner Ritter v. Markhof, ½, grdb. übertr. an Theodor Mautner Ritter v. Markhof, am 7. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf II, P. 658/15 Acker, E.-Z. 406, bish. Bes. Georg Mautner Ritter v. Markhof ½, grdb. übertr. an Theodor Mautner Ritter v. Markhof, am 7. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf II, P. 658/16 Acker, E.-Z. 407, bish. Bes. Georg Mautner Ritter v. Markhof ½, grdb. übertr. an Theodor Mautner Ritter v. Markhof, am 7. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf II, P. 658/17, Acker, E.-Z. 408, bish. Bes. Georg Mautner Ritter v. Markhof ½, grdb. übertr. an Theodor Mautner Ritter v. Markhof ½, am 7. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf II, P. 658/18, Acker, E.-Z. 409, bish. Bes. Georg Mautner Ritter v. Markhof ½, grdb. übertr. an Theodor Mautner Ritter v. Markhof ½ am 7. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf II, P. 658/19, Acker, E.-Z. 410, bish. Bes. Georg Mautner Ritter v. Markhof ½, grdb. übertr. an Theodor Mautner Ritter v. Markhof ½, am 7. Okt. 1916.

" " Jedlersdorf II, P. 658/20, Acker, E.-Z. 411, bish. Bes. Georg Mautner Ritter v. Markhof ½, grdb. übertr. an Theodor Mautner Ritter v. Markhof ½, am 7. Okt. 1916.

" " Jedlesee, P. 313/3, Acker, E.-Z. 212, bish. Bes. Barbara Wolk, grdb. übertr. an Marie Hron, Anna Krutina, Barbara Feil, m. Elisabeth Wolk, Karl Wolk, je ⅕, am 7. Okt. 1916.

" " Kagran, P. 852/3 Bauarea, P. 852/1 Acker, P. 852/2, 853/1, 853/2 Gärten, E.-Z. 301, bish. Bes. Ignaz Klein ⅓, grdb. übertr. an Josef Klein, m. Franz Klein, je ⅙, am 15. Okt. 1916.

XXI. Bez., Kagran, P. 1043/17, 1043/18 Baustelle, E.-Z. 733, bish. Bes. Franz Kurzweil, grdb. übertr. an die Firma Löwit & Komp., am 14. Okt. 1916.

" " Kagran, P. 1043/21 Baustelle, E.-Z. 734, bish. Bes. Franz Kurzweil, grdb. übertr. an die Firma Löwit & Komp., am 14. Okt. 1916.

" " Kagran, P. 1043/24 Baustelle, E.-Z. 735, bish. Bes. Franz Kurzweil, grdb. übertr. an die Firma Löwit & Komp., am 14. Okt. 1916.

" " Leopoldau, P. 2321/1, 2322/2 Äcker, E.-Z. 809, bish. Bes. Josef Klager, Cäcilie Klager, je 1/2, grdb. übertr. an Rosa Richter 2/20, Marie Wizenez 2/20, Theresia Fitz 1/20, am 11. Okt. 1916.

" Stadlau, P. 506 in E.-Z. 313/Stall übertragen, E.-Z. 88, bish. Bes. Hans Oberleuthner, Johann Bauer, Barbara Bauer, Marie Oberleuthner, je 1/6, Johann Genoch 1/2, grdb. übertr. an die Erste Wiener Export-Malzfabrik Hauer & Sobotka, am 3. Okt. 1916.

" " Stadlau, P. 507/1 in E.-Z. 313/Stall übertragen, E.-Z. 90, bish. Bes. Hans Oberleuthner, Johann Bauer, Barbara Bauer, Marie Oberleuthner, je 1/6, Johann Genoch 1/2, grdb. übertr. an die Erste Wiener Export-Malzfabrik Hauer & Sobotka, am 3. Okt. 1916.

" " Stadlau, P. 508/3, E.-Z. 313, bish. Bes. Hans Oberleuthner, Johann Bauer, Barbara Bauer, Marie Oberleuthner, Johann Genoch, grdb. übertr. an die Erste Wiener Export-Malzfabrik Hauer & Sobotka, am 3. Okt. 1916.

" " Stadlau, P. 471/14, 471/15 Äcker, E.-Z. 336, bish. Bes. die Firma J. Odelga, grdb. übertr. an die Firma Vinzenz Wagner, Wien-Stadlau, am 26. Okt. 1916.

" " Strebersdorf, P. 563/2, 546/1, 505, E.-Z. 17, bish. Bes. Johann Berger, Anna Berger, je 1/2, grdb. übertr. an Alfred Götzl, Paul Götzl, je 1/2, am 7. Okt. 1916.

" " Strebersdorf, P. 509, 489 Äcker, E.-Z. 571, bish. Bes. Josef Klager jun., grdb. übertr. an Alfred Götzl, Paul Götzl, je 1/2, am 10. Okt. 1916.

" " Strebersdorf, P. 539 Acker, E.-Z. 590, bish. Bes. Karl Nemec, Therese Nemec, je 1/2, grdb. übertr. an Alfred Götzl, Paul Götzl, je 1/2, am 3. Okt. 1916.

" " Strebersdorf, P. 489/2 in die neue E.-Z. 703 Strebersdorf übertragen, E.-Z. 162, bish. Bes. Elise Wallenfels, Karoline Genauck, Franziska Graef, je 1/3, grdb. übertr. an Alfred Götzl, Paul Götzl, je 1/2, am 23. Okt. 1916.

" " Strebersdorf, P. 540/1 Acker, E.-Z. 183, bish. Bes. Josef Herzog, grdb. übertr. an Alfred Götzl, Paul Götzl, je 1/2, am 26. Okt. 1916.

" " Strebersdorf, P. 494 Acker, E.-Z. 333, bish. Bes. Leopoldine Kargelmayer, grdb. übertr. an Alfred Götzl, Paul Götzl, je 1/2, am 3. Okt. 1916.

" " Strebersdorf, P. 540/2, 490 Äcker, E.-Z. 416, bish. Bes. Marie Ruschko, grdb. übertr. an Alfred Götzl, Paul Götzl, je 1/2, am 9. Okt. 1916.

" " Strebersdorf, P. 493 Acker, E.-Z. 499, bish. Bes. Karl Puffer, grdb. übertr. an Alfred Götzl, Paul Götzl, je 1/2, am 10. Okt. 1916.

" " Strebersdorf, P. 497 Acker, E.-Z. 527, bish. Bes. Josef Klager jun., grdb. übertr. an Alfred Götzl, Paul Götzl, je 1/2, am 10. Okt. 1916.

" " Strebersdorf, P. 481, 478 Äcker, E.-Z. 691, bish. Bes. Marie Sakuler, grdb. übertr. an Alfred Götzl, Paul Götzl, je 1/2, am 7. Okt. 1916.

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

(Siehe Stadtrats-Sitzungs-Protokoll.)

Abtragung der alten Bestände auf den Liegenschaften XII., Wilhelmstraße 20 und Rauchgasse 15.

Träger Georg — Aufzahlung 50 K an die Gemeinde.

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

25. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Krycer Josef — Marktviktualienhandel — IV., Naschmarkt.

Bachner Siegfried — Wäschewaren-Erzeugung — IV., Margaretenstraße 5

Zimmermrnn Karl Walter — Handelsagentur — IV., Kettenbrückengasse 12.

Hödl Anna — Marktviktualienhandel — IV., Naschmarkt.

Schein Schulim — Speditionsgewerbe — II., Untere Augartenstraße 8.

Andre Leopold — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XI., Beehmstraße 3.

Wolfram Wolf Georg — Faßbindergewerbe — XVI., Friedrich Kaiser-Gasse 43.

Görner Therese — Antiquitätenhandel — XVI., Starkenburggasse 52.

Klepner Gisela — Verabreichung von Speisen und Ausschank von Bier und Wein — I., Spiegelgasse 10.

Taborsky Katharina — Marktviktualienhandel — VII., Burggasse 78.

Narpat Franz — Handel mit Holz — VII., Neustiftgasse 53.

Berger Heinrich — Imprägnierung von Schuhsohlen — VII., Mondscheingasse 10.

Duffner Lina — Verschleiß mit Gold-, Silber- und Pelzwaren — VII., Schottenfelgasse 78.

Krusius Pauline — Lebensmittelhandel (beschränkt) — VII., Neustiftgasse 7.

„Tesetila", Textilprodukte, G. m. b. H. — Handel mit Textilerzeugnissen, deren Rohstoffe und Fabriksabfälle — I., Strauchgasse 1.

Offene Handelsgesellschaft Rudolf Grebner — Gemischtwarenhandel im Großen — IV., Heumühlgasse 8.

Offene Handelsgesellschaft Buch- und Steindruckergewerbe Brüder Mändl — Konzession für das Buchdruckergewerbe — VII., Apollogasse 14.

Offene Handelsgesellschaft Buch- und Steindruckerei Brüder Mändl — Konzession für das Steindruckergewerbe — VII., Apollogasse 14.

Weiß Franziska — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 1305 — XV., Westbahnhof, Mariahilfergürtel.

Weiß Franziska — Personentranspot mit dem Einspännerwagen Nr. 679 — X., Süd- und Ostbahnhof.

Weiß Franziska — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 443 — III., Neulinggasse 28.

Groß Regina — Handel mit Leder — XV., Kranzgasse 24.

Lorenzi Zeno — Scharfschleifergewerbe — XV., Märzstraße 9.

Prodel Anna — Lebensmittelhandel (beschränkt) — III., Erdbergstraße 2.

Riedl Anna — Wäscherolle und Putzerei — III., Hetzgasse 40.

Speiser Ciwie — Handel mit Bekleidungsartikeln — III., Fasangasse 42.

Rady Marie — Handel mit Hadern und Tuchresten — XVII., Schumanngasse 166.

Rudofsky Franz — Viktualienhandel — XVII., Hernalser Hauptstraße 153.

* * *

27. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Weiß Erna — Handel mit Zuckerwaren — I., Wipplingerstraße 29.

Hohenstein Dora — Speditionsgewerbe — I., Jedlitzgasse 5.

Moreno Melanie — Handel mit Herren- und Damenmodeartikeln — III., Landstraßer Hauptstraße 21.

Diker Madko-Selig — Lebensmittel-Verschleiß — XX., Klosterneuburgerstraße 60.

Spiro Juda, Alleininhaber der Firma J. Spiro — Gemischtwarenhandel — II., Stephaniestraße 3.

Brzybohaty Franziska — Wirkwaren-Erzeugung — XVII., Dornbacherstraße 80.

Hrbacek Stephanie — Handel mit alten und neuen Tuchabfällen — XVII., Hernalser Hauptstraße 191 a.

Hander Aloisia — Musikergewerbe — XVIII., Abt Karl-Gasse 12.

Käfer Cäcilie — Gemischtwaren-Verschleiß — XXI., Anton Störek-Gasse 84.

Schuberth Franziska — Handel mit Salz- und Gewürzbüchsen — XVI., Bachgasse 40.

Spitzer Cäcilie — Handel mit Woll- und Tuchabfällen — XVI., Neulerchenfelderstraße 39.

Figl Magdalena — Fragnergewerbe — XVI., Gaullachergasse 8.

Janicek Therese — Ein- und Verkauf von Woll- und Tuchabfällen und Alteisen — XVI., Kirchstetterngasse 47.

Dolezel Barbara — Marktfahrergewerbe — XVI, Richard Wagner-Platz 7.
Christa Anna — Marktviktualien-Verschleiß — XVI., Yppenplatz, Stand 96.
Körner Bassia — Handel mit Tee im Großen — II., Haidgasse 7.
Bali Faim, Alleininhaber der Firma Faim Bali — Gemischtwaren-Großhandel — II., Negerlegasse 6.
Nebel Amor — Handel mit Buchbindereiartikeln — VII., Schottenfeldgasse 6.
Keßler Eidel — Gemischtwarenhandel — III., Matthäusgasse 14.
Haas Ezechiel — Handel mit Bettfedern — XXI., Immengasse 14.
Juda Hersch Nachbar — Handel mit Tuch- und Baumwollabfällen — VIII., Lederergasse 22.
Steckel Jakob — Handel mit Woll- und Tuchabfällen — XVI., Grundsteingasse 66.
Gnapp Friedrich — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVI., Grundsteingasse 14.
Adler Alfons — Kleinfuhrwerksgewerbe — I., Schottenring 23.
Pochop Ladislaus — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — VII., Lindengasse 25.
Mayer Rosenblüh — Handel mit Butter und Eiern — VII., Seidengasse 15.
Spira Schiman — Handel mit Lebensmitteln beschränkt — II., Scholzgasse 12.
Hirschfeld Simon — Erzeugung von Sohlenschonern — II., Taborstraße 8.
Grün Siegmund Salomon Leon — Handelsagentur — II., Obere Donaustraße 43.
Hayek Siegmund — Handel mit Schuhwaren — XIV., Sechshauserstraße 11.
Zlatkovsky Franz — Lebensmittel-Verschleiß — XVI., Odoakergasse 32.
Link Adolf — Handel mit Woll- und Tuchabfällen — XVI, Redtenbachergasse 3.
Sittenthaler Therese — Pachtbetrieb des Gast- und Schankgewerbes des Karl Zawadil — XVIII., Paulinengasse 7.
Glaser Therese — Witwenfortbetrieb des Gast- und Schankgewerbes nach dem verstorbenen Gatten Franz Glaser — I., Landesgerichtsstraße 6.
Marder Julius — Handel mit Säcken und Tuchabfällen — X., Scholzgasse 12.

* * *

28. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Kuta Franz — Herrenkleidermacher — VI., Engelgasse 8.
Schebsel Bloch, Alleininhaber der Firma Schebsel Bloch — Handel mit allen im freien Verkehre gestatteten Waren — VI., Mollardgasse 70.
Weinberg Leopold — Bank- und Börsekommissionsgeschäft — XVIII., Karl Ludwig-Straße 40.
Dorfinger Leopoldine — Viktualienhandel — XVIII., Dittesgasse 2.
Taußky Friedrich — Handel mit landwirtschaftlichen Produkten — XVIII., Karl Ludwig-Straße 52.
Klempfner-Klempton Hermann — Gemischtwarenhandel im Großen — XVIII., Scheibenbergstraße 16.
Marku Paul — Erzeugung von Taschenpudersackelchen — XVIII., Gentzgasse 56.
Lilien Nesi — Damenkleidermachergewerbe — II., Arnetzhoferstraße 9.
Gottlieb Leiser — Fleischhauer — II., Haidgasse 2.
Zekl Marie — Gast- und Schankgewerbe — I., Rotenturmstraße 21.
Rosen Olympi Albert — Elektrotechnische Konzession — III., Paracelsiusgasse 8.
Rzymann Josef — Schlosser — XII., Erlgasse 21.
Kudelka Therese — Kleidermachergewerbe — VII., Lerchenfelderstraße 73.
Osika Franz jun. — Tischler — XII., Tivoligasse 44.
Löbl Man — Gemischtwarenhandel — IX., Mariannengasse 28.
Schub Karl — Gemischtwarenhandel — IX., Kinderspitalgasse 14.
Weinberger Josef — Bank- und Kommissionsgeschäft — IX., Kolingasse 20.
Groyer Josef — Handelsagentie — IX., Gießergasse 8.
Fuchs Alfred — Viktualienhandel — XVI., Wichtelgasse 5.
Wang Benjamin — Schuhwarenhandel — II., Leopoldgasse 2 a.
Goldhaber Salomon falsc Ampel — Schuhwarengroßhandel — II., Taborstraße 36.
Pilpel Eisig falsc Kamil, Alleininhaber der Firma E. Kamil — Leder- und Schuhhandel — II., Große Mohrengasse 27.
Koch Johann — Erzeugung von Schuhpasta — XII., Ratschkygasse 4.
Mohr Josef — Handel mit Uhren, Juwelen und Goldwaren — XII. Aichholzgasse 11.
Floh Karl — Gemischtwarenhandel — XII., Singrienergasse 20.
Kohn Samuel — Handel mit alten Tuchabfällen — XII., Gierstergasse 11.
Bernstein Leib — Handelsagentur — II., Franzensbrückenstraße 19.
Ludwig Anton — Kleinfuhrwerksgewerbe — XI., Simmeringer Hauptstraße 25.
Eisenbach Rudolf — Gemischtwarenhandel — I., Opernring 7.
Leibil Jetti — Handel mit Schuhen und Leder — VII., Schottenfeldgasse 89.
Geiger Leonore — Geflügelhandel — VII., Zieglergasse 36.
Bibring Sarah — Handel mit Hadern und Tuchabfällen — XII., Wertheimsteingasse 1.
Fischer Rosalia — Handel mit Hadern und Stoffabfällen — XII., Schönbrunnerstraße 200.
Sternlieb Antonia — Handel mit Hadern und Wollabfällen — XIV., Grimmgasse 4.
Filz Barbara — Verschleiß von Viktualien — XI., Döblerhofstraße 2
Zmeskal Aloisia — Kleinfuhrwerksgewerbe — XI., Rinnböckstraße 47.
Zalud Käthe — Handel mit Parfümerien — I., Graben 13.
Aschenbrenner & Werner, G. m. b. H. — Fabriksmäßige Erzeugung von Hutaufputzartikeln — VII., Neubaugasse 36.
Weiß Leopold — Kleidermachergewerbe — II., Mayergasse 14.
Täubler Magdalena — Fragnergewerbe — IV., Heumühlgasse 14.
Farago Heinrich — Kaffeesiedergewerbe — IV., Wiednergürtel 24.
Ratzersdorfer Siegmund — Handel mit Antiquitäten, Ölgemälden und Aquarellen — II., Gußhausstraße 21.
Konvalin Alois — Fleischhauer — IV., Naschmarkt.
Eckl Josef — Lebensmittelhandel beschränkt — IV., Favoritenstraße 34.
Morgenstern Laura — Handel mit Abfällen von Neutuch — VI., Mollardgasse 36.
Better Jakob — Handelsagentie — VI., Gumpendorferstraße 63.
Schwarzbard Thekla — Viktualienhandel — III., Hainburgerstraße 39.
Hochspannungsapparate-Baugesellschaft m. b. H., Heide & Komp. — Fabriksmäßige Erzeugung feinmechanischer Artikeln — IV., Schönburgstraße 17.
Domboritz Alois — Kleinfuhrwerksgewerbe — II., Am Tabor 30.

* * *

29. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Blau Samuel, Alleininhaber der Firma Blau Samuel — Geflügelhandel — II., Markt, Im Werd.
Juffe Lasar — Handel mit Schnittwaren — II., Schönngasse 13.
Offene Handelsgesellschaft Leitner Adolf & Bruder — Handel mit Pappen- und Papierabfällen — II., Untere Donaustraße 39.
Eckel Agnes — Gast- und Schankgewerbe — II., Obermüllnerstraße 17.
Perscheid Anna — Photographengewerbe — III., Paracelsusgasse 6.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Kriegsanleihe 2705
Stadtrat:
Sitzungen des Stadtrates 2706
Bezirksvertretungen:
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden vom 14. November 1916 2706
Bericht über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring vom 29. November 1916 2707
Allgemeine Nachrichten:
K. k. Bezirksschulrat 2708
Lebensmittelverkehr:
Jung- und Stechviehmarkt vom 18. und 22. Dezember 1916 2708
Borstenviehmarkt vom 19. und 21. Dezember 1916 2709
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 22. Dezember 1916 2709
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 23. Dezember 1916 2710
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 23. bis 25. Dezember 1916 . . . 2710
Realitäten-Verkehr in Wien vom 1. bis 31. Oktober 1916 2710
Baustellen-Verkehr in Wien vom 1. bis 31. Oktober 1916 2715
Städtische Arbeiten und Lieferungen:
Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen 2719
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 2719
Kundmachungen.

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Lainz vorm J. B. Wallishausser.

Kundmachungen.

M. Abt. XIX, 1512.

Kundmachung.

(Offenhaltung der Reichsratswählerlisten der 33 Wiener Wahlbezirke zu jedermanns Einsicht.)

Gemäß § 11, letzter Absatz der Reichsratswahlordnung sind die Wählerlisten mindestens in doppelter Ausfertigung anzulegen und ist eine Ausfertigung derselben nach Abschluß der Wahlhandlung von dem Gemeindevorsteher in Evidenz und am Schlusse jedes Jahres während einer kundzumachenden Frist von acht Tagen zu jedermanns Einsicht offen zu halten.

Dieser Bestimmung der Reichsratswahlordnung gemäß wird folgendes zur öffentlichen Kenntnis gebracht:

Die den allgemeinen Wahlen der Reichsrats-Abgeordneten der 33 Wiener Wahlbezirke am 13. Juni 1911, beziehungsweise Ergänzungswahlen im VII. Wahlbezirke (III. Gemeindebezirk Landstraße, 1. Teil) am 24. September 1912 und im VI. Wahlbezirke (II. Gemeindebezirk, 2. Teil) am 8. Oktober 1913 zugrunde gelegenen und seitdem in Evidenz gehaltenen Wählerlisten werden acht Tage hindurch, **nämlich vom 24. bis einschließlich 31. Dezember 1916** täglich während der gewöhnlichen Amtsstunden, das ist an Sonn- und Feiertagen von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags und an den übrigen Tagen von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags, und zwar die Listen sämtlicher 33 Wiener Wahlbezirke im Zentral-Wahl- und Steuerkataster, I., Neues Rathaus, VIII. Stiege, Hochparterre, zu jedermanns Einsicht offen gehalten.

Wien, am 23. Dezember 1916. 1—1

Der Bürgermeister:
Dr. Richard Weiskirchner.

M. Abt. XIII, 6586/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Josef Kopetzky'sche Stiftung

für einen Kanzlisten oder Diurnisten des Wiener Magistrates.

Verliehen wird: Ein Betrag von 80 K als Kurkostenbeitrag oder als Unterstützung für den Fall der Rekonvaleszenz.

Zur Bewerbung sind berufen: Kanzlisten und Diurnisten des Wiener Magistrates.

Dem Gesuche sind beizulegen: Eine armenärztliche Bestätigung über die Kurbedürftigkeit oder Rekonvaleszenz und Mittellosigkeitszeugnis.

Einreichungsfrist: **Bis 30. Dezember 1916.**

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 5. November 1916.

M. Abt. XIII, 6850/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Erzherzog Rainer-Stiftung

für verarmte Bürger-Ehepaare.

Am 21. Februar 1917 gelangen die verfügbaren Zinsen des Stiftungskapitales an verarmte Wiener Bürger-Ehepaare zur Verleihung, welche im Kalenderjahre 1916 das diamantene, beziehungsweise — wenn solche Ehepaare nicht vorhanden sind — das goldene Hochzeitsfest gefeiert haben.

In Ermanglung von Bürger-Ehepaaren können auch andere in Wien heimatberechtigte und daselbst wohnhafte verarmte Ehepaare des Stiftungsgenusses teilhaftig werden, welche im Jahre 1916 das diamantene, beziehungsweise — wenn auch solche Ehepaare nicht vorhanden sind — das goldene Hochzeitsfest gefeiert haben.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein und Bürgerrechts-Dekret, beziehungsweise Heimatschein des Gatten.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 30. Dezember 1916.**

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 20. November 1916.

M. Abt. XIII, 7207/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Max Springer'sche Stiftung

für Angehörige der arbeitenden und dienenden Klasse.

Zur Verleihung gelangen: 6700 K in 25 gleichen Teilbeträgen.

Zur Bewerbung sind berufen: Angehörige der arbeitenden und dienenden Klasse, welche in Wien geboren oder dorthin zuständig sind und welche durch Alter, Krankheit oder Unglücksfälle arbeitsunfähig geworden sind.

Dem Gesuche sind beizulegen: Der Nachweis, daß der Bewerber der dienenden oder arbeitenden Klasse angehört oder angehört hat, Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, armenärztliches Zeugnis über die Arbeitsunfähigkeit, Impfnachweis aus den letzten sechs Jahren.

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungsfrist: **Bis 13. Jänner 1917.**

Verleihungstag: 13. April 1917.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 20. November 1916. 3—3

*

M. Abt. XIII, 6225/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Georg Rittmann'sche Stiftung.

Am 1. Februar 1917 gelangen die Interessen der Georg Rittmann'schen Stiftung im Betrage von 1800 K in Teilbeträgen zu 60 K zur Verteilung.

Zur Bewerbung um diese Stiftung sind berufen alle nach Wien zuständigen, im VI. oder VII. Gemeindebezirke durch mindestens ein Jahr wohnhaften, durch Unglücksfälle verarmten, wegen Alters oder Körpergebrechen arbeitsunfähigen, selbständigen oder selbständig gewesenen Gewerbsleute (Meister) und deren Witwen ohne Unterschied der Religion, welche mit keiner oder höchstens mit einer dauernden Unterstützung von 6 K pro Monat beteilt sind, in Ermanglung solcher Bewerber aber auch jene den übrigen vorbezeichneten Anforderungen entsprechenden, welche im Genusse eines Erhaltungsbeitrages monatlicher 8 K stehen.

Die zum Stiftungsgenusse Berufenen werden hiemit aufgefordert, sich in der Zeit **vom 2. bis einschließlich 20. Jänner 1917 an einem Werktage zwischen 10 und 12 Uhr vormittags** ohne Gesuch, jedoch unter Mitbringung eines legalen Armutszeugnisses, in welchem, wenn sie durch Unglücksfälle verarmt sind, dieser Umstand bestätigt sein muß, des Zuständigkeitsausweises, des Tauf(Geburt)scheines, des letzten Zahlungsauftrages über die allgemeine Erwerbsteuer, des polizeilichen Meldungszettels, eventuell des Totenzettels des Gatten, des Gewerbezurücklegungs-Ratschlages, des etwaigen Bezugsbüchels für die dauernde Unterstützung, und, wenn sie sich auf ihre Erwerbsunfähigkeit infolge Alters oder Körpergebrechens berufen, auch eines armenärztlichen Pareres hierüber und des Impfnachweises aus den letzten sechs Jahren in der Magistrats-Abteilung XIII einzufinden und daselbst ihre Bitte mündlich anzubringen.

Auf schriftlich eingebrachte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 20. November 1916.

M. Abt. XIII, 6041/16. Selbständiger Wirkungskreis.

Invalidenstiftung

der Gemeinden des ehemaligen Gerichtsbezirkes Hietzing mit Ausschluß von Inzersdorf.

Zur Besetzung gelangen zwei Stiftplätze im Betrage von je 200 K jährlich.

Zur Bewerbung sind berufen: Gewesene Soldaten im Range vom Feldwebel abwärts, welche nach Wien zuständig sind, im Gebiete des XIII. Bezirkes oder der gegenwärtig dem XII. Bezirke einverleibten ehemaligen Gemeinden Hetzendorf und Altmannsdorf wohnen oder gewohnt haben und während eines Krieges oder infolge desselben krüppelhaft und dadurch arbeitsunfähig geworden oder überhaupt arbeitsunfähig der Versorgung bedürftig sind.

Der Beteilte hat den ihm verliehenen Stiftplatz lebenslänglich zu genießen, insolange die oben genannten Bedingungen der Verleihung vorhanden sind.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein und Nachweis über die Eigenschaft als Militärinvalide.

Einreichungsfrist: **Bis 30. Dezember 1916.**

Einreichstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 11. Oktober 1916.

M. Abt. XIII, 7449/16.

Johann Georg Ferdinand v. Stein'sches Stipendium

für Gymnasialschüler.

Laut Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 11. November 1916, Z. IX-2152, verlautbart im Amtsblatte zur „Wiener Zeitung" vom 17. November 1916, gelangt vom Studienjahre 1916/17 angefangen aus der Johann Georg Ferdinand v. Stein'schen Studentenstiftung ein Stipendium jährlicher 400 K für das erste Jahr und von 600 K für die folgenden Jahre auf die Dauer der Gymnasial- und der sich anschließenden Hochschulstudien zur Verleihung.

Anspruch auf dieses Stipendium haben mittellose Söhne von Gemeinderäten der Stadt Wien, von Konzeptsbeamten des Wiener Magistrates und von verdienten Wiener Bürgern, welche das Gymnasium besuchen und bereits die erste Gymnasialklasse mit günstigem Erfolge absolviert haben.

Bewerber um dieses Stipendium haben ihre vorschriftsmäßig belegten Gesuche **spätestens bis 31. Dezember 1916** nur bei der k. k. n.-ö. Statthalterei in Wien einzubringen.

Bezüglich der Ausstattung der Gesuche wird auf die Vorschriften der auch in der Magistrats-Abteilung XIII zur Einsichtnahme aufliegenden Statthalterei-Kundmachung aufmerksam gemacht.

Vom Wiener Magistrate, Abteilung XIII,
im Dezember 1916. 2—2

Zur kulanten Besorgung aller im KURSBLATTE notierten Effekten und Valuten bestens empfohlen.

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz Nr. 11.
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 104. Freitag den 29. Dezember 1916. Jahrgang XXV.

Bezugspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
„ „ ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367 **Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.**

Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1, Stock, Stiege IV.

Für den **Buchhandel** in Kommission bei **Gerlach & Wiedling**, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei **Haasenstein & Vogler A.-G.**, I., Schulerstraße 11.

Ehrentafel

Von den im Felde stehenden Beamten, Lehrern und Angestellten der Gemeinde Wien haben militärische Auszeichnungen erhalten:

Das Silberne Verdienstkreuz mit der Krone am Bande der Tapferkeits-Medaille:

Oskar Fiedler, Rechnungsbeamter der städt. Gasw., Landst.-Rechnungs-Unteroffizier I. Kl. beim k. u. k. I. Armee-Kommando.

Theodor Gaßner, Buchhaltungsbeamter der städt. Elektr.-Werke, Rechnungs-Unteroffizier I. Kl. beim k. u. k. Eisenbahn-Regiment.

Ferdinand Hartel, Schaffner der städt. Straßenb., Feldwebel beim Sappeur-Bat. Nr. 14.

Franz Havel, Schlosser der städt. Straßenb., Rechnungs-Unteroffizier I. Kl. bei der k. u. k. Train-Div. Nr. 8.

Josef Nahringbauer, Wagenführer der städt. Straßenb., Feuerwerker beim k. u. k. Feldhaubitzen-Reg. Nr. 25.

Franz Pawlovsky, Kesselheizer der städt. Gaswerke, Zugsführer beim k. u. k. Inf.-Reg. Nr. 8.

Leopold Sandhofer, Schaffner d. städt. Straßenb., Wachtmeister bei der k. u. k. Train-Div. Nr. 2.

Arnold Steinbach, Offizial im städt. Exekutionsamte, Rechnungs-Unteroffizier beim k. u. k. Etappen-Kommando Nr. 7.

Das Eiserne Verdienstkreuz mit der Krone am Bande der Tapferkeits-Medaille:

Alois Krebs, Maschinist II. Kl. der städt. Feuerwehr, Minengast bei der k. u. k. Kriegsmarine.

Leopold Löffler, Löschmeister II. Kl. der städt. Feuerwehr, Wachtmeister beim k. u. k. Trainstaffel 3/38.

Franz Moßbeck, Rechnungsbeamter der städt. Elektr.-Werke, Rechnungs-Unteroffizier im k. u. k. Inf.-Reg. Nr. 4.

Rudolf Wenzel, Schaffner der städt. Straßenbahnen, Feldwebel beim Evidenz-Verpflegsmagazin.

Obmänner-Konferenz.

Bericht

über die 58. Sitzung der Obmänner-Konferenz vom

18. Oktober 1916.

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner.

Anwesende: die Vize-Bürgermeister Hoß und Rain, die Gem.-Räte Steiner, Schmid, Leitner, Dr. Schwarz-Hiller, Dr. Hein, Dr. v. Dorn, Reumann und Skaret; ferner Ober-Magistratsrat Dr. Mayr, Magistratsrat Dr. Jamöck, Magistrats-Sekretär Dr. Roßkopf und Marktamts-Direktor Bauer.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und gibt die nachstehende Nachweisung über die bei der „Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen" im Rathause eingelaufenen Spenden vom 18. Oktober 1916, sowie den nachstehenden Physikatsbericht über die Zeit vom 12. bis 17. Oktober 1916 bekannt.

Nachweisung

der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis 18. Oktober 1916.

Empfang	Betrag K	Betrag h	Ausgabe	Betrag K	Betrag h
Spenden:					
Für allgemeine Zwecke:			Fortlaufende Unterstützungen	2,373.811	30
a) von verschiedenen Parteien	[1]) 4,042.451	34	Einmalige Unterstützungen	1,047.838	91
b) vom Kriegshilfsbureau	1,396.000	—	Ausspeisung	7,956.105	89
Für Ausspeisungszwecke:			Näh- und Strickstuben	2,064.971	40
a) von verschiedenen Parteien	[2]) 1,052.606	91			
b) durch Exz. Gräfin Bienerth-Schmerling überdies in Wertpapieren 132.000 K (Nennwert).	[3]) 3,146.213	75	Subventionen	716.594	03
			Auslagen für Porto, Drucksorten u. dgl.	43.477	92
Für warmes Frühstück für arme Schulkinder	185.275	86	Noch nicht rückersetzte Verläge	31.724	94
Für allgemeine und Ausspeisungszwecke durch Exzellenz Frau Berta Weiskirchner als Vorsitzende der Frauen-Hilfsaktion	4,439.883	27			
Zinsen der Wertpapiere	82.209	30			
Ersatz für von den Nähstuben geleistete Arbeiten	1,662.941	51			
Summe	16,007.581	94	Summe	14,234.524	39
Ab die Ausgaben	14,234.524	39			
Daher noch verfügbar	1,773.057	55			

Anmerkung:
An laufenden Unterstützungen für 4139 Personen sind derzeit bewilligt pro Monat . . . . . 91.713 K 60 h

Wien, am 18. Oktober 1916.

Männhalter m. p.,
Rechnungs-Ober-Revident.

[1]) Darunter als Erlös für abgegebene 306.760 K 60 h Nominale Wertpapiere 253.143 K 21 h
[2]) „ „ „ „ „ „ 5.800 „ — „ „ „ „ 4.425 „ — „
[3]) „ „ „ „ „ „ 22.276 „ — „ „ „ „ 18.391 „ 55 „
334.836 K 60 h 275.959 K 76 h.

Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung in der Zeit vom 12. bis 17. Oktober 1916.

In der Berichtszeit war bei der ohnehin sehr niedrigen Sterblichkeit noch eine Verminderung gegen die Vorwochen zu verzeichnen. Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekannten Wohnortes betrug in der 40. Jahreswoche 11·8 gegen 12·1 in der Vorwoche und 12·3 in der gleichen Woche des Vorjahres.

An Flecktyphus ist ein 22jähriges Mädchen aus Dorna-Watra und ein ebenso altes Mädchen im II. Bezirke erkrankt, welches jedoch schon vor drei Monaten samt ihren Eltern und Geschwistern aus Galizien nach Wien gekommen war. Nach den im Zuge befindlichen Erhebungen ist ihr Vater vor zirka vier Wochen mit heftigen Kopfschmerzen und Fieber erkrankt gewesen und es liegt die Annahme nahe, daß er den Flecktyphus überstanden hat, ohne daß die Erkrankung zur amtlichen Kenntnis gekommen wäre.

Die übrigen Infektionskrankheiten boten nichts Bemerkenswertes.

Hierauf wird die Beratung über die Schaffung einer Mehleinkaufskarte fortgesetzt.

Gem.-Rat Steiner erklärt, daß der Klub der christlich-sozialen Partei nach eingehender Debatte den Anträgen des Magistrates unter der Bedingung einmütig zugestimmt habe, daß von Seite der Regierung der Gemeinde das erforderliche Mehlquantum zur Verfügung gestellt werde.

Gem.-Rat Dr. Hein gibt die Erklärung ab, daß der bürgerlich-freiheitliche Verband die Vorschläge des Magistrates eingehendst geprüft und einstimmig beschlossen habe, denselben zuzustimmen.

Gem.-Rat Skaret erklärt namens der sozialdemokratischen Partei, daß er für das vorgelegte Projekt mit der Einschränkung stimme, daß seine Partei auf der direkten Dotierung des Kriegsverbandes und der Konsumvereine bestehe, die sich voll und ganz den Bestimmungen über die Einkaufskarte und der variablen Portionierung unterwerfen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner stellt fest, daß sämtliche Parteien mit Ausnahme der Einschränkung des Gem.-Rates Skaret mit den Magistratsvorschlägen einverstanden seien. Es werde nun Sache der Regierung sein, zu entscheiden. Da nun eine Einigung unter den Parteien erzielt sei, sei es nicht mehr nötig, die Angelegenheit an den Gemeinderat zu bringen. Der Bürgermeister beauftragt den Magistratsreferenten, die Vorschläge der Regierung sofort vorzulegen.

Gem.-Rat Skaret fragt an, ob es richtig sei, daß die Regierung eine Rayonierung in ganz Österreich von staatswegen zur Durchführung bringen wolle.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß ihm Authentisches hievon nicht bekannt sei.

Gem.-Rat Reumann bemerkt, daß er heute bei einer im Ernährungsamte stattgefundenen Sitzung erfahren habe, daß der Staat den Erfolg der Wiener Rayonierung abwarten wolle.

Hierauf wird in die Beratung über das von Magistratsrat Dr. Jamöck in der letzten Sitzung erstattete Referat über die Schaffung einer behördlichen Lebensmittel-Zentralabgabestelle eingegangen.

Gem.-Rat Reumann führt aus, daß die Obmänner-Konferenz die Forderung aufgestellt habe, daß diese Zentralstelle der Gemeinde Wien eine Übersicht über jene Lebensmittel, die nach Wien gelangen und daselbst produziert werden, verschaffen und weiters ein Kontrollrecht haben solle. Die Kompetenz der Zentralstelle sei viel zu eng und lägen gegen dieselbe eine Reihe von Bedenken vor. Er stimme zu, daß diese Zentralstelle von der Gemeinde beschickt werde.

Gem.-Rat Skaret erklärt, daß er, obgleich ihm die Lösung der Frage nicht zusage, für die Beschickung der Zentralstelle durch die Gemeinde sei, daß er jedoch verlange, daß mehrere Vertreter der Gemeinde entsendet werden. Weiters verlange er, daß die Kompetenz dieser Kommission dahin erweitert werde, daß sie auch auf die Verteilung der Lebensmittel sich beziehende, bindende Beschlüsse fassen könne.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller stellt das Ersuchen, es möge auch ein Vertreter der Flüchtlingsfürsorge vom Bürgermeister in diese Kommission entsendet werden.

Gem.-Rat Steiner spricht sich ebenfalls für die Schaffung und Beschickung dieser Kommission aus und schließt sich in der Kompetenzfrage den Ausführungen des Gem.-Rates Skaret an.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt einen speziellen Fall mit, aus dem deutlich die Notwendigkeit des Antrages des Gem.-Rates Skaret erhelle, daß die Kommission nicht bloß ein Kontroll-, sondern auch ein Verfügungsrecht haben müsse.

Bürgermeister Dr. Weiskrchner faßt das Ergebnis der Debatte dahin zusammen, daß die Obmänner-Konferenz der Schaffung der Lebensmittel-Zentralabgabestelle zustimme, jedoch die Entsendung von drei Gemeindevertretern verlange und weiters fordere, daß sie nicht bloß die Übersicht über den Markt, sondern auch ein Kontroll- und Verfügungsrecht erhalte, und weiters auch ein Vertreter der Fürsorgestelle für Kriegsflüchtlinge in dieselbe entsendet werde.

Gem.-Rat Steiner bespricht hierauf die unhaltbaren Zustände auf dem Eiermarkte und führt aus, daß über Verfügung des Ministers des Innern die Eier durch die „Ovum" an die Gemeinde übermittelt und von dieser an die Genossenschaft verteilt werden. Eine unter dem Vorsitze eines Vertreters des Marktamtes allwöchentlich stattfindende Interessenten-Sitzung bestimme den Preis für die nächste Woche. Doch halten sich die Genossenschaftsmitglieder vielfach nicht an denselben. Auch die Bestimmung, daß die Eier geleuchtet und sortiert verkauft werden müssen, werde nicht eingehalten. Ein Teil der Genossenschaftsmitglieder verkaufe die Eier, ohne sie auf den Markt gebracht zu haben. Bei den galizischen Eiern ergäbe sich ein Profit von 50 K bis 80 K per Kiste. Der Magistrat müsse in dieser Richtung Ordnung schaffen. Bei der herrschenden Eierknappheit gehe es nicht an, daß die „Ovum" und die „Miles" Eier im Kühlhause einlagern. Diese Anhäufungen sollten nicht geduldet werden. Es sollte vielmehr dieses Quantum dem Markte zugeführt werden. In Galizien sei ein Höchstpreis für Eier mit 10 h für das Stück festgesetzt worden; mit Rücksicht auf die hohen Futterpreise schlachten die Bauern ihre Hühner. Auch in dieser Frage müsse die Lebensmittel-Zentralabgabestelle eingreifen.

Markt-Direktor Bauer führt aus, daß auch er gehört habe, daß die Mitglieder der Eiergesellschaft den Markt nicht beschicken, sondern dieselben in einem Gasthause („Schwarzer Adler") zum

Preise von 2 K per 6 Stück abgeben sollen, doch sei dies bis jetzt amtlich nicht zu konstatieren gewesen. Über die Einlagerung von Eiern im Kühlhause sei ihm nichts bekannt, doch werde er sich hierüber bei der Direktion des Kühlhauses informieren.

Gem.-Rat Dr. Hein pflichtet den Ausführungen des Gem.-Rates Steiner bei und erklärt, daß der Eierhandel ein förmlich organisierter Kettenhandel geworden sei.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß die Mißstände in der Eierfrage auf den Mangel einer einheitlichen Organisation zurückzuführen seien; mit dem Eierhandel befassen sich die „Ovum", eine Privatgesellschaft, die in Galizien einkauft, die Vereinigung der österreichischen Eierhändler, die ebenfalls direkt aus Galizien bezieht, weiters ein Vertreter der Gemeinde Wien in Russisch-Polen, dessen Ankäufe in Galizien bereits durchleuchtet werden und zum Teile durch das Marktamt in Wien abgegeben werden, weiters die „Rohö".

Gem.-Rat Dr. Hein führt darüber Beschwerde, daß galizische Eier als ungarische zu höheren Preisen abgegeben werden.

Marktamts-Direktor Bauer erklärt, daß galizische Eier unter dieser Deklaration an den Kleinhandel abgegeben werden; auch die russisch-polnischen Eier werden nur unter dieser Deklaration zu billigen Preisen in den Verkehr gebracht.

Gem.-Rat Reumann führt Klage, über die ungleiche Dotierung der Kleinhändler mit Eiern. Die Eingabe der Gemeinde an die Regierung, mit der bereits die Beschlagnahme der in Wien eingelagerten konservierten Eier verlangt wurde, sei zu urgieren.

Gem.-Rat Leitner weist darauf hin, daß es der Vereinigung von österreichischen Eierhändlern durch den früheren Minister des Innern gelungen sei, zu erreichen, daß sie die Hälfte der in Galizien angekauften Eier nach Wien bringen könne. Diese Genossenschaft habe mehr Eier nach Wien gebracht wie die „Ovum". Durch die Konkurrenz dieser beiden Gesellschaften sei aber der Eierpreis in die Höhe getrieben worden; es sei dahin gekommen, daß nur die „Ovum" einkaufe, sie sei verpflichtet, nur die Hälfte an die Genossenschaft abzugeben. Ein weiterer Übelstand liege darin, daß die Aufteilung an die Gremien nur kistenweise erfolge, so daß es vorkomme, daß Leute, die früher nur um 5 bis 10 K Eier gekauft hatten, jetzt in den Besitz ganzer Kisten gelangen. Es müsse eine Zentralisierung des Eierhandels durchgeführt werden.

Marktamts-Direktor Bauer führt aus, daß die Eierverkäufer, die Eier beziehen wollen, aufgefordert worden seien, sich zu melden. Es hätten sich jedoch nur die gemeldet, die Fuhrwerke besitzen. Wie nun die Verkäufer erkannten, daß mit dem Eierverkaufe ein Geschäft zu machen sei, hätten sich alle gemeldet. Das Marktamt habe sich in der Weise geholfen, daß es die Eier durch die fuhrwerksbesitzenden Eierhändler auf den Markt bringen ließ und unter Aufrechnung der Fuhrwerksspesen an alle Parteien aufteilte.

Gem.-Rat Steiner weist darauf hin, daß in zahlreichen Haushaltungen größere Mengen von Eiern konserviert seien. Trotzdem kaufen diese Haushaltungen weiter Eier ein.

Der Bürgermeister erklärt, daß man diesem Übelstande nur durch eine Eieraufnahme und Einführung der Eierkarte abhelfen könne.

Gem.-Rat Steiner regt weiters an, man solle abermals die seitens der Gemeinde Wien von der Regierung bereits verlangte Beschlagnahme der in Wien eingelagerten konservierten Eier ($3^1/_2$ Millionen Stück), über welche Eingabe bis heute noch keine Erledigung erfolgt ist, urgieren.

Die Obmänner-Konferenz beschließt sohin einmütig, vom Magistrate einen Bericht abzuverlangen, ob nicht eine Zentralisierung des Eiergeschäftes in Wien, die Einführung der Fatierungspflicht für Eier, sowie die Einführung einer Eierkarte zweckmäßig erscheine. Weiters beschließt die Obmänner-Konferenz, die Erledigung der Eingabe betreffend Beschlagnahme der in Wien eingelagerten konservierten Eier zu urgieren, sowie von der Regierung die Behebung der für die Eierausfuhr aus Galizien bestehenden Schwierigkeiten zu fordern.

Magistratsrat Dr. Jamöck erstattet hierauf über einen Erlaß des Ministeriums des Innern, durch welchen der Magistrat beauftragt wird, verschiedene Maßnahmen gegen das Anstellen bei den Lebensmittelverkäufern in Angriff zu nehmen, folgenden Bericht:

„Der herabgelangte Ministerial-Erlaß fordert die Gemeinde auf, vorläufig für die Bereitstellung größerer gedeckter Lokalitäten zu sorgen, in welchen die Angesammelten vor den Unbilden der Witterung geschützt werden. Seitens der Regierung wird hiebei an die Benützung größerer Vergnügungslokale gedacht, und es sollen in erster Linie solche Unterkunftsräume geschaffen werden für Bedarfsartikel, welche die Gemeinde Wien abgibt, wie zum Beispiel Erdäpfel.

Die Schwierigkeit, ja fast Unmöglichkeit dieser Durchführung liegt auf der Hand, nachdem die Ansammlungen vor hunderten Geschäften stattfinden und je nach dem Kaufgegenstande und der Kaufmöglichkeit ab- und zunehmen und sich ändern und die Schaffung dieser Räume, wenn überhaupt möglich, eine Unsumme Geldes kosten würde.

So bedauerlich das Anstellen bei jeder Witterung im Freien ist, so ist auch zu erwägen, daß die Schaffung solcher gedeckter Warteräume zu mannigfachem Unfug Anlaß gibt, und daß diese Warteräume gleichzeitig Versammlungsorte bilden könnten, um die angesammelte Menge zu beeinflussen; auch treten sanitäre Übelstände dort wohl eher als auf der Straße auf und würde hiedurch die erwünschte Dezentralisation nur eingeengt und nicht gefördert.

Die Regierung trägt diese Bereitstellung von Warteräumen insolange auf, als die übrigen besprochenen Maßnahmen von einem vollen Erfolge noch nicht begleitet sind; die fast unmögliche und mit Unsummen zu schaffenden Unterstandsgelegenheiten sind also nur als Maßnahmen vorübergehender Natur gedacht.

Über die Gründung der Zentralstelle, die Regierungssache ist, enthält der Erlaß nichts. Bezüglich der Rayonierung hat der Vertreter der Statthalterei erklärt, daß sie im Schoße der Regierung in sorgfältige Erwägung gezogen werde und daß wahrscheinlich die versuchsweise Durchführung derselben in einem Bezirke angeordnet werden dürfte, wobei die Gemeindevertreter die vorherige Fühlungnahme mit der Gemeinde Wien gefordert haben.

Über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Rayonierung — sei es der zwangsweisen, sei es der freiwilligen mittels Kundenliste — hier zu sprechen, halte ich im Hinblicke auf die Erklärung des Vertreters der Statthalterei nicht für notwendig

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die dem Magistrate zugekommene Note von einer Rayonierung nichts enthält und die in den Tagesblättern bei der Konferenz aller Statthalter angeführte Empfehlung der Rayonierung für größere Städte eben eine Empfehlung zur Erwägung der Rayonierung durch die Statthalter und der eventuellen Verfügung derselben durch die Statthalter beinhaltet.

Weiters wird in dem vorliegenden Erlasse empfohlen, für den Fall, als genügend Fuhrwerk zur Verfügung steht, auch die Anregung bezüglich der fahrbaren Verkaufsstände für Lebensmittel in Erwägung zu ziehen. Nachdem bekanntlich nicht genügend Fuhrwerk zur Verfügung steht, entfällt eben diese Erwägung. Übrigens hat bereits in der Obmänner-Konferenz vom 12. September 1916 Herr Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller erklärt, fahrbare Verkaufsläden seien aus sanitären Gründen undurchführbar; außerdem würde ihre Durchführung leicht zu Unzukömmlichkeiten führen.

Was in Holland ganz gut möglich ist, weil es dort sich als zweckmäßige nnd nützliche Vertriebsart herausgebildet hat, ist in Kriegszeiten noch lange nicht zur Durchführung in der Zweimillionen-Stadt Wien geeignet. Wie weit ein solcher Lebensmittelwagen zu Zeiten eines Lebensmittelmangels kommen und wie er bald aussehen würde, das können wir uns leicht denken. Übrigens erinnere ich, daß vordem in einzelnen Bezirksteilen, hauptsächlich aber in kleineren Städten, Wagen mit Hühnern, der „Hendlkramer", der Korbwarenflechter, der Kalkbauer und auch der Gemüsewagen, keine ungewöhnliche Erscheinung waren. Diese Wagen sind eben nur dort notwendig, wo es nicht genügend seßhafte Gewerbsleute gibt, welche die notwendigen Bedarfsartikel verschleißen. In Wien haben wir heute genügend Verschleißer, nur zu wenig notwendige Waren.

Weiters wird angeregt, den in der Presse gemachten Vorschlag: zur Deckung des Bedarfes an Lebensmitteln für den einzelnen Haushalt die Schulkinder zu verwenden, näher in Erwägung zu ziehen. Dieser Vorschlag ist in der „Neuen Freien Presse" vom 16. September 1916 erschienen.

Der Vorschlag ist folgender:

Der Haushaltungs-Vorstand meldet bei der zunächst gelegenen städtischen Schule unter Abgabe des Geldes und der betreffenden Lebensmittelkartenabschnitte — denn nur auf Lebensmittel, welche auf Karten zu haben sind, soll dieser Vorgang Anwendung finden — unter Bekanntgabe seines Namens und seiner Adresse seinen Bedarf an und bestellt gleichzeitig ein Schulkind zum bevollmächtigten Empfänger. Die Schulleitung stellt den Haushaltungen entsprechend die angeforderten Artikel zusammen und übergibt sie dem magistratischen Bezirksamte. Das magistratische Bezirksamt teilt sie den verschiedenen Verkäufern zu, und sind die Verkäufer verpflichtet, die Ware ordnungsgemäß paketiert, in die Schule abzuliefern. Der Lehrer stellt die Ware nach den Haushaltungen zusammen und übergibt sie dem betreffenden Schulkinde, welches die Ware dem Haushalte abgibt.

Nachdem es sich bei den durch Karten zur Verabfolgung gelangenden Lebensmitteln nicht um bedeutende Quantitäten für den einzelnen Haushalt handelt, sei ein Schulkind leicht imstande, die Beförderung der Ware in den Haushalt vorzunehmen.

Obwohl gegen diesen Vorschlag sich verschiedene Einwendungen erheben lassen, glaube ich doch, daß man denselben der Schulbehörde zur gutachtlichen Äußerung vorlegen könnte.

Schließlich stellt das Ministerium des Innern zur Erwägung, ob sich eine Abkürzung des Anstellens und eine Verminderung der Anzahl der bei den Lebensmittelgeschäften Angesammelten dadurch erzielen ließe, daß durch die zur Aufrechterhaltung der Ordnung anwesenden Wachleute erhoben würde, wie viel Portionen verfügbar sind, und sohin gleich zu Beginn der Ausgabe einen der Anzahl der Portionen entsprechende Menge von Nummern an die Angestellten verteilt würde, so daß diejenigen, welche keine Nummern mehr erhalten können, auch kein Interesse mehr haben, länger zu warten. Allerdings müßte diesen Abgewiesenen dann eine Vorzugsnummer für den nächsten Tag eingeräumt werden

Diese Maßregel setzt voraus, daß jeder Angestellte ohne Rücksicht auf die Anzahl seiner Karten, beziehungsweise auf die Zahl seiner Haushaltungsmitglieder die gleiche Dosis verabreicht erhält, was tatsächlich oft geschieht. In solchen Fällen fragt schon jetzt meist der Wachmann den betreffenden Geschäftsinhaber nach der vorhandenen Menge, zählt die Beteilungsmöglichen ab und gibt den anderen bekannt, daß sie nichts mehr erhalten können, worauf ein Teil derselben sich entfernt, ein Teil nicht. Die Abgabe von Nummern erscheint in einem solchen Falle zwecklos. Warum die anderen Angestellten Vorzugsnummern bekommen müssen, ist nicht recht einzusehen, im Gegenteil, es wird sich dann jeder hinten anstellen, um für den nächsten Tag eine Vorzugsnummer zu bekommen, ob er davon Gebrauch macht oder nicht. Vor dem planlosen Verteilen von Vorzugszetteln auf der Straße und an den Ansammlungsorten kann nur dringend gewarnt werden, da alle diese Maßnahmen nur zur Steigerung des Anstellens und nicht zur Hintanhaltung desselben beitragen würden.

Ich komme sohin zu folgendem Resultate:

1. Die Forderung der Regierung nach einer vorübergehenden Bereitstellung größerer gedeckter Lokalitäten, in welchen die Angesammelten vor den Unbilden der Witterung geschützt werden, muß mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse als kaum durchführbar und bedenklich erklärt werden.

2. Der Anregung bezüglich der fahrbaren Verkaufsstände für Lebensmittel kann wegen ungenügenden Fuhrwerkes und aus anderen triftigen Gründen nicht nähergetreten werden.

3. Der Vorschlag, zur Deckung des Bedarfes an Lebensmitteln für die einzelnen Haushaltungen Schulkinder zu verwenden, wäre dem k. k. Bezirksschulrate zur Begutachtung vorzulegen.

4. Die Polizei-Direktion sei zu ersuchen, daß die Wachleute behufs Abkürzung des Anstellens und Verminderung der Zahl der bei den Lebensmittelverkäufern Angesammelten dahin angeleitet werden, daß sie die Geschäfsinhaber befragen, wie groß der vorhandene Vorrat ist, und bei gleicher Dosierung desselben für jeden Angestellten gleich aufmerksam darauf machen, daß nur bis zu einer bestimmten Reihe der Angestellten Ware vorhanden ist und die übrigen sich daher entfernen wollen, um irgendwo anders eventuell ihren Bedarf decken zu können.

Ich glaube, daß durch die sich immer mehr ausbreitende Lebensmittelabgabe an Konsumentenorganisationen, sowie durch

die angeordnete Verkaufszeit und ausgedehntere Einkaufsmöglichkeit, eventuell durch die Familieneinkaufskarte und andere zweckmäßige Maßnahmen, wie Schaffung der gewünschten Zentral-Abgabestelle ꝛc., eine wesentliche Besserung hauptsächlich dann sich erzielen lassen wird, wenn wenigstens die allernotwendigste Menge zur Deckung der Bedürfnisse vorhanden ist, wobei ich nicht verhehle, daß durch eine zweckmäßige und eindringliche einheitliche Aufklärung der Bevölkerung in der gesamten Presse, in den Schulen und in den Gewerbeschulen, in den Genossenschafts- und in den Gehilfenversammlungen viel zur Förderung der Erreichung des Zweckes geschehen könnte."

Die Obmänner-Konferenz stimmt den Vorschlägen des Magistratsrates Dr. Jamöck einmütig zu.

Vize-Bürgermeister Hierhammer teilt mit, daß ihm seitens der Fuhrwerksbesitzer zahlreiche Klagen über das ihnen von der Futtermittel-Zentrale zugewiesene Pferdefutter zugekommen seien und legt eine Probe dieses Futtermittels vor.

Der Bürgermeister verfügt, daß diese Probe durch den Magistrat der Lebensmittel-Untersuchungsanstalt zur Begutachtung einzusenden sei.

Gem.-Rat Steiner meint, der Magistrat solle sich in dieser Angelegenheit an die niederösterreichische Landesversicherung wenden und bringt die gleiche Beschwerde über das von der Futtermittel-Zentrale abgegebene Hühnerfutter vor.

Der Bürgermeister beauftragt den Magistrat, auch hierüber Erhebungen zu pflegen und zu berichten.

Gem.-Rat Steiner teilt weiters mit, daß von der Regierung die Erstellung von Höchstpreisen für Wein geplant sei. Er habe in Erfahrung gebracht, daß die ungarische Regierung das Ergebnis der Weinernte abwarten wolle und dann mit einem Ausfuhrverbot nach Österreich vorgehen werde. Er ersuche, der Magistrat möge beauftragt werden, ein Gutachten über die Erstellung von Höchstpreisen abzugeben.

Der Bürgermeister beauftragt den Magistrat, einen diesbezüglichen Bericht zu erstatten.

Gem.-Rat Steiner bespricht hierauf die Verhältnisse auf dem Buttermarkte und teilt mit, daß der Requierierungspreis für Butter in Oberösterreich im Welser Bezirke 4 K 50 h betrage, während die oberösterreichische Statthalterei für die an den Magistrat abgegebene Butter einen Preis von 6 K verlangte.

Der Bürgermeister beauftragt den Magistrat, auch in dieser Angelegenheit Erhebungen zu pflegen und Bericht zu erstatten.

Gem.-Rat Reumann führt darüber Beschwerde, daß in den letzten Tagen bei vielen Kleinbäckern fast kein Brot zu erhalten gewesen sei und bei einzelnen Bäckern Backtage, und zwar nur zwei oder drei in der Woche eingeführt worden seien.

Magistrats-Sekretär Dr. Roßkopf teilt mit, daß durch die direkte Dotierung des Kriegsverbandes, der Konsumvereine, der Konsumenten-Organisationen seitens der Kriegsgetreide-Gesellschaft das auf die Gemeinde Wien entfallende Kontingent um zirka 27 Waggons pro Woche gekürzt wurde, wodurch die Dotierung der Kleinbäcker im bisherigen Maße unmöglich geworden sei. Trotzdem das Ministerium des Innern auf diesen Umstand wiederholt aufmerksam gemacht worden sei, sei eine Änderung bisher nicht erfolgt.

Gem.-Rat Reumann erklärt, daß wenngleich an die Kleinbäcker statt 140 nur 110 Waggons Mehl abgegeben werden, eine so starke Reduzierung nicht entstehen könne.

Der Bürgermeister schließt hierauf die Sitzung.

Der Bürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.

Für den Bürgerklub:
Steiner m. p.

Für den Verband der freiheitlich-bürgerlichen Partei:
Dr. Hein m. p.

Für die sozialdemokratische Partei:
Skaret m. p.

Der Schriftführer:
Böttger m. p.,
Magistrats-Sekretär.

Allgemeine Nachrichten.

Fürsorgstelle der Zentrale

für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich.

DLXXV. Spendenausweis.

28182.	Primarius Dr. Kroiß, statt einer Kranzspende		20 K — h
28183.	K. k. Post- und Telegraphen-Direktion in Wien		19 „ 50 „
28184.	1prozentiger freiw. Gehaltsabzug der Lehrpersonen a. d. Volksschule f. Mädchen V., Nikolsdorfergasse 18	4 K 74 h	
	Hievon ab 25 Prozent für das „Rote Kreuz"	1 „ 18 „	3 „ 56 „
	Monatliche Beiträge für Ausspeisungszwecke, und zwar:		
28185.	Advokat Dr. Daum	60 K — h	
28186.	Ugo dell Acqua	6 „ — „	
28187.	Anna Eder	18 „ — „	
28188.	Helene Kauders	6 „ — „	
28189.	Dr. Felix Rebek	6 „ — „	
28190.	Agnes Scholl	6 „ — „	102 „ — „
28191.	Sophie Sparer für Ausspeisezwecke		4 „ — „
28192.	Karl Hinterberger für Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder"		5 „ — „
28193.	Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Rudolfsheim		2.000 „ — „

Monatsbeiträge für Ausspeisungszwecke, und zwar:

28194.	Agathe Berger . . .	6 K — h	
28195.	Berta Eiles	10 „ — „	
28196.	H. Fleischer	6 „ — „	
28197.	Rosalia Gaber . . .	30 „ — „	
28198.	Lilienau	30 „ — „	
28199.	H. v. Reinhardt . .	6 „ — „	88 K — h
28200.	Direktion des Mädchen-Lyzeums Liste, aus den Erträgnissen der Spartage der Schülerinnen für Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder“		25 „ — „
28201.	Siegfried Spira, durch Oberlehrer Josef Glaser für Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder“		5 „ — „
28202.	Redaktion des „Neuen Wiener Tagblatt“ 12. Abfuhr für Aktion „Warmes Frühstück für Schulkinder“		4.196 „ 81 „
28203.	Arbeiterschaft der k. k. Tabakfabrik Wien-Ottakring (61. Spende)		186 „ 80 „
28204.	Gesellschaft für Beleuchtungskörper, vormals Zeißer, Habiger & Komp. in Liquidation; Beiträge der Beamten- und Arbeiterschaft		14 „ 50 „

Monatliche Beiträge für Ausspeisungszwecke, und zwar:

28205.	Dr. Moritz Goldfinger	18 K — h	
28206.	Stadtrat Seb. Grünbeck	12 „ — „	
28207.	Nelly Kurth	6 „ — „	36 „ — „
28208.	Julius Schneider		100 „ — „
28209.	Marianne Fröhlich durch die Bezirksvorstehung IX		50 „ — „
28210.	Dr. Josef Breuer für Ausspeisezwecke .		60 „ — „
28211.	Bezirksarmenrat Bruck a. d. Leitha, Sammlungsergebnis		43 „ — „

Monatliche Beiträge für Ausspeisungszwecke, und zwar:

28212.	Ernst Graf v. Harrach	12 K — h	
28213.	R. Netcke & Komp. .	12 „ — „	
28214.	Baronin Alexandra Pretis	100 „ — „	
28215.	F. Thausing	30 „ — „	154 „ — „
28216.	Hochw. Pfarrer Alois Patzak (durch Bezirksvorstehung XXI)		50 „ — „
28217.	Bezirksaufsichtsrat Franz Brödl (durch Bezirksvorstehung XXI)		150 „ — „
28218.	Ungenannt sein wollende Dame für die Armen des XVII. Bezirkes		2.000 „ — „

Monatliche Beiträge für Ausspeisungszwecke, und zwar:

28219.	Berta Humpel . . .	6 K — h	
28220.	Emma Mandler . .	18 „ — „	
28221.	Paul v. Schiff-Suvero	606 „ — „	630 „ — „
28222.	Durchlaucht Fürst Emanuel Collalto et San Salvatore		6.000 „ — „

„Mein Sonntagsblatt“

nennt sich ein in Neutitschein erscheinendes „Wochenblatt für Haus, Hof und Garten“, das sich vornehmlich mit der Hebung der Geflügel- und Kleintierzucht befaßt. Im Sinne des Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 15. Dezember 1916, Z. X-1373, werden die Interessentenkreise auf das Erscheinen dieses Fachblattes aufmerksam gemacht. (M. D. 10052/16.)

K. k. Bezirksschulrat.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 15. Dezember 1916, G. Z. 6964:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, der Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen XVI., Schinnaglgasse 3, Johanna Hauch, anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand für ihre langjährige ersprießliche Tätigkeit im Schuldienste die Anerkennung auszusprechen.

Gemeindevermittlungsämter.

Die Gemeindevermittlungsämter Innere Stadt, Landstraße, Mariahilf, Josefstadt und Hietzing werden im Monate Jänner 1917 am 3., 10., 17., 24. und 31. Sühne- und Vergleichsverhandlungen abhalten, das Gemeindevermittlungsamt Fünfhaus hat hiefür den 5., 12., 19. und 26. und das Gemeindevermittlungsamt Floridsdorf den 2., 9., 16., 23. und 30. Jänner bestimmt.

Lebensmittelverkehr.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 17. bis 23. Dezember 1916.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . .	131.376 kg	Und zwar aus:	
		Wien	73.070 kg
		dem sonst. Niederösterreich . .	1.616 „
		Oberösterreich	98 „
		Steiermark	1.004 „
		Böhmen	289 „
		Mähren	1.619 „
		Ungarn	21.406 „
		Dänemark	32.274 „
Kalbfleisch . . .	601 kg	Und zwar aus:	
		Wien	501 kg
		Mähren	100 „
Schaffleisch . . .	468 kg	Und zwar aus:	
		Wien	170 kg
		Ungarn	298 „

Schweinefleisch	**30.502 kg**	Und zwar aus:	
		Wien	12.468 kg
		dem sonst. Niederösterreich	826 „
		Oberösterreich	791 „
		Steiermark	1.095 „
		Böhmen	676 „
		Mähren	5.385 „
		Ungarn	9.261 „
Kälber	**396 Stück**	Und zwar aus:	
		Wien	270 St.
		dem sonst. Niederösterreich	11 „
		Oberösterreich	63 „
		Mähren	52 „
Schafe	**3.427 Stück**	Und zwar aus:	
		Wien	1.366 St.
		dem sonst. Niederösterreich	140 „
		Oberösterreich	80 „
		Steiermark	19 „
		Ungarn	1.821 „
Schweine	**1.222 Stück**	Und zwar aus:	
		Wien	91 St.
		dem sonst. Niederösterreich	47 „
		Oberösterreich	77 „
		Steiermark	1 „
		Böhmen	6 „
		Mähren	510 „
		Ungarn	490 „
Lämmer	**242 Stück**	Und zwar aus:	
		Wien	180 St.
		Oberösterreich	15 „
		Steiermark	41 „
		Mähren	3 „
		Ungarn	3 „

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	Siedfleisch	von K	5·00	bis	8·70	per	Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ „	—·—	„	—·—	„	„
Kalbfleisch		„ „	5·75	„	6·—	„	„
Lammfleisch		„ „	—·—	„	—·—	„	„
Schweinefleisch		„ „	7·80	„	8·60	„	„
Kälber		„ „	4·60	„	4·80	„	„
Schafe		„ „	4·60	„	6·60	„	„
Schweine		„ „	—·—	„	7·80	„	„
Lämmer		„ „	4·30	„	6·—	„	„
Kitze		„ „	—·—	„	—·—	„	„

Per Bahn langten ein 54 Waggons mit 150·9 t.

Die Zufuhren waren annähernd gleich denen der Vorwoche.

Die auf allen Gebieten anhaltend lebhafte Nachfrage konnte nur in Bezug auf Schafe und Schaffleisch vollkommen gedeckt werden; in allen übrigen Warengattungen mangelte es an entsprechendem Anbote.

Die Preislage im allgemeinen blieb in Übereinstimmung mit der Tendenz auf den dieswöchigen Märkten in St. Marx vorwöchentlich unverändert, nur Schafe und Schaffleisch erlitten eine vorübergehende geringfügige Preisabschwächung.

Sonstiges Rindfleisch notierte zu unveränderten Vorwochenpreisen.

Von der Ersten Wiener Großschlächterei-Aktiengesellschaft wurden zugeführt: 38 Stück Schweine, 3000 kg Rindfleisch.

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 27. Dezember 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	35 K	— h
Roggen	„ 100 „	29 „	— „
Braugerste	„ 100 „	33 „	— „
Futtergerste	„ 100 „	29 „	— „
Hafer	„ 100 „	28 „	— „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.)

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	— K	— h	per 100 kg
Backmehl	— „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	— „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	— „	— „	„ 100 „
Brotmehl Weizenbrot- und Roggenmehl)	— „	— „	„ 100 „

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 28. Dezember 1916.

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt für österreichische Produkte pro 1916/17:

Weizen	per 100 kg	35 K	— h
Roggen	„ 100 „	29 „	— „
Braugerste	„ 100 „	33 „	— „
Futtergerste	„ 100 „	29 „	— „
Hafer	„ 100 „	28 „	— „

(Übernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe R.-G.-Bl. Nr. 208 vom 1. Juli 1916.)

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Weizengrieß	— K	— h	per 100 kg
Backmehl	— „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 1	— „	— „	„ 100 „
Weizenkochmehl Nr. 2	— „	— „	„ 100 „
Brotmehl (Weizenbrot- und Roggenmehl)	— „	— „	„ 100 „

* * *

Pferdemarkt vom 27. Dezember 1916.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 279 Stück.

106 Gebrauchspferde, 173 Schlachtpferde*).

Preis: für Gebrauchspferde . . . 1000 bis 3600 K per Stück

„ Schlachtpferde . . . . 400 „ 700 „ „ „

Der Markt war wenig lebhaft.

*) Hievon ab 97 am Markte und 76 im Pferdeschlachthause.

Schlachtviehmarkt vom 27. Dezember 1916.

(Einschließlich des Kontumazmarktes vom 23. Dezember 1916.)

1. Gesamtauftrieb: 1267 Stück, und zwar:

Mastvieh	866 Stück
Weidevieh	— „
Beinlvieh	401 „
Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche	— „

Dieser Gesamtauftrieb zerfällt in:

Ochsen	584 Stück	Kühe	577 Stück
Stiere	106 „	Büffel	— „

Provenienz des Gesamtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone	16 Stück
„ Galizien und der Bukowina	— „
„ dem sonstigen Österreich	1177 „
„ Serbien	74 „

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebensgewicht.

Aus und über Ungarn graue Ochsen:

I. Qualität	von	—	bis — K	(extrem bis — K)
II.	„	—	„ — „	
III.	„	—	„ — „	

Graue Ochsen aus und über Ungarn:

Ochsen I. Qualität	von	—	bis — K	(extrem bis — K)
„ II.	„	—	„ — „	
„ III.	„	340	„ — „	

Ochsen aus anderen Ländern:

I. Qualität	von	410	bis 440 K*)	(extrem bis — K)
II.	„	—	„ 400 „	
III.	„	—	„ 360 „	

Stiere I. Qualität	von	—	bis 410 K*)	(extrem bis — K)
„ II.	„	—	„ 370 „	
„ III.	„	—	„ 330 „	

Kühe I. Qualität	von	380	bis 410 K*)	(extrem bis — K)
„ II.	„	340	„ 370 „	
„ III.	„	315	„ 330 „	

Aus und über Galizien:

Weidevieh	von	—	bis — K	(extrem bis — K)
Büffel	„	—	„ — „	(„ „ — „)
Beinlvieh	„	302	„ 339 „	(„ „ — „)

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien	— Stück
„ „ „ auswärts	— „
Unverkauft blieben	— „

Außer dem Markte, jedoch mit Berührung desselben, wurden in der Woche vom 17. bis 23. Dezember 1916 für Wien angekauft . . . . . 3640 Stück.

*) Einige Stücke besonderer Qualität wurden zu extrem hohen Preisen verkauft.

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 226 Stück weniger aufgetrieben.

Hochprima-Ochsen, Kühe und Kalbinnen wurden um 50 K per 100 kg Lebendgewicht teuerer als in der Vorwoche abgegeben; alle übrigen Qualitäten der angeführten Rindergattungen, sowie Stiere, blieben in der Preislage unverändert.

* * *

Borstenviehmarkt vom 27. und 28. Dezember 1916.

1. Auftrieb auf dem freien Markt.

Fleischschweine (Jungschweine)	927 Stück
Fettschweine	— „
Summe	927 Stück

Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche — Stück.

Angekauft wurden:

für Wien	927 Stück
für das Land	— „
unverkauft blieben	— „

2. Preisbewegung.

(Preis 1 kg Lebendgewicht.)

Fleischschweine (Jungschweine):

I. Qualität	von	—	bis 512 h*)	(extrem bis — h)
II.	„	—	„ — „	
III.	„	—	„ — „	

Fettschweine:

I. Qualität	von	—	bis — h	(extrem bis — h)
II.	„	—	„ — „	
III.	„	—	„ — „	

Am Mittwoch den 27. Dezember 1916 wurden die Fleischschweine zum gesetzlich festgesetzten Höchstpreise von 7 K 12 h (Wiener Usanze) abgegeben. Fettschweine waren nicht vorhanden.

Am Donnerstag den 28. Dezember 1916 war der Markt nicht beschickt.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 27. und 28. Dezember 1916.

1. Auftrieb bzw. Zufuhr.

Kälber lebend	—	Schafe lebend	238
Kälber ausgeweidet	1610	Schafe ausgeweidet	325
Lämmer lebend	—	Schweine ausgeweidet	407
Lämmer ausgeweidet	39	Spanferkel	—

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

I. Qualität	von	—	bis — h	(extrem bis — h)
II.	„	—	„ — „	
III.	„	—	„ — „	

*) Gesetzlicher Höchstpreis.

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität	von	—	bis	470 h	(extrem bis — h)
II.	„	„	—	„	— „	
III.	„	„	350	„	460 „	

Lämmer lebend (per 1 kg):

I.	Qualität	von	—	bis	— h	(extrem bis — h)
II.	„	„	—	„	— „	
III.	„	„	—	„	— „	

Lämmer ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität	von	—	bis	600 h	(extrem bis — h)
II.	„	„	—	„	— „	
III.	„	„	—	„	— „	

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität	von	550	bis	650 h*)	(extrem bis — h)
II.	„	„	440	„	520 „	
III.	„	„	300	„	400 „	

Fettschweine ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität	von	—	bis	780 h**)	(extrem bis — h)
II.	„	„	—	„	— „	
III.	„	„	—	„	— „	

Jungschweine ausgeweidet (per 1 kg):

I.	Qualität	von	—	bis	780 h**)	(extrem bis — h)
II.	„	„	—	„	— „	
III.	„	„	—	„	— „	

Schafe lebend (per Paar):

I.	Qualität	von	—	bis	— K	(extrem bis — h)
II.	„	„	—	„	— „	
III.	„	„	—	„	— „	

Schafe lebend (per 1 kg):

I.	Qualität	von	400	bis	— h	(extrem bis — h)
II.	„	„	—	„	— „	
III.	„	„	285	„	360 „	

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 427 Stück Kälber weniger zugeführt als in der Vorwoche.

Auf dem Schafmarkte wurden um 1077 Stück Schafe weniger aufgetrieben als in der Vorwoche.

Der Verkehr war bedeutungslos, die Preise im Vergleiche zur Vorwoche unverändert.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 28. Dezember 1916 92 Stück Mast- und 34 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Bei überaus lebhaftem Geschäftsverkehre wurden alle Kälberqualitäten sowie Lämmer und ausgeweidete Schafe zu unveränderten Vorwochenpreisen abgegeben.

Ausgeweidete Schweine wurden auf Basis der gesetzlichen Höchstpreise abgegeben.

*) Einige Stücke besonderer Qualität wurden zu extrem hohen Preisen abverkauft.

**) Gesetzlicher Höchstpreis.

Sanitäts-Angelegenheiten.

Besuch der städtischen Bäder im Monate November 1916.

Theresienbad im XII. Bezirke.

			Männliche Personen	Weibliche Personen
Wannenbad	9741,	davon	4456	5285
Dampfbad	11214,	„	7050	4164
Voll- und Schwimmbad . . .	—,	„	—	—
Zusammen .	20955,	davon	11506	9449

XVII. Bezirk Kaiser Franz Josef-Bad.

			Männliche Personen	Weibliche Personen
Wannenbad	7669,	davon	4375	3294
Dampfbad	6732,	„	4384	2348
Schwimmbad	5880,	„	3779	2101
Sonnenbad	—,	„	—	—
Zusammen .	20218,	davon	12538	7743

XXI. Bezirk, Floridsdorfer Badeanstalt, Kretzgasse.

			Männliche Personen	Weibliche Personen
Wannenbad	2327,	davon	1335	992
Dampfbad	2172,	„	1521	651
Brausebad	11411,	„	8549	2862
Zusammen .	15910,	davon	11405	4505

Volksbäder.

			Männliche Personen	Weibliche Personen
II. Bez., Vereinsgasse 29 .	19037,	davon	12168	6869
III. Bez., Apostelgasse 18 . .	10844,	„	7908	2936
IV. Bez., Klagbaumgasse 4 .	7775,	„	4770	3005
V. Bez., Einsiedlerplatz 18 .	15506,	„	11264	4242
VI. Bez., Esterhazygasse 9 .	14899,	„	11056	3843
VII. Bez., Hermanng. 24 bis 28	13822,	„	8077	5745
VIII. Bez., Florianigasse 24 .	9586,	„	5714	3872
IX. Bez., Wiesengasse 17 . .	10981,	„	7463	3518
X. Bez., Gudrunstraße 163 a .	16164,	„	12278	3886
XI. Bez., Geiselbergstraße 54	8749,	„	7854	895
XIII. Bez., Hütteldorferstr. 82	9786,	„	7921	1865
XIV. Bez., Heinickegasse 3 .	9187,	„	6857	2330
XV. Bez., Reithofferplatz 4 .	9642,	„	6907	2735
XVI. Bez., Fried. Kaiserg. 11 .	11994,	„	7116	4878
XVII. Bez., Gschwandnergasse 62	12722,	„	10128	2594
XVIII. Bez., Klostergasse 27 .	6570,	„	3755	2815
XX. Bez., Treustraße 60 . .	7946,	„	4995	2951
Zusammen .	195210,	davon	136231	58979

* * *

Besuch der städtischen Saisonbäder im Monate November 1916.

		Männliche Personen	Weibliche Personen
IX. Bez., Strombad Augartenbrücke	126,	davon	126 —
Zusammen .	126,	davon	126 —

Baubewegung

vom 26. bis 28. Dezember 1916.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Umbauten.

XXI. Bezirk: Erzherzog Karl-Straße 57, von Ludwig Fischel, Bauführer Josef Franz Hopf (32900).

" " Erzherzog Karl-Straße 57, von Ludwig Fischel, Bauführer Josef Franz Hopf (32899).

Adaptierungen

I. Bezirk: Franz Josefs-Kai 13, von der Wiener Bau-Gesellschaft A.-G., Wallnerstraße 2 (4052).

" " Maria Theresien-Straße 32a/34, von Franz Schröpfer, VI., Mariahilferstraße 23/25, Bauführer F. Quidenus (4067).

Diverse geringere Bauten.

IX. Bezirk: Rohrkanal, Wiesengasse 28, von E. F. Teich, Badgasse 21, (4047).

Eintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

29. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

Selinger Berta — Handel mit Musikinstrumenten — XVI., Thalheimergasse 51.

Haussen Siegmund — Handel mit Stahlfedern — I., Postgasse 11.

Bodansky Fritz — Gemischtwarenhandel im Großen — I., Salzgries 10.

Hörhager Josefa — Viktualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfelderstraße 29.

Reichert Georg — Bäckergewerbe — XV., Hütteldorferstraße 38.

Offene Handelsgesellschaft S. Czeiger — Kunstdruckerei — IV., Alleegasse 43.

Lesigang Gisela — Strohüberschuh-Erzeugung — VI., Garbergasse 5.

Trummer Mathilde — Fleisch-Verschleiß — XIII., Kuefsteingasse 2.

Hochstein Abraham Moses (Alleininhaber der Firma A. M. Hochstein) — Fabriksmäßige Erzeugung von Metallen — XX., Dresdnerstraße 38/40.

Offene Handelsgesellschaft Haselsteiner & Szanditz — Stukkatur- und Marmorierergewerbe — IV., Alleegasse 22.

Th. Bindtner Nflg. — Speditionsgewerbe — I., Fichtegasse 6.

Kern Theodor — Personentransport mit dem Einspännerwagen Nr. 476 — I., Wollzeile.

Enderweit Gustav — Handel mit Spielwaren — I., Fleischmarkt 18.

Offene Handelsgesellschaft Scheiblberger & Kittler — Verschleiß von chemischen Produkten — I., Himmelpfortgasse 4.

Ebel Jesne vel Ostal (Josua & Ostas) — Handel mit Manufakturwaren — I., Gonzagagasse 12.

Rigler Filia — Modistin — I., Lothringerstraße 3.

Schlaeffer Karl (Alleininhaber der Firma Karl Schlaeffer & Komp.) — Fabriksmäßige Erzeugung von Militärblusen und -Mänteln — VI., Gefornergasse 3.

Jarmer Stephanie — Pfaidlerei — VI., Kasernengasse 22.

Löny Erna — Übernahme von Inseraten im eigenen Namen, auf eigene Rechnung — I., Kohlmarkt 10.

Kohlbeck Karl — Gemischtwaren-Verschleiß und Flaschenbier-Verschleiß — XI., Fuchsröhrenstraße 13.

* * *

30. November 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Skoupy Marie — Lebensmittelhandel (beschränkt) — XVI., Speckbachergasse 6.

Jandel Stephanie — Zuckerbäckerwaren — XVI., Weyprechtgasse 7.

Jetzinger Katharina — Handel mit Bürstenbinderwaren — XVI., Neulerchenfelderstraße 26.

Kraus Wilhelmine — Wäschewaren-Erzeugung — XVI., Wilhelminenstraße 73.

Knopp Gustav — Holzpantoffel-Erzeugung — XVI., Thaliastraße 21.

Jiran Marie — Strohschuh-Erzeugung — XVI., Albrechtskreithgasse 4.

Karpel Oswald — Marktviktualienhandel — XVI., Yppenplatz 18 (Markt).

Hadrova Theresia — Zuckerbäckerwaren — XVI., Hasnerstraße 59.

Wiesner Franz — Handelsagentur — VII., Kaiserstraße 65.

Ujhelyi Josef — Musikergewerbe — I., Kurrentgasse 8.

Lipmann Otto — Gewischtwarenhandel — V., Ramperstorfergasse 3.

Bund Ferdinand — Lebensmittelhandel (beschränkt) — V., Obere Amtshausgasse 36.

Winternitz Rudolf — Handel mit allen im freien Verkehre befindlichen und rücksichtlich des Verkaufes nicht an eine besondere Bewilligung gebundenen Waren — VIII., Bennogasse 8.

Hofbauer Franz — Kaffeeschenkergewerbe — V., Siebenbrunnengasse 14.

Jahnke Emil — Kaffeeschenkergewerbe — I., Herrengasse 14.

Borisek Marie — Lebensmittelhandel (beschränkt) — VIII., Strozzigasse 18.

Reinhart Emma — Verschleiß von Selchwaren — VIII., Kochgasse 22.

Stark Ruchel Lea — Handel mit Hadern und Tuchabfällen — V., Reinprechtsdorferstraße 3.

Bernleitner Josefa — Pferdefleisch-Verschleiß — V., Margaretenstraße 123.

Hammer Male — Einkauf von Abfällen und Tuch — XV., Hütteldorferstraße 38.

Hertzka Wilhelmine — Ein- und Verkauf von Wollabfällen — XVI., Thaliastraße 107.

Kohn Berta — Kurz- und Galanteriewaren — XVI., Thaliastraße 53.

Jausky Marie — Zuckerbäckerwaren — XVI., Ottakringerstraße 53.

Weiß Franziska — Einspänner-Lizenz Nr. 443 — III., Neulinggasse 28, Ecke Ungargasse.

Weiß Franziska — Einspänner-Lizenz Nr. 1305 — XV., Westbahnhof, Mariahilfergürtel.

Kletter Cäcilie, geb. Beitel — Handel mit Tuchabfällen und Hadern (Filiale) — XII., Steinbauergasse 8.

* * *

1. Dezember 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Scherer Max, Alleininhaber der Firma „Österreichisch-ungarische Gummischuh-Manufaktur-Komp. Max Scherer & Komp. — Handel mit Schuhen und Leder — II., Gredlergasse 2.

Perlmutter Sali — Handel mit Manufakturwaren — II., Große Sperlgasse 37 a.

Simon Bernhard — Kommissionshandel mit Wohnungseinrichtungsgegenständen — II., Rembrandtstraße 24.

Hatschek Wilhelm — Handelsagentur — II., Stephaniestraße 1.

Fürst Adolf — Großhandel mit Spiritus und Spirituosen — II., Schüttaustraße 54.

Singer Markus Max — Handel mit Wirkwaren im Großen — II., Zirkusgasse 41.

Schick Lajos, Alleininhaber der Firma „Oswald Schön & Komp." — Großhandel mit Holz und Kohlen — II., Praterstraße 9.

Russo Alfred, Alleininhaber der Firma „Alfred L. Russo" — Kommissionshandel mit Kerzen, Seifen und Kolonialwaren — II., Ferdinandstraße 4.

Brettenschneider Josefine — Selchwaren-Verschleiß — II., Engerthstraße 209.

Pollak Emma — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Peter Jordan-Straße 8.

Mayr Anna — Gemischtwarenhandel — XVII., Lienfeldergasse 95.
Steidler Marie — Wäschewaren-Erzeugung — XVII., Jörgerstraße 41.
Singer Rebecka — Handel mit neuen und alten Tuchabfällen — XVIII., Kreuzgasse 35.
Schaffer Marie — Betrieb einer elektrischen Wäscherolle — X., Herzgasse 34.
Ebert Marie — Damenkleidermachergewerbe — X., Quellenstraße 86.
Zimmermann Karl — Zuckerbäckergewerbe — X., Favoritenstraße 77.
Josifovic Miliwoj — Handel mit „Milo" Waschmittel — X., Wienerbergstraße 11.
Engelmann Eduard jun. — Holz- und Kohlenkleinhandel — X., Favoritenstraße 136.
Schafranek Josef — Produktenhandel — X., Neusetzgasse 9.
Sandor Josef — Paprikahandel en gros — X., Dampfgasse 26.
Steinbach Taube — Handel mit Abfall von altem und neuem Tuch — X., Siccardsburggasse 1a.
Morbitzer Gustav — Kleinfuhrwerksgewerbe — X., Kolumbusgasse 85.
Lasch Franz — Blumenhandel — XVIII., Gymnasiumstraße 36.
Knacksbedt August — Gemischtwarenhandel — XVIII., Edelhofgasse 5.
Sander Eduard — Tuchhandel — XVIII., Sternwartestraße 47.
Schwarz Oskar — Gemischtwarenhandel im Großen — XVIII., Gentzgasse 128.
Illicher Oskar — Gemischtwarenhandel im Großen — XVIII., Schindlergasse 15.
Schuchart & Schütte, Kommanditgesellschaft — Handel mit Maschinen und Bedarfsartikeln — I., Franz Josefs-Kai 7/9.
Thal & Komp.. G. m. b. H. — Gas- und Wasserleitungs-Installation — I., Wollzeile 25.
Razenberger Marie — Verschleiß von Wein und Bier in handelsüblich verschlossenen Flaschen, Sodawasser, Zucker und Kaffee, Witwenfortbetrieb nach dem verstorbenen Gatten Franz Razenberger — V., Ziegelofengasse 11.

* * *

2. Dezember 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Woyna Josefine — Lebensmittelhandel, beschränkt — VIII., Piaristengasse 23.
Taussig Wilhelm — Wäschewaren-Erzeugung — IX., Eisengasse 13.
Braun & Wasservogl, Offene Handelsgesellschaft — Handel mit Papierwaren im Großen — IX., Georg Siegl-Gasse 12.
Beckmann Jakob — Handel mit Schuhwaren — I., Fischerstiege 3.
Schwarz Cili — Gemischtwarenhandel im Großen — I., Renngasse 17.
Maurel Antonia — Damenkleidermacher-Gewerbe — VI., Bürgerspitalgasse 16.
Huß Heinrich, Alleininhaber der Firma „Chemische Industrie Heinrich Huß" — Erzeugung eines Salatzusatzes unter dem Namen „Salatfix" — VI., Gumpendorferstraße 36.
Rhein Berta Minna — Wäschewaren-Erzeugung — VI., Strohmayergasse 11.
Slovak Josef — Drechslergewerbe — XIII., Schanzstraße 55.
Konecny Leopoldine — Handel mit alten und neuen Tuchabfällen — XX., Allerheiligenplatz 16.
Wuggenig Karl — Metallputzmittel-Erzeugung — XVI., Hippgasse 3.
Schuhmann Barbara — Suppenwürfel- und Suppentabletten-Verschleiß — XVI., Huttengasse 53.
Köller Hermine — Elektrische Wäscherolle — XVI., Lindauergasse 30.
Breunig Marie — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — XVI., Koppstraße 14.
Hirnschall Emma — Erzeugung von in Essig aufgelösten Caraphemmas — XVI., Thaliastraße 133.
Bartmann Margarete — Strohschuh-Erzeugung — XIX., Hammerschmiedtgasse 8.
Kuhle Fritz, Alleininhaber der Firma Kühle & Milsche — Erzeugung von lichtempfindlichen Karten — VI., Capistrangasse 2.
„Vega", chemische Erzeugung G. m. b. H. — Fabriksmäßige Erzeugung von Kitt und chemischen Präparaten — XX., Burghartsgasse 10.
Brunnacker Sophie Anna — Gast- und Schankgewerbe nach § 16, lit. a, b, f G.-O. — VIII., Skodagasse 1.
Waltner Franz — Lebensmittelhandel — VII., Lindengasse 2.

* * *

4. Dezember 1916.

Gewerbe-Unternehmungen.

Gebert Hermine — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Thelemangasse 1.
Hadelin Julie — Gemischtwarenhandel — XX., Pöchlarnstraße 9.
Skrowanek Anna — Viktualienhandel — XVIII., Gymnasiumstraße 13.
Weisz Eva — Kleinfuhrwerksgewerbe — XIII., Einsiedeleigasse 6.
Nemencsek Ignaz, Alleininhaber der Firma „Aar" — Erzeugung von Lederimprägnierartikeln — VI., Gumpendorferstraße 119.
Offene Hangelsgesellschaft Heinrich Grünbaum — Handel mit Damenhüten und Damenmodeartikeln — I., Graben 16.
Erste Nußdorfer Öl- und Harzproduktenfabrik Ludwig Peyrl, G. m. b. H. — Erzeugung von Maschinen- und Zylinder- und sonstigen Ölen — XIX., Halteraugasse 1.
Mautner Siegfried — Erzeugung von Seifenersatz — IX., Hahngasse 33.
Lorber Paula — Gemischtwarenhandel — IX., Währingerstraße 68.
Jellinek Siegfried — Handel mit technischen Toiletteartikeln — IX., Lustkandlgasse 25.
Hoffmann Wladimir — Handelsagentur — IX., Lichtensteinstraße 95.
Koch Gustav — Warenhandel — VII., Neustiftgasse 67.
Baba Kahn Ismail — Handel mit Gold- und Silberwaren — VII., Neubaugasse 65.
Mail Antonia — Viktualien-Verschleiß — XIX., Döblinger Hauptstraße 69.
Grünberg Hersch — Großhandel mit Manufakturwaren — II., Lilienbrunngasse 3.
Kaspar Josef — Handel mit Kleidern, Schuhen, Pretiosen — XVI., Lindauergasse 9.
Freygner Therese — Marktviktualienhandel — XVI., Brunnengasse, Markt.
Zeck Leopoldine — Frauen- und Kinderkleidermachergewerbe — XVI., Schellhammergasse 5.
Kozent Hedwig — Kanditen- und Zuckerbäckerwaren — XVI., Koppstraße 14.
Kubesch Leopold — Handel mit Galanteriewaren — II., Praterstraße 50.
Reiß Nathan — Manufaktur- und Wirkwarenhandel — II., Kleine Sperlgasse 3.
Lunzer Rudolf — Handel mit Leder und Lederabfällen — II., Herminengasse 21.
Schwab Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — XIX., Greinergasse 53.
Köstner Hermine — Erzeugung von Obst- und Gemüse-Konserven — XIX., Döblinger Hauptstraße 70.
Jellinek Robert — Fleisch-Verschleiß — XIX., Himmelstraße 5.

Inhalt.

Seite

Ehrentafel 2721
Obmänner-Konferenz:
Bericht der 58. Obmänner-Konferenz (18. Oktober 1916) 2722
Allgemeine Nachrichten:
Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich 2726
„Mein Sonntagsblatt" 2727
K. k. Bezirksschulrat 2727
Gemeindevermittlungsämter 2727
Lebensmittelverkehr:
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 17. bis 23. Dezember 1916 2727
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 27. Dezember 1916 2728
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 28. Dezember 1916 2728
Pferdemarkt vom 27. Dezember 1916 2728
Schlachtviehmarkt vom 27. Dezember 1916 2729
Borstenviehmarkt vom 27. und 28. Dezember 1916 2729
Jung- und Stechviehmarkt vom 27. und 28. Dezember 1916 2729
Sanitäts-Angelegenheiten:
Besuch der städtischen Bäder im Monat November 1916 2730
Besuch der städtischen Saisonbäder im Monate November 1916 . . . 2731
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 26. bis 28. Dezember 1916 . . . 2731
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster 2731
Kundmachungen.
Beilage:
Gesetze, Verordnungen und Entscheidungen, sowie Normativbestimmungen des Gemeinderates, Stadtrates und des Magistrates (XII).

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. — Verantwortlicher Schriftleiter: Magistratsrat August Joh. Stich.
Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Lainz vorm J. B. Wallishausser.

Kundmachungen.

O/4.

Einberufungskundmachung.

Die bei den Musterungen bis zu dem unten festgesetzten Einrückungstermine zum Landsturmdienste mit der Waffe geeignet befundenen österreichischen Landsturmpflichtigen

der Geburtsjahrgänge 1879, 1878, 1877, 1876, 1875, 1874, 1873 und 1872

haben, sofern sie nicht schon zum Dienste mit der Waffe herangezogen oder von diesem Dienste aus Rücksichten des öffentlichen Dienstes oder Interesses auf bestimmte oder unbestimmte Dauer enthoben worden sind, einzurücken und sich bei dem in ihrem Landsturmlegitimationsblatte bezeichneten k. u. k. Ergänzungsbezirkskommando, beziehungsweise k. k. Landwehr-(Landesschützen-) Ergänzungsbezirkskommando **am 10. Jänner 1917** einzufinden.

Die bei Nachmusterungen nach diesem Einrückungstermine geeignet Befundenen der obbezeichneten Geburtsjahrgänge haben binnen 48 Stunden nach ihrer Musterung einzurücken.

Für jene, die wegen vorübergehender Erkrankung erst zu einem späteren als dem nach den obigen Bestimmungen für sie geltenden Termine einzurücken haben, gilt der hiefür bestimmte, aus dem Landsturmlegitimationsblatt zu entnehmende Termin.

Die im Wege des freiwilligen Eintrittes in das gemeinsame Heer, die Kriegsmarine oder in die Landwehr auf Grund des Wehrgesetzes Assentierten der obgenannten Geburtsjahrgänge haben ebenfalls **am 10. Jänner 1917** einzurücken.

Die Einrückungspflichtigen haben sich an dem für sie bestimmten Einrückungstage im allgemeinen bis spätestens 11 Uhr vormittags einzufinden. Etwaige kleinere Überschreitungen dieser Stunde sind nur dann zulässig, wenn sie durch die Verkehrsverhältnisse begründet werden können.

Falls das im Landsturmlegitimationsblatte bezeichnete k. u. k. Ergänzungsbezirkskommando, beziehungsweise k. k. Landwehr- (Landesschützen-) Ergänzungsbezirkskommando inzwischen seinen Standort gewechselt haben sollte, können die an dieses gewiesenen Landsturmpflichtigen auch zu dem ihrem Aufenthaltsorte nächstgelegenen k. u. k. Ergänzungsbezirkskommando, beziehungsweise k. k. Landwehr-(Landesschützen-)Ergänzungsbezirkskommando einrücken.

Es liegt im Interesse eines jeden einrückenden Landsturmpflichtigen, ein Paar fester, feldbrauchbarer Schuhe, Wollwäsche, nach Tunlichkeit schafwollene Fußlappen, mindestens zwei brauchbare Wäschegarnituren (bestehend aus je einem Hemd, einer Unterhose, einem Paar Fußlappen oder Socken, einem Handtuch und einem Taschentuch), dann ein Eßzeug und ein Eßgefäß, sowie Putzzeug mitzubringen. Die mitgebrachten Schuhe, dann die Wäsche werden — falls diese Sorten für die militärischen Zwecke als geeignet befunden werden — nach den ortsüblichen Preisen vergütet. Die von der Militärverwaltung gegen Entgelt übernommenen Sorten gehen in das Eigentum des Ärars über.

Auch empfiehlt es sich, Nahrungsmittel für den Tag des Eintreffens mitzubringen, wofür eine festgesetzte Vergütung geleistet wird.

Das Landsturmlegitimationsblatt berechtigt bei der Einrückung zur freien Eisenbahnfahrt — Schnellzüge ausgenommen — und ist vor Antritt dieser Fahrt bei der Personenkassa der Ausgangsstation abstempeln zu lassen.

Die Nichtbefolgung dieses Einberufungsbefehles wird nach den bestehenden Gesetzen strenge bestraft.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
als politischer Bezirksbehörde,
am 27. Dezember 1916. 1—1

M. Abt. XVI, 46469.

Musterung.

(Kundmachung.)

Laut der unter einem veröffentlichten Einberufungskundmachung P haben die in den Jahren 1898 bis einschließlich 1892 geborenen Landsturmpflichtigen behufs Feststellung ihrer Eignung zum Landsturmdienste mit der Waffe neuerlich vor einer Musterungs-Kommission zu erscheinen.

Alle zum neuerlichen Erscheinen bei der Musterung Verpflichteten, die österreichische oder ungarische Staatsbürger sind, beziehungsweise eine ausländische Staatsangehörigkeit nicht nachzuweisen vermögen, werden hiemit aufgefordert, sich **unbedingt bis längstens 4. Jänner 1917** in der Konskriptionsamts-Abteilung beim magistratischen Bezirksamte des Wohnortes mit ihren Dokumenten (Tauf- oder Geburtsschein, Heimatschein, Arbeits- oder Dienstbotenbuch, Schulzeugnis u. dgl.) und dem bei der früheren Musterung ihnen ausgefolgten Landsturmlegitimationsblatte abermals zur Musterung anzumelden.

Die mit einem „Persons- und Meldenachweis" im Sinne der Kundmachung vom 6. März 1916 beteilten Landsturmpflichtigen haben dieses Dokument zur Meldung unbedingt mitzubringen.

Ärzte (Doktoren der Medizin) sind diesmal sowohl melde- als musterungspflichtig.

Mit Rücksicht auf die große Anzahl der in Wien wohnhaften Meldepflichtigen wird

für die in den Jahren 1898 geborenen Landsturmpflichtigen der 27. und 28. Dezember 1916,

für die in den Jahren 1897 geborenen Landsturmpflichtigen der 29. Dezember 1916,

für die in den Jahren 1896 und 1895 geborenen Landsturmpflichtigen der 30. Dezember 1916,

für die in den Jahren 1894 geborenen Landsturmpflichtigen der 31. Dezember 1916,

für die in den Jahren 1893 geborenen Landsturmpflichtigen der 1. und 2. Jänner 1917,

für die in den Jahren 1892 geborenen Landsturmpflichtigen der 3. und 4. Jänner 1917

als Meldetag bestimmt und hiebei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß eine rasche Abfertigung der Parteien nur dann erfolgen kann, wenn die Meldungen nach vorstehender Einteilung erstattet werden.

Wer die Meldung unterläßt oder sich nicht rechtzeitig anmeldet, wird nach den bestehenden Gesetzen strenge bestraft.

Die Musterung selbst findet in Wien in der Zeit vom 15. Jänner bis 5. Februar 1917 in Wien, III. Bezirk, Landstraßer Hauptstraße 97 (Dreher's Bierhalle) statt und werden zu derselben allen Landsturmpflichtigen auf den Namen lautende Vorladungen zugestellt werden, aus welchen Tag und Stunde der Musterung zu entnehmen ist.

Die Landsturmpflichtigen erhalten über die erstattete Meldung eine Bescheinigung. Das in der obigen Kundmachung erwähnte Landsturmlegitimationsblatt wird erst gelegentlich der Musterung selbst ausgefolgt werden.

Diejenigen, welche ungerechtfertigt zur Musterung nicht erschienen sind, werden der Nachmusterung unterzogen und überdies wird gegen dieselben nach § 4 des Gesetzes vom 28. Juni 1890, R.-G.-Bl. Nr. 137, die Strafanzeige an das k. k. Landwehrgericht erstattet werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 27. Dezember 1916. 1–1

P

Einberufungskundmachung.

Auf Grund der Allerhöchsten Entschließungen, mit welchen der gesamte k. k. und k. u. Landsturm aufgeboten wurde, werden **die Landsturmpflichtigen der Geburtsjahrgänge 1898 bis einschließlich 1892** zwecks Feststellung ihrer Eignung zum Landsturmdienste mit der Waffe hiemit zu einer neuerlichen Musterung dieser Geburtsjahrgänge einberufen.

Musterungspflicht:

Zur Musterung haben alle in den obbezeichneten Jahren geborenen Landsturmpflichtigen (österreichische und ungarische Staatsbürger, sowie auch jene, welche eine ausländische Staatsangehörigkeit nicht nachzuweisen vermögen) ohne Rücksicht darauf, ob sie schon bisher musterungspflichtig waren, beziehungsweise ihrer Musterungspflicht entsprochen haben, und insbesondere auch dann zu erscheinen, wenn sie etwa bereits bei einer früheren Musterung zum Landsturmdienste mit der Waffe geeignet befunden worden waren, bei der Präsentierung oder später aber als nicht geeignet wieder beurlaubt worden sind.

Ausgenommen von der Pflicht zum Erscheinen zur Musterung sind lediglich:

1. Diejenigen, welche derzeit ohnedies bereits als Landsturmpflichtige dem aktiven Militärverbande angehören, einschließlich der Mitglieder der k. k. Schießstände in Tirol und Vorarlberg (Standschützen);

die Mitglieder sonstiger landsturmpflichtiger Körperschaften haben jedoch zur Musterung zu erscheinen;

2. diejenigen, welche vom Landsturmdienste noch dermalen gültig enthoben sind;

3. die Militärgagisten des Ruhestandes und des Verhältnisses außer Dienst;

4. diejenigen, welche in der Lokoversorgung eines Militärinvalidenhauses untergebracht sind;

5. diejenigen, welche erst nach dem 30. November 1916 im Wege der Superarbitrierung

entweder als Landsturmpflichtige beurlaubt oder entlassen oder aber aus der gemeinsamen Wehrmacht, der Landwehr oder der Gendarmerie entlassen worden sind;

6. diejenigen, welche wegen Gebrechen, die zu jedem Dienste untauglich machen,

bereits seinerzeits in der Stellungsliste gelöscht worden sind;

der Besitz einfacher Bescheinigungen über einen Befund „Zu jedem (Landsturm)Dienste ungeeignet" enthebt nicht von der Pflicht zum Erscheinen zur Musterung;

7. die zum Landsturmdienste mit der Waffe offenkundig Nichtgeeigneten (das sind solche, welche mit dem Mangel eines Fußes oder einer Hand, Erblindung beider Augen, Taubstummheit, Kretinismus, gerichtlich erklärtem Irrsinn, Wahnsinn oder Blödsinn oder mit sonstigen Geisteskrankheiten behaftet sind), wenn über das betreffende Gebrechen, beziehungsweise Leiden ein entsprechender Nachweis bei der Musterung vorliegt.

Fallsüchtige haben zur Musterung zu erscheinen; die Nachweise über ihre Krankheit sind längstens bis zur Musterung beizubringen.

Meldung:

Alle nach den vorstehenden Bestimmungen zum Erscheinen zur Musterung Verpflichteten haben sich **bis längstens 4. Jänner 1917** im Gemeindeamte (beim Magistrat) ihres Aufenthaltsortes zur Zeit der Erlassung dieser Kundmachung zu melden.

Die Pflicht zur Meldung erstreckt sich auch auf diejenigen, welche in der Gemeinde ihres Aufenthaltsortes das Heimatrecht besitzen.

Die Landsturmpflichtigen haben sich bei der Meldung durch entsprechende Dokumente (Tauf- oder Geburtsschein, Heimatschein, Arbeits- oder Dienstbotenbuch, Landsturmlegitimationsblätter über die bisherigen Musterungen u. dgl.) auszuweisen; die mit einem „Persons- und Meldenachweis" im Sinne der Kundmachungen vom 6. März 1916 beteilten Landsturmpflichtigen haben dieses Dokument zur Meldung mitzubringen.

Jeder sich Meldende erhält ein Landsturmlegitimationsblatt ausgestellt, das er sorgfältig aufzubewahren und bei der Musterung vorzulegen hat.

Dasselbe dient auch als Bestätigung seiner Meldung und berechtigt ihn zur freien Fahrt auf Eisenbahnen (Schnellzüge ausgenommen) und Dampfschiffen zur Musterung und zurück sowie auch, falls er bei der Musterung geeignet befunden wird, zur freien Fahrt bei der Einrückung zur Dienstleistung.

Die Unterlassung der Meldung wird von den politischen Behörden strenge bestraft.

Durchführung der Musterung:

Die Musterung der Landsturmpflichtigen zwecks Feststellung ihrer Eignung zum Landsturmdienste mit der Waffe erfolgt durch Landsturmmusterungs-Kommissionen, die in der Zeit vom 15. Jänner bis 5. Februar 1917 amtshandeln werden.

Ort, Tag und Stunde der Amtshandlung dieser Kommissionen wird durch besondere Verlautbarung kundgemacht.

An welche Kommission der einzelne Musterungspflichtige gewiesen ist, richtet sich nach der Gemeinde, in welcher er sich zufolge seines Aufenthaltes zu melden hatte.

Diejenigen, welche am Erscheinen an den für sie bestimmten Musterungstagen durch unüberwindliche Hindernisse abgehalten waren, haben sich vor einer Nachmusterungs-Kommission vorzustellen.

Wann und wo die Nachmusterungs-Kommissionen funktionieren werden, wird besonders verlautbart werden.

Das Nichterscheinen zur Musterung unterliegt der Bestrafung nach dem Gesetze vom 28. Juni 1890, R.-G.-Bl. Nr. 137, über die Bestrafung der Nichtbefolgung eines Militäreinberufungsbefehles und der Verleitung hiezu.

Einrückung:

Wann und wohin die bei der Musterung geeignet Befundenen zur Dienstleistung mit der Waffe einzurücken haben werden, werden sie bei der Musterung erfahren.

Diejenigen, welche an den für sie bestimmten Musterungstagen zur Musterung nicht erschienen sind und daher zur Nachmusterung zu erscheinen haben, werden hiemit zur sofortigen Einrückung nach derselben einberufen; es kann ihnen jedoch bei rücksichtswürdigen Umständen zur Ordnung ihrer Privatangelegenheiten von der Musterungs-Kommission noch ein kurzer militärischer Urlaub bewilligt werden. Die bei der Nachmusterung nicht geeignet Befundenen werden, da sie für eine Dienstleistung mit der Waffe dermalen nicht in Betracht kommen, wieder entlassen werden.

Auch die Unterlassung oder die Verspätung der Einrückung wird nach dem oben bezeichneten Gesetze bestraft.

Begünstigungen:

Jene Landsturmpflichtigen, welche zu den im § 29 des Wehrgesetzes genannten Personen — (ausgeweihte Priester, in der Seelsorge oder im geistlichen Lehramte Angestellte, Kandidaten des geistlichen Standes der gesetzlich anerkannten Kirchen und Religions-Gesellschaften) — gehören, werden zum Landsturmdienste mit der Waffe nicht herangezogen; sie haben den Anspruch auf diese Begünstigung im Sinne der bestehenden Vorschriften vor der Musterungs-Kommission nachzuweisen.

Landsturmpflichtigen, welche die nach dem Wehrgesetze für die Begünstigung des einjährigen Präsenzdienstes festgesetzte wissenschaftliche Befähigung entweder seinerzeit bei der Stellung nachgewiesen haben oder nunmehr bei der Musterung nachweisen, wird die Bewilligung erteilt, das Einjährig-Freiwilligenabzeichen während ihrer Landsturmdienstleistung zu tragen.

Den bei der Musterung geeignet Befundenen steht es auch frei, in das gemeinsame Heer, die Kriegsmarine oder in die Landwehr auf Grund des Wehrgesetzes freiwillig einzutreten.

Bezüglich der Wahl des Truppenkörpers gelten die in dieser Beziehung erfolgten allgemeinen Einschränkungen. Nach der Präsentierung ist der freiwillige Eintritt jedoch jedenfalls nur bei dem Truppenkörper zulässig, zu welchem der Betreffende als Landsturmmann zugeteilt worden ist.

Einberufung und Musterung der bosnisch-hercegovinischen Landesangehörigen:

Es wird bekanntgegeben, daß auch die den obbezeichneten Landsturmpflichtigen entsprechenden Gruppen der in der Evidenz der Reserve dienstpflichtigen bosnisch-hercegovinischen Landesangehörigen zur Dienstleistung mit der Waffe einberufen werden.

Soweit sich diese in Österreich aufhalten, haben sie sich bis 4. Jänner 1917 im Gemeindeamte (beim Magistrat) ihrer Aufenthaltsgemeinde unter Mitbringung der in dieser Kundmachung genannten Dokumente zu melden, wo sie ein sorgfältig aufzubewahrendes Legitimationsblatt erhalten, mit dem sie in der Zeit vom 8 bis 13. Jänner 1917 beim k. u. k. Ergänzungsbezirks-Kommando, in dessen Bereiche ihr Aufenthaltsort liegt, zur Musterung zu erscheinen haben.

Den Dienstpflichtigen in der Evidenz der Reserve wird auf Grund des Legitimationsblattes die freie Fahrt auf Eisenbahnen (Schnellzüge ausgenommen) und Dampfschiffen zum k. u. k. Ergänzungsbezirks-Kommando und zurück gewährt.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
als politischer Bezirksbehörde,
27. Dezember 1916. 1—1

Schwestern Fröhlich-Stiftung

zur Unterstützung bedürftiger und hervorragender, schaffender Talente auf dem Gebiete der Kunst, Literatur und Wissenschaft.

Aus dieser Stiftung werden verliehen:

a) Stipendien an Künstler oder Gelehrte zur Vollendung ihrer Ausbildung oder zur Ausführung eines bestimmten Werkes, oder zur Veröffentlichung eines solchen oder im Falle plötzlich eintretender Arbeitsunfähigkeit.

b) Pensionen an Künstler oder Gelehrte, welche durch Alter, Krankheit oder Unglücksfälle in Mittellosigkeit geraten sind.

1. Diese Stiftung kann nur schaffenden Talenten auf dem Gebiete der Kunst verliehen werden; es sind also die Vertreter der sogenannten reproduzierenden Künste (Schauspieler, Rezitatoren, Sänger, Virtuosen 2c.), ebenso auch alle auf dem Gebiete der graphischen Kunst tätigen Talente, wenn sie nur reproduzieren, wie Kupferstecher, Lithographen, Xylographen 2c. ausgeschlossen.

2. Von wissenschaftlichen Werken kommen nur solche in Betracht, die zugleich schriftstellerische Arbeiten sind und außer dem fachwissenschaftlichen auch einen literarischen Wert haben.

Zur Erlangung eines Stipendiums muß der Bewerber in seinem an das Kuratorium zu richtenden Gesuche folgende Belege beibringen:

1. Tauf- oder Geburtsschein,
2. Studien- oder Prüfungszeugnisse,
3. glaubwürdige Zeugnisse über wissenschaftliche oder künstlerische Leistungen,
4. behördliches Zeugnis über die Mittellosigkeit.

*.

Mit dem Gesuche um eine Pension ist beizubringen:

1. Tauf- oder Geburtsschein,

2. glaubwürdige Bescheinigung über die Krankheit oder den Unglücksfall, wodurch der Bewerber in Mittellosigkeit geraten ist.

3. Ausweise über die Verdienste des Bewerbers um Wissenschaft und Kunst.

Die vorschriftsmäßig belegten Gesuche samt eventuellen Kunstproben sind bis 1. März 1917 im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderates, I., Rathaus, Lichtenfelsgasse 2, 1. Stock, zu überreichen, woselbst auch die Stiftungsstatuten behoben werden können.

Nicht entsprechend instruierte Gesuche werden nicht in Betracht gezogen.

Vom Kuratorium der Schwestern Fröhlich-Stiftung.

Wien, im Dezember 1916. 1–3

FRIEDR. SIEMENS
FABRIK K. K. PRIV. BELEUCHTUNGS- U. HEIZAPPARATE.
WIEN, IX/2, ALSERSTRASSE 20. FERNSPRECHER 16.104.

„CENTRA"
Vereinigte Seifen-, Stearin-, Kerzen- u. Fettwaren - Werke Akt. - Ges.
WIEN II/1
empfiehlt ihre Erzeugnisse.

HOLZMANN & Co.
Architekt und Stadtbaumeister
Kunststeinerzeugung
WIEN, III., Landstrasser Gürtel Nr. 9.
Über 150 Häuser in Wien projektiert und ausgeführt.

„Austria" Petroleumindustrie A. G.
Wien, I., Renngasse 6
Telephone: 15.840, 18.280, 22.760, 22.862, 23.414
Petroleum, Paraffin, Auto-Benzin, Motoren-Benzin, Lösungs-Benzin, Schmier-Öle, Gas-Öle, Dieselmotoren-Treiböl, Heizöl, Asphalt, Koks.
Telegramme: Senkero Wien
Zentral-Verkaufsbureau für die Erzeugnisse der Raffinerien in: Trzebinia, Drohobycz („Austria"), Mährisch-Schönberg und Peczenizyn.



Schutzmarke für Alpacca-Silber I.
Schutzmarke für Alpacca-Silber I.
BERNDORFER
ALPACCA-SILBER-
Essbestecke u. Tafelgeräte
zeichnen sich aus durch Formenschönheit und gediegene Ausführung.
Preislisten kostenlos.
Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp A. G.
Berndorf, Nied.-Österr.
Niederlagen in Wien: I., Wollzeile 12, I., Graben 12, VI., Mariahilferstrasse 19/21

A. HERZMANSKY
WIEN VII. Mariahilferstrasse 26 Stiftgasse 1, 3, 5, 7 WIEN VII.
Seidenstoffe, Samt, Plüsch, Wollstoffe, Waschkleiderstoffe, Bänder, Aufputz, Spitzen, Stickereien. — Fertige Damenkleider, Blusen, Mäntel, Jacken, Hauskleider, Unterröcke, Teppiche, Vorhänge, Decken. — Fertige Wäsche, Tischzeuge, Hand-, Wisch- und Taschentücher, Strümpfe, Socken, Handschuhe, Reisekoffer, Reisekörbe, Schirme, Lederwaren.

Zur kulanten Besorgung aller im KURSBLATTE notierten Effekten und Valuten bestens empfohlen.
Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera
Gegründet 1832.
WIEN I. Bezirk, Stephansplatz Nr. 11. Parterre.